



Prospekt

für das öffentliche Angebot

sowie

**für die Zulassung zum Regulierten Markt an der Frankfurter Wertpapierbörse mit
gleichzeitiger Zulassung zum Teilbereich des Regulierten Marktes mit weiteren
Zulassungsfolgepflichten (Prime Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse und
dem Regulierten Markt an den Börsen Berlin, Düsseldorf, Hamburg,
Hannover, München und Stuttgart**

von

26.400.000 neuen, auf den Inhaber lautenden Stammaktien ohne Nennbetrag (Stückaktien)
aus der vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats am 25. November 2009 beschlossenen
Kapitalerhöhung gegen Bareinlage aus dem genehmigten Kapital

– jeweils mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von EUR 1,00 je Stückaktie und mit voller
Gewinnanteilberechtigung ab dem 1. Januar 2009 –

der

K+S Aktiengesellschaft

Kassel

– International Securities Identification Number (ISIN): DE0007162000 –

– WKN: 716200 –

– Börsenkürzel: SDFG –

Joint Global Coordinators & Joint Bookrunners

Deutsche Bank

Morgan Stanley

Senior Co-Lead Manager

BNP PARIBAS

Co-Lead Managers

ABN AMRO

HSBC Trinkaus

26. November 2009

INHALTSVERZEICHNIS

ZUSAMMENFASSUNG DES PROSPEKTS	5
Zusammenfassung der Geschäftstätigkeit der K+S Gruppe	5
Zusammenfassung Wettbewerbsstärken und Strategie der K+S Gruppe	6
Zusammenfassung wesentlicher Angaben betreffend die K+S AG	8
Zusammenfassung des Angebotes	9
Ausgewählte Konzernfinanzinformationen	12
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnungen	13
Konzernbilanz	14
Konzern-Kapitalflussrechnungen	15
Sonstige Kennziffern	15
Angaben aus den Geschäftsbereichen der K+S Gruppe	16
Zusammenfassung der Risikofaktoren	17
Risiken im Zusammenhang mit dem Geschäftsbetrieb der K+S Gruppe	17
Rechtliche und regulatorische Risiken	17
Risiken im Zusammenhang mit den Aktien und dem Angebot	18
RISIKOFAKTOREN	19
Risiken im Zusammenhang mit dem Geschäftsbetrieb der K+S Gruppe	19
Rechtliche und regulatorische Risiken	27
Risiken im Zusammenhang mit den Aktien und dem Angebot	30
ALLGEMEINE INFORMATIONEN	31
Verantwortlichkeit für den Inhalt des Prospekts	31
Gegenstand des Prospekts	31
Zukunftsgerichtete Aussagen	31
Hinweis zu Quellen der Marktangaben	32
Hinweise zu Währungs- und Finanzangaben	33
Einsehbare Dokumente	33
Hinweise zu Zahlenangaben	33
Abschlussprüfer	34
DAS ANGEBOT	35
Allgemeines	35
Voraussichtlicher Zeitplan für das Angebot	35
Bezugsangebot	36
Marktschutzvereinbarung	39
Verwässerung	40
Kosten des Angebots und Gesamtnettoerlös	40
Weitere Hinweise zu den Verkaufsbeschränkungen	40
Konsortialbanken; Aktienübernahmevertrag	41
Sonstige Rechtsbeziehungen zwischen den Konsortialbanken und der K+S AG	42
INFORMATIONEN ÜBER DIE ANGEBOTENEN NEUEN AKTIEN	43
Rechtliche Grundlagen für die Schaffung der Neuen Aktien	43
Börsenzulassung, Verbriefung, Lieferung	43
Form, Stimmrecht	43
Gewinnanteilberechtigung, Anteil am Liquidationserlös	43
WKN, ISIN, Börsenkürzel	44
Kosten der Zulassung	44
Vinkulierung, Veräußerungsverbote und Übertragbarkeit	44
GRÜNDE FÜR DAS ANGEBOT UND VERWENDUNG DES EMISSIONSERLÖSES	45
DIVIDENDENPOLITIK, ERGEBNISSE UND DIVIDENDE JE AKTIE, GEWINNVERWENDUNG	46
Allgemeine Regelungen zur Gewinnverwendung und zu Dividendenzahlungen	46
Ergebnis je Aktie und Dividendenpolitik	47

KAPITALAUSSTATTUNG, GESCHÄFTSKAPITAL UND LIQUIDITÄT	48
Geschäftskapital	48
Erklärung zum Geschäftskapital	49
AUSGEWÄHLTE KONZERNFINANZINFORMATIONEN	50
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnungen	51
Konzernbilanz	52
Konzern-Kapitalflussrechnungen	53
Sonstige Kennziffern	53
Angaben aus den Geschäftsbereichen der K+S Gruppe	54
DARSTELLUNG UND ANALYSE DER VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE DER K+S GRUPPE	55
Überblick über die Geschäftstätigkeit der K+S Gruppe	56
Vergleichbarkeit der in den Finanzabschlüssen enthaltenen Finanzdaten	56
Segmentberichterstattung	58
Wesentliche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Faktoren	58
Sonstige Kennziffern der K+S Gruppe	64
Grundsätze und Ziele des Finanzmanagements	69
Darstellung wesentlicher Posten der Gewinn- und Verlustrechnung	69
Ertragslage	70
Liquidität und Kapitalausstattung	99
Investitionen	106
Informationen zu dem Konzernabschluss der Morton International, Inc. für das zum 31. Dezember 2008 endende Geschäftsjahr	108
Informationen aus dem HGB-Jahresabschluss zum 31. Dezember 2008	109
Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze	110
GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	111
Überblick	111
Wettbewerbsstärken	111
Strategie	112
Übernahme der Morton Salt	114
Geschäftsbereiche der K+S Gruppe	115
Grundbesitz und Betriebsstätten sowie andere wesentliche Sachanlagen	125
Patente, Marken und Lizenzen	126
Risikoprüferkennungs- und Risikomanagement-System	126
Umweltfragen	127
Mitarbeiter	128
Pensionsverpflichtungen	129
Rechtsstreitigkeiten	129
Versicherungen	129
RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN	131
Rohstoff- und Standortsicherung	131
Produktbezogene Regulierung	137
Klimaschutz	138
WESENTLICHE VERTRÄGE DER K+S GRUPPE	139
Übernahme von Morton Salt	139
Akquisitionsfinanzierung Morton Salt	140
Akquisitionsfinanzierung SPL	140
Lohnfertigungs- und Liefervertrag mit BASF SE	140
Verbriefungsverträge der K+S Kali GmbH	141
GESCHÄFTE UND RECHTSBEZIEHUNGEN MIT NAHESTEHENDEN PERSONEN	143
ALLGEMEINE ANGABEN ÜBER DIE K+S AG	145
Gründung, Firma und Handelsregistereintragung	145
Unternehmenshistorie	145

Sitz, Name, Geschäftsjahr, Dauer und Unternehmensgegenstand	146
Struktur der K+S Gruppe und wesentliche Beteiligungen	146
Zulassung zum Börsenhandel	149
Bekanntmachungen, Zahl- und Anmeldestelle	149
Designated Sponsor	149
ANGABEN ÜBER DAS KAPITAL DER K+S AG	150
Grundkapital und Aktien	150
Entwicklung des Aktienkapitals	150
Genehmigtes Kapital	150
Ermächtigung zum Erwerb und zur Veräußerung eigener Aktien	151
Allgemeine Bestimmungen zur Veränderung des Aktienkapitals	151
Allgemeine Bestimmungen zu Bezugsrechten	152
Allgemeine Bestimmungen zur Liquidation der Gesellschaft und zur Beteiligung am Liquidations- erlös	153
Ausschluss von Minderheitsaktionären	153
Melde- und Anzeigepflichten für Anteilsbesitz	153
Offenlegung von Geschäften von Personen, die bei einer börsennotierten Aktiengesellschaft Führungsaufgaben wahrnehmen	154
VERWALTUNGS-, MANAGEMENT- UND AUFSICHTSORGANE DER K+S AG	156
Überblick	156
Vorstand	157
Aufsichtsrat	163
Hauptversammlung	171
Corporate Governance	172
AKTIONÄRSSTRUKTUR	174
INFORMATIONEN ÜBER ROHSTOFFLAGERSTÄTTEN	175
Kali und Magnesiumvorräte	175
Salzvorräte	176
BESTEUERUNG IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	179
Besteuerung der K+S AG	179
Besteuerung der Aktionäre	180
Einräumung und Ausübung der Bezugsrechte	183
Besteuerung von Veräußerungsgewinnen	184
Sonderregeln für Unternehmen des Finanz- und Versicherungssektors und für Pensionsfonds	186
Erbschaft- und Schenkungsteuer	187
Sonstige Steuern	187
FINANZSEITEN	F-1
GLOSSAR	G-1
JÜNGSTE ENTWICKLUNG UND AUSBLICK	A-1
UNTERSCHRIFTENSEITE	U-1

ZUSAMMENFASSUNG DES PROSPEKTS

Die folgende Zusammenfassung ist als Einführung zu diesem Prospekt zu verstehen. Anleger sollten wegen der wesentlich detaillierteren Informationen in anderen Teilen des Prospekts ihre Anlageentscheidung auf die Prüfung des gesamten Prospekts stützen. Die K+S Aktiengesellschaft, Bertha-von-Suttner-Straße 7, 34131 Kassel (im Folgenden auch die „**Gesellschaft**“, oder die „**K+S AG**“, und gemeinsam mit ihren konsolidierten Tochtergesellschaften die „**K+S Gruppe**“), Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Große Gallusstraße 10–14, 60311 Frankfurt am Main („**Deutsche Bank**“) und Morgan Stanley Bank AG, Junghofstraße 13–15, 60311 Frankfurt am Main („**Morgan Stanley**“, und zusammen mit Deutsche Bank, die „**Globalen Koordinatoren**“ sowie BNP PARIBAS, Paris, Frankreich, als Senior Co-Lead Manager, HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf, und ABN AMRO Bank N.V., Amsterdam, Niederlande, handelnd durch ihre Niederlassung ABN AMRO Bank N.V. (London Branch), London, Vereinigtes Königreich (BNP PARIBAS, HSBC Trinkaus & Burkhardt AG und ABN AMRO Bank N.V. (London Branch) zusammen die „**Co-Lead Managers**“ und, gemeinsam mit den Globalen Koordinatoren, die „**Konsortialbanken**“) übernehmen gemäß § 5 Absatz 2 Satz 3 Nr. 4 Wertpapierprospektgesetz („**WpPG**“) die Verantwortung für den Inhalt dieser Zusammenfassung. Sie können für den Inhalt der Zusammenfassung haftbar gemacht werden, jedoch nur für den Fall, dass die Zusammenfassung irreführend, unrichtig oder widersprüchlich ist, wenn sie zusammen mit den anderen Teilen des Prospekts gelesen wird. Für den Fall, dass vor einem Gericht Ansprüche aufgrund der in diesem Prospekt enthaltenen Informationen geltend gemacht werden, könnte der als Kläger auftretende Anleger in Anwendung einzelstaatlicher Rechtsvorschriften der Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums die Kosten für die Übersetzung des Prospekts vor Prozessbeginn zu tragen haben.

Zusammenfassung der Geschäftstätigkeit der K+S Gruppe

Überblick

Die K+S Gruppe gehört nach eigener Einschätzung zu den weltweit führenden Anbietern von Spezial- und Standard-Düngemitteln, Pflanzenpflege- sowie Salzprodukten. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft gliedert sich in die vier Geschäftsbereiche Kali- und Magnesiumprodukte, Stickstoffdüngemittel, Salz und Ergänzende Geschäftsbereiche. Unterstützt werden diese Geschäftsbereiche durch die Serviceeinheiten und Holding-Funktionen der K+S AG.

Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte

Im Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte produziert und vermarktet die K+S Gruppe Kaliumchlorid, magnesiumsulfat- und kaliumsulfathaltige Düngemittel und Düngemittelspezialitäten sowie Kali- und Magnesiumverbindungen. Diese werden für die Herstellung von Dünge- und Futtermitteln sowie für Anwendungen der technischen, gewerblichen und pharmazeutischen Industrie verwendet. Durch ihre kali- und magnesiumhaltigen Spezialdüngemittel unterscheidet sich die K+S Gruppe nach eigener Einschätzung deutlich vom Wettbewerb und nimmt bei Düngemitteln weltweit eine Spitzenposition ein. Mit einem Anteil von rund 11% an der Weltkaliproduktion im Jahr 2008 ist die K+S Gruppe weltweit der viertgrößte Kaliproduzent und in Europa der führende Anbieter (Quelle: IFA, Preliminary Annual Potash Statistic 2008 und K+S Gruppe). Ein weitgespanntes Vertriebsnetz ermöglicht die Präsenz der Produkte auf nahezu allen Märkten in Europa und im außereuropäischen Ausland. Das Management und die Koordination der Transportmittel erfolgt zentral über die K+S Gruppe. Zum 30. September 2009 beschäftigte der Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte 7.872 Mitarbeiter und trug bis zu diesem Stichtag 42,1% zum Außenumsatz der K+S Gruppe im laufenden Geschäftsjahr 2009 bei.

Geschäftsbereich Stickstoffdüngemittel

Im Geschäftsbereich Stickstoffdüngemittel produziert und vermarktet die K+S Gruppe über die K+S Nitrogen GmbH („**K+S Nitrogen**“) im Wesentlichen stickstoffhaltige Düngemittel und Ammoniumsulfate, u.a. das ammoniumstabilisierte Stickstoffdüngemittel ENTEC® und die unter der Marke Nitrophoska® vertriebenen Mehrnährstoffdünger. Neben weiteren von der BASF SE exklusiv für die K+S Gruppe produzierten Düngemitteln vermarktet die K+S Gruppe dabei im begrenzten Umfang auch Produkte anderer namhafter europäischer Düngemittelproduzenten. K+S Nitrogen liefert jährlich rund fünf Millionen Tonnen Düngemittel in 60 Länder der Welt, davon rund zwei Drittel nach Europa. Die K+S Gruppe zählt in Europa zu den bedeutenden Anbietern von Stickstoffdüngemitteln (Quelle: Fertilizer Financial Bulletin, Issue 7, December 2008; Integer Research, Fertilizer Financial Insight – 2007/2008). Des Weiteren vertreibt die K+S Gruppe im Consumerbereich auch

Produkte für den Garten- und Hausbereich, u. a. Blumenerde, Garten- und Rasendünger sowie Pflanzenschutzmittel unter der Marke COMPO®. Der Geschäftsbereich Stickstoffdüngemittel beschäftigte zum 30. September 2009 1.265 Mitarbeiter und trug bis zu diesem Stichtag 32,2 % zum Außenumsatz der K+S Gruppe im laufenden Geschäftsjahr bei.

Geschäftsbereich Salz

Im Geschäftsbereich Salz gewinnt und vertreibt die K+S Gruppe Speise-, Gewerbe-, Industrie- und Auftausalze, vornehmlich für die Textil-, Futtermittel- und Pharmaindustrie sowie die chemische Industrie und Straßenmeistereien. Der Geschäftsbereich Salz umfasst die Teileinheiten esco – european salt company GmbH & Co. KG („esco“) mit Tätigkeitsschwerpunkt in Europa, die chilenische Sociedad Punta de Lobos S. A. („SPL“) sowie seit 1. Oktober 2009 auch die Salzaktivitäten der Morton International, Inc. (im Folgenden: „MII“ und diese Salzaktivitäten von MII nachfolgend „Morton Salt“). Die esco betreibt drei Steinsalzbergwerke, drei Solebetriebe sowie mehrere Siedesalzanlagen. Die SPL gewinnt vornehmlich Steinsalz im Tagebau im Salar Grande in der Atacama-Wüste in Chile und betreibt eine Meersalzanlage im Nordosten von Brasilien. Morton Salt betreibt sechs Steinsalzbergwerke, zwei Solar- und neun Siedesalzanlagen in den USA und Kanada. Durch die Übernahme von Morton Salt hat auch der Endverbraucherbereich, für den die K+S Gruppe eine Vielzahl von Speise- und Geschirrspülsalzen herstellt, für die K+S Gruppe an Bedeutung gewonnen. Mit dem „Umbrella Girl®“ verfügt die K+S Gruppe seit der Übernahme von Morton Salt insbesondere über eine in den USA gut positionierte Marke mit hohem Wiedererkennungswert. Der Geschäftsbereich Salz beschäftigte zum 30. September 2009 2.342 Mitarbeiter (vor Konsolidierung der Morton Salt) und trug bis zu diesem Stichtag 22,2 % zum Außenumsatz der K+S Gruppe im laufenden Geschäftsjahr bei.

Ergänzende Geschäftsbereiche

Im Geschäftsbereich Ergänzende Geschäftsbereiche sind neben den Recyclingaktivitäten und der Entsorgung bzw. Verwertung von Abfällen in Kali- bzw. Steinsalzbergwerken sowie der Granulierung von CATSAN® weitere Aktivitäten der K+S Gruppe gebündelt. Der Geschäftsbereich Entsorgung und Recycling nutzt die durch die Rohsalzgewinnung entstandenen untertägigen Hohlräume zur langzeitsicheren Beseitigung und Verwertung von Abfällen und greift dabei auf die vorhandene Infrastruktur der aktiven Kali- bzw. Salzbergwerke zurück. Die K+S Gruppe sieht sich dabei in Europa als technologisch führenden Anbieter für die untertägige, langzeitsichere Entsorgung von belasteten Abfällen. Mit der Kali-Transport Gesellschaft mbH („KTG“) in Hamburg und deren Tochtergesellschaften sowie der dem Geschäftsbereich Salz zugeordneten chilenischen Gesellschaft Empresa Maritima S. A. („Empremar“) verfügt die K+S Gruppe über zwei eigene Logistikdienstleister. An dem Standort Salzdetfurth granuliert die K+S Gruppe für die Mars GmbH das Tierhygieneprodukt CATSAN®. Die Gesellschaft Chemische Fabrik Kalk GmbH („CFK“) handelt mit verschiedenen Basischemikalien. Dazu zählen unter anderem Calciumchlorid, Natriumcarbonat (Soda), Natronlauge und Natriumsulfat. Zu den Kunden der CFK gehören namhafte europäische Chemiefirmen, Glashersteller, Metallverarbeiter sowie Kommunen, die Calciumchloridlösung für die Feuchtsalzstreuung im Winterdienst verwenden.

Zusammenfassung Wettbewerbsstärken und Strategie der K+S Gruppe

Zusammenfassung der Wettbewerbsstärken

Nach Einschätzung der K+S AG zeichnet sich die K+S Gruppe durch folgende Wettbewerbsstärken aus:

- ***Führende Position in konsolidierten Märkten***

Die K+S Gruppe gehört nach eigener Einschätzung zu den weltweit führenden Anbietern von Spezial- und Standard-Düngemitteln, Pflanzenpflege- sowie Salzprodukten. Zusätzlich verfügt die K+S Gruppe nach eigener Kenntnis als alleiniger Kali-Anbieter neben Kalium auch über die wichtigen Mineralien Magnesium und Schwefel. Der Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte ist mit einem Anteil von rund 11 % an der Weltkaliproduktion im Jahr 2008 der viertgrößte Produzent weltweit und in Europa der führende Anbieter (Quelle: IFA, Preliminary Annual Potash Statistic 2008). Der Geschäftsbereich Salz ist – jeweils gemessen an der Produktionskapazität – der weltweit führende Salzproduzent mit führenden Positionen der Teilgesellschaften esco, SPL und Morton Salt in ihren jeweiligen Heimatmärkten Europa, Südamerika und Nordamerika (Quelle: Roskill Information Services Ltd., The Economics of Salt, Twelfth Edition, 2007). Mit dem Geschäftsbereich Stickstoffdüngemittel gehört die K+S Gruppe zur Spitzengruppe der Stickstoff-

düngemittelanbieter in Europa (Quelle: Fertilizer Financial Bulletin, Issue 7, December 2008; Integer Research, Fertilizer Financial Insight – 2007/2008).

- *Bedienung von globalen Trends mit Positionierung in den relevanten Wachstumsmärkten*

Düngemittel mit ihrer ertrags- und qualitätssteigernden Wirkung spielen bei der Agrarproduktion weltweit eine zentrale Rolle. Die Nachfrage nach Agrarprodukten und damit nach Düngemitteln wird getragen von globalen Trends wie der wachsenden Weltbevölkerung, veränderten Ernährungsgewohnheiten in den Schwellenländern infolge eines steigenden Lebensstandards und der Entwicklung des Bioenergiesektors bei gleichzeitig begrenzter Anbaufläche für Agrarprodukte. Die K+S Gruppe profitiert ihrer Auffassung nach in besonderer Weise von diesem langfristigen Wachstumspotenzial durch ihre internationale Präsenz auch in den aufstrebenden Märkten Südamerikas und Asiens.

- *Ausgeprägte Kompetenz in der Primärproduktion von Salzmineralien*

Basierend auf mehr als 100 Jahren Erfahrung in der Optimierung des Abbaus von Salzlagerstätten und der Aufbereitung komplexer Rohsalze verfügt die K+S Gruppe über erhebliche geologische, bergmännische und aufbereitungstechnische Expertise und damit die Grundlage für einen effizienten Prozess der Primärproduktion von Salzmineralien sowie das integrierte Zusammenwirken der beiden angestammten Geschäftsbereiche Kali- und Magnesiumprodukte sowie Salz.

Die Übertragung dieser Kompetenz im Rahmen externer Wachstumsschritte ermöglicht die Hebung operativer Synergien durch die Optimierung neu hinzukommender Produktionssysteme.

- *Fundiertes Verständnis der Anforderungen in den Weltagarmärkten und direkter Kontakt zu Endanwendern*

Die K+S Gruppe verfügt über ein eigenes, weltweites Vertriebsnetz zur Vermarktung ihrer Düngemittelstandardprodukte und -spezialitäten. Das Marketing- und Vertriebsmanagement verfügt neben einem hohen Maß an Erfahrung in den Märkten vor allem über beträchtliche technische und anwendungsbezogene Kenntnisse, die für ein erfolgreiches Bestehen im Markt unverzichtbar sind.

Diese Nähe sowohl zu den Handels- als auch zu den Endkunden sowie die enge Vernetzung mit Forschung und Landwirtschaft – unter anderem auch durch die direkte Anwendungsberatung vor Ort in den Vermarktungsregionen – ist Garant für das zeitnahe Erkennen von Trends in den Agrarmärkten und die abgestimmte Entwicklung von Innovationen im Rahmen der Veredelungsstrategie zur Platzierung von marga-starken Produkten.

- *Umfassendes operatives Know-how bei Logistik und industrieller Anwendung*

Mit der KTG in Hamburg und deren Tochtergesellschaften sowie der Empremar in Santiago de Chile verfügt die K+S Gruppe über zwei eigene Logistikdienstleister, welche einen bedeutenden Teil dieser Transportmengen abwickeln und der K+S Gruppe eine aktive Steuerung der Logistikkosten als zentralen Erfolgsfaktor in den Geschäftsbereichen Kali- und Magnesiumprodukte und Salz ermöglichen. Die erheblichen identifizierten Optimierungspotenziale bei den Mengenströmen zwischen Nord- und Südamerika im Zusammenhang mit der Akquisition von Morton Salt verdeutlichen den Stellenwert dieses strategischen Aspekts bei der Bewertung von externen Wachstumsoptionen.

Daneben verfügt die K+S Gruppe über ein umfassendes Know-how auch im Bereich der Anwendung der Produkte. Insbesondere im Bereich der weiterverarbeitenden Industrie stellt die ausgeprägte Kenntnis der Prozesse und Anforderungen der Kunden das zentrale Kompetenzmerkmal der K+S Gruppe dar. Dies ermöglicht zum Einen die optimale Anpassung der Produkte an die Produktionsbesonderheiten der Kunden, zum Anderen können die nachgelagerten Prozesse des Kunden optimal auf die Produkte der K+S Gruppe eingestellt werden. Dies gilt für basischemische Verarbeitungsstufen ebenso wie für Abnehmer hochreiner Pharma- und Industriesalze.

Zusammenfassung der Strategie

Die K+S Gruppe fördert und veredelt Rohstoffe und zielt mit ihren Produkten und Leistungen auf die Verbesserung von Ernährung, Gesundheit und Lebensqualität. Sie konzentriert sich dabei auf ihre angestammten Kerngeschäftsfelder Düngemittel und Salz – beide Geschäftsfelder profitieren von den globalen Trends Bevölkerungswachstum sowie steigenden Ansprüchen an Ernährung und Lebensstandard. Nach Einschätzung der K+S Gruppe bilden dabei die hohe synergetische Beziehung sowie das in Bezug auf Konjunktur und Saisonalität ausgewogene Verhältnis der Geschäftsfelder Düngemittel und Salz zueinander die Grundlage für die strategische Ausrichtung der K+S Gruppe:

- *Differenzierung und nachhaltiges Margenwachstum durch Spezialisierung*

Die K+S Gruppe strebt die Festigung und den Ausbau der Marktpositionen in ihren Kerngeschäftsfeldern insbesondere über die verstärkte Vermarktung von Spezialprodukten an. Die Veredelungsstrategie ermöglicht im Düngemittel- und im Salzbereich die Realisierung attraktiverer Margen. Zudem erlaubt eine konsequente Weiterführung der Spezialisierung die Verminderung der Abhängigkeit von den volatilen und verstärktem Kostenwettbewerb ausgesetzten Absatzmärkten für undifferenzierte Rohstoffprodukte.

- *Effizienzsteigerung und Nutzung von Synergien*

Die Kostenposition in Relation zu den wichtigsten Wettbewerbern in den Hauptabsatzmärkten stellt im Düngemittel- wie auch im Salzgeschäft einen zentralen Erfolgsfaktor dar. Neben der konsequenten Verfolgung von Kostensenkungs- und Flexibilisierungsinitiativen über die gesamte Prozesskette hinweg liegt ein besonderer Fokus auf der Optimierung des weltweiten Produktionsnetzwerks und der damit verbundenen Mengenströme und Logistikkosten. Die vergleichbaren Abbauverfahren ermöglichen Synergien zwischen den Geschäftsfeldern Kali- und Magnesiumprodukte und Salz beim Austausch von technischem, geologischem und logistischem Know-how sowie Größenvorteile in der Beschaffung von Maschinen und Hilfsstoffen.

- *Ausbau des ausgewogenen Regionalportfolios*

Weltweit sind sowohl Düngemittel- als auch Salzmärkte durch saisonale wie auch regionale Nachfrageschwankungen gekennzeichnet. Die Strategie der K+S Gruppe zielt auf ein ausgewogenes Regionalportfolio ab, das einen Ausgleich natürlicher saisonaler Schwankungen sowie eine Abfederung zyklischer Markttrends ermöglicht. Daneben ergänzen sich das stärker konjunkturgetriebene Düngemittelgeschäft und das stetigere Salzgeschäft, welches zuletzt durch die Übernahme von Morton Salt ausgebaut wurde, auch über unterschiedliche Konjunkturphasen hinweg.

Im Düngemittelbereich ermöglicht die ausgewogene Marktpräsenz in den wichtigen Agrarmärkten Europa, Asien und Südamerika den Ausgleich von saisonalen Schwankungen zwischen Nord- und Südhalbkugel ebenso wie die Verminderung von konjunkturell bedingten, regionalen Nachfrageeffekten. Der Ausbau der Marktpräsenz in bedeutenden Überseemärkten und die Erschließung neuer attraktiver Absatzmärkte in künftigen Wachstumsregionen werden daher konsequent weiterverfolgt.

Lokale Produktion ist im stark mengengetriebenen Salzgeschäft ein entscheidender Faktor bei der Erschließung neuer Märkte. Im Geschäftsbereich Salz ist neben den definierten Wertschaffungs- und Renditekriterien die Verbesserung des Ergebnisprofils durch die Verminderung der Abhängigkeit von der regionalen Volatilität des Auftausalzgeschäfts eine wichtige Triebfeder jüngster Akquisitionen in Süd- und Nordamerika (SPL und Morton Salt), welche einen wichtigen Beitrag zum Ausgleich der schwankenden Wintersaison in Europa liefern.

- *Setzen von Standards für Qualität, Zuverlässigkeit und Service*

Ziel der K+S Gruppe ist es, in den Produktmärkten der präferierte Partner der Kunden zu sein. Hohe Produktqualität und Zuverlässigkeit sind hierfür entscheidende Voraussetzung. Einhergehend mit der Spezialisierungsstrategie werden dort, wo es wertschaffend ist, Service-Leistungen und -Innovationen vorangetrieben. Die gezielte Beratung der Kunden insbesondere im Bereich Düngemittel ermöglicht es der K+S Gruppe, bedarfsgerechte Lösungen zu identifizieren und so die Kundenbindung zu stärken. Mit ihren Angeboten im Bereich der elektronischen Bestellabwicklungsverfahren oder des lieferantengesteuerten Bestandes im europäischen Auftausalzgeschäft setzt die K+S Gruppe hier regelmäßig neue Standards im Markt.

- *Ausbau der strategischen Geschäftsfelder durch Akquisitionen und Kooperationen*

Die K+S Gruppe strebt neben dem organischen auch weiterhin externes Wachstum in den angestammten Geschäftsfeldern Düngemittel und Salz an, allerdings ohne wesentliche Beeinträchtigung ihrer finanziellen Basis.

Zusammenfassung wesentlicher Angaben betreffend die K+S AG

Registereintragung, Die Gesellschaft ist in das Handelsregister des Amtsgerichts Kassel unter HRB 2669
Sitz und Geschäftsjahr eingetragen.

Der Sitz der K+S AG ist in der Bertha-von-Suttner-Straße 7, 34131 Kassel. Die Gesellschaft ist telefonisch unter der Nummer +49 (0) 561 9301 0 erreichbar.

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Grundkapital und Aktien (vor Durchführung des Angebots)

Das Grundkapital beträgt gegenwärtig EUR 165.000.000,00 und ist eingeteilt in 165.000.000 auf den Inhaber lautende Stückaktien, jeweils mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von EUR 1,00.

Vorstand

Dem Vorstand der Gesellschaft gehören gegenwärtig Norbert Steiner (Vorstandsvorsitzender), Joachim Felker, Gerd Grimmig, Dr. Thomas Nöcker sowie Jan Peter Nonnenkamp an.

Die Mitglieder des Vorstands sind unter der Geschäftsadresse der Gesellschaft erreichbar.

Aufsichtsrat

Dem Aufsichtsrat der Gesellschaft gehören gegenwärtig Dr. Ralf Bethke (Vorsitzender des Aufsichtsrats), Michael Vassiliadis (Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats), Jella S. Benner-Heinacher, George Spyridon Cardona, Dr. Rainer Gerling, Rainer Grohe, Dr. Karl Heidenreich, Rüdiger Kienitz, Klaus Krüger, Dieter Kuhn, Harald Döll, Dr. Bernd Malmström, Dr. Rudolf Müller, Ralf Becker, Renato De Salvo und Dr. Eckhart Süner an.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind unter der Geschäftsadresse der Gesellschaft erreichbar.

Hauptaktionäre

Auf Grundlage der bei der Gesellschaft nach den §§ 21 ff. WpHG eingegangenen Mitteilungen sowie nach Angaben der jeweiligen Aktionäre halten die folgenden Aktionäre wesentliche Aktienbestände an der K+S AG:

Bank of N. T. Butterfield & Son Limited	15,00 %
davon über EuroChem International Holding B.V.....	11,02 %
BASF SE	10,30 %
Andere Aktionäre ¹⁾	74,70 %

1) Andere Aktionäre bezeichnet solche Aktionäre der K+S AG, die über Aktien mit einem Stimmrechtsanteil von jeweils insgesamt unter 3 % verfügen.

Abschlussprüfer

Gesetzlicher Abschlussprüfer und Konzernabschlussprüfer der K+S AG für das laufende Geschäftsjahr ist die Deloitte & Touche GmbH, Hannover, Georgstraße 52, 30159 Hannover. Deloitte & Touche ist Mitglied der deutschen Wirtschaftsprüferkammer K.d.ö.R, Berlin.

Mitarbeiter

Zum 30. September 2009 beschäftigte die K+S Gruppe 12.378 Mitarbeiter.

Zusammenfassung des Angebotes

Bezugsangebot und Verwertung nicht bezogener Aktien

Gegenstand des Angebots sind 26.400.000 neue, auf den Inhaber lautende Stammaktien ohne Nennbetrag (Stückaktien) der K+S AG mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von jeweils EUR 1,00 und mit voller Gewinnanteilberechtigung ab dem 1. Januar 2009 (die „Neuen Aktien“).

Die Neuen Aktien stammen aus der am 25. November 2009 vom Vorstand der Gesellschaft mit Zustimmung des Aufsichtsrats beschlossenen Kapitalerhöhung gegen Bar-einlagen mit Bezugsrecht der Aktionäre aus genehmigtem Kapital. Die Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister des Amtsgerichts Kassel wird voraussichtlich am 9. Dezember 2009 erfolgen.

Die Neuen Aktien sollen den Aktionären der K+S AG im Rahmen eines Bezugsangebots angeboten werden (das „**Bezugsangebot**“). Die Konsortialbanken haben sich vorbehaltlich bestimmter Bedingungen dazu verpflichtet, die Neuen Aktien aufgrund eines Übernahmevertrags vom 26. November 2009 (der „**Aktienübernahmevertrag**“) zu zeichnen und sie den Aktionären vorbehaltlich bestimmter Bedingungen zum Bezug anzubieten. Nicht bezogene Aktien werden über die Börse verkauft oder im Rahmen von Privatplatzierungen qualifizierten Anlegern zum Erwerb angeboten werden.

Das Bezugsangebot an die Aktionäre der K+S AG wird voraussichtlich am 26. November 2009 im elektronischen Bundesanzeiger und voraussichtlich am 27. November 2009 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung („**FAZ**“) veröffentlicht werden.

Börsenzulassung	Die Zulassung der Neuen Aktien zum Börsenhandel im Regulierten Markt mit gleichzeitiger Zulassung zum Teilbereich des Regulierten Marktes mit weiteren Zulassungspflichtigen (Prime Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse sowie zum Börsenhandel im Regulierten Markt der Börsen Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart (die „ Regionalbörsen “) wird voraussichtlich am 27. November 2009 beantragt werden. Der Zulassungsbeschluss wird voraussichtlich am 10. Dezember 2009 erteilt werden.
Notierungsaufnahme	Die Aufnahme des Börsenhandels ist für den 11. Dezember 2009 vorgesehen. Die Neuen Aktien werden an diesem Tag in die bestehende Preisfeststellung der Inhaberk Aktien der Gesellschaft einbezogen.
Ausübung des Bezugsrechts	Die Aktionäre der K+S AG werden durch Veröffentlichung des Bezugsangebots voraussichtlich am 26. November 2009 aufgefordert, ihr Bezugsrecht zur Vermeidung des Ausschlusses in der Zeit vom 27. November 2009 bis einschließlich 10. Dezember 2009 (die „ Bezugsfrist “) auszuüben.
Bezugsverhältnis	Das Bezugsverhältnis beträgt 25 : 4, d. h. 25 alte Aktien berechtigen zum Bezug von 4 Neuen Aktien.
Bezugspreis	Der Bezugspreis je bezogener Neuer Aktie beträgt EUR 26,00.
Bezugsstelle	Bezugsstelle sind die inländischen Niederlassungen der Deutschen Bank.
Bezugsrechtshandel	<p>Die Bezugsrechte werden in der Zeit vom 27. November 2009 bis 8. Dezember 2009 (jeweils einschließlich) im Regulierten Markt an der Frankfurter Wertpapierbörse gehandelt. Vom 27. November 2009 an werden alle von der Gesellschaft bereits ausgegebenen Aktien (im Folgenden die „Alten Aktien“) an der Frankfurter Wertpapierbörse „ex Bezugsrecht“ notiert.</p> <p>Die Deutsche Bank kann geeignete Maßnahmen ergreifen, um für einen geordneten Bezugsrechtshandel Liquidität zur Verfügung zu stellen, wie den Kauf und Verkauf von Bezugsrechten auf Neue Aktien. Dabei behält sich die Deutsche Bank vor, Absicherungsgeschäfte in Aktien der Gesellschaft oder entsprechenden Derivaten vorzunehmen.</p>
Verbriefung	Die Neuen Aktien der K+S AG mit der International Securities Identification Number („ ISIN “) DE0007162000 und der Wertpapierkennnummer („ WKN “) 716200 werden in einer Globalurkunde verbrieft, die bei der Clearstream Banking AG, Neue Börsenstraße 1, 60487 Frankfurt am Main, zur Girosammelverwahrung hinterlegt wird. Der Anspruch der Aktionäre der K+S AG auf Verbriefung ihres Anteils ist nach § 4 Abs. 1 Satz 2 der Satzung der Gesellschaft ausgeschlossen.
Lieferung und Abrechnung der Bezugsaktien	Der Bezugspreis für die Neuen Aktien ist spätestens am 10. Dezember 2009 zu entrichten.

Die im Rahmen des Bezugsangebots bezogenen Neuen Aktien werden voraussichtlich am 14. Dezember 2009 und die im Rahmen der Privatplatzierungen erworbenen Neuen Aktien nach Abschluss der Privatplatzierungen voraussichtlich am 15./16. Dezember 2009 durch Girosammeldepotvorschrift zur Verfügung gestellt, es sei denn, die Bezugsfrist wurde verlängert oder das Angebot abgebrochen.

Verwertung der Bezugsrechte

Die Bezugsrechte sind frei übertragbar. Sofern die Bedingungen der Depotbanken es vorsehen, werden diese versuchen, die Bezugsrechte bestmöglich zu verwerten, sofern der Bezugsberechtigte keine Weisung zur Ausübung des Bezugsrechts erteilt.

Nicht ausgeübte Bezugsrechte

Die nicht ausgeübten Bezugsrechte verfallen nach Ablauf der Bezugsfrist wertlos.

Verwertung nicht bezogener Aktien

Die Neuen Aktien, die nicht auf Grund des Bezugsangebots bezogen worden sind, werden über die Börse verkauft oder Anlegern in der Bundesrepublik Deutschland und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland (mit Ausnahme von Japan) im Rahmen von Privatplatzierungen qualifizierten Anlegern zum Erwerb angeboten (die „Privatplatzierungen“ und zusammen mit dem Bezugsangebot das „Angebot“). In den USA werden die Neuen Aktien nur sogenannten *Qualified Institutional Buyers* nach Rule 144A zum U.S. Securities Act von 1933 in der jeweils gültigen Fassung („Securities Act“) angeboten.

Marktschutzvereinbarungen

Die K+S AG hat sich gegenüber den Konsortialbanken verpflichtet, im Rahmen des rechtlich Zulässigen ohne Zustimmung der Globalen Koordinatoren innerhalb eines Zeitraums, der voraussichtlich am 14. Juni 2010 endet, keine Aktien der Gesellschaft, Optionen auf solche Aktien oder Wertpapiere, die in solche Aktien gewandelt oder getauscht werden können oder mit Rechten zum Erwerb von solchen Aktien ausgestattet sind, direkt oder indirekt auszugeben, zu verkaufen, anzubieten, sich zu ihrem Verkauf zu verpflichten, anderweitig zu übertragen oder zu veräußern, und keine Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital anzukündigen, keine Kapitalerhöhung einzuleiten (ausgenommen (i) zum Zwecke der Ausgabe von Aktien im Rahmen bestehender Mitarbeiter- oder Managementbeteiligungsprogramme der Gesellschaft oder ihrer Tochterunternehmen und (ii) Vorschlägen der Gesellschaft an die Hauptversammlung, die Ermächtigung zur Ausgabe von Aktien aus genehmigtem Kapital oder von Wandelschuldverschreibungen oder von bedingtem Kapital zur Bedienung dieser Wandelschuldverschreibungen zu erneuern) und keine sonstigen Geschäfte (einschließlich Geschäften in Derivaten) abzuschließen, deren wirtschaftlicher Effekt den oben beschriebenen Maßnahmen gleichkommt.

Verkaufsbeschränkungen

Die Neuen Aktien und die Bezugsrechte sind und werden weder nach den Vorschriften des Securities Act noch bei den Wertpapieraufsichtsbehörden von Einzelstaaten oder anderer Jurisdiktionen der USA registriert. Die Neuen Aktien und die Bezugsrechte dürfen in den USA weder angeboten noch verkauft oder direkt oder indirekt dorthin geliefert werden, außer in Ausnahmefällen aufgrund einer Befreiung von den Registrierungserfordernissen des Securities Act.

Kosten des Angebots und Gesamtnettoerlös

Die gesamten Emissionskosten einschließlich der Provisionen für die Konsortialbanken werden voraussichtlich rund EUR 22,5 Mio. betragen.

Die Gesellschaft erwartet, dass der Gesamtnettoerlös aus der Kapitalerhöhung voraussichtlich ca. EUR 663,9 Mio. betragen wird.

Verwendung des Emissionserlöses

Die mit dem Angebot verbundene Kapitalerhöhung dient in erster Linie der Verbesserung der Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft auch im Hinblick auf die sich selbst gesetzte Zielkapitalstruktur. Im Zusammenhang damit sollen die Erlöse aus der Transaktion der Gesellschaft im Nachgang der Akquisition von Morton Salt die Option der Ablösung der zu deren Finanzierung aufgenommenen Bankkredite eröffnen sowie die finanzielle und strategische Flexibilität für weiteres Wachstum in der Zukunft ermöglichen.

ISIN, WKN, Börsenkürzel der bezugsberechtigten Aktien	Die ISIN für die Inhaberaktien der Gesellschaft lautet DE0007162000, die WKN 716200. Das Börsenkürzel ist SDFG.
ISIN und WKN der Bezugsrechte	Die ISIN für die Bezugsrechte lautet DE000A1A6Z69, die WKN lautet A1A6Z6.
Designated Sponsor	Die Timber Hill Europe AG übernimmt bezüglich der Aktien der K+S AG die Funktion des Designated Sponsor für die Gesellschaft. Ein Designated Sponsor sorgt insbesondere für eine höhere Liquidität der Aktie, indem er verbindliche Preise für den An- und Verkauf der Aktien stellt.
Zahl- und Anmeldestelle	Zahl- und Anmeldestelle ist die Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Große Gallusstraße 10–14, 60311 Frankfurt am Main.

Ausgewählte Konzernfinanzinformationen

Die nachfolgenden Tabellen enthalten wesentliche Konzernfinanzinformationen für die zum 30. September 2009 und 2008 endenden Neunmonatszeiträume sowie für die zum 31. Dezember 2008, 2007 und 2006 endenden Geschäftsjahre. Die Konzernfinanzinformationen für die zum 30. September 2009 und 2008 endenden Neunmonatszeiträume sind dem ungeprüften verkürzten Konzern-Zwischenabschluss der K+S AG für den zum 30. September 2009 endenden Neunmonatszeitraum (mit Vergleichszahlen für den zum 30. September 2008 endenden Neunmonatszeitraum) entnommen. Die Konzernfinanzinformationen für die zum 31. Dezember 2008 und 31. Dezember 2007 endenden Geschäftsjahre sind dem Konzernabschluss der K+S AG für das zum 31. Dezember 2008 endende Geschäftsjahr entnommen; die Konzernfinanzinformationen für das zum 31. Dezember 2006 endende Geschäftsjahr sind dem Konzernabschluss der K+S AG für das zum 31. Dezember 2007 endende Geschäftsjahr entnommen. Ursache dafür, dass die Konzernfinanzinformationen für das zum 31. Dezember 2007 endende Geschäftsjahr dem Konzernabschluss der K+S AG für das zum 31. Dezember 2008 endende Geschäftsjahr und die Konzernfinanzinformationen für das zum 31. Dezember 2006 endende Geschäftsjahr dem Konzernabschluss der K+S AG für das zum 31. Dezember 2007 endende Geschäftsjahr entnommen wurden, sind jeweils nach der Abschlusserstellung für die Geschäftsjahre 2006 bzw. 2007 in Kraft getretene Änderungen von Rechnungslegungsstandards (IFRS), die nachträglich zu bilanzieller Umgliederungen führten, die jeweils in den im Konzernfinanzabschluss 2008 für 2007 und im Konzernfinanzabschluss 2007 für 2006 enthaltenen Vergleichszahlen (zur Herstellung einer Vergleichbarkeit) berücksichtigt wurden. Alle Konzernabschlüsse der K+S AG wurden jeweils auf der Grundlage der IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind (nachfolgend „IFRS“), erstellt.

Die in den nachfolgenden Tabellen dargestellten Konzernfinanzinformationen stellen eine Auswahl aus den in den Abschlüssen enthaltenen Finanzdaten der K+S Gruppe dar und sind – soweit nicht ausdrücklich anders gekennzeichnet – in Tausend EUR (TEUR) bzw. in Millionen EUR (EUR Mio.) angegeben und auf eine Nachkommastelle kaufmännisch gerundet. Die Berechnung der jeweils dargestellten prozentualen Veränderungen wurde auf Basis der ungerundeten absoluten Zahlen vorgenommen. Aufgrund der Rundungen addieren sich die in den Tabellen aufgeführten Zahlen teilweise nicht exakt zur jeweils angegebenen Gesamtsumme und die Prozentzahlen teilweise nicht exakt zu 100,0 % auf.

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnungen

In EUR Mio.	1. Januar – 30. September		1. Januar – 31. Dezember		
	2009	2008	2008	2007	2006
	Ungeprüft	Ungeprüft	Geprüft	Geprüft	Geprüft
Umsatzerlöse	2.512,5	3.838,9	4.794,4	3.344,1	2.957,7
Herstellungskosten	1.611,3	2.084,2	2.552,9	2.211,9	1.928,0
Bruttoergebnis vom Umsatz	901,2	1.754,7	2.241,5	1.132,1	1.029,7
Vertriebskosten	504,5	589,1	776,0	752,3	714,3
Allgemeine Verwaltungskosten	83,2	76,9	104,4	89,4	81,7
Forschungs- und Entwicklungskosten	14,1	13,2	18,1	15,5	13,8
Sonstige betriebliche Erträge ¹⁾	101,9	78,1	173,6	138,2	119,9
Sonstige betriebliche Aufwendungen ¹⁾	167,6	109,5	176,6	132,0	63,5
Beteiligungsergebnis	2,8	1,5	2,5	4,6	1,8
Operatives Ergebnis (EBIT I)²⁾³⁾⁴⁾	–	–	1.342,7	285,7	278,0
Ergebnis aus operativen, antizipativen Sicherungsgeschäften ¹⁾	– 28,5	– 139,3	– 150,4	– 392,6	83,6
Ergebnis nach operativen Sicherungsgeschäften (EBIT II)⁴⁾⁵⁾	208,0	906,3	1.192,3	– 106,9	361,6
Zinsergebnis	– 39,3	– 34,3	– 4,6	– 35,6	– 27,5
Sonstiges Finanzergebnis	– 57,4	12,0	11,4	– 0,1	7,4
Finanzergebnis	– 96,7	– 22,3	6,8	– 35,7	– 20,1
Ergebnis vor Ertragssteuern	111,3	884,0	1.199,1	– 142,6	341,5
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	30,2	239,2	327,7	– 49,5	70,3
davon: latente Steuern ⁶⁾	6,2	46,0	61,4	– 68,9	20,4
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	81,1	644,8	871,4	– 93,1	271,2
Anteile anderer Gesellschafter am Ergebnis	0,3	0,3	0,5	0,2	0,4
Konzernergebnis nach Steuern und Anteilen Dritter	80,8	644,5	870,9	– 93,3	270,8
Operatives Ergebnis (EBIT I)²⁾³⁾⁴⁾	201,5	1.054,9	–	–	–
Ergebnis vor Ertragssteuern, bereinigt⁴⁾⁷⁾	104,8	1032,6	1.349,4	250,0	257,9
Konzernergebnis, bereinigt⁴⁾⁷⁾	76,1	751,8	979,3	175,3	218,2

- 1) Seit dem Geschäftsjahr 2009 werden sämtliche Ergebniseffekte aus operativen, antizipativen Sicherungsgeschäften in der Zeile „Ergebnis aus operativen, antizipativen Sicherungsgeschäften“ ausgewiesen. In den Vorjahren 2008, 2007 und 2006 wurde ein Teil dieses Ergebnisses in den Rechnungsposten „Sonstige betriebliche Erträge“ bzw. „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ erfasst. Hieraus resultiert ab dem Geschäftsjahr 2009 eine Verschiebung dieser Ergebniseffekte zwischen den Positionen „Sonstige betriebliche Erträge“, „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ und „Ergebnis aus operativen, antizipativen Sicherungsgeschäften“, ohne dass die Höhe des EBIT I oder des EBIT II dadurch beeinflusst wird. Die Zahlen für den zum 30. September 2008 endenden Neunmonatszeitraum wurden für Vergleichszwecke entsprechend des neuen Ausweises angepasst.
- 2) Das Operative Ergebnis (EBIT I) beinhaltet das in der aktuellen Berichtsperiode tatsächlich realisierte Sicherungsergebnis aus den zur Sicherung künftiger Zahlungspositionen (im Wesentlichen Umsätze in US-Dollar) eingesetzten operativen Derivate (sog. antizipative Kussicherung). Das realisierte Sicherungsergebnis entspricht dem Ausübungswert des Derivats zum Zeitpunkt der Fälligkeit (Differenz zwischen Kassakurs und Sicherungskurs), im Falle von Optionsgeschäften abzüglich der gezahlten Prämien. Die Marktwertveränderungen der noch ausstehenden operativen Derivate zur antizipativen Kurssicherung werden hingegen gesondert im Ergebnis nach operativen Sicherungsgeschäften (EBIT II) berücksichtigt. Ein Derivat gilt als operativ, wenn die Ergebniswirkung des zu sichernden Grundgeschäfts im Operativen Ergebnis (EBIT I) abgebildet wird. Ergebnisse aus Sicherungsgeschäften des Finanzierungsbereiches werden im Finanzergebnis erfasst, sofern keine erfolgsneutrale Abbildung als Hedge Accounting vorgenommen wurde.
- 3) Die Ermittlung bzw. der Ausweis des Operative Ergebnisses (EBIT I) erfolgt seit dem Geschäftsjahr 2009 nicht mehr in einer eigenen Berichtszeile in der Gewinn- und Verlustrechnung der K+S Gruppe, sondern in einer Überleitungsrechnung unterhalb der Gewinn- und Verlustrechnung der K+S Gruppe. Damit erfolgt der Ausweis des Operativen Ergebnisses (EBIT I) in der eigenen Berichtszeile in der Gewinn- und Verlustrechnung nur für die Geschäftsjahre 2006, 2007 und 2008 und in der Überleitungsrechnung unterhalb der Gewinn- und Verlustrechnung erstmals für den zum 30. September 2009 endenden Neunmonatszeitraum (sowie den entsprechenden Vergleichszeitraum in 2008).
- 4) Diese Kennzahlen sind keine nach IFRS definierten Kennzahlen. Potentielle Investoren sollten beachten, dass diese Kennzahlen keine einheitlichen angewandten oder standardisierten Kennzahlen sind, ihre Berechnung variieren kann und dass diese Kennzahlen für sich allein genommen keine Basis für Vergleiche mit anderen Unternehmen darstellen.
- 5) Über das Operative Ergebnis (EBIT I) hinaus berechnet die Gesellschaft auch ein Ergebnis nach operativen Sicherungsgeschäften (EBIT II). Das EBIT II beinhaltet sämtliche Ergebniseffekte aus operativen Sicherungsgeschäften, d. h. sowohl Ergebnisse aus der Realisierung als auch aus der Marktbewertung der noch ausstehenden operativen Derivate. Ein Derivat gilt als operativ, wenn die Ergebniswirkung des zu sichernden Grundgeschäfts im Operativen Ergebnis (EBIT I) abgebildet wird. Ergebnisse aus Sicherungsgeschäften des Finanzierungsbereiches werden hingegen im Finanzergebnis erfasst, sofern keine erfolgsneutrale Abbildung als Hedge Accounting vorgenommen wurde.
- 6) Die nicht zahlungswirksamen latenten Steuern resultieren aus steuerlichen Verlustvorträgen sowie anderen temporären steuerlichen Bewertungsdifferenzen.
- 7) Aufgrund der begrenzten wirtschaftlichen Aussagekraft des unbereinigten Ergebnisses vor Ertragssteuern und des unbereinigten Konzernergebnisses nach Steuern und Anteilen Dritter weist die Gesellschaft zusätzlich ein bereinigtes Ergebnis vor Ertragssteuern sowie ein bereinigtes Konzernergebnis (nach Steuern) und Anteilen Dritter aus. Diese bereinigten Ergebnisse beinhalten das realisierte Ergebnis aus operativen, antizipativen Sicherungsgeschäften der aktuellen Berichtsperiode. Die Marktwertveränderungen der noch ausstehenden, operativen, antizipativen Derivate werden hingegen in den bereinigten Ergebnissen nicht berücksichtigt. Ebenso werden daraus resultierende Effekte auf latente und zahlungswirksame Steuern eliminiert. Bei der Ermittlung des bereinigten Ergebnisses vor Ertragssteuern und des bereinigten Konzernergebnisses (nach Steuern) und Anteilen Dritter wurde ein Steuersatz von 37,0% (2006), 31,6% (2007), 27,9% (2008), 27,8% (9M 2008) und 27,9% (9M 2009) unterstellt.

Konzernbilanz

In EUR Mio.	Zum	Zum 31. Dezember			
	30. Sep-				
	tember	2009	2008	2007	2006
	Ungeprüft	Geprüft	Geprüft	Geprüft	
Langfristige Vermögenswerte	1.500,1	1.516,0	1.443,9	1.396,6	
Immaterielle Vermögenswerte.....	166,3	177,1	172,5	189,0	
– davon Goodwill aus Unternehmenserwerb.....	100,4	104,8	99,7	102,9	
Sachanlagen	1.242,3	1.246,4	1.124,8	1.082,6	
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien.....	8,3	7,8	7,9	8,3	
Finanzanlagen	22,2	22,3	17,8	19,4	
Forderungen und sonstige Vermögenswerte	15,0	15,5	13,2	2,5	
Wertpapiere.....	–	–	37,1	42,1	
Latente Steuern	45,5	46,3	70,1	52,0	
Steuererstattungsansprüche aus Ertragssteuern	0,5	0,5	0,5	0,6	
Kurzfristige Vermögenswerte	2.680,2	1.957,8	1.520,9	1.434,3	
Vorräte.....	540,6	684,6	368,6	370,2	
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	700,4	901,5	757,2	628,8	
Übrige Forderungen und Vermögenswerte.....	173,6	173,0	308,7	345,2	
– davon derivative Finanzinstrumente.....	28,9	66,4	205,3	242,7	
Steuererstattungsansprüche aus Ertragssteuern	65,8	30,9	37,0	10,6	
Wertpapiere.....	–	–	–	15,2	
Flüssige Mittel	1.199,8	167,8	49,4	64,4	
Summe Aktiva	4.180,3	3.473,8	2.964,8	2.830,9	
Eigenkapital	1.345,3	1.718,3	931,8	1.124,3	
Gezeichnetes Kapital	165,0	165,0	108,8	108,8	
Kapitalrücklage.....	1,3	4,5	7,6	7,9	
Andere Rücklagen und Bilanzgewinn.....	1.177,4	1.547,5	814,5	1.007,0	
Anteile anderer Gesellschafter	1,6	1,3	0,8	0,6	
Langfristiges Fremdkapital	1.707,9	749,3	1.004,2	822,1	
Finanzverbindlichkeiten	1.049,9	107,1	360,2	136,8	
Übrige Verbindlichkeiten	17,8	14,5	15,1	14,0	
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	92,6	93,1	125,8	128,2	
Rückstellungen für bergbauliche Verpflichtungen	388,7	378,3	357,6	338,2	
Sonstige Rückstellungen.....	96,7	97,6	123,8	125,4	
Latente Steuern	62,2	58,7	21,7	79,5	
Kurzfristiges Fremdkapital	1.127,1	1.006,1	1.028,8	884,5	
Finanzverbindlichkeiten	501,7	159,3	328,1	234,0	
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	258,0	465,4	409,1	360,8	
Sonstige Verbindlichkeiten	59,3	68,2	85,5	77,8	
– davon derivative Finanzinstrumente.....	2,9	24,2	16,9	39,3	
Steuerverbindlichkeiten aus Ertragssteuern	28,7	25,8	6,2	16,6	
Rückstellungen.....	279,4	287,5	200,0	195,3	
Summe Passiva	4.180,3	3.473,8	2.964,8	2.830,9	

Konzern-Kapitalflussrechnungen

In EUR Mio.	1. Januar – 30. September		1. Januar – 31. Dezember		
	2009	2008	2008	2007	2006
	Ungeprüft	Ungeprüft	Geprüft	Geprüft	Geprüft
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit ¹⁾	324,4	726,2	802,7	-108,3	202,4
Cashflow aus Investitionstätigkeit ²⁾	-200,7	-133,6	-170,2	-140,7	-429,8
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	783,6	-375,5	-318,0	81,8	170,9
Zahlungswirksame Veränderung der Finanzmittel	907,3	217,1	314,6	-167,3	-56,5
Änderung des Bestands an Finanzmitteln	903,2	214,0	312,0	-167,8	-53,4
Nettofinanzmittelbestand am 1.1.	160,6	-151,4	-151,4	16,4	69,8
Nettofinanzmittelbestand am 30.9./31.12	1.063,8	62,6	160,6	-151,4	16,4

- 1) Bereinigt um die Veränderung der Mittelbindung für Prämienzahlungen für Sicherungsgeschäfte (9M 2009: EUR – 30 Mio.; 9M 2008: EUR 23 Mio.; 2008: EUR 42 Mio.; 2007: EUR 367 Mio.; 2006: EUR 25 Mio.) betrug der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit für die jeweils zum 31. Dezember endenden Geschäftsjahre 2008 EUR 845 Mio., 2007 EUR 259 Mio. und 2006 EUR 228 Mio. sowie für das 9M 2009 EUR 295 Mio. und das 9M 2008 EUR 750 Mio.
- 2) Davon entfielen auf akquisitions-/devestitionsbedingte Zahlungen in 9M 2009: EUR 87,9 Mio., 9M 2008: EUR 0 Mio., 2008: EUR 0 Mio., 2007: EUR 2,6 Mio., 2006: EUR 357,7 Mio.

Sonstige Kennziffern

In EUR Mio.	1. Januar – 30. September		1. Januar – 31. Dezember		
	2009	2008	2008	2007	2006
	Ungeprüft	Ungeprüft	Geprüft	Geprüft	Geprüft
Operatives Ergebnis (EBIT I) ¹⁾²⁾	201,5	1.054,9	1.342,7	285,7	278,0
EBIT-Marge in % ²⁾³⁾	8,0	27,5	28,0	8,5	9,4
EBITDA ²⁾⁴⁾	307,5	1.160,3	1.484,4	413,9	401,3
EBITDA-Marge in % ²⁾⁵⁾	12,2	30,2	31,0	12,4	13,6

- 1) Für weitere Informationen zum Operativen Ergebnis (EBIT I) siehe oben die Fußnoten 1 und 2 unter „– Konzern-Gewinn- und Verlustrechnungen“.
- 2) Diese Kennzahlen sind keine nach IFRS definierten Kennzahlen. Potentielle Investoren sollten beachten, dass diese Kennzahlen keine einheitlichen angewandten oder standardisierten Kennzahlen sind, ihre Berechnung variieren kann und dass diese Kennzahlen für sich allein genommen keine Basis für Vergleiche mit anderen Unternehmen darstellen.
- 3) Die EBIT-Marge stellt das Verhältnis des Operativen Ergebnis (EBIT I) zu den Umsatzerlösen dar.
- 4) Das EBITDA ist eine liquiditätsorientierte Kennzahl, die aus der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung abgeleitet wird und anhand derer die Gesellschaft die operative Leistungsfähigkeit misst. Sie stellt das Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen dar.
- 5) Die EBITDA-Marge drückt das Verhältnis von EBITDA zu den Umsatzerlösen aus.

Angaben aus den Geschäftsbereichen der K+S Gruppe

In EUR Mio.	1. Januar – 30. September		1. Januar – 31. Dezember		
	2009	2008	2008	2007	2006
	Ungeprüft	Ungeprüft	Geprüft	Geprüft	Geprüft
Geschäftsbereiche					
Kali- und Magnesiumprodukte					
Umsatzerlöse	1.061,1	1.898,7	2.397,4	1.407,9	1.238,9
Operatives Ergebnis EBIT I ¹⁾	204,8	927,9	1.203,2	177,9	158,6
Investitionen	79,9	66,9	111,1	79,7	83,8
Stickstoffdüngemittel²⁾					
Umsatzerlöse	804,0	1.437,8	1.652,4	1.265,4	1.108,6
Operatives Ergebnis EBIT I ¹⁾	- 65,8	126,6	121,4	57,3	46,1
Investitionen	6,0	7,1	10,7	16,8	12,1
COMPO					
Umsatzerlöse	-	-	750,9	617,4	552,4
Operatives Ergebnis EBIT I ¹⁾	-	-	79,0	32,0	29,3
Investitionen	-	-	10,4	12,6	11,4
fertiva					
Umsatzerlöse	-	-	901,5	648,0	556,2
Operatives Ergebnis EBIT I ¹⁾	-	-	42,4	25,3	16,8
Investitionen	-	-	0,3	4,2	0,7
Salz					
Umsatzerlöse	559,3	409,3	618,6	545,1	485,8
Operatives Ergebnis EBIT I ¹⁾	93,1	19,0	45,2	47,8	67,6
Investitionen	21,0	44,9	58,6	47,9	21,2
Ergänzende Geschäftsbereiche^{3) 4)}					
Umsatzerlöse	87,6	92,5	125,3	125,5	124,3
Operatives Ergebnis EBIT I ¹⁾	9,5	19,3	25,1	39,1	39,2
Investitionen	3,9	8,6	10,0	21,9	12,5
Überleitung^{4) 5)}					
Umsatzerlöse	0,5	0,6	0,7	0,1	0,0
Operatives Ergebnis EBIT I ¹⁾	- 40,1	- 37,9	- 52,2	- 36,5	- 33,4
Investitionen	3,3	5,6	7,1	5,3	1,0
Gesamt					
Umsatzerlöse	2.512,5	3.838,9	4.794,4	3.344,1	2.957,7
Operatives Ergebnis EBIT I ¹⁾	201,5	1.054,9	1.342,7	285,7	278,0
Investitionen	114,1	133,1	197,5	171,6	130,5

- 1) Diese Kennzahlen sind keine nach IFRS definierten Kennzahlen. Potentielle Investoren sollten beachten, dass diese Kennzahlen keine einheitlichen angewandten oder standardisierten Kennzahlen sind, ihre Berechnung variieren kann und dass diese Kennzahlen für sich allein genommen keine Basis für Vergleiche mit anderen Unternehmen darstellen.
- 2) Die bisherigen Geschäftsbereiche COMPO und fertiva wurden zum 1. Januar 2009 zum Geschäftsbereich „Stickstoffdüngemittel“ zusammengefasst. Für weitere Informationen dazu siehe „Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage – Segmentberichterstattung“. Zum Zwecke der Vergleichbarkeit wurden die Zahlenwerte für Umsatzerlöse, EBIT I und Investitionen der Geschäftsbereiche COMPO und fertiva für die Geschäftsjahre 2008, 2007 und 2006 bei dem Ausweis der Zahlenwerte für den Geschäftsbereich Stickstoffdüngemittel für die Geschäftsjahre 2008, 2007 und 2006 zusammengefasst.
- 3) Die bisherigen Geschäftsbereiche „Entsorgung und Recycling“ und „Dienstleistungen und Handel“ sind zum 1. Januar 2008 zum Geschäftsbereich „Ergänzende Geschäftsbereiche“ zusammengefasst worden. Für weitere Informationen dazu siehe „Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage – Segmentberichterstattung“. Zum Zwecke der Vergleichbarkeit wurden die Zahlenwerte für Umsatzerlöse, EBIT I und Investitionen der Geschäftsbereiche Entsorgung und Recycling sowie Dienstleistungen und Handel für die Geschäftsjahre 2007 und 2006 bei dem Ausweis der Zahlenwerte für den Geschäftsbereich Ergänzende Geschäftsbereiche für die Geschäftsjahre 2007 und 2006 zusammengefasst.
- 4) Seit dem 1. Januar 2008 werden die Aktivitäten der K+S IT-Services GmbH („K+S IT“) aufgrund des geringen Anteils von Drittumsätzen in der Überleitung dargestellt. Die K+S IT wurde zuvor im Geschäftsbereich Ergänzende Geschäftsbereiche (Dienstleistungen und Handel) ausgewiesen. Die Vorjahreszahlen im Geschäftsjahr 2007 und 2006 für den Geschäftsbereich Ergänzende Geschäftsbereiche sowie die Spalte Überleitung wurden an diese Umgliederung nicht angepasst.
- 5) Die Angaben zu den Geschäftsbereichen werden teilweise vor intersegmentärer Konsolidierung dargestellt. Aufwendungen und Erträge, die den Geschäftsbereichen nicht zuordenbar sind, werden gesondert erfasst. Beide Effekte werden in der Zeile „Überleitung“ zusammengefasst.

Zusammenfassung der Risikofaktoren

Risiken im Zusammenhang mit dem Geschäftsbetrieb der K+S Gruppe

- Die K+S Gruppe unterliegt Schwankungen bezüglich der Nachfrage und der Preise.
- Die Nachfrage nach den Produkten der K+S Gruppe unterliegt ausgeprägten saisonalen Schwankungen.
- Die K+S Gruppe ist abhängig von der ausreichenden Beschaffung von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen, Handelswaren und technischer Ausstattung sowie deren Preisentwicklung.
- Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die K+S Gruppe für Umweltschäden haftbar gemacht wird.
- Die Gesellschaft ist abhängig von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung.
- Die K+S Gruppe sieht sich Risiken durch für sie nachteilige Veränderungen im politischen, sozialen oder volkswirtschaftlichen Umfeld ausgesetzt.
- Steigende Frachtraten, erhöhte Transportkosten durch steigende Mineralölpreise sowie Engpässe bei den Infrastruktureinrichtungen wie Häfen, Straßen und Verladestationen könnten sich erheblich nachteilig auf das Geschäft der K+S Gruppe auswirken.
- Die Bergwerksanlagen, Produktionsstätten, Lager und Verladeanlagen der K+S Gruppe sind Betriebs- und Unfallrisiken ausgesetzt. Ein Zutritt von Salzlösung oder Grundwasser in den Schacht oder Gasausbrüche in bestimmten Bergwerken könnten zu Personen- oder Sachschäden führen.
- Wechselkursschwankungen könnten die Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe erheblich beeinträchtigen.
- Eine Herabstufung des Kreditratings der K+S könnte die Finanzierungsmöglichkeiten der K+S stark beeinträchtigen und die Finanzierungskosten erhöhen. Eine Verletzung von Verpflichtungserklärungen (financial covenants) könnte zu einer vorzeitigen Kündigung der bestehenden Finanzierungsverträge führen.
- Zinsschwankungen könnten sich nachteilig auf die Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe auswirken.
- Das Ergebnis der K+S Gruppe ist abhängig von Energiekosten und der Energieversorgung.
- Die K+S Gruppe könnte Risiken in Verbindung mit dem Erwerb von Morton Salt und anderer vergangener oder zukünftiger Unternehmenskäufe falsch eingeschätzt haben oder falsch einschätzen und daher die mit den entsprechenden Zukäufen angestrebten Ziele verfehlen.
- Die Integration von Morton Salt und anderen in der Vergangenheit übernommenen oder in Zukunft zu übernehmenden Gesellschaften in die K+S Gruppe kann sich als schwieriger, langwieriger oder kostspieliger als erwartet erweisen oder sogar fehlschlagen.
- Die Rückstellungen für bergbauliche Verpflichtungen könnten sich als zu niedrig erweisen.
- Die K+S Gruppe benötigt qualifizierte Mitarbeiter und ist auf gute Beziehungen zu ihren Mitarbeitern und deren Gewerkschaften angewiesen.
- Die K+S Gruppe könnte nicht zur effektiven Bewältigung ihres eigenen Wachstums oder zur Entwicklung oder Aufbringung der zur Steuerung oder Förderung ihres Wachstums notwendigen Ressourcen imstande sein. Ein Mangel an geeigneten Übernahmezielen oder Rohstofflagerstätten könnte das zukünftige Wachstum der K+S Gruppe hemmen.
- Die K+S Gruppe könnte Ausfälle des Rechenzentrums oder andere Systemfehlfunktionen erleiden.
- Die K+S Gruppe unterliegt Liquiditätsrisiken.
- Die K+S Gruppe ist dem Risiko des Zahlungsausfalls ihrer Vertragsparteien ausgesetzt.
- Die Ausschüttung von Dividenden hängt von der Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft und der Ausschüttung von Gewinnen ihrer operativen Tochtergesellschaften ab.

Rechtliche und regulatorische Risiken

- Die K+S Gruppe unterliegt zahlreichen öffentlich-rechtlichen Vorschriften und Genehmigungserfordernissen.
- Die K+S Gruppe unterliegt Risiken bezüglich der zukünftigen Festsetzung von Arbeitsplatzgrenzwerten.
- Die K+S Gruppe unterliegt branchenüblichen kartellrechtlichen Risiken.

- *Der K+S Gruppe könnte Schaden durch eine Reduzierung des Anti-Dumping-Schutzes entstehen.*
- *Die K+S Gruppe könnte dem Risiko steigender Steuerlast durch potenzielle Veränderungen des anwendbaren Steuerrechts oder als Ergebnis laufender oder zukünftiger Steuerprüfungen ausgesetzt sein.*

Risiken im Zusammenhang mit den Aktien und dem Angebot

- *Der Kurs der Aktien der K+S AG war volatil und wird möglicherweise weiterhin volatil sein.*
- *Zukünftige Kapitalmaßnahmen könnten zu einer erheblichen Verwässerung der Beteiligung der Aktionäre an der K+S AG führen.*
- *Die Beteiligung von Aktionären, die nicht an diesem Angebot teilnehmen, wird verwässert werden.*
- *Es ist nicht sicher, dass sich ein Bezugsrechtshandel entwickelt oder dass die Bezugsrechte nicht stärkeren Kursschwankungen als die Aktien der K+S AG unterliegen.*

RISIKOFAKTOREN

Potenzielle Anleger sollten vor der Entscheidung über den Kauf von Aktien der Gesellschaft die nachfolgend beschriebenen Risiken und die übrigen in diesem Prospekt enthaltenen Informationen sorgfältig lesen und bei ihrer Anlageentscheidung berücksichtigen. Der Eintritt dieser Risiken kann, einzeln oder zusammen mit anderen Umständen, die Geschäftstätigkeit der K+S Gruppe wesentlich beeinträchtigen und erheblich nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe haben. Der Börsenpreis der Aktien der Gesellschaft könnte aufgrund des Eintritts jedes dieser Risiken fallen, und Anleger könnten ihre Anlage ganz oder teilweise verlieren. Die nachfolgend aufgeführten Risiken könnten sich rückwirkend betrachtet als nicht abschließend herausstellen und daher nicht die einzigen Risiken sein, denen die K+S Gruppe ausgesetzt ist. Weitere Risiken und Unsicherheiten, die der Gesellschaft aus heutiger Sicht nicht bekannt sind oder als nicht wesentlich eingeschätzt werden, könnten ebenfalls die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe wesentlich beeinträchtigen.

Die gewählte Reihenfolge der Risikofaktoren stellt weder eine Aussage über die Wahrscheinlichkeit des Eintretens noch über die Bedeutung und Schwere der darin genannten Risiken oder das Ausmaß potenzieller Beeinträchtigungen des Geschäfts der K+S Gruppe dar. Die genannten Risiken können einzeln oder auch kumulativ eintreten.

Risiken im Zusammenhang mit dem Geschäftsbetrieb der K+S Gruppe

Die K+S Gruppe unterliegt Schwankungen bezüglich der Nachfrage und der Preise.

Die Produkte der K+S Gruppe unterliegen erheblichen Schwankungen in Nachfrage und Preis. Durch exogene Einflüsse, auf deren Eintreten oder Ausbleiben die K+S Gruppe in aller Regel keinen Einfluss hat, kann die Nachfrage nach den Produkten der K+S Gruppe auf den relevanten Absatzmärkten stark zurückgehen und zu einem Abwärtsdruck auf das Preisniveau führen. Zu diesen exogenen Einflüssen zählen etwa weltweite oder regionale Konjunkturschwankungen, sinkende Weltmarktpreise von wichtigen Agrarerzeugnissen, das Hinzutreten neuer Anbieter, eine Konzentration auf Nachfrageseite sowie eine bewusste Kaufzurückhaltung der Kunden der K+S Gruppe. Weitere exogene Faktoren sind handels- und agrarpolitische Maßnahmen staatlicher oder überstaatlicher Akteure, periodische Ungleichgewichte von Angebot und Nachfrage sowie das für die Märkte für Grund- und Rohstoffe (sog. commodities) – zu denen auch viele Produkte der Gesellschaft gehören – kennzeichnende, ausgeprägt zyklische Marktpreisverhalten. Derartige negative Einflüsse sind einer der Gründe für die stark gesunkene Düngemittelnachfrage im Jahr 2009 und den korrespondierenden Preisverfall. So sank der Durchschnittspreis für Kalidüngemittel im Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte auf EUR 305,4 je Tonne im dritten Quartal 2009 gegenüber EUR 450,1 je Tonne im Vorjahresquartal. Im Juli 2009 wurden mit der staatlichen indischen Importgesellschaft Verträge zur Lieferung von Kaliumchlorid Standard zu einem Preis von USD 460 je Tonne inklusive Fracht abgeschlossen. Im vorhergehenden Vertrag, der im März 2009 auslief, galt noch ein Preis von USD 625 je Tonne. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass der Kalipreis von dem erreichten Niveau aus noch weiter fällt. In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, dass die Preise anderer Produkte der K+S Gruppe, wie etwa einiger stickstoffbasierter Dünger, im historischen Vergleich noch erheblich stärkeren Schwankungen unterlagen als etwa Kali. Durch die hohen Fixkosten aufgrund der vergleichsweise hohen Kapitalintensität der Produktion (in den Geschäftsbereichen Kali- und Magnesiumprodukte sowie Salz) bzw. der zum Teil vereinbarten Verlagerung des Abnehmerisikos von der BASF SE als Produzenten auf die K+S Gruppe als Vertreiber (im Geschäftsbereich Stickstoffdüngemittel) führt eine sinkende Nachfrage zu einem Anstieg der Stückkosten. Jedes dieser Ereignisse kann sich erheblich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe auswirken.

Die Nachfrage nach den Produkten der K+S Gruppe unterliegt ausgeprägten saisonalen Schwankungen.

Ein signifikantes Absatzrisiko für die Geschäftsbereiche Kali- und Magnesiumprodukte, Stickstoffdüngemittel sowie Salz resultiert insbesondere aus der starken Saisonalität der Nachfrage nach den Produkten der K+S Gruppe, speziell aufgrund der Witterungsabhängigkeit. Wetterbedingte Absatzschwankungen können dabei innerhalb eines Jahres variieren, aber auch den Gesamtjahresabsatz beeinträchtigen. Eine dauerhaft nass-kalte Witterung während der insbesondere für Europa wichtigen Frühjahrssaison kann beispielsweise zu Absatzverschiebungen und eventuell zu Absatzeinbußen bei Düngemitteln und Pflanzenpflegeprodukten führen. Ebenso können milde Winter in den Hauptabsatzgebieten für Auftausalz, welches durch die Akquisition der Salzaktivitäten von Morton International, Inc. (im Folgenden: „MII“, und die Salzaktivitäten von MII im

folgenden „Morton Salt“) innerhalb der K+S Gruppe noch an Bedeutung gewonnen hat, den Absatz in dieser Produktparte erheblich verringern. Jedes dieser Ereignisse kann sich erheblich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe auswirken.

Darüber hinaus führt das Auffüllen und Abbauen der Lagerkapazitäten durch die Kunden der K+S Gruppe in Abhängigkeit von deren Erwartung der zukünftigen Marktpreientwicklung sowie deren Liquiditätsmanagement teilweise zu einer stark schwankenden Nachfrage. Dies kann zu einer ineffizienten Auslastung der Produktionskapazität und damit steigenden Stückkosten führen. Derartige Effekte können sich daher erheblich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe auswirken sowie generell die Vergleichbarkeit der Quartalsabschlüsse vermindern.

Die K+S Gruppe ist abhängig von der ausreichenden Beschaffung von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen, Handelswaren und technischer Ausstattung sowie deren Preisentwicklung.

Die Anzahl der Lieferanten für spezielle Roh- und Hilfsstoffe wie Ammoniak, Phosphat, Sprengstoffe, schwefelarmen Dieseltreibstoff sowie die erforderliche technische Ausstattung einschließlich Ersatzteile, die die K+S Gruppe von externen Anbietern bezieht, ist sehr begrenzt. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Lieferboykotte, Lieferengpässe oder -ausfälle oder operative Umstände auf Seiten der Lieferanten, die Verschärfung von Umweltvorschriften oder sonstige Gründe die Verfügbarkeit der erforderlichen Roh- und Hilfsstoffe für die K+S Gruppe verknapfen oder vollständig beschränken. Dabei kann die K+S Gruppe nur sehr eingeschränkt oder gar keinen Einfluss auf die Liefersicherheit ihrer externen Anbieter nehmen. Auch ist nicht gewährleistet, dass Lieferengpässe oder -ausfälle kurzfristig durch andere Anbieter ersetzt werden können. Lieferengpässe oder von Großlieferanten vorgenommene Preiserhöhungen bei erforderlichen Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sowie Handelswaren und bergbauspezifischer Maschinenausstattung und Ersatzteilen könnten zu einer erheblichen Kostensteigerung oder einer Produktionseinschränkung führen. Dies gilt auch für die Beschaffung von logistischen Dienstleistungen. Darüber hinaus könnte ein lokaler Energieengpass an einer der großen Anlagen der Gruppe die Produktionskapazität der Anlagen beeinträchtigen.

Insbesondere die Herstellkosten der von der BASF SE für die K+S Gruppe produzierten stickstoff- und phosphathaltigen Düngemittel werden in hohem Maße von den Weltmarktpreisen für Ammoniak und Phosphat bestimmt. Die Marktbedingungen könnten auch zu einer zeitweisen Verknappung und Verteuerung dieser Rohstoffe führen. In einem solchen Marktumfeld könnte für die Produktion von Mehrnährstoffdüngemitteln zeitweilig nicht ausreichend qualitätsgerechtes Phosphat zur Verfügung stehen.

Bei schwieriger werdendem Wettbewerbsumfeld beispielsweise durch eine größere Anzahl Wettbewerber könnte es der K+S Gruppe in Zukunft nicht mehr in vollem Umfang gelingen, Erhöhungen der Kosten kurzfristig über die Preise an die Kunden weiterzugeben. Selbst wenn es der K+S Gruppe gelingen sollte, Kostensteigerungen mittels Preiserhöhungen an die Kunden weiterzugeben, geschieht dies regelmäßig nur mit zeitlichen Verzögerungen oder Beschränkungen. Das Eintreten jedes dieser Ereignisse könnte sich erheblich nachteilig auf die Geschäftstätigkeit und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe auswirken.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die K+S Gruppe für Umweltschäden haftbar gemacht wird.

Die Bergbauaktivitäten der K+S Gruppe bedingen das bergbauspezifische Risiko einer plötzlich auftretenden, großflächigen und unter Umständen starken Absenkung der Erdoberfläche (sog. Gebirgsschlag). Sollte dies eintreten, könnte dies neben dem ganz oder teilweisen Verlust des Bergwerks und der Beschädigung der Anlagen der K+S Gruppe zu erheblichen Schädigungen am Eigentum Dritter bis hin zu Personenschäden und Todesfällen führen.

Zudem ist die K+S Gruppe an Standorten tätig, die seit geraumer Zeit unter anderem für Bergbauaktivitäten, Verarbeitung von Rohstoffen und Einlagerung von Gefahrstoffen genutzt werden. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass es hierbei zu Boden- oder Grundwasserkontaminationen gekommen ist.

Ähnliches gilt insbesondere für im Zuge der Akquisition von Morton Salt erworbene Aktivitäten und Anlagen innerhalb von MII, die nach der vertraglichen Vereinbarung unmittelbar an die Verkäuferin Rohm and Haas Company („Rohm and Haas“), einer Tochtergesellschaft von The Dow Chemical Company rückübertragen werden sollen und in denen früher nicht-salzbezogene und insbesondere chemische Produktion stattfand und in diesem Zusammenhang Gefahrstoffe gelagert und verarbeitet wurden. Es gibt Hinweise, dass es hierbei zu Boden- oder Grundwasserkontaminationen gekommen ist, für deren Beseitigung MII und damit mittelbar die K+S Gruppe in

Anspruch genommen werden könnte. Dabei ist nicht gewährleistet, dass die vertraglichen Abreden und Vorkehrungen zur vollständigen Risikotragung durch die Verkäuferin ausreichend sind und zu einer vollständigen Übernahme möglicher Schäden durch die Verkäuferin führen. Für Umweltschäden, bei denen nicht geklärt werden kann, ob diese vor oder nach Übernahme von Morton Salt durch die K+S Gruppe verursacht wurden, findet zudem eine zeitlich ansteigende Haftungsteilung mit voller Haftung durch die K+S Gruppe nach dem 10. Jahr nach Abschluss der Übernahme statt. Schließlich lässt sich auch im Hinblick auf die Bonität der Verkäuferin von Morton Salt nicht sicherstellen, dass die vereinbarte Risikoallokation letztlich wirtschaftlich auch durchsetzbar ist.

Durch die Produktionstätigkeit der K+S Gruppe kann es weiterhin zu Emissionen kommen, durch die die K+S Gruppe sowie dritte Personen- oder Sachschäden durch Umwelteinwirkung auf Boden, Luft oder Wasser erleiden. Zu solchen schädlichen Umwelteinwirkungen zählen die Ausbreitung von Stoffen, Erschütterungen, Geräuschen, Druck, Strahlen, Gasen, Dämpfe, Wärme oder sonstigen Erscheinungen in Boden, Luft oder Wasser. Entsprechendes gilt für die Tätigkeit der Untertagedeponien Herfa-Neurode und Zielitz.

Jedes dieser Umweltrisiken könnte dazu führen, dass die K+S Gruppe auf Schadenersatz oder Beseitigung in Anspruch genommen wird oder öffentlich-rechtliche Sanktionen bis hin zum Verlust von Betriebsgenehmigungen oder der Auferlegung von Bußgeldern erleidet. Einige dieser Risiken sind zudem nicht zu wirtschaftlich vertretbaren Konditionen oder nur zum Teil versicherbar. Darüber hinaus könnte der K+S Gruppe oder einzelnen Tochterunternehmen in solchen Fällen ein Reputationsschaden entstehen. Jedes dieser Ereignisse könnte daher erheblich nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe haben.

Die Gesellschaft ist abhängig von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung.

Das Nachfrageverhalten nach Düngemitteln der K+S Gruppe wird erheblich durch das allgemeine Wirtschaftswachstum sowie die wirtschaftliche Entwicklung und den damit einhergehenden steigenden Lebensstandard in den relevanten Märkten beeinflusst. Das starke Wachstum der Weltwirtschaft in den letzten Jahren, welches hauptsächlich auf den Aufschwung in den asiatischen Schwellenländern aber auch in Südamerika zurückzuführen war, beeinflusste mittelbar auch den Erfolg der K+S Gruppe. Der steigende Wohlstand führte in diesen Regionen zu einem veränderten Ernährungsverhalten, was sich insbesondere in einem gesteigerten Fleischkonsum widerspiegelt. Da die Produktion von Fleisch ein Vielfaches an Getreide, Soja und anderen als Viehfutter verwendeten Produkten erfordert, führt dies zu einer steigenden Produktion von Agrarrohstoffen (sog. „soft commodities“), was wiederum eine erhöhte Nachfrage nach Düngemitteln bewirkt.

Die nachhaltige Abschwächung des Wirtschaftswachstums, wie seit Mitte 2008 im Zuge der weltweiten Wirtschaftskrise zu beobachten, hat zu einem abwärtsgerichteten Preisdruck auf Agrarrohstoffe geführt. Es ist nicht auszuschließen, dass sich eine wirtschaftliche Erholung noch nicht in naher Zukunft einstellt bzw. sich das Wirtschaftswachstum noch weiter abschwächen wird, was zu einem weiter sinkenden Preisniveau für Agrarprodukte führen könnte. Niedrigere Marktpreise für Agrarprodukte könnten zu einer Verunsicherung der Landwirte über ihre künftige Ertragssituation führen, was deren Nachfrageverhalten u. a. nach Düngemitteln nachteilig beeinflussen könnte. Ein Andauern der wirtschaftlichen Krise bzw. eine sich weiter verschlechternde gesamtwirtschaftliche Situation hätte daher erhebliche negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe.

Die K+S Gruppe sieht sich Risiken durch für sie nachteilige Veränderungen im politischen, sozialen oder volkswirtschaftlichen Umfeld ausgesetzt.

Die K+S Gruppe übt ihre Geschäftstätigkeit in einer Vielzahl von Ländern aus, von denen einige außerhalb Westeuropas und Nordamerikas gelegen sind. Tiefgreifende Veränderungen von politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Produktions- und Absatzländern sowie in den Herkunftsländern von Zulieferern können nicht ausgeschlossen werden. In einigen der Länder, in denen die Produkte der Gruppe hergestellt werden bzw. in die sie exportiert werden oder aus denen die K+S Gruppe Roh- oder Hilfsstoffe bezieht, sind die allgemeinen wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen weniger stabil als in Westeuropa oder Nordamerika. Dies gilt etwa für Länder in Südamerika, in denen die K+S Gruppe Anlagen betreibt und auf die ein Teil ihrer Gesamtproduktion entfällt. Hierzu zählt neben einer vergleichsweise kleinen Anlage in Brasilien insbesondere die chilenische Tochtergesellschaft Sociedad Punta de Lobos S.A. („SPL“), die Steinsalz im Tagebau im Salar Grande, Tarapacá, Chile, gewinnt. Die Produktionskapazität der Anlagen in Südamerika liegt bei etwa 7 Mio. Tonnen jährlich, was einem Anteil von 24 % der Gesamtkapazität des Geschäftsbereiches Salz (einschließlich Morton Salt) entspricht. Die K+S Gruppe ist dadurch von

einer Reihe von Faktoren abhängig, auf die die Gruppe wenig oder gar keinen Einfluss hat und die sich erheblich nachteilig auf die Geschäftstätigkeit der K+S Gruppe in diesen Ländern auswirken können. Zu diesen Faktoren zählen unter anderem politische, regulatorische, gesellschaftliche, finanzielle oder marktbedingte Instabilität oder Volatilität, entschädigungslose Enteignungen oder vergleichbare Maßnahmen, Vorschriften zur Fremdwährungskontrolle und sonstige Vorschriften oder die negativen Auswirkungen im Zusammenhang mit Wechselkursen sowie Handelsbeschränkungen.

Jeder dieser genannten Faktoren kann sich nachteilig auf die Geschäftstätigkeit der K+S Gruppe und die Wachstumsperspektiven der K+S Gruppe in den jeweiligen Ländern, in denen die Gruppe operiert, auswirken und damit erheblich nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe haben.

Steigende Frachtraten, erhöhte Transportkosten durch steigende Mineralölpreise sowie Engpässe bei den Infrastruktureinrichtungen wie Häfen, Straßen und Verladestationen könnten sich erheblich nachteilig auf das Geschäft der K+S Gruppe auswirken.

Während ein bedeutender Teil der Produktion der K+S Gruppe vorwiegend in Deutschland stattfindet, generiert die K+S Gruppe einen wesentlichen Teil ihres Absatzes im Ausland. Kennzeichnend für die Geschäftstätigkeit der K+S Gruppe ist mithin der zum Teil lange Transportweg, den ihre Produkte bei gleichzeitig hohen Transportvolumina zurücklegen müssen. So betragen die Frachtkosten im Geschäftsjahr 2008 EUR 437,7 Mio. oder 9,1% des Umsatzes der K+S Gruppe. Eine Verknappung des zur Verfügung stehenden Frachtraums oder Schwankungen von Angebot und Nachfrage nach Frachtraum könnten zu höheren Kosten für den Transport führen. Ferner entstehen der Gesellschaft durch steigende Mineralölpreise erhebliche Mehrkosten. Es besteht keine Gewähr, dass steigende Transportkosten stets an die Kunden der K+S Gruppe weitergegeben werden können. Das Marktpotenzial bezogen auf einen bestimmten Herstellungsort insbesondere bei den Produkten der K+S Gruppe, die einen geringeren Preis je Gewichtseinheit aufweisen, korreliert damit stark mit den jeweiligen Frachtraten. In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, dass seit Ausbruch der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise die Schifffahrtsmärkte erheblichen Verwerfungen ausgesetzt sind und dass hiermit eine erhebliche Volatilität der Charraten in dem für die K+S Gruppe relevanten Frachtsegment einhergeht. Steigende Frachtraten könnten sich daher erheblich nachteilig auf die Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe auswirken.

Die hohe Transportintensität der Geschäftstätigkeit der K+S Gruppe bedingt zudem eine erhebliche Abhängigkeit von Infrastruktureinrichtungen wie Häfen, Straßen und Verladestationen. Ein Ausfall oder Engpass – etwa durch Streiks, terroristische oder kriegerische Auseinandersetzungen, widrige Wetterbedingungen, Umweltkatastrophen oder anderen Ereignissen bei den von der K+S Gruppe genutzten Infrastruktureinrichtungen könnte die Produktions- oder Absatzmöglichkeiten signifikant einschränken und zu Schadenersatzansprüchen der Kunden der K+S Gruppe aufgrund Lieferverzögerungen führen und sich mithin erheblich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe auswirken.

Die Bergwerksanlagen, Produktionsstätten, Lager und Verladeanlagen der K+S Gruppe sind Betriebs- und Unfallrisiken ausgesetzt. Ein Zutritt von Salzlösung oder Grundwasser in den Schacht oder Gasausbrüche in bestimmten Bergwerken könnten zu Personen- oder Sachschäden führen.

An den Bergwerksanlagen und sonstigen Produktionsstätten, Lagern, Verlade- und sonstigen Anlagen der K+S Gruppe könnten aufgrund externer Faktoren, welche nicht im Einflussbereich der K+S Gruppe stehen, Betriebsstörungen und -unterbrechungen eintreten. Als Ursachen kommen unter anderem Naturkatastrophen und andere Elementarschäden, Sabotage, terroristische Anschläge und betriebsinterne Unfälle wie etwa Wassereintrich, Steinschlag, Einsturz, Brände und Explosionen in Betracht. Sollte eines dieser Ereignisse eintreten, besteht das Risiko von Personenschäden, Sachschäden und Umweltschäden, die im Falle der Haftbarmachung der K+S Gruppe zu beträchtlichen Kosten führen können sowie von Produktionsausfällen. Hinzu kommen mögliche Reputationsschäden für die K+S Gruppe oder eines ihrer Tochterunternehmen. Viele der bergwerksbezogenen Risiken sind zudem nicht oder nicht zu wirtschaftlich vertretbaren Konditionen versicherbar, so dass insoweit kein oder nur sehr eingeschränkter Versicherungsschutz der K+S Gruppe besteht.

Bei Grubenbetrieb unter Tage bestehen hydrogeologische Risiken durch einen möglichen Zutritt von Salzlösung oder Grundwasser in den Schacht. So könnte der Zufluss von Grundwasser über den Schachtausbau erhebliche Schäden verursachen bis hin zum Totalverlust des Bergwerks, was zum Wegfall von Produktionsvolumina und damit zu Umsatzrückgängen führen würde. Darüber hinaus könnte im Falle von Überschwem-

mungen Oberflächenwasser durch den Schacht in die Grubengebäude eintreten. Dies könnte zu erheblichen Umweltschäden und Schäden am Eigentum der K+S Gruppe bzw. am Eigentum Dritter führen und entsprechende Haftungsansprüche nach sich ziehen. Mögliche Beschädigungen der Bergwerke der K+S Gruppe, die nicht durch Versicherungszahlungen abgedeckt sind, könnten zu zusätzlichen Kosten und Zahlungen führen und sich daher erheblich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe auswirken.

Darüber hinaus stellen Kohlendioxid-Einschlüsse in bestimmten Bergwerken, die die K+S Gruppe betreibt, ein latentes Gefahrenpotenzial für Menschen, Maschinen und Bergwerke dar. Sollte Kohlendioxid aus diesen Einschlüssen schlagartig ausbrechen, könnte die K+S Gruppe für damit im Zusammenhang stehende Schäden oder Verletzungen haftbar gemacht werden, Schäden an eigenem Gerät erleiden und Produktionseinschränkungen oder -ausfällen ausgesetzt sein. Dies würde sich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe auswirken.

Wechselkursschwankungen könnten die Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe erheblich beeinträchtigen.

Der internationale Referenzpreis für Kalidüngemittel wird in US-Dollar angegeben. Dies führt dazu, dass auch die Preise für die in Euro-Regionen verkauften Produkte mittelbar durch Wechselkursschwankungen beeinflusst werden. Der Umsatzanteil in US-Dollar, der Währung mit dem größten Anteil innerhalb der Fremdwährungsumsätze der K+S Gruppe, lag im Geschäftsjahr 2008 bei 28,1% des Konzernumsatzes. Daneben wurden Umsätze auch in einer Vielzahl weiterer Landeswährungen getätigt. Dies hat zur Folge, dass die Geschäftstätigkeit der K+S Gruppe den Schwankungen der Wechselkurse zwischen dem Euro und einer Vielzahl von Landeswährungen, insbesondere dem US-Dollar, ausgesetzt ist. Schwankungen der Wechselkurse zwischen dem Euro und den relevanten Landeswährungen können dazu führen, dass bei Geschäften in unterschiedlichen Währungskreisen der Wert der erbrachten Leistung nicht mit dem Wert der erhaltenen Gegenleistung übereinstimmt, weil Aufwendungen und Einnahmen in unterschiedlichen Währungen entstehen (sog. Transaktionsrisiken). Wechselkursschwankungen insbesondere gegenüber dem US-Dollar spielen vor allem im Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte eine bedeutende Rolle. Darüber hinaus wirken sich Währungseffekte auch bei der für die Aufnahme von Vermögen und Ertrag ausländischer Tochtergesellschaften in den Konzernabschluss der K+S AG erforderlichen Umrechnung aus (sog. Translationsrisiken), welche zu stichtagsbedingten Schwankungen im Eigenkapital führen können. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf den im Oktober 2009 abgeschlossenen Erwerb von Morton Salt, wodurch die K+S Gruppe einen signifikanten Anteil an Fremdwährungs-Aktiva hält. Wechselkursschwankungen können zudem nicht immer und in vollem Umfang abgesichert werden. Wechselkursschwankungen können sich daher erheblich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe auswirken.

Eine Herabstufung des Kreditratings der K+S Gruppe könnte die Finanzierungsmöglichkeiten der K+S Gruppe stark beeinträchtigen und die Finanzierungskosten erhöhen. Eine Verletzung von Verpflichtungserklärungen (financial covenants) könnte zu einer vorzeitigen Kündigung der bestehenden Finanzierungsverträge führen.

Die K+S Gruppe verfügt derzeit über „Investment Grade“-Bewertungen der Ratingagenturen Moody's Investors Service und Standard & Poor's, wobei der Ausblick von beiden Ratingagenturen unter anderem aufgrund des schwachen Marktumfeldes als negativ eingestuft wird (Moody's Investors Service: Emittenten-Rating Baa2 negativer Ausblick, Standard & Poor's Emittenten-Rating: BBB negativer Ausblick). Angesichts der aktuellen konjunkturellen Entwicklung und der Unternehmensergebnisse der K+S Gruppe ist nicht auszuschließen, dass es zu Herabstufungen der Bonitätsbeurteilung der K+S Gruppe durch die genannten Ratingagenturen kommen kann. Solche Herabstufungen, insbesondere der Verlust der Einstufung in die Risikoklasse „Investment Grade“, können sich auf die Kosten und Verfügbarkeit von (Re-) Finanzierungsmöglichkeiten der K+S Gruppe erheblich negativ auswirken, die Stellung von Sicherheiten gegenüber Gläubigern, insbesondere von Absicherungsgeschäften, erfordern und die Bereitschaft von Geschäftspartnern, mit der K+S Gruppe Geschäfte zu tätigen, erheblich beeinträchtigen. In diesem Zusammenhang ist auch zu berücksichtigen, dass viele institutionelle Investoren aufgrund statutorischer Anlagegrenzen von einer Investition in Schuldtiteln von Unternehmen absehen, die kein „Investment Grade“-Rating aufweisen. Neben diesen unmittelbaren Nachteilen, die sich hinsichtlich der zukünftigen Abschlüsse etwa von Kredit- oder Emissionsverträgen ergeben, kann eine solche Herabstufung auch dazu führen, dass in neu abzuschließenden Verträgen Anpassungs- oder Kündigungsklauseln für den Fall einer erneuten negativen Bewertung durch bestimmte Ratingagenturen vereinbart werden. Damit kann sich im Falle einer Herabstufung des Ratings für die K+S Gruppe nicht unerheblicher Refinanzierungsbedarf zu signifikant verschlechterten Konditionen etwa durch gesteigerte Finanzierungskosten oder Stellung von Sicherheiten ergeben. Ferner könnten zukünftige Maßnahmen der Kapitalbeschaffung erschwert oder deren Abschluss zu angemessenen Konditionen sogar unmöglich werden.

Darüber hinaus kann eine Verschlechterung der Unternehmenskennzahlen der K+S Gruppe eine Verletzung von Verpflichtungserklärungen (sog. financial covenants) darstellen, welche die K+S Gruppe im Zusammenhang mit verschiedenen Fremdfinanzierungsinstrumenten abgegeben hat. Infolgedessen wäre eine vorzeitige Kündigung dieser Finanzierungen durch die Fremdkapitalgeber möglich. Die K+S Gruppe hat in einigen ihrer Finanzierungsverträge Verpflichtungserklärungen im Hinblick auf das Verhältnis von Nettoverschuldung zu EBITDA und Eigenkapital abgegeben. Im Fall einer Kündigung der bestehenden Finanzierungsverträge ist nicht sichergestellt, dass eine Refinanzierung zu angemessenen Konditionen oder überhaupt gelingt.

Ein Herabstufung des Kreditratings oder eine Verletzung von Verpflichtungserklärungen könnte damit erhebliche negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe haben.

Zinsschwankungen könnten sich nachteilig auf die Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe auswirken.

Die Zinssätze für die Fremdfinanzierung der K+S Gruppe sind von Bedeutung für die Finanzlage der K+S Gruppe. So betragen die Finanzverbindlichkeiten der K+S Gruppe zum 30. September 2009 EUR 1.551,6 Mio. Steigende Zinsen würden das Finanzergebnis belasten, da ein Teil der Finanzverbindlichkeiten eine kurzfristige Zinsbindung hat und insoweit einem Zinsänderungsrisiko unterliegt. Soweit es der K+S Gruppe nicht gelingen sollte, Zinsschwankungen durch geeignete Sicherungsgeschäfte aufzufangen oder aus der operativen Geschäftstätigkeit ausreichende Barmittel zu generieren, um vorübergehend oder dauerhaft erhöhte Zinsaufwendungen auszugleichen, könnte die K+S Gruppe darauf angewiesen sein, zur Abdeckung der erhöhten Zinsbelastungen weitere Fremdfinanzierungsmittel aufzunehmen. Höhere Kosten bei der Aufnahme von Fremdfinanzierungen würden sich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe auswirken.

Das Ergebnis der K+S Gruppe ist abhängig von Energiekosten und der Energieversorgung.

Die Produktionskosten der K+S Gruppe werden von Energiekosten, insbesondere für den Bezug von Gas, erheblich beeinflusst. Dies gilt in unterschiedlicher Ausprägung für sämtliche Geschäftsbereiche. Im Geschäftsjahr 2008 betragen die Energiekosten EUR 253,1 Mio. oder 5,3 % des Umsatzes der K+S Gruppe. Darüber hinaus trägt die K+S Gruppe insbesondere im Geschäftsfeld Stickstoffdüngemittel, dessen Produkte in der Produktion vergleichsweise energieaufwendig sind, über steigende Preise indirekt auch die bei den Zulieferern wie der BASF SE anfallenden Energiekosten. Energiepreise sind häufig starken Schwankungen unterworfen. Deutliche Energiepreissteigerungen gegenüber dem aktuellen Preisniveau können in Zukunft nicht ausgeschlossen werden. Die K+S Gruppe hat mit verschiedenen Lieferanten Energielieferverträge abgeschlossen. Aufgrund der darin vereinbarten Energiebezugs Klauseln wirkt sich eine Steigerung oder Senkung der Energiepreise am Markt mit einem Zeitverzug von sechs bis neun Monaten auf die Kostenrechnung der K+S Gruppe aus. So hatte beispielsweise der in der zweiten Jahreshälfte des Geschäftsjahres 2008 zu beobachtende deutliche Rückgang der Energiepreise aufgrund der vereinbarten Energiebezugs Klauseln keine Auswirkungen auf die Energiekosten der K+S Gruppe im Geschäftsjahr 2008 sondern erst im zweiten Halbjahr 2009. Im Geschäftsjahr 2008 haben sich die Energiekosten der K+S Gruppe gegenüber 2007 in Folge des starken Anstiegs des Marktpreises deutlich erhöht. Es besteht keine Gewähr, dass die Gruppe sich gegen Preisschwankungen bei Energieträgern absichern oder Energiekostensteigerungen an ihre Kunden weitergeben kann. Infolgedessen könnte sich ein Anstieg der Energiekosten nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe auswirken.

Ferner ist die K+S Gruppe auf die Zuverlässigkeit der Energielieferungen angewiesen, so dass Risiken in der Versorgungssicherheit bestehen. In der Vergangenheit kam es beispielsweise mehrfach zu Unterbrechungen der Gasbezugsroute aus Russland über die Ukraine. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich Unterbrechungen der Gaslieferung künftig wiederholen und in der Folge sich der Gasbezug der K+S Gruppe verzögert oder zeitweilig ganz ausbleibt mit der Folge von Unterbrechungen des Produktionsablaufs bei der K+S Gruppe. Dies könnte sich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe auswirken.

Die K+S Gruppe könnte Risiken in Verbindung mit dem Erwerb von Morton Salt und anderer vergangener oder zukünftiger Unternehmenskäufe falsch eingeschätzt haben oder falsch einschätzen und daher die mit den entsprechenden Zukäufen angestrebten Ziele verfehlen.

Die K+S Gruppe hat in der Vergangenheit verschiedene Gesellschaften in für die Geschäftsbereiche der K+S Gruppe relevanten Branchen übernommen, zuletzt Morton Salt, deren Übernahme am 1. Oktober 2009 abgeschlossen wurde. Die K+S Gruppe wird das Marktumfeld zudem auch in Zukunft weiter hinsichtlich geeg-

netter Zielgesellschaften beobachten. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die K+S Gruppe im Zusammenhang mit früheren oder möglichen zukünftigen Übernahmen bestimmte Risiken nicht erkannt oder nicht richtig bewertet hat bzw. bestimmte Risiken nicht erkennen oder nicht richtig bewerten wird. So können sich bestimmte Annahmen oder Erwartungen in Bezug auf die Zielgesellschaft als ganz oder teilweise unzutreffend erweisen oder es könnten unvorhergesehene Risiken und Probleme unter anderem rechtlicher, wirtschaftlicher oder politischer Art auftreten, bezüglich derer in dem Übernahmevertrag oder anderweitig keine Vorkehrungen getroffen sind. So könnten etwa bestehende Genehmigungen und Lizenzen aufgrund des Eigentümerwechsels entzogen oder eingeschränkt werden oder bestimmte nachteilige vertragliche Regelungen (sog. change-of-control-Regeln) greifen. Darüber hinaus könnten unvorhergesehene kartellrechtliche Sanktionen gegen die K+S Gruppe verhängt werden, die dem verfolgten wirtschaftlichen Zweck der Übernahme entgegenwirken. Dies könnte dazu führen, dass die Erwartungen der K+S Gruppe in Bezug auf die Übernahme nicht erfüllt werden und unter Umständen auch ein Wertberichtigungsbedarf auf das erworbene Vermögen entstehen könnte. Dies könnte sich wesentlich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe auswirken.

Die Integration von Morton Salt und anderen in der Vergangenheit übernommenen oder in Zukunft zu übernehmenden Gesellschaften in die K+S Gruppe kann sich als schwieriger, langwieriger oder kostspieliger als erwartet erweisen oder sogar fehlschlagen.

Es besteht das Risiko, dass die Integration von Morton Salt in die K+S Gruppe unvorhergesehene Probleme aufwerfen oder gar fehlschlagen könnte. Es ist nicht gewährleistet, dass die Eingliederung von Morton Salt oder möglicher zukünftiger Akquisitionen in die K+S Gruppe gelingt und dass die bei der Bewertung einer übernommenen Gesellschaft angenommenen Wachstumsperspektiven, Synergien, Skaleneffekte und Kosteneinsparungen tatsächlich eintreten. Im Zuge der Übernahme könnten zudem unerwartete Schwierigkeiten bei der Integration der unterschiedlichen IT-, Rechnungslegungs- und Reporting-Systeme auftreten. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Leistungsträger und Führungskräfte in Gesellschaften, die übernommen wurden bzw. werden, nach der Übernahme aus der Gruppe ausscheiden könnten. Dies kann angesichts der Bedeutung, die qualifizierten Mitarbeitern in der Branche zukommt, den Wert der übernommenen Gesellschaft deutlich verringern. Auch könnte die Übernahme zu einem Verlust von Kunden führen. Es ist nicht sichergestellt, dass die operative Trennung der übernommenen Gesellschaft von der Verkäuferin und die in der Folge einer Akquisition erforderliche Integration verschiedener Unternehmenskulturen gelingt. Morton Salt ist auch nach der Durchführung der Integration für einen vereinbarten Zeitraum auf die Inanspruchnahme bestimmter Dienstleistungen der Verkäuferin angewiesen. Es kann nicht gewährleistet werden, dass entsprechende Vereinbarungen eingehalten werden und die Zurverfügungstellung der Dienstleistungen reibungslos verläuft. Diese und andere zum Zeitpunkt der Übernahme nicht vorausgesehene Entwicklungen könnten die Eingliederung von Morton Salt oder anderen übernommenen Gesellschaften behindern oder unmöglich machen, die Geschäftstätigkeit erschweren, Kapazitäten von Management und Mitarbeitern binden sowie zu höheren Kosten führen. Dies würde sich insgesamt erheblich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe auswirken.

Die Rückstellungen für bergbauliche Verpflichtungen könnten sich als zu niedrig erweisen.

Die K+S Gruppe hat für bergbauliche Verpflichtungen Rückstellungen gebildet. Diese umfassen im Wesentlichen Verpflichtungen zur Verfüllung von Gruben und Schächten sowie die Verpflichtung zur Haldenverwahrung sowie für Bergschädenwagnisse und Rückbauverpflichtungen. Zum 30. September 2009 betragen diese Rückstellungen EUR 388,7 Mio. Die bergbaulichen Verpflichtungen basieren auf gesetzlichen Regelungen wie dem Bundesberggesetz und werden vor allem in Betriebsplänen und wasserrechtlichen Erlaubnisbescheiden konkretisiert. Im Rahmen dieser überwiegend öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen sind die Sicherung der Tagesoberfläche und Rekultivierungsmaßnahmen erforderlich. Bergschäden können durch den untertägigen Abbau und die damit verbundene Absenkung der Erdoberfläche oder aufgrund von Schäden im Zusammenhang mit dem Produktionsprozess durch Staub oder Versalzung entstehen. Durch die Rückstellungen sind die erkennbaren Verpflichtungen zur Wiedernutzbarmachung sowie die Verpflichtungen aus verursachten bzw. bereits eingetretenen Bergschäden berücksichtigt. Die Höhe der zu bildenden Rückstellungen basiert auf den erwarteten Aufwendungen bzw. den geschätzten Schadenersatzleistungen. Die zukünftigen Aufwendungen bzw. Schadenersatzleistungen könnten die gebildeten Rückstellungen signifikant übersteigen. Aufgrund neuer Erkenntnisse oder einer Neubewertung könnte zudem eine Erhöhung der vorhandenen Rückstellungen erforderlich werden. Dies könnte erheblich nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe haben.

Die K+S Gruppe benötigt qualifizierte Mitarbeiter und ist auf gute Beziehungen zu ihren Mitarbeitern und deren Gewerkschaften angewiesen.

Kompetenz und Engagement der Mitarbeiter der K+S Gruppe sind wichtige Faktoren für die erfolgreiche Entwicklung der K+S Gruppe sowie das erfolgreiche Risikomanagement. Darüber hinaus macht der Personalaufwand einen wesentlichen Teil der Kosten der K+S Gruppe aus. Er belief sich 2008 auf insgesamt EUR 738,5 Mio. oder 15,4 % des Umsatzes. Gleichzeitig ist es für den zukünftigen Erfolg der Gruppe essentiell, hochqualifizierte Mitarbeiter vor allem Ingenieure und Facharbeiter zu rekrutieren und zu binden. Es kann nicht sichergestellt werden, dass eine ausreichende Anzahl qualifizierter Mitarbeiter eingestellt werden können. Der Verlust qualifizierter Mitarbeiter oder ein Mangel geeigneter Neueinstellungen könnte dazu führen, dass die Aufrechterhaltung des heutigen Produktionsniveaus und die Umsetzung der weiteren Unternehmensstrategie beeinträchtigt wird.

Die K+S Gruppe ist auf ein gutes Verhältnis zu ihren Mitarbeitern und deren Gewerkschaften angewiesen, das heißt in Deutschland vor allem die IG Bergbau, Chemie, Energie sowie verschiedene Gewerkschaften in den USA und in Südamerika, da die Mitarbeiter der Gruppe, insbesondere ihre Mitarbeiter in Deutschland, traditionell weitgehend in Gewerkschaften organisiert sind. Insbesondere Personalanpassungen zur Effizienzsteigerung könnten zu arbeitsrechtlichen Streitigkeiten zwischen den Mitarbeitern bzw. ihren Gewerkschaften und der K+S Gruppe führen. Zukünftige Streiks oder Arbeitskämpfe betreffend derartiger Anpassungen sowie fehlendes qualifiziertes Personal könnten die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe wesentlich negativ beeinflussen.

Die K+S Gruppe könnte nicht zur effektiven Bewältigung ihres eigenen Wachstums oder zur Entwicklung oder Aufbringung der zur Steuerung oder Förderung ihres Wachstums notwendigen Ressourcen imstande sein. Ein Mangel an geeigneten Übernahmezielen oder Rohstofflagerstätten könnte das zukünftige Wachstum der K+S Gruppe hemmen.

In den letzten Jahren hat die K+S Gruppe sowohl ihre Geschäftstätigkeit als auch ihre Mitarbeiterzahl stetig ausgebaut. Der Geschäftsradius der K+S Gruppe wurde insbesondere durch die Übernahme weiterer Gesellschaften vergrößert. Die weiterhin geplante Erweiterung ihrer Geschäftstätigkeit erfordert eine entsprechende Ausrichtung der Organisationsstruktur, Personalplanung und Finanzausstattung sowie die Verfügbarkeit ausreichender Ressourcen. Da die Erweiterung der Geschäftstätigkeit Ressourcen sowohl im kaufmännischen als auch im technischen Bereich bindet, muss qualifiziertes Personal in allen relevanten Bereichen rekrutiert und ausgebildet werden. Es kann in diesem Zusammenhang nicht gewährleistet werden, dass die Gruppe die erforderlichen Anpassungen rechtzeitig und im erforderlichen Umfang vorzunehmen imstande ist. Sollten die entsprechenden Anpassungen nicht gelingen, könnte dies nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe haben.

Zur Sicherstellung des zukünftigen Wachstums beobachtet die K+S Gruppe den Markt im Hinblick auf geeignete Akquisitionen, was neben Rohstofflagerstätten auch Unternehmen einschließt, die in den Kerngeschäftsfeldern der K+S Gruppe tätig sind. Hierbei ist nicht gewährleistet, dass sich geeignete Akquisitionen identifizieren und zu wirtschaftlich attraktiven Konditionen erwerben lassen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass interessante Rohstofflagerstätten in Ländern wie Russland und Weißrussland liegen, in denen damit gerechnet werden muss, dass Akquisitionen durch politische Restriktionen nur unter erschwerten Bedingungen oder überhaupt nicht getätigt werden können. Ein Mangel an geeigneten Akquisitionen könnte die Wachstumsaussichten der K+S Gruppe signifikant beeinträchtigen, was sich wesentlich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gruppe auswirken könnte.

Die K+S Gruppe könnte Ausfälle des Rechenzentrums oder andere Systemfehlfunktionen erleiden.

Die zunehmende Vernetzung der Informationssysteme und die Notwendigkeit ihrer permanenten Verfügbarkeit stellen hohe Anforderungen an die eingesetzten Informationstechnologien. Dies betrifft sämtliche Geschäftsbereiche der Gruppe. Fehlfunktionen und Störungen des Rechenzentrums und der Software, einschließlich Angriffen von außen (z. B. durch kriminelle Hacker oder schädliche Software), könnten sich nachteilig auf das operative Geschäft der Gruppe auswirken. Bei Eintreten eines solchen Falles besteht die Möglichkeit, dass für die Prävention und Bestimmung potenzieller oder bestehender Sicherheitsverletzungen und deren Folgen erhebliche Kosten für die K+S Gruppe entstehen können. Dies könnte sich nachteilig auf die Geschäftstätigkeit sowie die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe auswirken.

Die K+S Gruppe unterliegt Liquiditätsrisiken.

Die K+S Gruppe muss regelmäßig Kreditlinien aushandeln, um fällige Kreditlinien zu ersetzen und eine gewisse Liquidität für Unternehmenszwecke sicherzustellen. Für den Erwerb der chilenischen SPL im Geschäftsjahr 2006 wurde ein Konsortialkredit in Höhe von EUR 425 Mio. aufgenommen. Diesbezüglich besteht derzeit noch eine Kreditlinie in Höhe von EUR 275 Mio. Daneben wurde zur Finanzierung des Erwerbs von Morton Salt am 29. Mai 2009 ein befristeter Konsortialkredit in Höhe von EUR 450 Mio. in Anspruch genommen sowie eine Anleihe im Nominalbetrag von EUR 750 Mio. ausgegeben. Durch externe Faktoren, einschließlich einem Anhalten oder gar einer Verschärfung der aktuellen Finanzkrise, könnte die K+S Gruppe außerstande geraten, ihre Kreditlinien bzw. die Anleihe zu wirtschaftlich akzeptablen Bedingungen zu ersetzen und dies könnte zu einem Liquiditätsengpass führen. Dies könnte sich erheblich nachteilig auf die Vermögens- und Finanzlage der K+S Gruppe auswirken.

Die K+S Gruppe ist dem Risiko des Zahlungsausfalls ihrer Vertragsparteien ausgesetzt.

Die K+S Gruppe unterhält mit vielen ihrer Kunden ausgedehnte Geschäftsbeziehungen. Auf die 20 umsatzstärksten Kunden entfielen 2008 etwa 25% des Gesamtumsatzes der K+S Gruppe. Sollten einer oder mehrere ihrer Großkunden nicht in der Lage sein, ihre vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der K+S Gruppe zu erfüllen, oder zahlungsunfähig werden, könnten der K+S Gruppe Abschreibungen und Verluste entstehen. Dies gilt auch für Finanzinstitute, mit denen die K+S Gruppe Sicherungsgeschäfte abgeschlossen hat. Dieses Risiko hat sich in jüngster Zeit aufgrund der Finanzkrise erhöht. Zahlungsausfälle seitens der Kunden der K+S Gruppe oder der Vertragsparteien, mit denen sie Sicherungsgeschäfte abgeschlossen hat, könnten sich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe auswirken.

Die Ausschüttung von Dividenden hängt von der Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft und der Ausschüttung von Gewinnen ihrer operativen Tochtergesellschaften ab.

Die Entscheidung über die Ausschüttung künftiger Dividenden wird von der Hauptversammlung der Gesellschaft getroffen. Sie ist stets von den jeweiligen Umständen abhängig, unter anderem von der Ertragslage und dem Finanz- und Investitionsbedarf der Gesellschaft, der Verfügbarkeit eines ausschüttungsfähigen Bilanzgewinns oder ausschüttungsfähiger Rücklagen. Nach der von der Gesellschaft verfolgten ertragsorientierten Dividendenpolitik wird eine Dividende zudem in Abhängigkeit von dem bereinigten Konzernergebnis nach Steuern gezahlt. Da die Gesellschaft selbst in nur sehr geringem Umfang operativ tätig ist, sondern ihre Geschäftstätigkeit in ihren Geschäftsbereichen nahezu ausschließlich über Tochtergesellschaften, Gemeinschaftsunternehmen und Beteiligungen an anderen Unternehmen betreibt, hängt ihre Fähigkeit zur Zahlung von Dividenden insbesondere davon ab, dass die Gewinne ihrer operativen Tochtergesellschaften an sie ausgeschüttet werden können.

Rechtliche und regulatorische Risiken

Die K+S Gruppe unterliegt zahlreichen öffentlich-rechtlichen Vorschriften und Genehmigungserfordernissen

In den meisten Geschäftsbereichen der K+S Gruppe sind für den Geschäftsbetrieb eine Vielzahl öffentlich-rechtlicher Genehmigungen erforderlich. Dies sind unter anderem berg- und wasserrechtliche Genehmigungen zur Versenkung oder Einleitung von Produktionsabwässern, zur Aufhaltung von festen Rückständen, immissionsschutzrechtliche, abfallrechtliche und weitere umweltrechtliche Genehmigungen. Es ist nicht gewährleistet, dass die Genehmigungen der K+S Gruppe auch zukünftig Bestand haben oder auslaufende und für weiteres Wachstum erforderliche Genehmigungen verlängert bzw. erteilt werden. Darüber hinaus könnten bestehende Genehmigungen beschränkt oder sogar aufgehoben werden, etwa infolge sich ändernder regulatorischer oder politischer Rahmenbedingungen oder Verstößen der K+S Gruppe gegen Gesetze, Verordnungen oder behördliche Auflagen sowie aufgrund anderer Ereignisse. Insbesondere könnten auch öffentliche und politische Debatten über strengere Umweltvorschriften für die von der K+S Gruppe eingesetzten Produktions- und Entsorgungsprozesse den Verlust oder die Einschränkung von Betriebs- und anderen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen zur Folge haben oder sich nachteilig auf die Entscheidung über die Erteilung neuer Erlaubnisse oder Genehmigungen auswirken. Bestehende oder neue Genehmigungen könnten zudem nur unter wirtschaftlich nachteiligen Auflagen erteilt werden oder von der Stellung von Sicherheiten für bergbauliche oder andere öffentlich-rechtliche Verpflichtungen abhängig gemacht werden.

Im Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte entstehen unter anderem flüssige Rückstände (Salzwasser) sowohl aus der laufenden Produktion als auch durch Niederschläge auf die Rückstandshalden. Auf der Grundlage bestehender Genehmigungen werden die Rückstände zum Teil in Flüsse eingeleitet und zum anderen in unterirdischen Gesteinsschichten (Plattendolomit) versenkt. Die Feststellung einer wesentlichen Verminderung bisher prognostizierter Versenkvolumina bzw. die vorzeitige, vollständige Inanspruchnahme genehmigter Versenkräume sowie die Feststellung einer möglichen Beeinflussung von Trink- oder nutzbaren Grundwasserressourcen durch die Versenkung lässt eine unveränderte Verlängerung bestehender Versenkungsgenehmigungen unwahrscheinlich erscheinen und könnte zudem eine sofortige teilweise oder sogar vollständige Aufhebung von Versenkungsgenehmigungen zur Entsorgung flüssiger Rückstände nach sich ziehen. Zudem geht die Gesellschaft davon aus, dass auch die gegenwärtig für die Einleitung der Salzwässer in Oberflächengewässer genehmigten Grenzwerte für zukünftige Einleitungsgenehmigungen herabgesetzt werden. Verlängerungen bzw. Neuerteilungen der bestehenden Versenkungs- und Einleitungsgenehmigungen setzen mithin erhebliche Zusatzkosten für eine Vorbehandlung der Produktionsabfälle (etwa durch Verdampfung) oder eine erhebliche Produktionsreduzierung an den betroffenen Standorten voraus, was erheblich nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe haben kann. Zudem besteht keine Gewähr, dass auslaufende Genehmigungen verlängert bzw. neu erteilt werden, was schlimmstenfalls zu einer Reduktion oder Einstellung der Produktion und ggf. Schließung der betroffenen Standorte zur Folge hätte, was die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe nachhaltig und massiv beeinträchtigen würde.

Insbesondere an den an der Werra gelegenen Standorten Hattorf, Unterbreizbach und Wintershall mit einem Anteil an der gesamten Kali-Produktionskapazität der K+S Gruppe von etwa 46 % laufen die bestehenden Versenkungs- und Einleitungsgenehmigungen 2011 bzw. 2012 aus. Zwar hat die K+S Gruppe mit den Bundesländern Thüringen und Hessen einen öffentlich-rechtlichen Vertrag zur Umsetzung eines EUR 360 Mio. umfassenden Maßnahmenpakets vereinbart, mit dem Versenkung und Einleitungen bis 2015 erheblich reduziert werden sollen. Es besteht jedoch keine Gewähr, dass die Genehmigungen auf dieser Grundlage verlängert bzw. neu erteilt werden und keine höheren Kosten zur Erreichung genehmigungsfähiger Versenkungen und Einleitungen entstehen. Mithin können die Produktionskosten an den betroffenen Standorten steigen, erhebliche weitere Investitionen in diese Standorte erforderlich werden und die K+S Gruppe ggf. sogar zur Schließung dieser Produktionsstandorte gezwungen sein, was die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe nachhaltig und massiv beeinträchtigen würde.

Die K+S Gruppe unterliegt Risiken bezüglich der zukünftigen Festsetzung von Arbeitsplatzgrenzwerten.

Für die K+S Gruppe sind Arbeitsplatzgrenzwerte bezüglich des Ausstoßes von Gasen wie Stickstoffmonoxid, Stickstoffdioxid und Kohlenmonoxid von erheblicher Bedeutung für die Produktion, da die Gruppe zur Einhaltung der jeweiligen Grenzwerte verpflichtet ist, um die erforderlichen Genehmigungen für ihre Bergbauaktivitäten einzuholen bzw. aufrechtzuerhalten. Die Initiative der Europäischen Union betreffend die Richtwertfestsetzung für die maximalen Arbeitsplatzkonzentrationen von Stickstoffmonoxid (NO), Stickstoffdioxid (NO₂) und Kohlenmonoxid (CO) bzw. deren Umsetzungsgesetze sowie sonstige wesentliche Gesetzesänderungen betreffend maximale Arbeitsplatzkonzentrationen in den Ländern, in denen die Gruppe tätig ist, könnten die Aufrechterhaltung der Genehmigungen der Gruppe zur Durchführung ihrer Bergbauaktivitäten gefährden. Werden Grenzwerte herabgesetzt oder diese Anforderungen grundlegend verändert, könnten erhebliche zusätzliche Investitionen seitens der K+S Gruppe zwecks Einhaltung der vorgeschriebenen Grenzwerte notwendig werden. Sollten derartige Investitionen notwendig werden, kann nicht gewährleistet werden, dass die höheren Kosten an die Kunden weitergegeben oder anderweitig ausgeglichen werden können. Sollten die Arbeitsplatzgrenzwerte derart verschärft werden, dass die Produktion an den betreffenden Standorten unter Einhaltung dieser Grenzwerte mit wirtschaftlich vertretbarem Aufwand oder technisch insgesamt nicht mehr möglich wäre, könnte dies die K+S Gruppe sogar zwingen, diese Standorte zu schließen. Dies könnte sich erheblich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe auswirken.

Die K+S Gruppe unterliegt branchenüblichen kartellrechtlichen Risiken.

Die Gruppe übt ihre Geschäftstätigkeit weltweit aus und der Erwerb weiterer Gesellschaften gehört zu ihren strategischen Optionen. Diese Transaktionen bedürfen der fusionskontrollrechtlichen Zustimmung der jeweiligen Kartellbehörden und ziehen bisweilen spezifische Untersuchungen durch diese Behörden nach sich. Es kann daher nicht garantiert werden, dass die K+S Gruppe in Zukunft nicht einer kartellbehördlichen Überprüfung unterzogen wird, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Gruppe in den meisten Marktsegmenten, in denen sie auftritt, einen bedeutenden Marktanteil hält.

Auf den Märkten, an denen die K+S Gruppe einen bedeutenden Marktanteil hält, besteht darüber hinaus ein generelles Risiko, dass Kartellbehörden, Wettbewerber oder Kunden in ihrem Verhalten unter bestimmten Umständen einen Missbrauch der beherrschenden Marktstellung sehen oder sie der wettbewerbswidrigen Zusammenarbeit mit anderen Marktteilnehmern verdächtigen, so dass Kartellbehörden, Wettbewerber oder Kunden sich zur Klageerhebung gegen die K+S Gruppe veranlasst sehen könnten. Auch könnten gegen einzelne Produktionsländer der K+S Gruppe, insbesondere Chile, und damit indirekt gegen die K+S Gruppe selbst, durch andere Staaten Anti-Dumping-Maßnahmen verhängt werden, welche die Möglichkeit des Exports verteuern oder in anderer Weise beschränken. Etwaige kartellrechtliche Sanktionen und Schadensersatzansprüche, auch infolge eines möglichen Reputationsschadens, würden sich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe auswirken.

Der K+S Gruppe könnte Schaden durch eine Reduzierung des Anti-Dumping-Schutzes entstehen.

Die K+S Gruppe steht im Düngemittelgeschäft auch mit Produzenten aus Russland und Weißrussland im Wettbewerb, die entweder in Staatseigentum stehen, in erheblichem Maße Subventionen wie z. B. verbilligte Gaslieferungen oder Eisenbahntransporte empfangen oder sonst direkt oder indirekt von Seiten des Staates Unterstützungsmaßnahmen erfahren. Diese Maßnahmen führen dazu, dass diese Wettbewerber ihre Produkte zu besseren Konditionen anbieten können als solche Wettbewerber, die keine vergleichbare staatliche Unterstützung erhalten.

Im Geschäftsjahr 2006 wurden die Regelungen zum Anti-Dumping-Schutz gegen unfairen Wettbewerb mit Kalidüngemitteln aus Russland und Weißrussland für den europäischen Markt erneuert. Nachdem sich der Wettbewerbsdruck in der EU in den letzten drei Jahren aufgrund der hohen Kalinachfrage auf dem Weltkalimarkt und den zwischenzeitlich eingetretenen deutlichen Preiserhöhungen in Grenzen hielt, führte die Veränderung der Marktsituation im Geschäftsjahr 2009 zu einer weiteren Zunahme des Wettbewerbsdrucks in Europa. Eine weitere Verschärfung des Wettbewerbsdrucks in Europa könnte dazu führen, dass die K+S Gruppe einen größeren Anteil ihrer Produkte in Übersee vermarkten muss. Es ist jedoch nicht gewährleistet, dass die K+S Gruppe Absatzrückgänge in Europa durch Absatzsteigerungen in Übersee auszugleichen imstande ist. Eine Aufweichung oder ein Wegfall der europäischen Anti-Dumping-Vorschriften könnte sich daher erheblich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe auswirken.

Die K+S Gruppe könnte dem Risiko steigender Steuerlast durch potenzielle Veränderungen des anwendbaren Steuerrechts oder als Ergebnis laufender oder zukünftiger Steuerprüfungen ausgesetzt sein.

Gesetzesänderungen betreffend die Körperschaftsteuer und andere zukünftige Steuerrechtsänderungen in Deutschland oder anderen Ländern, in denen die K+S Gruppe steuerpflichtig ist, könnten zu einem höheren Steueraufwand führen und sich damit nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe auswirken. Es kann zudem nicht ausgeschlossen werden, dass in Folge abweichender Rechtsauffassungen der Finanzbehörden zu steuerlichen Sachverhalten oder Gestaltungen, z. B. im Rahmen laufender oder künftiger Außenprüfungen, Steuernachzahlungen entstehen können, die die von der K+S Gruppe gebildeten Rückstellungen übersteigen und für deren Begleichung zusätzliche Liquidität aufgewendet werden muss. Dies könnte sich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe auswirken.

Bezüglich der Energiesteuern profitiert die K+S Gruppe in Deutschland derzeit insbesondere von dem sog. Spitzenlastausgleich. Die maßgeblichen Regelungen wurden von der EU-Kommission genehmigt und gewähren Unternehmen des produzierenden Gewerbes für bestimmte Energieerzeugnisse und Strom, die sie zu betrieblichen Zwecken verwenden, Entlastungen von der Energie- und der Stromsteuer. Durch diese Begünstigungen wird die Nettobelastung der K+S Gruppe durch diese Verbrauchsteuern in erheblichem Umfang begrenzt. Die Begünstigungen sind zeitlich bis Ende 2012 befristet und setzen voraus, dass die deutsche Wirtschaft die Ziele erreicht, zu denen sie sich in der Klimaschutzvereinbarung verpflichtet hat. Sollten die Klimaziele nicht erreicht werden, kann sich die Energie- und Stromsteuerbelastung erhöhen, was die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe negativ beeinflussen kann. Über eine Anschlussregelung für diese Begünstigung ab dem Jahre 2013 wird derzeit politisch beraten. Der Ausgang dieser politischen Beratungen steht noch nicht fest, so dass nicht ausgeschlossen werden kann, dass es zu keiner oder jedenfalls nicht zu einer vergleichbar vorteilhaften Anschlussregelung kommt.

Risiken im Zusammenhang mit den Aktien und dem Angebot

Der Kurs der Aktien der K+S AG war volatil und wird möglicherweise weiterhin volatil sein.

Der Kurs der Aktie der K+S AG war in der Vergangenheit volatil und kann auch in Zukunft hohen Kursschwankungen und stark schwankenden Handelsvolumina unterliegen. Auch die Wertpapiermärkte im Allgemeinen und Aktien im Bereich Rohstoffe im Speziellen waren in der Vergangenheit einer erheblichen Volatilität ausgesetzt. Der Kurs der Aktie der K+S AG kann insbesondere durch Schwankungen der tatsächlichen oder prognostizierten operativen Ergebnisse der K+S Gruppe oder seiner Konkurrenten, Änderungen von Gewinnprognosen oder Nichterfüllung von Gewinnerwartungen von Investoren und Wertpapieranalysten, Einschätzungen von Investoren hinsichtlich des Erfolges und der Auswirkungen der in diesem Prospekt beschriebenen Strategie sowie der Beurteilung der damit zusammenhängenden Risiken, Änderungen der allgemeinen Wirtschaftsbedingungen, Veränderungen bei den Marktpreisen wichtiger Produkte der Gruppe wie Kali, Änderungen des Aktionärskreises, Herabstufung des Ratings der K+S Gruppe sowie durch weitere Faktoren erheblichen Schwankungen ausgesetzt sein. Auch können generelle Schwankungen der Kurse insbesondere von Aktien von Unternehmen aus der gleichen Branche zu einem Preisdruck auf die Aktien der K+S AG führen, ohne dass dafür notwendigerweise ein Grund im Geschäft oder in den Ertragsaussichten der K+S Gruppe gegeben ist, und deutliche Kursverluste der Aktien der K+S AG können trotz positiver Geschäftsentwicklung eintreten.

Zukünftige Kapitalmaßnahmen könnten zu einer erheblichen Verwässerung der Beteiligung der Aktionäre an der K+S AG führen.

Die Gesellschaft wird möglicherweise zur Finanzierung ihrer Geschäftstätigkeit und ihres Wachstums oder zur Rückführung von Verbindlichkeiten in Zukunft weiteres Kapital benötigen. Sowohl die Beschaffung weiteren Eigenkapitals durch Ausgabe neuer Aktien als auch die mögliche Ausübung von Wandel- und Optionsrechten durch die Inhaber möglicherweise noch auszugebender Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen können zu einer Verwässerung der Beteiligung der Aktionäre führen. Zudem können der Erwerb anderer Unternehmen oder Unternehmensbeteiligungen gegen neu auszugebende Aktien der Gesellschaft zu einer solchen Verwässerung führen.

Die Beteiligung von Aktionären, die nicht an diesem Angebot teilnehmen, wird verwässert werden.

Bezugsrechte, die nicht bis einschließlich 10. Dezember 2009 ausgeübt werden, verfallen wertlos. Soweit ein Aktionär sein Bezugsrecht nicht ausübt, sinkt seine anteilige Beteiligung an der Gesellschaft. Verkauft er seine Bezugsrechte nicht, erleidet er aufgrund des Angebots eine monetäre Verwässerung in Höhe des Werts der Bezugsrechte.

Es ist nicht sicher, dass sich ein Bezugsrechtshandel entwickelt oder dass die Bezugsrechte nicht stärkeren Kursschwankungen als die Aktien der K+S AG unterliegen.

Die Gesellschaft beabsichtigt, die Bezugsrechte im Zeitraum voraussichtlich vom 27. November 2009 bis zum 8. Dezember 2009 (jeweils einschließlich) im Regulierten Markt an der Frankfurter Wertpapierbörse handeln zu lassen. Ein Antrag auf Bezugsrechtshandel an einer anderen Wertpapierbörse soll nicht gestellt werden. Es ist nicht gesichert, dass sich in diesem Zeitraum ein aktiver Bezugsrechtshandel an der Frankfurter Wertpapierbörse entwickeln und während des Zeitraums des Bezugsrechtshandels genügend Liquidität vorhanden sein wird. In Übereinstimmung mit der deutschen Marktpraxis erfolgt für die Bezugsrechte nur eine tägliche Preisfeststellung. Der Börsenkurs der Bezugsrechte hängt unter anderem von der Kursentwicklung der K+S Aktie ab, kann jedoch auch deutlich stärkeren Preisschwankungen als die K+S Aktie unterliegen.

ALLGEMEINE INFORMATIONEN

Verantwortlichkeit für den Inhalt des Prospekts

Die K+S Aktiengesellschaft, mit Sitz in der Bertha-von-Suttner-Straße 7, 34131 Kassel, eingetragen in das Handelsregister des Amtsgerichts Kassel unter HRB 2669 (im Folgenden auch die „**Gesellschaft**“ oder die „**K+S AG**“, und gemeinsam mit ihren konsolidierten Tochtergesellschaften die „**Gruppe**“ oder „**K+S Gruppe**“), Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Große Gallusstraße 10–14, 60311 Frankfurt am Main („**Deutsche Bank**“) und Morgan Stanley Bank AG, Junghofstraße 13–15, 60311 Frankfurt am Main („**Morgan Stanley**“, und zusammen mit Deutsche Bank, die „**Globalen Koordinatoren**“) sowie BNP PARIBAS, Paris, Frankreich, als Senior Co-Lead Manager, HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf, und ABN AMRO Bank N.V. Amsterdam, Niederlande, handelnd durch ihre Niederlassung ABN AMRO Bank N.V. (London Branch), London, Vereinigtes Königreich (BNP PARIBAS, HSBC Trinkaus & Burkhardt AG und ABN AMRO Bank N.V. (London Branch) zusammen die „**Co-Lead Managers**“ und, gemeinsam mit den Globalen Koordinatoren, die „**Konsortialbanken**“) übernehmen gemäß § 5 Abs. 4 WpPG die Verantwortung für den Inhalt dieses Prospekts und erklären gemäß § 5 Abs. 4 WpPG, dass ihres Wissens die Angaben in diesem Prospekt richtig und keine wesentlichen Umstände ausgelassen worden sind sowie dass sie die erforderliche Sorgfalt haben walten lassen, um sicherzustellen, dass die in diesem Prospekt gemachten Angaben ihres Wissens nach richtig und keine Tatsachen ausgelassen worden sind, die die Aussage dieses Prospekts wahrscheinlich verändern können. Unbeschadet von § 16 WpPG sind weder die Gesellschaft noch die Konsortialbanken nach Maßgabe gesetzlicher Bestimmungen verpflichtet, den Prospekt zu aktualisieren.

Für den Fall, dass vor einem Gericht Ansprüche auf Grund der in diesem Prospekt enthaltenen Informationen geltend gemacht werden, könnte der als Kläger auftretende Anleger in Anwendung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften der Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums die Kosten für die Übersetzung des Prospekts vor Prozessbeginn zu tragen haben.

Gegenstand des Prospekts

Gegenstand dieses Prospekts sind das öffentliche Angebot und die Zulassung zum Regulierten Markt mit gleichzeitiger Zulassung zum Regulierten Markt an der Frankfurter Wertpapierbörse mit gleichzeitiger Zulassung zum Teilbereich des Regulierten Marktes mit weiteren Zulassungsfolgepflichten (Prime Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse sowie zum Regulierten Markt an den Börsen Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart (die „**Regionalbörsen**“) von 26.400.000 auf den Inhaber lautenden Stückaktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von jeweils EUR 1,00 und mit voller Gewinnanteilberechtigung ab dem 1. Januar 2009 (die „**Neue Aktien**“). Die Neuen Aktien stammen aus einer Kapitalerhöhung gegen Baranlagen mit Bezugsrecht der Aktionäre, die vom Vorstand der Gesellschaft am 25. November 2009 mit Zustimmung des Aufsichtsrats unter Ausnutzung des von der Hauptversammlung am 14. Mai 2008 beschlossenen und am 24. Juni 2008 in das Handelsregister des Amtsgerichts Kassel eingetragenen Genehmigten Kapitals (siehe „*Angaben über das Kapital der Gesellschaft und anwendbare Vorschriften – Genehmigtes Kapital*“) beschlossen wurde. Die Neuen Aktien werden den Aktionären im Verhältnis 25:4 (d.h. 25 alte Aktien berechtigen zum Bezug von 4 Neuen Aktien) im Wege des mittelbaren Bezugsrechts zum Bezug angeboten.

Zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Prospekt enthält bestimmte zukunftsgerichtete Aussagen. In die Zukunft gerichtete Aussagen sind alle Aussagen, die sich nicht auf historische Tatsachen und Ereignisse beziehen. Diese Aussagen enthalten Angaben unter Verwendung solcher in die Zukunft gerichteter Formulierungen wie „glaubt“, „schätzt“, „geht davon aus“, „erwartet“, „nimmt an“, „prognostiziert“, „beabsichtigt“, „könnte“, „sollte“ oder Formulierungen ähnlicher Art. Diese Formulierungen sind an jenen Stellen des Prospekts zu finden, wo Angaben über die Absichten, Überzeugungen oder gegenwärtige Erwartungen der Gesellschaft, insbesondere in Bezug auf das Geschäft der K+S AG oder der K+S Gruppe, deren zukünftige finanzielle Entwicklung und Ertragsfähigkeit, Pläne, Liquidität, Aussichten, Wachstum, Strategie und Profitabilität, die allgemeinen und branchenspezifischen Marktentwicklungen und technologischen Entwicklungen sowie die wirtschaftlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen, denen die K+S AG und die K+S Gruppe ausgesetzt sind, enthalten sind.

Die in die Zukunft gerichteten Aussagen beruhen auf gegenwärtigen, nach bestem Wissen vorgenommenen Einschätzungen und Annahmen der Gesellschaft. Bei diesen in die Zukunft gerichteten Aussagen handelt es sich insbesondere um Pläne, Schätzungen, Prognosen und Erwartungen. Sie unterliegen Risiken, Ungewissheiten und anderen Faktoren, die dazu führen können, dass die tatsächlichen Verhältnisse einschließlich der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S AG und der K+S Gruppe wesentlich abweichen bzw. negativer ausfallen als diejenigen, die in diesen zukunftsgerichteten Aussagen ausdrücklich oder implizit angenommen und beschrieben werden. Bestimmte zukunftsgerichtete Aussagen können sich, obwohl sie zum derzeitigen Zeitpunkt angemessen sind, als fehlerhaft erweisen. Die Geschäftstätigkeit der K+S Gruppe unterliegt einer Reihe von erheblichen Risiken und Unsicherheiten, die ebenfalls dazu führen könnten, dass eine zukunftsgerichtete Aussage, Einschätzung oder Vorhersage unzutreffend wird. Deshalb sollten die Anleger unbedingt die Kapitel „Zusammenfassung des Prospekts“, „Risikofaktoren“, „Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe“, „Geschäftstätigkeit“ und „Jüngste Entwicklung und Ausblick“ lesen, die eine ausführliche Darstellung derjenigen Faktoren enthalten, die Einfluss auf die Geschäftsentwicklung der K+S AG und die K+S Gruppe und den Markt haben, in dem diese tätig ist. In Anbetracht der Risiken, Ungewissheiten und Annahmen können die in diesem Prospekt erwähnten zukünftigen Ereignisse auch ausbleiben. Die Gesellschaft, ihr Vorstand und die Konsortialbanken können daher nicht für den tatsächlichen Eintritt der prognostizierten Entwicklungen einstehen. Im Übrigen wird darauf hingewiesen, dass die Gesellschaft und die Konsortialbanken keine Verpflichtung übernehmen, über ihre gesetzliche Verpflichtung (insbesondere zur Veröffentlichung von Nachträgen gemäß § 16 WpPG) hinaus derartige in die Zukunft gerichtete Aussagen fortzuschreiben oder an zukünftige Ereignisse oder Entwicklungen anzupassen.

Hinweis zu Quellen der Marktangaben

Dieser Prospekt enthält Informationen von Seiten Dritter, insbesondere in Form von Branchen- und Marktdaten sowie Berechnungen und Statistiken, die aus Branchenberichten und -studien, kommerziellen Veröffentlichungen und öffentlich erhältlichen Informationen entnommen sind. Dies betrifft insbesondere die Entwicklung des Marktes für die Düngemittel- und Salzbranche.

Soweit in diesem Prospekt enthaltene Informationen aus öffentlich zugänglichen Quellen entnommen oder anderweitig von Seiten Dritter übernommen worden sind, wurden diese unter Angabe der jeweiligen Quelle korrekt wiedergegeben und dabei – soweit der Gesellschaft bekannt und aus den Quellen ableitbar – keine Tatsachen unterschlagen, die die wiedergegebenen Informationen inkorrekt oder irreführend gestalten würden. Kommerzielle Veröffentlichungen geben im Allgemeinen an, dass die Informationen, die sie enthalten, aus Quellen stammen, von denen man annimmt, dass sie verlässlich sind, dass jedoch die Genauigkeit und Vollständigkeit solcher Informationen nicht garantiert wird und die darin enthaltenen Berechnungen auf einer Reihe von Annahmen beruhen. Solche Daten und Berechnungen wurden durch die Gesellschaft und die Konsortialbanken weder unabhängig auf ihre Richtigkeit überprüft noch wurde die Angemessenheit solcher Annahmen hinterfragt. Marktstudien beruhen darüber hinaus häufig auf Annahmen und Informationen Dritter, die von Natur aus spekulativ und vorausschauend sind. Anleger sollten berücksichtigen, dass einige Einschätzungen der Gesellschaft auf solchen Marktstudien beruhen. Die Gesellschaft und die Konsortialbanken haben die Zahlenangaben, Marktdaten und sonstigen Informationen, die Dritte ihren Studien zu Grunde gelegt haben, nicht überprüft und übernehmen daher keine Verantwortung oder Garantie für die Richtigkeit der in diesem Prospekt enthaltenen Angaben aus Studien Dritter.

Potenzielle Anleger sollten darüber hinaus beachten, dass die in diesem Prospekt enthaltenen Marktinformationen, etwa über Marktgrößen, Marktwachstum und Marktanteile – soweit nicht ausdrücklich anders angegeben – nicht ausschließlich auf Marktstudien unabhängiger Institute, sondern zu einem großen Teil auf Einschätzungen der K+S AG beruhen, die wiederum auf Annahmen und Einschätzungen Dritter basieren.

Bei der Erstellung dieses Prospekts wurde auf die im Folgenden genannten Quellen Dritter zurückgegriffen:

- Roskill Information Services Ltd., *The Economics of Salt*, Twelfth Edition, 2007;
- IFA, *Preliminary Annual Potash Statistic 2008*;
- DB Research, *Current Issues, The global food equation*, September 2009;
- Fertilizer Financial Bulletin, Issue 7, December 2008;
- Integer Research, *Fertilizer Financial Insight – 2007/2008*.

Ein Glossar mit den wesentlichen Fachbegriffen, die in diesem Prospekt verwendet werden, findet sich am Ende dieses Prospekts.

Hinweise zu Währungs- und Finanzangaben

Die in diesem Prospekt enthaltenen Bezeichnungen „Euro“ und „EUR“ beziehen sich auf die Währung der Europäischen Währungsunion. Die Bezeichnungen „US-Dollar“ und „USD“ beziehen sich auf die gesetzliche Währung der Vereinigten Staaten von Amerika, die Bezeichnung „GBP“ auf die gesetzliche Währung Großbritanniens, und die Bezeichnung „CAD“ auf die gesetzliche Währung Kanadas.

Aus den nachfolgenden Tabellen ergeben sich für die angegebenen Zeiträume und Daten Informationen hinsichtlich der Stichtags- und Jahresdurchschnittswchselkurse der Währungen je ein Euro.

		Zum 30. Sep- tember	Zum 31. Dezember		
		2009	2008	2007	2006
USD	Stichtagswechselkurse	1,4643	1,3917	1,4721	1,3170
	Jahresdurchschnittswchselkurse	1,3665	1,4708	1,3705	1,2556
GBP	Stichtagswechselkurse	0,9093	0,9525	0,7334	0,6715
	Jahresdurchschnittswchselkurse	0,8862	0,7963	0,6843	0,6817
CAD	Stichtagswechselkurse	1,5709	1,6998	1,4449	1,5281
	Jahresdurchschnittswchselkurse	1,5933	1,5594	1,4679	1,4237

Quelle: Deutsche Bundesbank

Einsehbare Dokumente

Während der Gültigkeitsdauer des Prospekts können Kopien folgender Unterlagen in Papierform während der üblichen Geschäftszeiten bei der Gesellschaft, Bertha-von-Suttner-Straße 7, 34131 Kassel eingesehen werden:

- die Satzung der Gesellschaft;
- der geprüfte Konzernabschluss (US-GAAP) der Morton International, Inc. zum 31. Dezember 2008
- der ungeprüfte verkürzte Konzern-Zwischenabschluss (IFRS (IAS 34)) der Gesellschaft zum 30. September 2009 für die ersten neun Monate 2009;
- der geprüfte Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) für das zum 31. Dezember 2008 endende Geschäftsjahr;
- der geprüfte Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) für das zum 31. Dezember 2007 endende Geschäftsjahr;
- der geprüfte Konzernabschluss der Gesellschaft (IFRS) für das zum 31. Dezember 2006 endende Geschäftsjahr 2006;
- der geprüfte Jahresabschluss (HGB) der Gesellschaft für das zum 31. Dezember 2008 endende Geschäftsjahr.

Künftige Konzern- und Konzern-Zwischenabschlüsse der Gesellschaft werden bei der Gesellschaft und der in diesem Prospekt genannten Zahlstelle (siehe „Allgemeine Angaben über die K+S AG – Bekanntmachungen, Zahl- und Anmeldestelle“) erhältlich sein. Die Konzernabschlüsse werden zudem im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht werden und auf der Internetseite der K+S AG (<http://www.k-plus-s.com>) abrufbar sein.

Hinweise zu Zahlenangaben

Einzelne Zahlenangaben (darunter auch Prozentangaben) in diesem Prospekt wurden kaufmännisch gerundet. In den Tabellen addieren sich solche kaufmännisch gerundeten Zahlenangaben unter Umständen nicht

genau zu den in der Tabelle gegebenenfalls enthaltenen Gesamtsummen. Für die Berechnung der im Text verwendeten Prozentangaben wurde dagegen nicht von den kaufmännisch gerundeten, sondern von den tatsächlichen Werten ausgegangen. Daher kann es in einigen Fällen dazu kommen, dass Prozentzahlen im Text von Prozentsätzen abweichen, die sich auf der Basis von gerundeten Werten in Tabellen ergeben.

Abschlussprüfer

Abschlussprüfer und Konzernabschlussprüfer der K+S AG für das Geschäftsjahr 2009 ist die Deloitte & Touche GmbH, Hannover, Georgstraße 52, 30159 Hannover („**Deloitte & Touche**“). Deloitte & Touche ist Mitglied der deutschen Wirtschaftsprüferkammer K.d.ö.R., Berlin.

Der nach IFRS aufgestellte Konzernabschluss sowie der nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften (HGB) aufgestellte Jahresabschluss der K+S AG für das Geschäftsjahr 2008 und die nach IFRS aufgestellten Konzernabschlüsse der K+S AG für die Geschäftsjahre 2007 und 2006 wurden von Deloitte & Touche auf der Grundlage der handelsrechtlichen Vorschriften des HGB und unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer („**IDW**“) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung geprüft und jeweils mit einem in diesem Prospekt wiedergegebenen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Konzernabschluss der Morton International, Inc., für das Geschäftsjahr 2008 wurde von PricewaterhouseCoopers LLP, Two Commerce Square, Suite 1700, 2001 Market Street, Philadelphia, PA 19103-7042 („**PwC USA**“) geprüft und mit einem in diesem Prospekt wiedergegebenen Vermerk unabhängiger Abschlussprüfer versehen. Dieser Konzernabschluss der MII wurde auf der Grundlage der zum 31. Dezember 2008 geltenden Rechnungslegungsvorschriften nach den „Generally Accepted Accounting Principals“ („**US-GAAP**“) in den USA aufgestellt. Die in diesem Prospekt für den 9M 2009 wiedergegebenen Angaben betreffend die Morton International, Inc., wurden von PwC USA nicht geprüft.

DAS ANGEBOT

Allgemeines

Das Angebot umfasst 26.400.000 Neue Aktien der Gesellschaft. Die Neuen Aktien stammen aus der am 25. November 2009 vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats aufgrund der Ermächtigung in § 4 Abs. 4 der Satzung der Gesellschaft beschlossenen Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital um EUR 26,4 Mio. gegen Bareinlagen durch Ausgabe von 26.400.000 neuen Stückaktien, die den Aktionären im Wege des mittelbaren Bezugsrechts im Verhältnis 25 : 4 (d. h. 25 alte Aktien berechtigen zum Bezug von 4 Neuen Aktien) zum Bezug angeboten werden sollen (das „**Bezugsangebot**“).

Die Neuen Aktien, die nicht auf Grund des Bezugsangebots bezogen worden sind, werden im Rahmen von Privatplatzierungen qualifizierten Anlegern in der Bundesrepublik Deutschland und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland (mit Ausnahme von Japan) zum Erwerb angeboten (die „**Privatplatzierungen**“ und zusammen mit dem Bezugsangebot das „**Angebot**“). In den USA werden die Neuen Aktien nur sogenannten *Qualified Institutional Buyers* nach Rule 144A zum U. S. Securities Act von 1933 in der jeweils gültigen Fassung („**Securities Act**“) angeboten. Die Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister des Amtsgerichts Kassel (das „**Handelsregister**“) wird voraussichtlich am 9. Dezember 2009 erfolgen. Nach Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister in Höhe von EUR 26.400.000 wird das Grundkapital der Gesellschaft EUR 191.400.000 betragen.

Dem Angebot der Neuen Aktien liegt ein Übernahmevertrag zwischen der Gesellschaft und den Konsortialbanken vom 26. November 2009 zu Grunde, in dem sich die Konsortialbanken vorbehaltlich bestimmter Bedingungen dazu verpflichten, die Neuen Aktien zu zeichnen und sie den Aktionären vorbehaltlich bestimmter Bedingungen zum Bezug anzubieten (der „**Aktienübernahmevertrag**“). Das Angebot steht unter anderem unter der Bedingung, dass die Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister eingetragen wird, was voraussichtlich am 9. Dezember 2009 erfolgen wird.

Das Angebot kann unter bestimmten Umständen abgebrochen werden. Siehe auch „– *Bezugsangebot*“.

Voraussichtlicher Zeitplan für das Angebot

Dem Angebot liegt der folgende Zeitplan zu Grunde:

26. November 2009	Billigung des Prospekts durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (die „ BaFin “)
	Veröffentlichung des Prospekts auf der Internetseite der Gesellschaft und Bereithaltung der gedruckten Exemplare des Prospekts bei den benannten Bezugsstellen und bei der Gesellschaft zur kostenlosen Ausgabe
26. November 2009	Veröffentlichung des Bezugsangebots inklusive Bezugspreis im elektronischen Bundesanzeiger
27. November 2009	Veröffentlichung des Bezugsangebots in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ)
27. November 2009	Einbuchung der Bezugsrechte der Aktionäre der Gesellschaft nach dem Stand vom 26. November 2009 (abends)
27. November 2009	Beginn der Bezugsfrist und des Bezugsrechtshandels
	Stellung des Zulassungsantrags bei der Wertpapierbörse in Frankfurt am Main und den Regionalbörsen
8. Dezember 2009	Ende des Bezugsrechtshandels

- | | |
|-----------------------|--|
| 9. Dezember 2009 | Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister des Amtsgerichts Kassel |
| 10. Dezember 2009 | Zulassungsbeschluss der Wertpapierbörse in Frankfurt am Main und den Regionalbörsen sowie Veröffentlichung des Zulassungsbeschlusses im elektronischen Bundesanzeiger sowie unter http://www.deutsche-boerse.com , der Website der Wertpapierbörse in Frankfurt am Main |
| 10. Dezember 2009 | Ende der Bezugsfrist |
| 10. Dezember 2009 | Spätester Zeitpunkt der Zahlung des Bezugspreises |
| 11. Dezember 2009 | Einbeziehung der Neuen Aktien in die bestehende Notierung der Aktien der Gesellschaft |
| 14. Dezember 2009 | Lieferung der im Rahmen des Bezugsangebots bezogenen Neuen Aktien im Girosammelverkehr |
| 15./16. Dezember 2009 | Lieferung der im Rahmen der Privatplatzierungen erworbenen Neuen Aktien |

Bezugsangebot

Nachfolgend wird das voraussichtlich am 26. November 2009 im elektronischen Bundesanzeiger und voraussichtlich am 27. November 2009 in der FAZ zu veröffentlichende Bezugsangebot wiedergegeben:

„K+S Aktiengesellschaft

Kassel

(ISIN: DE0007162000 / WKN: 716200)

Bezugsangebot

Aufgrund der Ermächtigung gemäß § 4 Abs. 4 der Satzung der K+S Aktiengesellschaft hat der Vorstand am 25. November 2009 mit Zustimmung des Aufsichtsrats beschlossen, das Grundkapital von EUR 165.000.000,00 um EUR 26.400.000 auf EUR 191.400.000 durch Ausgabe von 26.400.000 neuen, auf den Inhaber lautenden Aktien ohne Nennbetrag (Stückaktien), jeweils mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von EUR 1,00 je Stückaktie (die „Neuen Aktien“), gegen Bareinlagen zu erhöhen. Die Neuen Aktien sind mit voller Gewinnanteilsberechtigung ab dem 1. Januar 2009 ausgestattet. Der Bezugspreis beträgt EUR 26,00.

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main („Deutsche Bank“) und Morgan Stanley Bank AG, Frankfurt am Main („Morgan Stanley“) (zusammen die „Globalen Koordinatoren“) sowie BNP PARIBAS als Senior Co-Lead Manager, HSBC Trinkaus & Burkhardt AG und ABN AMRO Bank N.V. (London Branch) (BNP PARIBAS, HSBC Trinkaus & Burkhardt AG und ABN AMRO Bank N.V. (London Branch) zusammen die „Co-Lead Managers“ und, gemeinsam mit den Globalen Koordinatoren, die „Konsortialbanken“) haben sich aufgrund eines Aktienübernahmevertrags (der „Aktienübernahmevertrag“) vom 26. November 2009 verpflichtet, (i) die Neuen Aktien den Aktionären der K+S Aktiengesellschaft, vorbehaltlich der nachstehenden unter dem Abschnitt „Wichtige Hinweise,“ genannten Bedingungen im Verhältnis 25:4 im Wege des mittelbaren Bezugsrechts zum Bezug anzubieten, (ii) die Neuen Aktien zu zeichnen und (iii) den Aktionären die gezeichneten Aktien entsprechend ihrer Bezugsausübung nach vollzogener Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung im Handelsregister zuzuteilen. Auf jede alte Aktie der K+S Aktiengesellschaft (ISIN: DE0007162000 / WKN: 716200) entfällt ein Bezugsrecht.

Die Neuen Aktien werden den Aktionären zum Bezugspreis von EUR 26,00 je Neuer Aktie zum Bezug angeboten. Etwaige nicht bezogene Neue Aktien können durch die Globalen Koordinatoren im Markt verwertet werden. Eine etwaige Verwertung hat bestmöglich, mindestens jedoch zum Bezugspreis zu erfolgen.

Die Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister wird voraussichtlich am 9. Dezember 2009 erfolgen.

Die Bezugsrechte aus den alten Aktien, die sämtlich in Girosammelverwahrung gehalten werden, werden nach dem Stand vom 26. November 2009, abends, durch die Clearstream Banking AG, Neue Börsenstraße 1, 60487 Frankfurt am Main (die „Clearstream Banking AG“), den Depotbanken automatisch eingebucht.

Wir bitten unsere Aktionäre, ihr Bezugsrecht auf die Neuen Aktien zur Vermeidung des Ausschlusses von der Ausübung ihres Bezugsrechtes in der Zeit

vom 27. November 2009 bis einschließlich 10. Dezember 2009

über ihre Depotbank bei einer der unten genannten Bezugsstellen während der üblichen Schalterstunden auszuüben. Nicht fristgemäß ausgeübte Bezugsrechte verfallen wertlos.

Bezugsstellen sind die inländischen Niederlassungen der

Deutsche Bank Aktiengesellschaft.

Entsprechend dem Bezugsverhältnis von 25 : 4 können für jeweils 25 alte Aktien der Gesellschaft 4 Neue Aktien zum Bezugspreis bezogen werden.

Bezugspreis

Der Bezugspreis je bezogener Neuer Aktie beträgt EUR 26,00. Der Bezugspreis für die Neuen Aktien ist spätestens am 10. Dezember 2009 zu entrichten.

Börslicher Bezugsrechtshandel

Im Zusammenhang mit dem Angebot der Neuen Aktien findet ein börslicher Bezugsrechtshandel statt. Die Bezugsrechte (ISIN: DE000A1A6Z69 / WKN: A1A6Z6) für die Neuen Aktien werden in der Zeit vom 27. November 2009 bis einschließlich 8. Dezember 2009 im Regulierten Markt an der Frankfurter Wertpapierbörse gehandelt. Ein Ausgleich für nicht ausgeübte Bezugsrechte findet nicht statt. Nach Ablauf der Bezugsfrist verfallen die nicht ausgeübten Bezugsrechte wertlos. Vom 27. November 2009 an werden die alten Aktien der Gesellschaft an den deutschen Wertpapierbörsen jeweils „ex Bezugsrecht“ notiert.

Die Deutsche Bank kann geeignete Maßnahmen ergreifen, um für einen geordneten Bezugsrechtshandel Liquidität zur Verfügung zu stellen, wie den Kauf und Verkauf von Bezugsrechten auf Neue Aktien. Dabei behält sich die Deutsche Bank vor, Absicherungsgeschäfte in Aktien der Gesellschaft oder entsprechenden Derivaten vorzunehmen. Solche Maßnahmen und Absicherungsgeschäfte können den Börsenkurs bzw. Marktpreis der Bezugsrechte und der Aktien der Gesellschaft beeinflussen. Es ist jedoch nicht gesichert, dass sich ein aktiver Bezugsrechtshandel an der Frankfurter Wertpapierbörse entwickeln und während des Zeitraums des Bezugsrechtshandels genügend Liquidität vorhanden sein wird.

In Übereinstimmung mit der deutschen Marktpraxis erfolgt für die Bezugsrechte nur eine tägliche Preisfeststellung. Der Börsenkurs der Bezugsrechte hängt unter anderem von der Kursentwicklung der Aktie der K+S Aktiengesellschaft ab, kann jedoch auch deutlich stärkeren Preisschwankungen unterliegen.

Wichtige Hinweise

Die Konsortialbanken sind berechtigt, unter bestimmten Umständen vom Aktienübernahmevertrag zurückzutreten oder die Durchführung des Bezugsangebots zu verlängern. Zu diesen Umständen zählt insbesondere der Eintritt eines der folgenden Ereignisse:

- eine erhebliche Veränderung oder erwartete Veränderung im Grundkapital der Gesellschaft, Veränderungen oder erwartete Veränderungen in konsolidierten langfristigen Verbindlichkeiten der Gesellschaft

oder einer ihrer Tochtergesellschaften seit dem Stichtag des letzten im Prospekt enthaltenen geprüften Abschlusses, die (zusammengenommen) die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe beeinträchtigen könnten und die nicht im Prospekt offengelegt wurden;

- die Aussetzung des Handels (aus anderen als technischen Gründen) an der Frankfurter, Londoner oder New Yorker Wertpapierbörse;
- die Verhängung eines generellen Moratoriums über kommerzielle Bankaktivitäten in Frankfurt am Main, London oder New York oder nicht unerhebliche Unterbrechungen bei Wertpapier settlement-, Zahlungs- oder Buchungsdiensten in Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika;
- ein Ausbruch oder eine Eskalation von Feindseligkeiten, Unglücken oder Krisen, die die Finanzmärkte der Bundesrepublik Deutschland, Großbritanniens oder der Vereinigten Staaten von Amerika beeinflussen können;
- eine wesentliche nachteilige Änderung in den nationalen oder internationalen finanziellen, politischen oder wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, Devisenwechselkursen oder Devisenkontrollen.

Die Verpflichtung der Konsortialbanken endet ferner, wenn die Durchführung der Kapitalerhöhung nicht bis zum 10. Dezember 2009, 12:00 Uhr MEZ, in das Handelsregister des Amtsgerichts Kassel eingetragen ist und sich Deutsche Bank und Morgan Stanley als Globale Koordinatoren und die K+S Aktiengesellschaft nicht auf einen späteren Termin einigen können. Sollte die Zulassung der Neuen Aktien zum Börsenhandel nicht bis einschließlich 11. Dezember 2009 bzw. zu einem von der Gesellschaft und den Konsortialbanken vereinbarten späteren Zeitpunkt für Lieferung und Abrechnung der Neuen Aktien erfolgt sein, besteht ebenfalls ein Rücktrittsrecht.

Im Falle des Rücktritts der Konsortialbanken vom Aktienübernahmevertrag vor Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister entfällt das mittelbare Bezugsrecht der Aktionäre. Eine Rückabwicklung von Bezugsrechtshandelsgeschäften durch die die Bezugsrechtsgeschäfte vermittelnden Stellen findet in einem solchen Fall nicht statt. Anleger, die Bezugsrechte über eine Börse erworben haben, würden dementsprechend in diesem Fall einen Totalverlust erleiden. Sofern die Konsortialbanken nach Eintragung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister vom Aktienübernahmevertrag zurücktreten, können die Aktionäre und Erwerber von Bezugsrechten, die das Bezugsrecht ausgeübt haben, die Neuen Aktien zum Bezugspreis erwerben.

Im Falle eines Rücktritts der Konsortialbanken vom Aktienübernahmevertrag nach Abwicklung des Bezugsangebots, was bis zum 16. Dezember 2009, 12:00 Uhr MEZ, möglich ist, würde sich dieser Rücktritt nur auf nicht aufgrund des Bezugsangebots bezogene Neue Aktien beziehen. Aktienkaufverträge über nicht bezogene Neue Aktien stehen daher unter Vorbehalt. Sollten zu dem Zeitpunkt der Stornierung von Aktieneinbuchungen bereits Leerverkäufe erfolgt sein, trägt der Verkäufer dieser Aktien das Risiko, seine Lieferverpflichtung nicht durch Lieferung Neuer Aktien erfüllen zu können.

Verbriefung der Neuen Aktien

Die Neuen Aktien werden in einer Globalurkunde verbrieft, die bei der Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main, hinterlegt wird. Der Anspruch der Aktionäre auf Verbriefung ihres jeweiligen Anteils ist satzungsmäßig ausgeschlossen. Die im Rahmen des Bezugsangebots bezogenen Neuen Aktien und die im Rahmen der Privatplatzierungen erworbenen Neuen Aktien werden voraussichtlich am 14. Dezember bzw. am 15./16. Dezember 2009 durch Girosammeldepotgutschrift zur Verfügung gestellt, es sei denn, die Bezugsfrist wurde verlängert. Die Neuen Aktien sind, wie alle Aktien der K+S Aktiengesellschaft, auf den Inhaber lautende Stückaktien, mit den gleichen Rechten ausgestattet wie alle anderen Aktien der Gesellschaft und vermitteln keine darüber hinausgehenden Rechte oder Vorteile.

Provision

Für den Bezug von Neuen Aktien wird von den Depotbanken eine bankübliche Provision berechnet.

Börsenhandel der Neuen Aktien

Die Zulassung der Neuen Aktien zum Regulierten Markt an der Frankfurter Wertpapierbörse mit gleichzeitiger Zulassung zum Teilbereich des Regulierten Marktes mit weiteren Zulassungsfolgepflichten (Prime Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse und zum Regulierten Markt an den Regionalbörsen wird voraussichtlich am 26. November 2009 beantragt werden und voraussichtlich am 10. Dezember 2009 erfolgen. Es ist vorgesehen, sämtliche Neue Aktien am 11. Dezember 2009 in die an der Frankfurter Wertpapierbörse sowie an den Regionalbörsen bestehende Notierung der Aktien der K+S Aktiengesellschaft (ISIN: DE0007162000 / WKN: 716200) einbeziehen zu lassen.

Verwertung nicht bezogener Aktien/Privatplatzierungen

Die Neuen Aktien, die nicht auf Grund des Bezugsangebots bezogen worden sind, werden über die Börse verkauft oder Anlegern in der Bundesrepublik Deutschland und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland (mit Ausnahme von Japan) im Rahmen von Privatplatzierungen qualifizierten Anlegern zum Erwerb angeboten (die „Privatplatzierungen“ und zusammen mit dem Bezugsangebot das „Angebot“). In den USA werden die Neuen Aktien nur sogenannten Qualified Institutional Buyers nach Rule 144A zum U.S. Securities Act von 1933 in der jeweils gültigen Fassung („Securities Act“) angeboten.

Bekanntmachung

Der Prospekt ist am 26. November 2009 auf der Internetseite der K+S Aktiengesellschaft (<http://www.k-plus.com>) veröffentlicht worden. Gedruckte Exemplare des Prospekts werden in Deutschland unter anderem bei der K+S Aktiengesellschaft und bei den vorgenannten Bezugsstellen zur kostenlosen Ausgabe bereitgehalten.

Verkaufsbeschränkungen

Die Neuen Aktien und die Bezugsrechte sind und werden weder nach den Vorschriften des Securities Act noch bei den Wertpapieraufsichtsbehörden von Einzelstaaten der USA registriert. Die Neuen Aktien und die Bezugsrechte dürfen in den USA weder angeboten noch verkauft oder direkt oder indirekt dorthin geliefert werden, außer in Ausnahmefällen aufgrund einer Befreiung von den Registrierungserfordernissen des Securities Act.

Kassel, im November 2009

K+S Aktiengesellschaft

Der Vorstand“

Marktschutzvereinbarung

Die K+S AG hat sich gegenüber den Konsortialbanken verpflichtet, im Rahmen des rechtlich Zulässigen ohne Zustimmung der Globalen Koordinatoren innerhalb eines Zeitraums, der voraussichtlich am 14. Juni 2010 endet, keine Aktien der Gesellschaft, Optionen auf solche Aktien oder Wertpapiere, die in solche Aktien gewandelt oder getauscht werden können oder mit Rechten zum Erwerb von solchen Aktien ausgestattet sind, direkt oder indirekt auszugeben, zu verkaufen, anzubieten, sich zu ihrem Verkauf zu verpflichten, anderweitig zu übertragen oder zu veräußern, und keine Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital anzukündigen, keine Kapitalerhöhung einzuleiten (ausgenommen (i) zum Zwecke der Ausgabe von Aktien im Rahmen bestehender Mitarbeiter- oder Managementbeteiligungsprogramme der Gesellschaft oder ihrer Tochterunternehmen und (ii) Vorschlägen der Gesellschaft an die Hauptversammlung, die Ermächtigung zur Ausgabe von Aktien aus genehmigtem Kapital oder von Wandelschuldverschreibungen oder von bedingtem Kapital zur Bedienung dieser Wandelschuldverschreibungen zu erneuern) und keine sonstigen Geschäfte (einschließlich Geschäften

in Derivaten) abzuschließen, deren wirtschaftlicher Effekt den oben beschriebenen Maßnahmen gleichkommt.

Verwässerung

Der Nettobuchwert der Gesellschaft (Gesamtaktiva abzüglich Firmenwert und anderer immaterieller Anlagewerte sowie abzüglich Verbindlichkeiten, Rückstellungen und abgegrenzter Erträge) belief sich per 30. September 2009 auf EUR 1.179.051.000 (auf Grundlage des ungeprüften Zwischenabschlusses nach IFRS zum 30. September 2009) bzw. auf EUR 7,15 pro Aktie (berechnet auf Grundlage der zum 30. September 2009 ausstehenden 165.000.000 Aktien der Gesellschaft).

Nach Durchführung der vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats aufgrund der Ermächtigung in § 4 Abs. 4 der Satzung der Gesellschaft am 25. November 2009 beschlossenen Kapitalerhöhung von EUR 165.000.000 um EUR 26.400.000 auf EUR 191.400.000 durch Ausgabe von 26.400.000 Neuen Aktien gegen Bareinlagen im Rahmen dieses Angebots, die voraussichtlich am 9. Dezember 2009 in das Handelsregister der Gesellschaft eingetragen wird, und bei einem Bezugs- bzw. Platzierungspreis von EUR 26,00 je Neuer Aktie, sowie nach Abzug der geschätzten Emissionskosten in Höhe von EUR 22.500.000 hätte der Nettobuchwert der Gesellschaft zum 30. September 2009 EUR 1.842.951.000 bzw. EUR 9,63 pro Aktie betragen (berechnet auf Grundlage der nach Durchführung der Kapitalerhöhung im Rahmen des Angebots ausstehenden 191.400.000 Aktien der Gesellschaft). Dies würde einem unmittelbaren Anstieg des Nettobuchwerts der Gesellschaft um EUR 2,48 (34,75%) pro Aktie für die Altaktionäre, die nicht am Bezugsangebot teilnehmen, und einer unmittelbaren Verwässerung von ca. EUR 16,37 (62,97%) je Aktie für die Erwerber der angebotenen Aktien entsprechen.

Kosten des Angebots und Gesamtnettoerlös

Die von der Gesellschaft zu tragende Vergütung für die Konsortialbanken wird voraussichtlich rund EUR 20.600.000 betragen. Die auf die Gesellschaft entfallenden weiteren Emissionskosten werden sich voraussichtlich auf rund EUR 1.900.000 belaufen. Die Gesellschaft erwartet, dass ihr – unter der Annahme, dass sämtliche Neuen Aktien zum Bezugspreis bezogen oder verwertet werden – nach Abzug der von ihr zu tragenden Emissionskosten von rund EUR 22.500.000 ein Nettoemissionserlös von EUR 663.900.000 zufließen wird.

Weitere Hinweise zu den Verkaufsbeschränkungen

Die Neuen Aktien und die Bezugsrechte sind und werden weder nach den Vorschriften des Securities Act noch bei den Wertpapieraufsichtsbehörden von Einzelstaaten der USA registriert. Die Neuen Aktien und die Bezugsrechte dürfen in den USA weder angeboten noch verkauft oder direkt oder indirekt dorthin geliefert werden, sofern nicht ein Befreiungstatbestand von den Registrierungs- und Mitteilungspflichten des US-amerikanischen Wertpapier- und Börsenrechts erfüllt ist und nicht alle weiteren anwendbaren US-amerikanischen Rechtsvorschriften eingehalten sind. Die Konsortialbanken sind daher nach dem Aktienübernahmevertrag dazu verpflichtet, dass (i) sie die Neuen Aktien und Bezugsrechte der Gesellschaft innerhalb der USA nur Personen, die sie vernünftigerweise für Qualified Institutional Buyers im Sinne von Rule 144A nach dem Securities Act halten, oder gemäß Rule 903 der Regulation S zum Securities Act anbieten oder verkaufen und (ii) weder sie noch ein in ihrem Namen handelnder Dritter bezüglich der Neuen Aktien und Bezugsrechte in den USA (x) Directed Selling Efforts im Sinne von Regulation S zum Securities Act oder (y) General Advertising oder General Solicitation, jeweils im Sinne von Rule 502(c) der Regulation D zum Securities Act durchgeführt haben oder durchführen werden.

Die K+S AG hat nicht die Absicht, das Angebot oder einen Teil davon in den USA zu registrieren oder ein öffentliches Aktien- oder Bezugsrechtsangebot in den USA durchzuführen.

Der Verkauf im Vereinigten Königreich unterliegt ebenfalls Beschränkungen. Die Konsortialbanken haben jeweils einzeln gegenüber der Gesellschaft für sich und ihre Tochtergesellschaften sowie für jede sonstigen für sie handelnden Personen gewährleistet, dass

- (i) sie im Zusammenhang mit dem Angebot oder dem Verkauf der Neuen Aktien zu Investmentaktivitäten im Sinne von § 21 des Financial Services and Markets Act 2000 („FSMA“) nur einladen oder einladen werden bzw. solche Investmentaktivitäten nur veranlassen oder veranlassen werden, soweit § 21 (1) FSMA auf die Gesellschaft keine Anwendung findet; und
- (ii) sie alle anwendbaren Bestimmungen des FSMA eingehalten haben und einhalten werden, und zwar in Bezug auf alle Tätigkeiten, die von ihnen im Zusammenhang mit den Neuen Aktien im Vereinigten Königreich oder vom Vereinigten Königreich aus oder in sonstiger Weise das Vereinigte Königreich betreffend ausgeführt wurden bzw. werden.

Die Konsortialbanken haben des Weiteren in dem Aktienübernahmevertrag gewährleistet, dass sie in allen Mitgliedsstaaten des Europäischen Wirtschaftsraumes („EWR“), welche die Prospektrichtlinie (Richtlinie 2003/71/EC) umgesetzt haben, ab dem Tag der Umsetzung der Prospektrichtlinie die Neuen Aktien weder öffentlich angeboten haben noch anbieten werden, es sei denn, dass (i) vorher ein Prospekt für die Neuen Aktien veröffentlicht worden ist, der durch die zuständige Behörde in diesem Mitgliedsstaat gebilligt worden ist oder in einem anderen Mitgliedsstaat des EWR, der die Prospektrichtlinie umgesetzt hat, gebilligt worden und die zuständige Behörde in dem Mitgliedsstaat, in dem das Angebot stattfindet, davon in Einklang mit der Prospektrichtlinie unterrichtet worden ist; (ii) das Angebot an juristische Personen erfolgt, die in Bezug auf ihre Tätigkeit auf den Finanzmärkten zugelassen sind bzw. beaufsichtigt werden oder, falls diese nicht zugelassen sind oder beaufsichtigt werden, deren einziger Geschäftszweck in der Wertpapieranlage besteht; (iii) das Angebot an Unternehmen erfolgt, die laut ihrem letzten Jahres- bzw. Konzernabschluss zumindest zwei der nachfolgenden drei Kriterien erfüllen: (x) eine durchschnittliche Beschäftigtenzahl im letzten Geschäftsjahr von mehr als 250 (y) eine Gesamtbilanzsumme von mehr als EUR 43.000.000 und (z) ein Jahresnettoumsatz von mehr als EUR 50.000.000; oder (iv) das Angebot unter sonstigen Umständen erfolgt, in denen nach Artikel 3 der Prospektrichtlinie die Veröffentlichung eines Prospekts durch die Gesellschaft nicht erforderlich ist.

Konsortialbanken; Aktienübernahmevertrag

Die K+S AG, die Deutsche Bank und Morgan Stanley und die Co-Lead Managers haben am 26. November 2009 einen Aktienübernahmevertrag im Hinblick auf das Bezugsangebot und die Neuen Aktien, für die das Bezugsrecht nicht ausgeübt wird, abgeschlossen. Globale Koordinatoren für das Angebot sind die Deutsche Bank und Morgan Stanley.

Nach Maßgabe des Aktienübernahmevertrages haben sich die Konsortialbanken jeweils einzeln verpflichtet, jeweils die nachstehend aufgeführte Anzahl Neuer Aktien zu übernehmen und den Aktionären der K+S AG zum Bezug anzubieten. Die K+S AG hat sich verpflichtet, die entsprechende Zahl von Neuen Aktien auszugeben.

<u>Konsortialbank</u>	<u>Adresse</u>	<u>Anzahl der Neuen Aktien</u>
Deutsche Bank Aktiengesellschaft	Große Gallusstraße 10–14, 60311 Frankfurt am Main	11.220.000
Morgan Stanley Bank AG	Junghofstraße 13–15, 60311 Frankfurt am Main	11.220.000
BNP PARIBAS	4, rue d’Antin, 75002 Paris, Frankreich	1.848.000
ABN AMRO Bank N.V. (London Branch)	250 Bishopsgate, London EC2M 4AA Vereinigtes Königreich	1.056.000
HSBC Trinkaus & Burkhardt AG	Königsallee 21/23, 40212 Düsseldorf	1.056.000

Die Neuen Aktien, die nicht auf Grund des Bezugsangebots bezogen worden sind, werden im Rahmen von Privatplatzierungen qualifizierten Anlegern in der Bundesrepublik Deutschland und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland (mit Ausnahme von Japan) zum Erwerb angeboten. In den USA werden die Neuen Aktien nur sogenannten *Qualified Institutional Buyers* nach Rule 144A zum Securities Act angeboten.

Gemäß dem Aktienübernahmevertrag werden die Konsortialbanken der K+S AG für die Neuen Aktien, für die das Bezugsrecht bis zum 10. Dezember 2009 nicht ausgeübt wurde bzw. das Bezugsrecht ausgeschlossen wurde, den Bezugspreis zahlen.

Nach dem Aktienübernahmevertrag ist die K+S AG verpflichtet, eine Provision in Höhe von ca. EUR 20,6 Mio. an die Konsortialbanken zu zahlen. Im Übernahmevertrag hat sich die K+S AG darüber hinaus verpflichtet, die Konsortialbanken von bestimmten Haftungsverbindlichkeiten freizustellen. Der Übernahmevertrag sieht außerdem vor, dass die Verpflichtungen der Konsortialbanken unter dem Vorbehalt des Eintritts bestimmter Bedingungen, etwa dem Erhalt üblicher, den Anforderungen der Konsortialbanken genügender Rechtsgutachten, stehen.

Für weitere Angaben zum Rücktritt vom Aktienübernahmevertrag siehe „Das Angebot – Bezugsangebot – Wichtige Hinweise“.

Sonstige Rechtsbeziehungen zwischen den Konsortialbanken und der K+S AG

Die Konsortialbanken stehen im Zusammenhang mit dem Angebot und der Börsenzulassung der Neuen Aktien in einem vertraglichen Verhältnis mit der Gesellschaft. Deutsche Bank und Morgan Stanley wurden von der K+S Gruppe als Globale Koordinatoren mandatiert und beraten die Gesellschaft bei der Durchführung des Bezugsangebots und bei der Börsenzulassung der Neuen Aktien und koordinieren die Strukturierung und Durchführung des Angebots. Die ABN AMRO Bank N.V. (London Branch), BNP PARIBAS und HSBC Trinkaus & Burkhardt AG wurden von der Gesellschaft als Co-Lead Manager mandatiert. Bei erfolgreicher Durchführung des Angebots erhalten die Konsortialbanken eine Provision.

Die Konsortialbanken oder mit ihnen verbundene Unternehmen können darüber hinaus von Zeit zu Zeit in weitere Geschäftsbeziehungen mit der K+S Gruppe treten oder für diese verschiedene weitere Finanzdienstleistungen im Rahmen der üblichen Geschäftsabläufe erbringen.

Im Zusammenhang mit dem Angebot können die Konsortialbanken oder ihre jeweiligen Konzerngesellschaften als Investor auf eigene Rechnung Aktien erwerben und diese Aktien auf eigene Rechnung halten, kaufen oder verkaufen. Sie können diese Aktien auch außerhalb des Angebots anbieten oder verkaufen. Die Konsortialbanken beabsichtigen nicht, den Umfang solcher Investitionen oder Transaktionen offenzulegen, sofern dazu keine rechtliche Verpflichtung besteht.

INFORMATIONEN ÜBER DIE ANGEBOTENEN NEUEN AKTIEN

Rechtliche Grundlagen für die Schaffung der Neuen Aktien

Rechtliche Grundlage der Schaffung der Neuen Aktien sind die Vorschriften des Aktiengesetzes zum genehmigten Kapital, §§ 202 ff. AktG. Mit Beschluss vom 14. Mai 2008 hat die ordentliche Hauptversammlung das bis dahin bestehende genehmigte Kapital erhöht und den Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu EUR 82.500.000 gegen Bar- oder Sacheinlagen durch ein- oder mehrmalige Ausgabe von bis zu 82.500.000 neuen, auf den Inhaber lautenden Aktien ohne Nennbetrag (Stückaktien) mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von EUR 1,00 je Stückaktie zu erhöhen (Genehmigtes Kapital). Am 25. November 2009 hat der Vorstand von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht und das Grundkapital der Gesellschaft von EUR 165.000.000,00 um EUR 26.400.000 auf EUR 191.400.000 durch Ausgabe von 26.400.000 neuen Aktien erhöht. Der Aufsichtsrat hat dem mit Beschluss vom 25. November 2009 zugestimmt. Die Durchführung des Kapitalerhöhungsbeschlusses wird voraussichtlich am 9. Dezember 2009 in das Handelsregister eingetragen.

Börsenzulassung, Verbriefung, Lieferung

Die Gesellschaft wird gemeinsam mit Deutsche Bank und Morgan Stanley am 27. November 2009 die Zulassung der 26.400.000 Neuen Aktien der Gesellschaft aus der am 25. November 2009 beschlossenen Kapitalerhöhung zum Börsenhandel im Regulierten Markt an der Frankfurter Wertpapierbörse mit gleichzeitiger Zulassung zum Teilbereich des Regulierten Marktes mit weiteren Zulassungsfolgepflichten (Prime Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse sowie zum Regulierten Markt an den Regionalbörsen beantragen. Der Beschluss der Geschäftsführung der Frankfurter Wertpapierbörse über die Zulassung der Neuen Aktien zum Börsenhandel wird voraussichtlich am 10. Dezember 2009 gefasst. Eine Entscheidung über die Zulassung obliegt allein der Frankfurter Wertpapierbörse. Die Aufnahme des Börsenhandels ist für den 11. Dezember 2009 vorgesehen.

Die Neuen Aktien werden den Erwerbern als Miteigentumsanteile an einer bei der Clearstream Banking AG, Neue Börsenstraße 1, 60485 Frankfurt am Main, hinterlegten Globalurkunde im Girosammelverkehr zur Verfügung gestellt. Die im Rahmen des Bezugsangebots bezogenen Neuen Aktien werden voraussichtlich ab 14. Dezember 2009, und die im Rahmen der Privatplatzierungen erworbenen Neuen Aktien werden nach Abschluss der Privatplatzierungen, voraussichtlich am 15./16. Dezember 2009, buchmäßig durch die Clearstream Banking AG geliefert. Ansprüche des Aktionärs auf Verbriefung seines Anteils sind satzungsmäßig ausgeschlossen.

Für weitere Informationen zu den mit den Aktien der Gesellschaft verbundenen Rechten siehe „Angaben über das Kapital der K+S AG – Grundkapital und Aktien“.

Form, Stimmrecht

Die Neuen Aktien der Gesellschaft sind auf den Inhaber lautende Stammaktien ohne Nennbetrag (Stückaktien). Sämtliche Neue Aktien haben jeweils einen anteiligen Betrag am Grundkapital der Gesellschaft von EUR 1,00. Jede Neue Aktie gewährt in der Hauptversammlung der Gesellschaft eine Stimme. Beschränkungen des Stimmrechts bestehen nicht.

Gewinnanteilberechtigung, Anteil am Liquidationserlös

Die Neuen Aktien sind mit voller Gewinnanteilberechtigung ab dem 1. Januar 2009, das heißt für das gesamte Geschäftsjahr 2009 und sämtliche folgende Geschäftsjahre, ausgestattet. An einem etwaigen Liquidationserlös nehmen die Neuen Aktien entsprechend ihrem Anteil am Grundkapital teil.

WKN, ISIN, Börsenkürzel

Die 26.400.000 Neuen Aktien, die Gegenstand der Zulassung sind, tragen wie die bereits im Teilbereich des Regulierten Marktes mit weiteren Zulassungsfolgepflichten (Prime Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse und im Regulierten Markt der Regionalbörsen gehandelten bestehenden Inhaberaktien der Gesellschaft die folgenden Wertpapier-Kenn-Nummern:

- ISIN: DE0007162000
- WKN: 716200
- Börsenkürzel: SDFG.

Kosten der Zulassung

Die von der Gesellschaft zu tragenden Kosten der Zulassung zum Börsenhandel im Regulierten Markt mit gleichzeitiger Zulassung zum Teilbereich des Regulierten Marktes mit weiteren Zulassungsfolgepflichten (Prime Standard) einschließlich der Provision der Banken werden voraussichtlich bis zu EUR 22,5 Mio. betragen.

Vinkulierung, Veräußerungsverbote und Übertragbarkeit

Die Neuen Aktien sind frei übertragbar. Rechtliche Einschränkungen ihrer Handelbarkeit bestehen, abgesehen von den Beschränkungen, die unter „*Das Angebot – Verkaufsbeschränkungen*“ genannt wurden, nicht.

GRÜNDE FÜR DAS ANGEBOT UND VERWENDUNG DES EMISSIONSERLÖSES

Unter der Annahme, dass sämtliche Neuen Aktien zum Bezugspreis bezogen oder verwertet werden, fließt der Gesellschaft nach Abzug der von ihr zu tragenden Emissionskosten von rund EUR 22,5 Mio. ein Nettoemissionserlös von EUR 663,9 Mio. zu. Die von der Gesellschaft zu tragende Vergütung für die Konsortialbanken beträgt ca. EUR 20,6 Mio.; die auf die Gesellschaft entfallenden weiteren Emissionskosten belaufen sich auf ca. EUR 1,9 Mio.

Die mit dem Angebot verbundene Kapitalerhöhung dient:

1. Der Verbesserung der Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft auch im Hinblick auf die sich selbst gesetzte Zielkapitalstruktur;
2. im Nachgang der Akquisition von Morton Salt als Option zur Rückführung der zu deren Finanzierung aufgenommenen Bankkredite, namentlich der Tranche B des Konsortialkredits vom 15. April 2009 in Höhe von EUR 450 Mio. und gegebenenfalls in Anspruch genommener Finanzmittel aus der Betriebsmittelkreditlinie über bis zu EUR 600 Mio (Tranche C); sowie
3. der Schaffung der finanziellen und strategischen Flexibilität für weiteres Wachstum in der Zukunft.

DIVIDENDENPOLITIK, ERGEBNISSE UND DIVIDENDE JE AKTIE, GEWINNVERWENDUNG

Allgemeine Regelungen zur Gewinnverwendung und zu Dividendenzahlungen

Nach deutschem Recht kann eine Beschlussfassung über die Ausschüttung einer Dividende nur aufgrund eines in dem auf Grundlage der deutschen handelsrechtlichen Vorschriften (HGB) erstellten Jahresabschlusses der Gesellschaft ausgewiesenen Bilanzgewinns erfolgen. Bei der Ermittlung des Bilanzgewinns ist der Jahresüberschuss um Gewinn-/Verlustvorträge sowie um Entnahmen aus und Einstellungen in Rücklagen zu korrigieren. Bestimmte Rücklagen sind kraft Gesetzes zu bilden und müssen bei der Berechnung des zur Ausschüttung verfügbaren Bilanzgewinns abgezogen werden.

Die Beschlussfassung über die Ausschüttung einer Dividende sowie deren Höhe und der Zeitpunkt der Ausschüttung für ein Geschäftsjahr obliegt der Hauptversammlung des darauf folgenden Geschäftsjahres, die in den ersten acht Monaten des Geschäftsjahres stattzufinden hat und die über den vom Aufsichtsrat angenommenen Vorschlag des Vorstands zur Gewinnverwendung entscheidet. Von der Hauptversammlung beschlossene Dividenden werden unmittelbar ausgezahlt. Da sämtliche Aktien der Gesellschaft in Globalurkunden verbrieft sind und bei der Clearstream Banking AG verwahrt werden, werden Dividenden über die Clearstream Banking AG zu Gunsten der Aktionäre an die Depotbanken überwiesen. Die inländischen Depotbanken trifft die gleiche Auszahlungspflicht gegenüber ihren Kunden. Aktionäre, die ihre Aktien bei ausländischen Depotbanken verwahren lassen, sind gehalten, sich bei ihrer Depotbank über die anwendbaren Bedingungen zu informieren.

Die Anteile der Aktionäre am Bilanzgewinn bestimmen sich nach ihren Anteilen am Grundkapital. Einen Anspruch auf Dividendenzahlung hat der einzelne Aktionär nur im Fall eines entsprechenden Gewinnverwendungsbeschlusses der Hauptversammlung. Dividendenansprüche verjähren innerhalb der Regelverjährungsfrist von drei Jahren. Bei nicht fristgerechter Erhebung der Verjährungseinrede verbleibt die Dividende bei der Gesellschaft.

Die K+S AG verfolgt eine grundsätzlich ertragsorientierte Dividendenpolitik. Eine dem Ergebnis nach Steuern Rechnung tragende Ausschüttungsquote von 40 bis 50% des bereinigten Konzernergebnisses bildet die Grundlage für die mit dem Aufsichtsrat gemeinsam zu bestimmende Höhe der künftigen Dividendenvorschläge. Der für das Geschäftsjahr 2009 erwartete starke Rückgang des bereinigten Konzernergebnisses nach Steuern wird sich entsprechend auf die Dividendenzahlung für das Geschäftsjahr auswirken.

Die Neuen Aktien der Gesellschaft sind mit voller Gewinnanteilsberechtigung für das laufende Geschäftsjahr 2009 und sämtliche folgenden Geschäftsjahre ausgestattet.

Ergebnis je Aktie und Dividendenpolitik

Die nachfolgende Übersicht zeigt das Ergebnis je Aktie auf der Grundlage der Konzernabschlüsse nach IFRS sowie die je Aktie ausgeschüttete Jahresdividende für die Geschäftsjahre zum 31. Dezember 2006, 2007 und 2008 der K+S AG:

In EUR Mio.	2008	2007	2006
Konzernergebnis (IFRS) ¹⁾	870,9	- 93,3	270,8
Konzernergebnis, bereinigt ²⁾ (IFRS)	979,3	175,3	218,2
Jahresüberschuss (HGB)	629,4	82,5	136,0
Bilanzgewinn (HGB)	399,4	82,5	82,5
Ergebnis je Aktie (IFRS) in EUR ³⁾ ⁴⁾	5,3	- 0,6	1,6
Ergebnis je Aktie, bereinigt (IFRS) in EUR ²⁾ ³⁾ ⁵⁾	5,9	1,1	1,3
Ausgeschüttete Dividende je Aktie in EUR ³⁾	2,4	0,5	0,5
Dividendenausschüttung für das jeweilige Geschäftsjahr.....	396,0	82,5	82,5

1) Auf Aktionäre der K+S AG entfallendes Konzernergebnis. Bestimmende Faktoren für die Ausschüttung von Dividenden sind insbesondere die Profitabilität, die Finanzlage, der Kapitalbedarf, die Geschäftsaussichten sowie die allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Gesellschaft. Die Gesellschaft hat grundsätzlich das Ziel, für zukünftige Geschäftsjahre eine Dividende an ihre Aktionäre zu zahlen. Dies steht unter dem Vorbehalt des Bestehens eines ausschüttungsfähigen Bilanzgewinns für das jeweilige Geschäftsjahr. Die Gesellschaft kann keine Gewähr dafür übernehmen, dass in zukünftigen Geschäftsjahren tatsächlich ein ausschüttungsfähiger Bilanzgewinn vorliegen wird bzw. in welcher Höhe Dividenden zur Auszahlung kommen werden. Die in der Vergangenheit ausgeschütteten Dividenden lassen keinen Rückschluss auf den Umfang zukünftiger Dividendenzahlungen zu.

2) Bereinigt um die Effekte der Marktwertveränderungen aus Sicherungsgeschäften sowie nicht mehr operativer Derivate; beim bereinigten Konzernergebnis und beim bereinigten Ergebnis je Aktie wurde ein Steuersatz von 27,9 % für 2008, 31,6 % für 2007 und 37,0 % für 2006 unterstellt.

3) Angepasst an den Aktiensplit im Verhältnis 1:4 (Eintragung Handelsregister: 24. Juni 2008; wertpapiertechnische Durchführung: 21. Juli 2008). Ohne die Anpassung betrug das Ergebnis je Aktie für das Geschäftsjahr 2007 EUR - 2,26 und für 2006 EUR 6,57, das bereinigte Ergebnis je Aktie für das Geschäftsjahr 2007 EUR 4,25 und für 2006 EUR 5,29 sowie die durchschnittliche Anzahl der Aktien für das Geschäftsjahr 2007 und 2006 jeweils 41,24 Mio. Stück.

4) Das unverwässerte Ergebnis je Aktie entspricht dem verwässerten Ergebnis je Aktie.

5) Bereinigt um die Effekte der Marktwertveränderungen aus Sicherungsgeschäften, Kurssicherungsgeschäften sowie nicht mehr operativer Derivate; beim bereinigten Ergebnis vor Ertragssteuern, bereinigten Konzernergebnis und beim bereinigten Ergebnis je Aktie wurde ein Steuersatz von 37,0 % (2006), 31,6 % (2007), 27,9 % (2008) unterstellt.

KAPITALAUSSTATTUNG, GESCHÄFTSKAPITAL UND LIQUIDITÄT

Geschäftskapital

Die nachfolgenden Tabellen zeigen eine Übersicht über die Kapitalausstattung einschließlich der Verschuldung der Gesellschaft unmittelbar vor sowie nach vollständiger Durchführung des Angebots (basierend auf einer Platzierung zum Bezugspreis). Die nachfolgenden Angaben in den Tabellen beruhen grundsätzlich auf Zahlen des ungeprüften verkürzten Konzern-Zwischenabschlusses zum 30. September 2009, der auf der Grundlage der IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, erstellt wurde; die Angaben zur Besicherung von Verbindlichkeiten basieren auf zusätzlichen Informationen aus dem Rechnungswesen der K+S Gruppe. Diese Tabellen sollten im Zusammenhang mit den Erläuterungen zum Konzern-Zwischenabschluss gelesen werden, die im Finanzteil dieses Prospekts enthalten sind.

In EUR Mio.	Vor Durch- führung des Angebots	Nach Durch- führung des Angebots
	Zum 30. September 2009 Ungeprüft	Zum 30. September 2009 Ungeprüft
Kurzfristige Verbindlichkeiten ¹⁾		
<i>davon garantiert</i>	–	–
<i>davon besichert</i> ²⁾³⁾	–	–
<i>davon unbesichert/ nicht garantiert</i>	1.127,1	1.127,1
Gesamt	1.127,1	1.127,1
Langfristige Verbindlichkeiten ⁴⁾		
<i>davon garantiert</i>	–	–
<i>davon besichert</i> ²⁾³⁾	–	–
<i>davon unbesichert/ nicht garantiert</i>	1.707,9	1.707,9
Gesamt	1.707,9	1.707,9
Summe der Verbindlichkeiten	2.835,0	2.835,0
Eigenkapital		
Gezeichnetes Kapital ⁸⁾	165,0	191,4
Kapitalrücklage ⁸⁾	1,3	638,8
Andere Rücklagen und Bilanzgewinn	1.177,4	1.177,4
Anteile anderer Gesellschafter	1,6	1,6
Gesamt	1.345,3	2.009,2
Kapitalausstattung, gesamt ⁵⁾	4.180,3	4.844,2
Flüssige Mittel ⁶⁾		
Schecks, Kassenbestände und Guthaben bei Kreditinstituten, sonstige Zahlungsmitteläquivalente ⁸⁾	1.199,8	1.863,7
Übrige finanzielle Vermögenswerte/Wertpapiere, Laufzeit über 3 Monate	–	–
Gesamt	1.199,8	1.863,7
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	501,6	501,6
Verbindlichkeiten aus Leasingverhältnissen	–	–
Sonstige Finanzverbindlichkeiten	0,1	0,1
Gesamt	501,7	501,7
Langfristige Finanzverbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	306,3	306,3
Verbindlichkeiten aus Leasingverhältnissen	–	–
Schuldverschreibungen	743,6	743,6
Sonstige Finanzverbindlichkeiten	0,1	0,1
Gesamt	1.049,9	1.049,9
Summe der Finanzverbindlichkeiten	1.551,6	1.551,6
Nettofinanzverbindlichkeiten ⁷⁾	351,8	– 312,1

- 1) Beinhaltet kurzfristige Finanzverbindlichkeiten. Diese setzen sich aus den „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“, den „Verbindlichkeiten aus Leasingverhältnissen“ und den „Sonstigen Finanzverbindlichkeiten“ zusammen.
- 2) Beinhaltet besicherte Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.
- 3) Werte basieren auf Angaben derjenigen Konzernunternehmen, die zum 31. Dezember 2008 Sicherheiten bestellt hatten. Zum 30. September 2009 haben sich diesbezüglich keine wesentlichen Veränderungen ergeben.
- 4) Beinhaltet langfristige Finanzverbindlichkeiten. Diese setzen sich aus den „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“, den „Verbindlichkeiten aus Leasingverhältnissen“ und den „Sonstigen Finanzverbindlichkeiten“ zusammen.
- 5) Die „Kapitalausstattung, gesamt“ errechnet sich aus der „Summe der Verbindlichkeiten“ zuzüglich dem Eigenkapital.
- 6) Stand zum 30. September 2009; aus dem Erwerb von Morton Salt resultierende Abflüsse, welche erst bei Abschluss des Erwerbs am 1. Oktober 2009 erfolgten, sind noch nicht berücksichtigt.
- 7) Die Nettofinanzverbindlichkeiten errechnen sich aus der Summe der kurzfristigen und langfristigen Finanzverbindlichkeiten abzüglich der Flüssigen Mittel.
- 8) Nach Durchführung des Angebotes erhöht sich die Position „Gezeichnetes Kapital“ um EUR 26.400.000 (26.400.000 Neue Aktien multipliziert mit EUR 1), die Position „Kapitalrücklage“ um EUR 637.500.000 (26.400.000 Neue Aktien multipliziert mit EUR 25,00 (Bezugspreis abzüglich EUR 1) abzüglich EUR 22.500.000 Emissionskosten, sowie die Position „Schecks, Kassenbestände und Guthaben bei Kreditinstituten, sonstige Zahlungsmitteläquivalente“ um EUR 663.900.000 (Nettoemissionserlös).

Erklärung zum Geschäftskapital

Die Gesellschaft ist der Auffassung, dass die K+S Gruppe aus heutiger Sicht über ausreichend Geschäftskapital verfügt, um in den nächsten zwölf Monaten ihren fälligen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

AUSGEWÄHLTE KONZERNFINANZINFORMATIONEN

Die nachfolgenden Tabellen enthalten wesentliche Konzernfinanzinformationen für die zum 30. September 2009 und 2008 endenden Neunmonatszeiträume sowie für die zum 31. Dezember 2008, 2007 und 2006 endenden Geschäftsjahre. Die Konzernfinanzinformationen für die zum 30. September 2009 und 2008 endenden Neunmonatszeiträume sind dem ungeprüften verkürzten Konzern-Zwischenabschluss der K+S AG für den zum 30. September 2009 endenden Neunmonatszeitraum (mit Vergleichszahlen für den zum 30. September 2008 endenden Neunmonatszeitraum) entnommen. Die Konzernfinanzinformationen für die zum 31. Dezember 2008 und 31. Dezember 2007 endenden Geschäftsjahre sind dem Konzernabschluss der K+S AG für das zum 31. Dezember 2008 endende Geschäftsjahr entnommen; die Konzernfinanzinformationen für das zum 31. Dezember 2006 endende Geschäftsjahr sind dem Konzernabschluss der K+S AG für das zum 31. Dezember 2007 endende Geschäftsjahr entnommen. Ursache dafür, dass die Konzernfinanzinformationen für das zum 31. Dezember 2007 endende Geschäftsjahr dem Konzernabschluss der K+S AG für das zum 31. Dezember 2008 endende Geschäftsjahr und die Konzernfinanzinformationen für das zum 31. Dezember 2006 endende Geschäftsjahr dem Konzernabschluss der K+S AG für das zum 31. Dezember 2007 endende Geschäftsjahr entnommen wurden, sind jeweils nach der Abschlusserstellung für die Geschäftsjahre 2006 bzw. 2007 in Kraft getretene Änderungen von Rechnungslegungsstandards (IFRS), die nachträglich zu bilanzieller Umgliederungen führten, die jeweils in den im Konzernfinanzabschluss 2008 für 2007 und im Konzernfinanzabschluss 2007 für 2006 enthaltenen Vergleichszahlen (zur Herstellung einer Vergleichbarkeit) berücksichtigt wurden. Alle Konzernabschlüsse der K+S AG wurden jeweils auf der Grundlage der IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind (nachfolgend „IFRS“), erstellt.

Die in den nachfolgenden Tabellen dargestellten Konzernfinanzinformationen stellen eine Auswahl aus den in den Abschlüssen enthaltenen Finanzdaten der K+S Gruppe dar und sind – soweit nicht ausdrücklich anders gekennzeichnet – in Tausend EUR (TEUR) bzw. in Millionen EUR (EUR Mio.) angegeben und auf eine Nachkommastelle kaufmännisch gerundet. Die Berechnung der jeweils dargestellten prozentualen Veränderungen wurde auf Basis der ungerundeten absoluten Zahlen vorgenommen. Aufgrund der Rundungen addieren sich die in den Tabellen aufgeführten Zahlen teilweise nicht exakt zur jeweils angegebenen Gesamtsumme und die Prozentzahlen teilweise nicht exakt zu 100,0 % auf.

Die nachstehend dargestellten Konzernfinanzinformationen sollten in Verbindung mit dem Abschnitt „Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe“, den in diesem Prospekt im Finanzteil abgedruckten Finanzabschlüssen und den dazugehörigen Anhängen sowie den an anderer Stelle in diesem Prospekt enthaltenen weiteren Finanzangaben gelesen werden.

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnungen

In EUR Mio.	1. Januar – 30. September		1. Januar – 31. Dezember		
	2009	2008	2008	2007	2006
	Ungeprüft	Ungeprüft	Geprüft	Geprüft	Geprüft
Umsatzerlöse	2.512,5	3.838,9	4.794,4	3.344,1	2.957,7
Herstellungskosten	1.611,3	2.084,2	2.552,9	2.211,9	1.928,0
Bruttoergebnis vom Umsatz	901,2	1.754,7	2.241,5	1.132,1	1.029,7
Vertriebskosten	504,5	589,1	776,0	752,3	714,3
Allgemeine Verwaltungskosten	83,2	76,9	104,4	89,4	81,7
Forschungs- und Entwicklungskosten	14,1	13,2	18,1	15,5	13,8
Sonstige betriebliche Erträge ¹⁾	101,9	78,1	173,6	138,2	119,9
Sonstige betriebliche Aufwendungen ¹⁾	167,6	109,5	176,6	132,0	63,5
Beteiligungsergebnis	2,8	1,5	2,5	4,6	1,8
Operatives Ergebnis (EBIT I)^{2) 3) 4)}	–	–	1.342,7	285,7	278,0
Ergebnis aus operativen, antizipativen Sicherungsgeschäften ¹⁾	– 28,5	– 139,3	– 150,4	– 392,6	83,6
Ergebnis nach operativen Sicherungsgeschäften (EBIT II)^{4) 5)}	208,0	906,3	1.192,3	– 106,9	361,6
Zinsergebnis	– 39,3	– 34,3	– 4,6	– 35,6	– 27,5
Sonstiges Finanzergebnis	– 57,4	12,0	11,4	– 0,1	7,4
Finanzergebnis	– 96,7	– 22,3	6,8	– 35,7	– 20,1
Ergebnis vor Ertragssteuern	111,3	884,0	1.199,1	– 142,6	341,5
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	30,2	239,2	327,7	– 49,5	70,3
davon: latente Steuern ⁶⁾	6,2	46,0	61,4	– 68,9	20,4
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	81,1	644,8	871,4	– 93,1	271,2
Anteile anderer Gesellschafter am Ergebnis	0,3	0,3	0,5	0,2	0,4
Konzernergebnis nach Steuern und Anteilen Dritter	80,8	644,5	870,9	– 93,3	270,8
Operatives Ergebnis (EBIT I)^{2) 3) 4)}	201,5	1.054,9	–	–	–
Ergebnis vor Ertragssteuern, bereinigt^{4) 7)}	104,8	1032,6	1.349,4	250,0	257,9
Konzernergebnis, bereinigt^{4) 7)}	76,1	751,8	979,3	175,3	218,2

- 1) Seit dem Geschäftsjahr 2009 werden sämtliche Ergebniseffekte aus operativen, antizipativen Sicherungsgeschäften in der Zeile „Ergebnis aus operativen, antizipativen Sicherungsgeschäften“ ausgewiesen. In den Vorjahren 2008, 2007 und 2006 wurde ein Teil dieses Ergebnisses in den Rechnungsposten „Sonstige betriebliche Erträge“ bzw. „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ erfasst. Hieraus resultiert ab dem Geschäftsjahr 2009 eine Verschiebung dieser Ergebniseffekte zwischen den Positionen „Sonstige betriebliche Erträge“, „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ und „Ergebnis aus operativen, antizipativen Sicherungsgeschäften“, ohne dass die Höhe des EBIT I oder des EBIT II dadurch beeinflusst wird. Die Zahlen für den zum 30. September 2008 endenden Neunmonatszeitraum wurden für Vergleichszwecke entsprechend des neuen Ausweises angepasst.
- 2) Das Operative Ergebnis (EBIT I) beinhaltet das in der aktuellen Berichtsperiode tatsächlich realisierte Sicherungsergebnis aus den zur Sicherung künftiger Zahlungspositionen (im Wesentlichen Umsätze in US-Dollar) eingesetzten operativen Derivate (sog. antizipative Kussicherung). Das realisierte Sicherungsergebnis entspricht dem Ausübungswert des Derivats zum Zeitpunkt der Fälligkeit (Differenz zwischen Kassakurs und Sicherungskurs), im Falle von Optionsgeschäften abzüglich der gezahlten Prämien. Die Marktwertveränderungen der noch ausstehenden operativen Derivate zur antizipativen Kurssicherung werden hingegen gesondert im Ergebnis nach operativen Sicherungsgeschäften (EBIT II) berücksichtigt. Ein Derivat gilt als operativ, wenn die Ergebniswirkung des zu sichernden Grundgeschäfts im Operativen Ergebnis (EBIT I) abgebildet wird. Ergebnisse aus Sicherungsgeschäften des Finanzierungsbereiches werden im Finanzergebnis erfasst, sofern keine erfolgsneutrale Abbildung als Hedge Accounting vorgenommen wurde.
- 3) Die Ermittlung bzw. der Ausweis des Operative Ergebnisses (EBIT I) erfolgt seit dem Geschäftsjahr 2009 nicht mehr in einer eigenen Berichtszeile in der Gewinn- und Verlustrechnung der K+S Gruppe, sondern in einer Überleitungsrechnung unterhalb der Gewinn- und Verlustrechnung der K+S Gruppe. Damit erfolgt der Ausweis des Operativen Ergebnisses (EBIT I) in der eigenen Berichtszeile in der Gewinn- und Verlustrechnung nur für die Geschäftsjahre 2006, 2007 und 2008 und in der Überleitungsrechnung unterhalb der Gewinn- und Verlustrechnung erstmals für den zum 30. September 2009 endenden Neunmonatszeitraum (sowie den entsprechenden Vergleichszeitraum in 2008).
- 4) Diese Kennzahlen sind keine nach IFRS definierten Kennzahlen. Potentielle Investoren sollten beachten, dass diese Kennzahlen keine einheitlichen angewandten oder standardisierten Kennzahlen sind, ihre Berechnung variieren kann und dass diese Kennzahlen für sich allein genommen keine Basis für Vergleiche mit anderen Unternehmen darstellen.
- 5) Über das Operative Ergebnis (EBIT I) hinaus berechnet die Gesellschaft auch ein Ergebnis nach operativen Sicherungsgeschäften (EBIT II). Das EBIT II beinhaltet sämtliche Ergebniseffekte aus operativen Sicherungsgeschäften, d. h. sowohl Ergebnisse aus der Realisierung als auch aus der Marktbewertung der noch ausstehenden operativen Derivate. Ein Derivat gilt als operativ, wenn die Ergebniswirkung des zu sichernden Grundgeschäfts im Operativen Ergebnis (EBIT I) abgebildet wird. Ergebnisse aus Sicherungsgeschäften des Finanzierungsbereiches werden hingegen im Finanzergebnis erfasst, sofern keine erfolgsneutrale Abbildung als Hedge Accounting vorgenommen wurde.
- 6) Die nicht zahlungswirksamen latenten Steuern resultieren aus steuerlichen Verlustvorträgen sowie anderen temporären steuerlichen Bewertungsdifferenzen.
- 7) Aufgrund der begrenzten wirtschaftlichen Aussagekraft des unbereinigten Ergebnisses vor Ertragssteuern und des unbereinigten Konzernergebnisses nach Steuern und Anteilen Dritter weist die Gesellschaft zusätzlich ein bereinigtes Ergebnis vor Ertragssteuern sowie ein bereinigtes Konzernergebnis (nach Steuern) und Anteilen Dritter aus. Diese bereinigten Ergebnisse beinhalten das realisierte Ergebnis aus operativen, antizipativen Sicherungsgeschäften der aktuellen Berichtsperiode. Die Marktwertveränderungen der noch ausstehenden, operativen, antizipativen Derivate werden hingegen in den bereinigten Ergebnissen nicht berücksichtigt. Ebenso werden daraus resultierende Effekte auf latente und zahlungswirksame Steuern eliminiert. Bei der Ermittlung des bereinigten Ergebnisses vor Ertragssteuern und des bereinigten Konzernergebnisses (nach Steuern) und Anteilen Dritter wurde ein Steuersatz von 37,0 % (2006), 31,6 % (2007), 27,9 % (2008), 27,8 % (9M 2008) und 27,9 % (9M 2009) unterstellt.

Konzernbilanz

In EUR Mio.	Zum 30. Sep- tember	Zum 31. Dezember		
	2009	2008	2007	2006
	Ungeprüft	Geprüft	Geprüft	Geprüft
Langfristige Vermögenswerte	1.500,1	1.516,0	1.443,9	1.396,6
Immaterielle Vermögenswerte.....	166,3	177,1	172,5	189,0
– davon Goodwill aus Unternehmenserwerb.....	100,4	104,8	99,7	102,9
Sachanlagen	1.242,3	1.246,4	1.124,8	1082,6
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien.....	8,3	7,8	7,9	8,3
Finanzanlagen	22,2	22,3	17,8	19,4
Forderungen und sonstige Vermögenswerte	15,0	15,5	13,2	2,5
Wertpapiere.....	–	–	37,1	42,1
Latente Steuern	45,5	46,3	70,1	52,0
Steuererstattungsansprüche aus Ertragssteuern	0,5	0,5	0,5	0,6
Kurzfristige Vermögenswerte	2.680,2	1.957,8	1.520,9	1.434,3
Vorräte.....	540,6	684,6	368,6	370,2
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	700,4	901,5	757,2	628,8
Übrige Forderungen und Vermögenswerte.....	173,6	173,0	308,7	345,2
– davon derivative Finanzinstrumente.....	28,9	66,4	205,3	242,7
Steuererstattungsansprüche aus Ertragssteuern	65,8	30,9	37,0	10,6
Wertpapiere.....	–	–	–	15,2
Flüssige Mittel	1.199,8	167,8	49,4	64,4
Summe Aktiva	4.180,3	3.473,8	2.964,8	2.830,9
Eigenkapital	1.345,3	1.718,3	931,8	1.124,3
Gezeichnetes Kapital	165,0	165,0	108,8	108,8
Kapitalrücklage.....	1,3	4,5	7,6	7,9
Andere Rücklagen und Bilanzgewinn.....	1.177,4	1.547,5	814,5	1.007,0
Anteile anderer Gesellschafter	1,6	1,3	0,8	0,6
Langfristiges Fremdkapital	1.707,9	749,3	1.004,2	822,1
Finanzverbindlichkeiten	1.049,9	107,1	360,2	136,8
Übrige Verbindlichkeiten	17,8	14,5	15,1	14,0
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	92,6	93,1	125,8	128,2
Rückstellungen für bergbauliche Verpflichtungen	388,7	378,3	357,6	338,2
Sonstige Rückstellungen.....	96,7	97,6	123,8	125,4
Latente Steuern	62,2	58,7	21,7	79,5
Kurzfristiges Fremdkapital	1.127,1	1.006,1	1.028,8	884,5
Finanzverbindlichkeiten	501,7	159,3	328,1	234,0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	258,0	465,4	409,1	360,8
Sonstige Verbindlichkeiten	59,3	68,2	85,5	77,8
– davon derivative Finanzinstrumente.....	2,9	24,2	16,9	39,3
Steuerverbindlichkeiten aus Ertragssteuern	28,7	25,8	6,2	16,6
Rückstellungen.....	279,4	287,5	200,0	195,3
Summe Passiva	4.180,3	3.473,8	2.964,8	2.830,9

Konzern-Kapitalflussrechnungen

In EUR Mio.	1. Januar – 30. September		1. Januar – 31. Dezember		
	2009	2008	2008	2007	2006
	Ungeprüft	Ungeprüft	Geprüft	Geprüft	Geprüft
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit ¹⁾ ..	324,4	726,2	802,7	-108,3	202,4
Cashflow aus Investitionstätigkeit ²⁾	-200,7	-133,6	-170,2	-140,7	-429,8
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit.....	783,6	-375,5	-318,0	81,8	170,9
Zahlungswirksame Veränderung der Finanz- mittel.....	907,3	217,1	314,6	-167,3	-56,5
Änderung des Bestands an Finanzmitteln	903,2	214,0	312,0	-167,8	-53,4
Nettofinanzmittelbestand am 1.1.....	160,6	-151,4	-151,4	16,4	69,8
Nettofinanzmittelbestand am 30.9./31.12.....	1.063,8	62,6	160,6	-151,4	16,4

- 1) Bereinigt um die Veränderung der Mittelbindung für Prämienzahlungen für Sicherungsgeschäfte (9M 2009: EUR -30 Mio.; 9M 2008: EUR 23 Mio.; 2008: EUR 42 Mio.; 2007: EUR 367 Mio.; 2006: EUR 25 Mio.) betrug der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit für die jeweils zum 31. Dezember endenden Geschäftsjahre 2008 EUR 845 Mio., 2007 EUR 259 Mio. und 2006 EUR 228 Mio. sowie für das 9M 2009 EUR 295 Mio. und das 9M 2008 EUR 750 Mio.
- 2) Davon entfielen auf akquisitions-/devestitionsbedingte Zahlungen in 9M 2009: EUR 87,9 Mio., 9M 2008: EUR 0 Mio., 2008: EUR 0 Mio., 2007: EUR 2,6 Mio., 2006: EUR 357,7 Mio.

Sonstige Kennziffern

In EUR Mio.	1. Januar – 30. September		1. Januar – 31. Dezember		
	2009	2008	2008	2007	2006
	Ungeprüft	Ungeprüft	Geprüft	Geprüft	Geprüft
Operatives Ergebnis (EBIT I) ¹⁾²⁾	201,5	1.054,9	1.342,7	285,7	278,0
EBIT-Marge in % ²⁾³⁾	8,0	27,5	28,0	8,5	9,4
EBITDA ²⁾⁴⁾	307,5	1.160,3	1.484,4	413,9	401,3
EBITDA-Marge in % ²⁾⁵⁾	12,2	30,2	31,0	12,4	13,6

- 1) Für weitere Informationen zum Operativen Ergebnis (EBIT I) siehe oben die Fußnoten 1 und 2 unter „– Konzern-Gewinn- und Verlustrechnungen“.
- 2) Diese Kennzahlen sind keine nach IFRS definierten Kennzahlen. Potentielle Investoren sollten beachten, dass diese Kennzahlen keine einheitlichen angewandten oder standardisierten Kennzahlen sind, ihre Berechnung variieren kann und dass diese Kennzahlen für sich allein genommen keine Basis für Vergleiche mit anderen Unternehmen darstellen.
- 3) Die EBIT-Marge stellt das Verhältnis des Operativen Ergebnis (EBIT I) zu den Umsatzerlösen dar.
- 4) Das EBITDA ist eine liquiditätsorientierte Kennzahl, die aus der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung abgeleitet wird und anhand derer die Gesellschaft die operative Leistungsfähigkeit misst. Sie stellt das Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen dar.
- 5) Die EBITDA-Marge drückt das Verhältnis von EBITDA zu den Umsatzerlösen aus.

Angaben aus den Geschäftsbereichen der K+S Gruppe

In EUR Mio.	1. Januar – 30. September		1. Januar – 31. Dezember		
	2009	2008	2008	2007	2006
	Ungeprüft	Ungeprüft	Geprüft	Geprüft	Geprüft
Geschäftsbereiche					
Kali- und Magnesiumprodukte					
Umsatzerlöse	1.061,1	1.898,7	2.397,4	1.407,9	1.238,9
Operatives Ergebnis EBIT I ¹⁾	204,8	927,9	1.203,2	177,9	158,6
Investitionen	79,9	66,9	111,1	79,7	83,8
Stickstoffdüngemittel²⁾					
Umsatzerlöse	804,0	1.437,8	1.652,4	1.265,4	1.108,6
Operatives Ergebnis EBIT I ¹⁾	- 65,8	126,6	121,4	57,3	46,1
Investitionen	6,0	7,1	10,7	16,8	12,1
COMPO					
Umsatzerlöse	-	-	750,9	617,4	552,4
Operatives Ergebnis EBIT I ¹⁾	-	-	79,0	32,0	29,3
Investitionen	-	-	10,4	12,6	11,4
fertiva					
Umsatzerlöse	-	-	901,5	648,0	556,2
Operatives Ergebnis EBIT I ¹⁾	-	-	42,4	25,3	16,8
Investitionen	-	-	0,3	4,2	0,7
Salz					
Umsatzerlöse	559,3	409,3	618,6	545,1	485,8
Operatives Ergebnis EBIT I ¹⁾	93,1	19,0	45,2	47,8	67,6
Investitionen	21,0	44,9	58,6	47,9	21,2
Ergänzende Geschäftsbereiche^{3) 4)}					
Umsatzerlöse	87,6	92,5	125,3	125,5	124,3
Operatives Ergebnis EBIT I ¹⁾	9,5	19,3	25,1	39,1	39,2
Investitionen	3,9	8,6	10,0	21,9	12,5
Überleitung^{4) 5)}					
Umsatzerlöse	0,5	0,6	0,7	0,1	0,0
Operatives Ergebnis EBIT I ¹⁾	- 40,1	- 37,9	- 52,2	- 36,5	- 33,4
Investitionen	3,3	5,6	7,1	5,3	1,0
Gesamt					
Umsatzerlöse	2.512,5	3.838,9	4.794,4	3.344,1	2.957,7
Operatives Ergebnis EBIT I ¹⁾	201,5	1.054,9	1.342,7	285,7	278,0
Investitionen	114,1	133,1	197,5	171,6	130,5

- 1) Diese Kennzahlen sind keine nach IFRS definierten Kennzahlen. Potentielle Investoren sollten beachten, dass diese Kennzahlen keine einheitlichen angewandten oder standardisierten Kennzahlen sind, ihre Berechnung variieren kann und dass diese Kennzahlen für sich allein genommen keine Basis für Vergleiche mit anderen Unternehmen darstellen.
- 2) Die bisherigen Geschäftsbereiche COMPO und fertiva wurden zum 1. Januar 2009 zum Geschäftsbereich „Stickstoffdüngemittel“ zusammengefasst. Für weitere Informationen dazu siehe „Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage – Segmentberichterstattung“. Zum Zwecke der Vergleichbarkeit wurden die Zahlenwerte für Umsatzerlöse, EBIT I und Investitionen der Geschäftsbereiche COMPO und fertiva für die Geschäftsjahre 2008, 2007 und 2006 bei dem Ausweis der Zahlenwerte für den Geschäftsbereich Stickstoffdüngemittel für die Geschäftsjahre 2008, 2007 und 2006 zusammengefasst.
- 3) Die bisherigen Geschäftsbereiche „Entsorgung und Recycling“ und „Dienstleistungen und Handel“ sind zum 1. Januar 2008 zum Geschäftsbereich „Ergänzende Geschäftsbereiche“ zusammengefasst worden. Für weitere Informationen dazu siehe „Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage – Segmentberichterstattung“. Zum Zwecke der Vergleichbarkeit wurden die Zahlenwerte für Umsatzerlöse, EBIT I und Investitionen der Geschäftsbereiche Entsorgung und Recycling sowie Dienstleistungen und Handel für die Geschäftsjahre 2007 und 2006 bei dem Ausweis der Zahlenwerte für den Geschäftsbereich Ergänzende Geschäftsbereiche für die Geschäftsjahre 2007 und 2006 zusammengefasst.
- 4) Seit dem 1. Januar 2008 werden die Aktivitäten der K+S IT-Services GmbH („K+S IT“) aufgrund des geringen Anteils von Drittumsätzen in der Überleitung dargestellt. Die K+S IT wurde zuvor im Geschäftsbereich Ergänzende Geschäftsbereiche (Dienstleistungen und Handel) ausgewiesen. Die Vorjahreszahlen im Geschäftsjahr 2007 und 2006 für den Geschäftsbereich Ergänzende Geschäftsbereiche sowie die Spalte Überleitung wurden an diese Umgliederung nicht angepasst.
- 5) Die Angaben zu den Geschäftsbereichen werden teilweise vor intersegmentärer Konsolidierung dargestellt. Aufwendungen und Erträge, die den Geschäftsbereichen nicht zuordenbar sind, werden gesondert erfasst. Beide Effekte werden in der Zeile „Überleitung“ zusammengefasst.

DARSTELLUNG UND ANALYSE DER VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE DER K+S Gruppe

Anleger sollten die nachfolgende Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S AG in Verbindung mit den Abschnitten „Geschäftstätigkeit“, „Risikofaktoren“ und dem Finanzteil lesen. Die nachfolgende Darstellung enthält zukunftsgerichtete Aussagen, die Risiken, Ungewissheiten und anderen Faktoren unterliegen, die dazu führen können, dass die tatsächlichen Ereignisse von den in den zukunftsgerichteten Aussagen enthaltenen oder angedeuteten Angaben abweichen (siehe oben „Risikofaktoren“ und „Allgemeine Informationen – Zukunftsgerichtete Aussagen“).

Die in den nachfolgenden Darstellungen enthaltenen Finanzangaben beruhen auf dem ungeprüften verkürzten Konzern-Zwischenabschluss der K+S AG für den zum 30. September 2009 endenden Neunmonatszeitraum („9M 2009“) (mit Vergleichszahlen für den zum 30. September 2008 endenden Neunmonatszeitraum („9M 2008“)) sowie den geprüften Konzernabschlüssen der K+S AG für die zum 31. Dezember 2008, 2007 und 2006 endenden Geschäftsjahre. Die Konzerninformationen für die zum 31. Dezember 2008 und 31. Dezember 2007 endenden Geschäftsjahre sind dem Konzernabschluss der K+S AG für das zum 31. Dezember 2008 endende Geschäftsjahr entnommen; die Konzernfinanzinformationen für das zum 31. Dezember 2006 endende Geschäftsjahr sind dem Konzernabschluss der K+S AG für das zum 31. Dezember 2007 endende Geschäftsjahr entnommen. Ursache dafür, dass die Konzernfinanzinformationen für das zum 31. Dezember 2007 endende Geschäftsjahr dem Konzernabschluss der K+S AG für das zum 31. Dezember 2008 endende Geschäftsjahr und die Konzernfinanzinformationen für das zum 31. Dezember 2006 endende Geschäftsjahr dem Konzernabschluss der K+S AG für das zum 31. Dezember 2007 endende Geschäftsjahr entnommen wurden, sind jeweils nach der Abschlusserstellung für die Geschäftsjahre 2006 bzw. 2007 in Kraft getretene Änderungen von Rechnungslegungsstandards (IFRS), die nachträglich zu bilanzieller Umgliederungen führten, die jeweils in den im Konzernfinanzabschluss 2008 für 2007 und im Konzernfinanzabschluss 2007 für 2006 enthaltenen Vergleichszahlen (zur Herstellung einer Vergleichbarkeit) berücksichtigt wurden. Alle Abschlüsse wurden nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind (nachfolgend „IFRS“), erstellt und sind im Finanzteil dieses Prospektes abgedruckt. Weitere Angaben für das Geschäftsjahr 2008 sind dem geprüften Jahresabschluss der K+S AG für das zum 31. Dezember 2008 endende Geschäftsjahr entnommen, der nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften (im Folgenden als „HGB“ bezeichnet) erstellt wurde und im Finanzteil des Prospektes abgedruckt ist. Der nach IFRS aufgestellte Konzernabschluss sowie der nach HGB aufgestellte Jahresabschluss der K+S AG für das Geschäftsjahr 2008 und die nach IFRS aufgestellten Konzernabschlüsse der K+S AG für die Geschäftsjahre 2007 und 2006 wurden von Deloitte & Touche geprüft und jeweils mit einem in diesem Prospekt wiedergegebenen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Die IFRS weichen in wesentlichen Aspekten vom HGB ab. Die Kennziffern Return on Capital Employed (ROCE) und Return on Investment (ROI) sind aus dem Rechnungswesen der Gesellschaft abgeleitet, die Kennziffer Value Added (Mehrwert) ist aus dem Rechnungswesen der Gesellschaft entnommen.

Die K+S AG hat mit Kaufvertrag vom 1. April 2009 die MII erworben, um Morton Salt zu übernehmen. Der Erwerb von Morton Salt wurde am 1. Oktober 2009 abgeschlossen. Für weitere Informationen dazu siehe „Wesentliche Verträge der K+S Gruppe – Übernahme von Morton Salt“. In Bezug auf die MII werden nachfolgend einige Finanzinformationen dargestellt. Diese Finanzinformationen sind dem geprüften Konzernabschluss der MII zum 31. Dezember 2008, der im Finanzteil dieses Prospektes abgedruckt ist. Alle Angaben, die die MII betreffen, basieren auf der Grundlage der US-GAAP, die in wesentlichen Punkten von den IFRS und dem HGB abweichen. Der Konzernabschluss der MII für das Geschäftsjahr 2008 wurde von PwC USA geprüft und mit einem Vermerk unabhängiger Abschlussprüfer versehen.

Sofern nachfolgend in den Tabellen enthaltene Finanzdaten als „geprüft“ angegeben werden, bedeutet dies, dass diese Finanzdaten aus den oben angeführten geprüften Abschlüssen entnommen bzw. abgeleitet wurden. Nicht aus den oben angeführten geprüften Abschlüssen entnommene bzw. abgeleitete Finanzdaten, aus dem ungeprüften Konzern-Zwischenabschluss der K+S AG für den zum 30. September 2009 endenden Neunmonatszeitraum entnommene bzw. abgeleitete Finanzdaten sowie aus dem Rechnungswesen der Gesellschaft entnommene Finanzdaten werden nachfolgend in den Tabellen als „ungeprüft“ bezeichnet. Alle in diesem Kapitel im Text und in den Tabellen dargestellten Finanzdaten sind – soweit nicht anderweitig ausgewiesen – in Tausend EUR (TEUR) bzw. in Millionen EUR (EUR Mio.) angegeben und auf volle TEUR bzw. EUR Mio. kaufmännisch gerundet; alle in diesem Kapitel in den Tabellen in EUR Mio. dargestellten Finanzdaten sind auf eine Nachkommastelle kaufmännisch gerundet. Die im Text und in den Tabellen angegebenen prozentualen Veränderungen wurden auf eine Nachkommastelle kaufmännisch gerundet; die Berechnung der prozentualen Veränderungen wurde auf Basis der ungerundeten absoluten Zahlen vorgenommen. Aufgrund der Rundungen addieren sich die in den Tabellen aufgeführten Zahlen teilweise nicht exakt zur jeweils angegebenen Gesamtsumme und die Prozentzahlen teilweise nicht exakt zu 100,0 % auf.

Überblick über die Geschäftstätigkeit der K+S Gruppe

Die K+S Gruppe gehört nach eigener Einschätzung zu den weltweit führenden Anbietern von Spezial- und Standard-Düngemitteln, Pflanzenpflege- sowie Salzprodukten. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft gliedert sich in die vier Geschäftsbereiche Kali- und Magnesiumprodukte, Stickstoffdüngemittel, Salz und Ergänzende Geschäftsbereiche. Unterstützt werden diese Geschäftsbereiche durch die Serviceeinheiten und Holding-Funktionen der K+S AG.

Im Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte produziert und vermarktet die K+S Gruppe Kaliumchlorid, magnesiumsulfat- und kaliumsulfathaltige Düngemittel und Düngemittelspezialitäten sowie Kali- und Magnesiumverbindungen. Diese werden für die Herstellung von Dünge- und Futtermitteln sowie für Anwendungen der technischen, gewerblichen und pharmazeutischen Industrie verwendet. Im Geschäftsbereich Stickstoffdüngemittel betreibt die K+S Gruppe im Wesentlichen die Herstellung und den Vertrieb stickstoffhaltiger Düngemittel und Ammoniumsulfate. Die bisherigen Geschäftsbereiche COMPO und fertiva wurden zum 1. Januar 2009 in der Berichterstattung zum „Geschäftsbereich Stickstoffdüngemittel“ zusammengefasst. Die Geschäftstätigkeit des ehemaligen Geschäftsbereichs fertiva und Teile des COMPO-Expert-Geschäfts sind zum 1. Juli 2009 in einer neuen Gesellschaft, der K+S Nitrogen GmbH („K+S Nitrogen“), zusammengeführt worden. Der Geschäftsbereich Salz umfasst die Teileinheiten esco – european salt company GmbH & Co. KG („esco“) mit dem Tätigkeitsschwerpunkt in Europa, die chilenische SPL sowie seit dem 1. Oktober 2009 Morton Salt in Nordamerika. Die esco betreibt drei Steinsalzbergwerke, drei Solebetriebe sowie mehrere Siedesalzanlagen. Die SPL gewinnt Steinsalz im Tagebau im Salar Grande in der Atacama-Wüste in Chile. Morton Salt betreibt sechs Steinsalzbergwerke, zwei Solar- und neun Siedesalzanlagen in den USA und Kanada. Im Geschäftsbereich „Ergänzende Geschäftsbereiche“ sind neben Recyclingaktivitäten und der Entsorgung bzw. Verwertung von Abfällen in Kali- bzw. Steinsalzbergwerken sowie der Granulierung von CATSAN® weitere für die K+S Gruppe wichtige Aktivitäten gebündelt. Mit der Kali-Transport Gesellschaft mbH („KTG“) in Hamburg und deren Tochtergesellschaften sowie der chilenischen Gesellschaft Empresa Maritima S. A. („Empremar“) verfügt die K+S Gruppe über zwei eigene Logistikdienstleister. Die Chemische Fabrik Kalk GmbH („CFK“) handelt mit verschiedenen Basischemikalien.

Die K+S Gruppe erzielte im 9M 2009 Umsatzerlöse in Höhe von EUR 2.513 Mio. (9M 2008: EUR 3.839 Mio.) und im Geschäftsjahr 2008 EUR 4.794 Mio. (2007: EUR 3.344 Mio.; 2006: EUR 2.958 Mio.). Das Operative Ergebnis (EBIT I) der K+S Gruppe (das EBIT I beinhaltet das bereits realisierte Sicherungsergebnis der eingesetzten operativen, antizipativen Derivate; die Marktwertveränderungen der noch ausstehenden operativen Derivate zur antizipativen Kurssicherung werden hingegen nicht berücksichtigt) betrug im 9M 2009 EUR 202 Mio. (9M 2008: EUR 1.055 Mio.) und im Geschäftsjahr 2008 EUR 1.343 Mio. (2007: EUR 286 Mio.; 2006: EUR 278 Mio.). Die K+S Gruppe beschäftigte im 9M 2009 im Durchschnitt 12.305 Mitarbeiter, im 9M 2008 im Durchschnitt 12.170 Mitarbeiter, im Geschäftsjahr 2008 im Jahresdurchschnitt 12.214 Mitarbeiter, im Geschäftsjahr 2007 im Jahresdurchschnitt 11.959 Mitarbeiter und im Geschäftsjahr 2006 im Jahresdurchschnitt 11.392 Mitarbeiter (inklusive befristet Beschäftigter, jedoch ohne Studenten und Praktikanten; gemessen in Vollzeitäquivalenten). Durch die Übernahme von Morton Salt am 1. Oktober 2009 sind insgesamt 2.922 Mitarbeiter zur K+S Gruppe hinzugekommen.

Vergleichbarkeit der in den Finanzabschlüssen enthaltenen Finanzdaten

Vergleichbarkeit der im ungeprüften verkürzten Konzern-Zwischenabschluss zum 30. September 2009 enthaltenen Finanzdaten

Die im ungeprüften verkürzten Konzern-Zwischenabschluss der K+S AG zum 30. September 2009 für die zum 30. September 2009 und 2008 endenden Neunmonatszeiträume enthaltenen Finanzdaten sind vergleichbar. Die Auswirkungen der Änderung des Konsolidierungskreises auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im 9M 2009 waren nur von untergeordneter Bedeutung. Im 9M 2009 wurden erstmals die K+S Finance Belgium BVBA, die Montana USParent Inc., die K+S Montana Holding LLC, die K+S North America Salt Holdings LLC und die K+S MergerCo Inc. in den Konsolidierungskreis der K+S einbezogen.

Die K+S Gruppe hat am 1. April 2009 (Unterzeichnung des Kaufvertrages am 1. April 2009; Vollzug des Kaufvertrages am 1. Oktober 2009) die MII erworben. Da die Konsolidierung der MII erst zum 1. Oktober 2009 abgeschlossen wurde, wird die Vergleichbarkeit der jeweils zum 30. September 2009 und 2008 endenden Neunmonatszeiträume nicht beeinträchtigt. Für weitere Informationen zu dem Erwerb der MII siehe „Wesentliche Verträge der K+S Gruppe – Übernahme von Morton Salt“. Derzeit wird die Erstkonsolidierung der MII zum

1. Oktober 2009 unter Anwendung der Erwerbsmethode durchgeführt. Danach werden die Anschaffungskosten des Erwerbs der MII auf die erworbenen, identifizierbaren Vermögenswerte und die übernommenen, identifizierbaren Schulden und Eventualschulden entsprechend ihrer beizulegenden Zeitwerte zum Erwerbszeitpunkt verteilt (sog. Purchase Price Allocation).

Vergleichbarkeit der in den Konzernabschlüssen zum 31. Dezember 2008 und 2007 enthaltenen Finanzdaten

Die in den geprüften Konzernabschlüssen der K+S AG für die zum 31. Dezember 2008 und 2007 endenden Geschäftsjahre enthaltenen Finanzdaten sind vergleichbar. Die Auswirkungen der Änderung des Konsolidierungskreises im Geschäftsjahr 2008 auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Geschäftsjahr 2008 waren nur von untergeordneter Bedeutung. Im Geschäftsjahr 2008 wurden TEUR 9 für Unternehmenserwerbe aufgewendet. Unternehmensverkäufe fanden nicht statt. Im Geschäftsjahr 2008 wurden erstmals die K+S Argentina SRL (vormals fertiva latinoamericana SRL), die K+S Mining Argentina S. A. sowie die esco Holding France S. A. S. in den Konsolidierungskreis der K+S AG einbezogen.

Vergleichbarkeit der in den Konzernabschlüssen zum 31. Dezember 2007 und 2006 enthaltenen Finanzdaten

Die in den geprüften Konzernabschlüsse der K+S AG für die zum 31. Dezember 2007 und 2006 endenden Geschäftsjahre enthaltenen Finanzdaten sind vergleichbar.

Die Auswirkungen der Änderung des Konsolidierungskreises im Geschäftsjahr 2007 auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage waren nur von untergeordneter Bedeutung. Im Geschäftsjahr 2007 wurden TEUR 923 für Unternehmenserwerbe aufgewendet und TEUR 3.557 für Unternehmensverkäufe erzielt. Wesentlicher Abgang aus dem Konsolidierungskreis der K+S AG im Geschäftsjahr 2007 war die biodata ANALYTIK GmbH („biodata“). Durch die Veräußerung im September 2007 wurde ein Ertrag in Höhe von TEUR 3.290 erzielt.

Im Geschäftsjahr 2006 wurden EUR 362 Mio. für Unternehmenserwerbe aufgewendet. Unternehmensverkäufe fanden nicht statt. Wesentlicher Unternehmenserwerb im Geschäftsjahr 2006 war der Erwerb von 99,3% der Anteile an der SPL (weitere 0,4% der Anteile wurden in der Folgezeit von Minderheitsgesellschaftern übernommen). Durch diesen Erwerb wurden im Geschäftsjahr 2006 auch verschiedene Tochtergesellschaften der SPL (zusammen mit der SPL die „SPL-Gruppe“) übernommen, sowie neue Gesellschaften für die Durchführung des Erwerbs und die Reorganisation der SPL-Gruppe gegründet und zum 30. Juni 2006 erstmals vollständig konsolidiert. Die SPL-Gruppe gewinnt Steinsalz im Tagebau in der chilenischen Atacama-Wüste und produziert Meersalz in einer eigenen Anlage in Brasilien.

Die Bilanzierung des Erwerbs der SPL-Gruppe wurde nach der Erwerbsmethode (Purchase method) vorgenommen, bei der im Wesentlichen die Gesamtanschaffungskosten auf die erworbenen Vermögenswerte, Schulden und Eventualschulden zum Erwerbszeitpunkt aufgeteilt werden. Die Differenz zwischen der Höhe der Gesamtanschaffungskosten und der Höhe des Wertes der erworbenen Vermögenswerte (abzüglich erworbener Schulden) wird als Goodwill in der Bilanz des Erwerbers angesetzt. Für den Erwerb der SPL-Gruppe fielen insgesamt Anschaffungskosten in Höhe von EUR 362 Mio. an, die in bar beglichen wurden. Aus der Gegenüberstellung der Anschaffungskosten des Erwerbs und des neu bewerteten Nettovermögens resultierte ein Goodwill in Höhe von EUR 92 Mio. Der Goodwill repräsentiert nicht separat aktivierungsfähige immaterielle Werte, wie z. B. den Mitarbeiterstamm oder den Flaggenschutz für die eingesetzten Schiffe, der als nicht vom Unternehmen separierbares gesetzliches Schutzrecht nicht verlässlich bewertet werden kann. Außerdem umfasst der Goodwill Vorteile aus künftigen Synergien durch Integration der SPL in die K+S Gruppe sowie aus erwarteten Erweiterungen des Geschäfts der SPL. Die Höhe des Goodwills wird wesentlich durch die Bildung passiver latenter Steuern im Rahmen der Neubewertung der Vermögenswerte und Schulden beeinflusst. Auf die Gewinn- und Verlustrechnung der K+S Gruppe im Geschäftsjahr 2006 hat sich die Einbeziehung der SPL-Gruppe wie folgt ausgewirkt:

In TEUR	1. Juli bis 31. Dezember 2006
Umsatz	81.940
Sonstige Erträge.....	364
Aufwendungen	- 87.122
Ergebnis vor Steuern	- 4.818
Ertragssteuern	40.892
Ergebnis nach Steuern	36.074

Im Zuge der Reorganisation der SPL-Gruppe waren aktive latente Steuern anzusetzen, die zu einem Ertrag in Höhe von TEUR 41.855 führten. Umsätze und Ergebnisse unter der Annahme, dass der Erwerb der SPL-Gruppe bereits zum 1. Januar 2006 stattgefunden hätte, konnten praktisch nicht ermittelt werden, da für den Zeitraum vor dem 30. Juni 2006 keine verlässlichen IFRS-Werte für die SPL-Gruppe vorlagen.

Segmentberichterstattung

Die K+S Gruppe gliedert ihre Geschäftstätigkeit in die vier Geschäftsbereiche Kali- und Magnesiumprodukte, Stickstoffdüngemittel, Salz und Ergänzende Geschäftsbereiche. Diese vier Geschäftsbereiche werden im Rahmen der Segmentberichterstattung der K+S Gruppe nach IAS 14 (ab dem 1. Januar 2009 nach IFRS 8) („Segmentberichterstattung“) als Segmente bezeichnet. Zusätzlich zu diesen vier Geschäftsbereichen weist die Gesellschaft in ihrer Segmentberichterstattung die Spalte „Überleitung,“ aus. In der Spalte Überleitung werden die konzerninternen Segmenterlöse im Rahmen der Überleitung auf den Konzernabschluss in voller Höhe eliminiert. Seit Beginn des Geschäftsjahres 2008 werden in der Überleitung insbesondere die Aktivitäten der K+S IT (vorher im Geschäftsbereich Ergänzende Geschäftsbereiche ausgewiesen), aufgrund des geringen Anteils von Drittumsätzen, dargestellt; die Zahlen für das Geschäftsjahr 2007 wurden entsprechend angepasst, die Zahlen für das Geschäftsjahr 2006 wurden hingegen nicht angepasst. Die bisherigen Geschäftsbereiche COMPO und fertiva wurden zum 1. Januar 2009 zum Geschäftsbereich „Stickstoffdüngemittel“ zusammengefasst. Zum 1. Januar 2008 wurde der bisherige Geschäftsbereich Entsorgung und Recycling mit den im bisherigen Geschäftsbereich Dienstleistungen und Handel gebündelten Serviceaktivitäten unter dem Begriff „Ergänzende Geschäftsbereiche“ zusammengefasst. Die Geschäftsbereiche der K+S Gruppe wurden bis zum 1. Januar 2009 primär produktorientiert abgegrenzt, was der internen Organisations- und Berichtsstruktur der K+S Gruppe entsprach („primäre Segmente“). Für weitere Informationen zu den Geschäftsbereichen bzw. primären Segmenten siehe oben „– Überblick“ und „Geschäftstätigkeit – Geschäftsbereiche der K+S Gruppe“. Eine regionale Abgrenzung der Geschäftstätigkeit der K+S Gruppe erfolgte bis zum 1. Januar 2009 sekundär in die Regionen Inland, Übriges Europa und Übersee („sekundäre Segmente“). Im Zuge der Umstellung der Segmentberichterstattung ab dem 1. Januar 2009 von IAS 14 auf IFRS 8 findet in der Segmentberichterstattung der K+S Gruppe keine Unterscheidung zwischen primären und sekundären Segmenten mehr statt.

In den Abschnitten „– Ertragslage – Vergleich der zum 30. September 2009 und 2008 endenden Neunmonatszeiträume – Segmentdiskussion“, „– Ertragslage – Vergleich der zum 31. Dezember 2008 und 2007 endenden Geschäftsjahre – Segmentdiskussion“ sowie „– Ertragslage – Vergleich der zum 31. Dezember 2007 und 2006 endenden Geschäftsjahre – Segmentdiskussion“ werden die wirtschaftlichen Entwicklungen in den einzelnen primären Segmenten jeweils anhand des Gesamtumsatzes und des Operativen Ergebnisses (EBIT I) des Segments diskutiert. Für weitere Informationen zum Operativen Ergebnis (EBIT I) siehe unten „– Sonstige Kennziffern der K+S Gruppe – Zeitraumbezogene Kennziffern – Operatives Ergebnis (EBIT I) und Ergebnis nach Marktveränderungen (EBIT II)“. Im Rahmen der Diskussion des Segmentergebnisses wird auch die Entwicklung der Segmentaufwendungen dargestellt. Eine separate Diskussion der wirtschaftlichen Entwicklungen der sekundären Segmente erfolgt nicht. Teilweise wird im Rahmen der Diskussion der wirtschaftlichen Entwicklungen der primären Segmente eine kurze Beschreibung der Entwicklung in den sekundären Segmenten vorgenommen.

Wesentliche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Faktoren

Die K+S Gruppe ist in ihren Geschäftsbereichen verschiedenen Trends ausgesetzt. Nachfolgend werden die nach Auffassung der Gesellschaft wesentlichen, marktbezogenen und externen sowie die aus dem operativen Geschäft der Gesellschaft stammenden Faktoren dargestellt, die einen Einfluss auf die Geschäftsentwicklung der K+S Gruppe haben können. Messgröße für die Ermittlung der Auswirkungen dieser Faktoren auf die Ertragslage sind die im nachfolgenden Abschnitt dargestellten Kennzahlen der K+S Gruppe. Für weitere Informationen zu den Kennzahlen der K+S Gruppe siehe unten „– Sonstige Kennziffern der K+S Gruppe“. Darüber hinaus werden die sonstigen Faktoren dargestellt, welche insgesamt die Ertragslage der K+S Gruppe beeinflussen können.

Marktbezogene externe Faktoren

Allgemeine konjunkturelle Entwicklungen und Nachfrage nach den Produkten der K+S Gruppe

Die Höhe der Umsatzerlöse (Absatzmenge und Absatzpreise) der Gesellschaften der K+S Gruppe wird durch verschiedene konjunkturelle und sonstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen beeinflusst. So wird insbesondere das Nachfrageverhalten nach den Produkten der K+S Gruppe in allen Geschäftsbereichen durch das allgemeine Wirtschaftswachstum sowie die wirtschaftliche Entwicklung in den relevanten Märkten und Branchen, für die die Gesellschaften der K+S Gruppe Produkte herstellen bzw. vertreiben, beeinflusst. Eine allgemein schwache Wirtschaftslage führt typischerweise zu einer rückläufigen Nachfrage nach der überwiegenden Zahl der von der K+S Gruppe angebotenen Produkte und umgekehrt. Ein stark schwankendes Nachfrageverhalten führt im Regelfall auch zu einer starken Volatilität der Umsatzerlöse. Über diese allgemeinen konjunkturellen Entwicklungen hinaus wird die Nachfrage nach den Produkten der K+S Gruppe in den einzelnen Geschäftsbereichen durch branchenspezifische Faktoren beeinflusst. Die Nachfrage nach Agrarprodukten und damit nach Düngemitteln wird erheblich durch Megatrends wie der wachsenden Weltbevölkerung, einem steigenden Lebensstandard in den Schwellenländern sowie der Entwicklung des Bioenergiesektors beeinflusst. Beispielsweise führt der steigende Wohlstand in den asiatischen Schwellenländern zu höheren Ansprüchen der Bevölkerung an ihre Ernährung und zu einer Veränderung der traditionellen Essgewohnheiten, insbesondere zu einem tendenziell weiter steigenden Fleischkonsum. Für die Produktion von einem Kilogramm Fleisch wird ein Mehrfaches an Futtermitteln, z. B. Mais und Soja, benötigt, wodurch die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten und damit auch nach Düngemitteln in diesen Regionen wächst. Diese Trends haben sich bis Mitte des Geschäftsjahres 2008 auch in den Preisen für Agrarprodukte niedergeschlagen. Im Zuge der Finanzkrise hat sich das Verhältnis von Angebot zu Nachfrage für eine Reihe der von der K+S Gruppe vertriebenen Produkte jedoch umgekehrt. So ist beispielsweise seit dem vierten Quartal 2008 die Nachfrage nach Kalidüngemitteln deutlich gesunken, da die Landwirte auf die stark gefallenen Preise für Agrarprodukte mit Flächenreduzierungen und Minderdüngungen reagierten. Aufgrund dieses Nachfrageeinbruchs hat die K+S Gruppe ihre Produktion inzwischen gedrosselt, um den weiteren Aufbau großer eigener Lagerbestände zu verhindern.

Absatzpreise für die Produkte der K+S Gruppe

Die Höhe der Umsatzerlöse der K+S Gruppe hängt – neben der verkauften Menge – maßgeblich von den für die verkauften Produkte erzielten Marktpreisen ab. Diese werden neben der allgemeinen Marktlage sowie der Höhe der jeweiligen Lagerbestände bei Handel und Kunden insbesondere auch von der Intensität des Wettbewerbs mit anderen Unternehmen beeinflusst. So können beispielsweise der Eintritt neuer Wettbewerber, die Schaffung zusätzlicher Kapazitäten oder – im Falle von Nachfragerückgängen – der zu geringe Abbau von Kapazitäten durch Wettbewerber in Märkten, in denen die K+S Gruppe operativ tätig ist, zu temporären Überkapazitäten mit entsprechenden Auswirkungen auf die Mengen- und Preisentwicklung führen. Im Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte führen die komplexen technischen Anforderungen an die Produktionsanlagen zu hohen Markteintrittsbarrieren für neue Wettbewerber. Beispielsweise sind für den Aufbau einer jährlichen Produktionskapazität von rund 2 Mio. Tonnen Kali (je nach geologischen Gegebenheiten) nach Einschätzung der Gesellschaft bis zu USD 2 Mrd. an Investitionen (zuzüglich eventueller Lizenz- und Infrastrukturkosten) notwendig. Im Regelfall ist für das Erreichen dieser Zielproduktionsmenge ein Vorlauf von 7–10 Jahren erforderlich.

Von 2006 bis Mitte 2008 sind die Absatzpreise für die von der K+S Gruppe vertriebenen Produkte in zahlreichen Branchen teilweise deutlich gestiegen, was sich insgesamt erheblich positiv auf die Höhe der Umsatzerlöse auswirkte. So zeichnete sich beispielsweise der internationale Düngemittelmarkt im Geschäftsjahr 2007 sowie in den ersten neun Monaten des Geschäftsjahres 2008 sowohl durch eine starke Nachfrage als auch durch ein knappes Angebot aus. Infolgedessen haben sich unter anderem die Preise für Kaliumchlorid weltweit gegenüber 2006 vervielfacht, aber auch die Preise für Stickstoff- und Phosphatdüngemittel haben sich stark erhöht. Im vierten Quartal 2008 führten stark rückläufige Getreidepreise zu einer Verunsicherung bei der Landwirtschaft über die künftige Ertragssituation, was ein sehr zurückhaltendes Ordervolumen bei Düngemitteln zur Folge hatte. Diese schwache Nachfrage führte im Verlaufe des Geschäftsjahres 2009 zu sinkenden Preisen auch für Kalidüngemittel. Durch Verträge von Kaliherstellern (einschließlich der K+S Gruppe) mit der staatlichen indischen Importgesellschaft, die die Preise für Kali im Geschäftsjahr 2009 unterhalb des Niveaus des Geschäftsjahres 2008 fest legten, entstanden zudem Abstrahleffekte auf andere Märkte.

Eine Vorhersage des mittelfristigen Kalipreisniveaus war und ist nach Ansicht der Gesellschaft kaum möglich; ein weiteres Absinken des Kalipreises würde allerdings nach Auffassung der Gesellschaft auf der Angebots-

seite sehr wahrscheinlich zu einer Verschiebung bzw. Einstellung vieler bislang nur geplanter, neuer Kali-kapazitäten führen. Auf der Nachfrageseite hingegen wäre nach Ansicht der Gesellschaft neben einer zügigen Normalisierung der Nachfrage mit einem zusätzlichen Nachholbedarf zu rechnen, der die Angebotsseite – wie bereits in den Jahren 2007/2008 – vor enorme Produktionsherausforderungen stellen würde.

Witterungsbedingungen und Saisonalität

Die Nachfrage nach Produkten der K+S Gruppe und damit die Höhe der Umsatzerlöse wird durch die Witterungsbedingungen beeinflusst. Eine dauerhaft nasskalte Witterung während der insbesondere für Europa wichtigen Frühjahrssaison kann zu Absatzverschiebungen und eventuell zu Absatzeinbußen bei Düngemitteln und Pflanzenpflegeprodukten führen. Milde Winter in den Hauptabsatzgebieten für Auftausalz können zu mengenbedingten Umsatz- und Ergebniseinbußen führen. Beispielsweise wurde das westeuropäische Auftausalzgeschäft im ersten Quartal 2009 sowie im vierten Quartal 2008 durch die winterliche Witterung 2008/2009 positiv beeinflusst. Hingegen wurde der westeuropäische Auftausalzabsatz im ersten Quartal 2008 von einem warmen Winter 2007/2008 geprägt. Im Frühbezugsgeschäft sorgten daher hohe Lagerbestände auf Kundenseite für einen Preisdruck. Das Geschäftsjahr 2007 war vom wärmsten Winter in der Geschichte der Wetteraufzeichnungen geprägt; dies steht im Gegensatz zum Geschäftsjahr 2006, das anhaltend winterliche Bedingungen bis in den April hinein aufwies. Die Folge des warmen Winters im Geschäftsjahr 2007 war ein ungewöhnlich schwaches Auftausalzgeschäft in Europa, das auch ausschlaggebend für den erheblichen Ergebniseinbruch des europäischen Salzgeschäfts der K+S Gruppe war.

Neben der durch die Veränderung der Witterungsbedingungen ausgelösten Saisonalität der Geschäftstätigkeit der K+S Gruppe ist insbesondere das Düngemittelgeschäft in Europa aufgrund der Frühjahrsdüngung von saisonalen Einflussfaktoren abhängig. Zudem kann eine Verzerrung von Nachfrageeffekten durch die Höhe der Lagerhaltung von Zwischenhändlern an bestimmten Produkten (z. B. Kalidüngemittel) entstehen. So führen unter Umständen hohe Lagerbestände bei Zwischenhändlern zu einer Absatzreduzierung bei der K+S Gruppe, da die Zwischenhändler zuerst ihre eigenen Lagerbestände reduzieren und erst dann neue Waren bei der K+S Gruppe beziehen.

Die Kosten der K+S Gruppe in ihren Geschäftsbereichen setzen sich aus variablen und fixen Kosten zusammen. Fixkosten in den Geschäftsbereichen fallen insbesondere für Abschreibungen, Personal und langfristige abgeschlossene Verträge (z. B. Mietverträge) an. Die Höhe der Fixkostendegression der K+S Gruppe ist auch von den witterungsbedingten Absatzschwankungen abhängig. So ist beispielsweise im Auftausalzgeschäft im ersten und vierten Quartal eines Jahres die Fixkostendegression höher (wegen der in diesen beiden Zeiträumen typischerweise größeren Absatzmenge) als im zweiten und dritten Quartal eines Jahres.

Wechselkursentwicklung

Die K+S Gruppe vertreibt ihre Produkte – insbesondere in den Geschäftsbereichen Kali- und Magnesiumprodukte sowie im Amerikageschäft des Geschäftsbereiches Salz – in zahlreichen Ländern der Welt und generiert demzufolge einen Teil ihrer Umsatzerlöse in anderen Währungen als dem Euro. Auch ein Teil des Aufwandes entsteht in anderen Währungen als dem Euro. Beispielsweise wurden in der K+S Gruppe im Geschäftsjahr 2008 rund EUR 1.347 Mio. bzw. rund 28,1% der Umsatzerlöse in anderen Währungen als dem Euro (insbesondere US-Dollar) fakturiert. Darüber hinaus fallen bei einigen Tochtergesellschaften der K+S Gruppe bei geschäftlichen Transaktionen Umsatzerlöse und Aufwendungen in unterschiedlichen Währungen an und müssen für die Erstellung der jeweiligen Abschlüsse der Tochtergesellschaften in die entsprechende Landeswährung, in der die Abschlüsse aufgestellt werden, zum Transaktionszeitpunkt umgerechnet werden. Ferner bilanzieren zahlreiche Tochtergesellschaften der K+S Gruppe Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in anderen Währungen als dem Euro. Die Vermögens-, Finanz- und Ertragsposten der Tochtergesellschaften der K+S Gruppe werden für die Aufnahme in den Konzernabschluss in Euro umgerechnet (Translation). Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden dabei zum Stichtagskurs, Erträge und Aufwendungen zum Durchschnittskurs in Euro umgerechnet. Die Differenzen aus der Währungsumrechnung werden im Eigenkapital gesondert ausgewiesen. Die Umrechnungen haben insgesamt zur Folge, dass die Vermögensgegenstände und Schulden sowie die Aufwendungen und Erträge der K+S Gruppe den Schwankungen der Wechselkurse zwischen dem Euro und einer Vielzahl von Landeswährungen, insbesondere dem US-Dollar ausgesetzt sind. Hätte sich der Wechselkurs zwischen den verschiedenen Währungen (insbesondere dem US-Dollar) und dem Euro in dem Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2008 nicht verändert, hätte die K+S Gruppe im Geschäftsjahr 2008 insgesamt EUR 79 Mio. weniger an Umsatzerlösen erzielt. Im Geschäftsjahr 2007 hätte die K+S Gruppe unter der Annahme, dass sich der Wechselkurs zwischen den verschiedenen Währungen in

dem Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2007 nicht verändert hätte, insgesamt EUR 76 Mio. weniger an Umsatzerlösen erzielt. Die K+S ergreift zur Absicherung der Risiken aus der Wechselkursentwicklung verschiedene Maßnahmen. Für weitere Informationen dazu siehe „– Cash-, Währungs- und Zinsmanagement sowie Absicherung der Fracht- und Energiekosten in der K+S Gruppe – Währungs- und Zinsmanagement“.

Marktwertgewinne und -verluste derivativer Finanzinstrumente

Die K+S Gruppe hat sowohl zur Absicherung von Wechselkursveränderungen als auch zur Absicherung von marktbedingten Energie- und Frachtpreis- sowie Zinsveränderungen verschiedene derivative Finanzinstrumente (z. B. Optionen und Termingeschäfte) abgeschlossen. Sofern es sich um operative Sicherungsgeschäfte für antizipative Zahlungspositionen handelt, fließen die Ergebniseffekte aus diesen operativen Derivaten erst dann in das EBIT I ein, wenn sie realisiert wurden. Die nicht zahlungswirksamen Marktwertgewinne und -verluste aus noch ausstehenden operativen Derivaten zur antizipativen Kurssicherung werden hingegen nicht im EBIT I, sondern im EBIT II ausgewiesen. Einflussfaktoren für die Höhe der Marktwertgewinne und -verluste sind im Wesentlichen der Umfang von Ausübung, Verkauf und Verfall solcher Instrumente sowie die Marktentwicklung von Wechselkursen (insbesondere US-Dollar), Energie- und Frachtpreisen sowie Zinsen. Die beschleunigte Abwertung des US-Dollars im zweiten Halbjahr 2007 hatte zu erheblichen Marktwertverlusten der von der K+S Gruppe eingesetzten Derivate geführt. Die Gesellschaft hat im Dezember 2007 ihr Fremdwährungssicherungssystem umgestellt. Für weitere Informationen zum Fremdwährungssicherungssystem der K+S Gruppe siehe „– Sonstige Kennziffern der K+S Gruppe – Zeitraumbezogene Kennzahlen – Operatives Ergebnis (EBIT I) und Ergebnis nach operativen Sicherungsgeschäften (EBIT II)“.

Rechtliche und regulatorische Rahmenbedingungen

Die K+S Gruppe ist in ihren Geschäftsbereichen im Wesentlichen auf den Bestand bzw. die Verlängerung und Neuerteilung von Betriebsgenehmigungen und Planfeststellungsbeschlüssen sowie wasserrechtlichen Genehmigungen angewiesen. Beispielsweise entstehen im Rahmen der Produktionsprozesse im Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte u. a. flüssige Rückstände (Salzwässer) sowohl aus der laufenden Produktion als auch durch Niederschläge auf die Rückstandshalden. Die Entsorgung erfolgt durch eine wasserrechtlich genehmigte Einleitung in Flüsse oder durch Versenken in unterirdischen Gesteinsschichten. Die Feststellung einer wesentlichen Verminderung bisher prognostizierter Versenkräumkapazitäten bzw. die vorzeitige, vollständige Inanspruchnahme genehmigter Versenkräume sowie der Nachweis einer möglichen Beeinflussung von Trink- oder nutzbaren Grundwasserressourcen durch die Versenkung könnte einen teilweisen oder sogar vollständigen Entzug von Versenkgenehmigungen zur Entsorgung flüssiger Rückstände nach sich ziehen und würde zu wesentlichen Zusatzkosten oder im Extremfall zu einer erheblichen Produktionsreduzierung an den betroffenen Standorten führen. Für weitere Informationen siehe „Risikofaktoren – Rechtliche und regulatorische Risiken – Die K+S Gruppe ist in hohem Maße von öffentlich-rechtlichen Genehmigungen „abhängig“ sowie „Rechtliche Rahmenbedingungen“.

Faktoren aus dem operativen Geschäft

Material- und Energiekosten

Die K+S Gruppe ist im Rahmen ihrer Produktion auf den Bezug von zahlreichen Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sowie sonstigen Handelswaren (u. a. Fremdzukäufe bei anderen Herstellern) angewiesen. Die Bezugspreise für diese Rohstoffe unterliegen den allgemeinen Marktschwankungen. So werden beispielsweise die Herstellkosten der von BASF SE für die K+S Gruppe produzierten Mehrnährstoffdüngemittel in hohem Maße von den Weltmarktpreisen für Ammoniak und Phosphat bestimmt. Rohstoffpreisschwankungen werden von der BASF SE direkt an die K+S Gruppe in Form von höheren bzw. niedrigeren Abnahmepreisen weitergegeben. Die K+S Gruppe kann Preissteigerungen für die im Rahmen der Produktion benötigten Rohstoffe unter normalen Marktbedingungen an ihre Kunden in Form von höheren Absatzpreisen weitergeben. Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren der K+S Gruppe beliefen sich im 9M 2009 auf EUR 739 Mio., im 9M 2008 auf EUR 1.296 Mio., im Geschäftsjahr 2008 auf EUR 1.577 Mio., im Geschäftsjahr 2007 auf EUR 1.202 Mio. und im Geschäftsjahr 2006 auf EUR 1.034 Mio.

Die Produktionskosten der K+S Gruppe werden in nicht unerheblichem Maße von Energiekosten, insbesondere für den Bezug von Gas, beeinflusst. Steigende Erdölnotierungen führen aufgrund der Koppelung des Gaspreises an den Ölpreis in der Regel zu einer Verteuerung des Gasbezugs. Die K+S Gruppe hat mit verschie-

denen Lieferanten Energielieferverträge abgeschlossen. Aufgrund der darin vereinbarten Energiebezugs-klauseln wirkt sich eine Steigerung oder Senkung der Energiepreise am Markt mit einem Zeitverzug von sechs bis neun Monaten auf die Kostenrechnung der K+S Gruppe aus. So hatte beispielsweise der bis zum Jahres-ende 2008 zu beobachtende deutliche Rückgang der Energiepreise aufgrund der vereinbarten Energie- bezugs-klauseln keine Auswirkungen auf die Energiekosten der K+S Gruppe im Geschäftsjahr 2008 oder im ersten Halbjahr 2009, sondern erst im dritten Quartal 2009. Im Geschäftsjahr 2008 haben sich die Energie- kosten der K+S Gruppe gegenüber 2007 in Folge des starken Anstiegs der Marktpreise deutlich erhöht. In Zukunft sollen projektbezogene Kooperationen mit Energieunternehmen über den Bezug von Dampf aus Ersatzbrennstoff-Heizwerken an zwei Standorten das Ergebnisrisiko verringern. Darüber hinaus prüft die Gesellschaft den Abschluss von Absicherungsgeschäften, um die Effekte aus Energiepreisschwankungen zu begrenzen. Die Kosten für den Bezug von Energie der K+S Gruppe beliefen sich im 9M 2009 auf EUR 161 Mio., im 9M 2008 auf EUR 180 Mio., im Geschäftsjahr 2008 auf EUR 253 Mio., im Geschäftsjahr 2007 auf EUR 216 Mio. und im Geschäftsjahr 2006 auf EUR 208 Mio.

Vertriebskosten

Die Vertriebskosten der K+S Gruppe beliefen sich im 9M 2009 auf EUR 505 Mio., im 9M 2008 auf EUR 589 Mio., im Geschäftsjahr 2008 auf EUR 776 Mio., im Geschäftsjahr 2007 auf EUR 752 Mio. und im Geschäftsjahr 2006 auf EUR 714 Mio. Die Vertriebskosten der K+S Gruppe werden u. a. von der Höhe der Transport- und Fracht- kosten beeinflusst. Die Frachtkosten hängen auch von den an die Transporteure zu zahlenden Frachtraten und dem Überseeanteil der von der K+S Gruppe verschickten Waren ab. Im Geschäftsjahr 2009 war ein deut- licher Rückgang der Frachtraten zu verzeichnen, was zu geringeren Frachtkosten der K+S Gruppe führte. Zusätzlich führten geringere Transportmengen im Geschäftsjahr 2009 zu einer weiteren Reduzierung der Frachtkosten der K+S Gruppe. Im Übersee-geschäft waren im Geschäftsjahr 2008 bei den Seefrachten für Großschiffe durch eine Verknappung des zur Verfügung stehenden Frachtraums (global hohes Ladungsauf- kommen) erhöhte Kostenbelastungen entstanden. Die Gesellschaft führt verschiedene Absicherungsgeschäfte (u. a. Swap-Transaktionen und vertragliche Absicherungen des Frachtratenniveaus) durch, um die Effekte aus Preisschwankungen zu begrenzen.

Personalaufwand und Tarifabschlüsse

Der Personalaufwand ist ein wesentlicher Teil der Gesamtaufwendungen der K+S Gruppe. Er setzt sich im Wesentlichen aus den Löhnen und Gehältern, den Sozialabgaben sowie den Aufwendungen für die betrieb- liche Altersversorgung und Unterstützung zusammen. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Personalaufwen- dungen der K+S Gruppe in absoluten Zahlen und in Relation zum Umsatz für den zum 30. September 2009 endenden Neunmonatszeitraum sowie die Geschäftsjahre 2008, 2007 und 2006:

In EUR Mio.	1. Januar – 30. September 2009	1. Januar – 31. Dezember 2008	1. Januar – 31. Dezember 2007	1. Januar – 31. Dezember 2006
	Ungeprüft	Geprüft	Geprüft	Geprüft
Personalaufwand ¹⁾	549,8	738,5	687,3	663,5
Löhne und Gehälter	–	586,8	540,8	522,3
Soziale Abgaben	–	143,8	137,2	134,9
Altersversorgung	–	7,6	9,1	6,2
Unterstützung	–	0,3	0,2	0,2
in Relation zum Umsatz (ungeprüft) ...	21,9 %	15,4 %	20,6 %	22,4 %

1) Der Personalaufwand enthält auch Aufwendungen für Altersteilzeit und Vorruhestand.

Die K+S Gruppe beschäftigte in den ersten neun Monaten des Geschäftsjahres 2009 im Durchschnitt 12.305 Mitarbeiter, in den ersten neun Monaten des Geschäftsjahres 2008 im Durchschnitt 12.170 Mitarbeiter, im Geschäftsjahr 2008 im Jahresdurchschnitt 12.214 Mitarbeiter, im Geschäftsjahr 2007 im Jahresdurchschnitt 11.959 Mitarbeiter und im Geschäftsjahr 2006 im Jahresdurchschnitt 11.392 Mitarbeiter (inklusive befristet Beschäftigter, jedoch ohne Studenten und Praktikanten; gemessen in Vollzeitäquivalenten). Durch den Erwerb der MII am 1. Oktober 2009 sind insgesamt 2.922 Mitarbeiter zur K+S Gruppe hinzugekommen. Die K+S Gruppe ist hinsichtlich der Höhe ihres Personalaufwandes, vor allem in Bezug auf die an die Mitarbeiter zu zahlenden Löhne und Gehälter, in besonderem Maße von der Entwicklung der Tarifabschlüsse mit den Gewerkschaften

(vor allem die IG Bergbau, Chemie, Energie sowie verschiedene Gewerkschaften in den USA und in Südamerika) abhängig. So ist beispielsweise der Anstieg der Personalaufwendungen im Geschäftsjahr 2008 gegenüber 2007 maßgeblich auf die zum 1. Januar 2008 in Kraft getretene Tarifierhöhung in den Geschäftsbereichen Kali- und Magnesiumprodukte und Salz sowie darüber hinaus auf die moderat erhöhte Mitarbeiterzahl zurückzuführen.

Auf Basis der 11.730 Mitarbeiter (ohne Auszubildende und berechnet auf Basis von Vollzeitäquivalenten), die die K+S Gruppe zum 30. September 2009 beschäftigte, fielen 9.582 Beschäftigte bzw. 82% unter die Tarifabschlüsse mit den Gewerkschaften. Die am 1. Februar 2009 abgeschlossenen Tarifverträge haben eine Laufzeit vom 1. Februar 2009 bis zum 31. August 2010. Sie enthalten für den Zeitraum vom 1. Februar bis zum 31. Dezember 2009 eine Lohnerhöhung von 3,8% und für den Zeitraum vom 1. Januar 2010 bis zum 31. August 2010 eine Lohnerhöhung um 2,8%. Die Reduzierung des relativen Anteils des Personalaufwands an den Umsatzerlösen von 2006 bis 2008 ist im Wesentlichen auf die überproportionale Steigerung der Umsatzerlöse im Verhältnis zu den Personalaufwendungen zurückzuführen.

Als Reaktion auf massive Nachfragerückgänge wurde bei der K+S Gruppe im Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte Anfang 2009 Kurzarbeit eingeführt, um den Personalaufwand zu reduzieren. Die Gesellschaft erwartet, dass die Kurzarbeit noch bis in das Jahr 2010 andauern wird. Die aus der Kurzarbeit im Geschäftsjahr 2009 resultierenden Einsparungen haben die Mehrkosten, die aufgrund der Tarifierhöhung im Geschäftsjahr 2009 entstanden waren, überkompensiert.

Investitionen

Die Geschäftstätigkeit der K+S Gruppe erfordert regelmäßig Neuinvestitionen sowie fortlaufende Erweiterungs- und Modernisierungsinvestitionen in bestehende Produktionsanlagen. Dies gilt bei der K+S Gruppe in besonderem Maße für die Geschäftsbereiche Kali- und Magnesiumprodukte sowie Salz, bei denen überwiegend in Ersatz- und Produktionssicherungsmaßnahmen sowie Maßnahmen zur Ausbeuteverbesserung und Kapazitätserweiterung investiert wurde. In den ersten neun Monaten des Geschäftsjahres 2009 wurden von der K+S Gruppe insgesamt EUR 114 Mio., im Geschäftsjahr 2008 insgesamt EUR 198 Mio., im Geschäftsjahr 2007 EUR 172 Mio. und im Geschäftsjahr 2006 EUR 131 Mio. in Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte investiert. In den Geschäftsjahren 2007 und 2008 sowie im 9M 2009 entfielen im Regelfall in allen Geschäftsbereichen durchschnittlich rund 60-70% der Investitionen auf Ersatz- und Produktionssicherungsmaßnahmen sowie Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestitionen. Im Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte ist die K+S Gruppe auf Versenk- und Einleitgenehmigungen, die die Entsorgung von flüssigen Produktionsrückständen genehmigen (für weitere Informationen dazu siehe oben „– Marktbezogene externe Faktoren – Rechtliche und regulatorische Rahmenbedingungen“), angewiesen. Nach Ansicht der Gesellschaft ist eine unveränderte, langfristige Fortführung dieser Versenk- und Einleitgenehmigungen nach Auslaufen der derzeit geltenden Zulassungen nicht zu erwarten. Die K+S Gruppe hat deshalb ein Maßnahmenpaket vorgelegt, das ein nachhaltiges und auch langfristig genehmigungsfähiges Entsorgungskonzept beinhaltet. Dies sieht bis zum Jahr 2015 Investitionen von bis zu EUR 360 Mio. vor und wird zu zusätzlichen Betriebskosten führen.

Ein weiterer Teil der Investitionen der K+S Gruppe entfällt auf die Akquisition von Unternehmen. Die Gesellschaft beabsichtigt durch den Erwerb von Unternehmen zum einen den Eintritt in neue Märkte und zum anderen die Verstärkung ihrer Marktposition in Märkten, in denen die K+S Gruppe bereits aktiv ist. Wichtigste Unternehmenserwerbe in den letzten Jahren waren im Geschäftsjahr 2006 der Erwerb des chilenischen Salzherstellers SPL (vollständige Konsolidierung der SPL-Gruppe erstmals zum 30. Juni 2006) und im Geschäftsjahr 2009 der Erwerb der nordamerikanischen MII. Im Geschäftsjahr 2007 ergab sich ein Konsolidierungseffekt im Zuge der erstmals ganzjährigen Einbeziehung der SPL-Gruppe von EUR 127 Mio. im Umsatz und EUR 24 Mio. im Operativen Ergebnis (EBIT I). Die Erstkonsolidierung von Morton Salt erfolgte zum 1. Oktober 2009. Für weitere Informationen zu den Investitionen siehe unten „– Liquidität und Kapitalausstattung – Investitionen“.

Sonstige Faktoren

Finanzmarktkrise

Durch die Finanzmarktkrise wurde vor allem die Nachfragesituation nach Produkten der K+S Gruppe und somit die Ertragslage der K+S Gruppe Ende 2008/Anfang 2009 beeinflusst. Im Zuge der aus der Finanzmarktkrise resultierenden Wirtschaftskrise ist insbesondere in den Geschäftsbereichen Kali- und Magnesium-

produkte sowie Stickstoffdüngemittel ein Nachfragerückgang nach Produkten der K+S Gruppe zu verzeichnen. So führten beispielsweise die stark rückläufigen Getreidepreise in der Landwirtschaft zu einer Verunsicherung der Landwirte über die künftige Ertragssituation. Das dadurch beeinflusste und sich im vierten Quartal 2008 abzeichnende zurückhaltende Ordervolumen der Landwirtschaft, insbesondere in Europa, führte zu einer Drosselung der Produktion von Kalidüngemitteln. An allen deutschen Kalistandorten wurden im vierten Quartal 2008 insgesamt rund 400.000 Tonnen Kaliumchlorid weniger produziert als geplant. Der Nachfragerückgang führte insgesamt nach Einschätzung der Gesellschaft zu einem nachteiligen Effekt auf die Umsatzerlöse im vierten Quartal 2008. Auch im 9M 2009 hat sich die Nachfrage nach Düngemitteln aufgrund der aus der ausbleibenden Erholung der Preise für Agrarprodukte resultierenden Kaufzurückhaltung der Landwirtschaft auf einem geringen Niveau entwickelt. Die K+S Gruppe hat in der Folge in den ersten neun Monaten des Jahres 2009 Kurzarbeit eingeführt und die Produktion von Kali- und Magnesiumprodukten in diesem Zeitraum um rund 3 Mio. Tonnen gekürzt. Für das Geschäftsjahr 2009 erwartet die Gesellschaft Produktionskürzungen bei Kali- und Magnesiumprodukten von bis zu 4 Mio. Tonnen. Darüber hinaus hat die Gesellschaft in den ersten neun Monaten des Jahres 2009 die Investitionsbudgets in allen Geschäftsbereichen um durchschnittlich 15 % reduziert.

Ertragssteuern

Die Höhe der Ertragssteuern der K+S Gruppe wird im Wesentlichen durch die Höhe der Körperschafts- und Gewerbesteuer, ausländischer Ertragssteuern sowie die Höhe der latenten Steuern beeinflusst. Die ab 1. Januar 2008 geltende Unternehmenssteuerreform hatte wesentliche Auswirkungen auf die Ertragssteuern der K+S Gruppe. So wurde im Rahmen der Unternehmenssteuerreform der Körperschaftsteuersatz von 25 % ab dem 1. Januar 2008 auf 15 % abgesenkt. Entsprechend ergaben sich auch Umbewertungseffekte bei den bilanzierten latenten Steuern. Der nach IFRS anzusetzende inländische Konzernsteuersatz für die K+S Gruppe reduzierte sich von 37,2 % im Geschäftsjahr 2007 auf 27,9 % im Geschäftsjahr 2008. Für die Bewertung der latenten Steuern waren die neuen Steuersätze für Körperschaft- und Gewerbesteuer bereits ab dem Zeitpunkt zu berücksichtigen, an dem die Steuergesetzesänderung durch den Bundesrat verabschiedet wurde (6. Juli 2007).

Sonstige Kennziffern der K+S Gruppe

Überblick

Nach Ansicht der Gesellschaft stellen die nachfolgend aufgeführten Kennzahlen die wichtigsten Messgrößen für die Darstellung und Analyse von Entwicklungen im Geschäft der Gesellschaft und ihrer Ergebnisse dar. Die nachfolgend dargestellten Kennzahlen unterteilen sich in stichtagsbezogene und zeitraumbezogene Kennzahlen. Zu jeder Kennzahl wird kurz erläutert, was sie wirtschaftlich ausdrückt und wie sie berechnet wird. Die nachfolgend dargestellten Berechnungen der Kennzahlen für die zum 30. September 2009 und 2008 endenden Neunmonatszeiträume sowie die Geschäftsjahre 2008, 2007 und 2006 beruhen im Wesentlichen auf den Finanzinformationen des ungeprüften verkürzten Konzern-Zwischenabschlusses der K+S AG für den zum 30. September 2009 endenden Neunmonatszeitraum (mit Vergleichszahlen für den zum 30. September 2008 endenden Neunmonatszeitraum), der geprüften Konzernabschlüsse der K+S AG für die zum 31. Dezember 2008, 2007 und 2006 endenden Geschäftsjahre sowie auf dem internen Rechnungswesen der Gesellschaft. Anleger sollten beachten, dass diese von der K+S Gruppe bzw. der K+S AG ausgewiesenen Kennzahlen keine nach IFRS oder HGB definierten Größen sind. Aus diesem Grund ist es möglich, dass andere Unternehmen eine unterschiedliche Methode zur Berechnung dieser Kennzahlen anwenden. Dadurch sind diese Kennzahlen nicht ohne weiteres mit ähnlichen Kennzahlen anderer Unternehmen vergleichbar.

Stichtagsbezogene Kennzahlen

Eigenkapitalquote

Die Eigenkapitalquote gibt Auskunft über die Finanzierungs- und Kapitalstruktur der K+S Gruppe und drückt das bilanzielle Verhältnis von Eigenkapital zum Fremdkapital aus. Zur Berechnung der Eigenkapitalquote wird das bilanzielle Konzerneigenkapital daher ins Verhältnis zur Konzernbilanzsumme gesetzt. Nachfolgende Tabelle zeigt die Eigenkapitalquote für den 9M 2009, den 9M 2008 sowie die Geschäftsjahre 2008, 2007 und 2006:

In %	Zum 30. September		Zum 31. Dezember		
	2009	2008	2008	2007	2006
	Ungeprüft	Ungeprüft	Geprüft	Geprüft	Geprüft
Eigenkapitalquote.....	32,2	44,4	49,5	31,4	39,7

Der von der Gesellschaft (im Rahmen der Planung) angestrebte Zielkorridor für die Eigenkapitalquote beträgt 35 bis 45 %.

Nettoverschuldung, Nettoverschuldung/EBITDA und Nettoverschuldung/Eigenkapital

Die Nettoverschuldung ist eine Kennzahl, die ausdrückt, in welcher Höhe die kurz-, mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten die flüssigen Mittel und kurzfristigen Finanzanlagen übersteigen. Demzufolge berechnet die Gesellschaft die Nettoverschuldung aus der Summe der Finanzverbindlichkeiten, Rückstellungen für Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen sowie langfristigen Rückstellungen für bergbauliche Verpflichtungen abzüglich der flüssigen Mittel und der Wertpapiere. Nachfolgende Darstellung zeigt die Nettoverschuldung für den 9M 2009, den 9M 2008 sowie die Geschäftsjahre 2008, 2007 und 2006:

In EUR Mio.	Zum 30. September		Zum 31. Dezember		
	2009	2008	2008	2007	2006
	Ungeprüft	Ungeprüft	Geprüft	Geprüft	Geprüft
Nettoverschuldung ^{1) 2)}	833,1	630,9	570,0	1.085,1	718,3

1) Ohne Gelder bei bzw. von verbundenen Unternehmen.

2) Diese Kennzahl ist keine nach IFRS definierte Kennzahl. Potentielle Investoren sollten beachten, dass diese Kennzahl keine einheitlich angewandte oder standardisierte Kennzahl ist, ihre Berechnung variieren kann und dass diese Kennzahl für sich allein genommen keine Basis für Vergleiche mit anderen Unternehmen darstellt.

Im Rahmen des konzernweiten Finanzmanagements verwendet die Gesellschaft darüber hinaus auch die beiden auf der Nettoverschuldung basierenden Kennzahlen „Nettoverschuldung/EBITDA“ und „Nettoverschuldung/Eigenkapital“. Die Kennzahl Nettoverschuldung/EBITDA ist eine cashflow-orientierte Kennzahl, welche die Entscheidungsdauer durch das Verhältnis der Nettoverschuldung zum EBITDA angibt. Nettoverschuldung/Eigenkapital, auch (Netto-) Verschuldungsgrad (*Net Gearing*) genannt, ist eine betriebswirtschaftliche Kennzahl, welche den Grad der Abhängigkeit des Unternehmens von seinen Fremdkapitalgebern angibt und die darüber Auskunft gibt, wie schwierig es für ein Unternehmen ist, zusätzliches (Fremd-) Kapital aufzunehmen. Sie berechnet sich aus dem Verhältnis der Nettoverschuldung zum bilanziellen Konzern-Eigenkapital. Für weitere Informationen zum Finanzmanagement der K+S Gruppe siehe unten „- Grundsätze und Ziele des Finanzmanagements“.

Working Capital

Das Working Capital ist eine Kennzahl, die zur Ermittlung von Veränderungen der Liquidität sowie der operativen Kapitalbildung eines Unternehmens dient. Das Working Capital der K+S Gruppe stellt die Differenz des operativen Umlaufvermögens abzüglich der operativen Verbindlichkeiten und der kurzfristigen Rückstellungen dar. Das operative Umlaufvermögen setzt sich aus der Summe aus Vorräten, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstigen Vermögenswerten ohne Marktwertänderungen von Derivaten zusammen. Die operativen Verbindlichkeiten umfassen die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie die sonstigen Verbindlichkeiten ohne Marktwertänderungen von Derivaten. Nachfolgende Darstellung zeigt das Working Capital für den 9M 2009, den 9M 2008 sowie die Geschäftsjahre 2008, 2007 und 2006:

In EUR Mio.	Zum 30. September		Zum 31. Dezember		
	2009	2008	2008	2007	2006
	Ungeprüft	Ungeprüft	Geprüft	Geprüft	Geprüft
Working Capital ¹⁾	828,8	945,7	962,3	570,6	603,1

1) Diese Kennzahl ist keine nach IFRS definierte Kennzahl. Potentielle Investoren sollten beachten, dass diese Kennzahl keine einheitlich angewandte oder standardisierte Kennzahl ist, ihre Berechnung variieren kann und dass diese Kennzahl für sich allein genommen keine Basis für Vergleiche mit anderen Unternehmen darstellt.

Zeitraumbezogene Kennzahlen

Operatives Ergebnis (EBIT I) und Ergebnis nach operativen Sicherungsgeschäften (EBIT II)

Das Operative Ergebnis (EBIT I) ist eine wichtige Kennzahl zur Messung des operativen Erfolges der K+S Gruppe. Das Operative Ergebnis (EBIT I) errechnet sich aus den Umsatzerlösen zuzüglich der sonstigen betrieblichen Erträge und des Beteiligungsergebnisses (sofern ein Gewinn aus Beteiligungen vorliegt) und abzüglich der Herstellungskosten der zur Erzielung der Umsatzerlöse erbrachten Leistungen, der Vertriebskosten, der allgemeinen Verwaltungskosten, der Forschungs- und Entwicklungskosten, der sonstigen betrieblichen Aufwendungen und des Beteiligungsergebnisses (sofern ein Verlust aus Beteiligungen vorliegt). Das Operative Ergebnis (EBIT I) beinhaltet das realisierte Sicherungsergebnis der aktuellen Berichtsperiode aus den zur Sicherung künftiger Zahlungspositionen (im Wesentlichen Umsätze in US-Dollar) eingesetzten operativen Derivate (sog. antizipative Kurssicherung). Das realisierte Sicherungsergebnis entspricht dem Ausübungswert des Derivats zum Zeitpunkt der Fälligkeit (Differenz zwischen Kassakurs und Sicherungskurs), im Falle von Optionsgeschäften abzüglich der gezahlten Prämien. Die Marktwertveränderungen der noch ausstehenden operativen Derivate zur antizipativen Kurssicherung werden hingegen gesondert im Ergebnis nach operativen Sicherungsgeschäften (EBIT II) berücksichtigt (für weitere Informationen dazu siehe unterhalb der nachfolgenden Tabelle). Ein Derivat gilt als operativ, wenn die Ergebniswirkung des zu sichernden Grundgeschäfts im Operativen Ergebnis (EBIT I) abgebildet wird. Die Ermittlung bzw. der Ausweis des Operative Ergebnisses (EBIT I) erfolgt seit dem Geschäftsjahr 2009 nicht mehr in einer eigenen Berichtszeile in der Gewinn- und Verlustrechnung der K+S Gruppe, sondern in einer Überleitungsrechnung unterhalb der Gewinn- und Verlustrechnung der K+S Gruppe. Die EBIT-Marge stellt in % das Verhältnis des Operativen Ergebnis (EBIT I) zu den Umsatzerlösen dar.

Nachfolgend wird das EBIT I für die zum 30. September 2009 und 2008 endenden Neunmonatszeiträume sowie für die zum 31. Dezember 2008, 2007 und 2006 endenden Geschäftsjahre dargestellt:

In EUR Mio.	1. Januar – 30. September		1. Januar – 31. Dezember		
	2009	2008	2008	2007	2006
	Ungeprüft	Ungeprüft	Geprüft	Geprüft	Geprüft
Kali- und Magnesiumprodukte.....	204,8	927,9	1.203,2	177,9	158,6
Stickstoffdüngemittel ¹⁾	- 65,8	126,6	121,4	57,3	46,1
COMPO.....	-	-	79,0	32,0	29,3
fertiva	-	-	42,4	25,3	16,8
Salz.....	93,1	19,0	45,2	47,8	67,6
Ergänzende Geschäftsbereiche ^{2) 4)}	9,5	19,3	25,1	39,1	39,2
Entsorgung und Recycling.....	-	-	-	11,5	13,8
Dienstleistungen und Handel	-	-	-	27,7	25,4
Überleitung ^{3) 4)}	- 40,1	- 37,9	- 52,2	- 36,5	- 33,4
Gesamt	201,5	1.054,9	1.342,7	285,7	278,0
EBIT-Marge in % ⁵⁾	8,0	27,5	28,0	8,5	9,4

- 1) Die bisherigen Geschäftsbereiche COMPO und fertiva wurden zum 1. Januar 2009 zum Geschäftsbereich „Stickstoffdüngemittel“ zusammengefasst. Für weitere Informationen dazu siehe oben „– Segmentberichterstattung“. Zum Zwecke der Vergleichbarkeit wurde das EBIT der genannten Geschäftsbereiche für die Geschäftsjahre 2008, 2007 und 2006 zusammengefasst.
- 2) Die bisherigen Geschäftsbereiche „Entsorgung und Recycling“ und „Dienstleistungen und Handel“ sind zum 1. Januar 2008 zum Geschäftsbereich „Ergänzende Geschäftsbereiche“ zusammengefasst worden. Für weitere Informationen dazu siehe oben „– Segmentberichterstattung“. Zum Zwecke der Vergleichbarkeit wurde das EBIT der genannten Geschäftsbereiche für die Geschäftsjahre 2007 und 2006 zusammengefasst.
- 3) Aufwendungen und Erträge, die den Geschäftsbereichen nicht zuordenbar sind, werden gesondert erfasst und in der Zeile „Überleitung“ dargestellt.
- 4) Seit dem 1. Januar 2008 werden die Aktivitäten der K+S IT aufgrund des geringen Anteils von Drittumsätzen in der Überleitung dargestellt. Die K+S IT wurde zuvor im Geschäftsbereich Ergänzende Geschäftsbereiche (Dienstleistungen und Handel) ausgewiesen. Die EBIT-Zahlen der Geschäftsjahre 2007 und 2006 für den Geschäftsbereich Ergänzende Geschäftsbereiche sowie die Spalte Überleitung wurden an diese Umgliederung nicht angepasst. Die EBITDA-Zahlen der Geschäftsjahre 2007 und 2006 für den Geschäftsbereich Ergänzende Geschäftsbereiche sowie die Spalte Überleitung wurden hingegen angepasst. Für weitere Informationen siehe unten „– EBITDA“.
- 5) Diese Kennzahl ist keine nach IFRS definierte Kennzahl. Potentielle Investoren sollten beachten, dass diese Kennzahl keine einheitlich angewandte oder standardisierte Kennzahl ist, ihre Berechnung variieren kann und dass diese Kennzahl für sich allein genommen keine Basis für Vergleiche mit anderen Unternehmen darstellt.

Über das Operative Ergebnis (EBIT I) hinaus berechnet die Gesellschaft auch ein Ergebnis nach operativen Sicherungsgeschäften (EBIT II). Das EBIT II beinhaltet sämtliche Ergebniseffekte aus operativen Sicherungs-

geschäften, d.h. sowohl Ergebnisse aus der Realisierung als auch aus der Marktbewertung der noch ausstehenden operativen Derivate. Ergebnisse aus Sicherungsgeschäften des Finanzierungsbereichs werden hingegen im Finanzergebnis erfasst, sofern keine erfolgsneutrale Abbildung als Hedge Accounting vorgenommen wurde. Seit dem Geschäftsjahr 2009 wird zudem das im EBIT II enthaltene Gesamtergebnis aus operativen, antizipativen Sicherungsgeschäften in einer eigenen Berichtszeile in der Gewinn- und Verlustrechnung dargestellt. Dieses Gesamtergebnis beinhaltet neben den Marktwertveränderungen auch das aus der Realisierung der operativen, antizipativen Derivate erzielte Ergebnis.

Die Gesellschaft setzt Derivate im Wesentlichen zur Beschränkung der Risiken aus der Volatilität der Zins- und Wechselkursentwicklung, aber auch der Frachtraten- und Energiekostenentwicklung ein. Die Gesellschaft hat zum Dezember 2007 ihr Fremdwährungssicherungssystem (insbesondere zur Absicherung der US-Dollar Entwicklung) umgestellt. Bei den vor diesem Zeitpunkt eingesetzten Derivaten handelte es sich um Optionen, die mit einer unteren und einer oberen Knock-out-Grenze versehen waren (sogenannte Double-Barrier-Optionen). Notiert während der Laufzeit dieser Optionen der Kassakurs auf oder jenseits einer der Knock-out-Grenzen, verfiel die Option. Die Knock-out-Grenzen konnten zwar verschoben werden, allerdings war dies nur unter Inkaufnahme zusätzlicher, relativ hoher Prämienzahlungen möglich. Angesichts der schnellen und deutlichen Abwertung des US-Dollars im Geschäftsjahr 2007 und damit notwendiger Prämienzahlungen zur Anpassung der Knock-out-Grenzen wurde ab Dezember 2007 ein neues Fremdwährungssicherungssystem verfolgt. Bei den ab diesem Zeitpunkt im Rahmen der zur Fremdwährungssicherung eingesetzten Derivaten handelt es sich überwiegend um sogenannte Plain Vanilla Optionen, die einen „worst case“ absichern, zugleich aber die Chance eröffnen, unbegrenzt an einer besseren Kursentwicklung teilzuhaben. Die zu Beginn des Geschäftsjahres 2008 noch bestehenden Double-Barrier-Optionen dienten nach der Umstellung des Fremdwährungssicherungssystems nicht mehr der Sicherung des operativen Grundgeschäfts, so dass die Ergebniseffekte aus der Ausübung, dem Verkauf oder dem Verfall der Optionen ebenfalls vollständig im EBIT II ausgewiesen wurden. Für weitere Informationen zum Fremdwährungssicherungssystem siehe unten „– Liquidität und Kapitalausstattung – Cash-, Währungs- und Zinsmanagement sowie Fracht- und Energiekostenabsicherung in der K+S Gruppe – Währungs- und Zinsmanagement“. Das EBIT II betrug in dem 9M 2009 EUR 208 Mio., in dem 9M 2008 EUR 906 Mio., im Geschäftsjahr 2008 EUR 1.192 Mio., im Geschäftsjahr 2007 EUR –107 Mio. und im Geschäftsjahr 2006 EUR 362 Mio.

EBITDA

Das EBITDA ist eine liquiditätsorientierte Kennzahl, die aus der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung abgeleitet wird. Sie stellt das Ergebnis vor Zinsen, Steuern (EBIT I) und Abschreibungen dar. Die EBITDA-Marge drückt das prozentuale Verhältnis von EBITDA zu den Umsatzerlösen aus. Nachfolgend wird das EBITDA für die zum 30. September 2009 und 2008 endenden Neunmonatszeiträume sowie für die zum 31. Dezember 2008, 2007 und 2006 endenden Geschäftsjahre dargestellt:

In EUR Mio.	1. Januar – 30. September		1. Januar – 31. Dezember		
	2009	2008	2008	2007	2006
	Ungeprüft	Ungeprüft	Geprüft, soweit nicht anders ausgewiesen	Ungeprüft, soweit nicht anders ausgewiesen	Ungeprüft, soweit nicht anders ausgewiesen
Kali- und Magnesiumprodukte.....	265,0	986,8	1.286,3	255,1	235,7
Stickstoffdüngemittel ¹⁾	- 56,6	139,9	133,9	68,2	56,5
COMPO.....	-	-	90,7	42,2	39,4
fertiva	-	-	43,2	26,0	17,1
Salz.....	118,9	41,7	77,6	76,5	92,0
Ergänzende Geschäftsbereiche ^{2) 4)}	13,7	23,7	31,2	42,4	41,8
Entsorgung und Recycling.....	-	-	13,8 ⁶⁾	14,5 ⁶⁾	16,7
Dienstleistungen und Handel	-	-	17,4 ⁶⁾	27,9 ⁶⁾	25,1
Überleitung ^{3) 4)}	- 35,5	- 31,7	- 44,6	- 28,3	- 24,7
Gesamt	307,5	1.160,3	1.484,4	413,9	401,1⁵⁾
EBITDA-Marge in %.....	12,2	30,2	31,0	12,4	13,6

1) Die bisherigen Geschäftsbereiche COMPO und fertiva wurden zum 1. Januar 2009 zum Geschäftsbereich „Stickstoffdüngemittel“ zusammengefasst. Für weitere Informationen dazu siehe oben „– Segmentberichterstattung“. Zum Zwecke der Vergleichbarkeit wurde das EBITDA der genannten Geschäftsbereiche für die Geschäftsjahre 2008, 2007 und 2006 zusammengefasst.

2) Die bisherigen Geschäftsbereiche „Entsorgung und Recycling“ und „Dienstleistungen und Handel“ sind zum 1. Januar 2008 zum Geschäftsbereich „Ergänzende Geschäftsbereiche“ zusammengefasst worden. Für weitere Informationen dazu siehe

oben „– Segmentberichterstattung“. Zum Zwecke der Vergleichbarkeit wurde das EBITDA der genannten Geschäftsbereiche für die Geschäftsjahre 2007 und 2006 zusammengefasst.

- 3) Aufwendungen und Erträge, die den Geschäftsbereichen nicht zuordenbar sind, werden gesondert erfasst und in der Zeile „Überleitung“ dargestellt.
- 4) Seit dem 1. Januar 2008 werden die Aktivitäten der K+S IT aufgrund des geringen Anteils von Drittumsätzen in der Überleitung dargestellt. Die K+S IT wurde zuvor im Geschäftsbereich Ergänzende Geschäftsbereiche (Dienstleistungen und Handel) ausgewiesen. Die EBITDA-Zahlen der Geschäftsjahre 2007 und 2006 für den Geschäftsbereich Ergänzende Geschäftsbereiche sowie die Spalte Überleitung wurden an diese Umgliederung angepasst. Die EBIT-Zahlen der Geschäftsjahre 2007 und 2006 für den Geschäftsbereich Ergänzende Geschäftsbereiche sowie die Spalte Überleitung wurden hingegen nicht angepasst. Für weitere Informationen siehe oben „– Operatives Ergebnis (EBIT I) und Ergebnis nach operativen Sicherungsgeschäften (EBIT II)“.
- 5) Geprüft.
- 6) Ungeprüft.

Kennzahlen im Rahmen der wertorientierten Berichterstattung (Value Reporting)

Die Gesellschaft verfolgt eine strukturierte, regelmäßige und wertorientierte Berichterstattung gegenüber dem Kapitalmarkt, das sogenannte Value Reporting. Das Value Reporting soll den Kapitalgebern eine adäquate Unternehmenswertermittlung erleichtern. Es dient zudem der Umsetzung der finanziellen Ziele der Gesellschaft, welche auf die nachhaltige Steigerung des Unternehmenswerts ausgerichtet sind. Hauptziel der Gesellschaft ist dabei die Schaffung eines Mehrwerts, d. h. die dauerhafte Erzielung einer Prämie auf die Kapitalkosten. Zur Überprüfung dieser Zielsetzung nutzt die Gesellschaft insbesondere die Kennzahlen Return on Capital Employed (ROCE), Value Added (Mehrwert) und Return on Investment (ROI).

Der Return on Capital Employed (ROCE) ist eine betriebswirtschaftliche Kennzahl, anhand derer sich Effizienz und Profitabilität der von einem Unternehmen eingesetzten Kapitalinvestitionen ablesen lassen. Die Gesellschaft berechnet den ROCE, indem sie das Operative Ergebnis (EBIT I) zur Summe der Jahresdurchschnitte von operativem Anlagevermögen und Working Capital ins Verhältnis setzt.

Der Value Added (Mehrwert) ist eine Kennzahl, die auf dem Ansatz basiert, dass ein Unternehmen dann einen wirtschaftlichen Mehrwert für den Investor darstellt, wenn die Rendite auf das durchschnittlich gebundene Kapital, der ROCE, die für dieses gebundene Kapital zugrunde liegenden Kapitalkosten übersteigt. Die Gesellschaft ermittelt den Value Added, indem sie die Differenz aus ROCE und dem gewichteten, durchschnittlichen Kapitalkostensatz vor Steuern mit der Summe aus den Jahresdurchschnitten des operativen Anlagevermögens und des Working Capital multipliziert. Der Kapitalkostensatz wird als zu Marktwerten gewichteter Durchschnitt der aus Kapitalmarktdaten abgeleiteten Renditeanforderungen der Eigenkapitalgeber und der Fremdkapitalgeber ermittelt.

Nachfolgende Darstellung zeigt den ROCE sowie den Value Added für die zum 30. September 2009 und 2008 endenden Neunmonatszeiträume sowie für die zum 31. Dezember 2008, 2007 und 2006 endenden Geschäftsjahre:

	1. Januar – 30. September		1. Januar – 31. Dezember		
	2009	2008	2008	2007	2006
	Ungeprüft	Ungeprüft	Geprüft	Geprüft	Geprüft
Return on Capital Employed (ROCE) ¹⁾ in %	21,9	50,9	64,0	15,5	17,4
Value Added (Mehrwert) ^{1) 2)} in Euro Mio.	256,6	836,7	1.124,5	88,3	125,5

1) Diese Kennzahl ist keine nach IFRS definierte Kennzahl. Potentielle Investoren sollten beachten, dass diese Kennzahl keine einheitlich angewandte oder standardisierte Kennzahl ist, ihre Berechnung variieren kann und dass diese Kennzahl für sich allein genommen keine Basis für Vergleiche mit anderen Unternehmen darstellt. Zudem wurde für die Berechnung der Kennzahl zum 30. September 2009 und 2008 jeweils eine annualisierte Basis zugrunde gelegt.

2) Für die Berechnung des Value Added (Mehrwert) wurde ein durchschnittlicher Kapitalkostensatz vor Steuern in dem Geschäftsjahr 2008 von 10,4%, in dem Geschäftsjahr 2007 von 10,7%, in dem Geschäftsjahr 2006 von 9,6%, für den zum 30. September 2008 endenden Neunmonatszeitraum von (annualisiert) 11,8% und für den zum 30. September 2009 endenden Neunmonatszeitraum von (annualisiert) 10,4% angenommen.

Der Return on Investment (ROI) ist eine Kennzahl, die wie der ROCE der Messung der Rendite des vom Unternehmen eingesetzten Kapitals dient. Sie drückt das Verhältnis des Operativen Ergebnisses (EBIT I) zu den Auszahlungen für den Erwerb konsolidierter Unternehmen aus. Der ROI wird von der Gesellschaft ausschließlich als Zielgröße für zukünftige Unternehmenserwerbe ermittelt. Die interne Vorgabe der Gesellschaft für Unternehmenserwerbe ist ein ROI von mehr als 10% (vor Steuern) im dritten Jahr nach einer Akquisition.

Grundsätze und Ziele des Finanzmanagements

Zu den übergeordneten Zielen des zentral gesteuerten Finanzmanagements der K+S Gruppe zählen dabei die Sicherung und effiziente Steuerung der Liquidität innerhalb der K+S Gruppe, der Erhalt und die Optimierung der Finanzierungsfähigkeit der K+S Gruppe sowie die Reduzierung des finanziellen Risikos auch unter Einsatz von Finanzinstrumenten.

Zum Erhalt und der Optimierung der Finanzierungsfähigkeit der K+S Gruppe strebt die Gesellschaft eine nachhaltige Kapitalstruktur an, die sich an den für ein „Investment Grade“-Rating üblichen Kriterien und Kennzahlen orientiert. Innerhalb dieser durch die Zielbonität vorgegebenen Möglichkeiten sollen die Kapitalkosten der K+S Gruppe für Fremd- und Eigenkapital optimiert werden.

Die K+S Gruppe nimmt die Steuerung der Kapitalstruktur anhand folgender Kennzahlen vor:

	Zielkorridor	Zum 31. Dezember 2008
Nettoverschuldung / EBITDA ¹⁾³⁾	1,0 bis 1,5	0,4
Nettoverschuldung / Eigenkapital ²⁾³⁾ (in %)	50 bis 100	33,2
Eigenkapitalquote (in %)	35 bis 45	49,5

- 1) Die Kennzahl „Nettoverschuldung/EBITDA“ ist eine cashflow-orientierte Kennzahl, welche die Entschuldungsdauer auf Basis der Nettoverschuldung und des EBITDA angibt. Sie berechnet sich aus dem Verhältnis der Nettoverschuldung zum EBITDA.
- 2) Die Kennzahl „Nettoverschuldung/Eigenkapital“, auch (Netto-) Verschuldungsgrad (*Net Gearing*) genannt, ist eine betriebswirtschaftliche Kennzahl, welche den Grad der Abhängigkeit des Unternehmens von seinen Fremdkapitalgebern angibt und die darüber Auskunft gibt, wie schwierig es für ein Unternehmen ist, zusätzliches (Fremd-) Kapital aufzunehmen. Sie berechnet sich aus dem Verhältnis der Nettoverschuldung zum bilanziellen Konzern-Eigenkapital.
- 3) Diese Kennzahl ist keine nach IFRS definierte Kennzahl. Potentielle Investoren sollten beachten, dass diese Kennzahl keine einheitlich angewandte oder standardisierte Kennzahl ist, ihre Berechnung variieren kann und dass diese Kennzahl für sich allein genommen keine Basis für Vergleiche mit anderen Unternehmen darstellt.

Für die langfristige Steuerung der Liquidität sowie die Optimierung der Zahlungsströme innerhalb des Konzerns hat die K+S Gruppe des Weiteren ein konzernweites Cashmanagement implementiert. Für nähere Informationen zum Cashmanagement siehe unten „– *Liquidität und Kapitalausstattung – Cash-, Währungs- und Zinsmanagement sowie Fracht- und Energiekostenabsicherung in der K+S Gruppe – Cashmanagement*“. Auch das Währungs- und Zinsmanagement der K+S Gruppe wird zentral für alle Gesellschaften der K+S Gruppe vorgenommen. Für nähere Informationen zum Währungs- und Zinsmanagement der K+S Gruppe siehe unten „– *Liquidität und Kapitalausstattung – Cash-, Währungs- und Zinsmanagement sowie Fracht- und Energiekostenabsicherung in der K+S Gruppe – Währungs- und Zinsmanagement*“.

Die Gesellschaft geht unter Berücksichtigung des zum 1. Oktober 2009 abgeschlossenen Erwerbs von Morton Salt davon aus, dass sich die Kennzahl Nettoverschuldung und in Anbetracht der erwarteten Ergebnisentwicklung der K+S Gruppe im Geschäftsjahr 2009 auch die Kennzahl Nettoverschuldung/EBITDA im Geschäftsjahr 2009 deutlich erhöhen wird und in der Folge der Zielkorridor für beide Kennzahlen vorübergehend nicht erreicht wird. Die Gesellschaft strebt an, die Zielkorridore dieser beiden Kennzahlen in Zukunft wieder zu erreichen.

Darstellung wesentlicher Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

Im Folgenden wird die Zusammensetzung wesentlicher Posten der Gewinn- und Verlustrechnung der K+S Gruppe nach IFRS dargestellt. Für die Gewinn- und Verlustrechnung hat die Gesellschaft das Umsatzkostenverfahren gewählt. Beim Umsatzkostenverfahren werden die Aufwendungen nach Funktionsbereichen (Herstellung, Forschung und Entwicklung, Verwaltung und Vertrieb) unterteilt. Für weitere Informationen zu einzelnen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung der K+S Gruppe siehe auch „– *Sonstige Kennziffern der K+S Gruppe*“.

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse beinhalten im Wesentlichen die Erlöse aus Verkäufen von Produkten und Dienstleistungen, vermindert um Erlösschmälerungen (z. B. Mengen- und Preisrabatte). Die Erlöse aus dem Verkauf von Pro-

dukten werden ab dem Zeitpunkt des Gefahrenübergangs als Umsatz ausgewiesen. Erlöse aus der Erbringung von Dienstleistungen werden nach erbrachter Leistung als Umsatz ausgewiesen. In beiden Fällen müssen die Zahlungen hinreichend wahrscheinlich sein. Sonstige Erträge, wie beispielsweise Erträge aus Zinsen oder Dividenden, werden zu dem Zeitpunkt periodengerecht erfasst, ab dem ein vertraglicher bzw. rechtlicher Anspruch besteht.

Herstellungskosten

Die Herstellungskosten enthalten neben den Einzelkosten angemessene Teile der fixen und variablen Material- und Fertigungsgemeinkosten, soweit sie im Zusammenhang mit dem Herstellungsvorgang anfallen. Betriebliche Aufwendungen werden mit Inanspruchnahme der Leistung bzw. zum Zeitpunkt ihrer Verursachung ergebniswirksam erfasst.

Sonstige betriebliche Erträge und Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Erträge setzen sich zum Beispiel aus Gewinnen aus Kursdifferenzen, Auflösungen von Rückstellungen und Wertberichtigungen für Forderungen, erhaltenen Entschädigungen und Erstattungen, Abgängen von Vermögenswerten des Anlagevermögens, aus Gaspreissicherungen, aus Vermietung und Verpachtung und aus dem Verkauf von Emissionsrechten zusammen. Die erhaltenen Entschädigungen und Erstattungen enthalten insbesondere die Erstattungen für Altersteilzeit, die Erstattungen von Berufsgenossenschaftsbeiträgen und die etwaigen Erträge aus Schadenersatz.

Zu den sonstigen betrieblichen Aufwendungen zählen zum Beispiel Verluste aus Kursdifferenzen, Aufwendungen aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens, Wertberichtigungen auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, Aufwendungen für Altersteilzeit, für Beratungen, Gutachten und Rechtsanwalts honorare, für die Ausbuchung von Vorratsvermögen, für stillgelegte Werke und für die als Finanzinvestitionen gehaltenen vermieteten Immobilien, die Zuführungen zu Aktienoptionsprogrammen und zu den übrigen Rückstellungen sowie die Abschreibungen und Investitionsnebenkosten.

Operatives Ergebnis (EBIT I) und Ergebnis nach operativen Sicherungsgeschäften (EBIT II)

Das Operative Ergebnis (EBIT I) errechnet sich aus den Umsatzerlösen zuzüglich der sonstigen betrieblichen Erträge und des Beteiligungsergebnisses (sofern ein Gewinn aus Beteiligungen vorliegt) und abzüglich der Herstellungskosten der zur Erzielung der Umsatzerlöse erbrachten Leistungen, der Vertriebskosten, der allgemeinen Verwaltungskosten, der Forschungs- und Entwicklungskosten, der sonstigen betrieblichen Aufwendungen und des Beteiligungsergebnisses (sofern ein Verlust aus Beteiligungen vorliegt). Die Ermittlung bzw. der Ausweis des Operativen Ergebnisses (EBIT I) erfolgt seit dem Geschäftsjahr 2009 nicht mehr in einer eigenen Berichtszeile in der Gewinn- und Verlustrechnung der K+S Gruppe, sondern in einer eigenen Überleitungsrechnung unterhalb der Gewinn- und Verlustrechnung der K+S Gruppe. Über das Operative Ergebnis (EBIT I) hinaus berechnet die Gesellschaft auch ein Ergebnis nach operativen Sicherungsgeschäften (EBIT II). Das EBIT II beinhaltet sämtliche Ergebniseffekte aus operativen Sicherungsgeschäften, d. h. sowohl Ergebnisse aus der Realisierung als auch aus der Marktbewertung der noch ausstehenden operativen Derivate. Für weitere Informationen siehe oben „– Sonstige Kennziffern der K+S Gruppe – Zeitraumbezogene Kennzahlen – Operatives Ergebnis (EBIT I) und Ergebnis nach operativen Sicherungsgeschäften (EBIT II)“.

Finanzergebnis (Zinsergebnis und Sonstiges Finanzergebnis)

Das Finanzergebnis setzt sich aus dem Zinsergebnis und dem Sonstigen Finanzergebnis zusammen. Das Zinsergebnis enthält im Wesentlichen die Zinserträge aus Wertpapieren und flüssigen Mitteln sowie die Zinsaufwendungen aus Finanzverbindlichkeiten und den Zinsanteilen aus der Bewertung von bergbaulichen Rückstellungen sowie den in den Zuführungen zu Pensionsrückstellungen und zu Jubiläumsrückstellungen enthaltenen Zinsanteilen. Der „Zinsanteil aus der Bewertung von bergbaulichen Rückstellungen“ ist der Saldo aus dem Zinseffekt aus der Änderung des Abzinsungssatzes der bergbaulichen Rückstellungen und dem Zinseffekt aus der Auflösung von bergbaulichen Rückstellungen sowie der Erhöhung der bergbaulichen Rückstellungen aufgrund des Zeitablaufs („Aufzinsung“). Der „Zinsanteil in den Zuführungen zu Pensionsrückstellungen“ wird mit den Planerträgen aus dem im Geschäftsjahr 2005 begonnenen Contractual Trust Arrangement („CTA“) zur Ausfinanzierung von Pensionsrückstellungen saldiert. Mit der Dotierung des CTA werden die ent-

sprechenden Finanzierungsmittel zweckgebunden für die Erfüllung von Pensionsverpflichtungen und Vorruhestandsregelungen eingesetzt und damit außerhalb der Bilanz der K+S Gruppe ausgewiesen. Der verbleibende Betrag wird als Zinsaufwand in den Zuführungen zu Pensionsrückstellungen ausgewiesen.

Das Sonstige Finanzergebnis setzt sich aus dem Ergebnis aus dem Abgang finanzieller Vermögenswerte, aus dem Ergebnis aus der Marktbewertung finanzieller Vermögenswerte und aus den sonstigen Finanzaufwendungen zusammen. Das Ergebnis aus dem Abgang finanzieller Vermögenswerte beinhaltet im Wesentlichen die Erträge bzw. Verluste aus der Veräußerung nicht betriebsnotwendiger Immobilien.

Ertragslage

Die nachfolgenden Darstellungen vergleichen die Ertragslage der K+S Gruppe für die zum 30. September 2009 und 2008 endenden Neunmonatszeiträume sowie für die zum 31. Dezember 2008, 2007 und 2006 endenden Geschäftsjahre. Ferner erfolgt jeweils eine Diskussion der Entwicklungen in den Geschäftsbereichen („Segmentdiskussion“).

Vergleich der zum 30. September 2009 und 2008 endenden Neunmonatszeiträume

Nachfolgende Darstellung zeigt die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung der K+S Gruppe für die jeweils zum 30. September 2009 und 2008 endenden Neunmonatszeiträume auf Basis des ungeprüften verkürzten Konzern-Zwischenabschlusses für den zum 30. September 2009 endenden Neunmonatszeitraum (mit Vergleichszahlen für den zum 30. September 2008 endenden Neunmonatszeitraum). Der ungeprüfte Konzern-Zwischenabschluss zum 30. September 2009 wurde auf der Grundlage der IFRS (IAS 34) erstellt und ist im Finanzteil dieses Prospektes auf den Seiten F-3 ff. abgedruckt.

Ungeprüft und in EUR Mio.	1. Januar – 30. September 2009	1. Januar – 30. September 2008
Umsatzerlöse	2.512,5	3.838,9
Herstellungskosten	1.611,3	2.084,2
Bruttoergebnis vom Umsatz	901,2	1.754,7
Vertriebskosten	504,5	589,1
Allgemeine Verwaltungskosten	83,2	76,9
Forschungs- und Entwicklungskosten	14,1	13,2
Sonstige betriebliche Erträge ¹⁾	101,9	78,1
Sonstige betriebliche Aufwendungen ¹⁾	167,6	109,5
Beteiligungsergebnis	2,8	1,5
Ergebnis aus operativen, antizipativen Sicherungsgeschäften¹⁾	- 28,5	- 139,3
Ergebnis nach operativen Sicherungsgeschäften (EBIT II)^{2) 3)} ..	208,0	906,3
Zinsergebnis	- 39,3	- 34,3
Sonstiges Finanzergebnis	- 57,4	12,0
Finanzergebnis	- 96,7	- 22,3
Ergebnis vor Ertragssteuern	111,3	884,0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	30,2	239,2
davon: latente Steuern ⁴⁾	6,2	46,0
Jahresüberschuss	81,1	644,8
Anteile anderer Gesellschafter am Ergebnis	0,3	0,3
Konzernergebnis nach Steuern und Anteilen Dritter	80,8	644,5
Operatives Ergebnis (EBIT I)^{2) 3)}	201,5	1.054,9
Ergebnis vor Ertragssteuern, bereinigt^{3) 5)}	104,8	1032,6
Konzernergebnis (nach Steuern), bereinigt^{3) 5)}	76,1	751,8

1) Seit dem Geschäftsjahr 2009 werden sämtliche Ergebniseffekte aus operativen, antizipativen Sicherungsgeschäften in der Zeile „Ergebnis aus operativen, antizipativen Sicherungsgeschäften“ ausgewiesen. In den Vorjahren 2008, 2007 und 2006 wurde ein Teil dieses Ergebnisses in den Rechnungsposten „Sonstige betriebliche Erträge“ bzw. „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ erfasst. Hieraus resultiert ab dem Geschäftsjahr 2009 eine Verschiebung dieser Ergebniseffekte zwischen den Positionen „Sonstige betriebliche Erträge“, „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ und „Ergebnis aus operativen, antizipativen Sicherungsgeschäften“, ohne dass die Höhe des EBIT I oder des EBIT II dadurch beeinflusst wird. Die Zahlen für den zum 30. September 2008 endenden Neunmonatszeitraum wurden für Vergleichszwecke entsprechend des neuen Ausweises angepasst.

- 2) Die Ermittlung bzw. der Ausweis des Operativen Ergebnisses (EBIT I) erfolgt seit dem Geschäftsjahr 2009 nicht mehr in einer eigenen Berichtszeile in der Gewinn- und Verlustrechnung der K+S Gruppe, sondern in einer eigenen Überleitungsrechnung unterhalb der Gewinn- und Verlustrechnung der K+S Gruppe. Das EBIT I errechnet sich aus dem um das Ergebnis aus operativen, antizipativen Sicherungsgeschäften bereinigten EBIT II.
- 3) Diese Kennzahlen sind keine nach IFRS definierten Kennzahlen. Potentielle Investoren sollten beachten, dass diese Kennzahlen keine einheitlichen angewandten oder standardisierten Kennzahlen sind, ihre Berechnung variieren kann und dass diese Kennzahlen für sich allein genommen keine Basis für Vergleiche mit anderen Unternehmen darstellen.
- 4) Die nicht zahlungswirksamen latenten Steuern resultieren aus steuerlichen Verlustvorträgen sowie anderen temporären steuerlichen Bewertungsdifferenzen.
- 5) Aufgrund der begrenzten wirtschaftlichen Aussagekraft des unbereinigten Ergebnisses vor Ertragssteuern und des Konzernergebnisses nach Steuern und Anteilen Dritter weist die Gesellschaft zusätzlich ein bereinigtes Ergebnis vor Ertragssteuern sowie ein bereinigtes Konzernergebnis (nach Steuern) aus. Diese bereinigten Ergebnisse beinhalten das realisierte Ergebnis aus operativen, antizipativen Sicherungsgeschäften der aktuellen Periode. Die Marktwertveränderungen der noch ausstehenden, operativen, antizipativen Derivate werden hingegen in den bereinigten Ergebnissen nicht berücksichtigt. Ebenso werden darauf entfallende Effekte auf latente und zahlungswirksame Steuern eliminiert.

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse der K+S Gruppe sanken von EUR 3.839 Mio. in den ersten neun Monaten des Geschäftsjahres 2008 („9M 2008“) um 34,6% auf EUR 2.513 Mio. in den ersten neun Monaten des Geschäftsjahres 2009 („9M 2009“). Die Umsatzerlöse setzen sich wie folgt zusammen:

Ungeprüft und in EUR Mio.	1. Januar – 30. September 2009	1. Januar – 30. September 2008
Kali- und Magnesiumprodukte.....	1.061,1	1.898,7
Stickstoffdüngemittel ¹⁾	804,0	1.437,8
Salz	559,3	409,3
Ergänzende Geschäftsbereiche ²⁾	87,6	92,5
Überleitung	0,5	0,6
Gesamt	2.512,5	3.838,9

- 1) Die bisherigen Geschäftsbereiche COMPO und fertiva wurden zum 1. Januar 2009 zum Geschäftsbereich „Stickstoffdüngemittel“ zusammengefasst. Für weitere Informationen siehe oben „– Segmentberichterstattung“. Zum Zwecke der Vergleichbarkeit wurden die Umsatzerlöse der genannten Geschäftsbereiche für die ersten neun Monate des Geschäftsjahres 2008 zusammengefasst.
- 2) Die bisherigen Geschäftsbereiche „Entsorgung und Recycling“ und „Dienstleistungen und Handel“ sind zum 1. Januar 2008 zum Geschäftsbereich „Ergänzende Geschäftsbereiche“ zusammengefasst worden. Für weitere Informationen dazu siehe oben „– Segmentberichterstattung“. Darüber hinaus wurden die Aktivitäten der K+S IT seit Jahresbeginn 2008 aufgrund des geringen Anteils von Drittumsätzen in der Überleitung (und nicht mehr in den „Ergänzenden Geschäftsbereichen“) dargestellt.

Diese Entwicklung ist insbesondere auf deutliche mengenbedingte Umsatzrückgänge, vor allem in den Geschäftsbereichen Kali- und Magnesiumprodukte sowie Stickstoffdüngemittel zurückzuführen. Die mengenbedingten Umsatzrückgänge basierten hauptsächlich auf der Kaufzurückhaltung der Landwirtschaft. Mengeneffekte führten im Durchschnitt zu einer Reduzierung der Umsatzerlöse in Höhe von 30,5% im 9M 2009 gegenüber dem 9M 2008, Struktureffekte im Durchschnitt zu einer Reduzierung der Umsatzerlöse in Höhe von 4,8% im 9M 2009 gegenüber dem 9M 2008, Preiseffekte im Durchschnitt zu einer Reduzierung der Umsatzerlöse in Höhe von 1,8% im 9M 2009 gegenüber dem 9M 2008; Wechselkurseffekte führten im Durchschnitt zu einer Steigerung der Umsatzerlöse in Höhe von 2,6% im 9M 2009 gegenüber dem 9M 2008.

Die deutliche Reduzierung der Umsatzerlöse im Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte resultierte maßgeblich aus der schwachen Nachfrage nach Kalidüngemitteln, insbesondere in Europa. Im Geschäftsbereich Stickstoffdüngemittel beruhte der Umsatzrückgang im Wesentlichen auf der schwachen Nachfrage nach Mehrnährstoffdüngern und Ammonsulfat in Europa sowie auf deutlichen Preissenkungen. Die Steigerung der Umsatzerlöse im Geschäftsbereich Salz basierte insbesondere auf Mengen- und Preiseffekten. Für weitere Informationen zu der Entwicklung in den Geschäftsbereichen siehe unten „– Segmentdiskussion“.

Mit 42,1% der Gesamtumsatzerlöse der K+S Gruppe war der Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte im 9M 2009 der umsatzstärkste Geschäftsbereich der K+S Gruppe (49,5% im 9M 2008). Der Geschäftsbereich Stickstoffdüngemittel trug 32,2% im 9M 2009 (37,4% im 9M 2008), der Geschäftsbereich Salz 22,2% im 9M 2009 (10,7% im 9M 2008) und der Geschäftsbereich Ergänzende Geschäftsbereiche 3,5% im 9M 2009 (2,4% im 9M 2008) zu den Gesamtumsatzerlösen der K+S Gruppe bei. Die Steigerung des Anteils des Geschäfts-

bereiches Salz an den Gesamtumsatzerlösen beruht auf der positiven Umsatzentwicklung gegenüber den negativen Umsatzentwicklungen der anderen Geschäftsbereiche im 9M 2009 gegenüber dem 9M 2008.

Im 9M 2009 wurden 18,5% der Gesamtumsatzerlöse im Inland (9M 2008 18,9%), 38,8% in der Region Übriges Europa (9M 2008 50,5%) und 42,7% in der Region Übersee (9M 2008 30,6%) erwirtschaftet.

Herstellungskosten

Die Herstellungskosten der K+S Gruppe sanken von EUR 2.084 Mio. im 9M 2008 um 22,7% auf EUR 1.611 Mio. im 9M 2009. Ursache dafür waren im Wesentlichen Kostenreduzierungen für den Bezug von Energie und Material (Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren sowie Aufwendungen für bezogene Leistungen) sowie für Personal.

Die Reduzierung der Personalkosten der K+S Gruppe im 9M 2009 gegenüber dem 9M 2008 beruhte im Wesentlichen auf den aus der Kurzarbeit resultierenden Einsparungen, die die aus der letzten Tarifierhöhung 2009 entstandenen Mehrkosten überkompensiert haben. Die Energie- und Materialkosten sanken sowohl mengen-, als auch preisbedingt im 9M 2009 gegenüber dem 9M 2008. Die aus der Reduzierung der Absatzmenge im 9M 2009 gegenüber dem 9M 2008 resultierenden Kostenentlastungen blieben in der Summe deutlich hinter dem Umsatzrückgang im 9M 2009 gegenüber dem 9M 2008 zurück. Dies war zum einen auf den in der Bergbauindustrie üblichen hohen Fixkostenanteil zurückzuführen. Zum anderen nutzte die K+S Gruppe im ersten Halbjahr 2009 die vorhandene Nachfrageschwäche verstärkt für Maßnahmen zur künftigen Produktionssicherung im Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte. Die entsprechenden Kosten für diese Maßnahmen haben die absatzmengenbedingten Kostenentlastungen etwas gebremst.

Vertriebskosten

Die Vertriebskosten der K+S Gruppe sanken von EUR 589 Mio. im 9M 2008 um 14,4% auf EUR 505 Mio. im 9M 2009. Ursache für die Reduzierung der Vertriebskosten waren insbesondere die von EUR 345,1 Mio. im 9M 2008 um 24,2% auf EUR 261,7 Mio. im 9M 2009 gesunkenen Frachtkosten. Die Frachtkosten, die im 9M 2009 rund 51,8% (9M 2008: 58,6%) der Vertriebskosten ausmachten, sanken aufgrund einer geringeren Absatzmenge, des im 9M 2009 gegenüber 9M 2008 geringeren Überseeanteils der zu transportierenden Waren sowie aufgrund von gesunkenen Frachtraten.

Allgemeine Verwaltungskosten

Die Allgemeinen Verwaltungskosten der K+S Gruppe stiegen von EUR 77 Mio. im 9M 2008 um 8,2% auf EUR 83 Mio. im 9M 2009. Dieser Zuwachs ist im Wesentlichen auf die Kostensteigerungen aufgrund einer angestiegenen Mitarbeiterzahl in der Verwaltung des Geschäftsbereiches Kali- und Magnesiumprodukte zurückzuführen.

Forschungs- und Entwicklungskosten

Die Forschungs- und Entwicklungskosten der K+S Gruppe stiegen von EUR 13 Mio. im 9M 2008 um 6,8% auf EUR 14 Mio. im 9M 2009. Dieser Anstieg ist vor allem auf die erhöhten Aktivitäten im Zusammenhang mit der Umsetzung des umfangreichen Maßnahmenpakets zum Gewässerschutz zurückzuführen. Für weitere Informationen dazu siehe „– Wesentliche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Faktoren – Faktoren aus dem operativen Geschäft – Investitionen“.

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge der K+S Gruppe stiegen von EUR 78 Mio. im 9M 2008 um 30,5% auf EUR 102 Mio. im 9M 2009. Ursache für die Entwicklung der Sonstigen betriebliche Erträge war im Wesentlichen die Auflösung von Rückstellungen für Verkaufsgeschäfte.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen der K+S Gruppe stiegen von EUR 110 Mio. im 9M 2008 um 53,1% auf EUR 168 Mio. im 9M 2009. Diese Erhöhung beruhte im Wesentlichen auf gestiegenen Verlusten aus Kursdifferenzen, Beratungskosten im Zusammenhang mit der Akquisition von Morton Salt sowie erhöhten periodenfremden Anwendungen.

Beteiligungsergebnis

Das Beteiligungsergebnis der K+S Gruppe stieg von EUR 1,5 Mio. im 9M 2008 um 86,7% auf EUR 2,8 Mio. im 9M 2009. Diese Erhöhung resultiert überwiegend aus gestiegenen Gewinnausschüttungen nicht konsolidierter Tochtergesellschaften, insbesondere der Kali-Union Verwaltungsgesellschaft.

Operatives Ergebnis (EBIT I)

Das Operative Ergebnis (EBIT I) der K+S Gruppe sank deutlich von EUR 1.055 Mio. im 9M 2008 um 80,9% auf EUR 202 Mio. im 9M 2009. Nachfolgende Tabelle stellt das EBIT I aufgegliedert nach den Geschäftsbereichen für den 9M 2009 und den 9M 2008 dar:

Ungeprüft und in EUR Mio.	1. Januar – 30. September 2009	1. Januar – 30. September 2008
Kali- und Magnesiumprodukte.....	204,8	927,9
Stickstoffdüngemittel ¹⁾	– 65,8	126,6
Salz.....	93,1	19,0
Ergänzende Geschäftsbereiche ²⁾	9,5	19,3
Überleitung ³⁾	– 40,1	– 37,9
Gesamt⁴⁾.....	201,5	1.054,9
EBIT-Marge in %^{4) 5)}.....	8,0	27,5

1) Die bisherigen Geschäftsbereiche COMPO und fertiva wurden zum 1. Januar 2009 zum Geschäftsbereich „Stickstoffdüngemittel“ zusammengefasst. Für weitere Informationen siehe oben „– Segmentberichterstattung“. Zum Zwecke der Vergleichbarkeit wurden die Umsatzerlöse der genannten Geschäftsbereiche für die ersten neun Monate des Geschäftsjahres 2008 zusammengefasst.

2) Die bisherigen Geschäftsbereiche „Entsorgung und Recycling“ und „Dienstleistungen und Handel“ sind zum 1. Januar 2008 zum Geschäftsbereich „Ergänzende Geschäftsbereiche“ zusammengefasst worden. Für weitere Informationen dazu siehe oben „– Segmentberichterstattung“. Darüber hinaus wurden die Aktivitäten der K+S IT seit Jahresbeginn 2008 aufgrund des geringen Anteils von Drittumsätzen in der Überleitung (und nicht mehr in den „Ergänzenden Geschäftsbereichen“) dargestellt.

3) Die Angaben zu den Geschäftsbereichen werden vor intersegmentärer Konsolidierung dargestellt. Aufwendungen und Erträge sowie Bilanzposten, die den Geschäftsbereichen nicht zuordenbar sind, werden gesondert erfasst. Beide Effekte werden in der Zeile „Überleitung“ zusammengefasst.

4) Diese Kennzahl ist keine nach IFRS definierte Kennzahl. Potentielle Investoren sollten beachten, dass diese Kennzahl keine einheitlich angewandte oder standardisierte Kennzahl ist, ihre Berechnung variieren kann und dass diese Kennzahl für sich allein genommen keine Basis für Vergleiche mit anderen Unternehmen darstellt.

5) Die EBIT-Marge stellt das Verhältnis des EBIT I zu den Umsatzerlösen dar.

Ursache für die Entwicklung des Operativen Ergebnisses (EBIT I) im 9M 2009 gegenüber 9M 2008 war insbesondere eine deutliche Verschlechterung der operativen Ergebnisse in den Geschäftsbereichen Kali- und Magnesiumprodukte und Stickstoffdüngemittel im 9M 2009 gegenüber 9M 2008. Teilweise kompensierend wirkte die Ergebnissteigerung im Geschäftsbereich Salz. Im Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte beruhte der Ergebnisrückgang maßgeblich auf der schwachen Nachfrage nach Kalidüngemitteln im Geschäftsjahr 2009. Im Geschäftsbereich Stickstoffdüngemittel wirkten sich neben den mengen- und preisbedingten Umsatzrückgängen insbesondere hohe Rohstoffkosten für die Herstellung von Mehrnährstoffdüngern, Wertberichtigungen auf Vorräte aufgrund eines im Verlauf des Geschäftsjahres 2009 niedrigeren Marktpreisniveaus für Mehrnährstoffdünger, Aufwendungen für Restrukturierungsmaßnahmen im Rahmen der Neuordnung des Geschäfts mit stickstoffhaltigen Düngemitteln sowie aperiodische Nachbelastungen im zweiten Quartal 2009 für das Jahr 2008 betreffende Einstandskosten bei dem wichtigsten europäischen Lieferanten der K+S Gruppe ergebnisbelastend aus.

Die Ergebnissteigerung im Geschäftsbereich Salz war insbesondere auf Absatzmengensteigerungen im Auftausalzgeschäft aufgrund des sehr guten Wintergeschäfts im ersten Quartal 2009 in Europa sowie auf Ener-

gie- und Frachtkostenreduzierungen zurückzuführen. Im Geschäftsbereich Ergänzende Geschäftsbereiche führten im Wesentlichen Anfang des Jahres veränderte gruppeninterne Verrechnungsmodalitäten, niedrigere Durchschnittserlöse im Bereich Entsorgung und Recycling sowie Mengenrückgänge im Bereich Logistik zu einer Ergebnisreduzierung. Für weitere Informationen zur Entwicklung des Operativen Ergebnisses (EBIT I) in den Geschäftsbereichen siehe unten „– Segmentberichterstattung“.

Die EBIT-Marge sank aufgrund des im Vergleich zu den Umsatzerlösen überproportional starken Rückgangs des EBIT I von 27,5% im 9M 2008 auf 8,0% im 9M 2009.

Ergebnis nach operativen Sicherungsgeschäften (EBIT II)

Das Ergebnis nach operativen Sicherungsgeschäften (EBIT II) sank von EUR 906 Mio. im 9M 2008 um 77,0% auf EUR 208 Mio. im 9M 2009. Ursache dafür war hauptsächlich das gesunkene Operative Ergebnis (EBIT I). Teilweise kompensierend wirkte das von – EUR 139 Mio. im 9M 2008 auf – EUR 28,5 Mio. im 9M 2009 verbesserte Ergebnis aus operativen, antizipativen Sicherungsgeschäften. Das Ergebnis aus operativen, antizipativen Sicherungsgeschäften wurde im 9M 2008 durch die Realisierung (Ausübung, Verfall, Verkauf) von nicht mehr zur Sicherung eingesetzten Double-Knock-out-Optionen in Höhe von EUR 137 Mio. belastet. Im 9M 2009 wurde ein Sicherungsverlust aus operativen, antizipativen Derivaten (Währungs- und Energiepreissicherung) in Höhe von EUR 35,0 Mio. realisiert.

Finanzergebnis (Zinsergebnis und Sonstiges Finanzergebnis)

Das Finanzergebnis der K+S Gruppe verschlechterte sich von EUR – 22,3 Mio. im 9M 2008 auf EUR – 96,7 Mio. im 9M 2009. Das Finanzergebnis setzt sich aus dem Zinsergebnis und dem sonstigen Finanzergebnis zusammen. Nachfolgende Tabelle zeigt die Aufgliederung des Finanzergebnisses der K+S Gruppe für den 9M 2009 und den 9M 2008:

Ungeprüft und in EUR Mio.	1. Januar – 30. September 2009	1. Januar – 30. September 2008
Zinsergebnis	– 39,3	– 34,3
Zinserträge	2,8	2,4
Zinsaufwendungen	– 42,1	– 36,7
Sonstiges Finanzergebnis	– 57,4	12,0
Finanzergebnis	– 96,7	– 22,3

Die Entwicklung des Finanzergebnisses war im Wesentlichen auf das von EUR 12 Mio. im 9M 2008 auf EUR – 57 Mio. im 9M 2009 verschlechterte Sonstige Finanzergebnis zurückzuführen. Hauptursache hierfür waren einmalig negative Effekte im Zusammenhang mit abgeschlossenen Sicherungsgeschäften für den in US-Dollar zu zahlenden Kaufpreis für Morton Salt in Höhe von EUR 59,1 Mio.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag der K+S Gruppe sanken von EUR 239 Mio. im 9M 2008 um 87,4% auf EUR 30 Mio. im 9M 2009. Auslöser dafür war im Wesentlichen das von EUR 884 Mio. im 9M 2008 auf EUR 111 Mio. im 9M 2009 gesunkene Ergebnis vor Ertragssteuern der K+S Gruppe. Die latenten Steuern sanken von EUR 46 Mio. im 9M 2008 auf EUR 6 Mio im 9M 2009. Diese Entwicklung beruhte auf einem hohen Volumen an aktiven latenten Steuern im Geschäftsjahr 2008, das aus der Bildung von Verlustvorträgen in den Vorjahren resultierte. Da die Verlustvorträge im Geschäftsjahr 2008 verbraucht wurden, reduzierten sich die latenten Steuern im Geschäftsjahr 2009.

Bereinigtes Konzernergebnis

Aufgrund der begrenzten wirtschaftlichen Aussagekraft des unbereinigten Konzernergebnisses nach Steuern und Anteilen Dritter weist die Gesellschaft zusätzlich ein um Effekte der Marktwertveränderungen aus noch ausstehenden, operativen Derivaten bereinigtes Ergebnis nach Steuern aus. Dieses eliminiert auch die Auswirkungen der Effekte der Marktwertveränderungen noch ausstehender, operativer Derivate auf die latenten bzw. zahlungswirksamen Steuern. Das bereinigte Konzernergebnis sank von EUR 752 Mio. im 9M 2008 um 89,9% auf EUR 76 Mio. im 9M 2009. Ursache für diese Entwicklung war neben dem gesunkenen Operativen

Ergebnis (EBIT I) auch das verschlechterte Finanzergebnis im 9M 2009 gegenüber dem 9M 2008. Die bereinigte Konzernsteuerquote betrug damit 27,9 % im 9M 2009 nach 27,7 % im 9M 2008.

Segmentdiskussion

Nachfolgend werden die wirtschaftlichen Entwicklungen in den Geschäftsbereichen der K+S Gruppe für die jeweils zum 30. September 2009 und 2008 endenden Neunmonatszeiträume diskutiert. Die nachfolgend für die jeweiligen Geschäftsbereiche dargestellten Finanzangaben (jeweils Umsatzerlöse und operatives Ergebnis (EBIT I)) sind dem ungeprüften verkürzten Konzern-Zwischenabschluss zum 30. September 2009 (mit Vergleichszahlen für den entsprechenden Vorjahreszeitraum im Geschäftsjahr 2008) entnommen. Für weitere Informationen zur Segmentberichterstattung siehe oben „– Segmentberichterstattung“.

Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte

Umsatz

Der Umsatz im Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte sank von EUR 1.899 Mio. im 9M 2008 um 44,1% auf EUR 1.061 Mio. im 9M 2009. Dieser Umsatzrückgang war hauptsächlich auf mengen- und strukturbedingte Effekte zurückzuführen; Positive Preis- und Wechselkurseffekte konnten den Umsatzrückgang nur teilweise kompensieren. So sank die Gesamtabsatzmenge von Kali- und Magnesiumprodukten von 5,8 Mio. Tonnen im 9M 2008 um 47,5% auf 3,1 Mio. Tonnen im 9M 2009. Ursache dafür war im Wesentlichen die gesunkene Nachfrage nach Kalidüngemitteln vor allem in den Regionen Europa. Die gesunkene Nachfrage beruhte maßgeblich auf den im 9M 2009 weiterhin niedrigen Absatzpreisen für Agrarprodukte (u.a. für Getreide) und einer damit zusammenhängenden Verunsicherung der Landwirtschaft über die künftige Ertragsituation. Die Durchschnittsabsatzpreise für Kali- und Magnesiumprodukte stiegen zwar von EUR 326 je Tonne im 9M 2008 auf EUR 347 je Tonne im 9M 2009. Im Zeitraum Juli bis September 2009 sanken die Durchschnittsabsatzpreise jedoch von EUR 450 je Tonne im Zeitraum Juli bis September 2008 auf EUR 305 je Tonne. Die Absatzmengenreduzierung im 9M 2009 gegenüber dem 9M 2008 führte trotz der gleichzeitig im 9M 2009 gegenüber den im 9M 2008 gestiegenen Durchschnittsabsatzpreisen zu zusätzlichen Umsatzausfällen, da die Preissteigerungen aufgrund der weniger abgesetzten Produktmenge nicht in höhere Umsatzerlöse umgesetzt werden konnten.

Operatives Ergebnis (EBIT I)

Das Operative Ergebnis (EBIT I) im Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte verschlechterte sich von EUR 928 Mio. im 9M 2008 um 77,9% auf EUR 205 Mio. im 9M 2009. Ursache dafür waren im Wesentlichen die deutlichen Umsatzrückgänge im 9M 2009 gegenüber dem 9M 2008, die durch Kostenentlastungen bei Material, Energie, Frachten und Personal nicht kompensiert werden konnten. Ursache für die im Verhältnis zu den Umsatzerlösen in geringerem Umfang gesunkenen Kosten ist hauptsächlich der im Bergbaugeschäft typischerweise hohe Fixkostenanteil.

Geschäftsbereich Stickstoffdüngemittel

Umsatz

Der Umsatz im Geschäftsbereich Stickstoffdüngemittel sank von EUR 1.438 Mio. im 9M 2008 um 44,1% auf EUR 804 Mio. im 9M 2009. Hauptauslöser für diese Entwicklung waren Mengen- sowie Preiseffekte. Die Mengenreduzierung beruhte maßgeblich auf der Kaufzurückhaltung der Landwirtschaft für Produkte im Geschäftsbereich Stickstoffdüngemittel im 9M 2009, die durch die im 9M 2009 weiterhin rückläufigen Preise für Agrarrohstoffe und eine damit verbundene Verunsicherung der Landwirte über ihre künftige Ertragsituation, ausgelöst wurde. Die negativen Preiseffekte basierten maßgeblich auf deutlichen Absatzpreissenkungen durch die Stickstoffdüngemittelhersteller mit dem Ziel der Belebung der Nachfrage nach Stickstoffdüngemitteln.

Operatives Ergebnis (EBIT I)

Das Operative Ergebnis (EBIT I) des Geschäftsbereichs Stickstoffdüngemittel sank deutlich von EUR 127 Mio. im 9M 2008 auf EUR – 65,8 Mio. im 9M 2009. Diese Ergebnisreduzierung beruhte insbesondere auf dem deut-

lichen Umsatzrückgang sowie auf weiterhin hohen Rohstoffkosten. Für die Herstellung von Mehrnährstoffdüngern notwendige Rohstoffe wurden zu noch hohen Marktpreisen Ende des Jahres 2008 bezogen und werden voraussichtlich Ende 2009 aufgebraucht sein. Darüber hinaus waren Wertberichtigungen auf Vorräte in Höhe von rund EUR 18 Mio. aufgrund eines im Verlaufe des Geschäftsjahres 2009 niedrigeren Marktpreisniveaus für Mehrnährstoffdünger erforderlich. Aufwendungen für Restrukturierungsmaßnahmen in Höhe von ca. EUR 10 Mio. im Rahmen der Neuordnung des Geschäfts mit stickstoffhaltigen Düngemitteln sowie aperiodische Nachbelastungen im zweiten Quartal 2009 in Höhe von rund EUR 19 Mio. für das Jahr 2008 betreffende Einstandskosten bei dem wichtigsten europäischen Lieferanten der K+S Gruppe wirkten sich ebenfalls ergebnisbelastend aus.

Geschäftsbereich Salz

Umsatz

Im Geschäftsbereich Salz stiegen die Umsatzerlöse von EUR 409 Mio. im 9M 2008 um 36,6 % auf EUR 559 Mio. im 9M 2009. Diese Entwicklung ist hauptsächlich auf Mengeneffekte, aber auch auf Preiseffekte zurückzuführen. Der Festsalzabsatz stieg von 6,44 Mio. Tonnen im 9M 2008 um 31,1 % auf 8,44 Mio. Tonnen im 9M 2009. Auslöser dafür war hauptsächlich ein erhöhtes Absatzvolumen an Auftausalz aufgrund des härteren Winters im ersten Quartal 2009 gegenüber dem ersten Quartal 2008. Das Frühbezugsgeschäft für Auftausalz in Westeuropa und in Nordamerika verlief im zweiten und dritten Quartal 2009 auf dem Niveau des zweiten und dritten Quartals im Geschäftsjahr 2008. Die Preiseffekte beruhten im Wesentlichen auf höheren Absatzpreisen für Auftausalz in Nordamerika im ersten Quartal im Geschäftsjahr 2009. Ursache für die dortigen gestiegenen Absatzpreise waren Versorgungssengpässe aufgrund des harten Winters 2008/2009.

Operatives Ergebnis (EBIT I)

Das Operative Ergebnis (EBIT I) des Geschäftsbereichs Salz stieg von EUR 19 Mio. im 9M 2008 auf EUR 93 Mio. im 9M 2009. Diese Entwicklung ist neben der deutlichen Steigerung der Umsatzerlöse im 9M 2009 gegenüber dem 9M 2008 vor allem auf eine Reduzierung der Energiekosten sowie einen im Verhältnis zum Anstieg der Umsatzerlöse geringeren Anstieg der Frachtkosten zurückzuführen. Die Reduzierung der Energiekosten resultierte aus den gefallen Marktpreisen für Energie, die sich aufgrund der Energiebezugs Klauseln der K+S Gruppe im dritten Quartal 2009 positiv auf das operative Ergebnis (EBIT I) auswirkten. Die Entwicklung der Frachtkosten war auf geringere Frachtraten zurückzuführen.

Geschäftsbereich Ergänzende Geschäftsbereiche

Umsatz

Der Umsatz im Geschäftsbereich Ergänzende Geschäftsbereiche sank von EUR 93 Mio. im 9M 2008 um 5,3 % auf EUR 88 Mio. im 9M 2009. Dieser Umsatzrückgang mit Dritten (ohne Innenumsätze) war im Wesentlichen auf strukturbedingte Effekte zurückzuführen. Darüber hinaus wurden im Bereich Entsorgung und Recycling niedrigere Durchschnittserlöse im 9M 2009 gegenüber dem 9M 2008 erzielt. Ferner sank im Bereich Logistik die Absatzmenge im 9M 2009 gegenüber dem 9M 2008.

Operatives Ergebnis (EBIT I)

Das Operative Ergebnis (EBIT I) des Geschäftsbereichs Ergänzende Geschäftsbereiche sank von EUR 19 Mio. im 9M 2008 um 50,8 % auf EUR 10 Mio. im 9M 2009. Dieser Rückgang ist im Wesentlichen auf Anfang des Jahres veränderte gruppeninterne Verrechnungsmodalitäten, niedrigere Durchschnittserlöse im Bereich Entsorgung und Recycling sowie Mengenrückgänge im Bereich Logistik zurückzuführen. Die veränderten gruppeninternen Verrechnungsmodalitäten waren auf höhere interne Abrechnungspreise für von dem Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte an den Geschäftsbereich Ergänzende Geschäftsbereiche gelieferte Waren zurückzuführen. Da die gruppeninterne Verrechnung zu marktüblichen Konditionen erfolgt, wurden Marktpreissteigerungen an den Geschäftsbereich Ergänzende Geschäftsbereiche in Form von höheren Bezugspreisen weitergegeben.

Vergleich der zum 31. Dezember 2008 und 2007 endenden Geschäftsjahre

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnungen der K+S AG für die zum 31. Dezember 2008 und 2007 endenden Geschäftsjahre auf Grundlage der geprüften Konzernabschlüsse der K+S AG zum 31. Dezember 2008 und 2007. Die geprüften Konzernabschlüsse zum 31. Dezember 2008 und 2007 wurden auf der Grundlage der IFRS erstellt und sind im Finanzteil dieses Prospektes auf den Seiten F-13 ff. und 73 ff. abgedruckt.

Geprüft und in EUR Mio.	1. Januar – 31. Dezember 2008	1. Januar – 31. Dezember 2007
Umsatzerlöse	4.794,4	3.344,1
Herstellungskosten	2.552,9	2.211,9
Bruttoergebnis vom Umsatz	2.241,5	1.132,1
Vertriebskosten	776,0	752,3
Allgemeine Verwaltungskosten	104,4	89,4
Forschungs- und Entwicklungskosten	18,1	15,5
Sonstige betriebliche Erträge	173,6	138,2
Sonstige betriebliche Aufwendungen	176,6	132,0
Beteiligungsergebnis	2,5	4,6
Operatives Ergebnis (EBIT I)¹⁾	1.342,7	285,7
Marktveränderungen aus Sicherungsgeschäften/Ergebnis aus nicht mehr operativen Derivaten	– 150,4	– 392,6
Ergebnis nach Marktwertveränderungen und nicht mehr operativen Derivaten (EBIT II)¹⁾	1.192,3	– 106,9
Zinserträge	25,1	6,7
Zinsaufwendungen	– 29,7	– 42,3
Sonstiges Finanzergebnis	11,4	– 0,1
Finanzergebnis	6,8	– 35,7
Ergebnis vor Ertragssteuern	1.199,1	– 142,6
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	327,7	– 49,5
davon: latente Steuern ²⁾	61,4	– 68,9
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	871,4	– 93,1
Anteile anderer Gesellschafter am Ergebnis	0,5	0,2
Konzernergebnis nach Steuern und Anteilen Dritter	870,9	– 93,3
Ergebnis vor Ertragssteuern, bereinigt^{1) 3)}	1.349,4	250,0
Konzernergebnis, bereinigt^{1) 3)}	979,3	175,3

1) Diese Kennzahlen sind keine nach IFRS definierten Kennzahlen. Potentielle Investoren sollten beachten, dass diese Kennzahlen keine einheitlichen angewandten oder standardisierten Kennzahlen sind, ihre Berechnung variieren kann und dass diese Kennzahlen für sich allein genommen keine Basis für Vergleiche mit anderen Unternehmen darstellen.

2) Die nicht zahlungswirksamen latenten Steuern resultieren aus steuerlichen Verlustvorträgen sowie anderen temporären steuerlichen Bewertungsdifferenzen.

3) Aufgrund der begrenzten wirtschaftlichen Aussagekraft des unbereinigten Ergebnisses nach Steuern weist die Gesellschaft zusätzlich ein um Effekte der Marktwertveränderungen aus Sicherungsgeschäften sowie nicht mehr operativer Derivate bereinigtes Ergebnis nach Steuern aus. Dieses eliminiert auch die Auswirkungen der Effekte der Marktwertveränderungen aus Sicherungsgeschäften bzw. nicht mehr operativer Derivate auf die latenten bzw. zahlungswirksamen Steuern.

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse der K+S Gruppe stiegen von EUR 3.344 Mio. im Geschäftsjahr 2007 um 43,4 % auf EUR 4.794 Mio. im Geschäftsjahr 2008. Nachfolgende Tabelle zeigt die Umsatzerlöse der K+S Gruppe für 2008 und 2007 aufgliedert auf die Geschäftsbereiche:

Geprüft und in EUR Mio.	1. Januar – 31. Dezember 2008	1. Januar – 31. Dezember 2007
Kali- und Magnesiumprodukte.....	2.397,4	1.407,9
COMPO ¹⁾	750,9	617,4
fertiva ¹⁾	901,5	648,0
Salz	618,6	545,1
Ergänzende Geschäftsbereiche ²⁾	125,3	125,0
Überleitung ³⁾	0,8	0,6
Gesamt	4.794,4	3.344,1

- 1) Die bisherigen Geschäftsbereiche COMPO und fertiva wurden zum 1. Januar 2009 zum Geschäftsbereich „Stickstoffdüngemittel“ zusammengefasst. Für weitere Informationen siehe oben „– Segmentberichterstattung“.
- 2) Die bisherigen Geschäftsbereiche „Entsorgung und Recycling“ und „Dienstleistungen und Handel“ sind zum 1. Januar 2008 zum Geschäftsbereich „Ergänzende Geschäftsbereiche“ zusammengefasst worden. Zum Zwecke der Segmentdiskussion wurden daher die Umsätze der genannten Geschäftsbereiche für das Geschäftsjahr 2007 zusammengefasst. Für weitere Informationen dazu siehe oben „– Segmentberichterstattung“. Darüber hinaus wurden die Aktivitäten der K+S IT seit Jahresbeginn 2008 aufgrund des geringen Anteils von Drittumsätzen in der Überleitung (und nicht mehr in den „Ergänzenden Geschäftsbereichen“) dargestellt; die Vorjahreszahlen im Geschäftsjahr 2007 wurden entsprechend angepasst.
- 3) Die Angaben zu den Geschäftsbereichen werden vor intersegmentärer Konsolidierung dargestellt. Aufwendungen und Erträge sowie Bilanzposten, die den Geschäftsbereichen nicht zuordenbar sind, werden gesondert erfasst. Beide Effekte werden in der Zeile „Überleitung“ zusammengefasst.

Der Anstieg der Umsatzerlöse der K+S Gruppe ist insbesondere auf positive Preiseffekte (hauptsächlich im Düngemittelgeschäft) zurückzuführen, welche die moderaten währungsbedingten und die im vierten Quartal 2008 deutlichen mengenbedingten (im Wesentlichen infolge der durch die Finanzkrise ausgelösten Kaufzurückhaltung) Umsatzrückgänge mehr als ausgleichen konnten. So führten Preiseffekte (preis- und preisstellungsbedingt) im Durchschnitt zu einer Steigerung der Umsatzerlöse in Höhe von 64,5 % im Geschäftsjahr 2008 gegenüber 2007, während mengen- und strukturbedingte Effekte im Durchschnitt zu einer Reduzierung der Umsatzerlöse in Höhe von –18,8 % im Geschäftsjahr 2008 gegenüber 2007 und Währungseffekte im Durchschnitt zu einer Reduzierung der Umsatzerlöse in Höhe von –2,4 % im Geschäftsjahr 2008 gegenüber 2007 beitrugen.

Die Geschäftsbereiche Kali- und Magnesiumprodukte, fertiva sowie COMPO steigerten ihren Umsatz hauptsächlich aufgrund der deutlich höheren Düngemittelpreise und, bei einer mengenmäßigen Betrachtung, aufgrund der einsetzenden Frühjahrsdüngung in Europa im ersten Quartal 2008. Im Geschäftsbereich Salz konnte ein schwacher Auftausalzabsatz im ersten Quartal 2008 durch höhere Umsätze in den Bereichen Industrie-, Gewerbe- und Speisesalz und infolge des starken Wintereinbruchs im vierten Quartal 2008 mehr als ausgeglichen werden. Im Geschäftsbereich Ergänzende Geschäftsbereiche konnte der Umsatz im Geschäftsjahr 2008 trotz der Entkonsolidierung der biodata (September 2007) und der K+S Consulting GmbH („K+S Consulting“) (Dezember 2007) auf dem Niveau des Geschäftsjahres 2007 gehalten werden. Für weitere Informationen zu der Entwicklung in den Geschäftsbereichen siehe unten „– Segmentdiskussion“.

Mit 50 % der Gesamtumsatzerlöse der K+S Gruppe im Geschäftsjahr 2008 (42,1 % im Geschäftsjahr 2007) war der Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte der umsatzstärkste Geschäftsbereich der K+S Gruppe. Der Geschäftsbereich fertiva trug 18,8 % im Geschäftsjahr 2008 (19,4 % im Geschäftsjahr 2007), der Geschäftsbereich COMPO 15,7 % im Geschäftsjahr 2008 (18,5 % im Geschäftsjahr 2007), der Geschäftsbereich Salz 12,9 % im Geschäftsjahr 2008 (16,3 % im Geschäftsjahr 2007) und der Geschäftsbereich Ergänzende Geschäftsbereiche 2,6 % im Geschäftsjahr 2008 (3,7 % im Geschäftsjahr 2007; diese Zahl umfasst die Bereiche Entsorgung und Recycling sowie Dienstleistungen und Handel) zu den Gesamtumsatzerlösen der K+S Gruppe bei.

Im Geschäftsjahr 2008 wurden 18,6 % der Gesamtumsatzerlöse im Inland (2007: 19,6 %), 49,5 % in der Region Übriges Europa (2007: 47,1 %) und 31,9 % in der Region Übersee (2007: 33,3 %) erwirtschaftet. Die Umsatzerlöse in Europa (Regionen Inland und Übriges Europa) stiegen im Geschäftsjahr 2008 gegenüber 2007 (auf Basis der absoluten Zahlen) um 46 %, die Umsatzerlöse in der Region Übersee (auf Basis der absoluten Zahlen) um 37 % im Geschäftsjahr 2008 gegenüber 2007.

Herstellungskosten

Die Herstellungskosten der K+S Gruppe stiegen von EUR 2.212,0 Mio. im Geschäftsjahr 2007 um 15,4% auf EUR 2.552,9 Mio. im Geschäftsjahr 2008. Ursache dafür waren im Wesentlichen die erheblichen Kostensteigerungen für Personal und für den Bezug von Energie, insbesondere für den Bezug von Gas.

Der Personalaufwand der K+S Gruppe ist im Geschäftsjahr 2008 gegenüber dem Geschäftsjahr 2007 angestiegen. Ursache dafür war im Wesentlichen eine Steigerung der Löhne und Gehälter sowie der Sozialabgaben aufgrund der zum 1. Januar 2008 in Kraft getretenen Tarifierhöhung in den Geschäftsbereichen Kali- und Magnesiumprodukte sowie Salz, der moderat erhöhten Mitarbeiterzahl sowie der gestiegenen erfolgsabhängigen Vergütung (sowohl größere Anzahl an beteiligten Mitarbeitern als auch betragsmäßige höhere Beteiligungen pro Mitarbeiter).

Die Energiekosten der K+S Gruppe sind im Geschäftsjahr 2008 gegenüber dem Geschäftsjahr 2007 angestiegen. Der in der zweiten Jahreshälfte im Geschäftsjahr 2008 zu beobachtende deutliche Rückgang der Marktpreise für Energie hatte aufgrund der mit den Lieferanten vereinbarten Energiebezugsklauseln noch keine Auswirkungen auf die Energiekosten der K+S Gruppe. Neben den Personal- und den Energiekosten sind auch die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren im Geschäftsjahr 2008 gegenüber 2007 angestiegen. Dies war insbesondere auf die gestiegenen Bezugspreise für Phosphat und Ammoniak zurückzuführen. Ferner stiegen die Aufwendungen für bezogene Leistungen im Geschäftsjahr 2008 gegenüber dem Geschäftsjahr 2007. Ursache dafür waren im Wesentlichen eine Erhöhung der Aufwendungen für erbrachte Leistungen von Dritten, z.B. für Verladedienstleistungen im Rahmen des Warentransports von Dritten und Instandhaltungsdienstleistungen (insbesondere in den Werken der K+S Gruppe).

Vertriebskosten

Die Vertriebskosten der K+S Gruppe stiegen von EUR 752 Mio. im Geschäftsjahr 2007 um 3,1% auf EUR 776 Mio. im Geschäftsjahr 2008. Ursache dieses Anstiegs waren im Wesentlichen die tarifbedingt höheren Personalkosten im Vertrieb, höhere Materialkosten für den Transport der Produkte sowie erhöhte Gebühren für Warenkreditversicherungen aufgrund gestiegener Preise. Zusätzlich stiegen die Kosten für Werbung in Form von u. a. Anzeigen, Broschüren, TV- und Radiospots, Messen, Produkteinführungen (insbesondere in den Geschäftsbereichen COMPO, Kali- und Magnesiumprodukte sowie Salz) im Geschäftsjahr 2008 gegenüber 2007, im Wesentlichen wegen einer intensivierten Werbetätigkeit, an. Die Frachtkosten, die im Geschäftsjahr 2007 und 2008 über die Hälfte der Vertriebskosten ausmachten, sanken im Geschäftsjahr 2008 gegenüber dem Geschäftsjahr 2007 aufgrund des in 2008 gegenüber 2007 geringeren Überseeanteils der zu transportierenden Waren.

Allgemeine Verwaltungskosten

Die Allgemeinen Verwaltungskosten der K+S Gruppe stiegen von EUR 89 Mio. im Geschäftsjahr 2007 um 16,8% auf EUR 104 Mio. im Geschäftsjahr 2008. Dieser Zuwachs ist im Wesentlichen auf die Kosten für die Harmonisierung der IT-Infrastruktur bei der SPL in Chile, die höhere erfolgsabhängige Vergütung für Vorstand und Führungskräfte (höhere Anzahl von Berechtigten sowie höhere Auszahlung pro Berechtigtem) sowie die Kosten einer Imagekampagne zurückzuführen.

Forschungs- und Entwicklungskosten

Die Forschungs- und Entwicklungskosten der K+S Gruppe stiegen von EUR 16 Mio. im Geschäftsjahr 2007 um 16,4% auf EUR 18 Mio. im Geschäftsjahr 2008. Dieser Anstieg ist vor allem auf die Kosten im Zusammenhang mit der Neuentwicklung von Produktionsverfahren zur Verringerung fester und flüssiger Produktionsrückstände in der Kaliproduktion zurückzuführen.

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge der K+S Gruppe stiegen von EUR 138 Mio. im Geschäftsjahr 2007 um 25,6 % auf EUR 174 Mio. im Geschäftsjahr 2008. Nachfolgende Tabelle zeigt eine detaillierte Aufstellung der sonstigen betrieblichen Erträge für 2008 und 2007:

Geprüft und in TEUR	1. Januar – 31. Dezember 2008	1. Januar – 31. Dezember 2007
Gewinne aus Kursdifferenzen.....	94.712	56.679
davon realisierte Marktwerte abzgl. gezahlter Prämien...	–	48.268
Auflösungen von Rückstellungen.....	34.279	31.032
Erhaltene Entschädigungen und Erstattungen.....	13.188	15.475
Erträge aus der Ausbuchung von Vorratsvermögen.....	8.576	–
Auflösungen von Wertberichtigungen für Forderungen.....	2.020	5.685
Erträge aus Gaspreissicherung.....	–	5.319
Vermietung und Verpachtung.....	1.932	2.036
davon aus als Finanzinvestition gehaltene Immobilien...	1.378	1.517
Abgänge von Vermögenswerten des Anlagevermögens.....	755	1.885
Erträge aus dem Verkauf von Emissionsrechten.....	5	734
Übrige Erträge.....	18.141	19.350
Sonstige betriebliche Erträge.....	173.608	138.195

Die Erhöhung der Gewinne aus Kursdifferenzen von EUR 57 Mio. im Geschäftsjahr 2007 auf EUR 95 Mio. im Geschäftsjahr 2008 resultierte im Wesentlichen aus der für die K+S Gruppe positiveren Wechselkursentwicklung (insbesondere US-Dollar) im Geschäftsjahr 2008 gegenüber 2007. Die im Geschäftsjahr 2007 in der Position „Gewinne aus Kursdifferenzen“ enthaltene Position „Realisierte Marktwerte abzgl. gezahlter Prämien“ ist zur Darstellung des EBIT I erforderlich. Die Korrektur dieser Position erfolgte innerhalb der Position „Marktwertveränderungen aus Sicherungsgeschäften“. Für weitere Informationen dazu siehe unten „– Ergebnis nach Marktwertveränderungen und nicht mehr operativen Derivaten (EBIT II)“. Die Erträge aus der Ausbuchung von Vorratsvermögen in Höhe von EUR 9 Mio. im Geschäftsjahr 2008 resultierten aus buchungstechnischen Gründen im Zusammenhang mit der Fertigstellung eines Produktionsgegenstandes. Sie wurden durch korrespondierende Aufwendungen, die in der Position „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ ausgewiesen werden, in voller Höhe kompensiert. Für weitere Informationen siehe unten „– Sonstige betriebliche Aufwendungen“. Die Reduzierung der Erträge aus der Gaspreissicherung von EUR 5 Mio. im Geschäftsjahr 2007 auf EUR 0 Mio. im Geschäftsjahr 2008 resultierte daraus, dass im Geschäftsjahr 2008 keine Maßnahmen zur Absicherung des Gaspreises vorgenommen wurden.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen der K+S Gruppe stiegen von EUR 132 Mio. im Geschäftsjahr 2007 um 33,8 % auf EUR 177 Mio. im Geschäftsjahr 2008. Nachfolgende Tabelle zeigt eine detaillierte Aufstellung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen für 2008 und 2007:

Geprüft und in TEUR	1. Januar – 31. Dezember 2008	1. Januar – 31. Dezember 2007
Kurssicherungskosten/Verluste aus Kursdifferenzen	75.390	66.177
davon realisierte Marktwerte abzgl. gezahlter Prämien...	583	–
Wertberichtigungen auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.....	19.703	3.750
Aufwendungen für Altersteilzeit	14.334	14.312
Aufwendungen für Beratungen, Gutachten, Rechtsanwalts- honorare	9.839	539
Aufwand aus der Ausbuchung von Vorratsvermögen	8.576	–
Abschreibungen.....	5.696	3.190
Investitionsnebenkosten	3.924	2.390
Aufwendungen/Erstattungen für stillgelegte Werke und Verwahrung Merkers.....	2.938	1.975
Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlage- vermögens	2.548	1.565
Aufwendungen für als Finanzinvestition gehaltene ver- mietete Immobilien.....	2.471	1.437
Zuführungen/Verbrauch Aktienoptionsprogramm	10,0	4.507
Zuführungen/Verbrauch übrige Rückstellungen.....	– 292	6.414
Übrige Aufwendungen	30.852	25.701
Sonstige betriebliche Aufwendungen	176.572	131.957

Ursache für den Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen waren zum einen die von EUR 66 Mio. im Geschäftsjahr 2007 auf EUR 75 Mio. im Geschäftsjahr 2008 gestiegenen Kurssicherungskosten bzw. Verluste aus Kursdifferenzen. Diese Entwicklung beruhte im Wesentlichen auf der Veränderung der Wechselkursentwicklung im Geschäftsjahr 2008 gegenüber 2007 und den damit verbundenen Kursabsicherungskosten im Rahmen des Fremdwährungssicherungssystems der Gesellschaft. Zum anderen stiegen die Wertberichtigungen auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen von EUR 4 Mio. im Geschäftsjahr 2007 auf EUR 20 Mio. im Geschäftsjahr 2008, insbesondere wegen einer höheren Risikovorsorge für eventuelle Zahlungsausfälle im Rahmen von Produktlieferungen im Geschäftsjahr 2008 gegenüber 2007. Die Aufwendungen für Beratungen, Gutachten, Rechtsanwaltshonorare stiegen von EUR 0,6 Mio. im Geschäftsjahr 2007 auf EUR 10 Mio. im Geschäftsjahr 2008 hauptsächlich durch gestiegene Kosten für Projekte zur Prüfung zukünftiger Wachstumsmöglichkeiten der K+S Gruppe. Die von EUR 0 Mio. im Geschäftsjahr 2007 auf EUR 9 Mio. im Geschäftsjahr 2008 gestiegenen Aufwendungen aus der Ausbuchung von Vorratsvermögen resultierten aus buchungstechnischen Gründen im Zusammenhang mit der Fertigstellung eines Produktionsgegenstandes. Sie wurden durch korrespondierende Erträge, die in der Position „Sonstige betriebliche Erträge“ ausgewiesen werden, in voller Höhe kompensiert. Für weitere Informationen siehe oben „– Sonstige betriebliche Erträge“.

Beteiligungsergebnis

Das Beteiligungsergebnis sank von TEUR 4.584 im Geschäftsjahr 2007 um 45,0 % auf TEUR 2.519 im Geschäftsjahr 2008. Ursache dafür war insbesondere ein Sonderertrag im Geschäftsjahr 2007 aus dem Verkauf der nicht zum Kerngeschäft der K+S Gruppe gehörenden biodata in Höhe von TEUR 3.263. Im Geschäftsjahr 2008 wurden keine entsprechenden Sondererträge erzielt.

Operatives Ergebnis (EBIT I)

Das Operative Ergebnis (EBIT I) der K+S Gruppe stieg von EUR 286 Mio. im Geschäftsjahr 2007 auf EUR 1.343 Mio. im Geschäftsjahr 2008. Nachfolgende Tabelle stellt das EBIT I aufgliedert nach den Geschäftsbereichen für die Geschäftsjahre 2008 und 2007 dar:

Geprüft und in EUR Mio.	1. Januar – 31. Dezember 2008	1. Januar – 31. Dezember 2007
Kali- und Magnesiumprodukte.....	1.203,2	177,9
COMPO ¹⁾	79,0	32,0
fertiva ¹⁾	42,4	25,3
Salz	45,2	47,8
Ergänzende Geschäftsbereiche ²⁾	25,1	37,6
Entsorgung und Recycling	10,0	11,5
Dienstleistungen und Handel	15,1	26,1
Überleitung ³⁾	– 52,2	– 35,0
Gesamt⁵⁾	1.342,7	285,7
EBIT-Marge in %^{4) 5)}	28,0	8,5

- 1) Die bisherigen Geschäftsbereiche COMPO und fertiva wurden zum 1. Januar 2009 zum Geschäftsbereich „Stickstoffdüngemittel“ zusammengefasst. Für weitere Informationen siehe oben „– Segmentberichterstattung“.
- 2) Die bisherigen Geschäftsbereiche „Entsorgung und Recycling“ und „Dienstleistungen und Handel“ sind zum 1. Januar 2008 zum Geschäftsbereich „Ergänzende Geschäftsbereiche“ zusammengefasst worden. Zum Zwecke der Segmentdiskussion wurde daher das EBIT I der genannten Geschäftsbereiche für das Geschäftsjahr 2007 zusammengefasst. Darüber hinaus wurden die Aktivitäten der K+S IT seit Jahresbeginn 2008 aufgrund des geringen Anteils von Drittumsätzen in der Überleitung (und nicht mehr in den „Ergänzenden Geschäftsbereichen“) dargestellt; die Vorjahreszahlen im Geschäftsjahr 2007 wurden entsprechend angepasst.
- 3) Aufwendungen und Erträge, die den Geschäftsbereichen nicht zuordenbar sind, werden gesondert erfasst und in der Zeile „Überleitung“ dargestellt.
- 4) Die EBIT-Marge stellt das Verhältnis des EBIT I zu den Umsatzerlösen dar.
- 5) Diese Kennzahl ist keine nach IFRS definierte Kennzahl. Potentielle Investoren sollten beachten, dass diese Kennzahl keine einheitlich angewandte oder standardisierte Kennzahl ist, ihre Berechnung variieren kann und dass diese Kennzahl für sich allein genommen keine Basis für Vergleiche mit anderen Unternehmen darstellt.

Ursache für die Steigerung des Operativen Ergebnisses im Geschäftsjahr 2008 gegenüber 2007 war insbesondere – bis auf die Geschäftsbereiche Salz und Ergänzende Geschäftsbereiche – eine Verbesserung der operativen Ergebnisse in allen anderen Geschäftsbereichen der K+S Gruppe im Geschäftsjahr 2008 gegenüber 2007. Die stark gestiegenen Absatzpreise für Standard- und Spezialdüngemittel im Geschäftsjahr 2008 führten zu einem starken Anstieg des EBIT I im Geschäftsjahr 2008, insbesondere im Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte. Höhere Herstellungskosten sowie negative Währungseffekte im Geschäftsjahr 2008 gegenüber 2007 konnten aufgrund der starken Preiseffekte im Geschäftsjahr 2008 in diesem Geschäftsbereich überkompensiert werden. Das EBIT I im Geschäftsbereich Salz lag infolge höherer Kosten im Geschäftsjahr 2008 gegenüber 2007, insbesondere für Energie und Frachten, sowie eines geringeren Währungsergebnisses im Geschäftsjahr 2008 unter dem Wert des Geschäftsjahres 2007. Das EBIT I im Geschäftsbereich Ergänzende Geschäftsbereiche sank im Geschäftsjahr 2008 gegenüber 2007 insbesondere aufgrund eines Absatzmengenrückgangs im Bereich Logistik, höheren Kosten im Bereich Entsorgung und Recycling sowie der Veräußerung der biodata im September 2007. Für weitere Informationen zur Entwicklung des operativen Ergebnisses in den Geschäftsbereichen siehe unten „– Segmentberichterstattung“.

Die Veränderung der Position Überleitung von EUR – 35 Mio. im Geschäftsjahr 2007 auf EUR – 52 Mio. im Geschäftsjahr 2008 resultierte hauptsächlich aus der höheren erfolgsabhängigen Vergütung für Vorstand und Führungskräfte. Für weitere Informationen dazu siehe „Verwaltungs-, Management- und Aufsichtsorgane der K+S AG – Vorstand – Vergütung, Aktienbesitz und sonstige Rechtsbeziehungen“. Zusätzliche Kosten entstanden für Projekte zur Prüfung zukünftiger Wachstumsmöglichkeiten der K+S Gruppe sowie durch Beratungsleistungen für die angekündigte Neuordnung des Geschäfts mit stickstoffhaltigen Düngemitteln und der im Geschäftsjahr 2007 begonnenen Imagekampagne.

Die EBIT-Marge stieg aufgrund des im Vergleich zu den Umsatzerlösen überproportional starken Anstiegs des EBIT I im Geschäftsjahr 2008 von 8,5 % im Geschäftsjahr 2007 auf 28,0 % im Geschäftsjahr 2008.

Ergebnis nach Marktwertveränderungen und nicht mehr operativen Derivaten (EBIT II)

Das Ergebnis nach Marktwertveränderungen und nicht mehr operativen Derivaten (EBIT II) stieg von EUR – 107 Mio. im Geschäftsjahr 2007 auf EUR 1.192 Mio. im Geschäftsjahr 2008. Das Ergebnis aus Marktwertveränderungen aus Sicherungsgeschäften bzw. nicht mehr operativen Derivaten verbesserte sich von EUR – 393 Mio. im Geschäftsjahr 2007 auf EUR – 150 Mio. im Geschäftsjahr 2008. Ursache dafür waren im Wesentlichen ein zum Stichtag 31. Dezember 2008 (gegenüber dem 31. Dezember 2007) hin deutlich stärkerer US-Dollar, niedrigere Frachtraten sowie gesunkene Energiepreise im Geschäftsjahr 2008 gegenüber 2007, was insgesamt zu niedrigeren Marktwerten der hierfür eingesetzten Sicherungsinstrumente geführt hatte. Die gesunkenen Marktwerte führten im Ergebnis zu der Reduzierung des Verlustausweises in dem betreffenden Posten der Gewinn- und Verlustrechnung. Für weitere Informationen zum Fremdwährungssicherungssystem siehe „– Liquidität und Kapitalausstattung – Cash-, Währungs- und Zinsmanagement sowie Absicherung der Fracht- und Energiekosten in der K+S Gruppe – Währungs- und Zinsmanagement“. Der überwiegende Teil der Ergebnisbelastung im Geschäftsjahr 2008 in Höhe von EUR – 150 Mio. resultierte aus der Ausübung, dem Verkauf oder dem Verfall der zu Beginn des Jahres noch bestehenden, nicht mehr operativen Derivate. Diese Sachverhalte beruhen im Wesentlichen auf einer Änderung des Fremdwährungssicherungssystems der K+S Gruppe im Dezember 2007. Für weitere Informationen dazu siehe „– Sonstige Kennziffern der K+S Gruppe – Zeitraumbezogene Kennzahlen – Operatives Ergebnis (EBIT I) und Ergebnis nach operativen Sicherungsgeschäften (EBIT II)“.

Finanzergebnis (Zinsergebnis und Sonstiges Finanzergebnis)

Das Finanzergebnis der K+S Gruppe verbesserte sich von EUR – 36 Mio. im Geschäftsjahr 2007 auf EUR 7 Mio. im Geschäftsjahr 2008. Das Finanzergebnis setzt sich aus dem Zinsergebnis (Ergebnis aus Zinserträgen und Zinsaufwendungen) und dem sonstigen Finanzergebnis zusammen. Nachfolgende Tabelle zeigt die Aufgliederung des Finanzergebnisses der K+S Gruppe für 2008 und 2007:

Geprüft und in TEUR	1. Januar – 31. Dezember 2008	1. Januar – 31. Dezember 2007
Zinsanteil aus der Bewertung von bergbaulichen Rückstellungen.....	19.988	–
Zinsen und ähnliche Erträge.....	5.068	6.686
Zinserträge.....	25.056	6.686
Zinsanteil in den Zuführungen zu Pensionsrückstellungen.....	– 2.344	– 4.047
Zinsanteil aus der Bewertung von bergbaulichen Rückstellungen.....	–	– 13.934
Zinsanteil in den Zuführungen zu Jubiläumsrückstellungen.....	– 981	– 894
Übrige Zinsen und ähnliche Aufwendungen.....	– 26.327	– 23.383
Zinsaufwendungen.....	– 29.652	– 42.258
Zinsergebnis.....	– 4.596	– 35.572
Ergebnis aus dem Abgang finanzieller Vermögenswerte .	11.508	606
Ergebnis aus der Marktbewertung finanzieller Vermögenswerte.....	– 196	– 384
Sonstige Finanzaufwendungen.....	41,0	– 315
Sonstiges Finanzergebnis.....	11.353	– 93
Finanzergebnis.....	6.757	– 35.665

Die Entwicklung des Finanzergebnisses war im Wesentlichen auf das von TEUR – 35.572 im Geschäftsjahr 2007 auf TEUR – 4.596 im Geschäftsjahr 2008 verbesserte Zinsergebnis zurückzuführen. Hauptursache hierfür war die Erhöhung des Abzinsungssatzes für die Berechnung der Rückstellungen für bergbauliche Verpflichtungen im Geschäftsjahr 2008, woraus ein nicht zahlungswirksamer Zinsertrag in Höhe von EUR 27 Mio. im Geschäftsjahr 2008 resultierte. Insgesamt betrug der Zinsertrag der Rückstellungen für bergbauliche Verpflichtungen im Geschäftsjahr 2008 TEUR 19.988 gegenüber einem Zinsaufwand in Höhe von TEUR – 13.934 im Geschäftsjahr 2007. Die Position Übrige Zinsen und ähnliche Aufwendungen stieg von TEUR – 23.383 im Geschäftsjahr 2007 auf TEUR – 26.327 im Geschäftsjahr 2008.

Das sonstige Finanzergebnis verbesserte sich von TEUR –93 im Geschäftsjahr 2007 auf TEUR 11.353 im Geschäftsjahr 2008, insbesondere aufgrund von Sondererträgen aus dem Abgang von Finanzinvestitionen (Abgang von bislang nach IAS 39 bilanzierten Wertpapieren) in Höhe von TEUR 10.454 im Geschäftsjahr 2008.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag der K+S Gruppe stiegen von EUR –50 Mio. im Geschäftsjahr 2007 auf EUR 328 Mio. im Geschäftsjahr 2008. Auslöser dafür waren im Wesentlichen die von EUR 19 Mio. im Geschäftsjahr 2007 auf EUR 266 Mio. im Geschäftsjahr 2008 gestiegenen zahlungswirksamen Steuern, insbesondere aufgrund des deutlich gestiegenen Ergebnisses vor Ertragssteuern. Die latenten (nicht zahlungswirksamen) Steuern stiegen von EUR –69 Mio. im Geschäftsjahr 2007 auf EUR 61 Mio. im Geschäftsjahr 2008. Ursächlich dafür war die deutlich negative Entwicklung der Bandbreitenoptionen der K+S Gruppe im Geschäftsjahr 2007 sowie der Anstieg der latenten Steuern aus Verlustvorträgen. Im Geschäftsjahr 2008 entstand im Wesentlichen durch den Verbrauch von steuerlichen Verlustvorträgen ein latenter Steueraufwand in Höhe von EUR 61 Mio.

Die K+S Gruppe hat sowohl im Geschäftsjahr 2008 als auch im Geschäftsjahr 2007 den größten Teil ihrer Erträge im Inland erwirtschaftet. Dadurch konnte die K+S Gruppe im besonderen Maße von der Absenkung der Körperschaftsteuersätze von 25 % auf 15 % im Rahmen der Unternehmensteuerreform profitieren. Trotz der Gegenfinanzierungsmaßnahmen im Rahmen der Unternehmenssteuerreform betrug das erreichte Ertragssteuerentlastungsvolumen im Geschäftsjahr 2008 rund EUR 82 Mio. Der nach IFRS anzusetzende inländische Konzernsteuersatz reduzierte sich in der Folge von 37,2 % auf 27,9 %. Die effektive Steuerquote der K+S Gruppe (Verhältnis von tatsächlichem Steueraufwand zum Ergebnis vor Ertragssteuern) belief sich im Geschäftsjahr 2008 auf 27,3 %.

Bereinigtes Konzernergebnis

Aufgrund der begrenzten wirtschaftlichen Aussagekraft des unbereinigten Ergebnisses nach Steuern weist die Gesellschaft zusätzlich ein um Effekte der Marktwertveränderungen aus Sicherungsgeschäften sowie nicht mehr operativer Derivate bereinigtes Ergebnis nach Steuern aus. Dieses eliminiert auch die Auswirkungen der Effekte der Marktwertveränderungen aus Sicherungsgeschäften bzw. nicht mehr operativer Derivate auf die latenten bzw. zahlungswirksamen Steuern. Das bereinigte Konzernergebnis stieg von EUR 175 Mio. im Geschäftsjahr 2007 auf EUR 979 Mio. im Geschäftsjahr 2008. Ursache war neben dem stark gestiegenen Operativen Ergebnis (EBIT I) auch das deutlich verbesserte Finanzergebnis. Die bereinigte Konzernsteuerquote betrug damit 27,4 % im Geschäftsjahr 2008 nach 29,9 % im Geschäftsjahr 2007.

Segmentdiskussion

Nachfolgend werden jeweils die Umsatzerlöse sowie das Operative Ergebnis (EBIT I) der Geschäftsbereiche der K+S Gruppe für die zum 31. Dezember 2008 und 2007 endenden Geschäftsjahre dargestellt. Diese Finanzangaben sind den geprüften Konzernabschlüssen der K+S Gruppe für die zum 31. Dezember 2008 und 2007 endenden Geschäftsjahre entnommen, die auf Grundlage der IFRS erstellt wurden und im Finanzteil dieses Prospektes auf den Seiten F-13 ff. und 73 ff. abgedruckt sind. Für weitere Informationen zu der Segmentberichterstattung der K+S Gruppe siehe oben „– Segmentberichterstattung“.

Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte

Umsatz

Der Umsatz im Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte stieg von EUR 1.408 Mio. im Geschäftsjahr 2007 um 70,3 % auf EUR 2.397 Mio. im Geschäftsjahr 2008. Dieser Zuwachs war hauptsächlich auf deutliche Preissteigerungen, insbesondere für Kalidüngemittel, zurückzuführen. So stiegen die Durchschnittsabsatzpreise für Kali- und Magnesiumprodukte von EUR 171 je Tonne im Geschäftsjahr 2007 auf EUR 343 je Tonne im Geschäftsjahr 2008. Die Preissteigerungen haben absatzmengenbedingte, sowie wechselkursbedingte Umsatzrückgänge aufgrund eines schwächeren US-Dollars überkompensiert. So ging die Gesamtabsatzmenge von Kali- und Magnesiumprodukten von 8,22 Mio. Tonnen im Geschäftsjahr 2007 um 15 % auf 6,99 Mio. Tonnen im Geschäftsjahr 2008 zurück. Diese Entwicklung beruhte unter anderem auf den im Zuge der Finanz-

krise im zweiten Halbjahr stark rückläufigen Getreidepreisen und eines durch die Verunsicherung der Landwirte über die künftige Ertragsituation gesunkenen Ordervolumens für Kali- und Magnesiumprodukte im vierten Quartal. Bei unveränderten Wechselkursen (insbesondere im Verhältnis US-Dollar zu EUR) hätte die K+S Gruppe in diesem Geschäftsbereich einen um knapp EUR 39 Mio. höheren Umsatz im Geschäftsjahr 2008 erzielt.

Im Geschäftsjahr 2008 wurden 13,7% (2007: 14,6%) des Gesamtumsatzes im Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte in Deutschland, 49,0% (2007: 46,1%) in der Region Übriges Europa und 37,3% (2007: 39,3%) in der Region Übersee erwirtschaftet.

Operatives Ergebnis (EBIT I)

Das Operative Ergebnis (EBIT I) im Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte erhöhte sich von EUR 178 Mio. im Geschäftsjahr 2007 auf EUR 1.203 Mio. im Geschäftsjahr 2008. Ursache dafür waren im Wesentlichen die höheren Durchschnittserlöse im Geschäftsjahr 2008 gegenüber dem Geschäftsjahr 2007 für den Absatz der Kali- und Magnesiumprodukte, die preisbedingte Kostensteigerungen, insbesondere für Material (u. a. für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe) und den Bezug von Energie, sowie Mengenrückgänge überkompensieren konnten. Ursache für die Kostensteigerungen waren steigende Energiebezugspreise und steigende Bezugspreise für Hilfs- und Betriebsstoffe. Die in der Regel zu beobachtende Saisonalität der operativen Ergebnisentwicklung des Geschäftsbereichs Kali- und Magnesiumprodukte im jeweils ersten Halbjahr eines Jahres, die in erster Linie mit der europäischen Frühjahrsdüngung zusammenhängt, wurde im Geschäftsjahr 2008 durch die starken Absatzpreiseffekte überlagert. Für weitere Informationen dazu siehe oben „– Umsatz“. Im vierten Quartal 2008 spiegelte sich insbesondere die im Zuge der Finanzkrise einsetzende Kaufzurückhaltung im Operativen Ergebnis (EBIT I) wider.

Geschäftsbereich COMPO

Umsatz

Der Umsatz im Geschäftsbereich COMPO stieg von EUR 617 Mio. im Geschäftsjahr 2007 um 22% auf EUR 751 Mio. im Geschäftsjahr 2008. Hauptauslöser für diese Entwicklung waren preisbedingte Umsatzzuwächse, die die mengenbedingten Umsatzrückgänge überkompensieren konnten. Zudem erhöhte sich der Umsatz im Geschäftsjahr 2008 gegenüber 2007 durch die Aufnahme der K+S Argentina in den Konsolidierungskreis der K+S AG um EUR 4,0 Mio. Die Absatzmenge von stabilisierten Düngemitteln, umhüllten Langzeitdüngern, Mehrnährstoffdünger-Spezialitäten sowie Nährsalzen im Profigeschäft sank von 0,99 Mio. Tonnen im Geschäftsjahr 2007 auf 0,87 Mio. Tonnen im Geschäftsjahr 2008, insbesondere aufgrund der Kaufzurückhaltung der Landwirtschaft im zweiten Halbjahr 2008. Im Geschäftsbereich COMPO wurden im Geschäftsjahr 2008 rund 83% (2007: 86,4%) des Gesamtumsatzes in Europa (davon in Deutschland 20,1% im Geschäftsjahr 2008 und 20,4% im Geschäftsjahr 2007) erwirtschaftet, woraus eine geringe Abhängigkeit von Währungsschwankungen resultierte. In der Region Übersee wurden im Geschäftsjahr 2008 16,9% (2007: 13,6%) des Gesamtumsatzes des Geschäftsbereichs COMPO erwirtschaftet.

Operatives Ergebnis (EBIT I)

Das Operative Ergebnis (EBIT I) des Geschäftsbereichs COMPO stieg von EUR 32 Mio. im Geschäftsjahr 2007 auf EUR 79 Mio. im Geschäftsjahr 2008. Die deutlichen Absatzpreissteigerungen im Profigeschäft konnten die aufgrund von gestiegenen Marktpreisen erhöhten Bezugskosten für die Rohstoffe Ammoniak, Phosphat und Kali mehr als ausgleichen. Das Operative Ergebnis (EBIT I) des Geschäftsbereichs COMPO war im Geschäftsjahr 2007 und im Geschäftsjahr 2008 in hohem Maße saisonal beeinflusst. Die wesentlichen Ergebnisbeiträge wurden in den jeweils ersten Halbjahren erwirtschaftet. Die jeweils dritten und vierten Quartale hingegen waren durch vergleichsweise geringere Umsätze sowie hohe Vorleistungen für die kommende Frühjahrs-saison gekennzeichnet. Das Ergebnis des vierten Quartals 2008 war zusätzlich von gestiegenen Kosten für erhöhte Lagerbestände der K+S Gruppe infolge der Kaufzurückhaltung, Wertberichtigungen auf Vorräte sowie von Kosten für Restrukturierungsmaßnahmen infolge der angekündigten Neuordnung des Geschäfts mit stickstoffhaltigen Düngemitteln belastet.

Geschäftsbereich fertiva

Umsatz

Der Umsatz des Geschäftsbereichs fertiva stieg von EUR 648 Mio. im Geschäftsjahr 2007 um 39,1% auf EUR 902 Mio. im Geschäftsjahr 2008. Diese Umsatzsteigerung wurde durch deutliche Preiseffekte bedingt, die umsatzbelastende Mengen- und Währungseffekte mehr als ausgleichen konnten. Im Laufe des Geschäftsjahres 2008 wurden die Preise für Stickstoffdüngemittel in allen Regionen von der K+S Gruppe deutlich angehoben. Ursache dafür waren vor allem Kapazitätsengpässe in der Produktion sowie gestiegene Bezugspreise für Ammoniak, Phosphat und Kali, die an die Kunden weitergegeben werden konnten. Die Absatzmenge im Geschäftsbereich fertiva sank von 4,22 Mio. Tonnen im Geschäftsjahr 2007 um 18% auf 3,48 Mio. Tonnen im Geschäftsjahr 2008. Diese Entwicklung war im Wesentlichen auf die im Zuge der Finanzkrise stark rückläufigen Getreidepreise im zweiten Halbjahr 2008 und einem durch die Verunsicherung der Landwirte über die künftige Ertragsituation im vierten Quartal gesunkenen Ordervolumen für Stickstoffdüngemittel zurückzuführen. Im Inland wurden im Geschäftsjahr 2008 20,4% der Gesamtumsatzerlöse des Geschäftsbereichs fertiva (2007: 18,0%), in der Region Übriges Europa 54,6% (2007: 45,9%) und in der Region Übersee 25,0% (2007: 36,1%) erzielt. Im europäischen Markt konnte (im Wesentlichen aufgrund der Preissteigerungen) ein Umsatzzuwachs (auf Basis der absoluten Zahlen) von gut 63% erzielt werden. In Übersee ging der Umsatz hauptsächlich mengenbedingt (auf Basis der absoluten Zahlen) um 4% zurück.

Operatives Ergebnis (EBIT I)

Das Operative Ergebnis im Geschäftsbereich fertiva stieg von EUR 25 Mio. im Geschäftsjahr 2007 um 67,6% auf EUR 42 Mio. im Geschäftsjahr 2008. Höhere Bezugskosten für Rohstoffe konnten durch die gestiegenen Umsatzerlöse deutlich überkompensiert werden. Die höheren Bezugskosten für Rohstoffe resultierten hauptsächlich aus höheren Marktpreisen für Düngemittel, die aufgrund der vertraglichen Vereinbarungen mit der BASF SE von der K+S Gruppe zu tragen waren. Die höheren Bezugskosten konnten insgesamt an die Endkunden der K+S Gruppe in Form von höheren Absatzpreisen weitergegeben werden. Zusätzlich erwirtschaftete der Geschäftsbereich fertiva Ergebnisbeiträge mit der Vermarktung zugekaufter Ware anderer namhafter europäischer Produzenten einschließlich Ammonsulfat der Marke Granammon®.

Geschäftsbereich Salz

Umsatz

Im Geschäftsbereich Salz stieg der Umsatz von EUR 545 Mio. im Geschäftsjahr 2007 um 14% auf EUR 619 Mio. im Geschäftsjahr 2008. Diese Steigerung ist vor allem auf mengen- und strukturbedingte sowie auch preisbedingte Zuwächse zurückzuführen. Der Festsalzabsatz stieg von 8,77 Mio. Tonnen im Geschäftsjahr 2007 um 8% auf 9,47 Mio. Tonnen im Geschäftsjahr 2008. Ursache dafür war im Wesentlichen ein starkes Auftausalzgeschäft im vierten Quartal 2008. Zu dem Umsatzanstieg im Geschäftsbereich in Salz im Geschäftsjahr 2008 gegenüber 2007 steuerten esco insgesamt EUR 32,5 Mio. und SPL insgesamt EUR 41,0 Mio. bei. Im Inland wurden im Geschäftsjahr 2008 20,0% der Gesamtumsatzerlöse des Geschäftsbereichs Salz (2007: 19,3%), in der Region Übriges Europa 34,1% (2007: 36,2%) und in der Region Übersee 45,9% (2007: 44,5%) erzielt.

Operatives Ergebnis (EBIT I)

Das Operative Ergebnis (EBIT I) des Geschäftsbereichs Salz sank von EUR 48 Mio. im Geschäftsjahr 2007 um rund 5% auf EUR 45 Mio. im Geschäftsjahr 2008. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf im Verhältnis zum Anstieg der Umsatzerlöse stärker gestiegene Energie- und Frachtkosten sowie ein geringeres Währungsergebnis zurückzuführen. Die Steigerung der Frachtkosten beruhte im Wesentlichen auf höheren Frachtraten. Die Reduzierung des Währungsergebnisses im Geschäftsjahr 2008 gegenüber 2007 resultierte maßgeblich aus der Veränderung der Wechselkursentwicklung.

Geschäftsbereich Ergänzende Geschäftsbereiche

Umsatz

Der Umsatz der Ergänzenden Geschäftsbereiche lag annähernd auf dem Niveau des Vorjahres (EUR 125,1 Mio. im Geschäftsjahr 2007 gegenüber EUR 125,3 Mio. im Geschäftsjahr 2008). Die Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2007 waren noch durch die Einbeziehung der biodata (bis zum September 2007) sowie der seit dem Jahresbeginn 2008 nicht mehr zum Konsolidierungskreis gehörenden K+S Consulting begünstigt. Die biodata (bis 30. September 2007) und die K+S Consulting (bis 31. Dezember 2007) erwirtschafteten im Geschäftsjahr 2007 Umsatzerlöse in Höhe von EUR 2,8 Mio. Durch die Veräußerung bzw. Entkonsolidierung steuerten diese beiden Gesellschaften im Geschäftsjahr 2008 keine Beiträge mehr zu den Umsatzerlösen im Geschäftsbereich Ergänzende Geschäftsbereiche bei. Gemäß den IFRS ist der Innenumsatz aus den gegenüber den Gesellschaften der K+S Gruppe erbrachten Leistungen in den zuvor dargestellten Umsätzen nicht enthalten. Einschließlich der Innenumsätze betrug der Gesamtumsatz des Geschäftsbereichs Ergänzende Geschäftsbereiche im Geschäftsjahr 2008 EUR 171 Mio. (2007: EUR 174 Mio.).

Operatives Ergebnis (EBIT I)

Das Operative Ergebnis (EBIT I) des Geschäftsbereichs Ergänzende Geschäftsbereiche sank von EUR 38 Mio. im Geschäftsjahr 2007 um 33,4 % auf EUR 25 Mio. im Geschäftsjahr 2008. Ursache dafür war zum einen die Veräußerung der biodata, durch die im Geschäftsjahr 2007 ein Veräußerungsgewinn in Höhe von rund EUR 3 Mio. erzielt wurde. Der um diesen Effekt bereinigte Rückgang des Operativen Ergebnisses ist zum anderen im Wesentlichen auf den Mengenrückgang im Bereich Logistik und auf höhere Kosten im Bereich Entsorgung und Recycling sowie Granulierung zurückzuführen, die nicht vollständig kompensiert werden konnten.

Vergleich der zum 31. Dezember 2007 und 2006 endenden Geschäftsjahre

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnungen der K+S AG für die zum 31. Dezember 2007 und 2006 endenden Geschäftsjahre auf der Grundlage der geprüften Konzernabschlüsse der K+S AG zum 31. Dezember 2007 und 2006. Die geprüften Konzernabschlüsse zum 31. Dezember 2007 und 2006 wurden auf der Grundlage der IFRS erstellt und sind im Finanzteil dieses Prospektes auf den Seiten F-73 ff. und 131 ff. abgedruckt.

Geprüft und in EUR Mio.	1. Januar – 31. Dezember 2007	1. Januar – 31. Dezember 2006
Umsatzerlöse	3.344,1	2.957,7
Herstellungskosten	2.211,9	1.928,0
Bruttoergebnis vom Umsatz	1.132,1	1.029,7
Vertriebskosten	752,3	714,3 ⁴⁾
Allgemeine Verwaltungskosten	89,4	81,7
Forschungs- und Entwicklungskosten	15,5	13,8
Sonstige betriebliche Erträge	138,2	119,9
Sonstige betriebliche Aufwendungen	132,0	63,5
Beteiligungsergebnis	4,6	1,8
Operatives Ergebnis (EBIT I)¹⁾	285,7	278,0
Marktveränderungen aus Sicherungsgeschäften	- 392,6	83,6
Ergebnis nach Marktwertveränderungen (EBIT II)¹⁾	- 106,9	361,6
Zinsergebnis	- 35,6	- 27,5
Sonstiges Finanzergebnis	- 0,1	7,4
Finanzergebnis	- 35,7	- 20,1
Ergebnis vor Ertragssteuern	- 142,6	341,5
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	- 49,5	70,3
davon: latente Steuern ¹⁾	- 68,9	20,4
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	- 93,1	271,2
Anteile anderer Gesellschafter am Ergebnis	0,2	0,4
Konzernergebnis nach Steuern und Anteilen Dritter	- 93,3	270,8
Ergebnis vor Ertragssteuern, bereinigt¹⁾³⁾	250,0	257,9
Konzernergebnis, bereinigt¹⁾³⁾	175,3	218,2

- 1) Diese Kennzahlen sind keine nach IFRS definierten Kennzahlen. Potentielle Investoren sollten beachten, dass diese Kennzahlen keine einheitlichen angewandten oder standardisierten Kennzahlen sind, ihre Berechnung variieren kann und dass diese Kennzahlen für sich allein genommen keine Basis für Vergleiche mit anderen Unternehmen darstellen.
- 2) Die nicht zahlungswirksamen latenten Steuern resultieren aus steuerlichen Verlustvorträgen sowie anderen temporären steuerlichen Bewertungsdifferenzen.
- 3) Aufgrund der begrenzten wirtschaftlichen Aussagekraft des unbereinigten Ergebnisses nach Steuern weist die Gesellschaft zusätzlich ein um Effekte der Marktwertveränderungen aus Sicherungsgeschäften bereinigtes Ergebnis nach Steuern aus. Dieses eliminiert auch die Auswirkungen der Effekte der Marktwertveränderungen aus Sicherungsgeschäften auf die latenten bzw. zahlungswirksamen Steuern.
- 4) Diese Zahl für das Geschäftsjahr 2006 wurde aufgrund einer internen Umgliederung (Umbuchung von EUR 14 Mio. von den Vertriebskosten in die Herstellungskosten) im Geschäftsjahr 2007 angepasst.

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse der K+S Gruppe stiegen von EUR 2.958 Mio. im Geschäftsjahr 2006 um 13,1% auf EUR 3.344 Mio. im Geschäftsjahr 2007. Die Umsatzerlöse setzten sich, aufgliedert auf die Geschäftsbereiche, wie folgt zusammen:

Geprüft und in EUR Mio.	1. Januar – 31. Dezember 2007	1. Januar – 31. Dezember 2006
Kali- und Magnesiumprodukte.....	1.407,9	1.238,9
COMPO ¹⁾	617,4	552,4
fertiva ¹⁾	648,0	556,2
Salz	545,1	485,8
Entsorgung und Recycling ²⁾	70,5	69,4
Dienstleistungen und Handel ²⁾	55,0	55,0
Überleitung ³⁾	0,1	–
Gesamt	3.344,1	2.957,7

- 1) Die bisherigen Geschäftsbereiche COMPO und fertiva wurden zum 1. Januar 2009 zum Geschäftsbereich „Stickstoffdüngemittel“ zusammengefasst. Für weitere Informationen siehe oben „– Segmentberichterstattung“.
- 2) Die bisherigen Geschäftsbereiche „Entsorgung und Recycling“ und „Dienstleistungen und Handel“ sind zum 1. Januar 2008 zum Geschäftsbereich „Ergänzende Geschäftsbereiche“ zusammengefasst worden. Für weitere Informationen siehe oben „– Segmentberichterstattung“.
- 3) Die Angaben zu den Geschäftsbereichen werden vor intersegmentärer Konsolidierung dargestellt. Aufwendungen und Erträge sowie Bilanzposten, die den Geschäftsbereichen nicht zuordenbar sind, werden gesondert erfasst. Beide Effekte werden in der Zeile „Überleitung“ zusammengefasst.

Der Umsatzanstieg der K+S Gruppe im Geschäftsjahr 2007 gegenüber dem Geschäftsjahr 2006 resultierte vor allem aus Preis- und Mengeneffekten. Zusätzlich führte die erstmalig ganzjährige Einbeziehung der SPL-Gruppe im Geschäftsjahr 2007 zu einer konsolidierungsbedingten Erhöhung der Umsatzerlöse in Höhe von EUR 126,9 Mio. (anteiliger Umsatzbeitrag im Geschäftsjahr 2006: EUR 81 Mio.). Durch Wechselkursveränderungen entstandene nachteilige Effekte auf die Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2007 konnten durch die Mengen- und Preiseffekte überkompensiert werden. Preiseffekte (preis- und preisstellungsbedingt) führten im Durchschnitt zu einer Steigerung der Umsatzerlöse in Höhe von 9,1% im Geschäftsjahr 2007 gegenüber 2006, mengen- und strukturbedingte Effekte im Durchschnitt zu einer Steigerung der Umsatzerlöse in Höhe von 2,3% im Geschäftsjahr 2007 gegenüber 2006, Konsolidierungseffekte im Durchschnitt zu einer Steigerung der Umsatzerlöse in Höhe von 4,3% im Geschäftsjahr 2007 gegenüber 2006 und Wechselkurseffekte im Durchschnitt zu einer Reduzierung der Umsatzerlöse in Höhe von 2,6% im Geschäftsjahr 2007 gegenüber 2006.

Die Geschäftsbereiche Kali- und Magnesiumprodukte sowie fertiva steigerten ihren Umsatz im Geschäftsjahr 2007 gegenüber dem Geschäftsjahr 2006 hauptsächlich aufgrund deutlich höherer Düngemittelpreise. Der Umsatz des Geschäftsbereichs COMPO legte vor allem aufgrund einer gestiegenen Absatzmenge zu. Trotz des schwachen Auftausalzgeschäfts in Europa erhöhte sich der Umsatz des Geschäftsbereichs Salz im Geschäftsjahr 2007 gegenüber 2006 wegen der erstmalig ganzjährigen Einbeziehung der im Juni 2006 erworbenen chilenischen Salzproduzentin SPL. Für weitere Informationen zu der Entwicklung in den Geschäftsbereichen siehe unten „– Segmentdiskussion“.

Mit 42,1% der Gesamtumsatzerlöse der K+S Gruppe im Geschäftsjahr 2007 (41,9% im Geschäftsjahr 2006) war der Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte der umsatzstärkste Geschäftsbereich der K+S Gruppe. Der Geschäftsbereich fertiva trug 19,4% im Geschäftsjahr 2007 (18,8% im Geschäftsjahr 2006), der Geschäftsbereich COMPO 18,5% im Geschäftsjahr 2007 (18,7% im Geschäftsjahr 2006), der Geschäftsbereich Salz 16,3% im Geschäftsjahr 2007 (16,4% im Geschäftsjahr 2006), der Geschäftsbereich Entsorgung und Recycling 2,1% im Geschäftsjahr 2007 (2,3% im Geschäftsjahr 2006) und der Geschäftsbereich Dienstleistungen und Handel 1,6% im Geschäftsjahr 2007 (1,9% im Geschäftsjahr 2006) zu den Gesamtumsatzerlösen der K+S Gruppe bei.

Im Geschäftsjahr 2007 wurden 19,6% der Gesamtumsatzerlöse im Inland (2006: 23,6%), 47,1% in der Region Übriges Europa (2006: 48,1%) und 33,3% in der Region Übersee (2006: 28,3%) erwirtschaftet. Die Umsatzerlöse in Europa (Regionen Inland und Übriges Europa) stiegen im Geschäftsjahr 2007 gegenüber 2006 (auf Basis der absoluten Zahlen) um 5,1%, die Umsatzerlöse in der Region Übersee um 33,0% im Geschäftsjahr 2007 gegenüber 2006.

Herstellungskosten

Die Herstellungskosten der K+S Gruppe stiegen von EUR 1.928 Mio. im Geschäftsjahr 2006 um 14,7% auf EUR 2.212 Mio. im Geschäftsjahr 2007. Der Anstieg der Herstellungskosten war im Wesentlichen auf gestiegene Personal-, Energie- und Rohstoffkosten zurückzuführen. Der Anstieg des Personalaufwandes war im Wesentlichen auf gestiegene Zahlungen für Löhne und Gehälter aufgrund der Tarifabschlüsse sowie den gestiegenen Mitarbeiterbestand aufgrund der erstmaligen ganzjährigen Einbeziehung der SPL in den Konsolidierungskreis der K+S AG zurückzuführen. Der Personalaufwand je Mitarbeiter im Geschäftsjahr 2007 sank hauptsächlich strukturbedingt gegenüber dem Geschäftsjahr 2006 (Einbeziehung der Mitarbeiter der SPL-Gruppe in die K+S Gruppe verbunden mit einem niedrigeren Lohnniveau in Südamerika gegenüber anderen Regionen, insbesondere Europa) um 1,3%.

Ursache für den Anstieg der Aufwendungen für den Bezug von im Rahmen der Geschäftstätigkeit benötigter Energie im Geschäftsjahr 2007 gegenüber 2006 waren im Wesentlichen die gestiegenen Energiepreise im Markt im Geschäftsjahr 2007 gegenüber 2006. Die Erhöhung der Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren im Geschäftsjahr 2007 gegenüber 2006 war insbesondere auf die durch Marktpreissteigerungen ausgelösten Kostensteigerungen für den Bezug von Rohstoffen, u. a. für Phosphat, zurückzuführen.

Vertriebskosten

Die Vertriebskosten der K+S Gruppe, von denen mehr als die Hälfte auf Frachtkosten entfällt, stiegen von EUR 714 Mio. im Geschäftsjahr 2006 um 5,3% auf EUR 752 Mio. im Geschäftsjahr 2007. Dieser Anstieg war im Wesentlichen auf die erstmalig ganzjährige Einbeziehung der Fracht- und übrigen Vertriebskosten der SPL-Gruppe im Geschäftsjahr 2007 zurückzuführen. Die Frachtkosten stiegen im Geschäftsjahr 2007 weitgehend konsolidierungsbedingt gegenüber dem Geschäftsjahr 2006. Ferner stiegen die Kosten für Werbung in Form von Anzeigen, Broschüren, TV- und Radiospots, Messen, Produkteinführungen etc., insbesondere aufgrund von intensivierten Werbemaßnahmen in den Geschäftsbereichen COMPO, Kali- und Magnesiumprodukte sowie Salz an.

Allgemeine Verwaltungskosten

Die allgemeinen Verwaltungskosten der K+S Gruppe stiegen von EUR 82 Mio. im Geschäftsjahr 2006 um 9,3% auf EUR 89 Mio. im Geschäftsjahr 2007. Dieser Zuwachs ist im Wesentlichen auf die erstmalig ganzjährige Einbeziehung der SPL im Geschäftsjahr 2007 zurückzuführen.

Forschungs- und Entwicklungskosten

Die Forschungskosten der K+S Gruppe stiegen von EUR 14 Mio. im Geschäftsjahr 2006 um 12,5% auf EUR 16 Mio. im Geschäftsjahr 2007. Dieser Anstieg war auf erhöhte Forschungsaufwendungen im Bergbau, die Kosten für den Ausbau von Hochschulprojekten und Kosten aufgrund einer ausgeweiteten Forschungstätigkeit in den Geschäftsbereichen COMPO und fertiva zurückzuführen. Zusätzlich intensivierte die Gesellschaft die Bemühungen bei der Minimierung fester und flüssiger Produktionsrückstände in der Kaliproduktion, was dort zu höheren Kosten im Geschäftsjahr 2007 gegenüber 2006 führte.

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge der K+S Gruppe stiegen von EUR 120 Mio. im Geschäftsjahr 2006 um 15,2 % auf EUR 138 Mio. im Geschäftsjahr 2007. Nachfolgende Tabelle zeigt eine detaillierte Aufstellung der sonstigen betrieblichen Erträge für 2006 und 2007:

Geprüft und in TEUR	1. Januar – 31. Dezember 2007	1. Januar – 31. Dezember 2006
Gewinne aus Kursdifferenzen.....	56.679	54.914
davon realisierte Marktwerte abzgl. gezahlter Prämien...	48.268	12.360
Auflösungen von Rückstellungen.....	31.032	26.090
Erhaltene Entschädigungen und Erstattungen.....	15.475	11.291
Auflösungen von Wertberichtigungen für Forderungen.....	5.685	4.757
Erträge aus Gaspreissicherung.....	5.319	–
Vermietung und Verpachtung.....	2.036	2.644
davon aus als Finanzinvestition gehaltene Immobilien...	1.517	2.096
Abgänge von Vermögenswerten des Anlagevermögens.....	1.885	511
Erträge aus dem Verkauf von Emissionsrechten.....	734	2.990
Übrige Erträge.....	19.350	16.747
Sonstige betriebliche Erträge.....	138.195	119.944

Ursache für den Anstieg der Sonstigen betrieblichen Erträge waren zum einen die von EUR 26 Mio. im Geschäftsjahr 2006 auf EUR 31 Mio. im Geschäftsjahr 2007 gestiegenen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen. Dies beruhte im Wesentlichen auf der Auflösung von Rückstellungen für Marktpreisrisiken insbesondere im Geschäftsbereich fertiva (im Geschäftsbereich fertiva werden Rückstellungen für erwartete, sich marktbedingt verändernde Einkaufspreise gebildet). Zum anderen stiegen die Erträge aus der Gaspreissicherung von EUR 0 Mio. im Geschäftsjahr 2006 auf EUR 5 Mio. im Geschäftsjahr 2007. Auslöser dafür war die erstmalige Vornahme von Gaspreissicherungsmaßnahmen im Geschäftsjahr 2007. Ferner stiegen die Erträge aus erhaltenen Entschädigungen und Erstattungen von EUR 11 Mio. im Geschäftsjahr 2006 auf EUR 15 Mio. im Geschäftsjahr 2007. Diese Entwicklung war hauptsächlich auf Erstattungen für Altersteilzeit in Höhe von EUR 10 Mio. im Geschäftsjahr 2007 gegenüber EUR 4 Mio. im Geschäftsjahr 2006 zurückzuführen. Die Gewinne aus Kursdifferenzen stiegen von EUR 55 Mio. im Geschäftsjahr 2006 auf EUR 57 Mio. im Geschäftsjahr 2007 und basierten insbesondere auf einer positiven Kursentwicklung von eingesetzten Derivaten.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen der K+S Gruppe stiegen von EUR 64 Mio. im Geschäftsjahr 2006 auf EUR 132 Mio. im Geschäftsjahr 2007. Nachfolgende Tabelle zeigt eine detaillierte Aufstellung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen für 2006 und 2007:

<u>Geprüft und in TEUR</u>	<u>1. Januar – 31. Dezember 2007</u>	<u>1. Januar – 31. Dezember 2006</u>
Kurssicherungskosten/Verluste aus Kursdifferenzen	66.177	7.042
Wertberichtigungen auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.....	3.750	4.586
Aufwendungen für Altersteilzeit	14.312	12.401
Abschreibungen.....	3.190	3.360
Investitionsnebenkosten	2.390	3.084
Aufwendungen/Erstattungen für stillgelegte Werke und Verwahrung Merkers.....	1.975	4.643
Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	1.565	3.775
Aufwendungen für als Finanzinvestition gehaltene vermietete Immobilien.....	1.437	2.080
Zuführungen/Verbrauch Aktienoptionsprogramm	4.507	4.462
Zuführungen/Verbrauch übrige Rückstellungen.....	6.414	- 5.801
Übrige Aufwendungen	<u>26.240</u>	<u>23.898</u>
Sonstige betriebliche Aufwendungen	131.957	63.530

Die Erhöhung der Sonstigen betrieblichen Aufwendungen war im Wesentlichen auf die von EUR 7 Mio. im Geschäftsjahr 2006 auf EUR 66 Mio. im Geschäftsjahr 2007 gestiegenen Kurssicherungskosten bzw. Verluste aus Kursdifferenzen zurückzuführen. Während die K+S Gruppe im Geschäftsjahr 2006 noch ein Währungsergebnis in Höhe von EUR 48 Mio. (in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesene Gewinne aus Kursdifferenzen in Höhe von EUR 55 Mio. im Geschäftsjahr 2006 abzüglich in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesene Kurssicherungskosten bzw. Verluste aus Kursdifferenzen in Höhe von EUR 7 Mio. im Geschäftsjahr 2006) erzielen konnte, fiel im Geschäftsjahr 2007 ein Währungsverlust in Höhe von EUR -10 Mio. (in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesene Gewinne aus Kursdifferenzen in Höhe von EUR 57 Mio. im Geschäftsjahr 2007 abzüglich in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesene Kurssicherungskosten bzw. Verluste aus Kursdifferenzen in Höhe von EUR 66 Mio. im Geschäftsjahr 2007) an. Ursache dafür war im Wesentlichen eine stichtagsbedingt niedrigere Bewertung von Fremdwährungsforderungen bzw. Zahlungseingängen, die durch den erzielten positiven Kurssicherungserfolg (siehe oben „- Sonstige betriebliche Erträge“) nicht vollständig ausgeglichen werden konnte. Darüber hinaus stiegen die Aufwendungen für die Zuführung bzw. der Verbrauch von übrigen Rückstellungen von EUR -6 Mio. im Geschäftsjahr 2006 auf EUR 6 Mio. im Geschäftsjahr 2007. Diese Entwicklung war insbesondere auf Restrukturierungsmaßnahmen im Personalbereich in Frankreich zurückzuführen.

Beteiligungsergebnis

Das Beteiligungsergebnis der K+S Gruppe erhöhte sich von EUR 2 Mio. im Geschäftsjahr 2006 auf EUR 5 Mio. im Geschäftsjahr 2007. Dieser Anstieg ist im Wesentlichen auf einen Sonderertrag im Geschäftsjahr 2007 aus dem im September 2007 erfolgten Verkauf der nicht zum Kerngeschäft der K+S Gruppe gehörenden biodata zurückzuführen.

Operatives Ergebnis (EBIT I)

Das Operative Ergebnis (EBIT I) der K+S Gruppe stieg von EUR 278 Mio. im Geschäftsjahr 2006 um 2,8 % auf EUR 286 Mio. im Geschäftsjahr 2007. Nachfolgende Tabelle zeigt das Operative Ergebnis (EBIT I) aufgedgliedert auf die Geschäftsbereiche der K+S Gruppe:

Geprüft und in EUR Mio.	1. Januar – 31. Dezember 2007	1. Januar – 31. Dezember 2006
Kali- und Magnesiumprodukte.....	177,9	158,6
COMPO ¹⁾	32,0	29,3
fertiva ¹⁾	25,3	16,8
Salz	47,8	67,6
Entsorgung und Recycling ²⁾	11,5	13,8
Dienstleistungen und Handel ²⁾	27,7	25,4
Überleitung ³⁾	– 36,5	– 33,4
Gesamt⁵⁾	285,7	278,0
EBIT-Marge in %⁴⁾⁵⁾	8,5	9,4

- 1) Die bisherigen Geschäftsbereiche COMPO und fertiva wurden zum 1. Januar 2009 zum Geschäftsbereich „Stickstoffdüngemittel“ zusammengefasst. Für weitere Informationen siehe oben „– Segmentberichterstattung“.
- 2) Die bisherigen Geschäftsbereiche „Entsorgung und Recycling“ und „Dienstleistungen und Handel“ sind zum 1. Januar 2008 zum Geschäftsbereich „Ergänzende Geschäftsbereiche“ zusammengefasst worden. Für weitere Informationen siehe oben „– Segmentberichterstattung“.
- 3) Aufwendungen und Erträge, die den Geschäftsbereichen nicht zuordenbar sind, werden gesondert erfasst und in der Zeile „Überleitung“ dargestellt.
- 4) Die EBIT-Marge stellt das Verhältnis des EBIT I zu den Umsatzerlösen dar.
- 5) Diese Kennzahl ist keine nach IFRS definierte Kennzahl. Potentielle Investoren sollten beachten, dass diese Kennzahl keine einheitlich angewandte oder standardisierte Kennzahl ist, ihre Berechnung variieren kann und dass diese Kennzahl für sich allein genommen keine Basis für Vergleiche mit anderen Unternehmen darstellt.

Die Entwicklung des Operativen Ergebnisses im Geschäftsjahr 2007 gegenüber 2006 beruhte maßgeblich – ausgenommen die Geschäftsbereiche Salz sowie Entsorgung und Recycling – auf einer Verbesserung der operativen Ergebnisse in allen anderen Geschäftsbereichen im Geschäftsjahr 2007 gegenüber 2006. Insbesondere gestiegene Preise bei Standard- und Spezialdüngemitteln sowie die erstmalig ganzjährige Einbeziehung der SPL-Gruppe im Geschäftsjahr 2007 führten dazu, dass gegenläufige Entwicklungen bei den Kosten sowie bei den Währungseffekten leicht überkompensiert werden konnten. Der gesunkene Umsatz im Geschäftsbereich Salz war vor allem auf starke Absatzmengenrückgänge aufgrund des schwachen Auftausalzgeschäftes und im Geschäftsbereich Entsorgung und Recycling hauptsächlich auf geringere Erlöse für den Absatz von Aluminiumgranulat sowie gestiegene Frachtkosten in den Bereichen Verwertung und Recycling zurückzuführen.

Der Anstieg der Überleitung von EUR – 33 Mio. im Geschäftsjahr 2006 auf EUR – 37 Mio. im Geschäftsjahr 2007 resultierte hauptsächlich aus höheren Rückstellungen für die mögliche Ausübung von Aktienoptionen aus dem virtuellen Aktienoptionsprogramm von Vorstand und Führungskräften, nachdem die Kursentwicklung der K+S-Aktie in den vergangenen Jahren die des MDAX deutlich übertroffen hatte. Für weitere Informationen zum Aktienoptionsprogramm siehe „Verwaltungs-, Management- und Aufsichtsorgane der K+S Gruppe – Vorstand – Vergütung, Aktienbesitz und sonstige Rechtsbeziehungen“.

Die EBIT-Marge sank insbesondere aufgrund der im Verhältnis zu den Umsatzerlösen der K+S Gruppe stärker gestiegenen Kosten von 9,4 % im Geschäftsjahr 2006 auf 8,5 % im Geschäftsjahr 2007.

Ergebnis nach Marktwertveränderungen (EBIT II)

Das Ergebnis nach Marktwertveränderungen (EBIT II) der K+S Gruppe sank von EUR 362 Mio. im Geschäftsjahr 2006 auf EUR – 107 Mio. im Geschäftsjahr 2007. Ursache dafür waren die Marktwertveränderungen aus Sicherungsgeschäften, die im Geschäftsjahr 2007 zu einem Verlust in Höhe von EUR – 393 Mio. (2006: Gewinn in Höhe von EUR 84 Mio.) geführt hatten. Die Höhe der Marktwerte der von der K+S Gruppe eingesetzten Derivate am Abschlusstichtag 31. Dezember 2007 ist u. a. von Faktoren wie dem USD/EUR-Kassakurs, den vereinbarten Bandbreiten, der Volatilität des Wechselkurses sowie den Laufzeiten der ausstehenden Optionen abhängig. Insbesondere die Nähe des US-Dollarkurses am Abschlusstichtag zu den vereinbarten oberen Bandbreiten führte zu einer starken Marktwertreduzierung der Derivate im Geschäftsjahr 2007, nachdem im

Geschäftsjahr 2006 und 2005 noch steigende Marktwerte auszuweisen waren. Aus den Marktwertreduzierungen resultierte in der Folge der Verlust im Geschäftsjahr 2007. Für weitere Informationen zum Fremdwährungssicherungssystem der K+S Gruppe siehe oben „– Sonstige Kennziffern der K+S Gruppe – Zeitraumbezogene Kennzahlen – Operatives Ergebnis (EBIT I) und Ergebnis nach operativen Sicherungsgeschäften (EBIT II)“. Die Ergebnisverbesserung im EBIT I im Geschäftsjahr 2007 gegenüber 2006 wurde damit durch die negative Entwicklung der Marktwerte – einschließlich realisierter Verluste – der Bandbreitenoptionen der K+S Gruppe im EBIT II deutlich überlagert.

Finanzergebnis (Zinsergebnis und Sonstiges Finanzergebnis)

Das Finanzergebnis der K+S Gruppe verschlechterte sich von EUR – 20 Mio. im Geschäftsjahr 2006 um 77,1% auf EUR – 36 Mio. im Geschäftsjahr 2007. Das Finanzergebnis setzt sich aus dem Zinsergebnis (Ergebnis aus Zinserträgen und Zinsaufwendungen) und dem sonstigen Finanzergebnis zusammen. Nachfolgende Tabelle zeigt eine Aufgliederung des Finanzergebnisses der K+S Gruppe für 2007 und 2006:

Geprüft und in TEUR	1. Januar – 31. Dezember 2007	1. Januar – 31. Dezember 2006
Zinsen und ähnliche Erträge.....	6.686	9.898
Zinserträge.....	6.686	9.898
Zinsanteil in den Zuführungen zu Pensionsrückstellungen.....	– 4.047	– 7.445
Zinsanteil aus der Bewertung von bergbaulichen Rückstellungen.....	– 13.934	– 13.645
Zinsanteil in den Zuführungen zu Jubiläumsrückstellungen.....	– 894	– 888
Übrige Zinsen und ähnliche Aufwendungen.....	– 23.383	– 15.441
Zinsaufwendungen.....	– 42.258	– 37.419
Zinsergebnis.....	– 35.572	– 27.521
Ergebnis aus dem Abgang finanzieller Vermögenswerte.....	606	16.974
Ergebnis aus der Marktbewertung finanzieller Vermögenswerte.....	– 384	– 1.959
Sonstige Finanzaufwendungen.....	– 315	– 7.638
Sonstiges Finanzergebnis.....	– 93	7.377
Finanzergebnis.....	– 35.665	– 20.144

Ursache für die Verschlechterung des Finanzergebnisses im Geschäftsjahr 2007 gegenüber dem Geschäftsjahr 2006 ist vor allem das von EUR – 28 Mio. im Geschäftsjahr 2006 auf EUR – 36 Mio. im Geschäftsjahr 2007 gesunkene Zinsergebnis. Dies war im Wesentlichen auf höhere Zinsaufwendungen (betrifft den Posten „Übrige Zinsen und ähnliche Aufwendungen“) für den im Zusammenhang mit dem Erwerb der SPL-Gruppe in Chile Mitte 2006 aufgenommenen und im Geschäftsjahr 2007 erstmals ganzjährig einzubeziehenden Konsortialkredit zurückzuführen. In der Folge waren im Geschäftsjahr 2007 gegenüber dem Geschäftsjahr 2006 höhere Zinszahlungen zu leisten. Zusätzlich nahm die K+S AG bestehende Kreditlinien für Nachsicherungen des US-Dollar Kurssicherungssystems in Anspruch. Ursache dafür waren im Wesentlichen aufgrund der schnellen und deutlichen Abwertung des US-Dollars im Geschäftsjahr 2007 zusätzliche zu leistende Prämienzahlungen im Rahmen des Fremdwährungssicherungssystems der K+S Gruppe. Für weitere Informationen zum Fremdwährungssicherungssystem der K+S Gruppe siehe oben „– Sonstige Kennziffern der K+S Gruppe – Zeitraumbezogene Kennzahlen – Operatives Ergebnis (EBIT I) und Ergebnis nach operativen Sicherungsgeschäften (EBIT II)“. Gleichzeitig reduzierten sich die Zinserträge von EUR 10 Mio. im Geschäftsjahr 2006 auf EUR 7 Mio. im Geschäftsjahr 2007. Diese Entwicklung beruhte im Wesentlichen auf niedrigeren Erträgen aus festverzinslichen Wertpapieren. Das sonstige Finanzergebnis sank von EUR 7 Mio. im Geschäftsjahr 2006 auf EUR 0 Mio. im Geschäftsjahr 2007. Auslöser dafür waren Sondererträge im Geschäftsjahr 2006 aus dem Verkauf von Wertpapieren und Finanzinvestitionen.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag der K+S Gruppe sanken von EUR 70 Mio. im Geschäftsjahr 2006 auf EUR – 49 Mio. im Geschäftsjahr 2007. Die laufenden Steuern (zahlungswirksamer Teil des Steueraufwands) verringerten sich von EUR 50 Mio. im Geschäftsjahr 2006 auf EUR 19 Mio. im Geschäftsjahr 2007 ins-

besondere wegen des deutlich gesunkenen Ergebnisses vor Ertragssteuern. Die Reduzierung der latenten Steuern von EUR 20 Mio. im Geschäftsjahr 2006 auf EUR – 69 Mio. im Geschäftsjahr 2007 resultierte im Wesentlichen aus der deutlich negativeren Entwicklung der Bandbreitenoptionen im Geschäftsjahr 2007 gegenüber 2006 sowie aus der Bildung aktiver latenter Steuern auf Verlustvorträge. Teilweise gegenläufig bei der Entwicklung der latenten Steuern wirkte die vom Deutschen Bundestag im Sommer 2007 beschlossene und am 1. Januar 2008 in Kraft getretene Unternehmenssteuerreform, die bereits im Geschäftsjahr 2007 zu Veränderungen beim Ausweis latenter (nicht zahlungswirksamer) Steuern führte. Für die Bewertung der latenten Steuern waren die neuen Steuersätze für Körperschaft- und Gewerbesteuer bereits ab dem Zeitpunkt zu berücksichtigen, an dem die Steuergesetzesänderung durch den Bundesrat verabschiedet wurde (6. Juli 2007). Aus der Steuersatzänderung und der damit verbundenen Neubewertung der latenten Steuern ergab sich im Geschäftsjahr 2007 ein einmaliger latenter Steueraufwand in Höhe von EUR 15 Mio. Zusätzlich gegenläufig zur Entwicklung der latenten Steuern im Geschäftsjahr 2007 gegenüber 2006 wirkte der Ausweis eines einmaligen latenten Steuerertrages im Geschäftsjahr 2006 in Höhe von EUR 42 Mio. infolge der Reorganisation der Gesellschaftsstruktur der SPL-Gruppe.

Angesichts der deutlich negativen Marktwertentwicklung der Bandbreitenoptionen der Gesellschaft fiel im Geschäftsjahr 2007 der oben genannte Steuerertrag in Höhe von insgesamt EUR – 49 Mio. an. Von diesem Steuerertrag waren EUR 69 Mio. latent, d. h. nicht zahlungswirksam. Im Geschäftsjahr 2006 hatte die Gesellschaft noch einen Steueraufwand in Höhe von EUR 70 Mio., einschließlich EUR 20 Mio. latenter Steuern, ausgewiesen. Die effektive Steuerquote der K+S Gruppe (Verhältnis von tatsächlichem Steueraufwand zum Ergebnis vor Ertragssteuern) sank infolge der gesunkenen Steuern vom Einkommen und vom Ertrag von 31,7% im Geschäftsjahr 2006 auf 29,9% im Geschäftsjahr 2007.

Bereinigtes Konzernergebnis

Aufgrund der begrenzten wirtschaftlichen Aussagekraft des unbereinigten Ergebnisses nach Steuern sowie der hohen Schwankungsbreite der Marktwerte der Devisenoptionsgeschäfte weist die Gesellschaft ein um Effekte der Marktwertveränderungen aus Sicherungsgeschäften bereinigtes Ergebnis nach Steuern aus. Dieses eliminiert auch die Auswirkungen der Effekte der Marktwertveränderungen aus Sicherungsgeschäften auf die latenten bzw. zahlungswirksamen Steuern. Das bereinigte Konzernergebnis der Gesellschaft sank von EUR 218 Mio. im Geschäftsjahr 2006 um 19,6% auf EUR 175 Mio. im Geschäftsjahr 2007. Diese Entwicklung beruhte im Wesentlichen auf dem verschlechterten Finanzergebnis sowie dem einmaligen latenten Steuerertrag im Geschäftsjahr 2006 in Höhe von EUR 42 Mio. Für weitere Informationen dazu siehe oben „– Steuern vom Einkommen und vom Ertrag“. Diese beiden Effekte konnten durch den Anstieg des operativen Ergebnisses sowie durch den aus der gesunkenen Konzernsteuerquote resultierenden niedrigeren Steueraufwand im Geschäftsjahr 2007 gegenüber 2006 nicht vollständig kompensiert werden.

Segmentdiskussion

Nachfolgend werden jeweils die Umsatzerlöse sowie das Operative Ergebnis (EBIT I) aus den Geschäftsbereichen der K+S Gruppe für die zum 31. Dezember 2007 und 2006 endenden Geschäftsjahre dargestellt. Diese Finanzangaben sind den geprüften Konzernabschlüssen der K+S AG zum 31. Dezember 2007 und 2006 entnommen. Die geprüften Konzernabschlüsse zum 31. Dezember 2007 und 2006 wurden auf der Grundlage der IFRS erstellt und sind im Finanzteil dieses Prospektes auf den Seiten F-73 ff. und 131 ff. abgedruckt. Für weitere Informationen zur Segmentberichterstattung der K+S siehe oben „– Segmentberichterstattung“.

Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte

Umsatz

Der Umsatz im Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte stieg von EUR 1.239 Mio. im Geschäftsjahr 2006 um 13,6% auf EUR 1.408 Mio. im Geschäftsjahr 2007. Ursache für diese Entwicklung waren im Wesentlichen höhere Absatzpreise für Kali- und Magnesiumprodukte sowie eine verbesserte Absatzstruktur der K+S Gruppe, die insbesondere zu mengenbedingten Absatzsteigerungen bei Düngemittelspezialitäten führte. So stiegen die durchschnittlichen Absatzpreise für die Produkte im Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte pro Tonne von EUR 155 im Geschäftsjahr 2006 auf EUR 171 im Geschäftsjahr 2007. Die Steigerung der Absatzpreise im Geschäftsjahr 2007 gegenüber dem Geschäftsjahr 2006, insbesondere für Kaliumchlorid, resultierte maßgeblich aus einer starken Nachfrage nach und einer knappen Angebotsmenge für Kalidünge-

mittel, weltweit gestiegenen Frachtraten sowie der für die Kaliproduzenten nachteiligen US-Dollarschwäche im Geschäftsjahr 2007. Die Gesamtabsatzmenge im Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte konnte, vor allem durch die positive Entwicklung im Kernmarkt Europa, von 7,99 Mio. Tonnen im Geschäftsjahr 2006 um 2,9 % auf 8,22 Mio. Tonnen im Geschäftsjahr 2007 erhöht werden. Teilweise gegenläufig zur Steigerung der Umsätze im Geschäftsjahr 2007 gegenüber dem Geschäftsjahr 2006 wirkten negative Wechselkurseffekte im Zuge der US-Dollarschwäche, die insbesondere auf die Höhe der in der Region Übersee erzielten Umsatzerlöse Einfluss hatten. Bei unveränderten Wechselkursen im Geschäftsjahr 2007 hätte der Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte im Geschäftsjahr 2007 einen um EUR 45 Mio. höheren Umsatz erzielt. Im Geschäftsjahr 2007 wurden 14,6 % (2006: 14,6 %) des Gesamtumsatzes im Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte in Deutschland, 46,1 % (2006: 45,3 %) in der Region Übriges Europa und 39,3 % (2006: 40,1 %) in der Region Übersee erwirtschaftet.

Operatives Ergebnis (EBIT I)

Das Operative Ergebnis (EBIT I) im Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte stieg von EUR 159 Mio. im Geschäftsjahr 2006 um 12,2 % auf EUR 178 Mio. im Geschäftsjahr 2007. Diese Entwicklung beruhte im Wesentlichen auf den höheren Durchschnittserlösen für Kali- und Magnesiumprodukte im Geschäftsjahr 2007 gegenüber dem Geschäftsjahr 2006. Dadurch konnten die gestiegenen Kosten, insbesondere für Material, sowie das im Geschäftsjahr 2007 gegenüber dem Geschäftsjahr 2006 verschlechterte Währungsergebnis überkompensiert werden. Die Erhöhung der Materialkosten basierte insbesondere auf einer höheren Auslastung und demzufolge gestiegenen Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren. Das verschlechterte Währungsergebnis war maßgeblich auf eine nachteilige Wechselkursentwicklung (insbesondere bei dem US-Dollar) im Geschäftsjahr 2007 gegenüber 2006 zurückzuführen. Die operative Ergebnisentwicklung des Geschäftsbereichs Kali- und Magnesiumprodukte wies in den Geschäftsjahren 2006 und 2007 positive Saisonalitätseffekte zugunsten des jeweils ersten Halbjahres auf, die in erster Linie mit der europäischen Frühjahrsdüngung zusammenhingen. Hingegen war im Geschäftsjahr 2007 das vierte Quartal durch ein schwächeres Währungsergebnis außergewöhnlich belastet.

Geschäftsbereich COMPO

Umsatz

Der Umsatz im Geschäftsbereich COMPO stieg von EUR 552 Mio. im Geschäftsjahr 2006 um 11,8 % auf EUR 617 Mio. im Geschäftsjahr 2007. Diese Entwicklung beruhte vor allem auf Mengen- und Preiseffekten. Die Mengensteigerungen, die hauptsächlich mit Profiprodukten in Südeuropa und Übersee erzielt wurden, basierten im Wesentlichen auf Nachfragesteigerungen aufgrund positiver Witterungsbedingungen im ersten und teilweise im zweiten Quartal im Geschäftsjahr 2007. Die Preiseffekte beruhten im Wesentlichen auf gestiegenen Bezugskosten für die in der Düngemittelproduktion eingesetzten Rohstoffe Phosphat und Kali, die an die Kunden in Form von höheren Verkaufspreisen weitergegeben werden konnten. Im Geschäftsbereich COMPO wurden im Geschäftsjahr 2007 86,4 % (2006: 89,1 %) des Gesamtumsatzes in Europa (davon in Deutschland 20,4 % im Geschäftsjahr 2007 und 22,6 % im Geschäftsjahr 2006) erwirtschaftet, woraus eine geringe Abhängigkeit von Währungsschwankungen resultierte. In der Region Übersee wurden im Geschäftsjahr 2007 13,6 % (2006: 10,9 %) des Gesamtumsatzes des Geschäftsbereichs COMPO erwirtschaftet.

Operatives Ergebnis (EBIT I)

Das Operative Ergebnis (EBIT I) des Geschäftsbereichs COMPO stieg von EUR 29 Mio. im Geschäftsjahr 2006 um 9,6 % auf EUR 32 Mio. im Geschäftsjahr 2007. Die angestiegenen Umsatzerlöse konnten gestiegene Kosten, vor allem infolge höherer Einkaufspreise für Phosphat und Kali, mehr als ausgleichen. Das Operative Ergebnis (EBIT I) des Geschäftsbereichs COMPO war im Geschäftsjahr 2006 und im Geschäftsjahr 2007 in hohem Maße saisonal beeinflusst. Die wesentlichen Ergebnisbeiträge wurden in den jeweils ersten Halbjahren erwirtschaftet. Das jeweils dritte und vierte Quartal war hingegen durch vergleichsweise geringere Umsätze sowie jeweils hohe Vorleistungen für die kommende Frühjahrssaison gekennzeichnet.

Geschäftsbereich fertiva

Umsatz

Der Umsatz des Geschäftsbereichs fertiva stieg von EUR 556 Mio. im Geschäftsjahr 2006 um 16,5% auf EUR 648 Mio. im Geschäftsjahr 2007. Diese Umsatzsteigerung war vor allem durch positive Preis-, aber auch Mengeneffekte bedingt, die leicht negative Währungseffekte mehr als ausgleichen konnten. Die Absatzpreise für Stickstoffdüngemittel konnten in allen Regionen gesteigert werden. Ursache für den Absatzpreisanstieg waren im Wesentlichen Verfügbarkeitsengpässe sowie gestiegene Bezugspreise, u.a. für Kali und Phosphat. Die höheren Bezugspreise konnten an die Endkunden in Form von höheren Absatzpreisen weitergegeben werden. Die Absatzmenge an Produkten im Geschäftsbereich fertiva konnte von 4,07 Mio. Tonnen im Geschäftsjahr 2006 um 3,7% auf 4,22 Mio. Tonnen im Geschäftsjahr 2007 gesteigert werden. Dies war vor allem auf eine Absatzmengensteigerung im europäischen Ausland zurückzuführen.

Operatives Ergebnis (EBIT I)

Das Operative Ergebnis im Geschäftsbereich fertiva stieg von EUR 17 Mio. im Geschäftsjahr 2006 um 50,8% auf EUR 25 Mio. im Geschäftsjahr 2007. Die im Geschäftsjahr 2007 gegenüber dem Geschäftsjahr 2006 höheren Bezugskosten für Rohstoffe konnten durch die gestiegenen Umsatzerlöse deutlich überkompensiert werden. Die höheren Bezugskosten für Rohstoffe resultierten zum einen aus dem – aufgrund der gestiegenen Absatzmenge – im Geschäftsjahr 2007 gegenüber dem Geschäftsjahr 2006 höheren Volumen an bezogenen Handelswaren und Rohstoffen (u.a. Stickstoff). Zum anderen stiegen die Marktpreise für Rohstoffe im Geschäftsjahr 2007 gegenüber dem Geschäftsjahr 2006; diese Marktpreissteigerungen waren aufgrund der vertraglichen Vereinbarungen mit der BASF SE von der K+S Gruppe zu tragen. Die höheren Bezugskosten konnten insgesamt an die Endkunden der K+S Gruppe in Form von höheren Absatzpreisen weitergegeben werden.

Geschäftsbereich Salz

Umsatz

Der Umsatz im Geschäftsbereich Salz stieg von EUR 486 Mio. im Geschäftsjahr 2006 um 12,2% auf EUR 545 Mio. im Geschäftsjahr 2007. Der Umsatzzuwachs beruhte hauptsächlich auf der erstmalig ganzjährigen Einbeziehung der SPL-Gruppe im Geschäftsjahr 2007, die zu einem konsolidierungsbedingten Umsatzzuwachs in Höhe von EUR 127 Mio. führte. Bereinigt um diesen Konsolidierungseffekt wäre der Umsatz im Geschäftsbereich Salz von EUR 405 Mio. im Geschäftsjahr 2006 um 14% auf EUR 308 Mio. im Geschäftsjahr 2007 gesunken. Ursache dafür war im Wesentlichen ein Nachfragerückgang nach Salzprodukten aufgrund des extrem warmen Winters am Jahresanfang und -ende im Geschäftsjahr 2007. Dies führte insbesondere zu einem geringeren Umsatzvolumen im europäischen Winterdienstgeschäft. Der Festsalzabsatz stieg konsolidierungsbedingt von 8,02 Mio. Tonnen im Geschäftsjahr 2006 um 9,4% auf 8,77 Mio. Tonnen im Geschäftsjahr 2007.

Operatives Ergebnis (EBIT I)

Das Operative Ergebnis (EBIT I) des Geschäftsbereichs Salz sank von EUR 68 Mio. im Geschäftsjahr 2006 um 29,2% auf EUR 48 Mio. im Geschäftsjahr 2007. Bereinigt um den Konsolidierungseffekt der SPL wäre das operative Ergebnis im Geschäftsbereich Salz um 64% zurückgegangen. Ursache für die Reduzierung des so bereinigten EBIT I waren insbesondere die starken Umsatzrückgänge in Europa aufgrund des schwachen Auftausalzgeschäfts. Gleichzeitig sanken infolge des schwachen Auftausalzgeschäfts die Kosten für Logistik, Instandhaltung und Personal im Bereich Auftausalz. Diese Einsparungen auf der Kostenseite konnten aber die Umsatzrückgänge nicht vollständig kompensieren.

Geschäftsbereich Entsorgung und Recycling

Umsatz

Der Umsatz des Geschäftsbereichs Entsorgung und Recycling stieg von EUR 69 Mio. im Geschäftsjahr 2006 um 1,7% auf EUR 71 Mio. im Geschäftsjahr 2007. Dieser Anstieg beruhte hauptsächlich auf leicht gestiegenen Abfallmengen und höheren Durchschnittserlösen bei der untertägigen Verwertung.

Operatives Ergebnis (EBIT I)

Das Operative Ergebnis im Geschäftsbereich Entsorgung und Recycling sank von EUR 14 Mio. im Geschäftsjahr 2006 um 16,8% auf EUR 12 Mio. im Geschäftsjahr 2007. Auslöser für diesen Rückgang waren geringere Durchschnittserlöse für den Absatz von Aluminiumgranulat sowie gestiegene Frachtkosten in den Bereichen Verwertung und Recycling. Die Frachtkostensteigerungen waren im Wesentlichen auf höhere Frachtraten zurückzuführen. Die unterjährige Ergebnisverteilung des Geschäftsbereichs Entsorgung und Recycling war weitgehend unabhängig von saisonalen Effekten.

Geschäftsbereich Dienstleistungen und Handel

Umsatz

Der Umsatz im Geschäftsbereich Dienstleistungen und Handel lag mit EUR 55 Mio. im Geschäftsjahr 2007 annähernd genau auf dem Niveau des Geschäftsjahres 2006. Der im Geschäftsbereich Dienstleistungen und Handel ausgewiesene Umsatz beinhaltet nur Leistungen gegenüber konzernexternen Dritten, während der Innenumsatz aus den gegenüber den Gesellschaften der K+S Gruppe erbrachten Leistungen zu konsolidieren war. Der konsolidierte Umsatz für konzernintern erbrachte Logistikdienstleistungen lag im Geschäftsjahr 2007 mit EUR 17 Mio. annähernd auf dem Niveau des Geschäftsjahres 2006.

Operatives Ergebnis (EBIT I)

Das Operative Ergebnis (EBIT I) des Geschäftsbereichs Dienstleistungen und Handel stieg von EUR 25 Mio. im Geschäftsjahr 2006 um 9,0% auf EUR 28 Mio. im Geschäftsjahr 2007. Dieser Zuwachs war vor allem auf den Ergebnisbeitrag aus der Veräußerung der biodata im dritten Quartal 2007 zurückzuführen.

Liquidität und Kapitalausstattung

Überblick

Die Finanzierung der K+S Gruppe erfolgt maßgeblich aus dem Brutto-Cashflow, der sich aus dem Operativen Ergebnis (EBIT I) abzüglich der gezahlten Steuern und Zinsen und zuzüglich der Abschreibungen, erhaltenen Zinsen und realisierten Gewinnen aus dem Abgang von Finanzanlagen und Wertpapieren ergibt. Der Brutto-Cashflow der K+S Gruppe betrug im 9M 2009 EUR 233 Mio. (im 9M 2008: EUR 981 Mio.) und im Geschäftsjahr 2008 EUR 1.178 Mio. (2007: EUR 372 Mio.; 2006: EUR 343 Mio.). Die K+S Gruppe nimmt auch Finanzierungsmittel bei Kreditinstituten in Anspruch. Ferner hat die K+S Gruppe im September 2009 eine Unternehmensanleihe mit einem Volumen von EUR 750 Mio. begeben.

Konzern-Kapitalflussrechnung

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Konzern-Kapitalflussrechnungen der K+S Gruppe für die jeweils zum 30. September 2009 und 2008 endenden Neunmonatszeiträume auf Basis des ungeprüften verkürzten Konzern-Zwischenabschlusses der K+S Gruppe zum 30. September 2009 (mit Vergleichszahlen für den entsprechenden Vorjahreszeitraum im Geschäftsjahr 2008) sowie für die jeweils zum 31. Dezember 2008, 2007 und 2006 endenden Geschäftsjahre auf Basis der geprüften Konzernabschlüsse zum 31. Dezember 2008, 2007 und 2006. Der ungeprüfte verkürzte Konzern-Zwischenabschluss zum 30. September 2009 wurde auf der Grundlage der IFRS (IAS 34) erstellt und ist im Finanzteil dieses Prospektes auf den Seiten F-3ff. abgedruckt. Die geprüften Konzernabschlüsse zum 31. Dezember 2008, 2007 und 2006 wurden ebenfalls auf der Grundlage der IFRS erstellt und sind im Finanzteil dieses Prospektes auf den Seiten F-13 ff., F-73 ff. und 131 ff. abgedruckt.

In EUR Mio.	1. Januar – 30. September		1. Januar – 31. Dezember		
	2009	2008	2008	2007	2006
	Ungeprüft 208,0	Ungeprüft 906,3	Geprüft	Geprüft	Geprüft
Ergebnis nach operativen Sicherungsgeschäften (EBIT II)¹⁾			–	–	–
Ertrag (-)/Aufwand (+) aus Marktwertveränderungen noch nicht fälliger Sicherungsgeschäfte	10,8	13,3	–	–	–
Neutralisierung früherer Marktwertveränderungen von ausgebuchten Sicherungsgeschäften	-17,3	-1,4	–	–	–
Ertrag (-)/Aufwand (+) aus Double-Knock-out-Optionen	–	136,7	–	–	–
Operatives Ergebnis (EBIT I)²⁾	201,5	1.054,9	1.342,7	285,7	278,0
Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Anlagevermögen ³⁾	106,0	105,4	141,7	128,2	123,3
Zunahme (+)/Abnahme (-) langfristiger Rückstellungen (ohne Zinseffekte)	-8,3	21,6	-29,5	-5,2	-15,3
Erhaltene Zinsen, Dividenden und ähnliche Erträge	2,7	2,5	5,1	6,7	9,9
Realisierte Gewinne (+)/Verluste (-) aus dem Abgang von Finanzanlagen und Wertpapieren	0,8	11,5	11,5	0,6	12,5
Gezahlte Zinsen	-44,1	-22,9	-26,4	-24,3	-15,3
Übrige Finanzierungsaufwendungen (-) und -erträge (+)	–	-0,5	-0,5	0,0	-3,2
Ertragssteueraufwendungen (-) und -erträge (+)	-24,0	-193,2	-266,3	-19,4	-49,9
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+)/Erträge (-)	-1,9	2,0	-0,3	-0,2	2,6
Brutto-Cashflow	232,7	981,3	1.177,9	372,1	342,8
Gewinn (-)/Verlust (+) aus Anlagen- und Wertpapierabgängen	–	-10,5	-9,7	-4,9	-12,2
Zunahme (-)/Abnahme (+) Vorräte	144,0	-185,9	-314,6	1,7	-33,7
Zunahme (-)/Abnahme (+) Forderungen und sonstige Vermögenswerte aus laufender Geschäftstätigkeit	162,5	-380,8	-181,1	-501,1	-75,3
– davon Prämienvolumen für Derivate	34,3	-24,1	-46,3	-338,6	-41,6
Einzahlungen aus Ausübung und Verkauf von Optionen	–	37,6	37,6	–	–
Zunahme (+)/Abnahme (-) Verbindlichkeiten aus laufender Geschäftstätigkeit	-200,3	225,6	13,9	27,3	-4,1
– davon Prämienvolumen für Derivate	-4,4	0,8	4,4	-28,4	16,4
Zunahme (+)/Abnahme (-) kurzfristiger Rückstellungen	-12,4	64,8	86,1	6,1	-8,7
Auslagerung von Rückstellungen	-2,1	-5,9	-7,4	-9,4	-6,5
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit⁴⁾	324,4	726,2	802,7	-108,3	202,4
Einzahlungen aus Anlagenabgängen	2,4	1,9	2,5	7,0	15,4
Auszahlungen für immaterielles Anlagevermögen	-2,0	-3,8	-7,2	-9,3	-6,3
Auszahlungen für Sachanlagevermögen	-112,1	-129,3	-161,0	-148,9	-124,2
Auszahlungen für Finanzanlagen	-1,1	-2,4	-4,6	-1,5	-1,9
Einzahlungen aus dem Verkauf konsolidierter Unternehmen	–	–	–	3,6	–
Auszahlungen für den Erwerb konsolidierter Unternehmen	–	–	-0,0	-0,9	-357,7
Auszahlungen aus der Kurssicherung von Unternehmenserwerben	-87,9	–	–	–	–
Einzahlungen aus dem Verkauf (+)/Auszahlungen (-) für den Erwerb von Wertpapieren	–	–	0,0	9,4	45,0
Cashflow aus Investitionstätigkeit⁵⁾	-200,7	-133,6	-170,2	-140,7	-429,8
Freier Cashflow^{2) 6)}	123,7	592,6	632,5	-249,1	-227,4
Dividendenzahlungen	-396,0	-82,5	-82,5	-82,5	-74,3
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	7,9	3,2	3,2	2,8	4,1
Erwerb von eigenen Aktien	-13,9	-6,1	-6,1	-6,2	-8,5
Verkauf von eigenen Aktien	–	0,7	0,7	0,3	–
Zunahme (+)/Abnahme (-) von Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing	-0,1	-0,1	-0,3	1,1	–
Aufnahme (+)/Tilgung (-) von Darlehen	438,7	-290,7	-233,0	166,3	249,5
Aufnahme (+)/Tilgung (-) von Kapitalmarktverbindlichkeiten	747,0	–	–	–	–
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	783,6	-375,5	-318,0	81,8	170,9
Zahlungswirksame Veränderung der Finanzmittel	907,3	217,1	314,6	-167,3	-56,5
Wertänderung des Bestands an Finanzmitteln	-5,0	-0,7	-0,2	-0,4	–
Konsolidierungsbedingte Veränderungen	0,9	-2,4	-2,4	-0,1	3,1
Änderung des Bestands an Finanzmitteln	903,1	214,0	312,0	-167,8	-53,4
Nettofinanzmittelbestand am 01.01.	160,6	-151,4	-151,4	16,4	69,8
Nettofinanzmittelbestand am 30.09./31.12.	1063,8	62,6	160,6	-151,4	16,4

- 1) Ab dem Geschäftsjahr 2009 setzt die Darstellung der Herleitung des Cashflows aus laufender Geschäftstätigkeit auf dem Ergebnis nach operativen Sicherungsgeschäften (EBIT II) auf. Ursache dafür ist eine Änderung des Ausweises des EBIT I und des EBIT II in der Gewinn- und Verlustrechnung der K+S Gruppe. Für weitere Informationen dazu siehe „ – sonstige Kennziffern der K+S Gruppe – Zeitraumbezogene Kennzahlen – Operatives Ergebnis (EBIT I) und Ergebnis nach operativen Sicherungsgeschäften (EBIT II)“.
- 2) Diese Kennzahl ist keine nach IFRS definierte Kennzahl. Potentielle Investoren sollten beachten, dass diese Kennzahl keine einheitlich angewandte oder standardisierte Kennzahl ist, ihre Berechnung variieren kann und dass diese Kennzahl für sich allein genommen keine Basis für Vergleiche mit anderen Unternehmen darstellt.
- 3) Abschreibungen auf immaterielles Vermögen und Sachanlagevermögen (einschließlich Beteiligungen).
- 4) Bereinigt um die Veränderung der Mittelbindung für Prämienzahlungen für Sicherungsgeschäfte (9M 2009: EUR – 30 Mio.; 9M 2008: EUR 23 Mio.; 2008: EUR 42 Mio.; 2007: EUR 367 Mio.; 2006: EUR 25 Mio.) betrug der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit für die jeweils zum 31. Dezember endenden Geschäftsjahre 2008 EUR 845 Mio., 2007 EUR 259 Mio. und 2006 EUR 228 Mio. sowie für das 9M 2009 EUR 295 Mio. und das 9M 2008 EUR 750 Mio.
- 5) Davon entfielen auf akquisitions-/divestitionsbedingte Zahlungen in 9M 2009: EUR 87,9 Mio., 9M 2008: EUR 0 Mio., 2008: EUR 0 Mio., 2007: EUR 2,6 Mio., 2006: EUR 357,7 Mio.
- 6) Der freie Cashflow der K+S Gruppe errechnet sich aus dem Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit abzüglich des Cashflows aus Investitionstätigkeit.

Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit

Vergleich der zum 30. September 2009 und 2008 endenden Neunmonatszeiträume

Der Zahlungsmittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit der K+S Gruppe sank von EUR 726 Mio. im 9M 2008 um 55,4 % auf EUR 324 Mio. im 9M 2009. Diese Entwicklung beruhte im Wesentlichen auf dem deutlich gesunkenen Operativen Ergebnis (EBIT I); durch die Reduzierung der Ertragssteuerzahlungen konnte diese Entwicklung nur teilweise kompensiert werden. Bei den Vorräten wurde im 9M 2008 ein Bestandsaufbau um EUR 186 Mio. verzeichnet. Im 9M 2009 ging der Bestand bei den Vorräten hingegen um EUR 144 Mio. zurück. Der Rückgang der Vorräte im 9M 2009 fand vor allem im Geschäftsbereich Stickstoffdüngemittel statt. In den übrigen Geschäftsbereichen blieb der Bestand an Vorräten im 9M 2009 gegenüber dem 9M 2008 nahezu konstant. Die Veränderung des Bestands an Forderungen folgt in der Regel der Entwicklung der Umsatzerlöse. Entsprechend nahm der Bestand an Forderungen und sonstigen Vermögenswerten im 9M 2008 um EUR 381 Mio. zu. Im 9M 2009 ging der Bestand an Forderungen und sonstigen Vermögenswerten aufgrund der geringeren Umsatzerlösen dagegen um EUR 163 Mio. zurück. Die Veränderung der Verbindlichkeiten aus laufender Geschäftstätigkeit resultierte im Wesentlichen auf den Veränderungen der Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung. Ausschlaggebend war hier der Einkauf von Einstandswaren im Geschäftsbereich Stickstoffdüngemittel. Aufgrund der im 9M 2009 gegenüber dem 9M 2008 gesunkenen Einkaufspreise gingen die Verbindlichkeiten im 9M 2009 um EUR 200 Mio. zurück. Im 9M 2008 war noch eine Zunahme um EUR 226 Mio. zu verzeichnen gewesen.

Vergleich der zum 31. Dezember 2008 und 2007 endenden Geschäftsjahre

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit der K+S Gruppe stieg von einem Zahlungsmittelabfluss in Höhe von EUR – 108 Mio. im Geschäftsjahr 2007 auf einen Zahlungsmittelzufluss in Höhe von EUR 803 Mio. im Geschäftsjahr 2008. Diese Entwicklung beruhte im Wesentlichen auf dem von EUR 286 Mio. im Geschäftsjahr 2007 auf EUR 1.343 Mio. im Geschäftsjahr 2008 gestiegenen Operativen Ergebnis (EBIT I). Zusätzlich waren aufgrund des Ende 2007 umgestellten Währungssicherungssystems (für weitere Informationen dazu siehe „– Sonstige Kennziffern der K+S Gruppe – Zeitraumbezogene Kennziffern – Operatives Ergebnis (EBIT I) und Ergebnis nach operativen Sicherungsgeschäften (EBIT II)“) im Geschäftsjahr 2008 deutlich geringere Prämienzahlungen für das US-Dollar-Hedging als noch im Geschäftsjahr 2007 erforderlich. In der Folge sanken die Zahlungsmittelabflüsse dafür von EUR – 339 Mio. im Geschäftsjahr 2007 auf EUR – 46 Mio. im Geschäftsjahr 2008. Teilweise gegenläufig zum Anstieg des Cashflows aus laufender Geschäftstätigkeit im Geschäftsjahr 2008 gegenüber 2007 wirkten die von EUR – 19 Mio. im Geschäftsjahr 2007 auf EUR – 266 Mio. im Geschäftsjahr 2008 gestiegenen Zahlungsmittelabflüsse für Ertragssteuern sowie die von EUR 2 Mio. im Geschäftsjahr 2007 auf EUR – 315 Mio. im Geschäftsjahr 2008 gestiegenen Zahlungsmittelabflüsse aufgrund der Zunahme des Vorratsvermögens. Die gestiegenen Zahlungsmittelabflüsse für Ertragssteuern beruhten im Wesentlichen auf dem von EUR – 143 Mio. im Geschäftsjahr 2007 auf EUR 1.199 Mio. im Geschäftsjahr 2008 gestiegenen Ergebnis vor Ertragssteuern. Infolge der im Geschäftsjahr 2008 gestiegenen Düngemittelpreise und einer gleichzeitig geringeren Absatzmenge an Kali- und Magnesiumprodukten im Geschäftsjahr 2008 gegenüber 2007 erhöhte sich die Lagerhaltung für bereits produzierte Kali- und Magnesiumprodukte sowie für im Rahmen der Produktion benötigte Rohstoffe. Diese führte im Ergebnis zu einem Anstieg des Vorratsvermögens.

Vergleich der zum 31. Dezember 2007 und 2006 endenden Geschäftsjahre

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit der K+S Gruppe sank von einem Zahlungsmittelzufluss in Höhe von EUR 202 Mio. im Geschäftsjahr 2006 auf einen Zahlungsmittelabfluss in Höhe von EUR – 108 Mio. im Geschäftsjahr 2007. Diese Entwicklung war im Wesentlichen auf die von EUR – 42 Mio. im Geschäftsjahr 2006 auf EUR – 339 Mio. im Geschäftsjahr 2007 gestiegenen Prämienzahlungen für Derivate zurückzuführen. Diese wurden im Rahmen des Ende 2007 aufgegebenen Fremdwährungssicherungssystems für das US-Dollar-Hedging der erwarteten Zahlungseingänge der Jahre 2007 bis 2010 aufgewandt. Das von EUR 278 Mio. im Geschäftsjahr 2006 auf EUR 286 Mio. im Geschäftsjahr 2007 gestiegene Operative Ergebnis (EBIT I) sowie der Rückgang der Ertragssteuerzahlungen von EUR 50 Mio. im Geschäftsjahr 2006 auf EUR 19 Mio. im Geschäftsjahr 2007 konnten die gestiegenen Auszahlungen für Derivate nicht vollständig ausgleichen.

Cashflow aus Investitionstätigkeit

Vergleich der zum 30. September 2009 und 2008 endenden Neunmonatszeiträume

Der Zahlungsmittelabfluss aus Investitionstätigkeit erhöhte sich von EUR – 134 Mio. im 9M 2008 um 50 % auf EUR – 201 Mio. im 9M 2009. Ursache dafür waren hauptsächlich einmalige Auszahlungen aus der Kurssicherung für den Unternehmenserwerb von MII in Höhe von EUR 88 Mio. im 9M 2009. Diese Sicherungsgeschäfte wurden im Zeitraum der Unterzeichnung des Kaufvertrages von Morton Salt im April 2009 abgeschlossen, um den EUR-Gegenwert des in US-Dollar zu zahlenden Kaufpreises für Morton Salt abzusichern.

Vergleich der zum 31. Dezember 2008 und 2007 endenden Geschäftsjahre

Der Zahlungsmittelabfluss aus Investitionstätigkeit stieg von EUR – 141 Mio. im Geschäftsjahr 2007 um 20,9 % auf EUR – 170 Mio. im Geschäftsjahr 2008. Ursache dafür war hauptsächlich die von EUR 149 Mio. im Geschäftsjahr 2007 auf EUR 161 Mio. im Geschäftsjahr 2008 gestiegenen Auszahlungen für Sachanlagevermögen. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf gestiegene Investitionen im Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte für Maßnahmen zur Ausbeuteverbesserung sowie im Geschäftsbereich Salz auf die Vergrößerung und Nutzungszeitverlängerung des Schiffsbestands zurückzuführen. Die von EUR 9 Mio. im Geschäftsjahr 2007 auf EUR 0 Mio. im Geschäftsjahr 2008 gesunkenen Einzahlungen aus dem Verkauf von Wertpapieren beruhten im Wesentlichen auf im Zusammenhang mit der Finanzierung des Erwerbs der SPL-Gruppe erfolgten Wertpapierverkäufen im Geschäftsjahr 2007. Im Geschäftsjahr 2008 erfolgten Wertpapierverkäufe in wesentlich geringerem Umfang als im Geschäftsjahr 2007.

Vergleich der zum 31. Dezember 2007 und 2006 endenden Geschäftsjahre

Der Zahlungsmittelabfluss aus Investitionstätigkeit verbesserte sich von EUR – 430 Mio. im Geschäftsjahr 2006 um 67,3 % auf EUR – 141 Mio. im Geschäftsjahr 2007. Dies beruhte vor allem auf den von EUR 358 Mio. im Geschäftsjahr 2006 auf EUR 1 Mio. im Geschäftsjahr 2007 zurückgegangenen Auszahlungen für den Erwerb konsolidierter Unternehmen. Die hohen Auszahlungen im Geschäftsjahr 2006 waren insbesondere auf den Erwerb der SPL-Gruppe zurückzuführen. Für weitere Informationen dazu siehe oben „– Vergleichbarkeit der in den Finanzabschlüssen enthaltenen Finanzdaten – Vergleichbarkeit der in den Konzernabschlüssen zum 31. Dezember 2007 und 2006 enthaltenen Finanzdaten“. Im Geschäftsjahr 2007 wurden deutlich weniger Auszahlungen für den Erwerb konsolidierter Unternehmen als im Geschäftsjahr 2006 geleistet. Darüber hinaus sanken die Einzahlungen aus dem Verkauf von Wertpapieren von EUR 45 Mio. im Geschäftsjahr 2006 auf EUR 9 Mio. im Geschäftsjahr 2007. Dies basierte im Wesentlichen auf dem Verkauf von Wertpapieren im Geschäftsjahr 2006, der im Zusammenhang mit der Finanzierung des Erwerbs der SPL-Gruppe stand. Im Geschäftsjahr 2007 erfolgten Wertpapierverkäufe in geringerem Umfang als im Geschäftsjahr 2006.

Cashflow aus Finanzierungstätigkeit

Vergleich der zum 30. September 2009 und 2008 endenden Neunmonatszeiträume

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit verbesserte sich von einem Zahlungsmittelabfluss in Höhe von EUR – 376 Mio. im 9M 2008 auf einen Zahlungsmittelzufluss in Höhe von EUR 784 Mio. im 9M 2009. Auslöser dafür waren maßgeblich die Einzahlungen aus der im September 2009 begebenen Unternehmensanleihe in Höhe von EUR 747 Mio. sowie die Einzahlungen aufgrund einer Darlehensaufnahme im 9M 2009 im Zusammenhang mit dem Erwerb der Morton Salt. Im 9M 2008 wurden Darlehen in geringerem Umfang als im 9M 2009 aufgenommen und Tilgungen in größerem Umfang als im 9M 2009 geleistet. Der Anstieg der Dividendenzahlungen von EUR 83 Mio. im 9M 2008 auf EUR 396 Mio. im 9M 2009 folgte der Gewinnentwicklung des Geschäftsjahres 2008 im Vergleich zum Geschäftsjahr 2007.

Vergleich der zum 31. Dezember 2008 und 2007 endenden Geschäftsjahre

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit reduzierte sich von einem Zahlungsmittelzufluss in Höhe von EUR 82 Mio. im Geschäftsjahr 2007 auf einen Zahlungsmittelabfluss in Höhe von EUR – 318 Mio. im Geschäftsjahr 2008. Auslöser dafür war maßgeblich ein Zahlungsmittelabfluss in Höhe von EUR – 233 Mio. im Geschäftsjahr 2008 aufgrund eines im Saldo höheren Volumens an geleisteten Tilgungen als aufgenommenen Darlehen

gegenüber einem Zahlungsmittelzufluss in Höhe von EUR 166 Mio. im Geschäftsjahr 2007, der aus einem im Saldo höheren Volumen an aufgenommenen Darlehen als geleisteten Tilgungen, resultierte. Diese Entwicklung beruhte im Wesentlichen auf den gestiegenen Tilgungsleistungen im Geschäftsjahr 2008 für die im Rahmen des Erwerbs der SPL-Gruppe im Geschäftsjahr 2006 bzw. 2007 aufgenommenen Finanzierungen. Darüber hinaus wurden im Geschäftsjahr 2008 im Saldo Darlehen in wesentlich geringerem Umfang als im Geschäftsjahr 2007 aufgenommen.

Vergleich der zum 31. Dezember 2007 und 2006 endenden Geschäftsjahre

Der Zahlungsmittelzufluss aus Finanzierungstätigkeit reduzierte sich von EUR 171 Mio. im Geschäftsjahr 2006 um 52,2 % auf EUR 82 Mio. im Geschäftsjahr 2007. Ursache für diese Entwicklung waren im Wesentlichen die von EUR 249 Mio. im Geschäftsjahr 2006 auf EUR 166 Mio. im Geschäftsjahr 2007 gesunkenen Einzahlungen aus der Aufnahme von Darlehen. Dieser Rückgang resultierte insbesondere aus der Finanzierung des Erwerbs der SPL-Gruppe im Geschäftsjahr 2006. Für weitere Informationen dazu siehe oben „– Vergleichbarkeit der in den Finanzabschlüssen enthaltenen Finanzdaten – Vergleichbarkeit der in den Konzernabschlüssen zum 31. Dezember 2007 und 2006 enthaltenen Finanzdaten“. Im Geschäftsjahr 2007 wurden mangels Unternehmenserwerben Darlehen im geringeren Umfang als im Geschäftsjahr 2006 aufgenommen.

Cash-, Währungs- und Zinsmanagement sowie Absicherung der Fracht- und Energiekosten in der K+S Gruppe

Cashmanagement

Die K+S Gruppe hat zur Überwachung und zentralen Steuerung der Liquidität sowie zur Optimierung der Zahlungsströme innerhalb der K+S Gruppe ein Euro-basiertes Cash-Pooling System (nur in der Region Europa) implementiert. Dabei wird im Rahmen dieses Systems von den Gesellschaften der K+S Gruppe kurzfristig überschüssige Liquidität eingestellt und kurzfristig benötigte Liquidität abgezogen. Von den Gesellschaften der K+S Gruppe im Rahmen des Cash-Pooling Systems nicht benötigte freie Liquidität wird bei Kreditinstituten angelegt und nicht im Rahmen des Cash-Pooling Systems vorhandene, aber benötigte Liquidität wird bei Kreditinstituten ausgeliehen. Die konzerninternen Verrechnungen für die Geldanlage und die Geldausleihungen im Rahmen der Nutzung des Cash-Pooling Systems erfolgen zu marktüblichen Bedingungen. Im US-Dollarraum erfolgen im Rahmen der Liquiditätssteuerung der dort operativ tätigen Gesellschaften zum Teil lokale Refinanzierungen bei Kreditinstituten.

Währungs- und Zinsmanagement

Das Währungs- und Zinsmanagement innerhalb der K+S Gruppe wird für alle Konzerngesellschaften zentral vorgenommen. Bei dem Einsatz von Derivaten zur Währungssicherung verfolgt die K+S Gruppe das Ziel, Risiken, die für die operative Geschäftstätigkeit aus Wechselkursänderungen resultieren können, zu mindern. Diese Wechselkursrisiken bestehen im Wesentlichen bei Zahlungseingängen in US-Dollar sowie in geringerem Umfang bei Zahlungseingängen in britischen Pfund. Während beim britischen Pfund i. d. R. Devisentermingeschäfte zum Einsatz kommen, werden zur Sicherung von US-Dollarzahlungen überwiegend Devisenoptionengeschäfte eingesetzt. Zur Absicherung von Zahlungsausgängen in Chilenischen Peso (CLP) werden von einer in US-Dollar bilanzierenden südamerikanischen Tochtergesellschaft Devisentermingeschäfte abgeschlossen. Sicherungsgeschäfte für das britische Pfund werden i. d. R. mit einer Laufzeit von bis zu maximal einem Jahr abgeschlossen. Die Sicherungsgeschäfte für US-Dollar der Geschäftsbereiche Kali- und Magnesiumprodukte sowie Salz werden überwiegend mit einer dem mittelfristigen Planungshorizont entsprechenden Laufzeit von bis zu drei Jahren abgeschlossen. Das Sicherungsvolumen dieser Geschäfte wird auf Basis der Erlös- und Kostenplanung unter Anwendung von Sicherheitsabschlägen bestimmt und fortlaufend aktualisiert, um Über- oder Untersicherungen zu vermeiden. Im Geschäftsbereich Stickstoffdüngemittel wird demgegenüber eine selektive Kurssicherung von US-Dollarforderungen vorgenommen. Die Gesellschaft hat zum Dezember 2007 ihr Fremdwährungssicherungssystem (insbesondere zur Absicherung der US-Dollar Entwicklung) umgestellt. Für weitere Informationen siehe oben „– Sonstige Kennziffern der K+S Gruppe – Zeitraumbezogene Kennzahlen – Operatives Ergebnis (EBIT I) und Ergebnis nach operativen Sicherungsgeschäften (EBIT II)“.

Das Zinsmanagement verfolgt das Ziel, Risiken aus steigenden Zinsbelastungen durch Veränderungen des allgemeinen Zinsniveaus zu begrenzen. Zu diesem Zweck werden teilweise Optionen eingesetzt (sog. Zins-Caps), die einen Anstieg der Zinsbelastung über ein definiertes Niveau hinaus verhindern sollen.

Absicherung der Fracht- und Energiekosten

Für die Absicherung von Frachtraten für die Jahre 2010 bis 2013 wurden Festgeschäfte (sog. Swaps) abgeschlossen, die einen Differenzausgleich zwischen den vereinbarten Festpreisen und den Marktpreisen bei jeweiliger Fälligkeit vorsehen. Je nach Markteinschätzung werden auch Derivate eingesetzt, die auf die Begrenzung von Energiekostensteigerungen abzielen. Hierbei werden Optionen und Swaps auf Basis des Ölpreises (Fuel Oil) genutzt, um neben kostengünstigen Festpreisgeschäften im Rahmen von Optionsgeschäften auch eine Teilhabe an möglichen vorteilhaften Preisentwicklungen zu gewährleisten.

Verbindlichkeiten

Nachfolgend werden die Finanzverbindlichkeiten, die übrigen Verbindlichkeiten (ohne Finanzverbindlichkeiten) sowie die sonstigen finanziellen Verpflichtungen und Haftungsverhältnisse der K+S Gruppe, jeweils für die zum 30. September 2009 und 2008 endenden Neunmonatszeiträume sowie für die zum 31. Dezember 2008, 2007 und 2006 endenden Geschäftsjahre dargestellt. Die Angaben zum 30. September 2009 und 2008 sind dem ungeprüften verkürzten Konzern-Zwischenabschluss der K+S AG zum 30. September 2009 (mit Vergleichszahlen für den entsprechenden Vorjahreszeitraum im Geschäftsjahr 2008) und die Angaben für 2008, 2007 und 2006 sind den geprüften Konzernabschlüssen der K+S AG für die zum 31. Dezember 2008, 2007 und 2006 endenden Geschäftsjahre entnommen:

Finanzverbindlichkeiten

Nachfolgende Tabelle zeigt die Finanzverbindlichkeiten der K+S Gruppe jeweils für die zum 30. September 2009 und 2008 endenden Neunmonatszeiträume sowie für die zum 31. Dezember 2008, 2007 und 2006 endenden Geschäftsjahre:

In EUR Mio.	Zum 30. September		Zum 31. Dezember		
	2009	2008	2008	2007	2006
	Ungeprüft	Ungeprüft	Geprüft	Geprüft	Geprüft
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.....	808,0	208,2	266,4	688,3	370,7
Unternehmensanleihe.....	743,6	–	–	–	–
Gesamt	1.551,6	208,2	266,4	688,3	370,7

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten der K+S Gruppe betreffen hauptsächlich Finanzierungen bei Kreditinstituten, die im Wesentlichen von der K+S AG, der K+S KALI GmbH sowie Tochtergesellschaften in Brasilien, Chile und den USA aufgenommen wurden. Der überwiegende Teil dieser Verbindlichkeiten besteht in EUR. Daneben bestehen Verbindlichkeiten in US-Dollar sowie auch in brasilianischen Real und chilenischen Peso. Die Zinsbindungen der jeweiligen Finanzierungen sind grundsätzlich kurzfristig und betragen überwiegend maximal zwölf Monate (für die in EUR ausgereichten Darlehen maximal sechs Monate). Die Effektivzinssätze orientieren sich an den Zinssätzen der betreffenden Währungen (Euro, US-Dollar, brasilianischer Real, chilenischer Peso) zuzüglich marktgerechter Aufschläge. Im Geschäftsjahr 2009 wurde für die Akquisition von Morton Salt ein Konsortialkreditvertrag in Höhe von ursprünglich insgesamt EUR 1,55 Mrd. abgeschlossen. Der Konsortialkredit hat eine marktübliche Verzinsung. Die K+S AG hat im Rahmen des Konsortialkreditvertrages gegenüber den Konsortialbanken marktübliche Verpflichtungserklärungen (sog. financial covenants) im Hinblick auf das Verhältnis von Nettoverschuldung zu EBITDA bzw. Eigenkapital abgegeben. Für weitere Informationen zu dem Konsortialkreditvertrag siehe „Wesentliche Verträge der K+S Gruppe – Akquisitionsfinanzierung Morton Salt“.

Über die Finanzverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten hinaus stehen den Gesellschaften der K+S Gruppe auch bilaterale Kreditlinien zur Verfügung. Die verfügbaren bilateralen Kreditlinien wurden zum 30. September 2009 von den Gesellschaften der K+S Gruppe zu 7% in Anspruch genommen.

Die K+S AG hat im September 2009 eine Unternehmensanleihe (Inhaberschuldverschreibung) in Höhe von EUR 750 Mio. begeben. Die Anleihe hat eine Laufzeit bis zum 24. September 2014 und ist mit 5,0% verzinst.

Die Fälligkeiten der Finanzverbindlichkeiten der K+S Gruppe stellen sich wie folgt dar:

In EUR Mio.	Gesamt	Restlaufzeit	Restlaufzeit	Restlaufzeit
		bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre
Finanzverbindlichkeiten zum 30. September 2009 (ungeprüft)	1.551,6	501,7	1.049,9	–
Finanzverbindlichkeiten zum 30. September 2008 (ungeprüft)	208,2	106,1	102,1	–
Finanzverbindlichkeiten zum 31. Dezember 2008 (geprüft)	266,4	159,3	107,1	–
Finanzverbindlichkeiten zum 31. Dezember 2007 (geprüft)	688,3	328,1	357,6	2,6
Finanzverbindlichkeiten zum 31. Dezember 2006 (geprüft)	370,7	234,0	136,8	–

Übrige Verbindlichkeiten (ohne Finanzverbindlichkeiten)

Die nachfolgende Übersicht stellt die übrigen Verbindlichkeiten (ohne Finanzverbindlichkeiten) der K+S Gruppe jeweils für die zum 30. September 2009 und 2008 endenden Neunmonatszeiträume sowie für die zum 31. Dezember 2008, 2007 und 2006 endenden Geschäftsjahre dar:

In EUR Mio.	Zum 30. September		Zum 31. Dezember		
	2009	2008	2008	2007	2006
	Ungeprüft		Geprüft	Geprüft	Geprüft
Langfristig					
Übrige Verbindlichkeiten	17,8	17,6	14,5	15,1	14,0
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	92,6	93,7	93,1	125,8	128,2
Rückstellungen für bergbauliche Ver- pflichtungen	388,7	399,3	378,3	357,6	338,2
Sonstige Rückstellungen	96,7	116,9	97,6	123,8	125,4
Latente Steuern	62,2	31,6	58,7	21,7	79,5
Summe langfristige Verbindlichkeiten .	658,0	659,1	642,2	644,0	685,3
Kurzfristig					
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	258,0	590,5	465,4	409,1	360,8
Sonstige Verbindlichkeiten	59,3	55,6	68,2	85,5	77,8
davon derivative Finanzinstrumente ...	2,9	4,4	24,2	16,9	39,3
Steuerverbindlichkeiten aus Ertrags- steuern	28,7	71,9	25,8	6,2	16,6
Rückstellungen	279,4	265,3	287,5	200,0	195,3
Summe kurzfristige Verbindlichkeiten .	625,4	983,3	846,9	700,8	650,5
Gesamt	1.283,4	1.642,4	1.489,1	1.344,8	1.335,8

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen betreffen verschiedene leistungsorientierte Altersversorgungssysteme. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Direktzusagen inländischer Gruppen-gesellschaften aus mittlerweile geschlossenen Versorgungssystemen. Der überwiegende Teil der Verpflichtungen betrifft Pensionäre. Die Höhe der Pensionsverpflichtungen wird als versicherungsmathematischer Barwert der erdienten Versorgungsansprüche (Anwartschaftsbarwert) berechnet. Ein Teil dieser Versorgungsansprüche ist über ein externes Planvermögen im Rahmen eines CTA finanziert. Die erwartete Rendite des Planvermögens basiert auf den erwarteten Erträgen aus den zu Beginn des Geschäftsjahres im Planvermögen enthaltenen Wertpapieren unter Berücksichtigung etwaiger Neudotierungen. Versicherungsmathematische Gewinne bzw. Verluste werden nur dann in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, sofern sie einen 10 %-Korridor übersteigen (Maximum aus 10 % des Verpflichtungsumfangs und 10 % des Planvermögens). Der übersteigende Betrag wird ergebniswirksam über die durchschnittliche Restdienstzeit der Aktiven verteilt.

Rückstellungen für bergbauliche Verpflichtungen sind aufgrund gesetzlicher und vertraglicher sowie behördlicher Auflagen zu bilden und umfassen im Wesentlichen Verpflichtungen zur Verfüllung von Gruben und Schächten sowie die Verpflichtung zur Haldenverwahrung. Außerdem bestehen Rückstellungen für Bergschädenwagnisse und Rückbauverpflichtungen. Durch die Rückstellungen sind die erkennbaren Verpflichtungen zur Wiedernutzbarmachung sowie die Verpflichtungen aus verursachten bzw. bereits eingetretenen Bergschäden berücksichtigt. Die Höhe der zu bildenden Rückstellungen basiert auf den erwarteten Aufwendungen bzw. den geschätzten Schadenersatzleistungen.

Die sonstigen Rückstellungen umfassen im Wesentlichen Rückstellungen für Altersteilzeit (Verpflichtungen aus abgeschlossenen und potenziellen Altersteilzeitverträgen), Rückstellungen für Jubiläumsgelder und Rückstellungen für das Aktienoptionsprogramm (Verpflichtungen für in bar abzugeltende virtuelle Aktienoptionen). Für weitere Informationen zum Aktienoptionsprogramm siehe „*Verwaltungs-, Management- und Aufsichtsratsorgane der K+S Gruppe – Vorstand – Vergütung, Aktienbesitz und sonstige Rechtsbeziehungen*“.

Die Sonstigen Verbindlichkeiten umfassen neben den Verbindlichkeiten aus derivativen Finanzinstrumenten im Wesentlichen Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sowie Steuerverbindlichkeiten.

Die (kurzfristigen) Rückstellungen betreffen neben dem kurzfristigen Anteil der Rückstellungen für bergbauliche Verpflichtungen und dem kurzfristigen Anteil der Rückstellungen für Altersteilzeit, Jubiläumsgelder und das Aktienoptionsprogramm im Wesentlichen Personalverpflichtungen (z. B. für erfolgsabhängige Vergütung), Verpflichtungen aus Verkaufsgeschäften (z. B. Rabatte) sowie Rückstellungen für ausstehende Rechnungen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen und Haftungsverhältnisse

Nachfolgende Übersicht zeigt die sonstigen finanziellen Verpflichtungen und Haftungsverhältnisse der K+S Gruppe jeweils für die zum 30. September 2009 und 2008 endenden Neunmonatszeiträume sowie für die zum 31. Dezember 2008, 2007 und 2006 endenden Geschäftsjahre:

In TEUR	Zum 30. September		Zum 31. Dezember		
	2009	2008	2008	2007	2006
	Ungeprüft	Ungeprüft	Geprüft	Geprüft	Geprüft
Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen.....	767	–	767	767	767
Verpflichtungen aus noch nicht abgeschlossenen Investitionen...	64.145	–	73.877	66.450	13.373
Verpflichtungen aus langfristigen Miet- und Leasingverträgen.....					
– fällig im Folgejahr.....	14.781	–	18.727	15.722	13.019
– fällig im 2. bis 5. Jahr.....	25.009	–	23.566	27.998	26.913
– fällig nach 5 Jahren.....	6.537	–	6.239	5.413	2.010
Gesamt.....	111.239	–	123.176	116.350	56.082

Die Verpflichtungen aus langfristigen Miet- und Leasingverträgen beruhen auf Operating-Leasingverträgen für Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung wie Drucker, Kopiergeräte und EDV-Peripheriegeräte. Daneben wurden Personenkraftwagen geleast. Diese Gegenstände sind aufgrund der vertraglichen Vereinbarungen nicht im Anlagevermögen zu bilanzieren.

Investitionen

Nachfolgende Übersicht zeigt die Investitionen der K+S Gruppe, aufgegliedert auf die Geschäftsbereiche, jeweils für die zum 30. September 2009 und 2008 endenden Neunmonatszeiträume sowie für die zum 31. Dezember 2008, 2007 und 2006 endenden Geschäftsjahre:

In EUR Mio.	1. Januar – 30. September		1. Januar – 31. Dezember		
	2009	2008	2008	2007 ⁴⁾⁶⁾	2006 ⁵⁾⁶⁾
	Ungeprüft	Ungeprüft	Geprüft	Geprüft	Geprüft
Kali- und Magnesiumprodukte.....	79,9	66,9	111,1	79,7	83,8
Stickstoffdüngemittel ¹⁾	6,0	7,1	10,7	16,8	12,1
Salz ²⁾	21,0	44,9	58,6	47,9	21,2
Ergänzende Geschäftsbereiche ³⁾	3,9	8,6	10,0	17,2	12,5
Übrige Investitionen.....	3,3	5,6	7,1	10,0	1,0
Gesamt	114,1	133,1	197,5	171,6	130,5

- 1) Die bisherigen Geschäftsbereiche COMPO und fertiva wurden zum 1. Januar 2009 zum Geschäftsbereich „Stickstoffdüngemittel“ zusammengefasst. Zum Zwecke der Vergleichbarkeit wurden die Investitionen der genannten Geschäftsbereiche für die ersten neun Monate 2008 und die Geschäftsjahre 2008, 2007 und 2006 zusammengefasst.
- 2) Ohne Investitionen von Morton Salt.
- 3) Die bisherigen Geschäftsbereiche Entsorgung und Recycling und Dienstleistungen und Handel sind zum 1. Januar 2008 zum Geschäftsbereich Ergänzende Geschäftsbereiche zusammengefasst worden. Zum Zwecke der Vergleichbarkeit wurden die Investitionen der genannten Geschäftsbereiche für die Geschäftsjahre 2007 und 2006 zusammengefasst.
- 4) Die Zahlen für das Geschäftsjahr 2007 sind dem Konzernabschluss der K+S AG zum 31. Dezember 2008 entnommen.
- 5) Die Zahlen für das Geschäftsjahr 2006 sind dem Konzernabschluss der K+S AG zum 31. Dezember 2007 entnommen.
- 6) Seit dem 1. Januar 2008 werden die Aktivitäten der K+S IT aufgrund des geringen Anteils von Drittumsätzen nicht mehr im Geschäftsbereich Ergänzende Geschäftsbereiche sondern in der Spalte Überleitung der Segmentberichterstattung ausgewiesen. In der Folge werden ab dem 1. Januar 2008 die die K+S IT betreffenden Investitionen nicht mehr bei „Ergänzende Geschäftsbereiche“, sondern in den Übrigen Investitionen ausgewiesen. Die Investitionszahlen im Geschäftsjahr 2007 und 2006 für die Ergänzende Geschäftsbereiche und Übrige Investitionen wurden daher zur Herstellung der Vergleichbarkeit mit den betreffenden Zahlen im Geschäftsjahr 2008 angepasst.

Die K+S Gruppe verfolgt aktuell laufende Investitionsprojekte in Höhe von EUR 76 Mio. Davon entfallen rund 65 % auf Ersatz- und Produktionssicherungsmaßnahmen. Die laufenden Investitionen wurden zu rund 84,8 % in Deutschland, rund 2,9 % im restlichen Europa und rund 12,3 % in Nord- und Südamerika getätigt. Die Finanzierung der laufenden Investitionen erfolgt aus dem laufenden Cashflow der Gesellschaft sowie den bestehenden Betriebsmittelkrediten. Darüber hinaus plant die Gesellschaft in näherer Zukunft weitere Investitionen in Höhe von EUR 91 Mio., die bereits von den dazu zuständigen Organen der Gesellschaft verbindlich beschlossen, aber noch nicht getätigt wurden. Rund 76 % dieser Investitionen sollen Ersatz- und Produktionssicherungsmaßnahmen dienen. Die Investitionen sollen zu rund 91,3 % in Deutschland, rund 1,3 % im restlichen Europa und rund 7,4 % in Nord- und Südamerika vorgenommen werden.

Im 9M 2009 investierte die K+S Gruppe insgesamt EUR 114 Mio. Davon entfielen rund 70 % auf Ersatz- und Produktionssicherungsinvestitionen. Die Investitionen im Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte betrafen hauptsächlich Projekte zur Rohstoffausbeutesteigerung, zur Prozessoptimierung und zur Verringerung fester und flüssiger Produktionsrückstände sowie Energieprojekte an den Standorten Wintershall, Neuhof und Zielitz. Die Maßnahmen zur Kapazitätserweiterung bei Industrieprodukten am Standort Zielitz wurden im 9M 2009 abgeschlossen. Die Investitionen im Geschäftsbereich Salz wurden insbesondere im Zusammenhang mit der die Nutzungszeit verlängernden Grundüberholung eines Teils des Schiffbestands der Reederei Empremar getätigt.

Im Geschäftsjahr 2008 investierte die K+S Gruppe insgesamt EUR 198 Mio. Etwa die Hälfte der Investitionen entfiel im Geschäftsjahr 2008 auf Ersatz- und Produktionssicherungsmaßnahmen. Die Abschreibungen in Höhe von EUR 142 Mio. konnten diese vollständig finanzieren und darüber hinaus noch einen Teil der Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestitionen abdecken. Die Investitionen im Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte betrafen insbesondere Maßnahmen zur Ausbeuteverbesserung sowie zur Kapazitätserweiterung bei Industrieprodukten am Standort Zielitz, die Umstellung der Energieversorgung am Standort Wintershall sowie die Fortführung einer Erneuerungsmaßnahme zur Kapazitätserhöhung im Bereich der Düngemittelspezialitäten. Die Investitionen im Geschäftsbereich COMPO betrafen die Optimierung des Torf- und Humuswerks Gnarrenburg sowie den begonnenen Bau einer dritten Anlage für umhüllte Düngemittel in Krefeld. Ein weiterer Teil der Investitionen entfiel auf Projekte im Bereich Pflanzenschutz, die die K+S Gruppe in Zusammenarbeit mit der Syngenta Agro GmbH („Syngenta“) durchführte. Die Investitionen im Geschäftsbereich fertiva umfassten im Wesentlichen die Fertigstellung der neuen Siebanlage für grobkörniges Ammonsulfat im Lanxess-Werk Antwerpen. Die Investitionen im Geschäftsbereich Salz betrafen hauptsächlich die Vergrößerung und Nutzungszeitverlängerung des Schiffbestands bei Empremar sowie die Fertigstellung von

Maßnahmen zur Verdopplung der Verladekapazität des Hafens beim Salztagebaubetrieb der SPL in Chile. Hinzu kamen der Ausbau der Mühle sowie die Erneuerung der Stromversorgung am Standort Borth in Deutschland. Die Investitionen im Geschäftsbereich Ergänzende Geschäftsbereiche betrafen im Wesentlichen ein Projekt am Standort Zielitz für die Annahme staubförmiger Abfälle zur Verwertung, die Erweiterung der Lager-schuppenkapazität und den Ersatz des Losebeladers bei der KTG sowie den Bau eines Containerterminals für den kombinierten Verkehr (Bahn/LKW) am Standort Werra.

Im Geschäftsjahr 2007 investierte die K+S Gruppe insgesamt EUR 172 Mio. Rund 60 % der Investitionen entfielen auf Ersatz- und Produktionssicherungsmaßnahmen. Die Abschreibungen in Höhe von EUR 128 Mio. konnten diese vollständig finanzieren und darüber hinaus noch einen Teil der Erweiterungs- und Rationalisierungs-investitionen abdecken. Die Investitionen im Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte betrafen im Wesentlichen eine Vielzahl von Maßnahmen zur Ausbeuteverbesserung. Außerdem wurde am Standort Wintershall mit der Umstellung der Energieversorgung begonnen. Hinzu kam dort eine Erneuerungsmaßnahme zur Kapazitätserhöhung im Bereich der Düngemittelspezialitäten. Im Geschäftsbereich COMPO waren die größten Projekte die im Geschäftsjahr 2006 begonnene Leistungssteigerung der Abfüllanlage am Standort Krefeld sowie die Optimierung des Torf- und Humuswerks Gnarrenburg. Ein weiterer Teil der Investitionen entfiel auf Projekte im Bereich Pflanzenschutz, die die K+S Gruppe in Zusammenarbeit mit Syngenta durchführte. Im Geschäftsbereich fertiva betrafen die Investitionen im Wesentlichen den Bau einer neuen Siebanlage für grobkörniges Ammonsulfat im Lanxess-Werk Antwerpen. Die Investitionen im Geschäftsbereich Salz umfassten hauptsächlich die Erweiterung und Nutzungszeitverlängerung des Schiffbestands sowie Maßnahmen zur Verdopplung der Verladekapazität des Hafens beim Salztagebaubetrieb der SPL in Chile. Hinzu kamen der Ersatz der Mühle am Standort Borth in Deutschland sowie die Erneuerung einer Entspeicherungsinstallation am Standort Bernburg. Im Geschäftsbereich Entsorgung und Recycling betrafen die Investitionen im Wesentlichen neben Ersatzinvestitionen in die REKAL-Anlage zum Recycling von Salzschlacken Projekte zur Erhöhung der Verwertungskapazitäten zur Annahme von staubförmigen Abfällen an den Standorten Zielitz und Unterbreizbach. Die Investitionen im Geschäftsbereich Dienstleistungen und Handel umfassten vor allem den Ersatz eines Losebeladers bei der KTG in Hamburg, die Erweiterung der Lagerschuppenkapazität sowie den Bau eines Containerterminals für den kombinierten Verkehr (Bahn/LKW) am Standort Werra.

Im Geschäftsjahr 2006 investierte die K+S Gruppe insgesamt EUR 131 Mio. Der Großteil der Investitionen entfiel auf Ersatz- und Produktionssicherungsmaßnahmen. Im Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte umfassten die Investitionen im Wesentlichen eine Vielzahl von Maßnahmen zur Ausbeuteverbesserung. Außerdem wurden in der zweiten Jahreshälfte des Geschäftsjahres 2006 neue Projekte zur Energieerzeugung umgesetzt, wie zum Beispiel die Anschaffung und Installation verschiedener Gasturbinen. Hinzu kamen der Ersatz einer Fördermaschine am Standort Hattorf, die Erneuerung der Rückstandsaufbereitung sowie eine Entwässerungsstation im Werk Werra. Im Geschäftsbereich COMPO waren die größten Investitionsprojekte die Leistungssteigerung der Abfüllung am Standort Krefeld sowie eine neue Schachtelabfüllanlage in Müns-ter. Bedeutsam war auch der Beginn der Optimierung der Torf- und Humuswerke Gnarrenburg. Im Geschäftsbereich fertiva betrafen die Investitionen vor allem den Bau einer neuen Siebanlage für Ammonsulfat im Lanxess-Werk Antwerpen. Die Investitionen im Geschäftsbereich Salz standen einerseits im Zusammenhang mit der Übernahme der SPL-Gruppe und betrafen andererseits größere Einzelmaßnahmen wie den Ersatz des Fördergerüsts am Standort Borth und die Abschlussarbeiten zur Solfelderweiterung am Standort Frisia. Die Investitionen im Geschäftsbereich Entsorgung und Recycling umfassten neben Ersatzinvestitionen in die REKAL-Anlage zum Recycling von Salzschlacken auch ein Rationalisierungsprojekt in der Untertageverwertung am Standort Unterbreizbach. Im Geschäftsbereich Dienstleistungen und Handel entfiel der Hauptteil der Investitionen auf den Erwerb der data process GmbH. Darüber hinaus wurden Investitionen im Wesentlichen für Neuanschaffungen im Bereich der Logistik, hier insbesondere für den Ersatz eines Losebeladers sowie für begonnene Projekte zur Erweiterung der Lagerschuppenkapazität bei der KTG in Hamburg getätigt.

Informationen zu dem Konzernabschluss der Morton International, Inc. für das zum 31. Dezember 2008 endende Geschäftsjahr

Die K+S AG hat am 1. Oktober 2009 (Unterzeichnung des Kaufvertrages am 1. April 2009; Vollzug des Kaufvertrages am 1. Oktober 2009) über eine Tochtergesellschaft die MII von Rohm and Haas, einer Tochtergesellschaft von The Dow Chemical Company erworben, um deren Salzaktivitäten zu übernehmen. Für weitere Informationen dazu siehe „Wesentliche Verträge der K+S Gruppe – Übernahme von Morton Salt“. Nachfolgend werden die Umsatzerlöse (net sales) aus dem geprüften Konzernabschluss von MII für das zum 31. Dezember 2008 endende Geschäftsjahr dargestellt. Dieser Konzernabschluss von MII wurde nach den in den Vereinigten

Staaten von Amerika anwendbaren Rechnungslegungsvorschriften („US-GAAP“) aufgestellt und ist im Finanzteil auf den Seiten F-217ff. abgedruckt. Die US-GAAP weichen in einigen wesentlichen Punkten vom HGB sowie auch von den IFRS ab. Damit sind die in dem Konzernabschluss von MII enthaltenen Finanzzahlen – und somit auch die nachfolgend dargestellten Umsatzerlöse – nicht unmittelbar mit den in den Konzern- und Jahresabschlüssen der K+S Gruppe bzw. K+S AG enthaltenen Finanzzahlen vergleichbar.

Investoren sollten beachten, dass die nachfolgend dargestellten Umsatzerlöse bezüglich der MII unverändert aus dem Konzernabschluss der MII für das zum 31. Dezember 2008 endende Geschäftsjahr (Consolidated Financial Statements of Morton International, Inc.) entnommen wurden. Investoren sollten zudem beachten, dass die nachfolgend dargestellten Umsatzerlöse der MII sowie die im Konzernabschluss der MII für das zum 31. Dezember 2008 endende Geschäftsjahr aufgeführten Finanzzahlen (abgedruckt in dem Finanzteil ab Seite F-217) nicht die Finanzzahlen desjenigen Unternehmensteils der MII widerspiegeln, der von der K+S AG erworben wurde und weitergeführt wird. Die K+S AG hat lediglich die Salzaktivitäten der MII erworben. Vor Vollzug des Erwerbs der MII wurden bestimmte nicht zum Salzgeschäft von MII gehörende Altaktivitäten, insbesondere aus dem Chemiebereich, herausgelöst und auf eine andere Gesellschaft der Verkäuferin übertragen. Die K+S AG hat das Recht (*put right*), frühestens 13 Monate nach dem Vollzug des Kaufvertrages alle Vermögensbestandteile und Wirtschaftsgüter von MII sowie die im Salzgeschäft tätigen Tochtergesellschaften von MII, einschließlich aller dazugehörigen Verbindlichkeiten, auf eine andere Gesellschaft der K+S Gruppe zu übertragen und nachfolgend MII wieder auf die Verkäuferin zurück zu übertragen. Diese Rückübertragung muss bis spätestens 26 Monate nach dem Closing erfolgt sein. Ziel dieser Regelung ist es, dass die Verkäuferin nach der Rückübertragung für alle Verbindlichkeiten haften soll, die nicht zu den Salzaktivitäten gehören, wie auch für sonstige Restverbindlichkeiten von MII, die nicht auf Grundlage des Kaufvertrages auf die K+S Gruppe übertragen wurden oder werden sollten. Für weitere Informationen zu den Regelungen des Erwerbsvertrages der MII siehe „Wesentliche Verträge der K+S Gruppe – Übernahme von Morton Salt“. In dem Konzernabschluss der MII und damit auch in den nachfolgend dargestellten Umsatzerlösen für das zum 31. Dezember 2008 endende Geschäftsjahr sind jedoch diese nicht zum Salzgeschäft gehörenden Aktivitäten und Verbindlichkeiten sowie die sonstigen Restverbindlichkeiten enthalten. In der Folge sind in diesem Konzernabschluss der MII auch aus diesen Aktivitäten und Verbindlichkeiten resultierende Effekte auf die Gewinn- und Verlustrechnung und die Kapitalflussrechnung, wie z. B. Herstellungskosten des nicht erworbenen Chemiebereiches und Zinszahlungen für die nicht übernommenen Verbindlichkeiten enthalten. Investoren sollten daher beachten, dass eine schematische Addition der Finanzzahlen der MII und der K+S Gruppe für das Geschäftsjahr 2008 keinerlei Aussagekraft für die Gesamtvermögens-, -finanz- und -ertragslage im Geschäftsjahr 2008 sowie die künftige Gesamtvermögens-, -finanz- und -ertragslage hat.

Der Umsatz (*net sales*) von MII stieg von USD 1.060 Mio. im Geschäftsjahr 2007 (ungeprüft) auf USD 1.222 Mio. im Geschäftsjahr 2008.

Informationen aus dem HGB-Jahresabschluss zum 31. Dezember 2008

Nachfolgend werden einige Informationen aus dem geprüften Jahresabschluss der K+S AG nach HGB für das zum 31. Dezember 2008 endende Geschäftsjahr dargestellt. Der HGB-Jahresabschluss ist im Finanzteil auf den Seiten F-178 ff. abgedruckt.

Der Umsatz der K+S AG stieg von EUR 55 Mio. im Geschäftsjahr 2007 um 7,9% auf EUR 59 Mio. im Geschäftsjahr 2008. Das Ergebnis vor Ertragssteuern der K+S AG stieg von EUR 85 Mio. im Geschäftsjahr 2007 auf EUR 876 Mio. im Geschäftsjahr 2008. Das Anlagevermögen stieg von EUR 1.052 Mio. im Geschäftsjahr 2007 um 9,5% auf EUR 1.152 Mio. im Geschäftsjahr 2008, das Umlaufvermögen von EUR 560 Mio. im Geschäftsjahr 2007 auf EUR 1.495 Mio. im Geschäftsjahr 2008. Die Bilanzsumme stieg von EUR 1.612 Mio. im Geschäftsjahr 2007 um 64,2% auf EUR 2.647 Mio. im Geschäftsjahr 2008. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sanken von EUR 569 Mio. im Geschäftsjahr 2007 um 80,0% auf EUR 114 Mio. im Geschäftsjahr 2008. Das Eigenkapital stieg von EUR 340 Mio. im Geschäftsjahr 2007 auf EUR 887 Mio. im Geschäftsjahr 2008. Die Eigenkapitalquote stieg von 21,1% im Geschäftsjahr 2007 auf 33,5% im Geschäftsjahr 2008. Im Geschäftsjahr 2008 wurden für das Geschäftsjahr 2007 TEUR 82.500 (im Geschäftsjahr 2007 für das Geschäftsjahr 2006 TEUR 82.500) an Dividenden ausgeschüttet.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Anwendung der wesentlichen Bilanzierungs-, Bewertungs-, Ausweis- und Konsolidierungsgrundsätze der Gesellschaft beruhen dem Grunde und der Höhe nach zum Teil auf Schätzungen und Annahmen, die Einfluss auf den Ausweis von Vermögenswerten und Schulden, die Angabe von Eventualverbindlichkeiten zum Bilanzstichtag sowie den Ausweis von Erträgen und Aufwendungen haben. Die sich tatsächlich ergebenden Beträge können letztlich trotz sorgfältiger Schätzung von den in dem jeweiligen Abschluss enthaltenen Beträgen, die auf Schätzungen und Annahmen beruhen, abweichen. Schätzungen und Annahmen sind insbesondere bei den folgenden Sachverhalten notwendig:

- der Bestimmung der Nutzungsdauern des abnutzbaren Anlagevermögens,
- der Festlegung der Bewertungsannahmen und der zukünftigen Ergebnisse im Rahmen von Werthaltigkeitstests, insbesondere für bilanzierte Goodwills,
- der Bestimmung des Nettoveräußerungspreises des Vorratsvermögens,
- der Bestimmung der für die Bewertung von Pensionsrückstellungen notwendigen Parameter (Rechnungszinssatz, künftige Entwicklung der Löhne/Gehälter und Renten, erwartete Rendite des Planvermögens),
- der Bestimmung von Höhe, Erfüllungszeitpunkten und Rechnungszinssätzen für die Bewertung bergbau-licher Rückstellungen,
- der Wahl der Parameter im Rahmen der modellgestützten Bewertung der Derivate (z. B. Annahmen hinsichtlich der Volatilität und des Zinssatzes) sowie
- der Bestimmung der Nutzbarkeit von steuerlichen Verlustvorträgen.

Für weitere Informationen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen siehe die im Finanzteil dieses Prospektes abgedruckten Anhänge der Finanzabschlüsse auf den Seiten F-8 ff., F-22 ff., F-81 ff. und F-139 ff.

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT

Überblick

Die K+S Gruppe gehört nach eigener Einschätzung zu den weltweit führenden Anbietern von Spezial- und Standard-Düngemitteln, Pflanzenpflege- sowie Salzprodukten. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft gliedert sich in die vier Geschäftsbereiche Kali- und Magnesiumprodukte, Stickstoffdüngemittel, Salz und Ergänzende Geschäftsbereiche. Unterstützt werden diese Geschäftsbereiche durch die Serviceeinheiten und Holding-Funktionen der K+S AG.

Im Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte produziert und vermarktet die K+S Gruppe Kaliumchlorid, magnesiumsulfat- und kaliumsulfathaltige Düngemittel und Düngemittelspezialitäten sowie Kali- und Magnesiumverbindungen. Diese werden für die Herstellung von Dünge- und Futtermitteln sowie für Anwendungen der technischen, gewerblichen und pharmazeutischen Industrie verwendet.

Im Geschäftsbereich Stickstoffdüngemittel betreibt die K+S Gruppe im Wesentlichen die Herstellung und den Vertrieb stickstoffhaltiger Düngemittel und Ammoniumsulfate. Die bisherigen Geschäftsbereiche COMPO und fertiva wurden zum 1. Januar 2009 in der Berichterstattung zum Geschäftsbereich Stickstoffdüngemittel zusammengefasst. Die Geschäftstätigkeit des ehemaligen Geschäftsbereichs fertiva und Teile des COMPO-Expert-Geschäfts sind zum 1. Juli 2009 in einer neuen Gesellschaft, der K+S Nitrogen, zusammengeführt worden.

Der Geschäftsbereich Salz umfasst die Teileinheiten esco mit Tätigkeitsschwerpunkt in Europa, die chilenische SPL sowie seit 1. Oktober 2009 Morton Salt in Nordamerika. Die esco betreibt drei Steinsalzbergwerke, drei Solebetriebe sowie mehrere Siedesalzanlagen. Die SPL gewinnt Steinsalz im Tagebau im Salar Grande in der Atacama-Wüste in Chile. Morton Salt betreibt sechs Steinsalzbergwerke, zwei Solar- und neun Siedesalzanlagen in den USA und Kanada und ist der führende Salzproduzent Nordamerikas (Quelle: Roskill Information Services Ltd., The Economics of Salt, Twelfth Edition, 2007).

Im Geschäftsbereich „Ergänzende Geschäftsbereiche“ sind neben Recyclingaktivitäten und der Entsorgung bzw. Verwertung von Abfällen in Kali- bzw. Steinsalzbergwerken sowie der Granulierung von CATSAN® weitere für die K+S Gruppe wichtige Aktivitäten gebündelt. Mit der KTG in Hamburg und deren Tochtergesellschaften sowie der dem Geschäftsbereich Salz zugeordneten chilenischen Gesellschaft Empremar verfügt die K+S Gruppe über zwei eigene Logistikdienstleister. Die CFK handelt mit verschiedenen Basischemikalien.

Die K+S Gruppe beschäftigte zum 30. September 2009 12.378 Mitarbeiter. Durch die Übernahme von Morton Salt am 1. Oktober 2009 sind insgesamt 2.922 Mitarbeiter zur K+S Gruppe hinzugekommen.

Wettbewerbsstärken

Nach Einschätzung der K+S AG zeichnet sich die Gruppe durch folgende Wettbewerbsstärken aus:

Führende Position in konsolidierten Märkten

Die K+S Gruppe gehört nach eigener Einschätzung zu den weltweit führenden Anbietern von Spezial- und Standard-Düngemitteln, Pflanzenpflege- sowie Salzprodukten. Zusätzlich verfügt die K+S Gruppe nach eigener Kenntnis als alleiniger Kali-Anbieter neben Kalium auch über die wichtigen Mineralien Magnesium und Schwefel. Der Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte ist mit einem Anteil von rund 11 % an der Weltkaliproduktion im Jahr 2008 der viertgrößte Produzent weltweit und in Europa der führende Anbieter (Quelle: IFA, Preliminary Annual Potash Statistic 2008). Der Geschäftsbereich Salz ist – jeweils gemessen an der Produktionskapazität – der weltweit führende Salzproduzent mit führenden Positionen der Teilgesellschaften esco, SPL und Morton Salt in ihren jeweiligen Heimatmärkten Europa, Südamerika und Nordamerika (Quelle: Roskill Information Services Ltd., The Economics of Salt, Twelfth Edition, 2007). Mit dem Geschäftsbereich Stickstoffdüngemittel gehört die K+S Gruppe zu den führenden Stickstoffdüngemittelanbietern in Europa (Quelle: Fertilizer Financial Bulletin, Issue 7, December 2008; Integer Research, Fertilizer Financial Insight – 2007/2008).

Bedienung von globalen Trends mit Positionierung in den relevanten Wachstumsmärkten

Düngemittel mit ihrer ertrags- und qualitätssteigernden Wirkung spielen bei der Agrarproduktion weltweit eine zentrale Rolle. Die Nachfrage nach Agrarprodukten und damit nach Düngemitteln wird getragen von globalen Trends wie der wachsenden Weltbevölkerung, veränderten Ernährungsgewohnheiten in den Schwellenländern infolge eines steigenden Lebensstandards und der Entwicklung des Bioenergiesektors bei gleichzeitig begrenzter Anbaufläche für Agrarprodukte. Die K+S Gruppe profitiert ihrer Auffassung nach in besonderer Weise von diesem langfristigen Wachstumspotenzial durch ihre internationale Präsenz auch in den aufstrebenden Märkten Südamerikas und Asiens.

Ausgeprägte Kompetenz in der Primärproduktion von Salzmineralien

Basierend auf mehr als 100 Jahren Erfahrung in der Optimierung des Abbaus von Salzlagerstätten und der Aufbereitung komplexer Rohsalze verfügt die K+S Gruppe über erhebliche geologische, bergmännische und aufbereitungstechnische Expertise und damit die Grundlage für einen effizienten Prozess der Primärproduktion von Salzmineralien sowie das integrierte Zusammenwirken der beiden angestammten Geschäftsbereiche Kali- und Magnesiumprodukte sowie Salz.

Die Übertragung dieser Kompetenz im Rahmen externer Wachstumsschritte ermöglicht die Hebung operativer Synergien durch die Optimierung neu hinzukommender Produktionssysteme.

Fundiertes Verständnis der Anforderungen in den Weltagrarmärkten und direkter Kontakt zu Endanwendern

Die K+S Gruppe verfügt über ein eigenes, weltweites Vertriebsnetz zur Vermarktung ihrer Düngemittelstandardprodukte und -spezialitäten. Das Marketing- und Vertriebsmanagement verfügt neben einem hohen Maß an Erfahrung in den Märkten vor allem über beträchtliche technische und anwendungsbezogene Kenntnisse, die für ein erfolgreiches Bestehen im Markt unverzichtbar sind.

Diese Nähe sowohl zu den Handels- als auch zu den Endkunden sowie die enge Vernetzung mit Forschung und Landwirtschaft – unter anderem auch durch die direkte Anwendungsberatung vor Ort in den Vermarktungsregionen – ist Garant für das zeitnahe Erkennen von Trends in den Agrarmärkten und die abgestimmte Entwicklung von Innovationen im Rahmen der Veredelungsstrategie zur Platzierung von margenstarken Produkten.

Umfassendes operatives Know-how bei Logistik und industrieller Anwendung

Mit der KTG in Hamburg und deren Tochtergesellschaften sowie der Empremar verfügt die K+S Gruppe über zwei eigene Logistikdienstleister, welche einen bedeutenden Teil dieser Transportmengen abwickeln und der K+S Gruppe eine aktive Steuerung der Logistikkosten als zentralen Erfolgsfaktor in den Geschäftsbereichen Kali- und Magnesiumprodukte sowie Salz ermöglichen. Die erheblichen identifizierten Optimierungspotenziale bei den Mengenströmen zwischen Nord- und Südamerika im Zusammenhang mit der Akquisition von Morton Salt verdeutlichen den Stellenwert dieses strategischen Aspekts bei der Bewertung von externen Wachstumsoptionen.

Daneben verfügt die K+S Gruppe über ein umfassendes Know-how auch im Bereich der Anwendung der Produkte. Insbesondere im Bereich der weiterverarbeitenden Industrie stellt die ausgeprägte Kenntnis der Prozesse und Anforderungen der Kunden das zentrale Kompetenzmerkmal der K+S Gruppe dar. Dies ermöglicht zum Einen die optimale Anpassung der Produkte an die Produktionsbesonderheiten der Kunden, zum Anderen können die nachgelagerten Prozesse des Kunden optimal auf die Produkte der K+S Gruppe eingestellt werden. Dies gilt für basischemische Verarbeitungsstufen ebenso wie für Abnehmer hochreiner Pharma- und Industriesalze.

Strategie

Die K+S Gruppe fördert und veredelt Rohstoffe und zielt mit ihren Produkten und Leistungen auf die Verbesserung von Ernährung, Gesundheit und Lebensqualität. Sie konzentriert sich dabei auf ihre angestammten Kerngeschäftsfelder Düngemittel und Salz – beide Geschäftsfelder profitieren von den globalen Trends Bevölke-

ungswachstum sowie steigenden Ansprüchen an Ernährung und Lebensstandards. Nach Einschätzung der K+S Gruppe bilden dabei die hohe synergetische Beziehung sowie das in Bezug auf Konjunktur und Saisonalität ausgewogene Verhältnis der Geschäftsfelder Düngemittel und Salz zueinander die Grundlage für die zukünftige strategische Ausrichtung der K+S Gruppe:

Differenzierung und nachhaltiges Margenwachstum durch Spezialisierung

Die K+S Gruppe strebt die Festigung und den Ausbau der Marktpositionen in ihren jeweiligen Kerngeschäftsfeldern insbesondere über die verstärkte Vermarktung von Spezialprodukten an. Die Veredelungsstrategie ermöglicht im Düngemittel- und im Salzbereich die Realisierung attraktiverer Margen. Zudem erlaubt eine konsequente Weiterführung der Spezialisierung die Verminderung der Abhängigkeit von den volatilen und verstärktem Kostenwettbewerb ausgesetzten Absatzmärkten für undifferenzierte Rohstoffprodukte.

Effizienzsteigerung und Nutzung von Synergien

Die Kostenposition in Relation zu den wichtigsten Wettbewerbern in den Hauptabsatzmärkten stellt im Düngemittel- wie auch im Salzgeschäft einen zentralen Erfolgsfaktor dar. Neben der konsequenten Verfolgung von Kostensenkungs- und Flexibilisierungsinitiativen über die gesamte Prozesskette hinweg liegt ein besonderer Fokus auf der Optimierung des weltweiten Produktionsnetzwerks und der damit verbundenen Mengenströme und Logistikkosten. Die vergleichbaren Abbauverfahren ermöglichen Synergien zwischen den Geschäftsfeldern Kali- und Magnesiumprodukte und Salz beim Austausch von technischem, geologischem und logistischem Know-how sowie Größenvorteile in der Beschaffung von Maschinen und Hilfsstoffen.

Ausbau des ausgewogenen Regionalportfolios

Weltweit sind sowohl Düngemittel- als auch Salzmärkte durch saisonale wie auch regionale Nachfrageschwankungen gekennzeichnet. Die Strategie der K+S Gruppe zielt auf ein ausgewogenes Regionalportfolio ab, das einen Ausgleich natürlicher saisonaler Schwankungen sowie eine Abfederung zyklischer Markttrends ermöglicht. Daneben ergänzen sich das stärker konjunkturgetriebene Düngemittelgeschäft und das stetigere Salzgeschäft, welches zuletzt durch die Übernahme von Morton Salt ausgebaut wurde, auch über unterschiedliche Konjunkturphasen hinweg.

Im Düngemittelbereich ermöglicht die ausgewogene Marktpräsenz in den wichtigen Agrarmärkten Europa, Asien und Südamerika den Ausgleich von saisonalen Schwankungen zwischen Nord- und Südhalbkugel ebenso wie die Verminderung von konjunkturell bedingten, regionalen Nachfrageeffekten. Der Ausbau der Marktpräsenz in bedeutenden Überseemärkten und die Erschließung neuer attraktiver Absatzmärkte in künftigen Wachstumsregionen werden daher konsequent weiterverfolgt.

Lokale Produktion ist im stark mengengetriebenen Salzgeschäft ein entscheidender Faktor bei der Erschließung neuer Märkte. Im Geschäftsbereich Salz ist neben den definierten Wertschaffungs- und Renditekriterien die Verbesserung des Ergebnisprofils durch die Verminderung der Abhängigkeit von der regionalen Volatilität des Auftausalzgeschäfts eine wichtige Triebfeder jüngster Akquisitionen in Süd- und Nordamerika (SPL und Morton Salt), welche einen wichtigen Beitrag zum Ausgleich der schwankenden Wintersaison in Europa liefern.

Setzen von Standards für Qualität, Zuverlässigkeit und Service

Ziel der K+S Gruppe ist es, in den jeweiligen Produktmärkten der präferierte Partner der Kunden zu sein. Hohe Produktqualität und Zuverlässigkeit sind hierfür entscheidende Voraussetzung. Einhergehend mit der Spezialisierungsstrategie werden dort, wo es wertschaffend ist, Service-Leistungen und -innovationen vorangetrieben. Die gezielte Beratung der Kunden insbesondere im Bereich Düngemittel ermöglicht es der K+S Gruppe, bedarfsgerechte Lösungen zu identifizieren und so die Kundenbindung zu stärken. Mit ihren Angeboten im Bereich der elektronischen Bestellabwicklungsverfahren oder des lieferantengesteuerten Bestandes im europäischen Auftausalzgeschäft setzt die K+S Gruppe hier regelmäßig neue Standards im Markt.

Ausbau der strategischen Geschäftsfelder durch Akquisitionen und Kooperationen

Die K+S Gruppe strebt neben dem organischen auch weiterhin externes Wachstum in den angestammten Geschäftsfeldern Düngemittel und Salz an, allerdings ohne wesentliche Beeinträchtigung ihrer finanziellen Basis.

Übernahme der Morton Salt

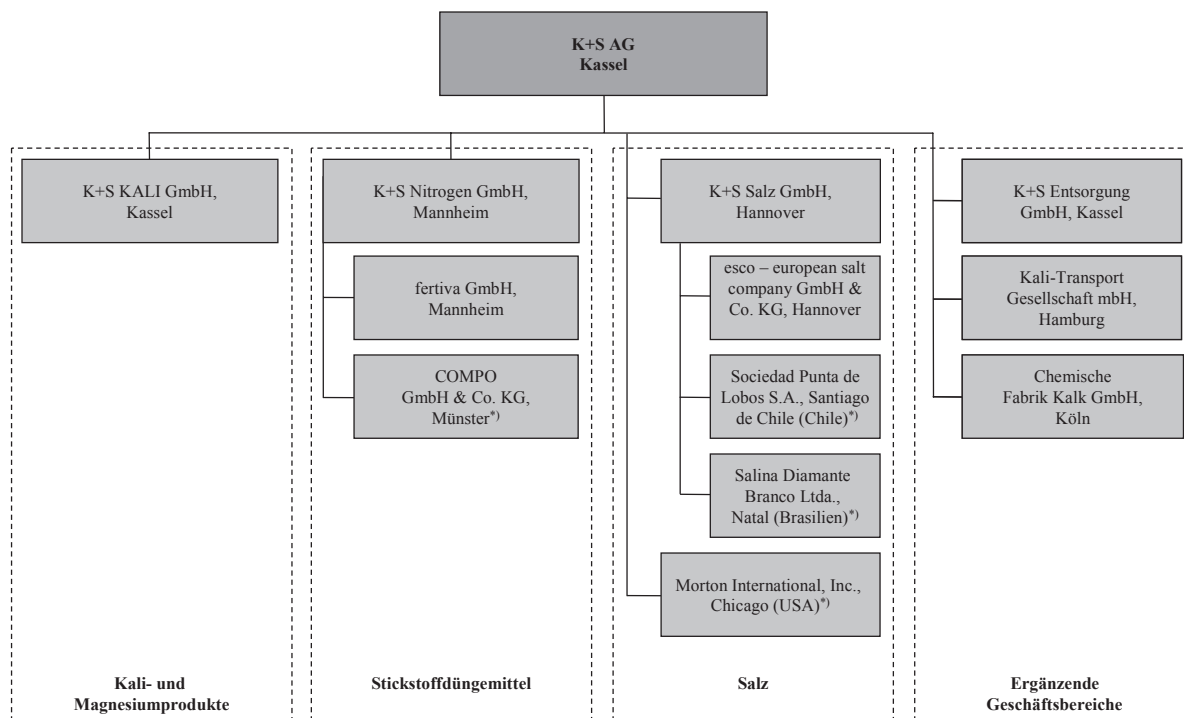
Am 1. Oktober 2009 hat die K+S Gruppe den Erwerb von Morton Salt abgeschlossen. Auf Basis eines Unternehmenswertes von USD 1,675 Mrd. ergab sich abzüglich der vorläufig festgestellten Schulden und üblichen Anpassungen eine Nettozahlung von USD 1,576 Mrd. in bar. Einzelheiten zum Unternehmenskaufvertrag und zur Akquisitionsfinanzierung finden sich unter „*Wesentliche Verträge – Übernahme von Morton Salt*“ bzw. „*Wesentliche Verträge – Akquisitionsfinanzierung Morton Salt*“.

Morton Salt betreibt sechs Steinsalzbergwerke, zwei Solar- und neun Siedesalzanlagen in den USA und Kanada und ist der nach Produktionskapazität führende Salzproduzent Nordamerikas (Quelle: Roskill Information Services Ltd., *The Economics of Salt*, Twelfth Edition, 2007). Durch die Übernahme verfügt die K+S Gruppe erstmals über eigene Produktionskapazitäten in Nordamerika. Die jährliche Produktionskapazität beläuft sich auf rund 13 Mio. Tonnen. Morton Salt wurde 1848 gegründet, beschäftigt rund 2.900 Mitarbeiter und hat seinen Firmensitz in Chicago.

Morton Salt bietet seinen Kunden Consumer-, Gewerbe- und Auftausalze. Das Verbrauchergeschäft war 2008 mit 40 % der umsatzmäßig größte Bereich von Morton Salt, gefolgt von dem Bereich Auftausalz mit einem Umsatzanteil von 37 % und dem Bereich Gewerbesalz mit 23 %. In den USA und in Kanada haben die Markenzeichen von Morton Salt, das „Umbrella Girl®“ und „Windsor Castle®“, einen großen Bekanntheitsgrad. Der Bereich Consumer-Salze umfasst vor allem Geschirrspülersalze sowie Speisesalze. Im Bereich Gewerbesalze beliefert Morton Salt Nahrungsmittelhersteller, die chemische Industrie sowie Unternehmen im Gesundheitsbereich und deckt darüber hinaus viele weitere industrielle Anwendungen ab. Im Bereich Auftausalze erwirtschaftet Morton Salt 53 % des Umsatzes in den USA und die restlichen 47 % in Kanada. Morton Salt verfügt über insgesamt 57 regional verteilte Lager für Auftausalze, von welchen aus die Kunden, vor allem staatliche und gemeindliche Stellen sowie Straßenräumdienste, beliefert werden.

Geschäftsbereiche der K+S Gruppe

Die nachfolgende Übersicht zeigt – stark vereinfacht – die Organisationsstruktur der K+S Gruppe:



*) Jeweils indirekt gehalten.

Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte

Überblick

Im Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte betreibt die K+S Gruppe die Produktion und Vermarktung von Kaliumchlorid, magnesiumsulfat- und kaliumsulfathaltigen Düngemitteln und Düngemittelspezialitäten sowie Kali- und Magnesiumverbindungen. Diese werden für die technische, gewerbliche und pharmazeutische Industrie verwendet. Der Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte gewinnt in fünf Bergwerken in Deutschland Kali- und Magnesiumrohsalze mit einer jährlichen Produktionsleistung – gemessen an Endprodukten – von bis zu 8 Mio. Tonnen. Die natürlichen Rohstoffe enthalten die lebensnotwendigen Mineralien Kalium, Magnesium und Schwefel, die die K+S Gruppe zu Düngemitteln und Vorprodukten für die Herstellung industrieller Erzeugnisse verarbeitet. Der Geschäftsbereich bietet eine Produktpalette, die in dieser Vielfalt nach Einschätzung der K+S Gruppe von keinem anderen Kaliproduzenten weltweit angeboten wird.

Die K+S Gruppe gewinnt unter Tage Kalirohsalz, das in komplexen und mehrstufigen Veredlungsprozessen zu hochwertigen Mineraldüngern und Industrieprodukten aufbereitet wird. Der Abbau ist nach Auskunft der Gesellschaft lagerstättenbedingt zum Teil technisch anspruchsvoller als bei den Wettbewerbern. Die K+S Gruppe verfügt nach eigener Kenntnis als einziger Kalianbieter neben Kalium (mit einem Wertstoffgehalt von 13 bis 29 % Kaliumchlorid im Rohsalz) auch über die wichtigen Mineralien Magnesium und Schwefel (mit einem Wertstoffgehalt von 8 bis 18 % Magnesiumsulfat im Rohsalz). Der Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte ist spezialisiert auf den Abbau und die Aufbereitung heterogener Rohsalze, insbesondere magnesiumhaltiger Salze. Die K+S Gruppe kann so neben dem Standarddünger Kaliumchlorid auch eine Vielzahl von Düngemittelspezialitäten für Landwirtschaft und industrielle Anwendungen herstellen.

Der Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte beschäftigte zum 30. September 2009 7.872 Mitarbeiter und trug bis zu diesem Stichtag 42,1% zum Außenumsatz der K+S Gruppe im laufenden Geschäftsjahr 2009 bei.

Produkte

Der Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte bietet seinen Kunden Düngemittel, Produkte für industrielle Anwendungen, hochreine Kalium- und Magnesiumsalze für die Pharma-, Kosmetik- und Lebensmittelindustrie sowie Bestandteile von Futtermitteln.

Die Rohstoffe werden aus fünf Bergwerken in Deutschland gewonnen, nämlich den an der Werra gelegenen Standorten Wintershall-Hattorf und Unterbreizbach, in Zielitz in Sachsen-Anhalt, Neuhoef-Ellers in Hessen und Siegmundshall in Niedersachsen. An diesen Bergwerksstandorten werden die Rohstoffe zugleich auch zu End- oder Zwischenprodukten weiterverarbeitet. Der ehemalige Bergwerksstandort Bergmannsseggen-Hugo im Großraum Hannover ist seit 1995 reiner Produktionsstandort. Daneben verfügt der Geschäftsbereich mit den Werken Atlantique, Du Roure, Rodez und Wittenheim über vier weitere Produktionsstandorte in Frankreich.

Das Produktangebot im Düngemittelbereich umfasst eine große Auswahl an Bodendüngern sowie Flüssig- und Blattdüngern. Viele der Produkte sind für den ökologischen Landbau zugelassen. Kaliumchlorid ist dabei das umsatzstärkste Produkt des Geschäftsbereichs. Dieser universell einsetzbare Einzeldünger wird weltweit bei großen Anbaukulturen wie Getreide, Mais, Reis und Sojabohnen angewandt. Kaliumchlorid wird als Granulat mit Düngerstreuern gleichmäßig auf den Äckern ausgebracht. Zunehmend setzen auch Betreiber von Mischdüngeranlagen (sog. Bulk Blender) Granulat ein, um es mit anderen Einzeldüngern nach verschiedenen Rezepturen zu mischen. Als feinkörnige „Standard“-Ware liefert die K+S Gruppe Kaliumchlorid an die Düngemittelindustrie, die es mit anderen Nährstoffen zu Mehrnährstoffdüngern weiterverarbeitet. Die Düngemittelspezialitäten des Geschäftsbereichs unterscheiden sich vom klassischen Kaliumchlorid durch verschiedenartige Nährstoffrezepturen mit Magnesium, Schwefel und Spurenelementen. Die Düngemittelspezialitäten werden vor allem auf Böden bzw. für Kulturen eingesetzt, die neben Kalium- auch einen erhöhten Magnesium- und Schwefelbedarf haben, zum Beispiel Raps oder Kartoffeln.

Die breite Palette an hochwertigen Kalium- und Magnesiumprodukten für industrielle Anwendungen ist in verschiedenen Reinheitsstufen und speziellen Körnungen erhältlich. So kommt etwa das Produkt Kaliumchlorid 99% bei der Chloralkali-Elektrolyse in der chemischen Industrie, bei der Herstellung von Glas und Kunststoff, in der Mineralölindustrie sowie in metallurgischen Prozessen zum Einsatz. Magnesiumsulfate unterstützen in der Zellstoffindustrie die umweltfreundliche Sauerstoffbleiche, als Teil von Waschmitteln schützen sie die Fasern und sie werden in der Biotechnologie und beim Kunststoffrecycling genutzt.

Des Weiteren stellt der Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte ein Produktportfolio für die besonders hohen Anforderungen der Pharma-, Kosmetik- und Lebensmittelindustrie bereit, welches bei der Herstellung von Arzneimitteln, Lebensmitteln und Kosmetika verwendet wird. Dazu zählen hochreine Bittersalze, Kaliumsulfate und Kaliumchloride. Zertifizierungen nach international anerkannten Standards belegen, dass die Produkte dieses Geschäftsbereichs die Kriterien für den Einsatz in diesen Bereichen erfüllen.

Unter dem Markennamen KaSa® produziert die K+S Gruppe für die Mischfutterindustrie hochwertige Kaliumchloride und Magnesiumsulfate für die Fütterung von Nutztieren.

Vertrieb und Kunden

Die Vertriebszentrale des Geschäftsbereichs Kali- und Magnesiumprodukte befindet sich am Standort Kassel. Im Geschäftsjahr 2008 erzielte der Geschäftsbereich 13,7% des Umsatzes in Deutschland, 49,0% im übrigen Europa sowie 37,3% in Übersee. Ein weitgespanntes Vertriebsnetz ermöglicht die Präsenz der Produkte auf nahezu allen Märkten in Europa und im außereuropäischen Ausland. Die Belieferung der Kunden erfolgt sowohl per Bahn und Binnenschiff als auch per Seeschiff, Container und Lkw, wobei sowohl eigene Transportmittel als auch Transportmittel von Drittanbietern eingesetzt werden. Das Management und die Koordination der Transportmittel erfolgt zentral über die K+S Gruppe.

Der Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte vertreibt seine Produkte ausschließlich an Großkunden, das heißt Großhändler bzw. Großkunden im Agrarbereich sowie Düngemittelhersteller und andere Industriekunden. Den mit etwa 70% größten Anteil des Umsatzes haben Großkunden des Agrarbereichs, gefolgt von Düngemittelherstellern mit einem Anteil von etwa 18% sowie Industriekunden mit einem Anteil von etwa 12%. Die einzelnen Märkte unterscheiden sich zum Teil danach, ob die Großhändler die Produkte unmittelbar an einzelne Landwirte vertreiben oder ob dies über den Landhandel oder regionale Genossenschaften erfolgt.

Eine wesentliche Unterstützung erfährt der Vertrieb durch die landwirtschaftliche aber auch durch die technische Anwendungsberatung. Der optimale Einsatz der Düngemittel spielt für den wirtschaftlichen Erfolg landwirtschaftlicher Produktion eine entscheidende Rolle. Daher sind Spezialinformationen, die eine gezielte, standortgerechte Bewertung von Düngerrhöhe, Nährstoffform und Düngungszeitpunkt erlauben, sowie Auskünfte über bestimmte Düngemittelsorten und Düngungssysteme eine wichtige Verkaufsunterstützung.

Der Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte verfügt über ein Beraterteam bestehend aus Regionalberatern und weltweit tätigen Agronomen. Die Berater liefern wichtige Informationen und Innovationen rund um die Nährstoffe Kalium, Magnesium, Schwefel, Natrium und Phosphat sowie zu Spurenelementen. In einem weltweiten Netz von Feldversuchen gemeinsam mit Kooperationspartnern aus Wissenschaft und Forschung werden hierzu Daten und Erkenntnisse erarbeitet.

Darüber hinaus bietet die technische Anwendungsberatung kompetente Ansprechpartner mit umfassendem Wissen über die Produkte und deren Herstellprozesse, über Anwendungen in der industriellen Verarbeitung sowie rechtliche Rahmenbedingungen. Gemeinsam mit den Kunden werden Lösungen für betriebliche Prozesse erarbeitet.

Die K+S KALI GmbH hat auf Grundlage der DIN EN ISO 9001:2000 ein Qualitätsmanagement-System aufgebaut. Darin sind unter anderem die ständige Überwachung und die kontinuierliche Verbesserung der Produkte und Dienstleistungen fest verankert.

Marktumfeld und Wettbewerb

Der Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte ist über die K+S KALI GmbH mit einem Anteil von 11 % im Jahr 2008 an der Weltkaliproduktion weltweit der viertgrößte Kaliproduzent und in Europa der führende Anbieter (Quelle: IFA, Preliminary Annual Potash Statistic 2008 und K+S Gruppe). Bedeutende Wettbewerber der K+S Gruppe in diesem Bereich sind Agrium Inc., The Mosaic Company und Potash Corporation of Saskatchewan (PotashCorp), welche unter der Bezeichnung Canpotex eine gemeinsame Exportorganisation unterhalten, sowie Uralkali und Belaruskali, die außerhalb ihrer Heimatmärkte gemeinsam als Exportorganisation BPC auftreten, sowie Silvinit und ICL. Durch die kali- und magnesiumhaltigen Düngemittelspezialitäten unterscheidet sich der Geschäftsbereich nach eigener Einschätzung deutlich vom Wettbewerb und nimmt bei diesen Düngemitteln weltweit die Spitzenposition ein. Auch mit den Produkten für industrielle, technische und pharmazeutische Anwendungen gehört die K+S Gruppe nach eigener Einschätzung zu den leistungsstärksten Anbietern weltweit und ist in Europa der mit Abstand umsatzstärkste Anbieter.

Das starke Wachstum der Weltwirtschaft in den letzten Jahren, welches hauptsächlich auf den Aufschwung in den asiatischen Schwellenländern aber auch in Südamerika zurückzuführen war, beeinflusste mittelbar auch den Erfolg der K+S Gruppe. Der steigende Wohlstand in diesen Gebieten führte in diesen Regionen zu größeren Erwartungen an die Ernährung und einer Änderung der traditionellen Essgewohnheiten, was sich insbesondere in einem gesteigerten Fleischkonsum widerspiegelt (Quelle: DB Research, Current Issues, The global food equation, September 2009). Da die Produktion von Fleisch ein Vielfaches an Getreide, Soja und anderem als Viehfutter erfordert, führt dies zu einer steigenden Produktion von Agrarrohstoffen (sog. „soft commodities“), was wiederum eine erhöhte Nachfrage nach Düngemittel bewirkt. In Schwellenländer besteht zudem ein erhebliches Potential bei der Verbesserung der ausgewogenen Düngung mit allen Hauptnährstoffen (z.B. Kalium, Phosphat und Stickstoff) um eine mit Westeuropa und Nordamerika vergleichbar gute Flächennutzung erzielen zu können. Während mittel- bis langfristig von einem Wachstum der globalen Düngernachfrage (Stickstoff, Kali- und Phosphordüngemittel) von 2 % bis 3 % pro Jahr ausgegangen wird, geht die K+S Gruppe nach der für die Jahre 2010/11 erwarteten Normalisierung von einem mittelfristigen Wachstum der Kalinachfrage (einschließlich Kaliumsulfat und Kalisorten mit niedrigerem K₂O-Gehalt) von 3 % bis 5 % pro Jahr aus (Quelle: IFA, Preliminary Annual Potash Statistic 2008).

Durch die hohen Basiskosten für die Entwicklung von Bergwerken (es ist von einer Entwicklungszeit von sieben bis zehn Jahren auszugehen) stellt die Erschließung von neuen Produktionsstandorten auch für finanzstarke Marktteilnehmer eine erhebliche Herausforderung dar mit der Folge vergleichsweise hoher Markteintrittsbarrieren. Entsprechend wurden in den letzten 20 Jahren nach Kenntnis der K+S Gruppe keine neuen Bergwerke erschlossen. Darüber hinaus besteht nach einer realistischen Neubewertung der technisch verfügbaren Kapazität auf Basis des starken Nachfragejahres 2007 nach Einschätzung der K+S Gruppe ein größerer Abstand zwischen Nennkapazität und technisch verfügbarer Kapazität. Bis zum Jahr 2013 erwartet die K+S Gruppe eine Normalisierung der jährlichen weltweiten Kaliproduktion (einschließlich Kaliumsulfat und

Kalisorten mit niedrigerem K₂O-Gehalt) auf etwa 58 bis 61 Mio. Tonnen im Vergleich zu 30 Mio. Tonnen im Geschäftsjahr 2009.

Geschäftsbereich Stickstoffdüngemittel

Überblick

Im Geschäftsbereich Stickstoffdüngemittel betreibt die K+S Gruppe im Wesentlichen die Herstellung und den Vertrieb stickstoffhaltiger Düngemittel und Ammoniumsulfate. Der Geschäftsbereich Stickstoffdüngemittel besteht im Wesentlichen aus den beiden Tochtergesellschaften K+S Nitrogen und COMPO GmbH & Co. KG (zusammen mit ihren Tochtergesellschaften „COMPO“). Die bisherigen Geschäftsbereiche COMPO und fertiva wurden zum 1. Januar 2009 in der Berichterstattung zum Geschäftsbereich Stickstoffdüngemittel zusammengefasst. Die Geschäftstätigkeit des ehemaligen Geschäftsbereichs fertiva und Teile des COMPO-Expert-Geschäfts sind zum 1. Juli 2009 in einer neuen Gesellschaft, der K+S Nitrogen, zusammengeführt worden. K+S Nitrogen wird zukünftig neben den fertiva-Produkten auch die bisher von COMPO vertriebenen ENTEC®- und sulfathaltigen Nitrophoska-Produkte vermarkten. Die COMPO wird die Produktlinien isodurhaltige/ umhüllte Langzeitdünger, umhüllte Düngemittel, NPK-Spezialdünger sowie Nährsalze und Spurenelemente gemeinsam mit den Consumerprodukten weiterführen.

Mit dem Geschäftsbereich Stickstoffdüngemittel zählt die K+S Gruppe in Europa zu den bedeutenden Anbietern (Quelle: Fertilizer Financial Bulletin, Issue 7, December 2008; Integer Research, Fertilizer Financial Insight – 2007/2008). Neben den exklusiv von der BASF SE für sie produzierten Düngemittel (siehe „*Wesentliche Verträge – Lohnfertigungs- und Lieferverträge mit BASF SE*“) vermarktet K+S Nitrogen in begrenztem Umfang die Ware anderer namhafter europäischer Düngemittelproduzenten. COMPO ist zum Teil ebenfalls Vermarkter, stellt darüber hinaus zum Teil aber auch bestimmte Düngemittel und andere Produkte selbst her.

Der Geschäftsbereich Stickstoffdüngemittel beschäftigte zum 30. September 2009 1.265 Mitarbeiter und trug bis zu diesem Stichtag 32,2 % zum Außenumsatz der K+S Gruppe im laufenden Geschäftsjahr bei.

Produkte

Die Produkte von K+S Nitrogen lassen sich einteilen in Mehrnährstoffdünger, Stickstoffeinzeldünger und Ammonsulfat. Mehrnährstoffdünger enthalten neben Stickstoff die Nährstoffe Kalium und Phosphat, sowie – je nach Bedarf und Anwendung – Magnesium, Schwefel oder auch Spurenelemente. Bei den von K+S Nitrogen unter der Marke Nitrophoska® verkauften Mehrnährstoffdüngern werden die Rohstoffe im Produktionsprozess in flüssigem oder angelöstem Zustand zusammengeführt und anschließend granuliert. Dadurch ist stets die exakt gleiche Nährstoffzusammensetzung jedes einzelnen Düngerkorns für die kontrollierte, gleichmäßige Ausbringung auf das Feld sichergestellt. Hauptsächlich werden Mehrnährstoffdünger im Anbau von Getreide, Mais, Raps oder Zuckerrüben, aber auch im Grünland, eingesetzt. Die kaliumsulfathaltigen Mehrnährstoffdünger der Marke Nitrophoska® sind insbesondere für den Obst-, Wein- und Gemüseanbau geeignet.

Der Stickstoffeinzeldünger Kalkammonsalpeter (KAS) kann in allen landwirtschaftlichen Kulturen eingesetzt werden. Darüber hinaus vermarktet die K+S Gruppe für borbedürftige Kulturen, wie z. B. Zuckerrüben, Ammonsulfatsalpeter mit Bor (ass® bor). Die stickstoffstabilisierten ENTEC®-Düngemittel haben innerhalb der letzten acht Jahre im Markt eine breite Akzeptanz erreicht. ENTEC® Dünger sind stickstoffhaltige Mineraldünger, die den Ammoniumstabilisator Dimethylpyrazolphosphat (DMPP) enthalten. Dieser bewirkt, dass die Umwandlung von Ammonium in den Pflanzennährstoff Nitrat (sog. Nitrifikation) verlangsamt und damit der Ammoniumstickstoff des Düngers länger im Boden hält („stabilisiert“), mit der erwünschten Folge, dass das Nitrat langsamer und gleichmäßiger an die Pflanzen abgegeben wird.

Ammonsulfat ist ein Nebenprodukt bei der Caprolactam-Herstellung in der chemischen Industrie. Feinkristallines Ammonsulfat wird in Europa überwiegend als Rohstoff in der Düngemittelproduktion eingesetzt. Besonders in Südamerika hingegen bringen es die Landwirte meist direkt auf die Felder aus. Grobkörniges Ammonsulfat, welches K+S Nitrogen unter dem Markennamen Granammon® vermarktet, eignet sich sowohl zur Direktanwendung in der Landwirtschaft als auch als Komponente in Mischanlagen (sog. Bulk Blender).

Das Consumergeschäft von COMPO umfasst (rein biologisch sowie biologisch-chemische) Produkte für den Garten- und Hausbereich zum Zwecke der Pflanzenernährung, der Pflanzenpflege und des Pflanzenschutzes (Blumenerde, Blumenpflege, Rasen- und Gartendünger, Rasensamen, Pflanzenschutzmittel). Im Bereich Consumergeschäft umfasst das Portfolio die Marken COMPO®, Algoflash® und GESAL®. Die wichtigste Produktgruppe im Sortiment ist Blumenerde. Im Sortiment Düngemittel werden hauptsächlich Flüssig- sowie granuliert Rasen- und Gartendünger vermarktet.

Das Expert-Geschäft der COMPO produziert und vertreibt Spezialdüngemittel im Bereich des öffentlichen Grüns (Kommunen, Sportflächen, Golfplätze), in Baumschulbetrieben, im Zierpflanzenbau und in Bereichen verschiedener Sonderkulturen bis hin zur Landwirtschaft. Das Produktportfolio umfasst ein breites Sortiment an Spezial-Mineraldünger, Langzeitdünger in verschiedenen Technologien und Produkte für die Fertigation sowie Blatt- und Spurennährstoffdünger. Bedeutende Produkte sind der Langzeitdünger Floranid® für intensiv genutzte Sportrasenflächen wie Golf- oder Fußballplätze, der vollumhüllte Langzeitdünger Basacote® für den Baumschul- und Zierpflanzenbereich, der die gleichmäßige Nährstoffversorgung der Pflanzen von bis zu zwölf Monaten garantiert. Im Rahmen einer exklusiven Zusammenarbeit mit der Syngenta, einem führenden Hersteller von Pflanzenschutzmitteln, hat COMPO seit dem Geschäftsjahr 2007 ihr Angebot für Verbraucher in Europa mit weiteren neuartigen Produkten ergänzt. COMPO entwickelt die Wirkstoffe von Syngenta im eigenen Labor zu marktreifen Produkten.

Die Produkte des Geschäftsbereichs Stückstoffdüngemittel werden kontinuierlich weiterentwickelt, um diese noch besser auf die spezifischen Anforderungen der verschiedenen Kulturen und Regionen abzustimmen. Wichtige Partner der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten sind das K+S Forschungsinstitut sowie die BASF SE, mit der K+S Gruppe eine Forschungskoooperation unterhält.

Vertrieb und Kunden

K+S Nitrogen liefert pro Jahr durchschnittlich rund fünf Millionen Tonnen Düngemittel in 60 Länder der Welt. Rund zwei Drittel des Umsatzes wird in Europa und rund ein Drittel in Übersee erwirtschaftet. Mit den internationalen Niederlassungen der K+S Gruppe und ausgewählten externen Vertriebspartnern verfügt K+S Nitrogen über ein weltweites Vertriebsnetz. In großen europäischen Kernmärkten wie Deutschland, Frankreich, Spanien, Italien und Griechenland unterhält K+S Nitrogen eigenes Vertriebspersonal im Land, das jeweils Teil einer Mehrbereichsgesellschaft der K+S Gruppe ist. In anderen wichtigen europäischen Märkten wie Norwegen, Schweden, Dänemark, England und Irland arbeitet K+S Nitrogen mit ein oder zwei Großkunden, die vertriebs- und anwendungstechnisch direkt aus Mannheim betreut werden. Im weltweit größten Markt für Stickstoffdüngemittel, China, hat K+S Nitrogen ein eigenes Vertriebsbüro, von dem aus der lokale Markt bearbeitet wird. In den übrigen wichtigen Märkten Asiens bzw. Australien, darunter vor allem Malaysia, Indonesien, Thailand, Australien und Neuseeland, arbeitet K+S Nitrogen nur mit jeweils einem oder zwei Großkunden, die von Singapur aus betreut werden. Auch in Argentinien, Mexiko und Brasilien verfügt K+S Nitrogen über lokale Vertriebsniederlassungen.

In Europa lassen sich die Kunden von K+S Nitrogen anhand der Absatzverteilung in einer normalen Düngesaison in die drei Kategorien Großhändler/Blender (mit Großhandelsfunktion), Genossenschaften sowie klassische Industriekunden (Produzenten) einteilen. In den vergangenen Jahren hat sich eine starke Tendenz zur Konzentration auf Kundenseite gezeigt. Neben klassischen Akquisitionen sind vornehmlich sogenannte Einkaufsgemeinschaften entstanden, die Ihre Zukaufsaktivitäten länderübergreifend in einer Zentralorganisation steuern (z. B. Triferto B.V.). Die Mitglieder der Einkaufsgemeinschaften können dabei sowohl genossenschaftlich organisiert sein, als auch sich aus einer Gruppe von einzelnen Großhändlern zusammensetzen.

Im Überseebereich dagegen ist die Kundenstruktur maßgeblich auf große Importeure (mit der Funktion eines Großhändlers und gegebenenfalls Blenders), sowie Trader ausgerichtet. Der Großteil des Geschäfts wird dabei mit großen Importeuren abgewickelt, die zumeist einen bedeutenden Marktanteil in ihrer Region haben und insbesondere die notwendige Infrastruktur (Warendepots, lokales Vertriebspersonal usw.) zur Weitervermarktung der Ware im Land vorweisen können. Trader erfüllen eine besondere Vorfinanzierungs- und Kreditabsicherungsfunktion, insbesondere für Lieferungen an Warenempfänger deren Kreditabsicherung durch Euler Hermes oder andere Instrumente nur schwer zu realisieren wäre.

Die Verwender der Verbraucherprodukte von COMPO sind primär Hobby-Gärtner in West- und Südeuropa, die die Produkte über die Vertriebskanäle Gartencenter, Baumärkte („Do-it-yourself“), Raiffeisen- und Genossenschaften-Outlets, Lebensmitteleinzelhandel oder sonstige gartenaffine Verkaufspunkte erwerben. Etwa 80 %

des Produktangebots wird über den klassischen Fachhandel (Gartencenter, Baumärkte, Genossenschaften) angeboten, etwa 20 % wird über den Lebensmitteleinzelhandel vertrieben. Der Vertrieb außerhalb Deutschlands erfolgt über eigene Außendienststrukturen in den einzelnen Ländern, kombiniert mit Key-Account-Management-Organisationen, die die großen Kunden in Europa betreuen.

Marktumfeld und Wettbewerb

Düngemittel, insbesondere Stickstoffdüngemittel, haben einen wesentlichen Anteil an der Nahrungsmittelproduktion. Der Weltmarkt für Stickstoffdüngemittel wird in den kommenden Jahren voraussichtlich von den Schwellenländern dominiert werden. Weltweit ist Urea (46 % Stickstoffanteil) der dominierende Stickstoffdünger. Urea wird auf Basis von Gas und Ammoniak von mehreren hundert Produzenten weltweit produziert. Einzig in Europa und Nordamerika dominieren die nitrathaltigen Stickstoffdünger, da diese bei den gegebenen Boden- und Klimaverhältnissen für die Anwender vorteilhafter sind.

Weltweiter Marktführer im Bereich Stickstoffdüngemittel ist der norwegische Produzent Yara International ASA („Yara“), der eine globale Marktposition entwickelt hat (Quelle: Integer Research, Fertilizer Financial Insight – 2007/2008). In Europa sind neben Yara, die Agrofert-Gruppe (mit drei Standorten in Deutschland, Slowakei und Tschechien), die DSM Agro B.V. (mit zwei Standorten in den Niederlanden) und Fertiberia S.A. (mit Standorten in Spanien und Algerien) die wichtigsten Wettbewerber (Quelle: Fertilizer Financial Bulletin, Issue 7, December 2008). Mit K+S Nitrogen gehört die K+S Gruppe zu den führenden europäischen Anbietern für Stickstoffdüngern (Quelle: Fertilizer Financial Bulletin, Issue 7, December 2008). Bei dem schwefelhaltigen Stickstoffdüngemittel Ammonsulfat zählt K+S Nitrogen nach eigener Einschätzung weltweit zu den führenden Anbietern. Wichtige Produkte von K+S Nitrogen sind die Ammonium-stabilisierten Stickstoffdünger, die weltweit unter der Marke ENTEC® vermarktet werden und für die sich eine deutliche Nachfrage entwickelt hat.

Die Marktbearbeitung des Consumergeschäfts von COMPO konzentriert sich zu über 90 % auf West- und Südeuropa mit einem relativ stabilen Marktvolumen von ca. EUR 2,7 Mrd. (zu Verbraucherausgaben) im Geschäftsjahr 2008. Die größten Märkte bilden nach Einschätzung der K+S Gruppe Großbritannien, Frankreich und Deutschland. Neben den größten Märkten zeigten besonders die südeuropäischen Märkte in den letzten Jahren eine positive Entwicklung mit Einschränkungen aufgrund der Wirtschafts- und Immobilienkrise im Geschäftsjahr 2008. Nur in Deutschland ist der Gartendünger- und Blumenerdenmarkt im Geschäftsjahr 2008 aufgrund des Wachstums teurerer Handelsmarken und stärkerer Preiserhöhungen leicht angestiegen. Seit geraumer Zeit ist nach Auffassung der K+S Gruppe zudem ein deutliches Wachstum der osteuropäischen Märkte erkennbar. Aus diesem Grund forciert COMPO den Aufbau eigener Vertriebsaktivitäten in Osteuropa mit Schwerpunkt Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Slowenien und Rumänien.

COMPO hat in den Kernmärkten des Consumerbereichs in Westeuropa (außer Großbritannien) nach eigener Einschätzung einen bedeutenden Marktanteil. Dieser wird mit den internationalen Dachmarken COMPO® und Algoflash® (Frankreich) sowie den nationalen und vertriebskanal-bezogenen Marken SEM (Frankreich), GESAL (Schweiz, Italien, Spanien) erzielt. In den Ländern hat die COMPO-Gruppe nach eigener Einschätzung starke Positionen insbesondere in den Bereichen Blumenerden, Blumenpflegeprodukte, Rasendünger, Gartendünger und Pflanzenschutzmitteln.

Die wichtigsten Wettbewerber auf europäischer Ebene (inkl. Großbritannien) sind der aus den USA stammende Anbieter The Scotts Miracle-Gro Company und die Bayer AG. Daneben gibt es zahlreiche kleine, meist nur nationale Anbieter. Zu nennen wären in Deutschland unter anderem Floragard Vertriebs GmbH für Gartenbau, die als Blumenerdeproduzent von Bedeutung sind, sowie die Firma W. Neudorff GmbH KG, deren Sortimentsschwerpunkt auf naturgemäßen Bio-Pflanzenschutzprodukten liegt. Außerdem sind MTD Products AG mit der Marke „Wolf“ als Rasendünger- und (-samen-)Anbieter und die ASB-Grünland Helmut Aurenz GmbH zu nennen. In Frankreich spielen noch unter anderem Novajardin und Or Brun S.A. eine Rolle.

Geschäftsbereich Salz

Überblick

Der Geschäftsbereich Salz umfasst die Teileinheiten esco mit Tätigkeitsschwerpunkt in Europa, die chilenische SPL sowie seit 1. Oktober 2009 Morton Salt in Nordamerika.

esco betreibt drei Steinsalzbergwerke, drei Solbetriebe sowie mehrere Siedesalzanlagen und ist der nach Produktionskapazität größte Salzanbieter in Europa (Quelle: Roskill Information Services Ltd., The Economics of Salt, Twelfth Edition, 2007; K+S Gruppe). Die Steinsalzlagerstätten der esco sind von hoher Reinheit, die Qualität der abgebauten Salze nimmt im europäischen Wettbewerb nach Einschätzung von esco eine führende Position ein. Die Produktionskapazität von esco liegt bei rund 8,0 Mio. Tonnen Festsalz und 1,7 Mio. Tonnen Salz in Sole pro Jahr.

SPL gewinnt in Salar Grande de Tarapacá im kostengünstigen Tagebau Steinsalz. Die nach Einschätzung der Gesellschaft hohe Qualität des Rohsalzes erlaubt die Weiterverarbeitung zu Spezialprodukten für eine Vielzahl von Anwendungsbereichen. Die Produktionskapazität beträgt ca. 6,5 Mio. Tonnen pro Jahr. Mitte 2008 wurde ein zweites Hafenterminal in Puerto Patillos in Betrieb genommen. Der Hafen liegt in der Nähe des Tagebaus und verfügt jetzt über eine Verladekapazität von rund 10 Mio. Tonnen pro Jahr. Außerdem betreibt die Tochtergesellschaft Salinas Diamante Branco im Nordosten von Brasilien eine Meersalzanlage mit 0,5 Mio. Tonnen Jahreskapazität. Die Produktionsstandorte der SPL-Gruppe liegen logistisch günstig zu den attraktiven Salzmärkten in Süd- und Nordamerika. Über die unternehmenseigene Reederei Empremar wird die gesamte Seelogistik für die SPL-Gruppe abgewickelt. Für die Belieferung der südamerikanischen Märkte mit Salz und Produkten Dritter besitzt die Gesellschaft fünf eigene Schiffe.

Seit dem 1. Oktober 2009 gehört zum Geschäftsbereich Salz auch Morton Salt, der führende Salzproduzent in den USA und Kanada (Quelle: Roskill Information Services Ltd., The Economics of Salt, Twelfth Edition, 2007, K+S Gruppe). Siehe auch „Wesentliche Verträge der K+S Gruppe – Übernahme von Morton Salt“. Morton Salt betreibt sechs Steinsalzbergwerke, zwei Solar- und neun Siedesalzanlagen. Die jährliche Produktionskapazität beläuft sich auf rund 13 Mio. Tonnen Salz. Morton Salt bietet seinen Kunden Consumer-, Gewerbe- und Auftausalze an.

Der Geschäftsbereich Salz beschäftigte zum 30. September 2009 – d. h. vor der Konsolidierung von Morton Salt – 2.342 Mitarbeiter und trug bis zu diesem Stichtag mit 22,2 % zum Außenumsatz der K+S Gruppe im laufenden Geschäftsjahr bei.

Produkte

Der Geschäftsbereich Salz bietet seinen Kunden Verbraucherprodukte, Speise-, Gewerbe-, Industrie- und Auftausalze, denen gemeinsam ist, dass sie auf Kochsalz (Natriumchlorid) basieren. Abhängig von den jeweiligen Anwendungen unterscheiden sich die Produkte vor allem durch die Körnung, den Reinheitsgrad, die Darreichungsform und eventuelle Zusatzstoffe.

Für den Bedarf von Endverbrauchern stellt die K+S Gruppe eine Vielzahl von Speise- und Geschirrspülsalzen in verschiedenen Haushaltsverpackungen her, einschließlich Premiumprodukten wie koscherem Salz und Meersalz. Die K+S Gruppe bietet Speisesalz auch mit Jod und Fluor an. Ausgangsprodukte für die breite Palette der Speisesalze sind hochreine Siedesalze, aber auch Steinsalze in naturbelassener Form. Durch die Übernahme von Morton Salt mit einem bedeutenden Umsatzanteil im Bereich Verbraucherprodukte hat dieser Bereich innerhalb der K+S Gruppe an Gewicht gewonnen. Morton Salt verfügt zudem mit den Marken „Umbrella Girl®“ und „Windsor Castle®“ über in den USA und in Kanada im Verbrauchergeschäft gut positionierte Marken mit hohem Wiedererkennungswert.

Gewerbesalze werden in Färbereien, in der Textilindustrie, bei der Futtermittelproduktion, in der Fischkonservierung, in Bohrspülungen für die Erdöl- und Erdgasförderung sowie in vielen anderen gewerblichen Bereichen eingesetzt. Pharmasalze sind wesentlicher Bestandteil von Infusions- und Dialyselösungen. Regeneriersalze werden überwiegend in Form von Tabletten in Wasserenthärtungsanlagen verwendet und garantieren dem Anwender weiches Wasser. Salzlecksteine für Zucht- und Wildtiere runden das Sortiment ab.

Industriesalz ist einer der wichtigsten Rohstoffe der chemischen Industrie. In Elektrolyseanlagen wird es zu Chlor, Natronlauge und Wasserstoff gespalten. Zum Endverbraucher gelangt es zum Beispiel als Polyvinylchlorid (PVC), ein Kunststoff mit zahlreichen Anwendungsmöglichkeiten wie Fußbodenbeläge, Fensterprofile, Rohrsysteme und Industrieverpackungen. Im Bereich Wasserenthärtung und bei den Pharmasalzen sieht esco positive Entwicklungsmöglichkeiten. Im Elektrolysegeschäft erschließt esco weitere Absatzpotenziale, indem Kunden in der chemischen Industrie neben Siedesalz auch vermehrt Steinsalz angeboten wird.

Winterdienste, öffentliche und private Straßenbauverwaltungen und Straßenmeistereien sowie gewerbliche Großverbraucher beziehen Auftaumittel der K+S Gruppe. Neben den Standardauftausalzen bietet die K+S Gruppe auch spezielle flüssige Taumittel an. Die kombinierte Verwendung von Salz und flüssigen Taumitteln ermöglicht es, bei gleichzeitig verbesserter Auftauwirkung die Ausbringungsmenge zu reduzieren. Morton Salt bietet zudem Auftausalze, die durch den Zusatz von Calciumchlorid beim Kontakt mit Eis und Schnee mehr Wärme erzeugt als konventionelle Produkte und deswegen schneller wirken. Daneben gibt es mit „Safe-T-Plus“ ein besonders umweltfreundliches Auftausalzprodukt.

Salzsole wird auch in der chemischen Industrie als Rohstoff eingesetzt, der Transport erfolgt hier per Pipeline. esco bietet am Standort Bernburg als Dienstleistung auch Flüssiggas-Kavernenspeicherung an.

Vertrieb und Kunden

In wichtigen Märkten des Geschäftsbereichs Salz, in Europa sind dies Deutschland, Schweden, Tschechien, Polen, Italien, Frankreich, Spanien, Portugal, die Niederlande und Belgien, und in Nord- und Südamerika die USA, Kanada, Brasilien und Chile, ist der Geschäftsbereich mit eigenen Vertriebseinheiten und über Plattformgesellschaften der K+S Gruppe vertreten. In anderen Exportmärkten ist der Geschäftsbereich durch Vertriebspartner vor Ort vertreten oder der Vertrieb erfolgt durch die Exportabteilungen von esco, SPL, Salinas Diamante Branco und Morton Salt.

Es gibt über zehntausend bekannte Anwendungen von Salz, dementsprechend breit und heterogen ist der Kundenstamm des Geschäftsbereichs Salz. Alleine esco beliefert in Europa über 5.000 Kunden.

Im Bereich Speisesalz sind dies beispielsweise der Lebensmitteleinzel- und -großhandel und diverse industrielle Kunden (Brot- und Backwarenhersteller, Molkereien und Käsereien, Konserven- und Feinkosthersteller, Schlachtereien). Gewerbesalz wird an Hersteller von Futtermitteln, an die Textil- und Lederindustrie, an die Chemische Industrie und diverse andere Industrien verkauft. Daneben wird auch der Einzel- und Großhandel mit Geschirrpulversalzen oder Wasserenthärtungstabletten beliefert. Auftausalz wird überwiegend an Straßenbehörden oder kommunale Winterdienste geliefert. Speise-, Gewerbe- und Auftausalze werden daneben auch an Salzhändler oder Chemiedistributoren geliefert. Industriesalz für die chemische Industrie wird hingegen an einen überschaubaren Kreis von Großkunden aus der Chemieindustrie geliefert, welche Chloralkali-Elektrolyse betreiben.

Marktumfeld und Wettbewerb

Die Marktlage im Geschäftsbereich Salz ist aufgrund der Bedeutung von Salz, welches für die meisten Anwendungen praktisch kaum ersetzt werden kann, verhältnismäßig stabil. Während der Markt für Salz in Westeuropa vergleichsweise reif ist und nur geringe Wachstumsraten aufweist, ist in den Schwellenländern nach Einschätzung der K+S Gruppe ein stärkerer Nachfrageanstieg für dieses Produkt zu verzeichnen. Salzvorkommen sind geographisch weit verstreut, und aufgrund der hohen Transportkosten sind die Märkte in der Regel ausgehend von der Produktionsstätte regional begrenzt. Die Branche ist sehr kapitalintensiv und weist hohe Kosten unter anderem für Löhne und Energie auf. Die vergangenen Jahre waren in der Branche durch Rationalisierung und Umstrukturierung der Marktteilnehmer gekennzeichnet. Die K+S Gruppe sieht sich mit dem 2004 getätigten Kauf der verbliebenen 38-%igen Beteiligung an esco von der Solvay-Gruppe (Siehe: „Allgemeine Angaben über die K+S AG – Unternehmenshistorie“), dem 2006 erfolgten Erwerb des chilenischen Produzenten SPL sowie dem im Oktober 2009 abgeschlossenen Erwerb von Morton Salt als aktiver Teilnehmer in diesem Prozess.

esco ist bei Salzprodukten für den Lebensmittelbereich, Salzen für industrielle bzw. gewerbliche Anwendungen und Auftausalzen nach eigener Einschätzung Marktführer in Europa. Auch bei Salzen für die chemische Industrie gehört esco nach eigener Einschätzung zu den führenden Anbietern. In Europa wird in den kommenden Jahren die Branchen- und Wettbewerbssituation nach Einschätzung der K+S Gruppe in erster Linie durch den weiteren Konsolidierungsprozess geprägt sein. Es ist davon auszugehen, dass wie bislang Importe aus Nicht-EU-Staaten dazu beitragen werden, dass der intensive Wettbewerb anhält. esco sieht sich gut gerüstet für diese Herausforderungen.

Durch SPL hat die K+S Gruppe Gelegenheit, die süd- und zentralamerikanischen Märkte während einer nach ihrer Einschätzung dynamischen Wachstumsphase zu erschließen. Dazu zählen die großen Märkte wie

Brasilien, in denen die Chemiebranche, ein wichtiger Kunde für das Industriesalzgeschäft, in der Vergangenheit stark gewachsen ist. Die K+S Gruppe ist bestrebt, ihre führende Marktposition in Südamerika mit Hilfe ihrer hochwertigen Produkte und günstigen Kostenstruktur weiter auszubauen.

Morton Salt ist, gemessen an der Produktionskapazität, der größte Salzproduzent in Nordamerika, gefolgt von Cargill, Inc. und Compass Minerals International (Quelle: Roskill Information Services Ltd., The Economics of Salt, Twelfth Edition, 2007) mit Stärken in jeweils unterschiedlichen Marktsegmenten. Mit dem Abschluss des Erwerbs von Morton Salt wurde die K+S Gruppe gemessen an der Produktionskapazität der größte Salzproduzent der Welt mit einer Jahreskapazität von rund 30 Mio. Tonnen (Quelle: Roskill Information Services Ltd., The Economics of Salt, Twelfth Edition, 2007, K+S Gruppe).

Ergänzende Geschäftsbereiche

Entsorgung und Recycling

Der Geschäftsbereich Entsorgung und Recycling nutzt die durch die Rohsalzgewinnung entstandenen untertägigen Hohlräume zur langzeitsicheren Beseitigung und Verwertung von Abfällen und greift dabei auf die vorhandene Infrastruktur der aktiven Kali- bzw. Salzbergwerke zurück. Mit modernen Entsorgungs- und Recyclingsystemen bietet die K+S Gruppe ihrer Einschätzung nach marktgerechte und dauerhafte Lösungen an. Die K+S Gruppe sieht sich in Europa als technologisch führenden Anbieter für die untertägige, langzeit-sichere Entsorgung von belasteten Abfällen.

Der Geschäftsbereich Entsorgung und Recycling betreibt zwei Untertagedeponien. Die dort eingelagerten Abfälle werden der Biosphäre dauerhaft entzogen. Bei Bedarf können die Abfälle wieder ausgelagert werden, um die enthaltenen Wertstoffe zu recyceln. Sowohl die Situation an den Rohstoffmärkten als auch neue Recyclingverfahren haben zu einer deutlichen Belebung der Wiederauslagerung, beispielsweise von PCB-belasteten Transformatoren, geführt. Die von der K+S Gruppe für die Entsorgung genutzten Salzlagerstätten sind gas- sowie flüssigkeitsdicht und von den Grundwasser führenden Schichten getrennt. Durch eine Kombination von geologischen und technischen Barrieren wird nach Einschätzung der K+S Gruppe höchstmögliche Sicherheit erreicht.

Daneben betreibt die K+S Gruppe unter Tage fünf Anlagen zur Verwertung von Abfällen. Zugelassene Abfälle werden hier zur Verfüllung von Hohlräumen verwendet. Für die untertägige Verwertung geeignet sind beispielsweise Rückstände aus der Rauchgasreinigung.

Der Markt der untertägigen Entsorgung ist sehr wettbewerbsintensiv, die K+S Gruppe bietet jedoch nach eigener Einschätzung mit besonders kundenorientierten Entsorgungslösungen einen Mehrwert. Auch beim Recycling von Salzschlacken aus der Sekundäraluminiumindustrie zählt die K+S Gruppe nach eigener Einschätzung in Deutschland wie im übrigen Europa zu den führenden Anbietern. Die Kernmärkte der K+S Gruppe liegen in West- und Mitteleuropa. Die osteuropäischen Staaten, allen voran Polen und das Baltikum, bieten Potenzial, da die Nachfrage nach EU-konformen, untertägigen Entsorgungslösungen für Abfälle steigt.

Logistik (KTG)

Mit der KTG in Hamburg und deren Tochtergesellschaften sowie der dem Geschäftsbereich Salz zugeordneten chilenischen Gesellschaft Emprepar verfügt die K+S Gruppe über zwei eigene Logistikdienstleister. Der Betrieb des Kalikais in Hamburg, einer der größten Umschlaganlagen für Schüttgutexporte in Europa, ist Kerngeschäft der KTG und gleichzeitig für den Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte von strategischer Bedeutung. Im Januar 2008 wurde der Ausbau der Umschlagkapazitäten am Kalikai abgeschlossen. Nach dieser Erweiterung beträgt dort die Lagerkapazität rund 400.000 Tonnen. Auch das Containergeschäft der K+S Gruppe wird von Hamburg aus gesteuert, inklusive der Vortransporte von den Produktionsstandorten zu den Verladeterminals.

Tierhygieneprodukte

An dem Standort Salzdorf bei Furth der K+S AG ist es gelungen, vorhandene Anlagen und weite Teile der Infrastruktur eines stillgelegten Kaliwerks weiter zu nutzen und Arbeitsplätze zu erhalten. Hier granuliert die K+S Gruppe für die Mars GmbH das Tierhygieneprodukt CATSAN®.

Handelsgeschäfte (CFK)

Die CFK handelt mit verschiedenen Basischemikalien. Dazu zählen unter anderem Calciumchlorid, Natriumcarbonat (Soda), Natronlauge und Natriumsulfat. Zu den Kunden der CFK gehören namhafte europäische Chemiefirmen, Glashersteller, Metallverarbeiter sowie Kommunen, die Calciumchloridlösung für die Feuchtsalzstreuung im Winterdienst verwenden.

Grundbesitz und Betriebsstätten sowie andere wesentliche Sachanlagen

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über das Sachanlagevermögen der K+S Gruppe zum 31. Dezember 2008, welches sämtlich im Eigentum der K+S Gruppe steht:

Grundstücke, Gebäude und sonstige Sachanlagen¹

Darstellung der wesentlichen Produktionsstandorte der K+S Gruppe, aufgegliedert nach Geschäftsbereichen

Gesellschaft	Standort	Hauptnutzung der Anlagen	Buchwert der Vermögenswerte per 30.09.2009 in Mio. €	Fläche der Grundstücke in tqm	Produktionskapazitäten in Mio. t/ Jahr
Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte					
K+S KALI GmbH	Deutschland	Gewinnung und Verarbeitung von Kalisalzen zur Herstellung von Düngemitteln und kali- und magnesiumhaltigen Produkten für die Industrie	631,6	16.474	7,7
Geschäftsbereich Salz					
esco GmbH & Co. KG	Deutschland	Gewinnung, Verarbeitung und Vertrieb von Stein- und Siedesalzprodukten	107,3	2.230	7,8
Frisia Zout	Niederlande	Gewinnung, Verarbeitung und Vertrieb von Siedesalzprodukten	33,2	116	1,2
esco France	Frankreich	Gewinnung, Verarbeitung und Vertrieb von Siedesalzprodukten	9,9	40	0,2
Sal. Cerebos Bayonne S. A. S.	Frankreich	Gewinnung, Verarbeitung und Vertrieb von Siedesalzprodukten	8,8	208	0,1
Salina Diamante Branco	Brasilien	Gewinnung, Verarbeitung und Vertrieb von Meeresalzprodukten	2,9	40.286	0,5
SPL-Gesellschaften in Chile	Chile	Gewinnung, Verarbeitung und Vertrieb von Steinsalzprodukten	304,1	1.495	6,3
Morton Bahamas*	Bahamas	Gewinnung, Verarbeitung und Vertrieb von Meeresalzprodukten	k. A. zum 30.09.2009	208.582	1,12
Morton Kanada*	Kanada	Gewinnung, Verarbeitung und Vertrieb von Stein- und Siedesalzprodukten	k. A. zum 30.09.2009	883.838	5,72
Morton USA*	USA	Gewinnung, Verarbeitung und Vertrieb von Stein- und Siedesalzprodukten	k. A. zum 30.09.2009	108.851	6,02
Geschäftsbereich Stickstoffdüngemittel					
COMPO-Gesellschaften					
in Deutschland	Deutschland	Produktion, Verarbeitung und Vertrieb von Produkten der chemischen Industrie und Düngemitteln Handel mit Bedarfsartikeln für Landwirtschaft, Gartenbau und Blumenpflege	39,9	1.733	0,33
K+S France	Frankreich	Verarbeitung und Vertrieb von Produkten der chemischen Industrie und Düngemitteln Handel mit Bedarfsartikeln für Landwirtschaft, Gartenbau und Blumenpflege	7,8	236	0,24

K plus S Española S. L.	Spanien	Verarbeitung und Vertrieb von Produkten der chemischen Industrie und Düngemitteln Handel mit Bedarfsartikeln für Landwirtschaft, Gartenbau und Blumenpflege	8,6	47	0,13
Sonstige wesentliche Gesellschaften					
K+S Aktiengesellschaft	Deutschland	Wohnungswirtschaft, künftige Ausgleichsfläche für Haldenerweiterungen des GB KALI Unternehmenszentrale	37,4	9.580	–
Kali-Transport Gesellschaft mbH	Deutschland	Transport und Umschlag von Kali und anderen Massengütern	20,2	104	–
Summe			1.211,6	1.273.820	
übrige Gesellschaften			38,9		
Gesamtsumme			1.250,6		

1) Einschließlich der als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien.

*) Einbeziehung in Konzernabschluss der K+S Gruppe erst ab dem 1. Oktober 2009.

Patente, Marken und Lizenzen

Der weltweite Patentbestand der K+S Gruppe beläuft sich derzeit auf rund 85 Patentfamilien, die durch 370 nationale Rechte repräsentiert werden. Die Patente werden unter anderem in den Bereichen elektrostatische Aufbereitungsverfahren, Granulatherstellung und Flotation angewendet. Weiterhin umfassen die Patente neue Verfahren zur Herstellung von Mineraldüngemitteln, Antibackmitteln, Düngemittel-Nitrifikationsinhibitoren, umhüllten Düngemitteln, Langzeitdüngemitteln und Verfahren zur Bewässerungsdüngung von landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Substraten.

Die K+S Gruppe insgesamt hält zurzeit 5.068 nationale Markenschutzrechte, die aus 1053 Basismarken resultieren. Die Marken werden z. B. für die Produkte AXAL, BLAUKORN, COMPO-SANA, ENTEC, Floranid, Korn-Kali, Nitrophoska, Patentkali, Thomaskali und VOROX verwendet. Als Dachmarken verwendet die K+S Gruppe unter anderem Algoflash, Cerebos, COMPO, Gesal, Morton, SEM, SPL, Vatel und Windsor. Das K+S Markenportfolio wurde im Jahr 2009 mit rund 290 neuen Schutzrechten weiter ausgebaut. Zur Aktualisierung des Portfolios wurden im gleichen Zeitraum auch einige Markenrechte gelöscht.

Der Geschäftsbereich Salz wurde im Jahr 2009 durch die Salzaktivitäten der Morton International Inc., Chicago, USA ergänzt. Diese hält rund 378 Markenschutzrechte (z. B. „Umbrella Girl®“), wobei 153 Basismarken als Grundlage registriert sind. Die insgesamt 20 Patentrechte resultieren aus sechs Basispatenten.

Risikofrüherkennungs- und Risikomanagement-System

Die Geschäftspolitik der K+S Gruppe ist darauf ausgerichtet, dauerhaft angemessene Renditen zu erwirtschaften und den Unternehmenswert kontinuierlich zu steigern. Um dieses Ziel zu erreichen, erfordern die weltweiten Aktivitäten ein permanentes, verantwortungsvolles Abwägen von Chancen und Risiken. Chancen zu ergreifen sowie die Fähigkeit, Risiken zu erfassen, zu analysieren und mit geeigneten Strategien zu reduzieren, sind wichtige Faktoren des unternehmerischen Handelns. Dabei versteht die K+S Gruppe Risiken als mögliche negative Abweichungen von einem geplanten Ergebnis. Systematisches Risikomanagement ist die fortwährende Aufgabe des Vorstands und Führungsaufgabe in jedem Verantwortungsbereich.

Die Geschäftsbereiche der K+S Gruppe weisen unterschiedliche Chancen und Risiken auf, zu deren frühzeitiger Erkennung, Bewertung und Begrenzung die K+S Gruppe konzerneinheitliche Planungs-, Steuerungs- und Kontrollsysteme nutzt. Die eingesetzten Methoden der Risikoerhebung reichen von Markt- und Wettbewerbsanalysen über enge Kontakte zu Kunden, Lieferanten und Institutionen bis zur Verfolgung von Risikoindekatoren aus dem wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Umfeld. Die Bewertung der Risiken erfolgt insbesondere im Hinblick auf Eintrittswahrscheinlichkeiten und Schadenshöhen. Die möglichen einmaligen oder nachhaltigen Auswirkungen auf die Unternehmensziele werden dann entscheidungsorientiert aufbereitet. Ein weiterer Baustein des Risikomanagements ist die Entwicklung von gegensteuernden Maßnahmen

unter Einbeziehung alternativer Risikoszenarien. Die Gesellschaft ist bestrebt, auf diese Weise Risiken systematisch entgegenzuwirken und Chancen zu nutzen.

Der Vorstand hat im Rahmen seiner Gesamtverantwortung für das Risikomanagement konzernweite Grundsätze und Verhaltensregeln sowie Richtlinien für ein systematisches und effizientes Risikomanagement festgelegt. Das Risikomanagementsystem besteht aus folgenden Elementen:

- einem unternehmensspezifischen Handbuch zum Risikomanagement,
- einem zentralen Risikomanagementbeauftragten,
- den standardisierten, geschäftsbereichsspezifischen Risikoprofilen,
- den Informationen über die vollständige, quantifizierte Risikosituation in Zielvereinbarungsgesprächen zwischen Vorstand und den Verantwortlichen der Geschäftsbereiche sowie
- einer regelmäßigen, einheitlichen Risikoberichterstattung auf Konzern- und Geschäftsbereichsebene.

Die Maßnahmen des Risikomanagements werden durch ein Risikocontrolling und ein Managementinformationssystem unterstützt. Das Risikomanagementsystem ist so strukturiert, dass die direkte Verantwortung zur Früherkennung, Analyse, Steuerung und Kommunikation der Risiken dem operativen Management in den Geschäftsbereichen und den zentralen Holding-Einheiten obliegt. Die Risiken der einzelnen Geschäftsbereiche werden vierteljährlich identifiziert, die daraus ermittelten Risikopotenziale analysiert, quantitativ bewertet und dem Vorstand berichtet. Kann einem Risiko durch wirksame und angemessene Maßnahmen zuverlässig entgegengewirkt werden, liegt der Fokus der Betrachtung auf dem Restrisiko. Die K+S Gruppe beobachtet insbesondere die Risiken, deren Eintrittswahrscheinlichkeit 5 % oder mehr beträgt und die gleichzeitig geschäftsbereichsbezogene Schädengrenzwerte überschreiten können. Die Risikoprofile haben sowohl einen Bezug zum laufenden Jahr als auch zur Mittelfristplanung für insgesamt bis zu drei Jahren. Erwartete Risiken mit einer Eintrittswahrscheinlichkeit von 50 % und mehr werden in der Planung bzw. Hochschätzung in Form eines Ergebnisabschlags berücksichtigt. Kurzfristig auftretende Risiken werden bei Eilbedürftigkeit unabhängig von den normalen Berichtswegen direkt an den Vorstand kommuniziert. Die Gesamtschau der Einzelrisiken erfolgt auf Konzernebene grundsätzlich vierteljährlich. Der Aufsichtsrat wird durch den Vorstand ebenfalls regelmäßig und zeitnah informiert. Geschäfte und Maßnahmen von besonderer Bedeutung und Tragweite bedürfen nach Maßgabe einer konzernweit geltenden Regelung der Zustimmung des Vorstands und in besonderen Fällen auch des Aufsichtsrats.

Die Funktionsfähigkeit des Risikomanagementsystems der K+S Gruppe wird regelmäßig von einer geschäftsbereichsübergreifenden Arbeitsgruppe und der internen Revision geprüft. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse dienen zur weiteren Verbesserung der Früherkennung und Steuerung von Risiken. Weiterhin ist die Prüfung der Funktionsfähigkeit und der Wirksamkeit des Risikomanagementsystems der K+S Gruppe auch Gegenstand der Abschlussprüfung. Das bestehende System ist nach Ansicht der K+S Gruppe geeignet, solche Entwicklungen frühzeitig zu erkennen, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten. Die Einschätzung des Gesamtrisikos erfolgt auf Grundlage des Risikomanagementsystems in Kombination mit den eingesetzten Planungs-, Steuerungs- und Kontrollsystemen.

Umweltfragen

Die K+S Gruppe nutzt nach eigener Auffassung den neuesten Stand der Technik, um die unvermeidbaren Eingriffe in die Natur so gering wie möglich zu halten. So werden moderne Explorations- und Gewinnungsverfahren eingesetzt und die Verfahrenstechnik kontinuierlich weiterentwickelt. Der spezifische Rohstoff- und Energieeinsatz ist dadurch bei der K+S Gruppe in den vergangenen Jahren kontinuierlich gesunken. Die K+S Gruppe optimiert ihre Produktionsverfahren, um die Wettbewerbskraft seiner Standorte zu stärken und Produktionsrückstände weiter zu verringern.

Das von der K+S Gruppe patentierte elektrostatische Aufbereitungsverfahren (ESTA) für Kalirohsalze ist im K+S-Forschungsinstitut entwickelt worden. Es ist deutlich günstiger im Energieverbrauch als die klassischen, nassen Aufbereitungsverfahren. Insgesamt bereitet die K+S Gruppe über 60 % des im Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte geförderten Rohsalzes mit dieser Technologie auf. Am Standort Sigmundshall ermöglicht sie die wirtschaftliche Verwertung des im Hartsalz enthaltenen Kieserits und erhöht so die Nutzungsdauer des Standorts. Auch an den Werra-Standorten Wintershall und Hattorf sowie in Neuhoof-Ellers wird Kalirohsalz in ESTA-Anlagen aufbereitet. Durch diese Technologie und andere Abwasser vermeidende Maßnahmen hat die K+S Gruppe seit Beginn der 80er Jahre allein im Werk Werra die spezifischen Abwassermengen je geförderte Tonne Rohsalz um zwei Drittel reduziert.

Im Geschäftsjahr 2008 hat die K+S Gruppe rund 36,6 Mio. Tonnen Kalirohsalz gefördert und hieraus 7,6 Mio. Tonnen Düngemittel und Industrieprodukte hergestellt. Das Zahlenverhältnis macht deutlich, dass nur ein relativ geringer Teil des geförderten Rohsalzes als Wertstoff nutzbar ist. Feste Rückstände, die im Wesentlichen aus verunreinigtem Steinsalz bestehen, werden in den Standorten des Geschäftsbereichs Kali- und Magnesiumprodukte überwiegend aufgehaldet. An den Standorten Unterbreizbach und Sigmundshall jedoch ist es aufgrund der besonderen geologischen Verhältnisse möglich, einen Teil der festen Rückstände wieder unter Tage zu bringen. Am Standort Unterbreizbach kommt dabei der so genannte Spülversatz zum Einsatz. Flüssige Produktionsrückstände und salzhaltige Wässer, die auf den Halden der K+S Gruppe durch Niederschläge entstehen, werden im Rahmen bestehender Genehmigungen über die Einleitung in Fließgewässer und über die Versenkung in tiefere Gesteinsschichten, den sog. Plattendolomit entsorgt.

Im März 2008 hat der Runde Tisch „Gewässerschutz Werra/Weser und Kaliproduktion“ seine Arbeit aufgenommen. Die Landesregierungen von Hessen und Thüringen haben hierdurch gemeinsam mit der K+S Gruppe eine neue Plattform zur Erarbeitung langfristiger Lösungsvorschläge geschaffen. Der Auftrag an die Teilnehmer am Runden Tisch – Bundesländer, Kreise und Gemeinden, Interessenverbände und Industrie – ist sehr anspruchsvoll. Er umfasst die weitere Verbesserung des ökologischen Zustands von Werra und Weser, einen Beitrag zur Sicherung der Arbeitsplätze in der Kaliindustrie sowie die Stärkung der wirtschaftlichen Strukturen in den betroffenen Regionen. Die Arbeit des Runden Tisches soll getragen werden von dem Bekenntnis zum Kalibergbau im Werra/Fulda Kalirevier, dem Bekenntnis zum Erhalt und ggf. Ausbau der Arbeitsplätze – auch als Beitrag zur regionalen Wertschöpfung – dem Bekenntnis zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise, die Umweltbelastung und Ressourcenverbrauch minimiert und dem Bekenntnis zur Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen. Hierbei sind für die Initiatoren des Runden Tisches Ökologie, Ökonomie und Soziale Verantwortung gleichrangig. Siehe dazu auch „Risikofaktoren – Rechtliche und regulatorische Risiken – Die K+S Gruppe ist in hohem Maße von öffentlich-rechtlichen Genehmigungen abhängig.“

In den Steinsalzwerken der esco wird demgegenüber ein bereits sehr reines Salz gewonnen, bei dessen Aufbereitung nur in sehr geringem Maße Produktionsrückstände, etwa aus der Solereinigung, anfallen. Daher ist es an diesen Standorten nicht nötig, eine Halde aufzuschütten.

Salzhaltige Abwässer, die entsorgt werden müssen, fallen beim Salzabbau generell nur in vergleichsweise geringem Umfang an. Teilweise werden diese in anderen Prozessen weiterverwendet, in alte Kavernen eingeleitet oder auf der Grundlage bestehender Genehmigungen in fließende Gewässer abgegeben. Aufgrund der Tagebautechnik fallen bei den Produktionsstandorten der SPL keine Produktionsabwässer an. Die bei den Solarsalzbetrieben von Morton Salt anfallenden Restlösungen (sog. Bittern) werden im Rahmen der bestehenden Einleiterlaubnis in den Great Salt Lake oder das Meer eingeleitet.

Mitarbeiter

Die folgende Tabelle enthält eine Übersicht über die Anzahl der Mitarbeiter der K+S Gruppe zum 30. September 2009 (d. h. ohne die Mitarbeiter von Morton Salt) sowie zum 31. Dezember 2008, 2007 und 2006, jeweils aufgliedert nach Geschäftsbereichen. Die ausgewiesene Mitarbeiteranzahl der K+S Gruppe beinhaltet die Stammebelegschaft, Auszubildende und befristet Beschäftigte (ohne Studenten und Praktikanten).

Mitarbeiterzahlen je Segment ¹⁾	30. 9. 2009	31. 12. 2008	31. 12. 2007	31. 12. 2006
Kali- und Magnesiumprodukt.....	7.873	7.800	7.626	7.550
Stickstoffdüngemittel ²⁾	1.265	1.318	1.311	1.321
Salz ³⁾	2.342	2.394	2.294	2.194
Ergänzende Geschäftsbereiche ⁴⁾	281	285	273	441
Holdingeinheiten.....	617	571	529	367
Gesamt	12.378	12.368	12.033	11.873

1) Die Anzahl der Mitarbeiter wird auf Basis von Vollzeitäquivalenten (Full Time Equivalents, FTE) ermittelt; Teilzeitstellen werden entsprechend ihrem jeweiligen Arbeitszeitanteil gewichtet.

2) Die bisherigen Segmente COMPO und fertiva wurden zum 1. Januar 2009 zum Segment „Stickstoffdüngemittel“ zusammengefasst. Zum Zwecke der Vergleichbarkeit wurden die Mitarbeiterzahlen der bisherigen Segmente für die vorangegangenen Jahre in der Darstellung zusammengefasst.

3) Ohne Morton Salt, welche am 1. Oktober 2009 übernommen wurde.

4) Die bisherigen Geschäftsbereiche „Entsorgung und Recycling“ und „Dienstleistungen und Handel“ sind zum 1. Januar 2008 zum Geschäftsbereiche „Ergänzende Geschäftsbereiche“ zusammengefasst worden. Zum Zwecke der Vergleichbarkeit wurden die Mitarbeiterzahlen der bisherigen Geschäftsbereiche für den 31. Dezember 2006 in der Darstellung kumuliert.

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Mitarbeiterzahl der K+S Gruppe (ohne Morton Salt), aufgegliedert nach Regionen zum 30. September 2009 sowie zum 31. Dezember 2008, 2007 und 2006. Die ausgewiesene Mitarbeiteranzahl der K+S Gruppe beinhaltet die Stammebelegschaft, Auszubildende und befristet Beschäftigte (ohne Studenten und Praktikanten).

Mitarbeiterzahlen nach Region¹⁾	30.9.2009	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2006
Deutschland	10.300	10.230	10.032	9.991
Europa (ohne Deutschland)	966	982	1.004	1.024
Nord-/Mittelamerika	102	106	98	91
Südamerika	1.010	1.050	899	767
Gesamt	12.378	12.368	12.033	11.873

1) Die Anzahl der Mitarbeiter wird auf Basis von Vollzeitäquivalenten (Full Time Equivalents, FTE) ermittelt; Teilzeitstellen werden entsprechend ihrem jeweiligen Arbeitszeitanteil gewichtet.

Seit dem 30. September 2009, zu dem die K+S Gruppe insgesamt 12.378 Mitarbeiter beschäftigte, kamen durch die Übernahme von Morton Salt am 1. Oktober 2009 insgesamt 2.922 Mitarbeiter zur K+S Gruppe hinzu. Diese sind Nord-/Mittelamerika beschäftigt. Darüber hinaus hat sich die Zahl der Mitarbeiter seit dem 30. September 2009 nicht wesentlich verändert.

Pensionsverpflichtungen

Die K+S Gruppe hat im Jahr 2005 begonnen, ihre Verpflichtungen aus den inländischen Pensionsplänen in ein Treuhandmodell auszugliedern und hat zu diesem Zweck ein CTA aufgelegt, dessen Fondsvermögen vom sonstigen Betriebsvermögen der K+S Gruppe getrennt und einer Verwendung ausschließlich für die Erfüllung der Pensionsverbindlichkeiten zugeführt wurde. Zum 31. Dezember 2008 wies die K+S Gruppe für alle Pensionspläne insgesamt Pensionsrückstellungen nach Saldierung mit dem entsprechenden Planvermögen (u. a. aus dem CTA) von EUR 93,1 Mio. aus.

Rechtsstreitigkeiten

K+S AG oder eine ihrer Tochtergesellschaften ist derzeit nicht an staatlichen, gerichtlichen oder schiedsgerichtlichen Verfahren beteiligt, die sich gegen die K+S AG oder eine ihrer Tochtergesellschaften richten oder sie betreffen, noch war die K+S AG oder eine ihrer Tochtergesellschaften während der letzten zwölf Monate an einem solchen beteiligt oder hat die K+S AG Kenntnis von Verfahren, seien sie anhängig oder angedroht, die wesentliche Auswirkungen auf die Finanzlage oder die Wirtschaftlichkeit der K+S AG oder der K+S Gruppe haben oder in jüngster Vergangenheit hatten.

Versicherungen

Zur Deckung fremder Schäden sind die K+S AG und ihre Tochtergesellschaften, einschließlich der Untertagedeponien, im Rahmen einer verbundenen Betriebs-, Produkt- und Umwelthaftpflichtversicherung versichert. Sie umfasst eine Versicherungssumme von EUR 10 Mio. je Schaden (Grunddeckung), wobei die Gesamtleistung des Versicherers pro Jahr auf das Zweifache dieser Summe begrenzt ist. Für die Untertagedeponien beträgt die Versicherungssumme EUR 25 Mio. je Schadensfall. Im Anschluss an die Grunddeckung besteht eine Exzedenten-Haftpflichtversicherung mit einer einmal pro Jahr zur Verfügung stehenden Zusatzdeckung über EUR 117,8 Mio. (ohne Untertagedeponien). Morton Salt verfügt darüber hinaus über eine lokale Haftpflichtversicherung mit einer Versicherungssumme von USD 15 Mio. je Schaden.

Desweiteren besteht eine Neuwertversicherung für übertägige Gebäude, technische und kaufmännische Betriebseinrichtungen, sonstige Anlagen, Geräte und Vorräte sowie diverse sonstige Kosten in Europa. Die Haftungsbegrenzungen je Versicherungsfall betragen EUR 4,8 Mrd. (Gesamtversicherungssumme). Für ausgewählte übertägige Großmaschinen in Europa ab einem Anschaffungspreis von TEUR 609, die nicht älter als 15 Jahre sind, besteht eine Sachversicherung mit einer Haftungsbegrenzung je Versicherungsfall von EUR 50,1 Mio. Betriebsunterbrechungen in Europa sind zudem von einer Betriebsunterbrechungsversicherung mit einem Deckungsbetrag von EUR 1,8 Mrd. versichert. Morton Salt verfügt daneben über eine Sach- und

Betriebsunterbrechungsversicherung für die Betriebsstätten von Morton Salt in den USA, Kanada und den Bahamas mit einer Gesamtversicherungssumme von USD 2 Mrd.

Organe der K+S AG und ihrer Tochtergesellschaften sind in der D&O-Versicherung der K+S AG mit einer Deckungssumme von EUR 125 Mio. pro Jahr mit versichert. Der Selbstbehalt je Schaden beträgt EUR 10.000.

Darüber hinaus umfasst das von der K+S AG entwickelte Versicherungsprogramm weitere Versicherungen mit speziellem Inhalt wie eine Transportversicherung, eine Maschinenversicherung für ausgewählte Gas- und Dampfturbogeneratoren, eine Rechtsschutzversicherung, eine Kreditversicherung und andere.

Nach Auffassung der K+S AG besteht für die K+S Gruppe insgesamt ein Versicherungsschutz in wirtschaftlich angemessenem und ausreichendem Umfang. Es ist allerdings zu berücksichtigen, dass insbesondere viele bergbauliche Risiken nicht oder nicht zu wirtschaftlich vertretbaren Konditionen versicherbar sind und daher für bestimmte Bergunfälle im Einzelfall kein Versicherungsschutz besteht (siehe dazu *„Risikofaktoren – Risiken aus der Geschäftstätigkeit der K+S Gruppe – Die Bergwerksanlagen, Produktionsstätten, Lager und Verladeanlagen der K+S Gruppe sind Betriebs- und Unfallrisiken ausgesetzt. Ein Zutritt von Salzlösung oder Grundwasser in den Schacht oder Gasausbrüche in bestimmten Bergwerken könnten zu Personen- oder Sachschäden führen.“*)

RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die K+S Gruppe ist als Hersteller von Düngemitteln und Salzen in einem Bereich tätig, der auf nationaler und internationaler Ebene einer intensiven gesetzlichen Regulierung unterliegt, die sich aufgrund des Umweltbezugs und des europäischen, US-amerikanischen, kanadischen und chilenischen Rechts nach den Erwartungen der K+S Gruppe auch zukünftig spürbar intensivieren wird. Diese regulatorischen Änderungen dürften sowohl die von der K+S Gruppe betriebenen Produktionsanlagen als auch die von K+S hergestellten Produkte betreffen. Insbesondere der Kali- und Salzbergbau sind Gegenstand von zahlreichen regulatorischen Beschränkungen. Die folgenden Ausführungen geben einen Überblick über verschiedene (umwelt-)rechtliche Bestimmungen, die wesentlichen Einfluss auf die Tätigkeit von K+S haben. Eine abschließende Darstellung sämtlicher regulatorischer Anforderungen ist hiermit nicht beabsichtigt.

Rohstoff- und Standortsicherung

In Deutschland wird die Rohstoff- und Standortsicherung maßgeblich durch das Bundesberggesetz (BBergG) reguliert. Gleichwohl berührt die Produktion, der Rohstoffabbau und der Erwerb neuer Abbaurechte durch die K+S Gruppe auch eine Vielzahl weiterer umwelt- und planungsrechtlicher Regelungen. Die Regulierung der salzbezogenen Geschäftsaktivitäten der K+S Gruppe in den Vereinigten Staaten und in Kanada obliegt weitgehend den einzelnen Bundesstaaten bzw. Provinzen, obgleich auch übergeordnete bundesrechtliche und kommunale Regelungen zur Anwendung kommen können. In Chile werden diese Gesetze und Verordnungen auf staatlicher Ebene erlassen.

Genehmigungen

Der Produktionsbetrieb der K+S Gruppe ist unterschiedlichen Genehmigungserfordernissen unterworfen.

So ist die Gewinnung von Bodenschätzen in Deutschland lediglich zulässig, wenn die K+S Gruppe über eine bergrechtliche Abbauberechtigung verfügt und der Betrieb des Bergwerks genehmigt ist. Die Erteilung dieser Genehmigungen ist zum einen daran geknüpft, dass dem geplanten Bergbauvorhaben keine überwiegenden öffentlichen Interessen entgegenstehen (z. B. planungsrechtliche Vorgaben, zu erwartende Schäden für Dritte) und die K+S Gruppe zum anderen die erforderliche Fachkunde, ihre Zuverlässigkeit und die notwendige Vorsorge gegen Gefahren für Leben und Gesundheit und zum Schutz von Sachgütern, Beschäftigter und Dritter im Betrieb nachweisen kann. Die K+S Gruppe hat einen Anspruch auf Erteilung der jeweiligen Genehmigung, sofern diese Genehmigungsvoraussetzungen erfüllt sind. Zum Nachweis der Voraussetzungen ist ein Betriebsplan aufzustellen, in dem Umfang, technische Durchführung und Dauer des Vorhabens beschrieben werden. Die Geltung eines solchen Betriebsplans ist aber stets befristet. Ist ein Abbau von Rohstoffen über den Gültigkeitszeitraum des Plans hinaus beabsichtigt oder sollen Änderungen des Betriebs vorgenommen werden, muss die K+S Gruppe den entsprechenden Betriebsplan ändern und erneut von der Behörde genehmigen lassen. Auch wenn die bisherige bergbauliche Tätigkeit eines Bergwerks ganz oder teilweise eingestellt werden soll, ist ein Abschlußbetriebsplan aufzustellen, der unter anderem die Wiedernutzbarmachung der durch den Bergbau veränderten Oberfläche gewährleisten muss.

Ebenso wie in Deutschland ist auch der Produktionsbetrieb der K+S Gruppe in den USA, in Kanada und in Chile – neben anderen Anforderungen – genehmigungspflichtig. Da die meisten dieser Anforderungen in den USA und Kanada in den einschlägigen Gesetzen des jeweiligen Bundesstaats oder der jeweiligen Provinz verankert sind und somit von Bundesstaat zu Bundesstaat bzw. von Provinz zu Provinz variieren, sind die bergbau-, umwelt- und sonstigen rechtlichen Anforderungen an den jeweiligen Produktionsstandorten nicht identisch. Grundsätzlich sind dennoch die meisten gesetzlichen Bestimmungen in den U. S.-Bundesstaaten untereinander vergleichbar; dies gilt auch für die gesetzlichen Bestimmungen in den einzelnen kanadischen Provinzen. Nach diesen Bestimmungen stehen den zuständigen Behörden erhebliche Ermessensspielräume zu, die zur Auferlegung strenger Bedingungen für die Erteilung der erforderlichen Genehmigungen ermächtigen und zu erheblichen Verzögerungen führen können. In Kanada, wo die jeweilige Provinzregierung die Abbaurechte hält, sind Betriebe allgemein (gesetzlich) verpflichtet, vor Aufnahme einer Abbautätigkeit mit der Regierung einen Konzessionsvertrag abzuschließen. In den Vereinigten Staaten konzentriert sich die bundesstaatliche Regulierung der Nachbetriebsphase typischerweise auf Anforderungen für die finanzielle Absicherung bezüglich der ordnungsgemäßen Schließung von Schächten und Salzwasseraustritten sowie der Reduzierung etwaiger damit zusammenhängender Oberflächenauswirkungen. In den letzten Jahren sind die erforderlichen Zahlungen für die finanzielle Absicherung gestiegen, der Markt hat sich verengt und die Marktbedingungen sind

ungünstiger geworden. Mehrere der relevanten Jurisdiktionen haben Regelungen für die Bodensanierung und den Umweltschutz erlassen, bei denen es um die Oberflächenauswirkungen von Bergbaubetrieben geht.

In Chile stehen alle Bergwerke im Eigentum des Staates, wobei Einzelpersonen oder Gesellschaften eine Bergbaukonzession zum Schürfen und zum Abbau beantragen können. Das Eigentum an den Bergwerken und den Konzessionen ist zu unterscheiden von dem Eigentum an den Oberflächengrundstücken, das bestimmten Pflichten und Beschränkungen unterliegen kann, um den Schürf- und Abbaubetrieb zu ermöglichen. Nur ein chilenisches Gericht kann eine Abbaukonzession erteilen oder für erloschen erklären. Der Konzessionsinhaber verfügt über das ausschließliche Recht, im Rahmen seiner Konzession entweder nach Bodenschätzen nur zu schürfen (im Falle einer Schürfkonzession) oder nach den Bodenschätzen zu schürfen, diese abzubauen und sich diese anzueignen (im Falle einer Abbaukonzession). Konzessionen können frei abgetreten oder übertragen, belastet und allgemein zum Gegenstand aller rechtlich möglichen Verträge gemacht werden.

Zudem gelten für großflächige Gewinnungsvorhaben in Deutschland besondere Genehmigungsanforderungen. Für sie sind insbesondere detaillierte Umweltverträglichkeitsprüfungen durchzuführen und die Vorgaben des Raumordnungsrechts (Landesentwicklungsplan, Regionalplanungen) zu beachten.

In den USA, in Kanada und in Chile muss ein neuer oder erweiterter Abbaubetrieb ebenfalls den Vorgaben des örtlichen Raumordnungsrechts entsprechen und kann einer Umweltprüfung zur Reduzierung etwaiger wesentlicher Auswirkungen unterliegen. In Chile beispielsweise unterfallen bestimmte Vorhaben, die zu erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt führen können (wie beispielsweise Bergbau- und Industrievorhaben), ganz gleich ob diese Auswirkungen auf ihre Größenordnung, ihren Standort oder die damit einhergehenden Risiken zurückzuführen sind, einer eingehenden Umweltverträglichkeitsprüfung. Abhängig von den umweltrechtlichen Auswirkungen des Projekts und deren Erheblichkeit muss der Betreiber eine solche Umweltverträglichkeitsprüfung entweder durch eine Umweltverträglichkeitsstudie oder durch eine Umweltverträglichkeitserklärung durchführen. Die Umweltverträglichkeitsstudie erfolgt im Gegensatz zur Umweltverträglichkeitserklärung unter Beteiligung der Allgemeinheit. Die Annahme oder Ablehnung des Vorhabens erfolgt per Genehmigungsbeschluss. Wird das Vorhaben freigegeben, bescheinigt der Genehmigungsbeschluss, dass das Projekt die geltenden umweltrechtlichen Bestimmungen einhält, und legt die Bedingungen und umweltrechtlichen Maßnahmen fest, nach denen das Vorhaben durchzuführen ist.

Außerdem können in Deutschland, den Vereinigten Staaten, Kanada und Chile weitere umweltrechtliche Genehmigungen vor der Errichtung oder Erweiterung eines Salzbergwerks oder vor der Emission bestimmter aus dem Salzabbaubetrieb resultierender Schadstoffe in die Umwelt erforderlich sein.

Insgesamt ist festzuhalten, dass die Standort- und Rohstoffsicherung von der K+S Gruppe von zum Teil sehr komplexen und auf unterschiedlichen staatlichen Ebenen angesiedelten behördlichen Entscheidungen abhängt.

Laufender Betrieb

Der Betrieb der Produktionsstätten der K+S Gruppe unterliegt weltweit einer fortwährenden behördlichen Aufsicht. Den zuständigen Behörden sind hierzu Kontrollbefugnisse eingeräumt, um die Einhaltung der erteilten Genehmigungen und einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen zu prüfen. Im Falle eines Verstoßes gegen behördliche oder gesetzliche Vorgaben können zudem Anordnungen ergehen, welche die Einhaltung dieser Regeln sicherstellen. In besonderen Fällen kann die jeweils zuständige Behörde sogar Einstellungsverfügungen für den Betrieb bzw. den betroffenen Teil des Betriebs erlassen. Zudem kommt auch die Verhängung empfindlicher zivil-, verwaltungs- oder strafrechtlicher Bußgelder oder sonstiger Strafen als Durchsetzungs- und Sanktionsmaßnahmen in Betracht. Bei Aktualisierungen der gesetzlichen oder regulatorischen Anforderungen können Produktionsstätten zu deren unmittelbaren oder kurzfristigen Einhaltung verpflichtet werden. Dies kann beispielsweise die Einhaltung neuer oder verschärfter Emissions- oder Immissionsgrenzwerte oder die erforderliche Verwendung eines neuen Stands der Technik umfassen. Um diese nachträglichen Anforderungen zu erfüllen, können mitunter kostenintensive Nachrüstungen der Anlagen erforderlich werden.

Produktionsbedingte Umwelteinwirkungen

Die Produktion der K+S Gruppe und der fortschreitende Abbau der Rohstoffvorkommen haben – wie bei vergleichbar tätigen Unternehmen – Auswirkungen auf die Umwelt. Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um Belastungen für Luft, Boden, Oberflächengewässer und Grundwasserressourcen sowie eine Veränderung des Landschaftsbilds und Belastungen am Arbeitsplatz.

Abwässer

Bei der von der K+S Gruppe durchgeführten Aufbereitung von Rohsalzen lässt es sich nicht vermeiden, dass flüssige Produktionsrückstände und salzhaltige Wässer entstehen. Diese Rückstände werden von der K+S Gruppe entweder in Fließgewässer eingeleitet oder in tiefere Gesteinsschichten verpresst. Im Grundsatz gilt, dass jede Gewässerbenutzung – sei es die Wasserentnahme oder die Abwassereinleitung – einer behördlichen Genehmigung bedarf. Selbst bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen steht ihre Erteilung jedoch allgemein im Ermessen der zuständigen Behörde. Die Genehmigungen, in denen auch Schadstoffgrenzwerte festgesetzt werden, werden zudem nur befristet erteilt.

Zukünftig werden sich aber neue darüber hinausgehende – und weiteren Investitionsbedarf bei der K+S Gruppe verursachende – Anforderungen aus den Regelungen der europäischen Wasser-Rahmenrichtlinie ergeben, welche nunmehr in Deutschland in das insoweit einschlägige deutsche Wasserhaushaltsgesetz (WHG) umgesetzt worden sind. Danach müssen von den Behörden für alle Flussgebietseinheiten Programme aufgestellt werden, die Maßnahmen enthalten, um bestimmte Bewirtschaftungsziele zu erreichen. Bei diesen Zielen handelt es sich zum einen um ein Verschlechterungsverbot hinsichtlich des aktuellen ökologischen und chemischen Zustands, zum anderen aber auch um das Ziel, einen guten ökologischen und chemischen Zustand zu erreichen. Zur Erreichung dieses Zustands gibt das WHG basierend auf der Wasserrahmen-Richtlinie Fristen vor. Ein guter ökologischer Zustand ist bis zum 22. Dezember 2015 zu erreichen. Eine Fristverlängerung ist grundsätzlich nur um maximal 12 Jahre möglich. Ein solches Maßnahmenprogramm wird derzeit auch für die von der Produktion der K+S Gruppe besonders betroffene Flussgebietseinheit Weser (die auch das Gebiet der Werra umfasst) aufgestellt. Die Fertigstellung dieses Maßnahmenprogramms ist für Dezember 2009 angekündigt.

Seit 16. Januar 2007 sind in Ergänzung zur Wasser-Rahmenrichtlinie spezielle weitergehende Regelungen zum Schutz des Grundwassers in einer so genannten Tochtrichtlinie in Kraft. Ziel der neuen Grundwasserrichtlinie ist die Festlegung spezifischer Maßnahmen zur Verhinderung und Begrenzung der Grundwasserverschmutzung. Hierzu gehören Kriterien für die Beurteilung eines guten chemischen Zustands, für die Ermittlung signifikanter und anhaltender steigender Trends in der Konzentration von Schadstoffen im Grundwasser sowie für die Festlegung eines Ausgangspunkts für die Trendumkehr. Bislang ist die Grundwasserrichtlinie noch nicht in nationales Recht umgesetzt worden.

Verschärfte neue Anforderungen an die Entsorgung der Abwässer könnten sich auch aus der geplanten Richtlinie über Industrieemissionen (KOM (2007) 844 endg.) ergeben. Der derzeitige Richtlinienentwurf beinhaltet u. a. die strengere Anwendung der sog. BVT („Beste verfügbare Technik“)-Merkblätter. Dies sind von der Europäischen Kommission herausgegebene Dokumente, die für bestimmte Branchen oder Anlagentypen die nach dem Stand der Technik ökologisch und ökonomisch vorteilhaftesten Technologien und Verfahrensweisen beschreiben und bewerten. Nach derzeitiger Rechtslage sind die BVT-Merkblätter zur Bestimmung des Standes der Technik unter Einbeziehung der Verhältnismäßigkeit zwischen Aufwand und Nutzen möglicher Maßnahmen lediglich „zu berücksichtigen“. Zukünftig sollen die BVT-Merkblätter dagegen als sogenannte Referenzdokumente für die Festlegung der Genehmigungsaufgaben dienen, so dass die nationalen Genehmigungsbehörden nur unter engen Voraussetzungen von den Vorgaben der BVT-Merkblätter abweichen können sollen. Sofern die Abwasserentsorgung der K+S Gruppe den Anforderungen der jetzigen bzw. zukünftigen BVT-Merkblätter nicht entsprechen sollte, könnten nach Inkrafttreten der Richtlinie deshalb weitere Investitionen zur Anpassung an die neuen technischen Vorgaben notwendig werden.

In den USA regelt der Clean Water Act die Einleitung von Industrie- und Betriebswässern, wozu auch Niederschlagswasser zählen kann. Industrielle und gewerbliche Einleitungen in öffentliche Aufbereitungs- und Kläranlagen unterliegen im Allgemeinen den kommunalen Abwasserkontrollverordnungen. Gewerbliche oder industrielle Direkteinleitungen in Oberflächengewässer und das Grundwasser werden über Genehmigungen kontrolliert, die von den Bundesbehörden oder von bundesstaatlichen Umweltbehörden mit bundesbehördlich freigegebenen Genehmigungsprogrammen erteilt werden. Das US-amerikanische Underground Injection

Control-Programm nach dem Clean Water Act verlangt eine Genehmigung für und reguliert den Vortrieb von Salzwasserschächten zum Aussolen von Salzstöcken, um Grundwasserressourcen gegen die Entnahme und das Verpressen von Salzwasser und damit verbundenem Abwasser zu schützen. Im Rahmen der Salzproduktion und -lagerung sind üblicherweise die Einhaltung der Einleitungsgrenzwerte für Chloride, Schwebstoffe, Temperatur, Giftigkeit und pH von besonderer Relevanz. Der Clean Water Act und damit verbundene Programme verlangen zudem die Aufstellung und Durchführung von Plänen zur Vermeidung des Austritts von Gefahrstoffen.

In Kanada kann eine Wasserverunreinigung, je nach der Quelle der Wasserverschmutzung (z. B. Oberflächenabfluss oder Produktionsabwässer) und dem aufnehmenden Gewässer (z. B. Ozean, Fluss oder Grundwasser), bundes-, provinz- und kommunalrechtlichen Anforderungen unterliegen. Abgesehen von Abwassereinleitungen können auch sonstige Tätigkeiten (z. B. Ausbaggerung eines Schiffskanals zu einer Produktionsanlage) die Einholung verschiedener kanadischer bundes- und provinzbehördlicher Genehmigungen erfordern.

In Chile wurden in den vergangenen Jahren verschiedene Emissionsnormen zur Regelung der Einleitung von flüssigen Abfällen in Küstengewässer, Oberflächengewässer, Grundwasser und Abwassersysteme erlassen. Die Durchführungsanordnung Nr. 90, die seit dem 3. September 2001 in Kraft ist, regelt die Einleitung von flüssigen Abfällen in Küstengewässer sowie in Oberflächengewässer. Neue Einleitungsquellen mußten seit dem Inkrafttreten diesem Standard entsprechen, während bestehende Quellen dem Standard erst seit dem 3. September 2006 entsprechen sollten. Die seit dem 17. Februar 2003 geltende Durchführungsanordnung Nr. 46 legt den Emissionsstandard für die Einleitung von flüssigen Abfällen in das Grundwasser fest. Neue Einleitungsquellen müssen diesen Standard seit dem Inkrafttreten einhalten und bestehende Quellen innerhalb einer Frist von 3 Jahren. Die für die Einleitung von flüssigen Abfällen geltenden Höchstgrenzwerte variieren je nachdem, ob das Schadenpotenzial für die grundwasserführende Schicht als hoch, mittel oder niedrig eingestuft wird. Die Durchführungsanordnung Nr. 609, die 1998 erlassen und durch die im Jahr 2000 erlassene Durchführungsanordnung Nr. 3592 abgeändert wurde, gilt für Fälle, in denen flüssige Abfälle in Abwassersysteme eingeleitet werden. Diese Anordnung legt für die Einleitung unterschiedliche Grenzwerte fest je nachdem, ob die jeweilige konzessionierte Abwasserentsorgungsgesellschaft über eine Abwasseraufbereitungsanlage verfügt.

Abraum- und Rückstandablagerung

Die bei der Kaliumaufbereitung anfallenden festen Rückstände werden in Deutschland u. a. durch die in den Betriebsplänen geregelte Aufhaldung entsorgt. Diese hat unmittelbare Auswirkungen auf das Natur- und Landschaftsbild. Für diese Eingriffe in Natur und Landschaft muss die K+S Gruppe umfangreiche Ausgleichsmaßnahmen (z. B. Renaturierung, Biotopspflege an anderer Stelle) vornehmen. Ferner sind in Deutschland für Rückstandshalden neuerdings auch die einschlägigen Regeln der geänderten Allgemeinen Bundesbergverordnung zu beachten. Neben der Pflicht zur Aufstellung von Abfallbewirtschaftungsplänen kann die zuständige Behörde hiernach unter bestimmten Voraussetzungen erhebliche Sicherheitsleistungen für die ordnungsgemäße Verwahrung und Nachsorge der Anlage fordern.

Nach dem US-amerikanischen Solid Waste Act und Resource Conservation and Recovery Act liegt die primäre aufsichts-, genehmigungs- und durchsetzungsrechtliche Verantwortung bezüglich der Bewirtschaftung und Entsorgung von festen Rückständen bei den bundesstaatlichen und kommunalen Behörden, solange diese die bundesrechtlichen Mindestanforderungen erfüllen. Die Regulierungsprogramme für Feststoffabfall umfassen das Genehmigungsverfahren und die Anforderungen an den Bau, den Betrieb und die Schließung von Deponien sowie die ordnungsgemäße Handhabung von als „Feststoffabfall“ eingestuftem Materialien (u. a. Flugasche, Restkohlenstaub etc.). Mehrere der Salzproduktionsstätten der K+S Gruppe verfügen über Deponien oder Ablagerungsgebiete, deren Nutzung und/oder Schließung vor der Einführung von Feststoffabfallbewirtschaftungsverordnungen liegen. Ob diese Betriebshalden oder Deponien, die bereits vor dem oder zum Zeitpunkt des Erlasses von Feststoffabfallgesetzen und -verordnungen keinen Abfall mehr angenommen haben, den nunmehr geltenden Schließungsanforderungen – und ggf. welchen – entsprechen müssen, ist weitgehend unklar und wird daher in vielen Fällen dem behördlichen Ermessen überlassen. Dieses Ermessen kann vom Absehen jeglicher Anforderungen an die Schließung bis hin zu der Anforderung der Beseitigung aller Abfälle und der Sanierung aller damit verbundenen Umweltschäden reichen.

In Kanada wird die Feststoffablagerung und -bewirtschaftung im Wesentlichen auf der Ebene der Provinzen geregelt. Im Allgemeinen legen die gesetzlichen Bestimmungen der Provinzen fest, was aus regulatorischer Sicht als Abfall anzusehen ist und schreiben Genehmigungen für die Abfalllager- und -entsorgungsstätten

sowie die sonstigen geltenden Anforderungen an die Lagerung und Entsorgung von Abfall vor. Danach können die zuständigen Behörden anordnen oder in sonstiger Weise verlangen, dass die Personen, die den Abfall gelagert oder entsorgt haben oder unter deren Kontrolle der Abfall steht (unabhängig davon, ob sie den Abfall deponiert haben), den Abfall beseitigen, falls die Lagerung oder Entsorgung den gesetzlichen Anforderungen nicht entspricht. Die Lagerung und Entsorgung von Abfällen aus der Betriebstätigkeit der K+S Gruppe könnte daher zu erheblichen Kosten führen, einschließlich der Beseitigung des Abfalls und der Sanierung der damit verbundenen Umweltschäden.

In Chile legt die Durchführungsanordnung Nr. 594 von 1999 fest, dass die Erzeugung, Veränderung, Sammlung, Behandlung, Vermarktung oder endgültige Entsorgung fester Industrieabfälle, gleich ob innerhalb oder außerhalb der Industrieanlage, der Aufsicht der Gesundheitsschutzbehörde untersteht, welche auch die entsprechenden Genehmigungen und Zulassungen erteilt. Ferner müssen alle in Ballungsgebieten ansässigen Industrieanlagen, die feste Haus- oder Industrieabfälle erzeugen, der städtischen Gesundheitsbehörde eine monatliche Erklärung vorlegen, in der die Menge und die Klassen des erzeugten Feststoffabfalls angegeben sind. Im Jahr 2005 traten die Sanitärverordnungen über die Behandlung fester Abfallgefahrstoffe in Kraft (Durchführungsanordnung Nr. 148, erlassen vom Gesundheitsministerium), die die sanitären und sicherheitstechnischen Mindestanforderungen für die Erzeugung, den Besitz, die Lagerung, den Transport, die Behandlung, Wiederverwendung, Wiederaufbereitung, endgültige Entsorgung und sonstige Formen der Entsorgung gefährlicher Abfallstoffe festlegen.

Luftemissionen

Nach dem deutschen Bundesimmissionsschutzgesetz bedürfen schadstoff- und lärmemittierende Anlagen einer Genehmigung, sofern sie bestimmte gesetzlich festgelegte Kapazitätsgrößenordnungen überschreiten. Für den Betrieb der insoweit betroffenen, eigenen Kraftwerke der K+S Gruppe könnte sich zukünftig ein Anpassungsbedarf aus den Vorgaben der geplanten neuen europäischen Verordnung über Industrieemissionen (KOM (2007) 844 endg.) ergeben, welche in ihrem derzeitigen Entwurfsstand für bestimmte Immissionsgrenzwerte (z. B. Stickoxyde, Schwefeloxycide, Staub) eine deutliche Verschärfung vorsieht. Ob, wann und unter welchen Voraussetzungen die Richtlinie in Kraft tritt, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch nicht vorauszusagen.

Nach dem US-amerikanischen Clean Air Act wird die Genehmigung und Regulierung gewerblicher oder industrieller Luftemissionen grundsätzlich von bundesstaatlichen oder regionalen Behörden übernommen, deren Programme auf Bundesebene freigegeben worden sind. Nach diesen Programmen bedürfen Salzverarbeitungs- und -bearbeitungsbetriebe, die über bestimmte Schwellenwerte hinausgehende Schadstoffmengen (einschließlich Schwebstoffe) in die Luft emittieren, einer Genehmigung, welche den Einsatz besonderer Technologien zur Luftkontrolle oder die Einhaltung bestimmter Emissionsgrenzwerte verlangt. Diese Betriebe unterliegen zudem der behördlichen Überprüfung und bestimmter Leistungsstandards. Es ist damit zu rechnen, dass die auf Bundesebene eingebrachten Gesetzesvorschläge, die derzeit in den USA geprüft werden, bezüglich der Kontrolle von Treibhausgasemissionen (die so genannten „Cap-and-Trade“-Programme) zu weiteren Beschränkungen und Kosten für die Salzproduktionsstätten der K+S Gruppe führen.

Luftemissionen in Kanada können bundes-, provinz- oder kommunalrechtlichen Anforderungen unterfallen, obschon solche Emissionen primär auf Provinzebene geregelt werden. Je nach Art und Menge der Emission und in Abhängigkeit von der Jurisdiktion, in der die Emission erfolgt, kann diese genehmigungspflichtig sein, was allgemein bedeutet, dass das Unternehmen darzulegen hat, dass der Betrieb der Anlage, von der die Abluftemission ausgeht, die einschlägigen Luftanforderungen einhält. Dazu können jedoch kostenintensive Einrichtungen zur Luftreinhaltung oder eine Produktionsreduzierung erforderlich sein.

In Chile wurden zum Zwecke der Luftreinhaltung bestimmte Qualitäts- und Emissionsnormen erlassen. Die Qualitätsnormen legen Höchstgrenzen für die in der Atmosphäre vorkommende Luftverunreinigung fest und bestimmen, ob das betroffene Gebiet hinsichtlich eines Schadstoffs für latent oder nicht mehr aufnahmefähig erklärt und daher ein Vermeidungs- oder Sanierungsplan aufgestellt und umgesetzt werden muss. Einige der wichtigsten Qualitätsnormen beziehen sich auf wasserfreien Schwefel, Arsen, Feinstaub, Blei, Ozon, Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid und Kohlenmonoxid. Die Emissionsnormen bestimmen die von einer Emissionsquelle einzuhaltenen Höchstwerte der Luftverunreinigung. Einige der wichtigsten Emissionsnormen betreffen Feinstaubemissionen (gelten nur für Ballungszentren), Arsen und Geruchsbelästigungen im Zusammenhang mit der Produktion von Zellulose.

Haftung für Umweltschäden

Nach den einschlägigen umweltrechtlichen Bestimmungen wäre die K+S Gruppe auch für Schäden an fremdem Eigentum, Umweltgütern oder Personenschäden verantwortlich, welche auf der Bergbau- und Produktionstätigkeit beruhen.

Sind diese Schäden unmittelbar durch den Bergbau verursacht, ergibt sich nach deutschem Recht die Haftung aus den Regelungen des BBergG, welche ein gegenüber dem allgemeinen Zivilrecht deutlich verschärftes Haftungsregime enthalten (z. B. Beweiserleichterungen für den Geschädigten). Bei produktionsbedingten Boden- oder Grund- und Oberflächenwasserkontaminierungen könnten die K+S Gruppe dagegen Sanierungspflichten nach dem Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG) oder dem Wasserhaushaltsgesetz treffen. Neben diesen in Deutschland bestehenden Regelungen ist auf europäischer Ebene derzeit eine neue Bodenschutz-Rahmenrichtlinie in der Diskussion, deren Regelungen Auswirkungen auf die zukünftigen Tätigkeiten der K+S Gruppe haben könnten (z. B. durch das Erfordernis zur Aufstellung von Maßnahmenplänen gegen Erosionen und Versalzungen). Der Richtlinienentwurf wurde 2006 veröffentlicht. Bis zum jetzigen Zeitpunkt ist die Richtlinie aber nicht vom Europäischen Rat beschlossen worden. Eine Weiterverhandlung des Vorschlags ist jedoch bereits für die folgenden Rats-Präsidentschaften Spanien und Belgien angekündigt. Ob, wann und mit welchem genauen Inhalt diese Richtlinie in Kraft treten wird, ist zu diesem Zeitpunkt nicht absehbar.

In den USA unterliegen Rechtsträger (sog. „potentiell verantwortliche Parteien“ oder „PRPs“), die zu einer Freisetzung von „Gefahrstoffen“ in die Umwelt beigetragen haben, einer Haftung nach dem bundesrechtlichen Comprehensive Environmental Response Compensation and Liability Act („Superfund“) – oder seinen Entsprechungen in den einzelnen Bundesstaaten –, und zwar ungeachtet des Verschuldens oder der Gesetzmäßigkeit des Verhaltens der Partei. Nach dem Superfund (bzw. den entsprechenden bundesstaatlichen Regelungen) kann eine Partei unter bestimmten Umständen verpflichtet werden, mehr als ihren Anteil an den Untersuchungs- oder Sanierungskosten an einem bestimmten Standort zu tragen, wenn von anderen verantwortlichen Parteien keine Zahlungen eingezogen werden können. Obgleich die Salz-Aktivitäten der K+S Gruppe zu keinen wesentlichen Verpflichtungen gemäß Superfund (bzw. den entsprechenden bundesstaatlichen Regelungen) führen, könnte eine solche Haftung zukünftig im Hinblick auf gegenwärtige oder frühere Anlagen, Nachbargrundstücke oder Entsorgungsanlagen außerhalb der Produktionsstätte entstehen. Es ist nicht unüblich, dass private Klagen Dritter wegen Kontaminierungen auch Forderungen wegen Personenschäden, Eigentumsverletzungen oder -beeinträchtigungen oder Ähnlichem umfassen. Darüber hinaus legen die einzelnen Bundesstaaten etwaige Anforderungen an die Bodensanierung nach Einstellung der Bergbautätigkeiten fest. Ferner gestalten zahlreiche US-amerikanische Umwelt-, Gesundheitsschutz- und Sicherheitsgesetze Klagen Dritter.

Für die kanadischen Salz-Aktivitäten der K+S Gruppe könnte eine Haftung nach dem Common Law und nach den gesetzlichen Bestimmungen in bestimmten Jurisdiktionen für etwaige durch diese Aktivitäten verursachte wesentliche Umweltschäden bestehen. Weiterhin ist die K+S Gruppe bei der Betriebseinstellung der kanadischen Salzproduktionsstätten voraussichtlich u. a. zur Sanierung (z. B. durch Beseitigung von Kontaminationen) und Renaturierung des von den Anlagen genutzten Landes verpflichtet. Im Allgemeinen hängt der Umfang dieser Maßnahmen von mehreren Faktoren wie den Besonderheiten der in der jeweiligen Provinz geltenden Anforderungen und der Frage, wie die in der jeweiligen Provinz zuständige Regulierungsbehörde ihr Ermessen ausübt, ab. Die K+S Gruppe könnte möglicherweise aufgefordert werden, eine finanzielle Absicherung für ihre Verpflichtungen zur Wiedernutzbarmachung und sonstiger Sanierungen zu leisten.

In Chile ist jeder, der einen Umweltschaden verursacht, nach dem Gesetz Nr. 19.300 verpflichtet, die Umwelt mittels entsprechender Wiederherstellungsmaßnahmen in den ursprünglichen Zustand zu versetzen und/oder infolge einer umweltrechtlichen Zivilklage aus unerlaubter Handlung monetären Schadenersatz zu leisten. Die Klage auf umweltrechtliche Wiederherstellung kann von dem Beschädigten, von der Gemeinde, in deren Jurisdiktion die Schäden eingetreten sind, oder dem chilenischen Staat erhoben werden. Die Klage auf monetären Schadenersatz kann nur von dem Beschädigten verfolgt werden. Nach chilenischem Recht setzt die Umwelthaftung die Fahrlässigkeit des Täters voraus.

Arbeitsschutz

Zum Schutz der Gesundheit ihrer Mitarbeiter hat die K+S Gruppe zahlreiche Arbeitsschutzbestimmungen zu erfüllen. In den USA sind insofern der Occupational Safety and Health Act sowie der Mine Safety and Health Act als wesentliche bundesrechtlichen Bestimmungen mit Auswirkungen auf die Salz-Aktivitäten der

K+S Gruppe zu nennen, während die arbeitsrechtlichen Gesundheits- und Sicherheitsbestimmungen für die Salz-Aktivitäten der K+S Gruppe in Kanada primär von den entsprechenden Gesetzen auf Provinzebene geregelt werden. In allen Jurisdiktionen, in denen die K+S Gruppe tätig ist, gibt es beispielsweise von den Behörden erlassene Arbeitsplatzgrenzwerte für gewisse Schadstoffe, denen die Mitarbeiter während ihrer Tätigkeit ausgesetzt sind. Eine Verschärfung solcher Grenzwerte könnte erhebliche technische Neuerungen erfordern und zu Investitionen in nicht unerheblicher Größenordnung führen.

Auf europäischer Ebene besteht derzeit eine Diskussion, ob Arbeitsplatzgrenzwerte für Stickoxyde, welche durch den Betrieb von Dieselfahrzeuge auch in den Bergwerken der K+S Gruppe entstehen, verschärft werden sollen. Dabei geht es um die Einführung sogenannter Richtgrenzwerte, die für die Mitgliedstaaten zwar nicht bindend sind, aber bei der Aufstellung verbindlicher nationaler Grenzwerte beachtet werden müssen. Daher könnte sich der nationale Gesetzgeber trotz europäischer Richtgrenzwerte veranlasst sehen, die national geltenden Grenzwerte an die neuen, strengeren Richtwerte anzupassen. Ob tatsächlich neue Grenzwerte eingeführt werden und wenn ja, wann dies der Fall sein wird und welche Auswirkungen sie auf die K+S Gruppe haben werden, ist derzeit jedoch nicht absehbar.

Das kanadische Strafgesetzbuch verlangt zudem, dass jeder, der die Art und Weise, wie eine andere Person ihre Arbeit verrichtet, bestimmt oder die Befugnis hat, diese zu bestimmen, angemessene Schritte einleiten muss, um körperliche Schäden abzuwenden, die diese oder eine andere Person aufgrund einer solchen Arbeit erleiden könnte.

In Chile stellt das Gesetz hohe Anforderungen an die Verantwortung der Arbeitgeber bezüglich der Gesundheit und Sicherheit ihrer Beschäftigten. Arbeitgeber sind verpflichtet, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um das Leben und die Gesundheit ihrer Beschäftigten effektiv zu schützen, die angemessenen Hygiene- und Sicherheitsbedingungen am Arbeitsplatz einzuhalten und die erforderliche Schutzausrüstung bereitzustellen, um arbeitsbedingte Unfälle und Krankheiten zu vermeiden. Die gleiche Verpflichtung gilt für den Eigentümer einer Gesellschaft oder Betriebsstätte im Hinblick auf die Beschäftigten von Auftragnehmern und Unterauftragnehmern, die auf dem Gelände arbeiten.

Produktbezogene Regulierung

Die Zulassung und das Inverkehrbringen der von der K+S Gruppe hergestellten Düngemittelprodukte wird in Deutschland maßgeblich durch die im Dezember 2008 novelliert in Kraft getretene Düngemittelverordnung (DüMV) geregelt, indem u. a. spezifische Voraussetzungen in Bezug auf die Herstellung, die Kennzeichnungspflicht und die Einhaltung von Schadstoffgrenzwerten zu erfüllen sind. Diese im Vergleich zur Vorgängerregelung teilweise verschärften Anforderungen sind nach Ablauf einer Übergangsfrist ab dem 31. Dezember 2009 einzuhalten.

Einige von der K+S Gruppe in Deutschland hergestellte Stoffe unterliegen zudem der EG-Chemikalienverordnung Nr. 1907/2006, welche der Registrierung, Evaluierung, Autorisierung und Beschränkung von Chemikalien (REACH) dient. Die betroffenen Stoffe dürfen nur in Verkehr gebracht werden, wenn sie fristgerecht vorregistriert worden sind. Zukünftig ist zur weiteren Verwendung dieser Stoffe innerhalb von Übergangsfristen von 3 1/2 bis 11 Jahren die endgültige Registrierung erforderlich, für welche die K+S Gruppe bereits eine Datensammlung in Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen durchführt, um den mit dem Registrierungs-, Bewertungs- und Zulassungsmechanismus verbundenen technischen und finanziellen Mehraufwand zu minimieren.

Salzprodukte können in den USA, in Kanada und in Chile in Abhängigkeit von ihrer Nutzung verschiedenen Auflagen unterliegen. Salzprodukte zum menschlichen Verzehr müssen beispielsweise derzeit dem US-amerikanischen bzw. dem kanadischen Food and Drugs Act, der jeweils bestimmte Anforderungen hinsichtlich Herstellung, Werbung, Kennzeichnung, Einfuhr und Vertrieb von Salzprodukten innerhalb der USA bzw. Kanadas sowie bezüglich der Qualität der Produkte enthält, entsprechen. In Zukunft können weitere Anforderungen für Salzprodukte in Kraft treten. Als Teil der Prüfung potenziell toxischer Substanzen durch die kanadische Regierung kam ein Bericht von 2001 beispielsweise zu dem Ergebnis, dass Straßensalz eine „toxische“ Substanz nach dem Canadian Environmental Protection Act 1999 ist. Bislang hat die kanadische Bundesregierung im Hinblick auf Straßensalz seit 2001 keine weiteren Schritte gemäß dem Verfahren zum Umgang mit toxischen Substanzen unternommen – obgleich dies für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden kann. In

den USA gibt es eine Reihe von Bundesstaaten und Kommunen, die zum Schutz der Umwelt erwägen, rechtliche Vorgaben zu „bestmöglichen“ Praktiken zur Minimierung des Einsatzes von Straßensalz einzuführen.

Klimaschutz

In Deutschland emittieren einige Anlagen der K+S Gruppe Kohlendioxid und unterliegen dem sogenannten Emissionshandel. Dies bedeutet, dass ein Ausstoß von Kohlendioxid nur zulässig ist, wenn die emittierte Menge Kohlendioxid durch Verschmutzungsrechte (Berechtigungen) hinterlegt wird. Diese Berechtigungen werden in einer bestimmten Menge von staatlicher Seite zugeteilt. Möchte die K+S Gruppe mehr Kohlendioxid emittieren als es ihr durch die zugeteilte Menge an Verschmutzungsrechten erlaubt ist, hat sie weitere Rechte am Markt zuzukaufen. Emittiert die K+S Gruppe dagegen weniger, kann sie die Rechte gewinnbringend veräußern. In diesem System wird es in den nächsten Jahren zu einem stufenweisen Abbau der bisher erfolgreichen kostenlosen Berechtigungszuteilung kommen, so dass ein immer höherer Anteil an Berechtigungen kostenpflichtig erworben werden muss. Dies gilt insbesondere für den Betrieb der KWK-Kraftwerke von der K+S Gruppe. Der insoweit maßgebliche Richtlinienentwurf sieht derzeit bezogen auf die Stromproduktion dieser Kraftwerke vor, ab 2013 gar keine kostenlose Zuteilung mehr zu gewähren.

Die Regulierung von Treibhausgasen ist in den USA derzeit Gegenstand politischer und ökonomischer Entwicklungsprozesse und wird von nationalen und internationalen Politikvorgaben geprägt. Die in den USA für den Umweltschutz zuständige Bundesbehörde hat kürzlich Treibhausgase als neue Schadstoffklasse anerkannt und Regelungen erlassen, die bestimmte Großemittenten ab 2010 zur jährlichen Messung und zum Bericht ihrer Emissionen verpflichten. Die Behörde hat zudem eine Regelung vorgeschlagen, nach der Treibhausgasemissionen von ortsfesten Emissionsquellen künftig dem Clean Air Act unterfallen. Gleichzeitig berät der US-Kongress derzeit über mehrere Gesetzesvorlagen, die Vorgaben für nationale Klimareduktionen und Berichtspflichten zum Gegenstand haben. Ferner gibt es in 28 Bundesstaaten und Regionen Initiativen zur Einführung von Cap-and-Trade-Programmen und Programmen zur Erfassung von Treibhausgasemissionen. Zusätzliche Regelungen könnten auch aufgrund zukünftiger völkerrechtlicher Verpflichtungen der USA entstehen. Die aus diesen Maßnahmen resultierenden gesetzlichen und regulatorischen Änderungen sowie etwaige von den Bundesstaaten – möglicherweise abweichend – festgelegten Anforderungen können derzeit noch nicht mit Sicherheit vorhergesagt werden, können aber gegebenenfalls zu zusätzlichen Beschränkungen und erheblichen Kosten für Salz-Aktivitäten führen.

Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es in Kanada, mit Ausnahme von Alberta, wo für bestimmte große Treibhausgasemittenten ein System zum Treibhausgasemissionshandel umgesetzt worden ist, keine Anforderungen auf Bundes- oder Provinzebene bezüglich der Reduzierung von Treibhausgasemissionen, die gegenwärtig für kanadische Betriebe gelten würden. Québec hat auf bestimmte Treibstoffe eine Kohlenstoffsteuer erlassen. Die derzeitige Umsetzung dieser regulatorischen Anforderungen hat noch keine nennenswerten nachteiligen Auswirkungen auf den Betrieb der K+S Gruppe in Kanada gehabt; dies ist auch zukünftig nicht zu erwarten. Die kanadische Bundesregierung und die Provinzregierungen in den Jurisdiktionen, in denen kanadische Betriebe ansässig sind (mit Ausnahme von Alberta), sind jedoch dabei, Anforderungen für Treibhausgasemissionen zu entwickeln oder haben diese bereits entwickelt, verlangen bislang aber noch keine Emissionsreduzierungen. Die möglichen Anforderungen können zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht mit hinreichender Sicherheit vorhergesagt werden; sie können aber zu zusätzlichen Beschränkungen und Kosten für die kanadischen Salz-Aktivitäten der K+S Gruppe führen.

In Chile gibt es keine konkreten gesetzlichen Bestimmungen zum Klimaschutz oder zu Kohlenstoff-Ausgleichsverpflichtungen. Chile ist jedoch Mitglied des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) und des Kyoto-Protokolls und hat diese als direkte Maßnahme entsprechender Verpflichtungen und Zusagen für das Land in nationales Recht umgesetzt.

WESENTLICHE VERTRÄGE DER K+S GRUPPE

Nachfolgend werden Verträge dargestellt, bei denen die Gesellschaft oder eine sonstige Gesellschaft der K+S Gruppe eine Vertragspartei ist, und die für die K+S Gruppe von wesentlicher Bedeutung sind:

Übernahme von Morton Salt

Im Zuge der vollständigen Übernahme von Rohm and Haas mit Sitz in Philadelphia (Pennsylvania), USA, durch The Dow Chemical Company mit Sitz in Midland (Michigan), USA, wurde MII als Teil der Rohm and Haas Gruppe zum Verkauf gestellt. Am 1. April 2009 unterzeichneten die K+S AG und Rohm and Haas einen Kaufvertrag über den Erwerb der Salzaktivitäten von MII durch die K+S Gruppe. Hierzu sah der Kaufvertrag die Übertragung aller Anteile an MII und der Rohm and Haas Denmark China Salt Holdings ApS zum Vollzug vor. Die Transaktion wurde am 1. Oktober 2009 vollzogen. Auf Basis eines Unternehmenswertes von USD 1,675 Mrd. ergab sich abzüglich der vorläufig festgestellten Schulden und üblichen Anpassungen für die K+S AG ein vorläufiger Nettokaufpreis von USD 1,576 Mrd., der am 1. Oktober 2009 in bar gezahlt wurde. Der endgültige Kaufpreis bemisst sich nach der tatsächlichen Verschuldung zum 1. Oktober 2009, die mittels einer auf diesen Stichtag aufzustellenden Bilanz festzustellen ist. Ein Entwurf dieser Bilanz ist von der K+S AG bis Mitte Dezember 2009 zu erstellen und der Verkäuferin zur Prüfung vorzulegen. Die endgültige Kaufpreisabrechnung wird voraussichtlich im ersten Quartal 2010 erfolgen.

Vor Vollzug der Transaktion wurden bestimmte nicht zum Salzgeschäft von MII gehörende Altaktivitäten, insbesondere aus dem Chemiebereich, herausgelöst und auf eine andere Gesellschaft der Verkäuferin übertragen. Die K+S AG hat das Recht (*put right*), frühestens 13 Monate nach dem Vollzug des Kaufvertrages, also ab dem 1. November 2010, alle Vermögensbestandteile und Wirtschaftsgüter von MII sowie die im Salzgeschäft tätigen Tochtergesellschaften von MII, einschließlich aller dazugehörigen Verbindlichkeiten, auf eine andere Gesellschaft der K+S Gruppe zu übertragen und nachfolgend MII an die Verkäuferin zurück zu übertragen. Diese Rückübertragung muss bis spätestens 26 Monate nach dem Closing (Vollzug), also bis zum 1. Dezember 2011, erfolgt sein. Ziel dieser Regelung ist es, dass die Verkäuferin nach der Rückübertragung für etwaige bei MII verbliebene Verbindlichkeiten haften soll, die nicht dem erworbenen Salzgeschäft der MII zuzuordnen sind und nach dem Kaufvertrag nicht von K+S getragen werden sollen bzw. sollten.

Zudem ist die Verkäuferin nach dem Kaufvertrag verpflichtet, die K+S Gruppe, mit bestimmten Beschränkungen, für Verstöße gegen übernommene Gewährleistungen, Garantien und weitere übernommene Verpflichtungen sowie für bestimmte Verbindlichkeiten, die vor Vollzug der Transaktion entstanden sind, zu entschädigen bzw. freizustellen. Diese Entschädigungs- und Freistellungspflicht schließt auch Umweltverbindlichkeiten ein, die vor dem Vollzug entstanden sind, sowie Verbindlichkeiten von MII und deren Tochtergesellschaften, die nicht mit den Salzaktivitäten zusammenhängen. Die Haftung der Verkäuferin für Verstöße gegen Gewährleistungen und Garantien gegenüber der K+S Gruppe besteht mit bestimmten Ausnahmen für 15 Monate nach dem Vollzug und ist auf 20 % des endgültigen Kaufpreises begrenzt. Zudem hat die Verkäuferin die K+S Gruppe für Umweltverbindlichkeiten, die vor dem Vollzug der Transaktion entstanden sind und mit den Salzaktivitäten von MII zusammenhängen, bis zu 10 Jahre nach Vollzug zu entschädigen bzw. freizustellen, wobei diese Haftung auf 25 % des endgültigen Kaufpreises begrenzt ist. Für Verbindlichkeiten von MII, die nicht mit den Salzaktivitäten von MII zusammenhängen, haftet die Verkäuferin für 30 Jahre nach dem Vollzug bis zu einem Betrag von USD 1 Mrd. Für diese Entschädigungs- und Freistellungspflichten der Verkäuferin nach dem Kaufvertrag hat The Dow Chemical Company eine Garantie zugunsten der K+S Gruppe abgegeben.

Die Transaktion wurde von den US-Kartellbehörden unter der Auflage freigegeben, dass einzelne Aktivitäten im Auftausalzsegment an Wettbewerber veräußert werden. Dabei handelte es sich im Wesentlichen um zwei Salzhalden der International Salt Company (ISCO), einer US-amerikanischen Tochtergesellschaft der K+S AG, im US-Bundesstaat Maine sowie eine weitere Salzhalde von MII im US-Bundesstaat Connecticut. Verträge, mit denen diese Auflagen erfüllt werden, sind im September 2009 unterzeichnet und Anfang Oktober 2009 vollzogen worden. Im Zusammenhang mit dem Vollzug der Übertragungen wurde, entsprechend einer weiteren Auflage der US-Kartellbehörde, ein auf drei Jahre laufender Salzlieferverschiffungsvertrag mit dem Erwerber der Salzhalde in Connecticut abgeschlossen.

MII hat eine 9,25 % Anleihe ausgegeben, die derzeit in Höhe eines Kapitalbetrages von etwa USD 145 Mio. aussteht und am 1. Juni 2020 fällig wird. Die Verkäuferin hat für diese Obligationen eine Garantie übernommen.

Die Anleihe bleibt auch nach dem Vollzug der Transaktion als Verbindlichkeit von MII bestehen, wie auch die Garantie der Verkäuferin. Zudem ist die Verkäuferin verpflichtet, alle Zinszahlungen sowie die Rückzahlung des Kapitalbetrags zum Zeitpunkt ihrer jeweiligen Fälligkeit vorzunehmen. Mit bestimmten Beschränkungen hat The Dow Chemical Company auch für die Erfüllung der Verpflichtungen der Verkäuferin bezüglich der Anleihe eine Garantie zugunsten der K+S Gruppe und MII abgegeben.

Akquisitionsfinanzierung Morton Salt

Die Akquisition der Morton Salt wurde mittels eines Konsortialkreditvertrages vom 15. April 2009 finanziert, der in der Syndizierungsphase von EUR 1,4 Mrd. auf EUR 1,55 Mrd. aufgestockt und am 29. Mai 2009 geändert wurde. Arrangeure des Konsortialkredites waren die Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG, die Commerzbank AG (vormals Dresdner Bank AG) und die Société Générale. Die Kreditlinien bestanden aus einer einjährigen endfälligen Kreditlinie über bis zu EUR 500 Mio. (Tranche A), einem dreijährigen Tilgungskredit über bis zu EUR 450 Mio. (Tranche B) und einer dreijährigen Betriebsmittelkreditlinie über bis zu EUR 600 Mio. (Tranche C). Tranche C wurde nicht syndiziert, sondern durch die existierende syndizierte Betriebsmittelkreditlinie von Juni 2008 über EUR 600 Mio. ersetzt, die in diesem Zusammenhang geändert und an die Konditionen des Konsortialkreditvertrages angepasst wurde. Im Rahmen der Finanzierungsverträge hat die K+S AG gegenüber den Konsortialbanken marktübliche Verpflichtungserklärungen (sog. financial covenants) im Hinblick auf das Verhältnis von Nettoverschuldung zu EBITDA bzw. Eigenkapital abgegeben.

Am 30. September 2009 wurde Tranche B in voller Höhe für Zwecke der Akquisition gezogen. Zeitgleich wurde die Tranche A in voller Höhe durch die K+S AG gekündigt und damit nicht in Anspruch genommen.

Neben den Kreditlinien wurde der (vorläufige) Kaufpreis für die Akquisition von Morton Salt durch die Begebung einer Unternehmensanleihe im September 2009 mit einem Volumen von EUR 750 Mio., einer Laufzeit von fünf Jahren sowie einem Kupon von 5,0 % finanziert.

Akquisitionsfinanzierung SPL

Zur Akquisition der SPL hat die K+S AG als Darlehensnehmerin und Garantin am 22. Juni 2006 mit der Deutschen Bank AG als Mandated Lead Arranger, der Deutsche Bank Luxembourg S.A. als Agent und anderen als Darlehensgebern einen EUR 425 Mio. Laufzeit- und Betriebsmittel-Konsortialkreditvertrag abgeschlossen. Neben der Akquisition der SPL dient der Kreditvertrag dem allgemeinen Betriebsmittelbedarf der Gruppe. Der letzte Teilbetrag der amortisierenden Tranche A (ursprünglich EUR 150 Mio.) ist am 22. Juni 2009 getilgt worden. Die Betriebsmittellinie Tranche B wurde ebenfalls zum 22. Juni 2009 endfällig, jedoch im April 2007 gemäß den Bestimmungen des Vertrages im Umfang von EUR 275 Mio. um ein Jahr verlängert. Bestimmte Bestimmungen des Kreditvertrages wurden an die Bedingungen der Akquisitionsfinanzierung für den Erwerb von Morton Salt angepasst.

Lohnfertigungs- und Liefervertrag mit BASF SE

Mit Kaufvertrag vom 29. Dezember 1999 erwarb die K+S AG sowohl die zum Düngemittelgeschäft der BASF SE (damals BASF AG, jeweils die „BASF“) gehörende COMPO Gesellschaft mbH & Co. KG, Münster, in welcher der Geschäftsbereich „Biologisch-chemische Spezialprodukte für den Gartenbau, die Landwirtschaft und den privaten Bedarf“ der BASF gebündelt wurde, als auch Teile des Stickstoff-Felddüngergeschäfts der BASF einschließlich der Logistik-, Marketing- und Vertriebsaktivitäten, die wiederum in einer neuen Tochtergesellschaft der K+S AG unter der Firma „fertiva GmbH“ zusammengefasst wurden. Die Produktionsanlagen für Stickstoff an den Produktionsstandorten Ludwigshafen, Antwerpen, Ostende und Ottmarsheim verblieben bei BASF.

Zur Sicherung der Versorgung der COMPO Gesellschaft mbH & Co. KG und der fertiva GmbH mit Stickstoffprodukten wurden mit Wirkung ab dem 1. Januar 2000 Lohnherstellungs- und Lieferverträge über die Belieferung durch BASF oder mit ihr verbundene Unternehmen mit Einzel- und Mehrstoffdüngern, Langzeitdünger und Isodur, Ammonsulfatsalpeter, 3,4-Dimethylpyrazol-Wasser und Ammoniumsulfat geschlossen. Dabei enthalten die Lohnherstellungs- und Lieferverträge grundsätzlich eine Verpflichtung von BASF, gegenwärtige und zukünftige Produktionskapazitäten zur Herstellung von Vertragsprodukten ausschließlich der K+S Gruppe zur Verfügung zu stellen bzw. die Vertragsprodukte ausschließlich an die K+S Gruppe zu liefern. Ferner enthalten

die Verträge in Einzelfällen eine Verpflichtung von BASF, die Produktionskapazität und Produktionsanlagen durch bauliche Maßnahmen zu erhalten und auszubauen.

Mit Ausnahme von zwei Verträgen über die Lieferung von 3,4-Dimethylpyrazol-Wasser bzw. Ammoniumsulfat, die mit Wirkung zum 31. Dezember 2009 auslaufen, sind diese Lohnherstellungs- und Lieferverträge auf unbestimmte Zeit geschlossen. Mehrheitlich sind sie mit einer Frist von 12 Monaten zum 31. Dezember eines jeden Jahres, frühestens jedoch zum 31. Dezember 2014 ordentlich kündbar, in einem Fall mit einer Frist von sechs Monaten. Eine ordentliche Kündigung durch die K+S Gruppe kann unter bestimmten Umständen eine Pflicht zur Beteiligung an den BASF infolge des Leistungsverzichts entstehenden Kosten bewirken. Zwei Verträge über die Herstellung und Lieferung von Ammonsulfatsalpeter bzw. Ammoniumsulfat enden zudem automatisch im Fall einer endgültigen Stilllegung der Caprolactam-Produktion von BASF.

Die von der K+S Gruppe unter den Lohnherstellungs- und Lieferverträgen geschuldete Vergütung bemisst sich im Regelfall nach den Produktionskosten zuzüglich einer vereinbarten Marge für BASF, in Einzelfällen nach dem Verkaufserlös abzüglich einer vereinbarten Marge für die K+S Gruppe. Einige der Verträge sehen konkrete Abnahmeverpflichtungen der K+S Gruppe vor, andere erlegen der K+S Gruppe für den Fall, dass diese die vorhandenen Produktionskapazitäten nicht ausnutzt, die Kosten der Minderauslastung auf.

Die Haftung von BASF unter den Verträgen ist der Höhe nach auf die Deckungssumme ihrer Haftpflichtversicherung begrenzt.

Ferner haben die COMPO Gesellschaft mbH & Co. KG und BASF im Zusammenhang mit dem Kaufvertrag vom 29. Dezember 1999 Vertriebsverträge über den Vertrieb von Pflanzenschutzmitteln durch Gesellschaften der K+S Gruppe sowie den Vertrieb von Blatt- und Spurennährstoffdünger durch BASF geschlossen. Der Vertrieb durch die K+S Gruppe erfolgt jeweils als Eigenhändler, d. h. im eigenen Namen und auf eigene Rechnung. Die vertraglichen Abgabepreise basieren auf dem Marktpreis abzüglich einer vereinbarten Marge für die jeweilige Vertriebsgesellschaft. Der Vertrag über den Vertrieb von Pflanzenschutzmitteln durch die COMPO Gesellschaft mbH & Co. KG sieht verbindliche Abnahmemengen für jedes einzelne Vertragsprodukt vor. Die Vertriebsverträge sind mit einer Frist von sechs bzw. 12 Monaten zum 31. Dezember eines jeden Jahres ordentlich kündbar.

Die COMPO Gesellschaft mbH & Co. KG, fertiva GmbH und BASF haben außerdem im Zusammenhang mit dem Kaufvertrag vom 29. Dezember 1999 einen Forschungsvertrag geschlossen, unter dem BASF Forschungsarbeiten für das Düngemittelgeschäft der K+S Gruppe erbringt. Alle Forschungsergebnisse unter diesem Vertrag gehen in das alleinige und ausschließliche Eigentum der K+S Gruppe über. Umfang und Vergütung der Forschungsleistungen bemessen sich nach einem von den Vertragsparteien zu erstellenden rollierenden Forschungsplan. Der Vertrag endet am 31. Dezember 2009.

Darüber hinaus wurden im Zusammenhang mit dem Kaufvertrag vom 29. Dezember 1999 weitere Verträge zwischen Mitgliedern der K+S Gruppe und BASF geschlossen, einschließlich eines Lizenzvertrags über die Einräumung von gewerblichen Schutzrechten durch BASF an die K+S Gruppe, eines Liefervertrags über die Lieferung von Salpetersäure durch COMPO Gesellschaft mbH & Co. KG an BASF sowie eines Servicerahmenvertrags und zweier Serviceverträge über verschiedene Dienstleistungen.

Im Juni 2004 erklärten die K+S AG und BASF in einer – rechtlich nicht bindenden – Partnerschaftserklärung ihre grundsätzliche Bereitschaft, ihre langfristige Zusammenarbeit im Düngemittelgeschäft auch über das Jahr 2014 hinaus fortzusetzen.

Verbriefungsverträge der K+S Kali GmbH

Die K+S Kali GmbH plant, eine Verbriefungstransaktion in Bezug auf von ihr generierte in EUR und US-Dollar denominierte Forderungen abzuschließen. In diesem Zusammenhang beabsichtigt die K+S Kali GmbH nach Maßgabe eines Rahmenkaufvertrags („**Rahmenkaufvertrag**“) zwischen der K+S Kali GmbH, der K+S AG und einer Zweckgesellschaft als Käuferin („**Käuferin**“) bestimmten Auswahlkriterien entsprechende Forderungen regresslos an die Käuferin zu verkaufen und zu übertragen. Die Käuferin soll den Ankauf der Forderungen über den Kapitalmarkt bzw. über Kreditlinien finanzieren. Die Käuferin soll unter dem Rahmenkaufvertrag nur dann zum Ankauf von Forderungen verpflichtet sein, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind (z. B. Refinanzierungsmöglichkeit).

Es ist vorgesehen, die Verbriefungstransaktion so zu strukturieren, dass die K+S Kali GmbH im Rahmen eines Inkassovertages („**Inkassovertag**“) bestimmte Dienstleistungen bezüglich der verkauften Forderungen zurückbehält. Insbesondere soll bei der K+S Kali GmbH als Bevollmächtigte der Käuferin der Einzug der verkauften Forderungen verbleiben. Das Volumen der Transaktion soll EUR 150 Mio. betragen. Es ist geplant, dass der Rahmenkaufvertrag am fünften Jahrestag nach seinem Abschlussdatum endet. Die Käuferin soll bei Vorliegen bestimmter Kündigungsgründe zur fristlosen Kündigung berechtigt sein. Ferner soll der K+S Kali GmbH ein ordentliches und unter bestimmten Voraussetzungen ein außerordentliches Kündigungsrecht zustehen. Es ist beabsichtigt, dass die K+S AG zusammen mit der K+S Kali GmbH gesamtschuldnerisch für die unter dem Rahmenkaufvertrag entstehenden Verpflichtungen sowie für die Vollständigkeit und Richtigkeit der von der K+S Kali GmbH abgegebenen Gewährleistungen haftet.

GESCHÄFTE UND RECHTSBEZIEHUNGEN MIT NAHESTEHENDEN PERSONEN

Nachfolgend werden die wesentlichen Geschäfte und Rechtsbeziehungen dargestellt, die zwischen der Gesellschaft bzw. anderen Gesellschaften der K+S Gruppe und nahestehenden Personen und Unternehmen in den Geschäftsjahren 2008, 2007 und 2006 sowie im Jahr 2009 bis einschließlich zum Zeitpunkt des Datums dieses Prospekts bestanden haben. Geschäftliche Beziehungen zwischen konsolidierten Gesellschaften der K+S Gruppe untereinander sind im Folgenden nicht dargestellt.

Als der K+S AG nahestehende Unternehmen und Personen gelten nach IAS 24:

- Gesellschaften der K+S Gruppe, die von der K+S AG beherrscht werden, an denen die Gesellschaft einen Anteil besitzt, der ihr einen maßgeblichen Einfluss gewährt oder an deren gemeinsamer Führung sie beteiligt ist;
- mit der K+S AG im Sinne von IAS 28 assoziierte Gesellschaften, die nicht von der K+S AG konsolidiert werden sowie Gemeinschaftsunternehmen, bei denen die Gesellschaft ein Partnerunternehmen ist;
- die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der K+S AG und deren nahe Familienangehörige sowie diejenigen Unternehmen, die von Vorstands- oder Aufsichtsratsmitgliedern der Gesellschaft bzw. deren nahen Familienangehörigen beherrscht werden, von diesen Personen maßgeblich beeinflusst werden oder an denen sie, direkt oder indirekt, einen wesentlichen Stimmrechtsanteil halten;
- die Aktionäre der K+S AG, deren Anteile einen maßgeblichen Einfluss auf die Gesellschaft gewähren sowie sämtliche Gesellschaften und Unternehmen, auf die solche Aktionäre einen beherrschenden Einfluss ausüben können und/oder an denen diese Aktionäre mehr als 50 % der Stimmrechte halten.

Die Geschäftsfelder der K+S Gruppe erbringen im Rahmen ihrer normalen Geschäftstätigkeit zahlreiche Leistungen auch für nahestehende Unternehmen. Umgekehrt erbringen die jeweiligen Konzernbeteiligungen im Rahmen ihres Geschäftszwecks auch Leistungen für die K+S Gruppe.

Die folgende Tabelle zeigt die Transaktionen der K+S Gruppe mit nicht konsolidierten Tochterunternehmen.

In TEUR	9M 2009	2008	2007	2006
Umsätze aus Lieferungen und Leistungen.....	36.515	45.874	37.737	46.452
Empfangene Lieferungen und Leistungen.....	15.262	26.563	22.293	21.555
Erträge aus Ausschüttungen und Gewinn- abführungen	2.802	2.276	1.289	1.885
Sonstige Erträge.....	668	797	1.020	769
Sonstige Aufwendungen	950	1.436	773	844

Die Umsätze aus Lieferungen und Leistungen resultieren im Wesentlichen aus Warenverkäufen von konsolidierten Gesellschaften an ausländische Vertriebsgesellschaften. Die empfangenen Lieferungen und Leistungen betreffen im Wesentlichen Sprengstofflieferungen einer inländischen Tochtergesellschaft sowie Provisionen, die von ausländischen Vertriebsgesellschaften in Rechnung gestellt wurden. Die Transaktionen zwischen der K+S AG mit nicht konsolidierten Tochterunternehmen seit dem 30. September 2009 bis zum Zeitpunkt des Datums dieses Prospekts entsprachen in Art und Umfang im Wesentlichen denen im 9M 2009.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die zu den Bilanzstichtagen 2008, 2007 und 2006 sowie 30. September 2009 jeweils ausstehende Salden mit nicht-konsolidierten Tochterunternehmen:

In TEUR	30.9.2009	2008	2007	2006
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	14.264	8.518	11.803	12.144
– davon aus Bankverkehr.....	81	–	–	683
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen.....	8.668	10.391	8.105	6.492
– davon aus Bankverkehr.....	6.030	6.731	5.129	3.539

Die jeweils ausstehenden Salden der K+S Gruppe mit nicht-konsolidierten Tochterunternehmen zum Zeitpunkt des Datums dieses Prospekts entsprachen im Wesentlichen dem Stand vom 30. September 2009.

Sämtliche Geschäfte und Rechtsbeziehungen zwischen der Gesellschaft bzw. anderen Gesellschaften der K+S Gruppe und den oben genannten nahestehenden Unternehmen werden zu Bedingungen wie unter fremden Dritten abgeschlossen.

Es gibt keine einzelnen Aktionäre der K+S AG mit maßgeblichem Einfluss auf die K+S Gruppe. Die Bezüge der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der K+S AG sind gesondert im Abschnitt „*Verwaltungs-, Management- und Aufsichtsorgane der K+S AG*“ dargestellt.

ALLGEMEINE ANGABEN ÜBER DIE K+S AG

Gründung, Firma und Handelsregistereintragung

Die K+S AG ist eine Aktiengesellschaft deutschen Rechts. Sie ist im Wege der der Übertragung des gesamten Vermögens der Kali und Salz Aktiengesellschaft auf die Salzdetfurth AG entstanden. Die Gesellschaft wurde zunächst in „Kali und Salz Aktiengesellschaft“ und später in „Kali und Salz Beteiligungs AG“ umbenannt. Seit dem 6. Juli 1999 firmiert die Gesellschaft unter der Firma „K+S Aktiengesellschaft“. Sie ist im Handelsregister des Amtsgerichts Kassel unter HRB 2669 eingetragen.

Die Salzdetfurth AG, eine der Vorgängergesellschaften der Gesellschaft, wurde aufgrund Gründungsurkunde vom 3.10.1889 als Aktiengesellschaft unter der Firma „Aktiengesellschaft für Bergbau und Tiefbohrung“ mit Sitz in Goslar gegründet. Sie wurde 1899 in die „Kaliwerke Salzdetfurth AG“ umbenannt und der Sitz nach Bad Salzdetfurth verlegt. 1946 erfolgte die Änderung der Firma in „Salzdetfurth AG“. Die Kali und Salz Aktiengesellschaft (alt) wurde aufgrund Gründungsurkunde vom 10. April 1956 als Gesellschaft mit beschränkter Haftung unter der Firma „Gesellschaft für Kali-Interessen mbH“ mit Sitz in Kassel gegründet und am 12.4.1956 im Handelsregister des Amtsgerichts Kassel unter HRB 1262 eingetragen. Die Gesellschaft für Kali-Interessen mbH wurde später in Kali und Salz GmbH umbenannt und 1971 aufgrund Gesellschafterbeschlusses vom 5. März 1971 in eine Aktiengesellschaft unter der Firma „Kali und Salz Aktiengesellschaft“ umgewandelt. Aufgrund der Hauptversammlungsbeschlüsse vom 13./19. Juli 1972 wurde das gesamte Vermögen der Kali und Salz Aktiengesellschaft (alt) ohne Liquidation auf die Salzdetfurth AG übertragen und diese dann in „Kali und Salz Aktiengesellschaft“ (neu) umbenannt sowie der Sitz nach Kassel verlegt. Die Umwandlung wurde am 7. August 1972 im Handelsregister des Amtsgerichts Kassel unter HRB 2045 eingetragen. Nachdem man die „Kali und Salz Aktiengesellschaft“ (neu) 1994 in die „Kali und Salz Beteiligungs Aktiengesellschaft“ umbenannt hatte, wurde die Firma schließlich 1999 in K+S Aktiengesellschaft geändert.

Unternehmenshistorie

- | | |
|-----------|---|
| 1889 | Gründung der „Aktiengesellschaft für Bergbau und Tiefbohrung“, die älteste Vorgängergesellschaft der heutigen K+S AG aus der später die „Salzdetfurth AG“ hervorgeht. |
| 1970/71 | Zusammenschluss der Kali- und Steinsalzwerke der Salzdetfurth AG und der Wintershall/Burbach-Gruppe in einer neuen Gesellschaft, der Kali und Salz GmbH mit BASF als Mehrheitsgesellschafter

Umwandlung der Kali und Salz GmbH in Kali und Salz AG |
| 1993 | Zusammenführung der Kali- und Steinsalzaktivitäten der Kali und Salz AG und der ostdeutschen Mitteldeutsche Kali AG in der Kali und Salz GmbH (Anteil der Kali und Salz AG: 51%) |
| 1994 | Umfirmierung der Kali und Salz AG in Kali und Salz Beteiligungs AG; Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit wird Steuerung der Beteiligungsaktivitäten (größte Beteiligungsaktivität ist Kali und Salz GmbH) |
| 1997 | BASF verringert ihren Anteil an der Kali und Salz Beteiligungs AG auf 49,5% |
| 1998 | Erwerb der restlichen Anteile (49%) an der Kali und Salz GmbH von der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben

Aufnahme der Aktien der K+S AG in den MDAX |
| 1999 | Änderung der Firma in „K+S Aktiengesellschaft“

Erwerb des Düngemittelspezialitätenanbieters COMPO; Gründung fertiva zur Steuerung der Felddüngeraktivitäten |
| 2000/2001 | Ausbau der Geschäftsbereiche COMPO und Salz durch weitere Akquisitionen |

2002	Ausgliederung der Geschäftsbereiche „Kali- und Magnesiumprodukte“ und „Salz“ aus der Kali und Salz GmbH in die Tochtergesellschaften K+S KALI GmbH und K+S Salz GmbH; Verschmelzung der Kali und Salz GmbH auf die K+S AG Gründung des Salzgemeinschaftsunternehmens esco (Anteil der K+S Gruppe am Joint Venture: 62%; Solvay: 38%)
2003	BASF SE verringert ihren Anteil an der K+S AG auf ca. 10 %
2004	Erwerb des 38 %-Anteils der Solvay S. A. an esco
2005	Kooperation zwischen COMPO und Syngenta im Bereich Pflanzenschutzprodukte
2006	Erwerb des chilenischen Salzproduzenten SPL
2008	Aufnahme der Aktien der K+S AG in den DAX
2009	Zusammenführung der Geschäftstätigkeit der fertiva und von Teilen des COMPO-Expert-Geschäfts zum 1. Juli 2009 in neuer Gesellschaft K+S Nitrogen Erwerb des nordamerikanischen Salzproduzenten Morton Salt; Vollzug des Vertrages am 1. Oktober 2009

Sitz, Name, Geschäftsjahr, Dauer und Unternehmensgegenstand

Die Gesellschaft hat ihren Sitz in der Bertha-von-Suttner-Straße 7, 34131 Kassel. Die Gesellschaft ist telefonisch erreichbar unter der Nummer +49 (0) 561 9301 0.

Der juristische Name der Gesellschaft lautet „K+S Aktiengesellschaft“, der kommerzielle Name der Gesellschaft ist „K+S“.

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft entspricht dem Kalenderjahr. Die Gesellschaft ist auf unbestimmte Zeit errichtet.

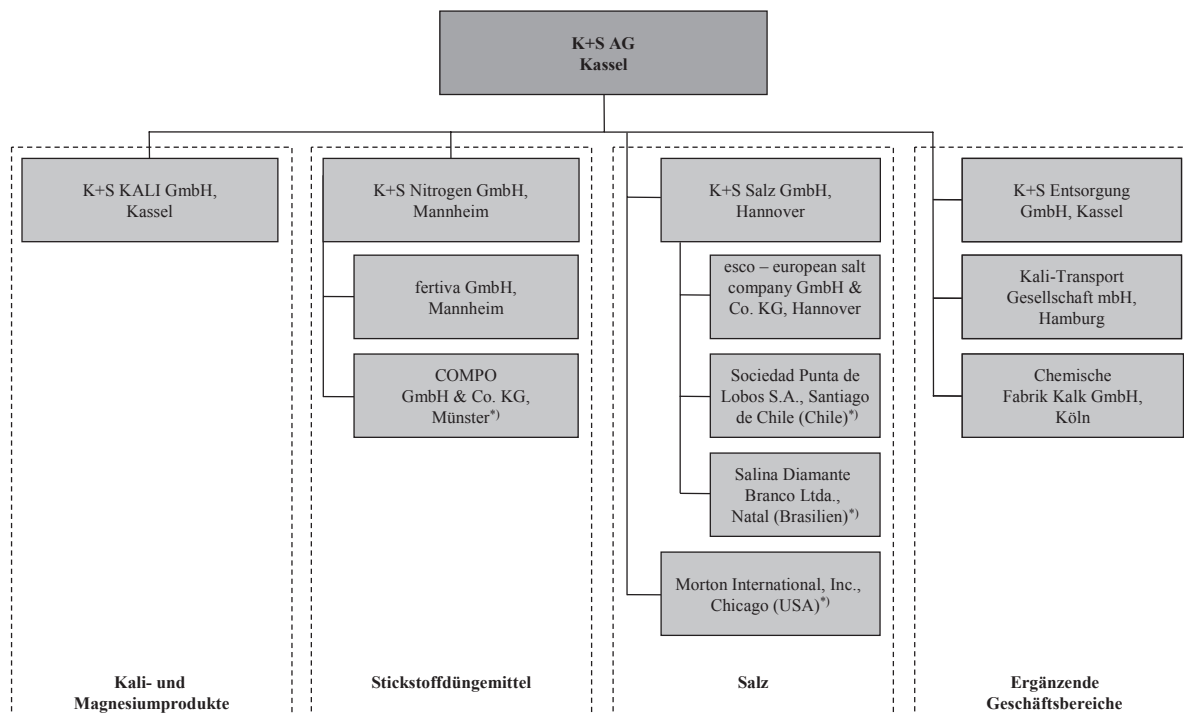
Gegenstand des Unternehmens der K+S AG ist gemäß § 2 ihrer Satzung die Gewinnung, Verarbeitung und der Vertrieb von Kali- und Steinsalzen sowie anderen Bodenschätzen und den hierbei anfallenden Haupt- und Nebenerzeugnissen sowie die Nutzung der durch den Bergbau entstandenen unterirdischen Hohlräume, die Verwertung und Beseitigung von Abfällen, die Herstellung und der Vertrieb von Mischdünger sowie chemischen Erzeugnissen aller Art und der Handel mit allen vorgenannten Bodenschätzen und Waren, die Verwaltung und Verwertung von Grundbesitz sowie die Vornahme aller damit zusammenhängenden Geschäfte und Maßnahmen, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig oder nützlich erscheinen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, im In- und Ausland Zweigniederlassungen zu errichten, sich an anderen Unternehmen zu beteiligen, solche Unternehmen zu pachten, zu erwerben und zu gründen.

Struktur der K+S Gruppe und wesentliche Beteiligungen

Die K+S AG ist die Obergesellschaft der K+S Gruppe, die über 133 Tochterunternehmen und Beteiligungsgesellschaften umfasst.

Die K+S Gruppe stellt sich gegenwärtig – stark vereinfacht – wie folgt dar:



*) Jeweils indirekt gehalten.

Nachfolgend sind die ungeprüften Finanzdaten per 30. September 2009 für die wesentlichen Tochtergesellschaften der K+S AG (ohne Morton Salt) dargestellt. Die Daten sind auf Grundlage der deutschen handelsrechtlichen Vorschriften (HGB) und nicht auf Grundlage der IFRS ermittelt worden.

COMPO GmbH & Co. KG

	Produktion und Vertrieb von Düngemitteln
Tätigkeitsbereich	
Beteiligungsquote der K+S AG	100,0%
Gezeichnetes Kapital zum 30. September 2009 (in TEUR)	2.000
Rücklagen per 30. September 2009 (in TEUR)	119.759
Kapitalrücklage	63.498
Gewinnrücklage	56.399
Ergebnis in 9M 2009 (vor Gewinnabführung) (in TEUR)	– 23.828
Buchwert der Anteile bei der K+S AG per 30. September 2009 (in TEUR)	160.757
Erträge/Aufwendungen der K+S AG aus der Beteiligung in 9M 2009 (in TEUR)	0
Verbindlichkeiten gegenüber der K+S AG per 30. September 2009 (in TEUR)	3.066
aus Lieferungen und Leistungen	140
aus Bankverkehr	2.926
Forderungen gegen die K+S AG per 30. September 2009 (in TEUR)	2
aus Lieferungen und Leistungen	2
aus Bankverkehr	0

fertiva GmbH

	Vertrieb von Düngemitteln
Tätigkeitsbereich	
Beteiligungsquote der K+S AG	100,0 %
Gezeichnetes Kapital zum 30. September 2009 (in TEUR)	1.500
Rücklagen per 30. September 2009 (in TEUR)	0
Kapitalrücklage	0
Gewinnrücklage	0
Ergebnis in 9M 2009 (vor Gewinnabführung) (in TEUR)	- 2.061
Buchwert der Anteile bei der K+S AG per 30. September 2009 (in TEUR)	1.512
Erträge/Aufwendungen der K+S AG aus der Beteiligung in 9M 2009 (in TEUR)	- 2.061
Verbindlichkeiten gegenüber der K+S AG per 30. September 2009 (in TEUR)	0
aus Lieferungen und Leistungen	0
aus Bankverkehr	0
Forderungen gegen die K+S AG per 30. September 2009 (in TEUR)	53.201
aus Lieferungen und Leistungen	0
aus Bankverkehr	53.201

K+S KALI GmbH

	Gewinnung, Verarbeitung und Vertrieb von Kalisalzen
Tätigkeitsbereich	
Beteiligungsquote der K+S AG	100,0 %
Gezeichnetes Kapital zum 30. September 2009 (in TEUR)	121.000
Rücklagen per 30. September 2009 (in TEUR)	312.760
Kapitalrücklage	262.760
Gewinnrücklage	50.000
Ergebnis in 9M 2009 (vor Gewinnabführung) (in TEUR)	210.786
Buchwert der Anteile bei der K+S AG per 30. September 2009 (in TEUR)	2.371
Erträge/Aufwendungen der K+S AG aus der Beteiligung in 9M 2009 (in TEUR)	210.786
Verbindlichkeiten gegenüber der K+S AG per 30. September 2009 (in TEUR)	509
aus Lieferungen und Leistungen	0
aus Bankverkehr	509
Forderungen gegen die K+S AG per 30. September 2009 (in TEUR)	152.329
aus Lieferungen und Leistungen	254
aus Bankverkehr	152.075

K+S Nitrogen GmbH

	Vertrieb von Düngemitteln
Tätigkeitsbereich	
Beteiligungsquote der K+S AG	100,0 %
Gezeichnetes Kapital zum 30. September 2009 (in TEUR)	5.001
Rücklagen per 30. September 2009 (in TEUR)	162.556
Kapitalrücklage	162.556
Gewinnrücklage	0
Ergebnis in 9M 2009 (vor Gewinnabführung) (in TEUR)	- 10.591
Buchwert der Anteile bei der K+S AG per 30. September 2009 (in TEUR)	167.557
Erträge/Aufwendungen der K+S AG aus der Beteiligung in 9M 2009 (in TEUR)	- 10.591
Verbindlichkeiten gegenüber der K+S AG per 30. September 2009 (in TEUR)	81.833
aus Lieferungen und Leistungen	525
aus Bankverkehr	81.308
Forderungen gegen die K+S AG per 30. September 2009 (in TEUR)	0
aus Lieferungen und Leistungen	0
aus Bankverkehr	0

K+S Salz GmbH

Tätigkeitsbereich	Holding
Beteiligungsquote der K+S AG	100,0 %
Gezeichnetes Kapital zum 30. September 2009 (in TEUR)	5.000
Rücklagen per 30. September 2009 (in TEUR)	311.679
Kapitalrücklage	311.679
Gewinnrücklage	0
Ergebnis in 9M 2009 (vor Gewinnabführung) (in TEUR)	- 2.257
Buchwert der Anteile bei der K+S AG per 30. September 2009 (in TEUR)	241.234
Erträge/Aufwendungen der K+S AG aus der Beteiligung in 9M 2009 (in TEUR)	- 2.257
Verbindlichkeiten gegenüber der K+S AG per 30. September 2009 (in TEUR)	2.341
aus Lieferungen und Leistungen	0
aus Bankverkehr	2.341
Forderungen gegen die K+S AG per 30. September 2009 (in TEUR)	0
aus Lieferungen und Leistungen	0
aus Bankverkehr	0

Zulassung zum Börsenhandel

Die Aktien der K+S AG (bzw. der Vorgängergesellschaften der K+S AG) sind seit dem 1. Januar 1948 zum Börsenhandel an der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassen. Mit Einführung des Teilbereichs des amtlichen Marktes (heute des Regulierten Marktes) mit weiteren Zulassungsfolgepflichten (Prime Standard) am 1. Januar 2003 ist das Grundkapital der K+S AG dort zum Handel zugelassen.

Die K+S AG wurde 1998 in den MDAX aufgenommen. Seit dem 22. September 2008 ist die K+S AG im Deutschen Aktienindex DAX der Frankfurter Wertpapierbörse gelistet. Darüber hinaus ist die K+S AG unter anderem in den folgenden Aktienindices gelistet: DJ STOXX 600, STOXX Total Market Index, MSCI World Standard, MSCI Europe Standard, MSCI Germany Standard, HDAX, CDAX Gesamtindex, Prime Allshare Index, Classic Allshare Index, Mid Cap Market Index, Prime Sector Chemicals, Industry Group Chemicals/Commodity, ECPI Ethical Index Global.

Bekanntmachungen, Zahl- und Anmeldestelle

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen satzungsgemäß im elektronischen Bundesanzeiger, soweit nicht das Gesetz zwingend etwas anderes bestimmt. Die börsenrechtlichen Veröffentlichungen erfolgen in einem überregionalen Pflichtblatt der Frankfurter Wertpapierbörse sowie, sofern nach der Börsenzulassungsverordnung erforderlich, in der Druckversion des Bundesanzeigers. Die Veröffentlichung des Prospekts, eventueller Nachträge zum Prospekt und des gemäß § 10 WpPG zu veröffentlichenden jährlichen Dokuments erfolgt gemäß § 14 Abs. 2 WpPG auf der Internetseite der Gesellschaft (<http://www.k-plus-s.com>). Gedruckte Exemplare des Prospekts sind bei der Gesellschaft, Bertha-von-Suttner-Straße 7, 34131 Kassel, und bei der Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Große Gallusstr. 10–14, 60311 Frankfurt am Main, erhältlich.

Zahl- und Anmeldestelle ist die Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Große Gallusstraße 10–14, 60311 Frankfurt am Main.

Designated Sponsor

Die Timber Hill Europe AG übernimmt bezüglich der Aktien der K+S AG die Funktion des Designated Sponsor für die Gesellschaft. Ein Designated Sponsor sorgt insbesondere für eine höhere Liquidität der Aktie, indem er verbindliche Preise für den An- und Verkauf der Aktien stellt.

ANGABEN ÜBER DAS KAPITAL DER K+S AG

Grundkapital und Aktien

Das Grundkapital beträgt EUR 165.000.000,00 und ist eingeteilt in 165.000.000 auf den Inhaber lautende Stückaktien, jeweils mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von EUR 1,00.

Der Anspruch der Aktionäre auf Verbriefung ihrer Aktien ist gemäß § 4 Abs. 1 Satz 2 der Satzung der Gesellschaft ausgeschlossen. Über die Form und den Inhalt der Aktienurkunden sowie der Gewinnanteils- und Erneuerungsscheine bestimmt der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats (§ 4 Abs. 3 der Satzung). Die bestehenden Aktien der Gesellschaft sind in Form von Globalurkunden ohne Gewinnanteilscheine bei der Clearstream Banking AG, Neue Börsenstraße 1, 60487 Frankfurt am Main hinterlegt. Beschränkungen der Übertragbarkeit der Aktien bestehen nicht.

Zum Datum dieses Prospekts hält die Gesellschaft keine eigenen Aktien und ihre Tochtergesellschaften halten derzeit keine Aktien der K+S AG.

Entwicklung des Aktienkapitals

Bei Gründung der ersten Vorgängergesellschaft im Jahre 1889, der Aktiengesellschaft für Bergbau und Tiefbohrung, verfügte das Unternehmen über ein Gründungskapital von 720.000 Reichsmark. Im Laufe der folgenden Jahre wurde das Grundkapital immer wieder erhöht. Nach Übertragung des gesamten Vermögens der Kali und Salz Aktiengesellschaft (alt) auf die Gesellschaft und deren Umfirmierung in Kali und Salz Aktiengesellschaft Mitte 1972 betrug das Grundkapital 232.112.500 Deutsche Mark. Nach einer Kapitalerhöhung im selben Jahr und einer weiteren 1999 sowie zwei Kapitalherabsetzungen durch Einziehung eigener Aktien in den folgenden Jahren wurde das Grundkapital der Gesellschaft schließlich mit Beschluss der Hauptversammlung vom 14. Mai 2008 nach den Vorschriften des Aktiengesetzes über die Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln (§§ 207 ff. AktG) von EUR 108,8 Mio. um EUR 56,2 Mio. auf EUR 165 Mio. erhöht. Dies erfolgte durch Umwandlung eines Betrags von EUR 56,2 Mio. aus anderen Gewinnrücklagen in das gezeichnete Kapital; eine Ausgabe neuer Aktien erfolgte nicht.

Im Anschluss daran wurde das Grundkapital der Gesellschaft in Höhe von EUR 165,0 Mio., eingeteilt in 41,25 Mio. auf den Inhaber lautende Stückaktien, durch einen Aktiensplit im Verhältnis 1:4 in 165,0 Mio. auf den Inhaber lautende Stückaktien neu eingeteilt. An die Stelle einer auf den Inhaber lautenden Stückaktie mit einem anteiligen Betrag am gezeichneten Kapital der Gesellschaft von EUR 4,00 traten im Wege des Aktiensplits vier auf den Inhaber lautende Stückaktien, auf die jeweils ein anteiliger Betrag des gezeichneten Kapital von EUR 1,00 entfällt. Der Aktiensplit wurde am 24. Juni 2008 in das Handelsregister des Amtsgerichts Kassel eingetragen. Die wertpapiertechnische Durchführung fand am 21. Juli 2008 statt.

Genehmigtes Kapital

Zur Erhaltung des bisher bestehenden Ermächtigungsvolumens wurde das mit Beschluss der Hauptversammlung vom 10. Mai 2006 bestehende genehmigte Kapital mit Beschluss der Hauptversammlung vom 14. Mai 2008 im Verhältnis der Erhöhung des Grundkapitals zum bisherigen Grundkapital erhöht. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der K+S AG bis zum 9. Mai 2011 gegen Bar- oder Sacheinlagen einmal oder mehrmals, insgesamt jedoch um höchstens EUR 82,5 Mio. durch Ausgabe von höchstens 82,5 Mio. neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien zu erhöhen („**Genehmigtes Kapital**“). Bei Durchführung der Kapitalerhöhung ist den Aktionären grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand kann mit Zustimmung des Aufsichtsrats das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre in den folgenden Fällen ausschließen, und zwar insgesamt bis zu einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von EUR 41,25 Mio. (entsprechend 41,25 Mio. Stückaktien):

- für Spitzenbeträge, die infolge des Bezugsrechts entstehen;
- bei Kapitalerhöhungen gegen Bareinlagen, wenn die Kapitalerhöhung 10% des Grundkapitals nicht übersteigt und der Ausgabebetrag für die neuen Aktien den maßgeblichen Börsenpreis nicht wesentlich unterschreitet; als maßgeblicher Börsenpreis gilt dabei der gewichtete Durchschnitt der Börsenpreise der Aktien im Computer-Handelssystem XETRA während der letzten zehn Börsentage vor Zeichnung der neuen Aktien;
- bei Kapitalerhöhungen gegen Sacheinlagen, wenn die neuen Aktien beim Erwerb eines Unternehmens oder einer Unternehmensbeteiligung als Gegenleistung eingesetzt werden sollen.

Der Vorstand ist ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten einer Kapitalerhöhung aus dem Genehmigten Kapital festzulegen.

Von der in diesem Prospekt beschriebenen Kapitalerhöhung abgesehen, hat die K+S AG zum Datum dieses Prospekts von der Möglichkeit einer Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital keinen Gebrauch gemacht.

Ermächtigung zum Erwerb und zur Veräußerung eigener Aktien

Die Hauptversammlung vom 13. Mai 2009 hat den Vorstand ermächtigt, bis zum 31. Oktober 2010 eigene Aktien der Gesellschaft über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots zu erwerben.

Im Falle des Erwerbs über die Börse darf der von der Gesellschaft gezahlte Kaufpreis je Aktie (ohne Erwerbsnebenkosten) den maßgeblichen Börsenpreis um nicht mehr als zehn Prozent über- oder unterschreiten; als maßgeblicher Börsenpreis gilt dabei der am Tag des Erwerbs durch die Eröffnungsauktion ermittelte Kurs der Aktie der Gesellschaft im Computer-Handelssystem XETRA (oder einem an dessen Stelle tretenden, funktional vergleichbaren Nachfolgesystem).

Im Falle des Erwerbs mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots darf der angebotene Kaufpreis je Aktie (ohne Erwerbsnebenkosten) den maßgeblichen Börsenpreis um nicht mehr als zehn Prozent über- oder unterschreiten; als maßgeblicher Börsenpreis gilt dabei der gewichtete Durchschnitt der Börsenpreise der Aktie der Gesellschaft im Computer-Handelssystem XETRA (oder einem an dessen Stelle tretenden, funktional vergleichbaren Nachfolgesystem) während der letzten zehn Börsentage vor der Veröffentlichung des Kaufangebots. Das Volumen des Angebots kann begrenzt werden. Sofern die gesamte Zeichnung des Angebots dieses Volumen überschreitet, muss die Annahme nach Quoten erfolgen. Eine bevorrechtigte Annahme geringer Stückzahlen bis zu 100 Stück angedienter Aktien je Aktionär kann vorgesehen werden. Aufgrund vorstehender Ermächtigung dürfen eigene Stückaktien im Umfang von höchstens zehn Prozent der gesamten Stückaktien des Grundkapitals für die Gesellschaft erworben werden. Die Gesellschaft darf zu keinem Zeitpunkt mehr als zehn Prozent der gesamten Stückaktien ihres Grundkapitals halten, weshalb auf die Zahl der maximal erwerbenden Stückaktien solche Stückaktien angerechnet werden, die die Gesellschaft bereits erworben hat und noch besitzt.

Der Vorstand ist ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die erworbenen eigenen Aktien über die Börse oder durch öffentliches Angebot an alle Aktionäre zu veräußern. Die Aktien dürfen in folgenden Fällen auch in anderer Weise, und damit unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre, veräußert werden:

- Veräußerung gegen Zahlung eines Geldbetrags je Aktie, der den maßgeblichen Börsenpreis nicht wesentlich unterschreitet; als maßgeblicher Börsenpreis gilt dabei der gewichtete Durchschnitt der Börsenpreise der Aktie der Gesellschaft im Computer-Handelssystem XETRA (oder einem an dessen Stelle tretenden, funktional vergleichbaren Nachfolgesystem) während der letzten zehn Börsentage vor der Veräußerung der Aktien.
- Begebung der Aktien als Gegenleistung zum Zwecke des Erwerbs von Unternehmen, Unternehmensteilen oder Beteiligungen an Unternehmen.

Weiterhin ist der Vorstand ermächtigt, die erworbenen eigenen Aktien mit Zustimmung des Aufsichtsrats ohne weiteren Hauptversammlungsbeschluss einzuziehen. Die Einziehung hat nach § 237 Abs. 3 Nr. 3 AktG ohne Kapitalherabsetzung in der Weise zu erfolgen, dass sich durch die Einziehung der Anteil der übrigen Stückaktien am Grundkapital gemäß § 8 Abs. 3 AktG erhöht. Der Vorstand wird gemäß § 237 Abs. 3 Nr. 3 zweiter Halbsatz AktG ermächtigt, die Angabe der Zahl der Aktien in der Satzung anzupassen.

Die Ermächtigungen zum Erwerb eigener Aktien, zu ihrer Veräußerung bzw. zu ihrem Einzug können jeweils ganz oder teilweise, im letzteren Fall auch mehrmals, ausgeübt werden.

Allgemeine Bestimmungen zur Veränderung des Aktienkapitals

Nach dem Aktiengesetz kann das Grundkapital einer Aktiengesellschaft durch einen Beschluss der Hauptversammlung erhöht werden, der mit einer Mehrheit von mindestens drei Viertel des bei der Beschlussfassung

vertretenen Grundkapitals gefasst wird, soweit nicht die Satzung der Aktiengesellschaft andere Mehrheitsanforderungen festlegt. Die Gesellschaft hat von dem Recht, eine geringere Kapitalmehrheit festzulegen, Gebrauch gemacht. Nach § 17 der Satzung der Gesellschaft fasst die Hauptversammlung der Gesellschaft ihre Beschlüsse mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen; in den Fällen, in denen das Aktiengesetz außerdem zur Beschlussfassung eine Mehrheit des vertretenen Grundkapitals vorschreibt, genügt, soweit dies gesetzlich zulässig ist, die einfache Mehrheit des vertretenen Kapitals.

Außerdem kann die Hauptversammlung ein genehmigtes Kapital schaffen. Die Schaffung von genehmigtem Kapital erfordert einen Beschluss mit der Mehrheit von drei Vierteln des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals, durch den der Vorstand ermächtigt wird, innerhalb eines Zeitraums von höchstens fünf Jahren das Grundkapital durch Ausgabe von Aktien gegen Einlagen bis zu einem bestimmten Nennbetrag zu erhöhen. Der Nennbetrag des genehmigten Kapitals darf die Hälfte des Grundkapitals, das zur Zeit der Ermächtigung vorhanden ist, nicht übersteigen.

Weiterhin kann die Hauptversammlung zum Zweck der Ausgabe von Aktien an Inhaber von Wandelschuldverschreibungen oder Inhaber von sonstigen Wertpapieren, die ein Umtauschrecht oder Recht zum Bezug von Aktien einräumen, von Aktien, die als Gegenleistung bei einem Zusammenschluss mit einem anderen Unternehmen dienen, oder von Aktien, die Führungskräften und Arbeitnehmern angeboten werden sollen, ein bedingtes Kapital schaffen, wobei jeweils ein Beschluss mit einer Mehrheit von drei Vierteln des vertretenen Grundkapitals erforderlich ist. Der Nennbetrag des bedingten Kapitals darf 10 % für den Fall, dass das bedingte Kapital zum Zweck der Ausgabe von Aktien an Führungskräfte und Arbeitnehmer geschaffen wird, in den übrigen Fällen die Hälfte des Grundkapitals, das zur Zeit der Beschlussfassung vorhanden ist, nicht übersteigen.

Ein Beschluss zur Herabsetzung des Grundkapitals erfordert eine Mehrheit von drei Viertel des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals.

Allgemeine Bestimmungen zu Bezugsrechten

Nach dem Aktiengesetz stehen jedem Aktionär grundsätzlich Bezugsrechte auf die im Rahmen einer Kapitalerhöhung neu auszugebenden Aktien zu (einschließlich Wandelschuldverschreibungen, Optionsanleihen, Genussrechten und Gewinnschuldverschreibungen). Die Bezugsrechte sind frei übertragbar. Während eines festgelegten Zeitraums vor Ablauf der Bezugsfrist kann es einen Handel des Bezugsrechts an einer oder mehreren deutschen Wertpapierbörsen geben. Die Hauptversammlung kann mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen und gleichzeitiger Mehrheit von mindestens drei Vierteln des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals die Bezugsrechte ausschließen. Bei einem Bezugsrechtsausschluss ist darüber hinaus ein Bericht des Vorstands erforderlich, der zur Begründung des Bezugsrechtsausschlusses darlegen muss, dass das Interesse der Gesellschaft am Ausschluss des Bezugsrechts das Interesse der Aktionäre an der Einräumung des Bezugsrechts überwiegt. Ein Ausschluss des Bezugsrechts bei Ausgabe neuer Aktien kann daneben zulässig sein, wenn die Gesellschaft das Kapital gegen Bareinlagen erhöht und der Betrag der Kapitalerhöhung 10 % des bestehenden Grundkapitals nicht übersteigt und der Ausgabepreis der neuen Aktien den Börsenpreis nicht wesentlich unterschreitet.

Das Bezugsrecht dient dazu, dem Aktionär die Aufrechterhaltung seiner bisherigen prozentualen Beteiligung am Grundkapital zu ermöglichen und seine Stimmkraft zu erhalten („Verwässerungsschutz“). Wird das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen, so ist stets die Schranke des § 255 Abs. 2 AktG zu beachten, d. h. der festgesetzte Ausgabebetrag der neuen Aktien darf nicht „unangemessen niedrig“ sein. Die neuen Aktien dürfen nur zu einem Kurs ausgegeben werden, der den Verlust der mitgliedschaftlichen Vermögenssubstanz des vom Bezugsrecht ausgeschlossenen Aktionärs vollständig kompensiert. Dabei muss sich der Ausgabebetrag der neuen Aktien stets am wirklichen Wert der Aktiengesellschaft orientieren.

Bei einer bedingten Kapitalerhöhung ist ein allgemeines Bezugsrecht der Aktionäre kraft Natur der Sache ausgeschlossen. Jedoch darf ein bedingtes Kapital grundsätzlich nur zur Gewährung von Umtausch- oder Bezugsrechten an Gläubiger von Wandelschuldverschreibungen, zur Vorbereitung des Zusammenschlusses mehrerer Unternehmen sowie zur Gewährung von Bezugsrechten an Arbeitnehmer und Mitglieder der Geschäftsführung der Gesellschaft oder eines verbundenen Unternehmens gewährt werden. Bei Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen steht den Aktionären grundsätzlich ein Bezugsrecht zu, sodass insofern die Aktionäre geschützt sind. Im Übrigen darf der Nennbetrag des bedingten Kapitals ohne Rücksicht auf den Verwendungszweck

zweck die Hälfte des Grundkapitals nicht übersteigen. Dient das bedingte Kapital der Gewährung von Bezugsrechten an einen bestimmten Adressatenkreis, darf der Nennbetrag 10 % des Grundkapitals nicht übersteigen.

Allgemeine Bestimmungen zur Liquidation der Gesellschaft und zur Beteiligung am Liquidationserlös

Neben dem Fall der Auflösung aufgrund eines Insolvenzverfahrens kann die Gesellschaft nur durch einen Beschluss der Hauptversammlung, der einer Mehrheit von drei Vierteln des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals bedarf, aufgelöst werden. In diesem Fall wird das nach Begleichung sämtlicher Verbindlichkeiten der Gesellschaft verbleibende Vermögen entsprechend den Vorgaben des Aktiengesetzes unter den Aktionären nach ihrem Anteil am Grundkapital verteilt. Dabei sind insbesondere bestimmte Vorschriften des Gläubigerschutzes zu beachten.

Ausschluss von Minderheitsaktionären

Nach den Vorschriften der §§ 327a ff. AktG zum Ausschluss von Minderheitsaktionären (sogenannter „Squeeze-out“) kann die Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft auf Verlangen eines Aktionärs, dem Aktien der Gesellschaft in Höhe von 95 % des Grundkapitals (Hauptaktionär) gehören, die Übertragung der Aktien der übrigen Aktionäre auf den Hauptaktionär gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung beschließen. Die Höhe der den Minderheitsaktionären zu gewährenden Barabfindung muss dabei „die Verhältnisse der Gesellschaft“ im Zeitpunkt der Beschlussfassung der Hauptversammlung berücksichtigen. Maßgeblich für die Abfindungshöhe ist der volle Wert des Unternehmens, der in der Regel im Wege der Ertragswertmethode festgestellt wird.

Nach den Vorschriften der §§ 319 ff. AktG über die sogenannte Eingliederung kann die Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft die Eingliederung in eine andere Aktiengesellschaft mit Sitz in Deutschland beschließen, wenn die künftige Hauptgesellschaft 95 % der Aktien der einzugliedernden Gesellschaft hält. Die ausgeschiedenen Aktionäre der eingegliederten Gesellschaft haben Anspruch auf eine angemessene Abfindung, die grundsätzlich in Form von Aktien der Hauptgesellschaft zu gewähren ist. Die Höhe der Abfindung ist dabei durch die sogenannte Verschmelzungswertrelation zwischen beiden Gesellschaften zu ermitteln, d. h. des Umtauschverhältnisses, das im Falle der Verschmelzung beider Gesellschaften als angemessen anzusehen wäre.

Nach den Vorschriften der §§ 39a ff. Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz („WpÜG“), kann im Zuge eines öffentlichen Übernahme- oder Pflichtangebots der Bieter, dem Aktien der Zielgesellschaft in Höhe von mindestens 95 % des stimmberechtigten Grundkapitals der Zielgesellschaft gehören, beantragen, dass durch Gerichtsbeschluss die übrigen stimmberechtigten Aktien gegen Gewährung einer angemessenen Abfindung auf ihn übertragen werden. Gehören dem Bieter zugleich Aktien in Höhe von 95 % des Grundkapitals der Zielgesellschaft, sind ihm auf Antrag auch die übrigen Vorzugsaktien ohne Stimmrecht zu übertragen. Die Art der Abfindung hat der Gegenleistung des Übernahme- oder Pflichtangebots zu entsprechen. Wahlweise ist eine Geldleistung anzubieten. Die im Rahmen des Übernahme- oder Pflichtangebots gewährte Gegenleistung ist als angemessene Abfindung anzusehen, wenn der Bieter auf Grund des Angebots Aktien in Höhe von mindestens 90 % des vom Angebot betroffenen Grundkapitals erworben hat. Ferner können nach einem Übernahme- oder Pflichtangebot die Aktionäre einer Zielgesellschaft, die das Angebot nicht angenommen haben, dieses innerhalb von drei Monaten nach Ablauf der Annahmefrist annehmen (sog. „Sell-Out“), sofern der Bieter berechtigt ist, einen Antrag auf Übertragung der ausstehenden stimmberechtigten Aktien nach § 39a WpÜG zu stellen (§ 39c WpÜG).

Melde- und Anzeigepflichten für Anteilsbesitz

Auf Grund der Zulassung der Aktien der Gesellschaft zum Börsenhandel im Regulierten Markt an der Frankfurter Wertpapierbörse unterliegt die K+S AG als börsennotierte Gesellschaft den Bestimmungen über Mitteilungspflichten nach dem Wertpapierhandelsgesetz.

Das Wertpapierhandelsgesetz bestimmt, dass jede Person, die durch Erwerb, Veräußerung oder auf sonstige Weise 3 %, 5 %, 10 %, 15 %, 20 %, 25 %, 30 %, 50 % oder 75 % der Stimmrechte an einem Emittenten, für den die

Bundesrepublik Deutschland der Herkunftsstaat ist und dessen Aktien zum Handel an einem organisierten Markt zugelassen sind, erreicht, über- oder unterschreitet, dem Emittenten und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von vier Handelstagen, das Erreichen, Über- oder Unterschreiten der genannten Schwellenwerte sowie die Höhe ihres Stimmrechtsanteils unter Angabe ihrer Anschrift und des Tages des Erreichens, Über- oder Unterschreitens schriftlich oder mittels Telefax in deutscher oder englischer Sprache (§ 18 Wertpapierhandelsanzeige- und Insiderverzeichnisverordnung (WpAIV)) mitzuteilen hat (§ 21 WpHG). Die K+S AG – als Inlandsemittent – muss diese Mitteilung unverzüglich, spätestens vier Handelstage nach Zugang der Mitteilung, zur Veröffentlichung den Medien zuleiten, einschließlich solcher, bei denen davon ausgegangen werden kann, dass sie die Information in der gesamten Europäischen Union und in den übrigen Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum verbreiten, sowie die Veröffentlichung der BaFin und dem elektronischen Unternehmensregister zur Speicherung übermitteln. Von der Meldepflicht gibt es Ausnahmen für Handelsaktivitäten von Wertpapierdienstleistungsunternehmen bis zu 5% Stimmenanteil, Aktien, die ausschließlich zum Zwecke der Abrechnung und Abwicklung oder zur Verwahrung für einen kurzen Zeitraum gehalten werden sowie den Erwerb und die Veräußerung im Rahmen des Market Making.

In Verbindung mit den Mitteilungspflichten enthält das Wertpapierhandelsgesetz verschiedene Regeln, die eine Zuordnung des Aktienbesitzes zu der Person sicherstellen sollen, die tatsächlich die mit den Aktien verbundenen Stimmrechte kontrolliert. Beispielsweise werden einem Meldepflichtigen Aktien, die einem Dritten gehören, zugerechnet, wenn der Meldepflichtige den Dritten kontrolliert, ebenso Aktien, die von einem Dritten für Rechnung des Meldepflichtigen oder eines von diesem kontrollierten Unternehmens gehalten werden.

Unterbleibt die Mitteilung oder wird eine falsche Mitteilung abgegeben, ist der Aktionär bei vorsätzlicher Nichterfüllung der Meldepflicht für die Dauer des Versäumnisses von der Ausübung der mit diesen Aktien verbundenen Vermögensrechte, sofern die Höhe des Stimmrechtsanteils betroffen ist, bei vorsätzlicher oder grob fahrlässiger Verletzung der Mitteilungspflichten, grundsätzlich bis sechs Monate nach Nachholung der erforderlichen Mitteilung von der Ausübung der mit seinen Aktien verbundenen Verwaltungsrechte (Stimmrechte) ausgeschlossen. Außerdem kann bei Nichteinhaltung der Mitteilungspflicht eine Geldbuße verhängt werden.

Zusätzlich trifft eine Meldepflicht – mit Ausnahme der 3% Schwelle – diejenigen Personen, die unmittelbar oder mittelbar Finanzinstrumente halten, die ihnen das Recht verleihen, einseitig im Rahmen einer rechtlich bindenden Vereinbarung mit Stimmrechten verbundene und bereits ausgegebene Aktien eines Emittenten, für den die Bundesrepublik Deutschland der Herkunftsstaat ist, zu erwerben (§ 25 WpHG). Dabei findet eine Zusammenrechnung mit den Beteiligungen nach §§ 21, 22 WpHG (Stimmrechtsbeteiligungen) statt.

Außerdem muss ein Aktionär, der die Schwelle von 10% der Stimmrechte aus Aktien oder eine höhere Schwelle erreicht hat oder überschreitet, dem Emittenten die mit dem Erwerb der Stimmrechte verfolgten Ziele und die Herkunft der für den Erwerb verwendeten Mittel innerhalb von 20 Handelstagen nach Erreichen oder Überschreiten dieser Schwellen mitteilen (§ 27a WpHG). Der Emittent hat die erhaltene Information oder die Tatsache, dass diese Mitteilungspflicht für Inhaber wesentlicher Beteiligungen nicht erfüllt wurde, in der oben erläuterten Form und spätestens drei Handelstage nach Zugang der Mitteilung zu veröffentlichen. Die Satzung des Emittenten kann vorsehen, dass die Mitteilungspflicht des Aktionärs nicht besteht.

Des Weiteren ist nach dem WpÜG jeder, dessen Stimmrechtsanteil 30% der stimmberechtigten Aktien der K+S AG erreicht oder übersteigt, verpflichtet, diese Tatsache, einschließlich des Prozentsatzes seiner Stimmrechte, innerhalb von sieben Kalendertagen in mindestens einem überregionalen Börsenpflichtblatt oder mittels eines elektronisch betriebenen Informationsverbreitungssystems für Finanzinformationen zu veröffentlichen und anschließend, sofern keine Befreiung von dieser Verpflichtung erteilt wurde, ein an alle Aktionäre der K+S AG gerichtetes öffentliches Pflichtangebot zu unterbreiten.

Offenlegung von Geschäften von Personen, die bei einer börsennotierten Aktiengesellschaft Führungsaufgaben wahrnehmen

Nach dem Wertpapierhandelsgesetz haben Personen, die bei einer börsennotierten Aktiengesellschaft Führungsaufgaben wahrnehmen („**Führungspersonen**“), eigene Geschäfte mit Aktien der Aktiengesellschaft oder sich darauf beziehenden Finanzinstrumenten, insbesondere Derivaten, der Aktiengesellschaft und der BaFin innerhalb von fünf Werktagen mitzuteilen. Dies gilt auch für Personen, die mit Führungspersonen in einer

engen Beziehung stehen. Ein Inlandsemittent hat sodann die erhaltene Mitteilung unverzüglich zu veröffentlichen und die Veröffentlichung der BaFin sowie dem elektronischen Unternehmensregister zu übersenden.

Die Mitteilungspflicht besteht nicht, solange die Gesamtsumme der Geschäfte einer Führungsperson und der mit dieser Person in einer engen Beziehung stehenden Personen insgesamt einen Betrag von EUR 5.000 innerhalb eines Kalenderjahres nicht erreicht.

Führungspersonen sind persönlich haftende Gesellschafter oder Mitglieder eines Leitungs-, Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans der Aktiengesellschaft und sonstige Personen, die regelmäßig Zugang zu Insiderinformationen haben und zu wesentlichen unternehmerischen Entscheidungen ermächtigt sind.

Folgende Personen stehen mit einer Führungsperson in einer engen Beziehung: Ehepartner, eingetragene Lebenspartner, unterhaltsberechtignte Kinder und andere Verwandte, die zum Zeitpunkt des meldepflichtigen Geschäfts seit mindestens einem Jahr mit der Führungsperson im selben Haushalt leben. Ebenfalls der Meldepflicht unterliegen juristische Personen, bei denen die vorgenannten Personen Leitungsaufgaben wahrnehmen.

Bei schuldhafter Nichteinhaltung der Mitteilungspflicht kann eine gesetzlich vorgesehene Geldbuße verhängt werden.

VERWALTUNGS-, MANAGEMENT- UND AUFSICHTSORGANE DER K+S AG

Überblick

Organe der Gesellschaft sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Hauptversammlung. Die Kompetenzen dieser Organe sind im Aktiengesetz, in der Satzung und den Geschäftsordnungen für Vorstand und Aufsichtsrat geregelt.

Der Vorstand leitet die Gesellschaft unter eigener Verantwortung nach Maßgabe der Gesetze, der Satzung und der Geschäftsordnungen für den Vorstand sowie unter Berücksichtigung der Beschlüsse der Hauptversammlung. Der Vorstand vertritt die Gesellschaft gegenüber Dritten. Der Vorstand hat nach § 91 Abs. 2 AktG geeignete Maßnahmen zu treffen, insbesondere ein Überwachungssystem einzurichten, damit den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen früh erkannt werden. Der Vorstand ist gegenüber dem Aufsichtsrat berichtspflichtig. Insbesondere ist der Vorstand verpflichtet, dem Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über die Unternehmensstrategie, alle für das Unternehmen relevanten Fragen der Planung, die Geschäftsentwicklung, die Chancen- und Risikolage, das Risikomanagement, wesentliche Veränderungen der Unternehmensorganisation, die Änderung seines Geschäftsverteilungsplanes und bedeutsame Einzelereignisse zu berichten. Außerdem ist dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats aus sonstigen wichtigen Anlässen zu berichten; als wichtiger Anlass ist auch ein dem Vorstand bekannt gewordener Vorgang bei einem verbundenen Unternehmen anzusehen, der für die Lage der Gesellschaft von erheblichem Einfluss sein kann. Der Aufsichtsrat kann zudem jederzeit einen Bericht über die Angelegenheiten der Gesellschaft verlangen.

Der Aufsichtsrat bestellt die Vorstandsmitglieder und ist berechtigt, diese aus wichtigem Grund abzurufen. Die gleichzeitige Mitgliedschaft in Vorstand und Aufsichtsrat ist nicht zulässig. Der Aufsichtsrat berät den Vorstand bei der Leitung der Gesellschaft und überwacht dessen Geschäftsführung. Maßnahmen der Geschäftsführung können dem Aufsichtsrat nicht übertragen werden. Nach der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat muss der Vorstand für bestimmte Geschäfte jedoch die Zustimmung des Aufsichtsrats einholen.

Den Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats obliegen Treue- und Sorgfaltspflichten gegenüber der Gesellschaft. Dabei ist von den Mitgliedern dieser Organe ein weites Spektrum von Interessen, insbesondere der Gesellschaft, ihrer Aktionäre, ihrer Mitarbeiter und ihrer Gläubiger zu beachten. Der Vorstand muss insbesondere die Rechte der Aktionäre auf Gleichbehandlung und gleichmäßige Information berücksichtigen. Verstößen die Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglieder schuldhaft gegen ihre Pflichten, so haften sie gegenüber der Gesellschaft gesamtschuldnerisch auf Schadensersatz.

Nach deutschem Aktienrecht ist es einzelnen Aktionären, wie jeder anderen Person, untersagt, ihren Einfluss auf die Gesellschaft dazu zu benutzen, ein Mitglied des Vorstands oder des Aufsichtsrats zu einer für die Gesellschaft schädlichen Handlung zu bestimmen. Wer vorsätzlich unter Nutzung seines Einflusses auf die Gesellschaft ein Mitglied des Vorstands oder des Aufsichtsrats, einen Prokuristen oder einen Handlungsbevollmächtigten dazu bestimmt, zum Schaden der Gesellschaft oder ihrer Aktionäre zu handeln, ist der Gesellschaft zum Ersatz des ihr daraus entstehenden Schadens verpflichtet. Daneben haften die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats gesamtschuldnerisch, wenn sie unter Verletzung ihrer Pflichten gehandelt haben und infolgedessen der Gesellschaft ein Schaden entstanden ist.

Ein Aktionär hat grundsätzlich keine Möglichkeit, gegen Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats vor Gericht zu klagen, wenn er der Auffassung ist, dass diese ihre Pflichten gegenüber der Gesellschaft verletzt haben und infolgedessen der Gesellschaft ein Schaden entstanden ist. Schadensersatzansprüche der Gesellschaft gegen die Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats können in der Regel nur von der Gesellschaft selbst durchgesetzt werden, wobei diese bei Ansprüchen gegen Aufsichtsratsmitglieder vom Vorstand und bei Ansprüchen gegen Vorstandsmitglieder vom Aufsichtsrat vertreten wird. Nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs ist der Aufsichtsrat verpflichtet, voraussichtlich durchsetzbare Schadensersatzansprüche gegen Vorstandsmitglieder geltend zu machen, es sei denn, gewichtige Gründe des Gesellschaftswohls sprechen gegen eine Geltendmachung und diese Gründe überwiegen oder sind zumindest gleichwertig mit den Gründen, die für eine Geltendmachung sprechen. Entscheidet sich das jeweilige vertretungsberechtigte Organ gegen eine Anspruchsverfolgung, müssen Ersatzansprüche der Gesellschaft gegen Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats geltend gemacht werden, wenn die Hauptversammlung dies mit einfacher Stimmenmehrheit beschließt, wobei die Hauptversammlung zur Geltendmachung der Ansprüche einen besonderen Vertreter bestellen kann. Eine Minderheit von Aktionären, deren Anteile zusammen den zehnten Teil des Grundkapitals oder einen anteiligen Betrag von EUR 1.000.000 erreichen, kann auch die gerichtliche Bestel-

lung eines besonderen Vertreters zur Geltendmachung des Ersatzanspruchs beantragen, der im Falle seiner Bestellung anstelle der Organe der Gesellschaft hierfür zuständig wird. Liegen Tatsachen vor, die den Verdacht rechtfertigen, dass der Gesellschaft durch Unredlichkeiten oder grobe Verletzungen des Gesetzes oder der Satzung Schaden entstanden ist, besteht darüber hinaus für Aktionäre, deren Anteile zusammen 1% des Grundkapitals oder den anteiligen Betrag von EUR 100.000 erreichen, die Möglichkeit, unter bestimmten Voraussetzungen vom zuständigen Gericht zur Geltendmachung von Ersatzansprüchen der Gesellschaft gegen Organmitglieder im eigenen Namen zugelassen zu werden. Eine solche Klage wird unzulässig, wenn die Gesellschaft selbst Schadensersatzklage erhebt.

Die Gesellschaft kann erst drei Jahre nach der Entstehung eines Anspruchs und nur dann auf Ersatzansprüche gegen Organmitglieder verzichten oder sich über sie vergleichen, wenn die Aktionäre dies in der Hauptversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit beschließen und nicht eine Minderheit von Aktionären, deren Anteile zusammen den zehnten Teil des Grundkapitals erreichen, zur Niederschrift Widerspruch erhebt.

Vorstand

Überblick

Der Vorstand der Gesellschaft besteht gemäß § 5 Abs. 1 der Satzung der Gesellschaft aus mindestens zwei Mitgliedern. Die genaue Anzahl der Mitglieder wird vom Aufsichtsrat festgelegt. Gegenwärtig hat der Vorstand fünf Mitglieder. Dies sind Norbert Steiner (Vorstandsvorsitzender), Joachim Felker, Gerd Grimmig, Dr. Thomas Nöcker und Jan Peter Nonnenkamp.

Gemäß § 5 Abs. 3 der Satzung der Gesellschaft werden die Beschlüsse des Vorstands mit Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit nicht das Gesetz zwingend eine größere Stimmenmehrheit vorschreibt. Sofern Beschlüsse mit einfacher Mehrheit zu fassen sind, gibt bei Stimmengleichheit die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag, wenn der Vorstand aus mehr als zwei Personen besteht. Der Aufsichtsrat hat am 1. Juni 2009 die Geschäftsordnung für den Vorstand neu gefasst. Danach ist jedes Vorstandsmitglied für die Erfüllung der seinem Ressort zugeordneten Aufgaben allein zuständig und verantwortlich. Über Angelegenheiten von ressortübergreifender Bedeutung sind die betroffenen Vorstandsmitglieder zu informieren; Maßnahmen, die auch andere Ressorts berühren oder in ihrer Tragweite vom üblichen Tagesgeschäft abweichen, sind mit den anderen Vorstandsmitgliedern abzustimmen. Solche Angelegenheiten sollen möglichst in Sitzungen besprochen und Maßnahmen gegebenenfalls dort beschlossen werden; über wichtige personelle und strukturorganisatorische Maßnahmen sowie Geschäfte und Maßnahmen, die der Zustimmung des Aufsichtsrats bedürfen, ist stets eine Abstimmung bzw. Beschlussfassung herbeizuführen.

Gemäß § 6 der Satzung der Gesellschaft wird die Gesellschaft durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied gemeinschaftlich mit einem Prokuristen vertreten.

Nach § 12 der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats vom 26. August 2009 bedarf der Vorstand zur Vornahme der folgenden Geschäfte durch die Gesellschaft der Zustimmung des Aufsichtsrats, wenn sie über den Rahmen des normalen laufenden Geschäftsbetriebs hinausgehen und für die Gesellschaft von überragender wirtschaftlicher Bedeutung sind:

- Erwerb, Veräußerung oder Belastung von Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Rechten an Grundstücken, soweit der Wert EUR 3 Mio. im Einzelfall übersteigt,
- Emission von Anleihen und Aufnahme langfristiger Kredite durch Schuldscheindarlehen,
- Abschluss von Devisen- / Termingeschäften ohne gleichzeitiges Vorliegen fest abgeschlossener Lieferverträge,
- Gewährung von Darlehen und sonstigen Krediten,
- Übernahme von Bürgschaften,
- Aufnahme neuer und Aufgabe vorhandener Produktions- und Tätigkeitsgebiete,
- Betriebsstillegungen,
- Erwerb und Aufgabe von Beteiligungen an anderen Unternehmen, sofern es sich nicht handelt um

- o eine Umschichtung innerhalb der Unternehmensgruppe,
- o eine Vertriebsgesellschaft für den Verkauf von Produkten der Unternehmensgruppe, wenn deren Gesellschaftskapital den Betrag von EUR 1 Mio. nicht übersteigt oder
- o eine andere Gesellschaft, deren auf die Gesellschaft entfallender Erwerbs- oder Verkaufspreis EUR 3 Mio. nicht übersteigt.
- Gesamtvolumen der im Folgejahr durchzuführenden Investitionsprojekte einschließlich solcher in Forschung und Entwicklung.

Mitglieder des Vorstands

Der Vorstand der Gesellschaft besteht gegenwärtig aus fünf Mitgliedern. Die Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft sowie deren jeweilige Ressortzuständigkeit sind in der folgenden Übersicht aufgeführt.

Name	Mitglied seit	Bestellt bis	Zuständigkeit
Norbert Steiner (Vorstandsvorsitzender)	12. Mai 2000	11. Mai 2015	Leitung und Koordination des Vorstands Federführung bei der Festlegung der Unternehmensziele Koordination wesentlicher Maßnahmen (u. a. Personal, Organisation, Investition) zur Erreichung der Unternehmensziele Geschäftsbereich Salz Investor Relations Unternehmensentwicklung und Controlling Recht / Compliance Kommunikation und Medien Oberer Führungskreis / Internationale HR-Koordination
Joachim Felker	1. Oktober 2005	30. September 2010	Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte Geschäftsbereich Stickstoffdüngemittel
Gerd Grimmig	01. Oktober 2000	30. September 2010	Entsorgung und Recycling Consulting Tierhygieneprodukte MSW Chemie Technik / Energie Forschung und Entwicklung Bergbau und Geologie Umwelt Inaktive Werke
Dr. Thomas Nöcker	01. August 2003	31. Juli 2011	Geschäftsbereich Logistik (KTG) Geschäftsbereich Handelsgeschäfte (CFK) Personal IT-Services Immobilienmanagement Wissensmanagement Medizinischer Dienst Organisations- und Projektmanagement
Jan Peter Nonnenkamp	01. Juni 2009	31. Mai 2012	Finanzen und Rechnungswesen Steuern Revision Einkauf, Material- und Lagerwirtschaft Versicherungen

Nachfolgend werden die Kurzlebensläufe der aktuellen Vorstandsmitglieder der Gesellschaft dargestellt:

Norbert Steiner wurde 1954 in Siegen (Nordrhein-Westfalen) geboren. 1980 schloss er das Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Heidelberg ab. Im Anschluss daran absolvierte er sein Referendariat im Bezirk des Oberlandesgerichts Karlsruhe. 1983 nahm er seine Berufstätigkeit in der Zentralabteilung Steuern und Zölle bei der BASF auf. Ab dem Jahr 1988 leitete Norbert Steiner dort die Unterabteilung Zölle und Verbrauchssteuern. Im Jahr 1993 wechselte er zur K+S AG und wurde dort Leiter des Bereichs Recht, Steuern und Versicherungen. Am 12. Mai 2000 wurde Norbert Steiner Mitglied des Vorstands der K+S AG und im Januar

2006 stellvertretender Vorsitzender des Vorstands. Am 1. Juli 2007 übernahm Norbert Steiner den Vorstandsvorsitz der K+S AG. Norbert Steiner ist verheiratet und hat zwei Söhne.

Joachim Felker wurde 1952 in Bad Godesberg (Nordrhein-Westfalen) geboren. Nach seinem Abitur im Jahr 1974 absolvierte er eine Ausbildung zum Industriekaufmann bei der BASF in Ludwigshafen und arbeitete dort als Wirtschaftsassistent. Von 1980 bis 1985 war er als Division Manager Farbstoffe und Spezialprodukte bei der P. T. Tigaraksa in Jakarta, Indonesien, tätig. Im Anschluss arbeitete er vier Jahre als Division Manager und Deputy Managing Director bei der BASF Ltd. Thailand. Von 1989 bis 1992 war er bei der BASF im Bereich Lacke und Farben für Marketing Autoreparaturlacke und anschließend in verschiedenen Positionen der BASF tätig, zuletzt als Abteilungsdirektor des Bereichs Düngemittel. Im Jahr 2000 wechselte Joachim Felker zur K+S Gruppe, wo er zunächst die Geschäftsführung der fertiva GmbH, Mannheim, übernahm. Von August 2003 bis Dezember 2006 war er Mitglied der Geschäftsführung der K+S KALI GmbH und seit 1. Oktober 2005 ist er Mitglied des Vorstands der K+S AG. Joachim Felker ist verheiratet und hat eine Tochter.

Gerd Grimmig wurde 1953 in Freden (Niedersachsen) geboren. Das Bergbaustudium an der TU Clausthal schloss er 1981 als Diplom-Bergingenieur ab. Ab dem Jahr 1982 war Gerd Grimmig in den Grubenbetrieben verschiedener Werke und im Bereich Bergbau der Hauptverwaltung der Kali und Salz AG (heute K+S AG) tätig. Von 1990 bis 1994 leitete er als Werksleiter den Bereich Bergbau im Werk Niedersachsen-Riedel in Hänigsen bei Hannover. Im Anschluss daran übernahm er die Werksleitung im Bereich Bergbau des Werkes Zielitz in Sachsen-Anhalt. Von Januar 1997 bis September 2001 war Gerd Grimmig Geschäftsführer der Kali und Salz GmbH und zuständig für das Ressort Bergbau. Seit 1. Oktober 2000 ist er Mitglied des Vorstands der K+S AG. Gerd Grimmig ist verheiratet und hat zwei Töchter.

Dr. Thomas Nöcker wurde 1958 in Neukirchen-Vluyn (Nordrhein-Westfalen) geboren. Nach seinem Studium der Rechtswissenschaften und anschließender Promotion in Münster absolvierte er seine Referendarzeit unter anderem in Düsseldorf und Montreal, Kanada. 1991 nahm er seine Tätigkeit bei der RAG Aktiengesellschaft auf, für die er in verschiedenen Funktionen tätig war. Zuletzt verantwortete er bis 1998 als Leiter den Zentralbereich Zentralstab. Im Anschluss daran wurde er 1998 zum Mitglied des Vorstands der RAG Saarberg AG berufen und war dort für die Bereiche Personal, Recht sowie IT-Management/Organisation zuständig. Seit 1. August 2003 ist Dr. Thomas Nöcker Mitglied des Vorstands der K+S AG.

Jan Peter Nonnenkamp wurde 1963 in Bremen geboren. Nach Beendigung seiner Ausbildung zum Bankkaufmann schloss er 1990 ein Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Privaten Universität Witten/Herdecke als Diplom-Ökonom ab. Anschließend war er in Unternehmen der Konsum- und Investitionsgüter-Industrie, u. a. bei der Fielmann AG sowie der Leopold Kostal GmbH & Co. KG, in verschiedenen Finanzfunktionen tätig. Zuletzt verantwortete er seit 2004 als Vorstandsmitglied bei Knorr-Bremse AG die Bereiche Finanzen, Bilanzierung und Steuern. Seit 1. Juni 2009 ist er als Mitglied des Vorstands der K+S AG verantwortlich für die Bereiche Finanzen, Einkauf, Revision, Steuern und Versicherungen. Jan Peter Nonnenkamp ist verheiratet und hat drei Kinder.

Die Mitglieder des Vorstands sind unter der Adresse der Gesellschaft erreichbar.

In der folgenden Tabelle sind die aktuellen sowie früheren Mandate der Mitglieder des Vorstands in den Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorganen sowie sämtliche Mandate in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien und Partnerstellungen in Unternehmen und Gesellschaften während der letzten fünf Jahre mit Ausnahme der Tochtergesellschaften der K+S Gruppe dargestellt.

Norbert Steiner	<i>Aktuelle Mandate:</i> E.ON Mitte AG, Kassel (Mitglied des Aufsichtsrats) <i>Beendete Mandate:</i> Keine.
Joachim Felker	<i>Aktuelle Mandate:</i> Keine. <i>Beendete Mandate:</i> Keine.

Gerd Grimmig	<i>Aktuelle Mandate:</i> Keine. <i>Beendete Mandate:</i> Thyssen Schachtbau GmbH (Mitglied des Aufsichtsrats)
Dr. Thomas Nöcker	<i>Aktuelle Mandate:</i> Keine. <i>Beendete Mandate:</i> Keine.
Jan Peter Nonnenkamp	<i>Aktuelle Mandate:</i> Keine. <i>Beendete Mandate:</i> Keine.

Dienstverträge

Die Laufzeiten der Anstellungsverträge der Vorstandsmitglieder Norbert Steiner, Joachim Felker, Gerd Grimmig, Dr. Thomas Nöcker, Jan Peter Nonnenkamp mit der K+S AG entsprechen jeweils dem Zeitraum ihrer Bestellung zum Vorstand der Gesellschaft. Endet das Amt eines Vorstandsmitglieds mit der Gesellschaft, endet auch das Dienstverhältnis. Für den Fall, dass eine vorzeitige Beendigung eines Anstellungsvertrages erfolgt, ohne dass ein vom Vorstandsmitglied zu vertretener wichtiger Grund vorliegt, besteht ein Anspruch auf eine Abfindung, die auf das 1,5-fache der fixen Vergütung des aktuellen Geschäftsjahres begrenzt ist.

Für den Fall der vorzeitigen Auflösung eines Vorstandsvertrags infolge bestimmter Maßnahmen (Übernahme, Beherrschung, Eingliederung, Formwechsel) („**Change of Control**“) erfolgt die Auszahlung der bis zum Ende der ursprünglichen Bestelldauer noch ausstehenden Grundvergütung und Tantieme zuzüglich einer Ausgleichszahlung, sofern kein Grund vorliegt, der eine fristlose Beendigung des Vertrags des Betroffenen rechtfertigt. Die Tantieme bemisst sich nach dem Durchschnitt der vorausgegangenen zwei Jahre. Die Ausgleichszahlung beträgt das 1,5-fache des Jahresfixums. Jeder Vorstand hat im Falle eines Change of Control ein bis zum 31. Juli 2011 befristetes Sonderkündigungsrecht, wobei bei der Ausübung des Rechts jedoch kein Anspruch auf die Zahlung eines Ausgleichs, sondern nur auf Zahlung der noch ausstehenden Grundvergütung und Tantieme besteht.

Über die genannten Dienstverträge hinaus gibt es keine Dienstverträge, die zwischen den Mitgliedern des Vorstands, des Aufsichtsrats sowie den diesen nahestehenden Personen und der Gesellschaft oder ihren Tochtergesellschaften geschlossen wurden.

Vergütung, Aktienbesitz und sonstige Rechtsbeziehungen

Vergütung für das Geschäftsjahr 2008

Die Vergütung für die Vorstandsmitglieder setzt sich aus kurzfristigen Bestandteilen sowie Bestandteilen mit langfristiger Anreizwirkung zusammen. Die kurzfristigen Vergütungsbestandteile beinhalten sowohl erfolgsunabhängige als auch erfolgsbezogene Komponenten. Die erfolgsunabhängigen Teile bestehen aus fixer Vergütung sowie Sach- und sonstigen Bezügen; die Tantieme ist der erfolgsbezogene Anteil. Ein virtuelles Aktienoptionsprogramm ist die Komponente mit langfristiger Anreizwirkung. Darüber hinaus verfügen die Mitglieder des Vorstands über Pensionszusagen.

Um die Interessen der Anteilseigner mit denen des Vorstands im höchstmöglichen Maße in Übereinstimmung zu bringen, bestimmt sich ein Teil der Tantieme nach der Gesamtkapitalrendite des Konzerns. Außerdem wird die persönliche Leistung der Mitglieder des Vorstands bei der Berechnung der Tantieme berücksichtigt.

Zusätzlich besteht die Möglichkeit, als variable Vergütungskomponente mit langfristiger Anreizwirkung und Risikocharakter Einkommen aus der Ausübung von Aktienoptionen zu beziehen. Im Rahmen eines virtuellen

Optionsprogramms, kann der Vorstand 30 % seiner erfolgsabhängigen Vergütung für ein Eigeninvestment in K+S-Aktien verwenden. Mit dem Erwerb dieser Basisaktien erhalten die Teilnehmer virtuelle Optionen, bei denen im Fall der Ausübung eine Barauszahlung erfolgt. Die Höhe der Barauszahlung bestimmt sich nach der Entwicklung der K+S-Aktie gegenüber einem Referenzindex; sie ist auf maximal 25 % Überperformance begrenzt. Infolge der Aufnahme der K+S AG in den DAX wird dieser anteilig seit dem 22. September 2008 anstelle des MDAX als Referenzindex zugrunde gelegt.

Die Gesamtlaufrzeit der Optionen beträgt fünf Jahre, danach verfallen die nicht ausgeübten Optionen entschädigungslos. Die Ausübung der Optionen ist nach einer Sperrfrist von zwei Jahren binnen zweier Zeitfenster je Jahr im Mai und November nach der Veröffentlichung der Quartalszahlen möglich. Gemäß § 193 Abs. 2 Nr. 4 AktG in der Fassung des Gesetzes zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung („VorstAG“) beträgt die Wartezeit für die erstmalige Ausübung von Aktienbezugsrechten künftig 4 Jahre statt 2 Jahre. Es ist beabsichtigt, das Optionsprogramm entsprechend anzupassen, oder durch ein entsprechendes Vergütungselement mit langfristiger Anreizwirkung zu ersetzen. Um die Optionen ausüben zu können, müssen die Basisaktien durchgängig bis zum Ausübungstag gehalten werden. Im Fall eines Change of Control öffnet sich für sämtliche noch ausstehenden Optionen ein Sonderfenster der Ausübung. Bei Abberufung bzw. Eigenkündigung verfallen die bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht ausgeübten virtuellen Optionen.

Die Anwendung der bestehenden Vergütungsstruktur hätte für das Geschäftsjahr 2008 zu einem wesentlich höheren Anstieg der Tantieme geführt als ausgewiesen. Die Mitglieder des Vorstands haben daher von sich aus auf insgesamt EUR 1 Mio. Tantieme verzichtet, da sie vor dem Hintergrund des deutlich gestiegenen Ertragsniveaus eine sich rein linear entwickelnde und nach oben unbegrenzte variable Vergütung nicht für angemessen hielten. Für den Pensionsbaustein hat dieser Verzicht keine Wirkung.

Die Pensionen der aktiven Vorstandsmitglieder bestimmen sich nach einem Bausteinsystem, d. h. für jedes Jahr der Vorstandstätigkeit wird ein Pensionsbaustein gebildet. Der Ermittlung des im jeweiligen Geschäftsjahr zu erwerbenden Pensionsanspruchs (Pensionsbaustein) werden 15 % des „pensionsfähigen Einkommens“ (ohne Optionen und Nebenleistungen) zugrunde gelegt, das sich aus den kurzfristigen Bezügen, also der fixen Vergütung sowie der Tantieme des jeweiligen Geschäftsjahres zusammensetzt. Der hieraus resultierende Betrag wird mittels versicherungsmathematischer Faktoren verrentet; die Faktoren für die Bildung der Bausteine 2008 liegen bei den Vorständen je nach Alter zwischen 10,5 und 13,5 % – die Faktoren verringern sich mit zunehmendem Lebensalter. Die einzelnen in den jeweiligen Geschäftsjahren erworbenen Pensionsbausteine werden aufsummiert und bestimmen im Versorgungsfall die dem jeweiligen Vorstandsmitglied oder ggf. seinen Hinterbliebenen zustehende Versorgungsleistung. Erst bei Auszahlung von Rentenleistungen werden diese entsprechend der Veränderung des „Verbraucherpreisindex für Deutschland“ angepasst. Die Ansprüche aus den erworbenen Bausteinen sind unverfallbar.

Endet ein Vorstandsmandat, beginnt die Alterspension nach Vollendung des 65. Lebensjahres, es sei denn, es handelt sich um einen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeitsfall oder um eine Hinterbliebenenpension im Todesfall. Im Falle einer Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit eines Vorstandsmitglieds vor Erreichen des Pensionsalters erhält dieser Invalidenrente in Höhe der bis zum Eintritt der Invalidität gebildeten Rentenbausteine. Tritt die Invalidität vor Erreichen des 55. Lebensjahres ein, werden Bausteine auf Basis eines Mindestwerts für die Jahre fiktiv gebildet, die bis zum 55. Lebensjahr fehlen. Im Falle des Todes eines aktiven oder ehemaligen Vorstandsmitglieds erhalten der hinterbliebene Ehegatte 60 %, jede Halbweise 15 % und jede Vollweise 30 % der Versorgungsleistung. Die Höchstgrenze für die Hinterbliebenenleistung kann 100 % der Versorgungsleistung nicht überschreiten – in diesem Fall werden sie verhältnismäßig gekürzt. Scheidet ein Vorstandsmitglied ab dem vollendeten 60. Lebensjahr aus, gilt dies als Eintritt des Versorgungsfalls im Sinne der Versorgungszusage.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Vergütung der Mitglieder des Vorstands für das abgelaufene Geschäftsjahr 2008.

Angaben in TEUR	Jahreseinkommen			Gewährte Optionsrechte		
	Fixum	Nebenleistungen*	Tantieme	Anzahl (Stück)	Wert**	Insgesamt
Norbert Steiner	380,0	22,2	1.725,2	64.400	654,4	2.781,8
Joachim Felker	300,0	19,9	963,0	47.120	478,8	1.761,7
Gerd Grimmig	300,0	25,7	964,0	47.200	479,6	1.769,3
Dr. Thomas Nöcker	300,0	21,6	963,0	47.120	479,8	1.764,4
Summe	1.280,0	89,4	4.615,2	205.840	2.092,6	8.077,2

* Nebenleistungen beinhalten insbesondere Zuschüsse zur Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung sowie Sachbezüge, die im Wesentlichen aus der Dienstwagennutzung bestehen.

** Zum Gewährungszeitpunkt; eine Ausübung der Optionsrechte ist frühestens zwei Jahre nach Gewährung möglich.

Änderung der Vergütung für das Geschäftsjahr 2009

Für das Jahr 2009 wurde die Vorstandsvergütung mit der Einführung einer absoluten Obergrenze bei der Tantieme und der Anhebung des Fixums neu gestaltet. Die neue Struktur sieht in einem Normaljahr eine fixe Vergütung von 40 % sowie variable, kurzfristige Erfolgsbausteine von 60 % vor. Der variable Anteil ist zu 80 % an die Unternehmensperformance, d. h. an die erzielte Gesamtkapitalrendite gebunden; die übrigen 20 % sind von der persönlichen Leistung abhängig. Eine Vergütung von 100 % wird dann erreicht, wenn zum einen die erzielte Gesamtkapitalrendite die Mindestrendite von 115 % des jeweiligen Kapitalkostensatzes erreicht und zum anderen die persönliche Leistung mit 100 % bewertet wurde. Die Vergütung auf Basis der Gesamtkapitalrendite ist bei einem Wert von 21 Prozentpunkten über der Mindestrendite gedeckelt. Die Zielerreichungsspannen beider variabler Vergütungsbestandteile bewegen sich zwischen 0 % und rund 150 %. Die Vergütungshöhe auf Basis eines Normaljahrs wird jährlich überprüft.

Aktienbesitz

Zum 30. September 2009 hielten der Vorstandsvorsitzende Norbert Steiner 29.020 Aktien, das Vorstandsmitglied Joachim Felkner 10.001 Aktien, das Vorstandsmitglied Gerd Grimmig 13.013 Aktien und das Vorstandsmitglied Dr. Thomas Nöcker 44.503 Aktien.

Sonstige Rechtsbeziehungen

Gegen die Mitglieder des Vorstands wurden in den letzten fünf Jahren keinerlei Sanktionen wegen der Verletzung in- oder ausländischer Bestimmungen des Kapitalmarktrechts verhängt. Ferner erfolgten in diesem Zeitraum keine Schuldsprüche in Bezug auf betrügerische Straftaten. Die Mitglieder des Vorstands waren in den letzten fünf Jahren nicht an Konkursen, Insolvenzverfahren oder Liquidationen beteiligt. Gegen die Mitglieder des Vorstands wurden in den letzten fünf Jahren keinerlei öffentliche Anschuldigungen oder Sanktionen von Seiten der gesetzlichen Behörden (einschließlich designierter Berufsverbände) verhängt, noch wurden sie jemals vor einem Gericht für die Mitgliedschaft in einem Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsratsorgan einer Gesellschaft oder für ihre Tätigkeit im Management oder die Führung der Geschäfte einer Gesellschaft als untauglich angesehen.

Die Mitglieder des Vorstands der K+S AG haben im Hinblick auf ihre privaten Interessen oder sonstigen Verpflichtungen keine potenziellen Interessenkonflikte in Bezug auf Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft. Es bestehen keine verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen den Mitgliedern des Vorstands untereinander oder zu Mitgliedern des Aufsichtsrats.

Aufsichtsrat

Überblick

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft setzt sich gemäß § 8 Abs. 1 der Satzung der Gesellschaft nach Maßgabe der zwingenden gesetzlichen Vorschriften zusammen. Er besteht aus 16 Mitgliedern und unterliegt der Mitbestimmung nach dem Mitbestimmungsgesetz. Die Aufsichtsratsmitglieder werden daher je zur Hälfte als Vertreter der Anteilseigner in der Hauptversammlung und von den Arbeitnehmern der K+S Gruppe gewählt. Die Wahl erfolgt satzungsgemäß für die Zeit bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung für das vierte Geschäftsjahr nach dem Beginn der Amtszeit beschließt, wobei das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginnt, nicht mitgerechnet wird. Gleichzeitig mit den durch die Hauptversammlung zu wählenden Aufsichtsratsmitgliedern können Ersatzmitglieder gewählt werden, die in einer bei der Wahl festgelegten Reihenfolge an die Stelle etwa vorzeitig ausgeschiedener Mitglieder treten. Ersatzwahlen für ausgeschiedene Mitglieder, für die ein Ersatzmitglied nicht nachrückt, erfolgen für den Rest der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds. Gemäß § 9 Abs. 1 der Satzung der Gesellschaft kann jedes Mitglied des Aufsichtsrats sein Amt jederzeit unter Einhaltung einer Frist von einem Monat durch schriftliche Erklärung niederlegen. Ein von der Hauptversammlung gewähltes Mitglied kann von seinem Amt vor Ablauf der Zeit, für die es gewählt ist, durch einen mit Dreiviertelmehrheit des vertretenen Kapitals gefassten Beschluss der Hauptversammlung abberufen werden.

Der Aufsichtsrat hat sich mit Beschluss vom 26. August 2009 eine Geschäftsordnung gegeben. Der Aufsichtsrat wählt danach jeweils im Anschluss an seine Neuwahl für die Dauer seiner Amtszeit mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder, aus denen er insgesamt zu bestehen hat, aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter. Wird bei der Wahl des Aufsichtsratsvorsitzenden oder seines Stellvertreters die nach dem vorgehenden Satz erforderliche Mehrheit nicht erreicht, so findet für die Wahl des Aufsichtsratsvorsitzenden und seines Stellvertreters ein zweiter Wahlgang statt. In diesem Wahlgang wählen die Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner den Aufsichtsratsvorsitzenden und die Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer den Stellvertreter jeweils mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Dr. Ralf Bethke ist gegenwärtig als Vorsitzender gewählt. Als stellvertretender Vorsitzender ist gegenwärtig Herr Michael Vassiliadis gewählt.

Der Aufsichtsrat bildet den in § 27 Abs. 3 Satz 1 MitbestG vorgesehenen Vermittlungsausschuss. Der Aufsichtsrat kann darüber hinaus aus seiner Mitte weitere Ausschüsse bestellen. Diesen können, soweit gesetzlich zulässig, auch Entscheidungsbefugnisse des Aufsichtsrats übertragen werden. Derzeit bestehen neben dem Vermittlungsausschuss (Vorschläge zur Bestellung von Vorstandsmitgliedern, wenn im ersten Wahlgang nicht die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit erreicht wurden) ein Nominierungsausschuss (Empfehlungen für Vorschläge zur Wahl der Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner), ein Personalausschuss (Vorbereitung der Bestellung von Vorstandsmitgliedern; langfristige Nachfolgeplanung) und ein Prüfungsausschuss (Prüfung des Jahresabschlusses, des Konzernabschlusses, der jeweiligen Lageberichte sowie des Gewinnverwendungsvorschlags des Vorstands; Vorschlag zur Wahl des Abschlussprüfers; Festlegung bestimmter Prüfungsschwerpunkte; Vergütung und Unabhängigkeit des Abschlussprüfers; Compliance- und Risikomanagementsysteme).

Gemäß § 28 MitbestG ist der Aufsichtsrat beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder, aus denen er nach dem Mitbestimmungsgesetz und der Satzung insgesamt zu bestehen hat, an der Beschlussfassung teilnehmen. Beschlüsse des Aufsichtsrats bedürfen, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Die Enthaltung zählt jedoch nicht zu den abgegebenen Stimmen. Ergibt eine Abstimmung im Aufsichtsrat Stimmengleichheit, so hat bei einer erneuten Abstimmung über denselben Gegenstand, wenn auch sie Stimmengleichheit ergibt, der Aufsichtsratsvorsitzende, ohne dass es einer weiteren Stimmabgabe durch ihn bedarf, zwei Stimmen. Diese erneute Abstimmung hat stattzufinden, wenn ein Mitglied des Aufsichtsrats es verlangt. Der Leiter der Sitzung bestimmt, ob diese erneute Abstimmung in der gleichen oder einer späteren Sitzung des Aufsichtsrats durchgeführt wird.

Mitglieder des Aufsichtsrats

Die Mitglieder des Aufsichtsrats der Gesellschaft und deren Tätigkeiten außerhalb der Gesellschaft sind in der folgenden Übersicht aufgeführt.

<u>Name</u>	<u>Mitglied seit¹⁾</u>	<u>Mandat endet zur</u>	<u>Mitgliedschaft in Ausschüssen</u>	<u>Haupttätigkeit außerhalb der Gesellschaft</u>
Dr. Ralf Bethke (Vorsitzender)	01. Juli 2007	HV ²⁾ 2012	– Nominierungsausschuss – Personalausschuss – Prüfungsausschuss – Vermittlungsausschuss	Ehem. Vorsitzender des Vorstands der K+S AG
Michael Vassiliadis* (stellv. Vorsitzender)	07. Mai 2003	HV 2013	– Personalausschuss – Prüfungsausschuss – Vermittlungsausschuss	Vorsitzender des geschäftsführenden Vorstands der IG Bergbau, Chemie, Energie
Jella S. Benner-Heinacher	07. Mai 2003	HV 2013	– Nominierungsausschuss	Bundesgeschäftsführerin der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V.
George Spyridon Cardona	12. Oktober 2009	HV 2010		Mitglied des Board of Directors der OJSC EuroChem Mineral and Chemical Co., Moskau
Dr. Rainer Gerling*	14. Mai 2008	HV 2013		Werksleiter des Werks Werra der K+S KALI GmbH
Rainer Grohe	06. Mai 1998	HV 2013	– Personalausschuss	Lehrbeauftragter Universität der Bundeswehr München
Dr. Karl Heidenreich	07. Mai 2003	HV 2013	– Prüfungsausschuss	Ehem. Mitglied des Vorstands der Landesbank Baden-Württemberg
Rüdiger Kienitz*	26. März 1998	HV 2013		Mitglied des Betriebsrats des Werks Werra der K+S KALI GmbH
Klaus Krüger*	9. August 1999	HV 2013	– Personalausschuss – Prüfungsausschuss – Vermittlungsausschuss	Vorsitzender des Konzernbetriebsrats der K+S Gruppe
Dieter Kuhn*	7. Mai 2003	HV 2013		Stellv. Vorsitzender des Konzernbetriebsrats der K+S Gruppe
Harald Döll*	1. August 2009	HV 2013		Mitglied des Betriebsrats des Werks Werra der K+S KALI GmbH
Dr. Bernd Malmström	7. Mai 2003	HV 2013	– Nominierungsausschuss	Rechtsanwalt
Dr. Rudolf Müller	7. Mai 2003	HV 2013	– Nominierungsausschuss	Ehem. Mitglied des Vorstands der Südzucker AG
Ralf Becker*	1. August 2009	HV 2013		Landesbezirksleiter Nord IG Bergbau, Chemie, Energie
Renato De Salvo*	7. Mai 2003	HV 2013		Mitglied des Betriebsrats des Werks Sigmundshall der K+S KALI GmbH

<u>Name</u>	<u>Mitglied seit¹⁾</u>	<u>Mandat endet zur</u>	<u>Mitgliedschaft in Ausschüssen</u>	<u>Haupttätigkeit außerhalb der Gesellschaft</u>
Dr. Eckart Sünner	28. April 1992	HV 2013	– Prüfungsausschuss – Vermittlungsausschuss	Rechtsanwalt, Chief Compliance Officer der BASF SE

*) Arbeitnehmervertreter

1) Die Amtszeit der Aufsichtsratsmitglieder endet grundsätzlich jeweils mit Ablauf der Hauptversammlung, die über die Entlastung der Aufsichtsratsmitglieder für das vierte Geschäftsjahr nach Beginn der Amtszeit beschließt, wobei das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginnt, nicht mitgerechnet wird.

2) Hauptversammlung.

Die nachfolgende Übersicht enthält die weiteren aktuellen sowie früheren Mandate der Mitglieder des Aufsichtsrats in den Verwaltungs-, Geschäftsführungs- und Aufsichtsorganen sowie sämtliche Mandate in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien und Partnerstellungen in Unternehmen und Gesellschaften mit Ausnahme der Gesellschaft und der Tochtergesellschaften der K+S Gruppe während der letzten fünf Jahre:

Dr. Ralf Bethke
(Vorsitzender)

Aktuelle Mandate:

Benteler AG, Paderborn (Mitglied des Aufsichtsrats)

Südzucker AG, Mannheim (Mitglied des Aufsichtsrats)

Süddeutsche Zuckerrübenverwertungsgenossenschaft eG, Ochsenfurt (Mitglied des Aufsichtsrats)

DJE Kapital AG, Pullach (Vorsitzender des Aufsichtsrats)

Beendete Mandate:

Keine.

Michael Vassiliadis*
(stellv. Vorsitzender)

Aktuelle Mandate:

BASF SE, Ludwigshafen (Mitglied des Aufsichtsrats)

Evonik Steag GmbH, Essen (Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats)

Henkel KGaA, Düsseldorf (Mitglied des Aufsichtsrats)

Beendete Mandate:

Keine.

Jella S. Benner-Heinacher

Aktuelle Mandate:

A. S. Création AG, Gummersbach (Mitglied des Aufsichtsrats)

TUI AG, Hannover (Mitglied des Aufsichtsrats)

Beendete Mandate:

Keine.

George Spyridon Cardona

Aktuelle Mandate:

OJSC EuroChem Mineral and Chemical Company, Moskau (Mitglied des Board of Directors)

CLL Management Ltd., Guernsey (Mitglied des Board of Directors)

CLL Hedge Portfolio Ltd., Guernsey (Mitglied des Board of Directors)

OJSC Siberian Coal Energy Co., Russia (Mitglied des Board of Directors)

Linetrust PTC Ltd., Bermuda (Mitglied des Board of Directors)

Linea Ltd., Bermuda (Mitglied des Board of Directors)

Valise Ltd., Bermuda (Mitglied des Board of Directors)

Hamilton Jets Ltd., Bermuda (Mitglied des Board of Directors)

Hamilton Art Ltd., Bermuda (Mitglied des Board of Directors)

Beendete Mandate:

Antilles Limited, Bermuda (Mitglied des Board of Directors)

Cardona Lloyd & Co Ltd, Vereinigtes Königreich (Mitglied des Board of Directors)

Cardona Lloyd Europe LLP, Vereinigtes Königreich (Mitglied des Board of Directors)

Close Finsbury Eurotech Trust plc, Vereinigtes Königreich (Mitglied des Board of Directors)

Greencorp SA, Luxembourg (Mitglied des Board of Directors)

Linebrook Ltd, Zypern (Mitglied des Board of Directors)

Linesey Ltd, Guernsey (Mitglied des Board of Directors)

Martin Currie Pacific Trust plc, Vereinigtes Königreich (Mitglied des Board of Directors)

MDM Bank, Russland (Mitglied des Board of Directors)

MDM Holding AG, Österreich (Mitglied des Board of Directors)

Renewable Energy Generation Ltd., Guernsey (Mitglied des Board of Directors)

Dr. Rainer Gerling*

Aktuelle Mandate:

Keine.

Beendete Mandate:

Keine.

Rainer Grohe

Aktuelle Mandate:

Graphit Kropfmühl AG, München (1. Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats)

Aurubis AG (vormals Norddeutsche Affinerie AG), Hamburg (Mitglied des Aufsichtsrats)

PFW Aerospace AG, Speyer (Mitglied des Aufsichtsrates)

Beendete Mandate:

Galileo Joint Undertaking, Brüssel (Executive Director)

Ball Packaging Europe Holding, Ratingen (Vorsitzender des Aufsichtsrates)

Dr. Karl Heidenreich

Aktuelle Mandate:

Stiftung Orthopädische Universitätsklinik Heidelberg, Heidelberg
(Mitglied des Aufsichtsrats)

Beendete Mandate:

Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim
(Mitglied des Vorstands)

Deka Immobilien Investment GmbH, Frankfurt am Main (Mitglied des
Aufsichtsrats)

LEG Landesentwicklungsgesellschaft Baden-Württemberg GmbH,
Stuttgart (Mitglied des Aufsichtsrats)

MVV Energie AG, Mannheim (Mitglied des Aufsichtsrats)

Bürgschaftsbank Baden-Württemberg GmbH, Stuttgart (Vorsitzender
des Aufsichtsrats)

Landesbank Rheinland-Pfalz, Mainz (Mitglied des Kreditausschusses,
Stellvertretendes Mitglied des Verwaltungsrats)

MKB Mittelrheinische Bank GmbH, Koblenz (Vorsitzender des Auf-
sichtsrats, Vorsitzender des Kredit- und Arbeitsausschusses)

Rüdiger Kienitz*

Aktuelle Mandate:

Keine.

Beendete Mandate:

Keine.

Klaus Krüger*

Aktuelle Mandate:

Keine.

Beendete Mandate:

Keine.

Dieter Kuhn*

Aktuelle Mandate:

Keine.

Beendete Mandate:

Keine.

Harald Döll*

Aktuelle Mandate:

Keine.

Beendete Mandate:

Keine.

Dr. Bernd Malmström

Aktuelle Mandate:

HHLA Intermodal GmbH, Hamburg (Mitglied des Aufsichtsrats)

IFCO-Systems N. V., Amsterdam (Vorsitzender des Aufsichtsrats)

Lehnkering GmbH, Duisburg (Vorsitzender des Aufsichtsrats)

SBB Schweizer Bundesbahnen AG, Bern (Mitglied des Verwaltungsrats)

Stinnes Corporation, New York (Vorsitzender des Aufsichtsrats)

VTG AG, Hamburg (Mitglied des Aufsichtsrats)

Beendete Mandate:

Deutsche Bahn AG, Berlin (Mitglied des Vorstands)

Petrotec AG, Borken (Vorsitzender des Aufsichtsrats)

Dr. Rudolf Müller

Aktuelle Mandate:

Keine.

Beendete Mandate:

AGRANA Beteiligungs AG, Wien (Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats)

Z&S Zucker und Stärke Holding AG, Wien (Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats)

AGRANA Zucker, Stärke und Frucht Holding AG, Wien, (Mitglied des Aufsichtsrats)

BGD Bodengesundheitsdienst GmbH, Ochsenfurt (Mitglied des Aufsichtsrats)

Raffinerie Tirlemontoise S.A, Brüssel (Mitglied des Aufsichtsrats)

REKO Erdenvertrieb GmbH, Regensburg (Vorsitzender des Aufsichtsrats)

Saint Louis Sucre S. A., Paris (Mitglied des Aufsichtsrats)

Slaska Spolka Cukrowa S. A., Breslau (Vorsitzender des Aufsichtsrats)

Südzucker AG, Mannheim (Mitglied des Vorstands)

Südzucker International GmbH, Ochsenfurt (Vorsitzender des Aufsichtsrats)

Ralf Becker*

Aktuelle Mandate:

Keine.

Beendete Mandate:

Celanese AG, Kronberg (Mitglied des Aufsichtsrats)

RAG Bildung, Bottrop (Mitglied des Aufsichtsrats)

Kodak Holding GmbH, Stuttgart (Mitglied des Aufsichtsrats)

Renato De Salvo*

Aktuelle Mandate:

Keine.

Beendete Mandate:

Keine.

Dr. Eckart Sünner

Aktuelle Mandate:

Infineon Technologies AG, Neubiberg (Mitglied des Aufsichtsrats)

Beendete Mandate:

Lucera Rückversicherungs AG, Ludwigshafen am Rhein (Vorsitzender des Aufsichtsrats)

BASF Schwarzheide GmbH, Schwarzheide (Mitglied des Aufsichtsrats)

* Arbeitnehmersvertreter

Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind unter der Geschäftsadresse der Gesellschaft erreichbar.

Vergütung, Aktienbesitz, sonstige Rechtsbeziehungen

Vergütung für das Geschäftsjahr 2008

Nach der bis zum 13. Juli 2009 geltenden Fassung der Satzung der Gesellschaft erhielten die Aufsichtsratsmitglieder neben dem Ersatz ihrer Auslagen und einem Sitzungsgeld von je EUR 200, das auch für Ausschusssit-

zungen gezahlt wurde, eine feste Vergütung von EUR 10.000 pro Jahr sowie eine variable Vergütung, die durch die Höhe der Dividendenzahlung bestimmt wurde. Für jeden Cent, den die Dividende den Betrag von EUR 0,05 übersteigt, erhielt ein Aufsichtsratsmitglied eine Vergütung von EUR 1.000. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats erhielt das Doppelte, der stellvertretende Vorsitzende das 1,5-fache dieser Vergütungen. Die fünf Mitglieder des Prüfungsausschusses erhielten eine weitere jährliche Vergütung von je EUR 5.000; auch hier erhielt der Vorsitzende das Doppelte.

Diese Regelung wurde in der Vergangenheit vor dem Hintergrund deutlich niedrigerer eingeschätzter Ergebnis- und Dividendengrößenordnungen entwickelt; nach Meinung aller Aufsichtsratsmitglieder, einschließlich der im Laufe des Geschäftsjahres 2008 ausgeschiedenen, hätte die unveränderte Anwendung der gültigen Regelung eine angemessene Vergütungshöhe erheblich überschritten. Daher haben alle Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2008 – der vorgeschlagenen Neuregelung der Aufsichtsratsvergütung vorgehend – auf den Teil der Aufsichtsratsvergütung verzichtet, der insgesamt EUR 100.000 übersteigt; ausgenommen davon sind Sitzungsgelder und Vergütungen für Ausschusstätigkeiten. Der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats verzichteten auf den Teil der Aufsichtsratsvergütung, der das Doppelte bzw. das 1,5-fache dieser EUR 100.000 übersteigt. Auch die unterjährig ausgeschiedenen bzw. neuen Mitglieder des Aufsichtsrats haben entsprechend ihrer Zugehörigkeitsdauer und Funktion anteilig auf Ansprüche verzichtet. In Summe verzichteten die Mitglieder des Aufsichtsrats auf EUR 2,5 Mio.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das abgelaufene Geschäftsjahr 2008.*

<u>Angaben in EUR</u>	<u>Fixe Ver- gütung</u>	<u>Variable Ver- gütung</u>	<u>Prüfungs- ausschuss</u>	<u>Sitzungs- gelder</u>	<u>Gesamt</u>
Dr. Ralf Bethke	16.339	147.049	3.169	2.600	169.157
Gerhard R. Wolf (bis 14.05.2008)	7.322	65.902	1.831	1.400	76.455
Michael Vassiliadis	15.000	135.000	5.000	3.000	158.000
Jella S. Benner-Heinacher	10.000	90.000		1.800	101.800
Dr. Uwe-Ernst Bufo (seit 14.05. 2008 bis 12.10. 2009)	6.339	57.049		600	63.988
Karl-Heinz Georgi (bis 14.05.2008).....	3.661	32.951		1.000	37.612
Dr. Rainer Gerling (seit 14.05.2009).....	6.339	57.049		800	64.188
Rainer Grohe	10.000	90.000		2.200	102.200
Dr. Karl Heidenreich	10.000	90.000	5.000	2.200	107.200
Rüdiger Kienitz	10.000	90.000		1.400	101.400
Klaus Krüger	10.000	90.000	5.000	2.800	107.800
Dieter Kuhn	10.000	90.000		1.600	101.600
Heinz-Gerd Kunaschewski	10.000	90.000		1.400	101.400
Dr. Bernd Malmström	10.000	90.000		1.200	101.200
Dr. Rudolf Müller	10.000	90.000		1.400	101.400
Friedrich Nothhelfer (seit 14.05.2008) ..	6.339	57.049		800	64.188
Renato De Salvo	10.000	90.000		1.600	101.600
Dr. Eckart Sünner	10.000	90.000	10.000	2.200	112.200
Dr. Helmut Zentgraf (bis 14.05.2008) ...	3.661	32.951		600	37.212
Summe	<u>175.000</u>	<u>1.575.000</u>	<u>30.000</u>	<u>30.600</u>	<u>1.810.600</u>

* Angaben ohne Aufwandsentschädigung für die von den Aufsichtsratsmitgliedern aufgrund ihrer Tätigkeit zu entrichtende Umsatzsteuer.

Zusätzlich wurden im Geschäftsjahr 2008 an die Aufsichtsratsmitglieder Aufwandsentschädigungen von insgesamt EUR 28.207 gezahlt.

Die Vergütung für Tätigkeiten (einschließlich Sitzungsgelder) im Aufsichtsrat des Tochterunternehmens K+S KALI GmbH im Geschäftsjahr 2008 betrug für die folgenden Mitglieder: Dr. Ralf Bethke EUR 23.100, Michael Vassiliadis EUR 22.900 und Gerhard Wolf EUR 15.200. Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen, wurden den Aufsichtsratsmitgliedern nicht gewährt.

Änderung der Vergütung für das Geschäftsjahr 2009

Mit Hauptversammlungsbeschluss vom 13. Mai 2009 wurde die Vergütungsregelung für die Aufsichtsräte geändert und ein höheres Fixum sowie eine Vergütungsobergrenze – ähnlich der Vergütungsstruktur des Vorstands – eingeführt; § 12 der Satzung der Gesellschaft wie folgt neu gefasst:

„(1) Ein Mitglied des Aufsichtsrats erhält eine jährlich feste Vergütung von 55.000 € sowie eine jährliche variable Vergütung, die durch die Höhe der von der K+S Gruppe im jeweiligen Geschäftsjahr erzielten, auf Basis des testierten Konzernabschlusses ermittelten Gesamtkapitalrendite wie folgt bestimmt wird: Voraussetzung für den Anspruch auf Zahlung einer variablen Vergütung ist das Erreichen einer Mindestrendite; diese entspricht 115 % des in dem testierten Konzernabschluss zugrunde gelegten Prozentsatzes der Kapitalkosten vor Steuern der K+S Gruppe im betreffenden Geschäftsjahr; bei Erreichen der Mindestrendite erhält ein Mitglied des Aufsichtsrats eine variable Vergütung von 15.000 €; für jeden Prozentpunkt, um den die Gesamtkapitalrendite die Mindestrendite übersteigt, erhöht sich die variable Vergütung um jeweils 1.500 €. Die variable Vergütung ist begrenzt auf maximal 45.000 € pro Jahr.

(2) Der Vorsitzende des Aufsichtsrats erhält das Doppelte, der stellvertretende Vorsitzende das Eineinhalbfache der Vergütungen gemäß Absatz 1.

(3) Für seine Tätigkeit im Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats erhält jedes Mitglied eine weitere Vergütung von 7.500 € pro Jahr. Der Vorsitzende dieses Ausschusses erhält das Doppelte, ein stellvertretender Vorsitzender das Eineinhalbfache dieser weiteren Vergütung.

(4) Die Gesellschaft gewährt jedem Mitglied des Aufsichtsrats für die Teilnahme an einer Sitzung des Aufsichtsrats oder eines seiner Ausschüsse, denen er angehört, ein Sitzungsgeld von 500 €, bei mehreren Sitzungen an einem Tag jedoch maximal 1.000 € pro Tag.

(5) Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben gegenüber der Gesellschaft Anspruch auf Ersatz der zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben notwendigen und angemessenen Auslagen. Sie haben ferner Anspruch auf Ersatz der von ihnen aufgrund ihrer Aufsichtsrats Tätigkeit zu entrichtenden Umsatzsteuer.

(6) Die Regelungen dieses § 12 gelten erstmals für die für das Geschäftsjahr 2009 zu zahlende Vergütung.“

Aktienbesitz

Zum 30. September 2009 hielten der Aufsichtsratsvorsitzende Dr. Ralf Bethke 6.000, das Aufsichtsratsmitglied Renato De Salvo 232, das Aufsichtsratsmitglied Dr. Rainer Gerling 4.428, das Aufsichtsratsmitglied Rüdiger Kienitz 890 und das Aufsichtsratsmitglied Dieter Kuhn 24 Aktien der K+S AG. Das Aufsichtsratsmitglied Klaus Krüger hielt zusammen mit seiner Ehefrau 1.279 Aktien der K+S AG.

Sonstige Rechtsbeziehungen

Gegen die Mitglieder des Aufsichtsrats wurden in den letzten fünf Jahren keinerlei Sanktionen wegen der Verletzung in- oder ausländischer Bestimmungen des Kapitalmarktrechts verhängt. Ferner erfolgten in diesem Zeitraum keine Schuldsprüche in Bezug auf betrügerische Straftaten. Die Mitglieder des Aufsichtsrats waren in den letzten fünf Jahren nicht an Konkursen, Insolvenzverfahren oder Liquidationen beteiligt. Gegen die Mitglieder des Aufsichtsrats wurden in den letzten fünf Jahren keinerlei öffentliche Anschuldigungen oder Sanktionen von Seiten der gesetzlichen Behörden (einschließlich designierter Berufsverbände) verhängt, noch wurden sie jemals vor einem Gericht für die Mitgliedschaft in einem Verwaltungs-, Management- oder Aufsichtsorgan einer Gesellschaft oder für ihre Tätigkeit im Management oder die Führung der Geschäfte einer Gesellschaft als untauglich angesehen.

Michael Vassiliadis ist neben seiner Tätigkeit als stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der K+S AG auch Mitglied des Aufsichtsrats der BASF SE, die derzeit ca. 10,3 % an der K+S AG hält. Dr. Eckhart Sünner ist neben seiner Funktion als Mitglied des Aufsichtsrats der K+S AG zugleich auch Chief Compliance Officer der BASF SE. Die BASF SE gehört zu den Geschäftspartnern der K+S AG (zu näheren Einzelheiten siehe auch „Wesentliche Verträge der K+S Gruppe – Lohnfertigungs- und Lieferverträge mit BASF SE“). George Spyridon Cardona ist neben seiner Tätigkeit als Mitglied des Aufsichtsrats der K+S AG gleichzeitig auch Mitglied des Board

of Directors der OJSC EuroChem Mineral and Chemical Company, die derzeit über ihre Tochtergesellschaft EuroChem International Holding B.V. ca. 11,02% an der K+S AG hält. OJSC EuroChem Mineral and Chemical Company ist gemeinsam mit ihren verbundenen Unternehmen als Düngemittelproduzent tätig und gehört in verschiedenen Märkten und Produktbereichen, insbesondere auch im Kalisegment, zu den Wettbewerbern der K+S Gruppe. Im Übrigen haben die Mitglieder des Aufsichtsrats der K+S Gruppe im Hinblick auf ihre privaten Interessen oder sonstigen Verpflichtungen keine potenziellen Interessenkonflikte in Bezug auf Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft. Es bestehen darüber hinaus auch keine verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen den Mitgliedern des Aufsichtsrats untereinander oder zu Mitgliedern des Vorstands.

Hauptversammlung

Die Hauptversammlung ist das Organ, in dem die Aktionäre ihre Rechte innerhalb der Gesellschaft wahrnehmen können. Die Hauptversammlung der Gesellschaft wird durch den Vorstand in den durch Gesetz oder Satzung bestimmten Fällen sowie dann einberufen, wenn das Wohl der Gesellschaft es fordert. Gemäß § 14 der Satzung der Gesellschaft findet die Hauptversammlung am Sitz der Gesellschaft oder in einer anderen Stadt der Bundesrepublik, die nicht mehr als 200 km davon entfernt liegt, statt. Die Hauptversammlung ist mindestens dreißig Tage vor dem Tag, bis zu dessen Ablauf sich die Aktionäre vor der Versammlung anzumelden haben, unter Mitteilung der Tagesordnung einzuberufen. Dabei sind der Tag der Einberufung und der Tag der Hauptversammlung nicht mitzuzählen. Die Einberufung erfolgt durch Bekanntmachung im elektronischen Bundesanzeiger. Die Einberufung ist künftig spätestens zum Zeitpunkt der Bekanntmachung solchen Medien zur Veröffentlichung zuzuleiten, bei denen davon ausgegangen werden kann, dass sie die Information in der gesamten Europäischen Union verbreiten (§ 121 Abs. 4a AktG in der Fassung des Gesetzes zur Umsetzung der Aktionärsrechterichtlinie, „ARUG“).

Gemäß § 124a AktG (in der Fassung des ARUG) müssen künftig alsbald nach der Einberufung über die Internetseite der Gesellschaft die folgenden Informationen zugänglich sein:

- der Inhalt der Einberufung;
- eine Erläuterung, wenn zu einem Gegenstand kein Beschluss gefasst werden soll;
- die der Versammlung zugänglich zu machenden Unterlagen;
- die Gesamtzahl der Aktien und der Stimmrechte im Zeitpunkt der Einberufung, einschließlich getrennter Angaben zur Gesamtzahl für jede Aktiengattung;
- gegebenenfalls die Formulare, die bei Stimmabgabe durch Vertretung oder bei Stimmabgabe mittels Briefwahl zu verwenden sind, sofern diese Formulare den Aktionären nicht direkt übermittelt werden.

Die Einberufung der Hauptversammlung kann, sofern das Wohl der Gesellschaft es erfordert, auch durch den Aufsichtsrat erfolgen. Aktionäre, deren Anteile zusammen 5% des Grundkapitals erreichen, können gemäß § 122 Abs. 1 AktG schriftlich und unter Angabe des Zwecks die Einberufung der Hauptversammlung verlangen; das Verlangen ist an den Vorstand zu richten. Zusätzlich haben die Aktionäre jedenfalls nachzuweisen, dass sie seit mindestens drei Monaten vor dem Einberufungsverlangen Inhaber der Aktien sind. Wird dem Verlangen nicht entsprochen, kann das Gericht die Aktionäre, die das Verlangen gestellt haben, ermächtigen, die Hauptversammlung einzuberufen. Auf die Ermächtigung muss bei der Einberufung oder Bekanntmachung hingewiesen werden.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind nach § 15 der Satzung der Gesellschaft nur diejenigen Aktionäre berechtigt, die sich vor der Hauptversammlung bei der Gesellschaft anmelden und ihre Berechtigung zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts nachweisen. Die Anmeldung und der Nachweis müssen der Gesellschaft in Textform unter der in der Einberufung hierfür mitgeteilten Adresse nach Maßgabe der gesetzlichen Fristvorschriften rechtzeitig in deutscher oder englischer Sprache zugehen. Der Nachweis ist durch einen in Textform erstellten besonderen Nachweis des Anteilsbesitzes durch das depotführende Institut zu führen. Die Anmeldung gemäß § 15 der Satzung der Gesellschaft ist rechtzeitig, wenn sie der Gesellschaft spätestens am siebten Tag vor dem Tag der Hauptversammlung zugegangen ist. Fällt der letzte Tag der Frist auf einen Samstag, einen Sonntag oder einen am Sitz der Gesellschaft anerkannten gesetzlichen Feiertag, so tritt an dessen Stelle der jeweils vorhergehende Werktag.

Das Stimmrecht kann durch Bevollmächtigte ausgeübt werden. Vollmachten, die nicht Kreditinstituten, Aktionärsvereinigungen oder Personen i.S.v. § 135 Abs. 8 1. HS AktG (in der Fassung des ARUG), die sich geschäftsmäßig gegenüber Aktionären zur Ausübung des Stimmrechts in der Hauptversammlung erboten, erteilt werden, und deren Erteilung auch sonst nicht dem Anwendungsbereich des § 135 AktG unterliegen, bedürfen der Textform. Die börsennotierte Gesellschaft hat zumindest einen Weg elektronischer Kommunikation für die Übermittlung des Nachweises der Bevollmächtigung anzubieten. Bevollmächtigt der Aktionär mehr als eine Person, so kann die Gesellschaft nach § 134 Abs. 3 Satz 2 AktG (in der Fassung des ARUG) eine oder mehrere dieser Personen als Bevollmächtigte zurückweisen.

Die jährliche ordentliche Hauptversammlung hat in den ersten acht Monaten jedes Geschäftsjahres stattzufinden. Darüber hinaus ist eine außerordentliche Hauptversammlung der Gesellschaft gemäß § 121 Abs. 1 AktG vom Vorstand einzuberufen, wenn die Einberufung zum Wohl der Gesellschaft erforderlich ist.

Die ordentliche Hauptversammlung beschließt über die Verwendung des Bilanzgewinns der Gesellschaft und über die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat für das jeweils vorangegangene Geschäftsjahr. Darüber hinaus wählt die ordentliche Hauptversammlung den Abschlussprüfer der Gesellschaft für das jeweils laufende Geschäftsjahr. Die Hauptversammlung stellt den Jahresabschluss der Gesellschaft fest, sofern er nicht vom Aufsichtsrat gebilligt wurde oder als nicht gebilligt gilt oder Vorstand und Aufsichtsrat beschließen, die Feststellung des Jahresabschlusses der Hauptversammlung zu überlassen.

Jede auf den Inhaber lautende Stückaktie gewährt gemäß § 17 Abs. 1 der Satzung der Gesellschaft in der Hauptversammlung eine Stimme. Weder das Aktiengesetz noch die Satzung sehen eine Mindestbeteiligung für die Beschlussfähigkeit der Hauptversammlung vor. Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden mit einfacher Stimmenmehrheit und, soweit eine Kapitalmehrheit erforderlich ist, mit einfacher Kapitalmehrheit gefasst, falls nicht das Gesetz oder die Satzung zwingend etwas anderes vorschreibt. Der Aufsichtsrat ist berechtigt, Änderungen der Satzung, die nur die Fassung betreffen, zu beschließen.

Nach dem Aktiengesetz erfordern Beschlüsse von grundlegender Bedeutung neben der Mehrheit der abgegebenen Stimmen zwingend eine Mehrheit von mindestens drei Vierteln des bei der Beschlussfassung vertretenden Grundkapitals. Zu diesen Beschlüssen gehören insbesondere:

- Kapitalherabsetzungen (mit Ausnahme bestimmter Fälle bei der Kapitalherabsetzung durch Einziehung von Aktien),
- die Schaffung von genehmigtem oder bedingtem Kapital,
- der Ausschluss des Bezugsrechts,
- umwandlungsrechtliche Maßnahmen, wie Verschmelzung, Spaltung und Rechtsformwechsel,
- Übertragung des gesamten Vermögens der Gesellschaft,
- Abschluss und Änderung von Unternehmensverträgen (z. B. Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträgen),
- Änderungen des Unternehmensgegenstands,
- Auflösung der Gesellschaft.

Corporate Governance

Der im Februar 2002 verabschiedete Deutsche Corporate Governance Kodex in der derzeit geltenden Fassung vom 5. August 2009 beinhaltet Empfehlungen und Anregungen zur Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Gesellschaften in Bezug auf Aktionäre und Hauptversammlung, Vorstand und Aufsichtsrat, Transparenz, Rechnungslegung und Abschlussprüfung. Eine Pflicht, den Empfehlungen oder Anregungen des Kodex zu entsprechen, besteht nicht. Nach § 161 AktG sind der Vorstand und der Aufsichtsrat einer börsennotierten Gesellschaft jedoch verpflichtet, jährlich zu erklären, welchen Empfehlungen entsprochen wurde und wird oder welche Empfehlungen nicht angewendet wurden oder werden und warum diese nicht angewendet wurden. Diese Erklärung ist den Aktionären dauerhaft zugänglich zu machen. Von den im Kodex enthaltenen Anregungen kann dagegen ohne Offenlegung abgewichen werden.

Vorstand und Aufsichtsrat haben im Dezember 2008 folgende Erklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex verabschiedet:

„Wir erklären, dass den vom Bundesministerium der Justiz im amtlichen Teil des elektronischen Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex mit nachfolgenden Maßgaben im Geschäftsjahr 2008 entsprochen wurde bzw. im Jahr 2009 entsprochen werden wird:

- 2008

Den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 14. Juni 2007 wird im Geschäftsjahr 2008 mit der Ausnahme entsprochen, dass lediglich für den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats Vorsitz und Mitgliedschaft bei der Vergütung berücksichtigt werden (Ziffer 5.4.7 des Kodex); für die übrigen Ausschüsse ist über die Gewährung eines gesonderten Sitzungsgeldes hinaus keine zusätzliche Vergütung vorgesehen.

- 2009

Den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 6. Juni 2008 wird im Geschäftsjahr 2009 mit der Ausnahme entsprochen, dass lediglich für den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats Vorsitz und Mitgliedschaft bei der Vergütung berücksichtigt werden (Ziffer 5.4.6 des Kodex); für die übrigen Ausschüsse ist über die Gewährung eines gesonderten Sitzungsgeldes hinaus keine zusätzliche Vergütung vorgesehen.“

Seit dieser letzten Entsprechungserklärung bis zum Datum dieses Prospektes hat die K+S AG den Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 5. August 2009 mit der zuvor genannten Ausnahme entsprochen. Die K+S AG sieht für eine zusätzliche Vergütung für die Mitglieder von Personal-, Nominierungs- und Vermittlungsausschuss keine Notwendigkeit, da diese Ausschüsse auch so sehr effektiv arbeiten. Die Gesellschaft entspricht bislang den Regelungen in Punkt 3.8 des Deutschen Corporate Governance Kodex in der aktuellen Fassung nicht, da der Aufsichtsrat der Gesellschaft erst am 25. November 2009 über die Handhabung zu dieser Vorschrift des Deutschen Corporate Governance Kodex entscheiden wird. Der Vorstand der Gesellschaft hat dem Aufsichtsrat vorgeschlagen, Punkt 3.8 des Deutschen Corporate Governance Kodex zu befolgen.

AKTIONÄRSSTRUKTUR

Auf Grundlage der bei der Gesellschaft nach den §§ 21 ff. WpHG eingegangenen Mitteilungen sowie nach Angaben der jeweiligen Aktionäre halten die folgenden Aktionäre – direkt oder indirekt – wesentliche Aktienbestände der K+S AG:

<u>Aktionär</u>	<u>Zugeordnete Tochtergesellschaft</u>	<u>Beteiligungs-/ Stimmrechts- anteil</u>
The Bank of N. T. Butterfield & Son Limited		15,00 %
	davon: EuroChem International Holding B.V.	11,02 %
BASF SE		10,30 %
Andere Aktionäre ¹⁾		74,70 %

1) Andere Aktionäre bezeichnet solche Aktionäre der K+S AG, die über Aktien mit einem Stimmrechtsanteil von jeweils insgesamt unter 3% verfügen.

Sämtliche Aktien der K+S AG gewähren die gleichen Stimmrechte.

INFORMATIONEN ÜBER ROHSTOFFLAGERSTÄTTEN

Dieser Abschnitt enthält eine Zusammenfassung der Rohstofflagerstätten und -reserven der K+S Gruppe, unterteilt in die Kali- und Magnesiumreserven sowie die Salzreserven.

Kali und Magnesiumvorräte

Die nachstehende Tabelle zeigt die Vorräte und Förderkapazitäten der K+S Gruppe an Kaliumchlorid (KCl) und Magnesiumsulfat (MgSO₄). Die Vorräte wurden mittels der in Fußnote 2 beschriebenen technischen Verfahren zuletzt zum 1. Januar 2008 ermittelt und unter Berücksichtigung der tatsächlichen Förderung im Kalenderjahr 2008 auf den Stand 31. Dezember 2008 rechnerisch fortgeschrieben. Bei den Standorten handelt es sich um Bergwerke.

Standort	Vorräte ¹⁾²⁾³⁾				Förderung 2008 ⁶⁾		Theoretische Lebensdauer auf Basis der Förderung 2008 ⁷⁾ (in Jahren, auf Basis von K ₂ O)
	(in Mio. Tonnen effektiv)	(in Mio. Tonnen K ₂ O ⁴⁾)	(in Mio. Tonnen KCl ⁴⁾)	(in Mio. Tonnen Kieserit ⁵⁾)	(in Mio. Tonnen effektiv)	(in Mio. Tonnen K ₂ O)	
Neuhof-Ellers	108,4	11,1	17,6	22,4	3,81	0,41	27
Sigmundshall	27,8	3,2	5,1	4,0	2,49	0,31	9
Verbundwerk Hattorf-Wintershall	715,1	60,8	96,2	96,0	16,49	1,30	45
Untereibitzbach	110,2	20,5	32,4	9,5	3,08	0,80	25
Zielitz	406,3	51,6	81,7	–	10,74	1,60	31

1) Dargestellt sind gewinnbare Vorräte (sog. *proven reserves* und *probable reserves*), die nach langjährigen Standards der K+S Gruppe (die nach Einschätzung der K+S Gruppe dem internationalen technischen Stand entsprechen) ermittelt werden. In der K+S Gruppe erfolgt eine weitere Unterteilung der Vorräte in A-, B1-, B2-, C1- und C2-Vorräte. C2-Vorräte sind hier nicht einbezogen.

- A-Vorräte sind sichere Vorräte 250 m vor der Abbaufont, erkundet durch Explorationsbohrungen (Fern- und Naherkundungsbohrungen und Bemusterungsbohrungen), Streckenbemusterung (optische Erfassung und Messung der zugänglichen Lagerstätte in den Grubenbauen) und Radarmessungen.
- B1-Vorräte sind sichere Vorräte erkundet durch Explorationsbohrungen unter Tage (Fern- und Naherkundungsbohrungen) und Radarmessungen, in der steilen Lagerung auch durch Streckenbemusterungen.
- B2-Vorräte sind sichere Vorräte extrapoliert im 500 m-Abstand um die B1-Vorräte, in der steilen Lagerung auch durch Streckenbemusterungen.
- C1-Vorräte sind Vorräte, die großräumig bekannt sind durch seismische Vermessungen und Bohrungen von der Erdoberfläche aus.
- C2-Vorräte (sog. *resources*) sind Vorräte, die auf der Basis von seismischen Messungen und eventuell einzelnen Bohrungen wahrscheinlich sind, aber hier nicht einbezogen sind.

2) *Methodik der Vorratsermittlung:*

Auf der Grundlage der Lagerstättengrenzen (Seismik, Tagesbohrungen) werden markscheiderisch (vermessungstechnisch) die Lagerstättenflächen und deren Grenzen ermittelt. Von diesen Flächen werden nicht bauwürdige (wirtschaftlich nicht gewinnbare) oder verstaubte (kein Wertstoffgehalt) Flächenanteile abgezogen. Den als bauwürdig ausgewiesenen Flächen werden Mächtigkeiten (Höhen der Flöze), Gehalte an Nutzkomponenten (KCl, MgSO₄) und Schadkomponenten (z. B. Langbeinit) zugeordnet. Die Einstufung in die Vorratsklassen A, B und C₁ (siehe Fußnote 1) erfolgt auf der Grundlage einer detaillierten Exploration und nach Berechnungsregeln, die internationalem Standard entsprechen. Vorräte der Klasse C₂ sind nicht Bestandteil der hier genannten Vorratsbasis und der theoretischen Lebensdauer. In der steilen Lagerung (SI) ist der Anteil der bergmännischen Streckenauffahrungen für die Vorratseinstufung (Klassen A und B) deutlich höher als in der flachen Lagerung. Die vorgenannte Vorratsermittlung wird alle zwei Jahre durchgeführt (zuletzt zum 1. Januar 2008). Die Ermittlung in den dazwischen liegenden Jahren erfolgt rechnerisch anhand der tatsächlichen Fördermengen.

Sicherheit der Vorratsermittlung:

Auf der Grundlage der detaillierten Erkundung in den Grubenbetrieben und der umfassenden Kenntnis der geologischen Zusammenhänge, sind die A- und B-Vorräte sicher als Bilanzvorräte nachgewiesen. Die C₁-Vorräte werden wegen der geringeren Anzahl an Aufschlüssen (Bohrungen, Radarmessdaten usw.) mit höheren Abschlägen (z. B. Verstaubungsfaktor) berechnet. Damit ist auch hier eine hohe Sicherheit in der Aussage gewährleistet. Bei der Ermittlung der Wertstoffgehalte wird über die gesamte Vorratsmenge gemittelt. Da die Wertstoffe in Grenzen ungleichmäßig in der Lagerstätte verteilt sind, ergeben sich jährliche Schwankungen in den Fördergehalten.

- 3) Vorratsmenge und damit Lebensdauer sind nach Einschätzung der K+S Gruppe wie folgt erweiterbar:
 - Im Werk Neuhoof-Ellers möglicherweise in Abhängigkeit weiterer zu erwartender seismischer Ergebnisse. Die Einbeziehung von Vorräten des Kaliflözes Thüringen wird geprüft.
 - Im Werk Sigmundshall durch die Vorräte der Lagerstätte Siegfried-Giesen (Reservebergwerk); wirtschaftliche und genehmigungsrechtliche Prüfung in Arbeit.
 - Im Werk Hattorf-Wintershall erheblich durch Vorräte des Erlaubnisfeldes Marbach; wirtschaftliche und genehmigungsrechtliche Prüfung in Arbeit.
 - Im Werk Zielitz durch Vorräte des südlichen und östlichen Randbereiches, sowie möglicherweise Erwerb des Feldes Zielitz 3 und z.Zt. laufender Prüfung der Gewinnung des Flözes Staßfurt.
- 4) Kaliumoxid (K₂O) ist eine übliche, chemische Berechnungsgröße für Kaliumchlorid (KCl), welches tatsächlich chemisch vorliegt (Umrechnungsfaktor 100 % KCl entsprechen 63,17 % K₂O).
- 5) Kieserit ist nutzbares MgSO₄-Mineral, andere MgSO₄-haltige Minerale sind verfahrensbedingt nicht nutzbar (Umrechnungsfaktor 100 % Kieserit entsprechen 86,98 % MgSO₄).
- 6) Die angegebene Förderung für 2008 entspricht insgesamt etwa 90 % der technisch möglichen Förderkapazität.
- 7) Die angegebene theoretische Lebensdauer ist auf Basis der tatsächlichen Förderung im Kalenderjahr 2008 und der Rohstoffreserven rechnerisch ermittelt worden. Eine zukünftig abweichende tatsächliche Förderung führt zu einer veränderten theoretischen Lebensdauer.

Die genutzten Lagerstätten befinden sich im Eigentum der K+S Gruppe oder es bestehen entsprechende Schürf- und Gewinnungsrechte bzw. Bewilligungen, die den Abbau der in der Tabelle angegebenen Rohstoffvorräte über die dargestellten Zeiträume rechtlich absichern. Auf einige der Felder sind Wartegelder, Förderabgaben oder Förderzinse zu zahlen. Diese betragen pro Jahr für sämtliche Felder des Geschäftsbereichs Kali- und Magnesiumprodukte insgesamt rund EUR 0,8 Mio. und orientieren sich grundsätzlich an der Produktionsmenge.

Salzvorräte

Die nachstehende Tabelle zeigt die Salzvorräte und -förderkapazitäten der K+S Gruppe (ohne Morton Salt). Die Vorräte wurden mittels der in Fußnote 2 beschriebenen technischen Verfahren zuletzt zum 1. Januar 2008 ermittelt und unter Berücksichtigung der tatsächlichen Förderung im Kalenderjahr 2008 zum Stand 31. Dezember 2008 rechnerisch fortgeschrieben.

Standort	Vorräte (in Mio. Tonnen) ¹⁾²⁾³⁾⁴⁾	Förderung 2008 (in Mio. Tonnen) ⁵⁾	Theoretische Lebensdauer auf Basis der Förderung 2008 ⁶⁾ (in Jahren)	Produktionsweise
Bernburg, Deutschland	42,9	1,42	30	Bergwerk
Bernburg Gnetsch, Deutschland	21,5	0,25	86	Solbetrieb
Bernburg Bründelscher Berg, Deutschland	70	0,25	280	Solbetrieb, Feld jedoch bisher nicht genutzt, Lebensdauer auf Basis einer angenommenen Förderung errechnet
Braunschweig-Lüneburg, Deutschland	21,6	0,52	42	Bergwerk
Borth, Deutschland	49,7	1,28	39	Bergwerk
Harlingen, Niederlande	8,8	1,0	8-9	Solbetrieb
Levallois-Perret, Frankreich	0,4	0,1	3-4	Solbetrieb Drei weitere Kavernen auf eigenem Grundstück sind erschließbar mit einer Gesamtreserve von 0,45 Mio. Tonnen
Rio Grande do Norte, Brasilien	–	0,5	–	Meersalzgewinnung
Tarapacá, Chile	205	6,5	32	Tagebau

1) Dargestellt sind gewinnbare Vorräte (sog. *proven reserves* und *probable reserves*), die nach langjährigen Standards der K+S-Gruppe (die nach Einschätzung der K+S Gruppe dem internationalen technischen Stand entsprechen) ermittelt werden. In der

K+S Gruppe erfolgt eine weitere Unterteilung der Vorräte in A-, B1-, B2-, C1- und C2-Vorräte. C2-Vorräte sind hier nicht einbezogen.

A-Vorräte sind sichere Vorräte 250 m vor der Abbaufont, erkundet durch Explorationsbohrungen (Fern- und Naherkundungsbohrungen und Bemusterungsbohrungen), Streckenbemusterung (optische Erfassung und Messung der zugänglichen Lagerstätte in den Grubenbauen) und Radarmessungen.

B1-Vorräte sind sichere Vorräte erkundet durch Explorationsbohrungen unter Tage (Fern- und Naherkundungsbohrungen) und Radarmessungen, in der steilen Lagerung auch durch Streckenbemusterungen.

B2-Vorräte sind sichere Vorräte extrapoliert im 500 m-Abstand um die B1-Vorräte, in der steilen Lagerung auch durch Streckenbemusterungen.

C1-Vorräte sind Vorräte, die großräumig bekannt sind durch seismische Vermessungen und Bohrungen von der Erdoberfläche aus.

C2-Vorräte (sog. *resources*) sind Vorräte, die auf der Basis von seismischen Messungen und eventuell einzelnen Bohrungen wahrscheinlich sind.

- 2) Vorratsmenge und damit Lebensdauer sind nach Einschätzung der K+S Gruppe wie folgt erweiterbar:
 - Berkwerke Bernburg und Braunschweig-Lüneburg: durch noch offene Erkundung von Perspektivfeldern erheblich erweiterbar.
 - Werk Tarapacá, Chile: erheblich erweiterbar, da im Vorfeld als sicher anzunehmende große Vorratsflächen liegen. Die angegebenen *proven reserves* sind durch zwei Tagebauaufschlüssen und dem durch Bohrungen erkundeten Vorfeld sicher erkundet.
 - Bernburg Gnetsch: Die soltechnische Förderung aus den Kavernen 2-6 deckt den Bedarf der Saline Bernburg. Weitere 10 Kavernen sind möglich.
 - Bernburg Bründelscher Berg: Das Feld wird bisher nicht genutzt. 46 Kavernen sind möglich. Die Lebensdauer wurde auf Basis einer angenommenen Förderung errechnet.
 - Harlingen, Niederlande: Konzessionen für weitere Kavernen sind in Vorbereitung, je Kaverne ist mit Vorräten von 7 Mio. Tonnen zu rechnen. Die gegenwärtige Vorratsbasis sind drei Kavernen.
 - Levallois-Perret: drei weitere Kavernen auf eigenem Grundstück sind erschließbar (entsprechend 0,45 Mio. Tonnen). Zusätzliche Kavernen setzen Grundstückserwerb voraus.
- 3) *Methodik der Vorratsermittlung:*

Auf der Grundlage der Lagerstättengrenzen (Seismik, Tagesbohrungen) werden markscheiderisch (vermessungstechnisch) die Lagerstättenflächen und deren Grenzen ermittelt. Von diesen Flächen werden nicht bauwürdige (wirtschaftlich nicht gewinnbare) abgezogen. Den als bauwürdig ausgewiesenen Flächen werden Mächtigkeiten (Höhen der Flöze), Gehalte an Nutzkomponenten (NaCl) und Schadkomponenten (z. B. Anhydrit) zugeordnet. Die Einstufung in die Vorratsklassen A, B und C1 (siehe Fußnote 1) erfolgt auf der Grundlage einer detaillierten Exploration und nach Berechnungsregeln, die internationalem Standard entsprechen. Vorräte der Klasse C2 sind nicht Bestandteil der hier genannten Vorratsbasis und der theoretischen Lebensdauer. Die vorgenannte Vorratsermittlung wird alle zwei Jahre durchgeführt (zuletzt zum 1. Januar 2008). Die Ermittlung in den dazwischen liegenden Jahren erfolgt rechnerisch anhand der tatsächlichen Fördermengen.

Sicherheit der Vorratsermittlung:
Auf der Grundlage der detaillierten Erkundung in den Grubenbetrieben und der umfassenden Kenntnis der geologischen Zusammenhänge, sind die A- und B-Vorräte sicher als Bilanzvorräte nachgewiesen. Die C1-Vorräte werden wegen der geringeren Anzahl an Aufschlüssen (Bohrungen, Radarmessdaten usw.) mit höheren Abschlägen (z. B. Vertaubungsfaktor) berechnet. Damit ist auch hier eine hohe Sicherheit in der Aussage gewährleistet.
- 4) Die angegebene Förderung entspricht insgesamt etwa 72% der technisch möglichen Förderkapazität.
- 5) Die angegebene theoretische Lebensdauer ist auf Basis der tatsächlichen Förderung im Kalenderjahr 2008 und der Rohstoffreserven rechnerisch ermittelt worden. Eine zukünftig abweichende tatsächlichen Förderung führt zu einer veränderten theoretischen Lebensdauer.

Die genutzten Lagerstätten befinden sich im Eigentum der K+S Gruppe oder es bestehen entsprechende Schürf- und Gewinnungsrechte bzw. Bewilligungen, die den Abbau der in der Tabelle angegebenen Rohstoffvorräte über die dargestellten Zeiträume rechtlich absichern. Hinsichtlich des Standortes in Chile ist die K+S Gruppe Inhaberin von Abbaukonzessionen (siehe „*Rechtliche Rahmenbedingungen – Rohstoff- und Standortssicherung – Genehmigungen*“). Diese werden jährlich aufgrund Zahlung einer wertunabhängigen Verwaltungsgebühr durch die K+S Gruppe verlängert. Soweit die Zahlung erfolgt, besteht ein Anspruch auf Verlängerung, welche unbegrenzt oft möglich ist. Mit Ausnahme von Harlingen, Niederlande, fallen bis zum Jahr 2010 für keine dieser Produktionsstätten Wartegelder, Förderabgaben oder Förderzinse an. Für Harlingen, Niederlande betragen die Förderabgaben pro Jahr etwa EUR 0,4 Mio. und orientieren sich grundsätzlich an der Produktionsmenge.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Salzvorräte und -förderkapazitäten der am 1. Oktober 2009 übernommenen Morton Salt. Die Vorräte wurden mittels der in Fußnote 1 beschriebenen technischen Verfahren zuletzt zum 1. Januar 2008 ermittelt und unter Berücksichtigung der tatsächlichen Förderung im Kalenderjahr 2008 zum Stand 31. Dezember 2008 rechnerisch fortgeschrieben.

Standort	Vorräte ^{1) 2)} (in Mio. Tonnen)	Förderung 2008 ⁴⁾ (in Mio. Tonnen)	Theoretische Lebensdauer auf Basis der Förderung 2008 ⁵⁾ (in Jahren)	Anmerkungen
Ojibway, Ontario, Kanada	48,6	2,9	17	Bergwerk
Pugwash, Nova Scotia, Kanada	22	1,3	17	Bergwerk und Solbetrieb
Mines Seleine, Quebec, Kanada	25,5	1,4	19	Bergwerk ³⁾
Weeks Island, Louisiana, USA	85	1,4	59	Bergwerk ³⁾
Fairport, Ohio, USA	67,5	1,3	51	Bergwerk ³⁾
Grand Saline, Texas, USA	60	0,4	151	Bergwerk und Solbetrieb
Rittman, Ohio, USA	12,5	0,5	25	Solbetrieb
Hutchinson, Kansas, USA	9	0,3	30	Solbetrieb
Silver Springs, New York, USA	12	0,3	37	Solbetrieb
Manistee, Michigan, USA	6	0,3	23	Solbetrieb
Windsor, Ontario, Kanada	10,5	0,2	51	Solbetrieb
Lindbergh, Alberta, Kanada	10	0,1	100	Solbetrieb
Inagua, Bahamas	–	1,1	–	Solarsalzgewinnung (Meer)
Grantsville, Utah, USA	–	0,7	–	Solarsalzgewinnung (Great Salt Lake)
Glendale, Arizona, USA	7,5	0,1	77	Solbetrieb

1) Dargestellt sind Vorräte (*reserves*), die sich im Besitz von Morton befinden oder für die Morton Gewinnungsberechtigungen besitzt. Die Ausdehnung der Lagerstätte ist für die Standorte durch Bohrungen, seismische Messungen u. a. erkundet. Für die Bergwerke werden auf Grundlage der Ausdehnung der Lagerstätte, der Mächtigkeit des Salzflözes bzw. des Salzstockes und der technisch möglichen Extraktionsrate die gewinnbaren Reserven ermittelt. Die mögliche Extraktionsrate wird u. a. durch gebirgsmechanische Untersuchungen ermittelt.

Bei den Solbetrieben wird die mögliche Anzahl der Kavernen und die Kavernengröße (abhängig von Lagermächtigkeit, Tiefe des Salzlagers usw.) sowie die aus den gegenwärtig bereits betriebenen Kavernen gewinnbaren Mengen zur Ermittlung der Vorräte genutzt.

2) Vorratsmenge und Lebensdauer sind auf den Bergwerks- und Solungsstandorten erweiterbar. Teilweise ist dies im Rahmen bestehenden Eigentums und vorhandener Konzessionen durch Explorationsmaßnahmen möglich. Zum anderen Teil müssen dazu weitere Flächen oder Konzessionen erworben werden.

Für die Bergwerke Ojibawy und Mines Seleine sind entsprechende Explorationsbohrprogramme gegenwärtig vorgesehen. Dargestellt sind Vorräte (*reserves*), die sich im Besitz von Morton befinden oder für die Morton Gewinnungsberechtigungen besitzt. Die Ausdehnung der Lagerstätte ist für die Standorte durch Bohrungen, seismische Messungen u. a. erkundet.

3) Diese Standorte produzieren ausschließlich bzw. zu einem sehr hohem Prozentsatz Auftausalz.

4) Die angegebene Förderung für 2008 entspricht insgesamt etwa 90 % der technisch möglichen Förderkapazität.

5) Die angegebene theoretische Lebensdauer ist auf Basis der tatsächlichen Förderung im Kalenderjahr 2008 und der Rohstoffreserven rechnerisch ermittelt worden. Eine zukünftig abweichende tatsächlichen Förderung führt zu einer veränderten theoretischen Lebensdauer.

Die genutzten Lagerstätten befinden sich im Eigentum der K+S Gruppe oder es bestehen entsprechende Bewilligungen, die den Abbau der in der Tabelle angegebenen Rohstoffvorräte über die dargestellten Zeiträume rechtlich absichern. Auf einige der Felder sind Förderabgaben oder Förderzinsen zu zahlen. Diese betragen pro Jahr für sämtliche Felder von Morton Salt in USA zusammen USD 1,0 Mio. und in Kanada zusammen CAD 2,3 Mio.

BESTEuerung IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

*Dieser Abschnitt enthält eine kurze Darstellung einiger wichtiger deutscher Besteuerungsgrundsätze, die im Zusammenhang mit dem Erwerb, dem Halten oder der Übertragung von Aktien/Bezugsrechten, die nach dem 31. Dezember 2008 erworben wurden bzw. werden, wie zum Beispiel die Neuen Aktien, bedeutsam sein können. Es handelt sich dabei nicht um eine umfassende und vollständige Darstellung sämtlicher steuerlicher Aspekte, die für Aktionäre relevant sein können. Grundlage dieser Zusammenfassung ist das zur Zeit der Erstellung dieses Prospekts geltende nationale deutsche Steuerrecht sowie Bestimmungen der Doppelbesteuerungsabkommen, die derzeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und anderen Staaten typischerweise bestehen. Wie nachfolgend erläutert, ist die steuerliche Rechtslage hinsichtlich der Einräumung, Ausübung und Veräußerung von Bezugsrechten derzeit nicht eindeutig. Die nachfolgenden Erläuterungen beruhen insoweit auf den vorläufigen Ausführungen des Bundesfinanzministeriums (BMF) im Entwurf eines BMF-Schreibens zur Abgeltungsteuer vom 21. Juli 2009 (nachfolgend **BMF-Entwurf**). Ob der BMF-Entwurf in der vorliegenden Form verabschiedet und damit für die Finanzverwaltung verbindlich wird und ob die Finanzgerichte ihm folgen, bleibt abzuwarten. Es ist zu beachten, dass sich die Rechtslage auch im Übrigen – unter Umständen auch rückwirkend – ändern kann.*

Die steuerlichen Ausführungen in diesem Prospekt ersetzen keine Steuerberatung. Deshalb wird jedem am Erwerb von Aktien Interessierten geraten, einen Steuerberater zu den steuerlichen Auswirkungen des Erwerbs, des Haltens, der Veräußerung und der Schenkung oder Vererbung von Aktien bzw. Bezugsrechten zu konsultieren. Gleiches gilt für die bei der Rückerstattung von zunächst einbehaltener deutscher Quellensteuer (Kapitalertragsteuer) geltenden Regeln. Die persönlichen Besonderheiten des jeweiligen Anlegers können nur durch eine individuelle Steuerberatung berücksichtigt werden.

Besteuerung der K+S AG

Die Gesellschaft unterliegt mit ihrem zu versteuernden Einkommen grundsätzlich der deutschen Körperschaftsteuer zu einem einheitlichen Satz von 15% für ausgeschüttete und einbehaltene Gewinne zuzüglich eines Solidaritätszuschlags in Höhe von 5,5% auf die Körperschaftsteuerschuld (insgesamt 15,825%).

Dividenden (Gewinnanteile) und sonstige Bezüge, die die Gesellschaft von inländischen oder ausländischen Kapitalgesellschaften bezieht, unterliegen nicht der Körperschaftsteuer, 5% der jeweiligen Einnahmen gelten jedoch pauschal als nicht abzehbare Betriebsausgaben und unterliegen deshalb der Körperschaftsteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag). Im Ergebnis unterliegen daher Dividenden (Gewinnanteile) und sonstige Bezüge, die die Gesellschaft von Kapitalgesellschaften bezieht, zu 95% nicht der Körperschaftsteuer. Gleiches gilt für Gewinne der Gesellschaft aus der Veräußerung von Anteilen an einer inländischen oder ausländischen Kapitalgesellschaft. Verluste aus der Veräußerung solcher Anteile sind steuerlich nicht abzugsfähig. Tatsächlich entstandene Betriebsausgaben mit Ausnahme von Veräußerungskosten können jedoch bei der Gewinnermittlung in voller Höhe abgezogen werden.

Zusätzlich unterliegt die Gesellschaft mit ihren in inländischen Betriebsstätten erzielten Gewerbeerträgen der Gewerbesteuer. Zur Ermittlung der gewerbesteuerlichen Bemessungsgrundlage wird der für körperschaftsteuerliche Zwecke in den inländischen Betriebsstätten ermittelte Gewinn insbesondere um ein Viertel der bei der Körperschaftsteuer abzehbaren Entgelte für Schulden sowie um ein Viertel der Finanzierungsanteile in Miet- und Pachtzinsen, Leasingraten und Lizenzgebühren erhöht, soweit die Summe dieser Entgelte mehr als EUR 100.000 beträgt. Seit 2008 ist die Gewerbesteuer auf der Ebene der Gesellschaft nicht mehr als Betriebsausgabe abzehbar, d. h. die Gewerbesteuer mindert weder die Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer noch ihre eigene Bemessungsgrundlage.

Die Höhe der Gewerbesteuer hängt davon ab, in welcher Gemeinde die Gesellschaft Betriebsstätten unterhält. Sie beträgt in der Regel ca. 7% bis 17% des Gewerbeertrags, je nach Hebesatz der Gemeinde.

Für Zwecke der Gewerbesteuer werden Gewinnanteile, die von Kapitalgesellschaften bezogen werden, sowie Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen an einer anderen Kapitalgesellschaft, grundsätzlich in gleicher Weise behandelt wie für Zwecke der Körperschaftsteuer. Allerdings sind von inländischen und ausländischen Kapitalgesellschaften bezogene Gewinnanteile grundsätzlich nur dann effektiv zu 95% von der Gewerbesteuer befreit, wenn die Gesellschaft zu Beginn bzw. seit Beginn des maßgeblichen Erhebungszeitraumes ununterbrochen zu mindestens 15% am Grund- oder Stammkapital der ausschüttenden Gesellschaft beteiligt

war (gewerbsteuerliches Schachtelprivileg). Für Gewinnanteile, die von ausländischen Kapitalgesellschaften stammen, gelten zusätzliche Einschränkungen.

Steuerliche Verlustvorträge können nur bis zur Höhe von derzeit EUR 1 Mio. zum vollständigen Ausgleich eines positiven körperschaftsteuerpflichtigen Einkommens bzw. des Gewerbeertrags herangezogen werden. Übersteigt das Einkommen bzw. der Gewerbeertrag diesen Betrag, ist der Verlustausgleich auf 60% des übersteigenden Betrags begrenzt. Die verbleibenden 40% müssen versteuert werden (sog. Mindestbesteuerung). Nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge können aber grundsätzlich ohne zeitliche Beschränkung vorgezogen und in späteren Veranlagungszeiträumen im Rahmen der dargestellten Regelung von zukünftigen steuerpflichtigen Einkommen bzw. Gewerbeerträgen abgezogen werden.

Mit dem Unternehmensteuerreformgesetz 2008 wurde die sog. Zinsschranke eingeführt. Im Grundsatz können danach Aufwendungen für die Überlassung von Fremdkapital bei der Ermittlung des steuerlichen Gewinns der Gesellschaft in Höhe des Zinsertrages und darüber hinaus nur noch bis zur Höhe von 30% des steuerlichen EBITDAs (steuerlicher Gewinn bereinigt um Zinsaufwendungen, Zinserträge sowie bestimmte Abschreibungen) abgezogen werden, falls der Nettozinsaufwand (Saldo der Zinsaufwendungen und Zinserträge eines Wirtschaftsjahres) EUR 3 Mio. für Wirtschaftsjahre, die vor dem 1. Januar 2010 enden, und EUR 1 Mio. für Wirtschaftsjahre, die nach dem 31. Dezember 2009 enden, oder mehr beträgt und keine sonstigen Ausnahmetatbestände greifen. Im Hinblick auf die Überlassung von Fremdkapital durch Gesellschafter gelten zusätzlich besondere Regelungen. Zinsaufwendungen, die nicht abgezogen werden dürfen, sind in die folgenden Wirtschaftsjahre der Gesellschaft vorzutragen (Zinsvortrag) und erhöhen die Zinsaufwendungen der folgenden Wirtschaftsjahre.

Falls innerhalb von fünf Jahren mehr als 50% des gezeichneten Kapitals, der Mitgliedschaftsrechte, Beteiligungsrechte oder der Stimmrechte unmittelbar oder mittelbar auf einen Erwerber oder diesem nahestehende Personen übertragen werden oder ein vergleichbarer Sachverhalt vorliegt (sog. schädlicher Beteiligungserwerb), gehen nicht genutzte Verluste und Zinsvorträge vollständig unter. Als ein Erwerber gilt auch eine Gruppe von Erwerbern mit gleichgerichteten Interessen. Zusätzlich können die bis zum Zeitpunkt des schädlichen Beteiligungserwerbs entstandenen Verluste des laufenden Wirtschaftsjahres grundsätzlich nicht mehr ausgeglichen werden. Übertragungen im vorstehenden Sinne von mehr als 25% bis zu 50% lassen nicht genutzte Verluste und Zinsvorträge anteilig entfallen.

Besteuerung der Aktionäre

Aktionäre unterliegen der Besteuerung insbesondere im Zusammenhang mit dem Halten von Aktien (Besteuerung von Dividendeneinkünften), der Veräußerung von Aktien bzw. der Veräußerung oder der Ausübung von Bezugsrechten (Besteuerung von Veräußerungsgewinnen) und der unentgeltlichen Übertragung von Aktien und Bezugsrechten (Erbchaft- und Schenkungsteuer).

Besteuerung von Dividendeneinkünften

Kapitalertragsteuer

Die Gesellschaft muss bei der Ausschüttung von Dividenden grundsätzlich Kapitalertragsteuer in Höhe von 25% und einen auf die Kapitalertragsteuer erhobenen Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5% (insgesamt 26,375%) einbehalten und an das zuständige Finanzamt abführen. Bemessungsgrundlage für die Kapitalertragsteuer ist die von der Hauptversammlung beschlossene Dividende.

Die Kapitalertragsteuer wird grundsätzlich unabhängig davon einbehalten, ob und in welchem Umfang die Dividendenzahlung auf Ebene des Aktionärs steuerlich zu berücksichtigen ist und ob es sich um einen im Inland oder im Ausland ansässigen Aktionär handelt. Auf schriftlichen Antrag eines inländischen Anlegers kann dessen inländische Verwahrstelle von den Dividenden auch Kirchensteuer einbehalten.

Bei Dividenden, die an eine in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union ansässige Gesellschaft im Sinne des Art. 3 Abs. 1 Buchstabe a der sog. Mutter-Tochter-Richtlinie (Richtlinie Nr. 90/435/EWG des Rates vom 23. Juli 1990 in der derzeit gültigen Fassung) ausgeschüttet werden, wird bei Vorliegen weiterer Voraussetzungen auf Antrag von einer Einbehaltung der Kapitalertragsteuer abgesehen oder die einbehaltene Kapitalertragsteuer erstattet. Dies gilt auch für Dividenden, die an eine in einem anderen Mitgliedstaat der

Europäischen Union gelegene Betriebsstätte einer solchen Muttergesellschaft oder einer in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtigen Muttergesellschaft ausgeschüttet werden, sofern die Beteiligung an der ausschüttenden Gesellschaft zum Betriebsvermögen einer solchen Betriebsstätte gehört.

Für Dividendenzahlungen an sonstige im Ausland ansässige Aktionäre wird der Kapitalertragsteuersatz, wenn Deutschland mit dem Ansässigkeitsstaat des Aktionärs ein Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen hat, wenn der Aktionär nach innerstaatlichem Recht die Vorteile des Doppelbesteuerungsabkommens in Anspruch nehmen kann und wenn der Aktionär seine Aktien weder im Vermögen einer Betriebsstätte oder festen Einrichtung in Deutschland noch in einem Betriebsvermögen, für das ein ständiger Vertreter in Deutschland bestellt ist, hält, nach Maßgabe des Doppelbesteuerungsabkommens ermäßigt. Die Ermäßigung der Kapitalertragsteuer wird grundsätzlich in der Weise gewährt, dass die Differenz zwischen der einbehaltenen Kapitalertragsteuer einschließlich Solidaritätszuschlag und der nach Maßgabe des einschlägigen Doppelbesteuerungsabkommens geschuldeten Kapitalertragsteuer (in der Regel 15 %) auf Antrag durch die deutsche Finanzverwaltung (Bundeszentralamt für Steuern, Hauptdienstszitz Bonn-Beuel, An der Kuppe 1, D-53225 Bonn) erstattet wird. Formulare für das Erstattungsverfahren sind beim Bundeszentralamt für Steuern (<http://www.bzst.bund.de/>) sowie bei den deutschen Botschaften und Konsulaten erhältlich.

Im Falle von Dividendenzahlungen an eine ausländische, in Deutschland beschränkt steuerpflichtige Körperschaft werden dieser grundsätzlich zwei Fünftel der einbehaltenen und abgeführten Kapitalertragsteuer erstattet. Der Anspruch auf eine weitergehende Erstattung oder Freistellung auf Grund der Mutter-Tochter-Richtlinie oder von Doppelbesteuerungsabkommen bleibt unberührt.

Die Freistellung oder (teilweise) Erstattung von deutscher Kapitalertragsteuer setzt im Falle von ausländischen Gesellschaften regelmäßig voraus, dass diese einen gesetzlich vorgegebenen Substanztest erfüllen.

Im Inland ansässige Aktionäre

Natürliche Personen mit Aktien im Privatvermögen

Für natürliche Personen, die in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtig sind (in der Regel Personen, deren Wohnsitz, gewöhnlicher Aufenthalt, Sitz oder Ort der Geschäftsleitung sich in Deutschland befindet) und die die Aktien im **Privatvermögen** halten, hat die Kapitalertragsteuer grundsätzlich abgeltende Wirkung, d. h. mit dem Steuerabzug ist die Einkommensteuerschuld des Aktionärs insoweit abgegolten und die Dividenden müssen in der Jahressteuererklärung des Aktionärs nicht mehr erklärt werden. Der Abzug der tatsächlichen Werbungskosten ist ausgeschlossen und wird ersetzt durch den jährlichen Sparer-Pauschbetrag in Höhe von EUR 801 (EUR 1.602 bei zusammen veranlagten Ehegatten), der für die gesamten Einkünfte aus Kapitalvermögen gilt.

Der Abgeltungsteuersatz soll die erzielten Einkünfte abschließend, also unabhängig vom persönlichen Steuersatz des Steuerpflichtigen besteuern. Auf Antrag des Aktionärs können die erzielten Dividendeneinkünfte anstelle der Abgeltungsbesteuerung nach den allgemeinen Regelungen zur Ermittlung der tariflichen Einkommensteuer veranlagt werden, wenn dies für ihn zu einer niedrigeren Steuerbelastung führt. Auch in diesem Fall sind die Bruttoerträge abzüglich des Sparer-Pauschbetrages in Höhe von EUR 801 (EUR 1.602 bei zusammen veranlagten Ehegatten) für die Besteuerung maßgeblich. Ein Abzug der tatsächlichen Werbungskosten bleibt auch im Rahmen der Veranlagung ausgeschlossen. Eine zunächst einbehaltene Kapitalertragsteuer wird in diesem Fall auf die im Wege der Veranlagung erhobene Einkommensteuer angerechnet bzw. bei einem Überhang erstattet.

Zum Betriebsvermögen gehörende Aktien

Die Besteuerung der Dividenden aus Aktien, die zu einem **Betriebsvermögen** gehören, richtet sich danach, ob der Aktionär eine Körperschaft, eine natürliche Person oder eine Personengesellschaft (Mitunternehmerschaft) ist.

Bei Aktien, die dem Betriebsvermögen eines Aktionärs zuzuordnen sind, hat die grundsätzlich auf die Dividenden nach den oben dargestellten Grundätzen einzubehaltende Kapitalertragsteuer keine Abgeltungswirkung. Vielmehr besteht in diesen Fällen die Möglichkeit, dass die einbehaltene Kapitalertragsteuer einschließlich

Solidaritätszuschlag auf die Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer und den Solidaritätszuschlag des Aktionärs angerechnet bzw. bei einem Überhang erstattet wird.

Körperschaften

Ist der Aktionär eine **im Inland ansässige Körperschaft**, so sind die Dividenden grundsätzlich von der Körperschaftsteuer und dem Solidaritätszuschlag befreit. 5 % der Dividenden gelten jedoch pauschal als nicht abzugsfähige Betriebsausgaben und unterliegen daher der Körperschaftsteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag), so dass die Dividenden im Ergebnis zu 95 % steuerfrei sind. Im Übrigen dürfen tatsächlich anfallende Betriebsausgaben, die mit den Dividenden in unmittelbarem wirtschaftlichen Zusammenhang stehen, abgezogen werden. Die Dividenden unterliegen jedoch nach Abzug der mit ihnen im Zusammenhang stehenden Betriebsausgaben in voller Höhe der Gewerbesteuer, es sei denn, die Körperschaft war zu Beginn des maßgeblichen Erhebungszeitraums zu mindestens 15 % am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt. Im letztgenannten Fall gilt die oben beschriebene Freistellung von 95 % der Dividenden für Zwecke der Gewerbesteuer entsprechend.

Einzelunternehmer (natürliche Personen)

Werden die Aktien im Betriebsvermögen eines **Einzelunternehmers (natürliche Person)** gehalten, sind Dividenden zu 40 % steuerbefreit (sog. Teileinkünfteverfahren). Aufwendungen, die in wirtschaftlichem Zusammenhang mit den Dividenden stehen, sind zu 60 % steuerlich abzugsfähig. Das sog. Teileinkünfteverfahren gilt auch, soweit natürliche Personen Anteile an der Gesellschaft mittelbar über Personengesellschaften halten (mit Ausnahme von Privatpersonen, die über vermögensverwaltende Personengesellschaften beteiligt sind).

Gehören die Aktien zu einer in Deutschland unterhaltenen Betriebsstätte eines Gewerbebetriebs des Aktionärs, so unterliegen die Dividendeneinkünfte (nach Abzug der mit ihnen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehenden Betriebsausgaben) zusätzlich zur Einkommensteuer in voller Höhe der Gewerbesteuer, es sei denn, der Aktionär war zu Beginn des maßgeblichen Erhebungszeitraums zu mindestens 15 % am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt. Die Gewerbesteuer wird jedoch grundsätzlich im Wege eines pauschalierten Anrechnungsverfahrens auf die persönliche Einkommensteuer des Aktionärs angerechnet.

Personengesellschaften

Ist der Aktionär eine **Personengesellschaft**, so wird die Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer und der Solidaritätszuschlag nicht auf der Ebene der Personengesellschaft, sondern auf der Ebene des jeweiligen Gesellschafters erhoben. Die Besteuerung eines jeden Gesellschafters hängt davon ab, ob der Gesellschafter eine Körperschaft oder eine natürliche Person ist. Ist der Gesellschafter eine Körperschaft, so ist die Dividende grundsätzlich zu 95 % steuerfrei (siehe oben). Ist der Gesellschafter eine natürliche Person, so unterliegen 60 % der Dividendenbezüge der Einkommensteuer (siehe oben).

Zusätzlich unterliegen die Dividenden bei Zurechnung der Aktien zu einer inländischen Betriebsstätte eines Gewerbebetriebs der Personengesellschaft bei dieser der Gewerbesteuer, und zwar grundsätzlich in voller Höhe. Wenn der Gesellschafter der Personengesellschaft eine natürliche Person ist, wird die von der Personengesellschaft gezahlte, auf seinen Anteil entfallende Gewerbesteuer grundsätzlich nach einem pauschalierten Verfahren auf seine persönliche Einkommensteuer angerechnet. War die Personengesellschaft zu Beginn des maßgeblichen Erhebungszeitraums zu mindestens 15 % am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt, unterliegen die Dividenden nicht der Gewerbesteuer. Allerdings fällt in diesem Fall, soweit an der Personengesellschaft Körperschaften beteiligt sind, auf 5 % der Dividenden, die als nicht abzugsfähige Betriebsausgaben gelten, Gewerbesteuer an. Soweit natürliche Personen an ihr beteiligt sind, unterliegen die Dividenden in diesem Fall nicht der Gewerbesteuer. Unmittelbar mit den Dividenden in Zusammenhang stehende Betriebsausgaben (z. B. Finanzierungskosten) sind bis zur Höhe der freigestellten Dividendeneinkünfte nicht abzugsfähig.

Finanz- und Versicherungssektor

Für Unternehmen des Finanz- und Versicherungssektors gelten besondere Regeln (siehe unten).

Im Ausland ansässige Aktionäre

Bei nicht in Deutschland ansässigen Aktionären (natürlichen Personen und Körperschaften), die ihre Aktien im Betriebsvermögen einer deutschen Betriebsstätte oder festen Einrichtung in Deutschland oder in einem **Betriebsvermögen**, für das ein ständiger Vertreter in Deutschland bestellt ist, halten, gelten hinsichtlich der Besteuerung dieselben Bedingungen wie für in Deutschland ansässige Aktionäre. Die einbehaltene und abgeführte Kapitalertragsteuer wird auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuerschuld ebenfalls angerechnet. Soweit die einbehaltene Kapitalertragsteuer die persönliche Einkommen- oder Körperschaftsteuerschuld übersteigt, wird sie erstattet. Entsprechendes gilt für den Solidaritätszuschlag. Für diese Aktionäre gilt das oben in Bezug auf in Deutschland ansässige Aktionäre Gesagte grundsätzlich entsprechend.

In allen sonstigen Fällen ist eine etwaige deutsche Steuerschuld bei im Ausland ansässigen Aktionären mit Einbehaltung der Kapitalertragsteuer abgegolten. Eine Ermäßigung der Kapitalertragsteuer im Wege der Erstattung oder Freistellung findet nur in den oben unter „Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland – Besteuerung von Dividendeneinkünften – Kapitalertragsteuer“ beschriebenen Fällen statt.

Einräumung und Ausübung der Bezugsrechte

Im Inland ansässige Aktionäre – Natürliche Personen mit Aktien im Privatvermögen

Die steuerlichen Folgen der Einräumung und Ausübung der Bezugsrechte hängen u. a. davon ab, ob der Anleger oder im Fall eines unentgeltlichen Erwerbs sein Rechtsvorgänger zu einem beliebigen Zeitpunkt innerhalb von fünf Jahren vor der Bezugsrechtsausübung unmittelbar oder mittelbar zu mindestens 1% am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt war.

Ist dies der Fall, so werden bei Einräumung der Bezugsrechte die ursprünglichen Anschaffungskosten der Aktien, auf die die Bezugsrechte gewährt werden, auf die Aktien (ex Bezugsrecht) einerseits und die Bezugsrechte andererseits nach der sog. Gesamtwertmethode aufgeteilt. Auf die Bezugsrechte entfällt dabei der Teil der Anschaffungskosten der Aktien, der dem Verhältnis des niedrigsten Börsenkurses der Bezugsrechte am ersten Tag des Bezugsrechtshandels zum niedrigsten Börsenschlusskurs der Aktien am letzten Tag vor Beginn des Bezugsrechtshandels entspricht. Wie auch schon nach der Rechtslage vor der Einführung der Abgeltungsteuer dürfte bei Ausübung der Bezugsrechte deren derart ermittelter Wert in die Anschaffungskosten der Neuen Aktien eingehen.

Ist dies nicht der Fall, war der Anleger also zu keinem Zeitpunkt im maßgeblichen Zeitraum unmittelbar oder mittelbar zu mindestens 1% am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt, so kommt es nicht zu einer Aufteilung der Anschaffungskosten der Aktien, auf die die Bezugsrechte gewährt wurden. Vielmehr bleiben die Anschaffungskosten der Aktien unverändert und die der Bezugsrechte sind mit EUR 0 anzusetzen. Dies soll nach dem BMF-Entwurf unabhängig davon gelten, wann die Aktien erworben worden sind.

Bei der Ausübung der Bezugsrechte gehen deren Anschaffungskosten von EUR 0 auf die Neuen Aktien über. Das hat zur Folge, dass der Wert der Bezugsrechte erst bei einer Veräußerung der Neuen Aktien zu versteuern ist. Das gilt jedenfalls dann, wenn die Aktien, auf die die Bezugsrechte gewährt wurden, nach dem 31. Dezember 2008 erworben worden sind.

Unklar ist, ob das gleiche gilt, wenn die Aktien, auf die die Bezugsrechte gewährt wurden, bereits vor dem 1. Januar 2009 erworben worden sind. Der BMF-Entwurf scheint davon auszugehen. Da es dabei aber zu einem Übergang von steuerfreien stillen Reserven in den vor der Kapitalerhöhung gehaltenen Aktien auf die Neuen Aktien kommen kann und die stillen Reserven damit systemwidrig in die Steuerpflicht einbezogen werden können, bleibt abzuwarten, ob die Finanzverwaltung an dieser Auffassung im endgültigen BMF-Schreiben festhalten wird und ob sie sich mit dieser Auffassung vor den Finanzgerichten durchsetzen können. Wäre dies nicht der Fall, so würde die Bezugsrechtsausübung voraussichtlich als Veräußerung des Bezugsrechts angesehen und wäre im Rahmen des Halbeinkünfteverfahrens zu versteuern, wenn der Anleger das Bezugsangebot innerhalb eines Jahres nach Erwerb der Aktien, auf die die Bezugsrechte gewährt wurden, annimmt. In diesem Fall sollten sich zudem grundsätzlich die Anschaffungskosten der Neuen Aktien entsprechend um den Wert der Bezugsrechte bei Ausübung erhöhen.

Im Inland ansässige Aktionäre – zum Betriebsvermögen gehörende Aktien

Werden die Aktien, auf die die Bezugsrechte gewährt werden, im Betriebsvermögen gehalten, so ist der Buchwert der Aktien nach der Gesamtwertmethode auf die Aktien (ex Bezugsrecht) und die Bezugsrechte aufzuteilen. Der auf die Bezugsrechte entfallende Teil dürfte, wie schon nach der bisherigen Rechtslage, bei Ausübung der Bezugsrechte in die Anschaffungskosten der Neuen Aktien eingehen.

Besteuerung von Veräußerungsgewinnen

Im Inland ansässige Aktionäre – Natürliche Personen mit Aktien im Privatvermögen

Gewinne aus der Veräußerung von Aktien/Bezugsrechten, die *in Deutschland ansässige Aktionäre* im **Privatvermögen** halten und die nach dem 31. Dezember 2008 angeschafft wurden, sind unabhängig von einer Haltefrist grundsätzlich immer steuerpflichtig. Der Steuersatz beträgt (grundsätzlich) einheitlich 25 % (zuzüglich 5,5 % Solidaritätszuschlag hierauf sowie gegebenenfalls Kirchensteuer). Verluste aus der Veräußerung von Aktien dürfen nur mit Gewinnen aus der Veräußerung von Aktien im laufenden oder in einem späteren Jahr ausgeglichen werden. Veräußerungsverluste aus Bezugsrechten können dagegen grundsätzlich mit anderen Einkünften aus Kapitalvermögen im laufenden oder in einem späteren Jahr verrechnet werden. Der Werbungskostenabzug ist ausgeschlossen, lediglich der Sparer-Pauschbetrag in Höhe von EUR 801 (EUR 1.602 bei zusammen veranlagten Ehegatten), der für die gesamten Einkünfte aus Kapitalvermögen eines Jahres gilt, steht zur Verfügung.

Werden die Aktien, die nach dem 31. Dezember 2008 angeschafft wurden, durch ein inländisches Kreditinstitut, ein inländisches Finanzdienstleistungsinstitut (einschließlich der inländischen Niederlassung eines ausländischen Instituts), ein inländisches Wertpapierhandelsunternehmen oder eine inländische Wertpapierhandelsbank (jeweils eine **inländische auszahlende Stelle**) verwahrt oder verwaltet sowie die Kapitalerträge ausbezahlt, wird im Fall der Veräußerung eine grundsätzlich abgeltende Kapitalertragsteuer in Höhe von 25 % (zuzüglich 5,5 % Solidaritätszuschlag darauf sowie gegebenenfalls Kirchensteuer) von dem entsprechenden Institut bzw. Unternehmen einbehalten. Wurden die Aktien bei dem entsprechenden Institut bzw. Unternehmen seit Erwerb verwahrt oder verwaltet, bemisst sich der Steuerabzug nach der Differenz zwischen dem Veräußerungsbetrag nach Abzug der Aufwendungen, die im unmittelbaren sachlichen Zusammenhang mit dem Veräußerungsgeschäft stehen, und dem Entgelt für den Erwerb der Aktien. Hat sich die Verwahrstelle seit dem Erwerb der Aktien geändert und sind die Anschaffungskosten nicht nachgewiesen bzw. ist ein solcher Nachweis nicht zulässig, ist die Kapitalertragsteuer i. H. v. 25 % (zuzüglich Solidaritätszuschlag darauf sowie gegebenenfalls Kirchensteuer) auf 30 % der Einnahmen aus der Veräußerung der Aktien zu erheben. Bei der Veräußerung von Bezugsrechten werden die Anschaffungskosten der Bezugsrechte mit EUR 0 angesetzt. Die Bemessung der Kapitalertragsteuer richtet sich in diesem Fall nach dem Veräußerungserlös (abzüglich eventueller Veräußerungskosten).

Auf Antrag des Aktionärs/Bezugsrechtinhabers können seine Gewinne aus der Veräußerung seiner Aktien/Bezugsrechte anstelle der Abgeltungsbesteuerung nach den allgemeinen Regelungen zur Ermittlung der tariflichen Einkommensteuer veranlagt werden, wenn dies für ihn zu einer niedrigeren Steuerbelastung führt. Auch in diesem Fall ist der Veräußerungsgewinn/-erlös (siehe oben) abzüglich des Sparer-Pauschbetrages in Höhe von EUR 801 (EUR 1.602 bei zusammen veranlagten Ehegatten) für die Besteuerung maßgeblich und ein Abzug der tatsächlichen Werbungskosten ausgeschlossen. Eine zunächst einbehaltene Kapitalertragsteuer wird in diesem Fall auf die im Wege der Veranlagung erhobene Einkommensteuer angerechnet bzw. bei einem Überhang erstattet.

Bezüglich der Veräußerung von Bezugsrechten scheint die Finanzverwaltung im BMF-Entwurf die Auffassung vertreten zu wollen, dass Bezugsrechte in dem Zeitpunkt des Erwerbs der Altaktien als angeschafft gelten. In diesem Fall würden die Regeln über die Besteuerung privater Veräußerungsgeschäfte in der Fassung vor dem Unternehmensteuerreformgesetz 2008 fortgelten, sofern die Altaktien vor dem 1. Januar 2009 erworben wurden. Gewinne aus der Veräußerung von Bezugsrechten würden dann nur der Besteuerung unterliegen, sofern die Bezugsrechte – im Rahmen des Halbeinkünfteverfahrens – innerhalb eines Jahres nach Anschaffung der Altaktien veräußert werden oder der Altaktionär zu irgendeinem Zeitpunkt während der der Veräußerung vorangegangenen fünf Jahre zu mindestens 1 % am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt war. Verluste aus der Veräußerung der Bezugsrechte wären nicht abzugsfähig, sofern die Bezugsrechte nach Ablauf eines Jahres nach dem Erwerb der Altaktien veräußert werden und der Aktionär nicht zu irgendeinem Zeitpunkt während

der der Veräußerung vorangegangenen fünf Jahre zu mindestens 1% am Kapital der Gesellschaft beteiligt war. Sollte die Finanzverwaltung letztendlich eine andere Auffassung vertreten und die Bezugsrechte als nach dem 31. Dezember 2008 angeschafft ansehen, gilt das oben in Bezug auf in Deutschland ansässige Aktionäre Gesagte grundsätzlich entsprechend. Nach bisheriger Auffassung der Finanzverwaltung zur Rechtslage vor der Unternehmensteuerreform 2008 ist auch die Ausübung von Bezugsrechten als Veräußerung der Bezugsrechte anzusehen, sofern die Altaktien im Privatvermögen des Aktionärs gehalten werden und keine Beteiligung von mindestens 1% vorliegt. Als Zeitpunkt der Veräußerung gilt der Tag der Annahme des Bezugsrechtsangebots. Als Veräußerungserlös ist der Börsenkurs der Bezugsrechte im Zeitpunkt der Annahme des Bezugsrechtsangebots zu sehen. Wie oben unter „Einräumung und Ausübung der Bezugsrechte – Im Inland ansässige Aktionäre – Natürliche Personen mit Aktien im Privatvermögen“ dargestellt, bleibt abzuwarten, ob die Finanzverwaltung unter Geltung des Abgeltungsteuerregimes hieran festhalten wird oder ob die Finanzverwaltung – wie derzeit im BMF-Entwurf angedacht – die Ausübung von Bezugsrechten durch einen Privatanleger zukünftig nicht mehr als Veräußerung des Bezugsrechts ansehen will.

Abweichend von den dargestellten Regelungen unterliegen Veräußerungsgewinne eines Aktionärs dem sog. Teileinkünfteverfahren und nicht der Abgeltungsteuer, d.h. Veräußerungsgewinne unterliegen zu 60% mit dem individuellen Steuersatz der Einkommensteuer, wenn der Aktionär oder im Falle eines unentgeltlichen Erwerbs ein Rechtsvorgänger zu irgendeinem Zeitpunkt während der der Veräußerung vorangegangenen fünf Jahre zu mindestens 1% unmittelbar oder mittelbar am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt war. Aufwendungen, die in wirtschaftlichem Zusammenhang mit den Veräußerungserlösen stehen, sind grundsätzlich nur zu 60% steuerlich abzugsfähig. Das gleiche gilt im Grundsatz für eventuelle Veräußerungsverluste.

Im Inland ansässige Aktionäre – zum Betriebsvermögen gehörende Aktien

Auch Gewinne aus der Veräußerung von Aktien/Bezugsrechten, die im **Betriebsvermögen** einer natürlichen Person gehalten werden, unterliegen im Grundsatz nach den oben dargestellten Regelungen der Kapitalertragsteuer in Höhe von 25% (zzgl. 5,5% Solidaritätszuschlag darauf und gegebenenfalls Kirchensteuer), wenn die Aktien von einer inländischen auszahlenden Stelle verwahrt oder verwaltet werden oder ihre Veräußerung durch die inländische auszahlende Stelle durchgeführt wird. Allerdings wird auf Antrag für natürliche Personen, die die Aktien oder Bezugsrechte im inländischen Betriebsvermögen halten, grundsätzlich kein Kapitalertragsteuerabzug auf Gewinne aus der Veräußerung von Aktien und Bezugsrechten vorgenommen.

Grundsätzlich ist kein Kapitalertragsteuerabzug auf Gewinne aus der Veräußerung von Aktien oder Bezugsrechten durch eine inländische auszahlende Stelle vorzunehmen, wenn die Aktien oder Bezugsrechte von einer unbeschränkt steuerpflichtigen Körperschaft, Personenvereinigung oder Vermögensmasse gehalten werden.

Ein eventueller Kapitalertragsteuerabzug hat in diesen Fällen keine abgeltende Wirkung. Auch in diesem Fall besteht die Möglichkeit, dass die einbehaltene Kapitalertragsteuer auf die Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer des Aktionärs angerechnet bzw. bei einem Überhang erstattet wird.

Bei Aktien/Bezugsrechten, die dem Betriebsvermögen eines Aktionärs zugeordnet sind, richtet sich die Besteuerung der erzielten Veräußerungsgewinne danach, ob der Aktionär eine Kapitalgesellschaft, eine natürliche Person oder eine Personengesellschaft ist.

1. Für im Inland ansässige Körperschaften sind Gewinne aus der Veräußerung von Aktien grundsätzlich unabhängig von der Beteiligungshöhe und der Haltedauer von der Körperschaftsteuer (einschließlich Solidaritätszuschlag) und der Gewerbesteuer befreit. 5% der Gewinne gelten jedoch pauschal als nicht abzugsfähige Betriebsausgaben und unterliegen deshalb der Körperschaftsteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag) sowie der Gewerbesteuer, so dass im Ergebnis 95% des Veräußerungsgewinns steuerbefreit sind. Veräußerungsverluste und andere Gewinnminderungen dürfen nicht als Betriebsausgaben abgezogen werden. Gewinne aus der Veräußerung von Bezugsrechten unterliegen nach der Rechtsprechung in voller Höhe der Körperschaftsteuer und der Gewerbesteuer. Verluste aus der Veräußerung der Bezugsrechte und andere Gewinnminderungen sollten im Gegenzug grundsätzlich den steuerlichen Gewinn mindern.
2. Gehören die Aktien zum Betriebsvermögen eines in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtigen Einzelunternehmers (natürliche Person), unterliegen 60% der Veräußerungsgewinne der progressiven Einkommensteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag hierauf. Veräußerungsverluste und mit solchen Veräußerungen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehende Aufwendungen sind entsprechend grundsätzlich nur zu 60% steuerlich abzugsfähig. Sind die Aktien der inländischen Betriebsstätte eines Gewerbebetriebs des

Aktionärs zuzuordnen, so unterliegen 60 % der Veräußerungsgewinne zusätzlich der Gewerbesteuer. Die Gewerbesteuer wird jedoch im Wege eines pauschalierten Verfahrens auf die persönliche Einkommensteuer des Aktionärs angerechnet. Bei im Betriebsvermögen eines Einzelunternehmers realisierten Gewinnen aus der Veräußerung eines Bezugsrechts besteht das Risiko, dass das Teileinkünfteverfahren nicht angewendet wird und diese Gewinne (vergleichbar den von einer Körperschaft realisierten Gewinnen aus Bezugsrechtsveräußerung) in vollem Umfang der Einkommensteuer und dem Solidaritätszuschlag sowie gegebenenfalls der Gewerbesteuer unterliegen; Veräußerungsverluste sollten dann entsprechend abziehbar sein.

3. Ist eine Personengesellschaft Aktionärin, so wird die Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer nicht auf der Ebene der Personengesellschaft, sondern auf der Ebene des jeweiligen Gesellschafters erhoben. Die Besteuerung richtet sich dabei danach, ob der jeweilige Gesellschafter eine Körperschaft oder eine natürliche Person ist. Ist der Gesellschafter eine Körperschaft, entspricht die Besteuerung der Veräußerungsgewinne für Körperschaftsteuerzwecke den unter 1. aufgezeigten Grundsätzen. Ist der Gesellschafter eine natürliche Person, finden für Einkommensteuerzwecke die unter 2. dargestellten Grundsätze Anwendung. Zusätzlich unterliegen die Gewinne aus der Veräußerung von Aktien/Bezugsrechten, die einer inländischen Betriebsstätte eines Gewerbetriebs der Personengesellschaft zuzurechnen sind, der Gewerbesteuer auf der Ebene der Personengesellschaft. In diesem Fall unterliegen die Gewinne aus der Veräußerung von Aktien der Gewerbesteuer grundsätzlich zu 60 %, soweit natürliche Personen an der Personengesellschaft beteiligt sind, und grundsätzlich zu 5 %, soweit Körperschaften beteiligt sind. Bei der Veräußerung eines Bezugsrechts unterliegen die Gewinne in voller Höhe der Gewerbesteuer, soweit eine Körperschaft beteiligt ist. Soweit eine natürliche Person beteiligt ist, besteht das Risiko, dass die Gewinne ebenfalls in voller Höhe der Gewerbesteuer unterliegen. Veräußerungsverluste und andere Gewinnminderungen, die im Zusammenhang mit den veräußerten Aktien/Bezugsrechten stehen, sind nach den oben unter 1. und 2. dargestellten Grundsätzen grundsätzlich nicht oder nur beschränkt abziehbar oder im Falle von Bezugsrechten vollständig abziehbar, sofern der Gesellschafter eine Kapitalgesellschaft ist. Wenn der Gesellschafter eine natürliche Person ist, wird die von der Personengesellschaft gezahlte, auf seinen Anteil entfallende Gewerbesteuer grundsätzlich nach einem pauschalierten Verfahren auf seine persönliche Einkommensteuer angerechnet.

Für Veräußerungsgewinne, die von Unternehmen des Finanz- und Versicherungssektors oder von Pensionsfonds erzielt werden, gelten von diesen Grundsätzen abweichende Sonderregeln, die weiter unten beschrieben sind.

Im Ausland ansässige Aktionäre

Ist der Aktionär eine *nicht in Deutschland ansässige natürliche Person*, so unterliegen Veräußerungsgewinne grundsätzlich nur im Falle einer relevanten Beteiligung i. S. d. § 17 Abs. 1 Einkommensteuergesetz oder dann der deutschen Einkommensteuer, wenn die Aktien zum Betriebsvermögen einer Betriebsstätte in Deutschland gehören (siehe oben). Im erstgenannten Fall schließen die meisten von Deutschland abgeschlossenen Doppelbesteuerungsabkommen eine Besteuerung in Deutschland aus.

Sonderregeln für Unternehmen des Finanz- und Versicherungssektors und für Pensionsfonds

Soweit Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute Aktien halten oder veräußern, die nach § 1a des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG) dem Handelsbuch zuzurechnen sind, gilt weder für Dividenden noch für Veräußerungsgewinne die 40 %ige Befreiung von der Einkommensteuer (sog. Teileinkünfteverfahren) bzw. die 95 %-ige Befreiung von der Körperschaftsteuer nebst Solidaritätszuschlag und ggf. von der Gewerbesteuer. Dividendeneinnahmen und Veräußerungsgewinne unterliegen daher in vollem Umfang der Besteuerung. Gleiches gilt für Aktien, die von Finanzunternehmen (zu denen grundsätzlich auch Holdinggesellschaften rechnen) im Sinne des Gesetzes über das Kreditwesen mit dem Ziel der kurzfristigen Erzielung eines Eigenhandelserfolges erworben werden. Für Aktien, die von Kreditinstituten, Finanzdienstleistungsinstituten und Finanzunternehmen mit Sitz in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft oder in einem anderen Vertragsstaat des EWR-Abkommens in einer deutschen Betriebsstätte gehalten werden, gilt der vorstehende Satz entsprechend. Ebenso findet die oben dargestellte Steuerbefreiung von Körperschaften im Hinblick auf Dividendeneinkünfte und Gewinne aus der Veräußerung von Aktien keine Anwendung auf Aktien, die bei Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen den Kapitalanlagen zuzurechnen sind oder die von Pensionsfonds gehalten werden. Für körperschaftsteuerpflichtige Aktionäre, die ihren Sitz in einem anderen

EU-Mitgliedstaat haben, gelten hinsichtlich Dividendeneinkünften bestimmte Ausnahmen, wenn die Mutter-Tochter-Richtlinie (Richtlinie Nr. 90/435/EWG des Rates vom 23. Juli 1990 in der derzeit gültigen Fassung) Anwendung findet.

Erbschaft- und Schenkungsteuer

Die Übertragung von Aktien/Bezugsrechten von Todes wegen oder durch Schenkung unterliegt der deutschen Erbschaft- bzw. Schenkungsteuer grundsätzlich nur, wenn

1. der Erblasser, der Schenker, der Erbe, der Beschenkte oder der sonstige Erwerber seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt, seine Geschäftsleitung oder seinen Sitz zum Zeitpunkt der Übertragung in Deutschland hatte oder sich als deutscher Staatsangehöriger nicht länger als fünf Jahre dauernd im Ausland aufgehalten hat, ohne im Inland einen Wohnsitz zu haben (besondere Vorschriften gelten für bestimmte deutsche Staatsangehörige und ehemalige deutsche Staatsangehörige, die im Inland weder einen Wohnsitz noch ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben),
2. die Aktien/Bezugsrechte beim Erblasser oder Schenker zu einem Betriebsvermögen gehörten, für das in Deutschland eine Betriebsstätte unterhalten wurde oder ein ständiger Vertreter bestellt war, oder
3. der Erblasser oder der Schenker zum Zeitpunkt des Erbfalls oder der Schenkung entweder allein oder zusammen mit anderen ihm nahestehenden Personen zu mindestens 10 % am Grundkapital der Gesellschaft unmittelbar oder mittelbar beteiligt war.

Die wenigen gegenwärtig in Kraft befindlichen deutschen Doppelbesteuerungsabkommen zur Erbschaft- und Schenkungsteuer sehen in der Regel vor, dass im Ausland gezahlte Erbschaft- und Schenkungsteuer auf die deutsche Erbschaft- bzw. Schenkungsteuer angerechnet werden kann.

Sonstige Steuern

Bei dem Erwerb, der Veräußerung oder anderen Formen der Übertragung von Aktien und Bezugsrechten fällt keine deutsche Kapitalverkehrsteuer, Umsatzsteuer, Stempelsteuer oder ähnliche Steuer an. Unter bestimmten Voraussetzungen ist es jedoch möglich, dass Unternehmer zur Umsatzsteuerpflicht für grundsätzlich steuerbefreite Umsätze mit Aktien und u. U. auch Bezugsrechten optieren, wenn der Umsatz für einen anderen Unternehmer für dessen Unternehmen ausgeführt wird. Vermögensteuer wird in Deutschland gegenwärtig nicht erhoben.

[Diese Seite bleibt aus technischen Gründen frei.]

FINANZINFORMATIONEN

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Ungeprüfter verkürzter Konzern-Zwischenabschluss der K+S AG zum 30. September 2009 für die ersten neun Monate 2009 (IFRS)	F-3
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	F-4
Konzern-Kapitalflussrechnung	F-5
Konzernbilanz	F-6
Entwicklung des Konzern-Eigenkapitals	F-6
Konzern-Anhang.....	F-8
Geprüfter Konzernabschluss der K+S AG für das am 31. Dezember 2008 endende Geschäftsjahr (IFRS) .	F-13
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	F-14
Konzern-Kapitalflussrechnung	F-15
Konzernbilanz	F-16
Entwicklung des Konzern-Eigenkapitals	F-16
Entwicklung des Konzern-Anlagevermögens 2008/2007	F-18
Entwicklung der Konzern-Rückstellungen.....	F-20
Konzern-Segmentberichterstattung	F-20
Konzern-Anhang.....	F-22
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers.....	F-72
Geprüfter Konzernabschluss der K+S AG für das am 31. Dezember 2007 endende Geschäftsjahr (IFRS) .	F-73
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	F-74
Entwicklung des Konzern-Eigenkapitals	F-74
Konzernbilanz	F-75
Konzern-Kapitalflussrechnung	F-76
Entwicklung des Konzern-Anlagevermögens 2007/2006	F-78
Entwicklung der Konzern-Rückstellungen.....	F-80
Konzern-Segmentberichterstattung	F-80
Konzern-Anhang.....	F-82
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers.....	F-131
Geprüfter Konzernabschluss der K+S AG für das am 31. Dezember 2006 endende Geschäftsjahr (IFRS) .	F-133
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	F-134
Entwicklung des Konzern-Eigenkapitals	F-134
Konzernbilanz	F-135
Konzern-Kapitalflussrechnung	F-136
Entwicklung des Konzern-Anlagevermögens 2006/2005	F-138
Entwicklung der Konzern-Rückstellungen.....	F-140
Konzern-Segmentberichterstattung	F-140
Anhang.....	F-142
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers.....	F-180

Geprüfter Jahresabschluss der K+S AG zum 31. Dezember 2008 (HGB)	F-181
Bilanz	F-182
Gewinn- und Verlustrechnung	F-183
Entwicklung des Anlagevermögens	F-184
Anhang	F-185
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	F-218
Geprüfter Konzernabschluss der Morton International, Inc. zum 31. Dezember 2008 (US GAAP)	F-221
Vermerk unabhängiger Abschlussprüfer	F-224
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	F-225
Konzern-Kapitalflussrechnung	F-226
Konzernbilanz	F-227
Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	F-228
Anhang	F-229

**Ungeprüfter verkürzter Konzern-Zwischenabschluss der K+S AG
zum 30. September 2009 für die ersten neun Monate 2009 (IFRS)**

FINANZTEIL

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Angaben in Mio. €	Q3/09	Q3/08	9M/09	9M/08
Umsatz	698,1	1.441,4	2.512,5	3.838,9
Herstellungskosten	474,3	737,3	1.611,3	2.084,2
Bruttoergebnis vom Umsatz	223,8	704,1	901,2	1.754,7
Vertriebskosten	155,7	178,6	504,5	589,1
Allgemeine Verwaltungskosten	23,6	25,8	83,2	76,9
Forschungs- und Entwicklungskosten	5,6	4,6	14,1	13,2
Sonstige betriebliche Erträge	31,6	48,2	101,9	78,1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	51,6	43,4	167,6	109,5
Beteiligungsergebnis	2,0	0,9	2,8	1,5
Ergebnis aus operativen, antizipativen Sicherungsgeschäften ¹⁾	- 3,5	- 32,7	- 28,5	- 139,3
Ergebnis nach operativen Sicherungsgeschäften (EBIT II) ²⁾	17,4	468,1	208,0	906,3
Zinserträge	0,7	0,6	2,8	2,4
Zinsaufwendungen	- 24,5	- 9,2	- 42,1	- 36,7
Sonstiges Finanzergebnis	12,1	0,5	- 57,4	12,0
Finanzergebnis	- 11,7	- 8,1	- 96,7	- 22,3
Ergebnis vor Ertragsteuern	5,7	460,0	111,3	884,0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1,9	126,3	30,2	239,2
- davon: latente Steuern	13,0	5,9	6,2	46,0
Jahresüberschuss	3,8	333,7	81,1	644,8
Anteile anderer Gesellschafter am Ergebnis	0,1	0,2	0,3	0,3
Konzernergebnis nach Steuern und Anteilen Dritter	3,7	333,5	80,8	644,5
Ergebnis je Aktie in € (unverwässert \triangle verwässert)	0,02	2,02	0,49	3,91
Operatives Ergebnis (EBIT I)	9,4	502,2	201,5	1.054,9
Ergebnis vor Ertragsteuern, bereinigt ³⁾	- 2,3	494,1	104,8	1.032,6
Konzernergebnis, bereinigt ³⁾	- 2,1	358,1	76,1	751,8
Ergebnis je Aktie in €, bereinigt ³⁾	- 0,01	2,17	0,46	4,56
Durchschnittliche Anzahl Aktien in Mio. Stück	165,00	165,00	164,91	164,93

GESAMTERGEBNISRECHNUNG

Angaben in Mio. €	Q3/09	Q3/08	9M/09	9M/08
Jahresüberschuss	3,8	333,7	81,1	644,8
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	-	- 0,1	-	- 20,3
Währungsumrechnung	- 18,7	36,6	- 25,6	10,8
Cashflow Hedge	- 28,8	-	- 28,8	-
Erfolgsneutrales Ergebnis	- 47,5	36,5	- 54,4	- 9,5
Gesamtergebnis	- 43,7	370,2	26,7	635,3
Anteile anderer Gesellschafter am Gesamtergebnis	0,1	0,2	0,3	0,3
Konzerngesamtergebnis nach Steuern und Anteilen Dritter	- 43,8	370,0	26,4	635,0

OPERATIVES ERGEBNIS (EBIT I)

Angaben in Mio. €	Q3/09	Q3/08	9M/09	9M/08
Ergebnis nach operativen Sicherungsgeschäften (EBIT II) ²⁾	17,4	468,1	208,0	906,3
+/- Ergebnis aus operativen, antizipativen Sicherungsgeschäften ¹⁾	3,5	32,7	28,5	139,3
+/- realisiertes Ergebnis aus operativen, antizipativen Sicherungsgeschäften	- 11,5	1,4	- 35,0	9,3
Operatives Ergebnis (EBIT I)	9,4	502,2	201,5	1.054,9

¹⁾ Das Vorjahr enthält außerdem Ergebnisse aus nicht mehr operativen Derivaten.

²⁾ Die Steuerung der K+S Gruppe erfolgt auf Basis des operativen Ergebnisses (EBIT I). Die Überleitung des EBIT II auf das operative Ergebnis (EBIT I) wird unterhalb der Gewinn- und Verlustrechnung vorgenommen. Die Aufteilung des EBIT I auf die einzelnen Geschäftsbereiche kann der Quartalsübersicht auf S. 39 entnommen werden.

³⁾ Die bereinigten Kennzahlen beinhalten lediglich das bereits realisierte Ergebnis der aktuellen Periode aus operativen, antizipativen Sicherungsgeschäften. Die Marktwertveränderungen der noch ausstehenden operativen, antizipativen Sicherungsgeschäfte werden hingegen nicht berücksichtigt. Ebenso werden darauf entfallende Effekte auf latente und zahlungswirksame Steuern eliminiert; Steuersatz Q3/09: 27,9% (Q3/08: 27,8%).

KAPITALFLUSSRECHNUNG

Angaben in Mio. €	Q3/09	Q3/08	9M/09	9M/08
Ergebnis nach operativen Sicherungsgeschäften (EBIT II)	17,4	468,1	208,0	906,3
Ertrag (-)/Aufwand (+) aus Marktwertveränderungen noch nicht fälliger Sicherungsgeschäfte	- 5,7	35,7	10,8	13,3
Neutralisierung früherer Marktwertveränderungen von ausgebuchten Sicherungsgeschäften	- 2,3	- 0,3	- 17,3	- 1,4
Ertrag (-)/Aufwand (+) aus Double-Knock-out-Optionen	-	- 1,3	-	136,7
Operatives Ergebnis (EBIT I)	9,4	502,2	201,5	1.054,9
Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Anlagevermögen*	35,9	39,1	106,0	105,4
Zunahme (+)/Abnahme (-) langfristiger Rückstellungen (ohne Zinseffekte)	0,9	35,3	- 8,3	21,6
Erhaltene Zinsen, Dividenden und ähnliche Erträge	0,6	0,7	2,7	2,5
Realisierte Gewinne (+) / Verluste (-) aus dem Abgang von Finanzanlagen und Wertpapieren	0,5	0,2	0,8	11,5
Gezahlte Zinsen	- 39,1	- 4,8	- 44,1	- 22,9
Übrige Finanzierungsaufwendungen (-) und -erträge (+)	-	- 0,5	-	- 0,5
Ertragsteueraufwendungen (-) und -erträge (+)	11,1	- 120,4	- 24,0	- 193,2
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) / Erträge (-)	- 0,3	5,0	- 1,9	2,0
Brutto-Cashflow	19,0	456,8	232,7	981,3
Gewinn (-) / Verlust (+) aus Anlagen- und Wertpapierabgängen	- 0,1	0,1	-	- 10,5
Zunahme (-) / Abnahme (+) Vorräte	25,0	- 130,0	144,0	- 185,9
Zunahme (-) / Abnahme (+) Forderungen und sonstige Vermögenswerte aus laufender Geschäftstätigkeit	106,6	- 148,7	162,5	- 380,8
- davon Prämienvolumen für Derivate	17,7	- 8,3	34,3	- 24,1
Einzahlungen aus Ausübung und Verkauf von Optionen	-	- 17,9	-	37,6
Zunahme (+) / Abnahme (-) Verbindlichkeiten aus laufender Geschäftstätigkeit	6,5	170,3	- 200,3	225,6
- davon Prämienvolumen für Derivate	- 8,7	0,8	- 4,4	0,8
Zunahme (+) / Abnahme (-) kurzfristiger Rückstellungen	- 52,4	27,7	- 12,4	64,8
Auslagerung von Rückstellungen	- 0,4	- 2,9	- 2,1	- 5,9
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	104,2	355,4	324,4	726,2
Einzahlungen aus Anlagenabgängen	1,1	0,6	2,4	1,9
Auszahlungen für immaterielles Anlagevermögen	- 0,6	- 1,4	- 2,0	- 3,8
Auszahlungen für Sachanlagevermögen	- 42,9	- 47,0	- 112,1	- 129,3
Auszahlungen für Finanzanlagen	- 0,1	- 0,3	- 1,1	- 2,4
Auszahlungen aus der Kursicherung von Unternehmenserwerben	- 87,9	-	- 87,9	-
Cashflow aus Investitionstätigkeit	- 130,4	- 48,1	- 200,7	- 133,6
Freier Cashflow	- 26,2	307,3	123,7	592,6
Dividendenzahlungen	-	-	- 396,0	- 82,5
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	-	-	7,9	3,2
Erwerb von eigenen Aktien	-	-	- 13,9	- 6,1
Verkauf von eigenen Aktien	-	-	-	0,7
Zunahme (+) / Abnahme (-) von Verbindlichkeiten aus Finanzleasing	-	-	- 0,1	- 0,1
Aufnahme (+) / Tilgung (-) von Darlehen	376,8	1,1	438,7	- 290,7
Einzahlungen (+) / Rückzahlungen (-) aus der Begebung von Anleihen	747,0	-	747,0	-
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	1.123,8	1,1	783,6	- 375,5
Zahlungswirksame Veränderung der Finanzmittel	1.097,6	308,4	907,3	217,1
Wertänderungen des Bestands an Finanzmitteln	- 5,1	3,9	- 5,0	- 0,7
Konsolidierungsbedingte Veränderungen	-	-	0,9	- 2,4
Änderung des Bestands an Finanzmitteln	1.092,5	312,3	903,2	214,0
Nettofinanzmittelbestand am 01.01.	-	-	160,6	- 151,4
Nettofinanzmittelbestand am 30.09.	-	-	1.063,8	62,6

* Auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen, einschließlich Beteiligungen.

BILANZ - AKTIVA

Angaben in Mio. €	30.09.2009	30.09.2008	31.12.2008
Immaterielle Vermögenswerte	166,3	168,4	177,2
- davon Goodwill aus Unternehmenserwerben	100,4	102,4	104,8
Sachanlagen	1.242,3	1.167,4	1.246,4
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	8,3	7,8	7,8
Finanzanlagen	22,2	20,3	22,3
Forderungen und sonstige Vermögenswerte	15,0	19,0	33,2
- davon derivative Finanzinstrumente	1,1	6,0	17,7
Latente Steuern	45,5	33,8	46,3
Steuererstattungsansprüche aus Ertragsteuern	0,5	0,5	0,5
Langfristige Vermögenswerte	1.500,1	1.417,2	1.533,7
Vorräte	540,6	555,9	684,6
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	700,4	1.139,3	901,5
Übrige Forderungen und Vermögenswerte	173,6	136,5	155,3
- davon derivative Finanzinstrumente	28,9	26,2	48,7
Steuererstattungsansprüche aus Ertragsteuern	65,8	10,7	30,9
Flüssige Mittel	1.199,8	70,4	167,8
Kurzfristige Vermögenswerte	2.680,2	1.912,8	1.940,1
AKTIVA	4.180,3	3.330,0	3.473,8

ENTWICKLUNG DES EIGENKAPITALS

Angaben in Mio. €	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Bilanzgewinn/ Gewinnrücklagen	Unterschiede aus Währungs- umrechnung
Stand 01.01.2009	165,0	4,5	1.564,2	- 16,7
Gesamtergebnis der Periode	-	-	80,8	- 25,6
Dividende des Vorjahres	-	-	- 396,0	-
Bezug von Mitarbeiteraktien	-	-3,2	-	-
Sonstige Eigenkapitalveränderungen	-	-	-0,5	-
Stand 30.09.2009	165,0	1,3	1.248,5	- 42,3
Stand 01.01.2008	108,8	7,6	829,7	- 35,4
Gesamtergebnis der Periode	-	-	644,5	10,8
Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln	56,2	-	- 56,2	-
Dividende des Vorjahres	-	-	- 82,5	-
Bezug von Mitarbeiteraktien	-	-4,2	-	-
Konsolidierungsbedingte Effekte	-	-	0,6	-
Sonstige Eigenkapitalveränderungen	-	-	- 1,6	-
Stand 30.09.2008	165,0	3,4	1.334,5	- 24,6

BILANZ - PASSIVA

Angaben in Mio. €	30.09.2009	30.09.2008	31.12.2008
Gezeichnetes Kapital	165,0	165,0	165,0
Kapitalrücklage	1,3	3,4	4,5
Andere Rücklagen und Bilanzgewinn	1.177,4	1.309,9	1.547,5
Anteile anderer Gesellschafter	1,6	1,1	1,3
Eigenkapital	1.345,3	1.479,4	1.718,3
Finanzverbindlichkeiten	1.049,9	102,0	107,1
Übrige Verbindlichkeiten	17,8	17,6	14,5
- davon derivative Finanzinstrumente	5,8	4,6	7,0
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	92,6	93,7	93,1
Rückstellungen für bergbauliche Verpflichtungen	388,7	399,3	378,3
Sonstige Rückstellungen	96,7	116,9	97,6
Latente Steuern	62,2	31,6	58,7
Langfristiges Fremdkapital	1.707,9	761,1	749,3
Finanzverbindlichkeiten	501,7	106,2	159,3
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	258,0	590,5	465,4
Sonstige Verbindlichkeiten	59,3	55,6	68,2
- davon derivative Finanzinstrumente	2,9	4,4	24,2
Steuerverbindlichkeiten aus Ertragsteuern	28,7	71,9	25,8
Rückstellungen	279,4	265,3	287,5
Kurzfristiges Fremdkapital	1.127,1	1.089,5	1.006,2
PASSIVA	4.180,3	3.330,0	3.473,8

Rücklage Cashflow Hedge	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	Summe Eigenkapital der Aktionäre der K+S AG	Anteile anderer Gesellschafter	Eigenkapital
-	-	1.717,0	1,3	1.718,3
- 28,8	-	26,4	0,3	26,7
-	-	- 396,0	-	- 396,0
-	-	- 3,2	-	- 3,2
-	-	- 0,5	-	- 0,5
- 28,8	-	1.343,7	1,6	1.345,3
-	20,3	931,0	0,8	931,8
-	- 20,3	635,0	0,3	635,3
-	-	-	-	-
-	-	- 82,5	-	- 82,5
-	-	- 4,2	-	- 4,2
-	-	0,6	-	0,6
-	-	- 1,6	-	- 1,6
-	-	1.478,3	1,1	1.479,4

ANHANG

Erläuternde Angaben; Veränderungen der rechtlichen Konzern- und Organisationsstruktur
Der Zwischenbericht zum 30. September 2009 wird nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) sowie den Interpretationen des International Financial Reporting Interpretation Committee (IFRIC) aufgestellt, sofern diese von der Europäischen Union anerkannt wurden. Die Aufstellung erfolgt als verkürzter Abschluss mit ausgewählten erläuternden Anhangangaben nach Maßgabe des IAS 34. Die Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze dieses Zwischenberichts entsprechen, mit Ausnahme der aufgrund von Rechnungslegungsänderungen vorgenommenen Anpassungen, denen des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2008.

Im Geschäftsjahr 2009 werden folgende Rechnungslegungsänderungen erstmalig angewandt:

- IFRS 8 – Geschäftssegmente: Der neu gefasste IFRS 8 verlangt eine Darstellung der Segmente korrespondierend zur internen Berichtsstruktur der Finanzinformationen. Die Neuregelung hat zu keiner wesentlichen Veränderung der Segmentdarstellung geführt, da das Segmentergebnis bereits vor der Standardänderung durch die interne Steuerungsgröße EBIT I abgebildet wurde.
- IAS 1 – Ausweis von Derivaten: Der geänderte IAS 1 verlangt einen Ausweis der Derivate als lang- oder kurzfristiges Finanzinstrument entsprechend dem voraussichtlichen Erfüllungszeitpunkt. Als Folge ändert sich der Bilanzausweis der Derivate in der aktuellen Periode; die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.
- IAS 1 – Gesamtergebnisrechnung: Neben der eigentlichen Gewinn- und Verlustrechnung ist infolge des geänderten IAS 1 in einer weiteren Rechnung auf das Gesamtergebnis überzuleiten. Das Gesamtergebnis beinhaltet neben dem Jahresüberschuss gemäß Gewinn- und Verlustrechnung die erfolgsneutral erfassten Erträge und Aufwendungen. In der Eigenkapitalveränderungsrechnung wird das Gesamtergebnis nur noch als Summe ausgewiesen.
- IAS 23 – Aktivierung von Fremdkapitalkosten: Der geänderte IAS 23 wandelt das bislang existierende Wahlrecht zur Aktivierung von Fremdkapitalkosten in eine Aktivierungspflicht um. Als Folge sind Fremdkapitalkosten, die direkt dem Bau oder der Herstellung eines sogenannten qualifizierten Vermögenswerts zugeordnet werden können, zu aktivieren. Die Neuregelung hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der ersten neun Monate 2009.

Die im Finanzbericht 2008 dargestellten rechtlichen Konzern- sowie Organisationsstrukturen haben sich zum 30. September 2009 geringfügig verändert: Durch Verschmelzung wurden die Vermögenswerte und Schulden der K+S Sal do Brasil Participacoes e Investimentos Ltda. und der SPL Brasil Empreendimentos e Participacoes e Investimentos Ltda. per 27. Februar 2009 auf die Salina Diamante Branco Ltda. übertragen. Außerdem wurde die K+S Finance Belgium BVBA erstmals in den Konzernabschluss einbezogen. In Vorbereitung auf den Erwerb von Morton Salt wurden im dritten Quartal folgende Gesellschaften in den Konsolidierungskreis aufgenommen: Montana USParent Inc., K+S Montana Holding LLC, K+S North America Salt Holdings LLC und K+S MergerCo Inc.

Gegenüber der im Finanzbericht 2008 beschriebenen Zusammensetzung und den Zuständigkeiten von Vorstand und Aufsichtsrat ergaben sich folgende Änderungen: Das am 11. Mai 2010 auslaufende Mandat von Norbert Steiner als Vorstandsvorsitzender wurde in der Aufsichtsratsitzung vom 12. Mai 2009 um weitere fünf Jahre verlängert. Außerdem hat der Aufsichtsrat Jan Peter Nonnenkamp zum neuen Vorstandsmitglied der K+S Aktiengesellschaft bestellt. Er hat seit dem 1. Juni 2009 das Finanzressort übernommen, das bisher in Personalunion vom Vorstandsvorsitzenden geleitet wurde. Zudem wird er für die Bereiche Steuern, Revision, Versicherungen und den Einkauf zuständig sein. Darüber hinaus haben sich keine nennenswerten Veränderungen ergeben.

Angaben in Mio. €	LTM*	
	2009	2008
Umsatz	3.468,0	4.794,4
EBITDA	631,6	1.484,4
EBIT I	489,3	1.342,7
Konzernergebnis, bereinigt	303,6	979,3

* LTM = last twelve months (Q4/08 + 9M/09)

Saisonale Einflüsse

Beim Verkauf von Düngemitteln und Salzprodukten bestehen unterjährig saisonale Unterschiede. Bei Düngemitteln erzielen wir in den ersten sechs Monaten aufgrund der europäischen Frühjahrsdüngung in der Regel die höchsten Absätze. Dieser Effekt kann durch Überseeverkäufe verstärkt oder abgemildert werden. Die Verkäufe von Salzprodukten – speziell von Auftausalz – sind erheblich von der jeweiligen winterlichen Witterung während des ersten und vierten Quartals abhängig. In Summe führen beide Effekte dazu, dass das erste Halbjahr in der Regel umsatz- und besonders ergebnisseitig am stärksten ausfällt.

Entwicklung der Umsätze, Absätze und Durchschnittspreise nach Regionen

GESCHÄFTSBEREICH KALI- UND MAGNESIUMPRODUKTE

Region	Einheit	Q1/08	Q2/08	Q3/08	9M/08	Q4/08	2008	Q1/09	Q2/09	Q3/09	9M/09
Umsatz*	Mio. €	522,5	612,8	763,4	1.898,7	498,7	2.397,4	366,0	354,3	340,8	1.061,1
- Europa	Mio. €	349,3	387,5	479,8	1.216,6	286,9	1.503,5	189,1	134,3	141,7	465,1
- Übersee	Mio. US\$	259,2	351,0	429,9	1.040,1	295,3	1.335,4	229,9	301,6	287,1	818,6
Absatz	Mio. t eff.	2,11	2,02	1,70	5,83	1,16	6,99	0,90	1,05	1,11	3,06
- Europa	Mio. t eff.	1,43	1,33	1,05	3,81	0,64	4,45	0,45	0,37	0,46	1,28
- Übersee	Mio. t eff.	0,68	0,69	0,64	2,02	0,53	2,54	0,45	0,68	0,65	1,78
Ø-Preis	€/t eff.	247,2	303,1	450,1	325,6	428,5	342,7	409,2	337,4	305,4	346,7
- Europa	€/t eff.	244,4	291,4	455,2	319,0	450,9	337,9	425,0	362,1	304,8	363,1
- Übersee	US\$/t eff.	379,6	507,4	669,6	515,7	560,0	524,9	511,6	444,0	441,1	460,0

* Der Umsatz beinhaltet sowohl Preise inkl. als auch exkl. Fracht und basiert bei den Überseeumsätzen auf den jeweiligen USD/EUR-Kassakursen. Für den Großteil dieser Umsatzerlöse wurden Kurssicherungsgeschäfte abgeschlossen (siehe unten). Die Preisangaben sind nur als grobe Indikation zu verstehen.

Währungssicherung

Für das Jahr 2009 wurden Optionen eingesetzt, die zunächst einen „worst case“ bei etwa 1,51 USD/EUR inkl. Kosten für ein Volumen von 1.320 Mio. US\$ absicherten. Dieses Volumen wurde vor dem Hintergrund der Nachfrageschwäche durch den Verkauf von Optionen auf 632 Mio. US\$ reduziert. Negative Auswirkungen auf den Durchschnittskurs durch diese Reduktion des Volumens wurden durch den stärkeren US-Dollar mehr als ausgeglichen, so dass der „worst case“ für das Gesamtjahr aktuell bei 1,46 USD/EUR inkl. Kosten liegt (durchschnittlicher Umrechnungskurs 2008: 1,46 USD/EUR). Für das Jahr 2010 wurde bereits ein Großteil des erwarteten Transaktionsvolumens zu einem „worst case“ von 1,51 USD/EUR abgesichert.

Die durchschnittlichen Umrechnungskurse je Quartal lauten für den Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte wie folgt:

GESCHÄFTSBEREICH KALI- UND MAGNESIUMPRODUKTE

	Q1/08	Q2/08	Q3/08	Q4/08	2008	Q1/09	Q2/09	Q3/09	Q4/09*	2009
USD/EUR-Umrechnungskurs nach Prämien	1,48	1,50	1,50	1,38	1,46	1,41	1,43	1,53	1,48	1,46
Durchschnittl. USD/EUR-Kassakurs	1,50	1,56	1,50	1,31	1,47	1,31	1,36	1,43	–	–

* Der für das kommende Quartal angegebene Umrechnungskurs stellt den maßgeblichen „worst case“ dar. Ein im Vergleich hierzu stärkerer US-Dollar führt dazu, dass der tatsächlich erzielte Umrechnungskurs günstiger ausfallen könnte als hier ausgewiesen.

SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE/AUFWENDUNGEN

Angaben in Mio. €	Q3/09	Q3/08	9M/09	9M/08
Kursgewinne/Kursverluste	- 14,6	26,4	- 16,9	7,5
Veränderung Rückstellungen	6,0	- 5,6	12,2	- 11,7
Sonstiges	- 11,4	- 16,1	- 61,0	- 27,3
Sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen	- 20,0	4,8	- 65,7	- 31,4

FINANZERGEBNIS

Angaben in Mio. €	Q3/09	Q3/08	9M/09	9M/08
Zinserträge	0,7	0,6	2,8	2,4
Zinsaufwand	- 24,5	- 9,2	- 42,1	- 36,7
- davon: Zinsaufwand für Pensionsrückstellungen	- 1,6	- 0,4	- 5,0	- 1,8
- davon: Zinsaufwand für Rückstellungen für bergbauliche Verpflichtungen	- 4,6	- 4,0	- 13,9	- 12,0
Zinsergebnis	- 23,8	- 8,6	- 39,3	- 34,3
Sonstige Finanzaufwendungen	-	- 0,5	-	- 0,5
Ergebnis aus der Realisation finanzieller Vermögenswerte/Schulden	- 61,2	0,2	- 60,9	11,5
Ergebnis aus der Bewertung finanzieller Vermögenswerte/Schulden	73,3	0,8	3,5	1,0
Sonstiges Finanzergebnis	12,1	0,5	- 57,4	12,0
Finanzergebnis	- 11,7	- 8,1	- 96,7	- 22,3

Die versicherungsmathematische Bewertung der Pensionsrückstellungen erfolgt nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren gemäß IAS 19. Folgende Parameter wurden zur Berechnung der Pensionsrückstellungen herangezogen:

- Gehaltssteigerungstrend: 1,8 %
- Rentensteigerungstrend: 1,8 %
- Diskontierungsfaktor: 5,3 %

Für die Berechnung eines Großteils der Rückstellungen für bergbauliche Verpflichtungen wurden folgende Parameter berücksichtigt:

- Preissteigerungstrend: 1,5 %
- Diskontierungsfaktor: 5,6 %

ERTRAGSTEUERN

Angaben in Mio. €	Q3/09	Q3/08	9M/09	9M/08
Körperschaftsteuer	- 2,2	60,3	10,1	100,2
Gewerbeertragsteuer	- 9,4	58,7	3,7	77,4
Ausländische Ertragsteuern	0,5	1,4	10,2	15,6
Latente Steuern	13,0	5,9	6,2	46,0
Ertragsteuern	1,9	126,3	30,2	239,2

Die nicht zahlungswirksamen latenten Steuern resultieren aus steuerlichen Verlustvorträgen sowie anderen temporären steuerlichen Bewertungsdifferenzen.

Wesentliche Veränderungen einzelner Bilanzposten

Im Vergleich zum Jahresabschluss 2008 ist die Bilanzsumme zum 30. September 2009 um 706,5 Mio. € gestiegen. Während sich auf der Aktivseite das langfristige Vermögen nur leicht verringerte, stieg das Umlaufvermögen um 740,1 Mio. €. Die Zunahme des Umlaufvermögens beruht im Wesentlichen auf der Aufnahme von liquiden Mitteln für die am 1. Oktober 2009

abgeschlossene Akquisition von Morton Salt; hierdurch wurden Rückgänge der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und des Vorratsvermögens deutlich überkompensiert. Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital um 373,0 Mio. € verringert; dies ist in erster Linie auf die Dividendenausschüttung in Höhe von 396,0 Mio. € im Mai 2009 zurückzuführen. Das Fremdkapital ist um 1.079,5 Mio. € gestiegen; dies ist im Wesentlichen durch die Aufnahme neuer Finanzverbindlichkeiten für die Akquisition von Morton Salt bedingt.

Wesentliche Veränderungen des Eigenkapitals

Das Eigenkapital wird sowohl durch erfolgswirksame und erfolgsneutrale Geschäftsvorfälle als auch durch Kapitaltransaktionen mit den Anteilseignern beeinflusst. Im Vergleich zum Jahresabschluss 2008 haben sich der Bilanzgewinn bzw. die anderen Rücklagen um 370,1 Mio. € verringert. Der Rückgang beruht im Wesentlichen auf der im Mai 2009 durchgeführten Dividendenausschüttung in Höhe von 396,0 Mio. €, die das in den ersten neun Monaten erzielte positive Periodenergebnis (nach Steuern und Anteilen Dritter) in Höhe von 80,8 Mio. € überkompensierte. Des Weiteren waren erfolgsneutrale Veränderungen des Eigenkapitals zu berücksichtigen, die z. B. aus der Währungsumrechnung von Tochterunternehmen in funktionaler Fremdwährung resultieren. Die Unterschiede aus der Währungsumrechnung werden in einer gesonderten Währungsumrechnungsrücklage erfasst; diese hat sich zum 30. September 2009 aufgrund von Wechselkursschwankungen um 25,6 Mio. € verringert. Aus der Sicherung des Kaufpreises von Morton Salt gegen Schwankungen des US-Dollars resultierte überdies eine negative Cashflow Hedge-Rücklage in Höhe von 28,8 Mio. €.

NETTOVERSCHULDUNG

Angaben in Mio. €	9M/09	9M/08
Nettoverschuldung am 01.01.	- 570,0	- 1.085,1
Flüssige Mittel	1.199,8	70,4
Kontokorrentkredite gegenüber Kreditinstituten	- 130,0	- 0,7
Finanzmittelbestand am 30.09.*	1.069,8	69,7
Finanzverbindlichkeiten	- 1.421,6	- 207,6
Geld und Geldanlagen am 30.09.*	- 351,8	- 137,9
Rückstellungen für Pensionen u. ähnliche Verpflichtungen	- 92,6	- 93,7
Rückstellungen für bergbauliche Verpflichtungen	- 388,7	- 399,3
Nettoverschuldung am 30.09.*	- 833,1	- 630,9

* Ohne Gelder bei bzw. von verbundenen Unternehmen.

GESAMTUMSATZ

Angaben in Mio. €	Umsatz mit Dritten	Intersegmentäre Umsätze	Gesamtumsatz
Kali- und Magnesiumprodukte	340,8	16,9	357,7
Stickstoffdüngemittel	204,5	- 5,7	198,8
Salz	121,7	0,5	122,2
Ergänzende Geschäftsbereiche	30,9	8,4	39,3
Überleitung	0,2	- 20,1	- 19,9
K+S Gruppe Q3/09	698,1	-	698,1
Kali- und Magnesiumprodukte	763,4	26,7	790,1
Stickstoffdüngemittel	515,6	- 7,5	508,1
Salz	131,0	1,4	132,4
Ergänzende Geschäftsbereiche	31,2	12,1	43,3
Überleitung	0,2	- 32,7	- 32,5
K+S Gruppe Q3/08	1.441,4	-	1.441,4

GESAMTUMSATZ

Angaben in Mio. €	Umsatz mit Dritten	Intersegmen- täre Umsätze	Gesamtumsatz
Kali- und Magnesiumprodukte	1.061,1	60,3	1.121,4
Stickstoffdüngemittel	804,0	2,3	806,3
Salz	559,3	3,2	562,5
Ergänzende Geschäftsbereiche	87,6	26,0	113,6
Überleitung	0,5	- 91,8	- 91,3
K+S Gruppe 9M/09	2.512,5	-	2.512,5
Kali- und Magnesiumprodukte	1.898,7	72,5	1.971,2
Stickstoffdüngemittel	1.437,8	4,9	1.442,7
Salz	409,3	3,5	412,8
Ergänzende Geschäftsbereiche	92,5	35,1	127,6
Überleitung	0,6	- 116,0	- 115,4
K+S Gruppe 9M/08	3.838,9	-	3.838,9

Angaben zu wesentlichen Ereignissen nach dem Ende der Zwischenberichtsperiode

Diese Angaben finden Sie in unserem Nachtragsbericht auf S. 15 f.

Eventualverbindlichkeiten

Die Eventualverbindlichkeiten haben sich im Vergleich zum Jahresabschluss 2008 nicht signifikant verändert und sind insgesamt als nicht wesentlich einzustufen.

Nahestehende Unternehmen und Personen

Innerhalb der K+S Gruppe werden Liefer- und Leistungsbeziehungen zu marktüblichen Konditionen abgewickelt. Geschäfte und offene Posten zwischen Unternehmen der K+S Gruppe werden, soweit diese konsolidiert sind, im Konzernabschluss eliminiert. Darüber hinaus bestehen Geschäftsbeziehungen mit nicht konsolidierten Tochterunternehmen sowie Unternehmen, auf die die K+S Gruppe einen maßgeblichen Einfluss ausüben kann (assoziierte Unternehmen). Diese Beziehungen haben keinen wesentlichen Einfluss auf den Konzernabschluss der K+S Gruppe. Die Gruppe der nahestehenden Personen umfasst bei der K+S Gruppe im Wesentlichen den Vorstand und den Aufsichtsrat. Die Vergütung dieser Personengruppe wird jährlich im Rahmen des Vergütungsberichts offengelegt. Weitere wesentliche Transaktionen mit nahestehenden Personen fanden nicht statt.

Prüferische Durchsicht

Eine prüferische Durchsicht des Zwischenabschlusses und des Zwischenlageberichts ist nicht erfolgt (§ 37w Absatz 5 Satz 1 WpHG).

**Geprüfter Konzernabschluss der K+S AG für das am 31. Dezember
2008 endende Geschäftsjahr (IFRS)**

Gewinn- und Verlustrechnung

Angaben in T€	Anhang	2008	2007
Umsatzerlöse	[1]	4.794.397	3.344.066
Herstellungskosten der zur Erzielung der Umsatzerlöse erbrachten Leistungen		2.552.859	2.211.947
Bruttoergebnis vom Umsatz		2.241.538	1.132.119
Vertriebskosten		775.986	752.341
Allgemeine Verwaltungskosten		104.364	89.375
Forschungs- und Entwicklungskosten		18.070	15.523
Sonstige betriebliche Erträge	[2]	173.608	138.195
Sonstige betriebliche Aufwendungen	[3]	176.572	131.957
Beteiligungsergebnis	[4]	2.519	4.584
Operatives Ergebnis (EBIT I)		1.342.673	285.702
Marktwertveränderungen aus Sicherungsgeschäften/ Ergebnis aus nicht mehr operativen Derivaten	[5]	-150.373	-392.620
Ergebnis nach Marktwertveränderungen und nicht mehr operativen Derivaten (EBIT II)		1.192.300	-106.918
Zinserträge	[6]	25.056	6.686
Zinsaufwendungen	[6]	-29.652	-42.258
Sonstiges Finanzergebnis	[7]	11.353	-93
Finanzergebnis		6.757	-35.665
Ergebnis vor Ertragsteuern		1.199.057	-142.583
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	[8]	327.686	-49.474
- davon latente Steuern		61.374	-68.902
Jahresüberschuss/-fehlbetrag		871.371	-93.109
Anteile anderer Gesellschafter am Ergebnis		485	228
Konzernergebnis nach Steuern und Anteilen Dritter		870.886	-93.337
Ergebnis je Aktie in € (unverwässert \triangleq verwässert)	[11]	5,28	-0,57
Ergebnis vor Ertragsteuern, bereinigt ¹⁾		1.349.430	250.037
Konzernergebnis, bereinigt ¹⁾	[11]	979.305	175.333
Ergebnis je Aktie in €, bereinigt ^{1), 2)}	[11]	5,94	1,06
Durchschnittl. Anzahl Aktien in Mio. Stück ²⁾		164,95	164,94

¹⁾ Bereinigt um die Effekte der Marktwertveränderungen aus Sicherungsgeschäften sowie nicht mehr operativer Derivate; beim bereinigten Konzernergebnis und beim bereinigten Ergebnis je Aktie wurde ein Steuersatz von 27,9% (Vorjahr: 31,6 %) unterstellt.

²⁾ Angepasst an Aktiensplit im Verhältnis 1:4.

(Eintragung Handelsregister: 24. Juni 2008; wertpapiertechnische Durchführung: 21. Juli 2008)

Kapitalflussrechnung

Angaben in T€	Anhang	2008	2007
Operatives Ergebnis (EBIT I)		1.342.673	285.702
Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Anlagevermögen *		141.712	128.214
Zunahme (+)/Abnahme (-) langfristiger Rückstellungen (ohne Zinseffekte)		-29.527	-5.239
Erhaltene Zinsen, Dividenden und ähnliche Erträge		5.068	6.686
Realisierte Gewinne (+)/Verluste (-) aus dem Abgang von Finanzanlagen und Wertpapieren		11.508	606
Gezahlte Zinsen		-26.423	-24.297
Übrige Finanzierungsaufwendungen (-) und -erträge (+)		-495	2
Ertragsteueraufwendungen (-) und -erträge (+)		-266.312	-19.428
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+)/Erträge (-)		-262	-168
Brutto-Cashflow		1.177.942	372.078
Gewinn (-)/Verlust (+) aus Anlagen- und Wertpapierabgängen		-9.704	-4.921
Zunahme (-)/Abnahme (+) Vorräte		-314.599	1.715
Zunahme (-)/Abnahme (+) Forderungen und sonstige Vermögenswerte aus laufender Geschäftstätigkeit		-181.081	-501.137
- davon Prämienvolumen für Derivate		-46.334	-338.606
Einzahlungen aus Ausübung und Verkauf von Optionen		37.559	-
Zunahme (+)/Abnahme (-) Verbindlichkeiten aus laufender Geschäftstätigkeit		13.864	27.264
- davon Prämienvolumen für Derivate		4.400	-28.405
Zunahme (+)/Abnahme (-) kurzfristiger Rückstellungen		86.078	6.075
Auslagerung von Rückstellungen		-7.351	-9.414
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit		802.708	-108.340
Einzahlungen aus Anlagenabgängen		2.501	6.957
Auszahlungen für immaterielles Anlagevermögen		-7.146	-9.314
Auszahlungen für Sachanlagevermögen		-160.977	-148.923
Auszahlungen für Finanzanlagen		-4.561	-1.504
Einzahlungen aus dem Verkauf konsolidierter Unternehmen		-	3.557
Auszahlungen für den Erwerb konsolidierter Unternehmen	[41]	-9	-923
Einzahlungen aus dem Verkauf (+)/Auszahlungen (-) für den Erwerb von Wertpapieren		27	9.434
Cashflow aus Investitionstätigkeit		-170.165	-140.716
Freier Cashflow		632.543	-249.056
Dividendenzahlungen		-82.500	-82.500
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen		3.187	2.764
Erwerb von eigenen Aktien		-6.122	-6.185
Verkauf von eigenen Aktien		746	319
Zunahme (+)/Abnahme (-) von Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing		-335	1.060
Aufnahme (+)/Tilgung (-) von Darlehen		-232.953	166.293
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		-317.977	81.751
Zahlungswirksame Veränderung der Finanzmittel		314.566	-167.305
Wertänderung des Bestands an Finanzmitteln		-195	-387
Konsolidierungsbedingte Veränderungen		-2.411	-106
Änderung des Bestands an Finanzmitteln		311.960	-167.798
Nettofinanzmittelbestand am 01.01.		-151.400	16.398
Nettofinanzmittelbestand am 31.12.	[42]	160.560	-151.400

* Abschreibungen auf immaterielles Vermögen und Sachanlagevermögen (einschließlich Beteiligungen).

Bilanz

Angaben in T€	Anhang	2008	2007
Immaterielle Vermögenswerte	[12]	177.137	172.481
- davon Goodwill aus Unternehmenserwerben	[12]	104.839	99.724
Sachanlagen		1.246.430	1.124.804
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	[13]	7.773	7.899
Finanzanlagen	[14]	22.270	17.815
Forderungen und sonstige Vermögenswerte	[17]	15.522	13.162
Wertpapiere	[19]	–	37.133
Latente Steuern	[15]	46.299	70.053
Steuererstattungsansprüche aus Ertragsteuern		543	547
Langfristige Vermögenswerte		1.515.974	1.443.894
Vorräte	[16]	684.611	368.637
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	[17]	901.535	757.237
Übrige Forderungen und Vermögenswerte	[17, 18]	172.957	308.672
- davon derivative Finanzinstrumente		66.365	205.335
Steuererstattungsansprüche aus Ertragsteuern		30.855	36.951
Flüssige Mittel		167.823	49.411
Kurzfristige Vermögenswerte		1.957.781	1.520.908
AKTIVA		3.473.755	2.964.802

Entwicklung des Eigenkapitals

Angaben in T€	Gezeichnetes Kapital [21]	Kapitalrücklage	Bilanzgewinn/ Gewinnrücklagen [22]
Stand 01.01.2008	108.800	7.649	829.755
Marktbewertung Wertpapiere	–	–	–
Konsolidierungsbedingte Effekte	–	–	632
Sonstige neutrale Veränderungen	–	–	1.752
Direkt im Eigenkapital erfasste Erträge und Aufwendungen	–	–	2.384
Ergebnis der Periode	–	–	870.886
Summe erfasste Erträge und Aufwendungen	–	–	873.270
Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln	56.200	–	-56.200
Dividende für das Vorjahr	–	–	-82.500
Bezug Mitarbeiteraktien	–	-3.183	–
Stand 31.12.2008	165.000	4.466	1.564.325
Stand 01.01.2007	108.800	7.909	997.492
Marktbewertung Wertpapiere	–	–	–
Konsolidierungsbedingte Effekte	–	-92	-173
Sonstige neutrale Veränderungen	–	–	8.273
Direkt im Eigenkapital erfasste Erträge und Aufwendungen	–	-92	8.100
Ergebnis der Periode	–	–	-93.337
Summe erfasste Erträge und Aufwendungen	–	-92	-85.237
Dividende für das Vorjahr	–	–	-82.500
Bezug Mitarbeiteraktien	–	-168	–
Stand 31.12.2007	108.800	7.649	829.755

Angaben in T€	Anhang	2008	2007
Gezeichnetes Kapital	[21]	165.000	108.800
Kapitalrücklage		4.466	7.649
Andere Rücklagen und Bilanzgewinn	[22]	1.547.483	814.512
Anteile anderer Gesellschafter		1.332	847
Eigenkapital		1.718.281	931.808
Finanzverbindlichkeiten	[28]	107.116	360.223
Übrige Verbindlichkeiten	[28]	14.533	15.127
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	[25]	93.064	125.754
Rückstellungen für bergbauliche Verpflichtungen	[26]	378.306	357.565
Sonstige Rückstellungen	[27]	97.646	123.839
Latente Steuern	[15]	58.677	21.662
Langfristiges Fremdkapital		749.342	1.004.170
Finanzverbindlichkeiten	[28]	159.288	328.067
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	[28]	465.357	409.091
Sonstige Verbindlichkeiten	[18, 28]	68.166	85.464
- davon derivative Finanzinstrumente		24.224	16.855
Steuerverbindlichkeiten aus Ertragsteuern		25.820	6.155
Rückstellungen	[26, 27]	287.501	200.047
Kurzfristiges Fremdkapital		1.006.132	1.028.824
PASSIVA		3.473.755	2.964.802

Unterschiede aus Währungsumrechnung [22]	Neubewertungsrücklage [22]	Summe Eigenkapital der Aktionäre der K+S AG	Anteile anderer Gesellschafter	Eigenkapital
-35.383	20.140	930.961	847	931.808
-	-	-	-	-
-	-	632	-	632
18.697	-20.296	153	-	153
18.697	-20.296	785	-	785
-	-	870.886	485	871.371
18.697	-20.296	871.671	485	872.156
-	-	-	-	-
-	-	-82.500	-	-82.500
-	-	-3.183	-	-3.183
-16.686	-156	1.716.949	1.332	1.718.281
-15.734	25.257	1.123.724	619	1.124.343
-	-5.227	-5.227	-	-5.227
-	-	-265	-	-265
-19.649	110	-11.266	-	-11.266
-19.649	-5.117	-16.758	-	-16.758
-	-	-93.337	228	-93.109
-19.649	-5.117	-110.095	228	-109.867
-	-	-82.500	-	-82.500
-	-	-168	-	-168
-35.383	20.140	930.961	847	931.808

Entwicklung des Anlagevermögens 2008/2007

Angaben in T€	Bruttobuchwerte						Stand am 31.12.2008
	Stand am 01.01.2008	Veränd. Kons.-Kreis	Zugänge	Abgänge	Um- buchungen	Währungs- differenzen	
Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte u. ähnl. Rechte u. Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	110.808	–	3.517	3.915	896	2.762	114.068
Goodwill aus Unternehmenserwerben	99.724	–	9	–	–	5.106	104.839
Selbsterstellte immaterielle Vermögenswerte	7.102	–	1.540	450	1.429	47	9.668
Emissionsrechte	126	–	–	29	–	–	97
Geleistete Anzahlungen	5.643	–	2.126	85	-1.984	7	5.707
Immaterielle Vermögenswerte [12]	223.403	–	7.192	4.479	341	7.922	234.379
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	467.294	–	69.949	11.864	3.793	203	529.375
Salzvorkommen	243.396	–	–	1.449	–	13.455	255.402
Technische Anlagen und Maschinen	1.691.404	–	81.222	24.629	31.940	506	1.780.443
Schiffe	26.070	–	28.725	1.093	36	1.506	55.244
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	205.746	78	20.646	7.895	422	-135	218.862
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	43.420	–	49.992	238	-36.532	562	57.204
Leasing und ähnliche Rechte	3.388	–	61	–	–	10	3.459
Sachanlagen	2.680.718	78	250.595	47.168	-341	16.107	2.899.989
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien [13]	17.395	–	–	238	–	1	17.158
Anteile an verbundenen Unternehmen	8.856	697	2.460	250	–	–	11.763
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	74	–	316	–	–	–	390
Beteiligungen	7.592	–	1.066	207	–	–	8.451
Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	41	–	800	6	–	–	835
Sonstige Ausleihungen und andere Finanzanlagen	2.643	–	181	808	–	6	2.022
Finanzanlagen [14]	19.206	697	4.823	1.271	–	6	23.461
Anlagevermögen	2.940.722	775	262.610	53.156	–	24.036	3.174.987

Angaben in T€	Bruttobuchwerte						Stand am 31.12.2007
	Stand am 01.01.2007	Veränd. Kons.-Kreis	Zugänge	Abgänge	Um- buchungen	Währungs- differenzen	
Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte u. ähnl. Rechte u. Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	109.013	-59	4.385	2.299	1.760	-1.992	110.808
Goodwill aus Unternehmenserwerben	102.866	175	622	–	–	-3.939	99.724
Selbsterstellte immat. Vermögenswerte	4.048	–	797	–	2.257	–	7.102
Emissionsrechte	–	–	126	–	–	–	126
Geleistete Anzahlungen	5.751	–	3.510	21	-3.561	-36	5.643
Immaterielle Vermögenswerte [12]	221.678	116	9.440	2.320	456	-5.967	223.403
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	423.337	1.508	28.025	2.358	17.233	-451	467.294
Salzvorkommen	253.776	–	–	–	–	-10.380	243.396
Technische Anlagen und Maschinen	1.637.012	696	70.824	23.247	6.545	-426	1.691.404
Schiffe	9.122	–	17.909	–	–	-961	26.070
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	194.901	-1.346	17.810	6.199	725	-145	205.746
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	26.029	–	39.989	914	-21.561	-123	43.420
Leasing und ähnliche Rechte	2.009	–	–	–	1.400	-21	3.388
Sachanlagen	2.546.186	858	174.557	32.718	4.342	-12.507	2.680.718
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien [13]	17.968	–	–	765	192	–	17.395
Anteile an verbundenen Unternehmen	9.682	-1.096	281	11	–	–	8.856
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	74	–	–	–	–	–	74
Beteiligungen	7.227	-580	948	3	–	–	7.592
Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	279	–	–	238	–	–	41
Sonstige Ausleihungen und andere Finanzanlagen	3.362	–	275	992	–	-2	2.643
Finanzanlagen [14]	20.624	-1.676	1.504	1.244	–	-2	19.206
Anlagevermögen	2.806.456	-702	185.501	37.047	4.990	-18.476	2.940.722

Abschreibungen									Nettobuchwerte
Stand am 01.01.2008	Veränd. Kons.-Kreis	Zugänge planmäßig	Zugänge außerplanmäßig	Abgänge	Um- buchungen	Zuschrei- bungen	Währungs- differenzen	Stand am 31.12.2008	Stand am 31.12.2008
48.432	-	8.768	331	3.913	63	79	420	54.022	60.046
-	-	-	-	-	-	-	-	-	104.839
2.490	-	1.156	-	450	-1	-	25	3.220	6.448
-	-	-	-	-	-	-	-	-	97
-	-	-	-	-	-	-	-	-	5.707
50.922	-	9.924	331	4.363	62	79	445	57.242	177.137
221.913	-	15.359	66	1.307	1	152	14	235.894	293.481
3.887	-	1.580	-	1.449	-	-	82	4.100	251.302
1.164.600	-	89.093	1.910	22.509	348	-	239	1.233.681	546.762
1.033	-	4.541	-	1.093	-	-	60	4.541	50.703
163.578	-10	18.601	38	7.741	-411	-	-54	174.001	44.861
-	-	-	115	-	-	-	-	115	57.089
903	-	318	-	-	-	-	6	1.227	2.232
1.555.914	-10	129.492	2.129	34.099	-62	152	347	1.653.559	1.246.430
9.496	-	60	-	171	-	-	-	9.385	7.773
372	-	-	-	-	-	-	-	372	11.391
74	-	-	-	-	-	-	-	74	316
935	-	-	7	207	-	-	-	735	7.716
-	-	-	-	-	-	-	-	-	835
10	-	-	-	-	-	-	-	10	2.012
1.391	-	-	7	207	-	-	-	1.191	22.270
1.617.723	-10	139.476	2.467	38.840	-	231	792	1.721.377	1.453.610

Abschreibungen									Nettobuchwerte
Stand am 01.01.2007	Veränd. Kons.-Kreis	Zugänge planmäßig	Zugänge außerplanmäßig	Abgänge	Um- buchungen	Zuschrei- bungen	Währungs- differenzen	Stand am 31.12.2007	Stand am 31.12.2007
41.973	-49	8.048	36	2.296	907	52	-135	48.432	62.376
-	-	-	-	-	-	-	-	-	99.724
1.136	-	1.340	-	-	14	-	-	2.490	4.612
-	-	-	-	-	-	-	-	-	126
-	-	-	-	-	-	-	-	-	5.643
43.109	-49	9.388	36	2.296	921	52	-135	50.922	172.481
196.578	482	13.759	139	1.370	12.345	-	-20	221.913	245.381
2.359	-	1.549	-	-	-	-	-21	3.887	239.509
1.108.080	465	85.621	-	21.092	-8.435	-	-39	1.164.600	526.804
141	-	907	-	-	-	-	-15	1.033	25.037
155.804	-785	16.275	-	5.860	-1.838	-	-18	163.578	42.168
-	-	-	-	-	-	-	-	-	43.420
582	-	325	-	-	-	-	-4	903	2.485
1.463.544	162	118.436	139	28.322	2.072	-	-117	1.555.914	1.124.804
9.676	-	60	-	399	159	-	-	9.496	7.899
372	-	-	-	-	-	-	-	372	8.484
74	-	-	-	-	-	-	-	74	-
728	-	-	207	-	-	-	-	935	6.657
-	-	-	-	-	-	-	-	-	41
11	-	-	-	-	-	1	-	10	2.633
1.185	-	-	207	-	-	1	-	1.391	17.815
1.517.514	113	127.884	382	31.017	3.152	53	-252	1.617.723	1.322.999

Entwicklung der Rückstellungen

Angaben in T€	Stand am 01.01.2008	Währungs- differenzen	Veränderung Konsolidierungskreis	Zuführung
Verfüllung Gruben und Schächte	179.840	–	–	44.961
Bergschädenwagnisse	37.801	–	–	561
Haldenverwahrung	100.765	–	–	17.292
Sonstige bergbauliche Verpflichtungen	39.159	–	–	742
Rückstellungen für bergbauliche Verpflichtungen [26]	357.565	–	–	63.556
Jubiläen	23.075	-1	–	291
Altersteilzeit	45.289	–	–	19.351
Sozialplanaufwendungen	101	–	–	583
Sonstige Personalverpflichtungen	18.274	-15	–	14.676
Personalverpflichtungen [27]	86.739	-16	–	34.901
Übrige Rückstellungen	37.100	-4	–	953
Rückstellungen (langfr. Fremdkapital)	481.404	-20	–	99.410
Sonstige Steuern	2.784	138	–	645
Rückstellungen für bergbauliche Verpflichtungen	6.499	–	–	290
Personalverpflichtungen	91.003	48	-3	104.476
Rückstellungen für Verpflichtungen aus Verkaufsgeschäften [27]	44.340	-23	–	102.359
Rückstellungen für Verpflichtungen aus Einkaufsverträgen [27]	19.643	326	–	25.588
Sonstige Rückstellungen	35.778	359	–	22.261
Rückstellungen (kurzfr. Fremdkapital)	200.047	848	-3	255.619
Rückstellungen	681.451	828	-3	355.029

Segmentberichterstattung

Angaben in T€	Gesamtumsatz		davon intersegmentäre Umsätze	
	2008	2007	2008	2007
Kali- und Magnesiumprodukte	2.500.953	1.480.377	103.570	72.502
COMPO	775.145	629.056	24.269	11.663
fertiva	915.814	657.782	14.310	9.733
Salz	622.962	548.991	4.381	3.858
Ergänzende Geschäftsbereiche ¹⁾	170.564	173.874	45.276	48.883
Überleitung ²⁾ [37]	-191.041	-146.014	-191.806	-146.639
K+S Gruppe	4.794.397	3.344.066	0	0

Angaben in T€	Vermögen [39]		Schulden	
	2008	2007	2008	2007
Kali- und Magnesiumprodukte	2.346.798	1.094.024	613.650	656.397
COMPO	579.435	455.135	227.208	170.606
fertiva	406.725	267.776	363.594	239.029
Salz	990.894	888.647	238.397	184.011
Ergänzende Geschäftsbereiche ¹⁾	153.837	116.482	81.046	25.739
Überleitung ²⁾ [37]	-1.003.934	142.738	231.579	757.212
K+S Gruppe	3.473.755	2.964.802	1.755.474	2.032.994

¹⁾ Zum 1. Januar 2008 wurde der Geschäftsbereich Entsorgung und Recycling mit den im Geschäftsbereich Dienstleistungen und Handel gebündelten Serviceaktivitäten unter dem Begriff „Ergänzende Geschäftsbereiche“ zusammengefasst. Darüber hinaus werden die Aktivitäten der K+S IT-Services GmbH seit Jahresbeginn aufgrund des geringen Anteils von Drittumsätzen in der Überleitung dargestellt; die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.

²⁾ Die Angaben zu den Geschäftsbereichen werden vor intersegmentärer Konsolidierung dargestellt. Aufwendungen und Erträge sowie Bilanzposten, die den Geschäftsbereichen nicht zuordenbar sind, werden gesondert erfasst. Beide Effekte werden in der Zeile „Überleitung“ zusammengefasst und führen zu den Konzernzahlen.

Zinsanteil	Verbrauch	Auflösung	Umbuchung	CTA-Umgliederung	Stand am 31.12.2008
-1.727	7.583	3.635	-1.411	-	210.445
-2.935	344	963	-	-	34.120
-14.728	588	6.244	-	-	96.497
-598	145	1.914	-	-	37.244
-19.988	8.660	12.756	-1.411	-	378.306
981	1.789	93	22	-	22.486
-	24.554	-	-	7.351	32.735
-	54	-	-	-	630
-	13.980	310	810	-	19.455
981	40.377	403	832	7.351	75.306
-96	993	6.166	-8.454	-	22.340
-19.103	50.030	19.325	-9.033	7.351	475.952
-	2.321	349	-47	-	850
-	214	-	1.411	-	7.986
-	85.880	1.868	85	-	107.861
-	26.642	13.753	20	-	106.301
-	14.527	4.717	-446	-	25.867
-	14.532	4.738	-492	-	38.636
-	144.116	25.425	531	-	287.501
-19.103	194.146	44.750	-8.502	7.351	763.453

davon Umsatz mit Dritten [38]		EBIT I		Brutto-Cashflow	
2008	2007	2008	2007	2008	2007
2.397.383	1.407.875	1.203.204	177.913	1.271.822	256.016
750.876	617.393	78.985	32.049	91.138	41.949
901.504	648.049	42.424	25.276	40.316	26.925
618.581	545.133	45.171	47.846	77.133	77.583
125.288	124.991	25.136	37.593	30.689	42.067
765	625	-52.247	-34.975	-333.156	-72.462
4.794.397	3.344.066	1.342.673	285.702	1.177.942	372.078

Eingesetztes Kapital ³⁾		Investitionen ⁴⁾ [40]		Mitarbeiter per 31.12. ⁵⁾	
2008	2007	2008	2007	2008	2007
1.169.275	847.513	111.090	79.671	7.800	7.626
441.972	308.617	10.449	12.634	1.245	1.252
-197.791	-91.082	250	4.191	73	59
791.825	684.517	58.622	47.902	2.394	2.294
122.920	64.083	9.948	17.152	285	273
30.145	24.470	7.107	10.024	571	529
2.358.346	1.838.118	197.466	171.574	12.368	12.033

³⁾ Operatives Anlagevermögen und Working Capital.

⁴⁾ Betrifft Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte.

⁵⁾ Belegschaft per 31.12. inklusive befristet Beschäftigter (ohne Studenten und Praktikanten), gemessen in Vollzeitäquivalenten.

Anhang

Allgemeine Grundlagen

Der Konzernabschluss der K+S Gruppe zum 31. Dezember 2008 ist von der in Deutschland registrierten K+S Aktiengesellschaft (K+S AG) als Mutterunternehmen nach den bis zum Abschlussstichtag in Kraft getretenen International Financial Reporting Standards (IFRS) des International Accounting Standards Board (IASB) sowie den Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) aufgestellt, sofern diese von der Europäischen Union anerkannt wurden. Im Interesse einer übersichtlicheren Darstellung werden die einzelnen Posten des Konzernabschlusses in Tausend € (T€) dargestellt.

Der Konzernabschluss wurde durch den Vorstand in seiner Sitzung am 25. Februar 2009 aufgestellt, zur Veröffentlichung freigegeben und nach Behandlung im Prüfungsausschuss dem Aufsichtsrat für dessen Sitzung am 11. März 2009 zur Billigung vorgelegt.

Konsolidierungskreis

Der Konsolidierungskreis hat sich im Jahr 2008 wie folgt geändert:

Im Rahmen der Umstrukturierung der Geschäftsbereiche zum 01. Januar 2008 ist die K+S Consulting GmbH wegen untergeordneter Bedeutung aus dem Konsolidierungskreis ausgeschieden.

Die data process GmbH wurde in K+S IT-Services GmbH umbenannt.

Aufgrund verstärkter Geschäftstätigkeiten wurde die fertiva latinoamericana SRL im ersten Quartal 2008 in den Konsolidierungskreis aufgenommen. Die Gesellschaft wurde im Juli 2008 in K+S Argentina SRL umbenannt und beschäftigt sich im Wesentlichen mit dem Handel von Düngemitteln.

Des Weiteren haben im September 2008 die folgenden Umbenennungen der französischen KALI-Gesellschaften stattgefunden.

- K+S KALI & SCPA France S.A.S. in K+S KALI France S.A.S.
- SCPA Masdac S.A.S. in K+S KALI Atlantique S.A.S.
- SCPA Du Roure S.A.S. in K+S KALI Du Roure S.A.S.
- SCPA Rodez S.A.S. in K+S KALI Rodez S.A.S.
- Compagnie de Compactage de Wittenheim S.A.S. in K+S KALI Wittenheim S.A.S.

Erstmals wurde die im September 2008 gegründete K+S Mining Argentina S.A. in den Konsolidierungskreis einbezogen. Die Gesellschaft entwickelt geschäftsbereichsübergreifende Wachstumsprojekte in Lateinamerika.

Ebenso wurde die im Dezember 2008 gegründete esco Holding France S.A.S. erstmals in den Konsolidierungskreis einbezogen.

Aufgrund der geringen Bedeutung für das Geschäftsjahr 2008 wurde auf eine Angabe der Auswirkungen der erstmalig einbezogenen Gesellschaften verzichtet.

Im Wege der Vollkonsolidierung sind die nachfolgend genannten 21 (Vorjahr: 22) inländischen und 46 (Vorjahr: 43) ausländischen Gesellschaften in den Konzernabschluss einbezogen.

Inland (Angaben in %)	Anteile am Kapital	Anteil Stimmrechte
K+S Aktiengesellschaft, Kassel	–	–
Chemische Fabrik Kalk GmbH, Köln	100,00	100,00
COMPO Gesellschaft mbH & Co. KG, Münster	100,00	100,00
Deutscher Straßen-Dienst GmbH, Hannover	100,00	100,00
esco – european salt company GmbH & Co. KG, Hannover	100,00	100,00
esco international GmbH, Hannover	100,00	100,00
fertiva GmbH, Mannheim	100,00	100,00
German Bulk Chartering GmbH, Hamburg	100,00	100,00
K+S Baustoffrecycling GmbH, Sehnde	100,00	100,00
K+S Beteiligungs GmbH, Kassel	100,00	100,00
K+S Entsorgung GmbH, Kassel	100,00	100,00
K+S IT-Services GmbH, Kassel	100,00	100,00
K+S KALI GmbH, Kassel	100,00	100,00
K+S Projekt GmbH, Kassel	100,00	100,00
K+S Salz GmbH, Hannover	100,00	100,00
Kali-Transport Gesellschaft mbH, Hamburg	100,00	100,00
Kali-Union Verwaltungsgesellschaft mbH, Kassel	100,00	100,00
park GmbH, Recklinghausen	100,00	100,00
Torf- und Humuswerk Gnarrenburg GmbH, Gnarrenburg	100,00	100,00
Torf- und Humuswerk Uchte GmbH, Uchte	100,00	100,00
UBT See- und Hafen-Spedition GmbH Rostock, Rostock	100,00	100,00

Ausland (Angaben in %)	Anteile am Kapital	Anteil Stimmrechte
Compania Minera Punta de Lobos Ltda., Santiago de Chile, Chile	99,70	100,00
COMPO Agricoltura S.p.A., Cesano Maderno, Italien	100,00	100,00
COMPO Agricultura S.L., Barcelona, Spanien	100,00	100,00
COMPO Agro Chile Ltda., Santiago de Chile, Chile	100,00	100,00
COMPO Austria GmbH, Wien, Österreich	100,00	100,00
COMPO Benelux N.V., Deinze, Belgien	100,00	100,00
COMPO do Brasil S.A., Guaratinguetá, Brasilien	100,00	100,00
COMPO Fertilizantes de México S.A. de C.V., Mexico-City, Mexiko	100,00	100,00
COMPO France S.A.S., Roche-lez-Beaupré, Frankreich	100,00	100,00
COMPO Hellas S.A., Marousi, Griechenland	100,00	100,00
COMPO Horticulture et Jardin S.A.S., Roche-lez-Beaupré, Frankreich	100,00	100,00
COMPO Jardin AG, Allschwil, Schweiz	100,00	100,00
Empresa de Servicios Ltda., Santiago de Chile, Chile	99,70	100,00
Empresa Maritima S.A., Santiago de Chile, Chile	48,62	99,44
esco benelux N.V., Brüssel, Belgien	100,00	100,00
esco France S.A.S., Levallois-Perret, Frankreich	100,00	100,00
esco Holding France S.A.S., Dombasle sur Meurthe, Frankreich	100,00	100,00
esco Spain S.L., Barcelona, Spanien	100,00	100,00
Frisia Zout B.V., Harlingen, Niederlande	100,00	100,00
International Salt Company LLC., Clarks Summit, USA	100,00	100,00
Inversiones Columbus Ltda., Santiago de Chile, Chile	2,00	100,00
Inversiones Empreemar Ltda., Santiago de Chile, Chile	48,89	100,00
Inversiones K+S Sal de Chile Ltda., Santiago de Chile, Chile	100,00	100,00
Inversiones y Prospecciones Mineras Tarapacá Ltda., Santiago de Chile, Chile	100,00	100,00
K+S Argentina SRL, Buenos Aires, Argentinien	100,00	100,00
K+S Finance Ltd., St. Julians, Malta	100,00	100,00
K+S Investments Ltd., St. Julians, Malta	100,00	100,00
K+S KALI France S.A.S., Reims, Frankreich	100,00	100,00
K+S KALI Wittenheim S.A.S., Wittenheim, Frankreich	100,00	100,00
K+S KALI du Roure S.A.S., Le Teil, Frankreich	100,00	100,00
K+S KALI Atlantique S.A.S., Pré en Pail, Frankreich	100,00	100,00
K+S KALI Rodez S.A.S., Onet le Château, Frankreich	97,45	97,45
K+S Mining Argentina S.A., Buenos Aires, Argentinien	100,00	100,00
K+S North America Corporation, New York, USA	100,00	100,00
K+S Sal do Brasil Participacoes e Investimentos Ltda., São Paulo, Brasilien	100,00	100,00
K+S Salt of the Americas Holding B.V., Harlingen, Niederlande	100,00	100,00
Salina Diamante Branco Ltda., Natal, Brasilien	100,00	100,00
Salines Cérébos et de Bayonne S.A.S., Levallois-Perret, Frankreich	100,00	100,00
Salsul Indústria e Comércio Ltda., Guaíba-RS, Brasilien	100,00	100,00
Servicios Maritimos Patillos S.A., Santiago de Chile, Chile	49,85	50,00
Servicios Portuarios Patillos S.A., Santiago de Chile, Chile	99,69	100,00
Sociedad Punta de Lobos S.A., Santiago de Chile, Chile	99,70	99,70
SPL Brasil Empreendimentos e Participacoes Ltda., São Paulo, Brasilien	100,00	100,00
SPL USA Inc., Clarks Summit, USA	100,00	100,00
Transporte por Containers S.A., Valparaiso, Chile	47,99	100,00
VATEL Companhia de Produtos Alimentares S.A., Alverca, Portugal	100,00	100,00

Bei der Servicios Maritimos Patillos S.A. stellt die K+S Gruppe die Mehrheit der Mitglieder des Geschäftsführungsorgans und übt beherrschenden Einfluss auf die Gesellschaft aus.

Beteiligungen an Unternehmen, bei denen Unternehmen der K+S Gruppe einen maßgeblichen Einfluss ausüben können (assoziierte Unternehmen), werden nach der Equity-Methode bewertet, sofern sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind. Die K+S Gruppe hält Anteile an vier assoziierten Unternehmen (siehe Angaben zu nahestehenden Unternehmen auf Seite 192).

Die potenziellen Ergebnisauswirkungen einer Beteiligungsbilanzierung nach der Equity-Methode sind aus Konzernsicht als unwesentlich zu bezeichnen.

Im Geschäftsjahr 2008 wurden daher wegen insgesamt untergeordneter Bedeutung sämtliche Beteiligungen an assoziierten Unternehmen zu Anschaffungskosten bewertet.

Konsolidierungsmethoden

Die Abschlüsse der einbezogenen Gesellschaften sind zum Bilanzstichtag des Konzernabschlusses aufgestellt. Die in den Konzernabschluss übernommenen Vermögenswerte und Schulden der einbezogenen Gesellschaften werden einheitlich nach den hier und in den folgenden Anmerkungen beschriebenen Grundsätzen bilanziert und bewertet.

Umsätze, Aufwendungen und Erträge zwischen den einbezogenen Tochtergesellschaften werden voll eliminiert, soweit sie während der Zugehörigkeit der betreffenden Gesellschaften zur K+S Gruppe entstanden sind. Ebenso werden Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den einbezogenen Gesellschaften sowie Zwischenergebnisse aus Lieferungen und Leistungen zwischen den einbezogenen Tochtergesellschaften, soweit sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind, eliminiert.

Bei der Kapitalkonsolidierung werden die Anschaffungswerte der Beteiligungen mit dem auf sie entfallenden neu bewerteten Eigenkapital zum Zeitpunkt des Erwerbs verrechnet. Nach der Zuordnung zu Vermögenswerten und Schulden verbleibende aktive Unterschiedsbeträge werden als Goodwill bilanziert. Passive Unterschiedsbeträge aus der Kapitalkonsolidierung werden unmittelbar ertragswirksam aufgelöst.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Erfassung von Erträgen und Aufwendungen

Die Umsatzerlöse beinhalten Verkäufe von Produkten und Dienstleistungen, vermindert um Erlösschmälerungen. Umsatzerlöse aus dem Verkauf von Produkten werden ab dem Zeitpunkt des Gefahrenübergangs ausgewiesen. Dienstleistungen werden nach erbrachter Leistung als Umsatz ausgewiesen. Darüber hinaus muss in beiden Fällen die Zahlung hinreichend wahrscheinlich sein. Sonstige Erträge, wie beispielsweise aus Zinsen oder Dividenden, werden zu dem Zeitpunkt periodengerecht erfasst, ab dem ein vertraglicher bzw. rechtlicher Anspruch besteht.

Betriebliche Aufwendungen werden mit Inanspruchnahme der Leistung bzw. zum Zeitpunkt ihrer Verursachung ergebniswirksam erfasst.

Immaterielle Vermögenswerte

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögenswerte werden mit den Anschaffungskosten angesetzt. Selbsterstellte immaterielle Vermögenswerte werden mit den auf sie entfallenden Entwicklungsausgaben aktiviert, sofern der Zufluss eines wirtschaftlichen Nutzens wahrscheinlich ist und die Kosten des Vermögenswerts zuverlässig ermittelbar sind. Eine Aktivierung von Fremdkapitalzinsen wird nicht vorgenommen.

Immaterielle Vermögenswerte werden, sofern ihre Nutzungsdauer bestimmbar ist, planmäßig linear abgeschrieben; bei einer zu erwartenden unbegrenzten Nutzungsdauer wird auf eine planmäßige Abschreibung verzichtet. Bei dem Geschäfts- oder Firmenwert (Goodwill) wird ebenfalls von einer unbegrenzten Nutzungsdauer ausgegangen. Im Rahmen der planmäßigen Abschreibungen werden folgende Nutzungsdauern zugrunde gelegt:

Nutzungsdauern für immaterielle Vermögenswerte	Jahre
Hafenkonzessionen	250
Marken	5 – 15
Übrige immaterielle Vermögenswerte	2 – 10

Bei einer Wertminderung werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Entfallen die Gründe für die außerplanmäßige Abschreibung, erfolgt eine entsprechende Zuschreibung, wobei die fortgeführten Buchwerte nicht überstiegen werden dürfen. Ein für den Geschäfts- oder Firmenwert (Goodwill) erfasster Wertminderungsaufwand wird nicht aufgeholt.

Die Werthaltigkeit der Geschäfts- oder Firmenwerte wird regelmäßig überprüft. Sofern erforderlich, wird eine entsprechende Wertberichtigung vorgenommen. Ein etwaiger Wertberichtigungsbedarf wird gemäß IAS 36 durch einen Vergleich mit den diskontierten erwarteten zukünftigen Cashflows aus den Zahlungsmittel generierenden Einheiten ermittelt, denen die entsprechenden Goodwill-Beträge zugeordnet sind.

CO₂-Emissionsrechte werden seit dem Geschäftsjahr 2008 zu Anschaffungskosten bilanziert. Unentgeltlich zugeteilte Rechte werden demnach mit einem Wert von Null, entgeltlich erworbene Rechte zum jeweiligen Anschaffungswert aktiviert. Sinkt der Stichtagswert unter den Anschaffungswert, wird eine Abschreibung auf den niedrigeren Wert vorgenommen. Die Bilanzierung zu Anschaffungskosten führt zu einer verbesserten Transparenz hinsichtlich der tatsächlich geleisteten Auszahlungen für CO₂-Emissionsrechte; zudem wird die bilanzverlängernde Wirkung der Bilanzierung zu Zeitwerten vermieden. Da die zum Ende des Geschäftsjahres 2007 ausgewiesenen Emissionsrechte in Höhe von 126 T€ vollständig entgeltlich erworben wurden, war in der Bilanz des Geschäftsjahres 2008 keine Anpassung der Vorjahreszahlen erforderlich. Die Vortragswerte sowie die Zu- und Abgänge in der Entwicklung des Anlagevermögens von 2007 wurden hingegen entsprechend angepasst.

Sachanlagen

Bei Sachanlagen erfolgt die Bilanzierung zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige, nutzungsbedingte Abschreibungen. Die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten umfassen auch künftige Rekultivierungsaufwendungen. Fremdkapitalzinsen werden nicht aktiviert. Bei Wertminderungen, die über die bereits vorgenommenen nutzungsbedingten Abschreibungen hinausgehen, erfolgt eine außerplanmäßige Abschreibung; diese wird als sonstiger betrieblicher Aufwand erfasst. Die Ermittlung solcher Wertverluste („impairment losses“) erfolgt gemäß IAS 36 durch den Vergleich mit den diskontierten erwarteten zukünftigen Cashflows der betreffenden Vermögenswerte. Sofern den betreffenden Vermögenswerten keine eigenen Cashflows zugeordnet werden können, werden stattdessen die Cashflows der entsprechenden Zahlungsmittel generierenden Einheit zum Vergleich herangezogen. Bei Fortfall der Gründe für vorgenommene außerplanmäßige Abschreibungen werden entsprechende Zuschreibungen vorgenommen.

Strecken und Grubenbaue sowie erworbene Salzlagerstätten werden unter den Sachanlagen aktiviert.

Wenn Sachanlagen verkauft oder stillgelegt werden, wird der Gewinn oder Verlust aus der Differenz zwischen dem Verkaufserlös und dem Restbuchwert unter den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. Aufwendungen erfasst.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen werden nach der linearen Methode vorgenommen und richten sich nach den betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern.

Den planmäßigen Abschreibungen liegen die folgenden konzerneinheitlichen Nutzungsdauern zugrunde:

Nutzungsdauern für Sachanlagen	Jahre
Salzvorkommen	19 – 250
Strecken und Grubenbaue	5 – 125
Bauten	14 – 33⅓
Technische Anlagen und Maschinen	4 – 25
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3 – 10

Finanzierungsleasing

Ein Leasingverhältnis ist eine Vereinbarung, bei der der Leasinggeber dem Leasingnehmer gegen eine Zahlung oder eine Reihe von Zahlungen das Recht auf Nutzung eines Vermögenswerts für einen vereinbarten Zeitraum überträgt. Finanzierungsleasing liegt vor, wenn dem Leasingnehmer im Wesentlichen alle mit dem Eigentum des Vermögenswerts verbundenen Chancen und Risiken übertragen werden. Ist dies der Fall, aktiviert der Leasingnehmer den Vermögenswert zum Zeitwert des Vermögenswerts oder zum Barwert der Mindestleasingzahlungen, sofern dieser Wert niedriger ist. In gleicher Höhe ist eine Leasingverbindlichkeit zu passivieren. Die Abschreibung des Vermögenswerts unterscheidet sich grundsätzlich nicht von der Vorgehensweise bei vergleichbaren Vermögenswerten. Finanzierungsleasing ist für die K+S Gruppe von untergeordneter Bedeutung.

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Bei den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien handelt es sich überwiegend um vermietete Objekte. Sie werden mit den fortgeführten Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um lineare planmäßige, nutzungsbedingte Abschreibungen, bilanziert. Die zugrunde gelegten Nutzungsdauern liegen bei 50 Jahren. Erträge aus der Veräußerung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien werden im Finanzergebnis erfasst.

Finanzinstrumente

Finanzinstrumente sind Verträge, die bei einem Vertragspartner zur Entstehung eines finanziellen Vermögenswerts und beim anderen zu einer finanziellen Verbindlichkeit oder einem Eigenkapitalinstrument führen. Grundsätzlich werden finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten getrennt von einander (unsaldiert) ausgewiesen. Die finanziellen Vermögenswerte umfassen hauptsächlich Flüssige Mittel, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, sonstige Forderungen, Wertpapiere, Finanzinvestitionen sowie derivative Finanzinstrumente mit positivem Marktwert. Zu den finanziellen Verbindlichkeiten zählen insbesondere Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, Finanzverbindlichkeiten, sonstige Verbindlichkeiten sowie derivative Finanzinstrumente mit negativem Marktwert. Der erstmalige Ansatz von Finanzinstrumenten erfolgt zum beizulegenden Zeitwert, sobald das bilanzierende Unternehmen Vertragspartner eines Finanzinstruments wird. Die dem Erwerb direkt zuzurechnenden Transaktionskosten werden bei der Ermittlung des Buchwerts berücksichtigt, sofern die Finanzinstrumente in der Folgebewertung nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden.

Für die Folgebewertung ist die Zuordnung der Finanzinstrumente in eine der folgenden in IAS 39 definierten Kategorien ausschlaggebend:

- **Kredite und Forderungen:**

In dieser Kategorie werden hauptsächlich Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, sonstige Forderungen, Ausleihungen und Flüssige Mittel erfasst. Die in der Bilanz ausgewiesene Position Flüssige Mittel setzt sich im Wesentlichen aus den Posten Schecks, Kasse und Bankguthaben zusammen. Zudem fallen hierunter Wertpapiere mit einer Laufzeit von weniger als drei Monaten, die keinen wesentlichen Wertschwankungen unterliegen. Ausleihungen werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten bewertet. Unverzinsliche oder niedrig verzinsliche Darlehen werden zum Barwert angesetzt. Erkennbaren Risiken wird durch die Vornahme außerplanmäßiger Abschreibungen Rechnung getragen.

Die anderen dieser Kategorie zugeordneten finanziellen Vermögenswerte werden nach dem erstmaligen Ansatz zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode abzüglich Wertminderungen bewertet. Unverzinsliche bzw. niedrig verzinsliche Forderungen mit einer Laufzeit von mehr als drei Monaten werden abgezinst. Erforderliche Wertminderungen orientieren sich am erwarteten Ausfallrisiko und werden auf separaten Wertberichtigungskonten erfasst. Forderungen werden ausgebucht, wenn sie beglichen oder uneinbringlich werden. Sonstige Vermögenswerte werden zum Zeitpunkt der Veräußerung bzw. bei fehlender Werthaltigkeit ausgebucht.

- **Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte:** Dieser Kategorie werden zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere („held for trading“) zugeordnet, die mit der Absicht der kurzfristigen Weiterveräußerung erworben wurden. Auch Derivate mit positivem Marktwert werden als zu Handelszwecken gehalten kategorisiert, es sei denn, sie sind in eine Sicherungsbeziehung gemäß IAS 39 eingebunden. Die Bewertung erfolgt zum beizulegenden Zeitwert. Wertänderungen werden ergebniswirksam erfasst. Die Ausbuchung von Wertpapieren erfolgt nach der Veräußerung am Erfüllungstag.

- **Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte:**

Diese Kategorie umfasst alle finanziellen Vermögenswerte, die keiner der vorgenannten Kategorien zugeordnet wurden. Wertpapiere werden grundsätzlich als zur Veräußerung verfügbar („available for sale“) kategorisiert, es sei denn, es wird aufgrund einer expliziten Zweckbestimmung eine andere Kategorisierung notwendig. Die Erstbewertung erfolgt am Erfüllungstag des Kaufs. Eigenkapitalinstrumente wie z. B. Anteile an (nicht konsolidierten) verbundenen Unternehmen sowie gehaltene Aktien an börsennotierten Unternehmen fallen ebenfalls unter diese Kategorie.

Grundsätzlich werden Finanzinstrumente dieser Kategorie in der Folgebewertung zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die bei der Folgebewertung entstehenden Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden als unrealisierte Gewinne und Verluste ergebnisneutral in der Neubewertungsrücklage erfasst. Erst zum Zeitpunkt der Veräußerung erfolgt eine ergebniswirksame Erfassung der realisierten Gewinne bzw. Verluste. Liegen am Bilanzstichtag objektive Hinweise für eine dauerhafte Wertminderung vor, ist eine außerplanmäßige Abschreibung auf den beizulegenden Zeitwert vorzunehmen. Der in der Neubewertungsrücklage erfasste Betrag ist ergebnisneutral auszubuchen. Spätere Wertaufholungen erfolgen ergebnisneutral.

Sofern für Finanzinstrumente keine aktiven Märkte existieren, mit deren Hilfe die beizulegenden Zeitwerte verlässlich ermittelt werden können, erfolgt die Bewertung zu Anschaffungskosten. Dies ist bei Anteilen an (nicht konsolidierten) verbundenen Unternehmen und Beteiligungen der Fall. Einer dauerhaften Wertminderung wird hier durch erfolgswirksame außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren Wert Rechnung getragen. Diese Wertminderungen dürfen nicht rückgängig gemacht werden. Die Ausbu-

chung von Anteilen bzw. Beteiligungen erfolgt bei einer Veräußerung an eine konzernfremde Partei. Wertpapiere werden nach der Veräußerung am Erfüllungstag ausgebucht.

- Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierte finanzielle Verbindlichkeiten: Sämtliche finanzielle Verbindlichkeiten, mit Ausnahme der derivativen Finanzinstrumente, werden zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode bewertet. Die Ausbuchung der Verbindlichkeiten erfolgt zu dem Zeitpunkt, an dem die Verbindlichkeit beglichen wird oder der Grund für die Bildung der Verbindlichkeit wegfällt.
- Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte finanzielle Verbindlichkeiten: In diese Kategorie fallen derivative Finanzinstrumente mit negativem Marktwert, die grundsätzlich als zu Handelszwecken gehalten kategorisiert werden. Von dieser Regelung ausgeschlossen sind Derivate, die in eine Sicherungsbeziehung gemäß IAS 39 eingebunden sind.

Derivate

Sicherungsbeziehungen zwischen Derivaten und Grundgeschäften werden nur für einen Teil der Derivate hergestellt. Die Bewertung der Derivate erfolgt zum jeweiligen Marktwert. Die Marktwertveränderungen werden erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Die Ausbuchung der Derivate erfolgt am Erfüllungstag.

Vorräte

Unter den Vorräten sind gemäß IAS 2 diejenigen Vermögenswerte ausgewiesen, die zum Verkauf im normalen Geschäftsgang vorgesehen sind (fertige Erzeugnisse und Waren), die sich in der Herstellung für den Verkauf befinden (unfertige Erzeugnisse) oder die im Rahmen der Herstellung oder Erbringung von Dienstleistungen verbraucht werden (Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe).

Die Bewertung der Vorräte erfolgt auf Basis der durchschnittlichen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten oder zum niedrigeren Nettoveräußerungspreis. Die Herstellungskosten enthalten neben den Einzelkosten angemessene Teile der fixen und variablen Material- und Fertigungsgemeinkosten, soweit sie im Zusammenhang mit dem Herstellungsvorgang anfallen. Dies gilt analog für Kosten der allgemeinen Verwaltung, Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung sowie sonstige soziale Aufwendungen. Fremdkapitalzinsen werden nicht einbezogen. Der Nettoveräußerungspreis bestimmt sich als geschätzter Verkaufspreis abzüglich der noch anfallenden Kosten bis zur Fertigstellung und der notwendigen Vertriebskosten.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Pensionsrückstellungen für Mitarbeiter und Pensionäre in Deutschland werden unter Anwendung versicherungsmathematischer Grundsätze nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit-Methode) mit einem Rechnungszins von 5,3 % ermittelt. Der Rechnungszins wird auf Grundlage der am Bilanzstichtag erzielten Renditen für erstrangige, festverzinsliche Industriefinanzen (corporate bonds) ermittelt, wobei die Laufzeit der Anleihen der voraussichtlichen Fristigkeit der Pensionsverpflichtungen entspricht. Die Pensionsverpflichtungen ausländischer Gesellschaften werden nach vergleichbaren Grundsätzen und unter Berücksichtigung länderspezifischer Besonderheiten berechnet. Soweit Planvermögen vorliegt, erfolgt eine Saldierung dieses Vermögens mit den Pensionsrückstellungen.

Bergbauliche und übrige Rückstellungen

Rückstellungen werden in Höhe der erwarteten Inanspruchnahme für gegenwärtige Verpflichtungen gegenüber Dritten gebildet, die aus einem vergangenen Ereignis resultieren. Die Inanspruchnahme muss eher wahrscheinlich als unwahrscheinlich und die Höhe der Verpflichtungen verlässlich schätzbar sein. Langfristige Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr werden unter Berücksichtigung künftiger Kostensteigerungen mit einem fristenadäquaten Kapitalmarktzins abgezinst, soweit der Zinseffekt von wesentlicher Bedeutung ist.

Latente Steuern

Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgt gemäß IAS 12 auf der Grundlage der international üblichen bilanzorientierten Verbindlichkeitsmethode (Liability-Methode). Danach werden Steuerabgrenzungsposten für sämtliche temporären Differenzen zwischen den Wertansätzen der Steuerbilanz und der Konzernbilanz sowie für steuerliche Verlustvorträge und auf entsprechende Konsolidierungsvorgänge gebildet. Aktive latente Steuern werden jedoch nur berücksichtigt, soweit die Möglichkeit der Realisierung hinreichend konkretisiert ist. Die Bewertung der latenten Steuern erfolgt mit den Steuersätzen, die nach der derzeitigen Rechtslage künftig im wahrscheinlichen Zeitpunkt der Umkehr der temporären Differenzen gelten werden. Die Auswirkungen von Steuergesetzesänderungen auf aktive und passive latente Steuern werden in der Periode, in der die materiellen Wirksamkeitsvoraussetzungen der Gesetzesänderung vorliegen (in Deutschland: Bundesratszustimmung), ergebniswirksam berücksichtigt. Eine Abzinsung aktiver und passiver latenter Steuern wird entsprechend den Regelungen des IAS 12 nicht vorgenommen. Latente Steueransprüche und latente Steuerschulden werden nach Fristigkeiten innerhalb einzelner Gesellschaften bzw. Organkreise saldiert.

Ermessensentscheidungen und Schätzungen

Ermessensentscheidungen bei der Anwendung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden Langfristige immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen und als Finanzinvestition gehaltene Immobilien werden in der Bilanz zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt. Von der ebenfalls zulässigen Möglichkeit, diese zum beizulegenden Zeitwert anzusetzen, wird kein Gebrauch gemacht.

Wertpapiere werden grundsätzlich als zur Veräußerung verfügbar klassifiziert, so dass die zu bilanzierenden Änderungen der beizulegenden Zeitwerte erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst werden. Sofern Wertpapiere als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert klassifiziert werden, fließen die Änderungen der beizulegenden Zeitwerte insoweit unmittelbar in das Periodenergebnis ein.

Schätzungen und Prämissen bei der Anwendung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
Die Ansätze im IFRS-Abschluss beruhen dem Grunde und der Höhe nach zum Teil auf Schätzungen und der Festlegung bestimmter Prämissen. Dies ist insbesondere notwendig bei

- der Bestimmung der Nutzungsdauern des abnutzbaren Anlagevermögens,
- der Festlegung der Bewertungsannahmen und der zukünftigen Ergebnisse im Rahmen von Werthaltigkeitstests, insbesondere für bilanzierte Goodwills,
- der Bestimmung des Nettoveräußerungspreises des Vorratsvermögens,
- der Bestimmung der für die Bewertung von Pensionsrückstellungen notwendigen Parameter (Rechnungszinssatz, künftige Entwicklung der Löhne/Gehälter und Renten, erwartete Rendite des Planvermögens),
- der Bestimmung von Höhe, Erfüllungszeitpunkten und Rechnungszinssätzen für die Bewertung bergbaulicher Rückstellungen,
- der Wahl der Parameter im Rahmen der modellgestützten Bewertung der Derivate (z. B. Annahmen hinsichtlich der Volatilität und des Zinssatzes) sowie
- der Bestimmung der Nutzbarkeit von steuerlichen Verlustvorträgen.

Trotz sorgfältigster Schätzung kann die tatsächliche Entwicklung von den Annahmen abweichen.

Währungsumrechnung

In den Einzelabschlüssen der Konzerngesellschaften werden sämtliche Forderungen und Verbindlichkeiten in fremden Währungen mit dem Kurs am Bilanzstichtag bewertet, unabhängig davon, ob sie kursgesichert sind oder nicht. Sicherungsgeschäfte, die aus wirtschaftlicher Sicht zur Kurssicherung dienen, werden zu ihren jeweiligen Marktwerten angesetzt.

Die Jahresabschlüsse ausländischer Konzerngesellschaften werden gemäß IAS 21 nach dem Konzept der funktionalen Währung in Euro umgerechnet. Alle Gesellschaften betreiben ihr Geschäft in finanzieller, wirtschaftlicher und organisatorischer Hinsicht selbstständig. Die funktionale Währung entspricht im Regelfall der lokalen Währung, lediglich bei der Empresa Maritima S.A. und seit dem Geschäftsjahr 2008 auch bei der Sociedad Punta de Lobos S.A., der Servicios Portuarios Patillos S.A. und der Compania Minera Punta de Lobos Ltda. wird der US-Dollar als funktionale Währung verwendet, da diese Gesellschaften ihre Zahlungsmittelzuflüsse bzw. -abflüsse überwiegend in dieser Währung generieren. Der Wechsel der funktionalen Währung der drei letztgenannten Gesellschaften wurde auf Basis einer Analyse der relevanten Zahlungsströme vorgenommen. Vermögenswerte und Schulden werden zum Kurs am Bilanzstichtag, Aufwendungen und Erträge zum Jahresdurchschnittskurs umgerechnet.

Die sich gegenüber den Stichtagskursen des Vorjahres ergebenden erfolgsneutralen Unterschiedsbeträge werden im Eigenkapital gesondert als Unterschiede aus der Währungsumrechnung ausgewiesen. Der Saldo dieser Umrechnungsdifferenzen gegenüber dem Vorjahr betrug 18.697 T€.

Scheiden Konzernunternehmen aus dem Konsolidierungskreis aus, wird die betreffende Währungsumrechnungsdifferenz erfolgswirksam aufgelöst.

Für die Umrechnung der wesentlichen Währungen im Konzern wurden folgende Wechselkurse für einen Euro zugrunde gelegt:

Wechselkurse je 1 €	2008		2007	
	Stichtagskurs	Jahresdurchschnittskurs	Stichtagskurs	Jahresdurchschnittskurs
US-Dollar (USD)	1,392	1,471	1,472	1,370
Schweizer Franken (CHF)	1,485	1,587	1,655	1,643
Brasilianischer Real (BRL)	3,244	2,674	2,619	2,664
Chilenischer Peso (CLP)	888,600	763,098	733,032	714,905
Mexikanischer Peso (MXN)	19,233	16,291	16,059	14,975

Auswirkungen neuer Rechnungslegungsstandards und Interpretationen

Die folgenden verpflichtenden Interpretationen wurden im Geschäftsjahr 2008 erstmalig angewandt.

Standard/Interpretation		Zeitpunkt verpflichtende Anwendung ¹⁾	Endorsement ²⁾ (bis 31.12.2008)
Neu	IFRIC 11 IFRS 2 – Geschäfte mit eigenen Aktien und Aktien von Konzernunternehmen	01.03.2007	ja
Neu	IFRIC 14 IAS 19 – Begrenzung eines Vermögenswertes und Mindestdotierungsverpflichtungen	01.01.2008	ja

¹⁾ Anwendung auf die erste Berichtsperiode eines Geschäftsjahres, das an diesem Tag oder danach beginnt.

²⁾ Übernahme der IFRS-Standards bzw. -interpretationen durch die EU-Kommission.

IFRIC 11 „IFRS 2 – Geschäfte mit eigenen Aktien und Aktien von Konzernunternehmen“
 IFRIC 11 konkretisiert, wann spezifische anteilsbasierte Vergütungen als Transaktionen mit Barausgleich bzw. Transaktionen mit Ausgleich durch Eigenkapitalinstrumente behandelt werden. IFRIC 11 hat keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss 2008 der K+S Gruppe.

IFRIC 14 „IAS 19 – Begrenzung eines Vermögenswertes und Mindestdotierungsverpflichtungen“

IFRIC 14 behandelt den Fall einer Überdeckung von Pensionsverpflichtungen durch extern gebildetes Planvermögen. Es werden Kriterien festgelegt, wann diese Überdeckung dem Unternehmen als wirtschaftlicher Nutzen zur Verfügung steht und somit als Vermögenswert zu aktivieren ist. IFRIC 14 hat keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss 2008 der K+S Gruppe.

Neue, aber noch nicht angewandte Rechnungslegungsstandards und Interpretationen

Die folgenden Rechnungslegungsstandards und Interpretationen wurden bis zum Bilanzstichtag vom IASB veröffentlicht, sie sind aber von der K+S Gruppe erst zu einem späteren Zeitpunkt verpflichtend anzuwenden.

Standard/Interpretation	Zeitpunkt verpflichtende Anwendung ¹⁾	Endorsement ²⁾ (bis 31.12.2008)
Änderung IAS 1 Darstellung des Abschlusses	01.01.2009	ja
Änderung IAS 23 Fremdkapitalkosten	01.01.2009	ja
Änderung IAS 27 Konzern- und separate Einzelabschlüsse nach IFRS	01.07.2009	nein
Änderung IAS 32/ IAS 1 Kündbare Finanzinstrumente und bei Liquidation entstehende Verpflichtungen	01.01.2009	nein
Änderung IAS 39 Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung: Qualifizierende gesicherte Grundgeschäfte	01.07.2009	nein
Änderung IAS 39/ IFRS 7 Umklassifizierung finanzieller Vermögenswerte	01.07.2008	ja
Änderung IFRS 1/ IAS 27 Anschaffungskosten von Anteilen an Tochterunternehmen, gemeinschaftlich geführten Unternehmen oder assoziierten Unternehmen	01.01.2009	nein
Änderung IFRS 2 Anteilsbasierte Vergütung, Ausübungsbedingungen und Annullierung	01.01.2009	ja
Änderung Improve- ments Sammelstandard zur Änderung mehrerer IFRS	01.01.2009	nein
Änderung IFRS 1 Erstmalige Anwendung der IFRS	01.01.2009	nein
Änderung IFRS 3 Unternehmenszusammenschlüsse	01.07.2009	nein
Neu IFRS 8 Geschäftssegmente	01.01.2009	ja
Neu IFRIC 12 Dienstleistungskonzessionsvereinbarungen	01.01.2008	nein
Neu IFRIC 13 Kundenbonusprogramme	01.07.2008	ja
Neu IFRIC 15 Vereinbarungen über die Errichtung von Immobilien	01.01.2009	nein
Neu IFRIC 16 Absicherung einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb	01.10.2008	nein
Neu IFRIC 17 Sachdividenden an Eigentümer	01.07.2009	nein

¹⁾ Anwendung auf die erste Berichtsperiode eines Geschäftsjahres, das an diesem Tag oder danach beginnt.

²⁾ Übernahme der IFRS-Standards bzw. -Interpretationen durch die EU-Kommission.

IAS 1 „Darstellung des Abschlusses“

Der geänderte IAS 1 verfolgt das Ziel, die Analyse des Abschlusses für den Bilanzadressaten zu erleichtern. Dies soll z. B. durch eine geänderte Eigenkapitalveränderungsrechnung sowie eine umfassendere Gesamtergebnisrechnung erreicht werden. Als Folge wird sich ab dem Geschäftsjahr 2009 eine Änderung der Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung und der Eigenkapitalveränderungsrechnung ergeben.

IAS 23 „Fremdkapitalkosten“

Die Änderung des IAS 23 regelt, dass Fremdkapitalkosten, die direkt dem Bau oder der Herstellung eines sog. qualifizierten Vermögenswerts zugeordnet werden können, zukünftig zu aktivieren sind. Das derzeit bestehende Wahlrecht zur aufwandswirksamen Erfassung der Fremdkapitalkosten wird abgeschafft. Als Folge werden sich die zu aktivierenden Anschaffungskosten der betroffenen Vermögenswerte erhöhen.

IAS 27 „Konzern- und separate Einzelabschlüsse nach IFRS“

Mit den Änderungen in IAS 27 werden im Konzernabschluss die Abbildungsregeln bei Veränderung der Beteiligungshöhe sowie Ende der Beherrschung des Tochterunternehmens konkretisiert. Nunmehr sind Beteiligungsveränderungen erfolgsneutral als Eigenkapitaltransaktion abzubilden. Bei Ende der Beherrschung ist der Endkonsolidierungserfolg ergebniswirksam zu erfassen. Eine Erstanwendung der Neuregelung des IAS 27 wird entsprechende Auswirkungen auf die Bilanzierung von künftigen Beteiligungsveränderungen haben.

IAS 32/IAS 1 „Kündbare Finanzinstrumente und bei Liquidation entstehende Verpflichtungen“

IAS 32/IAS 1 erweitern die Definition für die Klassifizierung als Eigenkapitalinstrument. Mit den kündbaren Finanzinstrumenten und den bei Liquidation entstehenden Verpflichtungen wurden auf diese Weise zwei neue Arten von Eigenkapitalinstrumenten geschaffen. Die Änderungen der IAS 32/IAS 1 haben aus heutiger Sicht keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der K+S Gruppe.

IAS 39 „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung: qualifizierende gesicherte Grundgeschäfte“

Die Änderungen zu IAS 39 legen fest, dass Inflationsrisiken nur dann als Grundgeschäft zu behandeln sind, sofern ihr Anteil am Vermögenswert identifizierbar und separierbar ist. Bei Vorliegen von Optionen muss nicht ihr Gesamtwert als Sicherungsinstrument berücksichtigt werden, sondern nur die Änderungen des inneren Werts. Die Änderungen des IAS 39 haben aus heutiger Sicht keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der K+S Gruppe.

IAS 39/IFRS 7 „Umklassifizierung finanzieller Vermögenswerte“

Begründet durch die aktuelle Finanzkrise erlaubt IAS 39 bei Vorliegen bestimmter Bedingungen zusätzliche Umklassifizierungsmaßnahmen innerhalb der Kategorien der Finanzinstrumente. Die Änderungen des IAS 39 haben aus heutiger Sicht keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der K+S Gruppe.

IFRS 1/IAS 27 „Anschaffungskosten von Anteilen an Tochterunternehmen, gemeinschaftlich geführten Unternehmen oder assoziierten Unternehmen“

Die Änderungen zu IFRS 1/IAS 27 stellen auf die bilanzielle Behandlung von Anteilen an Tochterunternehmen, gemeinschaftlich geführten Unternehmen und assoziierten Unternehmen bei der Erstanwendung der IFRS im Einzelabschluss des Mutterunternehmens ab. Die Änderungen zu IFRS 1/IAS 27 haben keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der K+S Gruppe.

IFRS 2 „Anteilsbasierte Vergütung, Ausübungsbedingungen und Annullierung“

Mit den Änderungen in IFRS 2 werden die an eine anteilsbasierte Vergütung geknüpften Ausübungsbedingungen definiert. Aus ihnen ergibt sich ein Einfluss auf die Bilanzierung der anteilsbasierten Vergütung. Zudem wurde die Vorgehensweise bei Annullierung des Vertrags konkretisiert. Die Auswirkungen der Änderungen des IFRS 2 auf den Konzernabschluss der K+S Gruppe werden derzeit geprüft.

Improvements to IFRS

Der Standard mit dem Titel „Improvements to IFRS“ fasst eine Vielzahl von kleineren Änderungen an bestehenden Standards zusammen. Für K+S ergibt sich insbesondere Anpassungsbedarf aus der Änderung des IAS 1, die einen Ausweis der Derivate als lang- oder kurzfristiges Finanzinstrument entsprechend des voraussichtlichen Erfüllungszeitpunktes zur Folge hat.

IFRS 1 „Erstmalige Anwendung der IFRS“

IFRS 1 erhält aus Gründen der Übersichtlichkeit eine neue Struktur. Inhaltliche Änderungen des Standards erfolgen nicht. Auswirkungen auf den Konzernabschluss der K+S Gruppe ergeben sich nicht.

IFRS 3 „Unternehmenszusammenschlüsse“

In IFRS 3 wird hinsichtlich der Goodwill-Bilanzierung von Minderheitenanteilen ein Wahlrecht eingeführt. Der Goodwill von Minderheitenanteilen kann entweder marktbezogen zum beizulegenden Zeitwert oder beteiligungsproportional mit dem beizulegenden Zeitwert des anteilig identifizierbaren Nettovermögens bewertet werden. Ebenfalls neu geregelt sind die Vorgehensweise bei sukzessivem Anteilswerb sowie die Erfassung des beizulegenden Zeitwerts bedingter Gegenleistungen. Zudem sind Anschaffungsnebenkosten des Erwerbs nicht mehr Bestandteil der Anschaffungskosten, sondern ergebniswirksam zu erfassen. Eine Erstanwendung der Neuregelung des IFRS 3 wird entsprechende Auswirkungen auf die Bilanzierung von künftigen Unternehmenszusammenschlüssen haben.

IFRS 8 „Geschäftssegmente“

IFRS 8 ersetzt den bislang gültigen IAS 14 „Segmentberichterstattung“. Ein Geschäftssegment ist definiert als ein operativer Bereich eines Unternehmens, dessen Betriebsergebnisse regelmäßig den Verantwortlichen zur Entscheidung über die weitere Ressourcenallokation vorgelegt werden. Die Darstellung der Segmente orientiert sich demnach grundsätzlich an der internen Berichtsstruktur der Finanzinformationen. Die Auswirkungen des IFRS 8 auf den Konzernabschluss der K+S Gruppe werden derzeit geprüft.

IFRIC 12 „Dienstleistungskonzessionsvereinbarungen“

IFRIC 12 regelt die Bilanzierung von Konzessionen, die von Regierungen oder anderen öffentlichen Körperschaften an private Betreiber vergeben werden, um öffentliche Dienstleistungen bereitzustellen. IFRIC 12 hat aus heutiger Sicht keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der K+S Gruppe.

IFRIC 13 „Kundenbonusprogramme“

IFRIC 13 erfasst Programme, bei denen dem Kunden für den Kauf von Produkten oder Dienstleistungen Boni gewährt werden, die zu einem späteren Zeitpunkt gegen kostenlose oder preisreduzierte Ware eingetauscht werden können. IFRIC 13 hat keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss 2008 der K+S Gruppe.

IFRIC 15 „Vereinbarungen über die Errichtung von Immobilien“

IFRIC 15 klärt für langfristige Fertigungsaufträge, ob deren Bilanzierung entweder gemäß IAS 11 „Fertigungsaufträge“ oder gemäß IAS 18 „Erträge“ zu erfolgen hat. IFRIC 15 hat aus heutiger Sicht keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der K+S Gruppe.

IFRIC 16 „Absicherung einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb“

IFRIC 16 behandelt Zweifelsfragen, die sich bei der Absicherung einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb ergeben. Geklärt werden die Art des zu sichernden Risikos, der maximal zu sichernde Betrag, das buchhalterische Vorgehen bei Abgang des ausländischen Geschäftsbetriebs und die Frage, welches Unternehmen innerhalb des Konzerns das Sicherungsinstrument halten darf. IFRIC 16 hat aus heutiger Sicht keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der K+S Gruppe.

IFRIC 17 „Sachdividenden an Eigentümer“

IFRIC 17 regelt, dass Sachdividendenausschüttungen an die Anteilseigner zum Fair Value des zu übertragenden Vermögenswerts anzusetzen sind. Der Unterschiedsbetrag zwischen der geleisteten Dividende und dem Buchwert des Vermögensgegenstands ist erfolgswirksam zu erfassen. Die Auswirkungen des IFRIC 17 auf den Konzernabschluss der K+S Gruppe werden derzeit geprüft.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist auf der Seite 142 abgebildet.

In der Gewinn- und Verlustrechnung wird das operative Ergebnis (EBIT I), das als zentrale Steuerungsgröße fungiert, als separate Ergebnisposition ausgewiesen. Mit dieser Angabe wird erreicht, dass die für die Ertragslage wichtigen Effekte aus der Kurssicherung von US-Dollar-Zahlungseingängen sowie der Absicherung gegen Energiepreis- und Frachtratensteigerungen periodengerecht im Jahr der Fälligkeit der betreffenden Geschäfte ausgewiesen werden („realisierte Marktwerte“). Die eingesetzten Derivate sowie die Sicherungsstrategie werden in der Anmerkung (18) beschrieben.

Zwischen den Derivaten und den oben beschriebenen Grundgeschäften wurden keine Sicherungsbeziehungen gemäß IAS 39 gebildet. Dies hat zur Folge, dass die Marktwertveränderungen sämtlicher Derivate zu jedem Bilanzstichtag ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen werden müssen, was zu beachtlichen Ergebnisschwankungen im Zeitablauf führen kann. Um diese stichtagsabhängigen Bewertungseffekte zu isolieren, werden sie außerhalb des operativen Ergebnisses separat ausgewiesen und gehen in das EBIT II ein. Mit dieser Vorgehensweise wird erreicht, dass das operative Ergebnis (EBIT I) den vollen Ergebnisbeitrag aus realisierten Sicherungsgeschäften des Geschäftsjahres enthält. Regelmäßig ist jedoch ein Teil dieser Ergebnisbeiträge aufgrund der Regelungen des IAS 39 schon in den Vorjahren als Marktwertveränderungen ergebniswirksam erfasst worden. Um insoweit einen doppelten Ergebnisausweis zu vermeiden, sind diese zur Ableitung des EBIT I ausgewiesenen Erträge im EBIT II eliminiert. Damit entspricht das EBIT II dem Ergebnis nach IFRS, das die nach IAS 39 vorzunehmende stichtagsbezogene Marktbewertung der Sicherungsgeschäfte berücksichtigt.

(1) Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse der K+S Gruppe betragen 4.794.397 T€ (Vorjahr: 3.344.066 T€) und resultieren in Höhe von 4.653.094 T€ (Vorjahr: 3.198.818 T€) aus dem Verkauf von Gütern und in Höhe von 141.303 T€ (Vorjahr: 145.248 T€) aus der Erbringung von Dienstleistungen. Die Aufteilung der Umsatzerlöse nach Geschäftsbereichen sowie die intersegmentären Umsätze sind bei den Segmentinformationen auf den Seiten 148 f. dargestellt. Die regionale Verteilung der Umsatzerlöse ist bei den Erläuterungen zur Segmentberichterstattung unter Anmerkung (38) angegeben.

(2) Sonstige betriebliche Erträge

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind folgende wesentliche Posten enthalten:

Angaben in T€	2008	2007
Gewinne aus Kursdifferenzen	94.712	56.679
- davon realisierte Marktwerte abzgl. gezahlter Prämien	–	48.268
Auflösungen von Rückstellungen	34.279	31.032
Erhaltene Entschädigungen und Erstattungen	13.188	15.475
Erträge aus der Ausbuchung von Vorratsvermögen	8.576	–
Auflösungen von Wertberichtigungen für Forderungen	2.020	5.685
Erträge aus Gaspreissicherung	–	5.319
Vermietung und Verpachtung	1.932	2.036
- davon aus als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	1.378	1.517
Abgänge von Vermögenswerten des Anlagevermögens	755	1.885
Erträge aus dem Verkauf von Emissionsrechten	5	734
Übrige Erträge	18.141	19.350
Sonstige betriebliche Erträge	173.608	138.195

Die erhaltenen Entschädigungen und Erstattungen setzten sich aus Erstattungen für Altersteilzeit in Höhe von 5.507 T€ (Vorjahr: 9.925 T€), Erstattungen von Berufsgenossenschaftsbeiträgen in Höhe von 3.588 T€ (Vorjahr: 4.584 T€) und Erträgen aus Schadenersatz in Höhe von 4.093 T€ (Vorjahr: 966 T€) zusammen.

Die im Vorjahr in der Position „Gewinne aus Kursdifferenzen“ enthaltene Position „Realisierte Marktwerte abzgl. gezahlter Prämien“ ist zur Darstellung des EBIT I erforderlich. Die Korrektur dieser Position erfolgte innerhalb der Position „Marktwertveränderungen aus Sicherungsgeschäften“ (siehe Anmerkung (5)).

(3) Sonstige betriebliche Aufwendungen

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind folgende wesentliche Posten enthalten:

Angaben in T€	2008	2007
Kurssicherungskosten/Verluste aus Kursdifferenzen	75.390	66.177
- davon realisierte Marktwerte abzgl. gezahlter Prämien	583	–
Wertberichtigungen auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	19.703	3.750
Aufwendungen für Altersteilzeit	14.334	14.312
Aufwendungen für Beratungen, Gutachten, Rechtsanwaltshonorare	9.839	539
Aufwand aus der Ausbuchung von Vorratsvermögen	8.576	–
Abschreibungen	5.696	3.190
Investitionsnebenkosten	3.924	2.390
Aufwendungen/Erstattungen für stillgelegte Werke und Verwahrung Merkers	2.938	1.975
Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	2.548	1.565
Aufwendungen für als Finanzinvestition gehaltene vermietete Immobilien	2.471	1.437
Zuführungen/Verbrauch Aktienoptionsprogramm	10	4.507
Zuführungen/Verbrauch übrige Rückstellungen	-292	6.414
Übrige Aufwendungen	30.852	25.701
Sonstige betriebliche Aufwendungen	176.572	131.957

Den Kurssicherungskosten/Verlusten aus Kursdifferenzen von 75.390 T€ stehen Gewinne aus Kursdifferenzen von 94.712 T€ gegenüber, die unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen werden. Damit ergibt sich im operativen Ergebnis (EBIT I) ein Währungsergebnis in Höhe von 19.322 T€ (Vorjahr: -9.498 T€).

Die im Geschäftsjahr 2008 in der Position „Kurssicherungskosten/Verluste aus Kursdifferenzen“ enthaltene Position „Realisierte Marktwerte abzgl. gezahlter Prämien“ ist zur Darstellung des EBIT I erforderlich. Die Korrektur dieser Position erfolgte innerhalb der Position „Marktwertveränderungen aus Sicherungsgeschäften“ (siehe Anmerkung (5)).

(4) Beteiligungsergebnis

Angaben in T€	2008	2007
Erträge aus Ausschüttungen von Beteiligungen und Gewinnabführungen	2.532	1.528
Aufwendungen aus Verlustübernahme	-6	-
Zuschreibungen/Abschreibungen auf Beteiligungen	-7	-207
Ergebnis aus dem Abgang von Beteiligungen	-	3.263
Beteiligungsergebnis	2.519	4.584

(5) Marktwertveränderungen aus Sicherungsgeschäften/Ergebnis aus nicht mehr operativen Derivaten

Angaben in T€	2008	2007
Realisierte Marktwerte abzgl. gezahlter Prämien	583	-48.268
Unrealisierte Marktwerte abzgl. gezahlter Prämien	1.139	-19.401
Marktwertveränderungen noch nicht fälliger Devisensicherungsgeschäfte	421	-266.850
- davon positive Marktwertveränderungen	15.540	-
- davon negative Marktwertveränderungen	-15.119	-266.850
Marktwerte von im Vorjahr verfallenen Devisenoptionen mit Fälligkeit 2008	-	-58.101
- davon gezahlte Prämien	-	-50.387
Marktwertveränderungen aus Devisensicherungsgeschäften	2.143	-392.620
Marktwertveränderungen noch nicht fälliger Energiepreissicherungsgeschäfte	-9.134	-
Marktwertveränderungen noch nicht fälliger Frachtratensicherungsgeschäfte	-6.638	-
Marktwertveränderungen aus Sicherungsgeschäften	-13.629	-392.620
Ergebnis aus nicht mehr operativen Derivaten	-136.744	-
- davon positive Ergebnisbeiträge	9.081	-
- davon negative Ergebnisbeiträge	-145.825	-
Marktwertveränderungen aus Sicherungsgeschäften/Ergebnis aus nicht mehr operativen Derivaten	-150.373	-392.620

Zur Position „Realisierte Marktwerte abzgl. gezahlter Prämien“ siehe Anmerkung (2) bzw. (3). Die Marktwertveränderungen noch nicht fälliger Sicherungsgeschäfte betreffen derivative Finanzinstrumente, für die nach IAS 39 keine Sicherungsbeziehungen gebildet wurden.

Die Sicherungsstrategie mittels Double-Knock-out-Optionen wurde Ende 2007 auf ein System der Worst-case-Absicherung mittels einfacher Optionen (sog. Plain Vanilla-Optionen) bzw. sog. Compound-Optionen umgestellt (siehe Anmerkung (18)). Die zu Beginn des Geschäftsjahres noch bestehenden Double-Knock-out-Optionen dienten folglich nicht mehr der Sicherung des operativen Grundgeschäfts, so dass die Ergebnisse aus der Ausübung, dem Verkauf oder dem Verfall der Optionen vollständig im EBIT II ausgewiesen wurden (Ergebnis aus nicht mehr operativen Derivaten).

(6) Zinsergebnis

Angaben in T€	2008	2007
Zinsanteil aus der Bewertung von bergbaulichen Rückstellungen	19.988	–
Zinsen und ähnliche Erträge	5.068	6.686
Zinserträge	25.056	6.686
Zinsanteil in den Zuführungen zu Pensionsrückstellungen	-2.344	-4.047
Zinsanteil aus der Bewertung von bergbaulichen Rückstellungen	–	-13.934
Zinsanteil in den Zuführungen zu Jubiläumsrückstellungen	-981	-894
Übrige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-26.327	-23.383
Zinsaufwendungen	-29.652	-42.258
Zinsergebnis	-4.596	-35.572

Der Zinsaufwand in den Zuführungen zu Pensionsrückstellungen wurde mit den Planerträgen aus dem Contractual Trust Arrangement (CTA) saldiert. Der verbleibende Betrag wird als Zinsaufwand in den Zuführungen zu Pensionsrückstellungen ausgewiesen.

Der „Zinsanteil aus der Bewertung von bergbaulichen Rückstellungen“ setzt sich als Saldo folgender Positionen zusammen:

Angaben in T€	2008	2007
Zinseffekt aus der Änderung des Abzinsungssatzes der bergbaulichen Rückstellungen	26.586	–
Zinseffekt aus der Auflösung von bergbaulichen Rückstellungen	12.003	1.616
Erhöhung der bergbaulichen Rückstellungen aufgrund des Zeitablaufs („Aufzinsung“)	-18.601	-15.550
Zinsanteil aus der Bewertung von bergbaulichen Rückstellungen	19.988	-13.934

(7) Sonstiges Finanzergebnis

Angaben in T€	2008	2007
Ergebnis aus dem Abgang finanzieller Vermögenswerte	11.508	606
Ergebnis aus der Marktbewertung finanzieller Vermögenswerte	-196	-384
Sonstige Finanzaufwendungen	41	-315
Sonstiges Finanzergebnis	11.353	-93

Aus der Einbringung von bislang nach IAS 39 bilanzierten Wertpapieren in das Contractual Trust Arrangement (CTA) resultierte in 2008 ein Ertrag in Höhe von 10.454 T€. Des Weiteren wurden Erträge aus der Veräußerung nicht betriebsnotwendiger Immobilien in Höhe von 318 T€ (Vorjahr: 218 T€) erzielt.

(8) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Angaben in T€	2008	2007
Laufende Steuern	266.312	19.428
- in Deutschland	251.200	3.257
- im Ausland	15.112	16.171
Latente Steuern	61.374	-68.902
- in Deutschland	68.302	-63.221
- im Ausland	-6.928	-5.681
- davon aus Verlustvorträgen	40.203	-47.654
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	327.686	-49.474

Für die Berechnung der inländischen latenten Steuern wurde ein Steuersatz in Höhe von 27,9% (Vorjahr: 27,8%) zugrunde gelegt. Neben der Körperschaftsteuer von 15,0% und dem Solidaritätszuschlag von 5,5% wurde der durchschnittliche Gewerbesteuersatz von 12,1% berücksichtigt. Latente Steuern im Ausland werden mit den jeweiligen nationalen Ertragsteuersätzen für Thesaurierungen berechnet.

In der nachfolgenden Tabelle wird eine Überleitung vom erwarteten zum ausgewiesenen Steueraufwand vorgenommen. Für die Berechnung des erwarteten Ertragsteueraufwands wurde der inländische Konzernsteuersatz 2008 von 27,9% zugrunde gelegt.

Angaben in T€	2008	2007
Ergebnis vor Ertragssteuern	1.199.057	-142.583
Erwarteter Ertragsteueraufwand (27,9% Konzernsteuersatz; Vorjahr: 37,2%)	334.537	-53.041
Veränderungen des erwarteten Steueraufwands:		
Auswirkungen von Steuersatzänderungen	-117	14.955
Steuerfreie Beteiligungserträge und Veräußerungsgewinne	-5.319	-3.139
Steuerminderungen aufgrund steuerfreier Erträge und sonstiger Posten		
- Hinzurechnungen/Kürzungen für Gewerbesteuer	1.261	2.409
- sonstige steuerfreie Erträge	-2.204	-773
Steuerermehrungen aufgrund steuerlich nicht abzugsfähiger Aufwendungen und sonstiger Posten	1.625	1.399
Permanente Abweichungen	-103	3.827
Effekte aus Steuersatzdifferenzen	-8.932	-6.544
Steuern für frühere Jahre	5.375	-8.093
Sonstige Effekte	1.563	-474
Tatsächlicher Steueraufwand	327.686	-49.474
Steuerquote	27,3%	-

(9) Materialaufwand

Angaben in T€	2008	2007
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.577.156	1.201.819
Aufwendungen für bezogene Leistungen	337.157	201.104
Energiekosten	253.123	216.153
Materialaufwand	2.167.436	1.619.076

(10) Personalaufwand/ Arbeitnehmer

Angaben in T€	2008	2007
Löhne und Gehälter	586.823	540.752
Soziale Abgaben	143.782	137.184
Altersversorgung	7.590	9.146
Unterstützung	304	247
Personalaufwand	738.499	687.329

Im Rahmen des Optionsprogramms können der Vorstand sowie bestimmte Führungskräfte einen Teil ihrer erfolgsabhängigen Vergütung für ein Basisinvestment in K+S-Aktien verwenden. Mit dem Erwerb und dem Halten dieser Basisaktien erhalten die Teilnehmer virtuelle Optionen, bei denen im Fall der Ausübung eine Barauszahlung erfolgt. Die Höhe der Barauszahlung bestimmt sich nach der Überperformance der K+S-Aktie gegenüber dem Referenzindex (bis 19. September 2008 MDAX[®], ab 22. September 2008 DAX[®]); sie ist auf maximal 25% Überperformance begrenzt. Für die Ausübung der Optionen besteht eine Sperrfrist von zwei Jahren; die Gesamtlauzeit der Optionen beträgt maximal fünf Jahre.

Als Personalaufwand wurden im Jahr 2008 Zahlungen für ausgeübte Optionen in Höhe von 13.445 T€ (Vorjahr: 10.176 T€) erfasst. Der Aufwand wurde weitestgehend durch den Verbrauch von Rückstellungen neutralisiert. Für die am Bilanzstichtag noch nicht ausgeübten Optionen wird eine Rückstellung gebildet (siehe Anmerkung (27)).

Im Rahmen des Belegschaftsaktienprogramms haben Mitarbeiter der K+S Gruppe die Möglichkeit, K+S-Aktien mit einem Kursabschlag zu erwerben. Die Belegschaftsaktien sind mit einer einjährigen Sperrfrist versehen. Die Bewertung erfolgt zum beizulegenden Zeitwert. Für das im Jahr 2008 beschlossene Belegschaftsaktienprogramm entstanden Aufwendungen in Höhe von 746 T€ (Vorjahr: 2.382 T€). Für die Ausgabe kostenloser Bonusaktien im Zusammenhang mit früheren Belegschaftsaktienprogrammen entstand im Jahr 2008 ein Personalaufwand in Höhe von 792 T€ (Vorjahr: 640 T€).

Die Aufwendungen für Altersversorgung enthalten nicht den Zinsanteil in den Zuführungen zu Pensionsrückstellungen. Dieser wird als Zinsaufwand im Zinsergebnis ausgewiesen.

Die Personalaufwendungen enthalten periodenfremde Beträge in Höhe von 198 T€.

Arbeitnehmer einschließlich befristeter Beschäftigter (Jahresdurchschnitt)	2008	2007
Inland	10.111	9.972
Ausland	2.103	1.987
Gesamt	12.214	11.959
- davon Auszubildende	547	546

(11) Ergebnis je Aktie

Angaben in T€	2008	2007
Konzernergebnis nach Steuern und Anteilen Dritter	870.886	-93.337
Marktwertveränderungen aus Sicherungsgeschäften/ Ergebnis aus nicht mehr operativen Derivaten	150.373	392.620
Eliminierung daraus resultierender latenter bzw. zahlungswirksamer Steuern	-41.954	-123.950
Konzernergebnis, bereinigt ¹⁾	979.305	175.333
Durchschnittliche Anzahl Aktien (in Mio. Stück) ²⁾	164,95	164,94
Ergebnis je Aktie (in €) ²⁾	5,28	-0,57
Ergebnis je Aktie, bereinigt (in €) ^{1),2)}	5,94	1,06

¹⁾ Bereinigt um die Effekte der Marktwertveränderungen aus Sicherungsgeschäften sowie nicht mehr operativer Derivate; beim bereinigten Konzernergebnis und beim bereinigten Ergebnis je Aktie wurde ein Steuersatz von 27,9% (Vorjahr: 31,6%) unterstellt.

²⁾ Angepasst an Aktiensplit im Verhältnis 1:4.

(Eintragung Handelsregister: 24. Juni 2008; wertpapierrechtliche Durchführung: 21. Juli 2008)

Das Ergebnis je Aktie ist nach IAS 33 ausgehend vom Konzernergebnis zu ermitteln. Dieses enthält auch die Effekte aus der Bewertung der Sicherungsgeschäfte zum Stichtag sowie das Ergebnis aus nicht mehr operativen Derivaten (siehe Anmerkung (5)). Aufgrund der begrenzten wirtschaftlichen Aussagekraft des unbereinigten Konzernergebnisses weisen wir zusätzlich das um diese Effekte bereinigte Konzernergebnis aus.

Für die Ermittlung der Ergebnisse je Aktie wird das jeweilige Ergebnis durch die gewichtete durchschnittliche Anzahl der im Umlauf befindlichen Aktien dividiert. Da bei K+S derzeit keine der Bedingungen erfüllt ist, die zu einer Verwässerung des Ergebnisses je Aktie führen könnte, entspricht das unverwässerte Ergebnis je Aktie dem verwässerten Ergebnis je Aktie. Im Ergebnis je Aktie waren weder aufgegebenen Geschäftsbereiche noch Bilanzierungsänderungen gesondert zu berücksichtigen.

Im Falle einer Ausnutzung des genehmigten Kapitals (siehe Anmerkung (21)) könnten die Ergebnisse je Aktie in Zukunft potenziell verwässert werden.

Erläuterungen zur Bilanz

Die Bilanz ist auf der Seite 144 f. abgebildet. Die Entwicklung der Bruttobuchwerte und Abschreibungen der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist gesondert auf den Seiten 146 f. dargestellt.

Ab dem Geschäftsjahr 2008 wird der Deckungsüberhang des Contractual Trust Arrangement (CTA) in den „Sonstigen Vermögenswerten“ ausgewiesen. Die „Sonstigen Vermögenswerte“ und Wertpapiere des Vorjahres wurden entsprechend angepasst.

(12) Immaterielle Vermögenswerte

Die Abschreibungen des Geschäftsjahres sind entsprechend der Nutzung der betreffenden Vermögenswerte in der Gewinn- und Verlustrechnung unter folgenden Positionen ausgewiesen:

- Herstellungskosten
- Vertriebskosten
- allgemeine Verwaltungskosten
- Forschungs- und Entwicklungskosten
- sonstige betriebliche Aufwendungen

Die in der Konzernbilanz ausgewiesenen Goodwills sind den folgenden Zahlungsmittel generierenden Einheiten zugeordnet:

Angaben in T€	2008	2007
Geschäftsbereich Salz Amerika	90.982	85.867
Geschäftsbereich Salz Europa	13.251	13.251
Geschäftsbereich COMPO	606	606
Goodwill Gesamt	104.839	99.724

Im Rahmen der Prüfung der Werthaltigkeit der Goodwills wurden die Restbuchwerte der jeweiligen Zahlungsmittel generierenden Einheiten mit deren Nutzungswert verglichen. Entsprechend der Definition für eine Zahlungsmittel generierende Einheit werden grundsätzlich die Geschäftsbereiche der K+S Gruppe als jeweils eine solche Einheit betrachtet. Der Geschäftsbereich Salz wird in die Zahlungsmittel generierenden Einheiten Salz Amerika und Salz Europa unterteilt. Bei der Ermittlung der Nutzungswerte wurden die Barwerte der künftigen Cashflows der Geschäftsbereiche unter der Prämisse der fortlaufenden Nutzung zugrunde gelegt. Die Prognose der Cashflows stützt sich auf die aktuellen mittelfristigen Planungen der K+S Gruppe bzw. der jeweiligen Geschäftsbereiche. Die wesentlichen Prämissen der mittelfristigen Planungen basieren weitgehend auf eigenen Erfahrungswerten. Der Prognosezeitraum umfasst die Jahre 2009 bis 2012; darüber hinaus wurde zum Ausgleich der Inflation bei den Kosten und Umsätzen eine Wachstumsrate der nominellen Cashflows von 2,0% (Vorjahr: 2,0%) angenommen.

Folgende Abzinsungssätze wurden zum 31. Dezember 2008 verwendet:

Zinssätze in %	2008		2007	
	vor Steuern	nach Steuern	vor Steuern	nach Steuern
Geschäftsbereich Salz Amerika	10,3	8,5	10,3	8,5
Geschäftsbereich Salz Europa	10,4	7,5	10,5	7,5
Geschäftsbereich COMPO	10,4	7,5	10,5	7,5

Die Zinssätze der Zahlungsmittel generierenden Einheiten Salz Europa sowie COMPO entsprechen dem gewichteten Kapitalkostensatz der K+S Gruppe vor bzw. nach Steuern. Die Zinssätze für die Zahlungsmittel generierende Einheit Salz Amerika berücksichtigen einen Länderrisikozuschlag für Chile sowie das Ertragsteuerniveau in Chile.

Der am Ende des Geschäftsjahres 2008 durchgeführte Werthaltigkeitstest bestätigte die Werthaltigkeit der bestehenden Goodwills.

Im Rahmen der Prüfung der Werthaltigkeit der übrigen immateriellen Vermögenswerte wurden die Restbuchwerte der jeweiligen Vermögenswerte mit ihrem Nutzungswert zum Bilanzstichtag verglichen. Die am Ende des Geschäftsjahres 2008 durchgeführten Werthaltigkeitstests ergaben einen Wertminderungsbedarf in Höhe von 331 T€ (Vorjahr: 36 T€), der in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst wurde.

Zum Bilanzstichtag wurde eine Marke mit unbegrenzter Nutzungsdauer in Höhe von 1.705 T€ ausgewiesen.

(13) Als Finanzinvestition
gehaltene Immobilien

Die beizulegenden Zeitwerte der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien betragen zum 31. Dezember 2008 27.162 T€ (Vorjahr: 27.482 T€). Die beizulegenden Zeitwerte wurden durch interne Fachabteilungen unter Berücksichtigung lokaler Marktgegebenheiten geschätzt. Bei der Wertermittlung wurden insbesondere die lokalen Bodenrichtwerte berücksichtigt; teilweise wurde auch auf externe Wertgutachten zurückgegriffen.

(14) Finanzanlagen

Die Position betrifft in Höhe von 19.423 T€ (Vorjahr: 15.141 T€) Anteile an verbundenen Unternehmen, Ausleihungen an verbundene Unternehmen sowie Beteiligungen. In Höhe von 2.847 T€ (Vorjahr: 2.674 T€) handelt es sich um sonstige Ausleihungen (im Wesentlichen Darlehen an Mitarbeiter) und andere Finanzanlagen. Die effektiven jährlichen Zinssätze betragen zwischen 0 und 6,25% und die restliche Zinsbindungsdauer liegt im Regelfall zwischen einem und 17 Jahren.

Das maximale Ausfallrisiko zum Bilanzstichtag entspricht dem in der Bilanz angesetzten Betrag. Konkrete Anhaltspunkte für mögliche Ausfälle liegen nicht vor. Es bestehen keine erheblichen Ausfallrisikokonzentrationen.

(15) Latente Steuern

Auf Ansatz- und Bewertungsunterschiede bei den einzelnen Bilanzposten und auf steuerliche Verlustvorträge entfallen die folgenden bilanzierten aktiven und passiven latenten Steuern:

Angaben in T€	Aktive latente Steuern		Passive latente Steuern	
	2008	2007	2008	2007
Immaterielle Vermögenswerte	6.672	7.176	11.514	10.454
Sachanlagen	1.087	630	96.713	77.625
Finanzanlagen	–	1	5	5
Vorräte	6.230	3.090	129	4
Forderungen und sonstige Vermögenswerte	5.535	8.866	15.069	26.383
- davon derivative Finanzinstrumente	–	223	4.367	20.648
Rückstellungen	42.300	54.484	2.578	1.624
Verbindlichkeiten	7.458	25.292	488	1.442
Bruttobetrag	69.282	99.539	126.496	117.537
- davon langfristig	48.304	60.410	111.180	90.378
Steuerliche Verlustvorträge	27.250	66.702	–	–
Konsolidierungen	16.470	-1.092	-1.116	-779
Saldierungen	-66.703	-95.096	-66.703	-95.096
Bilanzansatz (Nettobetrag)	46.299	70.053	58.677	21.662

Insgesamt wurde in Höhe von 3.403 T€ (Vorjahr: 752 T€) auf die Aktivierung latenter Steuern verzichtet, da die Nutzung der zugrunde liegenden Verlustvorträge als nicht wahrscheinlich angesehen wird. Die zugrunde liegenden Verlustvorträge betragen 20.354 T€ (Vorjahr: 4.561 T€). Im Berichtsjahr wurden latente Steuern in Höhe von 1.543 T€ (Vorjahr: 7.825 T€) erfolgsneutral mit dem Eigenkapital verrechnet.

(16) Vorräte

Angaben in T€	2008	2007
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	213.350	134.612
Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	36.045	32.647
Fertige Erzeugnisse und Waren	435.216	201.078
Geleistete Anzahlungen	–	300
Vorräte	684.611	368.637

Vorräte in Höhe von 138.625 T€ (Vorjahr: 37.048 T€) wurden zum Nettoveräußerungswert angesetzt. In der Berichtsperiode wurden Wertminderungen wegen des Ansatzes zum Nettoveräußerungswert in Höhe von 16.599 T€ (Vorjahr: 5.606 T€) vorgenommen.

(17) Forderungen und sonstige Vermögenswerte

Angaben in T€	2008	davon Restlaufzeit über 1 Jahr	2007	davon Restlaufzeit über 1 Jahr
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	901.535	–	757.237	–
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	8.518	–	11.803	–
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.255	–	1.598	–
Sonstige Vermögenswerte	177.706	33.160	308.433	126.300
- davon derivative Finanzinstrumente	66.365	17.638	205.335	113.138
Forderungen und sonstige Vermögenswerte	1.090.014	33.160	1.079.071	126.300

Die Wertberichtigungen haben sich wie folgt entwickelt *:

Angaben in T€	2008	2007
Stand am 1. Januar	20.941	23.151
Veränderung Konsolidierungskreis	105	-8
Zuführung	19.563	4.424
Auflösung	571	1.151
Verbrauch	1.722	5.475
Stand am 31. Dezember	38.316	20.941

* Die dargestellten Wertberichtigungen wurden mit Forderungen aus Kreditversicherungen saldiert.

Auf den Forderungsbestand aus Lieferungen und Leistungen wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr Wertberichtigungen in Höhe von 37.943 T€ (Vorjahr: 20.791 T€) vorgenommen. 373 T€ (Vorjahr: 150 T€) resultieren aus Wertberichtigungen auf übrige Forderungen und sonstige Vermögenswerte. Die Wertminderungen beruhen auf Erwartungen für das Ausfallrisiko. Soweit Forderungen eine Restlaufzeit von mehr als drei Monaten aufweisen, werden sie basierend auf den Geldmarktsätzen zum Bilanzstichtag abgezinst. Insoweit unterliegen die Forderungen einem zinsbedingten Risiko und damit einer Änderung des beizulegenden Zeitwerts. Zum 31. Dezember 2008 wurden Abzinsungen für un- bzw. unterverzinsliche Forderungen in Höhe von 3.332 T€ (Vorjahr: 2.638 T€) vorgenommen.

Die folgende Tabelle gibt Informationen über das Ausmaß der in den Positionen „Forderungen aus Lieferungen und Leistungen“ sowie „Übrige Forderungen und nicht derivative finanzielle Vermögenswerte“ enthaltenen Ausfallrisiken.

Angaben in T€	Buchwert	davon zum Stichtag weder überfällig noch wertberichtigt, allerdings überfällig seit				
		davon zum Stichtag nicht wertberichtigt, < 30 Tagen	> 31 und < 90 Tagen	> 91 und < 180 Tagen	> 180 Tagen	
2008						
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	901.535	670.267	22.734	8.433	1.258	1.159
Übrige Forderungen und nicht derivative finanzielle Vermögenswerte	100.126	53.684	2.429	821	21	158
2007						
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	757.237	626.968	24.791	6.103	822	1.691
Übrige Forderungen und nicht derivative finanzielle Vermögenswerte	100.127	60.698	6.073	1.566	44	1.291

Zum 31. Dezember 2008 bestanden in unwesentlichem Maße Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, bei denen die Vertragsbedingungen neu verhandelt wurden und die ansonsten wertberichtigt oder überfällig wären.

Das Forderungsmanagement ist darauf ausgelegt, alle Außenstände pünktlich und vollständig einzuziehen sowie den Verlust von Forderungen zu vermeiden. Die Fakturierung erfolgt tagesaktuell und die Fakturdaten werden online auf die Debitorenkonten übertragen. Die laufende Überwachung der Außenstände erfolgt systemunterstützt entsprechend den mit den Kunden vereinbarten Zahlungszielen. Diese belaufen sich überwiegend auf 10 bis 180 Tage; auf bestimmten Märkten sind auch längere Zahlungsziele üblich. Rückständige Zahlungen werden in regelmäßigen zweiwöchigen Intervallen angemahnt.

Unter dem Ausfallrisiko wird das Risiko verstanden, dass Vertragspartner ihren vertraglichen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen. Kundenforderungen werden weitestgehend durch entsprechende Versicherungen und anderweitige Sicherungsinstrumente gegen dieses Risiko abgesichert. Hierdurch wird erreicht, dass bei einem eventuellen Forderungsausfall nur ein geringer Teilverlust entsteht. Kunden, für die eine Sicherung nicht zu erreichen ist, unterliegen einer internen Bonitätsprüfung. Wesentliche Risikokonzentrationen bei den Forderungen bestehen nicht.

Das maximale Ausfallrisiko der Forderungen und sonstigen Vermögenswerte wird durch den in der Bilanz ausgewiesenen Buchwert wiedergegeben. Am 31. Dezember 2008 betrug die maximale Ausfallsumme für den sehr unwahrscheinlichen gleichzeitigen Ausfall aller ungesicherten Forderungen 70.855 T€ (Vorjahr: 54.377 T€).

(18) Derivative Finanzinstrumente

Das Währungs- und Zinsmanagement wird für alle Konzerngesellschaften zentral vorgenommen. Dies gilt auch für den Einsatz derivativer Finanzinstrumente, z. B. solcher, die die Begrenzung bestimmter Kosten zum Ziel haben. Der Einsatz derivativer Finanzinstrumente ist durch eine interne Richtlinie geregelt. Eine strikte Funktionstrennung von Handel, Abwicklung und Kontrolle ist sichergestellt. Die derivativen Finanzinstrumente werden nur mit Banken hoher Bonität gehandelt, die mit geeigneten Instrumenten fortlaufend überwacht wird. Der Gesamtbestand an derivativen Finanzinstrumenten ist zwecks Reduzierung des Ausfallrisikos auf mehrere Banken verteilt. Die Höhe des Ausfallrisikos beschränkt sich maximal auf die aktivische Bilanzposition der Derivate.

Das Zinsmanagement verfolgt das Ziel, Risiken aus steigenden Zinsbelastungen durch Veränderungen des allgemeinen Zinsniveaus zu begrenzen. Zu diesem Zweck werden teilweise Optionen eingesetzt (sog. Zins-Caps), die einen Anstieg der Zinsbelastung über ein definiertes Niveau hinaus verhindern.

Bei dem Einsatz von Derivaten zur Währungssicherung wird das Ziel verfolgt, Risiken, die für die operative Geschäftstätigkeit aus Wechselkursänderungen resultieren können, zu mindern. Diese Wechselkursrisiken bestehen im Wesentlichen bei Zahlungseingängen in US-Dollar sowie in geringerem Umfang bei Zahlungseingängen in britischen Pfund. Während beim britischen Pfund i. d. R. Devisentermingeschäfte zum Einsatz kommen, werden zur Sicherung von US-Dollarzahlungen überwiegend Devisenoptionsgeschäfte eingesetzt. Zur Absicherung von Zahlungsausgängen in CLP werden von einer in US-Dollar bilanzierenden südamerikanischen Tochtergesellschaft Devisentermingeschäfte abgeschlossen.

Sicherungsgeschäfte für das britische Pfund werden i. d. R. mit einer Laufzeit von bis zu maximal einem Jahr abgeschlossen. Die Sicherungsgeschäfte für US-Dollar der Geschäftsbereiche Kali- und Magnesiumprodukte sowie Salz werden überwiegend mit einer dem mittelfristigen Planungshorizont entsprechenden Laufzeit von bis zu drei Jahren abgeschlossen. Das Sicherungsvolumen dieser Geschäfte wird auf Basis der Erlös- und Kostenplanung unter Anwendung von Sicherheitsabschlägen bestimmt und fortlaufend aktualisiert, um Über- oder Untersicherungen zu vermeiden. In den Geschäftsbereichen fertiva und COMPO wird demgegenüber eine selektive Kurssicherung von US-Dollarforderungen vorgenommen. Hier werden Devisentermingeschäfte eingesetzt, um eine möglichst sichere Kalkulationsbasis zu erreichen.

Im Vorjahr wurden zur Sicherung der künftig erwarteten US-Dollarpositionen überwiegend Derivate eingesetzt, die mit einer unteren und einer oberen Knock-out-Grenze versehen waren (Double-Barrier-Optionen) und selektiv um Forward Volatility Agreements ergänzt wurden. Notierte während der Laufzeit dieser Optionen der Kassakurs auf oder jenseits einer der Knock-out-Grenzen, verfiel die Option. Seit Ende 2007 werden diese Derivate nicht mehr als operative Sicherungsinstrumente eingesetzt. Der zum Jahresanfang 2008 verbliebene Bestand an Double-Barrier-Optionen wurde vollständig abgewickelt.

Bei den seit Dezember 2007 eingesetzten Derivaten handelt es sich um Optionen, die eine Worst-case-Absicherung bieten und dabei gleichzeitig die Wahrnehmung möglicher Chancen aus der Marktentwicklung zulassen. Hierbei handelt es sich um einfache Optionen (so genannte Plain Vanilla-Optionen) sowie um sogenannte Compound-Optionen. Diese Compound-Optionen bestehen aus einer Option auf eine einfache Option, die zu einem späteren Zeitpunkt gegen einen festgelegten Betrag erworben werden können.

Für die Absicherung von Frachtraten für die Jahre 2010 bis 2013 wurden Festgeschäfte (sog. Swaps) abgeschlossen, die einen Differenzausgleich zwischen den vereinbarten Festpreisen und den Marktpreisen bei jeweiliger Fälligkeit vorsehen. Basis hierfür ist der Baltic Panamax Index.

Je nach Markteinschätzung werden auch Derivate eingesetzt, die auf die Begrenzung von Energiekostensteigerungen abzielen. Hierbei werden Optionen und Swaps auf Basis des Ölpreises (Fuel Oil) genutzt. Per 31. Dezember 2008 bestanden Sicherungen für das zweite Halbjahr 2009 und das erste Halbjahr 2010. Es wurde ein Mix aus Optionen und Swap-Geschäften abgeschlossen, um neben kostengünstigen Festpreisgeschäften auch eine Teilhabe an möglichen besseren Preisentwicklungen zu gewährleisten.

Der Handel mit allen vorgenannten Derivaten erfolgt ausschließlich im so genannten OTC-Geschäft. Bei Devisentermingeschäften erfolgt aufgrund der Transparenz des Markts nach Vergleich mit den Interbankenbedingungen der Abschluss direkt mit einer Bank. Für den Handel mit Optionen liegt ein derartig transparenter Markt nicht vor. Daher werden bei allen wesentlichen Optionsgeschäften Quotierungen von mehreren Banken eingeholt. Das Geschäft wird mit der am besten quotierenden Bank abgeschlossen.

Bei Devisentermingeschäften besteht ein Marktwertisiko zum jeweiligen Stichtag; diesem stehen jedoch gegenläufige Effekte aus der währungsbedingten Forderungsbewertung gegenüber.

Die ermittelten Marktwerte entsprechen dem Wert bei vorzeitiger fiktiver Auflösung zum Bilanzstichtag. Die Ermittlung erfolgt auf Basis anerkannter, von den Marktteilnehmern üblicherweise angewandter finanzmathematischer Methoden. Diesen Berechnungen liegen insbesondere die folgenden am Bilanzstichtag geltenden Parameter zugrunde:

- die Devisenkassakurse der betreffenden Währungen,
- die vereinbarten Sicherungs- bzw. Ausübungskurse,
- die gehandelten Volatilitäten, d. h. die erwartete Schwankungsbreite der betreffenden Devisenkurse, und
- das Zinsniveau der betreffenden Währungen.

Grundsätzlich sieht IAS 39 die Möglichkeit vor, Sicherungsbeziehungen zwischen Grundgeschäften und derivativen Finanzinstrumenten zu bilden. Aufgrund der restriktiven Anforderungen des Standards wird hierauf jedoch weitestgehend verzichtet. Lediglich in den Geschäftsbereichen fertiva und COMPO werden zum Zeitpunkt der Forderungsentstehung Sicherungsbeziehungen mit Termingeschäften zur Absicherung von Währungsrisiken hergestellt, da bei diesen Geschäften die Voraussetzungen gemäß IAS 39 regelmäßig erfüllt sind. Der Ausweis der Marktwertveränderungen von in Sicherungsbeziehungen stehenden Devisentermingeschäften erfolgt im EBIT I.

Der Ausweis der Effekte aus der Ausübung/Erfüllung bzw. aus der stichtagsbezogenen Bewertung der eingesetzten Derivate, die nicht in eine Sicherungsbeziehung nach IAS 39 einbezogen wurden, erfolgt in zwei Positionen in der Gewinn- und Verlustrechnung (siehe Erläuterungen auf den Seiten 163 ff.). Die realisierten Ergebnisse der zur Sicherung eingesetzten Termin- bzw. Swap-Geschäfte sowie der Optionen werden im EBIT I ausgewiesen, sofern diese im Berichtsjahr fällig waren. Dies gilt im Fall von Optionen unabhängig davon, ob diese ausgeübt worden oder aufgrund besserer Marktpreise ungenutzt verfallen sind. Die Marktwertveränderungen von noch nicht in der Berichtsperiode fälligen Derivaten werden hingegen innerhalb des so genannten EBIT II ausgewiesen. Der Ausweis in zwei Ergebnisebenen ermöglicht es, den wirtschaftlichen Erfolg der operativ gesicherten Geschäfte isoliert von den Marktwertveränderungen sichtbar zu machen.

Die Ergebnisse aus der Ausübung, dem Verkauf oder dem Verfall der zu Beginn des Geschäftsjahres noch bestehenden Double-Knock-out-Optionen wurden vollständig im EBIT II ausgewiesen, da diese Optionen nach Änderung der Sicherungsstrategie nicht mehr der Sicherung des operativen Geschäfts dienen.

Am 31. Dezember 2008 bestanden folgende Positionen:

Angaben in T€	2008		2007	
	Nominalwerte ¹⁾	Beizuleg. Zeitwerte	Nominalwerte ¹⁾	Beizuleg. Zeitwerte
Devisentermingeschäfte GBP in 2009	900	8	–	–
Devisentermingeschäfte USD/CLP in 2009	20.257	824	–	–
Devisentermingeschäfte USD				
- davon mit Fälligkeit in 2008	–	–	27.059	582
- davon mit Fälligkeit in 2009	87.696	-857	–	–
Gekaufte einfache Devisenoptionen USD				
- davon mit Fälligkeit in 2008	–	–	577.598	15.003
- davon mit Fälligkeit in 2009	1.267.626	42.242	–	–
- davon mit Fälligkeit in 2010	300.000	17.638	–	–
Verkaufte einfache Devisenoptionen USD mit Fälligkeit in 2009 (wirtschaftlich neutralisiert)	303.190	-8.810	–	–
Gekaufte Knock-out-Devisenoptionen USD				
- davon mit Fälligkeit in 2008	–	–	642.097	76.683
- davon mit Fälligkeit in 2009	–	–	720.474	64.820
- davon mit Fälligkeit in 2010	–	–	719.345	33.469
Verkaufte Knock-out-Devisenoptionen USD				
- davon mit Fälligkeit in 2008	–	–	25.000	-670
Devisengeschäfte insgesamt	1.979.669	51.045	2.711.573	189.887

¹⁾ Umgerechnet in Euro mit gewichteten Sicherungskursen.

US-Dollar-Devisentermingeschäfte im Nominalwert von 83.403 T€ (Vorjahr: 27.059 T€) und mit einem beizulegenden Zeitwert von -834 T€ (Vorjahr: 582 T€) waren in Sicherungsbeziehungen mit US-Dollarforderungen einbezogen.

Im Folgenden wird dargestellt, wie sich die vorgenannten Marktwerte unter Annahme eines anderen Wechselkurses zum Bilanzstichtag entwickelt hätten.

Die ab Dezember des Vorjahres zur Sicherung operativer USD-Eingänge eingesetzten einfachen Optionen hätten sich bei einer Änderung der Kassakurse am Bilanzstichtag um +/- 10% wie folgt verändert:

Bei einem Kurs von 1,2525 USD/EUR (-10%) hätte sich der ausgewiesene Marktwert um -42.100 T€ verringert. Bei 1,5309 USD/EUR (+10%) wäre der Marktwert um 68.133 T€ gestiegen. Der im Vorjahr ausgewiesene Marktwert hätte sich bei einem Kurs von 1,3131 USD/EUR (-10%) um -13.603 T€ verringert. Bei 1,6049 USD/EUR (+10%) wäre der Marktwert um 40.813 T€ gestiegen.

Die besondere Art der bis zum Ende des Geschäftsjahres 2007 eingesetzten Derivate (mit Knock-out-Grenzen) ließ eine sinnvolle Sensitivitätsbetrachtung mit einer pauschalen Wechselkursänderung von beispielsweise +/- 10% nicht zu. Die Sensitivität wurde daher in der Weise ermittelt, dass die Veränderungen der Marktwerte angegeben wurde, wie sie sich ergeben hätte, wenn sich der Wechselkurs jeweils 2 USD-Cent vor der jeweiligen Knock-out-Grenze befunden hätte. Da aus Gründen der Risikostreuung unterschiedliche Knock-out-Grenzen – auch innerhalb der jeweiligen Kalenderjahre – bestehen, wurden die Marktwertveränderungen in Abhängigkeit von bestimmten Kursniveaus dargestellt. Die folgende Tabelle zeigt lediglich die Vorjahreszahlen, da der zu Beginn des Geschäftsjahres 2008 verbliebene Bestand an Double-Barrier-Optionen unterjährig abgewickelt wurde und somit zum 31. Dezember 2008 nicht mehr bestand.

Angaben in T€	2007
Kurse vor Erreichen der oberen Knock-outs	Marktwertveränderung
1,48 USD/EUR	-43.009
1,50 USD/EUR	-111.050
1,52 USD/EUR	-157.209
1,54 USD/EUR	-178.692
Kurse vor Erreichen der unteren Knock-outs	Marktwertveränderung
1,20 USD/EUR	-41.084
1,15 USD/EUR	-84.411
1,10 USD/EUR	-97.006

Neben Derivaten zur Absicherung operativer Fremdwährungspositionen werden in Einzelfällen derivative Finanzinstrumente erworben, die der Absicherung von Zinsrisiken bestimmter Wertpapiere dienen. Die Marktwerte dieser Derivate werden als sonstige Vermögenswerte bzw. sonstige Verbindlichkeiten bilanziert und deren Marktwertveränderungen im Finanzergebnis erfasst. Zur Sicherung von Zinsrisiken bestehen Zins-Caps mit einem stichtagsbedingten Nominalwert von 15.000 T€ (Vorjahr: 65.000 T€). Die Restlaufzeit dieser Instrumente beträgt ca. neun Monate, wobei sich der Nominalwert analog den zugehörigen Finanzverbindlichkeiten verringert. Zum 31. Dezember 2008 beträgt der Marktwert dieser Instrumente 0 T€ (Vorjahr: 320 T€).

Ferner bestand im Vorjahr ein Zinsderivat mit einem Nominalwert von 10.000 T€ und einer Restlaufzeit von sechs Jahren; am 31. Dezember 2007 wurde ein negativer Marktwert von 1.727 T€ passiviert. Dieses Zinsderivat wurde im Geschäftsjahr 2008 abgelöst. Für eine Sensitivitätsbetrachtung wurde im Vorjahr nur das i. V. m. dem Wertpapier abgeschlossene Zinsderivat betrachtet. Die Marktwertveränderung hätte hier bei einer Zinsveränderung von +/- 1 Prozentpunkt zum 31. Dezember 2007 zu einer Marktwertveränderung von -254 T€ bzw. +266 T€ geführt.

Die zur Absicherung von Frachten eingesetzten Swaps bestanden zum Bilanzstichtag mit einem Nominal von 720 Charterdays auf den „Baltic Panamax Index“ und einem beizulegenden Zeitwert von -7.015 T€. Bei einer Kursänderung des Referenzindex für die Frachtersicherung um +/- 10% hätte sich der Marktwert um 623 T€ erhöht bzw. verringert.

Die Marktwerte der zur Begrenzung von Energiekostensteigerungen eingesetzten Derivate verändern sich in Abhängigkeit vom Ölpreis sowie vom US-Dollarkurs. Zum Bilanzstichtag bestanden Energiederivate mit einem Nominal von 300.000 Tonnen Öl (Basis: 1% Fuel Oil FOB Barge) und einem beizulegenden Zeitwert von -1.889 T€. Bei einer Ölpreisänderung um +/- 10% hätten sich die ausgewiesenen Marktwerte um 2.480 T€ bzw. -2.530 T€ verändert. Daneben hätten ein um 10% stärkerer bzw. schwächerer US-Dollar zu einer Marktwertveränderung von -210 T€ bzw. 172 T€ geführt.

Die genannten Marktwertveränderungen hätten zu einer entsprechenden Erhöhung bzw. Verringerung des unbereinigten Konzernergebnisses vor Steuern geführt.

(19) Wertpapiere

Die in der Vorperiode ausgewiesenen Aktien der Kategorie „available for sale“ wurden im Geschäftsjahr 2008 in das Contractual Trust Arrangement (CTA) eingebracht. Zum 31. Dezember 2007 wurden hier noch 37.133 T€ ausgewiesen. Eine Aktienkursänderung von +/- 10% hätte im Vorjahr zu einer Marktwertveränderung von +/- 3.713 T€ geführt, die erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst worden wäre. Der in der Vorperiode als Wertpapierbestand ausgewiesene Deckungsüberhang des Contractual Trust Arrangement (CTA) wurde im Geschäftsjahr 2008 in die „Sonstigen Vermögenswerte“ umgliedert.

(20) Eigenkapital

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Eigenkapitals ist gesondert auf der Seite 144 f. dargestellt.

(21) Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital der K+S Aktiengesellschaft beträgt 165,00 Mio. € und ist in 165,00 Mio. nennwertlose Inhaber-Stückaktien eingeteilt. Im Geschäftsjahr 2008 befanden sich durchschnittlich 164,95 Mio. Stückaktien im Umlauf.

Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 14. Mai 2008 wurde das gezeichnete Kapital der Gesellschaft nach den Vorschriften des Aktiengesetzes über die Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln (§§ 207 ff. AktG) von 108,8 Mio. € um 56,2 Mio. € auf 165 Mio. € erhöht. Dies erfolgte durch Umwandlung eines Betrags von 56,2 Mio. € aus anderen Gewinnrücklagen in das gezeichnete Kapital; eine Ausgabe neuer Aktien erfolgte nicht.

Im Anschluss wurde das gezeichnete Kapital der Gesellschaft in Höhe von 165 Mio. €, eingeteilt in 41,25 Mio. auf den Inhaber lautende Stückaktien, durch einen Aktiensplit im Verhältnis 1:4 in 165 Mio. auf den Inhaber lautende Stückaktien neu eingeteilt. An die Stelle einer auf den Inhaber lautenden Stückaktie mit einem anteiligen Betrag am gezeichneten Kapital der Gesellschaft von 4,00 € traten im Wege des Aktiensplits vier auf den Inhaber lautende Stückaktien, auf die jeweils ein anteiliger Betrag des gezeichneten Kapital von 1,00 € entfällt.

Zur Erhaltung des bisher bestehenden Ermächtigungsvolumens wurde das mit Beschluss der Hauptversammlung vom 10. Mai 2006 bestehende genehmigte Kapital mit Beschluss der Hauptversammlung vom 14. Mai 2008 im Verhältnis der Erhöhung des Grundkapitals zum bisherigen Grundkapital erhöht. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der K+S Aktiengesellschaft bis zum 9. Mai 2011 gegen Bar- oder Sacheinlagen einmal oder mehrmals, insgesamt jedoch um höchstens 82,5 Mio. € durch Ausgabe von höchstens 82,5 Mio. neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien zu erhöhen (genehmigtes Kapital). Bei Durchführung der Kapitalerhöhung ist den Aktionären grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand kann mit Zustimmung des Aufsichtsrats das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre in den folgenden Fällen ausschließen, und zwar insgesamt bis zu einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von 41,25 Mio. € (entsprechend 41,25 Mio. Stückaktien):

- für Spitzenbeträge, die infolge des Bezugsrechts entstehen;
- bei Kapitalerhöhungen gegen Bareinlagen, wenn die Kapitalerhöhung 10% des Grundkapitals nicht übersteigt und der Ausgabebetrag für die neuen Aktien den maßgeblichen Börsenpreis nicht wesentlich unterschreitet; als maßgeblicher Börsenpreis gilt dabei der gewichtete Durchschnitt der Börsenpreise der Aktien im Computer-Handelssystem XETRA während der letzten zehn Börsentage vor Zeichnung der neuen Aktien;
- bei Kapitalerhöhungen gegen Sacheinlagen, wenn die neuen Aktien beim Erwerb eines Unternehmens oder einer Unternehmensbeteiligung als Gegenleistung eingesetzt werden sollen.

Der Vorstand ist ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten einer Kapitalerhöhung aus dem genehmigten Kapital festzulegen. Im Geschäftsjahr 2008 hat die K+S Aktiengesellschaft von der Möglichkeit einer Kapitalerhöhung keinen Gebrauch gemacht.

Entsprechend dem Beschluss der Hauptversammlung vom 14. Mai 2008 wurde der Vorstand ermächtigt, bis zum 31. Oktober 2009 eigene Aktien bis zu 10% des Grundkapitals zu erwerben. Der Erwerb erfolgt über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots. Im Falle des Erwerbs über die Börse darf der von der Gesellschaft gezahlte Kaufpreis je Aktie (ohne Erwerbsnebenkosten) den maßgeblichen Börsenpreis um nicht mehr als 5% über- oder unterschreiten. Im Falle eines an alle Aktionäre gerichteten

öffentlichen Kaufangebots darf der angebotene Kaufpreis je Aktie (ohne Erwerbsnebenkosten) den maßgeblichen Börsenpreis um nicht mehr als 10% über- oder unterschreiten. Die Verwendung der Aktien, die aufgrund der beschriebenen Ermächtigung oder einer früher von der Hauptversammlung nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG erteilten Ermächtigung erworben wurden, erfolgt gemäß den im Hauptversammlungsbeschluss genannten Zwecken. Mit der Ermächtigung vom 14. Mai 2008 wurde die auf der Hauptversammlung vom 9. Mai 2007 erteilte Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien aufgehoben. Im Geschäftsjahr 2008 hat die K+S Aktiengesellschaft von den Ermächtigungen keinen Gebrauch gemacht.

(22) Andere Rücklagen und Bilanzgewinn

Im Konzernabschluss werden andere Rücklagen und der Bilanzgewinn in einer Position zusammengefasst, um den Besonderheiten der Konsolidierung Rechnung zu tragen. Die Entwicklung der einzelnen Rücklagen und des Bilanzgewinns der K+S Aktiengesellschaft ist gesondert dargestellt.

Angaben in T€	2008	2007
Andere Rücklagen und Bilanzgewinn am 1. Januar	814.512	1.007.015
Konsolidierungsbedingte Effekte	632	-173
Dividendenausschüttung für das Vorjahr	-82.500	-82.500
Konzernergebnis nach Steuern und Anteilen Dritter	870.886	-93.337
Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln	-56.200	–
Sonstige neutrale Veränderungen	153	-16.493
Andere Rücklagen und Bilanzgewinn am 31. Dezember	1.547.483	814.512

Die sonstigen Veränderungen enthalten im Wesentlichen währungsbedingte Effekte sowie Veränderungen der Neubewertungsrücklage von Wertpapieren der Kategorie „available for sale“.

Für die Ausschüttung der Dividende ist der Jahresabschluss der K+S Aktiengesellschaft maßgebend, der nach deutschem Handelsrecht aufgestellt wird. Es ist beabsichtigt, der Hauptversammlung vorzuschlagen, eine Dividende von 2,40 € pro Stückaktie (Vorjahr: 0,50 €), d. h. insgesamt 396.000 T€ (Vorjahr: 82.500 T€), an die Aktionäre auszuschütten. Zum Bilanzstichtag ergibt sich folgender Bilanzgewinn bei der K+S Aktiengesellschaft:

Angaben in T€	2008	2007
Bilanzgewinn K+S Aktiengesellschaft am 1. Januar	82.500	82.500
Dividendenausschüttung für das Vorjahr	-82.500	-82.500
Jahresüberschuss K+S Aktiengesellschaft	629.394	82.500
Einstellung in andere Gewinnrücklagen aus Jahresüberschuss	-230.000	–
Bilanzgewinn K+S Aktiengesellschaft am 31. Dezember	399.394	82.500

Die anderen Gewinnrücklagen der K+S Aktiengesellschaft haben sich im Geschäftsjahr 2008 wie folgt entwickelt:

Angaben in T€	2008	2007
Andere Gewinnrücklagen K+S Aktiengesellschaft am 1. Januar	109.180	109.180
Einstellung aus Jahresüberschuss	230.000	–
Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln	-56.200	–
Andere Gewinnrücklagen K+S Aktiengesellschaft am 31. Dezember	282.980	109.180

(23) Angaben zum
Kapitalmanagement

Angaben in T€	2008	2007
Eigenkapital	1.718.281	931.808
Langfristiges Fremdkapital	749.342	1.004.170
Kurzfristiges Fremdkapital	1.006.132	1.028.824
Bilanzsumme	3.473.755	2.964.802
- Eigenkapitalquote	49,5%	31,4%
- Fremdkapitalquote	50,5%	68,6%

Der Anstieg des Eigenkapitals im Vergleich zum Vorjahr um 786.473 T€ ist im Wesentlichen auf das positive Ergebnis der Periode (871.371 T€) zurückzuführen, das deutlich über der für das Vorjahr geleisteten Dividendenausschüttung (82.500 T€) lag. Der Rückgang des Fremdkapitals resultiert im Wesentlichen aus der Verwendung freier Cashflows für die Rückzahlung von Bankverbindlichkeiten. Im Ergebnis ist die Eigenkapitalquote im Vergleich zu 2007 von 31,4 auf 49,5% angestiegen und der Verschuldungsgrad hat sich von 1,2 auf 0,3 verringert.

Potenzielle Maßnahmen zur Beeinflussung der Kapitalstruktur können sowohl das Eigenkapital (z. B. durch Gewinnthesaurierung, Dividendenausschüttung) als auch das Fremdkapital (z. B. durch Kreditaufnahme/-tilgung) betreffen. Der zum 31. Dezember 2008 erreichte Wert der Eigenkapitalquote liegt leicht über unserem Zielkorridor von ca. 35 bis 45%.

(24) Rückstellungen

Die Entwicklung der Rückstellungen ist gesondert auf den Seiten 148 f. dargestellt.

(25) Rückstellungen für
Pensionen und ähnliche
Verpflichtungen

Die Pensionsrückstellungen betreffen verschiedene leistungsorientierte Altersversorgungssysteme. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Direktzusagen inländischer Gruppengesellschaften aus mittlerweile geschlossenen Versorgungssystemen. Der überwiegende Teil der Verpflichtungen betrifft Pensionäre.

Die Höhe der Pensionsverpflichtungen wird als versicherungsmathematischer Barwert der verdienten Versorgungsansprüche (Anwartschaftsbarwert) berechnet. Ein Teil dieser Versorgungsansprüche ist über externes Planvermögen im Rahmen eines Contractual Trust Arrangement (CTA) finanziert. Bei der Berechnung wurden folgende Bewertungsannahmen getroffen:

Angaben in %	2008	2007
Rechnungszins	5,3	4,6
Erwartete jährliche Einkommenssteigerung	1,8	1,8
Erwartete jährliche Rentensteigerung ¹⁾	1,8	1,8
Erwartete Rendite des Planvermögens	6,7	5,9

¹⁾ Bei einer Tochtergesellschaft wird eine Rentensteigerung von 0% (Vorjahr: 0%) angenommen.

Die erwartete Rendite des Planvermögens basiert auf den erwarteten Erträgen aus den zu Beginn des Geschäftsjahres im Planvermögen enthaltenen Wertpapieren unter Berücksichtigung etwaiger Neudotierungen. Zum Ende des Geschäftsjahres 2008 ergibt sich folgende Aufteilung des Planvermögens:

Angaben in T€	2008	2007
Festverzinsliche Wertpapiere	49.397	40.552
Variabel verzinsliche Wertpapiere	14.198	19.960
Aktien	16.121	17.076
Flüssige Mittel und Sonstiges	1.354	2.827
Planvermögen am 31. Dezember	81.070	80.415

Die Leistung weiterer Beiträge an das Planvermögen wird geprüft.

Versicherungsmathematische Gewinne bzw. Verluste werden nur in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, sofern sie den 10%-Korridor übersteigen (Maximum aus 10% des Verpflichtungsumfangs und 10% des Planvermögens). Der übersteigende Betrag wird ergebniswirksam über die durchschnittliche Restdienstzeit der Aktiven verteilt.

Die nachfolgenden Tabellen zeigen die Entwicklung des Anwartschaftsbarwerts und des Planvermögens:

Angaben in T€	2008	2007
Anwartschaftsbarwert am 1. Januar	208.523	202.569
Änderungen des Konsolidierungskreises	–	9
Dienstzeitaufwand	2.105	2.267
Zinsaufwand	9.185	8.897
Plananpassungen/Planabgeltungen	–	2.037
Auflösung/Umbuchung	-1.223	-59
Pensionszahlungen	-15.366	-15.003
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+)	-7.087	7.855
Wechselkursänderungen	38	-49
Anwartschaftsbarwert am 31. Dezember	196.175	208.523

Angaben in T€	2008	2007
Planvermögen am 1. Januar	80.415	82.265
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	6.869	4.854
Abweichung zwischen erwarteten und tatsächlichen Erträgen	-27.664	-3.211
Beiträge des Arbeitgebers	27.318	–
Pensionszahlungen	-5.868	-3.493
Planvermögen am 31. Dezember	81.070	80.415

Zur Überleitung auf die Bilanzwerte ist das Planvermögen mit dem Anwartschaftsbarwert zu saldieren und um die noch nicht erfassten versicherungsmathematischen Gewinne bzw. Verluste zu korrigieren.

Angaben in T€	2008	2007
Anwartschaftsbarwert am 31. Dezember	196.175	208.523
- davon vollständig durch Planvermögen gedeckt	32.503	35.965
- davon teilweise durch Planvermögen gedeckt	108.787	113.853
Planvermögen am 31. Dezember	81.070	80.415
Finanzierungsstatus	115.105	128.108
Nicht erfasste versicherungsmathematische Gewinne (+)/Verluste (-)	-26.598	-6.049
Bilanzwerte am 31. Dezember	88.507	122.059
- davon Rückstellungen für Pensionen (+)	93.064	125.754
- davon Vermögenswert (-)	-4.557	-3.695

Der Pensionsaufwand aus den leistungsorientierten Versorgungszusagen setzt sich wie folgt zusammen:

Angaben in T€	2008	2007
Dienstzeitaufwand	2.105	2.267
Zinsaufwand	9.185	8.897
Plananpassungen/Planabgeltungen	–	2.037
Auflösung	-22	-59
Tilgung versicherungsmathematischer Verluste	28	4
Erwarteter Ertrag aus dem Planvermögen	-6.869	-4.854
Pensionsaufwand	4.427	8.292

Der Dienstzeitaufwand und der Aufwand aus Plananpassungen werden entsprechend der Zuordnung der Mitarbeiter in der Gewinn- und Verlustrechnung unter folgenden Positionen ausgewiesen:

- Herstellungskosten
- Vertriebskosten
- allgemeine Verwaltungskosten
- Forschungs- und Entwicklungskosten
- sonstige betriebliche Aufwendungen

Der Zinsaufwand, die erwarteten Erträge aus dem Planvermögen sowie die Tilgung der versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste werden im Zinsergebnis erfasst. Rückstellungsaufösungen werden als sonstiger betrieblicher Ertrag ausgewiesen.

Im Zeitablauf ergibt sich folgende Entwicklung der Pensionsverpflichtungen und des Planvermögens:

Angaben in T€	2008	2007	2006	2005
Anwartschaftsbarwert am 31. Dezember	196.175	208.523	202.569	208.241
Planvermögen am 31. Dezember	81.070	80.415	82.265	41.670
Unterdeckung (+)/Überdeckung (-)	115.105	128.108	120.304	166.571
Erfahrungsbedingte Gewinne (+)/Verluste (-) aus Verpflichtungen	-6.742	-3.719	1.677	2.264
Sonstige Gewinne (+)/Verluste (-) aus Verpflichtungen	13.829	-4.136	-	-
Erfahrungsbedingte Gewinne (+)/Verluste (-) aus Planvermögen	-27.664	-3.211	-482	-

Darüber hinaus bestehen weitere Altersversorgungssysteme, für die keine Rückstellungen zu bilden sind.

Ein wichtiger Baustein der Altersversorgung des überwiegenden Teils der Mitarbeiter, insbesondere in Deutschland, ist die gesetzliche Rentenversicherung. Die hierfür geleisteten und als Personalaufwand erfassten Arbeitgeberbeiträge beliefen sich in der Berichtsperiode auf 68.639 T€ (Vorjahr: 61.761 T€). Die künftige Höhe dieser Aufwendungen hängt wesentlich von der Entwicklung der zugrunde liegenden Rentenversicherungssysteme ab.

Im Rahmen der inzwischen geschlossenen zusätzlichen Versorgung über die BASF-Pensionskasse leisten Arbeitgeber und Mitarbeiter Beiträge. Dieser Versorgungsweg ist als gemeinschaftlicher Plan mehrerer Arbeitgeber i. S. v. IAS 19.29 zu qualifizieren. Der Plan ist grundsätzlich als leistungsorientiert einzustufen. Da zuverlässige Informationen über Planvermögen und Verpflichtungen nur für die Pensionskasse insgesamt vorliegen und nicht für die auf die K+S Gruppe entfallenden Anteile, liegen keine ausreichenden Informationen für eine Bilanzierung des Plans vor. Deshalb wird dieser Plan gemäß IAS 19.30 als beitragsorientiert behandelt. Die als Personalaufwand erfassten Beiträge an die Pensionskasse betragen im Jahr 2008 2.506 T€ (Vorjahr: 2.464 T€).

Ein weiterer leistungsorientierter Plan, der gemäß IAS 19.30 als beitragsorientierter Plan zu behandeln ist, besteht bei einer Schweizer Tochtergesellschaft, die mit ihrem Vorsorgewerk an die Sammelstiftung der Rentenanstalt in Zürich angeschlossen ist. Die Aufwendungen beliefen sich im Jahr 2008 auf 181 T€ (Vorjahr: 185 T€).

Im Rahmen der seit 2004 bestehenden Unterstützungskasse K+S VorsorgePlus wird eine vom Arbeitgeber finanzierte Grundversorgung über rückgedeckte Lebensversicherungen zum Aufbau einer Altersversorgung verwendet. Da die erworbenen Ansprüche vollständig durch kongruente Rückdeckungsversicherungen abgedeckt sind, deren beizulegender Zeitwert mit dem Wert der Verpflichtungen gleichgesetzt werden kann, ist hierfür keine Rückstellung zu bilanzieren. Die arbeitgeberfinanzierten Beiträge an die Unterstützungskasse führten im Jahr 2008 zu einem Aufwand von 495 T€ (Vorjahr: 403 T€).

Mit Wirkung vom 1. August 2006 wurden die vermögenswirksamen Leistungen durch eine neue tarifliche Altersvorsorgeleistung ersetzt. Diese arbeitgeberfinanzierte Leistung bietet den Mitarbeitern die Möglichkeit, bestimmte Altersvorsorgewege, wie z. B. den Chemie Pensionsfonds, zum Aufbau einer betrieblichen Altersversorgung zu nutzen. Der Aufwand belief sich im Jahr 2008 auf 718 T€ (Vorjahr: 537 T€). Darüber hinaus werden weitere Zuschüsse gewährt, wenn die Mitarbeiter im Rahmen der Entgeltumwandlung eigene Beitragszahlungen in die betriebliche Altersvorsorge leisten. Hierfür wurden im Jahr 2008 als Aufwand 242 T€ (Vorjahr: 212 T€) erfasst.

(26) Rückstellungen für bergbauliche Verpflichtungen

Angaben in T€	2008	davon kurzfristig	2007	davon kurzfristig
Gruben- und Schachtverfüllung	218.431	7.986	186.339	6.499
Haldenverwahrung	96.497	–	100.765	–
Bergschäden	34.120	–	37.801	–
Rückbau	30.639	–	33.111	–
Sonstige	6.605	–	6.048	–
Bergbauliche Rückstellungen	386.292	7.986	364.064	6.499

Rückstellungen für bergbauliche Verpflichtungen sind aufgrund gesetzlicher und vertraglicher sowie behördlicher Auflagen zu bilden und umfassen im Wesentlichen Verpflichtungen zur Verfüllung von Gruben und Schächten sowie die Verpflichtung zur Haldenverwahrung. Außerdem bestehen Rückstellungen für Bergschädenwagnisse und Rückbauverpflichtungen.

Die bergbaulichen Verpflichtungen basieren auf gesetzlichen Regelungen wie dem Bundesberggesetz und werden vor allem in Betriebsplänen und wasserrechtlichen Erlaubnisbescheiden konkretisiert. Im Rahmen dieser überwiegend öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen sind die Sicherung der Tagesoberfläche und Rekultivierungsmaßnahmen erforderlich. Bergschäden können durch den untertägigen Abbau und die damit verbundene Absenkung der Erdoberfläche oder aufgrund von Schäden im Zusammenhang mit dem Produktionsprozess durch Staub oder Versalzung entstehen. Durch die Rückstellungen sind die erkennbaren Verpflichtungen zur Wiedernutzbarmachung sowie die Verpflichtungen aus verursachten bzw. bereits eingetretenen Bergschäden berücksichtigt.

Die Höhe der zu bildenden Rückstellungen basiert auf den erwarteten Aufwendungen bzw. den geschätzten Schadenersatzleistungen. Bergbaubedingte Rückstellungen sind überwiegend langfristige Rückstellungen, die auf Basis der zukünftig erwarteten Aufwendungen mit dem auf den Bilanzstichtag abgezinsten Erfüllungsbetrag bilanziert werden. Dabei wird eine künftige Preissteigerung in Höhe von 1,5% und als Abzinsungsfaktor ein Zinssatz von 5,6% (Vorjahr: 5,0%) zugrunde gelegt. Aus der Anpassung des Diskontierungssatzes im Geschäftsjahr 2008 resultiert eine Verringerung der bergbaulichen Rückstellungen in Höhe von 42.453 T€. Die erwarteten Erfüllungszeitpunkte sind im Wesentlichen abhängig von der wirtschaftlichen Restnutzungsdauer der Standorte. Im Bereich der Bergschäden reichen die Verpflichtungen teilweise weit über das Jahr 2050 hinaus.

Die Zuführung zu den bergbaulichen Rückstellungen im Berichtsjahr in Höhe von 43.858 T€ (Vorjahr: 29.849 T€) beruht im Wesentlichen auf der Bildung von zusätzlichen Rückstellungen für bergbauliche Risiken sowie der Neubewertung von bestehenden Rückstellungen; die aus der Erhöhung des Diskontierungssatzes resultierende Rückstellungsminderung überstieg dabei die Höhe der jährlichen Aufzinsungen.

Mit der Inanspruchnahme von bergbaulichen Rückstellungen in Höhe von 8.874 T€ (Vorjahr: 9.216 T€) wurde der Verpflichtung zur Verwahrung von Alt-Standorten Rechnung getragen. Weiterhin handelt es sich auch um Aufwendungen im Zusammenhang mit Bergschädenwagnissen.

Die Rückstellungsaufösungen in Höhe von 12.756 T€ (Vorjahr: 1.208 T€) resultieren weitgehend aus der erfolgsneutralen Reduzierung von Verpflichtungen in Folge der Änderung des Diskontierungssatzes.

(27) Sonstige Rückstellungen

Bei den langfristigen Personalverpflichtungen handelt es sich im Wesentlichen um

- Rückstellungen für Altersteilzeit 32.735 T€ (Vorjahr: 45.289 T€),
- Rückstellungen für Jubiläumsgelder 22.486 T€ (Vorjahr: 23.075 T€) und
- Rückstellungen für das Aktienoptionsprogramm 16.223 T€ (Vorjahr: 16.287 T€).

Die Rückstellungen für Altersteilzeit berücksichtigen Verpflichtungen aus abgeschlossenen und potenziellen Altersteilzeitverträgen. Bei der Bewertung werden sowohl Erfüllungsrückstände (Differenz zwischen dem Wert der vollen Arbeitsleistung und des Altersteilzeitentgelts zuzüglich der anfallenden Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung) als auch Aufstockungsbeträge zum Altersteilzeitentgelt und zu den Beiträgen der gesetzlichen Rentenversicherung erfasst. Der Ansatz erfolgt zum Barwert mittels eines Rechnungszinses von 5,3% (Vorjahr: 4,6%) bei einer erwarteten jährlichen Einkommenssteigerung von 1,8% (Vorjahr: 1,8%). Die zum Bilanzstichtag bestehenden Altersteilzeitverpflichtungen in Höhe von 59.471 T€ (Vorjahr: 64.674 T€) wurden mit Planvermögen in Höhe von 26.736 T€ (Vorjahr: 19.385 T€) saldiert. Das Planvermögen besteht in Form eines Contractual Trust Arrangement (CTA) und dient der Sicherung der im Rahmen der Altersteilzeitvereinbarungen fälligen Leistungen an die Arbeitnehmer.

Die Rückstellungen für Jubiläumsgelder werden für künftige Zahlungen anlässlich des 25-jährigen, 40-jährigen oder 50-jährigen Dienstjubiläums gebildet. Die Bewertung erfolgt nach der Projected Unit Credit-Methode. Der Berechnung wurden ein Rechnungszins von 5,3% (Vorjahr: 4,6%) sowie eine erwartete jährliche Einkommenssteigerung von 1,8% (Vorjahr: 1,8%) zugrunde gelegt.

Die Rückstellungen für das Aktienoptionsprogramm betreffen in bar abzugeltende virtuelle Aktienoptionen. Der Bestand dieser Optionen setzte sich zu Beginn der Berichtsperiode wie folgt zusammen:

Anzahl Optionen	erstmalig ausübbar	Verfall	beizulegender Zeitwert in T€	Rückstellung in T€
28.140	Mai 2005	Mai 2008	30	30
20.160	Mai 2006	Mai 2009	30	30
3.728.260	Mai 2008	Mai 2011	13.440	11.222
3.246.760	Mai 2009	Mai 2012	15.016	5.005
7.023.320			28.516	16.287

Im Jahr 2008 wurden 28.140 Optionen, die erstmalig im Mai 2005 ausübbar waren, 20.160 Optionen, die erstmalig im Mai 2006 ausübbar waren, und 3.712.520 Optionen, die erstmalig im Mai 2008 ausübbar waren, von berechtigten Mitarbeitern ausgeübt. Dies führte zu einem Rückstellungsverbrauch in Höhe von 13.445 T€.

Außerdem wurden 1.452.240 Optionen von Mitarbeitern erworben, die erstmalig im Mai 2010 ausgeübt werden können. Verfallen sind im Jahr 2008 42.180 Optionen. Insgesamt resultierten daraus im Jahr 2008 Aufwendungen aus Rückstellungszuführungen in Höhe von 13.608 T€.

Zum 31. Dezember 2008 betrug der Bestand der virtuellen Aktienoptionen:

Anzahl Optionen	erstmalig ausübbar	Verfall	beizulegender Zeitwert in T€	Rückstellung in T€
12.840	Mai 2008	Mai 2011	47	47
3.207.480	Mai 2009	Mai 2012	16.230	13.524
1.452.240	Mai 2010	Mai 2013	7.958	2.652
4.672.560			24.235	16.223

Der innere Wert (beizulegender Zeitwert) der ausübaren Optionen betrug zum 31. Dezember 2008 47 T€. Als beizulegender Zeitwert wurde der innere Wert herangezogen, da die erreichte Performance dieser Optionen bereits weit über der maximal vergüteten Kappungsgrenze von 25 % liegt. Der beizulegende Zeitwert der erstmalig im Mai 2009 sowie im Mai 2010 ausübaren Optionen wurde auf Basis eines mehrperiodischen Binomialmodells ermittelt. Dabei werden der Kurs der K+S-Aktie und der Stand des DAX[®] am Bewertungsstichtag sowie die historische Volatilität der K+S-Aktie gegenüber dem DAX[®] bzw. MDAX[®] zugrunde gelegt. Die historische Volatilität der Überperformance wurde auf Basis der Kursdaten der letzten 250 Handelstage ermittelt, da dieser Zeitraum der am Bilanzstichtag erwarteten durchschnittlichen Optionslaufzeit entspricht. Die auf diese Weise ermittelte Volatilität betrug bei dem im Mai 2012 verfallenden Optionsprogramm 64,00% (Vorjahr: 33,81%), bei dem im Mai 2013 verfallenden Optionsprogramm 64,60%. Der Berechnung wurde ein Basis Kurs der K+S-Aktie von 20,56 € (Verfall Mai 2012) bzw. 46,51 € (Verfall Mai 2013) zugrunde gelegt. Als risikoloser Zinssatz wurden 2,25% unterstellt. Die erwartete Fluktuation wurde nicht berücksichtigt, da dies keinen wesentlichen Einfluss auf die Höhe des Werts der Option hat. Erwartete Dividenden bleiben ebenfalls unberücksichtigt, da diese bei der Ermittlung der für den Vorteil aus der Optionsausübung relevanten Performance der K+S-Aktie berücksichtigt werden. Der Ansatz der Rückstellungen erfolgt anteilig über den Zeitraum der zweijährigen Ausübungssperrfrist. Zur allgemeinen Beschreibung des Aktienoptionsprogramms siehe Anmerkung (10).

Die Verpflichtungen aus Verkaufsgeschäften betreffen vor allem Rabatte und Preisnachlässe; aus Einkaufsverträgen resultieren Rückstellungen für ausstehende Rechnungen.

(28) Verbindlichkeiten

Angaben in T€	2008 gesamt	Restlaufzeiten < 1 Jahr	Restlaufzeit > 1 Jahr und < 5 Jahre	Restlaufzeit > 5 Jahre
Finanzverbindlichkeiten	266.404	159.288	107.116	–
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	465.357	465.142	116	99
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	10.391	10.391	–	–
Sonstige Verbindlichkeiten	72.308	57.775	14.533	–
- davon derivative Finanzinstrumente	24.224	24.224	–	–
Verbindlichkeiten	814.460	692.596	121.765	99

Angaben in T€	2007 gesamt	Restlaufzeiten < 1 Jahr	Restlaufzeit > 1 Jahr u. < 5 Jahre	Restlaufzeit > 5 Jahre
Finanzverbindlichkeiten	688.290	328.067	357.577	2.646
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	409.091	408.905	186	–
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	8.105	8.105	–	–
Sonstige Verbindlichkeiten	92.486	62.510	29.976	–
- davon derivative Finanzinstrumente	16.855	2.006	14.849	–
Verbindlichkeiten	1.197.972	807.587	387.739	2.646

Die Finanzverbindlichkeiten zum Bilanzstichtag betreffen im Wesentlichen die K+S Aktiengesellschaft, die K+S KALI GmbH sowie Tochtergesellschaften in Brasilien, Chile und den USA.

Der überwiegende Teil der Finanzverbindlichkeiten besteht in US-Dollar und dient der Finanzierung von Vermögenswerten, die in US-Dollar bilanziert werden. Daneben bestehen Finanzverbindlichkeiten in Euro, brasilianischen Real und chilenischen Peso.

Die Zinsbindungen sind grundsätzlich kurzfristig und betragen maximal zwölf Monate. Insofern bestehen zinsbedingte Cashflow-Risiken aus möglichen Zinsanpassungen. Die Effektivzinssätze orientieren sich an den Zinssätzen der betreffenden Währungen (Euro, US-Dollar, brasilianischer Real, chilenischer Peso) zuzüglich marktgerechter Aufschläge.

(29) Weitere Angaben zu Finanzinstrumenten

Die folgende Tabelle stellt die Buchwerte und beizulegenden Zeitwerte der Finanzinstrumente des Konzerns dar:

Angaben in T€	Bewertungskategorie nach IAS 39	2008		2007	
		Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Finanzanlagen		22.270	22.270	17.815	17.815
Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	Zur Veräußerung verfügbar	19.107	19.107	15.141	15.141
Ausleihungen	Kredite und Forderungen	3.163	3.163	2.674	2.674
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	Kredite und Forderungen	901.535	901.535	757.237	757.237
Sonstige Forderungen und Vermögenswerte		188.479	188.479	321.834	321.834
Übrige Forderungen und nicht derivative finanzielle Vermögenswerte	Kredite und Forderungen	100.126	100.126	100.127	100.127
Derivate ohne Sicherungsbeziehung	Zu Handelszwecken gehalten	64.883	64.883	204.648	204.648
Derivate mit Sicherungsbeziehung	–	1.482	1.482	687	687
Andere Vermögenswerte *	–	21.988	21.988	16.372	16.372
Wertpapiere		–	–	37.133	37.133
Aktien u. festverzinsliche Wertpapiere	Zur Veräußerung verfügbar	–	–	37.133	37.133
Flüssige Mittel	Kredite und Forderungen	167.823	167.823	49.411	49.411
Finanzverbindlichkeiten		266.404	265.311	688.290	688.290
	Finanzielle Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten				
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	Finanzielle Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten	465.357	465.357	409.091	409.091
Übrige und sonstige Verbindlichkeiten		82.699	82.699	100.591	100.591
	Finanzielle Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten				
Sonstige nicht derivative finanzielle Verbindlichkeiten	Finanzielle Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten	39.124	39.124	63.727	63.727
Derivate ohne Sicherungsbeziehung	Zu Handelszwecken gehalten	21.907	21.907	16.750	16.750
Derivate mit Sicherungsbeziehung	–	2.316	2.316	105	105
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing	–	1.442	1.442	1.777	1.777
Andere Verbindlichkeiten	–	17.910	17.910	18.232	18.232

* Diese Position beinhaltet überwiegend sonstige Verrechnungskonten.

Die Buchwerte der Finanzinstrumente, aggregiert nach den Bewertungskategorien des IAS 39, stellen sich wie folgt dar:

Angaben in T€	2008	2007
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	19.107	52.274
Kredite und Forderungen	1.172.647	909.449
Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte	64.883	204.648
Finanzielle Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten	770.885	1.161.108
Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Verbindlichkeiten	21.907	16.750

Die beizulegenden Zeitwerte der Finanzinstrumente wurden grundsätzlich basierend auf den am Bilanzstichtag verfügbaren Marktinformationen ermittelt.

Für die zu Anschaffungskosten bewerteten Eigenkapitalinstrumente ist eine verlässliche Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts aufgrund fehlender aktiver Märkte nicht möglich. Hierbei handelt es sich um Anteile an (nicht konsolidierten) verbundenen Unternehmen und Beteiligungen. Es wird davon ausgegangen, dass die Buchwerte am Bilanzstichtag den beizulegenden Zeitwerten entsprechen.

Bei Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, sonstigen Forderungen und nicht derivativen Vermögenswerten sowie Flüssigen Mitteln entsprechen die Buchwerte aufgrund der überwiegend kurzen Laufzeiten dieser Instrumente den beizulegenden Zeitwerten.

Bei Wertpapieren, für die keine Börsenpreise vorliegen, beruhen die Bilanzwerte auf Wertangaben von Kreditinstituten.

Bei Finanzverbindlichkeiten, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstigen nicht derivativen und anderen Verbindlichkeiten wird aufgrund der überwiegend kurzen Laufzeiten davon ausgegangen, dass die Buchwerte dieser Instrumente den beizulegenden Zeitwerten entsprechen. Für langfristige Finanzverbindlichkeiten wurde der beizulegende Zeitwert als Barwert der zukünftigen Zahlungsströme ermittelt. Zur Diskontierung werden marktübliche Zinssätze, bezogen auf die entsprechende Fristigkeit, verwendet.

Für die Ausleihungen und Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing wird aufgrund unwesentlicher Abweichungen von Markt- und Kalkulationszinssatz davon ausgegangen, dass die Buchwerte den beizulegenden Zeitwerten entsprechen.

Die folgende Tabelle stellt die aus Finanzinstrumenten resultierenden Nettoergebnisse dar:

Angaben in T€	2008	2007
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	13.723	5.143
Kredite und Forderungen	9.187	-25.745
Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	-142.193	-367.870
Finanzielle Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten	-8.884	-387

Das Nettoergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten umfasst im Wesentlichen Gewinne oder Verluste aus dem Abgang von Beteiligungen und Wertpapieren sowie den ineffektiven Teil aus Kurssicherung. Im Berichtsjahr wurde ein Betrag aus erfolgsneutraler Bewertung in Höhe von -9.842 T€ (Vorjahr: -5.227 T€) direkt in die Neubewertungsrücklage gebucht. 10.454 T€ (Vorjahr: 0 T€) wurden der Neubewertungsrücklage entnommen und ergebniswirksam erfasst.

Das Nettoergebnis aus Krediten und Forderungen enthält hauptsächlich Effekte aus der Währungsumrechnung sowie Änderungen in den Wertberichtigungen.

Das Nettoergebnis aus zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten beinhaltet überwiegend Marktwertänderungen derivativer Finanzinstrumente. Zudem sind Zinserträge und -aufwendungen dieser Finanzinstrumente enthalten.

Das Nettoergebnis aus zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Verbindlichkeiten besteht überwiegend aus Effekten der Währungsumrechnung.

Die Gesamtzinserträge und -aufwendungen für finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, stellen sich wie folgt dar:

Angaben in T€	2008	2007
Zinserträge	3.862	3.867
Zinsaufwendungen	-26.423	-23.991

Für die im Zinsergebnis enthaltenen Zinserträge und Zinsaufwendungen aus Finanzinstrumenten lässt sich folgende Sensitivität ermitteln. Bei einer angenommenen Veränderung des Zinsniveaus von +/- 1 Prozentpunkt hätte sich das Zinsergebnis um +/- 3.932 T€ verschlechtert bzw. verbessert (Vorjahr: +/- 4.220 T€).

Neben Forderungen und Verbindlichkeiten in der Konzernwährung Euro bestehen auch Positionen in Fremdwährungen. Wäre der Euro gegenüber den Fremdwährungen (überwiegend US-Dollar) um 10% stärker bzw. schwächer geworden, hätte sich eine ergebniswirksame Veränderung des beizulegenden Zeitwerts der saldierten Position aus Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten um +/- 21.726 T€ (Vorjahr: +/- 24.905 T€) ergeben.

(30) Eventualschulden

Angaben in T€	2008	2007
Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen	767	767

(31) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Angaben in T€	2008	2007
Verpflichtungen aus noch nicht abgeschlossenen Investitionen	73.877	66.450
Verpflichtungen aus langfristigen Miet- und Leasingverträgen		
- fällig im Folgejahr	18.727	15.722
- fällig im 2. bis 5. Jahr	23.566	27.998
- fällig nach 5 Jahren	6.239	5.413
Sonstige finanzielle Verpflichtungen	122.409	115.583

Die Verpflichtungen aus Leasingverhältnissen beruhen auf Operating-Leasingverträgen für Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung wie Drucker, Kopiergeräte und EDV-Peripheriegeräte. Daneben sind Personenkraftwagen geleast. Diese Gegenstände sind aufgrund der vertraglichen Vereinbarungen nicht im Anlagevermögen zu bilanzieren.

Erläuterungen zur Segmentberichterstattung

Die Segmentberichterstattung ist auf den Seiten 148 f. dargestellt.

(32) Segmentabgrenzung

Die Segmente werden primär produktorientiert abgegrenzt. Dies entspricht der internen Organisations- und Berichtsstruktur der K+S Gruppe. Eine regionale Abgrenzung erfolgt sekundär.

Im Segment Kali- und Magnesiumprodukte sind die Produktion und Vermarktung von Kalidüngemitteln und Düngemittelspezialitäten sowie Kali- und Magnesiumverbindungen für technische, gewerbliche und pharmazeutische Anwendungen zusammengefasst.

Im Segment COMPO werden Markenartikel für den Consumerbereich (Garten- und Rasendünger, Blumenpflegemittel, Pflanzenschutz und Blumenerden) sowie Spezialdüngemittel für den Profibereich (Erwerbsgartenbau, Sonderkulturen und Landwirtschaft) vermarktet.

Das Segment fertiva bündelt die Marketing- und Vertriebsaktivitäten für stickstoffhaltige Düngemittel, die von verschiedenen Produzenten zugekauft werden.

Das Segment Salz umfasst die Produktion und die Vermarktung von Speisesalz, Gewerbe- und Industriesalzen, Auftausalz sowie Natriumchlorid-Sole.

Zum 1. Januar 2008 wurde der Geschäftsbereich Entsorgung und Recycling mit den im Geschäftsbereich Dienstleistungen und Handel gebündelten Serviceaktivitäten unter dem Begriff „Ergänzende Geschäftsbereiche“ zusammengefasst. Darüber hinaus werden die Aktivitäten der K+S IT-Services GmbH seit Jahresbeginn aufgrund des geringen Anteils von Drittumsätzen in der Überleitung dargestellt; die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.

Unter dem Begriff „Ergänzende Geschäftsbereiche“ sind nun neben Recyclingaktivitäten und der Entsorgung von Abfällen in Kali- bzw. Steinsalzbergwerken sowie der Granulierung von CATSAN® weitere für die K+S Gruppe wichtige Aktivitäten gebündelt. Mit der Kali-Transport Gesellschaft mbH (KTG) in Hamburg verfügt die K+S Gruppe über einen eigenen Logistik-Dienstleister. Die Chemische Fabrik Kalk GmbH (CFK) handelt mit verschiedenen Basischemikalien.

(33) Grundsätze der Zuordnung von Vermögen und Schulden

Vermögenswerte, Rückstellungen und Verbindlichkeiten werden entsprechend ihrer Nutzung bzw. Entstehung den Segmenten zugeordnet. Bei Nutzung durch bzw. Entstehung in mehreren Segmenten erfolgt eine Zuordnung auf Basis angemessener Schlüssel.

Finanzanlagen (außer Beteiligungen) sowie langfristige Finanzverbindlichkeiten werden den Segmenten nicht zugeordnet.

(34) Grundsätze der Zuordnung von Segmentergebnissen

Die Daten für die Ermittlung der Segmentergebnisse werden durch das interne Rechnungswesen anhand von Gewinn- und Verlustrechnungen nach dem Gesamtkostenverfahren (interne Berichtsstruktur der K+S Gruppe) ermittelt. Die Gewinn- und Verlustrechnungen der einbezogenen Gesellschaften werden den Segmenten im Rahmen der Profit-Center-Rechnungen zugeordnet.

Als wichtigste interne Ergebnisgröße und als Indikator für die Ertragskraft wird das EBIT I (operatives Ergebnis) herangezogen. Neben der Nichtberücksichtigung des Zinsergebnisses und des Steueraufwands wird auch auf die Einbeziehung der Marktwertveränderung der Derivate sowie sonstiger Erträge und Aufwendungen des Finanzergebnisses verzichtet.

Die Darstellung der Ergebnisse der Geschäftsbereiche erfolgt auf konsolidierter Basis. Intra-segmentäre Liefer- und Leistungsbeziehungen werden konsolidiert.

(35) Grundsätze für die Verrechnungspreise zwischen Segmenten

Für Lieferungen und Leistungen zwischen Segmenten werden Verrechnungspreise festgelegt, welche in der jeweiligen konkreten Situation und unter gleichen Umständen von einem fremden Dritten zu zahlen wären. Art und Höhe der Abrechnung bestimmen sich nach Wert und Umfang der Lieferungen oder Leistungen unter Berücksichtigung der zugrunde liegenden Rechtsbeziehung. Die Methoden zur Bestimmung der Verrechnungspreise werden zeitnah dokumentiert und kontinuierlich beibehalten. Bei der Bestimmung von Verrechnungspreisen für Lieferungen kann die Preisvergleichsmethode, die Wiederverkaufspreismethode, die Kostenaufschlagsmethode oder eine Kombination dieser Methoden angewendet werden. Dabei wird die Methode gewählt, die den Verhältnissen am nächsten kommt, unter denen sich auf vergleichbaren Märkten Fremdpreise bilden.

(36) Wertminderungsaufwendungen

Am Ende des Geschäftsjahres 2008 durchgeführte Werthaltigkeitstests ergaben im Geschäftsbereich COMPO einen Wertminderungsaufwand in Höhe von 1.201 T€ (Vorjahr: 175 T€), der in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (1.194 T€) und im Beteiligungsergebnis (7 T€) erfasst wurde. Im Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte wurde eine außerplanmäßige Abschreibung von Sachanlagen in Höhe von 1.266 T€ (Vorjahr: 0 T€) vorgenommen, die in den betrieblichen Aufwendungen erfasst wurde. Der Geschäftsbereich fertiva verzeichnete im Vorjahr eine außerplanmäßige Beteiligungsabschreibung von 207 T€.

(37) Erläuterung der Überleitungspositionen

Die Überleitungen der Segmentzahlen auf die Abschlusszahlen der K+S Gruppe betreffen Positionen, die den Zentralfunktionen zugerechnet werden, sowie konsolidierungsbedingte Effekte. Die wesentlichen Positionen sind:

Angaben in T€	2008	2007
Überleitung Segmentergebnisse		
Konsolidierungsbedingte Effekte	-6.802	-4.723
Ergebnis der Zentralfunktionen	-45.445	-30.252
	-52.247	-34.975
Überleitung Segmentvermögen		
Anlagevermögen	53.351	54.010
Aktive latente Steuern	46.299	70.053
Prämien der nicht operativen Sicherungsinstrumente	–	453.421
Marktwerte Derivate (abzgl. Prämie)	1.824	-265.819
Steuererstattungsansprüche aus Ertragsteuern	31.398	37.498
Übrige Forderungen	30.618	21.047
Geld und Geldanlagen	121.707	41.337
Konsolidierungsbedingte Effekte	-1.289.131	-268.809
	-1.003.934	142.738
Überleitung Segmentschulden		
Rückstellungen für Pensionen u. Ähnliches	37.520	71.376
Sonstige Rückstellungen	44.052	47.045
Passive latente Steuern	58.677	21.662
Marktwerte Derivate	17.508	15.127
Finanzverbindlichkeiten	164.336	646.595
Übrige Verbindlichkeiten	9.540	15.051
Steuerverbindlichkeiten aus Ertragsteuern	25.820	6.155
Konsolidierungsbedingte Effekte	-125.874	-65.799
	231.579	757.212

(38) Regionale Umsatzverteilung

Die Umsatzerlöse gliedern sich nach Regionen wie folgt:

Angaben in T€	2008	2007
Inland	891.544	654.071
Übriges Europa	2.372.302	1.575.687
Übersee	1.530.551	1.114.308
Gesamtumsatz	4.794.397	3.344.066

(39) Regionale Verteilung des Vermögens

Das Vermögen der K+S Gruppe, bereinigt um Ertragsteuerforderungen und aktive latente Steuern, gliedert sich nach Regionen wie folgt:

Angaben in T€	2008	2007
Inland	2.023.871	1.855.034
Übriges Europa	590.798	396.545
Übersee	781.389	605.672
Gesamtvermögen	3.396.058	2.857.251

(40) Regionale Verteilung der Investitionen

Die Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen gliedern sich nach Regionen wie folgt:

Angaben in T€	2008	2007
Inland	151.918	132.927
Übriges Europa	6.694	9.771
Übersee	38.854	28.876
Gesamtinvestitionen	197.466	171.574

Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung ist auf der Seite 143 dargestellt.

(41) Auszahlungen für den Erwerb konsolidierter Unternehmen

Die Position Auszahlungen für den Erwerb konsolidierter Unternehmen betrifft die Ausgaben für die im Geschäftsjahr erworbenen Anteile an Gesellschaften:

Angaben in T€	2008	2007
Kaufpreis gesamt	9	923
Auszahlungen für den Erwerb konsolidierter Unternehmen	9	923

(42) Nettofinanzmittelbestand

Angaben in T€	2008	2007
Flüssige Mittel	167.823	49.411
Von verbundenen Unternehmen hereingenommene Gelder	-6.731	-5.129
Kontokorrentkredite gegenüber Kreditinstituten	-532	-195.682
Nettofinanzmittelbestand	160.560	-151.400

Sonstige Angaben

Honorar für den Abschlussprüfer

Für die Prüfung des Konzernabschlusses und der Jahresabschlüsse der einbezogenen inländischen Gesellschaften wurden im Jahr 2008 Honorare in Höhe von 867 T€ (Vorjahr: 850 T€) als Aufwand für den Konzernabschlussprüfer erfasst. Für sonstige Prüfungsleistungen fielen weitere Beträge in Höhe von 37 T€ (Vorjahr: 45 T€) an.

Zuwendungen der öffentlichen Hand

Angaben in T€	2008	2007
Investitionszulagen	3.363	-14
Investitionszuschüsse	1.893	472
Erfolgsbezogene Zuwendungen	5.586	9.925
Zuwendungen der öffentlichen Hand	10.842	10.383

Die erfassten Investitionszulagen betreffen Beträge, die nach dem Investitionszulagengesetz für Investitionen im Fördergebiet gewährt wurden. Investitionszuschüsse wurden für bestimmte Projekte von Gewerbeansiedlungen gewährt. Investitionszulagen und -zuschüsse werden von den Buchwerten der betreffenden Vermögenswerte abgesetzt.

Bei den erfolgsbezogenen Zuwendungen handelt es sich um Leistungen der Bundesagentur für Arbeit nach dem Altersteilzeitgesetz, die als Ertrag erfasst werden. Diese Erträge dienen zum Ausgleich erhöhter Aufwendungen für die Wiederbesetzung von Arbeitsplätzen im Zusammenhang mit Altersteilzeit.

Nahestehende Unternehmen und Personen

Neben den in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen steht die K+S Gruppe mit weiteren nahestehenden Unternehmen in Beziehungen; hierzu zählen nicht konsolidierte Tochterunternehmen sowie Unternehmen, auf die die K+S Gruppe einen maßgeblichen Einfluss ausüben kann (assoziierte Unternehmen). Eine vollständige Übersicht aller nahestehenden Unternehmen kann der Zusammenstellung des gesamten Beteiligungsbesitzes (Anteilsbesitzliste) entnommen werden, die beim elektronischen Bundesanzeiger zur Veröffentlichung eingereicht wurde. Bei Bedarf können Interessierte diese auch unter www.k-plus-s.com abrufen oder bei der K+S Aktiengesellschaft anfordern.

Die folgende Tabelle zeigt die in der Berichtsperiode erfolgten Transaktionen der K+S Gruppe mit nicht konsolidierten Tochterunternehmen. Die Abwicklung der Geschäfte erfolgte zu marktüblichen Konditionen.

Angaben in T€	2008	2007
Umsätze aus Lieferungen und Leistungen	45.874	37.737
Empfangene Lieferungen und Leistungen	26.563	22.293
Erträge aus Ausschüttungen und Gewinnabführungen	2.276	1.289
Sonstige Erträge	797	1.020
Sonstige Aufwendungen	1.436	773

Die Umsätze aus Lieferungen und Leistungen resultieren im Wesentlichen aus Warenverkäufen von konsolidierten Gesellschaften an ausländische Vertriebsgesellschaften. Die empfangenen Lieferungen und Leistungen betreffen im Wesentlichen Sprengstofflieferungen einer inländischen Tochtergesellschaft sowie Provisionen, die von ausländischen Vertriebsgesellschaften in Rechnung gestellt wurden.

Am 31. Dezember 2008 wurden folgende ausstehende Salden mit nicht konsolidierten Tochterunternehmen ausgewiesen:

Angaben in T€	2008	2007
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	8.518	11.803
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	10.391	8.105
- davon aus Bankverkehr	6.731	5.129

Zum Bilanzstichtag bestanden Wertberichtigungen auf Forderungen in Höhe von 12 T€ (Vorjahr: 129 T€); aus den Zuführungen zum Wertberichtigungskonto ergab sich im Berichtsjahr ein Aufwand von 66 T€ (Vorjahr: 93 T€). Ausfallversicherungen für Forderungen gegen Tochtergesellschaften existieren nicht. Die Forderungen und Verbindlichkeiten aus Bankverkehr resultieren aus der zentralen Aufnahme bzw. Anlage liquider Mittel bei der K+S Aktiengesellschaft (Cash-Pooling). Ausleihungen an nahestehende Unternehmen bestehen in Höhe von 390 T€ (Vorjahr: 74 T€).

Nahestehende Personen sind definiert als Personen, die für die Planung, Leitung und Überwachung eines Unternehmens verantwortlich sind. Hierzu zählen der Vorstand und der Aufsichtsrat. Die Vergütung der nahestehenden Personen ist im nachfolgenden Abschnitt sowie im Vergütungsbericht dargestellt. Weitere wesentliche Transaktionen mit nahestehenden Personen fanden nicht statt.

Gesamtbezüge des Aufsichtsrats und des Vorstands

Angaben in T€	2008	2007
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats	1.900	1.083
- davon fix	325	296
- davon erfolgsbezogen	1.575	787
Gesamtbezüge des Vorstands	8.077	6.557
- davon fix	1.369	1.566
- davon erfolgsbezogen	4.615	1.988
- davon gewährte Optionsrechte	2.093	3.003
Gesamtbezüge früherer Mitglieder des Vorstands und ihrer Hinterbliebenen	2.498	989
Pensionsrückstellungen für frühere Mitglieder des Vorstands und ihre Hinterbliebenen ¹⁾	4.191	8.241

¹⁾ Die Pensionsrückstellungen wurden mit externem Planvermögen (CTA) saldiert.

Die Gesamtbezüge des Vorstands betrafen im Berichtsjahr vier Vorstandsmitglieder. Im Vorjahr waren vier Vorstandsmitglieder zwölf Monate und ein Vorstandsmitglied sechs Monate im Amt.

Das Vergütungssystem des Vorstands setzt sich aus folgenden Komponenten zusammen:

- laufende monatliche Bezüge (Fixgehalt); hinzugerechnet werden Sachbezüge
- erfolgsbezogene Einmalvergütung; die Tantieme bestimmt sich nach der Gesamtkapitalrendite und einer persönlichen Leistungskomponente und wird im jeweils folgenden Geschäftsjahr ausgezahlt (Vorjahreszahlen gemäß tatsächlicher Tantiemenzahlung angepasst)
- Gewährung von Aktienoptionen (Vorjahreszahlen angepasst, da sich diese auf die Zahlungen aus Optionsausübung bezogen)

Der Gesamtaufwand aus aktienbasierter Vergütung, der sich sowohl auf das im Jahr 2008 gewährte virtuelle Optionsprogramm als auch auf die noch aus den Vorjahren bestehenden Programme bezieht, betrug im Jahr 2008 für die am 31.12.2008 aktiven Vorstandsmitglieder 2.093 T€ (Vorjahr: 3.003 T€). Die Darstellung der individualisierten Bezüge der Vorstandsmitglieder für das Geschäftsjahr 2008 erfolgt im Vergütungsbericht des Corporate-Governance-Berichts; der Vergütungsbericht ist auch Bestandteil des Lageberichts.

Beteiligungen an der K+S Aktiengesellschaft

Die Bank of N.T. Butterfield and Son Limited, Bermuda, hält über die MCC Holding Limited, Zypern, und die der MCC Holding Limited zuzurechnenden OJSC MCC „EuroChem“, Moskau, 15,001 % der K+S-Aktien. MCC hält treuhänderisch Industriebeteiligungen von Andrej Melnichenko. Darüber hinaus überschreitet die BASF SE, Ludwigshafen, mit ihrer 10,3%igen Beteiligung am Kapital der K+S Aktiengesellschaft die 10%-Schwelle. Ferner hat uns The Bank of New York Mellon Corporation mitgeteilt, dass sie über ihre Tochtergesellschaft MBC Investments Corporation am 9. Februar 2009 die Meldeschwelle von 3 % überschritten hat und 3,03% der K+S-Aktien hält.

Befreiungen nach § 264 Abs. 3 bzw. § 264b HGB

Nachfolgende inländische Tochtergesellschaften in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft bzw. Personengesellschaft haben von den Befreiungsvorschriften gemäß § 264 Abs. 3 bzw. § 264b HGB Gebrauch gemacht und auf die Offenlegung der Jahresabschlussunterlagen 2008 sowie weitgehend auf die Erstellung des Lageberichts und Anhangs verzichtet.

COMPO Gesellschaft mbH & Co. KG, Münster
K+S IT-Services GmbH, Kassel
esco – european salt company GmbH & Co. KG, Hannover
fertiva GmbH, Mannheim
German Bulk Chartering GmbH, Hamburg
K+S Baustoffrecycling GmbH, Sehnde
K+S Beteiligungs GmbH, Kassel
K+S Entsorgung GmbH, Kassel
K+S KALI GmbH, Kassel
K+S Projekt GmbH, Kassel
K+S Salz GmbH, Hannover
Kali-Transport Gesellschaft mbH, Hamburg
Kali-Union Verwaltungsgesellschaft mbH, Kassel
UBT See- und Hafen-Spedition GmbH Rostock, Rostock

Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex

Die Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG zu den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ ist für 2007/2008 von Vorstand und Aufsichtsrat der K+S Aktiengesellschaft abgegeben und den Aktionären im Geschäftsbericht 2007 und im Internetauftritt der K+S Gruppe (www.k-plus-s.com) zugänglich gemacht worden. Die Entsprechenserklärung 2008/2009 ist ebenfalls dauerhaft auf der K+S-Homepage und im Finanzbericht 2008 auf Seite 32 veröffentlicht.

Mitglieder des Aufsichtsrats
(Stand der Angaben 31. Dezember 2008)

Dr. Ralf Bethke, Deidesheim, Aufsichtsratsvorsitzender
Anteilseignervertreter
ehem. Vorsitzender des Vorstands der K+S Aktiengesellschaft

Mandat bis zur Hauptversammlung im Jahr 2012; Aufsichtsratsvorsitz seit 14. Mai 2008
Erstbestellung: 1. Juli 2007

weitere Aufsichtsratsmandate: Benteler AG
Südzucker AG
Süddeutsche Zuckerrübenverwertungs-Genossenschaft eG
weitere Kontrollgremien: Dr. Jens Ehrhardt Kapital AG (Aufsichtsratsvorsitzender)

Gerhard R. Wolf, Worms
Anteilseignervertreter
ehem. Mitglied des Vorstands der BASF SE

Mandat und Aufsichtsratsvorsitz bis zur Hauptversammlung am 14. Mai 2008

weitere Aufsichtsratsmandate: Hornbach Baumarkt AG (Vorsitzender) – bis 10. Juli 2008
Hornbach Holding AG (Vorsitzender) – bis 11. Juli 2008

Michael Vassiliadis, Hannover, stellv. Vorsitzender
Arbeitnehmervertreter
Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der IG Bergbau, Chemie, Energie

Mandat bis zur Hauptversammlung im Jahr 2013
Erstbestellung: 7. Mai 2003

weitere Aufsichtsratsmandate: BASF SE
Evonik STEAG GmbH (stellv. Vorsitzender)
Henkel KGaA

Jella S. Benner-Heinacher, Meerbusch
Anteilseignervertreter
Bundesgeschäftsführerin der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V.

Mandat bis zur Hauptversammlung im Jahr 2013
Erstbestellung: 7. Mai 2003

weitere Aufsichtsratsmandate: A.S. Création AG
TUI AG

Dr. Uwe-Ernst Bufo, Königstein im Taunus
Anteilseignervertreter
ehem. Vorstandsvorsitzender der Degussa/Hüls AG

Mandat bis zur Hauptversammlung im Jahr 2013
Erstbestellung: 14. Mai 2008

weitere Aufsichtsratsmandate: Air Liquide GmbH, Düsseldorf – bis Ende April 2008
Cognis GmbH, Monheim
UBS Deutschland AG, Frankfurt am Main
(stellv. Vorsitzender)
weitere Kontrollgremien: Akzo Nobel NV, Amsterdam
Solvay SA, Brüssel
SunPower, San José – seit August 2008
Umicore SA, Brüssel

Karl-Heinz Georgi, Haltern
Arbeitnehmervertreter
Leiter des Bildungszentrums Haltern am See der IG Bergbau, Chemie, Energie

Mandat bis zur Hauptversammlung am 14. Mai 2008

Dr. Rainer Gerling, Heringen/Werra
Arbeitnehmervertreter
Leiter des Werks Werra der K+S KALI GmbH

Mandat bis zur Hauptversammlung im Jahr 2013
Erstbestellung: 14. Mai 2008

Rainer Grohe, Otterstadt
Anteilseignervertreter
Lehrbeauftragter an der Universität der Bundeswehr München

Mandat bis zur Hauptversammlung im Jahr 2013
Erstbestellung: 6. Mai 1998

weitere Aufsichtsratsmandate: Graphit Kropfmühl AG – seit 6. Mai 2008
Norddeutsche Affinerie AG
PFW Aerospace AG

Dr. Karl Heidenreich, Mannheim
Anteilseignervertreter
ehem. Mitglied des Vorstands der Landesbank Baden-Württemberg

Mandat bis zur Hauptversammlung im Jahr 2013
Erstbestellung: 7. Mai 2003

weitere Aufsichtsratsmandate: MVV Energie AG – bis 14. März 2008
weitere Kontrollgremien: Stiftung Orthopädische Universitätsklinik Heidelberg

Rüdiger Kienitz, Geisa
Arbeitnehmervertreter
Mitglied des Betriebsrats des Werks Werra der K+S KALI GmbH

Mandat bis zur Hauptversammlung im Jahr 2013
Erstbestellung: 26. März 1998

Klaus Krüger, Wolmirstedt
Arbeitnehmervertreter
Vorsitzender des Konzernbetriebsrats der K+S Gruppe

Mandat bis zur Hauptversammlung im Jahr 2013
Erstbestellung: 9. August 1999

Dieter Kuhn, Peißen
Arbeitnehmervertreter
stellv. Vorsitzender des Konzernbetriebsrats der K+S Gruppe

Mandat bis zur Hauptversammlung im Jahr 2013
Erstbestellung: 7. Mai 2003

Heinz-Gerd Kunaschewski, Philippsthal
Arbeitnehmervertreter
Vorsitzender des Betriebsrats des Werks Werra der K+S KALI GmbH

Mandat bis zur Hauptversammlung im Jahr 2013
Erstbestellung: 7. Mai 2003

Dr. Bernd Malmström, Berlin
Anteilseignervertreter
Rechtsanwalt

Mandat bis zur Hauptversammlung im Jahr 2013
Erstbestellung: 7. Mai 2003

weitere Aufsichtsratsmandate: HHLA Intermodal GmbH & Co. KG
IFCO-Systems B.V. (Vorsitzender)
Lehnkering GmbH (Vorsitzender)
SBB Schweizer Bundesbahnen AG, Verwaltungsrat
Stinnes Corporation, New York (Vorsitzender)
VTG AG

weitere Kontrollgremien: DAL – Deutsche-Afrika-Linien GmbH & Co. KG
time:matters GmbH (Vorsitzender)

Dr. Rudolf Müller, Ochsenfurt
Anteilseignervertreter
ehem. Mitglied des Vorstands der Südzucker AG

Mandat bis zur Hauptversammlung im Jahr 2013
Erstbestellung: 7. Mai 2003

weitere Kontrollgremien: AGRANA BETEILIGUNGS-AG (stellv. Vorsitzender)
AGRANA Zucker, Stärke und Frucht Holding AG, Österreich
(Vorsitzender)
Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft
Fachhochschulrat Fachhochschule Weihenstephan
Universitätsrat der Universität Hohenheim, Stuttgart
Z&S Zucker und Stärke Holding AG (stellv. Vorsitzender)

Friedrich Nothhelfer, Kassel
Arbeitnehmersvertreter
Bezirksleiter Gewerkschaft IG Bergbau, Chemie, Energie

Mandat bis zur Hauptversammlung im Jahr 2013
Erstbestellung: 14. Mai 2008

weitere Aufsichtsratsmandate: EON-Avacon, Helmstedt

Renato De Salvo, Auhagen
Arbeitnehmersvertreter
stellv. Vorsitzender des Betriebsrats des Werks Sigmundshall der K+S KALI GmbH

Mandat bis zur Hauptversammlung im Jahr 2013
Erstbestellung: 7. Mai 2003

Dr. Eckart Sünner, Neustadt a. d. W.
Anteilseignervertreter
Chief Compliance Officer der BASF SE

Mandat bis zur Hauptversammlung im Jahr 2013
Erstbestellung: 28. April 1992

weitere Aufsichtsratsmandate: Infineon Technologies AG

Dr. Helmut Zentgraf, Burghaun
Arbeitnehmersvertreter
ehem. Leiter des Werks Werra der K+S KALI GmbH

Mandat bis zur Hauptversammlung am 14. Mai 2008

Mitglieder des Vorstands

Norbert Steiner, Baunatal, Vorsitzender
Finanzen und Rechnungswesen
Unternehmensentwicklung und Controlling
Recht, Versicherungen, Compliance
Steuern
Revision
Investor Relations
Kommunikation
Geschäftsbereich Salz

Mandat bis 11. Mai 2010
Erstbestellung: 12. Mai 2000

weitere Aufsichtsratsmandate: E.ON Mitte AG

Joachim Felker, Birkenheide
Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte
Geschäftsbereich COMPO
Geschäftsbereich fertiva

Mandat bis 30. September 2010
Erstbestellung: 24. August 2005

Gerd Grimmig, Söhrewald
Bergbau und Geologie
Technik, Energie
Forschung und Entwicklung
Umweltschutz, Arbeitssicherheit, Qualitätsmanagement
Entsorgung und Recycling
Tierhygieneprodukte
Consulting

Mandat bis 30. September 2010
Erstbestellung: 1. Oktober 2000

Dr. Thomas Nöcker, Kassel, Arbeitsdirektor
Personal
IT-Services
Einkauf, Material- und Lagerwirtschaft
Immobilienmanagement
Wissensmanagement
Logistik (KTG)
Handelsgeschäfte (CFK)

Mandat bis 31. Juli 2011
Erstbestellung: 1. August 2003

Kontrollgremien: Beirat der RAG Bildung GmbH

Kassel, 25. Februar 2009

K+S Aktiengesellschaft
Der Vorstand

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der K+S Aktiengesellschaft, Kassel, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung gemäß § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss der K+S Aktiengesellschaft, Kassel, den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hannover, 25. Februar 2009

DELOITTE & TOUCHE GMBH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(DR. BEINE)
Wirtschaftsprüfer

(RÖMGENS)
Wirtschaftsprüfer

**Geprüfter Konzernabschluss der K+S AG für das am 31. Dezember
2007 endende Geschäftsjahr (IFRS)**

Gewinn- und Verlustrechnung

Angaben in T€	Anhang	2007	2006
Umsatzerlöse	[1]	3.344.066	2.957.687
Herstellungskosten der zur Erzielung der Umsatzerlöse erbrachten Leistungen		2.211.947	1.928.022
Bruttoergebnis vom Umsatz		1.132.119	1.029.665
Vertriebskosten		752.341	714.270
Allgemeine Verwaltungskosten		89.375	81.736
Forschungs- und Entwicklungskosten		15.523	13.804
Sonstige betriebliche Erträge	[2]	138.195	119.944
Sonstige betriebliche Aufwendungen	[3]	131.957	63.530
Beteiligungsergebnis	[4]	4.584	1.769
Operatives Ergebnis (EBIT I)		285.702	278.038
Marktwertveränderungen aus Sicherungsgeschäften	[5]	-392.620	83.561
Ergebnis nach Marktwertveränderungen (EBIT II)		-106.918	361.599
Zinsergebnis	[6]	-35.572	-27.521
Sonstiges Finanzergebnis	[7]	-93	7.377
Finanzergebnis		-35.665	-20.144
Ergebnis vor Ertragsteuern		-142.583	341.455
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag - davon latente Steuern	[8]	-49.474 -68.902	70.295 20.392
Jahresüberschuss/-fehlbetrag		-93.109	271.160
Anteile anderer Gesellschafter am Ergebnis		228	366
Konzernergebnis nach Steuern und Anteilen Dritter		-93.337	270.794
Ergebnis je Aktie in € (unverwässert $\hat{=}$ verwässert)	[11]	-2,26	6,57
Ergebnis vor Ertragsteuern, bereinigt *		250.037	257.894
Konzernergebnis, bereinigt *	[11]	175.333	218.151
Ergebnis je Aktie in €, bereinigt *	[11]	4,25	5,29
Durchschnittl. Anzahl Aktien in Mio. Stück		41,24	41,24

* Bereinigt um den Effekt der Marktwertveränderungen aus Sicherungsgeschäften; beim bereinigten Konzernergebnis und beim bereinigten Ergebnis je Aktie wurde ein Steuersatz von 31,6% (Vorjahr: 37,0%) unterstellt.

Entwicklung des Eigenkapitals

Angaben in T€	Gezeichnetes Kapital [21]	Kapitalrücklage	Bilanzgewinn/ Gewinnrücklagen [22]	Unterschiede aus Währungs- umrechnung	Neube- wertungs- rücklage	Anteile anderer Gesellschafter	Eigen- kapital
Stand 01.01.2007	108.800	7.909	997.492	-15.734	25.257	619	1.124.343
Marktbewertung Wertpapiere	-	-	-	-	-5.227	-	-5.227
Konsolidierungsbedingte Effekte	-	-92	-173	-	-	-	-265
Sonstige neutrale Veränderungen	-	-	8.273	-19.649	110	-	-11.266
Summe	-	-92	8.100	-19.649	-5.117	-	-16.758
Ergebnis der Periode	-	-	-93.337	-	-	228	-93.109
Dividende für das Vorjahr	-	-	-82.500	-	-	-	-82.500
Bezug Mitarbeiteraktien	-	-168	-	-	-	-	-168
Stand 31.12.2007	108.800	7.649	829.755	-35.383	20.140	847	931.808
Stand 01.01.2006	108.800	8.676	804.622	-188	20.171	48	942.129
Marktbewertung Wertpapiere	-	-	-	-	8.075	-	8.075
Konsolidierungsbedingte Effekte	-	92	-1.704	-15.389	-75	205	-16.871
Sonstige neutrale Veränderungen	-	-	-1.970	-157	-2.914	-	-5.041
Summe	-	92	-3.674	-15.546	5.086	205	-13.837
Ergebnis der Periode	-	-	270.794	-	-	366	271.160
Dividende für das Vorjahr	-	-	-74.250	-	-	-	-74.250
Bezug Mitarbeiteraktien	-	-859	-	-	-	-	-859
Stand 31.12.2006	108.800	7.909	997.492	-15.734	25.257	619	1.124.343

Bilanz

Angaben in T€	Anhang	2007	2006
Immaterielle Vermögenswerte	[12]	172.481	189.034
- davon Goodwill aus Unternehmenserwerben	[12]	99.724	102.866
Sachanlagen		1.124.804	1.082.642
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	[13]	7.899	8.292
Finanzanlagen	[14]	17.815	19.439
Forderungen und sonstige Vermögenswerte	[17]	9.467	2.471
Wertpapiere	[19]	37.133	42.092
Latente Steuern	[15]	70.053	52.018
Steuererstattungsansprüche aus Ertragsteuern		547	623
Langfristige Vermögenswerte		1.440.199	1.396.611
Vorräte	[16]	368.637	370.155
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	[17]	757.237	628.766
Übrige Forderungen und Vermögenswerte	[17, 18]	308.671	345.169
- davon derivative Finanzinstrumente		205.335	242.666
Steuererstattungsansprüche aus Ertragsteuern		36.951	10.582
Wertpapiere	[19]	3.696	15.219
Flüssige Mittel		49.411	64.424
Kurzfristige Vermögenswerte		1.524.603	1.434.315
AKTIVA		2.964.802	2.830.926

Angaben in T€	Anhang	2007	2006
Gezeichnetes Kapital	[21]	108.800	108.800
Kapitalrücklage		7.649	7.909
Andere Rücklagen und Bilanzgewinn	[22]	814.512	1.007.015
Anteile anderer Gesellschafter		847	619
Eigenkapital		931.808	1.124.343
Finanzverbindlichkeiten	[28]	360.223	136.773
Übrige Verbindlichkeiten	[28]	15.127	13.985
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	[25]	125.754	128.223
Rückstellungen für bergbauliche Verpflichtungen	[26]	357.565	338.158
Sonstige Rückstellungen	[27]	123.839	125.416
Latente Steuern	[15]	21.662	79.534
Langfristiges Fremdkapital		1.004.170	822.089
Finanzverbindlichkeiten	[28]	328.067	233.964
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	[28]	409.091	360.776
Sonstige Verbindlichkeiten	[18, 28]	85.464	77.790
- davon derivative Finanzinstrumente		16.855	39.328
Steuerverbindlichkeiten aus Ertragsteuern		6.155	16.646
Rückstellungen	[26, 27]	200.047	195.318
Kurzfristiges Fremdkapital		1.028.824	884.494
PASSIVA		2.964.802	2.830.926

Kapitalflussrechnung

Angaben in T€	Anhang	2007	2006
Operatives Ergebnis (EBIT I)		285.702	278.038
Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Anlagevermögen *		128.214	123.313
Zunahme (+)/Abnahme (-) langfristiger Rückstellungen (ohne Zinseffekte)		-5.239	-15.294
Erhaltene Zinsen, Dividenden und ähnliche Erträge		6.686	9.898
Realisierte Gewinne (+)/Verluste (-) aus dem Abgang von Finanzanlagen und Wertpapieren		606	12.493
Gezahlte Zinsen		-24.297	-15.274
Übrige Finanzierungsaufwendungen (-) und -erträge (+)		2	-3.157
Ertragsteueraufwendungen (-) und -erträge (+)		-19.428	-49.903
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+)/Erträge (-)		-168	2.634
Brutto-Cashflow		372.078	342.748
Gewinn (-)/Verlust (+) aus Anlagen- und Wertpapierabgängen		-4.921	-12.219
Zunahme (-)/Abnahme (+) Vorräte		1.715	-33.697
Zunahme (-)/Abnahme (+) Forderungen und sonstige Vermögenswerte aus laufender Geschäftstätigkeit		-501.137	-75.265
- davon Prämienvolumen für Derivate		-338.606	-41.623
Zunahme (+)/Abnahme (-) Verbindlichkeiten aus laufender Geschäftstätigkeit		27.264	-4.048
- davon Prämienvolumen für Derivate		-28.405	16.355
Zunahme (+)/Abnahme (-) kurzfristiger Rückstellungen		6.075	-8.658
Auslagerung von Rückstellungen		-9.414	-6.498
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit		-108.340	202.363
Einzahlungen aus Anlagenabgängen		6.957	15.361
Auszahlungen für immaterielles Anlagevermögen		-9.314	-6.331
Auszahlungen für Sachanlagevermögen		-148.923	-124.211
Auszahlungen für Finanzanlagen		-1.504	-1.892
Einzahlungen aus dem Verkauf konsolidierter Unternehmen		3.557	-
Auszahlungen für den Erwerb konsolidierter Unternehmen	[41]	-923	-357.669
Einzahlungen aus dem Verkauf (+)/Auszahlungen (-) für den Erwerb von Wertpapieren		9.434	44.974
Cashflow aus Investitionstätigkeit		-140.716	-429.768
Freier Cashflow		-249.056	-227.405
Dividendenzahlungen		-82.500	-74.250
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen		2.764	4.146
Erwerb von eigenen Aktien		-6.185	-8.463
Verkauf von eigenen Aktien		319	-
Zunahme (+)/Abnahme (-) von Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing		1.060	-
Aufnahme (+)/Tilgung (-) von Darlehen		166.293	249.447
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		81.751	170.880
Zahlungswirksame Veränderung der Finanzmittel		-167.305	-56.525
Wertänderung des Bestands an Finanzmitteln		-387	-
Konsolidierungsbedingte Veränderungen		-106	3.115
Änderung des Bestands an Finanzmitteln	[42]	-167.798	-53.410

* Abschreibungen auf immaterielles Vermögen und Sachanlagevermögen (einschließlich Beteiligungen).

[Diese Seite bleibt aus technischen Gründen frei.]

Entwicklung des Anlagevermögens 2007/2006

Angaben in T€	Bruttobuchwerte						Stand am 31.12.2007
	Stand am 01.01.2007	Veränd. Kons.-Kreis	Zugänge	Abgänge	Um- buchungen	Währungs- differenzen	
Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte u. ähnl. Rechte u. Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	109.013	-59	4.385	2.299	1.760	-1.992	110.808
Goodwill aus Unternehmenserwerben	102.866	175	622	–	–	-3.939	99.724
Selbsterstellte immat. Vermögenswerte	4.048	–	797	–	2.257	–	7.102
Emissionsrechte	10.465	–	2.656	12.995	–	–	126
Geleistete Anzahlungen	5.751	–	3.510	21	-3.561	-36	5.643
Immaterielle Vermögenswerte [12]	232.143	116	11.970	15.315	456	-5.967	223.403
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	423.337	1.508	28.025	2.358	17.233	-451	467.294
Salzvorkommen	253.776	–	–	–	–	-10.380	243.396
Technische Anlagen und Maschinen	1.637.012	696	70.824	23.247	6.545	-426	1.691.404
Schiffe	9.122	–	17.909	–	–	-961	26.070
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	194.901	-1.346	17.810	6.199	725	-145	205.746
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	26.029	–	39.989	914	-21.561	-123	43.420
Leasing und ähnliche Rechte	2.009	–	–	–	1.400	-21	3.388
Sachanlagen	2.546.186	858	174.557	32.718	4.342	-12.507	2.680.718
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien [13]	17.968	–	–	765	192	–	17.395
Anteile an verbundenen Unternehmen	9.682	-1.096	281	11	–	–	8.856
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	74	–	–	–	–	–	74
Beteiligungen	7.227	-580	948	3	–	–	7.592
Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	279	–	–	238	–	–	41
Sonstige Ausleihungen und andere Finanzanlagen	3.362	–	275	992	–	-2	2.643
Finanzanlagen [14]	20.624	-1.676	1.504	1.244	–	-2	19.206
Anlagevermögen	2.816.921	-702	188.031	50.042	4.990	-18.476	2.940.722

Angaben in T€	Bruttobuchwerte						Stand am 31.12.2006
	Stand am 01.01.2006	Veränd. Kons.-Kreis	Zugänge	Abgänge	Um- buchungen	Währungs- differenzen	
Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte u. ähnl. Rechte u. Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	92.120	38.679	2.153	3.143	-19.202	-1.594	109.013
Goodwill aus Unternehmenserwerben	13.857	92.265	–	–	–	-3.256	102.866
Selbsterstellte immat. Vermögenswerte	2.945	–	709	–	394	–	4.048
Emissionsrechte	10.808	–	12.239	12.582	–	–	10.465
Geleistete Anzahlungen	2.398	1.038	3.469	722	-432	–	5.751
Immaterielle Vermögenswerte [12]	122.128	131.982	18.570	16.447	-19.240	-4.850	232.143
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	404.860	10.554	8.433	517	7	–	423.337
Salzvorkommen	–	243.117	–	–	19.240	-8.581	253.776
Technische Anlagen und Maschinen	1.541.459	8.410	81.275	20.192	26.063	-3	1.637.012
Schiffe	–	9.589	–	–	–	-467	9.122
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	187.764	1.398	13.827	8.557	549	-80	194.901
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	29.457	1.441	22.838	1.314	-26.393	–	26.029
Leasing und ähnliche Rechte	1.813	196	–	–	–	–	2.009
Sachanlagen	2.165.353	274.705	126.373	30.580	19.466	-9.131	2.546.186
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien [13]	22.985	–	1	4.792	-226	–	17.968
Anteile an verbundenen Unternehmen	8.718	–	1.096	132	–	–	9.682
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	74	–	–	–	–	–	74
Beteiligungen	6.558	159	529	19	–	–	7.227
Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	322	–	–	43	–	–	279
Sonstige Ausleihungen und andere Finanzanlagen	4.641	–	267	1.545	–	-1	3.362
Finanzanlagen [14]	20.313	159	1.892	1.739	–	-1	20.624
Anlagevermögen	2.330.779	406.846	146.836	53.558	–	-13.982	2.816.921

Abschreibungen									Nettobuchwerte
Stand am 01.01.2007	Veränd. Kons.-Kreis	Zugänge planmäßig	Zugänge außerplanmäßig	Abgänge	Um- buchungen	Zuschrei- bungen	Währungs- differenzen	Stand am 31.12.2007	Stand am 31.12.2007
41973	-49	8.048	36	2.296	907	52	-135	48.432	62.376
-	-	-	-	-	-	-	-	-	99.724
1.136	-	1.340	-	-	14	-	-	2.490	4.612
-	-	-	-	-	-	-	-	-	126
-	-	-	-	-	-	-	-	-	5.643
43.109	-49	9.388	36	2.296	921	52	-135	50.922	172.481
196.578	482	13.759	139	1.370	12.345	-	-20	221.913	245.381
2.359	-	1.549	-	-	-	-	-21	3.887	239.509
1.108.080	465	85.621	-	21.092	-8.435	-	-39	1.164.600	526.804
141	-	907	-	-	-	-	-15	1.033	25.037
155.804	-785	16.275	-	5.860	-1.838	-	-18	163.578	42.168
-	-	-	-	-	-	-	-	-	43.420
582	-	325	-	-	-	-	-4	903	2.485
1.463.544	162	118.436	139	28.322	2.072	-	-117	1.555.914	1.124.804
9.676	-	60	-	399	159	-	-	9.496	7.899
372	-	-	-	-	-	-	-	372	8.484
74	-	-	-	-	-	-	-	74	-
728	-	-	207	-	-	-	-	935	6.657
-	-	-	-	-	-	-	-	-	41
11	-	-	-	-	-	1	-	10	2.633
1.185	-	-	207	-	-	1	-	1.391	17.815
1.517.514	113	127.884	382	31.017	3.152	53	-252	1.617.723	1.322.999

Abschreibungen									Nettobuchwerte
Stand am 01.01.2006	Veränd. Kons.-Kreis	Zugänge planmäßig	Zugänge außerplanmäßig	Abgänge	Um- buchungen	Zuschrei- bungen	Währungs- differenzen	Stand am 31.12.2006	Stand am 31.12.2006
39.377	-	7.011	68	3.132	-1.260	26	-65	41.973	67.040
-	-	-	-	-	-	-	-	-	102.866
542	-	594	-	-	-	-	-	1.136	2.912
-	-	-	-	-	-	-	-	-	10.465
-	-	-	-	-	-	-	-	-	5.751
39.919	-	7.605	68	3.132	-1.260	26	-65	43.109	189.034
184.330	-	12.901	243	213	-683	-	-	196.578	226.759
-	-	1.099	-	-	1.260	-	-	2.359	251.417
1.040.452	-	84.617	65	17.722	668	-	-	1.108.080	528.932
-	-	141	-	-	-	-	-	141	8.981
148.156	-	15.735	215	8.262	-1	-	-39	155.804	39.097
-	-	-	-	-	-	-	-	-	26.029
488	-	94	-	-	-	-	-	582	1.427
1.373.426	-	114.587	523	26.197	1.244	-	-39	1.463.544	1.082.642
11.766	-	123	265	2.494	16	-	-	9.676	8.292
405	-	-	-	33	-	-	-	372	9.310
74	-	-	-	-	-	-	-	74	-
560	-	-	218	-	-	50	-	728	6.499
-	-	-	-	-	-	-	-	-	279
10	-	-	1	-	-	-	-	11	3.351
1.049	-	-	219	33	-	50	-	1.185	19.439
1.426.160	-	122.315	1.075	31.856	-	76	-104	1.517.514	1.299.407

Entwicklung der Rückstellungen

Angaben in T€	Stand am 01.01.2007	Währungs- differenzen	Veränderung Kons.-kreis	Zuführung
Verfüllung Gruben und Schächte	174.877	–	–	5.426
Bergschädenwagnisse	36.465	–	–	762
Haldenverwahrung	90.037	–	–	8.639
Sonstige bergbauliche Verpflichtungen	36.779	–	–	991
Rückstellungen für bergbauliche Verpflichtungen [26]	338.158	–	–	15.818
Jubiläen	21.690	–	–	2.006
Altersteilzeit	58.980	–	–	19.306
Sozialplanaufwendungen	613	–	–	15
Sonstige Personalverpflichtungen	14.915	5	–	15.037
Personalverpflichtungen [27]	96.198	5	–	36.364
Übrige Rückstellungen	29.218	3	–	10.619
Rückstellungen (langfr. Fremdkapital)	463.574	8	–	62.801
Sonstige Steuern	639	-32	39	2.734
Rückstellungen für bergbauliche Verpflichtungen	6.481	–	–	97
Personalverpflichtungen	79.396	-107	-55	87.573
Rückstellungen für Verpflichtungen aus Verkaufsgeschäften [27]	50.569	-8	–	40.637
Rückstellungen für Verpflichtungen aus Einkaufsverträgen [27]	20.057	-358	–	18.941
Sonstige Rückstellungen	38.176	-841	-3	20.864
Rückstellungen (kurzfr. Fremdkapital)	195.318	-1.346	-19	170.846
Rückstellungen	658.892	-1.338	-19	233.647

Segmentberichterstattung

Angaben in T€	Gesamtumsatz		davon intersegmentäre Umsätze	
	2007	2006	2007	2006
Kali- und Magnesiumprodukte	1.480.377	1.304.617	72.502	65.700
COMPO	629.056	562.865	11.663	10.445
fertiva	657.782	558.951	9.733	2.753
Salz	548.991	488.749	3.858	2.961
Entsorgung und Recycling	70.678	69.492	149	120
Dienstleistungen und Handel	134.963	131.151	79.956	76.178
Überleitung ¹⁾ [37]	-177.781	-158.138	-177.861	-158.157
K+S Gruppe	3.344.066	2.957.687	0	0

Angaben in T€	Vermögen [39]		Schulden	
	2007	2006	2007	2006
Kali- und Magnesiumprodukte	1.094.024	1.229.449	656.397	591.848
COMPO	455.135	431.174	170.606	164.727
fertiva	267.776	252.575	239.029	233.997
Salz	888.647	956.382	184.011	167.392
Entsorgung und Recycling	45.333	40.946	5.342	4.599
Dienstleistungen und Handel	86.166	71.635	29.243	28.540
Überleitung ¹⁾ [37]	127.721	-151.235	748.366	515.480
K+S Gruppe	2.964.802	2.830.926	2.032.994	1.706.583

¹⁾ Die Angaben zu den Geschäftsbereichen werden vor Konsolidierung dargestellt. Aufwendungen und Erträge sowie Bilanzposten, die den Geschäftsbereichen nicht zuordenbar sind, werden gesondert erfasst. Beide Effekte werden in der Zeile „Überleitung“ zusammengefasst und führen zu den Konzernzahlen.

Aufzinsung	Verbrauch	Auflösung	Umbuchung	CTA-Umgliederung	Stand am 31.12.2007
7.223	7.585	101	-	-	179.840
1.655	423	658	-	-	37.801
3.303	765	449	-	-	100.765
1.753	364	-	-	-	39.159
13.934	9.137	1.208	-	-	357.565
894	1.406	109	-	-	23.075
-	23.583	-	-	9.414	45.289
-	41	486	-	-	101
-	11.292	391	-	-	18.274
894	36.322	986	-	9.414	86.739
-914	353	1.419	-54	-	37.100
13.914	45.812	3.613	-54	9.414	481.404
-	596	-	-	-	2.784
-	79	-	-	-	6.499
-	74.749	1.055	-	-	91.003
-	23.841	23.010	-7	-	44.340
-	17.074	1.923	-	-	19.643
-	20.806	1.612	-	-	35.778
-	137.145	27.600	-7	-	200.047
13.914	182.957	31.213	-61	9.414	681.451

davon Umsatz mit Dritten [38]

2007	2006
1.407.875	1.238.917
617.393	552.420
648.049	556.198
545.133	485.788
70.529	69.372
55.007	54.973
80	19
3.344.066	2.957.687

EBIT I

2007	2006
177.913	158.627
32.049	29.254
25.276	16.758
47.846	67.591
11.477	13.794
27.650	25.364
-36.509	-33.350
285.702	278.038

Brutto-Cashflow

2007	2006
256.016	233.958
41.949	34.364
26.925	15.143
77.583	95.985
14.831	16.938
33.732	30.927
-78.958	-84.567
372.078	342.748

Eingesetztes Kapital ²⁾

2007	2006
847.513	874.416
308.617	292.474
-91.082	-98.733
684.517	702.531
30.085	26.052
41.239	26.981
17.229	22.738
1.838.118	1.846.459

Investitionen ³⁾ [40]

2007	2006
79.671	83.778
12.634	11.366
4.191	735
47.902	21.167
6.918	4.337
15.006	8.143
5.252	1.012
171.574	130.538

Mitarbeiter per 31.12. ⁴⁾

2007	2006
7.626	7.550
1.252	1.260
59	61
2.294	2.194
34	34
387	407
381	367
12.033	11.873

²⁾ Operatives Anlagevermögen und Working Capital.

³⁾ Betrifft Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte.

⁴⁾ Belegschaft per 31.12. inklusive befristet Beschäftigter (ohne Studenten und Praktikanten), gemessen in Vollzeitäquivalenten

Anhang

Allgemeine Grundlagen

Der Konzernabschluss der K+S Gruppe zum 31. Dezember 2007 ist von der in Deutschland registrierten K+S Aktiengesellschaft (K+S AG) als Mutterunternehmen nach den bis zum Abschlussstichtag in Kraft getretenen International Financial Reporting Standards (IFRS) des International Accounting Standards Board (IASB) sowie den Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) aufgestellt, sofern diese von der Europäischen Union anerkannt wurden. Im Interesse einer übersichtlicheren Darstellung werden die einzelnen Posten des Konzernabschlusses in Tausend € (T€) dargestellt.

Der Konzernabschluss wurde durch den Vorstand in seiner Sitzung am 22. Februar 2008 aufgestellt, zur Veröffentlichung freigegeben und nach Behandlung im Prüfungsausschuss dem Aufsichtsrat für dessen Sitzung am 12. März 2008 zur Billigung vorgelegt.

Konsolidierungskreis

Der Konsolidierungskreis hat sich im Jahr 2007 wie folgt geändert:

Erstmals wurde im Wege der Vollkonsolidierung die im Vorjahr neu gegründete Inversiones y Prospecciones Mineras Tarapacá Ltda. einbezogen. Die Gesellschaft beschäftigt sich mit dem Erwerb und dem Halten von Rechten im Rahmen der Salzproduktion der SPL-Gruppe in der chilenischen Atacama-Wüste.

Nach dem im November 2007 erfolgten Erwerb der restlichen 66,7% der Anteile an der Salsul Indústria e Comércio Ltda. durch die Salina Diamante Branco Ltda. wurde die bisher als Beteiligung ausgewiesene Gesellschaft voll einbezogen. Die Gesellschaft vertreibt Salzprodukte der Salina Diamante Branco Ltda.

Durch Verschmelzung per 31.12.2007 wurden die Vermögenswerte und Schulden der bisher nicht einbezogenen Plan de Buns S.A.S. auf die SCPA du Roure S.A.S. übertragen.

Im Rahmen der gesellschaftsrechtlichen Umstrukturierung der SPL-Gruppe wurde die SPL Overseas Corp. liquidiert.

Durch Veräußerung im September 2007 wird die bisher einbezogene biodata ANALYTIK GmbH nicht mehr konsolidiert. Aus dem Verkauf wurde ein Ertrag in Höhe von 3.290 T€ erzielt.

Aufgrund der unwesentlichen Bedeutung wurde auf eine Angabe der Auswirkungen der erstmalig einbezogenen Gesellschaften verzichtet.

Im Wege der Vollkonsolidierung sind die nachfolgend genannten 22 (Vorjahr: 23) inländischen und 43 (Vorjahr: 42) ausländischen Gesellschaften in den Konzernabschluss einbezogen.

Inland (Angaben in %)	Anteile am Kapital	Anteil Stimmrechte
K+S Aktiengesellschaft, Kassel	–	–
Chemische Fabrik Kalk GmbH, Köln	100,00	100,00
COMPO Gesellschaft mbH & Co. KG, Münster	100,00	100,00
data process GmbH, Kassel	100,00	100,00
Deutscher Straßen-Dienst GmbH, Hannover	100,00	100,00
esco – european salt company GmbH & Co. KG, Hannover	100,00	100,00
esco international GmbH, Hannover	100,00	100,00
fertiva GmbH, Mannheim	100,00	100,00
German Bulk Chartering GmbH, Hamburg	100,00	100,00
K+S Baustoffrecycling GmbH, Sehnde	100,00	100,00
K+S Beteiligungs GmbH, Kassel	100,00	100,00
K+S Consulting GmbH, Kassel	100,00	100,00
K+S Entsorgung GmbH, Kassel	100,00	100,00
K+S KALI GmbH, Kassel	100,00	100,00
K+S Projekt GmbH, Kassel	100,00	100,00
K+S Salz GmbH, Hannover	100,00	100,00
Kali-Transport Gesellschaft mbH, Hamburg	100,00	100,00
Kali-Union Verwaltungsgesellschaft mbH, Kassel	100,00	100,00
park GmbH, Recklinghausen	100,00	100,00
Torf- und Humuswerk Gnarrenburg GmbH, Gnarrenburg	100,00	100,00
Torf- und Humuswerk Uchte GmbH, Uchte	100,00	100,00
UBT See- und Hafen-Spedition GmbH Rostock, Rostock	100,00	100,00

Ausland (Angaben in %)	Anteile am Kapital	Anteil Stimmrechte
Compagnie de Compactage de Wittenheim S.A.S., Wittenheim, Frankreich	100,00	100,00
Compania Minera Punta de Lobos Ltda., Santiago de Chile, Chile	99,63	100,00
COMPO Agricoltura S.p.A., Cesano Maderno, Italien	100,00	100,00
COMPO Agricultura S.L., Barcelona, Spanien	100,00	100,00
COMPO Agro Chile Ltda., Santiago de Chile, Chile	100,00	100,00
COMPO Austria GmbH, Wien, Österreich	100,00	100,00
COMPO Benelux N.V., Deinze, Belgien	100,00	100,00
COMPO do Brasil S.A., Guaratinguetá, Brasilien	100,00	100,00
COMPO Fertilizantes de México S.A. de C.V., Mexico-City, Mexiko	100,00	100,00
COMPO France S.A.S., Roche-lez-Beaupré, Frankreich	100,00	100,00
COMPO Hellas S.A., Marousi, Griechenland	100,00	100,00
COMPO Horticulture et Jardin S.A.S., Roche-lez-Beaupré, Frankreich	100,00	100,00
COMPO Jardin AG, Allschwil, Schweiz	100,00	100,00
Empresa de Servicios Ltda., Santiago de Chile, Chile	99,63	100,00
Empresa Maritima S.A., Santiago de Chile, Chile	48,57	99,41
esco benelux N.V., Brüssel, Belgien	100,00	100,00
esco France S.A.S., Levallois-Perret, Frankreich	100,00	100,00
esco Spain S.L., Barcelona, Spanien	100,00	100,00
Frisia Zout B.V., Harlingen, Niederlande	100,00	100,00
International Salt Company LLC., Clarks Summit, USA	100,00	100,00
Inversiones Columbus Ltda., Santiago de Chile, Chile	2,00	100,00
Inversiones Empremer Ltda., Santiago de Chile, Chile	48,86	100,00
Inversiones K+S Sal de Chile Ltda., Santiago de Chile, Chile	100,00	100,00
Inversiones y Prospecciones Mineras Tarapacá Ltda., Santiago de Chile, Chile	100,00	100,00
K+S Finance Ltd., St. Julians, Malta	100,00	100,00
K+S Investments Ltd., St. Julians, Malta	100,00	100,00
K+S KALI & SCPA France S.A.S., Reims, Frankreich	100,00	100,00
K+S North America Corporation, New York, USA	100,00	100,00
K+S Sal do Brasil Participacoes e Investimentos Ltda., São Paulo, Brasilien	100,00	100,00
K+S Salt of the Americas Holding B.V., Harlingen, Niederlande	100,00	100,00
Salina Diamante Branco Ltda., Natal, Brasilien	100,00	100,00
Salines Cérébos et de Bayonne S.A.S., Levallois-Perret, Frankreich	100,00	100,00
Salsul Indústria e Comércio Ltda., Guaíba-RS, Brasilien	100,00	100,00
SCPA du Roure S.A.S., Le Teil, Frankreich	100,00	100,00
SCPA Masdac S.A.S., Pré en Pail, Frankreich	100,00	100,00
SCPA Rodez S.A.S., Onet le Château, Frankreich	97,45	97,45
Servicios Maritimos Patillos S.A., Santiago de Chile, Chile	49,81	50,00
Servicios Portuarios Patillos S.A., Santiago de Chile, Chile	99,63	100,00
Sociedad Punta de Lobos S.A., Santiago de Chile, Chile	99,63	99,63
SPL Brasil Empreendimentos e Participacoes Ltda., São Paulo, Brasilien	100,00	100,00
SPL USA Inc., Clarks Summit, USA	100,00	100,00
Transporte por Containers S.A., Valparaiso, Chile	47,95	100,00
VATEL Companhia de Produtos Alimentares S.A., Alverca, Portugal	100,00	100,00

Beteiligungen an Unternehmen, bei denen Unternehmen der K+S Gruppe einen maßgeblichen Einfluss ausüben können (assoziierte Unternehmen), werden nach der Equity-Methode bewertet, sofern sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind. Die K+S Gruppe hält Anteile an fünf assoziierten Unternehmen; allerdings bestehen lediglich zu einem assoziierten Unternehmen nennenswerte Geschäftsbeziehungen (siehe Angaben zu nahestehenden Unternehmen auf Seite 181). Die potenziellen Ergebnisauswirkungen einer Beteiligungsbilanzierung nach der Equity-Methode sind aus Konzernsicht als unwesentlich zu bezeichnen.

Im Geschäftsjahr 2007 wurden daher wegen insgesamt untergeordneter Bedeutung sämtliche Beteiligungen an assoziierten Unternehmen zu Anschaffungskosten bewertet.

Konsolidierungsmethoden

Die Abschlüsse der einbezogenen Gesellschaften sind zum Bilanzstichtag des Konzernabschlusses aufgestellt. Die in den Konzernabschluss übernommenen Vermögenswerte und Schulden der einbezogenen Gesellschaften werden einheitlich nach den hier und in den folgenden Anmerkungen beschriebenen Grundsätzen bilanziert und bewertet.

Umsätze, Aufwendungen und Erträge zwischen den einbezogenen Tochtergesellschaften werden voll eliminiert, soweit sie während der Zugehörigkeit der betreffenden Gesellschaften zur K+S Gruppe entstanden sind. Ebenso werden Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den einbezogenen Gesellschaften sowie Zwischenergebnisse aus Lieferungen und Leistungen zwischen den einbezogenen Tochtergesellschaften, soweit sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind, eliminiert.

Bei der Kapitalkonsolidierung werden die Anschaffungswerte der Beteiligungen mit dem auf sie entfallenden neu bewerteten Eigenkapital zum Zeitpunkt des Erwerbs verrechnet. Nach der Zuordnung zu Vermögenswerten und Schulden verbleibende aktive Unterschiedsbeträge werden als Goodwill bilanziert. Passive Unterschiedsbeträge aus der Kapitalkonsolidierung werden unmittelbar ertragswirksam aufgelöst.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Erfassung von Erträgen und Aufwendungen

Die Umsatzerlöse beinhalten Verkäufe von Produkten und Dienstleistungen, vermindert um Erlösschmälerungen. Umsatzerlöse aus dem Verkauf von Produkten werden ab dem Zeitpunkt des Gefahrenübergangs ausgewiesen. Dienstleistungen werden nach erbrachter Leistung als Umsatz ausgewiesen. Darüber hinaus muss in beiden Fällen die Zahlung hinreichend wahrscheinlich sein. Sonstige Erträge, wie beispielsweise aus Zinsen oder Dividenden, werden zu dem Zeitpunkt periodengerecht erfasst, ab dem ein vertraglicher bzw. rechtlicher Anspruch besteht.

Betriebliche Aufwendungen werden mit Inanspruchnahme der Leistung bzw. zum Zeitpunkt ihrer Verursachung ergebniswirksam erfasst.

Immaterielle Vermögenswerte

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögenswerte werden mit den Anschaffungskosten angesetzt. Selbsterstellte immaterielle Vermögenswerte werden mit den auf sie entfallenden Entwicklungsausgaben aktiviert, sofern der Zufluss eines wirtschaftlichen Nutzens wahrscheinlich ist und die Kosten des Vermögenswerts zuverlässig ermittelbar sind.

Immaterielle Vermögenswerte werden, sofern ihre Nutzungsdauer bestimmbar ist, planmäßig linear abgeschrieben; bei einer zu erwartenden unbegrenzten Nutzungsdauer wird auf eine planmäßige Abschreibung verzichtet. Bei dem Geschäfts- oder Firmenwert (Goodwill) wird ebenfalls von einer unbegrenzten Nutzungsdauer ausgegangen. Im Rahmen der planmäßigen Abschreibungen werden folgende Nutzungsdauern zugrunde gelegt:

Nutzungsdauern für immaterielle Vermögenswerte	Jahre
Hafenkonzessionen	250
Marken	5 – 15
Übrige immaterielle Vermögenswerte	2 – 10

Bei einer Wertminderung werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Fallen die Gründe für die außerplanmäßige Abschreibung fort, erfolgt eine entsprechende Zuschreibung, wodurch die fortgeführten Buchwerte nicht überstiegen werden dürfen.

Die Werthaltigkeit der Geschäfts- oder Firmenwerte wird regelmäßig überprüft. Sofern erforderlich, wird eine entsprechende Wertberichtigung vorgenommen. Ein etwaiger Wertberichtigungsbedarf wird gemäß IAS 36 durch einen Vergleich mit den diskontierten erwarteten zukünftigen Cashflows aus den Zahlungsmittel generierenden Einheiten ermittelt, denen die entsprechenden Goodwill-Beträge zugeordnet sind.

Sachanlagen

Bei Sachanlagen erfolgt die Bilanzierung zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige, nutzungsbedingte Abschreibungen. Die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten umfassen auch künftige Rekultivierungsaufwendungen. Fremdkapitalzinsen werden nicht aktiviert. Bei Wertminderungen, die über die bereits vorgenommenen nutzungsbedingten Abschreibungen hinausgehen, erfolgt eine außerplanmäßige Abschreibung; diese wird als sonstiger betrieblicher Aufwand erfasst. Die Ermittlung solcher Wertverluste („impairment losses“) erfolgt gemäß IAS 36 durch den Vergleich mit den diskontierten erwarteten zukünftigen Cashflows der betreffenden Vermögenswerte. Sofern den betreffenden Vermögenswerten keine eigenen Cashflows zugeordnet werden können, werden stattdessen die Cashflows der entsprechenden Zahlungsmittel generierenden Einheit zum Vergleich herangezogen. Bei Fortfall der Gründe für vorgenommene außerplanmäßige Abschreibungen werden entsprechende Zuschreibungen vorgenommen.

Strecken und Grubenbaue sowie erworbene Salzlagerstätten werden unter den Sachanlagen aktiviert.

Wenn Sachanlagen verkauft oder stillgelegt werden, wird der Gewinn oder Verlust aus der Differenz zwischen dem Verkaufserlös und dem Restbuchwert unter den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. Aufwendungen erfasst.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen werden nach der linearen Methode vorgenommen und richten sich nach den betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern.

Den planmäßigen Abschreibungen liegen die folgenden konzerneinheitlichen Nutzungsdauern zugrunde:

Nutzungsdauern für Sachanlagen	Jahre
Salzvorkommen	19 – 250
Strecken und Grubenbaue	5 – 125
Bauten	14 – 33½
Technische Anlagen und Maschinen	4 – 25
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3 – 10

Finanzierungsleasing

Ein Leasingverhältnis ist eine Vereinbarung, bei der der Leasinggeber dem Leasingnehmer gegen eine Zahlung oder eine Reihe von Zahlungen das Recht auf Nutzung eines Vermögenswerts für einen vereinbarten Zeitraum überträgt. Finanzierungsleasing liegt vor, wenn dem Leasingnehmer im Wesentlichen alle mit dem Eigentum des Vermögenswerts verbundenen Chancen und Risiken übertragen werden. Ist dies der Fall, aktiviert der Leasingnehmer den Vermögenswert zum Zeitwert des Vermögenswerts oder zum Barwert der Mindestleasingzahlungen, sofern dieser Wert niedriger ist. In gleicher Höhe ist eine Leasingverbindlichkeit zu passivieren. Die Abschreibung des Vermögenswerts unterscheidet sich grundsätzlich nicht von der Vorgehensweise bei vergleichbaren Vermögenswerten. Finanzierungsleasing ist bislang für die K+S Gruppe von untergeordneter Bedeutung.

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Bei den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien handelt es sich überwiegend um vermietete Objekte. Sie werden mit den fortgeführten Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um lineare planmäßige, nutzungsbedingte Abschreibungen, bilanziert. Die zugrunde gelegten Nutzungsdauern liegen bei 50 Jahren. Erträge aus der Veräußerung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien werden im Finanzergebnis erfasst.

Finanzinstrumente

Finanzinstrumente sind Verträge, die bei einem Vertragspartner zur Entstehung eines finanziellen Vermögenswerts und beim anderen zu einer finanziellen Verbindlichkeit oder einem Eigenkapitalinstrument führen. Grundsätzlich werden finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten getrennt von einander (unsaldiert) ausgewiesen. Die finanziellen Vermögenswerte umfassen hauptsächlich flüssige Mittel, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, sonstige Forderungen, Wertpapiere, Finanzinvestitionen sowie derivative Finanzinstrumente mit positivem Marktwert. Die finanziellen Verbindlichkeiten umfassen insbesondere Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, Finanzverbindlichkeiten, sonstige Verbindlichkeiten sowie derivative Finanzinstrumente mit negativem Marktwert. Der erstmalige Ansatz von Finanzinstrumenten erfolgt zum beizulegenden Zeitwert, sobald das bilanzierende Unternehmen Vertragspartner eines Finanzinstruments wird. Die dem Erwerb direkt zuzurechnenden Transaktionskosten werden bei der Ermittlung des Buchwerts berücksichtigt, sofern die Finanzinstrumente in der Folgebewertung nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden.

Für die Folgebewertung ist die Zuordnung der Finanzinstrumente in eine der folgenden in IAS 39 definierten Kategorien ausschlaggebend:

- Kredite und Forderungen:

In dieser Kategorie werden hauptsächlich Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, sonstige Forderungen, Ausleihungen und Flüssige Mittel erfasst. Die in der Bilanz ausgewiesene Position Flüssige Mittel setzt sich im Wesentlichen aus den Posten Schecks, Kasse und Bankguthaben zusammen. Zudem fallen hierunter Wertpapiere mit einer Laufzeit von weniger als drei Monaten, die keinen wesentlichen Wertschwankungen unterliegen. Ausleihungen werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten bewertet. Unverzinsliche oder niedrig verzinsliche Darlehen werden zum Barwert angesetzt. Erkennbaren Risiken wird durch die Vornahme außerplanmäßiger Abschreibungen Rechnung getragen.

Die anderen dieser Kategorie zugeordneten finanziellen Vermögenswerte werden nach dem erstmaligen Ansatz zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode abzüglich Wertminderungen bewertet. Unverzinsliche bzw. niedrig verzinsliche Forderungen mit einer Laufzeit von mehr als drei Monaten werden abgezinst. Erforderliche Wertminderungen orientieren sich am erwarteten Ausfallrisiko und werden auf separaten Wertberichtigungskonten erfasst. Forderungen werden ausgebucht, wenn sie beglichen oder uneinbringlich werden. Sonstige Vermögenswerte werden zum Zeitpunkt der Veräußerung bzw. bei fehlender Werthaltigkeit ausgebucht.

- Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte:
Dieser Kategorie werden zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere („held for trading“) zugeordnet, die mit der Absicht der kurzfristigen Weiterveräußerung erworben wurden. Auch Derivate mit positivem Marktwert werden als zu Handelszwecken gehalten kategorisiert, es sei denn, sie sind in eine Sicherungsbeziehung gemäß IAS 39 eingebunden. Die Bewertung erfolgt zum beizulegenden Zeitwert. Wertänderungen werden ergebniswirksam erfasst. Die Ausbuchung von Wertpapieren erfolgt nach der Veräußerung am Erfüllungstag.

- Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte:
Diese Kategorie umfasst alle finanziellen Vermögenswerte, die keiner der vorgenannten Kategorien zugeordnet wurden. Wertpapiere werden grundsätzlich als zur Veräußerung verfügbar („available for sale“) kategorisiert, es sei denn, es wird aufgrund einer expliziten Zweckbestimmung eine andere Kategorisierung notwendig. Die Erstbewertung erfolgt am Erfüllungstag des Kaufs. Eigenkapitalinstrumente wie z. B. Anteile an (nicht konsolidierten) verbundenen Unternehmen sowie gehaltene Aktien an börsennotierten Unternehmen fallen ebenfalls unter diese Kategorie.

Grundsätzlich werden Finanzinstrumente dieser Kategorie in der Folgebewertung zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die bei der Folgebewertung entstehenden Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden als unrealisierte Gewinne und Verluste ergebnisneutral in der Neubewertungsrücklage erfasst. Erst zum Zeitpunkt der Veräußerung erfolgt eine ergebniswirksame Erfassung der realisierten Gewinne bzw. Verluste. Liegen am Bilanzstichtag objektive Hinweise für eine dauerhafte Wertminderung vor, ist eine außerplanmäßige Abschreibung auf den niedrigeren Wert vorzunehmen. Der in der Neubewertungsrücklage erfasste Betrag ist ergebnisneutral auszubuchen. Spätere Wertaufholungen erfolgen ergebnisneutral.

Sofern für Finanzinstrumente keine aktiven Märkte existieren, mit deren Hilfe die beizulegenden Zeitwerte verlässlich ermittelt werden können, erfolgt die Bewertung zu Anschaffungskosten. Dies ist bei Anteilen an (nicht konsolidierten) verbundenen Unternehmen und Beteiligungen der Fall. Einer dauerhaften Wertminderung wird hier durch erfolgswirksame außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren Wert Rechnung getragen. Diese Wertminderungen dürfen nicht rückgängig gemacht werden. Die Ausbuchung von Anteilen bzw. Beteiligungen erfolgt bei einer Veräußerung an eine konzernfremde Partei. Wertpapiere werden nach der Veräußerung am Erfüllungstag ausgebucht.

- Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierte finanzielle Verbindlichkeiten: Sämtliche finanzielle Verbindlichkeiten, mit Ausnahme der derivativen Finanzinstrumente, werden zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode bewertet. Die Ausbuchung der Verbindlichkeiten erfolgt zu dem Zeitpunkt, an dem die Verbindlichkeit beglichen wird oder der Grund für die Bildung der Verbindlichkeit wegfällt.
- Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte finanzielle Verbindlichkeiten: In diese Kategorie fallen derivative Finanzinstrumente mit negativem Marktwert, die grundsätzlich als zu Handelszwecken gehalten kategorisiert werden. Von dieser Regelung ausgeschlossen sind Derivate, die in eine Sicherungsbeziehung gemäß IAS 39 eingebunden sind.

Derivate

Sicherungsbeziehungen zwischen Derivaten und Grundgeschäften werden nur für einen Teil der Derivate hergestellt. Bei dem überwiegenden Teil der Derivate können aufgrund der Voraussetzungen von IAS 39 keine Sicherungsbeziehungen hergestellt werden. Die Bewertung der Derivate erfolgt zum jeweiligen Marktwert. Die Marktwertveränderungen werden erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Die Ausbuchung der Derivate erfolgt am Erfüllungstag oder, sofern die Derivate vorzeitig verfallen (Erreichen eines „Knock-outs“), am Verfallstag.

Vorräte

Unter den Vorräten sind gemäß IAS 2 diejenigen Vermögenswerte ausgewiesen, die zum Verkauf im normalen Geschäftsgang vorgesehen sind (fertige Erzeugnisse und Waren), die sich in der Herstellung für den Verkauf befinden (unfertige Erzeugnisse) oder die im Rahmen der Herstellung oder Erbringung von Dienstleistungen verbraucht werden (Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe).

Die Bewertung der Vorräte erfolgt auf Basis der durchschnittlichen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten oder zum niedrigeren Nettoveräußerungspreis. Die Herstellungskosten enthalten neben den Einzelkosten angemessene Teile der fixen und variablen Material- und Fertigungsgemeinkosten, soweit sie im Zusammenhang mit dem Herstellungsvorgang anfallen. Dies gilt analog für Kosten der allgemeinen Verwaltung, Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung sowie sonstige soziale Aufwendungen. Fremdkapitalzinsen werden nicht einbezogen. Der Nettoveräußerungspreis bestimmt sich als geschätzter Verkaufspreis abzüglich der noch anfallenden Kosten bis zur Fertigstellung und der notwendigen Vertriebskosten.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Pensionsrückstellungen für Mitarbeiter und Pensionäre in Deutschland werden unter Anwendung versicherungsmathematischer Grundsätze nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit-Methode) mit einem Rechnungszins von 4,6% ermittelt. Die Pensionsverpflichtungen ausländischer Gesellschaften werden nach vergleichbaren Grundsätzen und unter Berücksichtigung länderspezifischer Besonderheiten berechnet. Soweit Planvermögen vorliegt, erfolgt eine Saldierung dieses Vermögens mit den Pensionsrückstellungen.

Bergbauliche und übrige Rückstellungen

Rückstellungen werden in Höhe der erwarteten Inanspruchnahme für gegenwärtige Verpflichtungen gegenüber Dritten gebildet, die aus einem vergangenen Ereignis resultieren. Die Inanspruchnahme muss eher wahrscheinlich als unwahrscheinlich und die Höhe der Verpflichtungen verlässlich schätzbar sein. Langfristige Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr werden unter Berücksichtigung künftiger Kostensteigerungen mit einem fristenadäquaten Kapitalmarktzins abgezinst, soweit der Zinseffekt von wesentlicher Bedeutung ist.

Latente Steuern

Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgt gemäß IAS 12 auf der Grundlage der international üblichen bilanzorientierten Verbindlichkeitsmethode (Liability-Methode). Danach werden Steuerabgrenzungsposten für sämtliche temporären Differenzen zwischen den Wertansätzen der Steuerbilanz und der Konzernbilanz sowie für steuerliche Verlustvorträge und auf entsprechende Konsolidierungsvorgänge gebildet. Aktive latente Steuern haben wir jedoch nur berücksichtigt, soweit die Realisierung hinreichend konkretisiert ist. Die Bewertung der latenten Steuern erfolgt mit den Steuersätzen, die nach der derzeitigen Rechtslage künftig im wahrscheinlichen Zeitpunkt der Umkehr der temporären Differenzen gelten werden. Die Auswirkungen von Steuergesetzesänderungen auf aktive und passive latente Steuern werden in der Periode, in der die materiellen Wirksamkeitsvoraussetzungen der Gesetzesänderung vorliegen (in Deutschland: Bundesratszustimmung), ergebniswirksam berücksichtigt. Eine Abzinsung aktiver und passiver latenter Steuern wird entsprechend den Regelungen des IAS 12 nicht vorgenommen. Latente Steueransprüche und latente Steuerschulden werden nach Fristigkeiten innerhalb einzelner Gesellschaften bzw. Organkreise saldiert.

Ermessensentscheidungen und Schätzungen

Ermessensentscheidungen bei der Anwendung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Langfristige immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen und als Finanzinvestition gehaltene Immobilien werden in der Bilanz zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt. Von der ebenfalls zulässigen Möglichkeit, diese zum beizulegenden Zeitwert anzusetzen, wird kein Gebrauch gemacht.

Wertpapiere werden grundsätzlich als zur Veräußerung verfügbar klassifiziert, so dass die zu bilanzierenden Änderungen der beizulegenden Zeitwerte erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst werden. Sofern Wertpapiere als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert klassifiziert werden, fließen die Änderungen der beizulegenden Zeitwerte insoweit unmittelbar in das Periodenergebnis ein.

Schätzungen bei der Anwendung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
Die Ansätze im IFRS-Abschluss beruhen dem Grunde und der Höhe nach zum Teil auf Schätzungen. Schätzungen sind insbesondere erforderlich bei

- der Bestimmung der Nutzungsdauern des abnutzbaren Anlagevermögens,
- der Festlegung der Bewertungsprämissen im Rahmen von Werthaltigkeitstests, insbesondere für bilanzierte Goodwills,
- der Bestimmung des Rechnungszinssatzes für die Bewertung von Pensionsrückstellungen sowie
- bei der Bestimmung von Höhe, Erfüllungszeitpunkten und Rechnungszinssätzen für die Bewertung bergbaulicher Rückstellungen.

Trotz sorgfältigster Schätzung kann die tatsächliche Entwicklung von den Annahmen abweichen.

Währungsumrechnung

In den Einzelabschlüssen der Konzerngesellschaften werden sämtliche Forderungen und Verbindlichkeiten in fremden Währungen mit dem Kurs am Bilanzstichtag bewertet, unabhängig davon, ob sie kursgesichert sind oder nicht. Sicherungsgeschäfte, die aus wirtschaftlicher Sicht zur Kurssicherung dienen, werden zu ihren jeweiligen Marktwerten angesetzt.

Die Jahresabschlüsse ausländischer Konzerngesellschaften werden gemäß IAS 21 nach dem Konzept der funktionalen Währung in Euro umgerechnet. Alle Gesellschaften betreiben ihr Geschäft in finanzieller, wirtschaftlicher und organisatorischer Hinsicht selbstständig. Die funktionale Währung entspricht im Regelfall der lokalen Währung, lediglich bei der Empresa Maritima S.A. wird der US-Dollar als funktionale Währung verwendet, da diese Gesellschaft ihre Zahlungsmittelzuflüsse bzw. -abflüsse überwiegend in dieser Währung generiert. Vermögenswerte und Schulden werden zum Kurs am Bilanzstichtag, Aufwendungen und Erträge zum Jahresdurchschnittskurs umgerechnet.

Die sich gegenüber den Stichtagskursen des Vorjahres ergebenden erfolgsneutralen Unterschiedsbeträge werden im Eigenkapital gesondert als Unterschiede aus der Währungsumrechnung ausgewiesen. Der Saldo dieser Umrechnungsdifferenzen gegenüber dem Vorjahr betrug -19.649 T€.

Scheiden Konzernunternehmen aus dem Konsolidierungskreis aus, wird die betreffende Währungsumrechnungsdifferenz erfolgswirksam aufgelöst.

Für die Umrechnung der wesentlichen Währungen im Konzern wurden folgende Wechselkurse für einen Euro zugrunde gelegt:

Wechselkurse je 1 €	2007		2006	
	Stichtagskurs	Jahresdurchschnittskurs	Stichtagskurs	Jahresdurchschnittskurs
US-Dollar (USD)	1,472	1,370	1,317	1,256
Schweizer Franken (CHF)	1,655	1,643	1,607	1,573
Brasilianischer Real (BRL)	2,619	2,664	2,813	2,730
Chilenischer Peso (CLP)	733,032	714,905	700,592	666,252
Mexikanischer Peso (MXN)	16,059	14,975	14,293	13,683

Auswirkungen neuer Rechnungslegungsstandards und Interpretationen

Die folgenden Rechnungslegungsstandards und Interpretationen wurden im Geschäftsjahr 2007 erstmalig angewandt.

Standard/Interpretation		Zeitpunkt Inkrafttreten ¹⁾	Endorsement ²⁾ (am 31.12.2007)
Änderung IAS 1	Darstellung des Abschlusses – Angaben zum Kapital	01.01.2007	ja
Neu IFRS 7	Finanzinstrumente: Angaben	01.01.2007	ja
Neu IFRIC 7	Anwendung des Anpassungssatzes unter IAS 29 – Rechnungslegung in Hochinflationländern	01.03.2006	ja
Neu IFRIC 8	Anwendungsbereich von IFRS 2	01.05.2006	ja
Neu IFRIC 9	Neubeurteilung eingebetteter Derivate	01.06.2006	ja
Neu IFRIC 10	Zwischenberichterstattung und Wertminderung	01.11.2006	ja

¹⁾ Anwendung auf die erste Berichtsperiode eines Geschäftsjahres, das an diesem Tag oder danach beginnt.

²⁾ Übernahme der IFRS-Standards bzw. -interpretationen durch die EU-Kommission

IAS 1 „Darstellung des Abschlusses – Angaben zum Kapital“

Die Änderung des IAS 1 führt zu erweiterten Offenlegungspflichten in Bezug auf die Ziele und Methoden des Kapitalmanagements. Die Angaben sind in Anmerkung (23) dargestellt.

IFRS 7 „Finanzinstrumente: Angaben“

IFRS 7 verfolgt das Ziel, den Bilanzadressaten einen verbesserten Einblick in die Finanzinstrumente eines Unternehmens zu ermöglichen. Dazu sind erweiterte Anhangsangaben sowohl über die Bedeutung der Finanzinstrumente als auch über die aus ihnen resultierenden Risiken vorgesehen. Die Angaben zu den Finanzinstrumenten werden in den Anmerkungen zu den jeweiligen Bilanzpositionen sowie in Anmerkung (29) erläutert; weitere Ausführungen zu den finanziellen Risiken befinden sich im Lagebericht.

IFRIC 7 „Anwendung des Anpassungssatzes unter IAS 29 – Rechnungslegung in Hochinflationländern“

IFRIC 7 legt Regelungen fest, wie ein Unternehmen bei einer erstmals festgestellten Hochinflation seiner funktionalen Währung bilanziell zu verfahren hat. Diese Neuregelung hat keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss 2007 der K+S Gruppe.

IFRIC 8 „Anwendungsbereich von IFRS 2“

IFRIC 8 konkretisiert den Anwendungsbereich des IFRS 2 „Aktienbasierte Vergütung“. Demnach ist der IFRS 2 auch dann anzuwenden, wenn den anteilsbasierten Vergütungen keine direkt identifizierbare Gegenleistung gegenübersteht oder die erhaltene Gegenleistung geringer als der beizulegende Wert der gewährten Eigenkapitalinstrumente ist. IFRIC 8 hat keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss 2007 der K+S Gruppe.

IFRIC 9 „Neubeurteilung eingebetteter Derivate“

IFRIC 9 befasst sich mit der Frage, wann ein eingebettetes Derivat vom Basisvertrag abzuspalten und separat zu bilanzieren ist. Es wird festgelegt, dass eine Beurteilung der Abtrennungspflicht nur zu dem Zeitpunkt vorzunehmen ist, an dem das Unternehmen erstmals Vertragspartei geworden ist. Eine spätere Neubeurteilung ist nur dann vorzunehmen, wenn sich die Vertragsbedingungen signifikant geändert haben. IFRIC 9 hat keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss 2007 der K+S Gruppe.

IFRIC 10 „Zwischenberichterstattung und Wertminderung“

IFRIC 10 legt fest, dass eine im Zwischenbericht erfasste Wertminderung eines Goodwills, eines gehaltenen Eigenkapitalinstruments der Kategorie „zur Veräußerung verfügbar“ sowie eines zu Anschaffungskosten bilanzierten finanziellen Vermögenswertes in einer späteren Periode nicht wertaufgeholt werden darf. IFRIC 10 hat keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss 2007 der K+S Gruppe.

Neue, aber noch nicht angewandte Rechnungslegungsstandards und Interpretationen

Die folgenden Rechnungslegungsstandards und Interpretationen wurden bis zum Bilanzstichtag vom IASB veröffentlicht, sie sind von der K+S Gruppe aber erst zu einem späteren Zeitpunkt verpflichtend anzuwenden.

Standard/Interpretation			Zeitpunkt Inkrafttreten ¹⁾	Endorsement ²⁾ (am 31.12.2007)
Änderung	IAS 1	Darstellung des Abschlusses	01.01.2009	nein
Änderung	IAS 23	Fremdkapitalkosten	01.01.2009	nein
Neu	IFRS 8	Geschäftssegmente	01.01.2009	ja
Neu	IFRIC 11	IFRS 2 – Geschäfte mit eigenen Aktien und Aktien von Konzernunternehmen	01.03.2007	ja
Neu	IFRIC 12	Dienstleistungskonzessionsvereinbarungen	01.01.2008	nein
Neu	IFRIC 13	Kundenbonusprogramme	01.07.2008	nein
Neu	IFRIC 14	IAS 19 – Begrenzung eines Vermögenswertes und Mindestdotierungsverpflichtungen	01.01.2008	nein

¹⁾ Anwendung auf die erste Berichtsperiode eines Geschäftsjahres, das an diesem Tag oder danach beginnt.

²⁾ Übernahme der IFRS-Standards bzw. -interpretationen durch die EU-Kommission.

IAS 1 „Darstellung des Abschlusses“

Der geänderte IAS 1 verfolgt das Ziel, die Analyse des Abschlusses für den Bilanzadressaten zu erleichtern. Dies soll z. B. durch eine geänderte Eigenkapitalveränderungsrechnung sowie eine umfassendere Gesamtergebnisrechnung erreicht werden. Die Auswirkungen der Änderungen des IAS 1 auf den Konzernabschluss der K+S Gruppe werden derzeit geprüft.

IAS 23 „Fremdkapitalkosten“

Die Änderung des IAS 23 regelt, dass Fremdkapitalkosten, die direkt dem Bau oder der Herstellung eines sog. qualifizierten Vermögenswerts zugeordnet werden können, zukünftig zu aktivieren sind. Das derzeit bestehende Wahlrecht zur aufwandswirksamen Erfassung der Fremdkapitalkosten wird abgeschafft. Die Auswirkungen der Änderungen des IAS 23 auf den Konzernabschluss der K+S Gruppe werden derzeit geprüft.

IFRS 8 „Geschäftssegmente“

IFRS 8 ersetzt den bislang gültigen IAS 14 „Segmentberichterstattung“. Ein Geschäftssegment ist definiert als ein operativer Bereich eines Unternehmens, dessen Betriebsergebnisse regelmäßig den Verantwortlichen zur Entscheidung über die weitere Ressourcenallokation vorgelegt werden. Die Darstellung der Segmente orientiert sich demnach grundsätzlich an der internen Berichtsstruktur der Finanzinformationen. Die Auswirkungen des IFRS 8 auf den Konzernabschluss der K+S Gruppe werden derzeit geprüft.

IFRIC 11 „IFRS 2 – Geschäfte mit eigenen Aktien und Aktien von Konzernunternehmen“

IFRIC 11 konkretisiert, wann spezifische anteilsbasierte Vergütungen als Transaktionen mit Barausgleich bzw. Transaktionen mit Ausgleich durch Eigenkapitalinstrumente behandelt werden. IFRIC 11 hat aus heutiger Sicht keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der K+S Gruppe.

IFRIC 12 „Dienstleistungskonzessionsvereinbarungen“

IFRIC 12 regelt die Bilanzierung von Konzessionen, die von Regierungen oder anderen öffentlichen Körperschaften an private Betreiber vergeben werden, um öffentliche Dienstleistungen bereitzustellen. IFRIC 12 hat aus heutiger Sicht keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der K+S Gruppe.

IFRIC 13 „Kundenbonusprogramme“

IFRIC 13 erfasst Programme, bei denen dem Kunden für den Kauf von Produkten oder Dienstleistungen Boni gewährt werden, die zu einem späteren Zeitpunkt gegen kostenlose oder preisreduzierte Ware eingetauscht werden können. IFRIC 13 hat aus heutiger Sicht keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der K+S Gruppe.

IFRIC 14 „IAS 19 – Begrenzung eines Vermögenswerts und Mindestdotierungsverpflichtungen“

IFRIC 14 behandelt den Fall einer Überdeckung von Pensionsverpflichtungen durch extern gebildetes Planvermögen. Es werden Kriterien festgelegt, wann diese Überdeckung dem Unternehmen als wirtschaftlicher Nutzen zur Verfügung steht und somit als Vermögenswert zu aktivieren ist. IFRIC 14 hat aus heutiger Sicht keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der K+S Gruppe.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist auf der Seite 131 abgebildet.

In der Gewinn- und Verlustrechnung wird das operative Ergebnis (EBIT I), das als zentrale Steuerungsgröße in der K+S Gruppe fungiert, als separate Ergebnisposition ausgewiesen. Mit dieser Angabe wird erreicht, dass die für die Ertragslage der K+S Gruppe wichtigen Effekte aus der Kurssicherung von US-Dollar-Zahlungseingängen periodengerecht im Jahr der Fälligkeit der betreffenden Geschäfte ausgewiesen werden („realisierte Marktwerte“).

Bei K+S werden Kurssicherungen für erwartete US-Dollareingänge bis zu drei Jahre im Voraus vorgenommen, um die möglichen Ergebnisauswirkungen aus Kursveränderungen zu mildern. Die dafür eingesetzten Derivate (siehe dazu Anmerkung (18)) erfüllen nicht die restriktive Voraussetzung einer hohen Effektivität gemäß IAS 39, so dass eine Bildung von Sicherungsbeziehungen nicht möglich ist. Dies hat zur Folge, dass die Marktwertveränderungen sämtlicher Derivate zu jedem Bilanzstichtag ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen werden müssen, was zu erheblichen Ergebnisschwankungen im Zeitablauf führen kann. Um diese stichtagsabhängigen Bewertungseffekte zu isolieren, werden sie außerhalb des operativen Ergebnisses separat ausgewiesen und gehen in das EBIT II ein. Mit dieser Vorgehensweise wird erreicht, dass das operative Ergebnis (EBIT I) den vollen Ergebnisbeitrag aus realisierten Sicherungsgeschäften des Geschäftsjahres enthält. Regelmäßig ist jedoch ein Teil dieser Ergebnisbeiträge aufgrund der restriktiven Regelungen des IAS 39 schon in den Vorjahren als Marktwertveränderungen ergebniswirksam erfasst

worden. Um insoweit einen doppelten Ergebnisausweis zu vermeiden, sind diese zur Ableitung des EBIT I ausgewiesenen Erträge im EBIT II eliminiert. Damit entspricht das EBIT II dem Ergebnis nach IFRS, das die nach IAS 39 vorzunehmende stichtagsbezogene Marktbewertung der Sicherungsgeschäfte berücksichtigt.

Der Ausweis der Vergleichszahlen 2006 wurde nach abgeschlossener Integration der SPL-Gesellschaften in 2007 wie folgt geändert:

- Herstellungskosten: + 14.168 T€
- Vertriebskosten: - 13.850 T€
- Allgemeine Verwaltungskosten: - 346 T€
- Sonstige betriebliche Aufwendungen: + 28 T€

(1) Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse der K+S Gruppe betragen 3.344.066 T€ (Vorjahr: 2.957.687 T€) und resultieren in Höhe von 3.198.818 T€ (Vorjahr: 2.840.926 T€) aus dem Verkauf von Gütern und in Höhe von 145.248 T€ (Vorjahr: 116.761 T€) aus der Erbringung von Dienstleistungen. Die Aufteilung der Umsatzerlöse nach Geschäftsbereichen sowie die intersegmentären Umsätze sind bei den Segmentinformationen auf den Seiten 136 f. dargestellt. Die regionale Verteilung der Umsatzerlöse ist bei den Erläuterungen zur Segmentberichterstattung unter Anmerkung (38) angegeben.

(2) Sonstige betriebliche Erträge

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind folgende wesentliche Posten enthalten:

Angaben in T€	2007	2006
Gewinne aus Kursdifferenzen	56.679	54.914
- davon realisierte Marktwerte abzgl. gezahlter Prämien	48.268	12.360
Auflösungen von Rückstellungen	31.032	26.090
Erhaltene Entschädigungen und Erstattungen	15.475	11.291
Auflösungen von Wertberichtigungen für Forderungen	5.685	4.757
Erträge aus Gaspreissicherung	5.319	-
Vermietung und Verpachtung	2.036	2.644
- davon aus als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	1.517	2.096
Abgänge von Vermögenswerten des Anlagevermögens	1.885	511
Erträge aus dem Verkauf von Emissionsrechten	734	2.990
Übrige Erträge	19.350	16.747
Sonstige betriebliche Erträge	138.195	119.944

Die erhaltenen Entschädigungen und Erstattungen setzten sich im Wesentlichen aus Erstattungen für Altersteilzeit in Höhe von 9.925 T€ (Vorjahr: 3.503 T€) und Erstattungen von Berufsgenossenschaftsbeiträgen in Höhe von 4.584 T€ (Vorjahr: 3.669 T€) zusammen. Des Weiteren handelt es sich um Erträge aus Schadenersatz.

Die in der Position „Gewinne aus Kursdifferenzen“ enthaltene Position „Realisierte Marktwerte abzgl. gezahlter Prämien“ ist zur Darstellung des EBIT I erforderlich. Die Korrektur dieser Position erfolgt innerhalb der Position „Marktwertveränderungen aus Sicherungsgeschäften“ (siehe Anmerkung (5)).

(3) Sonstige betriebliche Aufwendungen

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind folgende wesentliche Posten enthalten:

Angaben in T€	2007	2006
Kurssicherungskosten/Verluste aus Kursdifferenzen	66.177	7.042
Aufwendungen für Altersteilzeit	14.312	12.401
Zuführungen/Verbrauch übrige Rückstellungen	6.414	-5.801
Zuführungen/Verbrauch Aktienoptionsprogramm	4.507	4.462
Wertberichtigungen auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.750	4.586
Abschreibungen	3.190	3.360
Investitionsnebenkosten	2.390	3.084
Aufwendungen/Erstattungen für stillgelegte Werke und Verwahrung Merkers	1.975	4.643
Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	1.565	3.775
Aufwendungen für als Finanzinvestition gehaltene vermietete Immobilien	1.437	2.080
Übrige Aufwendungen	26.240	23.898
Sonstige betriebliche Aufwendungen	131.957	63.530

Den Kurssicherungskosten/Verlusten aus Kursdifferenzen von 66.177 T€ stehen Gewinne aus Kursdifferenzen von 56.679 T€ gegenüber, die unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen werden. Damit ergibt sich im operativen Ergebnis (EBIT I) ein Währungsergebnis in Höhe von -9.498 T€ (Vorjahr: 47.872 T€).

(4) Beteiligungsergebnis

Angaben in T€	2007	2006
Erträge aus Ausschüttungen von Beteiligungen und Gewinnabführungen	1.528	2.038
Aufwendungen aus Verlustübernahme	-	-2
Zuschreibungen/Abschreibungen auf Beteiligungen	-207	-168
Ergebnis aus dem Abgang von Beteiligungen	3.263	-99
Beteiligungsergebnis	4.584	1.769

(5) Marktwertveränderungen aus Sicherungsgeschäften

Angaben in T€	2007	2006
Realisierte Marktwerte abzgl. gezahlter Prämien	-48.268	-12.360
Unrealisierte Marktwerte abzgl. gezahlter Prämien	-19.401	-
Marktwertveränderungen noch nicht fälliger Sicherungsgeschäfte	-266.850	95.921
- davon positive Marktwertveränderungen	-	112.363
- davon negative Marktwertveränderungen	-266.850	-16.442
Marktwerte verfallener Optionen mit Fälligkeit 2008	-58.101	-
- davon gezahlte Prämien	-50.387	-
Marktwertveränderungen aus Sicherungsgeschäften	-392.620	83.561

Zur Position „Realisierte Marktwerte abzgl. gezahlter Prämien“ siehe Anmerkung (2).

Die Marktwertveränderungen noch nicht fälliger Sicherungsgeschäfte betreffen derivative Finanzinstrumente, die zur Absicherung künftiger Währungspositionen abgeschlossen wurden, für die nach IAS 39 keine Sicherungsbeziehungen gebildet werden können.

(6) Zinsergebnis

Angaben in T€	2007	2006
Zinsen und ähnliche Erträge	6.686	9.898
Zinsaufwand in den Zuführungen zu Pensionsrückstellungen	-4.047	-7.445
Zinsaufwand in den Zuführungen zu bergbaulichen Rückstellungen	-13.934	-13.645
Zinsaufwand in den Zuführungen zu Jubiläumsrückstellungen	-894	-888
Übrige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-23.383	-15.441
Zinsergebnis	-35.572	-27.521

Der Zinsaufwand in den Zuführungen zu Pensionsrückstellungen wurde mit den Planerträgen aus dem Contractual Trust Arrangement (CTA) saldiert. Der Rückgang der Zinsaufwendungen im Vergleich zur Vorperiode ist im Wesentlichen auf die Erhöhung des Planvermögens zum Ende des Geschäftsjahres 2006 in Höhe von 42.369 T€ zurückzuführen, die in der Berichtsperiode zu entsprechend höheren Planerträgen führte (siehe Anmerkung (25)).

**(7) Sonstiges
Finanzergebnis**

Angaben in T€	2007	2006
Erträge aus dem Abgang von Wertpapieren	481	9.372
Verluste aus dem Abgang von Wertpapieren	-113	-3.537
Erträge aus dem Abgang anderer Finanzinvestitionen	278	12.077
Verluste aus dem Abgang anderer Finanzinvestitionen	-40	-938
Ergebnis aus dem Abgang finanzieller Vermögenswerte	606	16.974
Erträge aus der Marktbewertung von Wertpapieren	40	637
Aufwendungen aus der Marktbewertung von Wertpapieren	-32	-1.747
Erträge aus der Marktbewertung anderer Finanzinvestitionen	1	208
Aufwendungen aus der Marktbewertung anderer Finanzinvestitionen	-393	-1.057
Ergebnis aus der Marktbewertung finanzieller Vermögenswerte	-384	-1.959
Sonstige Finanzaufwendungen	-315	-7.638
Sonstiges Finanzergebnis	-93	7.377

Aus den Veräußerungen von nicht betriebsnotwendigen Immobilien resultierten Erträge in Höhe von 218 T€ (Vorjahr: 12.062 T€) und Verluste in Höhe von 40 T€ (Vorjahr: 900 T€). Im Vorjahr sind einmalige Aufwendungen in Höhe von 7.275 T€ im Zusammenhang mit dem Erwerb der SPL angefallen, die in den sonstigen Finanzaufwendungen ausgewiesen wurden.

**(8) Steuern vom
Einkommen und
vom Ertrag**

Angaben in T€	2007	2006
Laufende Steuern	19.428	49.903
- in Deutschland	3.257	43.947
- im Ausland	16.171	5.956
Latente Steuern	-68.902	20.392
- in Deutschland	-63.221	60.585
- im Ausland	-5.681	-40.193
- davon aus Verlustvorträgen	-47.654	11.841
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-49.474	70.295

Aufgrund der Unternehmenssteuerreform sind in Deutschland ab 2008 neue Steuersätze für Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer anzuwenden. Für die Berechnung der inländischen latenten Steuern wurde daher bereits der neue Steuersatz in Höhe von 27,8% (Vorjahr: 37,0%) zugrunde gelegt. Neben der Körperschaftsteuer von 15,0% und dem Solidaritätszuschlag von 5,5% wurde der durchschnittliche Gewerbesteuersatz von 12,0% berücksichtigt. Aus der Steuersatzänderung und der damit verbundenen Neubewertung der latenten Steuern ergibt sich in 2007 ein einmaliger latenter Steueraufwand in Höhe

von 14.584 T€. Latente Steuern im Ausland werden mit den jeweiligen nationalen Thesaurierungsertragsteuersätzen berechnet.

In der nachfolgenden Tabelle wird eine Überleitung vom erwarteten zum ausgewiesenen Steueraufwand vorgenommen. Für die Berechnung des erwarteten Ertragsteueraufwands wurde der inländische Konzernsteuersatz 2007 von 37,2% zugrunde gelegt, der sich aus 25% Körperschaftsteuer zzgl. 5,5% Solidaritätszuschlag und dem durchschnittlichen Gewerbesteuersatz von 14,6% zusammensetzt.

Angaben in T€	2007	2006
Ergebnis vor Steuern	- 142.583	341.455
Erwarteter Ertragsteueraufwand (37,2 % Konzernsteuersatz; Vorjahr: 37,0 %)	- 53.041	126.338
Veränderungen des erwarteten Steueraufwands:		
Auswirkungen von Steuersatzänderungen	14.955	- 154
Steuerfreie Beteiligungserträge und Veräußerungsgewinne	- 3.139	- 5.620
Steuerminderungen aufgrund steuerfreier Erträge und sonstiger Posten		
- Hinzurechnungen/Kürzungen für Gewerbesteuer	2.409	- 4.559
- Aufstockung steuerlicher Wertansätze durch Verschmelzung (step-up)	-	- 41.855
- Sonstige steuerfreie Erträge	- 773	- 935
Steuermehrungen aufgrund steuerlich nicht abzugsfähiger Aufwendungen und sonstiger Posten	1.399	627
Permanente Abweichungen	3.827	4.310
Effekte aus Steuersatzdifferenzen	- 6.544	- 1.480
Steuern für frühere Jahre	- 8.093	- 6.686
Sonstige Effekte	- 474	309
Tatsächlicher Steueraufwand	- 49.474	70.295
Steuerquote	-	20,6%

(9) Materialaufwand

Angaben in T€	2007	2006
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.201.819	1.033.884
Aufwendungen für bezogene Leistungen	201.104	179.309
Energiekosten	216.153	207.497
Materialaufwand	1.619.076	1.420.690

**(10) Personal-
aufwand/
Arbeitnehmer**

Angaben in T€	2007	2006
Löhne und Gehälter	540.752	522.277
Soziale Abgaben	137.184	134.874
Altersversorgung	9.146	6.208
Unterstützung	247	185
Personalaufwand	687.329	663.544

Im Rahmen des Optionsprogramms können der Vorstand sowie bestimmte Führungskräfte einen Teil ihrer erfolgsabhängigen Vergütung für ein Basisinvestment in K+S-Aktien verwenden. Mit dem Erwerb und dem Halten dieser Basisaktien erhalten die Teilnehmer virtuelle Optionen, bei denen im Fall der Ausübung eine Barauszahlung erfolgt. Die Höhe der Barauszahlung bestimmt sich nach der Überperformance der K+S-Aktie gegenüber dem Referenzindex MDAX; sie ist auf maximal 25% Überperformance begrenzt. Für die Ausübung der Optionen besteht eine Sperrfrist von zwei Jahren; die Gesamtlaufzeit der Optionen beträgt maximal fünf Jahre.

Als Personalaufwand wurden im Jahr 2007 Zahlungen für ausgeübte Optionen in Höhe von 10.176 T€ (Vorjahr: 6.080 T€) erfasst. Der Aufwand wurde teilweise durch den Verbrauch von Rückstellungen neutralisiert. Für die am Bilanzstichtag noch nicht ausgeübten Optionen wird eine Rückstellung gebildet (siehe Anmerkung (27)).

Im Rahmen des Belegschaftsaktienprogramms haben Mitarbeiter der K+S Gruppe die Möglichkeit, K+S-Aktien mit einem Kursabschlag zu erwerben. Die Belegschaftsaktien sind mit einer einjährigen Sperrfrist versehen. Für das in 2007 beschlossene Belegschaftsaktienprogramm entstanden Aufwendungen in Höhe von 2.382 T€ (Vorjahr: 2.377 T€). Mitarbeiter, die ihre Aktien drei Jahre ununterbrochen halten, bekommen einmalig kostenlose Bonusaktien im Verhältnis 1:10. Hierfür entstand im Jahr 2007 ein Personalaufwand in Höhe von 640 T€ (Vorjahr: 1.357 T€).

Die Aufwendungen für Altersversorgung enthalten nicht den Zinsanteil in den Zuführungen zu Pensionsrückstellungen. Dieser wird als Zinsaufwand im Zinsergebnis ausgewiesen.

Die Personalaufwendungen enthalten periodenfremde Beträge in Höhe von 729 T€.

Arbeitnehmer einschließlich befristet Beschäftigter (Jahresdurchschnitt)	2007	2006
Inland	9.972	9.894
Ausland	1.987	1.498
Gesamt	11.959	11.392
- davon Auszubildende	546	526

(11) Ergebnis je Aktie

Angaben in T€	2007	2006
Konzernergebnis nach Steuern und Anteilen Dritter	-93.337	270.794
Eliminierung Marktwertveränderungen (brutto)	392.620	-83.561
Eliminierung latenter Steuern auf Marktwertveränderungen	-123.950	30.918
Konzernergebnis, bereinigt *	175.333	218.151
Durchschnittliche Anzahl Aktien (in Mio. Stück)	41,24	41,24
Ergebnis je Aktie (in €)	-2,26	6,57
Ergebnis je Aktie, bereinigt (in €) *	4,25	5,29

* Um den Effekt der Marktwertveränderungen aus Sicherungsgeschäften bereinigt; 31,6% (Vorjahr: 37,0%) Steuersatz unterstellt.

Das Ergebnis je Aktie ist nach IAS 33 ausgehend vom Konzernergebnis zu ermitteln. Dieses enthält auch die Effekte aus der Bewertung der Sicherungsgeschäfte zum Stichtag (siehe Anmerkung (5)). Um diese sehr schwankungsanfälligen Einflüsse zu eliminieren, weisen wir zusätzlich das bereinigte Konzernergebnis aus. Das Ergebnis je Aktie des Jahres 2006 enthielt außerdem einen einmaligen latenten Steuerertrag von 1,02 € je Aktie.

Für die Ermittlung der Ergebnisse je Aktie wird das jeweilige Ergebnis durch die gewichtete durchschnittliche Anzahl der im Umlauf befindlichen Aktien dividiert. Da bei K+S derzeit keine der Bedingungen erfüllt ist, die zu einer Verwässerung des Ergebnisses je Aktie führen könnte, entspricht das unverwässerte Ergebnis je Aktie dem verwässerten Ergebnis je Aktie. Im Ergebnis je Aktie waren weder aufgebene Geschäftsbereiche noch Bilanzierungsänderungen gesondert zu berücksichtigen.

Im Falle einer Ausnutzung des genehmigten Kapitals (siehe Anmerkung (21)) könnten die Ergebnisse je Aktie in Zukunft potenziell verwässert werden.

Erläuterungen zur Bilanz

Die Bilanz ist auf der Seite 132 abgebildet. Die Entwicklung der Bruttobuchwerte und Abschreibungen der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist gesondert auf den Seiten 134 f. dargestellt.

(12) Immaterielle Vermögenswerte

Die Abschreibungen des Geschäftsjahres sind entsprechend der Nutzung der betreffenden Vermögenswerte in der Gewinn- und Verlustrechnung unter folgenden Positionen ausgewiesen:

- Herstellungskosten
- Vertriebskosten
- allgemeine Verwaltungskosten
- Forschungs- und Entwicklungskosten
- sonstige betriebliche Aufwendungen

Die in der Konzernbilanz ausgewiesenen Goodwills sind den folgenden Zahlungsmittel generierenden Einheiten zugeordnet:

Angaben in T€	2007	2006
Geschäftsbereich Salz Amerika	85.867	89.009
Geschäftsbereich Salz Europa	13.251	13.251
Geschäftsbereich COMPO	606	606
Goodwill gesamt	99.724	102.866

Im Rahmen der Prüfung der Werthaltigkeit der Goodwills wurden die Restbuchwerte der jeweiligen Zahlungsmittel generierenden Einheiten mit dem Nutzungswert der Goodwills verglichen. Entsprechend der Definition für eine Zahlungsmittel generierende Einheit werden grundsätzlich die Geschäftsbereiche der K+S Gruppe als jeweils eine solche Einheit betrachtet. Der Geschäftsbereich Salz wird in die Zahlungsmittel generierenden Einheiten Salz Amerika und Salz Europa unterteilt. Bei der Ermittlung der Nutzungswerte wurden die Barwerte der künftigen Cashflows der Geschäftsbereiche unter der Prämisse der fortlaufenden Nutzung zugrunde gelegt. Die Prognose der Cashflows stützt sich auf die aktuellen mittelfristigen Planungen der K+S Gruppe bzw. der jeweiligen Geschäftsbereiche. Die wesentlichen Prämissen der mittelfristigen Planungen basieren weitgehend auf eigenen Erfahrungswerten. Der Prognosezeitraum umfasst die Jahre 2008 bis 2012; darüber hinaus wurde eine Wachstumsrate von 2,0% (Vorjahr: 2,0%) angenommen. Folgende Abzinsungssätze wurden zum 31. Dezember 2007 verwendet:

Zinssätze in %	2007		2006	
	vor Steuern	nach Steuern	vor Steuern	nach Steuern
Geschäftsbereich Salz Amerika	10,3	8,5	9,0	7,5
Geschäftsbereich Salz Europa	10,5	7,5	10,0	6,5
Geschäftsbereich COMPO	10,5	7,5	10,0	6,5

Die Zinssätze der Zahlungsmittel generierenden Einheiten Salz Europa sowie COMPO entsprechen dem gewichteten Kapitalkostensatz der K+S Gruppe vor bzw. nach Steuern. Die Zinssätze für die Zahlungsmittel generierende Einheit Salz Amerika berücksichtigen einen Länderrisikozuschlag für Chile sowie das Ertragsteuerniveau in Chile.

Der am Ende des Geschäftsjahres 2007 durchgeführte Werthaltigkeitstest bestätigte die Werthaltigkeit der bestehenden Goodwills.

Im Rahmen der Prüfung der Werthaltigkeit der übrigen immateriellen Vermögenswerte wurden die Restbuchwerte der jeweiligen Vermögenswerte mit ihrem Nutzungswert zum Bilanzstichtag verglichen. Die am Ende des Geschäftsjahres 2007 durchgeführten Werthaltigkeitstests ergaben einen Wertminderungsbedarf in Höhe von 36 T€ (Vorjahr: 68 T€), der in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst wurde.

Im Geschäftsbereich COMPO wurde im Geschäftsjahr 2007 eine Marke mit unbegrenzter Nutzungsdauer in Höhe von 1.705 T€ aktiviert, für die zum Bilanzstichtag keine Anhaltspunkte einer Wertminderung vorlagen.

(13) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Die beizulegenden Zeitwerte der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien betragen zum 31. Dezember 2007 27.482 T€ (Vorjahr: 28.054 T€). Die beizulegenden Zeitwerte wurden durch interne Fachabteilungen unter Berücksichtigung lokaler Marktgegebenheiten geschätzt. Bei der Wertermittlung wurden insbesondere die lokalen Bodenrichtwerte berücksichtigt; teilweise wurde auch auf externe Wertgutachten zurückgegriffen. Im Geschäftsjahr 2007 wurden keine außerplanmäßigen Wertminderungen auf als Finanzinvestition gehaltene Immobilien vorgenommen (Vorjahr: 265 T€).

(14) Finanzanlagen

Die Position betrifft in Höhe von 15.141 T€ (Vorjahr: 15.809 T€) Anteile an verbundenen Unternehmen sowie Beteiligungen und ist insoweit keinen Zinsänderungsrisiken ausgesetzt. Eine verlässliche Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts ist für diese Position nicht möglich.

In Höhe von 2.674 T€ (Vorjahr: 3.630 T€) handelt es sich um Ausleihungen (im Wesentlichen Darlehen an Mitarbeiter) und andere Finanzanlagen, die grundsätzlich festverzinslich und insoweit einem Zinsänderungsrisiko des beizulegenden Zeitwerts ausgesetzt sind. Die effektiven jährlichen Zinssätze betragen zwischen 0 und 5,0% und die restliche Zinsbindungsdauer liegt im Regelfall zwischen einem und 17 Jahren. Die beizulegenden Zeitwerte entsprechen annähernd den Buchwerten. Bei einer Änderung des Zinsniveaus um +/- 1% würden sich die beizulegenden Zeitwerte um -103 T€ bzw. +110 T€ (Vorjahr: -142 T€ bzw. +150 T€) verändern.

Die im Berichtsjahr erfolgte Beteiligungsabschreibung wurde im Beteiligungsergebnis erfasst.

Das maximale Ausfallrisiko zum Bilanzstichtag entspricht dem in der Bilanz angesetzten Betrag. Konkrete Anhaltspunkte für mögliche Ausfälle liegen nicht vor. Es bestehen keine erheblichen Ausfallrisikokonzentrationen.

(15) Latente Steuern

Auf Ansatz- und Bewertungsunterschiede bei den einzelnen Bilanzposten und auf steuerliche Verlustvorträge entfallen die folgenden bilanzierten aktiven und passiven latenten Steuern:

Angaben in T€	Aktive latente Steuern		Passive latente Steuern	
	2007	2006	2007	2006
Immaterielle Vermögenswerte	7.176	10.326	10.454	13.668
Sachanlagen	630	1.893	77.625	81.797
Finanzanlagen	1	–	5	9.334
Vorräte	3.090	9.733	4	11
Forderungen und sonstige Vermögenswerte	8.866	13.383	26.383	48.227
- davon derivative Finanzinstrumente	223	–	20.648	43.170
Rückstellungen	54.484	74.540	1.624	5.214
Verbindlichkeiten	25.292	4.948	1.442	8.556
Bruttobetrag	99.539	114.823	117.537	166.807
- davon langfristig	60.410	82.989	90.378	113.853
Steuerliche Verlustvorträge	66.702	22.690	–	–
Konsolidierungen	-1.092	1.257	-779	-521
Saldierungen	-95.096	-86.752	-95.096	-86.752
Bilanzansatz (Nettobetrag)	70.053	52.018	21.662	79.534

Insgesamt wurde in Höhe von 752 T€ (Vorjahr: 2.557 T€) auf die Aktivierung latenter Steuern verzichtet, da die Nutzung der zugrunde liegenden Verlustvorträge als nicht wahrscheinlich angesehen wird. Die zugrunde liegenden Verlustvorträge betragen 4.561 T€ (Vorjahr: 13.462 T€). Im Berichtsjahr wurden latente Steuern in Höhe von + 7.825 T€ erfolgsneutral mit dem Eigenkapital verrechnet (Vorjahr: - 4.665 T€).

(16) Vorräte

Angaben in T€	2007	2006
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	134.612	114.175
Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	32.647	21.046
Fertige Erzeugnisse und Waren	201.078	234.451
Geleistete Anzahlungen	300	483
Vorräte	368.637	370.155

Vorräte in Höhe von 37.048 T€ (Vorjahr: 37.487 T€) wurden zum Nettoveräußerungswert angesetzt. In der Berichtsperiode wurden Wertminderungen wegen des Ansatzes zum Nettoveräußerungswert in Höhe von 5.606 T€ (Vorjahr: 5.019 T€) vorgenommen.

(17) Forderungen und sonstige Vermögenswerte

Angaben in T€	davon Restlaufzeit über 1 Jahr		davon Restlaufzeit über 1 Jahr	
	2007	2006	2007	2006
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	757.237	–	628.766	848
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	11.803	–	12.144	–
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.598	–	790	–
Sonstige Vermögenswerte	304.737	122.605	334.706	136.924
- davon derivative Finanzinstrumente	205.335	113.138	242.666	134.453
Forderungen und sonstige Vermögenswerte	1.075.375	122.605	976.406	137.772

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen des Vorjahres wurden um 728 T€ verringert, die Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, um den gleichen Betrag erhöht.

Die im Wesentlichen die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betreffenden Wertberichtigungen haben sich wie folgt entwickelt *:

Angaben in T€	2007	2006
Stand am 1. Januar	23.151	23.027
Veränd. Kons.-Kreis	-8	1.121
Zuführung	4.424	5.978
Auflösung	1.151	3.230
Verbrauch	5.475	3.745
Stand am 31. Dezember	20.941	23.151

* Die dargestellten Wertberichtigungen wurden mit Forderungen aus Kreditversicherungen saldiert.

Auf den Forderungsbestand aus Lieferungen und Leistungen wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr Wertberichtigungen in Höhe von 20.791 T€ (Vorjahr: 23.075 T€) vorgenommen. 150 T€ (Vorjahr: 76 T€) resultieren aus Wertberichtigungen auf übrige Forderungen und sonstige Vermögenswerte. Die Wertminderungen beruhen auf Erwartungen für das Ausfallrisiko. Soweit Forderungen eine Restlaufzeit von mehr als drei Monaten aufweisen, werden sie basierend auf den Geldmarktsätzen zum Bilanzstichtag abgezinst. Insoweit unterliegen die Forderungen einem zinsbedingten Risiko und damit einer Änderung des beizulegenden Zeitwerts. Zum 31. Dezember 2007 wurden Abzinsungen für un- bzw. unterverzinsliche Forderungen in Höhe von 2.638 T€ (Vorjahr: 2.678 T€) vorgenommen.

Die folgende Tabelle gibt Informationen über das Ausmaß der in den Positionen „Forderungen aus Lieferungen und Leistungen“ sowie „übrige Forderungen und nicht derivative finanzielle Vermögenswerte“ enthaltenen Ausfallrisiken.

Angaben in T€	Buchwert	davon zum Stichtag weder überfällig noch wertberichtigt		davon zum Stichtag nicht wertberichtigt, allerdings überfällig seit		
				> 31 und < 90	> 91 und < 180	> 180 Tagen
				< 30 Tagen	Tagen	
	2007					
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	757.237	626.968	24.791	6.103	822	1.691
Übrige Forderungen und nicht derivative finanzielle Vermögenswerte	100.127	60.698	6.073	1.566	44	1.291
	2006					
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	628.766	509.517	24.962	7.282	349	1.596
Übrige Forderungen und nicht derivative finanzielle Vermögenswerte	96.655	64.344	2.311	1.096	391	84

Zum 31. Dezember 2007 bestanden in unwesentlichem Maße Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, bei denen die Vertragsbedingungen neu verhandelt wurden und die ansonsten wertberichtigt oder überfällig wären.

Das Forderungsmanagement ist darauf ausgelegt, alle Außenstände pünktlich und vollständig einzuziehen sowie den Verlust von Forderungen zu vermeiden. Die Fakturierung erfolgt tagesaktuell und die Fakturdaten werden online auf die Debitorenkonten übertragen. Die laufende Überwachung der Außenstände erfolgt systemunterstützt entsprechend den mit den Kunden vereinbarten Zahlungszielen. Diese belaufen sich überwiegend auf 10 bis 180 Tage; auf bestimmten Märkten sind auch längere Zahlungsziele üblich. Rückständige Zahlungen werden in regelmäßigen zweiwöchigen Intervallen angemahnt.

Unter dem Ausfallrisiko wird das Risiko eines Verlusts verstanden, der daraus resultiert, dass Vertragspartner ihren vertraglichen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen. K+S sichert die Kundenforderungen weitestgehend durch entsprechende Versicherungen und anderweitige Sicherungsinstrumente gegen dieses Risiko ab. Hierdurch wird erreicht, dass bei einem eventuellen Forderungsausfall nur ein geringer Teilverlust entsteht. Kunden, für die eine Sicherung nicht zu erreichen ist, unterliegen einer internen Bonitätsprüfung. Der Konzern ist keinen wesentlichen Risikokonzentrationen der Forderungen ausgesetzt.

Das maximale Ausfallrisiko der Forderungen und sonstigen Vermögenswerte wird durch den in der Bilanz ausgewiesenen Buchwert wiedergegeben. Am 31. Dezember 2007 betrug die maximale Ausfallsumme für den sehr unwahrscheinlichen gleichzeitigen Ausfall aller ungesicherten Forderungen 54.377 T€ (Vorjahr: 36.861 T€).

**(18) Derivative
Finanz-
instrumente**

Das Währungs- und Zinsmanagement des Konzerns wird zentral für alle Konzerngesellschaften vorgenommen. Dies gilt auch für den Einsatz derivativer Finanzinstrumente, z.B. solcher, die die Begrenzung bestimmter Kosten zum Ziel haben. Der Einsatz der derivativen Finanzinstrumente ist durch eine interne Richtlinie geregelt. Eine strikte Funktionstrennung von Handel, Abwicklung und Kontrolle ist sichergestellt. Die derivativen Finanzinstrumente werden nur mit Banken hoher Bonität gehandelt. Der Gesamtbestand an derivativen Finanzinstrumenten ist zwecks Reduzierung des Ausfallrisikos auf mehrere Banken verteilt. Die Höhe des Ausfallrisikos beschränkt sich maximal auf die aktivische Bilanzposition der Derivate.

Das Zinsmanagement verfolgt das Ziel, Risiken aus steigenden Zinsbelastungen durch Veränderungen des allgemeinen Zinsniveaus zu begrenzen. Zu diesem Zweck werden teilweise Optionen eingesetzt (sog. Zins-Caps), die einen Anstieg der Zinsbelastung über ein definiertes Niveau hinweg verhindern.

Je nach Markteinschätzung werden auch Derivate eingesetzt, die auf die Begrenzung von Energiekostensteigerungen abzielen. Zum Stichtag 31. Dezember 2007 haben keine dieser Derivate mehr bestanden.

Bei dem Einsatz der Derivate zur Währungssicherung wird das Ziel verfolgt, Risiken, die für die operative Geschäftstätigkeit aus Wechselkursänderungen resultieren können, zu mindern. Diese Wechselkursrisiken bestehen im Wesentlichen bei Zahlungseingängen in US-Dollar sowie im geringeren Umfang in britischen Pfund. Während beim britischen Pfund i. d. R. Devisentermingeschäfte zum Einsatz kommen, werden zur Sicherung von US-Dollarzahlungen überwiegend Devisenoptionsgeschäfte eingesetzt.

Sicherungsgeschäfte für britische Pfund werden i. d. R. mit einer Laufzeit bis zu maximal einem Jahr abgeschlossen. Die Sicherungsgeschäfte für US-Dollar der Geschäftsbereiche Kali- und Magnesiumprodukte, Salz sowie COMPO werden überwiegend mit einer dem mittelfristigen Planungshorizont entsprechenden Laufzeit von bis zu drei Jahren abgeschlossen. Das Sicherungsvolumen dieser Geschäfte wird auf Basis der Erlös- und Kostenplanung unter Anwendung von Sicherheitsabschlägen bestimmt und fortlaufend aktualisiert, um Über- oder Untersicherungen zu vermeiden. Im Rahmen des Handelsgeschäfts im Geschäftsbereich fertiva wird demgegenüber eine selektive Kurssicherung von US-Dollarforderungen vorgenommen. Hier werden i. d. R. Devisentermingeschäfte eingesetzt, um eine möglichst sichere Kalkulationsbasis zu erreichen.

Bis Dezember 2007 wurden zur Sicherung der künftig erwarteten US-Dollarpositionen überwiegend Derivate eingesetzt, die mit einer unteren und einer oberen Knock-out-Grenze versehen sind (Double-Barrier-Optionen) und selektiv um Forward Volatility Agreements ergänzt wurden. Notiert während der Laufzeit dieser Optionen der Kassakurs auf oder jenseits einer der Knock-out-Grenzen, verfällt die Option. Durch aktives Währungsmanagement können diese Knock-out-Grenzen, gegen Inkaufnahme von zusätzlichen Prämienzahlungen, verschoben werden. Dies erfolgte überwiegend durch Verkauf der Option mit den bisherigen Knock-out-Grenzen und Kauf einer Option mit neuen Knock-out-Grenzen. Durch die zum Jahresende 2007 beschlossene Änderung der Sicherungsstrategie werden diese Derivate nicht mehr als operative Sicherungsinstrumente eingesetzt. Gleichwohl wird der vorhandene Bestand dieser Derivate, die Laufzeiten bis zum Jahr 2010 aufweisen, wirtschaftlich sinnvoll verwertet. Somit können bis zu diesem Zeitpunkt weiterhin stichtagsbedingt größere Marktwertveränderungen dieser Derivate auftreten.

Bei den seit Dezember 2007 eingesetzten Derivaten handelt es sich um Optionen, die eine Worst-case-Absicherung bieten und dabei gleichzeitig die Wahrnehmung möglicher Chancen aus der Marktentwicklung zulassen.

Der Handel für alle vorgenannten Derivate erfolgt ausschließlich im so genannten OTC-Geschäft. Bei Devisentermingeschäften erfolgt aufgrund der Transparenz des Marktes der Abschluss direkt mit einer Bank nach Vergleich mit den Interbankenkonditionen. Für den Handel mit Optionen liegt ein derartig transparenter Markt nicht vor. Daher werden bei allen wesentlichen Optionsgeschäften von mehreren Banken Quotierungen eingeholt. Das Geschäft wird mit der am besten quotierenden Bank abgeschlossen.

Grundsätzlich sieht IAS 39 die Möglichkeit vor, Sicherungsbeziehungen zwischen Grundgeschäften und derivativen Finanzinstrumenten zu bilden. Die Voraussetzungen für die Bildung von Sicherungsbeziehungen liegen allerdings überwiegend nicht vor, da insbesondere die eingesetzten Optionen das so genannte Effektivitätskriterium gemäß IAS 39 nicht erfüllen. Im Geschäftsbereich fertiva werden dagegen zum Zeitpunkt der Forderungsentstehung Sicherungsbeziehungen mit Termingeschäften zur Absicherung von Währungsrisiken hergestellt, da bei diesen Geschäften die Voraussetzungen gemäß IAS 39 regelmäßig erfüllt sind.

Die Erfassung der Marktwertveränderungen aus der Bewertung der Derivate erfolgt, ungeachtet dessen, ob Sicherungsbeziehungen hergestellt wurden, in der Gewinn- und Verlustrechnung. Sofern Sicherungsbeziehungen bestehen, erfolgt der Ausweis der Marktwertveränderungen im EBIT I; ansonsten werden die Marktwertveränderungen im EBIT II ausgewiesen.

Das Hauptrisiko bei den eingesetzten Währungsderivaten ergibt sich aus Wechselkurschwankungen, da diese, neben anderen Faktoren, unmittelbare Auswirkungen auf die Marktwerte der jeweiligen Derivate haben. Bei den von K+S erworbenen Devisenoptionen mit Knock-out-Grenzen (bei deren Erreichen die Optionen verfallen) besteht das Risiko im kompletten Verlust des entsprechenden Marktwerts bzw. der für die Devisenoptionen gezahlten Prämien. Durch die beschleunigte Abwertung des US-Dollars sind im zweiten Halbjahr 2007 erhebliche Marktwertverluste eingetreten bzw. ein Teil der Optionen ist durch Erreichen der Knock-out-Grenzen verfallen. Bei dem überwiegenden Teil der verkauften Devisenoptionen handelt es sich um Positionen, die im Zuge der erfolgten Anpassungen von Knock-out-Grenzen entstanden sind, d. h., den verkauften Optionen stehen gekaufte Optionen mit identischen Parametern gegenüber. Somit drohen aus diesen Positionen keine Risiken. In einem geringen Umfang wurden in der Vergangenheit zur Erzielung von prämieneutralen bzw. -minimalen Strukturen Devisenoptionen verkauft. Bei diesen verkauften Devisenoptionen kann ein Verlust eintreten, sofern der Wechselkurs die in den Optionen vereinbarten Wechselkurse am Tag der Ausübung unterschreitet bzw. während der Laufzeit der Derivate definierte Schwellenwerte erreicht werden. Zum 31. Dezember 2007 bestanden nur noch Verpflichtungen, die limitiert sind. Bei den abgeschlossenen Devisentermingeschäften besteht ebenfalls ein Marktwertisiko zum jeweiligen Stichtag; dem stehen jedoch gegenläufige Effekte aus der währungsbedingten Forderungsbewertung gegenüber.

Die ermittelten Marktwerte entsprechen dem Wert bei vorzeitiger fiktiver Auflösung zum Bilanzstichtag. Die Ermittlung erfolgt auf Basis anerkannter, von den Marktteilnehmern üblicherweise angewandter finanzmathematischer Methoden. Diesen Berechnungen liegen insbesondere die folgenden, am Bilanzstichtag geltenden Parameter zugrunde:

- die Devisenkassakurse der betreffenden Währungen,
- die vereinbarten Sicherungs- bzw. Ausübungskurse,
- die gehandelten Volatilitäten, d. h. die erwartete Schwankungsbreite der betreffenden Devisenkurse, und
- das Zinsniveau der betreffenden Währungen.

Der Ausweis der Effekte aus der Ausübung bzw. aus der stichtagsbezogenen Bewertung der eingesetzten Derivate erfolgt in zwei Positionen in der Gewinn- und Verlustrechnung (siehe Erläuterungen auf den Seiten 151 f.). Sofern es sich um Derivate handelt, die im Berichtsjahr ausgeübt wurden bzw. um verfallene Optionen, die im Berichtsjahr ausübbar gewesen wären, erfolgt der Ausweis innerhalb der sonstigen betrieblichen Erträge bzw. Aufwendungen und somit im operativen Ergebnis (EBIT I). Die erfolgswirksam zu verbuchenden Marktwertveränderungen der zum Bilanzstichtag noch nicht ausgeübten Derivate und die Verluste für verfallene Optionen mit ursprünglicher Fälligkeit in künftigen Perioden einschließlich der dafür gezahlten Prämien werden innerhalb des so genannten EBIT II ausgewiesen. Der Ausweis in zwei Ergebnisebenen ermöglicht es, den wirtschaftlichen Erfolg der operativ gesicherten Geschäfte isoliert von den Marktwertveränderungen sichtbar zu machen. Ansonsten könnten die Effekte der Marktwertveränderung, insbesondere durch den Einsatz von Devisenoptionen mit Knock-out-Grenzen, den wirtschaftlichen Erfolg positiv wie negativ in großem Umfang verzerren. Ergebnisbeiträge aus den noch bestehenden Double-Knock-out-Optionen, die nach Änderung der Sicherungsstrategie nicht mehr der Sicherung des operativen Grundgeschäfts dienen, werden nunmehr generell im EBIT II ausgewiesen, unabhängig davon, ob diese aus der Ausübung, dem Verkauf, dem Verfall oder der Bewertung zum Stichtag resultieren.

Am 31. Dezember 2007 bestanden folgende Positionen:

Angaben in T€	2007		2006	
	Nominalwerte ¹⁾	Beizuleg. Zeitwerte	Nominalwerte ¹⁾	Beizuleg. Zeitwerte
Devisentermingeschäfte USD				
- davon mit Fälligkeit in 2007	–	–	20.722	455
- davon mit Fälligkeit in 2008	27.059	582	–	–
Gekaufte einfache Devisenoptionen USD mit Fälligkeit in 2008	577.598	15.003	–	–
Gekaufte Knock-Out-Devisenoptionen USD				
- davon mit Fälligkeit in 2007	–	–	659.144	107.310
- davon mit Fälligkeit in 2008	642.097	76.683	627.942	62.172
- davon mit Fälligkeit in 2009	720.474	64.820	899.217	72.303
- davon mit Fälligkeit in 2010	719.345	33.469	–	–
Verkaufte Knock-Out-Devisenoptionen USD				
- davon mit Fälligkeit in 2007	–	–	366.972	-66
- davon mit Fälligkeit in 2008	25.000	-670	–	–
- davon wirtschaftl. neutralisierte Verpflichtungen mit Fälligkeit von 2008 bis 2010	–	–	390.947	-37.709
Devisengeschäfte USD insgesamt	2.711.573	189.887	2.964.944	204.465

¹⁾ umgerechnet in Euro mit gewichteten Sicherungskursen

US-Dollar-Devisentermingeschäfte im Nominalwert von 27.059 T€ (Vorjahr: 20.722 T€) und mit einem beizulegenden Zeitwert von 582 T€ (Vorjahr: 455 T€) waren in Sicherungsbeziehungen mit US-Dollarforderungen einbezogen.

Im Folgenden wird dargestellt, wie sich die vorgenannten Marktwerte unter der Annahme eines anderen Wechselkurses zum Bilanzstichtag entwickelt hätten. Die besondere Art der 2007 eingesetzten Derivate (mit Knock-out-Grenzen) lässt eine sinnvolle Sensitivitätsbetrachtung mit einer pauschalen Wechselkursänderung von beispielsweise +/- 10% nicht zu. Daher wird die Sensitivität in der Weise ermittelt, dass die Veränderung der Marktwerte angegeben wird, wie sie sich ergeben hätte, wenn sich der Wechselkurs jeweils 2 USD-Cent vor der jeweiligen Knock-out-Grenze befunden hätte. Da aus Gründen der Risikostreuung unterschiedliche Knock-out-Grenzen – auch innerhalb der jeweiligen Kalenderjahre – bestehen, sind die Marktwertveränderungen in Abhängigkeit von bestimmten Kursniveaus dargestellt.

Angaben in T€	2007	Angaben in T€	2006
Kurse vor Erreichen der oberen Knock-Outs	Marktwertveränderung	Kurse vor Erreichen der oberen Knock-Outs	Marktwertveränderung
1,48 USD/EUR	-43.009	1,38 USD/EUR	-117.386
1,50 USD/EUR	-111.050	1,40 USD/EUR	-174.898
1,52 USD/EUR	-157.209	1,42 USD/EUR	-191.498
1,54 USD/EUR	-178.692	1,44 USD/EUR	-198.168
Kurse vor Erreichen der unteren Knock-Outs	Marktwertveränderung	Kurse vor Erreichen der unteren Knock-Outs	Marktwertveränderung
1,20 USD/EUR	-41.084	1,15 USD/EUR	-56.154
1,15 USD/EUR	-84.411	1,10 USD/EUR	-155.796
1,10 USD/EUR	-97.006	1,05 USD/EUR	-175.559

Die ab Dezember 2007 zur Sicherung operativer USD-Eingänge eingesetzten einfachen Optionen hätten sich bei einer Änderung der Kassakurse um +/- 10% wie folgt verändert:

Bei einem Kurs von 1,3131 USD/EUR (- 10%) hätte sich der ausgewiesene Marktwert um - 13.603 T€ verringert. Bei 1,6049 USD/EUR (+ 10%) wäre der Marktwert um 40.813 T€ gestiegen.

Diese Marktwertveränderungen hätten zu einer entsprechenden Erhöhung bzw. Verringerung des unbereinigten Konzernergebnisses geführt.

Neben Derivaten zur Absicherung operativer Fremdwährungspositionen werden in Einzelfällen derivative Finanzinstrumente erworben, die der Absicherung von Kurs- oder Zinsrisiken bestimmter Wertpapiere dienen. Die Marktwerte dieser Derivate werden als sonstige Vermögenswerte bzw. sonstige Verbindlichkeiten bilanziert und deren Marktwertveränderungen im Finanzergebnis erfasst. Zur Sicherung von Zinsrisiken bestehen Zins-Caps mit einem stichtagsbedingten Nominalwert von 65.000 T€. Die Restlaufzeit dieser Instrumente beträgt ca. 1,5 Jahre, wobei sich der Nominalwert analog der zugehörigen Finanzverbindlichkeiten verringert. Der Marktwert dieser Instrumente am 31. Dezember 2007 beträgt 320 T€. Ferner besteht ein Zinsderivat mit einem Nominalwert von 10.000 T€ und einer Restlaufzeit von sechs Jahren; am 31. Dezember 2007 wurde ein negativer Marktwert von 1.727 T€ passiviert.

Für eine Sensitivätsbetrachtung wird nur das i. V. m. dem Wertpapier abgeschlossene Zinsderivat betrachtet. Die Marktwertveränderung würde hier bei einer Zinsveränderung von +1%-Punkt zum 31. Dezember 2007 - 254 T€ betragen (Vorjahr: - 296 T€). Eine Zinsveränderung von - 1%-Punkt hätte eine Marktwertveränderung von + 266 T€ (Vorjahr: + 287 T€) ergeben.

(19) Wertpapiere

Angaben in T€	2007	2006
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert	3.696	12.356
- davon festverzinsliche Wertpapiere	3.696	2.906
- davon variabel verzinsliche Wertpapiere	-	9.450
Zur Veräußerung verfügbar („available for sale“)	37.133	44.955
- davon festverzinsliche Wertpapiere	-	2.863
- davon Aktien	37.133	42.092
Wertpapiere	40.829	57.311

Ein Teil der Wertpapierbestände ist im Rahmen eines Contractual Trust Arrangements (CTA) zur Finanzierung von Pensionsverpflichtungen ausgegliedert (siehe Anmerkung (25)).

Der verbleibende Bestand an Wertpapieren dient zum Teil der Abdeckung längerfristiger Verpflichtungen, teilweise auch der Finanzierung des laufenden Geschäfts. Damit die Erfüllung dieser Zwecke gewährleistet ist, ist die Anlagepolitik darauf ausgerichtet, bei überschaubaren Risiken angemessene Renditen zu erzielen. Bei der Auswahl der einzelnen Wertpapiere werden gewisse Mindestanforderungen an die Bonität der Emittenten gestellt.

Ein Einsatz derivativer Finanzinstrumente zur Absicherung gegen Kursverluste bei Wertpapieren wird grundsätzlich nicht vorgenommen, so dass die Wertpapiere – insbesondere Aktien – den marktüblichen Ausfall- und Kursrisiken unterliegen. In einzelnen Fällen werden jedoch Derivate zur Absicherung gegen Risiken aus Zinsänderungen eingesetzt.

Die festverzinslichen Wertpapiere unterliegen einem zinsbedingten Risiko einer Änderung des beizulegenden Zeitwerts. Die Zinsbindungen liegen zwischen einem und 24 Jahren und die Effektivzinssätze belaufen sich auf 5,5 bis 6,8%. Die im Vorjahr gehaltenen variabel verzinslichen Wertpapiere wurden im Berichtsjahr veräußert. Sie unterlagen einem zinsbedingten Cashflow-Risiko. Die Zinsanpassungstermine lagen bei sechs Monaten und die Effektivzinssätze orientierten sich an den zugrunde liegenden Geldmarktsätzen zuzüglich angemessener Aufschläge. Die im Wertpapierbestand enthaltenen Aktien unterliegen keinem direkten Zinsänderungsrisiko.

Für die o.g. Wertpapiere wird im Folgenden angegeben, wie sich eine Veränderung des Zinsniveaus von +/- 1 %-Punkt bzw. eine Aktienkursänderung von +/- 10 % zum Bilanzstichtag ausgewirkt hätte. Die zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten festverzinslichen Wertpapiere resultieren nahezu ausschließlich aus einem Deckungsüberhang eines Contractual Trust Arrangement (CTA) und sind daher vom Anwendungsbereich des IFRS 7 ausgenommen. Bei den variabel verzinslichen Wertpapieren, die im Vorjahr gehalten wurden, erfolgt die Sensitivitätsbetrachtung nur im Rahmen des Zinsergebnisses (siehe Anmerkung (29)); Marktwertänderungen werden aufgrund der stattfindenden Zinsanpassungen nicht berücksichtigt. Für die zum 31. Dezember 2007 gehaltenen Aktien hätte eine Aktienkursänderung von +/- 10 % eine Marktwertänderung von +/- 3.713 T€ ergeben (Vorjahr +/- 4.209 T€), die erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst worden wäre. Das maximale Ausfallrisiko bei den vorgenannten Positionen beschränkt sich auf die angegebenen Marktwerte.

(20) Eigenkapital

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Eigenkapitals ist gesondert auf der Seite 131 dargestellt.

(21) Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital der K+S Aktiengesellschaft beträgt 108,8 Mio. € und ist in 41,25 Mio. nennwertlose Inhaber-Stückaktien eingeteilt. Im Geschäftsjahr 2007 befanden sich durchschnittlich 41,24 Mio. Stückaktien im Umlauf.

Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 9. Mai 2007 wurde der Vorstand ermächtigt, bis zum 31. Oktober 2008 eigene Aktien bis zu 10 % des Grundkapitals zu erwerben. Der Erwerb erfolgt über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots. Im Falle des Erwerbs über die Börse darf der von der Gesellschaft gezahlte Kaufpreis je Aktie (ohne Erwerbsnebenkosten) den maßgeblichen Börsenpreis um nicht mehr als 5 % über- oder unterschreiten. Im Falle eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots darf der angebotene Kaufpreis je Aktie (ohne Erwerbsnebenkosten) den maßgeblichen Börsenpreis um nicht mehr als 10 % über- oder unterschreiten. Die Verwendung der Aktien, die aufgrund der beschriebenen Ermächtigung oder einer früher von der Hauptversammlung nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG erteilten Ermächtigung erworben wurden, erfolgt gemäß den im Hauptversammlungsbeschluss genannten Zwecken. Mit der Ermächtigung vom 9. Mai 2007 wird die auf der Hauptversammlung vom 10. Mai 2006 erteilte Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien aufgehoben. Im Geschäftsjahr 2007 hat die K+S Aktiengesellschaft von der neu erteilten Ermächtigung keinen Gebrauch gemacht.

Durch einen Beschluss der Hauptversammlung vom 10. Mai 2006 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der K+S Aktiengesellschaft bis zum 9. Mai 2011 gegen Bar- oder Sacheinlagen einmal oder mehrmals, insgesamt jedoch um höchstens 54,4 Mio. € durch Ausgabe von höchstens 20,625 Mio. neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien zu erhöhen (genehmigtes Kapital). Bei Durchführung der Kapitalerhöhung ist den Aktionären grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand kann mit Zustimmung des Aufsichtsrats das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre in den folgen-

den Fällen ausschließen, und zwar insgesamt bis zu einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von 27,2 Mio. € (entsprechend 10,3125 Mio. Stückaktien):

- für Spitzenbeträge, die infolge des Bezugsrechts entstehen;
- bei Kapitalerhöhungen gegen Bareinlagen, wenn die Kapitalerhöhung 10% des Grundkapitals nicht übersteigt und der Ausgabebetrag für die neuen Aktien den maßgeblichen Börsenpreis nicht wesentlich unterschreitet; als maßgeblicher Börsenpreis gilt dabei der gewichtete Durchschnitt der Börsenpreise der Aktien im Computer-Handelssystem XETRA während der letzten zehn Börsentage vor Zeichnung der neuen Aktien;
- bei Kapitalerhöhungen gegen Sacheinlagen, wenn die neuen Aktien beim Erwerb eines Unternehmens oder einer Unternehmensbeteiligung als Gegenleistung eingesetzt werden sollen.

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten einer Kapitalerhöhung aus dem genehmigten Kapital festzulegen. Im Geschäftsjahr 2007 hat die K+S Aktiengesellschaft von der Möglichkeit einer Kapitalerhöhung keinen Gebrauch gemacht.

Der Klage der Schutzvereinigung aktienrechtlicher Minderheitsbeteiligungen e.V. auf Feststellung, dass der von der Hauptversammlung am 10. Mai 2006 unter TOP 7 gefasste Beschluss (Ermächtigung zur Ausgabe von Wandel- bzw. Optionsschuldverschreibungen und bedingte Kapitalerhöhung nebst Satzungsänderung und Ermächtigung zur Satzungsänderung) nichtig ist, hat das Landgericht Kassel im Dezember 2006 stattgegeben. Es ist davon auszugehen, dass das Oberlandesgericht Frankfurt in seinem für Mitte April 2008 erwarteten Urteil die dagegen eingelegte Berufung zurückweisen wird.

(22) Andere Rücklagen und Bilanzgewinn

Im Konzernabschluss werden andere Rücklagen und der Bilanzgewinn in einer Position zusammengefasst, um den Besonderheiten der Konsolidierung Rechnung zu tragen. Die Entwicklung der einzelnen Rücklagen und des Bilanzgewinns der K+S Aktiengesellschaft ist gesondert dargestellt.

Angaben in T€	2007	2006
Andere Rücklagen und Bilanzgewinn am 1. Januar	1.007.015	824.605
Konsolidierungsbedingte Effekte	-173	-17.168
Dividendenausschüttung für das Vorjahr	-82.500	-74.250
Konzernergebnis nach Steuern und Anteilen Dritter	-93.337	270.794
Sonstige neutrale Veränderungen	-16.493	3.034
Andere Rücklagen und Bilanzgewinn am 31. Dezember	814.512	1.007.015

Die sonstigen Veränderungen enthalten im Wesentlichen ergebnisneutral verrechnete latente Steuern, währungsbedingte Effekte sowie die Marktbewertung von Wertpapieren.

Für die Ausschüttung der Dividende ist der Jahresabschluss der K+S Aktiengesellschaft maßgebend, der nach deutschem Handelsrecht aufgestellt wird. Es ist beabsichtigt, der Hauptversammlung vorzuschlagen, eine Dividende von 2,00 € pro Stückaktie (Vorjahr: 2,00 €), d.h. insgesamt 82.500 T€ (Vorjahr: 82.500 T€), an die Aktionäre auszuschütten. Unter dieser Annahme ergibt sich zum Bilanzstichtag folgender Bilanzgewinn bei der K+S Aktiengesellschaft:

Angaben in T€	2007	2006
Bilanzgewinn K+S Aktiengesellschaft am 1. Januar	82.500	74.250
Dividendenausschüttung für das Vorjahr	-82.500	-74.250
Jahresüberschuss K+S Aktiengesellschaft	82.500	135.984
Einstellung in andere Gewinnrücklagen aus Jahresüberschuss	–	-53.484
Bilanzgewinn K+S Aktiengesellschaft am 31. Dezember	82.500	82.500

Die anderen Gewinnrücklagen der K+S Aktiengesellschaft haben sich im Geschäftsjahr 2007 wie folgt entwickelt:

Angaben in T€	2007	2006
Andere Gewinnrücklagen K+S Aktiengesellschaft am 1. Januar	109.180	55.696
Einstellung aus Jahresüberschuss	–	53.484
Andere Gewinnrücklagen K+S Aktiengesellschaft am 31. Dezember	109.180	109.180

(23) Angaben zum Kapitalmanagement

Angaben in T€	2007	2006
Eigenkapital	931.808	1.124.343
Langfristiges Fremdkapital	1.004.170	822.089
Kurzfristiges Fremdkapital	1.028.824	884.494
Bilanzsumme	2.964.802	2.830.926
- Eigenkapitalquote	31,4%	39,7%
- Fremdkapitalquote	68,6%	60,3%

Der Rückgang des Eigenkapitals im Vergleich zum Vorjahr um 192.535 T€ ist im Wesentlichen auf die Dividendenausschüttung (82.500 T€) und das aufgrund von Wertminderungen derivativer Finanzinstrumente zum Stichtag negative Ergebnis der Periode (- 93.109 T€) zurückzuführen; des Weiteren ergab sich eine Eigenkapitalminderung aus der Marktbewertung von Wertpapieren sowie der Umrechnung von Tochterunternehmen mit funktionaler Fremdwährung. Der Anstieg des Fremdkapitals resultiert im Wesentlichen aus Prämienaufwendungen für US-Dollar-Optionen. Im Ergebnis sank die Eigenkapitalquote im Vergleich zu 2006 von 39,7% auf 31,4%.

Potenzielle Maßnahmen zur Beeinflussung der Eigenkapitalquote können sowohl das Eigenkapital (z. B. durch Gewinnthesaurierung, Dividendenausschüttung) als auch das Fremdkapital (z. B. durch Kreditaufnahme/-tilgung) betreffen. Grundsätzlich wird erwartet, dass durch positive, die geplanten Dividendenausschüttungen übersteigende Konzernergebnisse und die Verwendung künftiger freier Cashflows zur Rückführung der Finanzverbindlichkeiten die Eigenkapitalquote mittelfristig wieder auf einen Wert von ca. 35 bis 40% steigen wird.

(24) Rückstellungen

Die Entwicklung der Rückstellungen ist gesondert auf den Seiten 136 f. dargestellt.

(25) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Pensionsrückstellungen betreffen verschiedene leistungsorientierte Altersversorgungssysteme der K+S Gruppe. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Direktzusagen inländischer Gruppengesellschaften aus mittlerweile geschlossenen Versorgungssystemen. Der überwiegende Teil der Verpflichtungen betrifft Pensionäre.

Die Höhe der Pensionsverpflichtungen wird als versicherungsmathematischer Barwert der erdienten Versorgungsansprüche (Anwartschaftsbarwert) berechnet. Die K+S Gruppe hat einen Teil dieser Versorgungsansprüche über externes Planvermögen im Rahmen eines Contractual Trust Arrangement (CTA) finanziert. Bei der Berechnung wurden folgende Bewertungsannahmen getroffen:

Angaben in %	2007	2006
Rechnungszins	4,6	4,6
Erwartete jährliche Einkommenssteigerung	1,8	1,5
Erwartete jährliche Rentensteigerung	1,8	1,5
Erwartete Rendite des Planvermögens	5,9	5,4

Die erwartete Rendite des Planvermögens basiert auf den erwarteten Erträgen aus den zu Beginn des Geschäftsjahres im Planvermögen enthaltenen Wertpapieren. Zum Ende des Geschäftsjahres 2007 ergibt sich folgende Aufteilung des Planvermögens:

Angaben in T€	2007	2006
Festverzinsliche Wertpapiere	40.552	40.545
Variabel verzinsliche Wertpapiere	19.960	20.562
Aktien	17.076	19.158
Flüssige Mittel und Sonstiges	2.827	2.000
Planvermögen am 31. Dezember	80.415	82.265

Weitere Beiträge an das Planvermögen für 2008 werden geprüft.

Versicherungsmathematische Gewinne bzw. Verluste werden nur in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, sofern sie den 10%-Korridor übersteigen (Maximum aus 10% des Verpflichtungsumfanges und 10% des Planvermögens). Der übersteigende Betrag wird ergebniswirksam über die durchschnittliche Restdienstzeit der Aktiven verteilt.

Die nachfolgenden Tabellen zeigen die Entwicklung des Anwartschaftsbarwerts und des Planvermögens:

Angaben in T€	2007	2006
Anwartschaftsbarwert am 1. Januar	202.569	208.241
Änderungen des Konsolidierungskreises	9	504
Dienstzeitaufwand	2.267	2.562
Zinsaufwand	8.897	9.173
Plananpassungen/Planabgeltungen	2.037	-125
Auflösung/Umbuchung	-59	-205
Pensionszahlungen	-15.003	-15.896
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+)	7.855	-1.677
Wechselkursänderungen	-49	-8
Anwartschaftsbarwert am 31. Dezember	208.523	202.569

Angaben in T€	2007	2006
Planvermögen am 1. Januar	82.265	41.670
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	4.854	2.265
Abweichung zwischen erwarteten und tatsächlichen Erträgen	-3.211	-482
Beiträge des Arbeitgebers	–	42.369
Pensionszahlungen	-3.493	-3.557
Planvermögen am 31. Dezember	80.415	82.265

Zur Überleitung auf die Bilanzwerte ist das Planvermögen mit dem Anwartschaftsbarwert zu saldieren und um die noch nicht erfassten versicherungsmathematischen Gewinne bzw. Verluste zu korrigieren.

Angaben in T€	2007	2006
Anwartschaftsbarwert am 31. Dezember	208.523	202.569
- davon vollständig durch Planvermögen gedeckt	35.965	37.601
- davon teilweise durch Planvermögen gedeckt	113.853	112.222
Planvermögen am 31. Dezember	80.415	82.265
Finanzierungsstatus	128.108	120.304
Nicht erfasste versicherungsmathematische Gewinne (+)/Verluste (-)	-6.049	5.013
Bilanzwerte am 31. Dezember	122.059	125.317
- davon Rückstellungen für Pensionen (+)	125.754	128.223
- davon Vermögenswert (-)	-3.695	-2.906

Der Pensionsaufwand aus den leistungsorientierten Versorgungszusagen setzt sich wie folgt zusammen:

Angaben in T€	2007	2006
Dienstzeitaufwand	2.267	2.562
Zinsaufwand	8.897	9.173
Plananpassungen/Planabgeltungen	2.037	-125
Auflösung	-59	-154
Tilgung versicherungsmathematischer Verluste	4	7
Erwarteter Ertrag aus dem Planvermögen	-4.854	-2.265
Pensionsaufwand	8.292	9.198

Der Dienstzeitaufwand und der Aufwand aus Plananpassungen werden entsprechend der Zuordnung der Mitarbeiter in der Gewinn- und Verlustrechnung unter folgenden Positionen ausgewiesen:

- Herstellungskosten
- Vertriebskosten
- allgemeine Verwaltungskosten
- Forschungs- und Entwicklungskosten
- sonstige betriebliche Aufwendungen

Der Zinsaufwand und die erwarteten Erträge aus dem Planvermögen werden im Zinsergebnis erfasst. Rückstellungsaufösungen werden als sonstiger betrieblicher Ertrag ausgewiesen.

Im Zeitablauf ergibt sich folgende Entwicklung der Pensionsverpflichtungen und des Planvermögens:

Angaben in T€	2007	2006	2005
Anwartschaftsbarwert am 31. Dezember	208.523	202.569	208.241
Planvermögen am 31. Dezember	80.415	82.265	41.670
Unterdeckung (+)/Überdeckung (-)	128.108	120.304	166.571
Erfahrungsbedingte Gewinne (+)/Verluste (-) aus Verpflichtungen	-3.719	1.677	2.264
Sonstige Gewinne (+)/Verluste (-) aus Verpflichtungen	-4.136	-	-
Erfahrungsbedingte Gewinne (+)/Verluste (-) aus Planvermögen	-3.211	-482	-

Darüber hinaus bestehen in der K+S Gruppe weitere Altersversorgungssysteme, für die keine Rückstellungen angesetzt werden.

Ein wichtiger Baustein der Altersversorgung des überwiegenden Teils der Mitarbeiter, insbesondere in Deutschland, ist die gesetzliche Rentenversicherung. Die hierfür geleisteten und als Personalaufwand erfassten Arbeitgeberbeiträge beliefen sich in der Berichtsperiode für die K+S Gruppe auf 61.761 T€ (Vorjahr: 59.650 T€). Die künftige Höhe dieser Aufwendungen hängt wesentlich von der Entwicklung der zugrunde liegenden Rentenversicherungssysteme ab.

Im Rahmen der inzwischen geschlossenen zusätzlichen Versorgung über die BASF-Pensionskasse leisten Arbeitgeber und Mitarbeiter Beiträge. Dieser Versorgungsweg ist als gemeinschaftlicher Plan mehrerer Arbeitgeber i. S. v. IAS 19.29 zu qualifizieren. Der Plan ist grundsätzlich als leistungsorientiert einzustufen. Da zuverlässige Informationen über Planvermögen und Verpflichtungen nur für die Pensionskasse insgesamt vorliegen und nicht für die auf die K+S Gruppe entfallenden Anteile, liegen keine ausreichenden Informationen für eine Bilanzierung des Plans vor. Deshalb wird dieser Plan gemäß IAS 19.30 als beitragsorientiert behandelt. Die als Personalaufwand erfassten Beiträge der K+S Gruppe an die Pensionskasse betragen im Jahr 2007 2.464 T€ (Vorjahr: 2.714 T€).

Ein weiterer leistungsorientierter Plan, der gemäß IAS 19.30 als beitragsorientierter Plan zu behandeln ist, besteht bei einer Schweizer Tochtergesellschaft, die mit ihrem Vorsorgewerk an die Sammelstiftung der Rentenanstalt in Zürich angeschlossen ist. Die Aufwendungen beliefen sich im Jahr 2007 auf 185 T€ (Vorjahr: 189 T€).

Im Rahmen der seit 2004 bestehenden Unterstützungskasse K+S VorsorgePlus wird eine vom Arbeitgeber finanzierte Grundversorgung über rückgedeckte Lebensversicherungen zum Aufbau einer Altersversorgung verwendet. Da die erworbenen Ansprüche vollständig durch kongruente Rückdeckungsversicherungen abgedeckt sind, deren beizulegender Zeitwert mit dem Wert der Verpflichtungen gleichgesetzt werden kann, ist hierfür keine Rückstellung zu bilanzieren. Die arbeitgeberfinanzierten Beiträge an die Unterstützungskasse führten im Jahr 2007 zu einem Aufwand von 403 T€ (Vorjahr: 330 T€).

Mit Wirkung vom 1. August 2006 wurden die vermögenswirksamen Leistungen durch eine neue tarifliche Altersvorsorgeleistung ersetzt. Diese arbeitgeberfinanzierte Leistung bietet den Mitarbeitern die Möglichkeit, bestimmte Altersvorsorgewege, wie z. B. den Chemie Pensionsfonds, zum Aufbau einer betrieblichen Altersversorgung zu nutzen. Der Aufwand belief sich im Jahr 2007 auf 537 T€ (Vorjahr: 159 T€). Darüber hinaus gewährt die K+S Gruppe weitere Zuschüsse, wenn die Mitarbeiter im Rahmen der Entgeltumwandlung eigene Beitragszahlungen in die betriebliche Altersvorsorge leisten. Hierfür wurden im Jahr 2007 als Aufwand 212 T€ (Vorjahr: 160 T€) erfasst.

(26) Rückstellungen
für bergbauliche
Verpflichtungen

Angaben in T€	2007	davon kurzfristig	2006	davon kurzfristig
Gruben- und Schachtverfüllung	186.339	6.499	181.358	6.481
Haldenverwahrung	100.765	–	90.037	–
Bergschäden	37.801	–	36.465	–
Rückbau	33.111	–	31.535	–
Sonstige	6.048	–	5.244	–
Bergbauliche Rückstellungen	364.064	6.499	344.639	6.481

Rückstellungen für bergbauliche Verpflichtungen sind aufgrund gesetzlicher und vertraglicher sowie behördlicher Auflagen zu bilden und umfassen im Wesentlichen Verpflichtungen zur Verfüllung von Gruben und Schächten sowie die Verpflichtung zur Haldenverwahrung. Außerdem bestehen Rückstellungen für Bergschädenwagnisse und Rückbauverpflichtungen.

Die bergbaulichen Verpflichtungen basieren auf gesetzlichen Regelungen wie dem Bundesberggesetz und werden vor allem in Betriebsplänen und wasserrechtlichen Erlaubnisbescheiden konkretisiert. Im Rahmen dieser überwiegend öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen sind die Sicherung der Tagesoberfläche und Rekultivierungsmaßnahmen erforderlich. Bergschäden können durch den untertägigen Abbau und die damit verbundene Absenkung der Erdoberfläche oder aufgrund von Schäden im Zusammenhang mit dem Produktionsprozess durch Staub oder Versalzung entstehen. Durch die Rückstellungen sind die erkennbaren Verpflichtungen zur Wiedernutzbarmachung sowie die Verpflichtungen aus verursachten bzw. bereits eingetretenen Bergschäden berücksichtigt.

Die Höhe der zu bildenden Rückstellungen basiert auf den erwarteten Aufwendungen bzw. den geschätzten Schadenersatzleistungen. Bergbaubedingte Rückstellungen sind überwiegend langfristige Rückstellungen, die auf Basis der zukünftig erwarteten Aufwendungen mit dem auf den Bilanzstichtag abgezinsten Erfüllungsbetrag bilanziert werden. Dabei wird eine künftige Preissteigerung in Höhe von 1,5 % und als Abzinsungsfaktor ein Zinssatz von 5,0 % zugrunde gelegt. Die erwarteten Erfüllungszeitpunkte sind im Wesentlichen abhängig von der wirtschaftlichen Restnutzungsdauer der Standorte. Im Bereich der Bergschäden reichen die Verpflichtungen teilweise weit über das Jahr 2050 hinaus.

Die Zuführung zu den bergbaulichen Rückstellungen im Berichtsjahr in Höhe von 29.849 T€ (Vorjahr: 25.824 T€) ist im Wesentlichen auf die jährliche Aufzinsung der Rückstellungen durch die Verkürzung der Zeitspanne bis zum Erfüllungszeitpunkt in Höhe von 13.934 T€ (Vorjahr: 13.645 T€) zurückzuführen. Weitere Zuführungen waren für die Bildung von ergänzenden Rückstellungen für bergbauliche Risiken erforderlich.

Mit der Inanspruchnahme von bergbaulichen Rückstellungen in Höhe von 9.216 T€ (Vorjahr: 9.625 T€) wurde der Verpflichtung zur Verwahrung von Alt-Standorten Rechnung getragen. Weiterhin handelt es sich auch um Aufwendungen im Zusammenhang mit Bergschädenwagnissen.

Rückstellungsaufösungen in Höhe von 1.208 T€ (Vorjahr: 261 T€) resultieren weitgehend aus einer Verringerung einzelner erwarteter Verpflichtungen.

(27) Sonstige
Rückstellungen

Bei den langfristigen Personalverpflichtungen handelt es sich im Wesentlichen um

- Rückstellungen für Altersteilzeit 45.289 T€ (Vorjahr: 58.980 T€),
- Rückstellungen für Jubiläumsgelder 23.075 T€ (Vorjahr: 21.690 T€) und
- Rückstellungen für das Aktienoptionsprogramm 16.287 T€ (Vorjahr: 11.517 T€).

Die Rückstellungen für Altersteilzeit berücksichtigen Verpflichtungen aus abgeschlossenen und potenziellen Altersteilzeitverträgen; bei den potenziellen Altersteilzeitverträgen besteht ein Rechtsanspruch des Arbeitnehmers auf Abschluss eines Altersteilzeitvertrags. Bei der Bewertung werden sowohl Erfüllungsrückstände (Differenz zwischen dem Wert der vollen Arbeitsleistung und des Altersteilzeitentgelts zuzüglich der anfallenden Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung) als auch Aufstockungsbeträge zum Altersteilzeitentgelt und zu den Beiträgen der gesetzlichen Rentenversicherung erfasst. Der Ansatz erfolgt zum Barwert mittels eines Rechnungszinses von 4,6% (Vorjahr: 4,6%) bei einer erwarteten jährlichen Einkommenssteigerung von 1,8% (Vorjahr: 1,5%).

Die Rückstellungen für Jubiläumsgelder werden für künftige Zahlungen anlässlich des 25-jährigen, 40-jährigen oder 50-jährigen Dienstjubiläums gebildet. Die Bewertung erfolgt nach der Projected Unit Credit-Methode. Der Berechnung wurden ein Rechnungszins von 4,6% (Vorjahr: 4,6%) sowie eine erwartete jährliche Einkommenssteigerung von 1,8% (Vorjahr: 1,5%) zugrunde gelegt.

Die Rückstellungen für das Aktienoptionsprogramm betreffen in bar abzugeltende virtuelle Aktienoptionen. Der Bestand dieser Optionen setzte sich zu Beginn der Berichtsperiode wie folgt zusammen:

Anzahl Optionen	erstmalig ausübbar	Verfall	beizulegender Zeitwert in T€	Rückstellung in T€
7.035	Mai 2005	Mai 2008	30	30
6.750	Mai 2006	Mai 2009	41	41
989.698	Mai 2007	Mai 2010	9.214	7.681
932.065	Mai 2008	Mai 2011	11.292	3.765
1.935.548			20.577	11.517

Im Jahr 2007 wurden 1.710 Optionen, die erstmalig im Mai 2006 ausübbar waren, und 989.698 Optionen, die erstmalig im Mai 2007 ausübbar waren, von berechtigten Mitarbeitern ausgeübt. Dies führte zu einem Rückstellungsverbrauch in Höhe von 7.692 T€.

Außerdem wurden 811.690 Optionen von Mitarbeitern erworben, die erstmalig im Mai 2009 ausgeübt werden können. Insgesamt resultierten daraus im Jahr 2007 Aufwendungen aus Rückstellungszuführungen in Höhe von 12.462 T€.

Zum 31. Dezember 2007 betrug der Bestand der virtuellen Aktienoptionen:

Anzahl Optionen	erstmalig ausübbar	Verfall	beizulegender Zeitwert in T€	Rückstellung in T€
7.035	Mai 2005	Mai 2008	30	30
5.040	Mai 2006	Mai 2009	30	30
932.065	Mai 2008	Mai 2011	13.440	11.222
811.690	Mai 2009	Mai 2012	15.016	5.005
1.755.830			28.516	16.287

Der innere Wert (beizulegender Zeitwert) der ausübaren Optionen betrug zum 31. Dezember 2007 60 T€. Der beizulegende Zeitwert der erstmalig im Mai 2008 sowie im Mai 2009 ausübaren Optionen wurde auf Basis eines mehrperiodischen Binomialmodells ermittelt. Dabei werden der Kurs der K+S-Aktie und der Stand des MDAX am Bewertungsstichtag sowie die historische Volatilität der K+S-Aktie gegenüber dem MDAX zugrunde gelegt. Die historische Volatilität der Überperformance wurde auf Basis der Kursdaten der letzten 250 Handelstage ermittelt, da dieser Zeitraum der am Bilanzstichtag erwarteten durchschnittlichen Optionslaufzeit entspricht. Die auf diese Weise ermittelte Volatilität betrug bei dem

im Mai 2011 verfallenden Optionsprogramm 33,81% (Vorjahr: 21,74%), bei dem im Mai 2012 verfallenden Optionsprogramm 34,43%. Der Berechnung wurde ein Basiskurs der K+S-Aktie von 58,52 € (Verfall Mai 2011) bzw. 82,22 € (Verfall Mai 2012) zugrunde gelegt. Als risikoloser Zinssatz wurden 3,7% unterstellt. Die erwartete Fluktuation wurde nicht berücksichtigt, da dies keinen wesentlichen Einfluss auf die Höhe des Werts der Option hat. Erwartete Dividenden bleiben ebenfalls unberücksichtigt, da diese bei der Ermittlung der für den Vorteil aus der Optionsausübung relevanten Performance der K+S-Aktie berücksichtigt werden. Als beizulegende Zeitwerte der übrigen Optionen wurden deren innere Werte herangezogen, da die erreichte Performance dieser Optionen bereits weit über der maximal vergüteten Kappungsgrenze von 25% liegt. Der Ansatz der Rückstellungen erfolgt anteilig über den Zeitraum der zweijährigen Ausübungssperfrist.

Die Verpflichtungen aus Verkaufsgeschäften betreffen vor allem Rabatte und Preisnachlässe; aus Einkaufsverträgen resultieren Rückstellungen für ausstehende Rechnungen.

(28) Verbindlichkeiten

Angaben in T€	2007 gesamt	Restlaufzeit		
		Restlaufzeiten < 1 Jahr	> 1 Jahr u. < 5 Jahre	Restlaufzeit > 5 Jahre
Finanzverbindlichkeiten	688.290	328.067	357.577	2.646
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	409.091	408.905	186	–
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	8.105	8.105	–	–
Sonstige Verbindlichkeiten	92.486	62.510	29.976	–
- davon derivative Finanzinstrumente	16.855	2.006	14.849	–
Verbindlichkeiten	1.197.772	807.587	387.739	2.646

Angaben in T€	2006 gesamt	Restlaufzeit		
		Restlauf- zeiten < 1 Jahr	> 1 Jahr u. < 5 Jahre	Restlaufzeit > 5 Jahre
Finanzverbindlichkeiten	370.737	233.964	136.773	–
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	360.776	360.703	73	–
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	6.492	6.492	–	–
Sonstige Verbindlichkeiten	85.283	45.123	40.160	–
- davon derivative Finanzinstrumente	39.328	13.153	26.175	–
Verbindlichkeiten	823.288	646.282	177.006	–

Die Finanzverbindlichkeiten zum Bilanzstichtag betreffen im Wesentlichen die K+S AG sowie Tochtergesellschaften in Brasilien, Chile und den USA.

Während die Finanzverbindlichkeiten der K+S AG in Euro bestehen, werden die ausländischen Tochtergesellschaften überwiegend durch Bankkredite in US-Dollar und anderen lokalen Währungen finanziert.

Die Zinsbindungen sind grundsätzlich kurzfristig und betragen maximal 12 Monate. Insofern bestehen zinsbedingte Cashflow-Risiken aus möglichen Zinsanpassungen. Die Effektivzinssätze orientieren sich an den Zinssätzen der betreffenden Währungen (Euro, US-Dollar, brasilianischer Real, chilenischer Peso) zuzüglich marktgerechter Aufschläge.

(29) Weitere Angaben zu Finanzinstrumenten

Die folgende Tabelle stellt die Buchwerte und beizulegenden Zeitwerte der Finanzinstrumente des Konzerns dar:

Angaben in T€		2007		2006	
	Bewertungskategorie nach IAS 39	Beizulegender Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Finanzanlagen		17.815	17.815	19.439	19.439
Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	Zur Veräußerung verfügbar	15.141	15.141	15.809	15.809
Ausleihungen	Kredite und Forderungen	2.674	2.674	3.630	3.630
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	Kredite und Forderungen	757.237	757.237	628.766	628.766
Sonstige Forderungen und Vermögenswerte		318.138	318.138	347.640	347.640
Übrige Forderungen und nicht derivative finanzielle Vermögenswerte	Kredite und Forderungen	100.127	100.127	96.655	96.655
Derivate ohne Sicherungsbeziehung	Zu Handelszwecken gehalten	204.648	204.648	242.199	242.199
Derivate mit Sicherungsbeziehung	–	687	687	467	467
Andere Vermögenswerte *	–	12.676	12.676	8.319	8.319
Wertpapiere		40.829	40.829	57.311	57.311
Aktien u. festverzinsliche Wertpapiere	Zur Veräußerung verfügbar	37.133	37.133	44.955	44.955
Andere festverzinsliche Wertpapiere	–	3.696	3.696	2.906	2.906
Variabel verzinsliche Wertpapiere	Zu Handelszwecken gehalten	–	–	9.450	9.450
Flüssige Mittel	Kredite und Forderungen	49.411	49.411	64.424	64.424
Finanzverbindlichkeiten	Finanzielle Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten	688.290	688.290	370.737	370.737
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	Finanzielle Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten	409.091	409.091	360.776	360.776
Übrige und sonstige Verbindlichkeiten		100.591	100.591	91.775	91.775
Sonstige nicht derivative finanzielle Verbindlichkeiten	Finanzielle Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten	63.727	63.727	36.937	36.937
Derivate ohne Sicherungsbeziehung	Zu Handelszwecken gehalten	16.750	16.750	39.316	39.316
Derivate mit Sicherungsbeziehung	–	105	105	12	12
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing	–	1.777	1.777	717	717
Andere Verbindlichkeiten	–	18.232	18.232	14.793	14.793

* Diese Position beinhaltet überwiegend sonstige Verrechnungskonten.

Die Buchwerte der Finanzinstrumente, aggregiert nach den Bewertungskategorien des IAS 39, stellen sich wie folgt dar:

Angaben in T€	2007	2006
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	52.274	60.764
Kredite und Forderungen	909.449	793.475
Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte	204.648	251.649
Finanzielle Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten	1.161.108	768.450
Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Verbindlichkeiten	16.750	39.316

Die beizulegenden Zeitwerte der Finanzinstrumente wurden grundsätzlich basierend auf den am Bilanzstichtag verfügbaren Marktinformationen ermittelt.

Für die zu Anschaffungskosten bewerteten Eigenkapitalinstrumente ist eine verlässliche Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts aufgrund fehlender aktiver Märkte nicht möglich. Hierbei handelt es sich um Anteile an (nicht konsolidierten) verbundenen Unternehmen und Beteiligungen. Es wird davon ausgegangen, dass die Buchwerte am Bilanzstichtag den beizulegenden Zeitwerten entsprechen.

Bei Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, sonstigen Forderungen und nicht derivativen Vermögenswerten sowie Flüssigen Mitteln entsprechen die Buchwerte aufgrund der überwiegend kurzen Laufzeiten dieser Instrumente den beizulegenden Zeitwerten.

Bei Wertpapieren, für die keine Börsenpreise vorliegen, beruhen die Bilanzwerte auf Wertangaben von Kreditinstituten.

Bei Finanzverbindlichkeiten, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstigen nicht derivativen und anderen Verbindlichkeiten wird aufgrund der kurzen Laufzeiten davon ausgegangen, dass die Buchwerte dieser Instrumente den beizulegenden Zeitwerten entsprechen.

Für die Ausleihungen und Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing wird aufgrund unwesentlicher Abweichungen von Markt- und Kalkulationszinssatz davon ausgegangen, dass die Buchwerte den beizulegenden Zeitwerten entsprechen.

Die folgende Tabelle stellt die aus Finanzinstrumenten resultierenden Nettoergebnisse dar:

Angaben in T€	2007	2006
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	5.143	4.554
Kredite und Forderungen	-25.745	-19.059
Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	-367.870	153.907
Finanzielle Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten	-387	-2.454

Das Nettoergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten umfasst im Wesentlichen Gewinne oder Verluste aus dem Abgang von Beteiligungen und Wertpapieren sowie den ineffektiven Teil aus Kurssicherung. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde ein Betrag aus erfolgsneutraler Bewertung in Höhe von - 5.227 T€ (Vorjahr: 8.075 T€) direkt in die Neubewertungsrücklage gebucht. Im Berichtsjahr wurden der Neubewertungsrücklage keine Beträge entnommen und ergebniswirksam erfasst (Vorjahr: 3.025 T€).

Das Nettoergebnis aus Krediten und Forderungen enthält hauptsächlich Effekte aus der Währungsumrechnung sowie Änderungen in den Wertberichtigungen.

Das Nettoergebnis aus zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten beinhaltet überwiegend Marktwertänderungen derivativer Finanzinstrumente. Zudem sind Zinserträge und -aufwendungen dieser Finanzinstrumente enthalten.

Das Nettoergebnis aus zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Verbindlichkeiten besteht überwiegend aus Effekten der Währungsumrechnung.

Die Gesamtzinserträge und -aufwendungen für finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, stellen sich wie folgt dar:

Angaben in T€	2007	2006
Zinserträge	3.867	4.473
Zinsaufwendungen	-23.991	-15.067

Des Weiteren ist für die im Zinsergebnis enthaltenen Zinserträge und Zinsaufwendungen aus Finanzinstrumenten eine Sensitivität anzugeben. Bei einer angenommenen Veränderung des Zinsniveaus von +/- 1%-Punkt hätte sich das Zinsergebnis um 4.220 T€ verschlechtert bzw. verbessert (Vorjahr: 941 T€ bzw. 980 T€).

Neben Forderungen und Verbindlichkeiten in der Konzernwährung Euro bestehen auch Positionen in Fremdwährungen. Wäre der Euro gegenüber den Fremdwährungen (überwiegend US-Dollar) um 10% stärker bzw. schwächer geworden, hätte sich eine Veränderung des beizulegenden Zeitwerts der saldierten Position aus Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten um +/- 24.905 T€ (Vorjahr: +/- 18.032 T€) ergeben.

**(30) Haftungs-
verhältnisse**

Angaben in T€	2007	2006
Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen	767	767

**(31) Sonstige
finanzielle
Verpflichtungen**

Angaben in T€	2007	2006
Verpflichtungen aus noch nicht abgeschlossenen Investitionen	66.450	13.373
Verpflichtungen aus langfristigen Miet- und Leasingverträgen		
- fällig im Folgejahr	15.722	13.019
- fällig im 2. bis 5. Jahr	27.998	26.913
- fällig nach 5 Jahren	5.413	2.010
Sonstige finanzielle Verpflichtungen	115.583	55.315

Die Verpflichtungen aus Leasingverhältnissen beruhen auf Operating-Leasingverträgen für Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung wie Drucker, Kopiergeräte und EDV-Peripheriegeräte. Daneben sind Personenkraftwagen geleast. Diese Gegenstände sind aufgrund der vertraglichen Vereinbarungen nicht im Anlagevermögen zu bilanzieren.

Erläuterungen zur Segmentberichterstattung

Die Segmentberichterstattung ist auf den Seiten 136 f. dargestellt.

(32) Segment-abgrenzung

Die Segmente werden primär produktorientiert abgegrenzt. Dies entspricht der internen Organisations- und Berichtsstruktur der K+S Gruppe. Eine regionale Abgrenzung erfolgt sekundär.

Im Segment Kali- und Magnesiumprodukte ist die Produktion und Vermarktung von Kalidüngemitteln und Düngemittelspezialitäten sowie Kali- und Magnesiumverbindungen für technische, gewerbliche und pharmazeutische Anwendungen zusammengefasst.

Im Segment COMPO werden Markenartikel für den Consumerbereich (Garten- und Rasendünger, Blumenpflegemittel, Pflanzenschutz und Blumenerden) sowie Spezialdüngemittel für den Profibereich (Erwerbsgartenbau, Sonderkulturen und Landwirtschaft) vermarktet.

Das Segment fertiva bündelt die Marketing- und Vertriebsaktivitäten für stickstoffhaltige Düngemittel, die von verschiedenen Produzenten zugekauft werden.

Das Segment Salz umfasst die Produktion und die Vermarktung von Speisesalz, Gewerbe- und Industriesalzen, Auftausalz sowie Natriumchlorid-Sole.

Im Segment Entsorgung und Recycling sind die untertägige Abfallverwertung und -beseitigung in den durch Kali- und Salzabbau entstandenen Hohlräumen sowie spezielle Recyclingleistungen zusammengefasst.

Dem Segment Dienstleistungen und Handel sind Geschäftseinheiten zugeordnet, die Leistungen für die K+S Gruppe erbringen, bei freien Kapazitäten ihre Leistungen aber auch Dritten anbieten. Im Einzelnen gehören zu diesem Segment: Logistik-, IT- sowie Analytik- und Consultingleistungen. Zusätzlich sind in diesem Segment die Lohnfertigung des Tierhygieneprodukts CATSAN® sowie Handelsgeschäfte enthalten.

(33) Grundsätze der Zuordnung von Vermögen und Schulden

Vermögenswerte, Rückstellungen und Verbindlichkeiten werden entsprechend ihrer Nutzung bzw. Entstehung den Segmenten zugeordnet. Bei Nutzung durch bzw. Entstehung in mehreren Segmenten erfolgt eine Zuordnung auf Basis angemessener Schlüssel.

Finanzanlagen (außer Beteiligungen) sowie langfristige Finanzverbindlichkeiten werden den Segmenten nicht zugeordnet.

(34) Grundsätze der Zuordnung von Segmentergebnissen

Die Daten für die Ermittlung der Segmentergebnisse werden durch das interne Rechnungswesen anhand von Gewinn- und Verlustrechnungen nach dem Gesamtkostenverfahren (interne Berichtsstruktur der K+S Gruppe) ermittelt. Die Gewinn- und Verlustrechnungen der einbezogenen Gesellschaften werden den Segmenten im Rahmen der Profit-Center-Rechnungen zugeordnet.

Als wichtigste interne Ergebnisgröße und als Indikator für die Ertragskraft wird das EBIT I (operatives Ergebnis) herangezogen. Neben der Nichtberücksichtigung des Zinsergebnisses und des Steueraufwands wird auch auf die Einbeziehung der Marktwertveränderung der Derivate sowie sonstiger Erträge und Aufwendungen des Finanzergebnisses verzichtet.

Die Darstellung der Ergebnisse der Geschäftsbereiche erfolgt auf konsolidierter Basis. Intrasegmentäre Liefer- und Leistungsbeziehungen werden konsolidiert.

- (35) Grundsätze für die Verrechnungspreise zwischen Segmenten
- Für Lieferungen und Leistungen zwischen Segmenten werden Verrechnungspreise festgelegt, welche in der jeweiligen konkreten Situation und unter gleichen Umständen von einem fremden Dritten zu zahlen wären. Art und Höhe der Abrechnung bestimmen sich nach Wert und Umfang der Lieferungen oder Leistungen unter Berücksichtigung der zugrunde liegenden Rechtsbeziehung. Die Methoden zur Bestimmung der Verrechnungspreise werden zeitnah dokumentiert und kontinuierlich beibehalten. Bei der Bestimmung von Verrechnungspreisen für Lieferungen kann die Preisvergleichsmethode, die Wiederverkaufspreismethode, die Kostenaufschlagsmethode oder eine Kombination dieser Methoden angewendet werden. Dabei wird die Methode gewählt, die den Verhältnissen am nächsten kommt, unter denen sich auf vergleichbaren Märkten Fremdpreise bilden.
- (36) Wertminderungsaufwendungen
- Am Ende des Geschäftsjahres 2007 durchgeführte Werthaltigkeitstests ergaben im Geschäftsbereich COMPO einen Wertminderungsaufwand in Höhe von 175 T€ (Vorjahr: 474 T€), der in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst wurde. Im Geschäftsbereich fertiva wurde eine außerplanmäßige Beteiligungsabschreibung in Höhe von 207 T€ (Vorjahr: 0 T€) vorgenommen, die im Beteiligungsergebnis erfasst wurde. Der Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte verzeichnete im Vorjahr eine außerplanmäßige Beteiligungsabschreibung in Höhe von 218 T€.
- (37) Erläuterung der Überleitungspositionen
- Die Überleitungen der Segmentzahlen auf die Abschlusszahlen der K+S Gruppe betreffen Positionen, die den Zentralfunktionen zugerechnet werden, sowie konsolidierungsbedingte Effekte. Die wesentlichen Positionen sind:

Angaben in T€	2007	2006
Überleitung Segmentergebnisse		
Konsolidierungsbedingte Effekte	-4.723	-783
Ergebnis der Zentralfunktionen	-31.786	-32.567
	-36.509	-33.350
Überleitung Segmentvermögen		
Anlagevermögen	44.506	42.102
Aktive latente Steuern	70.053	52.018
Prämien der nicht operativen Sicherungsinstrumente	453.421	–
Marktwerte Derivate (abzgl. Prämie)	-265.819	110.700
Steuererstattungsansprüche aus Ertragsteuern	37.498	11.205
Übrige Forderungen	19.745	12.635
Geld und Geldanlagen	41.337	63.807
Konsolidierungsbedingte Effekte	-273.020	-443.702
	127.721	-151.235
Überleitung Segmentschulden		
Rückstellungen für Pensionen u. Ähnliches	70.413	76.236
Sonstige Rückstellungen	40.864	41.223
Passive latente Steuern	21.662	79.534
Marktwerte Derivate	15.127	9.370
Finanzverbindlichkeiten	646.595	358.623
Übrige Verbindlichkeiten	13.349	17.087
Steuerverbindlichkeiten aus Ertragsteuern	6.155	16.646
Konsolidierungsbedingte Effekte	-65.799	-83.239
	748.366	515.480

(38) Regionale
Umsatzverteilung

Die Umsatzerlöse gliedern sich nach Regionen wie folgt:

Angaben in T€	2007	2006
Inland	654.071	699.710
Übriges Europa	1.575.687	1.421.765
Übersee	1.114.308	836.212
Gesamtumsatz	3.344.066	2.957.687

(39) Regionale
Verteilung des
Vermögens

Das Vermögen der K+S Gruppe, bereinigt um Ertragsteuerforderungen und aktive latente Steuern (Vorjahr entsprechend angepasst), gliedert sich nach Regionen wie folgt:

Angaben in T€	2007	2006
Inland	1.855.034	1.767.207
Übriges Europa	396.545	412.985
Übersee	605.672	587.511
Gesamtvermögen	2.857.251	2.767.703

(40) Regionale
Verteilung der
Investitionen

Die Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen gliedern sich nach Regionen wie folgt:

Angaben in T€	2007	2006
Inland	132.927	116.997
Übriges Europa	9.771	9.711
Übersee	28.876	3.830
Gesamtinvestitionen	171.574	130.538

Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung ist auf der Seite 133 dargestellt.

(41) Auszahlungen für
den Erwerb
konsolidierter
Unternehmen

Die Position Auszahlungen für den Erwerb konsolidierter Unternehmen betrifft die Ausgaben für die im Geschäftsjahr erworbenen Anteile an Gesellschaften:

Angaben in T€	2007	2006
Kaufpreis gesamt	923	361.660
Vorauszahlung	–	-3.991
Auszahlungen für den Erwerb konsolidierter Unternehmen	923	357.669

(42) Finanzmittel-
bestand

Angaben in T€	2007	2006
Flüssige Mittel	49.411	64.424
Geldanlagen bei verbundenen Unternehmen	–	683
Von verbundenen Unternehmen hereingenommene Gelder	-5.129	-3.539
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten (Laufzeit < 3 Monate)	-195.682	-45.170
Finanzmittelbestand	-151.400	16.398

Sonstige Angaben

Honorar für den Abschlussprüfer

Für die Prüfung des Konzernabschlusses und der Jahresabschlüsse der einbezogenen inländischen Gesellschaften wurden im Jahr 2007 Honorare in Höhe von 850 T€ (Vorjahr: 850 T€) als Aufwand für den Konzernabschlussprüfer erfasst. Für sonstige Prüfungsleistungen fielen weitere Beträge in Höhe von 45 T€ (Vorjahr: 39 T€) an.

Zuwendungen der öffentlichen Hand

Angaben in T€	2007	2006
Investitionszulagen	-14	1.964
Investitionszuschüsse	472	69
Erfolgsbezogene Zuwendungen	9.925	3.503
Zuwendungen der öffentlichen Hand	10.383	5.536

Die erfassten Investitionszulagen betreffen Beträge, die nach dem Investitionszulagengesetz für Investitionen im Fördergebiet gewährt wurden. Im Geschäftsjahr 2007 überstiegen die zurück zu gewährenden Investitionszulagen die erhaltenen Investitionszulagen, so dass in Summe ein negativer Saldo ausgewiesen wird. Investitionszuschüsse wurden für bestimmte Projekte von Gewerbeansiedlungen gewährt. Investitionszulagen und -zuschüsse werden von den Buchwerten der betreffenden Vermögenswerte abgesetzt.

Bei den erfolgsbezogenen Zuwendungen handelt es sich um Leistungen der Bundesagentur für Arbeit nach dem Altersteilzeitgesetz, die als Ertrag erfasst werden. Diese Erträge dienen zum Ausgleich erhöhter Aufwendungen für die Wiederbesetzung von Arbeitsplätzen im Zusammenhang mit Altersteilzeit.

Nahestehende Unternehmen und Personen

Neben den in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen steht die K+S Gruppe mit weiteren nahestehenden Unternehmen in Beziehungen; hierzu zählen nicht konsolidierte Tochterunternehmen sowie Unternehmen, auf die die K+S Gruppe einen maßgeblichen Einfluss ausüben kann (assoziierte Unternehmen). Eine vollständige Übersicht aller nahestehenden Unternehmen kann der Zusammenstellung des gesamten Beteiligungsbesitzes (Anteilsbesitzliste) entnommen werden, die beim elektronischen Bundesanzeiger zur Veröffentlichung eingereicht wurde. Bei Bedarf können Interessierte diese auch unter www.k-plus-s.com abrufen oder bei der K+S Aktiengesellschaft anfordern.

Die folgende Tabelle zeigt die in der Berichtsperiode erfolgten Transaktionen der K+S Gruppe mit nicht konsolidierten Tochterunternehmen. Die Abwicklung der Geschäfte erfolgte zu marktüblichen Konditionen.

Angaben in T€	2007	2006
Umsätze aus Lieferungen und Leistungen	37.737	46.452
Empfangene Lieferungen und Leistungen	22.293	21.555
Erträge aus Ausschüttungen und Gewinnabführungen	1.289	1.885
Sonstige Erträge	1.020	769
Sonstige Aufwendungen	773	844

Die Umsätze aus Lieferungen und Leistungen resultieren im Wesentlichen aus Warenverkäufen von konsolidierten Gesellschaften an ausländische Vertriebsgesellschaften. Die empfangenen Lieferungen und Leistungen betreffen im Wesentlichen Sprengstofflieferungen einer inländischen Tochtergesellschaft sowie Provisionen, die von ausländischen Vertriebsgesellschaften in Rechnung gestellt wurden. Darüber hinaus erfolgten Warenverkäufe an ein assoziiertes Unternehmen in Höhe von 5.989 T€ (Vorjahr: 4.548 T€).

Am 31. Dezember 2007 wurden folgende ausstehende Salden mit nicht konsolidierten Tochterunternehmen ausgewiesen:

Angaben in T€	2007	2006
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	11.803	12.144
- davon aus Bankverkehr	-	683
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	8.105	6.492
- davon aus Bankverkehr	5.129	3.539

Zum Bilanzstichtag bestanden Wertberichtigungen auf Forderungen in Höhe von 129 T€ (Vorjahr: 43 T€); aus den Zuführungen zum Wertberichtigungskonto ergab sich im Berichtsjahr ein Aufwand von 93 T€ (Vorjahr: 9 T€). Ausfallversicherungen für Forderungen gegen Tochtergesellschaften existieren nicht. Die Forderungen und Verbindlichkeiten aus Bankverkehr resultieren aus der zentralen Aufnahme bzw. Anlage liquider Mittel bei der K+S Aktiengesellschaft (Cash-Pooling). Des Weiteren werden Forderungen gegen ein assoziiertes Unternehmen in Höhe von 1.511 T€ (Vorjahr: 728 T€) ausgewiesen. Weitere wesentliche Ausleihungen an nahestehende Unternehmen bestanden am Bilanzstichtag nicht.

Nahestehende Personen sind definiert als Personen, die für die Planung, Leitung und Überwachung eines Unternehmens verantwortlich sind. Bei der K+S Gruppe zählen der Vorstand und der Aufsichtsrat zu dieser Personengruppe. Die Vergütung der nahestehenden Personen ist im nachfolgenden Abschnitt sowie im Vergütungsbericht dargestellt. Weitere wesentliche Transaktionen mit nahestehenden Personen fanden nicht statt.

Gesamtbezüge des Aufsichtsrats und des Vorstands

Angaben in T€	2007	2006
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats	1.083	1.123
- davon fix	296	336
- davon erfolgsbezogen	787	787
Gesamtbezüge des Vorstands	6.557	6.536
- davon fix	1.566	1.737
- davon erfolgsbezogen	1.988	2.484
- davon gewährte Optionsrechte	3.003	2.315
Gesamtbezüge früherer Mitglieder des Vorstands und ihrer Hinterbliebenen	989	893
Pensionsrückstellungen für frühere Mitglieder des Vorstands und ihre Hinterbliebenen	10.078	7.518

Die Gesamtbezüge des Vorstands betrafen im Berichtsjahr fünf Vorstandsmitglieder, von denen vier Vorstandsmitglieder 12 Monate und ein Vorstandsmitglied sechs Monate im Amt waren. Im Vorjahr waren fünf Vorstandsmitglieder zwölf Monate im Amt.

Das Vergütungssystem des Vorstands setzt sich aus folgenden Komponenten zusammen:

- laufende monatliche Bezüge (Fixgehalt); hinzugerechnet werden Sachbezüge
- erfolgsbezogene Einmalvergütung; die Tantieme bestimmt sich nach der Gesamtkapitalrendite und einer persönlichen Leistungskomponente und wird im jeweils folgenden Geschäftsjahr ausgezahlt (Vorjahreszahlen gemäß tatsächlicher Tantiemenzahlung angepasst)
- Gewährung von Aktienoptionen (Vorjahreszahlen angepasst, da sich diese auf die Zahlungen aus Optionsausübung bezogen)

Der Gesamtaufwand aus aktienbasierter Vergütung, der sich sowohl auf das im Jahr 2007 gewährte virtuelle Optionsprogramm als auch auf die noch aus den Vorjahren bestehenden Programme bezieht, betrug im Jahr 2007 für die am 31.12.2007 aktiven Vorstandsmitglieder 2.102 T€ (Vorjahr: 1.490 T€). Die Darstellung der individualisierten Bezüge der Vorstandsmitglieder für das Geschäftsjahr 2007 erfolgt im Vergütungsbericht des Corporate-Governance-Berichts; der Vergütungsbericht ist auch Bestandteil des Lageberichts.

Beteiligungen an der K+S Aktiengesellschaft

Die BASF SE hält rund 10 % unserer Aktien. Außerdem befinden sich 7,28% unserer Aktien im Besitz von MCC Holding Ltd. (Linea Ltd). Ferner haben uns per 22. Februar 2008 folgende Kapitalanlagegesellschaften mitgeteilt, dass sie die Meldeschwellen von 3 bzw. 5 % überschritten haben:

- Capital Group mit ihrer Tochtergesellschaft Capital Research & Management: 5,20%
- Janus Capital Group: 5,18%
- Fidelity International mit FMR LLC.: 4,97%
- The Bank of New York Mellon Corporation mit ihrer Tochtergesellschaft Newton Management Ltd.: 3,08%

Befreiungen nach § 264 Abs. 3 bzw. § 264b HGB

Nachfolgende inländische Tochtergesellschaften in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft bzw. Personengesellschaft haben von den Befreiungsvorschriften gemäß § 264 Abs. 3 bzw. § 264b HGB Gebrauch gemacht und auf die Offenlegung der Jahresabschlussunterlagen 2007 sowie weitgehend auf die Erstellung des Lageberichts und Anhangs verzichtet.

COMPO Gesellschaft mbH & Co. KG, Münster
data process GmbH, Kassel
Deutscher Straßen-Dienst GmbH, Hannover
esco – european salt company GmbH & Co. KG, Hannover
esco international GmbH, Hannover
fertiva GmbH, Mannheim
German Bulk Chartering GmbH, Hamburg
K+S Baustoffrecycling GmbH, Sehnde
K+S Beteiligungs GmbH, Kassel
K+S Consulting GmbH, Kassel
K+S Entsorgung GmbH, Kassel
K+S KALI GmbH, Kassel
K+S Projekt GmbH, Kassel
K+S Salz GmbH, Hannover
Kali-Transport Gesellschaft mbH, Hamburg
Kali-Union Verwaltungsgesellschaft mbH, Kassel
park GmbH, Recklinghausen
Torf- und Humuswerk Gnarrenburg GmbH, Gnarrenburg
Torf- und Humuswerk Uchte GmbH, Uchte
UBT See- und Hafen-Spedition GmbH Rostock, Rostock

Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex

Die Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG zu den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ ist für 2006/2007 von Vorstand und Aufsichtsrat der K+S Aktiengesellschaft abgegeben und den Aktionären im Geschäftsbericht 2006 und im Internetauftritt der K+S Gruppe (www.k-plus-s.com) zugänglich gemacht worden. Die Entsprechenserklärung 2007/2008 wird ebenfalls dauerhaft auf der K+S-Homepage und im Finanzbericht 2007 auf Seite 28 veröffentlicht.

Mitglieder des Aufsichtsrats
(Stand der Angaben 31. Dezember 2007)

Gerhard R. Wolf, Worms, Vorsitzender
ehem. Mitglied des Vorstands der BASF SE
weitere Aufsichtsratsmandate: Hornbach Baumarkt AG (Vorsitzender)
Hornbach Holding AG (Vorsitzender)

Michael Vassiliadis, Hannover, stellv. Vorsitzender
Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der IG Bergbau, Chemie, Energie
weitere Aufsichtsratsmandate: BASF SE
Evonik STEAG GmbH (stellv. Vorsitzender)
Henkel KGaA

Jella S. Benner-Heinacher, Meerbusch
Bundesgeschäftsführerin der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V.
weitere Aufsichtsratsmandate: A.S. Création AG
TUI AG

Dr. Ralf Bethke, Deidesheim – Aufsichtsratsmitglied seit 1. Juli 2007
ehem. Vorsitzender des Vorstands der K+S Aktiengesellschaft
weitere Aufsichtsratsmandate: Benteler AG
Südzucker AG – seit 24. Juli 2007
Süddeutsche Zuckerrübenverwertungs-Genossenschaft eG
– seit 3. Juli 2007
weitere Kontrollgremien: Dr. Jens Ehrhardt Kapital AG (Aufsichtsratsvorsitzender)

Karl-Heinz Georgi, Haltern
Leiter des Bildungszentrums Haltern am See der IG Bergbau, Chemie, Energie

Rainer Grohe, Otterstadt
ehem. Executive Director des Galileo Joint Undertaking
weitere Aufsichtsratsmandate: Ball Packaging Europe GmbH (Vorsitzender)
Norddeutsche Affinerie AG
PFW Aerospace AG

Dr. Karl Heidenreich, Mannheim
ehem. Mitglied des Vorstands der Landesbank Baden-Württemberg
weitere Aufsichtsratsmandate: MVV Energie AG

Rüdiger Kienitz, Geisa
Mitglied des Betriebsrats des Werks Werra der K+S KALI GmbH

Klaus Krüger, Wolmirstedt
Vorsitzender des Konzernbetriebsrats der K+S Gruppe

Dieter Kuhn, Bernburg
stellv. Vorsitzender des Konzernbetriebsrats der K+S Gruppe

Heinz-Gerd Kunaschewski, Philippsthal
stellv. Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats Kali und Salz

Dr. Bernd Malmström, Berlin
Rechtsanwalt, Berater des Vorstands der Deutschen Bahn AG
weitere Aufsichtsratsmandate: HHLA Intermodal GmbH & Co. KG
IFCO-Systems B.V. (Vorsitzender)
Lehnkering GmbH
Petrotec AG (Vorsitzender)
VTG AG
weitere Kontrollgremien: BLG Logistics Group AG & Co. KG
DAL – Deutsche-Afrika-Linien GmbH & Co. KG
Fraport AG
time:matters GmbH (Vorsitzender)

Dr. Rudolf Müller, Ochsenfurt
Mitglied des Vorstands der Südzucker AG
weitere Kontrollgremien: AGRANA Zucker, Stärke und Frucht Holding AG, Österreich
(Vorsitzender)
Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft
BGD Bodengesundheitsdienst GmbH (Vorsitzender)
Fachhochschulrat Fachhochschule Weihenstephan
(Vorsitzender)
Raffinerie Tirllemontoise S.A., Belgien
REKO Erdenvertrieb GmbH (Vorsitzender)
Saint Louis Sucre S.A., Frankreich
Südzucker Functional Food Holding GmbH – seit 2. Juli 2007
Südzucker International GmbH (Vorsitzender)
Südzucker Polska S.A., Polen (Vorsitzender)
Universitätsrat der Universität Hohenheim
Z&S Zucker und Stärke Holding AG (stellv. Vorsitzender)

Renato De Salvo, Auhagen
stellv. Vorsitzender des Betriebsrats des Werks Sigmundshall der K+S KALI GmbH

Dr. Eckart Sünner, Neustadt a. d. W.
Leiter des Zentralbereichs Recht, Steuern und Versicherung der BASF SE
weitere Aufsichtsratsmandate: Infineon Technologies AG – seit August 2007
Lucura Rückversicherungs AG (Vorsitzender)
– bis 31. Dezember 2007
weitere Kontrollgremien: BASF Corporation, USA – bis 31. Dezember 2007

Dr. Helmut Zentgraf, Burghaun
Leiter des Werks Werra der K+S KALI GmbH

Mitglieder des Vorstands

Norbert Steiner, Baunatal, Vorsitzender

RESSORT 1

Geschäftsbereich Salz

Finanzen

Unternehmensentwicklung und Controlling

Recht, Versicherungen, Compliance

Steuern, Revision

Investor Relations

Kommunikation

Joachim Felker, Birkenheide

RESSORT 2

Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte

Geschäftsbereich COMPO

Geschäftsbereich fertiva

Gerd Grimmig, Söhrewald

RESSORT 3

Entsorgung und Recycling

Tierhygieneprodukte

Consulting

Bergbau und Geologie

Forschung und Entwicklung

Umweltschutz, Arbeitssicherheit, Qualitätsmanagement

Ingenieurtechnik, Energie

Dr. Thomas Nöcker, Kassel, Arbeitsdirektor

RESSORT 4

Logistik (KTG)

Handelsgeschäfte (CFK)

Personal

IT-Services

Einkauf

Immobilienmanagement

Wissensmanagement

Kontrollgremien: RAG Bildung GmbH

Kassel, 22. Februar 2008

K+S Aktiengesellschaft

Der Vorstand

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der K+S Aktiengesellschaft, Kassel, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung gemäß § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss der K+S Aktiengesellschaft, Kassel, den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hannover, 29. Februar 2008

DELOITTE & TOUCHE GMBH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(DR. KÜNNEMANN)
Wirtschaftsprüfer

(SCHARPENBERG)
Wirtschaftsprüfer

[Diese Seite bleibt aus technischen Gründen frei.]

**Geprüfter Konzernabschluss der K+S AG für das am 31. Dezember
2006 endende Geschäftsjahr (IFRS)**

Gewinn- und Verlustrechnung

Angaben in T€	Anhang	2006	2005
Umsatzerlöse	[1]	2.957.687	2.815.700
Herstellungskosten der zur Erzielung der Umsatzerlöse erbrachten Leistungen		1.913.854	1.811.168
Bruttoergebnis vom Umsatz		1.043.833	1.004.532
Vertriebskosten		728.120	673.035
- davon Frachtkosten		431.458	394.166
Allgemeine Verwaltungskosten		82.082	71.654
Forschungs- und Entwicklungskosten		13.804	12.998
Sonstige betriebliche Erträge	[2]	119.944	110.159
Sonstige betriebliche Aufwendungen	[3]	63.502	115.191
Beteiligungsergebnis	[4]	1.769	9.080
Operatives Ergebnis (EBIT I)		278.038	250.893
Marktwertveränderungen aus Sicherungsgeschäften	[5]	83.561	20.792
Ergebnis nach Marktwertveränderungen (EBIT II)		361.599	271.685
Zinsergebnis	[6]	-27.521	-17.759
Sonstiges Finanzergebnis	[7]	7.377	5.671
Finanzergebnis		-20.144	-12.088
Ergebnis vor Ertragsteuern		341.455	259.597
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	[8]	70.295	85.146
- davon latente Steuern		20.392	35.512
Jahresüberschuss		271.160	174.451
Anteile anderer Gesellschafter am Ergebnis		366	2
Konzernergebnis nach Steuern und Anteilen Dritter		270.794	174.449
Ergebnis je Aktie in € (unverwässert & verwässert)	[11]	6,57	4,12
Ergebnis vor Ertragsteuern, bereinigt *		257.894	238.805
Konzernergebnis, bereinigt *	[11]	218.151	161.350
Ergebnis je Aktie in €, bereinigt *	[11]	5,29	3,81
Durchschnittl. Anzahl Aktien in Mio. Stück		41,24	42,31

* Bereinigt um den Effekt der Marktwertveränderungen aus Sicherungsgeschäften; beim bereinigten Konzernergebnis und beim bereinigten Ergebnis je Aktie wurde ein Steuersatz von 37,0% unterstellt.

Entwicklung des Eigenkapitals

Angaben in T€	Gezeichnetes Kapital [22]	Kapitalrücklage	Bilanzgewinn/ Gewinnrücklagen [23]	Unterschiede aus Währungs- umrechnung	Zeitwert- rücklage	Anteile anderer Gesellschafter	Eigenkapital
Stand 01.01.2006	108.800	8.676	804.622	-188	20.171	48	942.129
Dividende für das Vorjahr	-	-	-74.250	-	-	-	-74.250
Ergebnis der Periode	-	-	270.794	-	-	366	271.160
Bezug Mitarbeiteraktien	-	-859	-	-	-	-	-859
Marktbewertung Wertpapiere	-	-	-	-	8.075	-	8.075
Konsolidierungsbedingte Effekte	-	92	-1.704	-15.389	-75	205	-16.871
Sonstige neutrale Veränderungen	-	-	-1.970	-157	-2.914	-	-5.041
Stand 31.12.2006	108.800	7.909	997.492	-15.734	25.257	619	1.124.343
Stand 01.01.2005	108.800	4.695	757.137	-1.628	11.598	-	880.602
Dividende für das Vorjahr	-	-	-55.250	-	-	-	-55.250
Ergebnis der Periode	-	-	174.449	-	-	2	174.451
Einziehung eigener Aktien	-	-	-66.650	-	-	-	-66.650
Bezug Mitarbeiteraktien	-	3.973	-	-	-	-	3.973
Marktbewertung Wertpapiere	-	-	-	-	7.955	-	7.955
Konsolidierungsbedingte Effekte	-	8	-84	90	-	46	60
Sonstige neutrale Veränderungen	-	-	-4.980	1.350	618	-	-3.012
Stand 31.12.2005	108.800	8.676	804.622	-188	20.171	48	942.129

Bilanz

Angaben in T€	Anhang	2006	2005
Immaterielle Vermögensgegenstände	[12]	189.034	82.209
- davon Goodwill aus Unternehmenserwerben	[12]	102.866	13.857
Sachanlagen	[13]	1.082.642	791.927
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	[14]	8.292	11.219
Finanzanlagen	[15]	19.439	19.264
Forderungen und sonstige Vermögenswerte	[18]	2.471	2.039
Wertpapiere	[20]	42.092	56.018
Latente Steuern	[16]	52.018	58.141
Steuererstattungsansprüche aus Ertragsteuern		623	-
Langfristige Vermögenswerte		1.396.611	1.020.817
Vorräte	[17]	370.155	281.325
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	[18]	629.494	598.140
Übrige Forderungen und Vermögenswerte	[18, 19]	344.441	206.152
- davon derivative Finanzinstrumente		242.666	120.895
Steuererstattungsansprüche aus Ertragsteuern		10.582	2.589
Wertpapiere	[20]	15.219	76.031
Flüssige Mittel		64.424	74.010
Kurzfristige Vermögenswerte		1.434.315	1.238.247
AKTIVA		2.830.926	2.259.064

Angaben in T€	Anhang	2006	2005
Gezeichnetes Kapital	[22]	108.800	108.800
Kapitalrücklage		7.909	8.676
Andere Rücklagen und Bilanzgewinn	[23]	1.007.015	824.605
Anteile anderer Gesellschafter		619	48
Eigenkapital		1.124.343	942.129
Finanzverbindlichkeiten	[28]	136.773	5.982
Übrige Verbindlichkeiten	[28]	13.985	10.761
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	[25]	128.223	171.746
Rückstellungen für bergbauliche Verpflichtungen	[26]	338.158	324.867
Sonstige Rückstellungen	[27]	125.416	138.033
Latente Steuern	[16]	79.534	13.704
Langfristiges Fremdkapital		822.089	665.093
Finanzverbindlichkeiten	[28]	233.964	23.535
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	[28]	360.776	353.981
Sonstige Verbindlichkeiten	[19, 28]	77.790	72.150
- davon derivative Finanzinstrumente		39.328	27.675
Steuerverbindlichkeiten aus Ertragsteuern		16.646	19.845
Rückstellungen	[26, 27]	195.318	182.331
Kurzfristiges Fremdkapital		884.494	651.842
PASSIVA		2.830.926	2.259.064

Kapitalflussrechnung

Angaben in T€	Anhang	2006	2005
Operatives Ergebnis (EBIT I)		278.038	250.893
Abschreibungen auf Anlagevermögen *		123.313	132.168
Auflösung negativer Unterschiedsbeträge		–	-1.545
Abnahme (-) langfristiger Rückstellungen (ohne Zinseffekte)		-15.294	-465
Erhaltene Zinsen, Dividenden und ähnliche Erträge		9.898	11.379
Realisierte Gewinne/Verluste aus dem Abgang von Finanzanlagen und Wertpapieren		12.493	5.261
Gezahlte Zinsen		-15.274	-4.945
Übrige Finanzierungsaufwendungen		-3.157	–
Gezahlte Ertragsteuern		-49.903	-49.634
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+)/Erträge (-)		2.634	-1.557
Brutto-Cashflow		342.748	341.555
Gewinn (-)/Verlust (+) aus Anlagen- und Wertpapierabgängen		-12.219	-7.574
Zunahme (-)/Abnahme (+) Vorräte		-33.697	-25.608
Zunahme (-)/Abnahme (+) Forderungen und sonstige Vermögenswerte aus laufender Geschäftstätigkeit		-75.265	-146.108
- davon derivative Finanzinstrumente		-41.623	-60.686
Abnahme (-)/Zunahme (+) Verbindlichkeiten aus laufender Geschäftstätigkeit		-4.048	34.084
- davon derivative Finanzinstrumente		16.355	7.084
Abnahme (-)/Zunahme (+) kurzfristiger Rückstellungen		-8.658	27.980
Auslagerung von Rückstellungen		-6.498	-3.473
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit		202.363	220.856
Einzahlungen aus Anlagenabgängen		15.361	10.525
Auszahlungen für immaterielles Anlagevermögen		-6.331	-4.223
Auszahlungen für Sachanlagevermögen		-124.211	-101.773
Auszahlungen für Finanzanlagen		-1.892	-703
Auszahlungen für den Erwerb von konsolidierten Unternehmen	[40]	-357.669	–
Einzahlungen aus dem Verkauf/Auszahlungen für den Erwerb von Wertpapieren		44.974	1.834
Cashflow aus Investitionstätigkeit		-429.768	-94.340
Freier Cashflow		-227.405	126.516
Dividendenzahlungen		-74.250	-55.250
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen		4.146	–
Erwerb von eigenen Aktien		-8.463	-66.650
Aufnahme (+)/Tilgung (-) von Darlehen		249.447	8.640
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		170.880	-113.260
Zahlungswirksame Veränderung der Finanzmittel		-56.525	13.256
Wertänderung des Bestands an Finanzmitteln		–	161
Konsolidierungsbedingte Veränderungen		3.115	-5.389
Änderung des Bestands an Finanzmitteln	[41]	-53.410	8.028

* Abschreibungen auf immaterielles Vermögen und Sachanlagevermögen (einschließlich Beteiligungen).

[Diese Seite bleibt aus technischen Gründen frei.]

Entwicklung des Anlagevermögens 2006/2005

Angaben in T€	Bruttobuchwerte						Stand am 31.12.2006
	Stand am 01.01.2006	Veränd. Kons.-Kreis	Zugänge	Abgänge	Um- buchungen	Währungs- differenzen	
Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte u. ähnl. Rechte u. Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	92.120	38.679	2.153	3.143	-19.202	-1.594	109.013
Goodwill aus Unternehmenserwerben	13.857	92.265	–	–	–	-3.256	102.866
Selbsterstellte immat. Vermögenswerte	2.945	–	709	–	394	–	4.048
Emissionsrechte	10.808	–	12.239	12.582	–	–	10.465
Geleistete Anzahlungen	2.398	1.038	3.469	722	-432	–	5.751
Immaterielle Vermögenswerte [12]	122.128	131.982	18.570	16.447	-19.240	-4.850	232.143
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	404.860	10.554	8.433	517	7	–	423.337
Salzvorkommen	–	243.117	–	–	19.240	-8.581	253.776
Technische Anlagen und Maschinen	1.541.459	8.410	81.275	20.192	26.063	-3	1.637.012
Schiffe	–	9.589	–	–	–	-467	9.122
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	187.764	1.398	13.827	8.557	549	-80	194.901
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	29.457	1.441	22.838	1.314	-26.393	–	26.029
Leasing und ähnliche Rechte	1.813	196	–	–	–	–	2.009
Sachanlagen [13]	2.165.353	274.705	126.373	30.580	19.466	-9.131	2.546.186
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien [14]	22.985	–	1	4.792	-226	–	17.968
Anteile an verbundenen Unternehmen	8.718	–	1.096	132	–	–	9.682
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	74	–	–	–	–	–	74
Beteiligungen	6.558	159	529	19	–	–	7.227
Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	322	–	–	43	–	–	279
Sonstige Ausleihungen und andere Finanzanlagen	4.641	–	267	1.545	–	-1	3.362
Finanzanlagen [15]	20.313	159	1.892	1.739	–	-1	20.624
Anlagevermögen	2.330.779	406.846	146.836	53.558	–	-13.982	2.816.921

Angaben in T€	Bruttobuchwerte						Stand am 31.12.2005
	Stand am 01.01.2005	Veränd. Kons.-Kreis	Zugänge	Abgänge	Um- buchungen	Währungs- differenzen	
Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte u. ähnl. Rechte u. Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	90.653	218	2.094	1.615	818	-48	92.120
Goodwill aus Unternehmenserwerben	13.361	496	–	–	–	–	13.857
Selbsterstellte immat. Vermögenswerte	2.549	–	105	54	345	–	2.945
Emissionsrechte	–	–	12.417	1.609	–	–	10.808
Geleistete Anzahlungen	954	–	2.024	74	-506	–	2.398
Immaterielle Vermögenswerte [12]	107.517	714	16.640	3.352	657	-48	122.128
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	391.144	8.135	7.420	1.758	-81	–	404.860
Technische Anlagen und Maschinen	1.470.158	10.356	63.039	18.413	16.319	–	1.541.459
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	177.536	1.490	16.362	9.314	1.468	222	187.764
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	26.633	39	16.065	80	-13.200	–	29.457
Leasing und ähnliche Rechte	1.842	–	–	–	-29	–	1.813
Sachanlagen [13]	2.067.313	20.020	102.886	29.565	4.477	222	2.165.353
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien [14]	23.456	–	231	865	163	–	22.985
Anteile an verbundenen Unternehmen	15.634	-5.523	26	1.419	–	–	8.718
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	94	–	–	20	–	–	74
Beteiligungen	6.037	1.000	63	542	–	–	6.558
Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	360	–	–	38	–	–	322
Sonstige Ausleihungen und andere Finanzanlagen	6.013	124	614	2.110	–	–	4.641
Finanzanlagen [15]	28.138	-4.399	703	4.129	–	–	20.313
Anlagevermögen	2.226.424	16.335	120.460	37.911	5.297	174	2.330.779

Abschreibungen								Nettobuchwerte
Stand am 01.01.2006	Veränd. Kons.-Kreis	Zugänge	Abgänge	Um- buchungen	Zuschrei- bungen	Währungs- differenzen	Stand am 31.12.2006	Stand am 31.12.2006
39.377	-	7.079	3.132	-1.260	26	-65	41.973	67.040
-	-	-	-	-	-	-	-	102.866
542	-	594	-	-	-	-	1.136	2.912
-	-	-	-	-	-	-	-	10.465
-	-	-	-	-	-	-	-	5.751
39.919	-	7.673	3.132	-1.260	26	-65	43.109	189.034
184.330	-	13.144	213	-683	-	-	196.578	226.759
-	-	1.099	-	1.260	-	-	2.359	251.417
1.040.452	-	84.682	17.722	668	-	-	1.108.080	528.932
-	-	141	-	-	-	-	141	8.981
148.156	-	15.950	8.262	-1	-	-39	155.804	39.097
-	-	-	-	-	-	-	-	26.029
488	-	94	-	-	-	-	582	1.427
1.373.426	-	115.110	26.197	1.244	-	-39	1.463.544	1.082.642
11.766	-	388	2.494	16	-	-	9.676	8.292
405	-	-	33	-	-	-	372	9.310
74	-	-	-	-	-	-	74	-
560	-	218	-	-	50	-	728	6.499
-	-	-	-	-	-	-	-	279
10	-	1	-	-	-	-	11	3.351
1.049	-	219	33	-	50	-	1.185	19.439
1.426.160	-	123.390	31.856	-	76	-104	1.517.514	1.299.407

Abschreibungen								Nettobuchwerte
Stand am 01.01.2005	Veränd. Kons.-Kreis	Zugänge	Abgänge	Um- buchungen	Zuschrei- bungen	Währungs- differenzen	Stand am 31.12.2005	Stand am 31.12.2005
29.478	70	10.969	1.468	341	-	-13	39.377	52.743
-	-	-	-	-	-	-	-	13.857
41	-	501	-	-	-	-	542	2.403
-	-	-	-	-	-	-	-	10.808
-	-	-	-	-	-	-	-	2.398
29.519	70	11.470	1.468	341	-	-13	39.919	82.209
169.027	3.864	11.746	904	604	7	-	184.330	220.530
953.239	7.509	92.186	16.030	3.548	-	-	1.040.452	501.007
138.789	1.050	16.525	8.772	467	-	97	148.156	39.608
-	-	-	-	-	-	-	-	29.457
986	-	54	-	-29	523	-	488	1.325
1.262.041	12.423	120.511	25.706	4.590	530	97	1.373.426	791.927
11.796	-	187	218	1	-	-	11.766	11.219
703	-	-	298	-	-	-	405	8.313
74	-	-	-	-	-	-	74	-
1.014	-	-	400	-	54	-	560	5.998
-	-	-	-	-	-	-	-	322
10	-	-	-	-	-	-	10	4.631
1.801	-	-	698	-	54	-	1.049	19.264
1.305.157	12.493	132.168	28.090	4.932	584	84	1.426.160	904.619

Entwicklung der Rückstellungen

Angaben in T€	Stand am 01.01.2006	Währungs- differenzen	Zugang Konsolidierungskreis	Zuführung
Verfüllung Gruben und Schächte	173.253	–	–	2.329
Bergschädenwagnisse	32.008	–	–	3.471
Haldenverwahrung	82.302	–	–	4.295
Sonstige bergbauliche Verpflichtungen	37.304	–	–	1.976
Rückstellungen für bergbauliche Verpflichtungen [26]	324.867	–	–	12.071
Jubiläen	21.626	–	–	1.019
Altersteilzeit	67.814	–	–	17.837
Sozialplanaufwendungen	2.649	–	–	71
Sonstige Personalverpflichtungen	14.930	–	43	11.532
Personalverpflichtungen [27]	107.019	–	43	30.459
Übrige Rückstellungen	31.014	–	3	1.631
Rückstellungen (langfr. Fremdkapital)	462.900	–	46	44.161
Sonstige Steuern	79	–	1.022	127
Rückstellungen für bergbauliche Verpflichtungen	7.180	–	–	108
Personalverpflichtungen	75.463	-44	670	76.999
Rückstellungen für Verpflichtungen aus Verkaufsgeschäften [27]	46.875	-7	–	47.466
Rückstellungen für Verpflichtungen aus Einkaufsverträgen [27]	18.106	–	2.682	17.889
Sonstige Rückstellungen	34.628	-35	7.832	28.230
Rückstellungen (kurzfr. Fremdkapital)	182.331	-86	12.206	170.819
Rückstellungen	645.231	-86	12.252	214.980

Segmentberichterstattung

Angaben in T€	Gesamtumsatz		davon intersegmentäre Umsätze	
	2006	2005	2006	2005
Kali- und Magnesiumprodukte	1.304.617	1.257.636	65.700	60.486
COMPO	562.865	554.701	10.445	13.031
fertiva	558.951	571.222	2.753	2.951
Salz	488.749	400.541	2.961	2.499
Entsorgung und Recycling	69.492	56.261	120	240
Dienstleistungen und Handel	131.151	122.990	76.178	68.450
Überleitung ¹⁾ [36]	-158.138	-147.651	-158.157	-147.657
K+S Gruppe	2.957.687	2.815.700	0	0

Angaben in T€	Vermögen [38]		Schulden	
	2006	2005	2006	2005
Kali- und Magnesiumprodukte	1.229.449	1.123.734	591.848	576.339
COMPO	431.174	432.819	164.727	205.421
fertiva	252.575	239.356	233.997	226.043
Salz	956.382	408.230	167.392	106.526
Entsorgung und Recycling	40.946	34.761	4.599	3.545
Dienstleistungen und Handel	71.635	59.838	28.540	29.406
Überleitung ¹⁾ [36]	-151.235	-39.674	515.480	169.655
K+S Gruppe	2.830.926	2.259.064	1.706.583	1.316.935

¹⁾ Die Angaben zu den Geschäftsbereichen werden vor Konsolidierung dargestellt. Aufwendungen und Erträge sowie Bilanzposten, die den Geschäftsbereichen nicht zuordenbar sind, werden gesondert erfasst. Beide Effekte werden in der Zeile „Überleitung“ zusammengefasst und führen zu den Konzernzahlen.

Aufzinsung	Verbrauch	Auflösung	Umbuchung	CTA-Umgliederung	Stand am 31.12.2006
6.644	7.271	78	-	-	174.877
1.567	405	176	-	-	36.465
3.761	314	7	-	-	90.037
1.673	828	-	-3.346	-	36.779
13.645	8.818	261	-3.346	-	338.158
888	2.092	250	499	-	21.690
-	20.152	21	-	6.498	58.980
-	1.764	343	-	-	613
-	10.612	479	-499	-	14.915
888	34.620	1.093	-	6.498	96.198
167	3.025	1.578	1.006	-	29.218
14.700	46.463	2.932	-2.340	6.498	463.574
-	577	-	-12	-	639
-	807	-	-	-	6.481
-	71.645	2.100	53	-	79.396
-	28.859	15.419	513	-	50.569
-	15.678	2.989	47	-	20.057
-	29.668	2.358	-453	-	38.176
-	147.234	22.866	148	-	195.318
14.700	193.697	25.798	-2.192	6.498	658.892

davon Umsatz mit Dritten [37]

2006	2005
1.238.917	1.197.150
552.420	541.670
556.198	568.271
485.788	398.042
69.372	56.021
54.973	54.540
19	6
2.957.687	2.815.700

EBIT I

2006	2005
158.627	151.827
29.254	25.001
16.758	14.815
67.591	62.682
13.794	8.121
25.364	20.049
-33.350	-31.602
278.038	250.893

Brutto-Cashflow

2006	2005
233.958	240.683
34.364	37.245
15.143	17.104
95.985	90.351
16.938	10.996
30.927	27.132
-84.567	-81.956
342.748	341.555

Eingesetztes Kapital²⁾

2006	2005
874.416	827.312
292.474	275.452
-98.733	-101.940
702.531	258.720
26.052	23.961
26.981	22.220
22.738	37.797
1.846.459	1.343.522

Investitionen³⁾[39]

2006	2005
83.778	70.911
11.366	12.295
735	286
21.167	12.368
4.337	3.397
8.143	6.661
1.012	1.191
130.538	107.109

Mitarbeiter per 31.12.⁴⁾

2006	2005
7.550	7.490
1.260	1.292
61	58
2.194	1.385
34	33
407	393
367	361
11.873	11.012

²⁾ Operatives Anlagevermögen und Working Capital.

³⁾ Betrifft Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte.

⁴⁾ Belegschaft per 31.12. inklusive befristet Beschäftigter (ohne Studenten und Praktikanten), gemessen in Vollzeitäquivalenten.

Anhang

Allgemeine Grundlagen

Der Konzernabschluss der K+S Gruppe zum 31. Dezember 2006 ist von der in Deutschland registrierten K+S Aktiengesellschaft (K+S AG) als Mutterunternehmen nach den bis zum Abschlussstichtag in Kraft getretenen International Financial Reporting Standards (IFRS) des International Accounting Standards Board (IASB) sowie den Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) aufgestellt, sofern diese von der Europäischen Union anerkannt wurden. Im Interesse einer übersichtlicheren Darstellung werden die einzelnen Posten des Konzernabschlusses in Tausend € (T€) dargestellt.

Der Konzernabschluss wurde am 23. Februar 2007 durch den Vorstand der K+S Aktiengesellschaft zur Vorlage an den Aufsichtsrat freigegeben.

Konsolidierungskreis

Der Konsolidierungskreis hat sich im Jahr 2006 wie folgt geändert: Erstmals wurden im Wege der Vollkonsolidierung die im Berichtsjahr neu gegründeten Finanzierungsgesellschaften K+S Finance Ltd. und K+S Investments Ltd. einbezogen. Da diese Gesellschaften ausschließlich konzerninterne Finanzierungen durchführen, hat ihre Einbeziehung keinen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe.

Am 29. Juni 2006 hat die K+S Gruppe 99,3% der Anteile an der Sociedad Punta de Lobos S.A. erworben; weitere 0,4% der Anteile wurden in der Folgezeit von Minderheitsgesellschaftern übernommen. Durch den Erwerb wurden im Berichtsjahr folgende Gesellschaften der SPL-Gruppe übernommen und zum 30. Juni 2006 erstmals voll konsolidiert:

Compania Minera Punta de Lobos S.A. (nachfolgend Rechtsformwechsel in Compania Minera Punta de Lobos Ltda.),
Empresa de Servicios Ltda.,
Empresa Maritima S.A.,
International Salt Company LLC.,
Salina Diamante Branco Ltda.,
Servicios Maritimos Patillos S.A.,
Sociedad Punta de Lobos S.A. (nachfolgend in Servicios Portuarios Patillos S.A. umfirmiert),
SPL Brasil Empreendimentos e Participacoes Ltda.,
SPL Overseas Corp.,
SPL USA Inc.,
Transporte por Containers S.A.

Ebenfalls voll konsolidiert wurden die zur Durchführung des Erwerbs und der gesellschaftsrechtlichen Reorganisation der SPL-Gruppe neu gegründeten Gesellschaften:

Inversiones Columbus Ltda.,
Inversiones Empremar Ltda.,
Inversiones K+S Sal de Chile Ltda.,
K+S Participaciones Chile S.A. (nachfolgend in Sociedad Punta de Lobos S.A. umfirmiert),
K+S Sal do Brasil Participacoes e Investimentos Ltda.,
K+S Salt of the Americas Holding B.V.

Die SPL-Gruppe gewinnt Steinsalz im Tagebau in der chilenischen Atacama-Wüste und produziert Meersalz in einer eigenen Anlage in Brasilien. Das Salz wird überwiegend an der nordamerikanischen Ostküste sowie in Südamerika abgesetzt. Der Transport erfolgt zum Teil über eigene Schiffe, die auch Frachtleistungen für Dritte erbringen. Der Abbau des Steinsalzes und die Möglichkeit der Verschiffung sind langfristig durch Konzessionen gesichert.

Für den Erwerb fielen insgesamt Anschaffungskosten in Höhe von 361.660 T€ an, die in bar beglichen wurden. Davon entfallen 359.783 T€ auf den Kaufpreis für die übernommenen Anteile und 1.877 T€ auf Anschaffungsnebenkosten.

Unmittelbar vor dem Erwerb waren folgende Vermögenswerte und Schulden bei den erworbenen Gesellschaften angesetzt:

Angaben in T€	
Immaterielle Vermögenswerte	23.402
- davon Goodwill	18.738
Sachanlagen	37.862
Aktive latente Steuern	1.284
Übrige langfristige Vermögenswerte	569
Vorräte	54.568
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	16.188
Wertpapiere	16.957
Flüssige Mittel	6.426
Übrige kurzfristige Vermögenswerte	11.700
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	13.238
Langfristige Rückstellungen	2.352
Passive latente Steuern	5.861
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	1.045
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	33.659
Kurzfristige Rückstellungen	13.782
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.588
Übrige kurzfristige Verbindlichkeiten	13.196

Nach Neubewertung gemäß IFRS 3 wurden zum 30. Juni 2006 folgende Vermögenswerte und Schulden angesetzt:

Angaben in T€	
Immaterielle Vermögenswerte	132.081
- davon Goodwill	92.265
Sachanlagen	276.037
Aktive latente Steuern	6.195
Übrige langfristige Vermögenswerte	350
Vorräte	55.133
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	16.215
Wertpapiere	16.957
Flüssige Mittel	6.426
Übrige kurzfristige Vermögenswerte	11.177
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	13.238
Langfristige Rückstellungen	347
Passive latente Steuern	52.016
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	771
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	33.659
Kurzfristige Rückstellungen	17.458
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.762
Übrige kurzfristige Verbindlichkeiten	13.238

Die Neubewertung betrifft mit 243.117 T€ die Salzlagerstätte in Chile, die unter den Sachanlagen ausgewiesen wird. Diese wurde als wesentlicher Vermögenswert der SPL-Gruppe nach der Multi-Period Excess Earnings-Methode bewertet. Dabei wurde auf Basis der bestehenden Abbaumöglichkeiten eine Nutzungsdauer von 250 Jahren zugrunde gelegt.

Bei den immateriellen Vermögenswerten betreffen die Anpassungen mit 30.250 T€ Hafenkonzessionen, die eine kostengünstige Verschiffung des aus der Lagerstätte in Chile gewonnenen Salzes ermöglichen. Daneben wurden im Rahmen der Neubewertung Marken mit 3.272 T€ sowie vorteilhafte Verträge und Kundenbeziehungen mit insgesamt 5.011 T€ angesetzt.

Aufgrund der Neubewertung waren insgesamt passive latente Steuern in Höhe von 46.155 T€ und aktive latente Steuern in Höhe von 4.911 T€ anzusetzen.

Aus der Gegenüberstellung der Anschaffungskosten des Erwerbs und des neu bewerteten Nettovermögens resultiert ein Goodwill in Höhe von 92.265 T€. Der Goodwill repräsentiert nicht separat aktivierungsfähige immaterielle Werte, wie z. B. den Mitarbeiterstamm oder den Flagenschutz für die eingesetzten Schiffe, der als nicht vom Unternehmen separierbares gesetzliches Schutzrecht nicht verlässlich bewertet werden kann. Außerdem umfasst der Goodwill Vorteile aus künftigen Synergien durch Integration der SPL in die K+S Gruppe sowie aus erwarteten Erweiterungen des Geschäfts der SPL. Die Höhe des Goodwills wird wesentlich durch die Bildung passiver latenter Steuern im Rahmen der Neubewertung der Vermögenswerte und Schulden beeinflusst.

Auf die Gewinn- und Verlustrechnung hat sich die Einbeziehung der SPL-Gruppe wie folgt ausgewirkt (1. Juli bis 31. Dezember 2006):

Angaben in T€	
Umsatz	81.940
Sonstige Erträge	364
Aufwendungen	-87.122
Ergebnis vor Steuern	-4.818
Ertragsteuern	40.892
Ergebnis nach Steuern	36.074

Im Zuge der Reorganisation waren aktive latente Steuern anzusetzen, die zu einem Ertrag in Höhe von 41.855 T€ führten.

Umsätze und Ergebnisse unter der Annahme, dass der Erwerb der SPL-Gruppe bereits am Beginn der Berichtsperiode stattgefunden hätte, können praktisch nicht ermittelt werden, da für den Zeitraum vor dem 30. Juni 2006 keine verlässlichen IFRS-Werte vorliegen.

Im Wege der Vollkonsolidierung sind die nachfolgend genannten 23 (Vorjahr: 23) inländischen und 42 (Vorjahr: 23) ausländischen Gesellschaften in den Konzernabschluss einbezogen.

Inland (Angaben in %)	Anteile am Kapital	Anteil Stimmrechte
K+S Aktiengesellschaft, Kassel	–	–
biodata ANALYTIK GmbH, Linden	100,00	100,00
Chemische Fabrik Kalk GmbH, Köln	100,00	100,00
COMPO Gesellschaft mbH & Co. KG, Münster	100,00	100,00
data process GmbH, Kassel	100,00	100,00
Deutscher Straßen-Dienst GmbH, Hannover	100,00	100,00
esco – european salt company GmbH & Co. KG, Hannover	100,00	100,00
esco international GmbH, Hannover	100,00	100,00
fertiva GmbH, Mannheim	100,00	100,00
German Bulk Chartering GmbH, Hamburg	100,00	100,00
K+S Baustoffrecycling GmbH, Sehnde	100,00	100,00
K+S Beteiligungs GmbH, Kassel	100,00	100,00
K+S Consulting GmbH, Kassel	100,00	100,00
K+S Entsorgung GmbH, Kassel	100,00	100,00
K+S KALI GmbH, Kassel	100,00	100,00
K+S Projekt GmbH, Kassel	100,00	100,00
K+S Salz GmbH, Hannover	100,00	100,00
Kali-Transport Gesellschaft mbH, Hamburg	100,00	100,00
Kali-Union Verwaltungsgesellschaft mbH, Kassel	100,00	100,00
park GmbH, Recklinghausen	100,00	100,00
Torf- und Humuswerk Gnarrenburg GmbH, Gnarrenburg	100,00	100,00
Torf- und Humuswerk Uchte GmbH, Uchte	100,00	100,00
UBT See- und Hafenspedition GmbH Rostock, Rostock	100,00	100,00

Ausland (Angaben in %)	Anteile am Kapital	Anteil Stimmrechte
Compagnie de Compactage de Wittenheim S.A.S., Wittenheim, Frankreich	100,00	100,00
Compania Minera Punta de Lobos Ltda., Santiago de Chile, Chile	99,05	100,00
COMPO Agricoltura S.p.A., Cesano Maderno, Italien	100,00	100,00
COMPO Agricultura S.L., Barcelona, Spanien	100,00	100,00
COMPO Agro Chile Ltda., Santiago de Chile, Chile	100,00	100,00
COMPO Austria GmbH, Wien, Österreich	100,00	100,00
COMPO Benelux N.V., Deinze, Belgien	100,00	100,00
COMPO do Brasil S.A., Guaratinguetá, Brasilien	100,00	100,00
COMPO Fertilizantes de México S.A. de C.V., Mexico-City, Mexiko	100,00	100,00
COMPO France S.A.S., Roche-lez-Beaupré, Frankreich	100,00	100,00
COMPO Hellas S.A., Marousi, Griechenland	100,00	100,00
COMPO Horticulture et Jardin S.A.S., Roche-lez-Beaupré, Frankreich	100,00	100,00
COMPO Jardin AG, Allschwil, Schweiz	100,00	100,00
Empresa de Servicios Ltda., Santiago de Chile, Chile	99,06	100,00
Empresa Maritima S.A., Santiago de Chile, Chile	48,30	99,41
esco benelux N.V., Brüssel, Belgien	100,00	100,00
esco France S.A.S., Levallois-Perret, Frankreich	100,00	100,00
esco Spain S.L., Barcelona, Spanien	100,00	100,00
Frisia Zout B.V., Harlingen, Niederlande	100,00	100,00
International Salt Company LLC., Clarks Summit, USA	100,00	100,00
Inversiones Columbus Ltda., Santiago de Chile, Chile	2,00	100,00
Inversiones Empremar Ltda., Santiago de Chile, Chile	48,58	100,00
Inversiones K+S Sal de Chile Ltda., Santiago de Chile, Chile	100,00	100,00
K+S Finance Ltd., St. Julians, Malta	100,00	100,00
K+S Investments Ltd., St. Julians, Malta	100,00	100,00
K+S KALI & SCPA France S.A.S., Reims, Frankreich	100,00	100,00
K+S Sal do Brasil Participacoes e Investimentos Ltda., São Paulo, Brasilien	100,00	100,00
K+S Salt of the Americas Holding B.V., Harlingen, Niederlande	100,00	100,00
Potash Import & Chemical Corporation, New York, USA	100,00	100,00
Salina Diamante Branco Ltda., Natal, Brasilien	100,00	100,00
Salines Cérébos et de Bayonne S.A.S., Levallois-Perret, Frankreich	100,00	100,00
SCPA du Roure S.A.S., Le Teil, Frankreich	100,00	100,00
SCPA Masdac S.A.S., Pré en Pail, Frankreich	100,00	100,00
SCPA Rodez S.A.S., Onet le Château, Frankreich	97,45	97,45
Servicios Maritimos Patillos S.A., Santiago de Chile, Chile	49,52	50,00
Servicios Portuarios Patillos S.A., Santiago de Chile, Chile	99,05	100,00
Sociedad Punta de Lobos S.A., Santiago de Chile, Chile	99,05	99,05
SPL Brasil Empreendimentos e Participacoes Ltda., São Paulo, Brasilien	100,00	100,00
SPL Overseas Corp., Ciudad de Panama, Panama	99,05	100,00
SPL USA Inc., Clarks Summit, USA	100,00	100,00
Transporte por Containers S.A., Valparaiso, Chile	47,67	98,71
VATEL Companhia de Produtos Alimentares S.A., Alverca, Portugal	100,00	100,00

Beteiligungen an Unternehmen, bei denen Unternehmen der K+S Gruppe einen maßgeblichen Einfluss ausüben können (assoziierte Unternehmen), werden nach der Equity-Methode bewertet, sofern sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind. Wegen insgesamt untergeordneter Bedeutung wurden im Jahr 2006 sämtliche Beteiligungen an assoziierten Unternehmen zu Anschaffungskosten bewertet.

Konsolidierungsmethoden

Die Abschlüsse der einbezogenen Gesellschaften sind zum Bilanzstichtag des Konzernabschlusses aufgestellt. Die in den Konzernabschluss übernommenen Vermögenswerte und Schulden

der einbezogenen Gesellschaften werden einheitlich nach den hier und in den folgenden Anmerkungen beschriebenen Grundsätzen bilanziert und bewertet.

Umsätze, Aufwendungen und Erträge zwischen den einbezogenen Tochtergesellschaften werden voll eliminiert, soweit sie während der Zugehörigkeit der betreffenden Gesellschaften zur K+S Gruppe entstanden sind. Ebenso werden Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den einbezogenen Gesellschaften sowie Zwischenergebnisse aus Lieferungen und Leistungen zwischen den einbezogenen Tochtergesellschaften, soweit sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind, eliminiert.

Bei der Kapitalkonsolidierung werden die Anschaffungswerte der Beteiligungen mit dem auf sie entfallenden neu bewerteten Eigenkapital zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung verrechnet. Nach der Zuordnung zu Vermögenswerten und Schulden verbleibende aktive Unterschiedsbeträge werden als Goodwill bilanziert. Passive Unterschiedsbeträge aus der Kapitalkonsolidierung werden unmittelbar ertragswirksam aufgelöst.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

ERFASSUNG VON ERTRÄGEN UND AUFWENDUNGEN

Die Umsatzerlöse beinhalten Verkäufe von Produkten und Dienstleistungen, vermindert um Erlösschmälerungen. Umsatzerlöse aus dem Verkauf von Produkten werden ab dem Zeitpunkt des Gefahrenübergangs ausgewiesen. Dienstleistungen werden nach erbrachter Leistung als Umsatz ausgewiesen. Darüber hinaus muss in beiden Fällen die Zahlung hinreichend wahrscheinlich sein.

Sonstige Erträge, wie beispielsweise aus Zinsen oder Dividenden, werden zu dem Zeitpunkt periodengerecht erfasst, ab dem ein vertraglicher bzw. rechtlicher Anspruch besteht. Erträge werden nur erfasst, wenn ihre Realisierung hinreichend wahrscheinlich ist.

Betriebliche Aufwendungen werden mit Inanspruchnahme der Leistung bzw. zum Zeitpunkt ihrer Verursachung ergebniswirksam erfasst.

IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögenswerte werden mit den Anschaffungskosten angesetzt. Selbsterstellte immaterielle Vermögenswerte werden mit den auf sie entfallenden Entwicklungsausgaben aktiviert, sofern der Zufluss eines wirtschaftlichen Nutzens wahrscheinlich ist und die Kosten des Vermögenswerts zuverlässig ermittelbar sind. Immaterielle Vermögenswerte werden, sofern ihre Nutzungsdauer bestimmbar ist, planmäßig linear abgeschrieben. Geschäfts- oder Firmenwerte (Goodwills) unterliegen keinen planmäßigen Abschreibungen. Es werden folgende Nutzungsdauern zugrunde gelegt:

	Jahre
Hafenkonzessionen	250
Marken	5 – 15
Übrige immaterielle Vermögenswerte	2 – 10

Bei einer Wertminderung werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Fallen die Gründe für die außerplanmäßige Abschreibung fort, erfolgt eine entsprechende Zuschreibung, wodurch die fortgeführten Buchwerte nicht überstiegen werden dürfen.

Die Werthaltigkeit der Geschäfts- oder Firmenwerte wird regelmäßig überprüft. Sofern erforderlich, wird eine entsprechende Wertberichtigung vorgenommen. Ein etwaiger Wertberichtigungsbedarf wird gemäß IAS 36 durch einen Vergleich mit den diskontierten erwarteten zukünftigen Cashflows aus den Zahlungsmittel generierenden Einheiten ermittelt, denen die entsprechenden Goodwill-Beträge zugeordnet sind.

SACHANLAGEN

Bei Sachanlagen erfolgt die Bilanzierung zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige, nutzungsbedingte Abschreibungen. Die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten umfassen auch künftige Reaktivierungsaufwendungen. Fremdkapitalzinsen werden nicht aktiviert. Bei Wertminderungen, die über die bereits vorgenommenen nutzungsbedingten Abschreibungen hinausgehen, erfolgt eine außerplanmäßige Abschreibung. Die Ermittlung solcher Wertverluste („impairment losses“) erfolgt gemäß IAS 36 durch den Vergleich mit den diskontierten erwarteten zukünftigen Cashflows der betreffenden Vermögenswerte. Sofern den betreffenden Vermögenswerten keine eigenen Cashflows zugeordnet werden können, werden stattdessen die Cashflows der entsprechenden Zahlungsmittel generierenden Einheit zum Vergleich herangezogen. Bei Fortfall der Gründe für vorgenommene außerplanmäßige Abschreibungen werden entsprechende Zuschreibungen vorgenommen.

Die neu erworbene Salzlagerstätte in Chile wird als Sachanlagevermögen erfasst. Der Ausweis unter den Sachanlagen korrespondiert mit den entsprechenden US-GAAP-Regelungen, auf die mangels spezifischer IFRS-Vorschriften gemäß IAS 8 zurückgegriffen wird. Um eine einheitliche Vorgehensweise zu gewährleisten, wurden die Salzlagerstätten in Deutschland und den Niederlanden ebenfalls ins Sachanlagevermögen umgegliedert.

Des Weiteren werden Strecken und Grubenbaue unter den Sachanlagen aktiviert.

Wenn Sachanlagen verkauft oder stillgelegt werden, wird der Gewinn oder Verlust aus der Differenz zwischen dem Verkaufserlös und dem Restbuchwert unter den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. Aufwendungen erfasst.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen werden nach der linearen Methode vorgenommen und richten sich nach den betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern.

Den planmäßigen Abschreibungen liegen die folgenden konzerneinheitlichen Nutzungsdauern zugrunde:

	Jahre
Salzvorkommen	19 – 250
Strecken und Grubenbaue	5 – 125
Bauten	14 – 33⅓
Technische Anlagen und Maschinen	4 – 25
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3 – 10

Finanzierungs-Leasing von Sachanlagen erfolgt nur in sehr geringem Umfang. Die Bilanzierung erfolgt zum Barwert der zukünftigen Leasingraten.

ALS FINANZINVESTITION GEHALTENE IMMOBILIEN

Bei den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien handelt es sich überwiegend um vermietete Objekte. Sie werden mit den fortgeführten Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um lineare planmäßige, nutzungsbedingte Abschreibungen, bilanziert. Die zugrunde gelegten Nutzungsdauern liegen bei 50 Jahren.

FINANZANLAGEN

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sind zu Anschaffungskosten bewertet, da der beizulegende Zeitwert nicht verlässlich bestimmbar ist. Im Falle einer Wertminderung wird der niedrigere Wert angesetzt. Bei einer Veräußerung an eine konzernfremde Partei werden die Anteile bzw. Beteiligungen ausgebucht.

Ausleihungen werden zu Anschaffungskosten oder bei unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Darlehen zum Barwert angesetzt. Erkennbaren Risiken wird durch die Vornahme außerplanmäßiger Abschreibungen Rechnung getragen.

VORRÄTE

Unter den Vorräten sind gemäß IAS 2 diejenigen Vermögenswerte ausgewiesen, die zum Verkauf im normalen Geschäftsgang vorgesehen sind (fertige Erzeugnisse und Waren), die sich in der Herstellung für den Verkauf befinden (unfertige Erzeugnisse) oder die im Rahmen der Herstellung oder Erbringung von Dienstleistungen verbraucht werden (Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe). Die Bewertung der Vorräte erfolgt auf Basis der durchschnittlichen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten oder zum niedrigeren Nettoveräußerungspreis. Die Herstellungskosten enthalten neben den Einzelkosten angemessene Teile der fixen und variablen Material- und Fertigungsgemeinkosten, soweit sie im Zusammenhang mit dem Herstellungsvorgang anfallen. Dies gilt analog für Kosten der allgemeinen Verwaltung, Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung sowie sonstige soziale Aufwendungen. Fremdkapitalzinsen werden nicht einbezogen. Der Nettoveräußerungspreis bestimmt sich als geschätzter Verkaufspreis abzüglich der noch anfallenden Kosten bis zur Fertigstellung und der notwendigen Vertriebskosten.

FORDERUNGEN UND SONSTIGE VERMÖGENSWERTE

Forderungen und sonstige Vermögenswerte werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Erforderliche Wertberichtigungen orientieren sich am erwarteten Ausfallrisiko. Unverzinsliche bzw. niedrig verzinsliche Forderungen mit einer Laufzeit von mehr als drei Monaten werden abgezinst.

Forderungen werden ausgebucht, wenn sie beglichen oder uneinbringlich werden. Sonstige Vermögenswerte werden zum Zeitpunkt der Veräußerung bzw. bei fehlender Werthaltigkeit ausgebucht.

WERTPAPIERE

Wertpapiere werden grundsätzlich in die Kategorie „zur Veräußerung verfügbar“ („available for sale“) eingordnet. Die Bewertung dieser Wertpapiere erfolgt zum beizulegenden Zeitwert. Die Erstbewertung wird am Erfüllungstag des Kaufs vorgenommen. Unrealisierte Gewinne und Verluste werden ergebnisneutral in der Neubewertungsrücklage gebucht. Erst bei Veräußerung erfolgt eine erfolgswirksame Erfassung des Gewinns bzw. Verlusts.

Mit Weiterveräußerungsabsicht erworbene Wertpapiere werden als zu Handelszwecken gehalten („held for trading“) klassifiziert. Diese Wertpapiere werden ebenfalls zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Wertänderungen werden erfolgswirksam erfasst.

Die Ausbuchung von Wertpapieren erfolgt nach der Veräußerung am Erfüllungstag.

DERIVATE

Sicherungsbeziehungen zwischen Derivaten und Grundgeschäften werden nur für einen Teil der Derivate hergestellt. Bei dem überwiegenden Teil der Derivate können aufgrund der Voraussetzungen von IAS 39 keine Sicherungsbeziehungen hergestellt werden. Die Bewertung der Derivate erfolgt zum jeweiligen Marktwert. Die Marktwertveränderungen werden erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Die Ausbuchung der Derivate erfolgt am Erfüllungstag oder, sofern die Derivate vorzeitig verfallen (Erreichen eines „Knock-outs“), am Verfallstag.

RÜCKSTELLUNGEN FÜR PENSIONEN UND ÄHNLICHE VERPFLICHTUNGEN

Die Pensionsrückstellungen für Mitarbeiter und Pensionäre in Deutschland werden unter Anwendung versicherungsmathematischer Grundsätze nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit-Methode) mit einem Rechnungszins von 4,6% ermittelt.

Die Pensionsverpflichtungen ausländischer Gesellschaften werden nach vergleichbaren Grundsätzen und unter Berücksichtigung länderspezifischer Besonderheiten berechnet. Soweit Planvermögen vorliegt, erfolgt eine Saldierung dieses Vermögens mit den Pensionsrückstellungen.

BERGBAULICHE UND ÜBRIGE RÜCKSTELLUNGEN

Rückstellungen werden in Höhe der erwarteten Inanspruchnahme für gegenwärtige Verpflichtungen gegenüber Dritten gebildet, die aus einem vergangenen Ereignis resultieren. Die Inanspruchnahme muss eher wahrscheinlich als unwahrscheinlich und die Höhe der Verpflichtungen verlässlich schätzbar sein.

Langfristige Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr werden unter Berücksichtigung künftiger Kostensteigerungen mit einem fristenadäquaten Kapitalmarktzins abgezinst, soweit der Zinseffekt von wesentlicher Bedeutung ist.

FINANZVERBINDLICHKEITEN, VERBINDLICHKEITEN AUS LIEFERUNG UND LEISTUNG UND SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN

Verbindlichkeiten werden mit ihrem beizulegenden Zeitwert oder zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode bilanziert.

Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing werden mit dem Barwert der Leasingraten ausgewiesen.

Die Ausbuchung der Verbindlichkeiten erfolgt zu dem Zeitpunkt, an dem die Verbindlichkeit beglichen wurde oder der Grund für die Bildung der Verbindlichkeit weggefallen ist.

LATENTE STEUERN

Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgt gemäß IAS 12 auf der Grundlage der international üblichen bilanzorientierten Verbindlichkeitsmethode (Liability-Methode). Danach werden Steuerabgrenzungsposten für sämtliche temporären Differenzen zwischen den Wertansätzen der Steuerbilanz und der Konzernbilanz sowie für steuerliche Verlustvorträge und auf entsprechende Konsolidierungsvorgänge gebildet. Aktive latente Steuern haben wir jedoch nur berücksichtigt, soweit die Realisierung hinreichend konkretisiert ist. Die Bewertung der latenten Steuern erfolgt mit den Steuersätzen, die nach der derzeitigen Rechtslage künftig im wahrscheinlichen Zeitpunkt der Umkehr der temporären Differenzen gelten werden. Die Auswirkungen von Steuergesetzesänderungen auf aktive und passive latente Steuern werden in der Periode ihres Inkrafttretens ergebniswirksam berücksichtigt.

Eine Abzinsung aktiver und passiver latenter Steuern wird entsprechend den Regelungen des IAS 12 nicht vorgenommen. Latente Steueransprüche und latente Steuerschulden werden nach Fristigkeiten innerhalb einzelner Gesellschaften bzw. Organkreise saldiert.

Ermessensentscheidungen und Schätzungen

ERMESSENSENTSCHEIDUNGEN BEI DER ANWENDUNG DER BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Langfristige immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen und als Finanzinvestition gehaltene Immobilien werden in der Bilanz zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt. Von der ebenfalls zulässigen Möglichkeit, diese zum beizulegenden Zeitwert anzusetzen, wird kein Gebrauch gemacht.

Wertpapiere werden grundsätzlich als zur Veräußerung verfügbar klassifiziert, so dass die zu bilanzierenden Änderungen der beizulegenden Zeitwerte erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst werden. Sofern Wertpapiere als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert klassifiziert werden, fließen die Änderungen der beizulegenden Zeitwerte insoweit unmittelbar in das Periodenergebnis ein.

SCHÄTZUNGEN BEI DER ANWENDUNG DER BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Die Ansätze im IFRS-Abschluss beruhen dem Grunde und der Höhe nach zum Teil auf Schätzungen. Schätzungen sind insbesondere erforderlich bei

- der Bestimmung der Nutzungsdauern des abnutzbaren Anlagevermögens,
- der Festlegung der Bewertungsprämissen im Rahmen von Werthaltigkeitstests, insbesondere für bilanzierte Goodwills,
- der Bestimmung des Rechnungszinssatzes für die Bewertung von Pensionsrückstellungen sowie
- bei der Bestimmung von Höhe, Erfüllungszeitpunkten und Rechnungszinssätzen für die Bewertung bergbaulicher Rückstellungen.

Trotz sorgfältigster Schätzung kann die tatsächliche Entwicklung von den Annahmen abweichen.

Währungsumrechnung

In den Einzelabschlüssen der Konzerngesellschaften werden sämtliche Forderungen und Verbindlichkeiten in fremden Währungen mit dem Kurs am Bilanzstichtag bewertet, unabhängig davon, ob sie kursgesichert sind oder nicht. Sicherungsgeschäfte, die aus wirtschaftlicher Sicht zur Kurssicherung dienen, werden zu ihren jeweiligen Marktwerten angesetzt.

Die Jahresabschlüsse ausländischer Konzerngesellschaften werden gemäß IAS 21 nach dem Konzept der Funktionalwährung in Euro umgerechnet. Alle Gesellschaften betreiben ihr Geschäft in finanzieller, wirtschaftlicher und organisatorischer Hinsicht selbstständig. Die funktionale Währung entspricht im Regelfall der lokalen Währung, lediglich bei der Empresa Maritima S.A. und der SPL Overseas Corp. wird der US-Dollar als funktionale Währung verwendet, da diese Gesellschaften ihre Zahlungsmittelzuflüsse bzw. -abflüsse überwiegend in dieser Währung generieren. Vermögenswerte und Schulden werden zum Kurs am Bilanzstichtag, Aufwendungen und Erträge zum Jahresdurchschnittskurs umgerechnet.

Die sich gegenüber den Stichtagskursen des Vorjahres ergebenden erfolgsneutralen Unterschiedsbeträge werden im Eigenkapital gesondert als Unterschiede aus der Währungsumrechnung ausgewiesen. Der Saldo dieser Umrechnungsdifferenzen gegenüber dem Vorjahr betrug -15.546 T€.

Scheiden Konzernunternehmen aus dem Konsolidierungskreis aus, wird die betreffende Währungsumrechnungsdifferenz erfolgswirksam aufgelöst.

Für die Umrechnung der wesentlichen Währungen im Konzern wurden folgende Wechselkurse für einen Euro zugrunde gelegt:

Wechselkurse je 1 €	2006 Stichtagskurs	Jahresdurch- schnittskurs	2005 Stichtagskurs	Jahresdurch- schnittskurs
US-Dollar (USD)	1,317	1,256	1,180	1,245
Schweizer Franken (CHF)	1,607	1,573	1,555	1,548
Brasilianischer Real (BRL)	2,813	2,730	2,745	3,040
Chilenischer Peso (CLP)	700,592	666,252	604,766	697,873
Mexikanischer Peso (MXN)	14,293	13,683	12,589	13,576

Noch nicht berücksichtigte IFRS und IFRIC

Neben den im Geschäftsjahr verpflichtend anzuwendenden Standards und Interpretationen bestehen weitere neue bzw. geänderte Standards und Interpretationen, die jedoch erst zu einem späteren Zeitpunkt verpflichtend anzuwenden sind. Die Auswirkungen dieser Änderungen werden derzeit geprüft.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist auf der Seite 135 abgebildet.

In der Gewinn- und Verlustrechnung wird das operative Ergebnis (EBIT I), das als zentrale Steuerungsgröße in der K+S Gruppe fungiert, als separate Ergebnisposition ausgewiesen. Mit dieser Angabe wird erreicht, dass die für die Ertragslage der K+S Gruppe wichtigen Effekte aus der Kursicherung von US-Dollar-Zahlungseingängen periodengerecht im Jahr der Fälligkeit der betreffenden Geschäfte ausgewiesen werden („realisierte Marktwerte“).

Bei K+S werden Kursicherungen für erwartete US-Dollareingänge bis zu drei Jahre im Voraus vorgenommen, um die möglichen Ergebnisauswirkungen aus Kursveränderungen zu mildern. Die dafür eingesetzten Derivate (siehe dazu Anmerkung (19)) erfüllen nicht die restriktive Voraussetzung einer hohen Effektivität gemäß IAS 39, so dass eine Bildung von Sicherungsbeziehungen nicht möglich ist. Dies hat zur Folge, dass die Marktwertveränderungen sämtlicher Derivate zu jedem Bilanzstichtag ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen werden müssen, was zu erheblichen Ergebnisschwankungen im Zeitablauf führen kann. Um diese stichtagsabhängigen Bewertungseffekte zu isolieren, werden sie außerhalb des operativen Ergebnisses separat ausgewiesen und gehen in das EBIT II ein. Mit dieser Vorgehensweise wird erreicht, dass das operative Ergebnis (EBIT I) den vollen Ergebnisbeitrag aus realisierten Sicherungsgeschäften des Geschäftsjahres enthält. Regelmäßig ist jedoch ein Teil dieser Ergebnisbeiträge aufgrund der restriktiven Regelungen des IAS 39 schon in den Vorjahren als Marktwertveränderungen ergebniswirksam erfasst worden. Um insoweit einen doppelten Ergebnisausweis zu vermeiden, sind diese zur Ableitung des EBIT I ausgewiesenen Erträge im EBIT II eliminiert. Damit entspricht das EBIT II dem Ergebnis nach IFRS, das die nach IAS 39 vorzunehmende stichtagsbezogene Marktbewertung der Sicherungsgeschäfte berücksichtigt.

(1) Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse der K+S Gruppe betragen 2.957.687 T€ (Vorjahr: 2.815.700 T€) und resultieren in Höhe von 2.840.926 T€ (Vorjahr: 2.725.616 T€) aus dem Verkauf von Gütern und in Höhe von 116.761 T€ (Vorjahr: 90.084 T€) aus der Erbringung von Dienstleistungen. Die Aufteilung der Umsatzerlöse nach Geschäftsbereichen sowie die intersegmentären Umsätze sind bei den Segmentinformationen auf Seite 140 f. dargestellt. Die regionale Verteilung der Umsatzerlöse ist bei den Erläuterungen zur Segmentberichterstattung unter Anmerkung (37) angegeben.

(2) Sonstige betriebliche Erträge

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind folgende wesentliche Posten enthalten:

Angaben in T€	2006	2005
Gewinne aus Kursdifferenzen	54.914	55.732
- davon realisierte Marktwerte abzgl. gezahlter Prämien	12.360	-4.463
Auflösung von Rückstellungen	26.090	21.207
Erhaltene Entschädigungen und Erstattungen	11.291	8.064
Auflösung von Einzelwertberichtigungen	4.757	2.677
Erträge aus dem Verkauf von Emissionsrechten	2.990	1.830
Vermietung und Verpachtung	2.644	3.202
- davon aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	2.096	2.584
Abgänge von Vermögenswerten des Anlagevermögens	511	2.101
Auflösung negativer Goodwill	-	1.545
Übrige Erträge	16.747	13.801
Sonstige betriebliche Erträge	119.944	110.159

Die erhaltenen Entschädigungen und Erstattungen setzten sich im Wesentlichen aus Erstattungen für Altersteilzeit in Höhe von 3.503 T€ (Vorjahr: 2.865 T€) und Erstattungen von Berufsgenossenschaftsbeiträgen in Höhe von 3.669 T€ (Vorjahr: 3.578 T€) zusammen. Des Weiteren handelt es sich um Erträge aus Schadenersatz.

Die in der Position „Gewinne aus Kursdifferenzen“ enthaltene Position „Realisierte Marktwerte abzgl. gezahlter Prämien“ ist zur Darstellung des EBIT I erforderlich. Die Korrektur dieser Position erfolgt innerhalb der Position „Marktwertveränderungen aus Sicherungsgeschäften“ (siehe Anmerkung (5)).

(3) Sonstige betriebliche Aufwendungen

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind folgende wesentliche Posten enthalten:

Angaben in T€	2006	2005
Aufwendungen für Altersteilzeit	12.401	33.010
Kurssicherungskosten/Verluste aus Kursdifferenzen	7.042	13.614
Aufwendungen/Erstattungen für stillgelegte Werke und Verwahrung Merkers	4.643	-356
Wertberichtigungen auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4.586	8.133
Zuführungen/Verbrauch Aktienoptionsprogramm	4.462	-397
Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	3.775	1.618
Abschreibungen	3.360	9.545
Investitionsnebenkosten	3.084	2.477
Aufwendungen für als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	2.080	1.805
Zuführungen/Verbrauch übrige Rückstellungen	-5.801	11.680
Übrige Aufwendungen	23.870	34.062
Sonstige betriebliche Aufwendungen	63.502	115.191

Den Kurssicherungskosten/Verlusten aus Kursdifferenzen von 7.042 T€ stehen Gewinne aus Kursdifferenzen von 54.914 T€ gegenüber, die unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen werden. Damit ergibt sich im operativen Ergebnis (EBIT I) ein Währungsergebnis in Höhe von 47.872 T€ (Vorjahr: 42.118 T€).

(4) Beteiligungsergebnis

Angaben in T€	2006	2005
Erträge aus Ausschüttungen von Beteiligungen und Gewinnabführungen	2.038	3.362
Aufwendungen aus Verlustübernahme	-2	-20
Zuschreibungen/Abschreibungen auf Beteiligungen	-168	-
Ergebnis aus dem Abgang von Beteiligungen	-99	5.738
Beteiligungsergebnis	1.769	9.080

(5) Marktwertveränderungen aus Sicherungsgeschäften

Angaben in T€	2006	2005
Realisierte Marktwerte abzgl. gezahlter Prämien	-12.360	4.463
Marktwertveränderungen noch nicht fälliger Sicherungsgeschäfte	95.921	16.329
- davon positive Marktwertveränderungen	112.363	52.037
- davon negative Marktwertveränderungen	-16.442	-35.708
Marktwertveränderungen aus Sicherungsgeschäften	83.561	20.792

Zur Position „Realisierte Marktwerte abzgl. gezahlter Prämien“ siehe Anmerkung (2).

Die Marktwertveränderungen noch nicht fälliger Sicherungsgeschäfte betreffen derivative Finanzinstrumente, die zur Absicherung künftiger Währungspositionen abgeschlossen wurden, für die nach IAS 39 keine Sicherungsbeziehungen gebildet werden können.

(6) Zinsergebnis

Angaben in T€	2006	2005
Zinsen und ähnliche Erträge	9.898	11.379
Zinsaufwand in den Zuführungen zu Pensionsrückstellungen	-7.445	-9.456
Zinsaufwand in den Zuführungen zu bergbaulichen Rückstellungen	-13.645	-13.866
Zinsaufwand in den Zuführungen zu Jubiläumrückstellungen	-888	-871
Übrige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-15.441	-4.945
Zinsergebnis	-27.521	-17.759

(7) Sonstiges Finanzergebnis

Angaben in T€	2006	2005
Erträge aus dem Abgang von Wertpapieren	9.372	5.827
Verluste aus dem Abgang von Wertpapieren	-3.537	-1.229
Erträge aus dem Abgang anderer Finanzinvestitionen	12.077	796
Verluste aus dem Abgang anderer Finanzinvestitionen	-938	-134
Ergebnis aus dem Abgang finanzieller Vermögenswerte	16.974	5.260
Erträge aus der Marktbewertung von Wertpapieren	637	1.972
Aufwendungen aus der Marktbewertung von Wertpapieren	-1.747	-627
Erträge aus der Marktbewertung anderer Finanzinvestitionen	208	18
Aufwendungen aus der Marktbewertung anderer Finanzinvestitionen	-1.057	-952
Ergebnis aus der Marktbewertung finanzieller Vermögenswerte	-1.959	411
Sonstige Finanzaufwendungen	-7.638	-
Sonstiges Finanzergebnis	7.377	5.671

Aus den Veräußerungen von nicht betriebsnotwendigen Immobilien resultierten Erträge in Höhe von 12.062 T€ (Vorjahr: 716 T€) und Verluste in Höhe von 900 T€ (Vorjahr: 133 T€). Im Berichtsjahr sind einmalige Aufwendungen in Höhe von 7.275 T€ im Zusammenhang mit dem Erwerb der SPL angefallen, die in den sonstigen Finanzaufwendungen ausgewiesen werden.

(8) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Angaben in T€	2006	2005
Laufende Steuern	49.903	49.634
- in Deutschland	43.947	41.957
- im Ausland	5.956	7.677
Latente Steuern	20.392	35.512
- in Deutschland	60.585	39.053
- im Ausland	-40.193	-3.541
- davon aus Verlustvorträgen	11.841	17.116
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	70.295	85.146

Der Ertrag aus latenten Steuern im Ausland resultiert überwiegend aus dem einmaligen Effekt der Aufstockung steuerlicher Buchwerte (step-up) im Rahmen der Reorganisation der SPL.

Für die Berechnung der inländischen latenten Steuern wird ein Steuersatz in Höhe von 37,0% (Vorjahr: 37,0%) zugrunde gelegt. Neben der Körperschaftsteuer von 25,0% und dem Solidari-

tätszuschlag von 5,5% wurde der durchschnittliche Gewerbesteuersatz (14,47%) berücksichtigt. Latente Steuern im Ausland werden mit den jeweiligen nationalen Thesaurierungsertragsteuersätzen berechnet.

In der nachfolgenden Tabelle wird eine Überleitung vom erwarteten zum ausgewiesenen Steueraufwand vorgenommen.

Angaben in T€	2006	2005
Ergebnis vor Steuern	341.455	259.597
Erwarteter Ertragsteueraufwand (37,0% Konzernsteuersatz)	126.338	96.051
Veränderungen des erwarteten Steueraufwands:		
Steuerfreie Beteiligungserträge und Veräußerungsgewinne	-5.620	-6.190
Steuerminderungen aufgrund steuerfreier Erträge und sonstiger Posten		
Hinzurechnungen/Kürzungen für Gewerbesteuer	-4.559	-5.675
Aufstockung steuerlicher Wertansätze durch Verschmelzung (step-up)	-41.855	-
Sonstige steuerfreie Erträge	-935	-3.174
Steuermehrungen aufgrund steuerlich nicht abzugsfähiger Aufwendungen und sonstiger Posten	627	3.511
Permanente Abweichungen	4.310	-229
Effekte aus Steuersatzdifferenzen	-1.480	-789
Steuern für frühere Jahre	-6.686	899
Sonstige Effekte	155	742
Tatsächlicher Steueraufwand	70.295	85.146
Steuerquote	20,6%	32,8%

(9) Materialaufwand

Angaben in T€	2006	2005
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.033.884	1.047.676
Aufwendungen für bezogene Leistungen	179.309	183.755
Energiekosten	207.497	157.689
Materialaufwand	1.420.690	1.389.120

(10) Personalaufwand/Arbeitnehmer

Angaben in T€	2006	2005
Löhne und Gehälter	522.277	519.084
- davon andere langfristige Leistungen an Arbeitnehmer	-4.007	17.638
- davon aktienbasierte Vergütungen	9.814	8.751
Soziale Abgaben	134.874	138.106
Altersversorgung	6.208	13.720
Unterstützung	185	218
Personalaufwand	663.544	671.128

Die anderen langfristigen Leistungen an Arbeitnehmer betreffen die Zuführungen und den Verbrauch der Rückstellungen für Altersteilzeit sowie für Sozialpläne und sozialplanähnliche Leistungen.

Die aktienbasierten Vergütungen resultieren aus dem Optionsprogramm sowie dem Belegschaftsaktienprogramm der K+S Gruppe.

Im Rahmen des Optionsprogramms können der Vorstand sowie leitende Angestellte einen Teil ihrer erfolgsabhängigen Vergütung für ein Basisinvestment in K+S-Aktien verwenden. Mit dem Erwerb und dem Halten dieser Basisaktien erhalten die Teilnehmer virtuelle Optionen, bei denen im Fall der Ausübung eine Barauszahlung erfolgt. Die Höhe der Barauszahlung bestimmt sich nach der Überperformance der K+S-Aktie gegenüber dem Referenzindex MDAX; sie ist auf maximal 25% Überperformance begrenzt. Für die Ausübung der Optionen besteht eine Sperrfrist von zwei Jahren; die Gesamtlaufzeit der Optionen beträgt maximal fünf Jahre.

Als Personalaufwand wurden im Jahr 2006 Zahlungen für ausgeübte Optionen in Höhe von 6.080 T€ (Vorjahr: 6.388 T€) erfasst. Der Aufwand wurde durch den Verbrauch von Rückstellungen neutralisiert. Für die am Bilanzstichtag noch nicht ausgeübten Optionen wird eine Rückstellung gebildet (siehe Anmerkung (27)).

Im Rahmen des Belegschaftsaktienprogramms haben Mitarbeiter der K+S Gruppe die Möglichkeit, K+S-Aktien mit einem Kursabschlag zu erwerben. Die Belegschaftsaktien sind mit einer einjährigen Sperrfrist versehen. Für das in 2006 beschlossene Belegschaftsaktienprogramm entstanden Aufwendungen in Höhe von 2.377 T€.

Mitarbeiter, die ihre Aktien drei Jahre ununterbrochen halten, bekommen einmalig kostenlose Bonusaktien im Verhältnis 1 zu 10. Hierfür entstand im Jahr 2006 ein Personalaufwand in Höhe von 1.357 T€.

Die Aufwendungen für Altersversorgung enthalten nicht den Zinsanteil in den Zuführungen zu Pensionsrückstellungen. Dieser wird als Zinsaufwand im Zinsergebnis ausgewiesen.

Die Personalaufwendungen enthalten periodenfremde Beträge in Höhe von 1.030 T€.

Arbeitnehmer einschließlich befristet Beschäftigter (Jahresdurchschnitt)	2006	2005
Inland	9.894	9.876
Ausland	1.498	1.141
Gesamt	11.392	11.017
- davon Auszubildende	526	510

Aus der Veränderung des Konsolidierungskreises ergibt sich im Jahresdurchschnitt ein Zugang von 378 Arbeitnehmern.

(11) Ergebnis je Aktie

Angaben in T€	2006	2005
Konzernergebnis nach Steuern und Anteilen Dritter	270.794	174.449
Eliminierung Marktwertveränderungen (brutto)	-83.561	-20.792
Eliminierung latenter Steuern auf Marktwertveränderungen	30.918	7.693
Konzernergebnis, bereinigt *	218.151	161.350
Durchschnittliche Anzahl Aktien (in Mio. Stück)	41,24	42,31
Ergebnis je Aktie (in €)	6,57	4,12
Ergebnis je Aktie, bereinigt (in €) *	5,29	3,81

* Um den Effekt der Marktwertveränderungen aus Sicherungsgeschäften bereinigt; 37,0% Steuersatz unterstellt.

Das Ergebnis je Aktie ist nach IAS 33 ausgehend vom Konzernergebnis zu ermitteln. Dieses enthält auch die Effekte aus der Bewertung der Sicherungsgeschäfte zum Stichtag (siehe Anmerkung (5)). Um diese sehr schwankungsanfälligen Einflüsse zu eliminieren, weisen wir zusätzlich das bereinigte Konzernergebnis aus. Außerdem enthält das Ergebnis je Aktie des Jahres 2006 einen einmaligen latenten Steuerertrag von 1,02 € je Aktie.

Für die Ermittlung der Ergebnisse je Aktie wird das jeweilige Ergebnis durch die gewichtete durchschnittliche Anzahl der im Umlauf befindlichen Aktien dividiert. In der Berichtsperiode waren keine potenziell verwässernden Aktien zu berücksichtigen, so dass das verwässerte gleich dem unverwässerten Ergebnis je Aktie ist. Da sämtliche Geschäftsbereiche fortgeführt werden, entfällt die Angabe eines Ergebnisses je Aktie für aufzugebende Geschäftsbereiche.

Die Reduktion der durchschnittlichen Anzahl der im Umlauf befindlichen Aktien resultiert im Wesentlichen aus dem Rückkauf von 1,25 Mio. eigenen Stückaktien im Jahr 2005, die zu Beginn des Geschäftsjahres 2006 eingezogen wurden.

Im Falle einer Ausnutzung des genehmigten Kapitals (siehe Anmerkung (22)) könnten die Ergebnisse je Aktie in Zukunft potenziell verwässert werden.

Erläuterungen zur Bilanz

Die Bilanz ist auf der Seite 136 abgebildet. Die Entwicklung der Bruttobuchwerte und Abschreibungen der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist gesondert auf den Seiten 138 f. dargestellt.

(12) Immaterielle Vermögenswerte

Die Abschreibungen des Geschäftsjahres sind entsprechend der Nutzung der betreffenden Vermögenswerte in der Gewinn- und Verlustrechnung unter folgenden Positionen ausgewiesen:

- Herstellungskosten
- Vertriebskosten
- allgemeine Verwaltungskosten
- Forschungs- und Entwicklungskosten
- sonstige betriebliche Aufwendungen

Die in der Konzernbilanz ausgewiesenen Goodwills sind den folgenden Zahlungsmittel generierenden Einheiten zugeordnet:

Angaben in T€	2006	2005
Geschäftsbereich Salz Amerika	89.009	–
Geschäftsbereich Salz Europa	13.251	13.251
Geschäftsbereich COMPO	606	606
Gesamt	102.866	13.857

Im Rahmen der Prüfung der Werthaltigkeit der Goodwills wurden die Restbuchwerte der jeweiligen Zahlungsmittel generierenden Einheiten mit dem Nutzungswert der Goodwills verglichen. Entsprechend der Definition für eine Zahlungsmittel generierende Einheit werden grundsätzlich die Geschäftsbereiche der K+S Gruppe als jeweils eine solche Einheit betrachtet. Der Geschäftsbereich Salz wird in die Zahlungsmittel generierenden Einheiten Salz Amerika und Salz Europa unterteilt. Bei der Ermittlung der Nutzungswerte wurden die Barwerte der künftigen Cashflows der Geschäftsbereiche unter der Prämisse der fortlaufenden Nutzung zugrunde gelegt. Die Prognose der Cashflows stützt sich auf die aktuellen mittelfristigen Planungen der K+S Gruppe bzw. der jeweiligen Geschäftsbereiche. Die wesentlichen Prämissen der mittelfristigen Planungen basieren weitgehend auf eigenen Erfahrungswerten. Der Prognosezeitraum umfasst die Jahre 2007 bis 2009; darüber hinaus wurde eine Wachstumsrate von 2,0% angenommen. Folgende Abzinsungssätze wurden zum 31. Dezember 2006 verwendet:

Zinssätze in %	2006 vor Steuern	2006 nach Steuern
Geschäftsbereich Salz Amerika	9,0	7,5
Geschäftsbereich Salz Europa	10,0	6,5
Geschäftsbereich COMPO	10,0	6,5

Die Zinssätze der Zahlungsmittel generierenden Einheiten Salz Europa sowie COMPO entsprechen dem gewichteten Kapitalkostensatz der K+S Gruppe vor bzw. nach Steuern. Die Zinssätze für die Zahlungsmittel generierende Einheit Salz Amerika berücksichtigen einen Länderrisikozuschlag für Chile sowie das Ertragsteuerniveau in Chile.

Der am Ende des Geschäftsjahres 2006 durchgeführte Werthaltigkeitstest bestätigte die Werthaltigkeit der bestehenden Goodwills.

Im Rahmen der Prüfung der Werthaltigkeit der übrigen immateriellen Vermögenswerte wurden die Restbuchwerte der jeweiligen Vermögenswerte mit ihrem Nutzungswert zum Bilanzstichtag verglichen. Die am Ende des Geschäftsjahres 2006 durchgeführten Werthaltigkeitstests ergaben einen Wertminderungsbedarf in Höhe von 68 T€ (Vorjahr: 3.255 T€), der in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst wurde.

(13) Sachanlagen

Die Abschreibungen auf Sachanlagen enthalten außerplanmäßige Wertminderungen in Höhe von 523 T€ (Vorjahr: 0 T€), die in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst wurden.

(14) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Die beizulegenden Zeitwerte der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien betragen zum 31. Dezember 2006 28.054 T€ (Vorjahr: 40.281 T€). Die im Vergleich zum Vorjahr geringeren Wertansätze resultieren im Wesentlichen aus der Veräußerung von Immobilienbeständen. Die Erträge aus der Veräußerung wurden im sonstigen Finanzergebnis erfasst (siehe Anmerkung (7)). Die beizulegenden Zeitwerte wurden durch interne Fachabteilungen unter Berücksichtigung lokaler Marktgegebenheiten geschätzt. Bei der Wertermittlung wurden insbesondere die lokalen Bodenrichtwerte berücksichtigt; teilweise wurde auch auf externe Wertgutachten zurückgegriffen. Im Geschäftsjahr 2006 wurden als Finanzinvestition gehaltene Immobilien in Höhe von 265 T€ (Vorjahr: 0 T€) außerplanmäßig wertgemindert.

(15) Finanzanlagen

Das maximale Ausfallrisiko zum Bilanzstichtag entspricht dem in der Bilanz angesetzten Betrag. Konkrete Anhaltspunkte für mögliche Ausfälle liegen nicht vor. Es bestehen keine erheblichen Ausfallrisikokonzentrationen.

Die Position betrifft in Höhe von 15.809 T€ Anteile an verbundenen Unternehmen sowie Beteiligungen und ist insoweit keinen Zinsänderungsrisiken ausgesetzt. In Höhe von 3.630 T€ handelt es sich um Ausleihungen (im Wesentlichen Darlehen an Mitarbeiter) und andere Finanzanlagen, die grundsätzlich festverzinslich und insoweit einem Zinsänderungsrisiko des beizulegenden Zeitwerts ausgesetzt sind. Die effektiven jährlichen Zinssätze betragen zwischen 2,0% und 5,0%, und die restliche Zinsbindungsdauer liegt zwischen einem und 17 Jahren. Eine verlässliche Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts ist für diese Position nicht möglich.

Die im Berichtsjahr erfolgte Beteiligungsabschreibung wurde im Beteiligungsergebnis erfasst.

(16) Latente Steuern

Auf Ansatz- und Bewertungsunterschiede bei den einzelnen Bilanzposten und auf steuerliche Verlustvorträge entfallen die folgenden bilanzierten aktiven und passiven latenten Steuern:

Angaben in T€	Aktive latente Steuern		Passive latente Steuern	
	2006	2005	2006	2005
Immaterielle Vermögenswerte	10.326	6.651	13.668	10.867
Sachanlagen	1.893	24.801	81.797	71.575
Finanzanlagen	–	–	9.334	54
Vorräte	9.733	1.539	11	114
Forderungen und sonstige Vermögenswerte	13.383	1.420	48.227	32.879
- davon derivative Finanzinstrumente	–	–	43.170	21.340
Rückstellungen	74.540	102.939	5.214	21.058
Verbindlichkeiten	4.948	11.764	8.556	6.236
Bruttobetrag	114.823	149.114	166.807	142.783
- davon langfristige	82.989	130.472	113.853	107.504
Steuerliche Verlustvorträge	22.690	34.900	–	–
Konsolidierungen	1.257	3.179	-521	-27
Saldierungen	-86.752	-129.052	-86.752	-129.052
Bilanzansatz (Nettobetrag)	52.018	58.141	79.534	13.704

Insgesamt wurde in Höhe von 2.557 T€ (Vorjahr: 314 T€) auf die Aktivierung latenter Steuern verzichtet, da die Nutzung der zugrunde liegenden Verlustvorträge als nicht wahrscheinlich angesehen wird. Die zugrunde liegenden Verlustvorträge betragen 13.462 T€ (Vorjahr: 907 T€).

Im Berichtsjahr wurden latente Steuern in Höhe von -4.665 T€ (Vorjahr: -2.835 T€) erfolgsneutral mit dem Eigenkapital verrechnet.

(17) Vorräte

Angaben in T€	2006	2005
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	114.175	110.435
Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	21.046	10.963
Fertige Erzeugnisse und Waren	234.451	159.927
Geleistete Anzahlungen	483	–
Vorräte	370.155	281.325

Vorräte in Höhe von 37.487 T€ (Vorjahr: 32.713 T€) wurden zum Nettoveräußerungswert angesetzt. In der Berichtsperiode wurden Wertminderungen wegen des Ansatzes zum Nettoveräußerungswert in Höhe von 5.019 T€ (Vorjahr: 5.593 T€) vorgenommen.

(18) Forderungen und sonstige Vermögenswerte

Angaben in T€	davon Restlaufzeit über 1 Jahr		davon Restlaufzeit über 1 Jahr	
	2006	2005	2006	2005
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	629.494	598.140	848	–
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	12.144	12.332	–	–
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	62	224	–	–
Sonstige Vermögenswerte	334.706	195.635	136.924	57.334
- davon derivative Finanzinstrumente	242.666	120.895	134.453	55.295
Forderungen und sonstige Vermögenswerte	976.406	806.331	137.772	57.334

Das Forderungsmanagement ist darauf ausgelegt, alle Außenstände pünktlich und vollständig einzuziehen sowie den Verlust von Forderungen zu vermeiden. Die Fakturierung erfolgt tagesaktuell und die Fakturdaten werden online auf die Debitorenkonten übertragen. Die laufende Überwachung der Außenstände erfolgt systemunterstützt entsprechend den mit den Kunden vereinbarten Zahlungszielen. Diese belaufen sich überwiegend auf 10 bis 180 Tage; auf bestimmten Märkten sind auch längere Zahlungsziele üblich. Rückständige Zahlungen werden in regelmäßigen zweiwöchigen Intervallen angemahnt.

Die Kundenforderungen sind durch entsprechende Versicherungen und anderweitige Sicherungsinstrumente gegen das Risiko eines Forderungsausfalls weitgehend abgesichert. Hierdurch wird erreicht, dass bei einem eventuellen Forderungsausfall nur ein geringer Teilverlust entsteht. Kunden, für die eine Sicherung nicht zu erreichen ist, unterliegen einer internen Bonitätsprüfung. Das maximale Risiko durch den sehr unwahrscheinlichen gleichzeitigen Ausfall aller nicht gesicherten Forderungen betrug am 31. Dezember 2006 ohne die SPL-Gruppe 36.861 T€ (Vorjahr: 65.984 T€). Bei der SPL-Gruppe bestehen aufgrund der verwendeten Zahlungsmodalitäten (Vorkasse, letter of credit) keine nennenswerten Forderungsausfallrisiken. Wesentliche Risikokonzentrationen der Forderungen bestanden nicht.

Auf den Forderungsbestand zum 31. Dezember 2006 wurden Wertberichtigungen in Höhe von 24.342 T€ (Vorjahr: 23.027 T€) vorgenommen. Die Wertminderungen beruhen auf Erwartungen für das Ausfallrisiko. Soweit Forderungen eine Restlaufzeit von mehr als drei Monaten aufweisen, werden sie basierend auf den Geldmarktsätzen zum Bilanzstichtag abgezinst. Insoweit unterliegen die Forderungen einem zinsbedingten Risiko und damit einer Änderung des beizulegenden Zeitwerts. Zum 31. Dezember 2006 wurden Abwertungen für un- bzw. unterverzinsliche Forderungen in Höhe von 2.678 T€ (Vorjahr: 1.239 T€) vorgenommen.

(19) Derivative Finanzinstrumente

Das Währungs- und Zinsmanagement des Konzerns wird zentral für alle Konzerngesellschaften vorgenommen. Der Einsatz der derivativen Finanzinstrumente ist durch eine interne Richtlinie geregelt. Eine strikte Funktionstrennung von Handel, Abwicklung und Kontrolle ist sichergestellt. Die derivativen Finanzinstrumente werden nur mit Banken bester Bonität gehandelt. Der Gesamtbestand an derivativen Finanzinstrumenten ist zwecks Reduzierung des Ausfallrisikos auf mehrere Banken verteilt.

Das Zinsmanagement verfolgt das Ziel, Risiken aus steigenden Zinsbelastungen durch Veränderungen des allgemeinen Zinsniveaus zu begrenzen. Zu diesem Zweck setzten wir teilweise Optionen ein (sog. Zins-Caps), die einen Anstieg der Zinsbelastung über ein definiertes Niveau hinweg verhindern.

Bei dem Einsatz der Derivate zur Währungssicherung wird das Ziel verfolgt, Risiken, die für die operative Geschäftstätigkeit aus Wechselkursänderungen resultieren können, zu mindern. Diese Wechselkursrisiken bestehen im Wesentlichen bei Nettozahlungseingängen in US-Dollar sowie im geringeren Umfang in britischen Pfund. Während beim britischen Pfund i.d.R. Devisentermingeschäfte zum Einsatz kommen, werden zur Sicherung von US-Dollarzahlungen überwiegend Devisenoptionengeschäfte eingesetzt.

Sicherungsgeschäfte für britische Pfund werden i.d.R. mit einer Laufzeit bis zu maximal einem Jahr abgeschlossen. Die Sicherungsgeschäfte für US-Dollar der Geschäftsbereiche Kali- und Magnesiumprodukte sowie Salz werden überwiegend mit einer dem mittelfristigen Planungshorizont entsprechenden Laufzeit von bis zu drei Jahren abgeschlossen. Das Sicherungsvolumen dieser Geschäfte wird auf Basis der Erlös- und Kostenplanung unter Anwendung von Sicherheitsabschlägen bestimmt und fortlaufend aktualisiert, um Über- oder Untersicherungen zu vermeiden. Im Rahmen des Handelsgeschäfts im Geschäftsbereich fertiva wird demgegenüber eine selektive Kurssicherung bilanzieller US-Dollarforderungen vorgenommen. Hier werden i.d.R. Devisentermingeschäfte eingesetzt, um eine möglichst sichere Kalkulationsbasis zu erreichen.

Bei den eingesetzten Derivaten zur Sicherung der künftig erwarteten US-Dollarpositionen handelt es sich i.d.R. um Optionen, die mit einer unteren und einer oberen Knock-out-Grenze versehen sind (Double-Barrier-Optionen) und selektiv um Forward Volatility Agreements ergänzt wurden. Notiert während der Laufzeit der Kassakurs auf oder jenseits einer der Knock-out-Grenzen, verfällt die Option wertlos. Durch aktives Währungsmanagement können diese Knock-out-Grenzen, gegen Inkaufnahme von zusätzlichen Prämienzahlungen, verschoben werden. Dies erfolgt überwiegend durch Verkauf der Option mit den bisherigen Knock-out-Grenzen und Kauf einer Option mit neuen Knock-out-Grenzen.

Der Handel der Derivate erfolgt ausschließlich im so genannten OTC-Geschäft. Bei Devisentermingeschäften erfolgt aufgrund der Transparenz des Marktes der Abschluss direkt mit einer Bank nach Vergleich mit den indikativen Interbankenbedingungen. Für den Handel mit Double-Barrier-Optionen liegt ein derartig transparenter Markt nicht vor, daher werden bei Optionsgeschäften dieser Art von mehreren Banken Quotierungen eingeholt. Das Geschäft wird mit der am besten quotierenden Bank abgeschlossen.

Grundsätzlich sieht IAS 39 die Möglichkeit vor, Sicherungsbeziehungen zwischen Grundgeschäften und derivativen Finanzinstrumenten zu bilden. Die Voraussetzungen für die Bildung von Sicherungsbeziehungen liegen allerdings überwiegend nicht vor, da insbesondere die eingesetzten Optionen das so genannte Effektivitätskriterium gemäß IAS 39 nicht erfüllen. Im Geschäftsbereich fertiva werden dagegen Sicherungsbeziehungen gebildet. Hier werden i.d.R. zum Zeitpunkt der Forderungsentstehung Sicherungsbeziehungen mit Termingeschäften hergestellt, da bei diesen Geschäften die Voraussetzungen gemäß IAS 39 regelmäßig erfüllt sind.

Die Erfassung der Marktwertveränderungen aus der Bewertung der Derivate erfolgt, ungeachtet dessen, ob Sicherungsbeziehungen hergestellt wurden, in der Gewinn- und Verlustrechnung. Sofern Sicherungsbeziehungen bestehen, erfolgt der Ausweis der Marktwertveränderungen im EBIT I; ansonsten werden die Marktwertveränderungen im EBIT II ausgewiesen.

Das Hauptrisiko bei den eingesetzten Währungsderivaten ergibt sich aus Wechselkursschwankungen, da diese, neben anderen Faktoren, unmittelbare Auswirkungen auf die Marktwerte der jeweiligen Derivate haben. Bei den von K+S erworbenen Devisenoptionen mit Knock-out-Grenzen (bei deren Erreichen die Optionen wertlos verfallen) beschränkt sich das Risiko auf den kompletten Verlust des entsprechenden Marktwerts bzw. der für die Devisenoptionen gezahlten Prämien. Bei dem überwiegenden Teil der verkauften Devisenoptionen handelt es sich um Positionen, die im Zuge der erfolgten Anpassungen von Knock-out-Grenzen entstanden sind. Das heißt, aus diesen Positionen drohen keine Risiken. Für einen geringen Teil der Gesamtsicherungsposition wurden in der Vergangenheit zur Erzielung von prämieneutralen bzw. -minimalen Strukturen Devisenoptionen verkauft. Bei diesen verkauften Devisenoptionen kann ein Verlust eintreten, sofern der Wechselkurs die in den Optionen vereinbarten Wechselkurse am Tag der Ausübung unterschreitet. Bei den abgeschlossenen Devisentermingeschäften besteht ebenfalls ein Marktwertisiko zum jeweiligen Stichtag; dem stehen jedoch gegenläufige Effekte aus der währungsbedingten Forderungsbewertung gegenüber.

Die ermittelten Marktwerte entsprechen dem Wert bei vorzeitiger fiktiver Auflösung zum Bilanzstichtag. Die Ermittlung erfolgt auf Basis anerkannter, von den Marktteilnehmern üblicherweise angewandter finanzmathematischer Methoden. Diesen Berechnungen liegen insbesondere die folgenden, am Bilanzstichtag geltenden Parameter zugrunde:

- Devisenkassakurse der betreffenden Währungen,
- vereinbarte Sicherungs- bzw. Ausübungskurse,
- gehandelte Volatilitäten, d.h. die erwartete Schwankungsbreite der betreffenden Devisenkurse,
- Zinsniveau der betreffenden Währungen.

Der Ausweis der Effekte aus der Ausübung bzw. stichtagsbezogenen Bewertung der Derivate erfolgt in zwei Positionen in der Gewinn- und Verlustrechnung. Sofern es sich um Derivate handelt, die ausgeübt werden, erfolgt der Ausweis innerhalb der sonstigen betrieblichen Erträge bzw. Aufwendungen und somit im operativen Ergebnis (EBIT I). Die erfolgswirksam zu verbuchenden Veränderungen aus der Marktwertveränderung der zum Bilanzstichtag nicht ausgeübten Derivate werden innerhalb des so genannten EBIT II ausgewiesen. Der Ausweis in zwei Ergebnisebenen ermöglicht es, den wirtschaftlichen Erfolg der gesicherten Geschäfte isoliert von den Marktwertveränderungen sichtbar zu machen. Ansonsten könnten die Effekte der Marktwertveränderung, insbesondere durch den Einsatz von Devisenoptionen mit Knock-out-Grenzen, den wirtschaftlichen Erfolg positiv wie negativ in großem Umfang überlagern.

Am 31. Dezember 2006 bestanden folgende Positionen:

Angaben in T€	Nominalwerte ¹⁾	Beizuleg. Zeitwerte
Devisentermingeschäfte USD		
- davon mit Fälligkeit in 2007	20.722	455
Gekaufte Devisenoptionen USD		
- davon mit Fälligkeit in 2007	659.144	107.310
- davon mit Fälligkeit in 2008	627.942	62.172
- davon mit Fälligkeit in 2009	899.217	72.303
Verkaufte Devisenoptionen USD		
- davon mit Fälligkeit in 2007	366.972	-66
- davon wirtschaftlich neutralisierte Verpflichtungen mit Fälligkeit von 2007 bis 2009	390.947	-37.709
Devisengeschäfte USD insgesamt	2.964.944	204.465

¹⁾ umgerechnet in Euro mit gewichteten Sicherungskursen

US-Dollar-Devisentermingeschäfte im Nominalwert von 20.722 T€ und mit einem beizulegenden Zeitwert von 455 T€ waren in Sicherungsbeziehungen mit US-Dollarforderungen einbezogen.

Neben Derivaten zur Absicherung operativer Fremdwährungspositionen werden in Einzelfällen derivative Finanzinstrumente erworben, die der Absicherung von Kurs-, Zins- oder Wechselkursrisiken bestimmter Wertpapiere dienen. Die Marktwerte dieser Derivate werden als sonstige Vermögenswerte bzw. sonstige Verbindlichkeiten bilanziert und deren Marktwertveränderungen im Finanzergebnis erfasst. Zur Sicherung von Zinsrisiken besteht ein Zins-Cap mit einem stichtagsbedingten Nominalwert von 115.000 T€. Die Restlaufzeit dieses Instruments beträgt ca. 2,5 Jahre, wobei sich der Nominalwert analog der zugehörigen Finanzverbindlichkeiten verringert. Der Marktwert dieses Instruments am 31. Dezember 2006 beträgt 426 T€. Ferner besteht additiv zu einem Wertpapier ein Zinsderivat mit einem Nominalwert von 10.000 T€ und einer Restlaufzeit von sieben Jahren; am 31. Dezember 2006 wurde ein negativer Marktwert von 1.553 T€ passiviert.

(20) Wertpapiere

Angaben in T€	2006	2005
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert („held for trading“)	12.356	60.591
- davon festverzinsliche Wertpapiere	2.906	9.996
- davon variabel verzinsliche Wertpapiere	9.450	31.561
- davon Aktien	–	19.034
Zur Veräußerung verfügbar („available for sale“)	44.955	71.458
- davon festverzinsliche Wertpapiere	2.863	1.355
- davon variabel verzinsliche Wertpapiere	–	27.012
- davon Aktien	42.092	43.091
Wertpapiere	57.311	132.049

Zum 31. Dezember 2006 wurden bei den als zur Veräußerung verfügbar klassifizierten Wertpapieren Werterhöhungen in Höhe von 8.075 T€ (Vorjahr: 8.296 T€) und Wertminderungen in Höhe von 0 T€ (Vorjahr: 341 T€) direkt im Eigenkapital gebucht. Aus dem Abgang von Wertpapieren dieser Kategorie wurden realisierte Gewinne von 3.041 T€ (Vorjahr: 69 T€) und realisierte Verluste von 16 T€ (Vorjahr: 0 T€) erfolgswirksam erfasst.

Die in der Bilanz angesetzten beizulegenden Zeitwerte beruhen überwiegend auf den veröffentlichten Börsenpreisen zum Bilanzstichtag. Bei Wertpapieren, für die keine Börsenpreise vorliegen, beruhen die Bilanzwerte auf indikativen Wertangaben von Kreditinstituten.

Im Berichtsjahr wurde ein Teil der Wertpapierbestände im Rahmen eines Contractual Trust Arrangements (CTA) zur Finanzierung von Pensionsverpflichtungen ausgegliedert (siehe Anmerkung (25)).

Der verbleibende Bestand an Wertpapieren dient zum Teil der Abdeckung längerfristiger Verpflichtungen, teilweise auch der Finanzierung des laufenden Geschäfts. Damit die Erfüllung dieser Zwecke gewährleistet ist, ist die Anlagepolitik darauf ausgerichtet, bei überschaubaren Risiken angemessene Renditen zu erzielen. Insbesondere wird das Risiko von Kapitalverlusten durch eine Verteilung der anzulegenden Beträge auf verschiedene Anlageklassen reduziert. Außerdem werden bei der Auswahl der einzelnen Wertpapiere gewisse Mindestanforderungen an die Bonität der Emittenten gestellt.

Ein Einsatz derivativer Finanzinstrumente zur Absicherung gegen Kursverluste bei Wertpapieren wird grundsätzlich nicht vorgenommen, so dass die Wertpapiere – insbesondere Aktien – den marktüblichen Ausfall- und Kursrisiken unterliegen. In einzelnen Fällen werden jedoch Derivate zur Absicherung gegen Risiken aus Zinsänderungen eingesetzt.

Die festverzinslichen Wertpapiere unterliegen einem zinsbedingten Risiko einer Änderung des beizulegenden Zeitwerts. Die Zinsbindungen liegen zwischen zwei und 25 Jahren, und die Effektivzinssätze belaufen sich auf 5,2% bis 6,7%. Die variabel verzinslichen Wertpapiere unterliegen einem zinsbedingten Cashflow-Risiko. Die Zinsanpassungstermine liegen zwischen drei und sechs Monaten, und die Effektivzinssätze orientieren sich an den zugrunde liegenden Geldmarktsätzen zuzüglich angemessener Aufschläge. Die im Wertpapierbestand enthaltenen Aktien unterliegen keinem direkten Zinsänderungsrisiko.

(21) Eigenkapital

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Eigenkapitals ist gesondert auf der Seite 135 dargestellt.

(22) Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital der K+S Aktiengesellschaft beträgt 108,8 Mio. € und ist in 41,25 Mio. nennwertlose Inhaber-Stückaktien eingeteilt. Im Geschäftsjahr 2006 befanden sich durchschnittlich 41,24 Mio. Stückaktien im Umlauf.

Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 10. Mai 2006 wurde der Vorstand ermächtigt, bis zum 31. Oktober 2007 eigene Aktien bis zu 10% des Grundkapitals zu erwerben. Der Erwerb erfolgt über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots. Im Falle des Erwerbs über die Börse darf der von der Gesellschaft gezahlte Kaufpreis je Aktie (ohne Erwerbsnebenkosten) den maßgeblichen Börsenpreis um nicht mehr als 5% über- oder unterschreiten. Im Falle eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots darf der angebotene Kaufpreis je Aktie (ohne Erwerbsnebenkosten) den maßgeblichen Börsenpreis um nicht mehr als 10% über- oder unterschreiten. Die Verwendung der Aktien, die aufgrund der beschriebenen Ermächtigung oder einer früher von der Hauptversammlung nach

§ 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG erteilten Ermächtigung erworben wurden, erfolgt gemäß den im Ermächtigungsbeschluss genannten Zwecken. Mit dieser Ermächtigung wird die auf der Hauptversammlung vom 11. Mai 2005 erteilte Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien aufgehoben. Im Geschäftsjahr 2006 hat die K+S Aktiengesellschaft von der neu erteilten Ermächtigung keinen Gebrauch gemacht.

Durch einen weiteren Beschluss der Hauptversammlung vom 10. Mai 2006 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der K+S Aktiengesellschaft bis zum 9. Mai 2011 gegen Bar- oder Sacheinlagen einmal oder mehrmals, insgesamt jedoch um höchstens 54,4 Mio. € durch Ausgabe von höchstens 20,625 Mio. neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien zu erhöhen (genehmigtes Kapital). Bei Durchführung der Kapitalerhöhung ist den Aktionären grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand kann mit Zustimmung des Aufsichtsrats das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre in den folgenden Fällen ausschließen, und zwar insgesamt bis zu einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von 27,2 Mio. € (entsprechend 10,3125 Mio. Stückaktien):

- für Spitzenbeträge, die infolge des Bezugsrechts entstehen;
- bei Kapitalerhöhungen gegen Bareinlagen, wenn die Kapitalerhöhung 10 % des Grundkapitals nicht übersteigt und der Ausgabebetrag für die neuen Aktien den maßgeblichen Börsenpreis nicht wesentlich unterschreitet; als maßgeblicher Börsenpreis gilt dabei der gewichtete Durchschnitt der Börsenpreise der Aktien im Computer-Handelssystem XETRA während der letzten zehn Börsentage vor Zeichnung der neuen Aktien;
- bei Kapitalerhöhungen gegen Sacheinlagen, wenn die neuen Aktien beim Erwerb eines Unternehmens oder einer Unternehmensbeteiligung als Gegenleistung eingesetzt werden sollen.

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten einer Kapitalerhöhung aus dem genehmigten Kapital festzulegen.

Der Klage der Schutzvereinigung aktienrechtlicher Minderheitsbeteiligungen e.V. auf Feststellung, dass der von der Hauptversammlung am 10. Mai 2006 unter TOP 7 gefasste Beschluss (Ermächtigung zur Ausgabe von Wandel- bzw. Optionsschuldverschreibungen und bedingte Kapitalerhöhung nebst Satzungsänderung und Ermächtigung zur Satzungsänderung) nichtig ist, hat das Landgericht Kassel im Dezember 2006 stattgegeben. Gegen das Urteil wird Berufung eingelegt.

(23) Andere Rücklagen und Bilanzgewinn

Im Konzernabschluss werden andere Rücklagen und der Bilanzgewinn in einer Position zusammengefasst, um den Besonderheiten der Konsolidierung Rechnung zu tragen. Die Entwicklung der einzelnen Rücklagen und des Bilanzgewinns ist gesondert dargestellt.

Angaben in T€	2006	2005
Stand am 1. Januar	824.605	767.107
Konsolidierungsbedingte Effekte	-17.168	6
Dividendenausschüttung für das Vorjahr	-74.250	-55.250
Veränderung durch Erwerb eigener Anteile	–	-66.650
Konzernergebnis nach Steuern und Anteilen Dritter	270.794	174.449
Sonstige neutrale Veränderungen	3.034	4.943
Stand am 31. Dezember	1.007.015	824.605

Die sonstigen Veränderungen enthalten im Wesentlichen ergebnisneutral verrechnete latente Steuern, währungsbedingte Effekte sowie die Marktbewertung von Wertpapieren.

BILANZGEWINN K+S AKTIENGESELLSCHAFT

Für die Ausschüttung der Dividende ist der Jahresabschluss der K+S Aktiengesellschaft maßgebend, der nach deutschem Handelsrecht aufgestellt wird. Es ist beabsichtigt, der Hauptversammlung vorzuschlagen, eine Dividende von 2,00 € pro Stückaktie (Vorjahr: 1,80 €), d.h. insgesamt 82.500 T€ (Vorjahr: 74.250 T€), an die Aktionäre auszuschütten. Unter dieser Annahme ergibt sich zum Bilanzstichtag folgender Bilanzgewinn bei der K+S Aktiengesellschaft:

Angaben in T€	2006	2005
Stand am 1. Januar	74.250	55.433
Dividendenausschüttung für das Vorjahr	-74.250	-55.250
Jahresüberschuss K+S Aktiengesellschaft	135.984	100.413
Einstellung in andere Gewinnrücklagen aus Jahresüberschuss	-53.484	-26.346
Stand am 31. Dezember	82.500	74.250

ANDERE GEWINNRÜCKLAGEN K+S AKTIENGESELLSCHAFT

Die anderen Gewinnrücklagen der K+S Aktiengesellschaft haben sich im Geschäftsjahr 2006 wie folgt entwickelt:

Angaben in T€	2006	2005
Stand am 1. Januar	55.696	96.000
Entnahme zur Einziehung eigener Aktien	–	-66.650
Einstellung aus Jahresüberschuss	53.484	26.346
Stand am 31. Dezember	109.180	55.696

(24) Rückstellungen

Die Entwicklung der Rückstellungen ist gesondert auf der Seite 140 f. dargestellt.

(25) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Pensionsrückstellungen betreffen verschiedene leistungsorientierte Altersversorgungssysteme der K+S Gruppe. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Direktzusagen inländischer Gruppengesellschaften aus mittlerweile geschlossenen Versorgungssystemen. Der überwiegende Teil der Verpflichtungen betrifft Pensionäre.

Die Höhe der Pensionsverpflichtungen wird als versicherungsmathematischer Barwert der erdienten Versorgungsansprüche (Anwartschaftsbarwert) berechnet. Die K+S Gruppe hat einen Teil dieser Versorgungsansprüche über externes Planvermögen im Rahmen eines Contractual Trust Arrangement (CTA) finanziert. Bei der Berechnung wurden folgende Bewertungsannahmen getroffen:

Angaben in %	2006	2005
Rechnungszins	4,6	4,6
Erwartete jährliche Einkommenssteigerung	1,5	1,5
Erwartete jährliche Rentensteigerung	1,5	1,5
Erwartete Rendite des Planvermögens	5,4	–

Die erwartete Rendite des Planvermögens basiert auf den erwarteten Erträgen aus den zu Beginn des Geschäftsjahres im Planvermögen enthaltenen fest und variabel verzinslichen Wertpapieren.

Die Bildung des Planvermögens mittels CTA erfolgte erst im Laufe des Geschäftsjahres 2005, daher wird zum 1. Januar 2005 kein Planvermögen ausgewiesen.

Zum Ende des Geschäftsjahres 2006 wurde weiteres Planvermögen innerhalb des CTA gebildet, so dass sich am 31. Dezember 2006 folgende Aufteilung des Planvermögens ergibt:

Angaben in T€	2006	2005
Festverzinsliche Wertpapiere	40.545	30.070
Variabel verzinsliche Wertpapiere	20.562	11.600
Aktien	19.158	–
Flüssige Mittel und Sonstiges	2.000	–
Stand am 31. Dezember	82.265	41.670

Weitere Beiträge an das Planvermögen für 2007 werden geprüft. Versicherungsmathematische Gewinne bzw. Verluste werden nur erfasst, sofern sie den 10%-Korridor übersteigen (Maximum aus 10% des Verpflichtungsumfangs und 10% des Planvermögens). Der übersteigende Betrag wird ergebniswirksam über die durchschnittliche Restdienstzeit der Aktiven verteilt.

Die nachfolgenden Tabellen zeigen die Entwicklung des Anwartschaftsbarwerts und des Planvermögens:

Angaben in T€	2006	2005
Anwartschaftsbarwert am 1. Januar	208.241	214.510
Änderungen des Konsolidierungskreises	504	268
Dienstzeitaufwand	2.562	2.347
Zinsaufwand	9.173	9.456
Plananpassungen/Planabgeltungen	-125	–
Auflösung/Umbuchung	-205	-751
Pensionszahlungen	-15.896	-15.335
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+)	-1.677	-2.264
Wechselkursänderungen	-8	10
Anwartschaftsbarwert am 31. Dezember	202.569	208.241

Angaben in T€	2006	2005
Planvermögen am 1. Januar	41.670	–
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	2.265	–
Abweichung zwischen erwarteten und tatsächlichen Erträgen	-482	–
Beiträge des Arbeitgebers	42.369	41.670
Pensionszahlungen	-3.557	–
Planvermögen am 31. Dezember	82.265	41.670

Zur Überleitung auf die Bilanzwerte ist das Planvermögen mit dem Anwartschaftsbarwert zu saldieren und um die noch nicht erfassten versicherungsmathematischen Gewinne bzw. Verluste zu korrigieren.

Angaben in T€	2006	2005
Anwartschaftsbarwert am 31. Dezember	202.569	208.241
- davon vollständig durch Planvermögen gedeckt	37.601	39.408
- davon teilweise durch Planvermögen gedeckt	112.222	–
Planvermögen am 31. Dezember	82.265	41.670
Finanzierungsstatus	120.304	166.571
Nicht erfasste versicherungsmathematische Gewinne (+)/Verluste (-)	5.013	3.811
Bilanzwerte am 31. Dezember	125.317	170.382
- davon Rückstellungen für Pensionen (+)	128.223	171.746
- davon Vermögenswert (-)	-2.906	-1.364

Der Pensionsaufwand aus den leistungsorientierten Versorgungszusagen setzt sich wie folgt zusammen:

Angaben in T€	2006	2005
Dienstzeitaufwand	2.562	2.347
Zinsaufwand	9.173	9.456
Plananpassungen/Planabgeltungen	-125	-
Auflösung	-154	-95
Tilgung versicherungsmathematischer Verluste	7	-
Erwarteter Ertrag aus dem Planvermögen	-2.265	-
Pensionsaufwand	9.198	11.708

Der Dienstzeitaufwand und der Aufwand aus der Tilgung versicherungsmathematischer Verluste werden entsprechend der Zuordnung der Mitarbeiter in der Gewinn- und Verlustrechnung unter folgenden Positionen ausgewiesen:

- Herstellungskosten
- Vertriebskosten
- allgemeine Verwaltungskosten
- Forschungs- und Entwicklungskosten
- sonstige betriebliche Aufwendungen

Der Zinsaufwand und die Erträge aus dem Planvermögen werden im Zinsergebnis erfasst. Plananpassungen/Planabgeltungen sowie sonstige Rückstellungsaufösungen werden als sonstiger betrieblicher Ertrag ausgewiesen.

Im Zeitablauf ergibt sich folgende Entwicklung der Pensionsverpflichtungen und des Planvermögens:

Angaben in T€	2006	2005
Anwartschaftsbarwert am 31. Dezember	202.569	208.241
Planvermögen am 31. Dezember	82.265	41.670
Unterdeckung (+)/Überdeckung (-)	120.304	166.571
Erfahrungsbedingte Gewinne (+)/Verluste (-) aus Verpflichtungen	1.677	2.264
Erfahrungsbedingte Gewinne (+)/Verluste (-) aus Planvermögen	-482	-

Darüber hinaus bestehen in der K+S Gruppe weitere Altersversorgungssysteme, für die keine Rückstellungen angesetzt werden.

Ein wichtiger Baustein der Altersversorgung des überwiegenden Teils der Mitarbeiter, insbesondere in Deutschland, ist die gesetzliche Rentenversicherung. Die hierfür geleisteten und als Personalaufwand erfassten Arbeitgeberbeiträge beliefen sich in der Berichtsperiode für die K+S Gruppe auf 59.650 T€ (Vorjahr: 57.402 T€). Die künftige Höhe dieser Aufwendungen hängt wesentlich von der Entwicklung der zugrunde liegenden Rentenversicherungssysteme ab.

Im Rahmen der inzwischen geschlossenen zusätzlichen Versorgung über die BASF-Pensionskasse leisten Arbeitgeber und Mitarbeiter Beiträge. Dieser Versorgungsweg ist als gemeinschaftlicher Plan mehrerer Arbeitgeber i. S. v. IAS 19.29 zu qualifizieren. Der Plan ist grundsätzlich als leistungsorientiert einzustufen. Da zuverlässige Informationen über Planvermögen und Verpflichtungen nur für die Pensionskasse insgesamt vorliegen und nicht für die auf die K+S Gruppe entfallenden Anteile, liegen keine ausreichenden Informationen für eine Bilanzierung des Plans vor. Deshalb wird dieser Plan gemäß IAS 19.30 als beitragsorientiert behandelt. Die als Personalaufwand erfassten Beiträge der K+S Gruppe an die Pensionskasse betragen im Jahr 2006 2.714 T€ (Vorjahr: 8.879 T€). Der Vorjahreswert beinhaltet eine Solvabilitätszahlung in Höhe von 6.090 T€ zur Vermeidung einer Unterdeckung.

Ein weiterer leistungsorientierter Plan, der gemäß IAS 19.30 als beitragsorientierter Plan zu behandeln ist, besteht bei einer Schweizer Tochtergesellschaft, die mit ihrem Vorsorgewerk an die Sammelstiftung der Rentenanstalt in Zürich angeschlossen ist. Die Aufwendungen beliefen sich im Jahr 2006 auf 189 T€ (Vorjahr: 200 T€).

Im Rahmen der seit 2004 bestehenden Unterstützungskasse K+S VorsorgePlus wird eine vom Arbeitgeber finanzierte Grundversorgung über rückgedeckte Lebensversicherungen zum Aufbau einer Altersversorgung verwendet. Da die erworbenen Ansprüche vollständig durch kongruente Rückdeckungsversicherungen abgedeckt sind, deren beizulegender Zeitwert mit dem Wert der Verpflichtungen gleichgesetzt werden kann, ist hierfür keine Rückstellung zu bilanzieren. Die arbeitgeberfinanzierten Beiträge an die Unterstützungskasse führten im Jahr 2006 zu einem Aufwand von 330 T€ (Vorjahr: 234 T€).

Mit Wirkung vom 1. August 2006 wurden die vermögenswirksamen Leistungen durch eine neue tarifliche Altersvorsorgeleistung ersetzt. Diese arbeitgeberfinanzierte Leistung bietet den Mitarbeitern die Möglichkeit, bestimmte Altersvorsorgewege, wie z. B. den Chemie Pensionsfonds, zum Aufbau einer betrieblichen Altersversorgung zu nutzen. Der Aufwand belief sich im Jahr 2006 auf 159 T€. Darüber hinaus gewährt die K+S Gruppe weitere Zuschüsse, wenn die Mitarbeiter im Rahmen der Entgeltumwandlung eigene Beitragszahlungen in die betriebliche Altersvorsorge leisten. Hierfür wurden im Jahr 2006 als Aufwand 160 T€ (Vorjahr: 152 T€) erfasst.

(26) Rückstellungen für bergbauliche Verpflichtungen

Angaben in T€	2006	davon kurzfristig	2005	davon kurzfristig
Gruben- und Schachtverfüllung	181.358	6.481	180.433	7.180
Haldenverwahrung	90.037	–	82.302	–
Bergschäden	36.465	–	32.008	–
Rückbau	31.535	–	29.489	–
Sonstige	5.244	–	7.815	–
Bergbauliche Rückstellungen	344.639	6.481	332.047	7.180

Rückstellungen für bergbauliche Verpflichtungen sind aufgrund gesetzlicher und vertraglicher sowie behördlicher Auflagen zu bilden und umfassen im Wesentlichen Verpflichtungen zur Verfüllung von Gruben und Schächten sowie die Verpflichtung zur Haldenverwahrung. Außerdem bestehen Rückstellungen für Bergschädenwagnisse und Rückbauverpflichtungen.

Die bergbaulichen Verpflichtungen basieren auf gesetzlichen Regelungen wie dem Bundesberggesetz und werden vor allem in Betriebsplänen und wasserrechtlichen Erlaubnisbescheiden konkretisiert. Im Rahmen dieser überwiegend öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen sind die Sicherung der Tagesoberfläche und Rekultivierungsmaßnahmen erforderlich. Bergschäden können durch den untertägigen Abbau und die damit verbundene Absenkung der Erdoberfläche oder aufgrund von Schäden im Zusammenhang mit dem Produktionsprozess durch Staub oder Versalzung entstehen. Durch die Rückstellungen sind die erkennbaren Verpflichtungen zur Wiedernutzbarmachung sowie die Verpflichtungen aus verursachten bzw. bereits eingetretenen Bergschäden berücksichtigt.

Die Höhe der zu bildenden Rückstellungen basiert auf den erwarteten Aufwendungen bzw. den geschätzten Schadenersatzleistungen. Bergbaubedingte Rückstellungen sind überwiegend langfristige Rückstellungen, die auf Basis der zukünftig erwarteten Aufwendungen mit dem auf den Bilanzstichtag abgezinsten Erfüllungsbetrag bilanziert werden. Dabei wird eine künftige Preissteigerung in Höhe von 1,5% und als Abzinsungsfaktor ein Zinssatz von 5,0% zugrunde gelegt. Die erwarteten Erfüllungszeitpunkte sind im Wesentlichen abhängig von der wirtschaftlichen Restnutzungsdauer der Standorte. Im Bereich der Bergschäden reichen die Verpflichtungen teilweise weit über das Jahr 2050 hinaus.

Die Zuführung zu den bergbaulichen Rückstellungen im Berichtsjahr in Höhe von 25.824 T€ (Vorjahr: 19.274 T€) ist im Wesentlichen auf die jährliche Aufzinsung der Rückstellungen durch die Verkürzung der Zeitspanne bis zum Erfüllungszeitpunkt in Höhe von 13.645 T€ (Vorjahr: 13.866 T€) zurückzuführen. Weitere Zuführungen waren für die Bildung von ergänzenden Rückstellungen für bergbauliche Risiken erforderlich.

Mit der Inanspruchnahme von bergbaulichen Rückstellungen in Höhe von 9.625 T€ (Vorjahr: 13.390 T€) wurde der Verpflichtung zur Verwahrung von Alt-Standorten Rechnung getragen. Weiterhin handelt es sich auch um Aufwendungen im Zusammenhang mit Bergschädenwagnissen.

Rückstellungsaufösungen in Höhe von 261 T€ (Vorjahr: 3.047 T€) resultieren weitgehend aus einer Verringerung einzelner erwarteter Verpflichtungen.

(27) Sonstige Rückstellungen

Bei den langfristigen Personalverpflichtungen handelt es sich im Wesentlichen um Rückstellungen für Altersteilzeit (58.980 T€), für Jubiläumsgelder (21.690 T€) und für das Aktienoptionsprogramm (11.517 T€).

Die Rückstellungen für Altersteilzeit berücksichtigen Verpflichtungen aus abgeschlossenen und potenziellen Altersteilzeitverträgen; bei den potenziellen Altersteilzeitverträgen besteht ein Rechtsanspruch des Arbeitnehmers auf Abschluss eines Altersteilzeitvertrags. Bei der Bewertung werden sowohl Erfüllungsrückstände (Differenz zwischen dem Wert der vollen Arbeitsleistung und des Altersteilzeitentgelts zuzüglich der anfallenden Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung) als auch Aufstockungsbeträge zum Altersteilzeitentgelt und zu den Beiträgen der gesetzlichen Rentenversicherung erfasst. Der Ansatz erfolgt zum Barwert (Rechnungszins: 4,6%) bei einer erwarteten jährlichen Einkommenssteigerung von 1,5%.

Die Rückstellungen für Jubiläumsgelder werden für künftige Zahlungen anlässlich des 25-jährigen, 40-jährigen oder 50-jährigen Dienstjubiläums gebildet. Die Bewertung erfolgt nach der Projected Unit Credit-Methode. Der Berechnung wurden ein Rechnungszins von 4,6% sowie eine erwartete jährliche Einkommenssteigerung von 1,5% zugrunde gelegt.

Der Bestand der bei Ausübung in bar abzugelenden virtuellen Aktienoptionen setzte sich zu Beginn der Berichtsperiode wie folgt zusammen:

Anzahl Optionen	erstmalig ausübbar	Verfall	beizulegender Zeitwert	Rückstellung
1.000	Mai 2004	Mai 2007	6	6
8.475	Mai 2005	Mai 2008	36	36
1.020.910	Mai 2006	Mai 2009	6.164	5.136
989.700	Mai 2007	Mai 2010	5.631	1.877
2.020.085			11.837	7.055

Im Jahr 2006 wurden 1.000 Optionen, die erstmalig im Mai 2004 ausübbar waren, 1.440 Optionen, die erstmalig im Mai 2005 ausübbar waren, und 1.014.160 Optionen, die erstmalig im Mai 2006 ausübbar waren, von berechtigten Mitarbeitern ausgeübt. Dies führte zu einem Rückstellungsverbrauch in Höhe von 6.080 T€ (siehe Anmerkung (10)).

Außerdem wurden 930.815 Optionen von Mitarbeitern erworben, die erstmalig im Mai 2008 ausgeübt werden können. Insgesamt resultierten daraus im Jahr 2006 Aufwendungen aus Rückstellungszuführungen in Höhe von 10.542 T€.

Zum 31. Dezember 2006 betrug der Bestand der virtuellen Aktienoptionen:

Anzahl Optionen	erstmalig ausübbar	Verfall	beizulegender Zeitwert	Rückstellung
7.035	Mai 2005	Mai 2008	30	30
6.750	Mai 2006	Mai 2009	41	41
989.700	Mai 2007	Mai 2010	9.214	7.681
930.815	Mai 2008	Mai 2011	11.292	3.765
1.934.300			20.577	11.517

Der innere Wert der ausübaren Optionen betrug zum 31. Dezember 2006 71 T€. Der beizulegende Zeitwert der erstmalig im Mai 2007 sowie im Mai 2008 ausübaren Optionen wurde auf Basis eines mehrperiodischen Binomialmodells ermittelt. Dabei werden der Kurs der K+S-Aktie und der Stand des MDAX am Bewertungsstichtag sowie die historische Volatilität der K+S-Aktie gegenüber dem MDAX zugrunde gelegt. Die historische Volatilität der Überperformance wurde auf Basis der Kursdaten der letzten 250 Handelstage ermittelt, da dieser Zeitraum der am Bilanzstichtag erwarteten durchschnittlichen Optionslaufzeit entspricht. Die auf diese Weise ermittelte Volatilität betrug bei dem im Mai 2010 verfallenden Optionsprogramm 21,24% (Vorjahr: 20,62%), bei dem im Mai 2011 verfallenden Optionsprogramm 21,74%. Der Berechnung wurde ein Basiskurs der K+S-Aktie von 40,62 € (Verfall Mai 2010) bzw. 58,52 € (Verfall Mai 2011) zugrunde gelegt. Als risikoloser Zinssatz wurden 3,6% unterstellt. Die erwartete Fluktuation wurde nicht berücksichtigt, da dies keinen wesentlichen Einfluss auf die Höhe des Wertes der Option hat. Erwartete Dividenden bleiben ebenfalls unberücksichtigt, da diese bei der Ermittlung der für den Vorteil aus der Optionsausübung relevanten Performance der K+S-Aktie berücksichtigt werden. Als beizulegende Zeitwerte der übrigen Optionen wurden deren innere Werte herangezogen, da die erreichte Performance dieser Optionen bereits weit über der maximal vergüteten Kappungsgrenze von 25% liegt. Der Ansatz der Rückstellungen erfolgt anteilig über den Zeitraum der zweijährigen Ausübungssperfrist.

Die Verpflichtungen aus Verkaufsgeschäften betreffen vor allem Rabatte und Preisnachlässe; aus Einkaufsverträgen resultieren Rückstellungen für ausstehende Rechnungen.

(28) Verbindlichkeiten

Angaben in T€	2006 gesamt	Restlaufzeiten < 1 Jahr	Restlaufzeit > 1 Jahr u. < 5 Jahre	Restlaufzeit > 5 Jahre
Finanzverbindlichkeiten	370.737	233.964	136.773	–
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	360.776	360.703	73	–
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	6.492	6.492	–	–
Sonstige Verbindlichkeiten	85.283	45.123	40.160	–
- davon derivative Finanzinstrumente	39.328	13.153	26.175	–
Verbindlichkeiten	823.288	646.282	177.006	–

Angaben in T€	2005 gesamt	Restlaufzeiten < 1 Jahr	Restlaufzeit > 1 Jahr u. < 5 Jahre	Restlaufzeit > 5 Jahre
Finanzverbindlichkeiten	29.517	23.535	5.982	–
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	353.981	353.790	7	184
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	5.895	5.895	–	–
Sonstige Verbindlichkeiten	77.016	56.285	20.731	–
- davon derivative Finanzinstrumente	27.675	17.705	9.970	–
Verbindlichkeiten	466.409	439.505	26.720	184

Die Finanzverbindlichkeiten zum Bilanzstichtag betreffen im Wesentlichen die K+S AG sowie Tochtergesellschaften in Brasilien, Chile, Mexiko und den USA.

Während die Finanzverbindlichkeiten der K+S AG in Euro bestehen, werden die ausländischen Tochtergesellschaften überwiegend durch Bankkredite in US-Dollar und anderen lokalen Währungen finanziert.

Die Zinsbindungen sind grundsätzlich kurzfristig und betragen maximal 12 Monate. Insofern bestehen zinsbedingte Cashflow-Risiken aus möglichen Zinsanpassungen. Die Effektivzinssätze orientieren sich an den Zinssätzen der betreffenden Währungen (Euro, US-Dollar, brasilianischer Real, chilenischer Peso, mexikanischer Peso) zuzüglich marktgerechter Aufschläge.

(29) Haftungsverhältnisse

Angaben in T€	2006	2005
Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen	767	767

(30) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Angaben in T€	2006	2005
Verpflichtungen aus noch nicht abgeschlossenen Investitionen	13.373	28.115
Verpflichtungen aus langfristigen Miet- und Leasingverträgen		
- fällig im Folgejahr	13.019	10.685
- fällig im 2. bis 5. Jahr	26.913	28.114
- fällig nach 5 Jahren	2.010	4.338
Sonstige finanzielle Verpflichtungen	55.315	71.252

Die Verpflichtungen aus Leasingverhältnissen beruhen auf Operating-Leasingverträgen für Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung wie Drucker, Kopiergeräte und EDV-Peripheriegeräte. Daneben sind Personenkraftwagen geleast. Diese Gegenstände sind aufgrund der vertraglichen Vereinbarungen nicht im Anlagevermögen zu bilanzieren.

Erläuterungen zur Segmentberichterstattung

Die Segmentberichterstattung ist auf den Seiten 140 f. dargestellt.

(31) Segmentabgrenzung

Die Segmente werden primär produktorientiert abgegrenzt. Dies entspricht der internen Organisations- und Berichtsstruktur der K+S Gruppe. Eine regionale Abgrenzung erfolgt sekundär.

Im Segment Kali- und Magnesiumprodukte ist die Produktion und Vermarktung von Kalidüngemitteln und Düngemittelspezialitäten sowie Kali- und Magnesiumverbindungen für technische, gewerbliche und pharmazeutische Anwendungen zusammengefasst.

Im Segment COMPO werden Markenartikel für den Consumerbereich (Garten- und Rasendünger, Blumenpflegemittel, Pflanzenschutz und Blumenerden) sowie Spezialdüngemittel für den Profibereich (Erwerbsgartenbau, Sonderkulturen und Landwirtschaft) vermarktet.

Das Segment fertiva bündelt die Marketing- und Vertriebsaktivitäten für stickstoffhaltige Düngemittel, die von verschiedenen Produzenten zugekauft werden.

Das Segment Salz umfasst die Produktion und die Vermarktung von Speisesalz, Gewerbe- und Industriesalzen, Auftausalz sowie Natriumchlorid-Sole.

Im Segment Entsorgung und Recycling sind die untertägige Abfallverwertung und -beseitigung in den durch Kali- und Salzabbau entstandenen Hohlräumen sowie spezielle Recyclingleistungen zusammengefasst.

Dem Segment Dienstleistungen und Handel sind Geschäftseinheiten zugeordnet, die Leistungen für die K+S Gruppe erbringen, bei freien Kapazitäten ihre Leistungen aber auch Dritten anbieten. Im Einzelnen gehören zu diesem Segment: Logistik-, IT- sowie Analytik- und Consultingleistungen. Zusätzlich sind in diesem Segment die Lohnfertigung des Tierhygieneprodukts CATSAN® sowie Handelsgeschäfte enthalten.

(32) Grundsätze der Zuordnung von Vermögen und Schulden

Vermögenswerte, Rückstellungen und Verbindlichkeiten werden entsprechend ihrer Nutzung bzw. Entstehung den Segmenten zugeordnet. Bei Nutzung durch bzw. Entstehung in mehreren Segmenten erfolgt eine Zuordnung auf Basis angemessener Schlüssel.

Finanzanlagen (außer Beteiligungen) sowie langfristige Finanzverbindlichkeiten werden den Segmenten nicht zugeordnet.

(33) Grundsätze der Zuordnung von Segmentergebnissen

Die Daten für die Ermittlung der Segmentergebnisse werden durch das interne Rechnungswesen anhand von Gewinn- und Verlustrechnungen nach dem Gesamtkostenverfahren (interne Berichtsstruktur der K+S Gruppe) ermittelt. Die Gewinn- und Verlustrechnungen der einbezogenen Gesellschaften werden den Segmenten im Rahmen der Profit-Center-Rechnungen zugeordnet.

Als wichtigste interne Ergebnisgröße und als Indikator für die Ertragskraft wird das EBIT I (operatives Ergebnis) herangezogen. Neben der Nichtberücksichtigung des Zinsergebnisses und des Steueraufwands wird auch auf die Einbeziehung der Marktwertveränderung der Derivate sowie sonstiger Erträge und Aufwendungen des Finanzergebnisses verzichtet.

Die Darstellung der Ergebnisse der Geschäftsbereiche erfolgt auf konsolidierter Basis. Intrasegmentäre Liefer- und Leistungsbeziehungen werden konsolidiert.

(34) Grundsätze für die Verrechnungspreise zwischen Segmenten

Für Lieferungen und Leistungen zwischen Segmenten werden Verrechnungspreise festgelegt, welche in der jeweiligen konkreten Situation und unter gleichen Umständen von einem fremden Dritten zu zahlen wären. Art und Höhe der Abrechnung bestimmen sich nach Wert und Umfang der Lieferungen oder Leistungen unter Berücksichtigung der zugrunde liegenden Rechtsbeziehung. Die Methoden zur Bestimmung der Verrechnungspreise werden zeitnah dokumentiert und kontinuierlich beibehalten. Bei der Bestimmung von Verrechnungspreisen für Lieferungen kann die Preisvergleichsmethode, die Wiederverkaufspreismethode, die Kostenaufschlagsmethode oder eine Kombination dieser Methoden angewendet werden. Dabei wird die Methode gewählt, die den Verhältnissen am nächsten kommt, unter denen sich auf vergleichbaren Märkten Fremdpreise bilden.

(35) Wertminderungsaufwendungen

Am Ende des Geschäftsjahres 2006 durchgeführte Werthaltigkeitstests ergaben im Geschäftsbereich COMPO einen Wertminderungsaufwand in Höhe von 474 T€ (Vorjahr: 3.255 T€), der in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst wurde. Im Geschäftsbereich Kali- und

Magnesiumprodukte wurde eine außerplanmäßige Beteiligungsabschreibung in Höhe von 218 T€ (Vorjahr: 0 T€) vorgenommen.

(36) Erläuterung der Überleitungspositionen

Die Überleitungen der Segmentzahlen auf die Abschlusszahlen der K+S Gruppe betreffen Positionen, die den Zentralfunktionen zugerechnet werden, sowie konsolidierungsbedingte Effekte. Die wesentlichen Positionen sind:

Angaben in T€	2006	2005
Überleitung Segmentergebnisse		
Konsolidierungsbedingte Effekte	-783	-2.086
Ergebnis der Zentralfunktionen	-32.567	-29.516
	-33.350	-31.602
Überleitung Segmentvermögen		
Anlagevermögen	42.102	47.613
Aktive latente Steuern	52.018	58.141
Marktwerte Derivate (abzgl. Prämie)	110.700	31.064
Steuererstattungsansprüche aus Ertragsteuern	11.205	2.589
Übrige Forderungen	12.635	25.823
Geld und Geldanlagen	63.807	165.523
Konsolidierungsbedingte Effekte	-443.702	-370.427
	-151.235	-39.674
Überleitung Segmentschulden		
Rückstellungen für Pensionen u.Ä.	76.236	121.760
Sonstige Rückstellungen	41.223	40.486
Passive latente Steuern	79.534	13.704
Marktwerte Derivate (abzgl. Prämie)	9.370	13.719
Finanzverbindlichkeiten	358.623	28.990
Verbindlichkeiten	17.087	22.694
Steuerverbindlichkeiten aus Ertragsteuern	16.646	19.845
Konsolidierungsbedingte Effekte	-83.239	-91.543
	515.480	169.655

(37) Regionale Umsatzverteilung

Die Umsatzerlöse gliedern sich nach Regionen wie folgt:

Angaben in T€	2006	2005
Inland	699.710	675.067
Übriges Europa	1.421.765	1.480.040
Übersee	836.212	660.593
Gesamtumsatz	2.957.687	2.815.700

(38) Regionale Verteilung des Vermögens

Das Vermögen der K+S Gruppe gliedert sich nach Regionen wie folgt:

Angaben in T€	2006	2005
Inland	1.795.858	1.744.265
Übriges Europa	421.098	455.619
Übersee	613.970	59.180
Gesamtvermögen	2.830.926	2.259.064

(39) Regionale Verteilung der Investitionen

Die Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen gliedern sich nach Regionen wie folgt:

Angaben in T€	2006	2005
Inland	116.997	98.856
Übriges Europa	9.711	8.054
Übersee	3.830	199
Gesamtinvestitionen	130.538	107.109

Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung ist auf der Seite 137 dargestellt.

(40) Auszahlungen für den Erwerb konsolidierter Unternehmen

Die Position Auszahlungen für den Erwerb konsolidierter Unternehmen betrifft die Ausgaben für die im Geschäftsjahr erworbenen Anteile an Gesellschaften:

Angaben in T€	2006	2005
Kaufpreis gesamt	361.660	–
Vorauszahlung	-3.991	–
Auszahlungen für den Erwerb konsolidierter Unternehmen	357.669	–

(41) Finanzmittelbestand

Angaben in T€	2006	2005
Flüssige Mittel	64.424	74.010
Geldanlagen bei verbundenen Unternehmen	683	–
Von verbundenen Unternehmen hereingenommene Gelder	-3.539	-3.908
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten (Laufzeit < 3 Monate)	-45.170	-294
Finanzmittelbestand	16.398	69.808

Sonstige Angaben

Honorar für den Abschlussprüfer

Für die Prüfung des Konzernabschlusses und der Jahresabschlüsse der einbezogenen inländischen Gesellschaften wurden im Jahr 2006 Honorare in Höhe von 850 T€ (Vorjahr: 898 T€) als Aufwand erfasst. Für sonstige Prüfungsleistungen fielen weitere Beträge in Höhe von 39 T€ (Vorjahr: 65 T€) an.

Anteilsbesitzliste

Die Zusammenstellung des gesamten Beteiligungsbesitzes (Anteilsbesitzliste) wurde beim elektronischen Bundesanzeiger zur Veröffentlichung eingereicht. Bei Bedarf können Interessierte diese auch unter www.k-plus-s.com abrufen oder bei der K+S Aktiengesellschaft anfordern.

Zuwendungen der öffentlichen Hand

Angaben in T€	2006	2005
Investitionszulagen	1.964	1.883
Investitionszuschüsse	69	1.279
Erfolgsbezogene Zuwendungen	3.503	2.865
Zuwendungen der öffentlichen Hand	5.536	6.027

Die erfassten Investitionszulagen betreffen Beträge, die nach dem Investitionszulagengesetz für Investitionen im Fördergebiet gewährt wurden. Investitionszuschüsse wurden für bestimmte Projekte von Gewerbeansiedlungen gewährt. Investitionszulagen und -zuschüsse werden von den Buchwerten der betreffenden Vermögenswerte abgesetzt.

Bei den erfolgsbezogenen Zuwendungen handelt es sich um Leistungen der Bundesagentur für Arbeit nach dem Altersteilzeitgesetz, die als Ertrag erfasst werden. Diese Erträge dienen zum Ausgleich erhöhter Aufwendungen für die Wiederbesetzung von Arbeitsplätzen im Zusammenhang mit Altersteilzeit.

Nahestehende Unternehmen und Personen

Innerhalb der K+S Gruppe finden Liefer- und Leistungsbeziehungen statt, die zu marktüblichen Konditionen abgewickelt werden. Geschäfte und offene Posten zwischen Unternehmen der K+S Gruppe werden, soweit diese konsolidiert sind, im Konzernabschluss eliminiert. Soweit verbundene Unternehmen nicht in den Konsolidierungskreis einbezogen sind, werden die offenen Posten gesondert bei den Angaben zu den betreffenden Bilanzpositionen gezeigt. Weitere nahe-stehende Unternehmen und Personen existieren nicht.

Gesamtbezüge des Aufsichtsrats und des Vorstands

Angaben in T€	2006	2005
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats	1.123	964
- davon fix	336	286
- davon erfolgsbezogen	787	678
Gesamtbezüge des Vorstands	4.996	4.492
- davon fix	1.737	1.159
- davon erfolgsbezogen	2.038	2.450
- davon aus Ausübung von Rechten aus Optionsprogramm	1.221	883
Pensionsrückstellungen für Mitglieder des Vorstands	4.826	3.942
Gesamtbezüge früherer Mitglieder des Vorstands und ihrer Hinterbliebenen	893	973
Pensionsrückstellungen für frühere Mitglieder des Vorstands und ihre Hinterbliebenen	7.518	7.612

VORSTAND

Die Gesamtbezüge des Vorstands betrafen im Berichtsjahr fünf Vorstandsmitglieder; im Vorjahr waren fünf Vorstandsmitglieder zwölf Monate und ein Vorstandsmitglied drei Monate im Amt. In den erfolgsbezogenen Bezügen des Vorstands ist ein periodenfremder Ertrag von 102 T€ (Vorjahr: periodenfremder Aufwand von 450 T€) enthalten.

Das Vergütungssystem des Vorstands setzt sich aus folgenden Komponenten zusammen:

- laufende monatliche Bezüge (Fixgehalt); hinzugerechnet werden Sachbezüge
- erfolgsbezogene Einmalvergütung; die Tantieme bestimmt sich nach der Gesamtkapitalrendite und einer persönlichen Leistungskomponente und wird im jeweils folgenden Geschäftsjahr ausgezahlt
- Einmalvergütung aus der Ausübung von Aktienoptionen

Der beizulegende Zeitwert der Aktienoptionen für den Vorstand aus dem Optionsprogramm 2005 betrug am Bilanzstichtag 2.067 T€; der beizulegende Zeitwert aus dem Optionsprogramm 2006 betrug 2.411 T€. Die Darstellung der individualisierten Bezüge der Vorstandsmitglieder für das Geschäftsjahr 2006 erfolgt im Vergütungsbericht des Corporate-Governance-Berichts; der Vergütungsbericht ist auch Bestandteil des Lageberichts.

Beteiligungen an der K+S Aktiengesellschaft

Die BASF AG hält rund 10% unserer Aktien. Die Investmentgesellschaft Prudential plc. und ihre Tochtergesellschaft M&G Group Limited haben uns am 3. Februar 2006 informiert, dass sie die 5%-Schwelle mit 5,2% überschritten haben. Auch die Capital Group Companies, Inc. teilte uns am 17. November 2006 mit, dass sie über ihre Tochtergesellschaft Capital Research & Management Company rund 5,2% an K+S hält. Weiterhin hat uns die Gesellschaft Franklin Mutual Advisers, LLC am 7. Februar 2007 darüber in Kenntnis gesetzt, dass sie die 5%-Schwelle am 6. Dezember 2006 mit 5,04% überschritten hat. Schließlich teilte uns die Deutsche Bank AG am 13. Februar 2007 mit, dass ihre Tochtergesellschaft DWS Investment GmbH mit 5,07% ebenfalls die 5%-Schwelle überschritten hat.

Befreiungen nach § 264 Abs. 3 bzw. § 264b HGB

Nachfolgende inländische Tochtergesellschaften in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft bzw. Personengesellschaft haben von den Befreiungsvorschriften gemäß § 264 Abs. 3 bzw. § 264b HGB Gebrauch gemacht und auf die Offenlegung der Jahresabschlussunterlagen 2006 sowie weitgehend auf die Erstellung des Lageberichts verzichtet. Auf die Prüfung der Jahresabschlüsse wurde jedoch nicht verzichtet.

biodata ANALYTIK GmbH, Linden
COMPO Gesellschaft mbH & Co. KG, Münster
data process GmbH, Kassel
Deutscher Straßen-Dienst GmbH, Hannover
esco – european salt company GmbH & Co. KG, Hannover
esco international GmbH, Hannover
fertiva GmbH, Mannheim
German Bulk Chartering GmbH, Hamburg
K+S Baustoffrecycling GmbH, Sehnde
K+S Beteiligungs GmbH, Kassel
K+S Consulting GmbH, Kassel
K+S Entsorgung GmbH, Kassel
K+S KALI GmbH, Kassel
K+S Projekt GmbH, Kassel
K+S Salz GmbH, Hannover
Kali-Transport Gesellschaft mbH, Hamburg
Kali-Union Verwaltungsgesellschaft mbH, Kassel
park GmbH, Recklinghausen
Torf- und Humuswerk Gnarrenburg GmbH, Gnarrenburg
Torf- und Humuswerk Uchte GmbH, Uchte
UBT See- und Hafen-Spedition GmbH Rostock, Rostock

Entsprechenserklärung zum Corporate Governance-Kodex

Die Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG zu den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ ist für 2005/2006 von Vorstand und Aufsichtsrat der K+S Aktiengesellschaft abgegeben und den Aktionären im Geschäftsbericht 2005 und im Internetauftritt der K+S Gruppe (www.k-plus-s.com) zugänglich gemacht worden. Die Entsprechenserklärung 2006/2007 wird ebenfalls dauerhaft auf der K+S-Homepage und im Geschäftsbericht 2006 auf Seite 43 veröffentlicht.

Mitglieder des Aufsichtsrats

(STAND DER ANGABEN 31. DEZEMBER 2006)

Gerhard R. Wolf, Worms, Vorsitzender

ehem. Mitglied des Vorstands der BASF AG

weitere Aufsichtsratsmandate: Hornbach Holding AG (Vorsitzender)
Hornbach Baumarkt AG (Vorsitzender)

Michael Vassiliadis, Hemmingen, stellv. Vorsitzender

Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der IG Bergbau, Chemie, Energie

weitere Aufsichtsratsmandate: BASF AG
Henkel KGaA
STEAG AG

Jella S. Benner-Heinacher, Meerbusch

Bundesgeschäftsführerin der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V.

weitere Aufsichtsratsmandate: A.S. Création AG
TUI AG

Karl-Heinz Georgi, Haltern

Leiter des Bildungszentrums Haltern am See der IG Bergbau, Chemie, Energie

Rainer Grohe, Otterstadt

bis 31. Dezember 2006: Executive Director des Galileo Joint Undertaking

weitere Aufsichtsratsmandate: Ball Packaging Europe GmbH (Vorsitzender)
Norddeutsche Affinerie AG
PFW Aerospace AG

Dr. Karl Heidenreich, Mannheim

ehemaliges Mitglied des Vorstands der Landesbank Baden-Württemberg

weitere Aufsichtsratsmandate: Internationales Bankhaus Bodensee AG, bis Februar 2006
MVV Energie AG

Rüdiger Kienitz, Geisa

Mitglied des Betriebsrats des Werks Werra der K+S KALI GmbH

Klaus Krüger, Wolmirstedt

Vorsitzender des Konzernbetriebsrats der K+S Gruppe

Dieter Kuhn, Bernburg

stellv. Vorsitzender des Konzernbetriebsrats der K+S Gruppe

Heinz-Gerd Kunaschewski, Philippsthal

stellv. Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats Kali und Salz

Dr. Bernd Malmström, Berlin

Rechtsanwalt, Berater des Vorstands der Deutschen Bahn AG

weitere Aufsichtsratsmandate: HHLA Intermodal GmbH & Co. KG

iFCO-Systems B.V. (Vorsitzender)

Lehnkering GmbH

Petrotec AG (Vorsitzender)

VTG AG (Vorsitzender)

weitere Kontrollgremien: BLG Logistics Group AG & Co. KG

DAL – Deutsche-Afrika-Linien GmbH & Co. KG

DEVK

Fraport AG

Stinnes Corporation, USA (Vorsitzender)

Sulo GmbH (Vorsitzender)

Helmut Mamsch, London, Großbritannien

ehemaliges Mitglied des Vorstands der VEBA AG

weitere Aufsichtsratsmandate: CEMEX Deutschland AG

weitere Kontrollgremien: Electrocomponents plc, Großbritannien (Vorsitzender)

GKN plc., Großbritannien

LogicaCMG plc., Großbritannien (stellv. Vorsitzender)

SAPPI Limited, Südafrika

Dr. Rudolf Müller, Ochsenfurt

Mitglied des Vorstands der Südzucker AG

weitere Aufsichtsratsmandate: CropEnergies AG, Mannheim, bis Oktober 2006

weitere Kontrollgremien: AGRANA Zucker, Stärke und Frucht Holding AG, Österreich (Vorsitzender)

Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft

BGD Bodengesundheitsdienst GmbH (Vorsitzender)

Raffinerie Tirlemontoise S.A., Belgien

REKO Erdenvertrieb GmbH (Vorsitzender)

Saint Louis Sucre S. A., Frankreich

Slaska Spolka Cukrowa S.A., Polen (Vorsitzender)

Südzucker International GmbH (Vorsitzender)

Universitätsrat der Universität Hohenheim

Z&S Zucker und Stärke Holding AG (stellv. Vorsitzender)

Renato De Salvo, Auhagen

stellv. Vorsitzender des Betriebsrats des Werks Sigmundshall der K+S KALI GmbH

Dr. Eckart Sünner, Neustadt a. d. W.

Leiter des Zentralbereichs Recht, Steuern und Versicherung der BASF AG

weitere Aufsichtsratsmandate: BASF Schwarzheide GmbH

Lucura Rückversicherungs AG (Vorsitzender)

weitere Kontrollgremien: BASF Corporation, USA

Dr. Helmut Zentgraf, Burghaun

Leiter des Werks Werra der K+S KALI GmbH

Mitglieder des Vorstands

Dr. Ralf Bethke, Kassel, Vorsitzender

RESSORT 1

Geschäftsbereich COMPO, ab 1. Januar 2006

Unternehmensentwicklung, ab 1. Januar 2006

Controlling und Investitionen

Investor Relations

Kommunikation

Aufsichtsratsmandate: Benteler AG

Norbert Steiner, Baunatal, stellv. Vorsitzender

RESSORT 2

Geschäftsbereich Salz

Geschäftsbereich Dienstleistungen und Handel

Finanzen

Einkauf, Logistik

Recht, Versicherungen, Compliance

Steuern, Revision

Gerd Grimmig, Söhrewald

RESSORT 3

Geschäftsbereich Entsorgung und Recycling

Bergbau und Geologie

Forschung und Entwicklung

Umweltschutz, Arbeitssicherheit, Qualitätsmanagement

Ingenieurtechnik, Energie

Aufsichtsratsmandate: Thyssen Schachtbau GmbH

Dr. Thomas Nöcker, Kassel, Arbeitsdirektor

RESSORT 4

Personal

Immobilienmanagement

Wissensmanagement

Kontrollgremien: RAG Bildung GmbH

Joachim Felker, Birkenheide

RESSORT 5

Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte

Geschäftsbereich fertiva

Kassel, 23. Februar 2007

K+S Aktiengesellschaft

Der Vorstand

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der K+S Aktiengesellschaft, Kassel, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht der Gesellschaft abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung gemäß § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss der K+S Aktiengesellschaft, Kassel, den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hannover, 14. März 2007

DELOITTE & TOUCHE GMBH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(DR. KÜNNEMANN)
Wirtschaftsprüfer

(SCHARPENBERG)
Wirtschaftsprüfer

**Geprüfter Jahresabschluss der K+S AG zum 31. Dezember 2008
(HGB)**

K+S Aktiengesellschaft
Bilanz zum 31. Dezember 2008

in T€	31.12.2008	31.12.2007
Immaterielle Vermögensgegenstände	249	130
Sachanlagen	16.627	16.298
Finanzanlagen	1.135.015	1.035.172
Anlagevermögen	1.151.891	1.051.600
Vorräte	10.617	11.332
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.326.114	514.375
Wertpapiere	42.147	32.373
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	116.338	1.937
Umlaufvermögen	1.495.216	560.017
Rechnungsabgrenzungsposten	72	113
AKTIVA	2.647.179	1.611.730
<hr/>		
Gezeichnetes Kapital	165.000	108.800
Kapitalrücklage	39.140	39.140
Gewinnrücklagen	282.980	109.180
Bilanzgewinn	399.394	82.500
Eigenkapital	886.514	339.620
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	90.828	90.745
Steuerrückstellungen	8	372
Sonstige Rückstellungen	138.808	131.407
Rückstellungen	229.644	222.524
Verbindlichkeiten	1.531.021	1.049.586
PASSIVA	2.647.179	1.611.730
<hr/>		

K+S Aktiengesellschaft
Gewinn- und Verlustrechnung
1. Januar bis 31. Dezember 2008

in T€	2008	2007
Umsatzerlöse	59.430	55.061
Herstellungskosten der zur Erzielung der Umsatzerlöse erbrachten Leistungen	63.748	54.508
Bruttoergebnis vom Umsatz	-4.318	553
Vertriebskosten	2.410	2.302
Allgemeine Verwaltungskosten	24.319	18.328
Forschungskosten	4.416	3.763
Sonstige betriebliche Erträge	30.058	50.539
Sonstige betriebliche Aufwendungen	204.644	62.622
Beteiligungsergebnis	1.154.730	152.843
Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	27.349	399
Zinsergebnis	-41.481	-31.650
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäfts- tätigkeit / Ergebnis vor Ertragsteuern	875.851	84.871
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	246.457	2.371
Jahresüberschuss	629.394	82.500
Einstellung in Gewinnrücklagen	230.000	-
Bilanzgewinn	399.394	82.500

K+S Aktiengesellschaft

Entwicklung des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2008

in T€	Bruttobuchwerte				Abschreibungen				Nettobuchwerte		
	Stand am 01.01.2008	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Stand am 31.12.2008	Stand am 01.01.2008	Zugänge	Abgänge	Umbuchung	Stand am 31.12.2008	Stand am 31.12.2007
Immaterielle Vermögensgegenstände											
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	6.027	167	26	41	6.209	5.897	105	26	-	233	130
Geleistete Anzahlungen	-	16	-	-	16	-	-	-	-	16	-
	6.027	183	26	41	6.225	5.897	105	26	-	249	130
Sachanlagen											
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	57.332	161	364	322	57.451	46.681	615	296	-	10.451	10.651
Technische Anlagen und Maschinen	30.709	774	2.987	175	28.671	29.064	461	2.973	-	2.119	1.645
Anderer Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	14.035	1.186	530	2	14.693	10.603	1.321	530	-	3.299	3.432
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	570	734	6	-540	758	-	-	-	-	758	570
	102.646	2.855	3.887	-41	101.573	86.348	2.397	3.799	-	16.627	16.298
Finanzanlagen											
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.034.292	61.689	1.500	-	1.094.481	26.537	-	-	-	1.067.944	1.007.755
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	27.000	39.667	674	-	65.993	-	-	-	-	65.993	27.000
Beteiligungen	66	-	-	-	66	-	-	-	-	66	66
Ausleihungen an sonstige Beteiligungen	-	800	-	-	800	-	-	-	-	800	-
Sonstige Ausleihungen und andere Finanzanlagen	362	14	153	-	223	11	-	-	-	212	351
	1.061.720	102.170	2.327	-	1.161.563	26.548	-	-	-	1.135.015	1.035.172
Anlagevermögen	1.170.393	105.208	6.240	-	1.269.361	118.793	2.502	3.825	-	1.151.891	1.051.600

Anhang zum 31. Dezember 2008 der K+S Aktiengesellschaft

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Immaterielle Vermögensgegenstände

Erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden mit den Anschaffungskosten aktiviert und planmäßig über die erwartete Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Software wird nach vollständiger Abschreibung als Abgang ausgewiesen. Bei voraussichtlich dauernden Wertminderungen wird außerplanmäßig abgeschrieben.

Sachanlagen

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich Abschreibungen bewertet. Die Herstellungskosten der selbsterstellten Anlagen enthalten neben den direkt zurechenbaren Kosten auch anteilige Gemeinkosten einschließlich Abschreibungen.

Bewegliche Anlagegüter werden überwiegend degressiv, unbewegliche Anlagegüter werden linear abgeschrieben. Aufgrund der Unternehmensteuerreform 2008 (bewegliche Anlagegüter werden ab 2008 linear abgeschrieben) haben sich keine wesentlichen Auswirkungen ergeben. Von der Möglichkeit des Übergangs von der degressiven auf die lineare Abschreibung wird Gebrauch gemacht, sobald dies zu höheren Jahresabschreibungen führt.

Die Abschreibungssätze richten sich nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer. Diese beträgt überwiegend für Bauten 14 bis 33 Jahre, für technische Anlagen und Maschinen 3 bis 25 Jahre, für andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung 3 bis 10 Jahre. Geringwertige Anlagegüter werden im Erwerbsjahr voll abgeschrieben und nach fünf Jahren als Abgänge ausgewiesen.

Bei voraussichtlich dauernden Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Sind die Gründe für eine außerplanmäßige Abschreibung entfallen, erfolgt eine Wertaufholung. Steuerrechtlich zulässige Abschreibungen werden wahrgenommen. Strecken und Grubenbaue werden nicht aktiviert.

Finanzanlagen

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sind zu Anschaffungskosten oder im Falle einer voraussichtlich dauernden Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert am Abschlussstichtag bewertet.

Ausleihungen werden zu Anschaffungskosten oder bei unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Darlehen zum Barwert angesetzt. Erkennbaren Risiken wird durch die Vornahme außerplanmäßiger Abschreibungen Rechnung getragen.

Vorräte

Die Vorräte werden zu Anschaffungskosten oder Herstellungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips oder zu ihrem niedrigeren steuerlich zulässigen Wert angesetzt. In die Herstellungskosten sind angemessene Teile der notwendigen Material- und Fertigungsgemeinkosten und die Abschreibungen des Anlagevermögens einbezogen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Forderungen sind entsprechend ihrer Fristigkeit zum Nenn- oder Barwert angesetzt. Einzelrisiken werden durch Abschreibungen, das allgemeine Kreditrisiko durch eine Pauschalwertberichtigung berücksichtigt.

Sonstige Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Saldierung Forderungen/Verbindlichkeiten zwischen verbundenen Unternehmen

Ab dem Geschäftsjahr 2008 wird auf die Saldierung von Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen verbundenen Unternehmen verzichtet.

Wertpapiere

Wertpapiere sind zu Anschaffungskosten oder zum niedrigeren Börsen- oder Marktpreis bewertet. Sind die Gründe für eine Abschreibung entfallen, erfolgt eine Wertaufholung.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Pensionsrückstellungen werden unter Anwendung versicherungsmathematischer Grundsätze nach dem Teilwertverfahren mit einem Rechnungszins von 6 % ermittelt. Die Wertansätze der Rückstellungen für Pensionen berücksichtigen die Richttafeln 2005 G.

Übrige Rückstellungen

Steuerrückstellungen und sonstige Rückstellungen werden in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme ausgewiesen. Rückstellungen für bergbauliche Verpflichtungen zum Gruben- und Schachtversatz werden entsprechend der Abbauzeit ratierlich angesammelt und bei Stilllegung von Betrieben voll dotiert. Die bergbaulichen Rückstellungen umfassen auch Rückbauverpflichtungen. Rückstellungen für Bergschädenwagnisse werden auf Basis von Schadenfällen der Vergangenheit ermittelt, um dem tatsächlichen Risiko Rechnung zu tragen. Die Rückstellungen für Dienstjubiläen werden für die zurückgelegten Dienstzeiten nach dem Teilwertverfahren ermittelt.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden zum Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Steuerrechtliche Bilanzierungseinflüsse

Diese ergeben sich aufgrund von steuerrechtlich zulässigen Abschreibungen. Aus der Wahrnehmung dieser steuerlichen Möglichkeiten ergibt sich folgender Ergebniseinfluss:

	<u>T€</u>
• Jahresüberschuss 2008	629.394
• Steuerliche Einflüsse	-472
<hr/>	
Bereinigter Jahresüberschuss 2008	628.922
<hr/>	

Aus den steuerlichen Bewertungseinflüssen ergeben sich für Folgejahre voraussichtlich künftige Steuerbelastungen von insgesamt rund 7 Mio. €.

Umrechnung von Fremdwährungsbeträgen

Die Anschaffungskosten von Vermögensgegenständen aus Bezügen in fremder Währung und die Erlöse aus Verkäufen in fremder Währung werden zu Kursen im Zeitpunkt der Entstehung erfasst.

Forderungen in fremder Währung sind mit dem Referenzkurs im Anschaffungszeitpunkt oder dem niedrigeren beizulegenden Wert am Abschlussstichtag bewertet. Verbindlichkeiten in fremder Währung werden mit dem Referenzkurs im Anschaffungszeitpunkt oder dem höheren Rückzahlungsbetrag am Abschlussstichtag ausgewiesen.

Erläuterungen zur Bilanz

(Werte in T€)

Anlagevermögen

Die Entwicklung der Bruttobuchwerte und Abschreibungen der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist gesondert dargestellt.

Finanzanlagen

Die Aufstellung über den Anteilsbesitz gemäß § 285 Nr. 11 HGB ist beim elektronischen Bundesanzeiger zur Veröffentlichung eingereicht.

Es bestehen folgende Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, die 5 % der Stimmrechte überschreiten:

- Kali-Transport Gesellschaft mbH, Hamburg
- K+S KALI GmbH, Kassel

<u>Vorräte</u>	<u>2008</u>	<u>2007</u>
• Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	610	423
• Unfertige Erzeugnisse	10.007	10.909
	<hr/> 10.617	<hr/> 11.332

<u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>	<u>2008</u>	<u>2007</u>
• Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	15.190	5.227
• Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.266.147	275.505
• Sonstige Vermögensgegenstände	44.777	233.643
	<u>1.326.114</u>	<u>514.375</u>

Von den Forderungen gegen verbundene Unternehmen entfallen 104.494 T€ (Vorjahr: 50.062 T€) auf Forderungen aus dem konzerninternen Zahlungsverkehr, 1.157.910 T€ (Vorjahr: 141.840 T€) auf Forderungen aus Ergebnisabführung und 5 T€ (Vorjahr: 71.829 T€) auf vereinnahmte Beteiligungserträge. Im Übrigen betreffen sie vornehmlich Lieferungen und Leistungen.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben in Höhe von 6.861 T€ (Vorjahr: 1.017 T€), sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von 5.130 T€ (Vorjahr: 117.753 T€) eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

Eigene Anteile

Im Geschäftsjahr 2008 wurden zum Zweck der Ausgabe an Mitarbeiter der K+S Gruppe 40.000 eigene Aktien (=0,02 % des Grundkapitals) erworben; der durchschnittliche Preis betrug 152,77 € je Aktie. Außerdem wurden 60 Stück zu einem Preis von 78,17 € je Aktie erworben, die als Bonusaktien ohne gesondertes Entgelt an Mitarbeiter der K+S Gruppe ausgegeben wurden.

Die K+S Aktiengesellschaft hat am 31. Dezember 2008 24 eigene Aktien im Bestand. Eigene Anteile werden in Höhe von 2 T€ zum 31.12.2008 unter den Wertpapieren des Umlaufvermögens ausgewiesen.

Wertpapiere/Termingelder

Wertpapiere in Höhe von 41.777 T€ sind zur Sicherung von Pensionsverpflichtungen in ein Contractual Trust Arrangement einbezogen. Außerdem sind Wertpapiere in Höhe von 368 T€, und in den sonstigen Vermögensgegenständen enthaltene Termingelder in Höhe von 1.855 T€ zur Sicherung von Verpflichtungen aus Altersteilzeit in ein Contractual Trust Arrangement einbezogen.

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital der K+S Aktiengesellschaft beträgt 165 Mio. € und ist in 165 Millionen nennwertlose Inhaber-Stückaktien eingeteilt. Im Geschäftsjahr 2008 erfolgte eine Erhöhung des Grundkapitals im Wege der bedingten Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln ohne Ausgabe neuer Aktien um 56,2 Mio. €.

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der K+S Aktiengesellschaft bis zum 9. Mai 2011 gegen Bar- oder Sacheinlagen einmal oder mehrmals, insgesamt jedoch um höchstens 82,5 Mio. € durch Ausgabe von höchstens 82,5 Mio. neuen auf den Inhaber lautenden Stückaktien zu erhöhen (genehmigtes Kapital). Bei Durchführung der Kapitalerhöhung ist den Aktionären grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen.

Der Vorstand kann mit Zustimmung des Aufsichtsrats das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre in den folgenden Fällen ausschließen, und zwar insgesamt bis zu einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von 41,25 Mio. € (entsprechend 41,25 Mio. Stückaktien):

- für Spitzenbeträge, die infolge des Bezugsrechts entstehen
- bei Kapitalerhöhungen gegen Bareinlagen, wenn die Kapitalerhöhung 10 % des Grundkapitals nicht übersteigt und der Ausgabebetrag für die neuen Aktien den maßgeblichen Börsenpreis nicht wesentlich unterschreitet; als maßgeblicher Börsenpreis gilt dabei der gewichtete Durchschnitt der Börsenpreise der Aktien im Computer-Handelssystem XETRA während der letzten zehn Börsentage vor Zeichnung der neuen Aktien
- bei Kapitalerhöhungen gegen Sacheinlagen, wenn die neuen Aktien beim Erwerb eines Unternehmens oder einer Unternehmensbeteiligung als Gegenleistung eingesetzt werden sollen.

Der Vorstand wurde ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten einer Kapitalerhöhung aus dem genehmigten Kapital festzulegen.

<u>Rücklagen für eigene Anteile</u>	<u>2008</u>	<u>2007</u>
• Rücklagen für eigene Anteile	2	0

<u>Andere Gewinnrücklagen</u>	<u>2008</u>	<u>2007</u>
• Stand am 1. Januar	109.180	109.180
• Entnahme zur Kapitalerhöhung im Rahmen des Aktiensplits	56.200	0
• Einstellung aus Jahresüberschuss	230.000	0
• Rücklage für eigene Anteile	-2	0
Stand am 31. Dezember	<u>282.978</u>	<u>109.180</u>

<u>Bilanzgewinn</u>	<u>2008</u>	<u>2007</u>
• Stand am 1. Januar	82.500	82.500
• Dividendenausschüttung	-82.500	-82.500
• Jahresüberschuss	629.394	82.500
• Einstellung in andere Gewinnrücklagen aus dem Jahresüberschuss	230.000	0
Stand am 31. Dezember	<u>399.394</u>	<u>82.500</u>

Rückstellungen

Bei den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen bestehen keine Fehlbeträge. Die Wertansätze der Rückstellungen für Pensionen berücksichtigen die Richttafeln 2005 G.

Die sonstigen Rückstellungen tragen allen erkennbaren Risiken angemessen Rechnung. Sie ergeben sich hauptsächlich aus bergbaulichen Verpflichtungen. Daneben bestehen vornehmlich Rückstellungen für Personalverpflichtungen.

<u>Verbindlichkeiten</u>	<u>2008</u>	<u>2007</u>
• Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	113.704	568.549
• Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0	850
• Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.744	5.193
• Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.408.883	460.219
• Sonstige Verbindlichkeiten	1.690	14.775
	<u>1.531.021</u>	<u>1.049.586</u>

Von den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen entfallen 1.354.307 T€ (Vorjahr: 351.501 T€) auf Verbindlichkeiten aus dem konzerninternen Zahlungsverkehr.

Die Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr betreffen:

	<u>2008</u>	<u>2007</u>
• Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	37.107	233.988
• Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0	850
• Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.744	5.193
• Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.371.883	423.219
• Sonstige Verbindlichkeiten	1.460	1.127
	<u>1.417.194</u>	<u>664.377</u>

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 76.597 T€ (Vorjahr: 334.561 T€) haben eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 37.000 T€ (Vorjahr: 37.000 T€) und sonstige Verbindlichkeiten in Höhe von 230 T€ (Vorjahr: 230 T€) haben eine Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren.

Von den sonstigen Verbindlichkeiten entfallen auf:

	<u>2008</u>	<u>2007</u>
• Steuern	1.150	462
• Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit	1	11
<u>Haftungsverhältnisse</u>	<u>2008</u>	<u>2007</u>
• Patronatserklärung	767	767
<u>Sonstige finanzielle Verpflichtungen</u>	<u>2008</u>	<u>2007</u>
• Verpflichtungen aus noch nicht abgeschlossenen Investitionen	967	915
• Verpflichtungen aus langfristigen Miet-, Leasing- und Serviceverträgen		
- fällig im Folgejahr	4.853	4.819
davon an verbundene Unternehmen	(4.311)	(4.265)
- fällig im 2. bis 5. Jahr	17.873	17.566
davon an verbundene Unternehmen	(17.242)	(17.060)
	<u>23.693</u>	<u>23.300</u>

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(Werte in T€)

Umsatzerlöse

Umsatz nach Tätigkeitsgebieten	<u>2008</u>	<u>2007</u>
• Tierhygiene	31.594	28.622
• Sonstiges	27.836	26.439
	<hr/> 59.430	<hr/> 55.061

Umsatz nach Regionen	<u>2008</u>	<u>2007</u>
• Inland	59.149	54.907
• Übriges Europa	281	154
	<hr/> 59.430	<hr/> 55.061

<u>Sonstige betriebliche Erträge</u>	<u>2008</u>	<u>2007</u>
• Erträge aus weiterbelasteten Steuern	0	10.133
• Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	4.147	711
• Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens mit Rücklageanteil (§ 6b EStG)	0	12.371
• Erträge aus Vermietung und Verpachtung	2.860	2.875
• Erträge aus Abgängen von Sachanlagen	328	628
• Erträge aus Leistungsverrechnung an Gruppengesellschaften	1.068	593
• Erträge aus dem Verkauf von Wertpapieren und Bezugsrechten	357	20.301
• Erträge aus der Erstattung von Steuern aus Vorjahren	20	35
• Kursgewinne	10.828	11
• Übrige Erträge	10.450	2.881
	<hr/> 30.058	<hr/> 50.539

Erträge in Höhe von 4.747 T€ (Vorjahr: 14.234 T€) sind anderen Geschäftsjahren zuzurechnen und ergeben sich im Wesentlichen aus der Auflösung von Rückstellungen.

Bei den Erträgen aus Kurssicherungen handelt es sich im Wesentlichen um Zahlungseingänge aus der Verwertung der im Jahr 2007 übernommenen Devisenoptionen der Tochtergesellschaften K+S KALI GmbH, K+S Salz GmbH sowie COMPO GmbH & Co KG.

<u>Sonstige betriebliche Aufwendungen</u>	<u>2008</u>	<u>2007</u>
• Aufwendungen aus der Wertberichtigung von Devisenoptionen	0	41.652
• Aufwendungen für Altersvorsorge	5.961	4.067
• Aufwendungen für Wohnungswirtschaft	1.771	1.297
• Aufwendungen für stillgelegte Werke	13.122	5.471
• Steuerliche Mehrabschreibung gem. § 6b EStG auf Anlagevermögen	321	2.736
• Kursverluste	157.342	0
• Sonstiges	26.127	7.399
	<u>204.644</u>	<u>62.622</u>

Die in den Kursverlusten ausgewiesenen Kurssicherungskosten in Höhe von 147.237 T€ resultieren im Wesentlichen aus der Ausbuchung der gezahlten Optionsprämien für die im Jahr 2007 von den Tochtergesellschaften K+S KALI GmbH, K+S Salz GmbH sowie COMPO GmbH & Co KG übernommenen, nicht mehr operativ genutzten Derivate zurück.

Aufwendungen in Höhe von 66 T€ (Vorjahr: 670 T€) sind anderen Geschäftsjahren zuzurechnen.

<u>Beteiligungsergebnis</u>	<u>2008</u>	<u>2007</u>
• Erträge aus Gewinnabführung	1.157.910	141.840
• Erträge aus Beteiligungen	5	71.829
- davon aus verbundenen Unternehmen	(3)	(71.827)
• Aufwendungen aus Verlustübernahme	3.185	60.826
- davon aus verbundenen Unternehmen	(3.185)	(60.826)
	<u>1.154.730</u>	<u>152.843</u>

Die Erträge aus der Gewinnabführung setzen sich im Wesentlichen aus der Ergebnisabführung der K+S KALI GmbH, der fertiva GmbH sowie der Kali-Transport Gesellschaft mbH zusammen.

Die Aufwendungen aus Verlustübernahme betreffen das Jahresergebnis der K+S Beteiligungs GmbH.

<u>Zinsergebnis</u>	<u>2008</u>	<u>2007</u>
• Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7.246	7.239
- davon aus verbundenen Unternehmen	(2.879)	(4.129)
• Erträge aus anderen Wertpapieren, Ausleihungen und anderen Finanzanlagen	2.283	611
- davon aus verbundenen Unternehmen	(2.269)	(567)
• Zinsaufwand in den Zuführungen zu Pensionsrückstellungen	-5.003	-5.069
• Übrige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-46.007	-34.431
- davon an verbundene Unternehmen	(-27.095)	(-19.094)
	<u>-41.481</u>	<u>-31.650</u>

<u>Steuern</u>	<u>2008</u>	<u>2007</u>
• Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	246.457	2.371
• Sonstige Steuern	368	397
	<u>246.825</u>	<u>2.768</u>

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betreffen in Höhe von 1.613 T€ (Vorjahr: 2.368 T€) Vorjahre.

Die sonstigen Steuern sind den betrieblichen Funktionsbereichen zugeordnet.

<u>Materialaufwand</u>	<u>2008</u>	<u>2007</u>
• Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	19.240	16.738
• Aufwendungen für bezogene Leistungen	23.296	22.130
	<u>42.536</u>	<u>38.868</u>

<u>Personalaufwand</u>	<u>2008</u>	<u>2007</u>
• Löhne und Gehälter	46.051	37.318
• Soziale Abgaben	5.633	5.756
• Altersversorgung	5.972	4.171
• Unterstützung	25	19
	<u>57.681</u>	<u>47.264</u>

Die Aufwendungen für Altersversorgung enthalten nicht den Zinsanteil in den Zuführungen zu Pensionsrückstellungen. Dieser wird als Zinsaufwand im Zinsergebnis ausgewiesen.

<u>Arbeitnehmer (Jahresdurchschnitt)</u>	<u>2008</u>	<u>2007</u>
• Gewerbliche Arbeitnehmer	113	97
• Angestellte	381	365
• Auszubildende	12	12
	<u>506</u>	<u>474</u>

Sonstige Angaben

Derivative Finanzinstrumente

Einige der zum Bilanzstichtag gehaltenen Wertpapiere beinhalten sogenannte eingebettete Derivate. Die Verzinsung dieser Wertpapiere hängt außer vom jeweils relevanten Marktzins auch von der Entwicklung anderer Basiswerte ab. Solche Basiswerte sind z. B. Aktienindizes, bestimmte Aktienkörbe oder Zinsstrukturen. Eingebettete Derivate betrafen zum 31. Dezember 2008 folgende Positionen:

(Angaben in T€)	<u>Anschaffungs-</u> <u>kosten</u>	<u>beizulegender</u> <u>Zeitwert</u>	<u>Buchwert</u>
Sonstige Wertpapiere	<u>1.125</u>	<u>1.044</u>	<u>1.040</u>

Die beizulegenden Zeitwerte wurden auf Basis von Marktpreisen zum 31. Dezember 2008 ermittelt.

Zinscap

Zur Sicherung von Zinsrisiken besteht ein Zinscap mit einem Nominalwert von 15 Mio.€ Die Restlaufzeit beträgt 9 Monate, wobei sich der Nominalwert analog der zugehörigen Finanzverbindlichkeiten verringert. Aufgrund des stark gesunkenen Zinsniveaus bestand zum 31. Dezember 2008 nahezu kein Marktwert mehr.

Sonstige Wertpapiere

Bei den sonstigen Wertpapieren wurde zum 31. Dezember 2008 eine Abschreibung in Höhe von 27.349 T€ auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

Honorare für Abschlussprüfer

Für die Abschlussprüfung wurden im Jahr 2008 Honorare in Höhe von 205 T€ als Aufwand erfasst.

Gesamtbezüge des Aufsichtsrats und des Vorstands

	<u>2008</u>
• Gesamtbezüge des Aufsichtsrats	1.900
• Gesamtbezüge des Vorstands	8.077
• Gesamtbezüge früherer Mitglieder des Vorstands und ihrer Hinterbliebenen	2.498
• Pensionsrückstellungen für frühere Mitglieder des Vorstands und ihre Hinterbliebenen	9.924

Die Einzelaufstellung der Vorstandsbezüge wird in einem Vergütungsbericht veröffentlicht.

Entsprechenserklärung zum Corporate-Governance-Kodex

Die Gesellschaft hat im Dezember 2008 eine Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG zu den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ abgegeben und auf der Internet-Homepage der K+S (www.k-plus-s.com) veröffentlicht.

Mitglieder des Aufsichtsrats

Stand der Angaben per 31. Dezember 2008

- Dr. Ralf Bethke, Deidesheim, Vorsitzender (ab 14. Mai 2008)
Anteilseignervertreter
ehem. Vorsitzender des Vorstands der K+S Aktiengesellschaft

weitere Aufsichtsratsmandate:

Benteler AG

Südzucker AG

Süddeutsche Zuckerrübenverwertungs-Genossenschaft eG,

weitere Kontrollgremien:

Dr. Jens Ehrhardt Kapital AG (Aufsichtsratsvorsitzender)

- Gerhard R. Wolf, Worms (bis 14. Mai 2008)
Anteilseignervertreter
ehem. Mitglied des Vorstands der BASF SE

weitere Aufsichtsratsmandate:

K+S KALI GmbH (Vorsitzender bis 25. Juni 2008)

Hornbach Baumarkt AG (Vorsitzender bis 10. Juli 2008)

Hornbach Holding AG (Vorsitzender bis 11. Juli 2008)

- Michael Vassiliadis, Hannover, stellv. Vorsitzender
Arbeitnehmervertreter
Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der IG Bergbau, Chemie, Energie

weitere Aufsichtsratsmandate:

BASF SE

Evonik Steag GmbH (stellv.Vorsitzender)

Henkel KGaA

- Jella S. Benner-Heinacher, Meerbusch
Anteilseignervertreter
Bundesgeschäftsführerin der Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V.

weitere Aufsichtsratsmandate:

A.S. Création AG
TUI AG

- Dr. Uwe-Ernst Bufe, Königstein im Taunus (seit 14. Mai 2008)
Anteilseignervertreter
ehem. Vorstandsvorsitzender der Degussa/Hüls AG

weitere Aufsichtsratsmandate:

UBS Deutschland AG (stellv. Vorsitzender)
Air Liquide GmbH (bis Ende April 2008)
Cognis GmbH

weitere Kontrollgremien

Akzo Nobel
Solvay SA
SunPower, San Jose (seit August 2008)
Umicore SA

- Karl-Heinz Georgi, Haltern (bis 14. Mai 2008)
Arbeitnehmervertreter
Leiter des Bildungszentrums Haltern am See der IG Bergbau, Chemie, Energie
- Dr. Rainer Gerling, Heringen/Werra (ab 14. Mai 2008)
Arbeitnehmervertreter
Leiter des Werkes Werra der K+S KALI GmbH

- Rainer Grohe, Otterstadt
Anteilseignervertreter
Lehrbeauftragter an der Universität der Bundeswehr München

weitere Aufsichtsratsmandate:

Graphit Kropfmühl AG (seit 06. Mai 2008)

Norddeutsche Affinerie AG

PFW Aerospace AG

- Dr. Karl Heidenreich, Mannheim
Anteilseignervertreter
ehemaliges Mitglied des Vorstands der Landesbank Baden-Württemberg

weitere Aufsichtsratsmandate:

MVV Energie AG (bis 14. März 2008)

weitere Kontrollgremien:

Stiftung Orthopädische Universitätsklinik Heidelberg

- Rüdiger Kienitz, Geisa
Arbeitnehmersvertreter
Mitglied des Betriebsrats des Werkes Werra der K+S KALI GmbH

- Klaus Krüger, Wolmirstedt
Arbeitnehmersvertreter
Vorsitzender des Konzernbetriebsrats der K+S Gruppe

- Dieter Kuhn, Peißen
Arbeitnehmersvertreter
stellv. Vorsitzender des Konzernbetriebsrats der K+S Gruppe

- Heinz-Gerd Kunaschewski, Philippsthal
Arbeitnehmersvertreter
Vorsitzender des Betriebsrats des Werks Werra der K+S KALI GmbH

- Dr. Bernd Malmström, Berlin
Anteilseignervertreter
Rechtsanwalt

weitere Aufsichtsratsmandate:

HHLA Intermodal GmbH & Co. KG

IFCO-Systems B.V. (Vorsitzender)

Lehnkering GmbH (Vorsitzender)

SBB Schweizer Bundesbahnen AG, Verwaltungsrat

Stinnes Corporation (Vorsitzender)

VTG AG

weitere Kontrollgremien:

DAL - Deutsche-Afrika-Linien GmbH & Co. KG

time: matters GmbH (Vorsitzender)

- Dr. Rudolf Müller, Ochsenfurt
Anteilseignervertreter
ehem. Mitglied des Vorstands der Südzucker AG

weitere Kontrollgremien:

AGRANA BETEILIGUNGS-AG (stellv. Vorsitzender)

AGRANA Zucker, Stärke und Frucht Holding AG, Österreich (Vorsitzender)

Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft

Fachhochschulrat Fachhochschule Weihenstephan

Universitätsrat der Universität Hohenheim

Z&S Zucker und Stärke Holding AG (stellv. Vorsitzender)

- Friedrich Nothhelfer, Kassel (ab 14. Mai 2008)
Arbeitnehmersvertreter
Bezirksleiter IG Bergbau, Chemie, Energie

weitere Aufsichtsratsmandate:
EON-Avacon, Helmstedt

- Renato De Salvo, Auhagen
Arbeitnehmersvertreter
stellv. Vorsitzender des Betriebsrats des Werkes Sigmundshall der K+S KALI GmbH

- Dr. Eckart Sünner, Neustadt a.d.W.
Anteilseignersvertreter
Chief Compliance Officer der BASF SE

weitere Aufsichtsratsmandate:
Infineon Technologies AG

- Dr. Helmut Zentgraf, Burghaun (bis 14. Mai 2008)
Arbeitnehmersvertreter
ehem. Leiter des Werkes Werra der K+S KALI GmbH

Vorstand

- Norbert Steiner, Baunatal, Vorsitzender
Finanzen und Rechnungswesen
Unternehmensentwicklung und Controlling
Recht, Versicherungen, Compliance
Steuern
Revision
Investor Relations
Kommunikation
Geschäftsbereich Salz

Aufsichtsratsmandate:

K+S KALI GmbH

EON Mitte AG

- Joachim Felker, Birkenheide
Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte
Geschäftsbereich COMPO
Geschäftsbereich fertiva

Aufsichtsratsmandate:

K+S KALI GmbH

Kali-Importen A/S, Kopenhagen

- Gerd Grimmig, Söhrewald
Bergbau und Geologie
Technik, Energie
Forschung und Entwicklung
Umweltschutz, Arbeitssicherheit, Qualitätsmanagement
Entsorgung und Recycling
Tierhygieneprodukte
Consulting

Aufsichtsratsmandate:

K+S KALI GmbH

- Dr. Thomas Nöcker, Kassel, Arbeitsdirektor
Personal
IT-Services
Einkauf, Material- und Lagerwirtschaft
Immobilienmanagement
Wissensmanagement
Logistik (KTG)
Handelsgeschäfte (CFK)

Kontrollgremien:

RAG Bildung GmbH

Beteiligungen an der Gesellschaft

Die Bank of N.T. Butterfield and Son Limited, Bermuda, hält über die MCC Holding Limited, Zypern, und die der MCC Holding Limited zuzurechnenden OJSC MCC „Euro-Chem“, Moskau, 15,001 % der K+S-Aktien. MCC hält treuhänderisch Industriebeteiligungen von Andrej Melnichenko. Darüber hinaus überschreitet die BASF SE, Ludwigshafen, mit ihrer 10,3 %igen Beteiligung am Kapital der K+S Aktiengesellschaft die 10 %-Schwelle. Ferner hat uns The Bank of New York Mellon Corporation mitgeteilt, dass sie über ihre Tochtergesellschaft MBC Investments Corporation am 9. Februar 2009 die Meldeschwelle von 3 % überschritten hat und 3,03 % der K+S-Aktien hält.

Gewinnverwendungsvorschlag

Der Vorstand beabsichtigt, die Ausschüttung einer Dividende von 2,40 € je nennwertloser Stückaktie vorzuschlagen und den Restbetrag von 3.394 T€ auf neue Rechnung vorzutragen.

Kassel, den 25. Februar 2009

K+S Aktiengesellschaft

Der Vorstand

Vergütungsbericht

Vergütung des Vorstands

Vergütungsstruktur

Der Personalausschuss berät regelmäßig über die Struktur des Vergütungssystems für den Vorstand und erarbeitet Beschlussvorlagen für das Aufsichtsratsplenum. Für die Festlegung der Vorstandsvergütung im Einzelnen ist der Personalausschuss zuständig. Kriterien für die Angemessenheit der Vergütung bilden insbesondere die Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds, seine persönliche Leistung, die Leistung des Gesamtvorstands sowie die wirtschaftliche Lage, der Erfolg und die Zukunftsaussichten des Unternehmens unter Berücksichtigung seines Vergleichsumfelds.

Die Vergütung für die Vorstandsmitglieder setzt sich aus kurzfristigen Bestandteilen sowie Bestandteilen mit langfristiger Anreizwirkung zusammen. Die kurzfristigen Vergütungsbestandteile beinhalten sowohl erfolgsunabhängige als auch erfolgsbezogene Komponenten. Die erfolgsunabhängigen Teile bestehen aus fixer Vergütung sowie Sach- und sonstigen Bezügen; die Tantieme ist der erfolgsbezogene Anteil. Ein virtuelles Aktienoptionsprogramm ist die Komponente mit langfristiger Anreizwirkung. Darüber hinaus verfügen die Mitglieder des Vorstands über Pensionszusagen.

Die fixe Vergütung als erfolgsunabhängige Grundvergütung wird monatlich als Gehalt ausgezahlt. Zusätzlich erhalten die Vorstandsmitglieder Nebenleistungen, insbesondere Zuschüsse zur Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung sowie Sachbezüge, die im Wesentlichen aus der Dienstwagennutzung bestehen.

Um die Interessen der Anteilseigner mit denen des Vorstands im höchstmöglichen Maße in Übereinstimmung zu bringen, bestimmt sich ein Teil der Tantieme nach der Gesamtkapitalrendite des Konzerns. Außerdem wird die persönliche Leistung der Mitglieder des Vorstands bei der Berechnung der Tantieme berücksichtigt; die Auszahlung erfolgt im jeweils folgenden Geschäftsjahr.

Zusätzlich besteht die Möglichkeit, als variable Vergütungskomponente mit langfristiger Anreizwirkung und Risikocharakter Einkommen aus der Ausübung von Aktienoptionen zu beziehen. Im Rahmen eines virtuellen Optionsprogramms, das in seiner Ausgestaltung identisch ist mit dem der übrigen Optionsprogrammteilnehmer, kann der Vorstand 30 % seiner erfolgsabhängigen Vergütung für ein Eigeninvestment in K+S-Aktien verwenden.

Mit dem Erwerb dieser Basisaktien erhalten die Teilnehmer virtuelle Optionen, bei denen im Fall der Ausübung eine Barauszahlung erfolgt. Die Höhe der Barauszahlung bestimmt sich nach der Entwicklung der K+S-Aktie gegenüber einem Referenzindex; sie ist auf maximal 25 % Überperformance begrenzt. Infolge der Aufnahme der K+S AG in den DAX[®] wird dieser anteilig seit dem 22. September 2008 anstelle des MDAX[®] als Referenzindex zugrunde gelegt. Der für die Berechnung der Performance maßgebliche Basiskurs der K+S-Aktie entspricht dem Durchschnittskurs der 100 Börsentage bis zum jeweiligen Basisstichtag (der drittletzte Freitag vor der ordentlichen Hauptversammlung). Eine nachträgliche Änderung der Erfolgsziele oder der Vergleichsparameter ist ausgeschlossen.

Die Gesamtlaufzeit der Optionen beträgt fünf Jahre, danach verfallen die nicht ausgeübten Optionen wertlos. Die Ausübung der Optionen ist nach einer Sperrfrist von zwei Jahren binnen zweier Zeitfenster je Jahr im Mai und November nach der Veröffentlichung der Quartalszahlen möglich. Um die Optionen ausüben zu können, müssen die Basisaktien durchgängig bis zum Ausübungstag gehalten werden. Im Übernahmefall („Change of Control“) öffnet sich für sämtliche noch ausstehenden Optionen ein Sonderfenster der Ausübung.

Bei Abberufung bzw. Eigenkündigung verfallen die bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht ausgeübten virtuellen Optionen.

Die Anwendung der bestehenden Vergütungsstruktur hätte für das Jahr 2008 zu einem wesentlich höheren Anstieg der Tantieme geführt als ausgewiesen. Die Mitglieder des Vorstands haben daher von sich aus auf insgesamt 1 Mio. € Tantieme verzichtet, da sie vor dem Hintergrund des deutlich gestiegenen Ertragsniveaus eine sich rein linear entwickelnde und nach oben unbegrenzte variable Vergütung nicht für angemessen halten.

Auch für das Jahr 2009 wurde die Vorstandsvergütung gemäß dem Vorschlag des Personalausschusses mit der Einführung einer absoluten Obergrenze bei der Tantieme und der Anhebung des Fixums neu gestaltet. Die neue Struktur sieht in einem Normaljahr eine fixe Vergütung von 40 % sowie variable, kurzfristige Erfolgsbausteine von 60 % vor. Der variable Anteil ist zu 80 % an die Unternehmensperformance, d. h. an die erzielte Gesamtkapitalrendite gebunden; die übrigen 20 % sind von der persönlichen Leistung abhängig. Eine Vergütung von 100 % wird dann erreicht, wenn zum einen die erzielte Gesamtkapitalrendite die Mindestrendite von 115 % des jeweiligen Kapitalkostensatzes erreicht und zum anderen die persönliche Leistung mit 100 % bewertet wurde. Die Vergütung auf Basis der Gesamtkapitalrendite ist bei einem Wert von 21 Prozentpunkten über der Mindestrendite gedeckelt. Die Zielerreichungsspannen beider variabler Vergütungsbestandteile bewegen sich zwischen 0 % und rund 150 %. Die Vergütungshöhe auf Basis eines Normaljahrs wird jährlich überprüft.

Im Folgenden ist eine Beispielrechnung dieses neuen Vergütungsmodells dargestellt:

1) Angaben in €	Zielerreichung 100% *	Zielerreichung 0% **	Maximale Zielerreichung ***
Fixum: 40%	300.000	300.000	300.000
Tantieme: 60%	450.000	0	685.800
- davon Unternehmensperformance: 80%	360.000	0	550.800
- davon persönliche Zielerreichung: 20%	90.000	0	135.000
Gesamtvergütung	750.000	300.000	985.800

* Gesamtkapitalrendite = Mindestrendite; persönliche Zielerreichung = 100 %

** Gesamtkapitalrendite = 0%; persönliche Zielerreichung = 0 %

*** Gesamtkapitalrendite \geq Mindestrendite + 21 Prozentpunkte; persönliche Zielerreichung = 150 %

Vergütungshöhe

Einzelheiten der Vergütung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2008 sind in individualisierter Form in der nachfolgenden Tabelle dargestellt. Die Vorjahreszahlen sind jeweils in Klammern angegeben:

Vergütung des Vorstands

Angaben in T€	Jahreseinkommen			Gewährte Optionsrechte		Insgesamt
	Fixum	Neben- leistungen	Tantieme	Anzahl (Stück)	Wert *	
Norbert Steiner	380,0 (350,0)	22,2 (22,0)	1.725,2 (499,1)	64.400 (126.560)	654,4 (524,3)	2.781,8 (1.395,4)
Joachim Felker	300,0 (300,0)	19,9 (19,7)	963,0 (365,0)	47.120 (116.000)	478,8 (480,5)	1.761,7 (1.165,2)
Gerd Grimmig	300,0 (300,0)	25,7 (25,6)	964,0 (366,0)	47.200 (116.320)	479,6 (481,9)	1.769,3 (1.173,5)
Dr. Thomas Nöcker	300,0 (300,0)	21,6 (21,4)	963,0 (365,0)	47.120 (116.000)	479,8 (480,5)	1.764,4 (1.166,9)
Dr. Ralf Bethke**	– (215,0)	– (12,2)	– (392,4)	– (250.080)	– (1.036,0)	– (1.655,6)
Summe	1.280,0 (1.465,0)	89,4 (100,9)	4.615,2 (1.987,5)	205.840 (724.960)	2.092,6 (3.003,2)	8.077,2 (6.556,6)

* zum Gewährungszeitpunkt; eine Ausübung der Optionsrechte ist frühestens zwei Jahre nach Gewährung möglich

**bis zum 30. Juni 2007

Die Gesamtbezüge des Vorstands betrafen im Berichtsjahr vier Vorstandsmitglieder. Im Vorjahr war neben den aktuellen vier Vorständen, die zwölf Monate im Amt waren, Herr Dr. Ralf Bethke bis zum 30. Juni als Vorstandsvorsitzender tätig. Der gegenüber dem Vorjahreszeitraum ausgewiesene Anstieg der Tantiemen beruht insbesondere auf der im Jahr 2008 deutlich höheren Gesamtkapitalrendite.

Die Anwendung der für das Jahr 2008 ursprünglich bestehenden Vergütungsstruktur hätte zu einem wesentlich höheren Anstieg der Tantieme geführt als ausgewiesen. Die Mitglieder des Vorstands haben daher von sich aus auf insgesamt 1 Mio. € Tantieme verzichtet, da sie vor dem Hintergrund des deutlich gestiegenen Ertragsniveaus eine sich rein linear entwickelnde und nach oben unbegrenzte variable Vergütung nicht für angemessen halten.

Der Gesamtaufwand aus variablen Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung, der sich sowohl auf das im Jahr 2008 gewährte virtuelle Optionsprogramm als auch auf die aus den Vorjahren noch bestehenden Programme bezieht, betrug im Jahr 2008 je Vorstandsmitglied (Vorjahreszahlen in Klammern): Herr Steiner 541,3 T€ (539,5 T€), Herr Felker 478,5 T€ (528,4 T€), Herr Grimmig 482,5 T€ (523,7 T€) und Herr Dr. Nöcker 478,5 T€ (510,1 T€).

Die Zahlungen für die im Jahr 2008 von Vorstandsmitgliedern vollständig ausgeübten virtuellen Optionen des Optionsprogramms 2006 betragen für die einzelnen Vorstandsmitglieder (Vorjahreszahlen in Klammern): Herr Steiner 476,4 T€ (358,6 T€), Herr Felker 459,7 T€ (418,8 T€), Herr Grimmig 476,4 T€ (358,6 T€) und Herr Dr. Nöcker 459,4 T€ (342,2 T€).

Die Werte der im Rahmen der Optionsprogramme 2007 und 2008 erworbenen und noch nicht ausgeübten virtuellen Aktienoptionen werden in der nachfolgenden Tabelle dargestellt (Wert bei fiktiver Ausübung am 31.12.2008). Die Vorjahreszahlen sind in Klammern angegeben:

Aktienbasierte Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung

Angaben in T€	Optionsprogramm 2007		Optionsprogramm 2008	
	Anzahl Optionen *	Wert am 31.12.	Anzahl Optionen	Wert am 31.12.
Norbert Steiner	126.560 (126.560)	640,8 (585,3)	64.400 (-)	352,7 (-)
Joachim Felker	116.000 (116.000)	587,3 (536,5)	47.120 (-)	258,0 (-)
Gerd Grimmig	116.320 (116.320)	589,0 (538,0)	47.200 (-)	258,5 (-)
Dr. Thomas Nöcker	116.000 (116.000)	587,3 (536,5)	47.120 (-)	258,0 (-)
Summe	474.880 (474.880)	2.404,4 (2.196,3)	205.840 (-)	1.127,2 (-)

* Vorjahr angepasst um Aktiensplit im Verhältnis 1:4

Die Gesamtbezüge der früheren Mitglieder des Vorstands und ihrer Hinterbliebenen beliefen sich im Berichtsjahr auf 2.463 T€ (Vorjahr: 989 T€). Der Anstieg ist insbesondere auf die im Jahr 2008 ausbezahlte Tantieme für die aktive Tätigkeit des ehemaligen Vorstandsvorsitzenden im Geschäftsjahr 2007 sowie auf die Ausübung seiner im Rahmen des Optionsprogramms 2006 erworbenen Optionen zurückzuführen.

Pensionszusagen

Die Pensionen der aktiven Vorstandsmitglieder bestimmen sich nach einem Baustein-system, d. h., für jedes Jahr der Vorstandstätigkeit wird ein Pensionsbaustein gebildet.

Der Ermittlung des im jeweiligen Geschäftsjahr zu erwerbenden Pensionsanspruchs (Pensionsbaustein) werden 15 % des „pensionsfähigen Einkommens“ (ohne Optionen und Nebenleistungen) zugrunde gelegt, das sich aus den kurzfristigen Bezügen, also der fixen Vergütung sowie der Tantieme des jeweiligen Geschäftsjahres zusammensetzt. Der hieraus resultierende Betrag wird mittels versicherungsmathematischer Faktoren verrentet; die Faktoren für die Bildung der Bausteine 2008 liegen bei den Vorständen je nach Alter zwischen 10,5 und 13,5 % – die Faktoren verringern sich mit zunehmendem Lebensalter. Die einzelnen in den jeweiligen Geschäftsjahren erworbenen Pensionsbausteine werden aufsummiert und bestimmen im Versorgungsfall die dem jeweiligen Vorstandsmitglied oder ggf. seinen Hinterbliebenen zustehende Versorgungsleistung. Erst bei Auszahlung von Rentenleistungen werden diese entsprechend der Veränderung des „Verbraucherpreisindex für Deutschland“ angepasst. Die Ansprüche aus den erworbenen Bausteinen sind unverfallbar.

Endet ein Vorstandsmandat, beginnt die Alterspension nach Vollendung des 65. Lebensjahres, es sei denn, es handelt sich um einen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeitsfall oder um eine Hinterbliebenenpension im Todesfall. Im Falle einer Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit eines Vorstandsmitglieds vor Erreichen des Pensionsalters erhält dieser Invalidenrente in Höhe der bis zum Eintritt der Invalidität gebildeten Rentenbausteine. Tritt die Invalidität vor Erreichen des 55. Lebensjahres ein, werden Bausteine auf Basis eines Mindestwerts für die Jahre fiktiv gebildet, die bis zum 55. Lebensjahr fehlen. Im Falle des Todes eines aktiven oder ehemaligen Vorstandsmitglieds erhalten der hinterbliebene Ehegatte 60 %, jede Halbweise 15 %, jede Vollweise 30 % der Versorgungsleistung. Die Höchstgrenze für die Hinterbliebenenleistung kann 100 % der Versorgungsleistung nicht überschreiten – in diesem Fall werden sie verhältnismäßig gekürzt. Scheidet ein Vorstandsmitglied ab dem vollendeten 60. Lebensjahr aus, gilt dies als Eintritt des Versorgungsfalls im Sinne der Versorgungszusage. Für die Mitglieder des Vorstands wurden im Jahr 2008 folgende Beträge den Pensionsrückstellungen zugeführt; die Vorjahreszahlen sind in Klammern angegeben:

Pensionen

Angaben in T€	Alter	Zuführungen
Norbert Steiner	54	1.213,9 (139,0)
Joachim Felker	56	406,5 (69,1)
Gerd Grimmig	55	664,2 (153,1)
Dr. Thomas Nöcker	50	553,6 (85,3)
Summe		2.838,2 (446,5)

Der Anstieg der Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen ist auf das sehr gute Unternehmensergebnis und das damit höhere pensionsfähige Einkommen zurückzuführen.

Vorzeitige Beendigung der Vorstandsverträge

Für bislang laufende Verträge und damit für das Jahr 2008 bestehen mit Ausnahme eines Übernahmefalls („Change of Control“) keine Abfindungsvereinbarungen. Von den laufenden Verträgen sind drei bis zum Jahr 2010 geschlossen, einer bis zum Jahr 2011. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, ab dem Jahr 2009 für neue Verträge eine Abfindungsobergrenze einzuführen, welche dem 1,5fachen des Jahresfixums entspricht.

Für den Fall der vorzeitigen Auflösung eines Vorstandsvertrags infolge eines Übernahmefalls („Change of Control“) erfolgt die Auszahlung der bis zum Ende der ursprünglichen Bestelldauer noch anstehenden Grundvergütung und Tantieme, sofern kein Grund vorliegt, der eine fristlose Beendigung des Vertrags des Betroffenen rechtfertigt. Die Tantieme bemisst sich nach dem Durchschnitt der vorausgegangenen zwei Jahre, zuzüglich einer Ausgleichszahlung. Die Ausgleichszahlung beträgt das 1,5fache des Jahresfixums. Jeder Vorstand hat bei einem „Change of Control-Fall“ ein Sonderkündigungsrecht, wobei bei der Ausübung des Rechts kein Anspruch auf Ausgleichszahlung besteht. In diesem Fall besteht nur ein Anspruch auf die Auszahlung der noch anstehenden Grundvergütung und Tantieme.

Sonstiges

Im Berichtsjahr wurden den Vorstandsmitgliedern Leistungen von Dritten im Hinblick auf die Vorstandstätigkeit weder zugesagt noch gewährt.

Vergütung des Aufsichtsrats

Vergütungsstruktur und -höhe für das Geschäftsjahr 2008

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in § 12 der Satzung geregelt. Danach erhalten die Aufsichtsratsmitglieder neben dem Ersatz ihrer Auslagen und einem Sitzungsgeld von je 200 €, das auch für Ausschusssitzungen gezahlt wird, eine fixe Vergütung von 10.000 € pro Jahr sowie eine variable Vergütung, die durch die Höhe der Dividendenzahlung bestimmt wird. Für jeden Cent, den die Dividende den Betrag von 0,05 € übersteigt, erhält ein Aufsichtsratsmitglied eine Vergütung von 1.000 €. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats erhält das Doppelte, der stellvertretende Vorsitzende das Eineinhalbfache dieser Vergütungen. Die fünf Mitglieder des Prüfungsausschusses erhalten eine weitere jährliche Vergütung von je 5.000 €; auch hier erhält der Vorsitzende das Doppelte.

Diese Regelung wurde in der Vergangenheit vor dem Hintergrund deutlich niedrigerer eingeschätzter Ergebnis- und Dividendengrößenordnungen entwickelt; nach Meinung aller Aufsichtsratsmitglieder, einschließlich der im Laufe des Jahres 2008 ausgeschiedenen, hätte die unveränderte Anwendung der gültigen Regelung eine angemessene Vergütungshöhe erheblich überschritten. Daher haben alle Mitglieder des Aufsichtsrats für das Jahr 2008 - der vorgeschlagenen Neuregelung der Aufsichtsratsvergütung vorgehend - auf den Teil der Aufsichtsratsvergütung verzichtet, der insgesamt 100.000 € übersteigt; ausgenommen davon sind Sitzungsgelder und Vergütungen für Ausschusstätigkeiten. Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender verzichten auf den Teil der Aufsichtsratsvergütung, der das Doppelte bzw. das Eineinhalbfache dieser 100.000 € übersteigt. Auch die unterjährig ausgeschiedenen bzw. neuen Mitglieder haben entsprechend ihrer Zugehörigkeitsdauer und Funktion anteilig auf Ansprüche verzichtet. In Summe verzichteten die Mitglieder des Aufsichtsrats auf 2,5 Mio €.

Einzelheiten der Vergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2008 ergeben sich in individualisierter Form aus der nachfolgenden Tabelle. Die variable Vergütung steht unter dem Vorbehalt, dass die Hauptversammlung am 13. Mai 2009 die gemeinsam von Vorstand und Aufsichtsrat vorgeschlagene Dividende von 2,40 € je Aktie beschließt.

Die Vorjahreszahlen sind jeweils in Klammern angegeben:
Vergütung des Aufsichtsrats ¹⁾

Angaben in €	Fixe Vergütung	Variable Vergütung	Prüfungs- ausschuss	Sitzungs- gelder	Gesamt
Dr. Ralf Bethke ²⁾	16.339 (5.000)	147.049 (22.500)	3.169	2.600 (600)	169.157 (28.100)
Gerhard R. Wolf (bis 14.05.2008)	7.322 (20.000)	65.902 (90.000)	1.831 (5.000)	1.400 (2.000)	76.455 (117.000)
Michael Vassiliadis	15.000 (15.000)	135.000 (67.500)	5.000 (5.000)	3.000 (2.000)	158.000 (89.500)
Jella S. Benner-Heinacher	10.000 (10.000)	90.000 (45.000)		1.800 (1.000)	101.800 (56.000)
Dr. Uwe-Ernst Bufe (seit 14.05.2008)	6.339 (-)	57.049 (-)		600 (-)	63.988 (-)
Karl-Heinz Georgi (bis 14.05.2008)	3.661 (10.000)	32.951 (45.000)		1.000 (1.400)	37.612 (56.400)
Dr. Rainer Gerling (seit 14.05.2008)	6.339 (-)	57.049 (-)		800 (-)	64.188 (-)
Rainer Grohe	10.000 (10.000)	90.000 (45.000)		2.200 (1.400)	102.200 (56.400)
Dr. Karl Heidenreich	10.000 (10.000)	90.000 (45.000)	5.000 (5.000)	2.200 (1.600)	107.200 (61.600)
Rüdiger Kienitz	10.000 (10.000)	90.000 (45.000)		1.400 (1.000)	101.400 (56.000)
Klaus Krüger	10.000 (10.000)	90.000 (45.000)	5.000 (5.000)	2.800 (1.400)	107.800 (61.400)
Dieter Kuhn	10.000 (10.000)	90.000 (45.000)		1.600 (1.000)	101.600 (56.000)
Heinz-Gerd Kunaschewski	10.000 (10.000)	90.000 (45.000)		1.400 (1.000)	101.400 (56.000)
Dr. Bernd Malmström	10.000 (10.000)	90.000 (45.000)		1.200 (800)	101.200 (55.800)
Helmut Mamsch (bis 30.07.2007)	(-) (5.000)	(-) (22.500)		(-) (400)	(-) (27.900)
Dr. Rudolf Müller	10.000 (10.000)	90.000 (45.000)		1.400 (800)	101.400 (55.800)
Friedrich Nothhelfer (seit 14.05.2008)	6.339 (-)	57.049 (-)		800 (-)	64.188 (-)
Renato De Salvo	10.000 (10.000)	90.000 (45.000)		1.600 (1.000)	101.600 (56.000)
Dr. Eckart Sünner	10.000 (10.000)	90.000 (45.000)	10.000 (10.000)	2.200 (1.600)	112.200 (66.600)
Dr. Helmut Zentgraf (bis 14.05.2008)	3.661 (10.000)	32.951 (45.000)		600 (1.000)	37.212 (56.000)
Summe	175.000 (175.000)	1.575.000 (787.500)	30.000 (30.000)	30.600 (20.000)	1.810.600 (1.012.500)

¹⁾ Angaben ohne Aufwandsentschädigung für die von Aufsichtsratsmitgliedern aufgrund ihrer Tätigkeit zu entrichtende Umsatzsteuer.

²⁾ Herr Dr. Bethke wurde mit Wirkung vom 1. Juli 2007 von der Hauptversammlung 2007 in den Aufsichtsrat gewählt, am 14. Mai 2008 wurde er zum Aufsichtsratsvorsitzenden gewählt.

Zusätzlich wurden im Jahr 2008 an die Aufsichtsratsmitglieder Aufwandsentschädigungen von insgesamt 28.207 € gezahlt (Vorjahr: 17.047 €).

Die Vergütung für Tätigkeiten (einschließlich Sitzungsgelder) im Aufsichtsrat des Tochterunternehmens K+S KALI GmbH im Geschäftsjahr 2008 betrug für die folgenden Mitglieder (Vorjahreszahlen in Klammern): Herr Dr. Bethke 23.100 € (–), Herr Vassiliadis 22.900 € (23.300 €) und Herr Wolf 15.200 € (30.800 €). Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen, wurden den Aufsichtsratsmitgliedern nicht gewährt.

Vorgeschlagene Neustrukturierung der Aufsichtsratsvergütung

Der Hauptversammlung am 13. Mai 2009 wird der folgende Vorschlag unterbreitet: §12 der Satzung ist neu zu fassen; es soll ein höheres Fixum sowie eine Vergütungsobergrenze – ähnlich der Vergütungsstruktur des Vorstands – eingeführt werden:

„Ein Mitglied des Aufsichtsrats erhält eine jährliche feste Vergütung von 55.000 € sowie eine jährliche variable Vergütung, die durch die Höhe der von der K+S Gruppe im jeweiligen Geschäftsjahr erzielten, auf Basis des testierten Konzernabschlusses ermittelten Gesamtkapitalrendite wie folgt bestimmt wird: Voraussetzung für den Anspruch auf Zahlung einer variablen Vergütung ist das Erreichen einer Mindestrendite; diese entspricht 115 % des für den Konzernabschluss zugrunde gelegten Prozentsatzes der Kapitalkosten vor Steuern der K+S Gruppe im betreffenden Geschäftsjahr; bei Erreichen der Mindestrendite erhält ein Mitglied des Aufsichtsrats eine variable Vergütung von 15.000 €; für jeden Prozentpunkt, um den die Gesamtkapitalrendite die Mindestrendite übersteigt, erhöht sich die variable Vergütung um jeweils 1.500 €. Die variable Vergütung ist begrenzt auf maximal 45.000 € pro Jahr.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats erhält das Doppelte, der stellvertretende Vorsitzende das Eineinhalbfache der Vergütungen gemäß Absatz 1.

Für seine Tätigkeit im Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats erhält jedes Mitglied eine weitere Vergütung von 7.500 € pro Jahr. Der Vorsitzende dieses Ausschusses erhält das Doppelte, ein stellvertretender Vorsitzender das Eineinhalbfache dieser weiteren Vergütung.

Die Gesellschaft gewährt jedem Mitglied des Aufsichtsrats für die Teilnahme an einer Sitzung des Aufsichtsrats oder eines seiner Ausschüsse, denen er angehört, ein Sitzungsgeld von 500 €, bei mehreren Sitzungen an einem Tag jedoch maximal 1.000 € pro Tag.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben gegenüber der Gesellschaft Anspruch auf Ersatz der zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben notwendigen und angemessenen Auslagen. Sie haben ferner Anspruch auf Ersatz der von ihnen aufgrund ihrer Aufsichtsrats Tätigkeit zu entrichtenden Umsatzsteuer.“

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der K+S Aktiengesellschaft, Kassel, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung gemäß § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss der K+S Aktiengesellschaft, Kassel, den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hannover, den 25. Februar 2009

Deloitte & Touche GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Beine
Wirtschaftsprüfer

Römgens
Wirtschaftsprüfer

[Diese Seite bleibt aus technischen Gründen frei.]

**Gepürfter Konzernabschluss der Morton International, Inc. zum 31.
Dezember 2008 (US GAAP)**

Hinweis für Investoren

Investoren sollten beachten, dass der nachfolgend abgedruckte Konzernabschluss der Morton International, Inc. und die darin enthaltenen Finanzzahlen für das zum 31. Dezember 2008 endende Geschäftsjahr nicht die Finanzzahlen desjenigen Unternehmensteils der MII widerspiegeln, der von der K+S AG erworben wurde und weitergeführt wird. Die K+S AG hat lediglich die Salzaktivitäten der MII erworben. Vor Vollzug des Erwerbs der MII wurden bestimmte nicht zum Salzgeschäft von MII gehörende Altaktivitäten, insbesondere aus dem Chemiebereich, herausgelöst und auf eine andere Gesellschaft der Verkäuferin übertragen. Die K+S AG hat das Recht (*put right*), frühestens 13 Monate nach dem Vollzug des Kaufvertrages alle Vermögensbestandteile und Wirtschaftsgüter von MII sowie die im Salzgeschäft tätigen Tochtergesellschaften von MII, einschließlich aller dazugehörigen Verbindlichkeiten, auf eine andere Gesellschaft der K+S Gruppe zu übertragen und nachfolgend MII wieder auf die Verkäuferin zurück zu übertragen. Diese Rückübertragung muss bis spätestens 26 Monate nach dem Closing erfolgt sein. Ziel dieser Regelung ist es, dass die Verkäuferin nach der Rückübertragung für alle Verbindlichkeiten haften soll, die nicht zu den Salzaktivitäten gehören, wie auch für sonstige Restverbindlichkeiten von MII, die nicht auf Grundlage des Kaufvertrags auf die K+S Gruppe übertragen wurden oder werden sollten. Für weitere Informationen zu den Regelungen des Erwerbsvertrages der MII siehe „*Wesentliche Verträge der K+S Gruppe – Übernahme von Morton Salt*“. In dem nachfolgend abgedruckten Konzernabschluss der MII für das zum 31. Dezember 2008 endende Geschäftsjahr sind jedoch diese nicht zum Salzgeschäft gehörenden Aktivitäten und Verbindlichkeiten sowie die sonstigen Restverbindlichkeiten enthalten. In der Folge sind in diesem Konzernabschluss der MII auch aus diesen Aktivitäten und Verbindlichkeiten resultierende Effekte auf die Gewinn- und Verlustrechnung und die Kapitalflussrechnung, wie z.B. Herstellungskosten des nicht erworbenen Chemiebereiches und Zinszahlungen für die nicht übernommenen Verbindlichkeiten enthalten. Investoren sollten daher beachten, dass eine schematische Addition der in dem nachfolgend abgedruckten Konzernabschluss der MII enthaltenen Finanzzahlen und der Finanzzahlen der K+S Gruppe für das Geschäftsjahr 2008 keinerlei Aussagekraft für die Gesamtvermögens-, -finanz- und -ertragslage im Geschäftsjahr 2008 sowie die künftige Gesamtvermögens-, -finanz- und -ertragslage hat.

Übersetzung aus dem englischen Original

KONZERNABSCHLUSS

Morton International, Inc.



PricewaterhouseCoopers LLP
Two Commerce Square, Suite 1700
2001 Market Street
Philadelphia, PA 19103-7042
Telefon (267) 330 3000
Fax (267) 330 3300

Vermerk unabhängiger Abschlussprüfer

An das Management von Morton International Inc.

Nach unserer Beurteilung stellen die beigefügte Konzernbilanz sowie die zugehörige Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, die Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung und die Konzern-Kapitalflussrechnung die Finanzlage der Morton International, Inc. und ihrer Tochtergesellschaften zum 31. Dezember 2008 sowie die Ertragslage und die Cashflows für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den US-amerikanischen Rechnungslegungsgrundsätzen (US-GAAP) in allen wesentlichen Belangen insgesamt sachgerecht dar. Der Konzernabschluss liegt in der Verantwortung des Managements der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage unserer Prüfung ein Urteil zu diesem Konzernabschluss abzugeben. Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung in Übereinstimmung mit den in den Vereinigten Staaten von Amerika allgemein anerkannten Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Nach diesen Standards ist die Abschlussprüfung so zu planen und durchzuführen, dass eine hinreichende Sicherheit darüber erlangt wird, ob der Konzernabschluss frei von wesentlichen falschen Darstellungen ist. Eine Abschlussprüfung umfasst die stichprobenweise Prüfung der Nachweise der in dem Konzernabschluss enthaltenen Beträge und Angaben, die Beurteilung der vom Management angewandten Rechnungslegungsmethoden und ermittelten geschätzten Werte in der Rechnungslegung sowie die Beurteilung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Urteil bildet.

Wie im Anhang zum Konzernabschluss ausgeführt, gab es seitens der Morton International, Inc. und ihrer Tochtergesellschaften bedeutende Transaktionen mit der Rohm and Haas Company, die möglicherweise keine Aussagekraft für die Kosten oder Konditionen haben, die sich aus Transaktionen zwischen einander nicht nahe stehenden Personen ergeben hätten.

PricewaterhouseCoopers LLP
30. April 2009

Morton International, Inc.
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

Für die Geschäftsjahre zum	31.12.2008	<i>(ungeprüft)</i> 31.12.2007	<i>(ungeprüft)</i> 31.12.2006
<i>(in Tsd.)</i>			
Umsatzerlöse	USD 1.222.197	USD 1.059.990	USD 829.826
Umsatzkosten	953.281	875.022	695.968
Vertriebs- und Verwaltungskosten	94.846	93.248	82.225
Forschungs- und Entwicklungskosten	1.516	1.121	1.013
Zinsaufwand nahe stehende Personen	63.218	63.072	58.770
Zinsaufwand	11.550	10.786	10.746
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer	7.652	7.663	7.480
Restrukturierungsmaßnahmen	141	46	5.327
Sonstige Erträge, netto	39.190	26.911	22.297
Ergebnis aus fortgeführten Geschäftsbereichen	129.183	35.943	(9.406)
Ertragsteueraufwand/(-ertrag)	24.772	4.522	(24.103)
Konzernergebnis	USD 104.411	USD 31.421	USD 14.697

Siehe Anhang zum Konzernabschluss

**Morton International, Inc.
Konzern-Kapitalflussrechnung**

	Für die Geschäftsjahre zum 31. Dezember		2008	2007	2006
			USD	USD	USD
Cashflow aus der Geschäftstätigkeit			104.411	31.421	14.697
Konzernergebnis			(914)	(2.989)	(152)
Überleitung des Konzernergebnisses zum Mittelzufluss aus der Geschäftstätigkeit:					
Gewinn aus der Veräußerung von Vermögenswerten			328	527	714
Rückstellung für Wertberichtigungen auf zweifelhafte Forderungen			6.956	814	8.915
Rückstellung für LIFO-Reserve			(11.759)	9.213	(21.087)
Planmäßige Abschreibungen			83.279	81.716	77.550
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer			7.652	7.663	7.480
Veränderungen der Vermögenswerte und Schulden, bereinigt um Akquisitionen und Desinvestitionen					
Forderungen			(19.957)	(91.937)	48.799
Vorräte			(19.691)	52.817	(70.742)
Rechnungsabgrenzungsposten und sonstige kurzfristige Vermögenswerte			17.031	(15.881)	(15.766)
Verbindlichkeiten und Rückstellungen			21.390	29.854	(2.985)
Rückstellung für geschuldete Ertragsteuern			(817)	40.111	(9.524)
Pensionen und Altersversorgungsleistungen			4.370	(15.315)	(28.418)
Sonstige, netto			12.707	(23.784)	(6.811)
Mittelzufluss/-abfluss aus der Geschäftstätigkeit			204.986	104.230	2.670
Cashflow aus der Investitionstätigkeit			(15.088)	-	-
Erwerb von Unternehmen			4.850	3.942	931
Erlöse aus dem Verkauf von Grundstücken, Gebäuden und Anlagen			(53.541)	(64.606)	(47.308)
Zugänge zu Grundstücken, Gebäuden und Anlagen (Zahlungen)			(6.105)	(68)	2.313
Erlöse aus der Abwicklung von Derivaten			(69.884)	(60.732)	(44.064)
Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit					
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit			(121.511)	(27.735)	27.049
Veränderung der Erlöse (an) von nahe stehende(n) Personen			(548)	(21.897)	14.144
Veränderung der kurzfristigen Kredite Dritter			(122.059)	(49.632)	41.193
Mittelzufluss/-abfluss aus der Finanzierungstätigkeit			13.043	(6.134)	(201)
Zunahme/(Abnahme) der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente			(8.166)	434	456
Einfluss von Wechselkursänderungen auf Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente			18.868	24.568	24.313
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente zu Beginn des Geschäftsjahres			23.745	18.868	24.568
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente am Ende des Geschäftsjahres			USD 18.868	USD 24.568	USD 24.568
Ergänzende Angaben zur Kapitalflussrechnung					
Zahlungen während des Geschäftsjahres für:					
Zinsen, abzüglich aktivierter Beträge			USD 77.379	USD 76.047	USD 65.573
Ertragsteuern, abzüglich erhaltener Erstattungen			37.738	25.769	44.853

Siehe Anhang zum Konzernabschluss

Morton International, Inc.
Konzernbilanz

31. Dezember	31.12.2008	(ungeprüft)	31.12.2007
<i>(in Tsd.)</i>			
Aktiva			
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	USD 23.745	USD	18.868
Forderungen, netto	231.410		219.548
Vorräte	137.491		138.350
Ausleihungen – nahe stehende Personen	-		6.125
Rechnungsabgrenzungsposten und sonstige kurzfristige Vermögenswerte	49.935		66.961
Summe kurzfristige Vermögenswerte	442.581		449.852
Ausleihungen – nahe stehende Personen	539.499		384.553
Grundstücke, Gebäude und Anlagen, abzüglich kumulierter Abschreibungen	371.859		437.512
Geschäfts- oder Firmenwert, abzüglich kumulierter Abschreibungen	323.132		326.642
Sonstige immaterielle Vermögenswerte, abzüglich kumulierter Abschreibungen	551.168		577.238
Übrige Vermögenswerte	37.334		65.115
Summe Aktiva	USD 2.265.573	USD	2.240.912
Passiva			
<i>Schulden:</i>			
Kurzfristige Verpflichtungen	USD 4.296	USD	5.053
Kreditschulden – nahe stehende Personen	3.109		-
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten	68.224		49.298
Rückstellungen	112.778		121.628
Ertragsteuerschulden	43.300		14.968
Summe kurzfristige Schulden	231.707		190.947
Langfristige Schulden	158.327		159.481
Kreditschulden – nahe stehende Personen	830.779		831.737
Sonstige Schulden	101.659		119.277
Rückstellungen für Altersversorgung der Mitarbeiter	111.828		77.071
Latente Ertragsteuerschulden	184.846		262.009
An/von Rohm and Haas Company fällige Beträge, netto	64.595		39.156
Summe Schulden	1.683.741		1.679.678
<i>Eigenkapital:</i>			
Stammaktien zum Nennwert von USD 1,00 je Aktie; genehmigt: 1.000 Aktien; ausgegeben: 1.000 Aktien	1		1
Kapitalrücklage	2.466.904		2.466.904
Bilanzverlust	(1.802.619)		(1.907.030)
Kumuliertes sonstiges Ergebnis	(82.454)		1.359
Summe Eigenkapital	581.832		561.234
Summe Passiva	USD 2.265.573	USD	2.240.912

Siehe Anhang zum Konzernabschluss

Morton International, Inc.
Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung

	Anzahl der im Umlauf befindlichen Stammaktien		Sammaktie		Kapital- rücklage		Bilanz- verlust		Kumuliertes sonstiges Ergebnis		Summe Eigenkapital		Gesamtergebnis
	1.000 USD	1 USD	1.000 USD	1 USD	1.000 USD	1 USD	1.000 USD	1 USD	1.000 USD	1 USD	1.000 USD	1 USD	
<i>(in Tsd., ausgenommen Aktienangaben)</i>													
Stand zum 1. Januar 2006 (angereicht)													
2006 (angereicht)													
Konzernergebnis													
In Rohm & Haas eingebrachte Vermögenswerte													
Veränderung des beizulegenden Zeitwerts in der laufenden Periode, nach Abzug von Steuern in Höhe von USD 971													
Umgliederung in den Gewinn, nach Abzug von Steuern in Höhe von USD (1.106)													
Kumulierte Umrechnungsdifferenz, nach Abzug von Steuern in Höhe von USD (765)													
Veränderung der Mindestpensionsverpflichtung, nach Abzug von Steuern in Höhe von USD (4.467)													
Gesamtergebnis													
Anpassung aufgrund der erstmaligen Anwendung von FASB Statement No. 158, nach Abzug von Steuern in Höhe von USD 32.180													
Stand zum 31. Dezember 2006													
2007 (angereicht)													
Kumulierte Anpassungsdifferenz für FIN 48													
Konzernergebnis													
In Rohm & Haas eingebrachte Vermögenswerte													
Veränderung des beizulegenden Zeitwerts in der laufenden Periode, nach Abzug von Steuern in Höhe von USD 492													
Umgliederung in den Gewinn, nach Abzug von Steuern in Höhe von USD (234)													
Kumulierte Umrechnungsdifferenz, nach Abzug von Steuern in Höhe von USD 13.744													
Während der Periode entstandener versicherungsmathematischer Nettogewinn aus Pensions- und Altersversorgungsplänen, nach Abzug von Steuern in Höhe von USD (2.880)													
Abschreibung von versicherungsmathematischen Nettoverlusten aus Pensions- und Altersversorgungsplänen, nach Abzug von Steuern in Höhe von USD 2.384													
Abschreibung des nachzuv verrechnenden Dienstzeitaufwands, nach Abzug von Steuern in Höhe von USD 126													
Gesamtergebnis													
Stand zum 31. Dezember 2007													
2008													
Konzernergebnis													
Veränderung des beizulegenden Zeitwerts in der laufenden Periode, nach Abzug von Steuern in Höhe von USD (171)													
Umgliederung in den Gewinn, nach Abzug von Steuern in Höhe von USD 32													
Kumulierte Umrechnungsdifferenz, nach Abzug von Steuern in Höhe von USD (20.000)													
Während der Periode entstandener versicherungsmathematischer Nettoverlust aus Pensions- und Altersversorgungsplänen, nach Abzug von Steuern in Höhe von USD (27.281)													
Abschreibung von versicherungsmathematischen Nettoverlusten aus Pensions- und Altersversorgungsplänen, nach Abzug von Steuern in Höhe von USD 1.573													
Nachzuv verrechnender Dienstzeitaufwand, nach Abzug von Steuern in Höhe von USD (788)													
Abschreibung des nachzuv verrechnenden Dienstzeitaufwands, nach Abzug von Steuern in Höhe von USD 189													
Gesamtergebnis													
Stand zum 31. Dezember 2008													

Siehe Anhang zum Konzernabschluss

ANHANG ZUM KONZERNABSCHLUSS

1. Hintergrund und Grundlagen der Bilanzierung

Hintergrund

Morton International, Inc. („MII“) wurde 1999 als hundertprozentige Tochtergesellschaft der Rohm and Haas Company („Rohm and Haas“) erworben. Am 10. Juli 2008 unterzeichneten Rohm and Haas einen Vertrag und Fusionsplan mit The Dow Chemical Company („Dow“) und deren Tochtergesellschaft Ramses Acquisition Corp. Dow schloss den Erwerb von Rohm and Haas am 1. April 2009 ab, und Rohm and Haas wurde eine hundertprozentige Tochtergesellschaft von Dow. Zu diesem Zeitpunkt gab Dow den Abschluss eines endgültigen Vertrags über den Verkauf der Anteile an MII bekannt. Weitere Erläuterungen sind Anhangangabe 25 „Ereignisse nach dem Bilanzstichtag“ zu entnehmen.

Wir sind der größte Salzhersteller in Nordamerika. Zu unserem Unternehmen gehören einige der renommiertesten Verbrauchermarken und Produktlogos, wie Morton Salt, die führende Speisesalzmarke in den USA mit dem berühmtem „little Salt Girl“, und Windsor Salt, die führende Marke in Kanada. Neben dem am besten bekannten Speisesalzsegment umfasst das Salzgeschäft auch Regeneriersalze für Wasserenthärtungsanlagen, Auftausalze, Salze für die Lebensmittelverarbeitung sowie Chemie- und Industriesalze. Das Unternehmen betreibt Produktionsstätten in den USA, Kanada und auf den Bahamas mit einer jährlichen Kapazität von über 13 Millionen Tonnen. 2008 wurden rund USD 915 Mio. des Umsatzes in den USA und der restliche Teil in Kanada erwirtschaftet.

Grundlagen der Bilanzierung

Der beiliegende Konzernabschluss wurde aus den Abschlüssen und der Buchhaltung von Rohm and Haas anhand unserer historischen Betriebsergebnisse und historischen Wertansätze der Aktiva und Passiva abgeleitet. Das Management hält die den Abschlüssen zugrunde liegenden Annahmen für vernünftig und angemessen. Die hierin einbezogenen Abschlüsse spiegeln jedoch nicht zwangsläufig die künftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie die Cashflows wider und geben keinen Aufschluss darüber, wie die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie die Cashflows ausgesehen hätten, wenn Morton International, Inc. in den dargestellten Perioden als eigenständiges Unternehmen tätig gewesen wäre.

Der hier dargestellte Abschluss der MII und zugehörige Anhangangaben zum 31. Dezember 2007 sowie für die Berichtsperioden zum 31. Dezember 2007 und 31. Dezember 2006 sind ungeprüft.

Allgemeine Unternehmenskosten

Rohm and Haas hat unsere Gewinn- und Verlustrechnung in den Geschäftsjahren 2008, 2007 und 2006 mit Aufwendungen für Dienstleistungen in Höhe von USD 11,3 Mio., USD 10,3 Mio. bzw. USD 10,7 Mio. belastet. Sie beziehen sich auf Dienstleistungen in den Bereichen Rechnungslegung, Steuern, Recht, Informationssysteme und -technologie, Personal und Cash-Management. Die von Rohm and Haas verwendeten Umlageverfahren sind von der Kostenart abhängig und berücksichtigen den Umsatz- und Umsatzkostenanteil. Diese umgelegten Unternehmenskosten spiegeln sich in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung in den Posten „Umsatzkosten“ und „Vertriebs- und Verwaltungskosten“ wider. Das Management hält die diesen Kostenumlagen zugrunde liegenden Annahmen für vernünftig und angemessen.

Ertragsteuern

Unser zu versteuerndes Ergebnis ist in der konsolidierten Steuerklärung von Rohm and Haas enthalten. Die im beiliegenden Konzernabschluss ausgewiesenen Ertragsteuern wurden jedoch auf der Grundlage einer Behandlung als eigenständiges Steuersubjekt berechnet. Diese Grundlage wurde beibehalten mit der einzigen Ausnahme, dass steuerliche Verluste oder ausländische Steuergutschriften von Morton International, Inc. in die US-Konzernsteuererklärung von Rohm and Haas eingeflossen sind. Diese Gutschriften wurden in der Ertragsteuerrückstellung von Morton International, Inc. berücksichtigt. Etwaige daraus resultierende Ertragsteuerforderungen oder -verbindlichkeiten, die mit der Geschäftstätigkeit in den USA in Verbindung stehen, sind in der Konzernbilanz unter „An Rohm and Haas Company fällige Beträge, netto“ ausgewiesen.

Bei der Methode der Behandlung als eigenständiges Steuersubjekt wurde die Rückstellung für Ertragsteuern mittels der Bilanzansatzmethode zur Bilanzierung von Ertragsteuern bestimmt. Gemäß dieser Methode werden latente Steueransprüche und -verbindlichkeiten unter Berücksichtigung der geschätzten künftigen Auswirkungen temporärer

Differenzen zwischen dem Buchwert unserer Aktiva und Passiva im Abschluss und ihrem Steuerwert angesetzt.

Im Falle einer hohen Wahrscheinlichkeit, dass Steuervorteile künftig nicht realisiert werden können, wird eine Wertberichtigung auf die latenten Steueransprüche vorgenommen.

Bei ausländischen Tochtergesellschaften, deren Gewinne außerhalb der USA permanent investiert sind, wurde keine Rückstellung für zusätzliche Ertragsteuern in den USA gebildet. Darüber hinaus sind wir in mehreren Steuerrechtskreisen tätig und werden innerhalb dieser Rechtskreise geprüft. Wir haben Rückstellungen für die geschätzten Ergebnisse solcher Prüfungen angesetzt. Wir werden diese Rückstellungen nach Abschluss von Steuerprüfungen oder Änderungen in der Steuergesetzgebung gegebenenfalls anpassen. Da eine Einschätzung der künftigen steuerlichen Folgen von Ereignissen, die in unserem Abschluss oder in unserer Steuererklärung berücksichtigt wurden, eine erhebliche Ermessensentscheidung erfordert, könnte der letztendliche Ausgang dieser Ereignisse zu (möglicherweise wesentlichen) Anpassungen in unseren Abschlüssen führen. Wir messen solchen Schätzungen deshalb eine entscheidende Bedeutung für die Aufstellung unseres Abschlusses bei.

Wir halten die aktuellen Annahmen und sonstigen Überlegungen, die bei der Schätzung der Steuerrückstellungen und latenten Steuerpositionen für das laufende Jahr nach der Methode der Behandlung als eigenständiges Steuersubjekt zugrunde gelegt wurden, für angemessen. Sollte das tatsächliche Ergebnis künftiger steuerlicher Folgen jedoch von unseren Schätzungen und Annahmen abweichen, könnte die daraus resultierende Veränderung der Rückstellung für Ertragsteuern einen wesentlichen Einfluss auf unsere Vermögens-, Finanz- und Ertragslage oder Cashflows haben.

Aufwendungen für Altersversorgung der Mitarbeiter

Bestimmte Mitarbeiter nehmen an von Rohm and Haas unterstützten Pensions- und Altersversorgungsplänen in den USA teil. Wir haben diese Pläne im beiliegenden Abschluss als Pläne mehrerer Arbeitgeber behandelt und unseren Anteil am Saldo der für Pensions- und Altersversorgungspläne in den USA angelegten Vermögen von Rohm and Haas nicht in die Konzernbilanz aufgenommen. Berücksichtigt wurden hingegen die Planvermögenswerte und -verbindlichkeiten eines von Rohm and Haas unterstützten qualifizierten Plans für dem Tarifvertrag unterliegende Arbeitnehmer, da alle Planteilnehmer aktive oder ehemalige Mitarbeiter von Morton International, Inc. sind. Die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung enthält eine Umlage der Aufwendungen von Rohm and Haas für Pensions- und Altersversorgungspläne in den USA, die auf Grundlage der Löhne und Gehälter unserer Planteilnehmer berechnet wurde.

Darüber hinaus verwalten wir Pensions- und Altersversorgungspläne für bestimmte Mitarbeiter in den USA, auf den Bahamas und in Kanada. Die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten dieser Pläne sind im Abschluss berücksichtigt.

Rohm and Haas bietet ihren Mitarbeitern langfristige Versorgungsleistungen im Falle der Erwerbsunfähigkeit an. Diese Programme werden auf Konzernebene verwaltet, sodass unser Anteil an der Verbindlichkeit aus Erwerbsunfähigkeitsleistungen nicht in der Konzernbilanz enthalten ist. Unsere Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung beinhaltet eine Umlage des Aufwands für die Erwerbsunfähigkeitsleistungen von Rohm and Haas.

Versicherungsprogramme

Rohm and Haas hat selbst Arbeitsunfallversicherungen, Sach- und Betriebsunterbrechungsversicherungen bis zu einer bestimmten Deckungssumme abgeschlossen. Die Versicherungs-Captive von Rohm and Haas begleicht die Ansprüche im Namen der Tochtergesellschaften von Rohm and Haas und berechnet für diese Dienstleistung jährliche Prämien. Die Selbstbehalte werden in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt. Da Morton International, Inc. außerhalb der Eigentumsstruktur von Rohm and Haas nicht selbst versichert ist, wurden in der Konzernbilanz keine Verbindlichkeiten für Ansprüche erfasst. Die Versicherungsbeiträge an Rohm and Haas werden in der Konzernbilanz unter „Rechnungsabgrenzungsposten und sonstige kurzfristige Vermögenswerte“ ausgewiesen und über die Versicherungslaufzeit aufwandswirksam verteilt.

Im Jahre 2008 zerstörte Hurrikan „Ike“ unsere Betriebsstätten auf den Bahamas. Der Versicherungs-Captive von Rohm and Haas erstattete ca. USD 19 Mio. Die Mittel wurden für die Reparatur bzw. den Ersatz beschädigter Vermögenswerte sowie zum Ausgleich der Betriebsunterbrechungskosten verwendet. Diese Entschädigung wurde in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung unter „Sonstige Erträge, netto“ ausgewiesen.

Rohm and Haas unterhält auch eigene Krankenversicherungen und verhandelt die Prämien und Verwaltungsdienstleistungen im Namen der Gesellschaft. Alle Aufwendungen für eingetretene Krankheitsfälle und eingetretene, aber noch

nicht gemeldete Krankheitsfälle werden der Gesellschaft auf Basis ihres Schadensverlaufs unter der Position „An/von Rohm and Haas Company fällige Beträge“ belastet.

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Zu den Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten gehören Bareinlagen, Festgelder und sofort marktfähige Wertpapiere mit einer Ursprungslaufzeit von bis zu drei Monaten.

Die Zahlungseingänge unserer Betriebsstätten auf den Bahamas sind permanent in die bahamaische Geschäftseinheit investiert und sind in der Konzernbilanz für die Geschäftsjahre zum 31. Dezember 2008 und 2007 im Posten „Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente“ enthalten. Die Zahlungseingänge unserer Betriebsstätten in Kanada sind permanent beginnend ab 2006 in die kanadische Geschäftseinheit investiert und sind in der Konzernbilanz für die Geschäftsjahre zum 31. Dezember 2008 und 2007 im Posten „Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente“ enthalten. Die Bareinlagen unserer Betriebsstätten in den USA werden regelmäßig an Rohm and Haas transferiert und in der Konzernbilanz unter „An Rohm and Haas Company fällige Beträge, netto“ ausgewiesen. Die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente von Rohm and Haas sind nicht in unsere Konzernbilanz eingeflossen.

An/von Rohm and Haas fällige Beträge

Der Posten „An/von Rohm and Haas fällige Beträge“ umfasst Transfers zwischen Rohm and Haas und Morton International, Inc., wobei es sich hauptsächlich um Barüberweisungen unserer Betriebsstätten in den USA an Rohm and Haas handelt. Die Transfers von Rohm and Haas an Morton International, Inc. betreffen Umlagen für allgemeine Unternehmenskosten sowie andere Aufwendungen für Leistungen, die Rohm and Haas im Namen von Morton International, Inc. wie oben ausgeführt erbracht hat.

Ferner beinhalten die Transfers von Morton International, Inc. an Rohm and Haas Zahlungen für in Rechnung gestellte Leistungen von Rohm and Haas.

Aktivierte Zinsen

Rohm and Haas erfasst die aktivierten Zinsen für alle Tochtergesellschaften auf Ebene der Muttergesellschaft. Da ein Teil der von Rohm and Haas aktivierten Zinsen zu den historischen Anschaffungskosten für den Erwerb bestimmter Vermögenswerte von Morton International, Inc. gehört, enthält unsere Konzernbilanz eine Umlage der von Rohm and Haas aktivierten Zinsen. Diese Umlage wurde für die dargestellten Perioden unter Anwendung des Effektivzinssatzes der Verbindlichkeiten von Rohm and Haas auf die in Bau befindlichen Anlagen von Morton International, Inc. ermittelt. Die aktivierten Zinsen werden über die durchschnittliche Nutzungsdauer unserer Sachanlagen linear abgeschrieben.

Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Verwendung von Schätzungen

Der Konzernabschluss wird in Übereinstimmung mit den in den Vereinigten Staaten von Amerika allgemein anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen („US-GAAP“) aufgestellt. Gemäß US-GAAP müssen Schätzungen und Annahmen vorgenommen werden, welche die ausgewiesenen Beträge der Vermögenswerte, Schulden, Umsatzerlöse und Aufwendungen sowie die Angaben zu Eventualforderungen und -verbindlichkeiten im Abschluss und in den Anhangangaben betreffen. Die tatsächlichen Beträge könnten von diesen Schätzungen abweichen.

Grundsätze der Konsolidierung

Der Konzernabschluss umfasst den Abschluss von Morton International, Inc. und ihrer Tochtergesellschaften. Es werden alle Unternehmen einbezogen, auf die wir einen beherrschenden Einfluss ausüben. Alle wesentlichen Unternehmen werden konsolidiert. Es bestehen keine wesentlichen vertraglichen Verpflichtungen zum Ausgleich von Verlusten nicht konsolidierter Unternehmen. Darüber hinaus haben wir die Auswirkung der Financial Accounting Standards Board Interpretation 46.R, „*Consolidation of Variable Interest Entities*“ geprüft und sind zu dem Schluss gelangt, dass wir in den dargestellten Geschäftsjahren keine Anteile an Variable Interest Entities halten.

Alle wesentlichen konzerninternen Salden, Transaktionen und nicht realisierten Gewinne und Verluste wurden bei der

Konsolidierung ordnungsgemäß aus den Finanzergebnissen eliminiert.

Fremdwährungsumrechnung

Beträge in Fremdwährung werden gemäß US-GAAP in US-Dollar umgerechnet. Unsere operativen Tochtergesellschaften, ausgenommen Holding-Gesellschaften, verwenden die lokale Währung als ihre Funktionswährung.

Die Vermögenswerte und Schulden dieser Gesellschaften werden mit den maßgeblichen Wechselkursen in US-Dollar umgerechnet. Erträge und Aufwendungen werden mit den Durchschnittskursen der Berichtsperiode umgerechnet. Gewinne und Verluste aus der Währungsumrechnung werden nach Abzug von Steuern im Posten „Kumuliertes sonstiges Ergebnis“ erfasst. Davon ausgenommen sind ausländische Tochtergesellschaften, deren Erträge permanent außerhalb der USA investiert sind.

Bei Gesellschaften, die weiter den US-Dollar als Funktionswährung verwenden, werden Grundstücke, Gebäude und Anlagen, kumulierte planmäßige Abschreibungen, Vorräte, Geschäfts- oder Firmenwert, immaterielle Vermögenswerte und deren kumulierte Abschreibungen mit dem jeweiligen historischen Wechselkurs umgerechnet. Die Umrechnung aller anderen Vermögenswerte und Schulden erfolgt mit den Kursen am Ende der Berichtsperiode. Umsatzerlöse, Umsatzkosten und betriebliche Aufwendungen (außer Abschreibungen) werden mit den Durchschnittskursen für die Berichtsperiode umgerechnet.

Gewinne und Verluste aus der Währungsumrechnung, einschließlich der Erfassung von Veränderungen infolge der Marktbewertung offener Devisentermingeschäfte, werden ergebniswirksam erfasst.

Bilanzierung von derivativen Instrumenten und Sicherungsmaßnahmen

Rohm and Haas schließt in unserem Namen Devisenoptions- und Devisentermingeschäfte ab, um das Risiko schwankender Betriebsergebnisse aufgrund von Vermögenswerten und Schulden in Fremdwährungen zu verringern. Darüber hinaus reduziert Rohm and Haas die Auswirkungen schwankender Rohstoffpreise durch den Abschluss von Rohstoffswaps und Collars in unserem Namen. Diese Instrumente werden gemäß Statement of Financial Accounting Standards („FAS“) 133, „*Accounting for Derivative Instruments and Hedging Activities*“ in der jeweils gültigen Fassung bilanziert.

Rohm and Haas hat Richtlinien für den Einsatz derivativer Instrumente festgelegt. Es werden keine derivativen Instrumente für Handels- oder spekulative Zwecke verwendet. Gleiches gilt für derivative Instrumente mit Hebel oder Instrumente, für die keine Marktwerte von unabhängigen Dritten zur Verfügung stehen. Rohm and Haas steuert das Kontrahentenausfallrisiko, indem sie Derivate nur mit großen Finanzinstituten mit Investment-Grade-Rating abschließt und die Risikoposition pro Finanzinstitut auf einen bestimmten Betrag begrenzt. Bestimmte derivative Instrumente von Rohm and Haas enthalten Bonitätsklauseln, die beiden Vertragsparteien im Falle einer Herabstufung der anderen Partei unterhalb des Investment Grade das Recht auf Abwicklung am Markt einräumen.

Gemäß US-GAAP sind alle derivativen Instrumente in der Bilanz mit ihren beizulegenden Zeitwerten auszuweisen. Bei derivativen Instrumenten, die als Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts (*fair value hedges*) eingestuft wurden, werden Änderungen des beizulegenden Zeitwerts der derivativen Instrumente im Allgemeinen durch Änderungen des Zeitwerts der gesicherten Grundgeschäfte in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgeglichen. Bei derivativen Instrumenten, die als Absicherung von Zahlungsströmen (*cash flow hedges*) eingestuft wurden, um Schwankungen künftiger Cashflows im Zusammenhang mit erwarteten Transaktionen zu verringern, wird der effektive Teil der Sicherungsgeschäfte so lange im Posten „Kumuliertes sonstiges Ergebnis“ ausgewiesen, bis die gesicherten Grundgeschäfte realisiert und ergebniswirksam erfasst werden. Wenn Absicherungen von Zahlungsströmen vorzeitig gekündigt werden, die zugrunde liegenden abgesicherten erwarteten Transaktionen jedoch weiterhin wahrscheinlich sind, werden die zugehörigen Gewinne oder Verluste nach Abzug von Steuern im kumulierten sonstigen Ergebnis abgegrenzt, bis die Grundgeschäfte eintreten. Unwirksame Teile der Sicherungsgeschäfte gehen in das Ergebnis der laufenden Periode ein.

Änderungen des beizulegenden Zeitwerts der derivativen Instrumente werden sofort im Ergebnis der laufenden Periode erfasst, wenn die Instrumente nicht als Sicherungsgeschäfte eingestuft wurden oder nicht die Wirksamkeitskriterien erfüllen.

Die aus unseren Sicherungsmaßnahmen resultierenden Cashflows sind in der Konzern-Kapitalflussrechnung der

Geschäftstätigkeit zugeordnet. Davon abweichend werden Cashflows aus Derivaten, die nicht als Sicherungsgeschäfte gemäß SFAS 133 bilanziert werden, gesondert unter der Investitionstätigkeit ausgewiesen.

Umsatzrealisierung

Umsatzerlöse werden zum Zeitpunkt der Lieferung an den Kunden erfasst, wenn der Eigentums- und Gefahrenübergang an den Kunden erfolgt ist. Die Umsatzerlöse werden abzüglich Skonti ausgewiesen. Einige Kunden erhalten Preisnachlässe, wenn der jährliche Gesamteinkaufswert eine bestimmte in ihren Einzelverträgen festgelegte Vorgabe übersteigt. Diese Preisnachlässe werden entsprechend dem Fortschritt der Kunden beim Erreichen ihrer Vorgabe von den Umsatzerlösen abgezogen. Naturalrabatte wie Produktmuster werden zum Zeitpunkt der Lieferung als Vertriebs- und Verwaltungskosten aufwandswirksam erfasst.

Die den Kunden in Rechnung gestellten Versand- und Bearbeitungsgebühren sind in den Umsatzerlösen enthalten. Die Kosten der Warenlieferung werden in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung als Umsatzkosten klassifiziert.

Umsatzkosten

Unter die in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Umsatzkosten fallen Frachtkosten für eingehende Lieferungen, Beschaffungs- und Warenannahmeken, interne Transferkosten und andere Aufwendungen für das Vertriebsnetz.

Forschung und Entwicklung

Alle Forschungs- und Entwicklungskosten werden zum Zeitpunkt ihres Anfalls ergebniswirksam erfasst.

Werbekosten

Alle Werbekosten werden zum Zeitpunkt ihres Anfalls ergebniswirksam erfasst. In den in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Vertriebs- und Verwaltungskosten waren in den Geschäftsjahren zum 31. Dezember 2008, 2007 und 2006 Werbekosten in Höhe von USD 5,2 Mio., USD 3,5 Mio. bzw. USD 5,8 Mio. enthalten.

Forderungen und Wertberichtigungen auf zweifelhafte Forderungen

Forderungen resultieren aus dem Verkauf von Gütern oder Dienstleistungen zu Konditionen, die eine künftige Zahlung vorsehen. Sie entstehen zum Zeitpunkt der Umsatzrealisierung und werden durch Zahlungseingänge verringert. Wir nehmen Wertberichtigungen auf zweifelhafte Forderungen vor, die der bestmöglichen Schätzung des Betrags wahrscheinlicher Kreditausfälle in unserem vorhandenen Forderungsbestand entsprechen. Bei der Beurteilung, ob die Einbringlichkeit einer Rechnung hinreichend sicher ist, werden Faktoren wie Kundenbonität, Erfahrungswerte hinsichtlich des Kunden und Änderungen der Kundenzahlungsbedingungen berücksichtigt. Die Wertberichtigungen auf zweifelhafte Forderungen werden monatlich überprüft. Forderungen werden abgeschrieben und auf das Wertberichtigungskonto auf zweifelhafte Forderungen angerechnet, wenn wir es für wahrscheinlich halten, dass die Forderung nicht beglichen wird.

Vorräte

Die Vorräte werden zum niedrigeren Wert aus Anschaffungs- oder Herstellungskosten und Marktwert angesetzt. Ca. 47 % der Vorräte werden nach dem LIFO-Verfahren (Last-in, First-out), der übrige Teil nach dem FIFO-Verfahren (First-in, First-out) bewertet. Alle Kosten, die bei der Herstellung von Salzprodukten in unseren Produktionsstätten anfallen, werden als Kosten der Vorräte erfasst. Als Näherungswert für die FIFO-Kosten werden die Standardkosten zugrunde gelegt. Da unsere Produkte häufig an externen Lagerstandorten gelagert werden, sind in den Kosten der Vorräte auch die notwendigen Fracht- und Bearbeitungskosten für die Einlagerung des Produkts bis zum Verkauf an einen Kunden enthalten. Die Verteilung der fixen Produktionsgemeinkosten und die Erfassung der Kosten der Vorräte erfolgt gemäß SFAS 151, „*Inventory costs, an amendment of ARB No. 43, Chapter 4*“, wonach ungewöhnliche Beträge von Leerkosten, Frachtkosten, Bearbeitungskosten und Abfall in der Periode ihres Anfalls in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst werden.

Grundstücke, Gebäude und Anlagen und kumulierte Abschreibungen

Grundstücke, Gebäude und Anlagen werden zu ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen angesetzt. Diese Vermögenswerte werden über ihre geschätzte Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Im Zusammenhang mit der Errichtung und Installation dieser Anlagen anfallende Bau-, Lohn- und Gemeinkosten werden aktiviert. Aufwendungen für Erweiterungen und Verbesserungen, die die Nutzungsdauer verlängern oder die Kapazität der Anlagen erhöhen, werden ebenfalls aktiviert. Die Reparatur- und Instandhaltungskosten für diese Anlagen werden zum Zeitpunkt ihres Anfalls ergebniswirksam erfasst. Ersatz- und Wertsteigerungskosten werden aktiviert. Die Anschaffungs- und Herstellungskosten sowie die zugehörigen kumulierten Abschreibungen unserer Anlagen werden bei Stilllegung oder Abgang ausgebucht.

Aktivierte Softwarekosten

Bestimmte Kosten wie Softwareprogrammierung, -installation und -tests, die im Zusammenhang mit dem Kauf oder der Erstellung und Implementierung von Computersoftware zur internen Nutzung anfallen, werden gemäß Statement of Position 98-1, „*Accounting for the Costs of Computer Software Developed or Obtained for Internal Use*“, aktiviert.

Geschäfts- oder Firmenwert und immaterielle Vermögenswerte mit unbegrenzter Nutzungsdauer

Der in der Konzernbilanz ausgewiesene Geschäfts- oder Firmenwert entstand 1999 im Rahmen des Erwerbs von Morton International, Inc. durch Rohm and Haas.

Wir halten die gegenwärtigen Annahmen und sonstigen Überlegungen bei der Bewertung des Geschäfts- oder Firmenwerts und der immateriellen Vermögenswerte mit unbegrenzter Nutzungsdauer für angemessen. Sollten die tatsächlichen Gegebenheiten jedoch von den in unseren Analysen verwendeten Annahmen und Überlegungen abweichen, könnte die daraus resultierende Änderung unsere Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erheblich nachteilig beeinflussen.

Nach SFAS 142, „*Goodwill and Other Intangible Assets*“, werden Geschäfts- oder Firmenwert und immaterielle Vermögenswerte mit unbegrenzter Nutzungsdauer jährlich überprüft oder häufiger, falls veränderte Umstände darauf hinweisen, dass der Buchwert nicht mehr realisierbar sein könnte. Zur Beurteilung der Erzielbarkeit werden regelmäßig die geschätzten künftigen abgezinsten Cashflows herangezogen, um den beizulegenden Zeitwert für das Unternehmen zu bestimmen. Diese Berechnung ist in hohem Maße von den geschätzten künftigen Cashflows des Unternehmens und dem in diesen Berechnungen verwendeten Abzinsungssatz abhängig. Die jährliche Wertminderungsprüfung erfolgt zum 31. Mai.

In den Jahren 2008, 2007 und 2006 wurde eine jährliche Wertminderungsprüfung durchgeführt, bei der wir jeweils zu dem Schluss gelangt sind, dass der Buchwert des Geschäfts- oder Firmenwertes und der Buchwert der immateriellen Vermögenswerte mit unbegrenzter Nutzungsdauer in vollem Umfang erzielbar sind.

Wertminderung langfristiger Vermögenswerte

Wir halten die gegenwärtigen Annahmen und sonstigen Überlegungen bei der Bewertung des Buchwerts langfristiger Vermögenswerte für angemessen. Sollten die tatsächlichen Gegebenheiten jedoch von den in unseren Analysen verwendeten Annahmen und Überlegungen abweichen, könnte die daraus resultierende Änderung die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung und die Konzernbilanz erheblich nachteilig beeinflussen.

Zu den langfristigen Vermögenswerten (ohne Geschäfts- oder Firmenwert und immaterielle Vermögenswerte mit unbegrenzter Nutzungsdauer, die vorstehend erläutert wurden) gehören Grundstücke, Gebäude, Anlagen und sonstige immaterielle Vermögenswerte. Langfristige Vermögenswerte (ohne Geschäfts- oder Firmenwert und immaterielle Vermögenswerte mit unbegrenzter Nutzungsdauer) werden über ihre geschätzte Nutzungsdauer abgeschrieben und auf Wertminderung geprüft, wenn veränderte Umstände darauf hinweisen, dass der Buchwert des Vermögenswerts nicht mehr erzielbar sein könnte. Solche Umstände sind zum Beispiel ein deutlicher Rückgang des Marktpreises eines langfristigen Vermögenswerts, eine erhebliche nachteilige Veränderung in der Art und Weise der Nutzung bzw. der geplanten Nutzung des Vermögenswerts oder seines physischen Zustands oder in der Vergangenheit mehrfach aufgetretene betriebliche Verluste oder Cashflow-Verluste im Zusammenhang mit der Nutzung des Vermögenswerts. Änderungen in der erwarteten Nutzungsdauer dieser langfristigen Vermögenswerte können ebenfalls ein Anhaltspunkt für eine Wertminderung sein. Beim Eintritt solcher Ereignisse oder Veränderungen beurteilen wir die Erzielbarkeit des Vermögenswerts, indem wir seinen Buchwert mit den erwarteten künftigen nicht abgezinsten Cashflows aus der geplanten künftigen Nutzung und ggf. einer möglichen Veräußerung des Vermögenswerts vergleichen. Wird festgestellt, dass der Buchwert eines

Vermögenswerts nicht erzielbar ist, schätzen wir den beizulegenden Zeitwert in erster Linie anhand der abgezinnten künftigen Cashflows, die aus der Nutzung dieses Vermögenswerts erwartet werden, und vergleichen diese mit seinem Buchwert. Langfristige Vermögenswerte werden nach der niedrigsten Ebene gruppiert, auf der identifizierbare Cashflows weitgehend unabhängig sind. Dies ist im Allgemeinen auf Anlagenebene der Fall. Die zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts eines Vermögenswerts verwendeten abgezinnten Cashflows werden auf der Grundlage marktüblicher Annahmen berechnet. Übersteigt der Buchwert den beizulegenden Zeitwert, wird ein Wertminderungsaufwand in Höhe der Differenz zwischen Buchwert und beizulegendem Zeitwert erfasst. In einigen Fällen kann der Buchwert angemessen sein; das Ereignis, dass die Überprüfung ausgelöst hat, kann jedoch auch darauf hinweisen, dass die Nutzungsdauer des Vermögenswerts berichtigt werden muss. In solchen Fällen wird eine höhere Abschreibung in Übereinstimmung mit der korrigierten Nutzungsdauer des Vermögenswerts vorgenommen.

Zu den wichtigsten Variablen, für die Schätzungen erforderlich sind, gehören Annahmen in Bezug auf Umsatzvolumen, Verkaufspreise, Rohstoffpreise, Lohnkosten und die Kosten anderer Leistungen an Arbeitnehmer, Kapitalzuführungen, angenommene Abzinsungssätze und andere wirtschaftliche Faktoren. Diese Variablen bedürfen einer erheblichen Ermessensentscheidung des Managements und sind von Natur aus mit Unsicherheiten behaftet, da es sich um Prognosen künftiger Ereignisse handelt. Werden solche Vermögenswerte als wertgemindert befunden, wird ein Wertminderungsaufwand in Höhe des Betrags erfasst, um den der Buchwert des Vermögenswerts seinen beizulegenden Zeitwert übersteigt.

In den Geschäftsjahren zum 31. Dezember 2008, 2007 und 2006 gab es keine Wertminderungen von Vermögenswerten.

Leistungen aus Pensions- und Altersversorgungsplänen

Bestimmte Mitarbeiter nehmen an von Rohm and Haas unterstützten Pensions- und Altersversorgungsplänen in den USA teil.

Wir haben diese Pläne im vorliegenden Abschluss als Pläne mehrerer Arbeitgeber behandelt und unseren Anteil am Saldo der für Pensions- und Altersversorgungspläne in den USA angelegten Vermögen von Rohm and Haas nicht in die Konzernbilanz aufgenommen, mit Ausnahme eines qualifizierten Pensionsplans für bestimmte dem Tarifvertrag unterliegende Arbeitnehmer. Die Planvermögenswerte und -verbindlichkeiten im Rahmen des qualifizierten Pensionsplans für dem Tarifvertrag unterliegende Arbeitnehmer sind deshalb in der Konzernbilanz enthalten, weil wir davon ausgehen, dass diese Verbindlichkeit beim Verkauf übernommen wird. Wir halten die Annahmen und sonstigen Überlegungen zur Bestimmung unserer Pensions- und Altersversorgungsverpflichtungen für angemessen. Sollten die tatsächlichen Gegebenheiten jedoch von den in unseren Analysen verwendeten Annahmen und Überlegungen abweichen, könnte die daraus resultierende Änderung die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung und die Konzernbilanz erheblich beeinflussen.

Wir wenden ab dem Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2006 die Ansatzvorschriften in SFAS 158, „*Employers' Accounting for Defined Benefit Pension and Other Postretirement Plans*“, an. Gemäß SFAS 158 sind Arbeitgeber verpflichtet, den über- oder unterdotierten Anwartschaftsbarwert eines leistungsorientierten Plans in der Bilanz als Vermögenswert bzw. Schuld auszuweisen. SFAS 158 schreibt ferner vor, dass Arbeitgeber jährliche Veränderungen der Gewinne oder Verluste, des nachzuerrechnenden Dienstzeitaufwands oder anderer Gutschriften, die nicht als Bestandteil der Netto-Pensionsaufwendungen nach Abzug von Steuern erfasst wurden, im sonstigen Ergebnis ausweisen. Infolge der Anwendung der Ansatzvorschriften von SFAS 158 wurde im Dezember 2006 in der Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung eine Zunahme im Posten „Kumuliertes sonstiges Ergebnis“ in Höhe von USD 64,3 Mio. erfasst.

Anteilsbasierte Vergütungen

Es gibt verschiedene von Rohm and Haas geführte anteilsbasierte Vergütungspläne für Mitglieder der Geschäftsleitung, leitende Angestellte und Mitarbeiter. Hierbei handelt es sich hauptsächlich um Belegschaftsaktien, beschränkte Aktienerwerbsrechte und Aktienoptionen.

Anteilsbasierte Vergütungen werden nach der Methode des beizulegenden Zeitwerts laut Definition in SFAS 123R, „*Accounting for Stock-Based Compensation*“, in der jeweils gültigen Fassung erfasst. Der beizulegende Zeitwert wird mit dem Black-Scholes-Preisberechnungsmodell zum Tag der Gewährung berechnet und über den entsprechenden Erdienungszeitraum – in der Regel drei Jahre – als Vergütungsaufwand erfasst. Der beizulegende Zeitwert gewährter Belegschaftsaktien wird ebenfalls gemäß SFAS 123R in der jeweils gültigen Fassung berechnet und bilanziert. Der Vergütungsaufwand wird über den Erdienungszeitraum erfasst, der normalerweise fünf Jahre beträgt. Es ist betriebsübliche

Praxis, die im Rahmen von anteilsbasierten Vergütungsvereinbarungen gewährten Eigenkapitalinstrumente durch eigene Aktien zu begleichen und nicht bar abzugelten.

Eventualverbindlichkeiten aus Rechtsstreitigkeiten und Umwelthaftung und diesbezügliche Rückstellungen

Wir sind im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit an Rechtsstreitigkeiten beteiligt, in denen es um arbeitsrechtliche Angelegenheiten, Personenschäden, Sachschäden und Umweltbelange geht. Darüber hinaus betreiben wir Umweltsanierungen und geben erhebliche Beträge sowohl für unternehmenseigene als auch fremde Standorte aus. Gemäß US-GAAP sind wir zur Prüfung dieser Sachverhalte verpflichtet, um 1) zu bestimmen, ob eine Verpflichtung wahrscheinlich ist, und 2) eine solche Verpflichtung zu erfassen, wenn das finanzielle Risiko angemessen geschätzt werden kann. Die Ermittlung und Schätzung dieser Verpflichtungen sind für die Aufstellung des Konzernabschlusses von großer Bedeutung. Rückstellungen für geschätzte Verluste aufgrund von Verpflichtungen zur Umweltsanierung werden während der Sanierungsdurchführbarkeitsstudie zu dem Zeitpunkt erfasst, wenn die Kosten wahrscheinlich werden und geschätzt werden können. Wir bilden keine Verlustrückstellung für voraussichtlich anfallende Rechtskosten.

Bei der Überprüfung solcher Sachverhalte wird ein breites Spektrum von Informationen berücksichtigt, um festzustellen, ob eine Verpflichtung wahrscheinlich ist und ihre Höhe geschätzt werden kann. Hierzu gehören Fakten über den Altstandort, vorhandene und vorgeschlagene Sanierungstechnologien sowie die Kostenbandbreite bei Anwendung dieser Technologien, Erfahrungswerte, behördliche Vorschläge für diesen und ähnliche Standort(e), die Haftung anderer Parteien, die Fähigkeit anderer möglicherweise verantwortlicher Parteien (*Potentially Responsible Parties*, PRPs), die ihnen zugewiesenen Kosten zu begleichen, sowie die aktuellen Gesetze und Vorschriften. Sind beide Bedingungen erfüllt, wird eine Rückstellung gebildet. Diese Rückstellungen enthalten Verpflichtungen, die voraussichtlich innerhalb der nächsten 10 Jahre fällig werden. Sind wir der Auffassung, dass eine bestmögliche Schätzung nicht vorgenommen werden kann, bilden wir eine Rückstellung in Höhe des Mindestbetrags aus einer Bandbreite möglicher Verluste und geben wesentliche zusätzliche, für möglich gehaltene Verluste an. Für den Fall, dass eine Verpflichtung nur im Rahmen des Möglichen liegt, ziehen wir bei der Schätzung der potenziellen Risikoposition die gleichen Informationen heran und geben die Höhe der möglichen Verpflichtung an. Schätzungen für Verpflichtungen, die in 11 bis 30 Jahren entstehen, werden ebenfalls nur als im Rahmen des Möglichen angesehen, da die Eintrittswahrscheinlichkeit eines künftigen Ereignisses mehr als gering, aber weniger als wahrscheinlich ist. Diese Eventualverluste werden regelmäßig auf geänderte Tatsachen und Umstände überwacht, die eine Anpassung der Rückstellung erforderlich machen würden. Der größte Teil der Rückstellungen wurden für Sanierungs- und Wiederherstellungskosten im Zusammenhang mit Umweltschäden gebildet. Zum 31. Dezember 2008 und 2007 betrug die Rückstellung für umweltbezogene Kosten USD 71,2 Mio. bzw. USD 69,3 Mio. Der Umfang der Umweltverschmutzung und die notwendigen Sanierungsmaßnahmen werden durch Studien und Standortuntersuchungen festgestellt. Mit der sachkundigen Hilfe unserer Umwelttechniker und Rechtsberater nehmen wir die bestmöglichen Schätzungen für die Sanierungs- und Wiederherstellungskosten vor. Diese Schätzungen basieren auf den prognostizierten künftigen Kosten für Sanierungsmaßnahmen und ändern sich regelmäßig, sobald zusätzliche und bessere Informationen verfügbar werden. Änderungen bezüglich der in die Berechnung der Rückstellungen für Umweltsanierung einfließenden Annahmen und Überlegungen könnten unsere Ertragslage erheblich nachteilig beeinflussen. Wenn wir feststellen, dass der Umfang der Sanierungsarbeiten größer als ursprünglich geplant ist, neue Verschmutzungen oder bisher unbekannte Standorte entdeckt werden oder Schadensersatzansprüche aufgrund von Personen- oder Sachschäden gegen uns geltend gemacht werden, könnten sich unsere Schätzungen und Annahmen wesentlich ändern.

Wir halten die gegenwärtigen Annahmen und sonstigen Überlegungen bei der Schätzung der Rückstellungen für unsere Verpflichtungen aus der Umwelthaftung und andere Haftungsrisiken für angemessen. Diese Schätzungen beruhen größtenteils auf aktuell verfügbaren Informationen sowie den für diese Angelegenheiten maßgeblichen aktuellen Gesetzen und Vorschriften. Wenn weitere Informationen verfügbar werden oder sich die gesetzliche Lage ändert oder die tatsächlichen Gegebenheiten von den bei der Schätzung unserer Rückstellungen verwendeten Annahmen und Überlegungen abweichen, könnte die daraus resultierende Änderung unsere Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erheblich nachteilig beeinflussen.

Bewertung von Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert

Seit dem ersten Quartal 2008 wenden wir SFAS 157 für finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten an. SFAS 157 enthält verschiedene Bewertungsverfahren, z. B. den Marktansatz (*market approach*, Heranziehung vergleichbarer Marktpreise), den Ertragsansatz (*income approach*, Heranziehung des Barwerts künftiger Erträge oder Cashflows) und den Kostenansatz (*cost approach*, Heranziehung der Reproduktions- oder Wiederbeschaffungskosten des Vermögenswerts). Der Standard begründet eine *Fair Value*-Hierarchie, nach der die Daten, die in die Bewertungsverfahren zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts einfließen, in drei grobe Ebenen eingeteilt werden. Diese Einteilung in drei

Ebenen kann wie folgt zusammengefasst werden:

Ebene 1: Beobachtbare einfließende Daten wie notierte Preise (unangepasst) an aktiven Märkten für identische Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten.

Ebene 2: Einfließende Daten, die keine notierten Preise sind und die für den Vermögenswert oder die Verbindlichkeit direkt oder indirekt beobachtbar sind. Hierzu gehören notierte Preise für vergleichbare Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten an aktiven Märkten sowie notierte Preise für identische oder vergleichbare Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten an nicht-aktiven Märkten.

Ebene 3: Nicht beobachtbare einfließende Daten, die auf unseren eigenen Annahmen beruhen.

2. Geschäftsvorfälle mit nahe stehenden Personen

Umsatzerlöse und andere betriebliche Erträge

Die Umsatzerlöse und anderen betrieblichen Erträge zwischen Morton International, Inc. und Rohm and Haas waren in den dargestellten Perioden unwesentlich.

Ausleihungen – nahe stehende Personen

		31. Dezember			
<i>(in Tsd.)</i>	Währung	Fälligkeit	2008		<i>(ungeprüft)</i> 2007
5,36 % Ausleihung	Kanadischer Dollar	2008	USD	-	USD 6.125
5,16 % Ausleihung	US-Dollar	2008		-	343.476
3,99 % Ausleihung	US-Dollar	2009		430.846	-
3,77 % Ausleihung	Japanischer Yen	2012		31.810	25.461
0,00 % Ausleihung	Kanadischer Dollar	2013		57.330	-
1,24 % Ausleihung	Japanischer Yen	2014		19.513	15.616
Zwischensumme				539.499	390.678
Abzüglich:					
Kurzfristiger Anteil				-	6.125
Summe			USD	539.499	USD 384.553

Der Saldo des Postens „Ausleihungen– nahe stehende Personen“ umfasst Kredite an Tochtergesellschaften von Rohm and Haas. Die auf japanische Yen lautenden Kredite mit einer Verzinsung von 3,77 % und 1,24 %, die Tochtergesellschaften von Rohm and Haas gewährt wurden, dienen zur Finanzierung des laufenden Betriebs. Die Anleihebeträge und aufgelaufenen Zinsen werden 2012 bzw. 2014 fällig. Die Ausleihungen in USD werden im Allgemeinen bei Fälligkeit refinanziert und dienen dazu, die liquiden Mittel von Rohm and Haas zu konzentrieren. Die 5,16 %-Ausleihungen wurden bei ihrer Fälligkeit im Jahr 2008 durch 3,99 %-Ausleihungen refinanziert, die wiederum am Fälligkeitstermin im Januar 2009 durch 4,74 %-Ausleihungen mit Fälligkeit im Januar 2010 refinanziert wurden. Die USD-Ausleihungen wurden deshalb als langfristig eingestuft. Der auf kanadische Dollar lautende 0,00 %-Kredit steht mit der Liquiditätsbündelung an die Tochtergesellschaften von Rohm and Haas für Konzernzwecke in Verbindung und wird 2013 fällig.

Im März 2009 gewährten wir einer Tochtergesellschaft von Rohm and Haas einen Kredit in Höhe von CAD 94,0 Mio. (USD 74,8 Mio.). Diese Ausleihungen sind mit 0,00 % verzinst und werden am 26. Mai 2009 fällig.

Die aufgelaufenen Zinsen auf die Ausleihungen, die im Bilanzposten „Rechnungsabgrenzungsposten und sonstige kurzfristige Vermögenswerte“ ausgewiesen werden, beliefen sich zum 31. Dezember 2008 und 2007 auf USD 10,0 Mio. bzw. USD 33,8 Mio.

Kreditschulden – nahe stehende Personen

			31. Dezember	
<i>(in Tsd.)</i>	Währung	Fälligkeit		
			2008	<i>(ungeprüft)</i> 2007
7,46 % Kredit	US-Dollar	2029	USD 830.779	USD 831.737
1,90 % Kredit	US-Dollar	2009	2.750	-
3,15 % Kredit	US-Dollar	2009	359	-
Zwischensumme			833.888	831.737
Abzüglich: Kurzfristiger Anteil			3.109	-
Summe			USD 830.779	USD 831.737

Der Posten „Kreditschulden – nahe stehende Personen“ umfasst Kredite von Tochtergesellschaften von Rohm and Haas. In den 7,46 %-Krediten ist der Anfangskredit zur Finanzierung des Erwerbs von Morton International, Inc. im Jahr 1999 enthalten. Die Zinsen auf die „Kreditschulden – nahe stehende Personen“ werden jährlich gezahlt. Die 7,46 %-Krediten sind am Fälligkeitstermin 2029 in voller Höhe samt aufgelaufener Zinsen zahlbar.

Die aufgelaufenen Zinsen auf die Kredite, die im Bilanzposten „Rückstellungen“ enthalten sind, betragen zum 31. Dezember 2008 und 2007 jeweils USD 32,7 Mio.

3. Erwerb von Vermögenswerten

Am 31. Juli 2008 erwarben wir für einen Barbetrag von USD 15,1 Mio. die Season-All®-Gewürzsatz-Produktlinie von McCormick & Company, die im Wesentlichen immaterielle Vermögenswerte im Wert von USD 14,0 Mio. umfasste, darunter Handelsmarken in Höhe von USD 11,0 Mio., Kundenlisten in Höhe von USD 3,0 Mio. und Vorräte in Höhe von USD 1,1 Mio. Mit diesem Erwerb verfolgen wir unsere Strategie der Ausweitung unseres Spezialsalz-Portfolios weiter.

4. Restrukturierungsrückstellungen

Kosten für Abfindungszahlungen und Leistungen an Arbeitnehmer im Zusammenhang mit Restrukturierungsmaßnahmen werden vorrangig gemäß SFAS 112, „Employers' Accounting for Postemployment Benefits“ bilanziert.

Restrukturierung nach Maßnahmen	Abfindungszahlungen und Leistungen an Arbeitnehmer	
<i>(in Tsd.)</i>		
Maßnahmen 2008:	USD	
Ursprüngliche Schätzung		203
Zahlungen		(156)
Änderungen von Schätzungen		-
Saldo zum 31. Dezember 2008		47
<i>(ungeprüft)</i>		
Maßnahmen 2007:	USD	
Ursprüngliche Schätzung		554
Zahlungen		(272)
Änderungen von Schätzungen		-
Saldo zum 31. Dezember 2007		282
Zahlungen		(2)
Änderungen von Schätzungen		-
Saldo zum 31. Dezember 2008		280
<i>(ungeprüft)</i>		
Maßnahmen 2006:	USD	
Ursprüngliche Schätzung		5.327
Zahlungen		-
Änderungen von Schätzungen		-
Saldo zum 31. Dezember 2006		5.327
Zahlungen		(3.917)
Änderungen von Schätzungen		(508)
Saldo zum 31. Dezember 2007		902
Zahlungen		(840)
Änderungen von Schätzungen		(62)
Saldo zum 31. Dezember 2008		-
Gesamtsaldo zum 31. Dezember 2008 ⁽¹⁾	USD	327

(1) Im April 2009 beschlossen wir aufgrund einer Änderung des Geschäftsplans, die verbleibenden 5 Mitarbeiter, die nachstehend für eine Abfindung genannt sind (4 Mitarbeiter aus der Maßnahme 2007 und 1 Mitarbeiter aus der Maßnahme 2008), weiterzubeschäftigen.

Restrukturierungsmaßnahmen

Maßnahmen 2008

Für das Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2008 sind Aufwendungen für Abfindungszahlungen und damit verbundene Leistungen an Arbeitnehmer in Höhe von USD 0,2 Mio. im Zusammenhang mit dem Abbau von drei Stellen ausgewiesen.

Von den drei gemäß den Restrukturierungsmaßnahmen 2008 insgesamt genannten Stellen wurden zum 31. Dezember 2008 zwei abgebaut.

Maßnahmen 2007

Für das Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2007 sind Aufwendungen für Abfindungszahlungen und damit verbundene Leistungen an Arbeitnehmer in Höhe von ca. USD 0,6 Mio. im Zusammenhang mit dem Abbau von neun Stellen ausgewiesen. Der Stellenabbau beruht auf einer Überprüfung verschiedener Teile unseres Geschäfts, unter anderem Programme zur Optimierung der Geschäftsprozesse (sog. Operational-Excellence-Programme) und die Schließung eines Lagers in Kanada.

Von den neun gemäß den Restrukturierungsmaßnahmen 2007 insgesamt genannten Stellen wurden zum 31. Dezember 2008 fünf abgebaut.

Maßnahmen 2006

Für das Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2006 sind Aufwendungen für Abfindungszahlungen und damit verbundene Leistungen an Arbeitnehmer in Höhe von ca. USD 5,3 Mio. im Zusammenhang mit dem Abbau von 114 Stellen ausgewiesen. Der Stellenabbau bezieht sich auf unser Fertigungsgeschäft und ist eine unmittelbare Folge von Änderungen in der Ausführung bestehender Prozesse und von Produktivitätssteigerungen. Innerhalb der Vertriebs- und Marketingorganisation wurde eine zusätzliche Maßnahme begonnen, die vorrangig auf Kosteneffizienz und Effektivitätssteigerung abzielt. In den Jahren 2007 und 2008 wurden Rückstellungen in Höhe von ca. USD 0,5 Mio. bzw. USD 0,1 Mio. für Abfindungszahlungen und Sozialleistungen an Arbeitnehmer aus den Restrukturierungsmaßnahmen 2006 aufgelöst.

Die 114 gemäß den Restrukturierungsmaßnahmen 2006 insgesamt genannten Stellen wurden um 13 auf insgesamt 101 betroffene Stellen verringert. Zum 31. Dezember 2008 wurden alle Stellen abgebaut.

5. Sonstige Erträge, netto

Im Posten „Sonstige Erträge, netto“ wurden in den Geschäftsjahren zum 31. Dezember 2008, 2007 und 2006 USD 39,2 Mio., USD 26,9 Mio. bzw. USD 22,3 Mio. ausgewiesen. Der Posten „Sonstige Erträge, netto“ teilt sich im Wesentlichen wie folgt auf:

<i>(in Tsd.)</i>	31. Dezember		
	2008	<i>(ungeprüft)</i> 2007	<i>(ungeprüft)</i> 2006
Zinserträge – nahe stehende Personen	USD 21.601	USD 20.982	USD 17.275
Zinserträge	788	576	1.500
Dividendenerträge	1.300	976	881
Gewinne aus Fremdwährungsumrechnung und damit verbundenen Sicherungsgeschäften	1.661	1.657	109
Hurrikan-Erstattung, netto ⁽¹⁾	15.862	-	-
Sonstige Erträge (Verluste), netto	(2.022)	2.720	2.532
Summe	USD 39.190	USD 26.911	USD 22.297

Anmerkung:

(1) 2008 wurde unser Standort auf den Bahamas durch Hurrikan Ike beschädigt. Wir erhielten aus unserem Versicherungsanspruch eine Erstattung in Höhe von ca. USD 19,2 Mio. Dieser standen USD 3,3 Mio. für Reparatur und Ersatz beschädigter Vermögenswerte gegenüber.

6. Bewertung zum beizulegenden Zeitwert

Seit dem ersten Quartal 2008 wenden wir SFAS 157, „Fair Value Measurements“ für finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten an. Dieser Standard enthält eine Definition des beizulegenden Zeitwerts (*Fair Value*) sowie Leitlinien für dessen Ermittlung und schreibt bestimmte Angaben vor. Er schreibt dabei keine neuen Bewertungen zum beizulegenden Zeitwert vor, sondern gilt für alle anderen Verlautbarungen in Bezug auf die Rechnungslegung, die eine Bewertung zum beizulegenden Zeitwert vorschreiben oder zulassen. SFAS 157 enthält verschiedene Bewertungsverfahren, z. B. den Marktansatz (*market approach*, Heranziehung vergleichbarer Marktpreise), den Ertragsansatz (*income approach*, Heranziehung des Barwerts künftiger Erträge oder Cashflows) und den Kostenansatz (*cost approach*, Heranziehung der Reproduktions- oder Wiederbeschaffungskosten des Vermögenswerts). Der Standard begründet eine *Fair Value*-Hierarchie, nach der die Daten, die in die Bewertungsverfahren zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts einfließen, in drei grobe Ebenen eingeteilt werden. Diese Einteilung in drei Ebenen kann wie folgt zusammengefasst werden:

- Ebene 1: Beobachtbare einfließende Daten wie notierte Preise (unangepasst) an aktiven Märkten für identische Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten.
- Ebene 2: Einfließende Daten, die keine notierten Preise sind und die für den Vermögenswert oder die Verbindlichkeit direkt oder indirekt beobachtbar sind. Hierzu gehören notierte Preise für vergleichbare Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten an aktiven Märkten sowie notierte Preise für identische oder vergleichbare Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten an nicht-aktiven Märkten.

- Ebene 3: Nicht beobachtbare einfließende Daten, die auf unseren eigenen Annahmen beruhen.

Nachfolgend sind die zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts verwendeten Bewertungsverfahren und wichtigsten einfließenden Daten beschrieben.

- Zahlungsmitteläquivalente: Als Zahlungsmitteläquivalente stuften wir hochliquide Anlagen mit einer Laufzeit von bis zu 90 Tagen zum Zeitpunkt des Erwerbs ein, darunter US-Schatzwechsel, Wertpapiere von Bundesbehörden und Commercial Paper. Wo möglich verwenden wir notierte Preise zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von US-Schatzanweisungen; wenn keine notierten Preise verfügbar sind, wie z. B. für Unternehmensanleihen, verwenden wir branchenübliche Bewertungsmodelle, in denen Marktdaten zugrunde gelegt werden.
- Forderungen, netto; kurzfristige Kredite; Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten: Aufgrund der kurzfristigen Natur dieser Positionen entspricht der geschätzte beizulegende Zeitwert annähernd dem jeweiligen Buchwert.
- Derivate und langfristige Schulden: Im Rahmen unserer Risikomanagement-Strategie schließen wir zur Verringerung von Risiken Derivategeschäfte ab. Zu unseren Derivaten zählen Zinsswaps auf langfristige Schulden, Währungsswaps, Devisentermingeschäfte und Optionen. Zur Verringerung von Teilen unserer Rohstoffpreissrisiken (insbesondere im Bereich Energie) setzen wir Rohstoffderivate ein. Der beizulegende Zeitwert unserer Derivate und der zugehörigen langfristigen Schulden basiert auf notierten Marktpreisen vergleichbarer Instrumente, die von verschiedenen Banken oder unabhängigen Dritten gestellt werden.

Für folgende finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten gilt eine Angabepflicht hinsichtlich des beizulegenden Zeitwerts:

	Beizulegender Zeitwert zum 31.12.2008		Bewertung zum beizulegenden Zeitwert mittels der <i>Fair Value</i> -Hierarchie zum 31.12.2008					
			Ebene 1		Ebene 2		Ebene 3	
<i>(in Tsd.)</i>								
<u>Finanzielle Vermögenswerte</u>								
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	USD	23.745	USD	23.745	USD	-	USD	-
Forderungen, netto		231.410		231.410		-		-
Ausleihungen – nahe stehende Personen		529.310		-		529.310		-
Summe Finanzieller Vermögenswerte zum beizulegenden Zeitwert	USD	784.465	USD	255.155	USD	529.310	USD	-
<u>Finanzielle Verbindlichkeiten</u>								
Kurzfristige Kredite	USD	4.296	USD	4.296	USD	-	USD	-
Kreditschulden – nahe stehende Personen (kurzfristig)		3.109		3.109		-		-
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten		68.224		68.224		-		-
Langfristige Schulden		168.542		-		168.542		-
Kreditschulden – nahe stehende Personen		813.510		-		813.510		-
Währungsderivate		1.342		-		1.342		-
Rohstoffderivate		1.592		-		1.592		-
Summe Finanzieller Verbindlichkeiten zum beizulegenden Zeitwert	USD	1.060.615	USD	75.629	USD	984.986	USD	-

7. Finanzinstrumente

Unsere Geschäftsvorfälle rechnen wir in US-Dollar und in kanadischen Dollar ab. Der Einkauf von Rohstoffen erfolgt zu Marktpreisen. Dementsprechend haben Änderungen von Wechselkursen und Marktpreisen für Rohstoffe Auswirkungen auf unsere Ergebnisse, Cashflows und den beizulegenden Zeitwert unserer Vermögenswerte und Schulden. Unsere operativen Pläne beinhalten Maßnahmen zur Reduzierung, aber nicht zur Eliminierung der mit diesen Veränderungen verbundenen Unsicherheiten. Zu diesen Maßnahmen gehört der Einsatz von derivativen Instrumenten (siehe Anhangangabe 1 zu unserem Konzernabschluss).

Während der dargestellten Zeiträume wurde unser Risiko in Bezug auf Schwankungen von Wechselkursen und bestimmten Rohstoffpreisen von Rohm and Haas gesteuert. Nach unserer Abspaltung von Rohm and Haas werden wir das Risikomanagement in Bezug auf Schwankungen von Wechselkursen und bestimmten Rohstoffpreisen selbst übernehmen. In diesem Zusammenhang wird Rohm and Haas bestimmte, derzeit der Geschäftstätigkeit entsprechende Derivate aus seinem Devisen- und Rohstoffportfolio an uns abtreten.

Devisensicherungsgeschäfte

Rohm and Haas hat in unserem Namen Devisenoptions- und Devisentermingeschäfte abgeschlossen, um das Risiko schwankender Betriebsergebnisse aufgrund von Vermögenswerten und Schulden in Fremdwährungen zu verringern. Ziel dieser Sicherungsmaßnahmen von Rohm and Haas ist es, Änderungen des Wertes von Vermögenswerten und Schulden zu verhindern, die auf eine andere Währung lauten als die funktionale Währung der juristischen Einheit, wobei solche Änderungen eine unangemessene Volatilität der Ergebnisse zur Folge haben könnten (wir bezeichnen diese Art von Sicherungsaktivität als „Absicherung von Vermögenswerten und Schulden“).

Absicherung von Vermögenswerten und Schulden

Rohm and Haas tätigt in unserem Namen Verträge über den Kauf bzw. Verkauf von Fremdwährungen mit Kontrahenten, um die Auswirkungen von Wechselkursschwankungen auf bilanzierte Vermögenswerte und Schulden (einschließlich konzerninterner Darlehen), die auf eine andere Währung lauten als die funktionale Währung, zu kompensieren. Diese Verträge sind grundsätzlich mit einem Umtausch einer Fremdwährung in eine andere zu einem bestimmten Wechselkurs zu einem zukünftigen Zeitpunkt verbunden.

Die Verträge haben in der Regel eine Laufzeit von weniger als zwölf Monaten. Alle Verträge werden an jedem Bilanzstichtag nach der Marktbewertungsmethode bewertet (*marked-to-market*). Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden in im Posten „Sonstige Erträge, netto“ erfasst. Für die Geschäftsjahre zum 31. Dezember 2008 und 2007 ergaben sich aus diesen Verträgen erfolgswirksam erfasste Verluste nach Steuern in Höhe von USD 5,2 Mio. bzw. USD 0,1 Mio. Diese Verluste wurden überwiegend durch Gewinne aus den Auswirkungen von Wechselkursschwankungen auf bilanzierte Vermögenswerte und Schulden kompensiert, die auf eine andere Währung lauten als die funktionale Währung. Für das Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2006 wurde ein Gewinn nach Steuern in Höhe von USD 0,8 Mio. erfolgswirksam erfasst. Dieser Gewinn wurde überwiegend durch Verluste aus den Auswirkungen von Wechselkursschwankungen auf bilanzierte Vermögenswerte und Schulden kompensiert, die auf eine andere Währung lauten als die funktionale Währung.

Absicherung von Rohstoffpreiserisiken

Rohm and Haas setzt zur Reduzierung der Auswirkungen schwankender Rohstoffpreise Rohstoffswaps und Collars ein. Diese Verträge wurden als Absicherung von Zahlungsströmen (Cashflow-Hedge) designiert und bilanziert. Der Nominalwert dieser ausstehenden Rohstoffderivate belief sich in den Geschäftsjahren zum 31. Dezember 2008 und 2007 auf USD 2,4 Mio. bzw. USD 4,5 Mio. Die restlichen zum 31. Dezember 2008 und 2007 ausstehenden Verträge im Nominalwert von USD 9,7 Mio. bzw. USD 0,1 Mio. wurden nicht für die Bilanzierung als Sicherungsgeschäfte designiert.

Im kumulierten sonstigen Ergebnis sind für die Geschäftsjahre zum 31. Dezember 2008, 2007 und 2006 Verluste nach Steuern in Höhe von USD 0,2 Mio., USD 0 bzw. USD 0,4 Mio. enthalten. Diese Beträge stellen die kumulierten Marktwertveränderungen dieser ausstehenden Rohstoffswaps und Collars dar. Diese Verträge werden als in hohem Maße wirksame Sicherungsbeziehungen angesehen. Sie werden in Übereinstimmung mit unserem Erwerb der zugrunde liegenden Rohstoffe in den nächsten 24 Monaten fällig. Die tatsächlichen erfolgswirksam zu erfassenden Beträge im Zeitpunkt der Fälligkeit dieser Geschäfte hängen von den dann geltenden Marktpreisen am Kassamarkt ab. Im Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2008 wurden für Rohstoffswaps sowie Optionsgeschäfte und Collars Gewinne in Höhe von USD 0,1 Mio. (31. Dezember 2007: Verluste i. H. v. USD 0,7 Mio.; 31. Dezember 2006: Verluste i. H. v. USD 3,2 Mio.) in den Umsatzkosten erfasst. Der zugehörige steuerliche Effekt wurde als Steueraufwand erfasst.

Der Posten „Sonstigen Erträge, netto“ enthält zum 31. Dezember 2008, 2007 und 2006 einen Verlust in Höhe von USD 2,3 Mio., USD 0 bzw. USD 0. Diese Beträge stellen die kumulierten Marktwertveränderungen dieser ausstehenden Rohstoffswaps, Optionsgeschäfte und Collars dar.

Die nachfolgenden Tabellen zeigen den beizulegenden Zeitwert der in den Konzernbilanzen zum 31. Dezember 2008 bzw. 2007 ausstehenden derivativen Instrumente.

<i>(in Tsd.)</i> Gemäß SFAS 133 als Sicherungsinstrumente designierte Derivate	31. Dezember 2008		<i>(ungeprüft)</i> 31. Dezember 2007	
	Bilanzposition	Beizulegender Zeitwert	Bilanzposition	Beizulegender Zeitwert
Rohstoffverträge - Vermögenswerte	An\von	USD -	An\von	USD 57
Rohstoffverträge - Verbindlichkeiten	An\von	USD 341	An\von	USD -
Derivative Vermögenswerte/ (Verbindlichkeiten), netto		<u>USD (341)</u>		<u>USD 57</u>

<i>(in Tsd.)</i> Nicht gemäß SFAS 133 als Sicherungsinstrumente designierte Derivate	31. Dezember 2008		<i>(ungeprüft)</i> 31. Dezember 2007	
	Bilanzposition	Beizulegender Zeitwert	Bilanzposition	Beizu- legender Zeitwert
Devisentermingeschäfte	Rechnungsabgrenzungs- posten und sonstige kurzfristige Vermögenswerte	USD -	Rechnungsabgren- zungsposten und sonstige kurzfristige Vermögenswerte	USD 562
Rohstoffverträge - Vermögenswerte	An\von	-	An\von	10
Summe derivative Vermögenswerte		<u>USD -</u>		<u>USD 572</u>
Devisentermingeschäfte	Rückstellungen	USD 1.342	Rückstellungen	USD -
Rohstoffverträge	An\von	1.251	An\von	-
Summe derivative Verbindlichkeiten		<u>USD 2.593</u>		<u>USD -</u>
Derivative Vermögenswerte/ (Verbindlichkeiten), netto		<u>USD (2.593)</u>		<u>USD 572</u>

Die folgenden Tabellen zeigen die Auswirkungen von derivativen Instrumenten und den zugehörigen Grundgeschäften auf die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnungen für die Geschäftsjahre zum 31. Dezember 2008, 2007 bzw. 2006.

<i>(in Tsd.)</i> Gemäß SFAS 133 als Cashflow-Hedge bilanzierte Derivate	Höhe des Gewinns (Verlusts) aus Derivaten, der im kumulierten sonstigen Ergebnis erfasst wurde (effektiver Teil)		
	2008	<i>(ungeprüft)</i> 2007	<i>(ungeprüft)</i> 2006
Rohstoffverträge	USD (222)	USD 37	USD (443)

(in Tsd.)

Gemäß SFAS 133 als Cashflow-Hedge bilanzierte Derivate	GuV-Position, in welcher der Gewinn (Verlust) vom kumulierten sonstigen Ergebnis umgliedert wurde (effektiver Teil)	Höhe des Gewinns (Verlusts), der vom kumulierten sonstigen Ergebnis in die Gewinn- und Verlustrechnung umgliedert wurde (effektiver Teil)		
		2008	(ungeprüft) 2007	(ungeprüft) 2006
Rohstoffverträge	Umsatzkosten	USD 91	USD (668)	USD (3.160)

(in Tsd.)

Nicht gemäß SFAS 133 als Sicherungsinstrumente designierte Derivate	GuV-Position, in welcher der Gewinn (Verlust) aus Derivaten erfasst wurde	Höhe des erfolgswirksam erfassten Gewinns (Verlusts) aus Derivaten		
		2008	(ungeprüft) 2007	(ungeprüft) 2006
Devisentermingeschäfte	Sonstige Erträge, netto	USD (8.009)	USD (228)	USD 1.182
Rohstoffverträge	Sonstige Erträge, netto	(2.318)	10	-
	Summe	USD (10.327)	USD (218)	USD 1.182

8. Ertragsteuern

Das Ergebnis aus fortgeführten Geschäftsbereichen innerhalb oder außerhalb der USA wird in folgender Tabelle dargestellt:

(in Tsd.)	2008	(ungeprüft) 2007	(ungeprüft) 2006
USA	USD 66.463	USD (4.400)	USD (23.907)
Ausland	62.720	40.343	14.501
Ergebnis aus fortgeführten Geschäftsbereichen vor Ertragsteuern	USD 129.183	USD 35.943	USD (9.406)

Die Rückstellungen für Ertragsteuern aus fortgeführten Geschäftsbereichen setzen sich wie folgt zusammen:

(in Tsd.)	2008	(ungeprüft) 2007	(ungeprüft) 2006
Ertragsteuern auf inländische Einkünfte (USA)			
Bundesebene			
Laufende Steuern	USD 9.442	USD (15.543)	USD (7.595)
Latente Steuern	(5.662)	316	(8.237)
Bundesstaatenebene und andere	429	240	115
Summe Ertragsteuern auf inländische Einkünfte (USA)	4.209	(14.987)	(15.717)
Ertragsteuern auf ausländische Einkünfte			
Laufende Steuern	26.660	10.612	4.464
Latente Steuern	(6.097)	8.897	(12.850)
Summe Ertragsteuern auf ausländische Einkünfte	20.563	19.509	(8.386)
Summe Ertragsteuern	USD 24.772	USD 4.522	USD (24.103)

Latente Ertragsteuern beziehen sich auf temporäre Differenzen zwischen den Wertansätzen der Vermögenswerte und Schulden in der Konzernbilanz und den entsprechenden Steuerbilanzwerten. Die latenten Ertragsteuern setzten sich zum 31. Dezember 2008 und 2007 wie folgt zusammen:

<i>(in Tsd.)</i>	2008	<i>(ungeprüft)</i> 2007	
Latente Steueransprüche in Bezug auf:			
Vergütungs- und Versorgungsprogramme	USD 55.756	USD	20.231
Rückstellungen für Sanierungsmaßnahmen bei Abfalldeponien	24.929		24.248
Übrige	9.589		16.748
Summe latente Steueransprüche	90.274		61.227
Latente Steuerschulden in Bezug auf:			
Immaterielle Vermögenswerte	187.670		201.061
Abschreibungen	55.619		69.026
Unrealisierte Umrechnungsgewinne/(-verluste)	(4.643)		22.408
Übrige	11.596		12.192
Summe latente Steuerschulden	250.242		304.687
Latente Steuerschulden, netto	USD 159.968	USD	243.460

Zum 31. Dezember 2008 verfügten wir über steuerliche Verlustvorträge auf Bundesstaaten-Ebene in Höhe von USD 233 Mio., für die im Wesentlichen eine Wertberichtigung in voller Höhe gebildet wurde. Von diesem Gesamtbetrag verfallen USD 69 Mio. im Wesentlichen bis 2018, die restlichen USD 164 Mio. verfallen im Wesentlichen bis 2027.

Latente Steuern werden in einen kurzfristigen und langfristigen Saldo nach Steuerrechtskreisen getrennt und wie folgt in der Konzernbilanz ausgewiesen:

<i>(in Tsd.)</i>	2008	<i>(ungeprüft)</i> 2007	
Rechnungsabgrenzungsposten und sonstige kurzfristige Vermögenswerte	USD 24.878	USD	18.549
Latente Ertragsteuern	184.846		262.009
Latente Steuerschulden, netto	USD 159.968	USD	243.460

Die tatsächlichen Steuern auf das Vorsteuerergebnis aus fortgeführten Geschäftsbereichen unterscheiden sich aufgrund der folgenden Faktoren vom gesetzlichen Steuersatz in den USA:

<i>(in Tsd.)</i>	2008	<i>(ungeprüft)</i> 2007	<i>(ungeprüft)</i> 2006
Gesetzliche Steuern	USD 45.214	USD 12.580	USD (3.292)
Abschreibungen wegen Substanzverzehr	(9.559)	(8.450)	(7.185)
Ausländische Steuern, einschließlich Steuerguthaben	(11.914)	(2.454)	(13.842)
Sonstige, netto	1.031	2.846	216
Effektive Steuerbelastung	USD 24.772	USD 4.522	USD (24.103)

Im Jahr 2007 haben die Steuerbehörden in Kanada den Spitzensteuersatz mit Wirkung ab dem Jahr 2008 gesenkt. Die Auswirkungen dieser Steuersatzänderung wurden im Jahr 2007 bilanziell berücksichtigt, waren jedoch unwesentlich.

Für die nicht abgeführten Gewinne ausländischer Tochtergesellschaften und verbundener Unternehmen, die nicht im Ausland für einen unbegrenzten Zeitraum reinvestiert wurden, haben wir latente Steuern erfasst. Zum 31. Dezember 2008 waren Nettoergebnisse ausländischer Tochtergesellschaften und verbundener Unternehmen in Höhe von ca. USD 183 Mio. als permanent reinvestiert angesehen. Aufgrund des Zeitpunktes und der Umstände in Bezug auf die Rückführung solcher Ergebnisse, sofern vorhanden, ist es nicht praktikabel, die Höhe der nicht bilanzierten latenten Steuerschuld auf solche Beträge zu ermitteln. Diese Ergebnisse könnten einer zusätzlichen Besteuerung unterliegen, wenn diese als Dividenden ausgeschüttet bzw. an Rohm and Haas verliehen werden, oder bei einem Verkauf von Aktien an Morton International, Inc.

Rohm and Haas hat die Vorschriften von FASB Interpretation (FIN) 48, „Accounting for Uncertainty in Income Taxes“ zum 1. Januar 2007 angewandt. Infolge der Anwendung von FIN 48 haben wir eine zahlungsunwirksame kumulierte Umrechnungsdifferenz in Höhe von rund USD 1 Mio. als Minderung des Anfangsbestands des Bilanzgewinns erfasst (siehe Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung). Die folgende Tabelle ist eine Überleitung der Anfangs- und Endbestände der nicht bilanzierten Steuervorteile:

<i>(in Mio.)</i>	<i>(ungeprüft)</i>
	2007
Stand zum 1. Januar 2007	USD 13.100
Umrechnungseffekte	2.500
Stand zum 31. Dezember 2007	<u>USD 15.600</u>
<i>(in Mio.)</i>	2008
Stand zum 1. Januar 2008	USD 15.600
Umrechnungseffekte	(3.100)
Stand zum 31. Dezember 2008	<u>USD 12.500</u>

Ferner bestehen in Zusammenhang mit den oben genannten Steuerpositionen Rückstellungen für Zinsen und Säumniszuschläge, die als Ertragsteuerschulden bilanziert werden. Die Höhe der Zinsen und Säumniszuschläge betrug zum 31. Dezember 2008 und 2007 USD 5,0 Mio. bzw. USD 6,1 Mio. Änderungen hierzu werden als Ertragsteueraufwand erfasst.

Zum 31. Dezember 2008 bestanden nicht bilanzierte Ertragsteuervorteile im Gesamtwert von USD 12,5 Mio. sowie zugehörige aufgelaufene Zinsen und Säumniszuschläge von USD 5,0 Mio. Bei einer Erfassung dieser Ertragsteuervorteile würde ein Betrag von USD 17,5 Mio. in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung in der Position „Ertragsteuern“ erfasst werden; sie würden somit den ausgewiesenen effektiven Steuersatz beeinflussen.

Im Jahr 2007 führte die US-Bundessteuerbehörde IRS (*Internal Revenue Service*) eine Außenprüfung (*IRS audit*) für die Steuerjahre 2002, 2003 und 2004 durch. Zurzeit führt der IRS eine Außenprüfung für die Jahre 2005, 2006 und 2007 durch. Außerdem haben wir bei den zuständigen Finanzbehörden in Kanada Einspruch eingelegt. Wenngleich es nicht möglich ist, den zeitlichen Verlauf oder den Abschluss dieses Einspruchsverfahrens mit Genauigkeit vorherzusagen, rechnen wir nicht damit, dass die gegenwärtige Außenprüfung des IRS oder das Einspruchsverfahren in Kanada bis 2009 abgeschlossen sein werden. Angesichts der unterschiedlichen Fortschritte bei der Außenprüfung in den USA und dem Einspruchsverfahren in Kanada erwarten wir für das nächste Jahr derzeit keine wesentlichen Änderungen in der Höhe der nicht bilanzierten Ertragsteuervorteile.

Zum 31. Dezember 2008 sind in den USA und in Kanada die Steuerprüfungen (*fiscal authority examination*) für die Steuerjahre 2005 bis 2008 bzw. 1999 bis 2008 noch durchzuführen. Außerdem sind wir in vielen US-Bundesstaaten und Provinzen ertragsteuerpflichtig, bei denen die Steuerprüfungen in vielen Fällen noch ausstehen. Das Management geht nicht davon aus, dass diese Steuerprüfungen ein wesentliches finanzielles Risiko für die Gesellschaft darstellen.

9. Pensionsleistungen

Wir nehmen an bestimmten, von Rohm and Haas unterstützten leistungsorientierten und beitragsorientierten Pensionsplänen teil. Unser Anteil an den Aufwendungen für diese Pensionspläne ist in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Darüber hinaus fördern und leisten wir Einzahlungen in getrennte qualifizierte und nicht-qualifizierte Pensions- und Altersversorgungspläne, die Leistungen für unsere Mitarbeiter in den USA, in Kanada und auf den Bahamas bieten. Die erworbenen Pensionsleistungen basieren grundsätzlich auf der Anzahl der Dienstjahre und der Vergütung während der aktiven Erwerbstätigkeit.

Unsere nicht-qualifizierten Pensionspläne sind beitragsfreie Pensionspläne mittels Direktzusagen (sog. *unfunded plans*). Diese bieten unseren Mitarbeitern in den USA und Kanada, deren Leistungen aus den qualifizierten Pensionsplänen in ihren jeweiligen Ländern aufsichts- und steuerbehördlich begrenzt sind, spezifische zusätzliche Leistungen.

Zu unseren Leistungen unter getrennten Altersversorgungsplänen zählen Gesundheitsleistungen und Lebensversicherungsleistungen für Nicht-US-Ruheständler auf den Bahamas und in Kanada. Hierfür sind wir eigenversichert.

Im September 2006 gab der FASB SFAS 158, „*Employers Accounting for Defined Benefit Pension and Other*

Postretirement Plans“, heraus. Dieser Standard ergänzt SFAS 87, SFAS 88, SFAS 106 und SFAS 132(R). Gemäß SFAS 158 sind Arbeitgeber verpflichtet, den über- oder unterdotierten Anwartschaftsbarwert (*projected benefit obligation*, „PBO“) eines leistungsorientierten Plans in der Konzernbilanz als Vermögenswert bzw. Schuld auszuweisen. PBO ist der versicherungsmathematische Barwert der bis zum Stichtag erdienten Pensionsansprüche der jeweiligen Mitarbeiter einschließlich der Effekte künftiger erwarteter Lohn- oder Gehaltssteigerungen. Vor der Veröffentlichung von SFAS 158 musste in der Konzernbilanz zum Bilanzstichtag mindestens ein Betrag ausgewiesen werden, der die Unterdotierung der Pensionsverpflichtungen, im Gegensatz zu PBO jedoch ohne Berücksichtigung künftiger Lohn- oder Gehaltssteigerungen (*accumulated benefit obligation*, „ABO“) widerspiegelte. SFAS 158 schreibt ferner vor, dass Arbeitgeber jährliche Veränderungen der Gewinne oder Verluste, des nachzuverrechnenden Dienstzeitaufwands oder anderer Gutschriften, die nicht als Bestandteil der Netto-Pensionsaufwendungen nach Abzug von Steuern erfasst wurden, im sonstigen Ergebnis ausweisen. Wir haben die Ansatzvorschriften gemäß SFAS 158 für das Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2006 auf unsere Pensions- und Altersversorgungspläne angewandt. Bewertungsstichtag für alle unsere Pensions- und Altersversorgungspläne ist jeweils der 31. Dezember.

Versorgungspläne der Rohm and Haas Company

Die Zuweisung der in unserer Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Aufwendungen für Pensions- und Altersversorgungspläne der Rohm and Haas ist wie folgt:

<i>(in Tsd.)</i>	31. Dezember		
	2008	<i>(ungeprüft)</i> 2007	<i>(ungeprüft)</i> 2006
Zuweisung der Netto-Pensionsaufwendungen (Rohm and Haas):			
Qualifizierte Pensionspläne	USD 1.131	USD 3.096	USD 5.187
Nicht-qualifizierte Pensionspläne	2.340	1.961	2.060
Altersversorgungspläne	778	693	749
Gesamtzuweisung der Netto-Pensionsaufwendungen:	USD 4.249	USD 5.750	USD 7.996

Versorgungspläne der Morton International, Inc.

Qualifizierte Pensionspläne

Da unser qualifizierter US-Pensionsplan von der Rohm and Haas Company verwaltet wird, handelt es sich dabei nicht um einen eigenständigen Pensionsplan der Morton International, Inc. Da aber alle Planteilnehmer aktive oder ehemalige Mitarbeiter der Morton International, Inc. sind, haben wir die Planvermögenswerte und -verbindlichkeiten in unserer Konzernbilanz berücksichtigt. Die nachfolgenden Offenlegungen beziehen sich sowohl auf unsere getrennten leistungsorientierten Pensionspläne als auch auf den von der Rohm and Haas unterstützten qualifizierten US-amerikanischen Pensionsplan, der Leistungen für Mitarbeiter in den USA, Kanada und auf den Bahamas bietet.

Zusammengefasst stellen sich die Netto-Pensionsaufwendungen für den qualifizierten Pensionsplan wie folgt dar:

<i>(in Tsd.)</i>	31. Dezember					
	2008		<i>(ungeprüft)</i> 2007		<i>(ungeprüft)</i> 2006	
Zusammensetzung der Netto-Pensionsaufwendungen:	USA	Andere Länder	USA	Andere Länder	USA	Andere Länder
Dienstzeitaufwand	USD 3.276	USD 5.259	USD 3.462	USD 4.968	USD 3.390	USD 4.691
Zinsaufwand	8.381	9.691	8.225	8.688	7.884	7.782
Erwarteter Ertrag aus Planvermögenswerten	(13.166)	(13.948)	(12.217)	(12.643)	(11.742)	(10.570)
Nicht erfasster nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	-	507	-	312	-	295
Nicht erfasster versicherungsmathematischer Nettoverlust	1.005	1.821	3.106	2.094	3.954	2.400
Netto-Pensionsaufwendungen	USD (504)	USD 3.330	USD 2.576	USD 3.419	USD 3.486	USD 4.598

Der gewichtete Durchschnitt der versicherungsmathematischen Annahmen, die wir unserer Ermittlung der Netto-Pensionsaufwendungen zugrundegelegt haben, wird aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich:

Gewichteter Durchschnitt der Annahmen zur Ermittlung des Nettoaufwands für den Zeitraum vom 1. Januar – 31. Dezember	2008		<i>(ungeprüft)</i> 2007		<i>(ungeprüft)</i> 2006	
	USA	Andere Länder	USA	Andere Länder	USA	Andere Länder
	Abzinsungssatz	6,30 %	5,76 %	5,90 %	5,44 %	5,70 %
Erwarteter Ertrag aus Planvermögenswerten	8,50 %	8,00 %	8,50 %	8,00 %	8,50 %	8,00 %
Anstieg der Vergütung in %	4,00 %	4,13 %	4,00 %	4,04 %	4,00 %	4,04 %

Die Abzinsungssätze wurden ermittelt durch Schätzung der erwarteten künftigen Leistungszahlungen (gemäß Festlegung für die PBO) der Pläne, Abzinsung dieser erwarteten Zahlungen anhand einer aus einem Anlageuniversum von erstklassigen Anleihen abgeleiteten Nullkupon-Renditekurve der Kassakurse zum Bewertungsstichtag sowie Auflösen nach dem einzigen äquivalenten Abzinsungssatz, der zu dieser PBO geführt hat.

Der erwartete Ertrag aus Planvermögenswerten basiert auf unseren Schätzungen der langfristigen Rendite aus großen Anlageklassen wie Renten- und Eigenkapitalwertpapieren sowie unserer tatsächlichen Verteilung der Pensionsanlagen auf diese Anlageklassen. Bei der Ermittlung unseres erwarteten langfristigen Renditesatzes berücksichtigen wir historische langfristige Renditen, die historische Wertentwicklung der Planvermögenswerte, den erwarteten Wert der aktiven Anlageverwaltung und das erwartete Zinsumfeld.

Der gewichtete Durchschnitt der Annahmen, die wir der Ermittlung der PBO zugrundegelegt haben, wird aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich:

Gewichteter Durchschnitt der Annahmen zur Ermittlung der Pensionsverpflichtungen zum 31. Dezember	2008		<i>(ungeprüft)</i> 2007	
	USA	Andere Länder	USA	Andere Länder
	Abzinsungssatz	6,50 %	6,59 %	6,30 %
Anstieg der Vergütung in %	4,00 %	4,04 %	4,00 %	4,03 %

Aus der nachfolgenden Tabelle ergeben sich die Veränderung unserer PBO, die Veränderung des beizulegenden Zeitwerts der Planvermögenswerte zum Bewertungsstichtag und die in unserer Bilanz ausgewiesenen Beträge.

<i>(in Tsd.)</i>	2008		<i>(ungeprüft)</i> 2007	
	USA	Andere Länder	USA	Andere Länder
Veränderung der Pensionsverpflichtungen:				
Pensionsverpflichtungen zu Jahresbeginn	USD 136.467	USD 184.844	USD 142.641	USD 151.784
Dienstzeitaufwand (ohne Aufwendungen)	3.276	5.259	3.462	4.968
Zinsaufwand	8.381	9.691	8.225	8.688
Versicherungsmathematischer (Gewinn)/Verlust	6.457	(16.830)	(11.046)	(893)
Planänderungen	-	2.665		
Gezahlte Leistungen	(7.099)	(8.231)	(6.815)	(6.614)
Umrechnungsdifferenzen aus der Fremdwährungsumrechnung	-	(36.275)	-	26.911
Pensionsverpflichtungen am Jahresende	USD 147.482	USD 141.123	USD 136.467	USD 184.844
Veränderung der Planvermögenswerte:				
Beizulegender Zeitwert der Planvermögenswerte zu Jahresbeginn	USD 161.194	USD 184.263	USD 157.100	USD 158.020
Tatsächlicher Ertrag aus Planvermögenswerten	(43.026)	(21.958)	10.909	(2.051)
Arbeitgeberanteil	-	5.337	-	6.393
Gezahlte Leistungen	(7.099)	(8.231)	(6.815)	(6.614)
Umrechnungsdifferenzen aus der Fremdwährungsumrechnung	-	(36.064)	-	28.515
Beizulegender Zeitwert der Planvermögenswerte am Jahresende	USD 111.069	USD 123.347	USD 161.194	USD 184.263
Das Planvermögen übersteigende PBO am Jahresende	USD (36.413)	USD (17.776)	USD 24.727	USD (581)
In der Konzernbilanz ausgewiesene Beträge:				
Übrige Vermögenswerte	USD -	USD -	USD 24.727	USD 6.008
Rückstellungen für Altersversorgung der Mitarbeiter	(36.413)	(17.776)	-	(6.589)
Ausgewiesene Nettobeträge	USD (36.413)	USD (17.776)	USD 24.727	USD (581)

Die Veränderungen der im Posten „Kumuliertes sonstiges Ergebnis“ für 2008 ausgewiesenen Planvermögenswerte und Pensionsverpflichtungen aus unseren qualifizierten Pensionsplänen waren wie folgt:

<i>(in Tsd.)</i>	2008	
Sonstige im Posten „Kumuliertes sonstiges Ergebnis“ ausgewiesene Veränderungen der Planvermögenswerte und Pensionsverpflichtungen		
	USA	Andere Länder
Versicherungsmathematischer Verlust, netto	USD 62.649	USD 16.601
Bilanzierter versicherungsmathematischer Verlust	(1.005)	(1.821)
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	-	2.177
Bilanzierter nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	-	(507)
Im Posten „Kumuliertes sonstiges Ergebnis“ ausgewiesene Summe vor Steuern	USD 61.644	USD 16.450

Posten, die im Posten „Kumuliertes sonstiges Ergebnis“ erfasst wurden, wurden nicht in den Netto-Pensionsaufwendungen ausgewiesen. Zu den im Posten „Kumuliertes sonstiges Ergebnis“ erfassten Posten vor Abzug von Steuern zum 31. Dezember 2008 und 2007 zählen:

<i>(in Tsd.)</i>	2008		<i>(ungeprüft)</i> 2007	
	USA	Andere Länder	USA	Andere Länder
Im kumulierten sonstigen Ergebnis erfasste Beträge				
Versicherungsmathematischer Verlust, netto	USD 84.624	USD 56.417	USD 22.980	USD 41.637
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	-	4.073	-	2.403
	USD 84.624	USD 60.490	USD 22.980	USD 44.040

Die zum Ende des Geschäftsjahres 2008 im Posten „Kumuliertes sonstiges Ergebnis“ enthaltenen Beträge, von denen angenommen wird, dass sie im Lauf des Geschäftsjahres 2009 als Bestandteile der Netto-Pensionsaufwendungen erfasst werden, sind wie folgt:

<i>(in Tsd.)</i>	2009			
	USA		Andere Länder	
Versicherungsmathematischer Verlust, netto	USD	2.678	USD	574
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand		-		466
	USD	2.678	USD	1.040

Weicht der erwartete Ertrag aus Planvermögenswerten vom tatsächlichen Ertrag ab, entsteht ein versicherungsmathematischer Gewinn oder Verlust. Das Nettovermögen unserer leistungsorientierten Pensionspläne – vorrangig Eigenkapitalwertpapiere und Schuldtitel – wurde zum Marktwert bewertet. Das Halten von Aktien der Rohm and Haas ist den Plänen untersagt, es sei denn, es handelt sich dabei um Bestandteile eines Indexfonds. Die tatsächliche und geplante Zuteilung der Planvermögenswerte zum 31. Dezember 2008 und 31. Dezember 2007 ist für die einzelnen Vermögenswerte wie folgt:

Prozentualer Anteil der Planvermögenswerte

Anlageklasse	Geplanter Prozentsatz		Tatsächlicher Prozentsatz		Geplanter Prozentsatz <i>(ungeprüft)</i>		Tatsächlicher Prozentsatz <i>(ungeprüft)</i>	
	2008		2008		2007		2007	
	USA	Andere Länder	USA	Andere Länder	USA	Andere Länder	USA	Andere Länder
Eigenkapitalwertpapiere	54	70	47	64	65	70	64	67
Schuldtitel	24	30	29	35	23	30	23	32
Immobilien	10	-	12	-	7	-	7	-
Hedgefonds	7	-	8	-	5	-	5	-
Sonstige	5	-	4	1	-	-	1	1
Summe	100	100	100	100	100	100	100	100

Die Treuhänder unserer Pensionspläne legen unter Berücksichtigung von Erträgen aus den Vermögenswerten und demographischer Plandaten sowie annehmbarer Risikoniveaus fest, wie die Anlagen auf die Anlageklassen zu verteilen sind. Die Zielvorgaben für die Verteilung der Vermögenswerte basieren auf der langfristigen Rendite und der Volatilität der jeweiligen Anlageklassen. Bei der geplanten Verteilung auf Anlageklassen werden die Chancen einer Diversifizierung sowie die Profile der Verbindlichkeiten der Pensionspläne mit berücksichtigt. In den Geschäftsjahren 2007 und 2008 ergaben sich keine Veränderungen. Wir sind jedoch berechtigt, jederzeit Veränderungen vorzunehmen.

Der nicht bilanzierte versicherungsmathematische Verlust spiegelt die tatsächliche Veränderung der geschätzten Ansprüche und Planvermögenswerte wider, die nicht in unserer Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen ist. Im Laufe des Geschäftsjahres 2008 stieg der nicht bilanzierte Gesamtverlust um USD 78,1 Mio. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden nicht sofort erfasst, sondern als Teil des nicht bilanzierten Nettoverlustes zusammengefasst und bei Erreichen bestimmter Schwellen über die durchschnittlich verbleibende Dienstzeit der teilnehmenden Arbeitnehmer auf die Pensionsaufwendungen abgeschrieben.

Da der nicht bilanzierte Gesamtverlust den höheren Betrag aus 10 % der PBO bzw. 10 % der Planvermögenswerte übersteigt, wird der überschüssige Betrag über die durchschnittlich erwartete künftige Dienstzeit der aktiven Teilnehmer abgeschrieben. Zum 31. Dezember 2008 ist die durchschnittlich erwartete künftige Dienstzeit der aktiven Teilnehmer je nach Plan unterschiedlich und bewegt sich in einer Spanne von 10 bis 14 Jahren.

Die erwarteten Leistungszahlungen sind unter Berücksichtigung der erwarteten künftigen Dienstzeit wie folgt:

<i>(in Tsd.)</i>	USA		Andere Länder	
2009	USD	7.667	USD	6.610
2010	USD	8.170	USD	7.150
2011	USD	8.687	USD	8.014
2012	USD	9.224	USD	8.520
2013	USD	9.757	USD	8.987
2014 -2018	USD	57.384	USD	54.911

Wir zahlten im Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2008 USD 5,3 Mio. und im Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2007 USD 6,4 Mio. in unsere getrennten qualifizierten Pensionspläne ein. Den Großteil machten dabei Einzahlungen zur Finanzierung unseres kanadischen Pensions-Treuhandvermögens aus.

Für das Geschäftsjahr 2009 werden wir voraussichtliche Einzahlungen in Höhe von USD 5,1 Mio. in unsere getrennten qualifizierten Pensionspläne in anderen Ländern leisten. Der Finanzierungsbedarf für unsere qualifizierten Pensionspläne in den Folgejahren ist unsicher; er wird wesentlich von Änderungen der zur Berechnung des Finanzierungsumfangs der Pensionspläne getroffenen Einschätzungen, dem tatsächlichen Ertrag aus den Planvermögenswerten, Änderungen der an dem Plan teilnehmenden Mitarbeitergruppen sowie von gesetzlichen oder aufsichtsrechtlichen Änderungen, die sich auf den Finanzierungsbedarf von Pensionsplänen auswirken, abhängen.

Die ABO ist der versicherungsmathematische Barwert der bis zu einem bestimmten Stichtag verdienten Pensionsansprüche der jeweiligen Mitarbeiter auf der Basis des aktuellen Lohn- oder Gehaltsniveaus. Die ABO des US-amerikanischen Pensionsplans betrug zum 31. Dezember 2008 USD 128,1 Mio. und zum 31. Dezember 2007 USD 115,4 Mio. Die ABO unserer Pensionspläne in anderen Ländern betrug zum 31. Dezember 2008 USD 120,0 Mio. und zum 31. Dezember 2007 USD 155,2 Mio.

Aus der nachfolgenden Tabelle kann entnommen werden, bei welchen Pensionsplänen die ABO den Wert der Planvermögenswerte übersteigt.

<i>(in Tsd.)</i>	2008		<i>(ungeprüft)</i> 2007	
	USA	Andere Länder	USA	Andere Länder
Pläne, bei denen die ABO das Vermögen übersteigt:				
PBO	USD 147.482	USD 11.802	USD -	USD 11.768
ABO	128.118	8.545	-	8.744
Beizulegender Zeitwert der Planvermögenswerte	111.069	4.570	-	5.179

Nicht-qualifizierte Pensionspläne

Wir unterstützen nicht-qualifizierte Pensionspläne für unsere Mitarbeiter in den USA und Kanada. In der nachstehenden Offenlegung sind sowohl für die US-amerikanischen als auch für die kanadischen nicht-qualifizierten Pensionspläne die Bestandteile der Netto-Pensionsaufwendungen enthalten.

<i>(in Tsd.)</i>	31. Dezember			
	2008	<i>(ungeprüft)</i> 2007	<i>(ungeprüft)</i> 2006	
Zusammensetzung der Netto-Pensionsaufwendungen:				
Dienstzeitaufwand	USD 53	USD 36	USD 20	
Zinsaufwand	345	304	286	
Nicht erfasster nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	16	16	15	
Nicht erfasster Nettoverlust	56	47	27	
Netto-Pensionsaufwendungen	USD 470	USD 403	USD 348	

Der gewichtete Durchschnitt der Annahmen, die wir der Ermittlung der Netto-Pensionsaufwendungen unserer nicht-qualifizierten Pläne zugrundegelegt haben, wird aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich:

Gewichteter Durchschnitt der Annahmen zur Ermittlung des Nettoaufwands für den Zeitraum vom 1. Januar – 31. Dezember	<i>(ungeprüft)</i>		
	2008	2007	2006
Abzinsungssatz	5,60 %	5,40 %	5,40 %
Anstieg der Vergütung in %	4,00 %	4,00 %	4,00 %

In den zum 31. Dezember 2008 und 31. Dezember 2007 im Posten „Kumuliertes sonstiges Ergebnis“ erfassten Beträgen sind nicht bilanzierte versicherungsmathematische Nettoverluste in Höhe von USD 0,9 Mio. bzw. USD 1,2 Mio. enthalten.

Der gewichtete Durchschnitt der Annahmen, die wir der Ermittlung der PBO zugrundegelegt haben, wird aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich:

Gewichteter Durchschnitt der Annahmen zur Ermittlung der Pensionsverpflichtungen zum 31. Dezember	2008	<i>(ungeprüft)</i> 2007
Abzinsungssatz	6,60 %	5,60 %
Anstieg der Vergütung in %	4,00 %	4,00 %

Die nachstehende Tabelle zeigt die Veränderung unserer PBO und des beizulegenden Zeitwerts der Planvermögenswerte zum Bewertungsstichtag:

<i>(in Tsd.)</i>	2008	<i>(ungeprüft)</i> 2007
Veränderung der Pensionsverpflichtungen:		
Pensionsverpflichtungen zu Jahresbeginn	USD 5.571	USD 5.068
Dienstzeitaufwand	53	36
Zinsaufwand	345	304
Versicherungsmathematischer (Gewinn)/Verlust	(269)	380
Gezahlte Leistungen	(447)	(485)
Umrechnungsdifferenzen aus der Fremdwährungsumrechnung	(387)	268
Pensionsverpflichtungen am Jahresende	USD 4.866	USD 5.571
Veränderung der Planvermögenswerte:		
Beizulegender Zeitwert der Planvermögenswerte zu Jahresbeginn	USD -	USD -
Arbeitgeberanteil	447	485
Gezahlte Leistungen	(447)	(485)
Beizulegender Zeitwert der Planvermögenswerte am Jahresende	USD -	USD -
Das Planvermögen übersteigende PBO am Jahresende	USD (4.866)	USD (5.571)
In der Konzernbilanz ausgewiesene Beträge:		
Rückstellungen	USD (432)	USD (469)
Rückstellungen für Altersversorgung der Mitarbeiter	(4.434)	(5.102)
Ausgewiesene Nettobeträge	USD (4.866)	USD (5.571)

Die Veränderungen der im Posten „Kumuliertes sonstiges Ergebnis“ für 2008 ausgewiesenen Planvermögenswerte und Pensionsverpflichtungen aus unseren nicht-qualifizierten Pensionsplänen waren wie folgt:

<i>(in Tsd.)</i>	2008
Sonstige im Posten „Kumuliertes sonstiges Ergebnis“ ausgewiesene Veränderungen der Planvermögenswerte und Pensionsverpflichtungen	
Versicherungsmathematischer Verlust, netto	USD (269)
Bilanzierter versicherungsmathematischer Verlust	(56)
Bilanzierter nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	(16)
Im Posten „Kumuliertes sonstiges Ergebnis“ ausgewiesene Summe vor Steuern	USD (341)

Die Einzahlungen in die nicht-qualifizierten Pensionspläne sind unter Berücksichtigung der erwarteten künftigen Dienstzeit wie folgt:

<i>(in Tsd.)</i>	Summe
2009	USD 432
2010	393
2011	394
2012	397
2013	395
2014-2018	1.308

Wir zahlten im Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2008 USD 0,4 Mio. und im Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2007 USD 0,5 Mio. in unsere nicht-qualifizierten Pensionspläne ein.

Die ABO der nicht-qualifizierten Pensionspläne betrug zum 31. Dezember 2008 USD 4,5 Mio. und zum 31. Dezember 2007 USD 5,1 Mio.

Beitragsorientierte Pensionspläne

Mitarbeiteraktienprogramm und -sparplan

Einige unserer Mitarbeiter nehmen am Mitarbeiteraktienprogramm und -sparplan der Rohm and Haas (der „Sparplan“) teil. In diesen können berechnete Mitarbeiter (vorbehaltlich der von der US-amerikanischen Steuerbehörde IRS festgelegten jährlichen Grenzen) bis zu 50 % ihrer dafür verfügbaren Bruttovergütung und bis zu 19 % ihrer Nettovergütung einzahlen. In den Geschäftsjahren 2006 und 2007 zahlte die Rohm and Haas Company für die ersten 6 % der eingezahlten Vergütung einen Zuschuss von 60 Cent je Dollar. Ab dem 1. Januar 2008 belief sich der Beitrag von Rohm and Haas auf einen fiktiven Betrag in Höhe von 100 % der ersten 3 % der eingezahlten Vergütung des Teilnehmers bzw. in Höhe von 50 % der folgenden 3 % der eingezahlten Vergütung des Teilnehmers. In den Geschäftsjahren zum 31. Dezember 2008, 31. Dezember 2007 und 31. Dezember 2006 hat die Rohm and Haas unsere Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung mit Aufwendungen in Höhe von jeweils USD 0,6 Mio. für den Sparplan belastet.

Nicht-qualifizierter Sparplan

Bestimmte Mitarbeiter nehmen an einem von Rohm and Haas unterstützten nicht-qualifizierten Sparplan teil. Das Ziel dieses Plans ist es, Mitarbeitern ab einer bestimmten Hierarchieebene zusätzliche Altersversorgungsleistungen zu bieten, die über die definierten Leistungen des Sparplans hinausgehen. Die Rohm and Haas gewährt einen fiktiven Betrag in Höhe von 100 % für die ersten 3 %, die eingezahlt werden, sowie in Höhe von 50 % für die nächsten 3 %, die durch die Teilnehmer eingezahlt werden, und hat unsere Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung in den Geschäftsjahren zum 31. Dezember 2008, 2007 und 2006 mit Aufwendungen in Höhe von USD 0,6 Mio., USD 0,5 Mio. bzw. USD 0,9 Mio. für den Sparplan belastet.

Sonstige Altersversorgungsleistungen

Wir unterstützen Gesundheitsleistungen und Lebensversicherungsleistungen aus Altersversorgungsplänen für unsere Mitarbeiter außerhalb der USA (in Kanada und auf den Bahamas).

In den nachstehenden Angaben sind Altersversorgungsaufwendungen für unsere Altersversorgungspläne außerhalb der USA enthalten.

<i>(in Tsd.)</i>	2008	31. Dezember	
		<i>(ungeprüft)</i> 2007	<i>(ungeprüft)</i> 2006
Zusammensetzung der Netto-Altersversorgungsaufwendungen:			
Dienstzeitaufwand	USD 1.791	USD 1.637	USD 1.495
Zinsaufwand	3.467	3.350	2.647
Abschreibung des versicherungsmathematischer Nettoverlusts	1.467	1.813	1.283
Netto-Altersversorgungsaufwendungen	USD 6.725	USD 6.800	USD 5.425

Der gewichtete Durchschnitt der Annahmen, die wir der Ermittlung der Netto-Altersversorgungsaufwendungen zugrundegelegt haben, wird aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich:

	2008	<i>(ungeprüft)</i> 2007	<i>(ungeprüft)</i> 2006
Gewichteter Durchschnitt der dem jährlichen Aufwand zugrundeliegenden Annahmen:			
Abzinsungssatz	5,65 %	5,46 %	5,30 %
Kostensteigerungssatz für Gesundheitsleistungen (aktuell)	8,61 %	9,29 %	10,88 %
Kostensteigerungssatz für Gesundheitsleistungen (Schlussatz)	4,50 %	4,50 %	4,50 %
Kostensteigerungssatz für Gesundheitsleistungen (Jahr der Erreichung des Schlussatzes)	2012	2012	2013

Der Posten „Kumuliertes sonstiges Ergebnis“ enthält zum 31. Dezember 2008 vor Abzug von Steuern einen nicht bilanzierten versicherungsmathematischen Nettoverlust in Höhe von USD 18,7 Mio. (31. Dezember 2007: USD 23,7 Mio.). Der geschätzte versicherungsmathematische Nettoverlust, der im Laufe des nächsten Geschäftsjahres vom kumulierten sonstigen Ergebnis in die Netto-Altersversorgungsaufwendungen umgliedert wird, beträgt USD 0,9 Mio.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Veränderung der Altersversorgungsansprüche und der das Planvermögen

übersteigenden PBO zum Bewertungsstichtag:

<i>(in Tsd.)</i>	2008		<i>(ungeprüft)</i> 2007	
Veränderung der Altersversorgungsansprüche:				
Versorgungsansprüche zu Jahresbeginn	USD	66.899	USD	57.530
Dienstzeitaufwand		1.791		1.637
Zinsaufwand		3.467		3.350
Versicherungsmathematischer Gewinn		(3.566)		(3.767)
Gezahlte Leistungen		(1.407)		(1.271)
Umrechnungsdifferenzen aus der Fremdwährungsumrechnung		(12.526)		9.420
Versorgungsansprüche am Jahresende	USD	54.658	USD	66.899
Planvermögenswerte	USD	-	USD	-
Das Planvermögen übersteigende PBO am Jahresende	USD	(54.658)	USD	(66.899)
In der Konzernbilanz ausgewiesene Beträge:				
Rückstellungen	USD	(1.453)	USD	(1.610)
Rückstellungen für Altersversorgung der Mitarbeiter		(53.205)		(65.289)
Ausgewiesene Nettobeträge	USD	(54.658)	USD	(66.899)

Die Veränderungen der im Posten „Kumuliertes sonstiges Ergebnis“ für 2008 ausgewiesenen Planvermögenswerte und Pensionsverpflichtungen aus unseren Altersversorgungsplänen waren wie folgt:

<i>(in Tsd.)</i>	2008	
Sonstige im Posten „Kumuliertes sonstiges Ergebnis“ ausgewiesene Veränderungen der Planvermögenswerte und Pensionsverpflichtungen		
Versicherungsmathematischer Gewinn, netto		USD (3.566)
Bilanzierter versicherungsmathematischer Verlust		(1.467)
Im Posten „Kumuliertes sonstiges Ergebnis“ ausgewiesene Summe vor Steuern		USD (5.033)

Unsere Einzahlungen betragen zum 31. Dezember 2008 USD 1,4 Mio. und zum 31. Dezember 2007 USD 1,3 Mio.

Der gewichtete Durchschnitt der Annahmen, die wir der Ermittlung der Altersversorgungsansprüche aus unseren Plänen zugrundegelegt haben, wird aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich:

<i>(in Tsd.)</i>	2008		<i>(ungeprüft)</i> 2007	
Gewichteter Durchschnitt der APBO zum Jahresende zugrundeliegenden Annahmen:				
Abzinsungssatz		6,59 %		5,65 %
Kostensteigerungssatz für Gesundheitsleistungen (aktuell)		8,54 %		8,66 %
Kostensteigerungssatz für Gesundheitsleistungen (Schlussatz)		4,50 %		4,50 %
Kostensteigerungssatz für Gesundheitsleistungen (Jahr der Erreichung des Schlussatzes)		2015		2012

Eine Veränderung der unterstellten Kostensteigerungssätze für Gesundheitsleistungen um einen Prozentpunkt würde sich ungefähr wie folgt auf unsere Altersversorgungspläne auswirken:

<i>(in Tsd.)</i>	Steigerung um einen Prozentpunkt		Absinken um einen Prozentpunkt	
	2008	<i>(ungeprüft)</i> 2007	2008	<i>(ungeprüft)</i> 2007
Auswirkung auf Dienstzeitaufwand und Zinsaufwand zusammengenommen	USD 518	USD 1.145	USD (389)	USD (883)
Auswirkung auf die Altersversorgungsansprüche:	9.441	12.767	(7.530)	(10.099)

Die erwarteten Leistungszahlungen für unsere Altersversorgungspläne sind unter Berücksichtigung der erwarteten künftigen Dienstzeit wie folgt:

<i>(in Tsd.)</i>	Gesamtleistungs- zahlungen, netto
2009	USD 1.500
2010	1.641
2011	1.867
2012	2.089
2013	2.296
2014-2018	14.771

10. Rückstellungen für Altersversorgung der Mitarbeiter

<i>(in Tsd.)</i>	31. Dezember	
	2008	<i>(ungeprüft)</i> 2007
Gesundheitsleistungen und Lebensversicherungsleistungen aus Altersversorgung	USD 53.205	USD 65.289
Zusätzlicher Pensionsplan (Direktzusage)	4.434	5.102
Pensionsverpflichtungen	54.189	6.589
Sonstige	-	91
Summe	USD 111.828	USD 77.071

Für weitere Informationen zu Gesundheitsleistungen aus Pensions- und Altersversorgungsplänen wird auf Anhangangabe 9 verwiesen.

11. Forderungen, netto

<i>(in Tsd.)</i>	31. Dezember	
	2008	<i>(ungeprüft)</i> 2007
Kunden	USD 229.831	USD 220.944
Mitarbeiter	535	201
Sonstige	4.802	3.073
Forderungen, brutto	235.168	224.218
Abzgl.: Wertberichtigungen auf zweifelhafte Forderungen	(3.758)	(4.670)
Summe	USD 231.410	USD 219.548

12. Vorräte

Die Vorräte setzen sich wie folgt zusammen:

<i>(in Tsd.)</i>	31. Dezember	
	2008	<i>(ungeprüft)</i> 2007
Fertigerzeugnisse	USD 106.743	USD 106.736
Rohstoffe	10.474	9.137
Hilfs- und Betriebsstoffe	20.274	22.477
Summe	USD 137.491	USD 138.350

Vorräte werden zum niedrigeren Wert aus Anschaffungs- oder Herstellungskosten und Marktwert angesetzt. Die Anschaffungs- oder Herstellungskosten für Vorräte im Inland werden nach dem LIFO-Verfahren (Last-in, First-out) ermittelt. Zum 31. Dezember 2008 und 2007 betrifft dies rund 47 % bzw. 43 % des gesamten Vorratsbestandes. Der übrige Teil der Vorräte wird nach dem FIFO-Verfahren (First-in, First-out) bewertet. Der Betrag, um den die Wiederbeschaffungskosten den Wert der Vorräte nach dem LIFO-Verfahren übersteigen, belief sich zum 31. Dezember 2008 und 2007 auf USD 26,0 Mio. bzw. USD 19,0 Mio. Die Liquidation von LIFO-Vorratsbeständen im

Jahr 2007 führte netto zu einem Rückgang der Umsatzkosten um USD 2,8 Mio. Im Geschäftsjahr 2008 wurden keine LIFO-Vorratsbestände liquidiert.

13. Rechnungsabgrenzungsposten und sonstige kurzfristige Vermögenswerte

<i>(in Tsd.)</i>	31. Dezember	
	2008	<i>(ungeprüft)</i> 2007
Latente Steueransprüche	USD 24.878	USD 18.549
Zinsforderungen – nahe stehende Personen (siehe Anhangangabe 2)	10.003	33.817
Rechnungsabgrenzungsposten	15.054	14.595
Summe	USD 49.935	USD 66.961

14. Grundstücke, Gebäude und Anlagen, netto

<i>(in Tsd.)</i>	31. Dezember	
	2008	<i>(ungeprüft)</i> 2007
Grundstücke	USD 37.386	USD 39.105
Gebäude und Einbauten	443.977	481.301
Maschinen und Anlagen	846.606	886.265
Aktivierete Zinsen	24.757	23.253
Anlagen im Bau	19.978	20.424
Grundstücke, Gebäude und Anlagen, brutto	1.372.704	1.450.348
Abzgl.: kumulierter Abschreibungen	(1.000.845)	(1.012.836)
Summe	USD 371.859	USD 437.512

Die Nutzungsdauern (in Jahren), die für die Ermittlung der Abschreibungssätze für verschiedene Vermögenswerte eingesetzt werden, sind im Wesentlichen wie folgt: Bodenverbesserungen (5-20); Gebäude und Bauwerke (10-45); Maschinen und Anlagen (5-15); aktivierete Zinsen (11). Die grundsätzliche Nutzungsdauer, die für die Ermittlung der Abschreibungssätze für Mietereinbauten verwendet wird, ist die Restlaufzeit der Mietverträge oder die Nutzungsdauer (in Jahren) des Vermögenswertes, je nachdem welche kürzer ist. Diese Vermögenswerte werden über ihre voraussichtliche Nutzungsdauer linear abgeschrieben.

Der Abschreibungsaufwand in den Geschäftsjahren zum 31. Dezember 2008, 2007 und 2006 belief sich auf USD 83,3 Mio., USD 81,7 Mio. bzw. USD 77,6 Mio.

In den Geschäftsjahren zum 31. Dezember 2008, 2007 und 2006 wurden Zinsaufwendungen in Höhe von USD 1,5 Mio., USD 2,2 Mio. bzw. USD 1,9 Mio. aktiviert. Die im Abschreibungsaufwand enthaltene zeitanteilige Auflösung dieser aktivierten Zinsen betrug in den Geschäftsjahren zum 31. Dezember 2008, 2007 und 2006 USD 2,1 Mio., USD 2,0 Mio. bzw. USD 1,8 Mio.

15. Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte, netto**Geschäfts- oder Firmenwert**

Die Änderungen des Buchwerts der Geschäfts- oder Firmenwerte für die Geschäftsjahre zum 31. Dezember 2008 bzw. 2007 gestalten sich wie folgt:

<i>(in Tsd.)</i>			
Stand zum 1. Januar 2007 <i>(ungeprüft)</i>		USD	326.335
Geschäfts- oder Firmenwert aus Akquisitionen			-
Währungseffekte und andere Effekte ⁽¹⁾			307
Stand zum 31. Dezember 2007 <i>(ungeprüft)</i>		USD	326.642
Währungseffekte und andere Effekte ⁽¹⁾			(3.510)
Stand zum 31. Dezember 2008		USD	323.132

Anmerkungen:

(1) Bestimmte Geschäfts- oder Firmenwerte lauten auf fremde Währungen. Sie werden mit dem entsprechenden US-Dollar-Wechselkurs umgerechnet. Die anderen Effekte beziehen sich hauptsächlich auf Anpassungen von Verbindlichkeiten in der Eröffnungsbilanz infolge des positiven Ausgangs von steuerlichen Außenprüfungen, die zu einer Minderung von steuerlichen Rücklagen und Wertberichtigungen in der Eröffnungsbilanz führten.

Immaterielle Vermögenswerte

Gemäß SFAS 142 gibt es für immaterielle Vermögenswerte zwei grundlegende Kategorien: immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer, die planmäßig abgeschrieben werden, sowie immaterielle Vermögenswerte mit unbegrenzter Nutzungsdauer, die nicht planmäßig abgeschrieben werden.

Die folgende Tabelle beinhaltet Informationen zu unseren immateriellen Vermögenswerten:

Bruttovermögenswert

<i>(in Tsd.)</i>	Begrenzte Nutzungsdauer					Unbegrenzte Nutzungsdauer						
	Entwickelte Technologie		Kundenlisten		Patente, Lizenzen und sonstige immaterielle Vermögenswerte	Strategische Standorte	Marken- oder Firmenname		Summe			
Stand zum 1. Januar 2007 <i>(ungeprüft)</i>	USD	49.356	USD	189.263	USD	383	USD	74.733	USD	327.856	USD	641.591
Zugänge		-		-		-		-		-		-
Abgänge		-		-		(383)		-		-		(383)
Währungseffekte		1.193		13.123		-		9.395		6.675		30.386
Stand zum 31. Dezember 2007 <i>(ungeprüft)</i>	USD	50.549	USD	202.386	USD	-	USD	84.128	USD	334.531	USD	671.594
Zugänge ⁽¹⁾		-		3.000		-		-		10.986		13.986
Abgänge/Desinvestitionen		-		(347)		-		-		-		(347)
Währungseffekte		(1.491)		(16.404)		-		(11.744)		(8.345)		(37.984)
Stand zum 31. Dezember 2008	USD	49.058	USD	188.635	USD	-	USD	72.384	USD	337.172	USD	647.249

(1) Im Jahr 2008 stieg der Wert der immateriellen Vermögenswerte infolge des Erwerbs der Gewürzsatzproduktlinie Season-All® von McCormick & Company um USD 13,986 Mio. Siehe Anhangangabe 3.

Kumulierte Abschreibungen

	Begrenzte Nutzungsdauer				Unbegrenzte Nutzungsdauer		
	Entwickelte Technologie		Kundenlisten	Patente, Lizenzen und sonstige immaterielle Vermögenswerte	Strategische Standorte	Marken- oder Firmenname	Summe
<i>(in Tsd.)</i>							
Stand zum 1. Januar 2007	USD	(20.741)	USD (36.203)	USD (383)	USD (4.730)	USD (20.827)	USD (82.884)
<i>(ungeprüft)</i>		(2.752)	(4.911)	-	-	-	(7.663)
Zugänge				-			
Abgänge		-	-	383	-	-	383
Währungseffekte		(539)	(2.634)	-	(595)	(424)	(4.192)
Stand zum 31. Dezember 2007	USD	(24.032)	USD (43.748)	USD -	USD (5.325)	USD (21.251)	USD (94.356)
<i>(ungeprüft)</i>		(2.759)	(4.893)	-	-	-	(7.652)
Zugänge				-			
Abgänge/Desinvestitionen		-	74	-	-	-	74
Währungseffekte		764	3.816	-	743	530	5.853
Stand zum 31. Dezember 2008	USD	(26.027)	USD (44.751)	USD -	USD (4.582)	USD (20.721)	USD (96.081)
Nettobuchwert	USD	23,031	USD 143.884	-	USD 67.802	USD 316.451	USD 551.168

Bestimmte immaterielle Vermögenswerte lauten auf fremde Währungen. Sie werden mit dem jeweiligen US-Dollar-Wechselkurs umgerechnet. Für die Geschäftsjahre zum 31. Dezember 2008 und 2007 belief sich der auf den Bruttobuchwert bezogene Ausgleichsposten für die Währungsumrechnung auf USD 38,0 Mio. bzw. USD 30,4 Mio. Der auf die kumulierte Abschreibung bezogene Ausgleichsposten für die Währungsumrechnung betrug USD 5,9 Mio. bzw. USD 4,2 Mio.

Jährliche Wertminderungsprüfung nach SFAS 142

Gemäß den Bestimmungen von SFAS 142, „*Goodwill and Other Intangible Assets*“ sind wir dazu verpflichtet, auf Ebene der Berichtseinheiten die Geschäfts- oder Firmenwerte sowie die immateriellen Vermögenswerte mit unbegrenzter Nutzungsdauer einer jährlichen Wertminderungsprüfung (*Impairment Review*) zu unterziehen. Die Wertminderungsprüfung ist auch unterjährig durchzuführen, wenn ein Ereignis eintritt oder Umstände sich ändern, infolgedessen mehr dafür als dagegen spricht, dass der beizulegende Zeitwert einer Berichtseinheit unter ihren Buchwert sinkt. Im Rahmen dieser Prüfung stellen wir zur Ermittlung einer Schätzung des beizulegenden Zeitwerts der Berichtseinheiten in erster Linie auf Discounted-Cashflow-Analysen ab. Wir haben unsere jährliche Prüfung des erzielbaren Betrages zum 31. Mai 2008 bzw. 2007 durchgeführt und festgestellt, dass der Buchwert des Geschäfts- oder Firmenwertes sowie der Buchwert der immateriellen Vermögenswerte mit unbegrenzter Nutzungsdauer zu den genannten Stichtagen in vollem Umfang erzielbar waren.

Wertminderungsprüfung nach SFAS 144

Immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer werden über ihre geschätzten Nutzungsdauern planmäßig abgeschrieben und auf Wertminderung überprüft, wenn veränderte Umstände darauf hindeuten, dass der Buchwert gemäß SFAS 144, „*Accounting for the Impairment or Disposal of Long-Lived Assets*“ nicht mehr erzielbar sein könnte. In den dargestellten Geschäftsjahren gab es keine Wertminderungen von langfristigen Vermögenswerten.

Der Abschreibungsaufwand für Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer belief sich zum 31. Dezember 2008, 2007 und 2006 auf USD 7,7 Mio., USD 7,7 Mio. bzw. USD 7,5 Mio. Für das Geschäftsjahr 2009 und die vier folgenden Jahre rechnen wir mit einem Abschreibungsaufwand von USD 7,5 Mio. pro Jahr.

16. Übrige Vermögenswerte

<i>(in Tsd.)</i>	31. Dezember	
	2008	<i>(ungeprüft)</i> 2007
Vorausbezahlte Pensionsaufwendungen (siehe Anhangangabe 9)	USD -	USD 30.735
Forderungen aus Versicherungen ⁽¹⁾	28.000	28.000
Vorausbezahlte Baggerkosten	4.920	-
Andere langfristige Vermögenswerte	4.414	6.380
Summe	USD 37.334	USD 65.115

Anmerkungen:

(1) Forderungen aus Versicherungen beziehen sich auf Kosten in Zusammenhang mit den Ansprüchen in Bezug auf den Unternehmensbereich Thiokol Friction; wir sind der Ansicht, dass alle Kosten in Zusammenhang mit diesen Ansprüchen, einschließlich der Prozesskosten, unter unserem Versicherungslimit liegen werden. Siehe Anhangangabe 22.

17. AusleihungenKurzfristige Verpflichtungen

<i>(in Tsd.)</i>	31. Dezember	
	2008	<i>(ungeprüft)</i> 2007
Kurzfristige Verpflichtungen	USD 4.296	USD 5.053

Bei unseren kurzfristigen Ausleihungen handelt es sich im Allgemeinen um Bankkredite mit einer Ursprungslaufzeit von höchstens zwölf Monaten.

Langfristige Schulden

<i>(in Tsd.)</i>	31. Dezember	
	2008	<i>(ungeprüft)</i> 2007
Schuldverschreibungen 9,25 %	145.167	145.167
Anpassungen an den beizulegenden Zeitwert	14.652	15.936
Disagio	(655)	(712)
Emissionskosten	(837)	(910)
	158.327	159.481
Abzgl.: Kurzfristiger Anteil	-	-
Summe	158.327	159.481

Bei den im Jahr 2020 fälligen Schuldverschreibungen handelt es sich um bonitätsabhängige unbesicherte Obligationen (*Debentures*), die mit 9,25 % verzinst werden. In den nächsten fünf Jahren werden keine langfristigen Schulden fällig. Der Kuponzinssatz auf die Schuldverschreibungen wird bei Änderungen des durch die Standard & Poor's Corporation oder Moody's Investors Service festgelegten Kredit-Ratings der Schuldverschreibungen entsprechend angepasst. Die Schuldverschreibungen sind zurzeit von Rohm and Haas garantiert. Der gegenwärtige Zinssatz basiert auf dem Kredit-Rating von Rohm and Haas, nicht auf den Kredit-Ratings von Morton International, Inc. als wäre die Gesellschaft eine separate, unabhängige juristische Person.

Bei der Übernahme von Morton International, Inc. durch Rohm and Haas erfassten wir in Bezug auf die Schuldverschreibungen eine Anpassung an den beizulegenden Zeitwert, die zeitanteilig über die Restlaufzeit der Schuldverschreibungen als Zinsaufwand aufgelöst wird. Der Restbetrag dieser Anpassung belief sich zum 31. Dezember 2008 und 2007 auf USD 14,7 Mio. bzw. USD 15,9 Mio.

Die Canadian Salt Company Limited, eine Tochtergesellschaft der Morton International, Inc., verfügt über einen revolvingierenden Kredit in Höhe von CAD 15 Mio. für allgemeine operative Zwecke. Die Inanspruchnahmen im Rahmen

dieses Kredits sind täglich fällig und können von der Bank gekündigt werden. Der revolvingende Kredit ist zurzeit von Rohm and Haas garantiert. Als Kreditaufgabe werden ungeprüfte Jahresabschlüsse verlangt.

Der revolvingende Kredit kann für folgende Zwecke in Anspruch genommen werden:

- a) Überziehungskredite;
- b) Bankakzepte;
- c) LIBOR-basierte Kredite in US-Dollar;
- d) Akkreditive ⁽¹⁾; und
- e) Garantiescheine⁽¹⁾.

⁽¹⁾ Der Gesamtbetrag aus (d) und (e) darf CAD 5 Mio. nicht übersteigen

Zum 31. Dezember 2008 verfügten wir über ein ausstehendes Akkreditiv im Gesamtwert von USD 3,4 Mio. zulasten des revolvingenden Kredits. Diese Akkreditive wurden nicht in Anspruch genommen.

Siehe Anhangangabe 2 für Schulden gegenüber nahe stehenden Personen.

18. Rückstellungen

<i>(in Tsd.)</i>	31. Dezember	
	2008	<i>(ungeprüft)</i> 2007
Löhne und Gehälter	USD 23.700	USD 20.877
Zinsen – Kreditschulden - nahe stehende Personen (siehe Anhangangabe 2)	32.725	32.747
Zinsen	1.176	1.180
Steuern, ohne Ertragsteuern	5.765	7.138
Kurzfristiger Anteil der zusätzlichen Pensionsplanverbindlichkeiten (siehe Anhangangabe 9)	432	469
Kurzfristiger Anteil der Verbindlichkeiten für Altersversorgungspläne (siehe Anhangangabe 9)	1.453	1.610
Sonstige Leistungen an Arbeitnehmer	2.363	2.326
Kundenboni und sonstige Vertriebsaufwendungen	14.000	15.852
Rechtsstreitigkeiten	2.900	1.305
Restrukturierungsrückstellungen (siehe Anhangangabe 4)	327	1.184
Rückstellungen für Umweltsanierung (siehe Anhangangabe 22)	21.950	27.521
Sonstige	5.987	9.419
Summe	USD 112.778	USD 121.628

19. Sonstige Schulden

<i>(in Tsd.)</i>	31. Dezember	
	2008	<i>(ungeprüft)</i> 2007
Rückstellungen für Umweltsanierung (siehe Anhangangabe 22)	USD 49.275	USD 41.758
Rechtsstreitigkeiten	39.367	40.029
Rückbauverpflichtungen	10.654	11.954
Steuern	-	23.141
Sonstige	2.363	2.395
Summe	USD 101.659	USD 119.277

Unsere Rückbauverpflichtungen betreffen die Verkappung bestimmter Sol- und Gasbohrlöcher, die zur Herstellung verschiedener Produkte genutzt werden.

<i>(in Tsd.)</i>	Rückbauver- pflichtungen
Stand zum 1. Januar 2006 <i>(ungeprüft)</i>	USD 9.100
Zugänge	110
Erfüllte Verbindlichkeiten	(165)
Aufzinsungsaufwand	676
Währungseffekte	(1)
Stand zum 31. Dezember 2006 <i>(ungeprüft)</i>	<u>USD 9.720</u>
Zugänge	502
Erfüllte Verbindlichkeiten	(306)
Aufzinsungsaufwand	926
Währungseffekte	1.112
Stand zum 31. Dezember 2007 <i>(ungeprüft)</i>	<u>USD 11.954</u>
Zugänge	-
Erfüllte Verbindlichkeiten	(643)
Aufzinsungsaufwand	897
Währungseffekte	(1.554)
Stand zum 31. Dezember 2008	<u><u>USD 10.654</u></u>

Die Höhe der Verbindlichkeit für bestimmte Rückbauverpflichtungen kann zurzeit nicht bemessen werden, da die Rückbautermine noch nicht ermittelt werden können. Wir werden die entsprechende Verbindlichkeit ansetzen, sobald ausreichende Informationen vorliegen, anhand welcher mögliche Termine geschätzt werden können.

20. Kumuliertes sonstiges Ergebnis

Der Posten „Kumuliertes sonstiges Ergebnis“ setzt sich aus folgenden Bestandteilen zusammen:

<i>(in Tsd.)</i>	31. Dezember			
	2008	<i>(ungeprüft)</i> 2007	<i>(ungeprüft)</i> 2006	
Währungsumrechnungsposten	25.931	USD 63.072	USD 37.548	
Nicht erfolgswirksam erfasste Verluste und nicht erfolgswirksam erfasster nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand, netto, aus Verpflichtungen für Pensions- und Altersversorgungspläne	(108.163)	(61.750)	(67.703)	
Ergebnis aus derivativen Instrumenten	(222)	37	(443)	
Kumuliertes sonstiges Ergebnis	(82.454)	1.359 USD	(30.598)	

21. Leasingverhältnisse

Wir haben Leasingverträge über bestimmte Immobilien und Anlagen abgeschlossen, die wir im Rahmen unserer operativen Tätigkeit einsetzen. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Operating-Leasingverhältnisse. Die Mehrzahl der Leasingvereinbarungen schreibt Mindestleasingzahlungen zuzüglich bedingter Mietzahlungen auf der Basis der Nutzung der Leasingobjekte und von Anpassungsfaktoren vor. Der für Operating-Leasingverhältnisse anfallende Nettomietaufwand belief sich für die Geschäftsjahre zum 31. Dezember 2008, 2007 und 2006 auf insgesamt USD 23,8 Mio., USD 23,7 Mio. bzw. USD 23,5 Mio.

Die Summe der künftigen Mindestleasingzahlungen aufgrund von unkündbaren Operating-Leasingverhältnissen stellt sich wie folgt dar:

<i>(in Tsd.)</i>	Künftige Mindestleasingzahlungen	
2009	USD	16.983
2010		15.710
2011		14.130
2012		12.398
2013		11.107

22. Eventualverbindlichkeiten, Garantien und andere Verpflichtungen

Wir sind Gegenstand verschiedener staatlicher Vollstreckungsmaßnahmen sowie privatrechtlicher Klagen in Zusammenhang mit früheren Abfalldeponien. Viele dieser Abfalldeponien stehen auf der Prioritätenliste der US-amerikanischen Umweltschutzbehörde EPA (*Environmental Protection Agency*). Hier sind gemäß dem Federal Comprehensive Environmental Response, Compensation and Liability Act („CERCLA“) und ähnlicher einzelstaatlicher Gesetze Kosten für Umweltsanierung angefallen oder könnten in Zukunft anfallen. In einigen dieser Fälle könnten wir außerdem wegen angeblicher Sachschäden haftbar gemacht werden. Wir haben für künftige Kosten in Zusammenhang mit bestimmten Standorten Rückstellungen auf nicht abgezinster Basis gebildet. Des Weiteren wurden an einigen unserer Produktionsstätten Gegenmaßnahmen eingeleitet.

Bei der Ermittlung des Betrages der für die Umweltsanierung erforderlichen Rückstellungen berücksichtigen wir eine große Bandbreite an Informationen, darunter verfügbare Fakten zur Deponie, bestehende und geplante Sanierungstechnologien bzw. die Kosten für die Anwendung dieser Technologien, Erfahrungen aus der Vergangenheit, staatliche Vorschläge für einen bestimmten oder vergleichbare Standorte, die Haftung anderer Parteien, die Fähigkeit anderer potenziell verantwortlicher Parteien zur Zahlung der ihnen zuzurechnenden Kosten sowie derzeit geltende Gesetze und Verordnungen. Rückstellungen für geschätzte Verluste aus Verpflichtungen zur Umweltsanierung werden grundsätzlich zu dem Zeitpunkt während der Machbarkeitsstudie für die Sanierungsmaßnahmen erfasst, an dem die Kosten wahrscheinlich sind und geschätzt werden können. Für Rechtskosten, die in Zusammenhang mit einem Eventualverlust voraussichtlich anfallen, bilden wir keine Rückstellungen. Wir führen eine vierteljährliche Überprüfung der Rückstellungen durch und nehmen Anpassungen vor, sobald zusätzliche technische oder rechtliche Informationen verfügbar werden. Bei bestimmten Standorten sind wir jedoch aufgrund einer Reihe verschiedener Faktoren nicht in der Lage, das letztendliche Ausmaß unserer Haftung in Bezug auf die Kosten für Machbarkeitsstudien und Umweltsanierung zu beurteilen und zu quantifizieren.

► Rückstellungen für Umweltsanierung und vernünftigerweise für möglich gehaltene Beträge

Rückstellungen für Umweltsanierung, die unseres Erachtens wahrscheinlich sind und geschätzt werden können, werden in der Konzernbilanz entsprechend als kurzfristige und langfristige Verbindlichkeiten ausgewiesen. Diese Rückstellungen umfassen Verpflichtungen, bei denen es voraussichtlich innerhalb der nächsten zehn Jahre zu einer Auszahlung kommt. Die Rückstellungen für Umweltsanierung beliefen sich zum 31. Dezember 2008 und 2007 auf USD 71,2 Mio. bzw. USD 69,3 Mio. Die aufwandswirksam erfassten Beträge für Umweltsanierung betragen in den Geschäftsjahren zum 31. Dezember 2008, 2007 und 2006 USD 12,0 Mio., USD 20,0 Mio. bzw. USD 9,4 Mio. und wurden als Umsatzkosten in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Neben den Rückstellungen für Umweltsanierung bestehen Kosten, die das Wahrscheinlichkeitskriterium nicht erfüllen und daher nicht in der Konzernbilanz angesetzt werden. Schätzungen für Verpflichtungen, die künftig nach elf bis 30 Jahren anfallen, werden nur als vernünftigerweise für möglich gehaltene Beträge eingestuft, weil die Möglichkeit des Eintritts eines künftigen Ereignisses mehr als gering (*remote*), aber weniger als wahrscheinlich (*probable*) ist. Diese Eventualverluste werden regelmäßig auf veränderte Sachverhalte oder Umstände untersucht, die möglicherweise eine Anpassung der Rückstellung erfordern. Wir haben zum 31. Dezember 2008 und 2007 vernünftigerweise für möglich gehaltene Eventualverluste in Bezug auf umweltrechtliche Angelegenheiten in Höhe von ca. USD 60,7 Mio. bzw. USD 49,7 Mio. identifiziert.

Außerdem haben wir andere Standorte identifiziert, bei denen künftige Umweltsanierungsarbeiten unter Umständen erforderlich werden könnten, doch eine vernünftige Schätzung der Höhe dieser Eventualverluste ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich. Bei diesen Angelegenheiten handelt es sich um ungelöste Sachverhalte, einschließlich der Anzahl der als haftbar erachteten Parteien an jedem Standort und ihrer Zahlungsfähigkeit, der Auslegung der geltenden Gesetze und Verordnungen, des Ergebnisses von Verhandlungen mit Regulierungsbehörden sowie alternativer Methoden zur

Umweltsanierung.

Schließlich gibt es noch Umweltverpflichtungen, für die wir haftbar sein werden, falls Rohm and Haas oder andere Unternehmen, denen wir geschäftliche Aktivitäten übertragen haben, zahlungsunfähig werden. Für diese Standorte wurden im vorliegenden Konzernabschluss keine Rückstellungen oder Schätzungen möglicher Verluste erfasst oder angegeben. Unsere wesentlichen Standorte werden in den nachfolgenden Abschnitten im Einzelnen beschrieben.

➤ **Wood-Ridge/Berry's Creek**

Der Standort in Wood-Ridge, New Jersey (der „Standort“) und der Berry's Creek, der an diesem vorbeifließt, sind umweltökonomisch bedeutsam für die Gesellschaft. An diesem Standort befindet sich eine ehemalige Quecksilber verarbeitende Fabrik, die vor vielen Jahren von einer Gesellschaft erworben wurde, die später wiederum von der Morton International, Inc. („Morton“) erworben wurde. Die Morton und die Velsicol Chemical Corporation („Velsicol“) wurden gesamtschuldnerisch haftbar gemacht für die Kosten der Altlastensanierung des Standorts. Die Umweltschutzbehörde von New Jersey (*New Jersey Department of Environmental Protection*, „NJDEP“) veröffentlichte im Oktober 2006 den Sanierungsplan (*Record of Decision*), in dem die Vorgaben für die Dekontaminierung des Produktionsgeländes niedergelegt wurden. Im Oktober 2008 schloss die Gesellschaft eine Vereinbarung zur Durchführung der Arbeiten ab. Das durch die Velsicol errichtete Treuhandvermögen wird im Einklang mit dem Insolvenz-Treuhandvertrag, nach dessen Maßgabe das Treuhandvermögen errichtet wurde, einen Teil der Kosten der Altlastensanierung tragen. Zudem fand im Juli 2008 eine erfolglose zweitägige Schlichtung statt, an der ca. ein Dutzend nicht vergleichsbereite Parteien teilnahmen, darunter Unternehmen, deren Materialien auf dem Produktionsgelände verarbeitet wurden. Dabei sollte eine Lösung gefunden werden hinsichtlich des Anteils der Haftung, den diese für einen Teil der Kosten der Sanierung zu tragen haben. Im Rahmen einer Vereinbarung, mit der die Fristen zur Einleitung von Prozessen hinsichtlich einer Kostenerstattung aufgeschoben werden, befinden wir uns weiterhin in Gesprächen mit diesen Parteien. Unsere letztendliche Haftungssumme in Bezug auf den Standort wird von den Dekontaminationskosten sowie vom Umfang der Beteiligung anderer Parteien abhängen.

Im Mai 2008 schlossen die Morton und knapp einhundert weitere potenziell haftbare Parteien eine Vereinbarung über die Durchführung einer Sanierungsuntersuchung und Machbarkeitsstudie (*Remedial Investigation and Feasibility Study*, „RI/FS“) für das Berry's Creek-Testgebiet, mittels der die Risiken untersucht werden, die sich aus der Verunreinigung des Berry's Creek und der umliegenden Feuchtgebiete ergeben. Im September 2008 hat die Gruppe über ihre technischen Berater einen Arbeitsplan für die Studie vorgelegt und nimmt derzeit zu Kommentaren der Behörde Stellung. Laut Zeitplan soll die Probenentnahme vor Ort im Frühjahr 2009 beginnen. In dem vorgeschlagenen Zeitplan ist für die Vollendung der RI/FS ein Zeitraum von mindestens vier Jahren vorgesehen. Darüber hinaus vergehen durch weitere Probenentnahmen, Studien, Tests oder sonstige Handlungen gewöhnlich noch mehrere Jahre, bis es zur Auswahl einer endgültigen Lösung kommt. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt herrscht große Unklarheit darüber, was genau zur Sanierung von Berry's Creek notwendig sein wird. Die Kosten für die Untersuchung und Dekontamination sowie Einschätzungen von möglichen Ressourcenschäden könnten jedoch erheblich sein, und unser Anteil an diesen Kosten könnte sich möglicherweise wesentlich auf unsere Vermögenslage, unsere Konzern-Finanz- und Ertragslage und unsere Cashflows auswirken.

➤ **Moss Point**

Im Jahr 1996 benachrichtigte die EPA die Morton von möglichen Unregelmäßigkeiten in Überwachungsberichten zur Abwassereinleitung, die deren Werk in Moss Point, Mississippi, zu Beginn des Jahres 1995 vorgelegt hatte. Die Morton stellte Untersuchungen an und stieß auf weitere umweltrechtliche Probleme in Zusammenhang mit dem genannten Werk. Eine Vereinbarung mit der EPA, dem Justizministerium und dem US-Bundesstaat Mississippi, in der diese historischen umweltrechtlichen Probleme beseitigt wurden, wurde im Frühjahr 2001 gerichtlich genehmigt. Die hierfür gebildeten Rückstellungen waren ausreichend zur Deckung der Kosten des Vergleichs. Der Betrieb in diesem Werk in Moss Point ist inzwischen eingestellt. Nach Maßgabe der gerichtlich genehmigten Vereinbarung laufen derzeit umweltrechtliche Untersuchungen und erste Sanierungsmaßnahmen.

Im Dezember 2002 wurde in Mississippi im Namen von über 700 Klägern Klage gegen u. a. die Morton und die Rohm and Haas eingereicht, in der Personen- und Sachschäden aufgrund von Umweltverschmutzung geltend gemacht wurden. Im April 2005 wurde die Klage unter Vorbehalt allen Klägern gegenüber abgewiesen. Es wurden in Mississippi vergleichbare Klagen im Namen von ca. 1.800 anderen Klägern eingereicht, von denen jedoch bis auf ca. 40 Kläger keiner ein Gerichtsurteil eingehalten hatte, das besagt, dass Kläger grundlegende Informationen zu ihrer Klage anzugeben haben, um eine Abweisung der Klage zu vermeiden. Im April 2007 traf das Gericht mehrere Entscheidungen zugunsten der Gesellschaft, unter anderem eine Entscheidung über einen Antrag auf ein teilweise summarisches Urteil bezüglich

Chemikalien in den Brunnen bestimmter Kläger. Hier entschied das Gericht, dass diese aus der Chlorung des Wasserkreislaufs von Moss Point stammen. Das Gericht gab zudem dem Antrag der Gesellschaft auf Strafandrohung gegen die Anwälte der Kläger statt, da in 98 Prozent der Fälle, die diese eingereicht hatten (und die abgewiesen wurden), keine rechtskräftigen Beweise vorlagen. Anfang Januar 2008 erzielten wir eine Einigung zur Beilegung der Klagen mit den verbleibenden Klägern (den Eigentümern von 33 verschiedenen Grundstücken) zur Vermeidung weiterer Rechtsstreitigkeiten.

➤ **Paterson**

Im Dezember 2001 schlossen wir das frühere Morton-Werk in Paterson, New Jersey, und führen derzeit nach Maßgabe des *Industrial Site Recovery Act* des Bundesstaates New Jersey eine Altlastensanierung des Geländes durch. Wir haben dort kontaminiertes Erdreich abgetragen und direkt vor Ort eine Anlage zur Beseitigung von Altlasten im Boden und im Grundwasser erbaut. Abseits des Geländes werden derzeit noch Untersuchungen der Verunreinigung durchgeführt. Obwohl sich die ehemalige Anlage in Paterson am Oberlauf des Passaic River befand, erhielt die Gesellschaft ein Auskunftersuchen der Regierung im Zusammenhang mit dem Testgebiet am Unterlauf des Passaic River (*Lower Passaic River Study Area*), das sie ebenfalls beantwortete. Dieses Ersuchen betraf hauptsächlich Chemikalien, die möglicherweise an dem Fertigungsstandort verwendet, verarbeitet oder ausgeleitet wurden oder ausgetreten sind und danach in den Passaic River gelangt sein könnten. Unserer Ansicht nach ist ein etwaiger Zusammenhang zwischen dem Betrieb in Paterson am Oberlauf des Passaic River und der Verunreinigung an dessen Unterlauf wenig wahrscheinlich. Die Regierung und andere potenziell haftbare Parteien werden dennoch weiterhin versuchen, die Kosten der Untersuchung und Dekontamination auf eine größere Anzahl Parteien umzulegen. Zu diesem Zweck haben die verantwortlichen Parteien, die von den Behörden in New Jersey auf Dekontaminierung des Unterlaufs des Passaic River verklagt wurden, eine Drittklage gegen 300 weitere Parteien (darunter die Morton) eingereicht.

➤ **Andere Standorte**

Wir gehören auch an anderen Standorten zu einer Reihe von Parteien. Es wurden Rückstellungen für die Kosten gebildet.

Grundwasseraufbereitung und -überwachung

Auf unserem Goose Farm-Gelände in New Jersey laufen noch Programme zur Grundwassersanierung und -überwachung. Die Altlastensanierung ist dort im Wesentlichen abgeschlossen. Es wurden Rückstellungen für die Kosten dieser Grundwassersanierung und -überwachung gebildet.

Rechtsstreitigkeiten

Im Januar 2006 erhielt die Morton Salt eine Ladung durch eine *Grand Jury* im Zusammenhang mit einer Untersuchung des US-Justizministeriums zu möglichen Kartellrechtsverstößen im Geschäft mit Industriesalz. Am 22. August 2007 erhielten wir ein Schreiben des US-Justizministeriums, in dem uns mitgeteilt wurde, dass wir die Unterlagen, die wir im Rahmen der Untersuchung eingereicht hatten, zurückerhalten würden. Dies bedeutet üblicherweise, dass das Justizministerium die Untersuchung einstellt. Weder die Morton Salt noch ein Mitarbeiter der Morton Salt wurden eines Fehlverhaltens bezichtigt oder damit in Verbindung gebracht. Die Angelegenheit ist inzwischen abgeschlossen.

Aufgrund der Insolvenzen bei Asbestherstellern haben sich Anwälte von Klägern auf am Rande an der Verteidigung Beteiligte (sog. *Peripheral Defendants*) konzentriert, unter anderem auch auf unsere Gesellschaft, in deren Geschäftsräumen sich Asbest befand. In der Vergangenheit wurden diese geschäftsraumbezogenen Fälle abgewiesen, oder es fand ein Vergleich in geringer Höhe statt, da das Risiko in unseren Betrieben äußerst gering ist. Für geschäftsraumbezogene Asbestfälle, die unserer derzeitigen Ansicht nach wahrscheinlich sind und geschätzt werden können, haben wir Rückstellungen gebildet.

Es sind auch Klagen gegen uns anhängig in Bezug auf Asbest ausgesetzten Mitarbeitern in einem Produktionswerk in Weeks Island, Louisiana, und es sind weitere Klagen zu erwarten. Wir gehen davon aus, dass die meisten dieser Fälle abgewiesen werden, da sie berufsgenossenschaftlich ausgeschlossen sind. Fälle in Bezug auf durch Asbest verursachte Malignome sind jedoch möglicherweise nach dem Recht des US-Bundesstaates Louisiana nicht ausgeschlossen. Nach dem Erwerb der Morton International, Inc. durch die Rohm and Haas gaben wir medizinische Studien in Auftrag, um mögliche künftige Klagen einschätzen zu können, und haben anhand der Ergebnisse Rückstellungen gebildet.

Wir wurden ferner verklagt im Zusammenhang mit asbestbezogenen Angelegenheiten im ehemaligen Geschäftsbereich „Friction“ der ehemaligen Thiokol Corporation, die 1982 auf uns verschmolzen wurde. Die bisher geschlossenen Vergleiche waren von geringer Höhe; viele Fälle wurden ohne eine Zahlung eingestellt. Wir schätzen, dass alle Kosten im

Rahmen zukünftiger Klagen in Bezug auf den Geschäftsbereich „Friction“ (einschließlich Prozesskosten) weit unterhalb unserer Versicherungslimits liegen werden.

Wir sind auch Partei in Rechtsstreitigkeiten, die sich aus unserem gewöhnlichen Geschäftsgang ergeben haben. Vor dem Hintergrund der für diese Angelegenheiten zurückgestellten Beträge und der Ungewissheit des letztendlichen Ausgangs sind wir der Ansicht, dass die Beilegung all dieser anhängigen Prozesse, Untersuchungen und Klagen weder einzeln noch zusammengenommen wesentliche nachteilige Auswirkungen auf unsere Vermögenslage, unsere Konzern-Finanz- und Ertragslage oder unsere Cashflows haben wird.

Versicherung

Es bestehen weiterhin Selbstbehalte für Haftpflicht-, Betriebsunterbrechungs- und Sachschäden an Eigentum und an gemietetem oder geleastem Besitz. Diese Selbstbehalte könnten für unsere Ertragslage wesentlich sein, für unsere Finanzlage insgesamt sollten sie jedoch nicht wesentlich sein. Wir sind über die Höhe unserer Selbstbehalte hinaus ausreichend gegen Haftpflicht-, Sach- und Betriebsunterbrechungsschäden versichert. Zudem erfüllen wir sämtliche gesetzlichen Vorschriften in Bezug auf Kfz-Haftpflicht- und Arbeitsunfallversicherungen.

Haftungsfreistellung

Im Zusammenhang mit der Veräußerung einiger unserer operativen Geschäftszweige haben wir uns verpflichtet, bestimmte Verbindlichkeiten der veräußerten Unternehmen weiterhin zu tragen und/oder den Käufer davon freizustellen, darunter Haftungsverpflichtungen für vor dem Datum des Verkaufs von dem jeweiligen Unternehmen verkaufte mangelhafte Produkte oder vor dem Datum des Verkaufs entstandene Umweltverunreinigungen oder angefallene Steuern. Unsere Freistellungsverpflichtungen bezüglich dieser Verbindlichkeiten können zeitlich unbegrenzt sein, und es können Selbstbehalte, Mindestansprüche oder Höchstgrenzen bestehen. Somit ist es uns nicht möglich, die Wahrscheinlichkeit vorherzusagen, mit der ein Anspruch geltend gemacht werden wird, oder den (die) maximal mögliche(n) Verlust(spanne) verlässlich abzuschätzen. Es sind keine Vermögenswerte der Gesellschaft als Sicherheit für diese Haftungsfreistellungen bestellt, und es wurden für entsprechende Garantien keine besonderen Verbindlichkeiten erfasst.

Vorschriften bezüglich verfügungsbeschränkter Liquidität

Die Rohm and Haas hielt zur Einhaltung von Vorschriften zu Finanzierungszusagen seitens US-Umweltschutzbehörden auf Bundes-, Bundesstaats- und lokaler Ebene bezüglich der von Rohm and Haas betriebenen Werke Zahlungsmitteläquivalente in einem Treuhandvermögen. Diese Vorschriften basieren auf einer jährlichen Einstufung des Reinvermögens der Rohm and Haas. Der für die Werksstandorte der Morton International, Inc. vorgeschriebene Gesamtbetrag belief sich zum 31. Dezember 2007 auf USD 3,1 Mio. Da dieser Betrag die verfügungsbeschränkte Liquidität der Rohm and Haas darstellt, wird er nicht in den beigefügten konsolidierten Finanzausweisen erfasst. Aus diesem Betrag lässt sich nicht zwingend auf den Betrag schließen, der vorgeschrieben wäre, wenn die Gesellschaft eigenständig betrieben worden wäre.

Im Mai 2008 stellte die Morton International zur Einhaltung von Vorschriften zu Finanzierungszusagen seitens US-Umweltschutzbehörden auf Bundes-, Bundesstaats- und lokaler Ebene anstelle von Einzahlungen in das Treuhandvermögen Akkreditive aus.

23. Neue Verlautbarungen von Rechnungslegungsgrundsätzen

Angaben von Arbeitgebern in Bezug auf Planvermögen bei Altersversorgungsplänen

Im Dezember 2008 veröffentlichte der Financial Accounting Standards Board (FASB) FSP (FASB Staff Position) FAS 132(R)-1, „Employers’ Disclosures about Postretirement Benefit Plan Assets“, wonach zusätzliche Angaben erforderlich sind, zum Beispiel in Bezug auf wesentliche Risiken innerhalb des Planvermögens, Entscheidungen hinsichtlich der Verteilung der Anlagen, die Darstellung der beizulegenden Zeitwerte nach den wichtigsten Kategorien der Planvermögenswerte und Bewertungsmethoden. FSP FAS 132(R)-1 ist für Geschäftsjahre und Zwischenberichtsperioden anzuwenden, die nach dem 15. Dezember 2009 beginnen. Wir sind der Auffassung, dass die Auswirkungen auf unseren Konzernabschluss sich auf zusätzliche Angaben beschränken werden.

Bestimmung der Nutzungsdauer von immateriellen Vermögenswerten

Im April 2008 veröffentlichte der FASB FSP FAS 142-3 „Determination of the Useful Life of Intangible Assets“. FSP FAS 142-3 ändert die Faktoren, die bei der Entwicklung von Annahmen in Bezug auf Erneuerung oder Verlängerung zu berücksichtigen sind, welche zur Bestimmung der Nutzungsdauer eines gemäß SFAS (Statement of Financial Accounting

Standards) 142 „*Goodwill and Other Intangible Assets*“ bilanzierten immateriellen Vermögenswertes herangezogen werden. Der Zweck dieser FSP ist die Verbesserung der Konsistenz zwischen der Nutzungsdauer eines gemäß SFAS 142 bilanzierten immateriellen Vermögenswertes und dem Zeitraum der erwarteten Cashflows, der zur Bemessung des beizulegenden Zeitwerts des Vermögenswertes gemäß SFAS 141 (revised 2007), „*Business Combinations*“ und anderen allgemein anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen in den USA (U.S. Generally Accepted Accounting Principles, US-GAAP) herangezogen wird. FSP FAS 142-3 ist für Abschlüsse für Geschäftsjahre anzuwenden, die nach dem 15. Dezember 2008 beginnen. Wir haben FSP FAS 142-3 zum 1. Januar 2009 übernommen und werden für jeden nach dem 31. Dezember 2008 erworbenen immateriellen Vermögenswert die entsprechenden Vorschriften anwenden.

Angaben zu derivativen Instrumenten und Sicherungsmaßnahmen

Im März 2008 veröffentlichte der FASB SFAS 161, „*Disclosures about Derivatives and Hedging Activities*“, mit dem die Angabepflichten gemäß SFAS 133, „*Accounting for Derivatives and Hedging Activities*“ erweitert werden. Gemäß SFAS 161 werden zusätzliche Angaben zu Derivaten und Sicherungsmaßnahmen eines Unternehmens und deren Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie die Cashflows des betreffenden Unternehmens verlangt. SFAS 161 ist für Geschäftsjahre und Zwischenberichtsperioden anzuwenden, die nach dem 15. November 2008 beginnen. Die Auswirkungen auf unseren Konzernabschluss beschränkten sich auf zusätzliche Angaben, die in Anhangangabe 7 in unserem Konzernanhang enthalten sind.

Unternehmenszusammenschlüsse

Im Dezember 2007 veröffentlichte der FASB SFAS 141R, „*Business Combinations*“, der SFAS 141 ersetzt. SFAS 141R legt Grundsätze und Anforderungen fest, wie ein Erwerber im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses in seinen Abschlüssen die identifizierbaren erworbenen Vermögenswerte, die erworbenen Schulden und etwaige Mehrheitsbeteiligungen bilanziert und bewertet bzw. wie der in Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses erworbene Geschäfts- oder Firmenwert oder ein Gewinn aus einem Erwerb einer Beteiligung zu einem Preis, der unter ihrem beizulegenden Zeitwert liegt (*bargain purchase*), bilanziert und bewertet wird, und schreibt vor, welche Informationen anzugeben sind, um Abschlussadressaten eine Beurteilung der Art und der finanziellen Auswirkungen von Unternehmenszusammenschlüssen zu ermöglichen. Wir haben SFAS 141R zum 1. Januar 2009 übernommen und werden für jede nach dem 31. Dezember 2008 abgeschlossene Akquisition die entsprechenden Vorschriften anwenden.

Fair Value-Option für finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten

Im Februar 2007 veröffentlichte der FASB SFAS 159, „*The Fair Value Option for Financial Assets and Financial Liabilities*“, wonach Unternehmen die Möglichkeit haben, bestimmte finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten (Fair Value-Option). Damit soll zum einen die Komplexität der Bilanzierung von Finanzinstrumenten und zum anderen die Volatilität der Ergebnisse reduziert werden, die durch die unterschiedliche Bewertung von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten hervorgerufen wurden. SFAS 159 ist ab dem Beginn des ersten Geschäftsjahres eines Unternehmens anzuwenden, das nach dem 15. November 2007 beginnt. Bei der Übernahme von SFAS 159 haben wir für unsere bestehenden finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten nicht die gemäß SFAS 159 eingeräumte Option gewählt. Daher hatte die Übernahme von SFAS 159 keine Auswirkungen auf unseren Konzernabschluss.

Bewertung zum beizulegenden Zeitwert

Im September 2006 veröffentlichte der FASB SFAS 157, „*Fair Value Measurements*“. SFAS 157 umfasst die Definition des beizulegenden Zeitwerts, formuliert ein Rahmenkonzept für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts im Rahmen von allgemein anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen und erweitert die Angabepflichten im Zusammenhang mit der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert. SFAS 157 verlangt keine neuen Bewertungen zum beizulegenden Zeitwert, enthält jedoch Leitlinien für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts auf der Grundlage einer Fair-Value-Hierarchie, die zur Klassifizierung der Informationsquellen verwendet wird. Für finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten ist SFAS 157 von uns ab dem 1. Januar 2008 anzuwenden. Im Februar 2008 hat der FASB den Tag des Inkrafttretens von SFAS 157 für alle nicht-finanziellen Vermögenswerte und nicht-finanziellen Verbindlichkeiten (außer solchen, die auf regelmäßiger (*recurring*) Basis, d.h. mindestens jährlich, zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden) auf Geschäftsjahre, die nach dem 15. November 2008 beginnen, verschoben. Wir sind der Auffassung, dass hierdurch bei unseren einmaligen (*non-recurring*) Bewertungen zum beizulegenden Zeitwert keine wesentlichen Veränderungen erforderlich werden. Bei Anhangangaben mit Informationen über zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Positionen werden sich die Auswirkungen im Wesentlichen auf erweiterte Angabepflichten im Anhang zum Konzernabschluss beschränken. Mit Wirkung zum 1. Januar 2008 haben wir SFAS 157 für finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die auf regelmäßiger Basis zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, angewendet. Aus der

teilweisen Anwendung von SFAS 157 für finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten haben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf unsere im Konzernabschluss dargestellte Vermögens-, Finanz- und Ertragslage bzw. unsere Cashflows ergeben. Siehe Anhangangabe 4 für weitere Informationen und zugehörige Angaben. Mit Wirkung zum 1. Januar 2009 haben wir SFAS 157 für einmalige Bewertungen von nicht-finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten angewendet. Daraus haben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf unsere im Konzernabschluss dargestellte Vermögens-, Finanz- und Ertragslage bzw. unsere Cashflows ergeben.

24. Anteilsbasierte Vergütungspläne

Es gibt verschiedene anteilsbasierte Vergütungspläne für Mitglieder der Geschäftsleitung, leitende Angestellte und Mitarbeiter.

Aktienplan 1999

Gemäß diesem in den Jahren 2001 und 2004 modifizierten Plan kann Rohm and Haas 29 Millionen Stammaktien in Form von Optionen oder Belegschaftsaktien gewähren, wobei einem Mitarbeiter in einem Zeitraum von fünf Jahren höchstens 3 Millionen dieser Aktien in Form von Optionen gewährt werden dürfen. Höchstens 50 % der Aktien in diesem Plan können als Belegschaftsaktien ausgegeben werden. Grundsätzlich werden diese Belegschaftsaktien entweder komplett nach fünf Jahren unverfallbar, oder jeweils ein Drittel der Aktien nach drei, vier bzw. fünf Jahren. Die im Rahmen dieses Plans gewährten Instrumente dürfen Mitarbeitern und Mitgliedern der Geschäftsleitung gewährt werden. Die im Rahmen dieses Plans in den Jahren 2008, 2007 und 2006 gewährten Optionen wurden zum beizulegenden Zeitwert am Tag ihrer Gewährung gewährt. Sie werden grundsätzlich nach drei Jahren unverfallbar und haben eine Laufzeit von 10 Jahren ab dem Tag der Gewährung. Zum 31. Dezember 2008 waren rund 13 Millionen Aktien im Rahmen dieses Plans emissionsfähig.

Nicht-qualifizierter Sparplan (*Non-Qualified Savings Plan*) der Rohm and Haas Company

Es besteht bei Rohm and Haas ein so genannter nicht-qualifizierter Sparplan (*Non-Qualified Savings Plan*) für berechnigte Mitarbeiter in den USA, der die Kriterien des US-amerikanischen Einkommensteuergesetzes für eine steuerliche Begünstigung nicht erfüllt. Das Ziel dieses Plans ist es, Mitarbeitern ab einer bestimmten Hierarchieebene zusätzliche Altersversorgungsleistungen zu bieten, die über die definierten Leistungen des Sparplans hinausgehen. Die Beiträge jedes Teilnehmers für den nicht qualifizierten Sparplan werden auf der Grundlage der Anweisungen des Teilnehmers fiktiv investiert, und zwar in dieselben Investmentfonds wie beim Sparplan. Der Beitrag von Rohm and Haas beläuft sich auf einen fiktiven Betrag in Höhe von 100 % der ersten 3 % des Beitrags des Teilnehmers bzw. in Höhe von 50 % der folgenden 3 % des Beitrags des Teilnehmers. Die entsprechenden Beiträge von Rohm and Haas werden auf rechnerische Einheiten von zeitlich aufgeschobenen Aktienzuteilungen (*Deferred Stock Units*) aufgeteilt. Zum Zeitpunkt der Zuteilung wird für jede *Deferred Stock Unit* eine Stammaktie der Rohm and Haas Company ausgegeben. Teilnehmer können zudem unwiderruflich festlegen, noch nicht gewährte Belegschaftsaktien in dem Jahr vor ihrer Gewährung in Stock Units der Rohm and Haas umzuwandeln. Wir gewähren keinen Zuschuss zu dieser Wahlmöglichkeit.

Überblick über anteilsbasierte Vergütungsprogramme

Der Großteil unserer anteilsbasierten Vergütung wird in Form von Belegschaftsaktien oder rechnerischen Einheiten von Belegschaftsaktien („Belegschaftsaktien“) sowie von steuerlich nicht begünstigten Aktienoptionen gewährt.

Für die Geschäftsjahre zum 31. Dezember 2008, 2007 und 2006 wurden Vorsteueraufwendungen für anteilsbasierte Vergütung in Höhe von USD 2,0 Mio., USD 2,0 Mio. bzw. USD 1,6 Mio. erfasst.

Entsprechend dem Vertrag und Fusionsplan vom 1. April 2009 haben wir einen Betrag in Höhe von rund USD 11 Mio. als vorgezogene Unverfallbarkeit der anteilsbasierten Vergütungen im Zusammenhang mit der Akquisition der Rohm and Haas durch Dow erfasst.

Von dem im Jahr 2008 erfassten Gesamtaufwand entfielen USD 0,4 Mio. auf Vertriebs- und Verwaltungskosten, USD 1,2 Mio. auf Umsatzkosten und USD 0,4 Mio. auf Forschungs- und Entwicklungskosten. Die Höhe der aktivierten Kosten für Mitarbeitervergütungen ist nicht wesentlich.

Mit Wirkung zum 1. Januar 2006 hat Rohm and Haas die Bestimmungen von SFAS 123R, „*Share-based Payment*“, übernommen. SFAS 123R ist eine Überarbeitung von SFAS 123, „*Accounting for Stock-Based Compensation*“ und schreibt vor, dass alle anteilsbasierten Vergütungsleistungen an Mitarbeiter, einschließlich der Gewährung von Mitarbeiteraktienoptionen, im Abschluss auf der Basis ihres beizulegenden Zeitwertes zu erfassen sind. Da Rohm and

Haas, wie in SFAS 123 definiert, ab 1. Januar 2003 für die Bilanzierung der anteilsbasierten Vergütung auf den beizulegenden Zeitwert abstellt, wurden alle vor dem 1. Januar 2003 gewährten Optionen zum 1. Januar 2006 unverfallbar. Daher wirkte sich die Anwendung von SFAS 123R nicht wesentlich auf unsere Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung aus. Rohm and Haas muss jedoch die folgenden Bestimmungen von SFAS 123R einhalten, die ebenfalls keine wesentlichen Auswirkungen auf unsere Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung hatten:

- Verfallsrate – SFAS 123R verlangt die Erfassung von Aufwendungen nur für gewährte Instrumente, die letztendlich unverfallbar werden. Der Standard verlangt eine Schätzung der Verfallsrate vor Unverfallbarkeit zum Zeitpunkt der Gewährung sowie ggf. eine Änderung dieser Schätzung, wenn die tatsächliche Verfallsrate von der geschätzten Verfallsrate abweicht. Die Verfallsraten von Rohm and Haas basieren auf den historischen Annullierungen bei anteilsbasierten Vergütungen. Die geschätzten Verfallsraten führten zu einer unwesentlichen Anpassung der zurzeit noch nicht unverfallbaren Gewährungen.
- Steuervorteile – Gemäß SFAS 123R sind Steuervorteile aus anteilsbasierten Vergütungen, die die erfassten Vergütungsaufwendungen übersteigen, in der Konzern-Kapitalflussrechnung als Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit zu klassifizieren.
- Tax Windfall Pool – SFAS 123R schreibt vor, dass Unternehmen einen kumulierten Bestand aus mit Steuerdefiziten (*tax shortfalls*) verrechneten Steuerüberschüssen (*tax windfalls*) ermitteln sollen. Hierzu werden historische Daten des ursprünglichen Umsetzungsdatums von SFAS 123 verwendet. Rohm and Haas hat zum 31. Dezember 2008 einen Bestand aus Steuerüberschüssen ermittelt; daher sind künftige Steuerdefizite in Bezug auf anteilsbasierte Vergütungen bis zur Höhe unserer Steuerüberschüsse gegen die Kapitalrücklage zu verrechnen.

Aktienoptionen

Unsere Aktienoptionen werden grundsätzlich nach einem Zeitraum von drei Jahren unverfallbar, jeweils ein Drittel der Optionen pro Jahr. Wir erfassen die Aufwendungen für unsere Aktienoptionen linear über die jeweilige Dienstzeit. Unsere Optionen verfallen grundsätzlich zehn Jahre nach dem Tag der Gewährung. Der Gesamtwert der Vergütungsaufwendungen für Aktienoptionen entspricht dem beizulegenden Zeitwert der gewährten Instrumente am Tag der Gewährung. Für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts der Aktienoptionen verwenden wir das Black-Scholes-Optionspreisbildungsmodell. Für die Geschäftsjahre zum 31. Dezember 2008, 2007 und 2006 wurden in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung Vergütungsaufwendungen für Aktienoptionen vor Steuern in Höhe von USD 0,1 Mio., USD 0,1 Mio. bzw. USD 0,2 Mio. erfasst.

Eine Zusammenfassung unserer Aktienoptionen zum Stichtag 31. Dezember 2008 ist nachstehend dargestellt:

		Aktien (in Tsd.)	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis	Gewichtete durchschnittliche Rest- laufzeit	Aggregierter innerer Wert (in Tsd.)
Zum 1. Januar 2006 ausstehende Optionen					
	<i>(ungeprüft)</i>	475	USD 36,30		
Gewährt		15	50,37		
Verfallen		-	-		
Ausgeübt		(146)	33,50		
Zum 31. Dezember 2006 ausstehende Optionen					
	<i>(ungeprüft)</i>	344	USD 37,66		
Gewährt		8	52,64		
Verfallen		-	-		
Ausgeübt		(108)	35,28		
Zum 31. Dezember 2007 ausstehende Optionen					
	<i>(ungeprüft)</i>	244	USD 38,70		
Gewährt		39	40,75		
Verfallen		(21)	37,17		
Ausgeübt		(79)	33,95		
Zum 31. Dezember 2008 ausstehende Optionen		183	USD 41,15	3,93	USD 2.668
Zum 31. Dezember 2008 ausübbar Optionen		183	USD 41,15	3,93	USD 7.539

Zum 31. Dezember 2008, 2007 und 2006 betrug der gewichtete durchschnittliche beizulegende Zeitwert der gewährten Optionen pro Aktie USD 9,47, USD 10,12 bzw. USD 12,73.

Zum 31. Dezember 2008 gab es keine noch nicht erfolgswirksam erfassten Vergütungsaufwendungen in Bezug auf noch nicht unverfallbare Aktienoptionen.

Das Black-Scholes-Optionpreisbildungsmodell wurde zur Schätzung des beizulegenden Zeitwerts für jede im Rahmen des Plans von der Rohm and Haas gewährte Option herangezogen. Die folgende Tabelle zeigt die gewichteten durchschnittlichen Annahmen, die für alle in den angegebenen Jahren gewährten Aktien zugrunde gelegt wurden:

	2008	<i>(ungeprüft)</i> 2007	<i>(ungeprüft)</i> 2006
Volatilität	20,83	22,10	28,83
Risikofreier Zinssatz	2,86%	4,47%	4,67%
Dividendenrendite	2,71%	3,50%	3,26%
Erwartete Laufzeit (in Jahren)	6	6	6

- Die Volatilität basiert auf dem historischen Aktienkurs während der erwarteten Laufzeit der Option.
- Die Annahmen zum risikofreien Zinssatz basieren auf den beobachteten Zinssätzen, die für die erwartete Laufzeit der Option zutreffen.
- Die Dividendenrendite basiert auf historischen Informationen sowie auf den geschätzten künftigen Dividendenauszahlungen.
- Die erwartete Laufzeit basiert auf der „vereinfachten“ Methode, die in Staff Accounting Bulletin 107 definiert ist.

Belegschaftsaktien

Unsere Belegschaftsaktien werden hauptsächlich nach fünf Jahren unverfallbar oder jeweils ein Drittel der Aktien nach drei, vier bzw. fünf Jahren. Wir erfassen die Aufwendungen für unsere Belegschaftsaktien linear über die jeweilige Dienstzeit. Für Pensionsberechtigte werden die Aufwendungen linear über den Zeitraum ab dem Tag der Gewährung bis zu dem Datum erfasst, an dem die Teilnehmer pensionsberechtigt sind. Der Gesamtwert der Vergütungsaufwendungen für

Belegschaftsaktien entspricht dem Durchschnitt des höchsten und niedrigsten Kurses der Aktien der Rohm and Haas Company am Tag der Gewährung.

Die in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfassten gesamten Vergütungsaufwendungen vor Steuern für Belegschaftsaktien beliefen sich in den Geschäftsjahren zum 31. Dezember 2008, 2007 und 2006 auf USD 1,9 Mio., USD 1,9 Mio. bzw. USD 1,4 Mio.

Eine Zusammenfassung unserer Belegschaftsaktien zum Stichtag 31. Dezember 2008 ist nachfolgend dargestellt:

	Aktien (in Tsd.)	Gewichteter durchschnitt- licher beizulegender Zeitwert pro Aktie	Aggregierter innerer Wert (in Tsd.)
Nicht unverfallbar zum 1. Januar 2006			
<i>(ungeprüft)</i>	163	USD 37,30	
Gewährt	42	50,09	
Verfallen	(2)	36,76	
Unverfallbar	(10)	37,63	
Nicht unverfallbar zum 31. Dezember 2006			
<i>(ungeprüft)</i>	193	USD 40,11	
Gewährt	43	52,80	
Verfallen	3	46,92	
Unverfallbar	(18)	37,34	
Nicht unverfallbar zum 31. Dezember 2007			
<i>(ungeprüft)</i>	221	USD 42,62	
Gewährt	-	-	
Verfallen	(4)	48,54	
Unverfallbar	(59)	36,79	
Nicht unverfallbar zum 31. Dezember 2008	158	USD 45,03	USD 7.120

Zum 31. Dezember 2008 bestanden noch nicht erfolgswirksam erfasste Vergütungsaufwendungen in Bezug auf nicht unverfallbare Belegschaftsaktien in Höhe von USD 2,7 Mio., die voraussichtlich über einen gewichteten durchschnittlichen Zeitraum von rund 1,4 Jahren erfasst werden.

Darüber hinaus waren unsere Mitarbeiter berechtigt, an dem Mitarbeiteraktienprogramm- und Sparplan der Rohm and Haas Company (der „Sparplan“) sowie dem Nicht-qualifizierten Sparplan der Rohm and Haas Company teilzunehmen.

25. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Am 10. Juli 2008 unterzeichnete Rohm and Haas einen Vertrag und Fusionsplan mit Dow und deren Tochtergesellschaft Ramses Acquisition Corp. Am 1. April 2009 wurde Rohm and Haas eine hundertprozentige Tochtergesellschaft von Dow. Zu diesem Zeitpunkt gab Dow den Abschluss eines endgültigen Vertrages über den Verkauf der MII-Anteile an die K + S Aktiengesellschaft („K+S“) für einen Betrag von USD 1,68 Mrd. bekannt. Die Transaktion wird voraussichtlich Mitte 2009 abgeschlossen sein.

GLOSSAR

Auftausalz	Auftausalz, auch Streusalz genannt, ist Natriumchlorid (NaCl) oder Kochsalz, das im Winter zum Schmelzen von Schnee und Eis auf Verkehrswegen verwendet wird, um Schnee- und Eisglätte entgegenzuwirken.
At Equity / Equity-Bewertung	Bilanzierungsmethode von Beteiligungen an Unternehmen, an denen die bilanzierende Gesellschaft zwischen 20% und 50% der Stimmrechte hält, einschließlich Joint Ventures mit Dritten. Danach werden diese von der bilanzierenden Gesellschaft entsprechend ihrem Anteil am Reinvermögen (<i>Equity</i>) der Beteiligung bewertet. In der Gewinn- und Verlustrechnung wird der Anteil der bilanzierenden Gesellschaft an den Erträgen der Beteiligung widergespiegelt.
Bohrlochsolung	Beim Verfahren der Bohrlochsolung wird in einen Salzstock über Bohrlöcher planmäßig Süßwasser geleitet. Dadurch wird das Salz gelöst und anschließend die an Salz gesättigte Sole zutage gefördert. Meistens wird das gelöste Salz in Salinen zu Siedesalz verdampft.
Caprolacta	Organisches Molekül, welches Ausgangsstoff für die Herstellung der Kunstfaser Perlon (Polyamid 6) ist.
Carnalliti	Gestein aus Carnallit, Steinsalz sowie den Neben- und Spurenbestandteilen Kieserit, Sylvit und Anhydrit.
Cashflow	Der Cashflow ist eine wirtschaftliche Messgröße, die den aus der Umsatztätigkeit und sonstigen laufenden Tätigkeiten erzielten Nettozufluss liquider Mittel während einer Periode darstellt.
Chloralkali-Elektrolyse	Chloralkali-Elektrolyse ist ein chemisches Verfahren, bei dem aus dem Ausgangsstoff Steinsalz (Natriumchlorid) die wichtigen Grundchemikalien Chlor, Wasserstoff und Natronlauge erzeugt werden.
Clearstream	Clearstream Banking AG, Verwahr- und Clearinggesellschaft. Ihre Aufgaben sind die Verwahrung von Wertpapieren, Abwicklung von Wertpapiertransaktionen, die Verwaltung von hinterlegten Sicherheiten und die Vermittlung von Wertpapieranleihen.
Discounted-Cashflow-Methode	Methode zur Bewertung von Unternehmen.
EBIT	Finanzkennzahl. Sie umfasst das Ergebnis vor Zinsen und Ertragssteuern.
EBITDA	Finanzkennzahl. Sie wird ermittelt aus dem Ergebnis vor Zinsen, Ertragssteuern und Abschreibungen. Der Begriff Abschreibungen umfasst hier sowohl die Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagevermögen als auch auf lang- und kurzfristige Finanzvermögenswerte. Weiterhin sind die außerordentlichen Abschreibungen der nach der Equity-Methode bewerteten Beteiligungen und der zum Verkauf vorgesehenen Vermögenswerte enthalten.
Elektrolyse	Als Elektrolyse bezeichnet man die Aufspaltung einer chemischen Verbindung unter Einwirkung elektrischen Stroms. Im Zusammenhang mit Salz geht es meist um die Chlor-Alkali-Elektrolyse, in der aus Natriumchlorid die wichtigen Grundchemikalien Chlor, Wasserstoff und Natronlauge gewonnen werden.
ESTA	Elektrostatisches Aufladeverfahren, ein Verfahren zur Trennung
Festsalz	Im Gegensatz zu flüssiger Sole ist Festsalz in fester Form vorliegendes Salz, wie z. B. Speisesalz und Auftausalz.

Gebirgsschlag	Plötzliche Entspannung im Gebirge, bei der größere Mengen potenzieller (elastischer) Energie frei werden und bei der intensive Zerstörungen in der Grube sowie normalerweise heftige Erschütterungen an der Erdoberfläche auftreten.
Gewerbesalz	<p>Als Gewerbesalz werden die Salzqualitäten bezeichnet, die im produzierenden und verarbeitenden Gewerbe eingesetzt werden. Gewerbesalze sind z.B. Färbesalze für die Textilindustrie, Häutesalze für die Leder- und Pelzverarbeitung, Salz für die Darmkonservierung sowie Regeneriersalz für die Wasserenthärtung.</p> <p>Sowohl Stein- als auch Siedesalz kommen als Gewerbesalz zum Einsatz.</p>
Grube, Grubenbau Grubengebäude	<p>Als Grubenbaue bezeichnet man Hohlräume, die zum Abbau von mineralischen Rohstoffen, wie z. B. Erz, Kohle und Salz, hergestellt werden. Die untertägigen Grubenbaue zusammengefasst werden als Grubengebäude bezeichnet.</p> <p>Das Grubengebäude zusammen mit den maschinellen Einrichtungen ergibt die Grube. Die Grube zusammen mit den überirdigen Anlagen und Einrichtungen ergibt schließlich eine Bergwerksanlage.</p>
IAS	Die International Accounting Standards sind vom International Standards Board (IASB) herausgegebene Rechnungslegungsvorschriften zum Zwecke der internationalen Harmonisierung und besseren Vergleichbarkeit von Konzernabschlüssen. Die IAS heißen inzwischen International Financial Reporting Standards (IFRS).
IFRIC	Das International Financial Reporting Interpretations Committee ist eine Gruppe im Rahmen der International Accounting Standards Committee Foundation (IASB).
IFRS	Die International Financial Reporting Standards sind die Rechnungslegungsvorschriften der International Accounting Standards Board (IASB).
ISIN	International Securities Identification Number.
Industriesalz	Als Industriesalz bezeichnen wir die Salzqualitäten, aus denen vor allem die chemische Industrie mittels Chloralkali-Elektrolyse die von ihr für die Produktion von Kunststoffen (z. B. PVC – Polyvinylchlorid) benötigten Grundchemikalien Chlor, Wasserstoff und Natronlauge gewinnt.
K ₂ O	Kaliumoxid. Kommt in der Natur nicht vor, chemische Recheneinheit zur Unterscheidung verschiedener kaliumhaltiger Substanzen, um etwa Produktionsmengen genau zu bestimmen. Je höher der K ₂ O-Anteil eines Produktes ist, desto höher ist auch sein Kaliumgehalt (1% K ₂ O = 1,583% KCl).
Kali	Im weiteren Sinn Oberbegriff für alle Kalium-Produkte und Kalium-Rohsalze.
Kaverne	Im Bergbau bezeichnet man als Kaverne einen größeren, künstlich geschaffenen Hohlraum unter Tage.
KCl	Kaliumchlorid.
Kochsalz	Kochsalz ist eine andere Bezeichnung für Natriumchlorid, wird aber oft auch synonym für Speise- bzw. Tafelsalz verwendet.
Kristallisation	<p>Als Kristallisation bezeichnet man bei der Salzherstellung das Entstehen und das Wachstum von gelösten Salzen zu Kristallen.</p> <p>In den überwiegenden Fällen geschieht dies unter Druck in geschlossenen Verdampferanlagen. Das so gewonnene Salz wird Siedesalz genannt und ist besonders rein.</p>

Lagerstätte	Als Lagerstätte bezeichnet man bestimmte Bereiche der Erdkruste, in denen sich natürliche Konzentrationen von festen, flüssigen oder gasförmigen Rohstoffen befinden.
Lieferantengesteuerter Bestand	Lieferantengesteuerter Bestand, auch Vendor Managed Inventory (VMI) ist ein logistisches Mittel zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit in der Lieferkette, bei dem der Lieferant Zugriff auf die Lagerbestands- und Nachfragedaten des Kunden hat.
Meersalz	Meersalz wird in sogenannten Salzgärten durch Kristallisation aus Meerwasser gewonnen. Bei der Kristallisation spielen Sonnen- und Windeinwirkung eine große Rolle. Im Meersalz sind neben Natriumchlorid auch noch geringe Mengen bzw. Spuren von anderen Stoffen enthalten, unter anderem Salze von Kalium, Magnesium und Mangan.
Mehrnährstoffdünger	Mehrnährstoffdünger dienen der Pflanzenernährung und enthalten im Gegensatz zu Einnährstoffdüngern mehrere Hauptnährelemente, d.h. Kohlenstoff, Wasserstoff, Sauerstoff und Stickstoff sowie Phosphor, Kalium, Schwefel, Calcium und Magnesium.
MgSO ₄	Magnesiumsulfat.
NPK-Dünger	Dünger, die die Kernnährelemente Stickstoff, Phosphor und Kalium enthalten; auch als Volldünger bezeichnet.
Pharmasalz	Als Pharmasalz werden alle Salzqualitäten bezeichnet, die für die Pharmaindustrie hergestellt werden. Es handelt sich hierbei um Siedesalz von höchster Reinheit, das in speziell dafür eingerichteten Fertigungsbereichen unter Reinraumbedingungen produziert und verarbeitet wird.
Plattendolomit	Etwa 20 Meter dicke Kalksteinschicht mit natürlich mineralisiertem Grundwasser.
Pökelsalz	Pökelsalz gehört zu den Speisesalzen und ist ein speziell für das Pökeln von Fleisch und Fleischerzeugnissen mit Nitrit angereichertes Salz.
ROCE	Der Return on Capital Employed (ROCE) ist eine betriebswirtschaftliche Kennzahl, anhand derer sich Effizienz und Profitabilität der von einem Unternehmen eingesetzten Kapitalinvestitionen ablesen lassen. Die Gesellschaft berechnet den ROCE, indem sie das Operative Ergebnis (EBIT I) zur Summe der Jahresdurchschnitte von operativem Anlagevermögen und Working Capital ins Verhältnis setzt.
ROI	Der Return on Investment (ROI) ist eine Kennzahl, die wie der ROCE der Messung der Rendite des vom Unternehmen eingesetzten Kapitals dient. Sie drückt das Verhältnis des Operativen Ergebnisses (EBIT I) zu den Auszahlungen für den Erwerb konsolidierter Unternehmen aus. Der ROI wird von der Gesellschaft ausschließlich als Zielgröße für zukünftige Unternehmenserwerbe ermittelt. Die interne Vorgabe der Gesellschaft für Unternehmenserwerbe ist ein ROI von mehr als 10 % (vor Steuern) im dritten Jahr nach einer Akquisition.
Saline	Als Saline bezeichnet man eine Anlage oder einen Betrieb zur Gewinnung von Salz – mit der Ausnahme von Salzbergwerken, in denen Salz bergmännisch abgebaut wird.
Schacht	Ein meist senkrechter Grubenbau, der dem Transport von Personen (Seilfahrt) und Material, der Förderung der Abbauprodukte sowie der Frischluftversorgung (Bewetterung) dient.
Siedesalz	Siedesalz wird in sog. Salinen mittels Verdampfung aus gesättigter Sole gewonnen. Dabei kann eine natürliche Solequelle genutzt oder das Verfahren der Bohrlochsolung angewendet werden.

Sole	Sole ist eine Salz-Wasser-Lösung. Als Sole bezeichnet man sowohl eine natürliche Salzwasserquelle als auch eine aus in Wasser gelöstem Salz hergestellte Lösung.
Speisesalz	Allgemein versteht man unter Speisesalz das Natriumchlorid oder Kochsalz, das über die Nahrung aufgenommen wird. Speisesalz ist mengenmäßig der wichtigste Mineralstoff in der menschlichen Ernährung.
Steinsalz	Steinsalz ist ein Gestein mit einem sehr hohen Natriumchloridanteil, der allerdings je nach Lagerstätte schwankt. esco Steinsalz besteht zu 99 % aus NaCl und eignet sich sogar ohne weitere Reinigung als Speisesalz. Steinsalz wird bergmännisch unter Tage abgebaut. Zunächst werden mittels Bohr- und Sprengarbeit Salzpartien aus der Lagerstätte herausgelöst. Diese werden zutage gefördert und in der Fabrik zerkleinert, gesiebt und verpackt.
Stollen	Im Bergbau bezeichnet ein Stollen einen horizontalen Grubenbau mit Tagesöffnung.
Sylvinit	Salzgemenge aus Kaliumchlorid (Sylvin, KCl) und Steinsalz (NaCl), manchmal mit Beimischungen z. B. von Ton
Tagebau	Beim Tagebau wird also die Lagerstätte im Gegensatz zum Tiefbau bzw. Untertagebau freigelegt. Tagebau eignet sich vor allem für den Abbau von Rohstoffen, die relativ dicht unter der Erdoberfläche lagern oder anderweitig zu Tage getreten sind.
Untertagebau	Untertagebau oder Tiefbau nennt man den Abbau von Lagerstätten unter Tage im Gegensatz zum Tagebau. Die Lagerstätte wird über Schächte und Stollen erreicht.
Urea	Harnstoff oder chemisch Kohlendioxidamid, ein aufgrund des Stickstoffgehalts von 46 % ein vielverwendetes Düngemittel.
Value Added	Der Value Added (Mehrwert) ist eine Kennzahl, die auf dem Ansatz basiert, dass ein Unternehmen dann einen wirtschaftlichen Mehrwert für den Investor darstellt, wenn die Rendite auf das durchschnittlich gebundene Kapital, der ROCE, die für dieses gebundene Kapital zugrunde liegenden Kapitalkosten übersteigt. Die Gesellschaft ermittelt den Value Added, indem sie die Differenz aus ROCE und dem gewichteten, durchschnittlichen Kapitalkostensatz vor Steuern mit der Summe aus den Jahresdurchschnitten des operativen Anlagevermögens und des Working Capital multipliziert. Der Kapitalkostensatz wird als zu Marktwerten gewichteter Durchschnitt der aus Kapitalmarktdaten abgeleiteten Renditeanforderungen der Eigenkapitalgeber und der Fremdkapitalgeber ermittelt.
Working Capital	Finanzkennzahl. Zur Beurteilung der Liquidität eines Unternehmens wird die Differenz zwischen kurzfristigen Vermögenswerten und kurzfristigen Schulden ermittelt.

JÜNGSTE ENTWICKLUNG UND AUSBLICK

Zum 1. Oktober 2009 erwarb die K+S AG den nordamerikanischen Salzhersteller Morton Salt von Rohm and Haas, einer Tochtergesellschaft von The Dow Chemical Company. Auf Basis eines Unternehmenswertes von USD 1,675 Mrd. ergab sich abzüglich der vorläufig festgestellten Schulden und üblichen Anpassungen eine Nettozahlung von USD 1,576 Mrd. in bar. Der endgültige Kaufpreis wird in den Monaten nach dem Vollzug auf Basis der tatsächlichen Verschuldung zum 1. Oktober 2009 ermittelt. Die Akquisition der Morton Salt wurde mittels einer Unternehmensanleihe im Volumen von EUR 750 Mio. sowie eines Konsortialkredits finanziert. Zu den näheren Einzelheiten zum Erwerb der Morton Salt siehe oben „Wesentliche Verträge der K+S Gruppe – Übernahme von Morton Salt“ und „Wesentliche Verträge der K+S Gruppe – Akquisitionsfinanzierung Morton Salt“ sowie „Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe – Wesentliche Angaben aus dem Konzernabschluss der Morton International, Inc. zum 31. Dezember 2008 und zum 30. September 2009“.

Die K+S Gruppe verfolgt aktuell laufende Investitionsprojekte in Höhe von EUR 76 Mio. Darüber hinaus plant die Gesellschaft in näherer Zukunft weitere Investitionen in Höhe von EUR 91 Mio., die bereits von den dazu zuständigen Organen der Gesellschaft verbindlich beschlossen, aber noch nicht getätigt wurden. Die Investitionen umfassen überwiegend Ersatz- und Produktionssicherungsmaßnahmen und werden im Wesentlichen in Deutschland getätigt. Zu den Einzelheiten siehe auch „Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe – Investitionen“.

Abgesehen von der Übernahme von Morton Salt einschließlich deren Finanzierung und den laufenden und beschlossenen Investitionsprojekten sind im Zeitraum vom 30. September 2009 bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Prospekts keine weiteren wesentlichen Änderungen in der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe eingetreten.

Für das Geschäftsjahr 2009 erwartet die K+S Gruppe (ohne Morton Salt) ein Gesamtvolumen der Investitionen von rund EUR 170 Mio. zuzüglich etwa EUR 20 Mio. an Investitionen bei Morton Salt. Voraussichtlich etwa 70 % des gesamten Investitionsvolumens der K+S Gruppe entfallen auf Ersatz- und Produktionssicherungsmaßnahmen.

Die K+S Gruppe erwartet für das Geschäftsjahr 2009 im Geschäftsfeld Düngemittel sowohl deutlich niedrigere Absatzmengen als auch spürbar niedrigere Durchschnittspreise. Dabei geht die Gesellschaft davon aus, dass der Durchschnittspreis im Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte im vierten Quartal spürbar gegenüber dem Durchschnittspreis im dritten Quartal 2009 zurückgehen wird. Das Geschäftsfeld Salz sollte hingegen aufgrund des guten Starts des Auftausalzgeschäfts ein deutlich höheres Umsatzniveau ausweisen, wird jedoch die negative Umsatzentwicklung im Düngemittelbereich nicht ausgleichen können. Auf dieser Grundlage erwartet die Gesellschaft, dass der Umsatz der K+S Gruppe im Geschäftsjahr 2009 gegenüber dem Vorjahr deutlich zurückgeht. Der Umsatzprognose ist für das Jahr 2009 ein durchschnittlicher US-Dollarkurs von etwa 1,37 USD/EUR (2008: 1,47 USD/EUR) zugrunde gelegt.

In erster Linie aufgrund des rückläufigen Umsatzniveaus im Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte sowie aufgrund der sich noch im vierten Quartal auswirkenden hohen Rohstoffkosten im Geschäftsbereich Stickstoffdüngemittel erwartet die K+S Gruppe im Geschäftsjahr 2009 ein im Vergleich zum Spitzenwert des Vorjahrs stark zurückgehendes Operatives Ergebnis EBIT I. Auch ein im Vergleich zum Vorjahr stärkerer US-Dollarkurs und ein höheres Salzergebnis können diese Entwicklung nach Erwartung der K+S Gruppe nur begrenzt dämpfen. Der erstmals einzubeziehende operative Ergebnisbeitrag von Morton Salt dürfte dabei die Integrationskosten übersteigen. Einmalaufwendungen auf der Finanzierungs- und Steuerseite werden allerdings insgesamt zu einer leichten Nettoergebnisbelastung führen.

Nachfolgend werden einige ungeprüfte qualitative Aussagen über die MII für den 9M 2009 im Vergleich zum 9M 2008 getroffen. Diese ungeprüften qualitativen Aussagen über MII beruhen auf Finanzaufstellungen, die nach den US-GAAP aufgestellt wurden. Die US-GAAP weichen in einigen wesentlichen Punkten vom HGB sowie auch von den IFRS ab. Investoren sollten zudem beachten, dass die nachfolgenden qualitativen Beschreibungen für den 9M 2009 nicht auf den Finanzaufstellungen bzw. Finanzentwicklungen desjenigen Unternehmensanteils der MII beruhen, der von der K+S AG erworben wurde und weitergeführt wird. Die K+S AG hat lediglich die Salzaktivitäten der MII erworben. Für weitere Informationen dazu siehe „Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage – Wesentliche Angaben aus dem Konzernabschluss der Morton International, Inc. zum 31. Dezember 2008“ sowie „Wesentliche Verträge der K+S Gruppe – Übernahme von Morton Salt“.

Im 9M 2009 gegenüber dem 9M 2008 ist der Umsatz von MII leicht gestiegen. Diese leichte Steigerung im 9M 2009 gegenüber dem 9M 2008 war im Wesentlichen auf Preissteigerungen bei den meisten Produktlinien zurückzuführen. Teilweise gegenläufig zur Steigerung des Umsatzes im 9M 2009 gegenüber dem 9M 2008 wirkte ein geringeres Absatzvolumen im wetterabhängigen Auftausalzgeschäft sowie eine nachteilige Wechselkursentwicklung. Im 9M 2009 gegenüber dem 9M 2008 ist das Ergebnis aus fortgeführten Geschäftsaktivitäten sowie das Nettoergebnis deutlich gestiegen. Ursache für diese deutliche Steigerung im 9M 2009 gegenüber dem 9M 2008 waren hauptsächlich die preisbedingten Umsatzsteigerungen sowie geringere Energie-, Material- und Frachtkosten.

Zum 30. September 2009 gegenüber dem 30. September 2008 stiegen die Gesamtverbindlichkeiten von MII leicht. Das Eigenkapital stieg aufgrund des erzielten Bilanzgewinns 30. September 2009 gegenüber dem 30. September 2008. Im 9M 2009 ist der Zahlungsmittelzufluss aus der Geschäftstätigkeit gegenüber dem 9M 2008 leicht gestiegen. Auslöser für diese Entwicklung im 9M 2009 gegenüber dem 9M 2008 war im Wesentlichen das gestiegene Nettoergebnis. Teilweise kompensiert wurde die Steigerung des Zahlungsmittelzuflusses im 9M 2009 gegenüber dem 9M 2008 durch eine Erhöhung der Vorräte. Im 9M 2009 gegenüber dem 9M 2008 blieb der Cashflow aus Investitionstätigkeit – mit Ausnahme der Verrechnung von Forderungen von nahestehenden Personen – nahezu auf dem gleichen Niveau. Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit blieb – mit Ausnahme der Rückzahlungen für Darlehen von nahestehenden Personen – nahezu auf dem gleichen Niveau im 9M 2009 gegenüber dem 9M 2008.

Der Umsatz der K+S Gruppe des Jahres 2010 wird maßgeblich durch die erstmals ganzjährige Einbeziehung von Morton Salt positiv beeinflusst werden. Im Geschäftsfeld Düngemittel erwartet die Gesellschaft insbesondere bei Kalidüngemitteln eine deutlich höhere Absatzmenge. Eine Prognose künftiger Kalipreise ist derzeit allerdings kaum möglich. Sollte das gegenwärtig auf den Weltmärkten erzielbare Preisniveau stabil bleiben, könnte dies im kommenden Jahr zu einer deutlichen Umsatzsteigerung im Geschäftsfeld Düngemittel und damit auch in der K+S Gruppe insgesamt führen. Dies würde voraussichtlich auch beim operativen Ergebnis zu einer Steigerung führen. Ein Absinken des Weltmarktpreises für Kalidüngemittel hätte allerdings erhebliche negative Auswirkungen auf den Umsatz und die Profitabilität der K+S Gruppe. Die Gesellschaft erwartet für das Jahr 2010 ein Investitionsvolumen von insgesamt etwa EUR 250 Mio. Für Ersatz- und Produktionssicherungsinvestitionen sollen voraussichtlich etwa 80% des gesamten Investitionsvolumens aufgewendet werden.

UNTERSCHRIFTENSEITE

Kassel und Frankfurt am Main, im November 2009

K+S Aktiengesellschaft

gez. Norbert Steiner

gez. Jan Peter Nonnenkamp

Deutsche Bank Aktiengesellschaft

gez. Heiko Leopold

gez. Matthias Höhne

Morgan Stanley Bank AG

gez. Johannes Borsche

gez. Oliver Schulte Ladbeck

BNP PARIBAS

gez. i.V. Heiko Leopold

gez. i.V. Matthias Höhne

HSBC Trinkaus & Burkhardt AG

gez. i.V. Johannes Borsche

gez. i.V. Oliver Schulte Ladbeck

ABN AMRO Bank N.V. (London Branch)

gez. i.V. Heiko Leopold

gez. i.V. Matthias Höhne